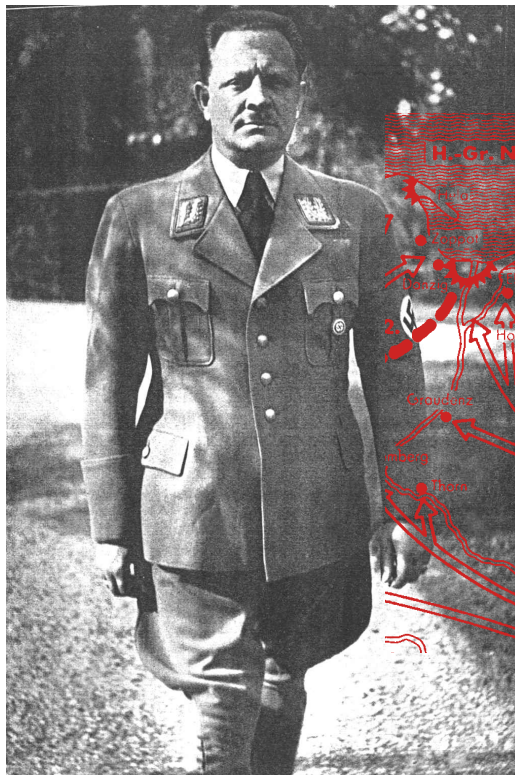


Ralf Meindl

Ostpreußens Gauleiter



Erich Koch – eine politische Biographie

fibre

OSTPREUßENS GAULEITER

EINZELVERÖFFENTLICHUNGEN DES
DEUTSCHEN HISTORISCHEN INSTITUTS WARSCHAU

18

Ralf Meindl

Ostpreußens Gauleiter

Erich Koch – eine politische Biographie

fibre

Titelabbildungen:

Gauleiter Erich Koch, ca. 1935

*Foto aus: Das neue Ostpreußen. Rechenschaft über den Aufbau der Provinz,
bearb. v. Hans-Bernhard v. Grünberg, Königsberg 1938, S. 4*

Fotograf: Raschdorff, Königsberg

und

Der Kampf um Ostpreußen

*Kartenausschnitt aus: Kurt Dieckert/ Norbert Grossmann, Der Kampf um
Ostpreußen. Ein authentischer Dokumentarbericht, 2. überarbeitete
Auflage, München: Gräfe & Unzer 1960, S. 85.*

© fibre Verlag, Osnabrück 2007

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-938400-19-7

www.fibre-verlag.de

Redaktion der Reihe: Andreas Kossert

Umschlaggestaltung:

Ingo Schneider, www.ibio-grafik-design.de

Herstellung: Druckerei Hubert & Co, Göttingen

Printed in Germany 2007

INHALT

Vorwort	9
1. „...ein stolzes Leben“ – Einführung in eine Biographie	11
2. „ Wir wurden radikal!“ – Jugend und politische Sozialisation	31
3. „Unsere Sehnsucht war soziale Gerechtigkeit“ – Ruhrgebiet 1925-1928	59
4. „Alles, was geworden ist, haben wir nur unserem Gauleiter Erich Koch zu verdanken“ – Ostpreußen 1928-1933	81
4.1. „Da wurde es mit einem Schlage anders, als der Gauleiter Erich Koch den Gau Ostpreußen übernahm“ – Aufbau der Partei	84
4.2. „Meuterei“ – Nebenorganisationen und gauinterne Konflikte	98
4.3. „Sozialistisches Preußentum“ – „Königsberger Kreis“ und Straßer-Brüder	112
4.4. „Der in kurzer Zeit recht übel bekannt gewordene Gauleiter Koch“ – Politische Gewalt, Propaganda und Prozesse	123
4.5. „Kampfblatt für Freiheit und Brot“ – Gauzeitung	134
4.6. „...gegen alle modernen Irrlehren“ – Kirchenpolitik	139
4.7. „Quasselbude“ – Parlamente	142
5. „Gau-König“ – Gauleiter und Oberpräsident	147
5.1. „...jedem ehrlich die Hand reichen, der bereit ist, mitzuarbeiten“ – Oberpräsident	149
5.2. „Eine einheitliche Volkskirche“ – Kirchenpolitik	164
5.3. „Vater der Provinz“ – Propaganda und Ideologie	172
5.4. „Sozialismus der Tat“ – Arbeitsbeschaffung und „Erich-Koch-Stiftung“	185

5.5. „Als Gauleiter bin ich Exponent der nationalsozialistischen Bewegung und Träger schlechthin <i>der</i> politischen Führung in der Provinz“ – Machtkampf um den „Reichsnährstand“	194
5.6. „Die sozialistische Revolution liegt noch vor uns“ – Innerparteiliche Opposition, „Röhm-Putsch“ und SS	201
5.7. „... ‚zu klein kariert‘ aufgezogen“ – „Oberpräsidentenkrise“	217
5.8. „Ideologie und Wirklichkeit“ – Nach der „Oberpräsidentenkrise“	223
6. „Daß das Memelland deutsch ist...“ – Memelland	237
7. „Vorwerk der Provinz“ – Zichenau	249
7.1. „Im Volkstums- und Grenzlandkampf bewährt“ – Personal und Verwaltung	256
7.2. „Ostpreußische Bauernsöhne“ – Siedlungs- und Wirtschaftspolitik	266
7.3. „Außerordentliche Befriedung“ – Polen- und Judenpolitik	286
8. „...bald wieder ein deutsches Antlitz“ – Bialystok	297
9. „Aufgabe von weltgeschichtlicher Tragweite“ – Ukraine	323
9.1. „...eine durchaus rücksichtslose Persönlichkeit“ – Reichskommissar	326
9.2. „Die Politik kann sich nur nach den harten Forderungen richten“ – Rosenberg, Himmler und Hitler	348
9.3. „...nachdrücklicher Wunsch des Reichskommissars persönlich“ – Judenpolitik	380
9.4. „Völlige Evakuierung“ – Selbstschutz, Pazifizierungen und Rückzug	385
10. „Soldatenland“ – Ostpreußen im Zweiten Weltkrieg	399
10.1. „Anders als 1918“ – Soziale Projekte, Propaganda und Widerstand	401
10.2. „ <i>Levée en masse</i> “ – Stellungsbau, Volkssturm und Räumungspläne	415
10.3. „Die Trümmer unserer Heimat sollen uns begraben!“ – Kampf um Ostpreußen	435

11. „ <i>Last of the War Criminals</i> “ – 1945-1986	459
12. „Ein stolzes Leben“? – Bilanz einer Biographie	493
Abkürzungsverzeichnis	501
Karten	503
Quellen- und Literaturverzeichnis	507
1. Archive	507
2. Literatur	510
3. Abbildungen und Karten	568
Personenregister	569

VORWORT

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um meine geringfügig überarbeitete Dissertation, die im Sommersemester 2006 von der Philosophischen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg angenommen wurde.

Eine Arbeit von diesem Umfang stützt sich nicht nur auf die Vorarbeiten zahlreicher Historiker, sie ist ohne die Hilfe Dritter nicht durchführbar. Das Projekt wurde durch das Immanuel-Kant-Promotionsstipendium gefördert. Dessen Betreuern im Herder-Institut Marburg und später im Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa in Oldenburg, insbesondere Frau Dr. Heike Müns, sei daher herzlich gedankt. Den Mitarbeitern der von mir benutzten Archive, insbesondere der Bundesarchive in Bayreuth, Berlin und Koblenz, des Geheimen Staatsarchivs in Berlin, des Instituts für Nationales Gedenken (IPN) in Warschau und des Zentralen Staatsarchivs der Ukraine in Kiew (TSDAVOV) gebührt dafür ebenso Dank wie den Mitarbeitern der Universitätsbibliothek Freiburg. Für Anregungen aller Art und die Unterstützung bei Archivreisen und bei Korrekturen bedanke ich mich bei Ingo Berg, Kathrin Dräger, Kazuko Fujisaki, Angela Hentschel, Andreas Hüther, Lena Jakimenko, Taj Kanga, Michael Kraus, Jasmin Lalla, Martina Reckart, Andreas Rex, Christian Rohrer, Heinrich Schwendemann, Julia Warth, Tobias Wöhrle und Elke Zimmermann, sowie bei meinem Doktorvater, Prof. Dr. Bernd Martin, für seine Betreuung.

Einen besonderen Dank schulde ich Andreas Kossert für zahlreiche freundschaftliche Anregungen und die Aufnahme meiner Arbeit in die Reihe des Deutschen Historischen Instituts Warschau. Ebenso dankbar bin ich meinen Eltern, deren langjährige verständnisvolle Unterstützung dieses Buch erst möglich gemacht hat, und Rigma Beisse, die dessen Entstehung geduldig begleitet hat.

1. „...EIN STOLZES LEBEN“¹ – EINFÜHRUNG IN EINE BIOGRAPHIE

„The history of the NSDAP in the Third Reich must at times read like a series of interwoven political biographies.“²

Mit dieser im Grunde banalen Feststellung – denn was sollte die Geschichte einer aus Menschen bestehenden Organisation anderes sein als eine Verkettung von Biographien? – formulierte der amerikanische Historiker Dietrich Orlow eine der Prämissen, mit deren Hilfe er die Geschichte der NSDAP zu deuten beabsichtigte. Orlows Intention war es, auf die im Vergleich zu anderen Parteien und modernen Herrschaftssystemen übergroße Bedeutung einzelner Biographien im Nationalsozialismus hinzuweisen.

Augenfälligster Ausdruck der Personenzentrität des Nationalsozialismus ist die Ämterakkumulation bei einzelnen Funktionären, die ein Strukturmerkmal des Systems war. Der ostpreußische Parteiführer Erich Koch war ein solcher Multifunktionär. Er war Gauleiter und Oberpräsident Ostpreußens, Mitglied des Reichs- und Provinziallandtags sowie der Stadtverordnetenversammlung Königsbergs und des Preußischen Staatsrates, „Reichsredner“, Eigentümer und Herausgeber der regionalen Parteizeitung, Vorsitzender diverser Gremien in Staat und Wirtschaft, Gründer und alleiniger Vorstand der „Erich-Koch-Stiftung“, „Überleitungskommissar für die Eingliederung des Memellandes“, Führer der Besatzungsverwaltung im „Regierungsbezirk Zichenau“ (Ciechanów), „Chef der Zivilverwaltung“ im „Bezirk Białystok“ sowie „Reichskommissar für die Ukraine“ und zeitweise für das „Ostland“.

Schon allein diese unvollständige Liste der Ämter Kochs fordert eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit ihm geradezu heraus, was durch diverse Charakterisierungen in wissenschaftlichen wie populären Publika-

¹ ERICH KOCH, Interview. Geführt von Mieczysław Sieminski (1986). Transkription von Christian Rohrer. Manuskript im Besitz des Verfassers, S. 58 (im Folgenden zitiert als: KOCH, Interview).

² DIETRICH ORLOW, *The History of the Nazi-Party 1933-1945*, Pittsburgh 1973, S. 7 (im Folgenden zitiert als ORLOW, History II).

tionen noch verstärkt wird – der beste, der gescheiteste und der brutalste Gauleiter soll er gewesen sein³, als „brauner Zar“ der Ukraine soll er sich als „zweiter Stalin“ geriert haben⁴ und schließlich sei er 1945 zum „Henker von Ostpreußen“⁵ geworden. Um so erstaunlicher ist, dass seine Vita bis heute noch nicht angemessen erforscht wurde – bisher wurden ihm nur Kurzbiographien oder Detailstudien gewidmet.⁶

Diese Forschungslücke fügt sich in die Beobachtung ein, dass die Biographie bei der Untersuchung des Nationalsozialismus und in der (deutschen) Geschichtsschreibung generell wenig geschätzt wurde.⁷ Die Biographie halte, so die Kritik, unkritisch und theoretisch nicht fundiert an einem überholten Individualitätskonzept fest und sei im Vergleich mit methodisch weiter entwickelten Forschungsrichtungen wie der Sozial- und Struktur-

³ OTTO BRÄUTIGAM, So hat es sich zugetragen..., Würzburg 1968, passim; HANS-BERND GISEVIUS, Bis zum bitteren Ende. Erster Band, Hamburg 1947, S. 308f; RICHARD GRUNBERGER, Das zwölfjährige Reich, Wien 1972, S. 67, 102; PETER KLEIST, Zwischen Hitler und Stalin 1939-1945, Bonn 1950, S. 137, 149, 180-192, 196; GERALD REITLINGER, Last of the War Criminals. The Mystery of Erich Koch, in: Commentary 27/1959, S. 31-42; DERS., Ein Haus auf Sand gebaut, Hamburg 1962, S. 35, 160, 181, 193, 202, 206-218, 224, 228, 233-255, 264-267, 282, 394; KURT SCHNÖRING, Erich Koch. Einige nannten ihn Hitlers besten Gauleiter, in: Wuppertaler Biographien 17/1993, S. 113-124; JÜRGEN THORWALD, Die große Flucht, Stuttgart 1962, S. 25-27, 40, 132f, 143, 151f, 202.

⁴ Herbst 1941 im „Führerhauptquartier“. Berichte Werner Koepkens an seinen Minister Alfred Rosenberg, herausgegeben und kommentiert von MARTIN VOGT, Koblenz 2002, S. 25, Dokument VI.2, 18.9.41.

⁵ MARION GRÄFIN DÖNHOF, Der Henker von Ostpreußen, in: Die Zeit, 11.11.49.

⁶ MANFRED KOSCHORKE, Noch einmal: Erich Koch, Gauleiter und Oberpräsident in Ostpreußen und praecipuum membrum (herausragendes Mitglied) der evangelischen Kirche Ostpreußens, in: Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933-1945: Allein das Wort hat's getan, hg. v. DEMS., Göttingen 1976, S. 505-513; RALF MEINDL, Erich Koch. Ein nationalsozialistischer Unterführer, Magisterarbeit, Freiburg 1998; KLAUS-EBERHARD MURAWSKI, Koch, Erich Richard, Gauleiter der NSDAP und Oberpräsident, in: Altpreußische Biographie, Band V, 1. Lieferung, hg. v. KLAUS BÜRGER, Marburg/ Lahn 2000, S. 1619f; SLAWOMIR ORŁOWSKI/ RADOSŁAW OSTROWICZ, Erich Koch przed polskim sądem, Warszawa 1959; REITLINGER, Last; DERS., Le mystère d'Erich Koch, in: Le Monde juif 17, März 1959, S. 3-5; CHRISTIAN ROHRER, Die „Oberpräsidentenkrise“ um Erich Koch im nationalsozialistischen Ostpreußen, Magisterarbeit, Freiburg 1999; SCHNÖRING; ELKE ZIMMERMANN, Das Neben- und Gegeneinander von zentralen und peripheren Gewalten in der Provinz Ostpreußen und dem Reichskommissariat Ukraine, Magisterarbeit, Dresden 2000.

⁷ Vgl. WALTER FÖRST, Die rheinischen Gauleiter, in: Städte nach zwei Weltkriegen, hg. v. DEMS., Köln 1984, S. 119-139, hier S. 121; JEREMY NOAKES, „Viceroys of the Reich“? Gauleiters 1925-45, in: Working towards the Führer. Essays in honour of Sir Ian Kershaw, hg. v. ANTHONY MCELLIGOTT/ TIM KIRK, Manchester/ New York 2003, S. 118-152, hier S. 145.

geschichte obsolet geworden.⁸ Nicht die Männer, die Strukturen machen die Geschichte, lautete das neue Paradigma.

Es waren nicht zuletzt strukturgeschichtliche Forschungen wie die Orlows, die ein Unbehagen auslösten an der Entleerung der Geschichtsschreibung von ihrem eigentlichen Gegenstand, dem Menschen.⁹ Zugleich ermöglichten diese Forschungen eine methodische Weiterentwicklung der Biographik. Viele traditionelle Leitbilder des biographischen Erzählens wurden dabei aufgegeben, vor allem die Vorstellung von der Person als einem in sich geschlossenem Selbst, das zielgerichtet einen kohärenten und konsistenten Lebensentwurf verfolge. Statt dessen wurde die Einbettung des Einzelnen in die gesellschaftlichen Strukturen untersucht. Die spezifische historische Situation wurde als kontingent aufgefasst und dem Individuum zugewilligt, in diesem Rahmen autonom zwischen mehreren Handlungsoptionen zu entscheiden.¹⁰ Die Ergebnisse und Methoden der strukturorientierten Geschichtsschreibung konnten so aufgenommen und zugleich der Individualität des Menschen Rechnung getragen werden.

Der neue biographische Ansatz erwies sich als äußerst fruchtbar, vor allem bei mikrohistorischen Forschungen, da durch ihn die Besonderheiten einer spezifischen Situation stringent und anschaulich analysiert werden können¹¹. Zugleich können aber auch Phänomene, die „in der Perspektive einer politischen Geschichtsschreibung nicht zusammengehör[en]“, „durch die Lebensgeschichte der Individuen gewissermaßen zusammengehalten

⁸ HANS ERICH BÖDEKER, *Biographie. Annäherungen an den gegenwärtigen Forschungs- und Diskussionsstand*, in: *Biographie schreiben*, hg. v. DEMS., Göttingen 2003, S. 9-63; THOMAS ETZEMÜLLER, *Die Form „Biographie“ als Modus der Geschichtsschreibung. Überlegungen zum Thema Biographie und Nationalsozialismus*, in: *Regionen im Nationalsozialismus*, hg. v. MICHAEL RUCK/ KARL HEINRICH POHL, Bielefeld 2003, S. 71-90; ALEXANDER GALLUS, *Biographik und Zeitgeschichte*, in: *APuZ*, Heft 1-2/2005, S. 40-46; CHRISTIAN KLEIN, *Einleitung: Biographik zwischen Theorie und Praxis*, in: *Grundlagen der Biographik. Theorie und Praxis des biographischen Schreibens*, hg. v. DEMS., Stuttgart, Weimar 2002, S. 1-22.

⁹ Vgl. JACQUES LEGOFF, *Wie schreibt man eine Biographie?*, in: FERNAND BRAUDEL u. a., *Der Historiker als Menschenfresser. Über den Beruf des Geschichtsschreibers*, Berlin, 1990, S. 103-112, hier S. 103; DERS., *Ludwig der Heilige*, Stuttgart 2000, S. 5; KLEIN, *Einleitung*, S. 9-13, 16-18.

¹⁰ Vgl. BÖDEKER, S. 19-32, 57-63; PIERRE BOURDIEU, *Die biographische Illusion*, in: *Bios* 6/1993, S. 75-81; LEGOFF, *Biographie*, S. 106; KLEIN, *Einleitung*, S. 12f; MICHAEL WILDT, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, S. 23; GERHARD PAUL/ KLAUS-MICHAEL MALLMANN, *Sozialisation, Milieu und Gewalt. Fortschritte und Probleme der neueren Täterforschung*, in: *Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien*, hg. v. DENS, Darmstadt 2004, S. 1-32, hier S. 4f.

¹¹ Vgl. BÖDEKER, S. 17, 24, 57-63.

und anders periodisiert“¹² werden, was neue Erklärungsmuster ermöglicht – auf diese Weise kann beispielsweise die Bedeutung von Ideologien als Handlungsmotivation untersucht werden. Gerade für den nationalsozialistischen „Vernichtungsprozess“ lässt der biographische Ansatz eine neue Deutung erwarten, da jetzt nicht mehr ein anonymer, bürokratisch-industrieller Vorgang betrachtet wird, sondern ein „sich radikalisiertes Projekt [...] verschiedener Tätergruppen“¹³.

Bisher haben jedoch nur wenige biographische Studien bewiesen, wie fruchtbar dieser Ansatz für die Erforschung des Nationalsozialismus sein kann. Zu nennen wären hier vor allem Ulrich Herberts „Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft“ zum SS-Obergruppenführer Werner Best¹⁴ – Herbert weist hier schon im Titel auf den übergreifenden Charakter seiner Untersuchung hin – und Ian Kershaws Hitlerbiographie¹⁵. Kershaw präsentiert mit seinem Modell des „dem Führer Entgegenarbeiten“ eine überzeugende Analyse der Herrschaftsstrukturen des Dritten Reichs, der Machttechnik Adolf Hitlers und dessen Position im polykratischen Gefüge des Nationalsozialismus.¹⁶ Die Positionen von „Funktionalisten“ und „Intentionalisten“ weit hinter sich lassend, beschreibt der britische Historiker, wie sowohl die charismatische Autorität Hitlers von oben als auch die Ambitionen der in Machtkämpfen verstrickten Paladine von unten das nationalsozialistische Regime funktionieren und eine eigene Dynamik entwickeln ließen.¹⁷

Dem Handeln und der Motivation der Unterführer Hitlers kommt in diesem Konzept ein kaum zu unterschätzender Stellenwert zu, und damit auch ihrer Biographie. Eine breite biographische Forschung zum National-

¹² ULRICH HERBERT, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 1996, S. 19; Vgl. GALLUS, S. 42.

¹³ PAUL/ MALLMANN, S. 23; Vgl. HERBERT, Best, S. 17-19.

¹⁴ Vgl. Anmerkung 12.

¹⁵ IAN KERSHAW, Hitler 1889-1936, Stuttgart 1998 (im Folgenden zitiert als: KERSHAW, Hitler I); DERS., Hitler 1936-1945, Stuttgart 2000 (im Folgenden zitiert als: KERSHAW, Hitler II).

¹⁶ Zum Polykratiekonzept: PETER HÜTTENBERGER, Nationalsozialistische Polykratie, in: GG 2/1976, S. 417-442; HANS-ULRICH THAMER, Monokratie-Polykratie. Historiographischer Überblick über eine kontroverse Debatte, in: Das organisierte Chaos. „Ämterdarwinismus“ und „Gesinnungsethik“: Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft, hg. v. GERHARD OTTO/ JOHANNES HOUWINK TEN CATE, Berlin 1999, S. 21-34; ULRICH VON HEHL, Nationalsozialistische Herrschaft, München 1996, S. 60-66; OLIVER VOLCKART, Polykratische Wirtschaftspolitik: Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsministerium, Arbeitsministerium, DAF und Reichsnährstand, 1933-1939, in: VSWG 90/2003, S. 174-193.

¹⁷ KERSHAW, Hitler I, S. 23-28.

sozialismus erscheint vor diesem Hintergrund unerlässlich. In der seit langem unüberschaubaren Literatur zu dieser Epoche finden sich zwar zahlreiche biographischen Skizzen, Biographien neuen Typs sind jedoch selten. Systematische biographischen Forschungen fanden bisher nicht statt, vielmehr wurden bestimmte Gruppen – zum Beispiel die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944¹⁸ – sehr ausführlich gewürdigt, andere Personenkreise dagegen kaum wissenschaftlich erforscht. Letzteres trifft vor allem auf die nationalsozialistischen Täter zu¹⁹, unter denen vor allem die „großen Männer“ einer Biographie für Wert befunden wurden – allerdings auf durchaus unterschiedlichem Niveau. Liegen zu Hitler²⁰ mehrere umfangreiche und auch qualitativ hochwertige Studien vor, so kann der Forschungsstand weder zu Goebbels²¹ noch zu Göring²², Himmler²³ oder Bormann²⁴ als befriedigend betrachtet werden. Die „zweite Reihe“ der Partei- und SS-Führer hat bis heute – von zahlreichen Aufsätzen und einigen Überblicksdarstellungen abgesehen²⁵ – noch weniger Beachtung gefunden.²⁶

¹⁸ Vgl. die Sammelrezension in: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2004-3-045>>.

¹⁹ Vgl. PAUL/ MALLMANN; HANNES HEER, Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei, Berlin 2004.

²⁰ ALAN BULLOCK, Hitler. Eine Studie über Tyrannei, vollständige überarbeitete Neuauflage, Düsseldorf 1969; JOACHIM C. FEST, Hitler. Eine Biographie, 7. Auflage, Frankfurt/ Main 1974; KERSHAW, Hitler.

²¹ CHRISTIAN T. BARTH, Goebbels und die Juden, Paderborn u.a. 2003; ULRICH HÖVER, Joseph Goebbels – ein nationaler Sozialist, Berlin 1992; RALF GEORG REUTH, Goebbels, München 1990; DIETER WUNDERLICH, Göring und Goebbels. Eine Doppelbiographie, Regensburg 2002.

²² ALFRED KUBE, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, 2. Auflage, München 1987; STEFAN MARTENS, Hermann Göring. „Erster Paladin des Führers“ und „Zweiter Mann im Reich“, Paderborn 1985; WERNER MASER, Hermann Göring. Hitlers janusköpfiger Paladin. Die politische Biographie, Berlin 2000.

²³ JOSEF ACKERMANN, Heinrich Himmler als Ideologe, Göttingen u.a. 1970; RICHARD BREITMANN, Der Architekt der „Endlösung“: Himmler und die Vernichtung der europäischen Juden, Paderborn u.a. 1996; HEINRICH FRAENKEL/ ROGER MANVELL, Himmler. Kleinbürger und Massenmörder, Frankfurt/ Main, Berlin 1965; PETER PADFIELD, Himmler. Reichsführer-SS, London 1990; BRADLEY F. SMITH, Heinrich Himmler 1900-1926, München 1979; Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, hg. v. PETER WITTE u.a., Hamburg 1999; JOSEPH WULF, Heinrich Himmler, Berlin 1960.

²⁴ JOCHEN VON LANG, Der Sekretär. Martin Bormann, Stuttgart 1977; JAMES MCGOVERN, Martin Bormann, New York 1968; JOSEPH WULF, Martin Bormann – Hitlers Schatten, Gütersloh 1962.

²⁵ Vgl. BRUCE CAMPBELL, The SA-Generals and the Rise of Nazism, Lexington 1998; Die braune Elite, hg. v. RONALD SMELSER u.a., 2 Bände, 4. aktualisierte Auflage, Darmstadt 1999; Die SS: Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, hg. v. RONALD SMELSER/

Auch die wichtigste Gruppe der nationalsozialistischen Unterführer, die Gauleiter, wurde bisher nur unzureichend erforscht, obwohl gerade die „Alten Kämpfer“ unter ihnen zu den mächtigsten Führungspersonen des Dritten Reiches gehörten.²⁷ Sie fungierten im personenbezogenen Herrschaftssystem Hitlers in ihren Ämtern als Reichsstatthalter, Oberpräsidenten und in einigen Fällen auch als Ministerpräsidenten als eine Art Mittelinstanz²⁸ und prägten die lokale Erscheinungsform des Nationalsozialismus.²⁹ Erich Koch gehörte zu den mächtigsten Vertretern dieser Funktionsgruppe. Ähnliche Bedeutung wie ihm kam nur sehr wenigen seiner Kollegen zu. Zu nennen wären hier der Gauleiter der „Saarpfalz“, Josef Bürckel, der auch als „Reichskommissar für das Saargebiet“ und „die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ sowie als „Chef der Zivilverwaltung“ in Lothringen reüssierte³⁰, und sein badisches Pendant, der dortige Reichsstatthalter Robert Wagner, zugleich „Chef der Zivilverwaltung im Elsaß“³¹. Der Gauleiter und Reichsstatthalter Thürin-

ENRICO SYRING, Paderborn 2000; HERBERT F. ZIEGLER, *Nazi Germany's New Aristocracy. The SS Leadership 1925-1939*, Princeton 1989.

²⁶ Neben andernorts zitierten Monographien vgl. ANNA BRAMWELL, *Blood and Soil*. Richard Walther Darré and Hitler's 'Green Party', Abbotsbrook 1985; ALFRED D. LOW, *The Men around Hitler*, Boulder, New York 1996; GÜNTHER NELIBA, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates, Paderborn 1992; PETER PADFIELD, Hess. Flight for the Führer, London 1991; Rudolf Heß. Der Mann an Hitlers Seite, hg. v. KURT PÄTZOLD/ MANFRED WEIßBECKER, Leipzig 1999; DIETER SCHENK, Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur, Frankfurt/ Main 2006; RAINER F. SCHMIDT, Rudolf Heß. „Botengang eines Toren“? Der Flug nach Großbritannien vom 10. Mai 1941, Düsseldorf 1997; WULF SCHWARZWÄLLER, Rudolf Heß. Der Stellvertreter, München 1987; RONALD M. SMELSER, Robert Ley. Hitlers Mann an der „Arbeitsfront“, Paderborn 1989; Die gleiche Feststellung trifft auch auf die führenden Militärs zu (Vgl. Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING, Berlin, Frankfurt/ Main 1995; Hitlers militärische Elite, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, 2 Bände, Darmstadt 1998)

²⁷ Vgl. PETER HÜTTENBERGER, *Die Gauleiter*, Stuttgart 1969.

²⁸ DIETER REBENTISCH, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1989, S. 231-275; HÜTTENBERGER, *Gauleiter*, S. 75-89.

²⁹ Vgl. HEINZ-JÜRGEN PRIAMUS, Regionale Aspekte in der Politik des nordwestfälischen Gauleiters Alfred Meyer, in: *Nationalsozialismus in der Region*, hg. v. HORST MÖLLER u.a., Oldenburg 1996, S. 175-195; NOAKES, *Viceroy*, passim.

³⁰ Neben andernorts zitierten Arbeiten vgl. E. D. R. HARRISON, Gauleiter Bürckel and the Bavarian Palatinate 1933-40, in: *Proceedings of the Leeds Philosophical and Literary Society, Literary and Historical Section*, Vol. XX Part 3, S. 271-291.

³¹ Neben andernorts zitierten Arbeiten vgl. HORST FERDINAND, Die Misere der totalen Dienstbarkeit: Robert Wagner (1895-1946), NSDAP-Gauleiter, Reichsstatthalter von Baden, Chef der Zivilverwaltung im Elsaß, in: *Eberbacher Geschichtsblatt* 91/1992, S. 97-209, hier S. 118f, 183, 221; DERS., Nachlese zu: Die Misere der totalen Dienstbarkeit, in: *Eberbacher Geschichtsblatt* 92/1993, S. 208-222, hier S. 221.

gens, Fritz Sauckel, erlangte als „Generalbeauftragter für den Arbeitseinsatz“ durch die Rekrutierung der Zwangsarbeiter traurige Berühmtheit³², der Gauleiter von Essen, Josef Terboven, fungierte als Oberpräsident der Rheinprovinz und als Reichskommissar für Norwegen³³, der Gauleiter und Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Hinrich Lohse, als „Reichskommissar für das Ostland“³⁴.

Trotz dieser unbestreitbaren Bedeutung der Gauleiter ist Peter Hüttenbergers Pionierstudie aus dem Jahr 1969³⁵ immer noch als umfassendste Untersuchung zu dieser Funktionsgruppe anzusehen. Ein prosopographisches Werk ist sie jedoch nicht, der Autor konzentrierte sich vielmehr auf die Strukturen, in denen die „Gaufürsten“ tätig wurden. Hüttenberger charakterisierte seine Protagonisten nicht als Individuen, sondern wertete ihr Handeln als Strukturelement.

Hüttenbergers Arbeit wirkte nicht sehr stimulierend auf die Forschung. Bis heute entstanden nur wenige übergreifende Studien zu den regionalen Parteiführern.³⁶ Zu einzelnen Gauleitern erschienen fast ausschließlich Aufsätze, die aus einem unterschiedlich starken biographischen Interesse heraus einen kursorischen Überblick³⁷ geben oder als Detailstudien angelegt

³² MANFRED WEIßBECKER, Fritz Sauckel. „Wir werden die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen...“, in: *Stufen zum Galgen*, hg. v. KURT PÄTZOLD/ MANFRED WEIßBECKER, Leipzig 1996, S. 297-331.

³³ ROBERT BOHN, Reichskommissariat Norwegen, München 2000.

³⁴ Neben andernorts zitierten Arbeiten vgl. RUDOLF RIETZLER, „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928), Neumünster 1982.

³⁵ Siehe Anmerkung 27.

³⁶ Neben andernorts zitierten Arbeiten vgl. KURT DÜWELL, Gauleiter und Kreisleiter als regionale Gewalten des NS-Staates, in: *Nationalsozialismus in der Region*, S. 161-174; WINFRIED MÜLLER, Gauleiter als Minister. Die Gauleiter Hans Schemm, Adolf Wagner, Paul Giesler und das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus 1933-1945, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 60/1997, S. 973-1021; WALTER ZIEGLER, Gaue und Gauleiter im Dritten Reich, in: *Nationalsozialismus in der Region*, S. 139-160; DERS., Das Selbstverständnis der bayerischen Gauleiter, in: *Staat und Gaue in der NS-Zeit. Bayern 1933-1945*, hg. v. HERMANN RUMSCHÖTTEL/ WALTER ZIEGLER, München 2004, S. 77-125.

³⁷ Neben andernorts zitierten Arbeiten vgl. JOSEF FONTANA, Südtirol unter Gauleiter Franz Hofer (1943-1945), in: *Der Schlern* 68/1994, S. 476-497; KURT GAYER, Wilhelm Murr. Gauleiter und Reichsstatthalter von 1933-1945, in: *Die Villa Reitzenstein und ihre Herren*, hg. v. DEMS. u.a., Stuttgart 1988, S. 119-130; KYRA T. INACHIN, „Märtyrer mit einem kleinen Häuflein Getreuer“. Der erste Gauleiter der NSDAP in Pommern Karl Theodor Vahlen, in: *VfZ* 49/2001, S. 31-51; KARL HEINZ JAHNKE, Friedrich Hildebrandt – Gauleiter der NSDAP in Mecklenburg, in: *Anknüpfungen. Kulturgeschichte – Landesgeschichte – Zeitgeschichte*, hg. v. VOLKER ACKERMANN u.a., Essen 1995, S. 235-246; LUDWIG JEDLICKA, Gauleiter Josef Leopold (1889-1941), in: *Geschichte und Gesellschaft*, hg. v. GERHARD BOTZ u.a., Wien 1974, S. 143-161; IAN KERSHAW, Arthur Greiser – Ein

sind³⁸. Insgesamt ist zu beobachten, dass die Zahl der Veröffentlichungen zu den Gauleitern ab Mitte der neunziger Jahre deutlich zunahm. Zu dieser Zeit entstanden auch vier der fünf ausführlichen und modernen Gauleiterbiographien, die allerdings ein sehr unterschiedliches Erkenntnisinteresse verfolgen und sich mit Funktionären von stark unterschiedlicher Bedeutung befassen. Die älteste Monographie, Franz Kühnells Dissertation zu Hans Schemm (1985)³⁹, ist zwar als Vollbiographie eines „Alten Kämpfers“ anzusehen, der Bayreuther Gauleiter starb jedoch bereits 1935, konnte im Dritten Reich also nur wenig Bedeutung erlangen. 1994 erschien Ulf Pederzens erziehungswissenschaftliche Dissertation zum Gauleiter von Süd-Hannover-Braunschweig, Bernhard Rust⁴⁰, die sich ausschließlich mit dessen Tätigkeit als Bildungspolitiker beschäftigt – Rust war als Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung neben Goebbels der einzige Gauleiter mit Ministeramt auf Reichsebene. Czesław Łuczaks

Motor der „Endlösung“, in: Braune Elite 2, S. 116-127; NILS KÖHLER, Otto Telschow – Hitlers Gauleiter in Ostthannover, in: Regionen, S. 121-146; HERBERT SCHWARZWÄLDER, Carl Röver (1889-1942), in: Berühmte Bremer, München 1972, S. 231-244.

³⁸ HANS-STEPHAN BRATHER, Der „Frosch-Mäuse-Krieg“ um die Exklave Ostheim vor der Rhön (1939-1945). Rivalisierende Gaufürsten im Gestrüpp ihrer Zuständigkeitsüberlagerungen, in: Thüringische Forschungen, hg. v. MICHAEL GOCKEL/ VOLKER WAHL, Weimar u.a. 1993, S. 533-562; MARTYN HOUSDEN, Personal Rivalry in the Hitler State: A Case Study, in: German History 8/1990, S. 294-309; BERND KASTEN, Konflikte zwischen dem Gauleiter Friedrich Hildebrandt und dem Staatsministerium in Mecklenburg 1933-1939, in: Mecklenburgische Jahrbücher 112/1997, S. 157-175; CHRISTIANE KULLER/ AXEL DRECOLL, Inszenierter Volkszorn, ausgebliebene Empörung und der Sturz Julius Streichers. Reaktionen auf die wirtschaftliche Ausplünderung der deutschen Juden, in: Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, hg. v. MARTIN SABROW, Göttingen 2004, S. 77-101; PETR NĚMEC, Gauleiter Dr. Hugo Jury und sein Wirken im Protektorat Böhmen und Mähren, in: Kontakte und Konflikte. Böhmen, Mähren und Österreich, hg. v. THOMAS WINKELBAUER, Waidshofen an der Thaya 1993, S. 469-478; JEREMY NOAKES, The Oldenburg Crucifix Struggle of November 1936, in: The Shaping of the Nazi State, hg. v. PETER STACHURA, London 1978, S. 210-233; FERDINAND PAULY, Zur Kirchenpolitik des Gauleiters J. Bürckel im Saargebiet (März-August 1935), in: Rheinische Vierteljahrsblätter 35/1971, S. 414-453; FRANZ PÖGGELER, Der Lehrer Julius Streicher, Frankfurt/ Main u.a. 1991; MANFRIED RAUCHENSTEINER, Gauleiter Hofers „Alpenfestung“ und die militärische Befreiung Nordtirols, in: 1945. Ende und Anfang in Vorarlberg, Nord- und Südtirol, hg. v. GERHARD WANNER, Lochau 1986, S. 35-44; HANS SCHAEFER, Bürckels Bauernsiedlung. Nationalsozialistische Siedlungspolitik in Lothringen während der „verschleierte“ Annexion 1940-1944, Saarbrücken 1997; VOLKER SCHNEIDER, Gauleiter Gustav Simon, der „Moselgau“ und das ehemalige SS-Sonderlager/ KZ Hinzert, in: Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz. Band 2, hg. v. HANS-GEORG MEYER/ HANS BERKESSEL, Mainz 2001, S. 276-307.

³⁹ FRANZ KÜHNEL, Hans Schemm. Gauleiter und Kultusminister (1891-1935), Nürnberg 1985.

⁴⁰ ULF PEDERSEN, Bernhard Rust: ein nationalsozialistischer Bildungspolitiker vor dem Hintergrund seiner Zeit, Braunschweig, Gifhorn 1994.

Studie über Arthur Greiser⁴¹, die nur in polnischer Sprache vorliegt, behandelt mit dem Herrn des „Warthegaus“ zwar einen wichtigen Besatzungspolitiker, dieser avancierte aber erst nach der Besetzung Polens 1939 zum Gauleiter. Vor allem an den Verbrechen des Besatzungspolitikers Albert Forster und deren juristischer Verfolgung ist Dieter Schenk⁴² in seiner Studie zum Danziger Gauleiter interessiert, Forsters Tätigkeit als Parteiführer spielt nur eine sekundäre Rolle. Ähnlich in der Dissertation Stephanie Zibells zu Jakob Sprenger⁴³. Sie legt den Schwerpunkt ihrer Untersuchung auf die politische Machtentfaltung des Parteiführers in den sich wandelnden staatlichen Strukturen – sicherlich auch die interessanteste Facette der Vita des hessischen Parteiführers, der außerhalb seines Gaues keine Bedeutung erlangte.

Die vorliegende Arbeit hat es sich zum Ziel gesetzt, die bereits bestehenden Ansätze zu bündeln und zu einer politischen Vollbiographie eines prototypischen Gauleiters auszuweiten, an der gruppenspezifische Phänomene, aber auch die Besonderheiten Erich Kochs gezeigt werden sollen.⁴⁴ Die Privatperson soll dabei nur insoweit berücksichtigt werden, als es für die Erläuterung ihres politischen Handelns notwendig ist.

Kochs Leben zerfällt in Abschnitte, die gut aus dem Quellenmaterial zu rekonstruieren und in Teilbereichen bereits erforscht sind, und solche, in denen es an Überlieferungen fehlt oder die noch nicht das Interesse der Historiker gefunden haben. Eine aufschlussreiche Quelle für fast alle Lebensphasen Kochs, vor allem seine Kindheit und Jugend, bieten vier autobiographische Berichte, die er hinterlassen hat. Sie entstanden allerdings erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und sind daher mit der gebotenen quellenkritischen Vorsicht zu betrachten. Koch wurde kurz nach seiner Verhaftung 1949 von der Bielefelder Staatsanwaltschaft vernommen, er gab dabei sehr detailliert Auskunft. Die Protokolle, angereichert mit mehreren hundert Zeugenaussagen, werden im Bundesarchiv Koblenz aufbewahrt.⁴⁵

Für den in Warschau gegen ihn angestregten Prozess fertigte er einen fünfzigseitigen handschriftlichen Lebenslauf an, der sich in den Prozessakten im Institut für Nationales Gedenken (*Instytut Pamięci Narodowej*)

⁴¹ CZESŁAW ŁUCZAK, Arthur Greiser, Poznań 1997.

⁴² DIETER SCHENK, Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000.

⁴³ STEPHANIE ZIBELL, Jakob Sprenger (1884-1945): NS-Gauleiter und Reichsstatthalter in Hessen, Darmstadt, Marburg 1999.

⁴⁴ Vgl. BÖDEKER, S. 29; HERBERT, Best, S. 25.

⁴⁵ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, 1909e.

erhalten hat.⁴⁶ Nach seiner Verurteilung arbeitete er diesen Lebenslauf zu einer Geschichte der NSDAP aus, die einen Umfang von 300 Seiten haben soll. Das Manuskript befindet sich seit dem Tode Kochs 1986 zusammen mit seinem sonstigen Nachlass – etwa 200 private Briefe – in privater Hand und kann nicht eingesehen werden.⁴⁷ Ein halbes Jahr vor seinem Tod wurde der neunzigjährige Häftling von dem polnischen Fernsehjournalisten Mieczyslaw Sieminski interviewt.⁴⁸ Die dreistündige Aufzeichnung wurde von dem SDR-Redakteur Wilhelm Reschl als Basis für einen Dokumentarfilm verwendet.⁴⁹

Andere private Quellen existieren nicht. Nur wenige NS-Führer haben sich über Koch geäußert, und anders als bei anderen Gauleitern fand sich für Koch auch während des Dritten Reiches kein Biograph.⁵⁰ Über die Selbstzeugnisse hinaus bieten daher nur die Reden und andere öffentliche Äußerungen die Möglichkeit, sich der Person Kochs zu nähern. Daneben gestatten die bisherigen mentalitätsgeschichtlichen Forschungen zu NS-Funktionären Rückschlüsse auf den Einzelfall Erich Koch. So kann aus den allgemeinen Erkenntnissen zur Verarbeitung des Ersten Weltkrieges im Zusammenspiel mit den wenigen Äußerungen Kochs stringent erklärt werden, warum sich der junge Mann nach seiner Rückkehr aus dem Krieg⁵¹ nicht nur der Politik, sondern gerade der NSDAP zuwandte.

Koch engagierte sich von 1921 bis 1928 in seiner Heimatstadt Elberfeld und im Ruhrgebiet für die NSDAP. Diese Tätigkeit dort wird durch die Bestände des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf⁵² und das Material des ehemaligen „Berlin Document Centers“⁵³ dokumentiert. Außerdem existieren

⁴⁶ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 40-71, Lebenslauf Koch.

⁴⁷ Mitteilung Cezary Gmyz an den Autor, Dezember 2003; Vgl. Wprost Nr. 51/52, 31.12.2003, S. 116-119.

⁴⁸ Siehe Anmerkung 1.

⁴⁹ WILHELM RESCHL, Der Gauleiter Erich Koch, Fernsehdokumentation, SDR 1992.

⁵⁰ Neben andernorts zitierten Arbeiten vgl. HERMANN BARTH, Kube, Berlin 1934; BERND LOCHMÜLLER, Hans Schemm, 2 Bände, Bayreuth 1935, München 1940; Das nationalsozialistische Gewissen in Danzig. Aus sechs Jahren Kampf für Hitler, hg. v. WILHELM LÖBSACK, Danzig 1936; WILHELM LÖBSACK, Albert Forster. Gauleiter und Reichsstatthalter im Reichsgau Danzig-Westpreußen, Danzig 1940; GÜNTER PLUM, Bibliographie der Gauleiter. Als maschinenschriftliches Manuskript im Institut für Zeitgeschichte, München 1970.

⁵¹ Die Akten der Einheiten, in denen Koch diente, sind nach Auskunft des Bundesarchiv-Militärarchivs in Freiburg nicht erhalten geblieben.

⁵² HSTA Düsseldorf, RW 23.

⁵³ BA Berlin, BDC, PK Koch, OPG Koch.

einige ältere Studien zum „Gau Ruhr“⁵⁴ und zum dort beheimateten „Straßer-Flügel“ der NSDAP⁵⁵, dem sich auch Koch anschloss.

1928 avancierte Koch zum Gauleiter von Ostpreußen. Damit gehörte er zu den „Alten Kämpfern“, die vor 1930 in dieses Amt gelangten und es bis 1945 ausübten. Diese Generation der Gauleiter war es auch, die nach 1933 großen politischen Einfluss erringen konnte, während ihre jüngeren Kollegen, zum Beispiel die ab 1938 eingesetzten österreichischen Gauleiter, keine vergleichbare Bedeutung erlangten. Gerade am Beispiel Erich Kochs lässt sich zeigen, wie es einem Gauleiter durch geschicktes Ausnutzen der gegebenen Situation gelingen konnte, eine außergewöhnliche Ämter- und Machtfülle zu erreichen, die angesichts des biographischen Hintergrundes des „kleinen Fahrkartenknipers“ nicht nur Zeitgenossen erstaunte.

Eine Beschreibung des Aufstiegs Erich Kochs verlangt also, dass nicht nur die allgemeine Geschichte der NSDAP, sondern auch die Geschichte der preußischen Provinz Ostpreußen während der Weimarer Republik und des Dritten Reichs einbezogen wird.⁵⁶ Gerade hier tun sich trotz einer hohen Zahl von Titeln beträchtliche Forschungslücken auf. Die Flut der Heimatliteratur, die sich mit der „verlorenen“ Provinz beschäftigt, ist für den wissenschaftlichen Gebrauch ungeeignet⁵⁷, und auch viele explizit wissenschaftliche Veröffentlichungen leiden nicht nur unter einem durch die Kriegsverluste bedingten Mangel an Quellen, sondern wurden zu einem großen Teil von Autoren verfasst, die sich offenbar eher der Liebe zu

⁵⁴ WILFRIED BÖHNKE, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920-1933, Bonn-Bad Godesberg 1974; ULRICH KLEIN, „Mekka des deutschen Sozialismus“ oder „Kloake der Bewegung“? Der Aufstieg der NSDAP in Wuppertal 1920 bis 1934, in: Über allem die Partei, hg. v. KLAUS GOEBEL, Oberhausen 1987, S. 105-149.

⁵⁵ UDO KISSENKOETTER, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978; REINHARD KÜHNEL, Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Meisenheim am Glan 1966; DERS., Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken. Das Strasser-Programm von 1925-26, in: VfZ 14/1966, S. 317-333; GERHARD SCHILDT, Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West, Freiburg 1966; PETER D. STACHURA, Gregor Strasser and the Rise of Nazism, London 1983; ULRICH WÖRTZ, Programmatik und Führerprinzip. Das Problem des Strasser-Kreises in der NSDAP, ohne Ort (Stuttgart) 1966. – In der Literatur findet sich neben der korrekten Schreibweise „Straßer“ auch die Schreibweise „Strasser“. Diese wurde in den Literaturangaben und bei Zitaten beibehalten.

⁵⁶ Vgl. ULRICH VON HEHL, Nationalsozialismus und Region. Bedeutung und Probleme einer regionalen Erforschung des Dritten Reichs, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 56/1993, S. 111-129.

⁵⁷ Vgl. KLAUS-EBERHARD MURAWSKI, Die Zeit des Nationalsozialismus im Spiegel von ostpreußischen Heimatchroniken und Ortsgeschichten nach 1945, in: Preußenland 31/1993, S. 51-58; Ost- und südostdeutsche Heimatbücher und Ortsmonographien nach 1945. Eine Bibliographie zur historischen Landeskunde der Vertreibungsgebiete, hg. v. d. Stiftung ostdeutscher Kulturrat, München 1979.

Ostpreußen denn der wissenschaftlichen Objektivität verpflichtet fühlten.⁵⁸ Zahlreiche Autoren stützten sich zudem auf Erinnerungsberichte, ohne deren Zuverlässigkeit kritisch zu hinterfragen. Dadurch entstandene subjektive Verzerrungen wurden dadurch verstärkt, dass einige der produktivsten Autoren selbst Protagonisten der letzten Epoche des „deutschen“ Ostpreußens waren. So stammen die wichtigsten Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Ostpreußens im 20. Jahrhundert von einem Mitarbeiter der Landesplanungsbehörde⁵⁹, die Verwaltungsgeschichte wurde fast ausschließlich von einem ehemaligen Landrat aufgearbeitet⁶⁰. Letzterer gehörte bereits vor 1933 zu einem Intellektuellenzirkel um Gauleiter Koch und den späteren Widerstandskämpfer Fritz-Dietlof von der Schulenburg und machte dann im Dritten Reich Karriere.⁶¹

Diese durchaus verdienstvollen, aber in Teilen einseitigen Studien fanden, auch mangels anderer Forschungen, Eingang in jüngere Veröffentlichungen, so in Ernst Opgenoorths „Handbuch der Geschichte Ost- und

⁵⁸ GEORG BITTER, Die preußische Regierung zu Königsberg 1918-1945, Leer 1988; HEINRICH-BERNHARD BÖHMEKE, Die Verwaltung des Regierungsbezirks Marienwerder 1920-1945, Bonn 1982; HARTMUT BOOCKMANN, Ostpreußen und Westpreußen, Berlin 1992; PATRICIA CLOUGH, In langer Reihe über das Haff. Die Flucht der Trakehner aus Ostpreußen, 4. Auflage, München 2005; KURT FORSTREUTER, Ostpreußen, in: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik, Köln 1966, S. 13-41; FRITZ GAUSE, Die Geschichte der Stadt Königsberg. III. Band: Vom Ersten Weltkrieg bis zum Untergang Königsbergs, Köln 1971; WILHELM MATULL, Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick, Würzburg 1970; ADALBERT JOSEF NOBIS, Die Preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Allenstein 1905-1945, München 1987; VICTOR VON POSER/ MAX MEYHÖFER, Der Kreis Ortelsburg. Ein ostpreußisches Heimatbuch, Würzburg 1957; HERMANN SCHMIDT, Die Landwirtschaft von Ostpreußen und Pommern, Marburg 1978; BRUNO SCHUMACHER, Geschichte Ost- und Westpreußens, Neuaufgabe, Würzburg 2002; REINHOLD WEBER, Masuren. Geschichte – Land und Leute, Leer 1983.

⁵⁹ FRIEDRICH RICHTER, Industriepolitik im agrarischen Osten, Wiesbaden 1984; DERS., Beiträge zur Industrie- und Handwerksgegeschichte Ostpreußens 1919-1939, Stuttgart 1988.

⁶⁰ KLAUS VON DER GROEBEN, Landräte in Ostpreußen. Ein Beitrag zur Verwaltungsgeschichte des Samlandes, Köln, Berlin 1972; DERS., Verwaltung und Politik 1918-33 am Beispiel Ostpreußens, 2. erweiterte Auflage, Kiel 1988; DERS., Provinz Ostpreußen, in: Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815-1945, hg. v. GERD HEINRICH u.a., Stuttgart 1993, S. 147-258; DERS., Das Land Ostpreußen. Selbsterhaltung, Selbstgestaltung, Selbstverwaltung 1750 bis 1945, Kiel 1993; DERS., Die Provinzielle Selbstverwaltung in Preussen im Umbruch des Jahres 1933, in: Verfassung und Verwaltung, hg. v. HELMUT NEUHAUS, Köln u.a. 1994, S. 239-254.

⁶¹ Vgl. ULRICH HEINEMANN, Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli, Berlin 1990, S. 24; CHRISTIAN TILITZKI, Alltag in Ostpreußen 1940-1945. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz 1940-1945, Leer 1991, S. 16.

Westpreußens“⁶², das sich nicht in allen Teilen auf der Höhe des Forschungsstandes zeigt. Unter den frühen Publikationen zur politischen Geschichte Ostpreußens ist Dieter Hertz-Eichenrodes 1969 entstandene Untersuchung zur Verkettung von Politik und Landwirtschaft⁶³ hervorzuheben, die denjenigen Klischees von Ostpreußen widerspricht, welche die wirtschaftliche Not der Provinz vor allem auf die „Abtrennung“ vom und die Vernachlässigung durch das Reich zurückführen. Abgesehen von kleineren Detailstudien⁶⁴ entstanden ansonsten bis Ende der neunziger Jahre keine allgemeinen Darstellungen zur Geschichte Ostpreußens in der Weimarer Republik, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen. Einen deutlichen qualitativen Sprung stellten dann die Arbeiten Andreas Kosserts⁶⁵ und Robert Trabas⁶⁶ dar, die um die Jahrtausendwende erschienen und mit distanziert kritischem Blick anhand eingegrenzter Problemfelder den Forschungsstand deutlich vorantrieben.

Vor diesem Hintergrund wirkt die wissenschaftliche Literatur zur Entstehung der ostpreußischen NSDAP erstaunlich reichhaltig. In erster Linie sind hier die Forschungen des Allensteiner Historikers Bohdan Koziello-Poklewski⁶⁷ zu nennen, aber auch die Aufsätze Dieter Hertz-Eichen-

⁶² Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens, hg. v. ERNST OPGENOORTH. Teil IV: Vom Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918-1945, Lüneburg 1997; Ähnlich: Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. WALTER ZIEGLER/ SABINE REHM, München 1999.

⁶³ DIETER HERTZ-EICHENRODE, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919-1930, Köln, Opladen 1969.

⁶⁴ BERND MARTIN, Masuren. Mythos und Geschichte, Karlsruhe 1998; ERNST SCHUTE, „Getrennt vom Reich“ – Die Instrumentalisierung des Sports in Ostpreußen zur Zeit der Weimarer Republik, Bochum 1987; HANS-ULRICH WEHLER, Zur neueren Geschichte der Masuren, in: Zeitschrift für Ostforschung 11/1962, S. 147-172; WOLFGANG WESSLING, Die staatlichen Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage Ostpreußens in den Jahren 1920 bis 1930, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 6/1957, S. 215-290.

⁶⁵ ANDREAS KOSSERT, Masuren. Ostpreußens vergessener Süden, Berlin 2001; DERS., Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870-1956, Wiesbaden 2001; DERS., „Grenzlandpolitik“ und Ostforschung an der Peripherie des Reiches. Das ostpreußische Masuren 1919-1945, in: VfZ 51/2003, S. 117-147; DERS., Ostpreußen. Geschichte und Mythos, Berlin 2005.

⁶⁶ ROBERT TRABAS, Kriegssyndrom in Ostpreußen. Ein Beitrag zum kollektiven Bewußtsein der Weimarer Zeit, in: Kriegererlebnis, S. 399-412; DERS., Zur Grenzlandmentalität in Ostpreußen in der Zwischenkriegszeit. Max Worgitzki (1884-1937), in: Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands 50/2002, S. 91-99.

⁶⁷ BOHDAN KOZIELLO-POKLEWSKI, Aus den Forschungen über die territoriale Struktur der NSDAP in Ostpreußen in den Jahren 1921-1933, in: Polnische Weststudien Bd. IV,

rodes⁶⁸ und Gerhard Reifferscheids⁶⁹ sowie Richard Bessels Studie über die SA in Ostdeutschland⁷⁰ liefern wertvolle strukturgeschichtliche Erkenntnisse. Diese Autoren weisen auf die Bedeutung des ostpreußischen Gauleiters hin, verfolgen jedoch kein biographisches Interesse. Eine weitere strukturgeschichtliche Arbeit zur ostpreußischen NSDAP von Christian Rohrer⁷¹ befasst sich zwar intensiv mit der Machtstellung des Gauleiters vor 1939 und präsentiert zahlreiche biographische Skizzen zu ostpreußischen Funktionären, bleibt bei der Betrachtung Kochs aber auf die Provinz beschränkt und versucht nicht, dessen Vita nachzuzeichnen.

Rohrer beschäftigt sich auch mit den Friedensjahren des Dritten Reiches, die in der Forschung bisher völlig vernachlässigt wurden. Lediglich Christian Tilitzki bietet in einer fast sechzigseitigen Einleitung zu einer Aktenedition⁷² einen ausführlicheren Überblick über das Geschehen. Einige ältere, aber umfangreiche und aufgrund des kirchlichen Engagements des Gauleiters für die vorliegende Arbeit bedeutende Monographien liegen über die Kirchengeschichte unter dem Nationalsozialismus vor.⁷³ Mehrere neuere Werke zum jüdischen Leben in Ostpreußen beschäftigen sich nur am Rande mit dem Gauleiter.⁷⁴

Heft 2 1985, S. 275-286; DERS., *Narodowosocialistyczna Niemiecka Partia Robotnicza w Prusach Wschodnich 1921-1931*, Olsztyn 1995.

⁶⁸ DIETER HERTZ-EICHENRODE, Die Wende zum Nationalsozialismus im südlichen Ostpreußen 1930-1932, in: *Olsztyńskie Studia Niemconawcze* Bd. I, Olsztyn 1986, S. 59-114.

⁶⁹ GERHARD REIFFERSCHIED, Die NSDAP in Ostpreußen. Besonderheiten ihrer Ausbreitung und Tätigkeit, in: *Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands* 39/1979, S. 61-85.

⁷⁰ RICHARD BESSEL, *Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934*, New Haven, London 1984.

⁷¹ CHRISTIAN ROHRER, *Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen*, München 2006.

⁷² Siehe Anmerkung 61.

⁷³ WALTHER HUBATSCH, *Geschichte der Evangelischen Kirche Ostpreußens*, 3 Bände, Göttingen 1968; *Geschichte der Bekenntenden Kirche*; HUGO LINCK, *Der Kirchenkampf in Ostpreußen 1933 bis 1945*, München 1968; GERHARD REIFFERSCHIED, *Das Bistum Ermland und das Dritte Reich*, Köln 1975.

⁷⁴ Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen, hg. v. MICHAEL BROCKE u.a., Hildesheim u.a. 2000; ALFRED GOTTWALD, Zur Deportation der Juden aus Ostpreußen in den Jahren 1942/1943, in: *NS-Gewaltherrschaft*, hg. v. DEMS. u.a., Berlin 2005, S. 152-171; YORAM K. JACOBY, *Jüdisches Leben in Königsberg/ Pr.* im 20. Jahrhundert, Würzburg 1983; RONNY KABUS, *Juden in Ostpreußen*, Husum 1998; DAVID FRANZ KAEHLER, Die jüdische Schule in Königsberg/ Preußen, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 3/4/1960/61, S. 145-166; STEFANIE SCHÜLER-SPRINGORUM, *Die jüdische Minderheit in Königsberg/ Preußen, 1871-1945*, Göttingen 1996; ALOYS SOMMERFELD, *Juden im Ermland – Ihr Schicksal nach 1933*, Münster 1991.

Der unbefriedigende Forschungsstand ist in großen Teilen auf die schlechte Quellenlage zurückzuführen. Die im „Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz“ in Berlin-Dahlem archivierten Überlieferungen der ostpreußischen Behörden brechen beinahe vollständig mit dem Jahr 1933 ab. Die Tätigkeit Kochs als Oberpräsident kann daher nur über Komplementärbestände der Berliner Behörden im Bundesarchiv Berlin⁷⁵ untersucht werden. Die Akten des Ober- und des Regierungspräsidiums in Königsberg sind allerdings wie die des Landgerichtes Königsberg für die Jahre 1928 bis 1933 von Interesse, da hier Protokolle von Parteiveranstaltungen und von Gerichtsverhandlungen gegen Koch zu finden sind.⁷⁶ Eine Fundgrube für die Geschichte der NSDAP in der „Kampfzeit“ bilden die ebenfalls in Dahlem gelagerten Bestände des Gauarchivs der Partei⁷⁷, aber auch hier haben sich für die Zeit nach der „Machtergreifung“ nur wenige Akten erhalten.

Die Geschichte der Provinz während des Zweiten Weltkrieges wurde bisher ebenfalls nur ungenügend erforscht. Abgesehen von der bereits erwähnten Studie Christian Tilitzki und einer Arbeit Bohdan Koziello-Poklewski zur Zwangsarbeit⁷⁸ existieren nur Monographien, die sich mit dem Kriegsende in Ostpreußen und mit Flucht und Vertreibung befassen. Die Autoren, oft selbst Betroffene, stützen sich im allgemeinen auf Erinnerungsberichte, wie sie in der von Theodor Schieder herausgegebenen „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“⁷⁹ und im Bundesarchiv Bayreuth⁸⁰ gesammelt sind, sowie auf die Memoiren der beteiligten Wehrmachtsoffiziere⁸¹. Das wenig umfangreiche Aktenmaterial des Bundesarchiv-Militärarchivs in Freiburg wurde meist nicht heran-

⁷⁵ BA Berlin, R 43 I; R 43 II; Hinzuweisen ist auch auf die Edition: Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-1938, 4 Bände, Boppard am Rhein, München 1983-2005.

⁷⁶ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 2 II, Oberpräsidium Ostpreußen; Rep. 10, Regierung zu Königsberg; Rep. 36, Landgericht Königsberg; Rep. 37, Staatsanwaltschaft am Landgericht Königsberg.

⁷⁷ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Gauarchiv NSDAP Ostpreußen.

⁷⁸ BOHDAN KOZIELLO-POKLEWSKI, Zagraniczni robotnicy przymusowi w Prusach Wschodnich w latach II wojny światowej, Warszawa 1977.

⁷⁹ Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse, Band I, hg. v. BUNDESMINISTERIUM FÜR VERTRIEBENE, Wolfenbüttel 1954.

⁸⁰ BA Bayreuth, Ost-Dok 8, 10, 13.

⁸¹ FRIEDRICH HOßBACH, Die Schlacht um Ostpreußen. Aus den Kämpfen der 4. deutschen Armee um Ostpreußen in der Zeit vom 19.7.1944 bis 30.1.1945, Überlingen 1951; OTTO LASCH, So fiel Königsberg. Kampf und Untergang von Ostpreußens Hauptstadt, Stuttgart 1976.

gezogen⁸², eine auf ihnen basierende Habilitationsschrift des Freiburger Historikers Heinrich Schwendemann befindet sich in Vorbereitung. Der Großteil der Literatur zum Kriegsende in Ostpreußen ist allenfalls als populärwissenschaftlich zu betrachten.⁸³ Für eine Biographie des ostpreußischen Gauleiters sind diese Werke dennoch von Bedeutung, da in ihnen dem Gauleiter die Alleinschuld am Schicksal Ostpreußens zugewiesen wurde, was das Bild Kochs bis heute prägt. Erst in jüngster Zeit haben einige Studien auf die Mitverantwortung der führenden Militärs hingewiesen, aber auch sie befassen sich nicht intensiver mit Erich Koch.⁸⁴

Der Besatzungspolitiker Koch war, obwohl größter Territorialherr Hitlers, bisher nicht Gegenstand der Forschung. Weder „Zichenau“ (Ciechanów) noch Białystok galten als bedeutende Territorien, so dass ihnen weniger Aufmerksamkeit gewidmet wurde als anderen besetzten Gebieten.⁸⁵ An Kochs Vorgehen in diesen Regionen können aber die in den

⁸² Vgl. Abwehrkämpfe am Nordflügel der Ostfront 1944-1945, hg. v. HANS MEIER-WELCKER, Stuttgart 1963.

⁸³ ALFRED M. DE ZAYAS, Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Stuttgart 1986; KURT DIECKERT/ NORBERT GROSSMANN, Der Kampf um Ostpreußen, 2. überarbeitete Auflage, München 1960; K. ERIK FRANZEN, Die Vertriebenen, Berlin, München 2001; EDGAR GÜNTHER LASS, Die Flucht. Ostpreußen 1944/45, Bad Nauheim 1964; THORWALD, Flucht.

⁸⁴ ERHARD LUCAS-BUSEMANN, So fielen Königsberg und Breslau, Berlin 1994; HEINRICH SCHWENDEMANN, Endkampf und Zusammenbruch im deutschen Osten, in: Freiburger Universitätsblätter 34/1995, S. 9-28; DERS., „Deutsche Menschen vor der Vernichtung durch den Bolschewismus zu retten“: Das Programm der Regierung Dönitz und der Beginn einer Legendenbildung, in: Kriegsende 1945 in Deutschland, hg. v. JÖRG HILLMANN/ JOHN ZIMMERMANN, München 2002, S. 9-33; DERS., Tod zwischen den Fronten – Generäle gaben dem Kampf um den „Endsieg“ Vorrang, in: Die Flucht, hg. v. STEFAN AUST/ STEPHAN BURGDORFF, Stuttgart, München 2002, S. 71-82; DERS., Der deutsche Zusammenbruch im Osten 1944/45, in: Kriegsende 1945, hg. v. BERND-A. RUSINEK, Göttingen 2004, S. 125-150; DAVID K. YELTON, Hitler's Volkssturm, Lawrence/ Kansas 2002.

⁸⁵ MICHAL GNATOWSKI, Nationalsozialistische Okkupationspolitik im „Bezirk Białystok“ 1941-1944, in: Białystok in Bielefeld. Nationalsozialistische Verbrechen vor dem Landgericht Bielefeld 1958 bis 1967, hg. v. FREIA ANDERS u.a., Bielefeld 2003, S. 161-185; BOŻENA GÓRCZYŃSKA, Die Agrarpolitik in polnischen Gebieten, die während der hitlerfaschistischen Okkupation Ostpreußen eingegliedert wurden (1939-1945), in: Studia Historiae Oeconomicae 17/1982, S. 255-264; BOŻENA GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, Życie gospodarczo-społeczne na ziemiach polskich włączonych do Prus Wschodnich w okresie okupacji hitlerowskiej, Ciechanów 1989; JAN GRABOWSKI, The Holocaust in Northern Mazovia (Poland) in the Light of the Archive of the Ciechanów Gestapo, in: Holocaust and Genocide Studies 18/2004, S. 460-476; PETER REINHARD HARTMANN, Die annexionistische Agrarsiedlungspolitik des deutschen Faschismus in den sogenannten „Eingegliederten Ostgebieten“, Rostock 1969; LOTHAR KETTENACKER, Die Chiefs der Zivilverwaltung im Zweiten Weltkrieg, in: Verwaltung contra Menschenführung, S. 396-417; CZESLAW MADAJCYK, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945, Köln 1988; WITOLD PRONOBIS, Zur Okkupationspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus im

verschiedenen Phasen der nationalsozialistischen Expansion auftretenden besatzungspolitischen Spezifika sowie die Bedeutung der Person des Führers der Besatzungsverwaltung dargelegt werden.

Die Ukraine besaß für die deutschen Besatzer einen ungleich wichtigeren Rang als Kochs polnische Territorien. Sie galt als „Kornkammer Europas“ und daher als wichtigste deutsche Eroberung. Dennoch fand auch sie nur wenig Beachtung in der Geschichtsschreibung. Alexander Dallins Studie⁸⁶ aus den fünfziger Jahren, in der Kochs Politik ausführlich geschildert wurde, galt bis in die neunziger Jahre als das Standardwerk zur deutschen Besatzungspolitik in der Sowjetunion. Wenige Jahre später erschien das Buch Gerald Reitlingers „Ein Haus auf Sand gebaut“⁸⁷, in dem der Autor unkritisch auf die markigen Bewertungen Kochs durch deutsche Zeitzeugen zurückgriff und damit deren Strategie übernahm, alle Verantwortung Reichskommissar Koch zu übertragen.⁸⁸ Hier haben seit Mitte der neunziger Jahre verschiedene Studien⁸⁹ – zu nennen wären vor allem die der Historiker Karel Berkhoff⁹⁰, Christian Gerlach⁹¹, Frank Golczewski⁹²,

Regierungsbezirk Zichenau (Ciechanów) 1939-1945, in: Polen im Bannkreis des Imperialismus 1918-1944, hg. v. BRUNO SCHRAG, Rostock 1980, S. 63-83.

⁸⁶ ALEXANDER DALLIN, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941-1945, Düsseldorf 1958.

⁸⁷ GERALD REITLINGER, Ein Haus auf Sand gebaut, Hamburg 1962.

⁸⁸ Vgl. BRÄUTIGAM, So; KLEIST, Hitler.

⁸⁹ Ukraine during World War II, hg. v. YURY BOSHYK, Edmonton 1986; MARKUS EIKEL, „Weil die Menschen fehlen“. Die deutschen Zwangsarbeitsrekrutierungen und -deportationen in den besetzten Gebieten der Ukraine 1941-1944, in: ZfG 53/2005, S. 405-433; BLANKA JERABEK, Das Schulwesen und die Schulpolitik im Reichskommissariat Ukraine 1941-1944, München 1991; ANDREAS KAPPELER, Die Ukraine in der deutschsprachigen Historiographie, in: Österreichische Osthefte 42/2000, S. 161-177; TANJA PENTER, Arbeiten für den Feind in der Heimat – der Arbeitseinsatz in der besetzten Ukraine 1941-1944, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2004, S. 65-94; German-Ukrainian Relations in Historical Perspective, hg. v. HANS-JOACHIM TORKE/ JOHN-PAUL HIMKA, Edmonton, Toronto 1994; ANDREAS ZELLHUBER, „Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu...“. Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion 1941-1945, München 2006.

⁹⁰ KAREL C. BERKHOFF, Ukraine under Nazi Rule (1941-1944): Sources and Finding Aids, 2 Teile, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 45/1997, S. 85-103, 273-309; DERS., Harvest of Despair. Life and Death in the Ukraine under Nazi Rule, Cambridge, London 2004.

⁹¹ CHRISTIAN GERLACH, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999.

⁹² FRANK GOLCZEWSKI, Ukrainische Reaktionen auf die deutsche Besatzung 1939/41, in: Anpassung, Kollaboration, Widerstand, hg. v. WOLFGANG BENZ u.a., Berlin 1996, S. 199-211; DERS., Organe der deutschen Besatzungsmacht: die ukrainischen Schutzmannschaften, in: Die Bürokratie der Okkupation, hg. v. WOLFGANG BENZ u.a., Berlin 1998, S.

Wendy Lower⁹³ und Dieter Pohl⁹⁴ – ein differenzierteres Bild gezeichnet, obwohl die Person Kochs nicht im Zentrum des Interesses stand. Eine Klärung seiner Rolle steht ebenso aus wie eine Besatzungsgeschichte der Ukraine.

Das zur Verfügung stehende Quellenmaterial sowohl zu den polnischen Territorien als auch zum „Reichskommissariat Ukraine“ ist im Bezug auf die Person Kochs sehr lückenhaft. Seine Handakten haben sich nicht erhalten, die Bestände des Bundesarchivs⁹⁵ und des Zentralen Staatsarchivs der Ukraine in Kiew⁹⁶ sind, obwohl gerade letztere für eine Behördengeschichte sehr vielversprechend wirken, in diesem Punkt enttäuschend. Auch die Akten aus dem Warschauer Kriegsverbrecherprozess gegen Koch⁹⁷ tragen kaum zur Rekonstruktion seiner Politik in der Ukraine bei. Kochs Schriftverkehr mit dem „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete“⁹⁸ und mit dem „Reichsführer SS“⁹⁹ blieb erhalten, er bietet einen tiefen Einblick in die Auseinandersetzungen auf der höchsten Ebene der Besatzungspolitik.

Für die vorliegende Arbeit, deren Ziel es ist, das Handeln eines Einzelnen, seine Interaktionsmöglichkeiten, seine Freiräume und seine Grenzen innerhalb der Machtstrukturen des Nationalsozialismus darzustellen und zu analysieren, sind diese Quellen von besonderer Bedeutung. An den Auseinandersetzungen um die Besatzungspolitik werden die Machtmecha-

173-196; DERS., Die Kollaboration in der Ukraine, in: Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939-1945, Göttingen 2003, S. 151-182.

⁹³ WENDY LOWER, „Anticipatory Obedience“ and the Nazi Implementation of the Holocaust in the Ukraine, in: Holocaust and Genocide Studies 16/2002, S. 1-22; DIES., A New Ordering of Space and Time: Nazi Colonial Dreams in Zhytomyr, Ukraine, 1941-1944, in: German Studies Review 25/2002, S. 227-254; DIES., Nazi Empire-Building and the Holocaust in Ukraine, Chapel Hill 2005.

⁹⁴ DIETER POHL, Schlachtfeld zweier totalitärer Diktaturen – die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, in: Österreichische Osthefte 42/2000, S. 339-362; DERS., Schauplatz Ukraine: Der Massenmord an den Juden im Militärverwaltungsgebiet und im Reichskommissariat 1941-1943, in: Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit, hg. v. NORBERT FREI u.a., München 2000, S. 135-173; DERS., Ukrainische Hilfskräfte beim Mord an den Juden, in: Die Täter der Shoah, hg. v. GERHARD PAUL, Göttingen 2002, S. 205-234.

⁹⁵ BA Berlin, R 94, Reichskommissariat Ukraine.

⁹⁶ Tsentralnyi derzhavnyi arkhiv vyshchykh orhaniv vlady i upravlinnia Ukrainy (TSDAVOV, Central State Archive of the Higher Organs of Power and Government of Ukraine), Nr. 3206, 3676.

⁹⁷ IPN Warschau, SWWW 742-768A, Prozessakten Koch.

⁹⁸ BA Berlin, R 6, Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete; Vgl. auch zahlreiche Dokumente in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, 42 Bände, Nürnberg 1947 (im Folgenden zitiert als: IMT).

⁹⁹ BA Berlin, NS 19, Persönlicher Stab Reichsführer SS; BDC SSO.

nismen des Dritten Reiches besonders deutlich, an ihnen lässt sich Kershaws These des „dem Führer Entgegenarbeiten“ exemplarisch überprüfen. Sowohl die Streitigkeiten unter den NS-Führern – in älteren Arbeiten oft vereinfachend als Ausdruck persönlicher Animositäten gedeutet –, als auch der persönliche Wandel des ursprünglich sozialrevolutionär und russlandfreundlich eingestellten Straßer-Anhangers Koch lassen sich mit diesem Modell deuten.

Koch war während seiner gesamten Karriere in innerparteiliche Auseinandersetzungen verstrickt, die meist ebenfalls nach diesem Muster interpretiert werden können. Einige der Konflikte sind ausführlich in der Literatur dokumentiert,¹⁰⁰ sie lassen sich zusammen mit den bisher unbeachteten Fällen anhand des Aktenmaterials des „Geheimen Staatsarchivs“ und des Bundesarchivs rekonstruieren. Ähnliches trifft auch auf Kochs Versuche zu, seine eigene Macht auf Kosten der traditionellen Verwaltung auszuweiten. Auch hier fand der ostpreußische Provinzfürher im Rahmen strukturgeschichtlicher Arbeiten bereits häufig Beachtung.¹⁰¹ Durch seine rigide Art, die Berliner Ministerien aus seinem Machtbereich zurückzudrängen, wirkte er maßgeblich am Umbau des Weimarer Verfassungsstaates zum nationalsozialistischen „Maßnahmenstaat“ mit.

Erich Koch kann damit ohne Vorbehalte unter die Großen des Dritten Reiches eingeordnet werden. Damit stellt sich um so dringlicher die Frage, wer die Person war, die sich hinter all den Ämtern, Titeln und Verbrechen verbarg, und ob Koch wirklich ein so „stolzes Leben“¹⁰² geführt hat, wie er noch 1986 angab. Diese Fragen soll die vorliegende Arbeit beantworten, auch wenn sie nicht voll befriedigend geklärt werden können, da es dem Biographen letztlich unmöglich ist, sich in seinen Gegenstand hineinzusetzen. Ähnliche Versuche, die Person des ostpreußischen Gauleiters zu bewerten, haben bereits zahlreiche Autoren unternommen. Die Wahrnehmung Kochs durch die Nachwelt soll in dieser Studie jedoch nicht intensiver betrachtet werden. Gegenstand dieser Untersuchung ist das handelnde Individuum Erich Koch in allen seinen Möglichkeiten und Beschränkungen. Die Erforschung seiner Rezeption wäre eine eigene, ganz anders zu strukturierende Untersuchung.¹⁰³

¹⁰⁰ Neben den bereits genannten Publikationen zum Ruhrgebiet, zu Ostpreußen und zur Besatzungspolitik: GUSTAVO CORNI/ HORST GIES, Brot. Butter. Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers, Berlin 1997, v.a. S. 212-250

¹⁰¹ Vgl. HANS MOMMSEN, Beamtentum im Dritten Reich, Stuttgart 1966; REBENTISCH, Führerstaat; WOLFGANG STELBRINK, Der preußische Landrat im Nationalsozialismus, Münster u.a. 1998

¹⁰² KOCH, Interview, S. 58f

¹⁰³ Vgl. LEGOFF, Ludwig, S. 15

2. „WIR WURDEN RADIKAL!“¹ – JUGEND UND POLITISCHE SOZIALISATION

Richard Erich Koch wurde am 19. Juni 1896 in Elberfeld – ab 1929 ein Stadtteil Wuppertals – geboren.² Gemäß den Unterlagen des Standesamtes war er Sprössling einer Arbeiterfamilie, denn als Beruf des Vaters wurde Tagelöhner angegeben. Aus diesem Umstand sollte Koch in seiner späteren Karriere eine politische Legende weben, indem er für sich in Anspruch nahm, aus der „Arbeiter-Aristokratie“³ zu stammen. Die unterste, nicht die qualifizierteste Schicht der „Arbeiterklasse“ wollte er geadelt sehen, um seinen vorgeblich einzig durch eigene Leistungen erreichten Aufstieg zu glorifizieren. Außerdem konnte er so den Anschein aufrechterhalten, er sei tatsächlich Funktionär einer Arbeiterpartei und kenne, wie er immer wieder verlauten ließ, die Sorgen und Nöte der einfachen Menschen aus eigener Erfahrung.

Tatsächlich waren die Verhältnisse, in die er hineingeboren wurde, „dürftig und beschränkt“⁴. Ein echtes Kind der „Arbeiterklasse“ war Erich Koch dennoch nicht. Sein Vater, Gustav Adolf Koch (1862-1932), war zum Werkmeister und technischen Leiter der Kaffee-Großrösterei „Herbst“ in Elberfeld, die einem Onkel Adolf Kochs gehörte, aufgestiegen. Diese Stellung, die er fünf Jahrzehnte lang inne hatte, bot der Familie ein gesichertes Auskommen. Die Mutter Henriette Sophie Alwine, geborene Mattes (1863-1939), musste zwar sparsam mit dem Haushaltsgeld wirtschaften, brauchte aber keiner Erwerbsarbeit nachzugehen, sondern konnte sich auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter beschränken. Erich Koch bewunderte sie und ihren ständigen Einsatz für die Familie. Vor allem ihre Fähig-

¹ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 42, Lebenslauf Koch.

² Stadtarchiv Wuppertal, Auszug Geburtsregister Nr. 2369; Die Darstellung der Jugendjahre Kochs folgt, wenn nicht anders angegeben, den Aussagen Kochs in: BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 23-26, Aussage Koch, 15.6.49; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 40-71, Lebenslauf Koch; KOCH, Interview.

³ Ebd., S. 1; Vgl. IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 42a, Lebenslauf Koch.

⁴ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 40, Lebenslauf Koch.

keit, mit den begrenzten finanziellen Mitteln vier Kinder großzuziehen, imponierte ihm sehr.⁵

Ihre vier Kinder – neben dem drittgeborenen Erich noch die beiden Söhne Adolf und Willi und die Tochter Grete – erzog Alwine Koch streng protestantisch, was den späteren Politiker zutiefst prägte. Drei Grundsätze seiner Erziehung, so bekannte er noch ein halbes Jahrhundert später, seien zu seinen Leitbildern avanciert: der Gehorsam gegenüber Gott, der Kirche, den Eltern und der Obrigkeit, der Glaube an Gott sowie die Liebe zu den Eltern, dem Volk, dem Vaterland, den Mitmenschen und gegenüber allen Lebewesen.⁶ Hier wurzelte seine Verehrung für das Nationale, seine Wertschätzung eines starken Staates und eines wohlgeordneten, hierarchischen Gemeinwesens, in dem Jedem ein bestimmter Platz zukam und Jeder seine Pflichten zu erfüllen hatte.

Erich Koch wuchs durch diese Erziehung nicht in das in der Industriestadt Elberfeld starke sozialdemokratische Milieu hinein, sondern in „eine eigentümliche Form eines nationalkonservativen Sozialprotestantismus“⁷, der seine Heimat weitaus stärker prägte als die Arbeiterbewegung. Die evangelische Kirche wirkte hier nicht nur durch ihre staatstragende Rolle – der preußische König war als Summus Episcopus ihr Oberhaupt – und ihr patriotisches Gebaren, sondern stärker als in anderen Regionen des Reiches auch durch die von ihr vertretenen patriarchalischen und oft auch pietistischen Gesellschaftsbilder, die in der Bevölkerung weit verbreitet waren. Die Kirche erkannte zwar die soziale und wirtschaftliche Not vieler Arbeiter, sah es aber nicht als ihre Aufgabe an, selbst in der Sozial- und Wirtschaftspolitik tätig zu werden, sondern wollte durch karitative Maßnahmen die schlimmste Not lindern und ein christliches Umfeld schaffen, in dem „wahre Sozialpolitik“⁸ möglich werden würde. Einzelne Kirchenvertreter entwickelten aus dieser Sicht heraus verschiedene Positionen, die denen der Sozialdemokraten glichen, so die Ablehnung liberaler Wirtschaftsprinzi-

⁵ Die Familie wohnte in einer Zweieinhalbzimmerwohnung. Kleidung und Schuhe wurden von den Eltern zum Teil selbst hergestellt. Wie viele Arbeiterfamilien hatten sie 50-60 m² Land gepachtet, um Lebensmittel anzubauen (IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 40, Lebenslauf Koch; KOCH, Interview, S. 3f; Stadtarchiv Wuppertal, Auszug aus Melderegister, Auszug aus Geburtsregister Nr. 2369).

⁶ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 41, Lebenslauf Koch.

⁷ HEINZ BEYER, Arbeit steht auf uns'rer Fahne und das Evangelium. Sozialer Protestantismus und bürgerlicher Antisozialismus in Wuppertal 1880-1914, Reinbek 1985, S. 393; Vgl. HERWART VORLÄNDER, Evangelische Kirche und soziale Frage in der werdenden Industriegroßstadt Elberfeld, Düsseldorf 1963.

⁸ BEYER, Arbeit, S. 136f, 148, 348f, 393f; Vgl. THOMAS NIPPERDEY, Deutsche Geschichte 1866-1918. Erster Band. Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990, S. 482, 486-495.

pien, eines „ungehemmten Kapitalismus“ oder die Forderung nach einer Verbesserung der sozialen Verhältnisse. Dennoch lehnten sie die Arbeiterbewegung ab, da diese als atheistisch und „vaterlandslos“ galt, außerdem wandten sie sich gegen eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse und vertrauten statt dessen auf den christlichen Samaritergeist von Obrigkeit und Unternehmern, die durch milde Gaben für das Wohl Benachteiligter sorgen sollten.⁹

In Elberfeld zeigte diese Soziallehre durchaus Erfolg. Zahlreiche Unternehmer hatten ihre Grundlagen verinnerlicht und handelten danach, was zusammen mit einer pietistisch geprägten Arbeitsmoral vieler Arbeiter und den vergleichsweise hohen Löhnen, die in der Textil- und der chemischen Industrie gezahlt wurden, dazu führte, dass die Arbeiterbewegung relativ moderat auftrat und es zu weniger Streiks kam als in anderen Industriestädten.¹⁰

Auch der Arbeitersohn Erich Koch wurde, wie sich während seiner späteren politischen Laufbahn deutlich zeigen sollte, vom antisozialdemokratischen Sozialpaternalismus der evangelischen Kirche geprägt. Er war vor dem Ersten Weltkrieg Mitglied des Christlichen Vereins Junger Männer (CVJM), einer Organisation, die sich als Antipode zu den sozialdemokratischen Jugendorganisationen verstand und sich stark in der Sozialarbeit engagierte.¹¹ Es kann daher davon ausgegangen werden, dass er hier die Soziallehren des Protestantismus kennen lernte und sich deren Ansicht zu eigen machte, soziale Missstände seien die Folge eines Verlustes an bindenden geistigen und moralischen Ordnungsschemata. Er selbst bezeichnete die „soziale Frage“ später als „die zentrale Frage aller Politik“¹² und wollte ihr mit ähnlichen Mitteln begegnen wie die protestantischen Sozialtheologen – mit geistiger Erbauung anstelle von materiellen und politischen Zugeständnissen. Wahrscheinlich begegnete er im Elberfelder CVJM auch antijüdischen Ressentiments, da auch der evangelische Sozialpaternalismus seine Kritik am Kapitalismus mit Vorwürfen an die Juden verband. Der Antisemitismus, den Koch später propagierte, nährte sich ebenfalls aus dieser Verbindung.¹³

⁹ BEYER, Arbeit, S. 348-350, 397, 403f.

¹⁰ Ebd., S. 47-55, 62-71, 348.

¹¹ Ebd., S. 337, 393f; PETER D. STACHURA, The German Youth Movement 1900-1945, London 1981, S. 79.

¹² KOCH, Interview, S. 8; Vgl. NIPPERDEY, S. 495-504.

¹³ Vgl. BEYER, Arbeit, S. 145f, 351, 397-399; Kapitel 3, 4.4; Koch ließ weder während seiner aktiven Zeit als Politiker noch in seinen zurückblickenden Äußerungen erkennen, woher sein Antisemitismus stammte. Er sprach in keinem Zusammenhang von persönlichen Erfahrungen mit Juden.

Vielleicht lernte er hier auch den „christlichen Sozialismus“ kennen, eine aus dem „Vormärz“ stammende kleinbürgerliche Vorstellung einer gerechteren Gesellschaftsordnung.¹⁴ Der junge Mann adaptierte den Begriff „Sozialismus“ jedenfalls bereits früh als eine positiv besetzte Vorstellung einer Gemeinschaftsideologie, die er allerdings nicht marxistisch konnotierte. Letzteres lag auch daran, dass er die Arbeiterbewegung und deren Gedankenwelt nicht kennen lernte, da seine Familie sich offenbar ausschließlich in protestantisch-kleinbürgerlichen, die Sozialdemokratie ablehnenden Kreisen bewegte.¹⁵ Eine Affinität zu linken politischen Strömungen war auch nicht notwendig, um den Terminus „Sozialismus“ in das eigene politische Vokabular aufzunehmen, denn im ausgehenden Kaiserreich wie auch in der Weimarer Republik war er ein populärer Modebegriff, „ein der Zeit unentbehrliches Losungswort“¹⁶, in dessen Klang auch für Nichtmarxisten eine noch nicht klar umrissene, aber deutlich positive Utopie einer besseren, gemeinschaftlich verfassten Gesellschaft mitschwang und der zugleich jungen Männern die Möglichkeit eröffnete, sich vom „stamm-tischräsonierenden, kleinbürgerlich-wilhelminischen Honoratiorentypus“¹⁷ abzugrenzen.

¹⁴ LUCIAN HÖLSCHER, *Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 1989, S. 163-188, 420, 426; NIPPERDEY, S. 488, 497-499; BEYER, *Arbeit*, S. 140f.

¹⁵ Zur Politikferne der Familie dürfte beigetragen haben, dass der Vater nicht in einem größeren Betrieb, sondern für einen Verwandten arbeitete, und die Familie nicht in einem Arbeiterviertel, sondern am Rande Elberfelds wohnte, wo Koch, wie er später berichtete, wie „ein junges Fohlen auf der Weide“ aufgewachsen war. Außerdem existierte keine evangelische politische Partei ähnlich dem Zentrum, was in der Weimarer Republik stark zur größeren Anfälligkeit der Protestanten für die NSDAP beitragen sollte (KOCH, Interview, S. 3; Vgl. STACHURA, *German Youth Movement*, S. 80; HÖLSCHER, S. 163-188, 420, 426; NIPPERDEY, S. 488, 497-499; JÜRGEN W. FALTER, *Hitlers Wähler*, München 1991, S. 177, 190f; KÜHN, Linke, S. 102; WILLIAM BRUSTEIN, *The Logic of Evil*, New Haven, London 1996, S. 7f; KARL ROHE, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland*, Frankfurt/ Main 1992, S. 158).

¹⁶ KURT SONTHEIMER, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, München 1992, S. 276.

¹⁷ FRANK BAJOHR, Hamburgs „Führer“. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900-1969), in: *Hamburg in der NS-Zeit*, hg. v. DEMS./ JOACHIM SZODRZYNSKI, Hamburg 1995, S. 59-91, hier S. 62, 65; Vgl. GEORGE L. MOSSE, *Gefallen für das Vaterland*, Stuttgart 1993, S. 74; HANNSJOACHIM W. KOCH, *Der deutsche Bürgerkrieg*, Berlin u.a. 1978, S. 52; Das eschatologische Denkmuster, das den meisten Sozialismusvorstellungen zugrunde lag – nach einem Umbruch sollten paradiesische Verhältnisse entstehen – war Koch aus seiner religiösen Erziehung vertraut (Vgl. HÖLSCHER, S. 168, 188; THOMAS HORST KLEPSCH, *Nationalsozialistische Ideologie*, Bonn 1989, S. 33).

Eine derartige Abgrenzung gegenüber den Autoritäten scheint Erich Koch bereits während seiner Schulzeit gesucht zu haben. Zu den Lehrern der Volks- und der Mittelschule in Elberfeld habe er, so berichtete er später, „absolut in Opposition“ gestanden, da diese „innerlich und äußerlich so ’nen langen Bart“¹⁸ gehabt hätten. Sein Wunsch nach gesellschaftlichen Veränderungen entwickelte sich ebenfalls bereits in seinen Jugendjahren und speiste sich aus seiner Unzufriedenheit mit dem eigenen beruflichen Fortkommen. Er schloss eine kaufmännische Lehre in der Großdruckerei Dietz & Co. in Elberfeld erfolgreich ab, verließ den Betrieb jedoch und arbeitete kurze Zeit als „Kommis“ in einer Elberfelder Kartonnagenfabrik. Der Beruf lag ihm nicht, und so wechselte er im Mai 1914 auf Anraten seiner Eltern zur Eisenbahn. Vor allem dem Vater lag an der Sicherheit, die der Beamtenstatus dem Sohn bieten sollte. Erich Koch wurde auf dem Bahnhof Elberfeld-Mierke als Beamtenanwärter im mittleren nichttechnischen Dienst angenommen und durchlief mehrere Ausbildungsstationen, unter anderem als Telegraphist. Danach war er in der Bahnmeisterei mit Büro Tätigkeiten beschäftigt.¹⁹

Erich Kochs Leben schien also in soliden Bahnen zu verlaufen. Als Bahnbeamter hätte er kaum Grund zu materiellen Sorgen haben müssen, und auch im Vergleich zur beruflichen Stellung seines Vaters hatte er einen sicheren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg vor Augen.²⁰ Hinzu kamen das hohe Sozialprestige und das besondere Selbstbewusstsein der Beamten, die beide mit seiner nationalkonservativen Erziehung harmonierten. Dennoch war er nicht zufrieden, eine untergeordnete Beamtenlaufbahn entsprach offenbar nicht seinen Vorstellungen. Er strebte vielmehr nach Höherem und wollte Internist werden.²¹

Die finanzielle Situation seiner Familie gestattete es ihm aber nicht, eine höhere Schule zu besuchen, geschweige denn zu studieren. Den Traum vom Aufstieg des Arbeiterkinds zum geachteten, wohlhabenden Akademi-

¹⁸ KOCH, Interview, S. 6.

¹⁹ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 23, Aussage Koch, 15.6.49; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 40, Lebenslauf Koch; KOCH, Interview, S. 6.

²⁰ Damit entsprach er dem Sozialprofil der meisten Gauleiter (RONALD ROGOWSKI, *The Gauleiter and the Origins of Fascism*, in: *Comparative Studies in Society and History* 19/1977, S. 399-430, hier S. 407-415; Vgl. UWE DANKER, *Der schleswig-holsteinische NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse*, in: *Regionen*, S. 91-120, hier: S. 103f.; ÉMILE KRIER, *Gustav Simon 1900-1945*, in: *Rheinische Lebensbilder Band 16*, Köln 1997, S. 255-285, hier S. 256).

²¹ KOCH, Interview, S. 4; Derartige Aufstiegshoffnungen waren im Kaiserreich weit verbreitet und gehörten bei vielen jungen Nationalsozialisten zu den wichtigsten Antriebskräften (Vgl. MOMMSEN, *Beamtentum*, S. 24f; MOSSE, *Gefallen*, S. 70; ROBERT LEWIS KOEHL, *The Black Corps*, Madison 1983, S. XVIII).

ker konnte er daher nicht verwirklichen. Dafür machte er das in seinen Augen ungerechte kapitalistische System verantwortlich. Sein Vater habe Zeit seines Lebens die Kaffeerösterei seines Onkels alleine betrieben, sei aber nur mit einer geringen Löhnung abgespeist worden, obwohl ihm gerechterweise Anteile an der Firma zugestanden hätten. Diese seien seinem Vater aber beim Tod des Onkels verweigert worden, daher hätten nur die Kinder des Onkels, nicht aber er, Erich Koch, studieren können. Seinem Vater sei, so Koch, aufgrund seines niedrigen Bildungsgrades jeglicher Aufstieg unmöglich gewesen, und dies habe bewirkt, dass auch er selbst keine gerechten Bildungschancen erhalten habe. Auf diese Weise will Koch die „Schattenseiten des Kapitalismus“²² kennen gelernt und deshalb begonnen haben, am bestehenden Wirtschaftssystem zu zweifeln. In einer Gesellschaft, in der die individuelle Leistung und nicht ererbtes Vermögen oder überkommene Privilegien über das Fortkommen des Einzelnen bestimmten, so war er sich sicher, hätte auch er studieren können. Diese Überzeugung wurde zu seinem politischen Kredo:

„Unsere Sehnsucht war soziale Gerechtigkeit. Jedem aufgrund seines Verdienstes Anerkennung. Anerkennung des arbeitenden Volkes aufgrund seiner Leistung. Nicht Gleichmacherei, sondern individuelle Unterscheidung. Wenn du mehr leistest, hast du mehr Ansprüche. Nicht vom kapitalistischen, sondern vom sozialistischen Gesichtspunkt. Das war unsere Sehnsucht, unser Ziel und der Motor unserer Kraft.“²³

Diese latente Unzufriedenheit Kochs mit seinem Leben hätte sich unter „wilhelminischen“ Bedingungen wahrscheinlich kaum in Form politischen Engagements Bahn gebrochen. Er betrachtete sich in erster Linie als einen „streng protestantisch [... und] national erzogene[n] vaterlandsliebende[n] Deutschen“²⁴. Es bedurfte wie bei den meisten führenden Nationalsozialisten eines einschneidenden Erlebnisses, um ihn zu politischen Aktivitäten zu bewegen.²⁵

Dieses Erlebnis bildete der Erste Weltkrieg. Das kaiserliche Heer verzichtete zunächst auf die Dienste des achtzehnjährigen Beamtenanwärters. Da er in einem kriegswichtigen Sektor beschäftigt war, wurde er nicht sofort eingezogen und, trotz seiner Absicht, sich freiwillig zu melden, von

²² BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 23, Aussage Koch, 15.6.49; Vgl. KOCH, Interview, S. 1-4.

²³ Ebd., S. 29.

²⁴ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 23f, Aussage Koch, 15.6.49.

²⁵ Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 109; KOCH, Bürgerkrieg, S. 52f.; PETRA-MARIA SCHULZ, Ästhetisierung von Gewalt in der Weimarer Republik, Münster 2004, S. 85, 113-115.

seinem Arbeitgeber nicht freigestellt. Erst im Sommer 1915 musste er zum Infanterieregiment 146 nach Allenstein in Ostpreußen einrücken und wurde nach der Ausbildung zum Infanterieregiment 401 an die Ostfront versetzt. Bei der Truppe war er gemäß seiner Berufsausbildung als Telegraphist tätig. Er wurde an ruhigen Frontabschnitten eingesetzt und nahm nur einmal an schweren Kämpfen bei Baranowice teil. Koch wurde nicht verwundet, musste aber wegen verschiedener Erkrankungen längere Zeit im Lazarett zubringen. Er erfuhr weder eine Auszeichnung noch eine Beförderung, was er als Zurücksetzung empfand und auf sein fehlendes Einjährigensexamen und seine „proletarische“ Herkunft zurückführte.²⁶

Während seiner Laufbahn als Politiker wies er immer wieder auf seinen prestigeträchtigen Status als Frontkämpfer hin, tatsächlich aber hatte er die Kampfgemeinschaft der Stoßtrupps, aus der die rechten Kräfte ihr neues Bild des aus der Leistung abgeleiteten Führertums gewonnen hatten, nicht selbst erlebt. Auch die Schützengrabengemeinschaft, die in diesen Kreisen als Idealbild einer zukünftigen Gesellschaft gefeiert wurde²⁷, hatte für ihn nur in einer Hinsicht Bedeutung, nämlich dadurch, dass er Männer aus anderen sozialen Milieus kennen lernte. Er sei, so berichtete er noch Jahrzehnte später, als „unbeschriebenes Blatt“²⁸ zur Armee gekommen, „Sozialisten“ habe er bis dahin keine gekannt. Erst dort, an der Front, habe er „die grossen sozialen Spannungen“, die in Deutschland geherrscht hätten, kennen gelernt. Die Welt, in der er bisher gelebt habe, sei daraufhin „grausam“ zusammengebrochen.²⁹

Der Atheismus einiger seiner Kameraden war für den jungen Protestanten eine neue, verwirrende Erfahrung. Zutiefst schockiert war er aber davon, dass die Arbeiter in seiner Einheit mit dem Begriff „Vaterland“ –

²⁶ KOCH, Interview, S. 6; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 23, Aussage Koch, 15.6.49.

²⁷ Vgl. SCHULZ, Ästhetisierung, S. 113-115, 138f; SONTHEIMER, S. 28-30, 93-109, 118-122, 213-221, 250-252, 267-269; ROBERT G. L. WAITE, *Vanguard of Nazism*, Cambridge 1952, S. 26f, 50; HAGEN SCHULZE, *Freikorps und Republik 1918-1920*, Boppard 1969, S. 56, 67; RICHARD BESSEL, *The „front generation“ and the politics of Weimar Germany*, in: *Generations in Conflict*, hg. v. MARK ROSEMAN, Cambridge 1995, S. 121-146, hier S. 123f, 126f, 135; THOMAS KÜHNE, „... aus diesem Krieg werden nicht nur harte Männer heimkehren“, in: *Männergeschichte – Geschlechtergeschichte*, hg. v. DEMS., Frankfurt/ Main, New York 1996, S. 174-192, hier S. 176-178; DERS., *Kameradschaft*, Göttingen 2006, S. 51-57; KOCH, *Bürgerkrieg*, S. 53-64, 67-71; BENJAMIN ZIEMANN, *Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in den Milieukulturen der Weimarer Republik*, in: *Kriegserlebnis und Legendenbildung. Band I*, hg. v. THOMAS F. SCHNEIDER, Osnabrück 1999, S. 249-270, hier: S. 253.

²⁸ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 41, Lebenslauf Koch.

²⁹ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 24, Aussage Koch, 15.6.49.

für ihn selbst ein „großes Ideal“³⁰ – nichts anzufangen wussten. Vor allem einer von ihnen, „der alte Schmitz“, ein sozialdemokratischer Arbeiter aus Oberhausen und „Vater“ der Kompanie, habe ihn, den „Benjamin“, sehr beeindruckt und zum Nachdenken gebracht. Es habe ihn tief getroffen, wenn er von Deutschland und vom Kaiser geschwärmt habe, bei seinen Kameraden aber nur Hass für diese Dinge habe erkennen können. Sie hätten ihm erklärt, sie könnten nur lieben, was sie kennen würden, ein Vaterland aber wäre ihnen – auch weil sie kein eigenes Land besäßen – unbekannt. Für sie sei es gleichgültig, ob sie von deutschen oder ausländischen Kapitalisten ausgebeutet würden. Auf seinen Einwand, dass man doch für das Vaterland kämpfen müsse, habe er zu seinem Erstaunen die Frage präsentiert bekommen, was der Arbeiter denn vom Krieg habe.³¹

Über diese Kameraden will Koch auch die Schlagworte des sozialdemokratischen Gegenbildes zur wilhelminischen Gesellschaft kennen gelernt haben. Von Solidarität, Internationale, Klassenkampf, Marx, Engels, Lassalle und Bebel habe er beim Heer zum ersten Mal gehört. Gleichzeitig mit diesen schockierenden Erfahrungen habe er aber auch gesehen, „wie anständig und tapfer diese gleichen Männer als Soldaten gekämpft hatten“³² – schlechtere Patrioten als er konnten sie also nicht sein. Die Gespräche mit den Kameraden und die daraus erwachsenden Zweifel an seinem bisherigen Weltbild hätten ihn beim Grübeln während des Postenstehens daher so aufgewühlt, dass er beschlossen habe, bei seiner Rückkehr in die Heimat die Ursachen für diese Zustände kennen zu lernen und „diesen Laden auf[zu]räumen“³³.

Es war sein „Erweckungserlebnis“, das Koch hier schilderte, der „entscheidende Wendepunkt in meinem Leben.“³⁴ Dieser „Vorgang des Erkennens“³⁵ war für die politische Sozialisation der meisten späteren NS-Führer zentral. Der sozialpaternalistische Zug ihrer späteren Partei kam dabei bereits deutlich zum Tragen: Die Männer gerieten sich als diejenigen, die

³⁰ KOCH, Interview, S. 7.

³¹ Ebd.; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 24, Aussage Koch, 15.6.49; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 41f, Lebenslauf Koch.

³² BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 24, Aussage Koch, 15.6.49.

³³ KOCH, Interview, S. 10.

³⁴ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 40, Lebenslauf Koch.

³⁵ WOLFRAM MEYER ZU UPTRUP, Kampf gegen die „jüdische Weltverschwörung“, Berlin 2003, S. 425; Vgl. HANS DIEBOW, Gregor Strasser und der Nationalsozialismus, Berlin 1932/33, S. 10; STACHURA, Strasser, S. 29; KISSENKOETTER, S. 23; SCHILDT, S. 30; GÜNTHER BARTSCH, Zwischen drei Stühlen. Otto Strasser, Koblenz 1990, S. 16; RUDOLF JORDAN, Erlebt und Erlitten, Leoni am Starnberger See 1971, S. 16; KURT PÄTZOLD, Julius Streicher. „... he was a good person“, in: Stufen, S. 264-296, hier S. 279f.

bereits die richtigen Werte verinnerlicht hatten. Eine „Erweckung“ sei die Begegnung mit den „irregeleiteten“ Arbeitern nur deshalb gewesen, weil ihnen erst diese Proletarier gezeigt hätten, welche Not in Deutschland tatsächlich herrsche. Dem Anliegen ihrer sozialdemokratischen Kameraden sprachen sie zwar durchaus Berechtigung zu, sahen im Marxismus aber den falschen Weg und beschlossen daher, sich für den „richtigen“, auf ihren nationalen Überzeugungen basierenden Weg zu engagieren und so auch die Arbeiter wieder zurück ins Volk zu führen. Mit materiellen Verbesserungen, ja selbst mit Überlegungen, wie diese herbeigeführt werden könnten, konnten diese Jungaktivisten jedoch nicht aufwarten. Sie dachten in erster Linie an eine geistige Umerziehung, bei der aber die Vorstellungen derjenigen, deren soziale Lage Gegenstand der Überlegungen war, keine Rolle spielten. An dieses Muster sollten sich auch die sozialpolitischen Überlegungen der NSDAP in den nächsten Jahrzehnten halten. Auch hier galt der Kampf dem Geist und weniger den Arbeitsbedingungen.³⁶

Zunächst beließ es Erich Koch aber bei Gedankenspielen, denen keine Taten folgten. Unmittelbar am Kriegsende sah der junge Soldat keinen Grund mehr, weiterzukämpfen, und so kehrte er im Dezember 1918 an seinen Arbeitsplatz im Elberfelder Bahnhof zurück. An den revolutionären Unruhen beteiligte er sich, wie er selbst angab, aufgrund seiner Erziehung nicht. Dennoch kam er, wie so viele andere auch, in der Heimat nicht zur Ruhe. Die Schilderungen seiner sozialdemokratischen Kameraden hatten seinen Blick für die Lage der Arbeiter geschärft, und der Heimkehrer konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich in der Revolution die Prognosen seines gefallen Kameraden August Schmitz verwirklichten.³⁷ Im Rückblick schilderte er diese Zeit im Stil eines weiteren „Erweckungs-erlebnisses“:

„Ich kam nach Hause und sah gerade im Westen, bedingt durch die Besatzungsgrenzen, jenes ekelhafte Schieber-, Gauner- und Wuchertum. Hier sah ich die furchtbaren Unterschiede zwischen Front und Heimat. Ich erlebte die katastrophale Unkenntnis und Unfähigkeit des Bürgertums. Ich erlebte die mit Geschwindigkeit sich entwickelnde Radikalisierung der Massen der Arbeiter im Industriegebiet, die immer mehr sich dem Kommunismus zuwandten. Ich erlebte die Besetzung dieses Gebietes bis kurz vor meiner Heimatstadt Elberfeld

³⁶ Vgl. KÜHNLE, Linke, S. 59, 215.

³⁷ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 23, Aussage Koch, 15.6.49; KOCH, Interview, S. 10; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 42, Lebenslauf Koch; Vgl. GEORGE L. MOSSE, Der Erste Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik, in: Demokratie und Diktatur, hg. v. MANFRED FUNKE u.a., Düsseldorf 1987, S. 127-139, hier S. 127; KERSHAW, Hitler I, S. 159.

durch die Franzosen. Fassungslos diesem allem gegenüberstehend, schloss ich mich mit gleich gesinnten Frontkameraden zusammen.“³⁸

Die Zustände, die durch die Novemberrevolution entstanden waren, wollte er also nicht tolerieren, da das ihm heilige Vaterland durch die aktuellen Entwicklungen in Gefahr zu sein schien. Die „Frage des Sozialismus“, so befand er, müsse zwar gelöst werden, „Aber doch nicht so! Nicht im Bruderkampf!“³⁹ Die Kräfte der alten Ordnung – sowohl Monarchie als auch liberales Bürgertum – hatten in seinen Augen ebenso versagt wie die Revolutionäre. Gerade den Sozialdemokraten warf er vor, sie würden die Lehren Marx’ und Engels’ – die Koch zu dieser Zeit selbst studiert haben will – nicht beachten und die deutschen Arbeiter im Stich lassen. Der Krieg habe außerdem bewiesen, dass es die internationale Solidarität der Arbeiterschaft nicht gebe, vielmehr wären die Sozialisten der verschiedenen Länder chauvinistisch für ihre nationalen Interessen eingetreten. Es habe sich gezeigt, dass jede Nation „aufgrund ihres biologischen Seins“⁴⁰ einen eigenen Charakter besitze, der in ihrem jeweiligen politischen System ihren Ausdruck finden müsse. Sozialismus, so schloss Koch daraus, könne nicht international sein, er müsse statt dessen national orientiert sein. Mit dieser Einstellung konnte er jedoch weder bei den marxistischen noch bei den bürgerlichen Parteien eine politische Heimat finden, er ging deshalb auf die Suche nach einem dritten Weg jenseits von Monarchie, Liberalismus und Marxismus.

Mit einem konkreten politischen Ziel konnten Koch und seine mit ihm politisierenden Kameraden – vornehmlich wohl Eisenbahner wie er⁴¹ – zwar noch nicht aufwarten, aber sie waren sich einig, dass „Schiebertum“, „Spartakus“ und auch ausländischen Besetzungsversuchen entgegengetreten werden müsse, wenn nötig auch mit Gewalt. Diese durch das „Kriegserlebnis“ entstandene und nun vertiefte „Verquickung von Gewalt und Weltanschauung, die auch die physische Vernichtung des Gegners legitimierte“⁴², sollte Koch wie auch andere spätere NS-Führer durch ihre Karriere begleiten und den Stil ihres politischen „Kampfes“ maßgeblich bestimmen.

Den Terminus „Kampf“ verstand Koch in der ersten Nachkriegszeit wörtlich und schloss sich – wohl auch aus einem Schuss Abenteuerlust –

³⁸ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 24, Aussage Koch, 15.6.49.

³⁹ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 42, Lebenslauf Koch.

⁴⁰ KOCH, Interview, S. 11; Vgl. IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 42, Lebenslauf Koch; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 24, Aussage Koch, 15.6.49.

⁴¹ Vgl. KLEIN, Mekka, S. 113f.

⁴² BAJOHR, Führer, S. 63; Vgl. SCHULZ, Ästhetisierung, S. 10-16.

einer der zum Schutz der Republik neu gebildeten militärischen Kampfteinheiten an, der Marinebrigade Ehrhardt.⁴³ Obwohl Erich Koch nicht zum „harten Kern“ der Freikorpsoldaten zählte⁴⁴, engagierte er sich in einigen „Nachkriegskämpfen“. Während des „Roten Ruhraufstandes“ im Gefolge des Kapp-Putsches 1920⁴⁵ will er auf Seiten der Freikorps aktiv geworden sein, 1921 fuhr er nach Oberschlesien, um sich an der Niederschlagung des „Dritten Polnischen Aufstandes“⁴⁶ zu beteiligen. Drei bis vier Monate will er dort geblieben sein, entgegen seiner späteren Selbststilisierung als Freikorpskämpfer war er aber wohl vor allem im Versorgungswesen und in der Mitgliederwerbung tätig.⁴⁷ Dann kehrte er wieder an seinen Arbeitsplatz zurück – und heiratete. Dies war ein weiterer Schritt in die Bürgerlichkeit, zumal Kochs Schwiegereltern leidlich wohlhabende Fuhrunternehmer waren, die sein politisches Engagement nicht verstehen wollten. Auch seine Auserwählte entsprach nicht unbedingt den Vorstellungen, die man sich in rechten Kreisen von einer Ehefrau machte. Ein „Heimchen am Herd“ war Kläre Koch, geborene John, nicht. Offenbar war sie eine stattliche, unternehmungslustige und lebenshungrige junge Frau, die sich vom politischen Abenteuerertum ihres Mannes und seiner energischen, zielstrebig und fanatischen Art angezogen fühlte. Vermutlich gefiel sie sich in der Rolle der Gefährtin eines Kämpfers für das Deutschtum, jedenfalls unterstützte sie ihren Gatten in seinem politischen Kampf. Allerdings weigerte sie sich, in der Mutterschaft eine vaterländische Pflicht zu sehen, so dass die Ehe trotz entsprechender Wünsche Kochs kinderlos blieb.⁴⁸

⁴³ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 24, Aussage Koch, 15.6.49; Vgl. GABRIELE KRÜGER, Die Brigade Ehrhardt, Hamburg 1971; WAITE, S. 149.

⁴⁴ Vgl. Ebd., S. 189-194, 211; KRÜGER, Brigade, S. 64f; IRMELA NAGEL, Fememord und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln, Wien 1991, S. 31-33, 37; SCHULZE, Freikorps, S. 56, 59, 65, 69, 321.

⁴⁵ Vgl. Ebd., S. 304-318; WAITE, S. 172-181; KOCH, Bürgerkrieg, S. 193-218.

⁴⁶ Vgl. KAI STRUVE, Geschichte und Gedächtnis in Oberschlesien. Die polnischen Aufstände nach dem Ersten Weltkrieg, in: Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg, hg. v. DEMS., Marburg 2003, S. 1-32; GUIDO HITZE, Carl Ulitzka (1873-1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen, Düsseldorf 2002, S. 377-441; SIGMUND KARSKI, Albert (Wojciech) Korfanty, Dülmen 1990, S. 343-393; NAGEL, S. 33-37; WAITE, S. 227-232; KOCH, Bürgerkrieg, S. 242-273.

⁴⁷ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 24f, Aussage Koch, 15.6.49; Koch, Interview, S. 17, 23; BA Berlin, BDC, OPG Kaufmann, Koch an Buch, 11.10.28; R 16 I/2140, Antwort auf die 4 Denkschriften, S. 2.

⁴⁸ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 43, Lebenslauf Koch; KOCH, Interview, S. 13, 17; BA Koblenz, Z 42 IV 1909b, Blatt 26-28, Aussage Goltz, undatiert; KLAUS VON DER GROEBEN, Im Dienst für Staat und Gemeinschaft, Kiel 1995, S. 239f; WILHELM CASPER, Wir Menschen sind eine Familie, Husum 1994, S. 245.

Die Welt der Freikorps entsprach spätestens mit seiner Heirat nicht mehr Kochs Lebensrealitäten. Hier hatte er einige seiner Positionen vertiefen können – so beispielsweise den Glauben, benachteiligt worden zu sein, denn schließlich war einer der vorherrschenden Gedanken im Freikorpsmilieu der, dass der deutsche Staat den „Dank des Vaterlandes“ für den Dienst an der Front ebenso schuldig geblieben war wie die Entlohnung für den Schutz der ungeliebten jungen Republik.⁴⁹ Der junge Elberfelder dürfte in diesem Umfeld auch den „völkischen Gedanken“, das mit einem sozialdarwinistischen Biologismus verbundene Axiom, dass das Volk und nicht das Individuum Träger allen Daseins und daher der höchste Wert sei⁵⁰, kennen gelernt haben. Zusammen mit der Verehrung eines autoritär geführten Gemeinwesens und der Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit bildete dieser Gedanke die Grundkomponenten jenes „nationalen Sozialismus“, den Koch bis zum Ende seines Lebens vertreten sollte. Er verstand darunter eine Gemeinschaftsideologie, die nicht von einem humanistischen Menschenbild ausging, sondern von einem mythisierten Begriff des „Volkes“ als Urgrund, Sinn und Ziel allen Seins, in das sich das Individuum vollständig einfügen müsse. Auf dieser Basis sollte eine streng hierarchisch gegliederte Gesellschaft aufgebaut werden, in dem Jedem ein nach seiner Leistung bemessener Platz zukommen sollte und Privilegien qua Geburt oder Stand nicht existieren sollten. Die Umwälzung der Wirtschaftsordnung spielte hingegen nur eine periphere Rolle, Sozialisierungen waren nur in wenigen Bereichen vorgesehen.⁵¹

Hinzu kam ein Sendungsbewusstsein, das Koch aus dem „Freikorpsgeist“ übernahm. Wie die meisten Freikorpskämpfer glaubte auch er, dass die Revolutionäre 1918 versagt hätten und die Kämpfer des Weltkrieges und der Freikorps, er selbst eingeschlossen, betrogen worden seien und nun in eigener Verantwortung um die Zukunft kämpfen müssten. Darüber

⁴⁹ KOCH, Bürgerkrieg, S. 55f, 61, 64-66; ERNST-OTTO SCHÜDDEKOPF, Linke Leute von rechts, Stuttgart 1960, S. 42-47; KRÜGER, Brigade, S. 19-24, 31, 61, 69; SONTHEIMER, S. 21-23, 30f; MICHAEL H. KATER, Generationskonflikt als Entwicklungsfaktor in der NS-Bewegung vor 1933, in: GG 11/1985, S. 217-243, hier S. 220f; SCHULZE, Freikorps, S. 56, 58, 65; RICHARD BESSEL, Militarismus im innenpolitischen Leben der Weimarer Republik, in: Militär und Militarismus in der Weimarer Republik, hg. v. KLAUS-JÜRGEN MÜLLER/ ECKARDT OPITZ, Düsseldorf 1978, S. 193-222, hier S. 198-200; SCHULZ, Ästhetisierung, S. 11, 113-115.

⁵⁰ Vgl. SONTHEIMER, S. 35-37, 130-133, 196, 244-259; HELLMUTH AUERBACH, „Nationalsozialismus vor Hitler“, in: Der Nationalsozialismus. Studien zu Ideologie und Herrschaft, hg. v. WOLFGANG BENZ u.a., Frankfurt/ Main 1993, S. 13-28, hier S. 16, 28; MEYER ZU UPTRUP, S. 223f; MARTIN BROSZAT, Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus, in: Deutsche Rundschau 84/1958, S. 53-68.

⁵¹ Vgl. Schulze, Freikorps, S. 61; BAJOH, Führer, S. 65; SONTHEIMER, S. 270-278; SCHILDT, S. 63-71.

hinaus suchte er nach politischen Visionen jenseits des paramilitärischen Aktionismus. Denn neben enttäuschem Ehrgeiz war doch auch ein gewisser sozialpolitischer Idealismus eine wichtige Triebfeder für sein politisches Engagement. Diesen sah er in den Ideen der Freikorps jedoch nicht ausreichend bedient. Sein noch immer unausgegrenzter „nationaler Sozialismus“ blieb ebenso wie die soziale Lage der Arbeiter ein wichtiges Handlungsmotiv für ihn – beides wurde innerhalb der Freikorps jedoch kaum diskutiert.⁵²

Andererseits fehlte dem jungen Beamtenanwärter das intellektuelle Potential, um einen eigenen Entwurf einer Gegengesellschaft zu wagen. Wie das Gros der sich im rechtsradikalen Milieu tummelnden Männer wusste er zwar recht genau, was er ablehnte – Marxismus, Liberalismus, Kapitalismus –, es gelang ihm aber nicht, die komplementären positiven Werte zu entwickeln. Die Überlegungen, die er anstellte, blieben stark seiner eigenen Biographie verhaftet, vor allem seiner Erziehung und der Unzufriedenheit mit seiner gesellschaftlichen und materiellen Situation. Sein „revolutionäres“ Weltbild war weit mehr der Ausdruck eines vermeintlich zu kurz gekommenen Ehrgeizes als ein theoretisch fundiertes Gedankengebäude. Im Freikorpsmilieu, das ja mehr auf militärischen Kampf, auf Tat und Dynamik als auf politische Arbeit ausgerichtet war, konnte er seine theoretischen Überlegungen nicht weiterentwickeln. Ihm fehlte ein Mentor, eine Theorie, an der er sich orientieren, sich abarbeiten konnte. Hier sollten ihm die Kontakte weiterhelfen, die er während seiner Freikorpsstätigkeit geknüpft hatte.

Zu den Aufgaben, die Erich Koch für die Marinebrigade erledigte, gehörten Kurierfahrten nach München, wo Kapitän Hermann Ehrhardt sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte. Die bayerische Hauptstadt beheimatete in der Nachkriegszeit ein brodelndes rechtes Milieu, in das der „Suchende“ aus dem Rheinland bei solchen Gelegenheiten eintauchte. Während einer seiner Aufenthalte an der Isar wurde er dabei auf „die neue Partei“ aufmerksam. Er besuchte „eine der ersten Versammlungen“ und hörte dort den Führer der Partei reden: Adolf Hitler.

„Ich wurde durch diese Rede innerlich aufgewühlt und versuchte mich mit den Ideen Hitlers auseinanderzusetzen. In Elberfeld besprach ich mich mit gleichgesinnten Kameraden, die ebenfalls in München Versammlungen Hitlers be-

⁵² Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 24-26, Aussage Koch, 15.6.49; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 42f, Lebenslauf Koch; KOCH, Interview, S. 8, 11, 22-24; KRÜGER, Brigade, S. 68-71, 76, 84f; SONTHEIMER, S. 193-195; SCHULZ, Ästhetisierung, S. 113-115; SCHULZE, Freikorps, S. 59.

sucht hatten. Noch im Laufe des Jahres 1921 beschlossen wir, der NSDAP beizutreten und eine Ortsgruppe in Elberfeld zu gründen.“⁵³

Erich Koch hatte seine neue politische Heimat gefunden. Und nicht nur er. Fast alle frühen Führer der NSDAP berichteten in dieser Weise von ihrer ersten Begegnung mit Hitler. Wie Koch waren sie auf der Suche nach einer elaborierten Weltanschauung und fühlten sich durch die Korrelation der von Hitler propagierten Ideen mit ihren eigenen Ansichten angezogen⁵⁴:

„Antichristlich? Nein! Wir fordern Freiheit der religiösen Bekenntnisse, Schutz der Kirche durch den Staat!
Antikapitalistisch? Ja! Wir fordern verstaatlichung [sic!] der Großbetriebe, verstaatlichung [sic!] von Kohle und Eisen. Grund und Bodenreform!
Sozialistisch? Ja! Wir fordern Anteil am Besitz, Anteil an der Leitung. Schutz der Arbeit und des Arbeiters durch den Staat!“⁵⁵

Koch fasste auf diese Weise die Thesen zusammen, die ihn zur NSDAP gebracht hatten, und bezog sich dabei stark auf das Parteiprogramm von 1920⁵⁶, das in seinen schwammigen Formulierungen ebensoviel Interpretationsspielraum ließ wie die Reden Hitlers. Dieser Spielraum war wichtig, denn so war es möglich, rechte Aktivisten mit divergierenden Ansichten in die „Hitlerbewegung“ zu integrieren. Dies war notwendig, denn die NSDAP war nur ein Faktor im rechtsradikalen Milieu der frühen zwanziger Jahre. Selbst später hochrangige NS-Führer waren in mehreren rechtsradikalen Organisationen aktiv, was gerade in Elberfeld, einer der wichtigsten Keimzellen im Westen des Reiches, deutlich wurde.

Hier gehörten mit Erich Koch, Karl Kaufmann und Viktor Lutze zwei spätere Gauleiter und der Nachfolger Ernst Röhms als Stabschef der SA zu den ersten Anhängern des zukünftigen „Führers“. Im Herbst 1921 war Lutze aber auch Mitglied des Vorstandes der Elberfelder Ortsgruppe des „Jungdeutschen Ordens“, Karl Kaufmann leitete die Jugendgruppe des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“, und Erich Koch beteiligte sich an der Gründung des Elberfelder „Stahlhelms“. Koch und Kaufmann

⁵³ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 25, Aussage Koch, 15.6.49; Vgl. IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 42a, 43, Lebenslauf Koch; KOCH, Interview, S. 11; ELKE FRÖHLICH, Hitler – Goebbels – Straßer, in: Working towards the Führer, hg. v. ANTHONY MCEL-LIGOTT/ TIM KIRK, Manchester/ New York 2003, S. 41–67, hier S. 51.

⁵⁴ Vgl. SONTHEIMER, S. 134–141; BESSEL, Militarismus, S. 202–206; DIETRICH ORLOW, The History of the Nazi Party 1919–1933, Pittsburgh 1969, S. 5 (im Folgenden zitiert als ORLOW, History I); SCHILDT, S. 78f, 190–192; ALBRECHT TYRELL, Führer befiehl..., Bindlach 1991, S. 270; KERSHAW, Hitler I, S. 329f.

⁵⁵ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 42a, Lebenslauf Koch.

⁵⁶ GOTTFRIED FEDER, Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschaulichen Grundlagen, 116.–125. Auflage 576.–625. Tausend, München 1933.

gehörten darüber hinaus der „Organisation Consul“ an, einer konspirativ tätigen Nachfolgeorganisation der nach dem Kapp-Putsch 1920 aufgelösten Marinebrigade Ehrhardt.⁵⁷ Deren oberster Führer, Korvettenkapitän Ehrhardt, gehörte zu den Freikorpsführern, die Hitler als politischen Führer nutzen wollten. Er forderte die Mitglieder seiner Organisation deshalb dazu auf, der NSDAP beizutreten. In Elberfeld war es dann auch der dortige Leiter der „Organisation Consul“, Theo Sailliez, der am 12. September 1922 eine Ortsgruppe der NSDAP gründete.⁵⁸ Karl Kaufmann führte ihr die Mitglieder der von ihm geleiteten Jugendorganisation des inzwischen verbotenen „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ zu, ansonsten bestand die Ortsgruppe zunächst vor allem aus kleinen Kaufleuten, Handlungsgehilfen und einigen Eisenbahnern. Die später prominenten Parteigenossen Karl Kaufmann, Erich Koch und Viktor Lutze spielten bei dem Gründungsakt bei weitem nicht die zentrale Rolle, die sie sich später zuschrieben.⁵⁹

Zu diesem Zeitpunkt war die eigentliche Parteiorganisation noch kaum ausgebildet. Hitler konnte gegenüber den Ortsgruppen kaum Autorität geltend machen, eine zentrale Lenkung ihrer Aktivitäten existierte nicht. Da die Parteileitung weder mit Materialien noch mit Personal aushelfen konnte, trug die politische Arbeit oft „mehr den Charakter eines Biertischgesprächs“⁶⁰. Koch und die anderen Unterführer waren stark auf sich selbst angewiesen und mussten ihre ideologischen Positionen in weiten Teilen selbst ausarbeiten. Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass es außerhalb Münchens nur wenige Ortsgruppen der NSDAP gab, die noch dazu in Konkurrenz zu anderen völkischen Gruppierungen standen. Eine Ansammlung engagierter und fähiger Aktivisten wie die Gruppe um Koch und Kaufmann bildete in dieser Situation eine überdurchschnittlich gute Ausgangsposition für einen neuen Parteistützpunkt.⁶¹ Die Elberfelder Ortsgruppe entwickelte sich daher vergleichsweise schnell, hier konnten

⁵⁷ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 24, Aussage Koch, 15.6.49; KLEIN, Mekka, S. 107, 111; Bajohr, Führer, S. 62; Vgl. SCHULZ, Ästhetisierung, S. 135-144; MARTIN SABBROW, Der Rathenau-Mord, München 1994; HOWARD STERN, The Organisation Consul, in: The Journal of Modern History 35/1963, S. 20-32; KRÜGER, Brigade, S. 72-74, 77-101; WAITE, S. 203-205, 213-217, 290; JAMES M. DIEHL, Paramilitary Politics in Weimar Germany, Bloomington 1977, S. 68, 107-113, 117.

⁵⁸ KERSHAW, Hitler I, S. 221-223; KRÜGER, Brigade, S. 105; ORLOW, History I, S. 42-45; KLEIN, Mekka, S. 111f.

⁵⁹ Ebd., S. 113; Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 24f, Aussage Koch, 15.6.49.

⁶⁰ BÖHNKE, NSDAP, S. 43; Vgl. ORLOW, History I, S. 25, 35f.

⁶¹ KOCH, Interview, S. 25f.; KISSENKOETTER, S. 41-44, 49, 52; ORLOW, History I, S. 23-25.

schon Ende 1922 Versammlungen abgehalten werden⁶², was außerhalb Münchens, noch dazu an der „roten“ Ruhr, keinesfalls selbstverständlich war. Allerdings wurde die NSDAP aufgrund des Gesetzes zum Schutze der Republik, das nach dem Mord an Walther Rathenau erlassen worden war, in Preußen schon im November 1922 verboten.

Das Verbot konnte zwar dadurch, dass Hitler von München aus weiterhin als Integrationsfaktor wirken konnte, abgemildert werden, es entstanden aber auch Spannungen zwischen den Aktivisten in Westdeutschland und der Zentrale in München, da sich die politischen Verhältnisse im Ruhrgebiet völlig anders gestalteten als in Bayern. Dort war es den rechten Kräften nach der Niederschlagung der Räterepublik gelungen, die politische Meinungsführerschaft zu übernehmen – selbst die bayerische Staatsregierung sympathisierte mit ihnen. Hitler konnte hier auf eine ganz andere Art und Weise auftreten als seine Anhänger im Ruhrgebiet. Er sprach auch ein anderes Publikum an und versuchte, die konservativen Kräfte für einen beabsichtigten Umsturzversuch zu gewinnen.⁶³ In Elberfeld am Rande des „Reviers“ stand demgegenüber neben der Problematik des besetzten Rheinlandes die – auch handgreifliche – Konfrontation mit der organisierten Arbeiterschaft und damit auch die Auseinandersetzung mit deren sozialer Lage im Mittelpunkt der Agitation.⁶⁴ Hinzu kam der Verfolgungsdruck durch die von der SPD geführte preußische Staatsregierung. Die NSDAP Westdeutschlands stand, ganz anders als Hitler, deutlich in der Defensive.

Bezeichnend für die unterschiedlichen „realpolitischen“ Positionen der beiden Parteizentren war der Umgang mit dem politischen Großereignis, das dem Jahr 1923 seinen Stempel aufdrückte: Die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen. Der passive Widerstand, zu dem die Reichsregierung aufrief, fand in der empörten Bevölkerung zunächst großen Anklang, weshalb Hitler fürchtete, diese Mobilisierung der Massen könne die Weimarer Republik stabilisieren. Er verbat seinen Parteigängern daher jede Beteiligung am sogenannten „Ruhrkampf“. Damit entschied er gegen die Interessen seiner Anhänger vor Ort, denn Politaktivisten, die sich als „national“ definierten, konnten sich einer Widerstandsbewegung, die zur Wiederauferstehung des „Geists von 1914“ hochstilisiert wurde und schließlich sogar zu einem nationalen Mythos avancierte, nicht verweigern, ohne ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Viele Mit-

⁶² Vgl. KLEIN, Mekka, S. 112.

⁶³ KERSHAW, Hitler I, S. 217-220; KRÜGER, Brigade, S. 112-117; KOEHL, Black Corps, S. 14f.

⁶⁴ KÜHNEL, Programmatik, S. 322; WOLFGANG HORN, Regionale Entwicklung des Nationalsozialismus, in: Neue Politische Literatur 21/1976, S. 366-376, hier S. 372; BÖHNKE, NSDAP, S. 202f; ROHE, Wahlen, S. 154.

glieder der NSDAP ignorierten daher das Verbot ihres Parteivorsitzenden und beteiligten sich aktiv am „Abwehrkampf“.⁶⁵

Auch für Erich Koch waren derartige Aktivitäten naheliegend, da Elberfeld als eine der ersten größeren Städte außerhalb des besetzten Gebietes ein Zentrum des Widerstandes war. Außerdem gehörte er als Reichsbahner zu der vielleicht wichtigsten Widerstandsgruppe – die Franzosen sollten durch die lahmgelegte Infrastruktur zum Rückzug gezwungen werden. Inwieweit der Beamtenanwärter Erich Koch in diese Aktivitäten eingebunden wurde, kann nicht mehr rekonstruiert werden, es ist aber möglich, dass er als Verbindungsglied zwischen dem passiven Widerstand der Eisenbahner und dem sogenannten „aktiven Widerstand“ – gewaltsamen Sabotageunternehmen – fungierte.⁶⁶ Von Elberfeld aus agierte nämlich auch die „Organisation Heinz“, eine paramilitärische Gruppe um Karl Guido Oskar Hauenstein, die aus einem Kommando einer Schwesterorganisation der Brigade Ehrhardt, der Marinebrigade Loewenfeld, entstanden war. Die Truppe hatte wie Koch gegen die „Rote Ruhrarmee“ und in Oberschlesien gekämpft, und wahrscheinlich war der Elberfelder Jungaktivist bei einer dieser Gelegenheiten mit ihr in Kontakt geraten. Während des „Ruhrkampfes“ arbeitete er nun ebenso wie Karl Kaufmann für sie.

Hauensteins Truppe führte mit klandestiner Unterstützung von Teilen der Reichsregierung, aber gegen den Willen der preußischen Regierung, Sprengstoffanschläge durch und ermordete angebliche Spitzel der Besatzungsmacht.⁶⁷ Koch will an diesen Attentaten beteiligt gewesen sein, dies

⁶⁵ KERSHAW, Hitler I, S. 243f; WAITE, S. 239; KOCH, Bürgerkrieg, S. 334; BÖHNKE, NSDAP, S. 26; BARBARA MÜLLER, Passiver Widerstand im Ruhrkampf, Münster 1995; GERD KRÜGER, „Wir wachen und strafen!“ – Gewalt im Ruhrkampf von 1923, in: Der Schatten des Weltkrieges, hg. v. GERD KRUMEICH/ JOACHIM SCHRÖDER, Essen 2004, S. 233-255, hier S. 235; KLAUS PABST, Der Ruhrkampf, in: Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau, hg. v. WALTER FÖRST, Köln, Berlin 1972, S. 9-50; GERD KRUMEICH, Der „Ruhrkampf“ als Krieg, in: Schatten des Weltkrieges, S. 9-24, hier S. 16f; HERBERT, Best, S. 38; CHRISTOPH CORNELIßEN, Vom „Ruhrkampf“ zur Ruhrkrise: Die Historiografie der Ruhrbesetzung, in: Schatten des Weltkrieges, S. 25-45.

⁶⁶ MÜLLER, Widerstand, S. 177, 247; KRÜGER, wachen, S. 238; CONAN FISCHER, The Ruhr Crisis 1923-1924, Oxford 2003, S. 177-179; KRUMEICH, Ruhrkampf, S. 19; WAITE, S. 223; PABST, S. 24-30; Vgl. BA Berlin, R 43 I/213, 214, 223, diverse Berichte, 1923.

⁶⁷ Bericht Weitzel, in: Das Krisenjahr 1923, Düsseldorf 1980, S. 34-40, hier, S. 34, 37, 39; MÜLLER, Widerstand, S. 106-108, 110, 198; KRÜGER, wachen, S. 235-242; FISCHER, Ruhr Crisis, S. 170, 173, 180; NAGEL, S. 34f, 42-44, 252-254; PABST, S. 27-30; BERNHARD SAUER, „Verräter waren bei uns in Menge erschossen worden.“ Die Fememorde in Oberschlesien 1921, in: ZfG 54/2006, S. 644-662, hier S. 645, 656-662; DERS., Schwarze Reichswehr und Fememorde, Berlin 2004, S. 37, 45-47; Vgl. STEFAN ZWICKER, „Nationale Märtyrer“, Paderborn 2006, S. 43, 47-50; WAITE, S. 38, 189, 226, 229f, 232, 288f; PAUL WENTZCKE, Schlageter und der Ruhrkampf, Lübeck 1934, S. 18; MARKUS JOSEF KLEIN: Ernst von Salomon, Überarbeitete Neuauflage, Aschau i. Ch. 2002, S. 86,

lässt sich jedoch nicht belegen. Er war wohl vor allem in der Logistik tätig, seine Wohnung soll als Sprengstofflager gedient haben.⁶⁸ Als einer der Kommandoführer Hauensteins, Albert Leo Schlageter, nach einem Anschlag von den französischen Behörden verhaftet und zum Tode verurteilt wurde, plante Hauenstein die gewaltsame Befreiung seines Kameraden. Er wollte dabei auf Mitglieder der von Koch, Kaufmann und Lutze geführten Elberfelder Jugendorganisationen zurückgreifen, wurde aber selbst verhaftet, bevor der Plan zur Ausführung gelangte. Daraufhin erschienen Karl Kaufmann und Erich Koch im Elberfelder Polizeipräsidium und verlangten unter Drohungen die Freilassung Hauensteins, da ohne ihn die Befreiung Schlageters unmöglich sei.⁶⁹

Hauenstein war wegen terroristischer Aktivitäten verhaftet worden, und dennoch wagten es seine Mitkämpfer ganz offen und mit der Begründung, einen rechtskräftig verurteilten Terroristen aus dem Gewahrsam einer fremden Macht befreien zu wollen, seine Freilassung zu fordern. Dies war bezeichnend für das Selbstbewusstsein der beiden späteren NS-Führer. Sie waren sich offensichtlich sicher, dass sie besser wussten als die Reichsregierung, was für Deutschland gut und richtig sei, und hatten keine Bedenken, dem Staat zu drohen. In ihren Augen hatte die Weimarer Republik offensichtlich jegliche Autorität verloren. Dazu hatte die Regierung durch ihre Förderung des „aktiven Widerstandes“ selbst beigetragen, indem sie Exekutivaufgaben an Privatpersonen übertragen und dadurch deren Gefühl, ausführendes Organ einer unfähigen Staatsführung zu sein und im Namen eines putativen Staatsnotstandes auch gegen fundamentale Rechtsprinzipien und Menschenrechte verstoßen zu dürfen, gefördert hatte.⁷⁰

Der Auftritt Kochs und Kaufmanns zeitigte keinerlei Wirkung. Hauenstein blieb noch einige Zeit in Haft – ohne jemals für seine Taten belangt zu werden – und Schlageter wurde am 26. Mai 1923 von den Franzosen

188-192, 247; KOCH, Bürgerkrieg, S. 210; T. HUNT TOOLEY, *National Identity and Weimar Germany*, Lincoln, London 1997, S. 229-235; DERS., *German Political Violence and the Border Plebiscite in Upper Silesia, 1919-1921*, in: *Central European History* 21/1988, S. 56-98, hier S. 79f, 83f, 86, 97; HITZE, S. 295, 356, 407-409; KARSKI, S. 287f, 361-364.

⁶⁸ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 25, Aussage Koch, 15.6.49; KOCH, Interview, S. 17, 20-22; BAJOHR, Führer, S. 63.

⁶⁹ Sie drohten damit, kompromittierendes Material über die Verbindungen Hauensteins zu den Reichsbehörden zu veröffentlichen (HSTA Düsseldorf, RW 58/9185, Blatt 26, Bericht Polizeipräsidium Elberfeld, 14.5.23; Vgl. Ebd., Dokumentensammlung; Bericht Weitzel, in: *Krisenjahr*, S. 38f; KOCH, Bürgerkrieg, S. 341; KOCH, Interview, S. 23; FRIEDRICH GLOMBOWSKI, *Organisation Heinz*, Berlin 1934, S. 163).

⁷⁰ Vgl. KRÜGER, wachen, S. 238f, 242, 254f; DAVID B. SOUTHERN, *Antidemokratischer Terror in der Weimarer Republik*, in: *Sozialprotest, Gewalt, Terror*, hg. v. WOLFGANG J. MOMMSEN/ GERHARD HIRSCHFELD, Stuttgart 1982, passim; PABST, S. 26.

erschossen, woraufhin der aktive Widerstand, dem das Reich seine Unterstützung entzogen hatte, endgültig einschlief.⁷¹ Ein Resultat dieser Ereignisse war, dass sich die „Ruhrkämpfer“ – wie schon die Freikorps-soldaten – betrogen fühlten: Zuerst hatte die Regierung sie gerufen, dann wurden sie als Kriminelle verfolgt. Der „Ruhrkampf“ wurde von Männern wie Koch nicht nur zu einem Symbol für den gemeinsamen Kampf des deutschen Volkes gegen fremde Invasoren stilisiert, sondern auch zu einem weiteren Beweis für die Verderbtheit des bestehenden „Systems“.⁷²

Zur Ikone des „Ruhrkampfes“ wurde der einzige vom „Feind“ hinggerichtete „Märtyrer“ verklärt, Albert Leo Schlageter. Das erste Fanal dazu bildete die Überführung seines Leichnams in seinen Heimatort Schönau im Schwarzwald, die zu einer nationalistischen Demonstration geriet. In der Folgezeit setzte ein wahrer Schlageterkult ein, den die Nationalsozialisten ab 1933 vollständig für sich vereinnahmten und den „gefallenen Helden“, der angeblich Mitglied ihrer Partei gewesen war, zum „ersten Soldaten des Dritten Reiches“ stilisierten.⁷³ Diesen Kult zelebrierten sie weitgehend ohne die Freikorpsführer, die sich meist nur schwer mit den Herren des Dritten Reiches arrangierten. Gerade Hauenstein, der in den zwanziger Jahren kurzzeitig mit der NSDAP zusammengearbeitet hatte, überwarf sich mit der „Hitlerbewegung“. Seinen Versuch, nach 1933 durch ein „Schlageter-Gedächtnis-Museum“ einen eigenen Gedenkort für seinen ehemaligen Untergebenen zu schaffen, unterstützte nur ein hochrangiger NS-Funktionär – Erich Koch.⁷⁴

⁷¹ HSTA Düsseldorf, RW 58/9185, Blatt 26, Bericht Polizei Elberfeld, 14.5.23; MÜLLER, Widerstand, S. 109; KRÜGER, wachen, S. 252f.

⁷² Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 25f, Aussage Koch, 15.6.49; KOCH, Interview, S. 22-24; SONTHEIMER, S. 165-186.

⁷³ MÜLLER, Widerstand, S. 202, 206f; KRÜGER, wachen, S. 233; STANISLAS JEANNESON, Übergriffe der französischen Besatzungsmacht und deutsche Beschwerden, in: Schatten des Weltkrieges, S. 207-231; FISCHER, Ruhr Crisis, S. 165-181; PABST, S. 21f, 27f; HERBERT, Best, S. 37; WAITE, S. 236-238, 264; STEFAN ZWICKER, Albert Leo Schlageter – eine Symbolfigur des deutschen Nationalismus zwischen den Weltkriegen, in: Nacjonalizm a tożsamość narodowa w Europie Środkowo-Wschodniej w XIX i XX w., Nationalismus und nationale Identität in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. BERNARD LINEK/ KAI STRUVE, Marburg 2000, S. 199-214; DERS., Märtyrer, passim; LOTHAR SCHIEFER, Das Schlageter-Denkmal, in: Unglücklich das Land, das Helden nötig hat, hg. v. MICHAEL HÜTT u.a., Marburg 1990, S. 50-56; Vgl. CHRISTIAN FUHRMEISTER, Albert Leo Schlageter als Symbol nationaler Identität in Schlesien?, in: Nacjonalizm, S. 215-228; KOCH, Bürgerkrieg, S. 156, 268, 334, 337-345; SAUER, Reichswehr, S. 39; CORNELIßEN, Ruhrkampf, S. 41.

⁷⁴ KLEIN, Salomon, S. 188-192; Vgl. ZWICKER, Märtyrer, S. 50.

Dies war kein Zufall, denn Koch hatte Schlageter tatsächlich gekannt, weswegen er bei dessen pompöser Überführung den Sarg tragen durfte.⁷⁵ Er nutzte diese Bekanntschaft aus, indem er vor allem während der ersten Jahre seiner Karriere als Parteiführer immer dann, wenn es galt, für sich und seine Partei zu werben, auf sie verwies. In ähnlicher Weise warb er mit seinen Kriegs- und Freikorpserelebnissen, die er bisweilen stark beschönigte, indem er zum Beispiel seine krankheitsbedingten Lazarettaufenthalte als Folgen einer Verwundung ausgab. Schlussendlich wollte er sogar an der Niederschlagung des rheinischen Separatismus Hans Adam Dortens und Konrad Adenauers beteiligt gewesen sein.⁷⁶

Kochs Selbststilisierung als entschlossener Kämpfer stimmte mit seinem Selbstverständnis und dem der anderen völkischen Aktivisten – die Mitglieder der NSDAP machten unter ihnen nur eine kleine Gruppe aus – in dieser Zeit überein. In den frühen zwanziger Jahren war das völkische Gedankengut in seiner Grunddisposition vor allem auf die Tat ausgerichtet. Durch eine schnelle militärische Aktion sollte die Republik gestürzt und durch einen völkischen Staat ersetzt werden. Dessen schneller Herbeiführung, nicht seiner Gestalt, galten die vordringlichen Gedanken und Aktionen. So wurden auch die politischen Gruppierungen in erster Linie auf die militärische Aktion hin ausgerichtet. Zum politischen Führer dieser Aktion – ein solcher war bisher schmerzlich vermisst worden – wurde 1923 Adolf Hitler auserkoren.⁷⁷

Auch im Ruhrgebiet galten die Aktivitäten Kaufmanns und Kochs nicht dem Aufbau einer demokratischen Partei, sondern einer Organisation, die einen Putsch rechter Kräfte auch militärisch unterstützen konnte. Wie weit diese Bemühungen tatsächlich gediehen waren, ist heute nicht mehr feststellbar. Koch prahlte noch 1986, er sei im November 1923 Mitglied der Führung einer Freiwilligentruppe von 20 000 Mann gewesen, die im Ruhrgebiet bereit gestanden habe, um Hitlers Marsch von München nach Berlin

⁷⁵ KOCH, Interview, S. 23; ROLF BRANDT, Albert Leo Schlageter, Hamburg 1926/1941; Das Buch vom Freikorpskämpfer, hg. v. ERNST VON SALOMON, Berlin 1938, S. 14; WAITE, S. 291; ZWICKER, Märtyrer, S. 69.

⁷⁶ GSTA, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 302, Bericht Versammlung Labiau, 25.3.29; Rep. 37, Nr. 21n, Urteil Landgericht Königsberg, 6.4.29; Nr. 44a, Akten Staatsanwaltschaft Königsberg, undatiert; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 24, 26, Aussage Koch, 15.6.49; BA Berlin, BSTU, ZC 10850, Bd. II, Akten Staatsanwaltschaft Königsberg, Februar 1931; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 42, Lebenslauf Koch; KOCH, Interview, S. 6-8, 16-24; Vgl. ERWIN BISCHOF, Rheinischer Separatismus 1918-24, Bern 1969, passim; PABST, S. 47; MÜLLER, Widerstand, S. 447; HENNING KÖHLER, Adenauer und die rheinische Republik, Opladen 1986, S. 146-165.

⁷⁷ KERSHAW, Hitler I, S. 252, 255-267; KRÜGER, Brigade, S. 86f, 98, 105-115; CAMPBELL, S. 22-25.

zu unterstützen. Sie seien jedoch nicht aktiv geworden, da sie Nachricht erhalten hätten, der Putsch sei gescheitert.⁷⁸ Dieser Bericht ist kaum glaubwürdig. Koch selbst gab an anderer Stelle an, die Aktivisten im Ruhrgebiet hätten vom „Hitlerputsch“ nichts gewusst, außerdem hatte Hitler am 8./9. November 1923 die Verbände außerhalb Bayerns nicht über seine improvisierte Aktion informiert. Hinzu kommt, dass die Gruppen, die Koch und Kaufmann selbst führten, eher Jugendorganisationen mit militärischem Habitus waren, denn zu einem Putsch geeignete paramilitärische Verbände. Von Aktivitäten dieser Gruppen während des Hitlerputsches ist nichts bekannt.⁷⁹

Das in der Folge des „Hitler-Putsches“ reichsweit verhängte Verbot der NSDAP traf auch deren Aktivisten im Ruhrgebiet. Nach Hitlers Inhaftierung wurde immer deutlicher, dass die völkischen Aktivisten als zersplittertes Milieu keine politische Kraft darstellten. Die wenigen charismatischen Führerfiguren, die die einzelnen Aktivisten zu einer Kraft hätten bündeln können, standen nicht mehr zur Verfügung oder waren zerstritten.⁸⁰ Den einzelnen Kadern blieb nicht viel mehr übrig, als die Kontakte zu ihren Mitkämpfern aufrecht zu erhalten und zu versuchen, eigene Organisationen zu gründen.

Unter diesen Nachfolgeorganisationen kristallisierten sich zwei konkurrierende Verbände heraus, deren Rivalität die späteren Konflikte zwischen der nord- und der süddeutschen NSDAP vorwegnehmen sollte. Dies war zum einen die „Großdeutsche Volksgemeinschaft“, die vom Chefredakteur des „Völkischen Beobachters“, Alfred Rosenberg, den Hitler überraschend zu seinem Vertreter für die Zeit seiner Inhaftierung ernannt hatte, geführt wurde, und die sich daher als eigentliche Nachfolgeorganisation der NSDAP verstand. In dieser Organisation sammelte sich vor allem die Münchner Parteiprominenz um Hermann Esser sowie den „Frankenführer“ Julius Streicher. Diese beiden übernahmen bald die Führung der „Volksgemeinschaft“ vom nicht sehr durchsetzungsfähigen und wenig charismatischen Rosenberg.⁸¹

⁷⁸ KOCH, Interview, S. 15.

⁷⁹ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 43, Lebenslauf Koch; Vgl. BAJOHR, Führer, S. 63; KERSHAW, Hitler I, S. 255; KRÜGER, Brigade, S. 114; HAROLD J. GORDON, Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt/ Main 1971, S. 343-347; KOEHL, Black Corps, S. 15f; KARL KAUFMANN, Brief an Hitler, 28.10.23, in: Romerike Berge. Zeitschrift für das Bergische Land 37/1987, Heft 2, S. 36.

⁸⁰ ORLOW, History I, S. 51.

⁸¹ Ebd., S. 49; TYRELL, Führer, S. 68-70; SCHILDT, S. 14-21; KERSHAW, Hitler I, S. 281-283.

Zum anderen gab es eine Fraktion um Gregor Straßer, Ernst Röhm und Gottfried Feder. Diese Gruppe gebärdete sich pragmatischer als die Parteigänger Essers und Streichers und versuchte, am parlamentarischen Leben teilzunehmen. Es war jedoch nicht beabsichtigt, konstruktive Politik zu betreiben, vielmehr sollten die Annehmlichkeiten eines Mandats – Immunität, Diäten, Freifahrtscheine und Medienpräsenz – genutzt werden. Dazu schlossen sie sich im Reich mit der „Deutsch-Völkischen Freiheitspartei“ (DVFRP) zusammen. Diese Partei war eine antisemitische Abspaltung der „Deutschnationalen Volkspartei“ die schon seit Beginn des Jahres 1923 in Preußen Mitglieder der dort verbotenen NSDAP aufnahm. Obwohl Hitler einer solchen Kooperation skeptisch gegenüberstand, führte Gregor Straßer sie in seinem Namen im gesamten Reich fort. Er übernahm schließlich gemeinsam mit Erich Ludendorff und Albrecht von Graefe den Vorsitz des Parteienbündnisses, das unter verschiedenen Namen und in verschiedenen Organisationsformen auch an Wahlen teilnahm.⁸²

Im Ruhrgebiet firmierte das nationalsozialistisch-völkische Bündnis als „Völkisch-Sozialer Block“ (VSB). Die Partei war territorial in verschiedene Gaue aufgeteilt, von denen einer, der Gau Rheinland-Nord, von Elberfeld aus geführt wurde. Dabei wurde auf die Struktur der NSDAP zurückgegriffen, wie überhaupt die organisatorischen und personellen Ähnlichkeiten zur bisherigen wie zur späteren NSDAP sehr groß waren. Auch das Programm des VSB wies starke Übereinstimmungen mit dem der NSDAP auf. Durch die Zusammenarbeit der bisher rivalisierenden völkischen Gruppen war die Organisation allerdings größer als die alte NSDAP, sie konnte bereits eine Gliederung in Gaue, Kreise, Bezirke und Ortsgruppen vornehmen, was der NSDAP noch nicht möglich gewesen war.⁸³

Die Fusion mit der völkischen Partei führte dazu, dass „Hitler-Bewegung“ weniger militant auftrat. Dies war vorteilhaft, denn nicht zuletzt die Ereignisse in München hatten deutlich gemacht, dass die Zeit der politisch aktiven paramilitärischen Verbände zu Ende war. Ein Putsch nach italienischem Muster schien weniger Erfolgchancen zu haben denn je. Auch Erich Koch erkannte dies und brach mit dem Putschkonzept. In der Rückschau bezeichnete er es gar als „Wahnsinn“⁸⁴. Er sah aber auch keinen Anlass, sich aus der Politik zurückzuziehen, denn obwohl mit dem Jahr 1923 auch die Zeit der von ihm so gefürchteten marxistischen Putschversu-

⁸² Ebd., S. 267, 283-291; KISSENKOETTER, S. 13-20; SCHILDT, S. 13, 15, 30-32, 187-189; STACHURA, Strasser, S. 31-38; TYRELL, Führer, S. 98-100; ORLOW, History I, S. 50; BÖHNKE, NSDAP, S. 65; Vgl. WERNER BRÄUNINGER, Hitlers Kontrahenten in der NSDAP 1921-1945, München 2004, S. 38-60, 310.

⁸³ BÖHNKE, NSDAP, S. 68.

⁸⁴ KOCH, Interview, S. 13.

che und der separatistischen Unabhängigkeitsbestrebungen endete, so waren das Rheinland und weite Teile des Ruhrgebiets immer noch von den Alliierten besetzt, das Deutsche Reich war noch immer eine liberale Demokratie und auch die sozialen Spannungen bestanden weiter. An seiner persönlichen Situation hatte sich nur eine substantielle Veränderung ergeben – aber in völkischen Kreisen war die Verpflichtung, eine Ehefrau ernähren zu müssen, kein Grund, nicht zugleich politischer Soldat zu sein.⁸⁵ Erich Koch jedenfalls verbrachte seine Freizeit nicht mit seiner Frau, sondern mit Aktivitäten für die Partei.

Er tat dies mit Erfolg, denn schon bei den Gründungsversammlungen des „Völkisch-Sozialen Blocks“ in Elberfeld und Barmen durfte er die Hauptrede halten. Für ihn war das eine neue Erfahrung, da er bis zu diesem Zeitpunkt noch nie eine Rede gehalten hatte.⁸⁶ Offenkundig hatte er Talent dazu, und vielleicht schmeichelte dem kleinwüchsigen Bahnangestellten auch die Aufmerksamkeit, die er als Redner genoss. Auf jeden Fall avancierte er schnell zu einem etablierten Propagandisten der völkischen Szene und einem wichtigen Mitglied des VSB-Gaues Rheinland-Nord.⁸⁷ Für seine persönliche Entwicklung war besonders wichtig, dass er durch diese Tätigkeit Gregor Straßer, der ihn sehr beeindruckte, kennen lernte.⁸⁸

Noch 1924 erfolgte der nächste Karriereschritt innerhalb der Partei. Koch kandidierte im Wahlkreis Koblenz für den Reichstag – ein Kreis, der gemäß dem Versailler Vertrag von französischen Truppen besetzt gehalten wurde. Seine Aussichten, ein Mandat zu erringen, waren gering, sie waren aber auch nicht der Hauptgrund für seine Kandidatur. Wie auch andere rechte Reichstagskandidaten sollte er seine Wahlkampfauftritte vor allem dazu nutzen, um im besetzten Rheinland mit den von den Besatzungsbehörden bedrängten völkischen Kreisen in Verbindung zu treten. Er erwartete, dass der Status eines Reichstagskandidaten ihm dabei eine Art Immunität verleihen würde. Dass dem nicht so war, erfuhr Koch, als er in Koblenz von den französischen Behörden kurzzeitig verhaftet und nicht gerade sanft behandelt wurde. Als schockierend und besonders demütigend, aber auch charakteristisch für die Verkommenheit der französischen Behörden empfand er, dass er im Gefängnis von einem Schwarzen beaufsichtigt wurde.⁸⁹ Dieses Motiv ist typisch für die rechte Rezeption des Einsatzes farbiger Kolonialtruppen durch die Westmächte: Aktivisten wie Koch sahen

⁸⁵ Ebd., S. 28; Vgl. KLAUS THEWELEIT, *Männerphantasien*. Band 1, Frankfurt/ Main 1986.

⁸⁶ KOCH, Interview, S. 16, 25; KLEIN, Mekka, S. 117.

⁸⁷ Vgl. Ebd.

⁸⁸ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 25, Aussage Koch, 15.6.49.

⁸⁹ KOCH, Interview, S. 18-20; Vgl. BÖHNKE, NSDAP, S. 58

in diesem Einsatz den Beweis für die eigene Überlegenheit über die Westmächte, da diese ja sogar auf solch „minderwertige“ Hilfstruppen angewiesen waren, um die deutschen Helden zu besiegen. Sie sahen sich so auch in ihrem rassistischen Weltbild, der Berechtigung ihres Kampfes gegen die verderbliche westliche Dekadenz und der Richtigkeit ihrer Ziele bestätigt.⁹⁰

Kochs Reichstagskandidatur war der Höhepunkt einer Entwicklung, mit der er in den Jahren zwischen dem Ersten Weltkrieg und der Wiedergründung der NSDAP Anfang 1925 den Grundstein für seine spätere politische Karriere legte. Diese Zeit war für seine persönliche Entwicklung entscheidend: Der junge Mann hatte im rechtsradikalen Milieu seine politische und weltanschauliche Heimat gefunden. Hier dachte man über die Bewertung des Einzelnen ganz wie er – Leistung, nicht Herkunft sollte ausschlaggebend sein –, hier wurden die ihm wichtigen Werte – Ordnung, Pflichterfüllung, Dienst für Volk und Vaterland – hochgehalten, und hier wurde, so glaubte er zumindest, die „soziale Frage“ in seinem Sinne angegangen. Deshalb kam für ihn trotz der Beruhigung der politischen Lage und der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ein Rückzug ins Privatleben nicht in Frage. Auch nicht, als mit dem Parteiverbot 1922 und den Rückschlägen durch die Niederlagen in „Ruhrkampf“ und „Hitler-Putsch“ seine Partei in eine ernste Krise geriet. Statt dessen baute er in diesen, letztlich gemeisterten Krisen einen der wichtigsten Züge des nationalsozialistischen Selbstbewusstseins auf: Den Glauben, mit großer Willensanstrengung jede Schwierigkeit meistern zu können. Dieser Glaube wurde zu einem Leitfaden seines späteren Werdegangs.

Gleichzeitig erwarb er sich durch das Ausharren in diesen Krisen parteiintern den Ruf, auch in den schwierigsten Zeiten der Bewegung treu zu sein. Davon sollte er in seiner späteren politischen Karriere profitieren, da er sich der Wertschätzung Hitlers sicher sein konnte. Er gehörte zu den „Alten Kämpfern“, die nicht nur durch ihre Person, sondern auch durch den ihnen zugeschriebenen Mythos als erste und treueste Mitarbeiter des „Führers“ die NSDAP bis zu deren Untergang 1945 prägen sollten.

Allerdings trat auch hier wieder die signifikante Diskrepanz zwischen dem Mythos des „Alten Kämpfers“ und der Realität auf, eine Diskrepanz, die über weite Strecken für Kochs Laufbahn bezeichnend sein sollte. Der junge Elberfelder hatte sich keineswegs, wie dies die Legende der „Alten Kämpfer“ beschrieb, Hitler angeschlossen, weil er visionär dessen „Genie“ früher als andere erkannt hatte, und es für ihn ab diesem Zeitpunkt keinen anderen „Führer“ mehr geben konnte.⁹¹ Er hatte sich vielmehr der Rich-

⁹⁰ GISELA LEBZELTER, „Die Schwarze Schmach“. Vorurteile – Propaganda – Mythos, in: GG 11/1985, S. 37-58.

⁹¹ Vgl. MEYER ZU UPTRUP, S. 426.

tung im völkischen Lager angeschlossen, die seinen eigenen Vorstellungen am nächsten kam. Es waren deutlich die sozialrevolutionären Komponenten des Parteiprogramms, die Koch anzogen, nicht Hitlers Rassentheorie oder sein Antisemitismus. Auch Kochs starke Betonung des christlichen Elements ließ sich zwar mit Hitlers taktischer Haltung vereinbaren, nicht jedoch mit dessen innerster Überzeugung.⁹² Für einen Anhänger der ersten Stunde, der des „Führers“ Visionen von Anfang an geteilt haben soll, waren das erstaunlich große Divergenzen. Sie sollten Koch in ein gegen die „Münchener Richtung“ stehendes oppositionelles Lager innerhalb der NSDAP führen – es kann also keine Rede davon sein, dass Koch in erster Linie ein glühender Verehrer Hitlers war, dem erst der „Führer“ die Augen für die Politik geöffnet hatte. Der Österreicher war noch nicht einmal die prägende Figur seiner politischen Sozialisation.

Nach Kochs Mutter, die ihn ins sozialprotestantische Milieu Elberfelds einführte, und dem „alten Schmitz“ war es vor allem Karl Kaufmann, der Koch trotz seiner im Grunde schwachen und unsteten Persönlichkeit beeinflusste. Kaufmann war ein enger Freund Kochs und im Gegensatz zu diesem eine im Berufsleben gescheiterte Figur. Als politischer Aktivist war er aber eine Art Vaterfigur für den Jungnationalisten, gerade als eine in der völkischen Bewegung bekannte und anerkannte Persönlichkeit – ein Status, den der kleingewachsene Fahrkartenverkäufer auch erreichen wollte, weshalb er sich eng an sein Vorbild anhängte. Er war immer in Kaufmanns Gefolge zu finden, betätigte sich als sein Stellvertreter und eiferte ihm in vieler Hinsicht nach. Er ging bei ihm quasi in die Lehre und übernahm wohl auch viele ideologische Komponenten von ihm, wie zum Beispiel Kaufmanns „Gefühlssozialismus“.⁹³

Zu Hitler pflegte Koch dagegen ein Verhältnis, das nur durch dessen spezielle Agitations- und Machttechnik zu erklären ist. Der Wortführer der NSDAP äußerte sich stets nur vage und in unspezifischen Phrasen, so dass seine Äußerungen einen großen Interpretationsspielraum zuließen. Das war durchaus beabsichtigt, denn einerseits machte er sich so nicht angreifbar, andererseits konnte jeder Zuhörer die Schlagworte in seinem Sinne interpretieren.⁹⁴ Die regionalen Unterführer konnten dies nutzen, indem sie die Auslegung der Worte des „Führers“ entsprechend der Vorstellungen ihres Klientels gestalteten. Zugleich wirkte diese „Offenheit“ der Ideologie aber auch auf sie selbst, da sie ihre eigenen Vorstellungen und Gedanken in diese Interpretation einbringen konnten – Koch zum Beispiel den von Hitler

⁹² KERSHAW, Hitler I, S. 381, 618.

⁹³ BAJOHR, Führer, S. 62, 64f; Vgl. HSTA Düsseldorf, RW 58/9185, Blatt 26, Bericht Polizei Elberfeld, 14.5.23.

⁹⁴ Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 329f; NOAKES, Viceroy, S. 121.

eher weniger geschätzten „nationalen Sozialismus“. Diese ambivalente Haltung zur Ideologie Hitlers prägte das Verhältnis der frühen Gefolgsleute zu ihrem „Führer“, zur Partei und zum Nationalsozialismus. Anstatt programmatische Differenzen auszutragen, konnten sie den sich nie festlegenden Hitler als Programm wählen, was durch dessen charismatische Person und sein bestimmtes Auftreten unterstützt wurde.⁹⁵

Die bereits zitierte euphorische Schilderung Kochs von seiner ersten Begegnung mit Hitler belegt deutlich, dass er durch das charismatische Auftreten des späteren „Führers“ für die NSDAP gewonnen worden war. Wie stark auch er auf Hitler als verbindendes Element zu ideologisch und politisch anders ausgerichteten NS-Führern angewiesen war, sollte sich in seiner Karriere mehrfach offenbaren. Generell bewies dieser Integrationsmechanismus bereits in der „Verbotszeit“ der NSDAP seinen Wert, denn hier zeigten die einzelnen Aktivisten der NSDAP, dass sie auch ohne ihren „Führer“ in der Lage waren, sich zu artikulieren – gerade in Elberfeld nahmen die im engeren Sinne politischen Aktivitäten sogar einen Aufschwung.⁹⁶ Was aber schmerzlich vermisst wurde, war das einigende Moment. Ohne Hitler waren die Parteigenossen nicht in der Lage, ihre Differenzen zu überbrücken und gemeinsam zu agieren, geschweige denn eine einheitliche „Bewegung“ zu bilden. Sie brauchten die charismatische Erlösgestalt, die weit über den Niederungen des alltäglichen politischen Kampfes stand.⁹⁷

Aus Hitlers Führungsstil, aus den großen Freiheiten, die er seinen Unterführern ließ und lassen musste, ergab sich eine Konsequenz, die für die Geschichte der NSDAP ebenso charakteristisch sein sollte wie für die Biographie Kochs. Die lokalen und regionalen Parteiführer wurden durch die „Offenheit“ der Ideologie nicht nur in die Partei integriert, sie wurden auch gezwungen, selbst an der Ideologie zu arbeiten, wollten sie mit den wenigen Richtlinien aus München erfolgreich Parteiarbeit betreiben. Damit entwickelten sie die Ideologie weiter und arbeiteten dadurch in gewisser Weise ihrem Führer entgegen.⁹⁸ Andererseits entstand aber auch ein gegenteiliger Effekt, den der Chefjurist der NSDAP, Hans Frank, treffend beschrieb: „Es gab grundsätzlich so viele ‚Nationalsozialismen‘ als es führenden Männer gab.“⁹⁹

⁹⁵ Vgl. SCHILDT, S. 190f; ORLOW, History I, S. 5, 52; KERSHAW, Hitler I, S. 360.

⁹⁶ Vgl. MEYER ZU UPTRUP, S. 164; BÖHNKE, NSDAP, S. 68-70.

⁹⁷ Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 279f, 289-291, 327f, 345f, 371; ORLOW, History I, S. 51; SCHILDT, S. 24f, 43; KISSENKOETTER, S. 19.

⁹⁸ Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 26, 436.

⁹⁹ HANS FRANK, Im Angesicht des Galgens, Neuhaus bei Schliersee, 2. Auflage 1955, S. 176; Vgl. KÜHNEL, Linke, S. 1.

Frank spielte darauf an, dass jeder der frühen Führer seine eigene Spielart des Nationalsozialismus schuf. Darüber hinaus wirkte jeder dieser Führer am Aufbau der Partei mit. Dadurch entwickelten die „Gründerväter“ der NSDAP ein Selbstbewusstsein, das in der ebenso führerzentrierten wie auf die eigene Geschichte rekurrierenden Partei sowohl als Kitt wie auch als Sprengstoff wirken konnte: Sie sahen nicht, wie etwa die Parteihistoriographie dies tat, in Hitler den alleinigen Schöpfer der NSDAP und die Verkörperung des Nationalsozialismus, sondern sie nahmen für sich in Anspruch, ebenso an der Ausarbeitung der Ideologie und am Aufbau der Partei beteiligt gewesen zu sein wie der „Führer“. Diese gemeinsame Aufbauerfahrung konnte – und so stellte die Parteimythologie das später auch dar – einigend wirken. Sie konnte aber auch zu Konflikten führen, wenn einzelne Unterführer unterschiedliche Positionen vertraten und dabei auf ihre Autorität als Mitbegründer der „Bewegung“ pochten. Gefährlich für die gesamte Partei musste es werden, wenn solche „Alten Kämpfer“ auf der für spätere Parteimitglieder unvorstellbaren Trennung zwischen „Führer“ und Idee beharrten und sogar versuchten, Hitler auf die ihrer Meinung nach richtige Idee zu verpflichten. Solche Konflikte konnten aufgrund der inneren Struktur der NSDAP nicht ausbleiben, und Erich Koch sollte zu ihren Protagonisten gehören.

3. „UNSERE SEHNSUCHT WAR SOZIALE GERECHTIGKEIT“¹ – RUHRGEBIET 1925-1928

Die Neugründung der NSDAP am 26. Februar 1925 war nicht nur ein formaler Akt des Neubeginns, sie stellte in mehrfacher Hinsicht einen Einschnitt in der Parteigeschichte dar. Hitler zog durch konzeptionelle und organisatorische Veränderungen die Konsequenzen aus dem gescheiterten Putsch. Er nahm davon Abstand, durch einen bewaffneten Coup die Macht übernehmen zu wollen, vielmehr sollte die NSDAP jetzt eine Massenbewegung anführen, die auf politischem Weg das Parteiensystem hinwegfegen und durch eine höhere, überparteiliche Ordnung ersetzen sollte.² Außerdem wollte er die Partei stärker auf seine Person ausrichten und nicht mehr mit anderen rechten Organisationen kooperieren, da er das Verhalten der mit ihm ursprünglich verbündeten Politiker für das Scheitern seines Putsches verantwortlich machte. In Zukunft sollte es keine Kompromisse mehr geben, weder innerhalb der Partei noch nach außen, Hitler wollte nur noch alleinverantwortlich agieren. Er hatte sich bisher nur als „Trommler der Bewegung“ gesehen, nun wurde er zur messianischen Führergestalt stilisiert. In diesen Kult steigerten er und seine Anhänger sich immer mehr hinein.³

Noch aber war die NSDAP weit von der völligen Umsetzung des „Führerprinzips“ entfernt. Die Parteiführung musste auf die lokalen Funktionäre Rücksicht nehmen, da diesen als alleinigen Mittlern zwischen der Zentrale und den einzelnen Mitgliedern eine ganz entscheidende Funktion zukam. Gerade im Ruhrgebiet führte diese dezentrale Struktur zu einem organisatorischen und ideologischen Eigenleben, das die Stellung Hitlers als unumschränktem Parteiführer bedrohte. Die dabei zentrale Figur war

¹ KOCH, Interview, S. 29.

² KERSHAW, Hitler I, S. 274f, 285, 372; MEYER ZU UPTRUP, S. 229, 425; ORLOW, History I, S. 51, 90; PETER H. MERKL, Formen nationalsozialistischer Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933, in: Sozialprotest, S. 422-440, hier S. 429.

³ KERSHAW, Hitler I, S. 208-211, 217, 230-233, 327f, 371; TYRELL, Führer, S. 14, 31, 103; ORLOW, History I, S. 26-30, 45f, 51, 60-62, 90; KÜHNEL, Linke, S. 137; STACHURA, Strasser, S. 26.

der Landshuter Apotheker Gregor Straßer, der in Absprache mit Hitler die NSDAP in Westdeutschland reorganisierte.⁴

Straßer bot sich für diese Aufgabe an, denn als einer der Führer jener Nachfolgeorganisation der NSDAP, die als „Völkisch-Sozialer Block“ im Ruhrgebiet recht erfolgreich agiert hatte, konnte er auf deren Strukturen und deren Personal zurückgreifen. Dabei bildete wiederum die Elberfelder Gruppe um Karl Kaufmann und Erich Koch einen wichtigen Ausgangspunkt. Ihre Mitglieder entschieden sich wie die Mehrheit ihrer Parteigenossen dafür, die NS-Nachfolgepartei zu verlassen und sich wieder Hitler anzuschließen, so dass das Ruhrgebiet 1926 die höchste Mitgliederkonzentration der NSDAP außerhalb Bayerns vorweisen konnte. Allerdings drängt sich der Eindruck auf, dass sich die Jungaktivisten zwar gern einer im Vergleich zur Interimspartei dynamischeren Kraft und einer charismatischen Persönlichkeit anschlossen, andererseits aber auch keineswegs überzeugt waren, dass einzig und allein der NSDAP und deren Führer die Zukunft gehöre. Angeblich sollen einige Unterführer von Straßer die Zusicherung verlangt haben, auch in Zukunft eigenständig agieren zu dürfen, andere ignorierten die neuen Statuten der Partei.⁵ Vor allem die Vorgabe, einen erneuten Mitgliedsantrag zu stellen – die alten Mitgliedschaften erloschen, da Hitler kontrollieren wollte, wer seiner Partei angehörte –, beachteten sie nicht. Auch Koch und Kaufmann bemühten sich erst im März 1926, als beide bereits höhere Funktionen innehatten, um ihre formale Aufnahme in die NSDAP. Die wiedergegründete Partei war für sie offenbar nur eine weitere völkische Gruppe unter vielen, eine herausragende Bedeutung wiesen sie ihr wohl noch nicht zu.

Anlässlich der Neuaufnahme wurden auch neue Mitgliedsnummern vergeben. Die niedrigsten Nummern wurden erst später als besondere Auszeichnung verdienten Parteigenossen verliehen – im meritokratischen Dritten Reich sollte sich eine niedrige Mitgliedsnummer tatsächlich als äußerst prestigeträchtig erweisen. Koch wurde zunächst unter der Nummer 32627 registriert, im November 1933 wurde ihm dann die Ehrennummer 90 zugewiesen.⁶ Er konnte sich damit zum besonders erlauchten Kreis der „Alten Kämpfer“ zählen.

⁴ KISSENKOETTER, S. 20; STACHURA, Strasser, S. 8, 38, 41; ORLOW, History I, S. 25, 35f, 57f; KERSHAW, Hitler I, S. 348; SCHILDT, S. 28, 32.

⁵ BÖHNKE, NSDAP, S. 81-86, 91, 95-97, 109; DERS., Nationalsozialismus, S. 110; ORLOW, History I, S. 59f, 88-91; KÜHNEL, Programmatik, S. 319; DERS., Linke, S. 10, 14; KERSHAW, Hitler I, S. 279, 340, 342; SCHILDT, S. 22f, 29, 33-38, 47, 50, 52, 81, 194.

⁶ BA Berlin, BDC Koch; PK Koch, Lebenslauf 25.5.35; OPG Kaufmann, Kaufmann an Bouhler, 19.3.26; PK Kaufmann; SSO Kaufmann; Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biografisches Handbuch, bearb. v. JOACHIM LILLA, Düsseldorf 2004, S. 320; KERSHAW, Hitler I, S. 171, 342.

Für die persönliche Entscheidung Kochs, sich der NSDAP anzuschließen, dürfte auch die Person Gregor Straßers ausschlaggebend gewesen sein. In ihm hatte er einen „Freund und Lehrer“⁷ gefunden, der sein Weltbild weit mehr als Hitler prägen sollte. Da Straßer alles verkörperte, was Koch verehrte⁸, einen ähnlichen, aber weitaus elaborierteren „nationalen Sozialismus“ vertrat, und zugleich eine ungleich beeindruckendere und reflektiertere Persönlichkeit als Karl Kaufmann war, löste er letzteren als Mentor Kochs ab. Eventuell war er auch für den Antisemitismus des jungen Elberfelders verantwortlich, denn er maß den rassentheoretischen Ansätzen zwar weniger Wert bei als Hitler und sprach sich gegen den „Radauantisemitismus“ aus, dennoch verkörperten auch für ihn die Juden die negativen „westlichen“ Prinzipien des Kapitalismus und Liberalismus. Außerdem hielt er sie für die Drahtzieher des Marxismus und machte sie für den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands verantwortlich. Die „Judenfrage“ bildete für ihn damit einen Teil der „sozialen Frage“, die, ähnlich wie bei Koch, bei seiner Agitation im Mittelpunkt stand. Kochs antisemitische Äußerungen folgten diesen Positionen, rassentheoretische Thesen wie etwa die Julius Streichers vertrat er nicht.⁹

Noch deutlicher zeigten sich die Auswirkungen der Weltanschauung Straßers in Kochs „nationalem Sozialismus“. Straßers Ideen waren weit besser als der völkische Rassenantisemitismus Hitlers für die Agitation in einem Industriegebiet geeignet – Straßer und auch Koch traten beispielsweise anders als Hitler für die Gründung nationalsozialistischer Gewerkschaften ein. Dennoch trug Straßers Ideologie einen ähnlich kleinbürgerlichen Charakter wie die Vorstellungen Kochs und harmonierte mit den sozialpaternalistischen Vorstellungen, die der junge Elberfelder im protestantischen Milieu seiner Heimatstadt kennen gelernt hatte. Straßer missfielen die Versuche Hitlers, diese „sozialistischen“ Positionen der NSDAP zugunsten einer Kooperation mit konservativen Kräften zurückzudrängen, und er versuchte daher, die Partei durch die Ausarbeitung eines neuen

⁷ KOCH, Interview, S. 44.

⁸ Straßer beendete den Ersten Weltkrieg als hoch dekorierter Offizier, führte dann ein eigenes Freikorps und war ein hoch geachteter politischer Führer und mitreißender Redner. Darüber hinaus wird seine imposante Gestalt und sein markiges Auftreten auf den Zeit seines Lebens unter seiner geringen Körpergröße leidenden Jungaktivisten Eindruck gemacht haben (Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 23, Aussage Koch, 15.6.49; KOCH, Interview, S. 6).

⁹ Vgl. Kapitel 4.3, 4.4, 5.3, 10.1; STACHURA, Strasser, S. 7f, 41-43, 51-55, 60; GEORGE L. MOSSE, Ein Volk, ein Reich, ein Führer, Königstein/ Ts. 1979, S. 301-307; MEYER ZU UPTRUP, S. 112-114; KERSHAW, Hitler I, S. 348; KISSENKOETTER, S. 22-27; SCHILDT, S. 72-79; JAY W. BAIRD, Julius Streicher – Der Berufsantisemit, in: Braune Elite 2, S. 231-242, hier S. 235-238.

Programms auf seine eigene ideologische Richtung zu verpflichten. Als Basis zur Diskussion und zur Durchsetzung dieses Programms initiierte er eine „Arbeitsgemeinschaft der Nord- und Westdeutschen Gaue“, deren Zentrale in Elberfeld lag.¹⁰ Koch, der in dieser „Arbeitsgemeinschaft“ keine bedeutende Rolle spielte¹¹, wurde durch die in seiner Heimat stattfindenden theoretischen Diskussionen offenbar tief beeindruckt. Die Forderungen, die er in den folgenden Jahren formulierte, orientierten sich sehr stark an einem Programmentwurf, den Straßer am 22. November 1925 während einer Tagung der „Arbeitsgemeinschaft“ präsentierte.

Dieses Programm stellte eher eine Präzisierung der „sozialistischen“ Forderungen der „25-Punkte“ dar denn eine Neuschöpfung.¹² In ihm definierte Straßer „nationalen Sozialismus“ als eine „völlig neue umfassende Anschauung politischer Ökonomie“, und als „Synthese des staatenbildenden Nationalismus und [des] Ernährung und Gedeihen des einzelnen gewährleistenden Sozialismus“¹³. Trotz dieser hehren Worte gab der Entwurf vor allem der Sehnsucht des Kleinbürgertums nach Sicherheit und Überschaubarkeit in einem streng geregelten, straff geführten und veränderungsresistenten Wirtschafts- und Sozialsystem Ausdruck. Die Interessen der Mittelschichten sollten durch einen autoritär geführten Ständestaat und ein zwar staatliche gelenktes, aber doch privatwirtschaftlich organisiertes Wirtschaftssystem gewährleistet werden. Eine Umverteilung des Besitzes sollte nicht stattfinden, selbst Großunternehmen sollten nur durch eine Beteiligung des Staates und der Belegschaft am Aktienbesitz „sozialisiert“ werden. Außenpolitisch wurde die Vereinigung aller Deutschen in einem „Großdeutschen Reich“, ein mittelafrikanisches Kolonialreich und ein von

¹⁰ KOCH, Interview, S. 28; Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 321-324, 348-355, 357, 367, 376-379; ORLOW, History I, S. 55-57, 62-71, 102-104, 115, 139; PETER HÜTTENBERGER, Die Anfänge der NSDAP im Westen, in: Zwischen Ruhrkampf, S. 51-80, hier S. 62-70; KÜHNEL, Linke, S. 11, 15-19, 38, 40-43, 54, 65, 76, 109-126, 208, 216, 220f; DERS., Programmatik, S. 318, 320-322, 325; STACHURA, Strasser, S. 37, 44-49, 63; KISSENKOETTER, S. 28-30, 78f; BÖHNKE, NSDAP, S. 83, 103-105, 111, 169-175, 204f; SCHÜDDEKOPF, S. 189, 195-199; SCHILDT, S. 82-85, 101-114, 119, 123, 138-140, 145-147; MEYER ZU UPTRUP, S. 164f; TYRELL, Führer, S. 99-101, 114; JOSEPH NYOMARKAY, Charisma and Factionalism in the Nazi Party, Minneapolis 1967, S. 91-93.

¹¹ Vgl. BA Berlin, NS 1/340, Blatt 216, Einladung zu Konferenz, 31.8.25; HSTA Düsseldorf, RW 23-53, Blatt 108, Teilnehmerliste Konferenz Hamm, 13.10.25; SCHILDT, S. 5, 141, 149-152; KLEIN, Mekka, S. 121; STACHURA, Strasser, S. 20.

¹² Vgl. Ebd., S. 46f; SCHILDT, S. 7-9, 127-130; KÜHNEL, Programmatik, S. 321f; DERS., Linke, S. 3, 21, 23, 41; MEYER ZU UPTRUP, S. 165; STEFAN BREUER, Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945, Darmstadt 2001, S. 222.

¹³ Das Programm ist abgedruckt in: KÜHNEL, Programmatik, S. 324-333, hier: S. 324; Vgl. DERS., Linke, S. 20-43; KLEPSCH, S. 143-150; SCHILDT, S. 127-130.

Deutschland dominierter Wirtschaftsverbund in Europa gefordert.¹⁴ Koch fand hier seine Forderungen nach einer Leistungsgesellschaft mit einer für die „kleinen Leute“ „gerechteren“ Verteilung der Besitzverhältnisse, die aber den Kern des aktuellen Wirtschaftssystems, den Privatbesitz, nicht in Frage stellte, ebenso wieder wie die Vorstellung von einem nach außen und innen starken Staat von weltpolitischer Bedeutung. Diese von Straßer formulierten grundlegenden Gedanken zu Wirtschaft und Gesellschaft sollten später seine Agitation in Ostpreußen bestimmen.¹⁵

Ebenso sehr wie die Ideologie an sich prägte Koch die Auseinandersetzung um die selbe. Ein Teil der untergeordneten Parteiführer versuchte mittels des Programmentwurfs, Hitler und mit ihm die gesamte Partei auf bestimmte Positionen zu verpflichten. Dies scheiterte, denn Hitler wollte zum einen sein Konzept der „offenen Ideologie“ zur Einbindung möglichst breiter Wählerschichten nicht aufgeben, zum anderen verteidigte er seine Stellung als unumschränkter Parteiführer, zu der auch die geistige Oberhoheit gehörte. Während der eigens einberufenen „Bamberger Führerkonferenz“ am 14. Februar und einer Generalmitgliederversammlung am 22. Mai 1926 erklärte er die „25 Punkte“ vom Februar 1920 zum unabänderlichen Parteiprogramm und jegliche Diskussion darüber zum Verrat an der Weltanschauung. Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Partei wurden verboten, diejenige Straßers wurde am 1. Juli 1926 aufgelöst. Außerdem wurde Hitlers seit 1921 bestehende diktatorische Stellung als Parteivorsitzender ausgebaut und der „Untersuchungs- und Schlichtungsausschusses“ (Uschla), das Disziplinalgremium der Partei, das über Parteiausschlüsse entschied, stärker der Kontrolle Hitlers untergeordnet. Der Ausschuss, der im Dritten Reich in „Oberstes Parteigericht“ umgetauft wurde, entwickelte sich in der Folgezeit zu einem der wichtigsten parteiinternen Machtmittel.¹⁶

Hitler beendete damit die einzige größere Programmdiskussion in der NSDAP und formte die Partei noch stärker als bisher in eine „Führerpartei“ um. Er hatte es in Bamberg vor allem durch seine physische Präsenz und sein charismatisches Auftreten geschafft, die Absichten der „Oppositionellen“ vollkommen zunichte zu machen, ohne dass es zu einem Bruch mit ihnen kam – was ein Beleg für die übermächtige Bedeutung

¹⁴ KÜHNEL, Programmatik, S. 332f.

¹⁵ Vgl. Kapitel 4.3, 4.4, 5.3.

¹⁶ TYRELL, Führer, S. 102-104, 136; SCHIEDER, NSDAP, S. 142-144; ORLOW, History I, S. 68-73, 79f; KERSHAW, Hitler I, S. 329-331, 353-358, 371f; HÜTTENBERGER, Anfänge, S. 74f; KÜHNEL, Linke, S. 13, 17, 44-47, 59-61, 136f, 214; SCHILDT, S. 78f, 126, 131-133, 156-164, 179-183; MEYER ZU UPTRUP, S. 162, 166-168; SONTHEIMER, S. 134-141; NOAKES, Viceroy, S. 121; ARMIN NOLZEN, Parteigerichtsbarkeit und Parteiausschlüsse in der NSDAP 1921-1945, in: ZfG 48/2000, S. 965-989.

seiner Person innerhalb der Partei war.¹⁷ Dennoch zeigten die Vorgänge deutlich, dass einige NSDAP-Mitglieder – allen voran Gregor Straßers jüngerer Bruder Otto, der sich in erster Linie als Theoretiker im Hintergrund betätigte – Adolf Hitler nicht mit dem Nationalsozialismus gleichsetzten, sondern vielmehr der Ansicht waren, auch er sei an die „Idee“ gebunden.¹⁸ Diese Funktionäre waren offensichtlich der Ansicht, dass es ihnen ebenso sehr wie Hitler zustand, diese „Idee“ weiterzuentwickeln. Sie wollten sich nicht bedingungslos „dem Führer“ unterordnen, sondern nahmen für sich in Anspruch, selbst Führer zu sein und Partei und Ideologie selbst zu gestalten. Dieses Selbstbewusstsein entwickelte auch Erich Koch, denn Hitlers „offene Ideologie“ erlaubte es ihm und den anderen „nationalen Sozialisten“, auch weiterhin im Rahmen der NSDAP ihre eigenen Vorstellungen zu propagieren.¹⁹ Hitlers Machttechnik erwies sich auch hier als erfolgreich.

Für Gregor Straßer wurde die Niederlage in der Programmdiskussion dadurch abgemildert, dass er im September 1926 mit dem Amt des „Reichspropagandaleiters“ betraut wurde. Am 2. Februar 1928 übernahm er sogar eine der wichtigsten Aufgaben in der Parteiführung, er wurde „Reichsorganisationsleiter“²⁰ – eine Position, aus der heraus er Koch noch viele wertvolle Dienste leisten sollte. Zunächst war es aber Koch, der die Straßer-Brüder in einem Konflikt mit einem anderen in Elberfeld tätigen Jungfunktionär unterstützte – Joseph Goebbels.

Gregor Straßer hatte Goebbels Anfang 1925 als Geschäftsführer angeworben, um mit ihm, einem überzeugten „nationalen Sozialisten“, die Parteizentrale in Elberfeld, die nun als „Gauleitung Rheinland-Nord“ der NSDAP firmierte, zu stärken. Karl Kaufmann leitete die Ortsgruppe Elberfeld, Erich Koch war einfaches Parteimitglied. Der Gauleiter, der Schriftsteller Axel Ripke, fiel bereits im September 1925 einer Auseinandersetzung mit Goebbels und Kaufmann zum Opfer. Neuer Gauleiter wurde Karl Kaufmann, Goebbels blieb Geschäftsführer und Erich Koch übernahm die Leitung der Elberfelder Ortsgruppe. Dieses Amt gab Koch jedoch kurz

¹⁷ Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 370-372.

¹⁸ Ebd., S. 350; STACHURA, Strasser, S. 43-46; PATRICK MOREAU, Nationalsozialismus von links, Stuttgart 1985, S. 12-20; SCHÜDDEKOPF, S. 496; KISSENKOETTER, S. 42-47; SCHILDT, S. 89.

¹⁹ Vgl. Kapitel 4.3, 4.4, 5.3, 5.6; KERSHAW, Hitler I, S. 357, 371, 376; MEYER ZU UPTRUP, S. 167; KÜHN, Linke, S. 53; NOAKES, Viceroy, S. 121; WOLFGANG HORN, Strukturprobleme der NSDAP vor der Machtergreifung, in: Die nationalsozialistische Machtergreifung, hg. v. WOLFGANG MICHALKA, Paderborn u.a. 1984, S. 194-206, hier S. 198; BEATE BEHRENS, Mit Hitler zur Macht, Rostock 1998, S. 69.

²⁰ KISSENKOETTER, S. 31f, 35, 72-74; STACHURA, Strasser, S. 62, 64; SCHILDT, S. 184, 187; KERSHAW, Hitler I, S. 355, 382; ORLOW, History I, S. 121.

darauf wieder ab, da im Gau eine neue organisatorische Ebene zwischen den Ortsgruppen und der Gauleitung eingeführt wurde, die Bezirke. Er übernahm den Bezirk „Bergisch-Land“.²¹ In dieser Position fiel ihm erhebliches Machtpotential innerhalb des Gaues zu, denn der Gauleiter war auf die Loyalität seiner nächsten Untergebenen angewiesen.

Im Ruhrgebiet kam den Bezirksleitern auch wegen einer organisatorischen Besonderheit eine wichtige Rolle zu. Anfang März 1926 schlossen die Gauleiter der Gaue Westfalen, Franz Pfeffer von Salomon, und Rheinland-Nord, Karl Kaufmann, quasi in der Nachfolge der „Arbeitsgemeinschaft“ Straßers ihre Territorien zum „Großgau Ruhr“ zusammen. Entgegen dem in den Statuten festgeschriebenen Führerprinzip wurde eine kollektive Form der Gauführung installiert. Pfeffer, Kaufmann und Goebbels führten den Gau gemeinsam als gleichberechtigte Gauführer. Dieses Konzept scheiterte jedoch an ideologischen Differenzen, persönlichen Unzulänglichkeiten und nicht zuletzt an den Intrigen der Bezirksleiter, die ihren jeweiligen Favoriten als alleinigen Gauleiter sehen wollten. So unterstützten Koch und Josef Terboven, der spätere Gauleiter von Essen, Karl Kaufmann, während sich Goebbels durch seine zunehmende Abkehr von Straßer im Gau immer mehr isolierte.²²

Die Aktivitäten der Ruhr-NSDAP wurden durch diese Zustände so in Mitleidenschaft gezogen, dass Hitler sich im November 1926 zum Eingreifen gezwungen sah. Er löste die Zwistigkeiten in einer für ihn typischen Manier: Er setzte keinen der Funktionäre zurück, sondern betraute jeden mit einem ehrenvollen Amt. Karl Kaufmann wurde alleiniger Gauleiter an der Ruhr, Pfeffer „Oberster SA-Führer“ und Goebbels Gauleiter in Berlin. Dort befand sich die NSDAP in einem so desolaten Zustand, dass ihre Führung um die Entsendung eines auswärtigen und daher unbelasteten Gauleiters gebeten hatte, was Hitler mit der Ernennung Goebbels' beantwortete. Dieser war damit der erste Gauleiter, dessen Ernennung nicht

²¹ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 26, Aussage Koch, 15.6.49; IPN Warschau, SWWW 760, Blatt 1393, Aussage Koch, 20.3.52; SWWW 746, Blatt 43, Lebenslauf Koch; BA Berlin, BDC, OPG Kaufmann, Gau Elberfeld an Parteileitung, 29.9.25; HÜTTENBERGER, Anfänge, S. 56-59; KLEIN, Mekka, S. 118-120, 122-124, 127; BÖHNKE, NSDAP, S. 101f; BAJOHR, Führer, S. 63; SCHILDT, S. 45, 53; REUTH, Goebbels, S. 89.

²² BÖHNKE, NSDAP, S. 106, 109, 117; DERS., Nationalsozialismus, S. 110; SCHILDT, S. 169f; HÜTTENBERGER, Anfänge, S. 76-79; CAMPBELL, S. 50-53; ORLOW, History I, S. 88-91; KLEIN, Mekka, S. 123; Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941. Band 1: 27.6.1924-31.12.1930, hg. v. ELKE FRÖHLICH, München u.a. 1987, S. 184, 7.6.26, S. 187, 19.6.26, 21.6.26.

durch einen Personalvorschlag aus dem Gau, sondern allein durch die Reichsleitung veranlasst wurde.²³

Mit dieser Ernennung begannen die Auseinandersetzungen der Brüder Straßer mit dem jungen Rheinländer. Goebbels, ursprünglich ein führender Kopf des „Straßer-Flügels“ der NSDAP, wurde nach der Bamberger Konferenz von Hitler heftig umworben und wandelte sich schließlich zu einem glühenden Verehrer des Parteivorsitzenden.²⁴ Er wurde nun ausgerechnet in der Stadt Gauleiter, in der die beiden Straßer-Brüder ansässig waren. Hier betrieben die Straßers ihren „Kampf-Verlag“, der ihnen als Sprachrohr des „nationalen Sozialismus“ diente, und dessen Publikation bis 1930 sowohl für die innerparteiliche Kommunikation als auch für die Außendarstellung der gesamten Partei von großer Bedeutung waren.²⁵

Goebbels begann umgehend damit, in Berlin eine eigene Hausmacht aufzubauen und die Anhänger der Straßers aus der Partei zu drängen, was heftigste Auseinandersetzungen mit dem Brüderpaar zur Folge hatte. Einen ersten Höhepunkt dieser Querelen bildete ein Artikel, der unter Kochs Namen am 23. April 1927 in den Blättern des „Kampf-Verlags“ erschien und als Retourkutsche auf spitze Bemerkungen Goebbels‘ über den Zustand der Elberfelder Gauführung gedacht war.²⁶ Unter dem Titel „Die Folgen der Rassenvermischung“ versuchte der Autor zu belegen, dass „Rassenvermischung eine Disharmonie des Geistes zur Folge“ habe.

„Und wenn wir den Geist als das primäre und alles beherrschende erkannt haben, muss sich geistige Disharmonie stets auf das Körperliche auswirken. Die körperliche Harmonie wird gestört, sei es nun durch Krankheiten oder durch Mißgestaltungen, Unförmigkeiten einzelner Körperteile. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur auf das niedersächsische Wort hinweisen: Hüte dich vor dem Gezeichneten!“²⁷

²³ KERSHAW, Hitler I, S. 379f; BÖHNKE, NSDAP, S. 118; KLEIN, Mekka, S. 124; ORLOW, History I, S. 91-94.

²⁴ Ebd., S. 71f; SCHILDT, S. 149-152, 156, 161-165, 171-178, 181; KERSHAW, Hitler I, S. 355f; REUTH, Goebbels, S. 96f; Tagebücher Goebbels I/1, S. 160, 11.2.26; KÜHN, Linke, S. 147.

²⁵ Vgl. PETER STEIN, Die NS-Gaupresse 1925-33, München u.a. 1987, S. 34, 63-72; ORON J. HALE, Presse in der Zwangsjacke 1933-1945, Düsseldorf 1965, S. 51-56; LARRY DEAN WILCOX, The National Socialist Party Press in the Kampfzeit, 1919-1933, ohne Ort 1970, S. 156f; KISSENKOETTER, S. 42-44; MOREAU, S. 25f; SCHILDT, S. 46, 144, 166-171; KÜHN, Linke, S. 48-51.

²⁶ SCHILDT, S. 177f; REUTH, Goebbels, S. 104-121; TYRELL, Führer, S. 312; KLEIN, Mekka, S. 126; NYOMARKAY, S. 101; FRÖHLICH, Hitler, S. 52f.

²⁷ Zitiert nach: Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26. Mit weiteren Dokumenten hg. v. HELMUT HEIBER, Stuttgart 1960, S. 123; Vgl. DONALD M. MCKALE, The Nazi Party Courts. Hitler's Management of Conflict in His Movement, 1921-1945, Lawrence

Dann folgten historische „Beweise“, die belegen sollten, dass dieses „niedersächsische Wort“ durch empirische Beobachtungen gewonnen worden sei. In dem Artikel wurden fast ausschließlich hinkende Menschen als „Gezeichnete“ angeführt, und auch das abschließende Beispiel – „Talleyrand besaß einen Klumpfuß. Sein Charakter ist bekannt. Man kann kaum das Wort ‚Charakter‘ für ihn anwenden“²⁸ – war ein kaum verhüllter Angriff auf Goebbels, was dieser auch so auffasste und sich bei Hitler darüber beklagte. Von dort gelangte die Beschwerde über Gauleiter Kaufmann zum angeblichen Autor des Artikels. Dieser gab sich überrascht und keiner Schuld bewusst und verfasste einen scheinheiligen Brief an Goebbels:

„Ich muß gestehen, daß ich außerordentlich erstaunt bin, da der Artikel doch garnichts anderes ist, als eine praktisch-historische Darstellung des von unserer Bewegung vertretenen Rassegedankens, die in völliger Objektivität eine kleine rassische Geschichtsbetrachtung gibt. Ich erkläre darüber hinaus auch ausdrücklich, daß mir jeder persönliche Angriff auf Sie völlig fern gelegen hat, und bin überzeugt, daß jeder objektive Leser auch nicht mit einem Gedanken auf eine derartige Interpretation gekommen ist.“²⁹

Zu Kochs Pech war allerdings selbst Hitler auf eine derartige Interpretation gekommen. Er und Goebbels hielten den Elberfelder Bezirksleiter jedoch für einen Strohhalm und vermuteten in Otto Straßer den wahren Autor. Goebbels konnte sogar einen Zeugen aufbieten, der versicherte, dass Otto Straßer und zwei Berliner Parteigenossen „diese schurkische Tat“ begangen hätten. Die beiden hätten gegenüber Goebbels‘ Zeugen geäußert, mit dem Artikel die Autorität des Berliner Gauleiters unterhöhlen und vernichten zu wollen. Koch sei ihnen als Strohhalm interessant erschienen, weil „dieser Aufsatz nunmehr als eine Stimme aus dem von mir [Goebbels] ehemals bearbeiteten Ruhrgebiet gelten würde“³⁰.

Offensichtlich hatte der Angriff den körperbehinderten NS-Funktionär tief getroffen. Koch hingegen lag viel daran, Otto Straßer zu schützen. Seiner ehrenwörtlichen Erklärung, Otto Straßer sei nicht der Autor des Artikels³¹, wollte Goebbels jedoch keinen Glauben schenken. Ihm erschien der Text zu elaboriert, als dass er ihn dem Elberfelder Fahrkartenverkäufer

u.a. 1974, S. 44-48; KONRAD HEIDEN, Adolf Hitler. Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit. Eine Biographie, Zürich 1936, S. 378f.

²⁸ Zitiert nach Tagebuch Goebbels, S. 123.

²⁹ Koch an Goebbels, 26.4.27, zitiert nach Ebd., S. 124.

³⁰ Ebd., S. 124-126, Goebbels an Hitler, 5.6.27.

³¹ BA Berlin, BDC, OPG Kaufmann, OPG Koch, eidesstattliche Erklärungen, 5.10.28, 11.10.28.

zugetraut hätte³² – angesichts des intellektuellen und sprachlichen Niveaus, mit dem Koch für gewöhnlich persönliche und politische Gegner beschimpfte, erscheint diese Einschätzung durchaus plausibel.

Koch kam schließlich zugute, dass sich der Konflikt zwischen Goebbels und den Straßers auf ein bedeutsameres Gebiet verlegte, die Parteipresse. Goebbels plante, eine eigene Zeitung herauszugeben und damit auf ideologischem, machtpolitischen und finanziellen Gebiet in Konkurrenz zu den Straßers zu treten. Die Auseinandersetzung nahm deshalb derartige Ausmaße an, dass dem angeblich von Koch stammenden Artikel nur noch untergeordnete Bedeutung zugemessen wurde. Als Hitler schließlich schlichtend eingriff, ließ er diesen Streitpunkt auf sich beruhen, der Elberfelder Bezirksleiter, der allem Anschein nach nur als Strohmann fungiert hatte, kam ungeschoren davon.³³

Goebbels verzieh seinem ehemaligen Mitstreiter jedoch nicht. Der spätere Chefpropagandist des Nationalsozialismus fühlte sich von Koch zutiefst beleidigt und schnitt ihn in Zukunft konsequent. Selbst in seinem Tagebuch, das Goebbels ab einem gewissen Zeitpunkt im Hinblick auf eine spätere Veröffentlichung schrieb, ignorierte er den „Kampfgefährten“ aus Elberfelder Tagen so gut es ging. Allerdings ließ er sich im Laufe der Zeit zumindest soweit besänftigen, dass eine gemeinsame Arbeit für die Partei wieder möglich war – auch wenn er Koch privat bevorzugt als „Proleten“ bezeichnete.³⁴

Kochs Karriere wurde durch diese Haltung seines ungleich bedeutenderen Parteigenossen nicht beeinträchtigt, vielmehr konnte er sich als regionaler Funktionär profilieren. Als Bezirksleiter fielen ihm im Grunde die gleichen Aufgaben zu wie einem Gauleiter. Er war in erster Linie für den Auf- und Ausbau der Partei, für die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen und Propagandamaßnahmen aller Art, der Verpflichtung von Rednern, dem Eintreiben von Beiträgen und Geldern aus Sammlungen, also für das reibungslose Funktionieren der Organisation zuständig.³⁵

³² Tagebuch Goebbels, S. 130, Protokoll Holtz, 10.6.27; BA Berlin, BDC, OPG Koch, Koch an Gregor Straßer, 13.6.27; Kern an Steindl, 11.6.27; OPG Kaufmann, Otto Straßer an Buch, 5.10.28; Kaufmann an Buch, 12.9.28; Otto Straßer an Buch, 5.10.28; Tagebücher Goebbels, I/1, S. 238, 22.6.28.

³³ Tagebuch Goebbels, S. 123-141; Vgl. STEIN, S. 34, 63-77; HALE, S. 51-56; KÜHNLE, Linke, S. 145-149.

³⁴ Tagebücher Goebbels I/1, S. 240, 29.6.28, S. 607, 24.9.30, S. 614, 9.10.30; FRÖHLICH, Hitler, S. 57.

³⁵ BÖHNKE, NSDAP, S. 117; ORLOW, History I, S. 122f, 144-146.

Sein Bezirk „Bergisch-Land“ umfasste im Mai 1927 17 Ortsgruppen, darunter die Zentren Elberfeld und Düsseldorf.³⁶ Die Größe der Ortsgruppen war nicht nur von Ort zu Ort sehr unterschiedlich, sondern oft auch starken Schwankungen ausgesetzt. Der Erfolg einer Ortsgruppe hing sehr stark von der Person ihres Leiters ab. War dieser wenig engagiert, so konnte das den Zerfall der Organisation bedeuten. In solchen Fällen war der Bezirksleiter gefragt, dem es oblag, möglichst gutes Personal zu rekrutieren. Ausgerechnet in der Zentrale des Gaus, in Elberfeld, zeigte sich in negativem Sinne, wie wichtig ein guter Ortsgruppenleiter war. Karl Kaufmann hatte diesen Posten zugunsten seiner Tätigkeit als Gauleiter aufgegeben, sein Nachfolger Koch zugunsten der Bezirksleitung, und danach kam die Ortsgruppe nicht mehr zur Ruhe. Kaufmann ließ sie im November 1926 sogar auflösen und unter seiner Leitung wieder neu gründen. Als das nichts half, resignierte Kaufmann und übergab das Amt an den stellvertretenden Ortsgruppenleiter, der aber auch keinen Erfolg hatte. Koch als zuständiger Bezirksleiter übernahm ihre Führung Anfang 1928 selbst, aber auch er musste die Organisation wieder auflösen. Zu einer Neugründung kam es dann erst im September desselben Jahres, als Koch bereits Gauleiter in Ostpreußen war.³⁷

Dieser Misserfolg stellte allerdings eine Ausnahme in Kochs Wirken als Bezirksleiter dar. Er agierte sehr erfolgreich als regionales Zugpferd der Partei, das den Ausbau der Parteiorganisation durch persönlichen Einsatz vorantrieb. Er gehörte neben Kaufmann zu den gefragtesten Rednern im Gau Ruhr. Nicht nur von den Ortsgruppen in seinem Bezirk, sondern im gesamten Gau und auch darüber hinaus wurde er immer wieder angefordert, vor allem, wenn für besonders wichtige oder außergewöhnlich große Versammlungen ein erfahrener und guter Redner angebracht erschien. Von begeisterten Versammlungsleitern wurde ihm ein besonders energischer, mitreißender und überzeugender Stil bescheinigt. Veranstaltungen mit ihm galten als Garantie für ein Vorankommen der Ortsgruppe und als große Motivation für die Parteigenossen. Er spreche, so ein Ortsgruppenleiter, so gut und überzeugend, dass es trotz zahlreich anwesender politischer Gegner und der Aufforderung zu offener Diskussion nie Widerspruch gebe, dafür

³⁶ HSTA Düsseldorf, RW 23-42, Blatt 30f, Ortsgruppenverzeichnis Bezirk Bergisch-Land, 10.5.27; RW 23-39, Blatt 79-82, Stärkemeldungen der Ortsgruppen an die Reichsleitung, 23.11.26.

³⁷ IPN Warschau, SWWW 760, Blatt 1393, Aussage Koch, 20.3.52; KLEIN, Mekka, S. 128f.

aber immer zahlreiche Neuaufnahmen.³⁸ Die Kommunisten hätten sogar „ihre Leute an die Leine nehmen müssen“³⁹, um zu verhindern, dass sie zur NSDAP überliefen. Selbst unter dem Vorbehalt, dass diese Berichte oft über Kochs Schreibtisch gingen und stark geschönt wurden, um die Erfolge besonders strahlend erscheinen zu lassen, bestätigten sie seinen großen Erfolg als Redner, zumal Koch von der Gauleitung anderen Gauen als Redner angeboten und auch von „Auswärts“ immer wieder angefordert wurde, während andere Redner als zu wenig erfolgversprechend abgelehnt wurden.⁴⁰

Der Bezirksleiter galt als Gewerkschaftsexperte und sprach vor allem zu sozialpolitischen Themen, wobei er gleichermaßen gegen die Marxisten wie die „bürgerliche Kanaille“⁴¹ polemisierte. Er sprach bevorzugt vom „Betrug des Marxismus an der deutschen Arbeiterschaft“ und beklagte, das Bürgertum habe es versäumt, den entwurzelten Bauernsöhnen, die im 19. Jahrhundert in die „Steinwüsten“ gekommen und zu Arbeitern geworden wären, „Heimatrecht im deutschen Volk zu geben“, was die Arbeiter in die Arme des jüdischen Bolschewismus getrieben habe. Der „nationale Sozialismus“ könne dieses Problem aber lösen. Neben solch sozialromantischen Vorstellungen erging er sich in wenig originellen Hetzreden gegen alle Facetten der Weimarer Gesellschaft, von der „Börsenrevolte“ von 1918 über die „falsche Westpolitik“ bis hin zu Tiraden gegen die Warenhäuser.⁴² Detaillierte Zukunftsvisionen entwarf er jedoch nicht. Genuin antisemitische Themen standen in Kochs Reden nicht im Vordergrund, dennoch waren die Juden für ihn die heimlichen Drahtzieher der deutschen Misere. Sie wollten den Untergang Deutschlands mit allen Mitteln herbeiführen und

³⁸ HSTA Düsseldorf, RW 23-40, Blatt 71, Bericht Rede Mettmann, 19.7.26; Vgl. RW 23-38, 39, 40, 41, 44, 45, 54, 55, 59, 61, 63, 65, 67, 77, diverse Berichte aus Ortsgruppen, 1926-1928; BA Berlin, NS 1/340, Blatt 110, Gau Ruhr an Gregor Straßer, 2.6.26; Blatt, 226, Gau Ruhr an Landesverband Sachsen, 12.4. [Jahreszahl unleserlich]; JEREMY NOAKES, *The Nazi Party in Lower Saxony 1921-1933*, Oxford 1971, S. 105.

³⁹ HSTA Düsseldorf, RW 23-41, Blatt 2, Bericht Rede in Lintfort, März 1926.

⁴⁰ Ebd., RW 23-48, Blatt 55, Gauleitung Ruhr an NSDAP Chemnitz, Juni 1926; RW 23-54, Blatt 170, Gau Ruhr an Gau Schlesien, 8.11.26; Blatt 171, Gau Schlesien an Gau Ruhr, 4.11.26; BA Berlin, NS 1/340, Blatt 226, Gau Ruhr an Landesverband Sachsen, 12.4. [Jahreszahl unleserlich]; Vgl. RANDALL L. BYTWERK, *Die nationalsozialistische Versammlungspraxis. Die Anfänge vor 1933*, in: *Propaganda in Deutschland*, hg. v. GERALD DIESENER/RAINER GRIES, Darmstadt 1996, S. 35-50, hier S. 49f.

⁴¹ KOCH, Interview, S. 27; Vgl. HSTA Düsseldorf, RW 23-55, Blatt 21, Eickenberg an Gau Ruhr, undatiert; RW 23-76, Gauleitung an Ortsgruppe Recklinghausen, November 1927; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 26, Aussage Koch, 15.6.49.

⁴² HSTA Düsseldorf, RW 23-38, 40, 41, 45, 54, 55, 61, 67, Berichte von diversen Reden 1926-1928; BA Berlin, NS 1/340, Blatt 441, Gau Ruhr an „Völkischer Beobachter“, undatiert (vor 5.7.26).

würden die Kapitalisten dazu benutzen, „den wahren Feind des schaffenden Menschen [zu] verdecken“⁴³.

Koch zeigte bei seinen Reden große Flexibilität. Es war für ihn kein Problem, kurzfristig für ausgefallene Redner einzuspringen und zu Themen, die nicht zu seinem Kanon gehörten, zu sprechen. Da er souverän mit den Teilnehmern der oft unruhigen Versammlungen umgehen konnte, wurde er auch bei Großveranstaltungen als Versammlungsleiter eingesetzt, vor allem, wenn Parteigrößen aus anderen Teilen des Reiches im Gau sprachen. Ein früher Höhepunkt seiner Karriere war der Besuch Hitlers am 13. Juni 1926, da Koch die Versammlung eröffnen durfte. Das war zweifellos eine große Auszeichnung, denn Auftritte Hitlers galten generell als Belohnung für die gute Arbeit der örtlichen Funktionäre.⁴⁴

Kochs Erfolge als Politiker gingen mit beruflichen Schwierigkeiten einher. Da er beinahe jeden Abend im Ruhrgebiet agitierte, erschien er morgens häufig verspätet zum Dienst und war übermüdet. Aufgrund seiner ständigen Dienstversäumnisse verlor er 1926 seine Stelle als Betriebsassistent am Elberfelder Bahnhof. Bis Anfang 1928 konnte er in verschiedenen Bereichen und bei ständig wechselnden, für seine politische Tätigkeit oft ungünstigen Schichten bei der Bahn arbeiten, dann wurde er endgültig entlassen.⁴⁵

Koch datierte seine Entlassung aus der Reichsbahn später auf das Jahr 1926 und behauptete, wegen „nationaler Umtriebe“ entlassen worden zu sein. Dies war mehr Teil einer Selbststilisierung denn Realität. Koch avancierte noch 1925 zum Eisenbahnbetriebsassistenten, obwohl er zuvor an den Kämpfen in Oberschlesien und am „Ruhrkampf“ teilgenommen hatte und deshalb wochenlang nicht am Arbeitsplatz erschienen war. Wahrscheinlich hatte er sich sogar strafbar gemacht. Derartige „nationale Umtriebe“ deckten seine Vorgesetzten aber, das Scheitern seiner beruflichen Laufbahn resultierte demgemäß nicht direkt aus seinem politischen Engagement, sondern ausschließlich aus seinem dienstlichen Fehlverhalten.

⁴³ HSTA Düsseldorf, RW 23-45, Blatt 8, Rede in Oberhausen, 22.4.26; Vgl. MEYER ZU UPTRUP, S. 112f, 178-200, 209f, 229, 236-240; ORLOW, History I, S. 153; KERSHAW, Hitler I, S. 418, 421, 508.

⁴⁴ KLEIN, Mekka, S. 124; HSTA Düsseldorf, RW 23-48, Blatt 229, Anmeldung der Veranstaltung, 26.5.26; RW 23-45, 59, 63, 67, diverse Berichte von Reden, Veranstaltungsprogramme 1926-28; ORLOW, History I, S. 83f; Vgl. BÖHNKE, NSDAP, S. 111-113.

⁴⁵ KOCH, Interview, S. 26f; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 43, Lebenslauf Koch; BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 94, Reichsbahndirektion Wuppertal an Ankläger Bielefeld, undatiert (Juli 1949); 1909b, Blatt 5, Aktennotiz Ankläger Bielefeld, undatiert (August 1949); HSTA Düsseldorf, RW 23-26, Blatt 26, Schreiben Gauleitung Ruhr, 19.9.27; RW 23-54, Blatt 170, Gau Ruhr an Gau Schlesien, 8.11.26; RW 23-75, Gauleitung Ruhr an Ortsgruppe Osterfeld, 3.1.28, 7.1.28.

Auch die von ihm beschriebene materielle Not – bei ihm ging wegen Schulden der Partei, für die er gerade stehen musste, der Gerichtsvollzieher ein und aus – hatte er sich damit selbst zuzuschreiben.⁴⁶ Koch wurde zudem nicht müde zu betonen, wie gefährvoll und mutig es gewesen sei, inmitten von aggressiven Kommunisten auf dem Tisch einer Gaststätte zu stehen und den Nationalsozialismus zu predigen.⁴⁷ Tatsächlich widmete er seine gesamte Freizeit der Partei, für die er sich derart verausgabte, dass er häufig und für mehrere Wochen erschöpfungsbedingt krankgeschrieben wurde.⁴⁸ Insgesamt zog er dennoch ein positives Resümee: „Es war für mich und meine Frau eine sehr schwere Zeit. Und doch war sie schön.“⁴⁹

Damit pflegte er einen Opfermythos, den die meisten „Alten Kämpfer“ der NSDAP teilten. Durch die Überhöhung der erbrachten Opfer und der Betonung der Gefahren für die eigene Person wurde der „Kampfeinsatz“ des Betreffenden heroisiert, was es ihm erlaubte, die meist von Entbehrungen und materieller Not geprägte „Kampfzeit“ nachträglich zu glorifizieren und der damals eher als trostlos empfundenen persönlichen Lage einen höheren Sinn abzugewinnen. Gleichzeitig sollten aber auch Ansprüche auf einen besonderen Dank der Partei oder gar des Volkes – meist wurde ein Arbeitsplatz erwartet – legitimiert werden.⁵⁰

In gewisser Weise war Kochs Arbeitslosigkeit sogar ein Gewinn für die Partei, denn er war nun frei verfügbar und musste sich nicht mehr um Arbeitszeiten oder Urlaubstage kümmern, was gerade für – häufig angefragte – Engagements außerhalb des Gaus sehr vorteilhaft war.⁵¹ Funktionäre mit seinen Qualitäten wurden in der NSDAP händierend gesucht, die Partei war aber nicht in der Lage, ihn auch zu bezahlen. Koch war

⁴⁶ BA Koblenz Z 42 IV 1909, Blatt 26, Aussage Koch, 15.6.49; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 43, Lebenslauf Koch; KOCH, Interview, S. 13, 22, 25, 27.

⁴⁷ Ebd., S. 24-26; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 43, Lebenslauf Koch; Vgl. BÖHNKE, NSDAP, S. 202-207; SABINE BEHRENBECCK, Der Kult um die toten Helden, Köln 1996, S. 170.

⁴⁸ Vgl. GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 34, Blatt 12, Aktennotiz 5.6.30; Rep. 37, Nr. 21d, Attest Dr. Schwindowski, 19.4.30.

⁴⁹ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 44, Lebenslauf Koch.

⁵⁰ Vgl. CHRISTOPH SCHMIDT, Zu den Motiven „alter Kämpfer“ in der NSDAP, in: Die Reihen fast geschlossen, hg. v. DETLEV PEUKERT/ JÜRGEN REULECKE, Wuppertal 1981, S. 21-43, hier S. 22-32, 41-43; SCHULZ, Ästhetisierung, S. 187; HSTA Düsseldorf, RW 23-68, Blatt 4, Gauleitung an Ortsgruppe Gelsenkirchen, 12.10.27; RW 23-82, Blatt 62, Kaufmann an Hitler, 3.9.27; BA Berlin, BDC, OPG Kaufmann, Kaufmann an Hitler, 20.8.28, 29.8.28; HERBERT GAEDE, Schwede-Coburg. Ein Lebensbild des Gauleiters und Oberpräsidenten von Pommern, Berlin 1939, S. 13-15; JORDAN, S. 7, 22.

⁵¹ Auch dies war ein typisches Sinnstiftungsmuster „Alter Kämpfer“ (Vgl. SCHMIDT, Motive, S. 28f; HSTA Düsseldorf, RW 23-54, Blatt 170, Gau Ruhr an Gau Schlesien, 8.11.26; BA Berlin, NS 1/340, Blatt 226, Gau Ruhr an Landesverband Sachsen, undatiert).

zwar in Grunde bereits „Berufsnationalsozialist“, musste sich aber durch „Adressenschreiben“ und Ähnlichem finanzieren, außerdem wurde er von seinen Schwiegereltern unterstützt.⁵² Wollte er von seiner politischen Tätigkeit leben können, so musste er selbst Gauleiter werden, denn nur diese Funktionäre konnten auf ein Gehalt hoffen.

Kochs Chancen auf dieses Amt standen nicht schlecht. Er brachte sowohl die Fähigkeiten als auch den Fanatismus mit, den Hitler von seinen Paladinen erwartete.⁵³ Die NSDAP verfügte nur über wenige derart qualifizierte Funktionäre – außer im Ruhrgebiet. Mit Goebbels und Pfeffer hatten zwar zwei sehr ambitionierte Führer den Gau verlassen, Gauleiter war aber Kochs Freund Karl Kaufmann, außerdem standen mit Josef Terboven, Josef Wagner und Viktor Lutze noch weitere junge Führer, die Ansprüche auf höhere Ämter anmeldeten, bereit.

Koch konnte diese Konkurrenten zunächst ausstechen. Nicht zuletzt dank seiner Freundschaft zu Kaufmann und seiner ständigen Präsenz in der Gauzentrale in Elberfeld wurde er zum Gaugeschäftsführer und zum stellvertretenden Gauleiter ernannt. Er erledigte auch diese Aufgaben mit viel Elan und Geschick und leistete den Großteil der praktischen Arbeit, was angesichts der Untätigkeit Kaufmanns auch notwendig war. Dem Gauleiter fehlte die Entschlossenheit und die Selbstdisziplin, um den Gau Ruhr zu leiten. Gegen ihn wurden immer häufiger Vorwürfe laut, er vernachlässige die Parteiarbeit, nutze die Mittel des Gaus für private Zwecke und schade durch seinen leichtfertigen Lebenswandel dem Ansehen der Partei.⁵⁴

Anlässlich der Reichstagswahlen im Mai 1928 übernahm Koch schließlich den Posten des Wahlleiters für den gesamten Gau, der vier Wahlkreise umfasste. Im Wahlkreis Düsseldorf-Ost kandidierte er auch selbst, wobei er das Reichstagsmandat nur knapp verfehlte – Koch hatte den Listenplatz 13 erhalten, die NSDAP konnte aber nur zwölf Sitze erringen.⁵⁵

⁵² BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 26, Aussage Koch, 15.6.49; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 44, Lebenslauf Koch; BA Berlin, NS 1/340, Blatt 26-29, Koch an Buch, 25.8.28; BDC, OPG Kaufmann, Kaufmann an Buch, 19.6.28; HSTA Düsseldorf, RW 23-67, RW 23-82, Korrespondenz Gauleitung, 1927/28; KOCH, Interview, S. 27.

⁵³ Vgl. ORLOW, History I, S. 8f, 122f, 144-146.

⁵⁴ HSTA Düsseldorf, RW 23-82, Blatt 241-251, Schriftverkehr Kassenverwaltung Reichsleitung mit Gau Ruhr, Mai/ Juni 1928; RW 23-67, Blatt 302, Kaufmann an Dorr, 17.10.27; BA Berlin, BDC, OPG Redieß, Redieß an Hitler, 13.5.29; HÜTTENBERGER, Anfänge, S. 77; BÖHNKE, NSDAP, S. 114-116; KLEIN, Mekka, S. 124-127.

⁵⁵ HSTA Düsseldorf, RW 23-67, Blatt 391, Koch an Frick, 29.3.28; RW 23-82, Blatt 8, Gau Ruhr an Bouhler, 28.4.28; Blatt 15, Wahlvorschlag Gau Ruhr, 28.2.28; Statisten, S. 789; BÖHNKE, NSDAP, S. 131; STACHURA, Strasser, S. 66; FALTER, S. 126.

Der umtriebige Funktionär war auch für die Organisation der NS-Presse im Gau Ruhr zuständig.⁵⁶ Er entwickelte sogar eigene Ambitionen als Herausgeber. Dabei sollte ihm Heinrich Himmler, mit dem sich Koch bereits 1923 angefreundet hatte, helfen. Der spätere „Reichsführer SS“ war damals Adjutant Gregor Straßers und dessen Stellvertreter als Gauleiter in Niederbayern sowie als Reichspropagandaleiter.⁵⁷ Seit dem Spätjahr 1927 bereiteten Koch und er die Herausgabe eines „Nationalsozialistischen Informationsdienstes“ vor. Dieses Blatt sollte eine Art periodisch erscheinende Informationsschrift darstellen, die alle relevanten Führer der NSDAP, vor allem solche, die selbst Zeitungen herausgaben, obligatorisch beziehen sollten. In ihm sollten nicht nur fertige Zeitungsartikel zur weiteren Veröffentlichung angeboten werden, sondern auch Informationen zu allen Feldern des politischen „Kampfes“. Das Projekt scheiterte, obwohl Hitler angeblich zugesagt hatte, den Bezug dieses Blattes parteiamtlich anzuordnen, an Kochs finanziellen Schwierigkeiten.⁵⁸

Ende 1927 entwickelte sich das Pressewesen im Gau Ruhr aufgrund der mit ihm verbundenen Hoffnungen auf Einfluss und finanziellen Gewinn immer mehr zum Kern diverser parteiinterner Auseinandersetzungen. Zunächst versuchte Gauleiter Kaufmann mit Hilfe Kochs, die Gründung einer Zeitung durch den Essener Bezirksleiter Terboven zu verhindern, wurde im Gegenzug aber selbst Ziel schwerer Anschuldigungen.⁵⁹ Selbst Koch musste Himmler gegenüber einräumen, dass die Beschwerden über Kaufmanns Lebenswandel und sein zu geringes Engagement weitgehend stichhaltig seien und Kaufmann, der seine Freundschaft längst nicht mehr verdiene, an den desolaten Zuständen im Gau schuld sei. Koch gab an, er halte dem Gauleiter nur noch um ihrer Freundschaft willen und aus Rücksicht auf Gregor Straßer die Treue, obwohl ihn die Pflicht eigentlich zu einer Stellungnahme gegen Kaufmann zwingt. Vor der „sogen. Politik“ empfinde er nur noch „großen Abscheu und Ekel“.⁶⁰

⁵⁶ HSTA Düsseldorf, RW 23-67, Blatt 351f, Gauführer Ruhr an Eher-Verlag, 17.9.27; Vgl. ORLOW, History I, S. 85; BÖHNKE, NSDAP, S. 164; STEIN, S. 64, 69.

⁵⁷ KOCH, Interview, S. 38; Vgl. STACHURA, Strasser, S. 37, 40; PADFIELD, Himmler, S. 82; KOEHL, Black Corps, S. 29; Reichsführer!... Briefe an und von Himmler, hg. v. HELMUT HEIBER, Stuttgart 1968, S. 9-11; Dienstkalender, S. 23.

⁵⁸ BA Berlin, BDC, PK Koch, Koch an Himmler, 8./9.12.27, 22.12.27.

⁵⁹ BA Berlin, BDC, OPG Koch, Bericht über Ortsgruppenvertretertagung, 24.6.28; HSTA Düsseldorf, RW 23-39, Blatt 63f, Gau Ruhr an Uschla, undatiert (Ende 1926); RW 23-82, Blatt 60, Kaufmann an Hitler, 3.9.27; Tagebücher Goebbels I/1, S. 237f, 22.6.28, S. 240, 29.6.28, 30.6.28; BÖHNKE, NSDAP, S. 164f; HÜTTENBERGER, Anfänge, S. 79; DERS., Gauleiter, S. 48.

⁶⁰ BA Berlin, BDC, PK Koch, Koch an Himmler, 8./9.12.27; Vgl. BAJOHR, Führer, S. 64f.

Koch erblickte in den Querelen einen Versuch der „Clique“ um Goebbels, Gregor Straßers Gefolgsleute zurückzudrängen, wozu seiner Ansicht nach auch gehörte, dass Terboven Kaufmann als Gauleiter ablösen wolle. Als sich Kaufmann schließlich dazu entschloss, Terbovens Zeitung doch zu genehmigen und sogar für diese warb – was Koch als Affront gegen Straßers „Kampf-Verlag“, der den Gau bisher mit Parteizeitungen versorgte, auffasste –, brach er mit dem bisherigen Freund. Am liebsten hätte er den Gau verlassen, mangels einer Perspektive blieb er aber.⁶¹ Allerdings setzte er jetzt selbst alles daran, Kaufmann als Gauleiter abzulösen.

Er begann offenbar bereits am Ende des Jahres 1927 damit, sein Vorgehen gegen Kaufmann vorzubereiten. Er sammelte Material gegen den Gauleiter und versuchte, Gregor Straßer und Himmler als Verbündete zu gewinnen. Im Gau selbst sollten ihn Gaukassierer Schmitz und die Funktionäre seines Bezirks unterstützen.⁶² Anfang Juni 1928 wurde Koch dann gegen Kaufmann aktiv. Durch einen geschickt lancierten Brief eines seiner Parteigänger, der sich als neutraler, aber ob der Zustände im Gau Ruhr zutiefst besorgter Parteigenosse ausgab, ließ er den „Reichsorganisationsleiter“ Straßer wissen, dass Kaufmann als „erledigt“ gelte und dass auch Straßer an Prestige verliere. Außerdem werde allgemein damit gerechnet, dass Straßer den verdienten Bezirksleiter Koch „irgendwo“ als Gauleiter unterbringe.⁶³

Koch ließ sich hier implizit als bestmögliche Lösung für mehrere Probleme Straßers anbieten: Mit seiner Ernennung zum Gauleiter, so suggerierte das Schreiben, könne Straßer den Gau ordnen und zugleich seine eigene Machtposition wieder stärken. Zugleich bot er – wohl nach dem Vorbild von Goebbels‘ Versetzung nach Berlin – an, auch einen beliebigen anderen Gau übernehmen zu können. Derartige Versetzungswünsche hatte er mit Straßer wahrscheinlich schon zu einem früheren Zeitpunkt besprochen.⁶⁴ Offensichtlich reizte ihn weniger die Führung des Gaus Ruhr, als vielmehr das Gauleiteramt als solches.

Gleichzeitig verbot er in seinem Bezirk Terbovens Zeitung und bezichtigte seinen alten Freund Kaufmann jetzt selbst der Unterschlagung von Parteigeldern. Er warf ihm, Lutze und Terboven vor, sie würden nur zusammenstehen, weil sie sich durch „Weiber- und Geldgeschichten“⁶⁵

⁶¹ BA Berlin, BDC, PK Koch, Koch an Himmler, 22.12.27.

⁶² Vgl. Ebd., Koch an Himmler, 6./8.12.27, 22.12.27; OPG Koch, OPG Kaufmann, Schriftverkehr 1927/28.

⁶³ Ebd., OPG Koch, Günther an Gregor Straßer, 8.6.28.

⁶⁴ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 53, Blatt 124, Bericht Gautagung, 18.3.28.

⁶⁵ BA Berlin, BDC, OPG Koch, Lutze an Reichs-USchla, 17.6.28; Bericht über Ortsgruppenvertretertagung 24.6.28; OPG Kaufmann, Kaufmann an Hitler, 20.8.28.

gegenseitig in der Hand hätten. Lutze und Terboven beantragten daraufhin den Ausschluss Kochs aus der Partei. Diese Vorgänge schlugen so hohe Wellen, dass der Vorsitzende des Reichs-USchla, Major Walter Buch, nach Elberfeld reiste, um den Fall vor Ort zu untersuchen. Da er eine gewisse Berechtigung der Vorwürfe Kochs feststellte, beurlaubte er Kaufmann für den weiteren Verlauf der Untersuchung und reiste wieder ab.⁶⁶

Damit eskalierte die Situation. Zwar resignierte Kaufmann und zog sich nach Berlin zurück, wo er ein Landtagsmandat wahrnahm, in Elberfeld kämpften jedoch Lutze, Terboven und Josef Wagner mit harten Bandagen gegen Koch. Im Streit darum, wen Buch zum kommissarischen Gauleiter ernannt hatte, glitten sie schnell auf das Niveau persönlicher Beleidigungen ab. Den Höhepunkt bildete eine Versammlung der Ortsgruppenvertreter, während der sich die Streithähne gegenüberstanden. Koch wurde dabei vorgeworfen, er vertrete nur die Interessen Otto Straßers, der Terbovens Zeitung verhindern wolle und gegen das „25-Punkte-Programm“ agitiere. Koch verwies im Gegenzug auf den Vertrag, den der Gau mit dem „Kampf-Verlag“ über den Bezug einer Gauzeitung abgeschlossen habe, und beanstandete, im Gau herrsche ein „Kurs der bürgerlich-reaktionären Verflachung“. Die „sozialistische Linie unserer Bewegung, die sich in der Hauptsache aus Handarbeitern zusammensetze“⁶⁷ werde zu wenig beachtet. Am Ende dieses Rencontres stand eine weitere Verhärtung der Fronten.

Die politischen Aktivitäten der NSDAP kamen wegen der ständigen Streitereien in der Gauleitung fast vollständig zum Erliegen. Die Tagung hatte den Streit im gesamten Gau bekannt gemacht und löste Verwirrung aus, wer denn nun der verantwortliche Gauführer sei.⁶⁸ Vom Gros der Funktionäre wurde schließlich Josef Wagner, der sich auf eine schriftliche Vollmacht Buchs stützen konnte, als kommissarischer Gauleiter anerkannt. Er schloss Koch am 10. Juli 1928 aus der Partei aus, was allerdings aus formalen Gründen weder vom Reichs-USchla noch von Hitler anerkannt wurde – nur die Parteileitung, so wurde Wagner beschieden, sei berechtigt, einen Parteigenossen auszuschließen.⁶⁹

⁶⁶ Ebd., OPG Koch, Terboven an den Gauleiter Ruhr, 16.6.28; Lutze an Reichs-USchla, 17.6.28; Bericht Koch über die Vorgeschichte der Ortsgruppenvertretertagung, undatiert.

⁶⁷ Ebd., Aktennotiz Buch, undatiert; Bericht über Ortsgruppenvertretertagung 24.6.28; Kaufmann an Buch, 29.6.28; Bericht Koch über die Vorgeschichte der Ortsgruppenvertretertagung, undatiert; Aktennotiz Buch, undatiert; Wagner an Buch, 30.7.28.

⁶⁸ BA Berlin, NS 1/340, Blatt 24f, Bericht politische Polizei Elberfeld, undatiert; HSTA Düsseldorf, RW 23-54, Blatt 138, Bezirk Bielefeld an Gauleitung Ruhr, 28.6.28.

⁶⁹ BA Berlin, BDC, OPG Koch, Wagner an Koch, 29.6.28; PK Koch, Buch an Gauleitung Ruhr, 23.7.28, 23.8.28.

Koch geriet in der Führung des Gaues Ruhr immer mehr in die Isolation. Er suchte daher Rückhalt bei der Reichsleitung, vor allem bei Major Buch, und stilisierte sich zum hart arbeitenden, treuen und unschuldigen Opfer intriganter Dunkelmänner. Zugleich drohte er damit, Interna der NSDAP öffentlich zu machen.⁷⁰ Dies hatte keinen Einfluss auf das gegen ihn laufende Verfahren, denn der Reichs-USchla hatte Kochs Schicksal von der persönlichen Entscheidung Hitlers abhängig gemacht, und der beließ den Fall in der Schwebe. Er ordnete zwar an, Koch sei vor allen Vorwürfen zu schützen, er habe aber auch Ruhe zu halten und sich aus allen Parteiangelegenheiten herauszuhalten.⁷¹ Dem ehrgeizigen Bezirksleiter waren damit die Hände gebunden, was seine Gegner dazu nutzten, die Gauleitung von seinen Sympathisanten zu säubern.⁷²

Obwohl Buch sowohl Gauleitung als auch Gau-USchla am 23. August noch einmal darauf hinwies, dass Koch nicht ausgeschlossen sei, und ein solcher Antrag erst noch gestellt werden müsse, galt der Bezirksleiter im Gau als erledigt. Er versuchte zu kontern, indem er, unterstützt durch eine ganze Reihe von Zeugen, am 25. August die Vorwürfe gegen Kaufmann noch einmal zusammenfasste und angebliche finanzielle Vergehen detailliert auflistete. Neben diesen sattsam bekannten Beschuldigungen konnte er auch mit einem neuen Vorwurf aufwarten: Kaufmann habe zu Unrecht mehrere Orden getragen. Zuletzt fragte Koch nach, ob er Kaufmann wegen dessen Beleidigung gegenüber Kochs Ehefrau auch außerparteilich belangen dürfe und beantragte den Ausschluss des Gauleiters aus der Partei.⁷³

Kochs Vorwürfe waren wohl berechtigt, parteiamtlich geklärt wurde dies jedoch nicht, obwohl Koch sogar auf eigene Faust nach München fuhr, um die anhängenden Verfahren zu beschleunigen.⁷⁴ Eine Lösung ergab sich schließlich während einer vom 31. August bis zum 2. September 1928 in München stattfindenden Führerkonferenz.⁷⁵ Hier fand sich eine Delegation aus Ostpreußen ein, die den „Reichsorganisationsleiter“ um Hilfe für ihren Gau bat. Im äußersten Osten des Reiches kämpften die Hitleranhänger mit ganz

⁷⁰ Ebd., OPG Koch, Koch an Buch, 11.7.28, 13.7.28, 27.7.28.

⁷¹ Ebd., Hitler an Koch, 4.8.28; Heß an die Ortsgruppen im Gau Ruhr, 6.8.28.

⁷² Ebd., Küppers an Reichs-USchla, 17.8.28.

⁷³ BA Berlin, BDC, OPG Koch, Günther an Reichs-USchla, 8.8.28, 21.8.28; Kessler an Buch, 27.8.28; BA Berlin, NS 1/340, Blatt 26-29, Koch an Buch, 25.8.28; OPG Kaufmann, Buch an Kaufmann, 24.8.28, 30.8.28, 26.9.28; Kaufmann an Buch, 12.9.28; USchla an Kaufmann, 13.3.31, 13.2.32; Vgl. BAJÖHR, Führer, S. 64.

⁷⁴ BA Berlin, NS 1/340, Blatt 13-20, 30-60, Schriftwechsel, Dokumentensammlung USchla, 1928; BDC, OPG Koch, Koch an Buch, 25.8.28; ORLOW, History I, S. 91f, 94f; BAJÖHR, Führer, S. 64f.

⁷⁵ Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 388; ORLOW, History I, S. 134.

anderen Problemen als im Ruhrgebiet: Gab es im Westen des Reiches zu viele fähige und ehrgeizige Führer, so gab es im Osten davon zu wenige. Lag im Westen die Parteiarbeit brach, weil die Funktionäre sich um die Führung stritten, so fand sich im Osten niemand, der die Partei führen wollte.⁷⁶ Es war daher naheliegend, Koch, der ja schon deutlich gemacht hatte, dass er das Ruhrgebiet auch gerne verlassen würde, nach Ostpreußen zu schicken. So wurde der Elberfelder Bezirksleiter am 3. September 1928 zum Gauleiter Ostpreußens ernannt.

Diese Lösung war zugleich ein bezeichnendes Beispiel für die Funktionsweise des Führerprinzips. Kochs Ernennung trug nicht zur Klärung der sachlich Vorwürfe, die im Gau Ruhr erhoben worden waren, bei, durch sie hatten sich jedoch, so urteilte der Vorsitzende des Reichs-USchla, Major Buch, alle Verfahren gegen Koch „erübrigt“⁷⁷. Die wütenden Proteste der Gegner Kochs, die zudem neue Vorwürfe gegen den frischgebackenen Gauleiter ins Feld führten, tat Buch mit einigen Floskeln ab.⁷⁸ Zugleich war die Maßnahme ein Beleg für die Personalnot der Partei. Selbst schwer belastete Funktionäre wurden gebraucht, wenn sie über einige Fähigkeiten verfügten – so auch Karl Kaufmann, dem selbst der Vorsitzende des Reichs-USchla seine Unschuldsbeteuerungen nicht glaubte, und der sich zuletzt eher lethargisch gezeigt hatte. Er wurde dennoch zum 1. Mai 1929 als Gauleiter von Hamburg eingesetzt, wo er sich aber bewährte.⁷⁹

Koch war in einer etwas anderen Situation als Kaufmann, seine Berufung zum Gauleiter erfolgte in einem Moment, in dem er zwar kurz davor stand, eine innerparteiliche Auseinandersetzung zu verlieren, zugleich hatte er sich aber auch große Verdienste erworben und – in Zusammenarbeit mit einigen der fähigsten Funktionäre der NSDAP – seine Eignung für das hohe Amt unter Beweis gestellt. Dies galt nicht nur im Hinblick auf die eigentlichen Aufgaben eines Parteiführers, die er als Bezirksleiter und in Vertretung Kaufmanns wahrgenommen hatte, sondern auch bezüglich der Machtmechanismen innerhalb der Partei.⁸⁰ Er hatte ihre inneren Strukturen kennen gelernt und wusste nun, wie wichtig eine starke und unbedingt treue

⁷⁶ Vgl. KOZIELLO-POKLEWSKI, Forschungen, S. 275-280.

⁷⁷ BA Berlin, BDC, OPG Koch, Schepmann an Buch, 31.8.28, handschriftlicher Vermerk Buchs; Vgl. Schepmann an Buch, 31.8.28, 7.9.28; Buch an Schepmann, 3.9.28; Reichs-USchla an Ortsgruppen Bezirk Bergisch-Land, 11.9.28.

⁷⁸ Ebd., BDC, OPG Kaufmann, Kaufmann an Buch, 12.9.28; Koch an Buch, 11.10.28; OPG Koch, Buch an Terboven, 13.12.28; Terboven an Buch, 16.12.28, 9.1.29.

⁷⁹ Ebd., OPG Kaufmann, Schriftwechsel Uschla mit Kaufmann 1928/29; BAJOHR, Führer, S. 65-67.

⁸⁰ Vgl. Ebd., S. 66.

Hausmacht war und welche Bedeutung der Entscheidungsgewalt Hitlers zukam. Diese Erfahrungen sollte er in Ostpreußen nutzen.

Gleichzeitig hatte Koch die ideologischen Richtungskämpfe kennen gelernt und in deren Umfeld seinen eigenen „nationalen Sozialismus“ abgerundet, indem er den Elberfelder Sozialprotestantismus und seine Weltkriegserlebnisse durch die Ideen Gregor Straßers weiterentwickelt hatte. Sein politisches Engagement basierte daher in einigen zentralen Punkten auf ganz anderen weltanschaulichen Positionen als bei den stärker rassistisch orientierten Parteiführern im bürgerlich-katholischen München. Diese Differenzen sollten seine Stellung innerhalb der Partei wie auch die Auseinandersetzungen mit anderen Parteiführern prägen. Koch blieb dabei lange Zeit seinem Mentor Gregor Straßer treu, obwohl er sich damit bereits 1928 im Ruhrgebiet gegen die anderen Parteiführer stellte. Allerdings zeigte er aber bereits hier, als er mit seinem Freund Karl Kaufmann brach, um seinen eigenen Vorteil zu verfolgen, den Politikstil, der sein Handeln in Ostpreußen prägen sollte: Er war bedenkenlos dazu bereit, alles seinem Willen und seinem Streben unterzuordnen und rücksichtslos jegliches Mittel anzuwenden. Die Unterscheidung zwischen seinen persönlichen Absichten und Vorteilen, den Interessen der Partei und den Prinzipien des „nationalen Sozialismus“ verschmolzen dabei in seinen Augen immer mehr, eine kritische Selbstbetrachtung kannte er nicht. Schon in den Auseinandersetzungen mit Kaufmann wäre es mit Rücksicht auf das Ansehen der Partei geboten gewesen, den Konflikt auf eine unauffälligere Art und Weise zu bereinigen und in einigen Punkten die vielleicht berechtigten eigenen Positionen der Parteiräson unterzuordnen. Weder Koch noch seine Kontrahenten waren dazu bereit. Sie wussten aber auch, dass ein solches Verhalten einer Karriere in der NSDAP, die ja auf eine sozialdarwinistische Führerauslese im Kampf um Positionen setzte⁸¹, nicht zuträglich war. Unverzichtbar für die inneren Machtkämpfe war vielmehr die Fähigkeit, die eigene Person und das eigene Handeln immer so darzustellen, dass beides unersetzbar erschien und das Wohlwollen Hitlers fand. Koch sollte zum Meister darin werden. Er war zweifellos gut darauf vorbereitet, einen eigenen Gau zu übernehmen.

⁸¹ ORLOW, History I, S. 7

4. „ALLES, WAS GEWORDEN IST, HABEN WIR NUR UNSEREM GAULEITER ERICH KOCH ZU VERDANKEN“ – OSTPREUßEN 1928-1933

Erich Koch übernahm den Gau Ostpreußen zu einem sehr günstigen Zeitpunkt. Die Partei befand sich in einem so desolaten Zustand, dass es einem erfahrenen Funktionär wie ihm nicht schwer fallen sollte, sich als Parteiführer durchzusetzen. Dies wurde durch die allgemeine politische Lage, insbesondere durch die Weltwirtschaftskrise, die eine Expansion der NSDAP begünstigte, unterstützt. Vor allem aber war die wirtschaftliche und in ihrer Folge die politische Lage in Ostpreußen so angespannt, dass eine radikale Partei mit einem fähigen Führer an ihrer Spitze gute Chancen haben musste, zu einer politischen Kraft von Gewicht zu werden.

Ostpreußen galt als die wirtschaftliche Krisenregion des Deutschen Reiches. In der Provinz, die mit beinahe 37000 Quadratkilometern etwa so groß wie Belgien war, lebten Ende der dreißiger Jahre ungefähr 2,3 Millionen Menschen.¹ Da es hier kaum Rohstoffe und Energieträger gab, hatte die Industrialisierung die Wirtschaftsstruktur des Landes kaum verändert. Selbst in der einzigen Großstadt, Königsberg, dominierte der Mittelstand das gewerbliche Wirtschaftsleben. Insgesamt waren 1925 noch über 56 Prozent der erwerbstätigen Ostpreußen in der Landwirtschaft tätig, gegenüber 31 Prozent im Reichsdurchschnitt. Der Verstädterungsgrad war dementsprechend gering. Die Agrarkrise, die nach dem Ersten Weltkrieg das gesamte Reich ergriff, traf die ohnehin klimatisch benachteiligte Provinz daher besonders hart.² Die Reichs- und die Preußische Regierung waren –

¹ SABINE REHM, Die Bevölkerung in den östlichen Reichsgebieten und in Danzig, in: Vertriebenen, S. 42-54, hier S. 51, 53; DIES., Historisch-Geographische Grundlagen, in: Ebd., S. 135-145, hier S. 143-145; STEFAN HARTMANN, Ostpreußen und Regierungsbezirk Westpreußen, in: Handbuch Ost- und Westpreußen, S. 23-39, hier S. 24.

² Vgl. HERTZ-EICHENRODE, Politik, passim; SCHMIDT, Landwirtschaft, passim; RICHTER, Ostpreußen und Regierungsbezirk Westpreußen, in: Handbuch Ost- und Westpreußen, S. 57-70; ANGELIKA FOX, Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, in: Vertriebenen, S. 166-180; HANS W. HOPPE/ FRIEDRICH RICHTER, Ostpreußen und Regierungsbezirk Westpreußen, in: Handbuch Ost- und Westpreußen, S. 81-91; HANS BLOECH/ MARTIN HEIDE, Ostpreußen und Regierungsbezirk Westpreußen, in: Handbuch Ost- und Westpreußen, S. 101-116; JÜRGEN BERGMANN/ KLAUS MEGERLE, Protest und Aufruhr in der Weimarer

vor allem wegen der prekären geopolitischen Lage Ostpreußens – zwar bereit, eine „berufungslose Sonderlage“ Ostpreußens anzuerkennen, ihre sehr umfangreichen Hilfsmaßnahmen zeigten aber nur geringe Wirkung, da sie in erster Linie Umschuldungsprogramme und Transportsubventionen beinhalteten, welche die grundlegenden infrastrukturellen Defizite aber nicht beheben konnten.³

Viele Betriebe aller Sektoren arbeiteten nach veralteten Methoden und die Provinz war verkehrstechnisch schlecht erschlossen, was den Verkauf von Agrarprodukten erschwerte, außerdem gab es keine Lebensmittelindustrie. Die ostpreußischen Agrarüberschüsse wurden in großen Mengen ins Reich „exportiert“, dort veredelt und dann zum Teil wieder nach Ostpreußen „reimportiert“. Dies verursachte nicht nur Transportkosten, die den Verdienst der ostpreußischen Landwirte schmälerten, sondern verhinderte auch die Entstehung gewerblicher Arbeitsplätze. Viele Menschen, die in Ostpreußen deshalb kein Auskommen fanden, wanderten in die westlichen Industrieregionen ab. Die niedrige Bevölkerungsdichte und eine geringe Kaufkraft taten ein übriges, die Provinz für Investoren nicht attraktiv erscheinen zu lassen. Verschiedene Forderungen von ostpreußischen Wirtschaftsführern und Politikern nach einer grundlegenden Infrastrukturreform blieben wegen der hohen Kosten ungehört.⁴

Diese Probleme wurden durch den Versailler Vertrag verschärft, da nun der „polnische Korridor“ Ostpreußen vom Reich abtrennte. Die alte preußische Provinz bekam ein neues Gesicht: Einige kleinere Gebiete wie Soldau wurden Polen zugesprochen, das Memelland wurde offiziell ähnlich wie Danzig unter Völkerbundsverwaltung gestellt, 1923 aber von Litauen annektiert. Die Provinz wurde faktisch aber kaum kleiner, da sechs bisher zu Westpreußen gehörende Landkreise mit der wichtigen Hafen- und Industriestadt Elbing als Regierungsbezirk Westpreußen an Ostpreußen angegliedert wurden. Die ostpreußische Wirtschaft verlor dennoch wichtige Absatz-

Republik (1924-1933), in: JÜRGEN BERGMANN u.a., *Regionen im historischen Vergleich*, Opladen 1989, S. 200-287, hier S. 207-210; CORNI/ GIES, *Brot*, S. 43-62.

³ Vgl. HERTZ-EICHENRODE, *Politik*, S. 40-47, 178, 188, 217, 209, 256, 258; ANGELIKA FOX, *Verwaltung und Politik*, in: *Vertriebenen*, S. 146-166, hier S. 154; FRIEDRICH RICHTER, *Wirtschaftsprobleme Ostpreußens 1919 bis 1945*, in: *Das Königsberger Gebiet im Schnittpunkt deutscher Geschichte und in seinen europäischen Bezügen*, hg. v. BERNHART JÄHNIG/ SILKE SPIELER, Bonn 1993, S. 45-71, hier S. 54f, 57; FRIEDRICH DIMIGEN, *Die wirtschaftliche Entwicklung der ostpreußischen landwirtschaftlichen Betriebe seit dem Ersten Weltkrieg*, in: *Berichte über Landwirtschaft* 46/1968, S. 518-568, hier S. 532f.

⁴ Vgl. HERTZ-EICHENRODE, *Politik*, S. 101f, 159-188, 220, 225f; RICHTER, *Industriepolitik*, S. 33-56; GROEBEN, *Land*, S. 96f, 135-138; SCHMIDT, *Landwirtschaft*, S. 10-12, 19, 48, 50, 60f, 73-75.

gebiete, was die Transportkosten zusätzlich erhöhte.⁵ Der „Korridor“ verstärkte trotz „beträchtliche[r] Anstrengungen“⁶ von Reichsbahn und Regierung, seine Folgen zu mildern, die vorhandenen Probleme. In der deutschen Öffentlichkeit wurde er aber meist zur Hauptursache der Krise Ostpreußens erklärt und wirkte deshalb als psychologisches Moment weit mehr, als es in Wirtschaftsdaten zu fassen war. Die durch ihn ausgelöste Angst vor einem völligen Verlust der Provinz wirkte als weiteres Hemmnis für Innovationen und wurde als Begründung und Entschuldigung für wirtschaftspolitische Passivität benutzt.⁷ Die Dauerkrise erschütterte auch die zutiefst konservativ geprägte politische Landschaft der Provinz. Die „Deutschnationale Volkspartei“ (DNVP) verlor gegen Ende der zwanziger Jahre ihre beherrschende Stellung, ohne dass es einer der anderen etablierten Parteien gelang, an ihre Stelle zu treten. In dieses Vakuum konnte schließlich die NSDAP hineinstoßen.⁸

⁵ STEFAN HARTMANN, Politische und militärische Ereignisse 1918-1945/47, in: Handbuch Ost- und Westpreußen, S. 7-22; SABINE THIEM, Kontroverse in Königsberg, in: Nordost-Archiv 7/1998, S. 365-394, hier S. 373; BÖHMEKE, Verwaltung, S. 64; STEPHAN DEUTINGER, Die Baltischen Länder: Estland, Lettland, Litauen (mit Memelgebiet), in: Vertriebenen, S. 939-997, hier S. 946-948, 980; SCHMIDT, Landwirtschaft, S. 6, 12, 18f; DIMIGEN, S. 525-527.

⁶ Es wurden vor allem gestaffelte Frachttarife, Transportzuschüsse, Subventionen und Umschuldungsbeihilfen gewährt (HERTZ-EICHENRODE, Politik, S. 259; Vgl. WESSLING, passim).

⁷ TILITZKI, Alltag, S. 10-12; HERTZ-EICHENRODE, Politik, S. 18, 159, 196-259; FOX, Verwaltung, S. 153, 157f, 163; GROEBEN, Verwaltung, S. 43-59, 61-69, 258-266; DERS., Provinz, S. 227-232; PETER FISCHER, Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1939, Wiesbaden 1991, S. 44-49; TRABA, Kriegssyndrom, S. 409; DERS., Grenzlandmentalität, passim; KOSSERT, Preußen, S. 150, 190, 203f; RUDOLF JAWORSKI/ MARIAN WOJCIECHOWSKI, Vorwort, in: Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. 1. Halbband, hg. v. DENS., München u.a. 1997, S. IX-XIX, hier S. IX; RUDOLF JAWORSKI, Die polnische Grenzminorität in Deutschland 1920-1939, in: Ebd., S. 49-69, hier S. 58f, 63, 66; MATHIAS NIENDORF, Provinz Ostpreußen, in: Ebd., S. 159-163; HAGEN SCHULZE: Der Oststaat-Plan 1919, in: VfZ 18/1970, S. 123-163; SABINE REHM, Politische Verhältnisse in Preußen im 19. und 20. Jahrhundert, in: Vertriebenen, S. 54-73, hier S. 61-64.

⁸ Vgl. HERTZ-EICHENRODE, Politik, S. 65-70, 257f, 333; THOMAS MERGEL, Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik, Düsseldorf 2002, S. 383f; KOSSERT, Preußen, S. 191.

4.1. „Da wurde es mit einem Schlage anders, als der Gauleiter Erich Koch den Gau Ostpreußen übernahm“⁹ – Aufbau der Partei

Die Reichstagswahl vom Mai 1924 zeigte, dass das Wählerpotential für eine rechtsextreme Partei vorhanden war – eine völkische Liste, auf der auch einige Mitglieder der „Hitler-Bewegung“ zu finden waren, erreichte 8,6 Prozent der Stimmen. Die NSDAP selbst spielte vor der Ankunft Kochs in der Provinz jedoch nur eine marginale Rolle. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 konnte sie nur 0,8 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen – damit war Ostpreußen der einzige Wahlkreis, in dem die NSDAP weniger als ein Hundertstel der Stimmen erreichte.¹⁰ Dies lag vor allem am desolaten Zustand der NSDAP. Parteimitglieder gab es hier bereits seit 1921, seit 1925 existierte ein Gau Ostpreußen. Der erste Gauleiter, Wilhelm Stich, gab sein Amt im Februar 1927 aus beruflichen Gründen an Bruno Scherwitz weiter, der seinerseits im August 1927 von der Reichsleitung abberufen wurde, da er sich dem Amt nicht gewachsen zeigte und die Parteiarbeit in Stillstand und Chaos versank. Da die treibende Kraft der ostpreußischen NSDAP, der Bäcker Waldemar Magunia¹¹, die Gauführung nicht übernehmen wollte, blieb die Stelle vakant. Eine Gautagung am 18. März 1928 unter der Leitung Gregor Straßers brachte keine Lösung. Straßer schlug unter anderem die Einstellung eines bezahlten Gauleiters vor und nannte als geeigneten Kandidaten Erich Koch, dessen ehrgeizige Pläne er offenbar kannte. Der Gau war jedoch nicht in der Lage, einen Funktionär zu bezahlen, so dass zunächst keine Entscheidung getroffen wurde. Erst während der Münchner Führerkonferenz am 28. August 1928 akzeptierten die ostpreußischen Delegierten Koch, dessen Gehalt aus Spenden bezahlt werden sollte.¹²

⁹ Für die Fahne in den Tod. Nach einem Tatsachenbericht von HORST HELLMUTH JUSCHKA bearbeitet von MAX BIALLUCH, Königsberg 1938, S. 12.

¹⁰ FALTER, S. 71; HERTZ-EICHENRODE, Politik, S. 67; HARTMANN, Ostpreußen, S. 35; KOZIELLO-POKLEWSKI, Forschungen, S. 280.

¹¹ Waldemar Magunia, 1902-1974, 10.9.25 Pg. Nr. 18301, Kampfbund gewerblicher Mittelstand, ab 1933 Gauführer DAF, Gauwirtschaftsberater, Präsident Handwerkskammer, stellv. CdZ Białystok, Generalkommissar Kiew; Magunia finanzierte die ostpreußische NSDAP Mitte der zwanziger Jahre praktisch allein (BA Berlin, BDC, PK Magunia; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 31, Blatt 179-190; Nr. 53, Blatt 88f, Beiträge für Gauchronik, undatiert).

¹² GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 31, Blatt 197; Nr. 51, Blatt 2-8; Nr. 53, Berichte für Gauchronik, undatiert; Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 128-131; Nr. 33, Blatt 2-6, Polizeiberichte, 6.3., 9.4., 20.5.27, 26.1.30; BA Berlin, NS 51/209, 210, Schrift-

Hitler ernannte Koch am 3. September 1928 offiziell zum Gauleiter und bestätigte dabei den Gau Ostpreußen.¹³ Koch war damit nach Goebbels der zweite Gauleiter, der von der Reichsleitung an seine zukünftige Wirkungsstätte „versetzt“ wurde, was ein deutliches Indiz für den gestiegenen Einfluss der Parteizentrale auf die Regionalorganisationen war. Dennoch beruhte die Entscheidung für ihn allenfalls zum Teil auf einem strategischen Kalkül der Parteileitung – Straßer wollte wahrscheinlich seine Hausmacht durch die Vergabe eines Gaues an einen seiner Parteigänger stärken¹⁴ –, sondern war vor allem pragmatisch bedingt, da durch eine personalpolitische Maßnahme in zwei Gauen Missstände beseitigt werden konnten: Die Auseinandersetzungen im Ruhrgebiet wurden beendet und zugleich ein erfahrener Funktionär mit der Reorganisation des Gaus Ostpreußen beauftragt.

Eine besondere Affinität zwischen Koch und der östlichsten Provinz Preußens bestand nicht. Obwohl er während des Ersten Weltkriegs kurz dort stationiert gewesen war, war Ostpreußen für ihn „kaum etwas anderes als eine große Unbekannte, eine einförmige, reizlose Landschaft mit ebenso einförmigen, wenig beweglichen Menschen, die ihrer Feldarbeit nachgingen.“¹⁵ Dennoch verwarf er die Alternative, die Straßer ihm bot: Er sollte die Parteiführung in Österreich übernehmen und die dort herrschenden Flügelkämpfe beenden. Der Elberfelder entschied sich für Ostpreußen, weil es ihm aussichtsreicher und verdienstvoller erschien, dort die Parteiorganisation neu aufzubauen. Im Laufe der Jahre identifizierte er sich schließlich immer mehr mit Ostpreußen und sah es sogar als seine Heimat an.¹⁶

Koch nahm für sich in Anspruch, der eigentliche Gründer des Gaues Ostpreußen zu sein und ließ den Jahrestag seines Amtsantritts entsprechend als Jubiläum der Gaugründung feiern. Ganz falsch war dies nicht. Der neue Gauleiter kam am 15. September 1928 in Ostpreußen an und hielt bereits am folgenden Tag in Gerdauen den ersten Gauparteitag ab. Er war jetzt

verkehr Gau Ostpreußen 1925-1928; ROHRER, Macht, S. 57-66; REIFFERSCHIED, NSDAP, S. 61-85; HERTZ-EICHENRODE, Wende, S. 70-73.

¹³ Hitler. Reden Schriften Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933. Band III, Teil 1, hg. v. BÄRBEL DUSIK/ KLAUS A. LANKHEIT, München u.a. 1994, S. 50, Dokument 16, 3.9.28; S. 65, Dokument 22, 3.9.28.

¹⁴ Vgl. IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 44, Lebenslauf Koch; STACHURA, Strasser, S. 69.

¹⁵ ERICH KOCH, Der Kampf in Ostpreußen, in: Der Ostpreußische Erzieher 68/1937, S. 167-170, hier S. 167; Vgl. BA Berlin, NS 51/196, Himmler an Koch, 11.11.28; ORLOW, History I, S. 144.

¹⁶ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 26, Aussage Koch, 15.6.49; BA Berlin, BDC, O 370, Blatt 52, Bericht Hoffmann, 31.5.42; Vgl. BRUCE F. PAULEY, Der Weg in den Nationalsozialismus, Wien 1988, S. 45-68.

Herr über den flächenmäßig zweitgrößten Gau, der aber aus lediglich 200 Mitgliedern, die sich auf ganze vier Ortsgruppen verteilten, bestand. In der Folgezeit arbeitete er mit allen Mitteln, die er im Ruhrgebiet kennen gelernt hatte, und bis zur völligen Erschöpfung daran, die Partei auszubauen. Er reiste rastlos mit dem Fahrrad in der Provinz umher, um eine „Propagandaoffensive“¹⁷ durchzuführen.

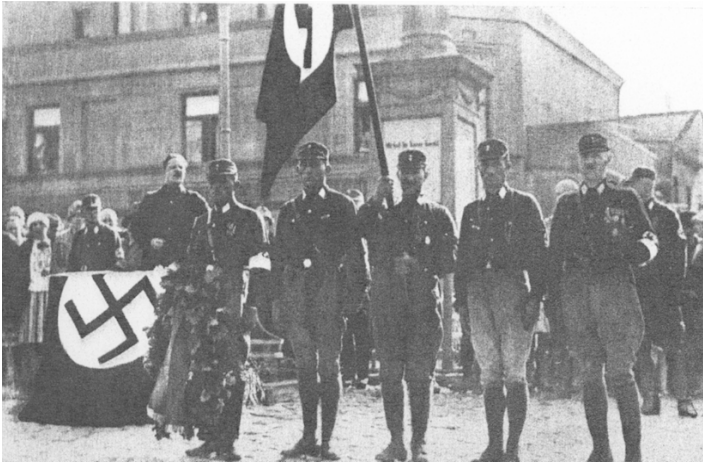


Abb.1: Bescheidene Anfänge: Gauleiter Kochs erste Rede in Ostpreußen während des Gauparteitags in Gerdauen am 16. September 1928

Bis Anfang Dezember hielt er 40 Reden, bis September 1929 wurden es 273 – eine selbst für NS-Verhältnisse außerordentlich hohe Zahl, die sich auch dadurch erklärte, dass Koch als „Reichsredner“ zu den besten und gefragtesten Propagandisten der Partei gehörte. Er sprach deshalb auch in anderen Gauen und unternahm allein zwischen dem 13. September und dem 7. Dezember 1929 fünf mehrtägige Vortragsreisen, bevorzugt ins heimische Ruhrgebiet. Am 5. Juli 1932 hielt er sogar eine der wenigen den Nationalsozialisten im Rundfunk zugestandenen Wahlkampfreden.¹⁸

¹⁷ In Ostpreußen wurden zwischen dem 1. August und dem 14. September 1930 1 300 Veranstaltungen geplant, für die ersten 14 Tage des März 1931 1 000 und im Juni und Juli je 2 000 (KERSHAW, Hitler I, S. 408, 417; TYRELL, Führer, S. 224, 255-257; BA Berlin, NS 22/1065, Koch an Gregor Straßer, 4.8.31).

¹⁸ Vgl. 10 Jahre Gau Ostpreußen. Festschrift zum Gautag 1938 der NSDAP., Königsberg o. J. (1938); GSTA Berlin, I. HA, Rep. 84, Nr. 5470; XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 34, Blatt 12, Aktennotiz, 5.6.30; Rep. 36, Nr. 5; Rep. 37, Nr. 21a, 21d, 21f; Rep. 240, Nr. 35, Versammlungsberichte 1928-32; Rep. 37, Nr. 21d, Attest Dr. Schwindowski,

Dieser Aufwand zahlte sich aus. Im Anschluss an die von Koch abgehaltenen Veranstaltungen wurden in den jeweiligen Ortschaften Mitglieder geworben und oft sofort Ortsgruppen gegründet. Die Partei wuchs daher schnell. Schon im Januar 1929 konnten weitere Organisationsebenen – Bezirke und Kreise – eingerichtet werden. Im Januar 1930, also etwas mehr als ein Jahr nach seiner Amtsübernahme, meldete Koch mit kaum verhohlenem Stolz nach München, dass die Partei nun schon 8 334, die SA 5 748 Mitglieder habe, Ortsgruppen gebe es jetzt 211.¹⁹ In diesem Jahr erzielte die NSDAP die ersten großen Wahlerfolge im Reich, was sich in einem zusätzlichen Mitgliederzuwachs niederschlug. Auch die ostpreussische Parteiorganisation expandierte trotz einiger kleinerer Rückschläge stark, so dass ihre Organisationsstruktur immer wieder den gewachsenen Mitgliederzahlen angepasst werden musste. 1932 erhielt sie ihre endgültige Gestalt: Zwischen Gauleitung und Ortsgruppen gab es nur noch die Kreisleitungen, deren Gebiete den Landkreisen der Provinz entsprachen. Unterhalb der Ortsgruppen gliederte sich die Partei in Sektionen, Zellen und ab 1933 auch in Blocks. Am Ende der Weimarer Republik umfasste sie 27 526 Mitglieder in 439 Ortsgruppen, was allerdings einem vergleichsweise niedrigen Organisationsgrad entsprach.²⁰

Dennoch war die NSDAP in nur drei Jahren zu einer gewaltigen Organisation angewachsen. Das war in erster Linie „Kochs unbestreitbarer Tatkraft, seinem organisatorischen Talent und einer offenbar über dem Durchschnitt der lokalen Parteiprominenz liegenden geistigen Beweglichkeit“²¹ zu verdanken. In der Parteihistoriographie wurde sein Vorgehen pathetisch, aber durchaus treffend gefeiert: „Pg. Koch packte eisern zu. Spannte die wenigen Pgg. ein und mit fanatischem Willen und eiserner Energie ging es gegen den Kommunismus und gegen die Reaktion vor.“²²

19.4.30; Rep. 240, Nr. 9a, Tätigkeitsbericht Kochs, Januar 1930; Nr. 51, Blatt 15, Beitrag zur Gauchronik, undatiert; Nr. 59, Blatt 59, Beitrag zur Gauchronik, undatiert; HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 225; KOCH, Kampf, S. 168f; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 45, Lebenslauf Koch; KOCH, Interview, S. 37; BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 72f, Aussage Hutecker, 16.7.49; 1909e, Blatt 203, Aussage Koch, 19.9.49; TYRELL, Führer, S. 225, 257-262; ORLOW, History I, S. 158-160, 230; BA Berlin, R 55/1273, Blatt 234-248, Redemanuskript und Schriftverkehr, 2.7.32-9.7.32.

¹⁹ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 9a, Tätigkeitsbericht Kochs, Januar 1930.

²⁰ KOZIELLO-POKLEWSKI, Narodowosocjalistyczna, S. 160; DERS., Forschungen, S. 282-285; Vgl. KOSSERT, Preußen, S. 186; HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 225; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 22, Blatt 45, Polizeibericht 22.8.29; BA Berlin, NS 22/426, Landesinspektor Ost an Reichsorganisationsleiter, 9.11.32.

²¹ TILITZKI, Alltag, S. 13.

²² GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 53, Blatt 118f, Beitrag zur Gauchronik, undatiert.

Der Gauleiter war ähnlich wie Hitler für die gesamte NSDAP, wenn auch bei weitem nicht so mythisch vom Alltag abgehoben wie „*der Führer*“²³, die charismatische Richtfigur der ostpreußischen NSDAP. Er transportierte in seinem Auftreten und seinen Reden ein enormes Selbstbewusstsein und stellte sich als den kommenden politischen Führer der Provinz dar. Damit zeigte er eine „unbedingte Siegesgewißheit“, die jenseits der politischen Realität der späten zwanziger Jahre lag. Aber gerade dieses Selbstbewusstsein, diese unrealistische Selbstsicherheit hob ihn, ähnlich wie Hitler, aus der Masse der Funktionäre heraus und ermöglichte es ihm, Motor der Bewegung zu sein.

Kochs Engagement und sein Organisationstalent brachten auch einen strukturellen Vorteil der NSDAP zum tragen: Sie war eine Mitgliederpartei. Außer ihr waren das nur SPD und KPD, die in Ostpreußen nur über ein sehr beschränktes Wählerpotential verfügten und auf dem Land kaum präsent waren. Die bürgerlichen Parteien waren Honoratiorenparteien, die vor allem während der Wahlkämpfe um die Bevölkerung warben, ansonsten aber kaum in Erscheinung traten. Dagegen erweckten die Nationalsozialisten durch den unermüdlichen Einsatz ihrer Propagandisten auch in den entlegensten Winkeln der Provinz den Eindruck, sie seien omnipräsent. Außerdem waren die meisten ihrer Repräsentanten ortsansässige Personen, die in Fernkursen zu Agitatoren geschult worden waren. Dies gab der Partei den Anschein, sie sei besonders volksnah, was dadurch verstärkt wurde, dass – im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien – auch die prominentesten Parteiführer in Kleinstädten auftraten.²⁴

Allerdings musste sich der Gauleiter sehr bemühen, um die namhaften Nationalsozialisten in die abgelegene Provinz zu locken. Letztlich war er dank seiner Beziehungen in der Parteiführung damit sehr erfolgreich. Göring, mit dem er seit 1921 persönlich gut bekannt war, „adoptierte“ Ostpreußen im März 1929 als Patengau, und Gregor Straßer, Kochs Freund und Mentor, war einer der ersten, der nach dem Amtsantritt seines Schützlings in Königsberg sprach. Ein weiterer Freund, Himmler, hielt bereits im Januar 1929 mehrere programmatische Reden zur Situation der Landwirtschaft. Der Gauleiter wollte vor allem Vertreter des „sozialistischen“ Flügels der Partei wie Ernst Graf zu Reventlow in seinen Gau holen, musste sich aber oft mit anderen Rednern begnügen, wenn infolge der zahlreichen Veranstaltungen im Reich seine Favoriten nicht frei waren oder

²³ Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 372.

²⁴ Vgl. HERTZ-EICHENRODE, Politik, S. 65-67; KERSHAW, Hitler I, S. 424; WOLFRAM PYTA, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933, Düsseldorf 1996, S. 325, 360; ROHE, S. 161; TYRELL, Führer, S. 214f.

seine Wünsche nicht berücksichtigt wurden.²⁵ Den Höhepunkt im national-sozialistischen Festtagskalender bildete ein Besuch Adolf Hitlers, der innerhalb der Partei als Belohnung für geleistete Arbeit angesehen wurde. Der erste Besuch des „Führers“ anlässlich einer Gautagung in Königsberg am 25. Mai 1929 diente dann auch ausschließlich der Motivation der Parteigenossen. Die fünf anderen Auftritte Hitlers in Ostpreußen waren in erster Linie Wahlkampfveranstaltungen.²⁶ Besondere Bedeutung kam dabei einer Reise durch Masuren zu, die Hitler am 19. April 1932 antrat.



Abb. 2: Der Paladin und sein „Führer“: Erich Koch und Hitler, ca. 1932

²⁵ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 9b, 10b, Schriftverkehr Gau Ostpreußen 1928-32; Nr. 31, Blatt 181f, 185, SA-Chronik, undatiert; Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 167-179, 207-223, 261-289, Polizeiberichte, 1928/29; BA Berlin, NS 51/209, Schriftverkehr Gau Ostpreußen, 1928-31; Vgl. BYTWERK, S. 36-41; HERTZ-EICHENRODE, Wende, S. 105; KÜHNEL, S. 260.

²⁶ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 326-340, Polizeibericht, 25.5.29; Nr. 31, Blatt 184-190, SA-Chronik, undatiert; Vgl. ORLOW, History I, S. 83f.

In den folgenden drei Tagen besuchte er bis zu zehn Ortschaften täglich, in denen er naturgemäß kaum Aufenthalt nahm, sondern, wenn überhaupt, nur kurz sprach und zum nächsten Termin weiterhetzte. Dennoch waren die Straßen überall von jubelnden Menschen gesäumt, die oft von einer Gemeinde zur nächsten Spalier standen und den „Führer“ frenetisch begrüßten. Hitler zeigte sich beeindruckt und dankte den Masuren in bewegten Worten: „Ich glaube nicht, daß es in Deutschland ein Land gibt mit der Treue wie das Masurenland.“²⁷

Damit war ein parteigeschichtlicher Mythos geboren: Die „Masurische Offenbarung“. Die „Heilsgestalt“ bei den „vergessenen“ Masuren – solch charismatischen Auftritten hatten die anderen Parteien nichts entgegenzusetzen. Doch nicht nur die Partei profitierte von diesem Triumph. Hitler schrieb den Erfolg seinem lokalen Stellvertreter, dem Gauleiter, zu, der dadurch seine Position im Machtgefüge des Nationalsozialismus deutlich ausbauen konnte. Auch in der Parteileitung galt er als derjenige, der die Organisation in Ostpreußen aufgebaut und zum Erfolg geführt hatte, was Hitler noch Jahre später honorieren sollte.²⁸

Diese Zuschreibung war weitgehend zutreffend, denn ähnliche Bedeutung wie Koch kam nur noch seinem Stellvertreter Georg Heidrich²⁹ zu, der wie sein Gauleiter rastlos in der gesamten Provinz unterwegs war, um auf Parteiversammlungen zu reden, Mitglieder zu rekrutieren und Ortsgruppen aufzubauen. Er war Student und stammte aus Schlesien, wo er bereits politisch tätig gewesen war. Ab 1927 war er bei der Königsberger NSDAP aktiv. Gegenüber Koch verhielt er sich bis 1931 äußerst loyal, dann aber unterschlug er Gelder aus der Gaukasse, außerdem wurde ihm ein Verhältnis mit der Frau seines Gauleiters nachgesagt.³⁰ Ob letzteres zutreffend war, lässt sich nicht mehr verifizieren, allerdings war sowohl in der

²⁷ HERTZ-EICHENRODE, Wende, S. 112.

²⁸ OTTO DIETRICH, *Mit Hitler in die Macht*, 28./29. Auflage, München 1939, S. 89-93; Vgl. HERTZ-EICHENRODE, Wende, S. 109-111; MARTIN, Masuren, S. 79; RALPH GIORDANO, *Ostpreußen*, München 1994, S. 52-60; HENRY PICKER, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier*, München 2003, S. 547, Nr. 154, 24.6.42.

²⁹ Georg Heidrich, * 2.11.99 in Osterwitz, kriegsversehrt, ab 1925 Studium des Zeitungswesen und der Wirtschaft in Breslau und Königsberg, 1922 Deutsch-Völkischer Schutz- und Trutzbund, 25.10.25 Pg. Nr. 21 401, 1927 Ortsgruppenleiter Breslau, 1928/29 Bezirksleiter Königsberg, 15.9.28-1.10.31 u.a. stellvertretender Gauleiter Ostpreußen, Mitherausgeber „Ostdeutscher Beobachter“, ab November 1931 Hauptschriftleiter beim „Diktatur-Verlag Stettin“, 1932 dort entlassen (BA Berlin, BDC Heidrich, PK Heidrich).

³⁰ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 22, Nr. 28; Rep. 240, Nr. 53, Blatt 35, 60-66, 68, 82f, 146, Polizeiberichte, Beiträge zur Gauchronik, 1928-32; Nr. 128c, Blatt 26-28, Brief eines Pg., 28.6.31; BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 315f, Aussage Bartels, 23.12.49; Königsberger Volkszeitung, 14.11.31, 27.11.31; BA Berlin, BDC Heidrich; ROHRER, *Macht*, S. 80f, 83f, 153-190, 577.

NSDAP als auch bei der gegnerischen Presse bekannt, dass es mit Kochs Ehe nicht zum Besten stand, er wohnte deshalb sogar einige Zeit bei Wehrkreispfarrer Ludwig Müller. Heidrich versuchte sich zu retten, indem er beide Vorwürfe öffentlich dementierte, sein Gauleiter, der ihm nicht mehr vertraute, schob ihn dennoch zu einem nationalsozialistischen Verlag nach Stettin ab. Koch wollte wahrscheinlich vermeiden, dass eine Auseinandersetzung mit seinem Stellvertreter, der alle Interna der ostpreußischen Gauleitung kannte, seine Position erschütterte, und bereitete ihm daher diesen versöhnlichen Abschied, der im Gau jedoch stark kritisiert wurde.³¹

Die Affäre um Heidrich war für Koch neben seinen eigenen Erfahrungen als Bezirksleiter im Ruhrgebiet wohl das letzte Moment, das ihn überzeugte, in Zukunft nur noch mit ihm absolut ergebene Funktionäre zu arbeiten. Er entschied sich daher dafür, die Parteiorganisation mit jungen, von ihm selbst „erzogenen“ Gefolgsleuten aufzubauen, und nicht etwa erfahrene Funktionäre von anderen Gruppierungen abzuwerben. Die meisten Gauleiter gingen auf diese Weise vor, Koch war aber der erste, der dies systematisch und in großem Umfang tat. Dabei kam ihm zustatten, dass er in Ostpreußen keine arrivierten Funktionäre aus ihren Ämtern drängen musste und dass er aufgrund des Erfolges der von ihm gegründeten Gauzeitung ab 1931/32 als erster Gauleiter in der Lage war, die wichtigsten Funktionäre bis hinab zu den Kreisleitern zu bezahlen, was sie von ihm abhängig machte.³²

Ganz ohne Kompromisskandidaten wie Heidrich kam auch Koch nicht aus. Nach Heidrichs Entlassung achtete er aber darauf, dass keiner seiner Mitarbeiter eine ähnlich zentrale Stellung erhielt. Außer ihm selbst gab es niemanden mehr, der in alle Bereiche der Gauführung involviert war, und es gab auch niemanden, der sich mit seinem politischen Profil hätte messen können. Heidrichs Nachfolger als Gaugeschäftsführer und stellvertretender Gauleiter, Ferdinand Großherr³³, war Jahrgang 1898, Weltkriegsteilnehm-

³¹ BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 315f, Aussage Bartels, 23.12.49; BA Berlin, BDC, OPG Koch, Litzmann an OSAF, 20.1.32; Bericht Nitschmann 11.1.32 [im Original fälschlich auf 1931 datiert]; BDC Heidrich; NS 22/1065, Koch an Gregor Straßer, 20.10.31; Königsberger Volkszeitung, 14.11.31; Hartungsche Zeitung, 18.11.31; MOREAU, S. 30-48; KÜHNLE, Linke, S. 231-254; KISSENKOETTER, S. 42-46; KERSHAW, Hitler I, S. 412-417.

³² BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 26f, Aussage Koch, 15.6.49; KOCH, Interview, S. 34; HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 53, 55; Vgl. TILITZKI, Alltag, S. 19; ROHRER, Oberpräsidentenkrise, S. 24f; ZIBELL, S. 46.

³³ Ferdinand Großherr, 1898-1945, 1.9.27 Pg. Nr. 67706, ab 1.7.31 hauptamtlicher Gaugeschäftsführer, ab November 1931 stellvertretender Gauleiter, 1933 Mitglied des Land- und Reichstags, Provinzialrat, Stadtverordneter in Königsberg (BA Berlin, BDC, PK Großherr).

mer, seit 1927 Parteimitglied und hatte sich seine Sporen als Kassenwart und Ortsgruppenleiter in Königsberg verdient. Im zivilen Leben war er Handlungsreisender und konnte seine berufliche Reisetätigkeit daher gut mit seinem Parteiamt verbinden. Er war vor allem für die Organisation und Disziplinierung des Gaus zuständig, mit Presse und Finanzen hatte er wenig zu tun. In Vertretung Kochs nahm er auch repräsentative Aufgaben wahr. Er agierte zuverlässig im Sinne seines Herrn, eigene Ambitionen oder programmatische Ideen äußerte er nie. Obwohl er ein wichtiger Parteifunktionär war und Mandate in Reichstag, Landtag und der Stadtverordnetenversammlung innehatte, blieb er für die Öffentlichkeit immer nur ein blasser Stellvertreter.

Noch unauffälliger agierte der vielleicht wichtigste Funktionär, Gauschatzmeister Ernst Penner³⁴. Auch er war, obwohl Jahrgang 1883, Weltkriegsteilnehmer und seit 1925 in der Partei aktiv. Koch ernannte ihn einen Tag nach seiner Ankunft zum Gauschatzmeister, was Penner bis zu seinem Tod am 26. November 1940 blieb. Als Landesobersekretär war er ein erfahrener Verwaltungsfachmann und nicht auf die finanzielle Unterstützung durch die Partei angewiesen. Die Organisation der Parteifinanzen verlangte allerdings wesentlich mehr Kreativität als Penners berufliche Tätigkeit. Die wenigen Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden, die in der wenig wohlhabenden Provinz schwierig zu akquirieren waren, mussten mit dem Reichsschatzmeister der NSDAP, der die Gauschatzmeister als seine Untergebenen betrachtete, geteilt werden. Penners Loyalität gehörte jedoch seinem Gauleiter, weshalb er zusammen mit diesem eine wahre Meisterschaft darin entwickelte, die Einnahmen des Gaues durch ein System von „schwarzen Konten“ vor der Parteileitung zu verbergen – was sein Gauleiter mit Mandaten im Landtag und der Stadtverordnetenversammlung und später einem üppigen Gehalt und einer Berufung zum Landrat honorierte.³⁵

Die Finanzierung der ostpreußischen NSDAP lässt sich aufgrund dieser Bemühungen Penners nicht mehr nachvollziehen. Es ist aber bekannt, dass die Gauleitung von einigen mittelständischen Unternehmen größere Summen bezog, die zum Teil aus äußerst dubiosen Geschäften, darunter Waf-

³⁴ Ernst Penner, 1883-1940, Verwaltungsbeamter, 25.9.25 Pg. Nr. 19297, seit September 1928 Gauschatzmeister, ab 1933 auch Landrat (BA Berlin, BDC, PK Penner).

³⁵ BA Berlin, BDC, PK Penner; ULF LÜKEMANN, Der Reichsschatzmeister der NSDAP, Berlin 1963; TYRELL, Führer, S. 222; ORLOW, History I, S. 81-83, 108, 148, 202f; DERS., History II, S. 50-54, 62-66; HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 126; PAUL WOLFF, Ohne Maske, Hamburg 1948, S. 37.

fenhandel, stammten.³⁶ Allem Anschein nach steuerte auch die Gauzeitung höhere Beträge zum Etat der Gauleitung bei, aber auch hier sind keine Zahlen bekannt.

Ähnlich unauffällig und loyal wie Penner verhielt sich das übrige Personal der Gauleitung. Die einzelnen, nach und nach entstehenden Ämter der Gauleitung besetzte Koch mit Personen, die sich auf den jeweiligen Gebieten bewährt hatten. So wurde der Chefredakteur der „Preußischen Zeitung“, Alfred Lau, Gaupressewart, Kochs Anwalt Günther Vollmer führte den NS-Juristenbund, der Bäcker Waldemar Magunia wurde Führer des „Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand“. Alle diese Funktionäre verrichteten ihre Aufgaben treu und effektiv und ohne sich selbst im Rampenlicht der Öffentlichkeit zu positionieren.³⁷

Ein leicht unterschiedliches Profil zeigten die Bezirks- beziehungsweise Kreisleiter, die ihrem Territorium in ähnlicher Weise vorstanden wie der Gauleiter dem Gau. Auch sie agierten überaus loyal, auch aus ihren Reihen sind keine Eigenmächtigkeiten oder oppositionellen Regungen bekannt. Die Bedeutung dieser Funktionärssebene zeigte sich an zwei völlig gegensätzlich verlaufenden Konflikten, in denen Kochs Autorität in Danzig und in Insterburg in Frage gestellt wurde. Das Gebiet der „Freien Stadt Danzig“³⁸ bildete einen eigenen Parteigau, der sich Mitte der zwanziger Jahre schneller entwickelte als sein Pendant in Ostpreußen. 1928 stürzten ihn innere Querelen aber derart ins Chaos, dass die führenden Mitglieder baten, der neue Königsberger Gauleiter möge auch in ihrer Stadt für Ordnung sorgen. Koch erklärte sich dazu bereit, da er die Chance sah, sein Gaugebiet um die bedeutende Großstadt zu erweitern. Reichsorganisationsleiter Straßer beauftragte ihn daraufhin mit der Neuordnung Danzigs, gliederte die Stadt jedoch nicht formal in den Gau Ostpreußen ein, weshalb die beiden Territorien nur durch die Person des Gauleiters miteinander verbunden waren.³⁹

³⁶ Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909b, Blatt 26-36, 269, diverse Aussagen, 1945/1949; 1909d, Blatt 365-400, Bericht Stein, 9.11.37; BA Berlin, BDC, PK Benson; SSO Benson; BDC, PK Nitschmann; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 341, Polizeibericht, 8.4.29; Nr. 34, Blatt 114, Polizeibericht, 23.1.33.

³⁷ Vgl. ROHRER, Macht, S. 588; HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 53, 56f; TILITZKI, Alltag, S. 9, 19; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 10, Blatt 1, Personalübersicht Gauleitung, undatiert (1932/33).

³⁸ Vgl. HERBERT S. LEVINE, Hitler's Free City, Chicago, London 1973, S. 20-25; SCHENK, Hitlers Mann, S. 30-33; HARTMANN, Ereignisse, S. 9-11; DERS., Pommerellen und Freie Stadt Danzig, in: Handbuch Ost- und Westpreußen, S. 40-55, hier S. 46-55.

³⁹ SCHENK, Hitlers Mann, S. 30; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 17, Nr. 28, Nr. 33, Polizeiberichte, 1926/27; Rep. 240, Nr. 28, Blatt 320, Polizeibericht, 30.5.29; Nr. 31, Blatt 181, SA-Chronik, undatiert; Nr. 35, Schriftverkehr Gau Ostpreußen,

Koch gelang es zwar, die Danziger NSDAP wiederzubeleben, da ihm aber die Zeit fehlte, sich intensiv um den Nachbargau zu kümmern, und er unter den von ihm „erzogenen“ Funktionären keinen geeigneten Stellvertreter für diese Aufgabe fand, sah er sich Anfang 1930 gezwungen, einen aus dem Westen zugewanderten Funktionär, Bruno Fricke, als hauptamtlichen Geschäftsführer anzustellen.⁴⁰ Fricke, der auch die Danziger SA führte, erwies sich als äußerst tüchtig und ambitioniert. Er nahm praktisch alle Aufgaben eines Gauleiters wahr – wodurch Kochs Hoheit über Danzig im Grunde obsolet wurde. In den Augen Kochs wurde Fricke unhaltbar, als er damit begann, eigenständig Politik zu betreiben, in Ostpreußen Spenden zu sammeln und eine eigene Zeitung zu gründen. Der Gauleiter sah seine Autorität und seine Geldquellen bedroht und entließ den Geschäftsführer Mitte Juli 1930. Seine Versuche, ihn auch aus der Partei auszuschließen, scheiterten aber, da Fricke sich darauf berief, dass er als SA-Führer nur mit Zustimmung des „Obersten SA-Führers“ relegiert werden könne.⁴¹ Fricke machte jetzt sogar ganz offen bekannt, selbst Gauleiter werden zu wollen. Die meisten Danziger Parteigenossen, die mittlerweile in ihm und nicht in Koch denjenigen sahen, der die Parteiarbeit in Danzig leistete, unterstützten ihn und wählten eine neue, von Ostpreußen unabhängige Gauleitung. Koch hingegen fehlten die Gewährsmänner vor Ort, die seinen Führungsanspruch hätten durchsetzen können.⁴²

Koch wurde dadurch im Spiel gehalten, dass er die besseren Verbindungen in die Parteizentrale besaß, während Fricke sich nur auf den für Ostdeutschland zuständigen Stellvertreter des „Obersten SA-Führers“, Walter Stennes, berufen konnte. Stennes wiederum befand sich in einer Fehde mit dem Berliner Gauleiter Goebbels, in der es grundsätzlich um das Verhältnis zwischen „Politischer Organisation“ (PO) und SA ging.⁴³ Als dieser Streit

1929/30; BA Berlin, NS 22/1065, Koch an Straßer, 30.10.28; Koch an Organisationsabteilung, 10.11.28; BDC Hohnfeldt, Schriftverkehr Gau Danzig, 1928.

⁴⁰ BA Berlin, BDC, PK Fricke; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 35, Schriftwechsel Gau Ostpreußen, 1929/30.

⁴¹ BA Berlin, BDC, SL 49, Blatt 200-209, Schriftverkehr Gau Ostpreußen, 1930; NS 22/1065, Aktennotiz Maass, 5.7.30; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 35, Blatt 18, Nachrichtenblatt Gau Danzig, 1.4.30; Blatt 29, Koch an Fricke, 19.4.30; LEVINE, S. 25.

⁴² GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 35, Schriftverkehr Gau Ostpreußen, 1930; BA Berlin, BDC Hohnfeldt, Schriftverkehr Gau Danzig, September 1930; BDC, SL 49, Blatt 215-217, Vertreter Gau Danzig an Hitler, 20.7.1930; NS 22/1065, Organisationsabteilung I an Gauleitung Ostpreußen, 3.6.30; LEVINE, S. 26f.

⁴³ BA Berlin, BDC, SL 49, Blatt 205, Koch an Buch, 15.7.30; Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 437-441; BESSEL, Violence, S. 62-65; ORLOW, History I, S. 211-213; MOREAU, S. 71-80, 212; KOEHL, Black Corps, S. 38f, 45f; TYRELL, Führer, S. 227; BRÄUNINGER, S. 125-150.

zeitweilig beigelegt wurde, verlor Fricke diesen Rückhalt und wurde sofort von der Reichsleitung angegriffen. Gregor Straßer wertete Fricke's Verhalten – wohl auf Intervention Kochs hin – als Teil der „Rebellion“ der SA gegen die PO und löste den Gau Danzig auf. Mit der Führung der örtlichen NSDAP beauftragte er erneut Koch, der sich aber auch jetzt nicht durchsetzen konnte – wieder fehlten ihm die geeigneten Funktionäre.⁴⁴

In Danzig kehrten erst wieder geordnete Verhältnisse ein, als Göring und Hitler Fricke am 24. September 1930 aus der Partei ausschlossen und die Auflösung des Gaus bestätigten. Am 24. Oktober wurde schließlich ein neuer Gauleiter, der Franke Albert Forster, eingesetzt, womit Kochs Einfluss auf den Nachbargau endgültig beendet wurde.⁴⁵ Seinen Gegenspieler Fricke hatte er zwar mit Hilfe der Reichsleitung aus der Partei drängen können, da es ihm aber nicht gelang, Danzig durch fähige und loyale Unterführer unter Kontrolle zu bekommen, verlor er die Kontrolle über dieses politisch bedeutende Gebiet.

In Ostpreußen selbst war die Situation eine andere, denn Koch war hier unbestritten derjenige, der die Partei aufgebaut hatte und nun erfolgreich führte. Dennoch entstanden durch das schnelle Wachstum der „Bewegung“ und durch ihre Erfolge, die Begehrlichkeiten weckten, aber auch Schwachstellen offen legten, zahlreiche Konflikte. Engagierte „alte“ Parteiaktivisten, die ihre Ämter ehrenamtlich führten, reagierten empört, wenn Koch die neuen Zwischeninstanzen mit seinen jungen, besoldeten Funktionären besetzte. Sie warfen den „Jungen“ vor, sie seien mehr an den „Fleischtöpfen“, die die Bewegung dank ihrer Opfer nun anzubieten habe, interessiert, als an der „Idee“.⁴⁶ Persönliche Unzulänglichkeiten einzelner Funktionäre nährten diese Vorwürfe zusätzlich. Bei vielen Mitgliedern wurden durch den schnellen Aufstieg auch Ambitionen nach höheren Ämtern geweckt, die sie oft nur durch das Ausbooten ihrer Vorgesetzten befriedigen zu können glaubten. So entstand 1931 auch der Konflikt mit dem Parteigenossen Usadel, der mit der Auflösung der traditionsreichen Ortsgruppe Insterburg endete.

⁴⁴ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 35, Blatt 105, Koch an v. Wnuck, 5.9.30; Blatt 111f, Petition an Straßer, 10.9.30; Blatt 121, Straßer an Meller, 18.9.30; BA Berlin, NS 22/1065, Straßer an Koch, 17.9.30; BDC Hohnfeldt, Greiser an Göring, 4.10.30; unvollständiger Brief an Straßer, 4.10.30; Vgl. STACHURA, Strasser, S. 88; LEVINE, S. 29.

⁴⁵ ALBRECHT TYRELL, Der Wegbereiter, in: Demokratie und Diktatur, hg. v. MANFRED FUNKE u.a., Düsseldorf 1987, S. 178-197; KERSHAW, Hitler I, S. 441; BESSEL, Violence, S. 58; Völkischer Beobachter, 28./29.9.30; SCHENK, Hitlers Mann, S. 11f, 30-33.

⁴⁶ Vgl. BA Berlin, BDC, OPG Usadel, Erklärung Fuchs, 28.5.31; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28; Rep. 240, Nr. 7, Schriftverkehr Gau Ostpreußen, 1930-32; TYRELL, Führer, S. 146-148.

Dr. Georg Usadel, ein Studienrat aus Insterburg, trat zwar 1929, zu Beginn der Ära Koch, der NSDAP bei, und machte dort schnell Karriere bis hin zum Gauamtsleiter⁴⁷, gehörte aber nicht zu den vom Gauleiter „erzogenen“ Funktionären, denn dazu war er zu selbständig. Er sprach sich für eine Kooperation mit der DNVP aus und kritisierte den selbstherrlichen Führungsstil seines Gauleiters, dessen Umgang mit der SA sowie seinen rüden Tonfall. Außerdem hegte er Aversionen gegen einen engen Mitarbeiter Kochs, den stellvertretenden Insterburger Gaukommissar Erich Fuchs, dem auch von dritter Seite mangelnde Dienstauffassung und ein lockerer Lebenswandel vorgeworfen wurde.⁴⁸ Da Fuchs sich aber stets vorbehaltlos mit dem Gauleiter solidarisierte, benutzte Koch ihn in Insterburg als Gegengewicht zu Usadel.⁴⁹

Im Mai 1931 wurden im Gau Pläne des Reichsorganisationsleiters bekannt, eine Zwischeninstanz zwischen Hitler und den Gauleitern zu schaffen – was allerdings erst im September 1932 durch die Einführung von Landesinspektionen kurzzeitig verwirklicht wurde. Gerüchten zufolge war Koch als „politischer Oberkommissar“ für Pommern, Danzig und Ostpreußen im Gespräch, und Usadel hoffte, ihn dann als Gauleiter beerben zu können. Dies führte zu einer Konfrontation mit Koch, der Heidrich als seinen Nachfolger auserkoren und außerdem von Usadels Kritik an seiner Person und dessen Kontakten zu „reaktionären Elementen“ erfahren hatte. Koch versuchte deshalb Ende Mai 1931, Usadel wegen parteischädigendem Verhalten und „Meuterei“ aus der Partei auszuschließen.⁵⁰

Usadel war jedoch in die SA eingetreten, um sich der Disziplinalgewalt des Gauleiters zu entziehen, und stellte nun seinerseits einen Ausschlussantrag gegen Koch. Koch schädige die Partei durch sein Verhalten ihm gegenüber, seine Kontakte zum Abtrünnigen Otto Straßer und dadurch, dass er den Parteigenossen verbiete, sich am Grenzschutz zu beteiligen.

⁴⁷ Georg Usadel, 1900-1941, 1.6.29 Pg. Nr. 136046, Bezirksleiter, dann Gaukommissar, Gaufachberater für Rasse und Kultur, HJ-Führer, Stadtrat in Insterburg, ab 1930 Mitglied des Reichstags (BA Berlin, BDC, PK Usadel; OPG Usadel; HELMUT NEUBACH, Usadel, Georg, in: *Altpreußische Biographie*. Band IV, hg. v. ERNST BAHR/ GERD BRAUSCH, Marburg/ Lahn, 1995, S. 1165f).

⁴⁸ BA Berlin BDC, OPG Koch, Bericht Nitschmann, 11.1.32 [im Original fälschlich auf 1931 datiert]; Aussage Vogel, 14.1.32; Mappe Gauleiter Koch ./ Major Krause; OPG Usadel, Erklärung Fuchs, 28.5.31; Aussage Niekerken, 13.1.33, 13.2.33; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 51, Blatt 28, Brief an Gauleitung, 16.9.28.

⁴⁹ Vgl. BA Berlin, BDC, PK Fuchs, Fuchs an Straßer, 8.6.32; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 37, Blatt 25-31, Berichte Gaukommissare, 1930-32.

⁵⁰ BA Berlin, BDC, PK Fuchs, Koch an Hitler, 30.5.31; Koch an Buch, 30.5.31; Vgl. HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 59, 132; KISSENKOETTER, S. 67-72; ORLOW, History I, S. 273; STACHURA, Strasser, S. 86; NOAKES, Viceroy, S. 122f; ZIBELL, S. 132f.

Der Reichs-USchla hielt die Vorwürfe beider Seiten für überzogen und erwirkte eine gütliche Einigung, deren wichtigstes Ergebnis die Versetzung Fuchs' in einen anderen Bezirk war.⁵¹

Der Konflikt brach im Vorfeld der Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 wieder auf, als Koch erfolglos versuchte, seine schärfsten innerparteilichen Konkurrenten, darunter Usadel, von den Wahllisten streichen zu lassen.⁵² Da jetzt die gesamte Führung der Ortsgruppe Insterburg gegen ihn opponierte, versetzte er einen seiner Vertrauten, eben jenen umstrittenen Gaukommissar Fuchs, dorthin, was die Stimmung aber nur noch mehr anheizte. Die Insterburger strengten sogar ein – erfolgloses – Uschla-Verfahren gegen Fuchs an. Selbst als Koch die Ortsgruppe am 7. Juli in einer tumultartigen Sitzung auflöste, beruhigte sich die Lage nicht – die renitenten Parteigenossen beschwerten sich bei Hitler und beim schlesischen Gauleiter Helmuth Brückner, der, und nicht wie erwartet Koch, zum Landesinspekteur und damit quasi zum Vorgesetzten des Gauleiters ernannt worden war.⁵³ Aus der Führungsriege der Partei erhielten sie jedoch keinerlei Unterstützung, vielmehr erteilten ihnen die Disziplinierungsorgane des Gaues eine Lektion in Sachen Führerprinzip: Der Kreis-USchla schloss auf Antrag Fuchs' die Rädelsführer aus der Partei aus und begründete das damit, dass deren Vorwürfe gegen Fuchs zwar gerechtfertigt gewesen seien, sie hätten sich aber disziplinlos verhalten, indem sie gegen Fuchs vorgegangen seien.⁵⁴ Koch selbst nahm Mitte Juli die Neugründung der Ortsgruppe vor und betonte dabei in seiner Ansprache ausdrücklich, dass jeder, der sich nicht bedingungslos und unter Zurückstellung der eigenen Meinung der Partei und den von ihm eingesetzten Führern unterordne, die NSDAP verlassen müsse. In diesem Sinne setzte er Fuchs, den er als vollkommen rehabilitiert bezeichnete, als kommissarischen Leiter der Insterburger Ortsgruppe ein.⁵⁵

⁵¹ BA Berlin, BDC, OPG Usadel, Usadel an Buch, 29.5.31; Koch an Buch, 30.5.31; Uschla Reichsleitung an Usadel, 2.6.31; Aktennotiz Reichs-USchla, 8.6.31; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 128c, Blatt 26-28, Brief ohne Absender und Adressaten, 28.6.31.

⁵² Vgl. BA Berlin, NS 26/546, Schriftwechsel Koch mit Frick, 1932; ROHRER, Macht, S. 153-229.

⁵³ BA Berlin, NS 26/546; NS 36/3; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 51, Schriftverkehr Ortsgruppe Insterburg, 1931/32.

⁵⁴ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 51, Blatt 47, Richter an Hitler, 29.8.32; BA Berlin, NS 22/436, 437, 546, NS 36/3, Schriftverkehr Ortsgruppe Insterburg, 1931-1936; Der Kreisrichter führte ausdrücklich an, dass gegen Fuchs nicht vorgegangen worden sei, weil dieser „kolossale Rückendeckung bei der Gauleitung“ gefunden habe (Ebd., Beauftragter der Parteileitung an OPG, 19.3.35; Gaugericht Ostpreußen an OPG, 19.3.36; Fuchs an OPG, 23.10.34).

⁵⁵ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 51, Blatt 231, Schreiben Dawartz, 13.7.32.

In der Folgezeit brach der Widerstand der „Dissidenten“, von denen sich sogar Usadel abwandte, schnell zusammen.⁵⁶ Sie waren am Selbstverständnis und an der Organisationsstruktur der NSDAP gescheitert. Das „Führerprinzip“ kannte keine Opposition, und Beschwerden gegen einzelne Parteiführer wurden nur dann als relevant betrachtet, wenn sie durch eine entsprechende Machtposition abgesichert wurden, da der Parteispitze daran gelegen war, die hierarchische Ordnung zu erhalten. Koch verfügte über gute Kontakte zur Reichsleitung und konnte seine gesamte Organisation gegen die Insterburger Parteigenossen nutzen, während es diesen nicht gelang, zu Hitler vorzudringen, der zu dieser Zeit mehrfach in Begleitung Kochs durch Ostpreußen reiste.⁵⁷ Damit verloren die Angriffe auf den erfolgreichen Gauleiter jede Erfolgsaussicht, zumal die geäußerte Kritik im Grunde nur das Verhalten der meisten Gauleiter beschrieb und daher parteiintern nicht als Skandal aufgefasst wurde.⁵⁸

Usadel erkannte das. Er arrangierte sich mit Koch und konnte seine Karriere als NS-Funktionär und ab April 1933 als Ministerialbeamter in Berlin fortsetzen.⁵⁹ Die Insterburger Ortsgruppenleitung konzentrierte ihren Kampf dagegen nicht auf Koch, sondern auf Fuchs, und eröffnete dem Gauleiter damit die Gelegenheit, ähnlich wie Hitler im Reich als Ordnungsfaktor aufzutreten.⁶⁰ Koch war nicht daran gelegen, Kritikpunkte sachlich zu prüfen, er verteidigte vielmehr seine Machtposition und die von ihm aufgebaute Hierarchie mit allen Mitteln, was das Ansinnen der Insterburger nur noch aussichtsloser machte. Kochs Machtstruktur konnte ohne den Einsatz einer ähnlichen Gegenmacht nicht aufgebrochen werden.

4.2. „Meuterei“ – Nebenorganisationen und gauinterne Konflikte

Trotz dieser klaren Machtverhältnisse kam es in Ostpreußen immer wieder zu ähnlichen, wenn auch meist weniger spektakulären Auseinandersetzungen. Ein gewichtiger Grund dafür lag in Kochs Umgang mit einigen

⁵⁶ Ebd., Blatt 41-47, 51f, 232-234, 236, Schriftverkehr Ortsgruppe Insterburg, 1932-1936; BA Berlin, NS 36/3, Liste Gaugericht Insterburg, 24.7.35; MCKALE, S. 113.

⁵⁷ Vgl. BA Berlin, NS 36/3, Dietrich an Hitler, 13.7.32.

⁵⁸ KERSHAW, Hitler I, S. 357, 378-380, 452; FRANK BAJOH, Parvenüs und Profiteure, Frankfurt/ Main 2001, S. 20; ORLOW, History I, S. 2f; TYRELL, Führer, S. 146; BRÄUNINGER, S. 146-148, 177, 181f.

⁵⁹ BA Berlin, BDC Usadel; BDC, OPG Usadel, Koch an Buch, 17.2.33; Buch an Koch, 10.3.33; Beschluss OPG, 2.5.34; ROHRER, Macht, S. 609.

⁶⁰ Vgl. ORLOW, History I, S. 80; KERSHAW, Hitler I, S. 360.

Nebenorganisationen der Partei. Er zeigte ihnen gegenüber nur wenig Interesse und überließ es engagierten Parteigenossen, zweitrangige Organisationen wie Berufsverbände zu gründen.⁶¹ Der SS gegenüber zeigte sich der Gauleiter besonders reserviert, wahrscheinlich, weil er wegen des Elite- und Ordenscharakters, den die SS schon zu diesem Zeitpunkt pflegte, zu wenig Einflussmöglichkeiten auf Himmlers Organisation sah. Für ihre eigentliche Aufgabe, den Schutz hoher Parteiführer, brauchte Koch sie auch nicht, denn er ließ im März 1932 eine eigene „Schutzabteilung“ aus SA-Männern aufstellen, die in Ausstattung und Aufgabe stark der SS glich. Der „schwarze Orden“ trat vor der „Machtergreifung“ in Ostpreußen deshalb kaum in Erscheinung. Dennoch pflegte Koch ein gutes Verhältnis zu den für Ostpreußen zuständigen SS-Führern Werner Lorenz und Hans Adolf Prützmann, die während des Dritten Reiches zu seinen wichtigsten Verbindungsmännern zur SS gehörten.⁶²

Kochs Verhältnis zur Führung der SA gestaltete sich dagegen wesentlich konfliktreicher. Die einzige Organisation, die bereits vor seiner Ankunft in Ostpreußen existierte, war ein wichtiges und effektives Propagandainstrument und trug viel zum Erfolg der NSDAP bei.⁶³ Unter den einfachen SA-Männern konnte der Gauleiter durch sein betont zur Schau gestelltes kameradschaftliches Verhalten viele Sympathien erwerben. So nahm er unter anderem Jiu-Jitsu-Prüfungen ab, die im Rahmen des militärischen Drills der SA abgehalten wurden.⁶⁴

Dennoch entstanden Spannungen zur Parteitruppe, da diese eine Parallelorganisation zur „Politischen Organisation“ bildete, ohne dass ein von beiden Seiten akzeptierter Modus Vivendi definiert worden war. Die Parteiführer betrachteten die SA als ein der PO nachgeordnetes Hilfsinstrument, was sie formal auch war. Dem Selbstverständnis und der Organisationsstruktur der Parteitruppe entsprach dies aber ganz und gar nicht. Die lokalen und regionalen SA-Formationen waren den entsprechenden politi-

⁶¹ BESSEL, Violence, S. 25; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 31, Blatt 181, SA-Chronik, undatiert.

⁶² Ebd., Rep. 10, Tit. 36, Nr. 29, Nr. 30, Polizeiberichte, 1929-32; BESSEL, Violence, S. 31, 66; HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 59; KOEHL, Black Corps, S. 29; VALDIS O. LUMANS, Werner Lorenz – Chef der „Volksdeutschen Mittelstelle“, in: Die SS, S. 332-345, hier S. 335; BA Berlin, BDC, SSO Prützmann.

⁶³ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 31, Blatt 179-190, SA-Chronik, undatiert; Rep. 10, Tit. 36, Nr. 30, Polizeiberichte, 1929-32; Vgl. PYTA, S. 327; BESSEL, Violence S. 48; CAMPBELL, S. 2; MERKL, S. 427, 430f; THOMAS BALISTIER, Gewalt und Ordnung, Münster 1989, passim; DERS., Die Tatpropaganda der SA, in: Propaganda, S. 23-34; KATER, passim; SCHULZ, Ästhetisierung, S. 176-189.

⁶⁴ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 31c, Blatt 203, Beitrag zur Gauchronik, undatiert; Vgl. BESSEL, Violence, S. 48.

schen Leitern offiziell unterstellt, wurden zugleich aber zentral aus München geführt und verfügten über eigene, von der PO unabhängige Kommandostrukturen. Ihre Mitglieder betrachteten sich als *die* revolutionäre Kerntruppe der „nationalen Revolution“, die die Hauptlast des Kampfes trage, und glaubten fest daran, die entscheidende Kraft zu sein, die den Nationalsozialismus an die Macht bringen würde. In ihrer Weltanschauung nahm die Verehrung der eigenen Dynamik quasi den Platz einer Ideologie ein, vom Legalitätskurs der „Politiker“ hielten die sich soldatisch gebärdenden SA-Männer dagegen wenig. Sie blickten insgeheim abschätzig auf die „Zivilisten“ herab und wollten sich ihnen nicht unterordnen.⁶⁵

Auch in Ostpreußen führten diese grundsätzlichen Unterschiede zwischen PO und SA zu größeren Auseinandersetzungen. Hinzu kam die finanzielle Abhängigkeit der SA von der PO, die zahlreiche Beschwerden von SA-Führern, die sich benachteiligt sahen, zur Folge hatte. Bis zur Machtergreifung bekam Koch die SA nie vollständig unter Kontrolle, einige Male mussten zur Disziplinierung ganze SA-Einheiten aufgelöst werden.⁶⁶ Mitte Juli 1930 versuchte er, aus dem Scheitern Frickes Kapital zu schlagen. Mit Hinweis auf die Konstellation um Danzig und Stennes regte er bei Straßer an, die ostpreußische SA aus der reichsweiten Hierarchiekette zu lösen und den neu ernannten Oberführer Ostpreußens, Karl-Siegfried Litzmann⁶⁷, direkt dem „Obersten SA-Führer“ zu unterstellen. Er hoffte wohl, den in der Nähe Insterburgs ansässigen Litzmann besser kontrollieren zu können, wenn dieser nicht unter dem Einfluss regionaler Zwischengewalten stand. Seine Rechnung ging allerdings nicht auf. Ernst

⁶⁵ HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 65-71; BESSEL, Violence, S. 19, 26-28, 57f, 151-153; DERS., Militarismus, S. 212; CAMPBELL, S. 30; HELMUT NEUBACH, Helmuth Brückner, in: *Jahrbuch der schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau* 38/39/1997/98, S. 783-798, hier S. 788; ANDREAS WAGNER, Mutschmann gegen von Killinger, Beucha 2001, passim; WILLIAM VARGA, *The Number One Nazi Jew-Baiter*, New York 1981, S. 176-179; ZIBELL, S. 173-176; KÜHNEL, S. 65, 68, 360; PAUL SAUER, Wilhelm Murr, Tübingen 1998, S. 184; MATHILDE JAMIN, Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: *Führerstaat*, S. 329-360, hier S. 329; KERSHAW, Hitler I, S. 437; KOEHL, Black Corps, S. 31; MERKL, S. 428f, 436f; ORLOW, History I, S. 101; HORN, Strukturprobleme, S. 199, 201f.

⁶⁶ BA Berlin, NS 22/1065, Briefwechsel Koch mit Straßer 1929/32; BDC, OPG Koch, Bericht Nitschmann, 11.1.32 [im Original fälschlich auf 1931 datiert]; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 323, 373; Nr. 34, Blatt 102f, Polizeiberichte, 1929, 1931; Rep. 240, Nr. 7, Blatt 41, Rundschreiben Heidrich, 1.5.30; BESSEL, Violence, S. 55f, 61; KERSHAW, Hitler I, S. 439; CAMPBELL, S. 87; HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 69f; SCHIEDER, NSDAP, S. 147-149; BEHRENS, S. 115; BRÄUNINGER, S. 127f, 131f, 146-148; MEYER ZU UPTRUP, S. 174-176; ORLOW, History I, S. 164f.

⁶⁷ Karl-Siegfried Litzmann, * 1.8.93, 1935 Volksgerichtshof, 1941 Generalkommissar Estland (Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 439; MERGEL, S. 433; BDC, PK, SSO Litzmann, Karl-Siegfried).

Röhm, der zu Beginn des Jahres 1931 die oberste Führung der SA übernahm, war nicht bereit, den ostpreußischen Standarten einen Sonderstatus zuzugestehen, sie blieben fest in die Hierarchie eingebunden. Auch Litzmann selbst entzog sich weitgehend der Einflussnahme Kochs.⁶⁸

Neben den bereits genannten Punkten belastete auch die schon von Usadel kritisierte Weigerung Kochs, Partei- und SA-Angehörige am Grenzschutz teilnehmen zu lassen, das Verhältnis der beiden NS-Funktionäre. Die Grenzschutzverbände waren im Rahmen der Reichswehr organisierte, halb private, milizartige Formationen, die das als unzulänglich empfundene 100 000-Mann-Heer im Falle eines Angriffs auf das Reich unterstützen sollten. Im als besonders gefährdet geltenden Ostpreußen wurden entsprechend große Verbände aufgestellt, an den Planungen beteiligten sich wichtige Behörden und „bedeutende Teile der Bevölkerung“, darunter auch das SPD-nahe „Reichsbanner“, das im übrigen Reichsgebiet „fast nirgends“ dazu herangezogen wurde.⁶⁹ Die SA hingegen spielte entgegen ihrem Selbstverständnis im Grenzschutz generell kaum eine Rolle, auch in Ostpreußen nicht. Für die SA wie für die NSDAP stellte dies ein Imageproblem dar, da eine sich national gebärdende Organisation in einer Provinz, in der die Angst vor einer außenpolitischen Bedrohung weit verbreitet war, kaum auf Erfolg hoffen konnte, wenn sie sich nicht an den Abwehrmaßnahmen beteiligte. Auch das militärische Selbstverständnis der SA ließ ein Fernbleiben kaum zu, zumal der Stabschef des Wehrkreiskommandos, Oberst Walter von Reichenau, der später zu den glühendsten Hitler-Verehrern in der Generalität zählte, ein Engagement der SA befürwortete.⁷⁰

⁶⁸ BA Berlin, BDC, SL 49, Blatt 208-211, Koch an Straßer, 15.7.30; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 35, Blatt 79, Koch an Fricke, 15.7.30; Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 439, 442.

⁶⁹ FRANCIS L. CARSTEN, *Reichswehr und Politik 1918-1933*, 3. Auflage, Köln, Berlin 1966, S. 293f, 394; Vgl. KURT BURK, *Planungen und Maßnahmen der Reichswehr zur Sicherung der deutschen Ostgrenzen*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 2/1990, S. 41-64, hier S. 45-47; JÜRGEN LÖFFLER, *Walther von Brauchitsch*, Frankfurt/ Main 2001, S. 61-64; THILO VOGELSANG, *Reichswehr, Staat und NSDAP*, Stuttgart 1962, S. 157; BESSEL, *Militarismus*, S. 194-196; BITTER, S. 30-33; GERHARD MEINCK, *Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933-1937*, Wiesbaden 1959, S. 9; GROEBEN, *Verwaltung*, S. 153-157; ORLOW, *History I*, S. 216.

⁷⁰ BA Berlin, NS 22/1065, Koch an Straßer, 22.7.31; Vgl. BESSEL, *Violence*, S. 67-74; LARS JOCKHECK, *Der „Völkische Beobachter“ über Polen 1932-1934*, Hamburg 1999, S. 2; CARSTEN, S. 394; IMMO VON FALLOIS, *Kalkül und Illusion*, Berlin 1994, S. 36-45; WALTER GÖRLITZ, *Die Junker*, zweite ergänzte und erweiterte Auflage, Glücksburg 1957, S. 354f, 396; BERND BOLL, *Generalfeldmarschall Walter von Reichenau*, in: *Hitlers militärische Elite* 1, S. 195-202; BRENDAN SIMMS, *Walther [sic!] von Reichenau*, in: *Militärelite*, S. 423-445.

Es war allein der Gauleiter, der eine stärkere Einbindung der SA in den Grenzschutz verhinderte. Wie viele Nationalsozialisten misstraute er der 1930 neu berufenen Reichswehrführung, da er fürchtete, sie könnte die Armee gegen die NSDAP einsetzen. Er berief sich auf einen Befehl Hitlers, in dem es hieß, Nationalsozialisten sollten nicht zur Verteidigung Deutschlands beitragen, solange dieses von „diesem System“ geführt werde. Außerdem sollten nationalsozialistische Aktivisten aus disziplinarischen Gründen ausschließlich nationalsozialistischen Organisationen angehören, was auch Koch dazu bewog, Kontakte der SA mit der Reichswehr, die sich seiner direkten Kontrolle entzogen, zu unterbinden. Er ordnete daher an, dass SA-Mitglieder nur noch an Reichswehrkursen teilnehmen durften, um sich auf diesem Wege eine militärische Ausbildung zu verschaffen, und um Waffenlager auszukundschaften. Viele SA-Männer verließen daraufhin den Grenzschutz.⁷¹

Der Stabschef der SA, Ernst Röhm, konnte im April 1931 durch Verhandlungen mit der Reichswehr einerseits und der Parteiführung andererseits erreichen, dass letztere die Teilnahme am Grenzschutz ausdrücklich genehmigte. Koch versuchte zwar noch kurze Zeit, seine gegenteiligen Befehle aufrechtzuerhalten, musste dann aber einlenken.⁷²

Das Verhältnis der ostpreußischen SA zur Reichswehr entwickelte sich in der Folgezeit ausgesprochen gut⁷³, obwohl der Gauleiter weiterhin versuchte, zu intervenieren. Im Spätsommer 1932 nahm er sogar Kontakt mit Reichswehrminister Kurt von Schleicher auf, worüber sich die Münchner SA-Führung sehr verärgert zeigte.⁷⁴ Auch die ostpreußische Reichswehrführung zeigte sich über das Verhalten des Parteiführers sehr pikiert, vor allem seine ständigen Querelen mit der SA störten sie. Oberst von Reichenau wandte sich Ende 1932 mit der Bitte an Hitler, „es möchte eine besondere Weisung an die Parteileitung und S.A.-Führung in Ostpreußen ergehen, im innerpolitischen Kampf der N.S.D.A.P. in dieser Provinz Rücksicht auf die schweren außenpolitischen Gefahren zu nehmen.“⁷⁵ Der

⁷¹ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 30, Blatt 174, Rundschreiben Röhm, 13.1.31; FRANZ VON PAPEN, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 247f; WAGNER, S. 72; BESSEL, *Violence*, S. 69; THOMAS MARTIN SCHNEIDER, *Reichsbischof Ludwig Müller*, Göttingen 1993, S. 86f; VOGELSANG, *Reichswehr*, S. 118; CAMPBELL, S. 90; BOLL, S. 196f; ORLOW, *History I*, S. 68.

⁷² Ebd., S. 233f; BA Berlin, BDC, OPG Usadel, Koch an Buch, 30.5.31; NS 22/1065, Schulz an Koch, 21.5.31.

⁷³ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 30, Blatt 283, Polizeibericht, 23.12.32; SCHNEIDER, *Reichsbischof*, S. 86f; BESSEL, *Violence*, S. 69.

⁷⁴ BA Berlin, BDC, O 985 II, Rundschreiben Röhm, 13.8.32.

⁷⁵ Hitler an Reichenau, 4.12.32, zitiert nach: THILO VOGELSANG, *Hitlers Brief an Reichenau vom 4. Dezember 1932*, in: VfZ 7/1959, S. 429-437, hier S. 433.

Offizier hielt das Auftreten der ostpreußischen Nationalsozialisten also für eine Gefahr der nationalen Sicherheit – nicht gerade ein Kompliment für den nationalen Vorkämpfer Koch.

Tatsächlich eskalierte der Konflikt zwischen dem Gauleiter und SA-Führer Litzmann seit dem Spätjahr 1931 immer mehr, weil Koch jede wie auch immer geartete Selbständigkeit Litzmanns bekämpfte. Damit machte er sich Feinde, weshalb immer häufiger kolportiert wurde, der Gauleiter werde abgelöst. Koch, der Litzmann ebenso bespitzeln ließ wie dieser ihn, beschwerte sich häufig bei seinem Freund Gregor Straßer, Litzmann arbeite systematisch gegen ihn. Im Dezember kündigte er schließlich an, im Jahr 1932 mit dem SA-Führer nicht mehr persönlich zusammenarbeiten zu wollen.⁷⁶ Seine Gegner antworteten mit den altbekannten Vorwürfen, wobei sie Kochs mangelnde Kooperationsfähigkeit mit den Konservativen und seine Kontakte zu Otto Straßer besonders heraushoben, aber auch angebliche finanzielle Unregelmäßigkeiten und Abhängigkeiten in der Gauleitung sowie den Umgang mit Heidrich monierten. In der Provinz, so hieß es, sei jedem klar, dass Koch nicht der geeignete Führer sei. Litzmann äußerte Röhm gegenüber ganz offen, es sei im Interesse seiner Aufgaben, wenn er in ein „übergeordnetes Verhältnis“⁷⁷ gegenüber Koch gelangen würde. Röhm wandte sich daraufhin am 26. Januar 1932 mit der Bitte, ein Verfahren gegen Koch zu eröffnen, an den Vorsitzenden des Reichs-USchla Buch.⁷⁸ Damit wurde Koch erstmals direkt von einem Spitzenfunktionär der „Bewegung“ angegriffen – offenbar jedoch ohne Erfolg, denn von einem Verfahren gegen Koch ist nichts bekannt.

Im Vorfeld der Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 ging die Auseinandersetzung in eine neue Runde, da der Gauleiter – erfolglos – versuchte, die Kandidatur von SA-Führern zu verhindern. Die Stimmung zwischen den beiden Gruppierungen war so vergiftet, dass die SA nicht überall am Wahlkampf teilnahm.⁷⁹ Der überwältigende Wahlsieg, der auch Litzmann einen Sitz im Reichstag einbrachte, beruhigte die Situation nicht, vielmehr trat jetzt ein neuer Konflikt mit einer weiteren Nebenorganisation auf, dem „agrarpolitischen Apparat“.

Diese Agrarorganisation besaß in Ostpreußen einen von Koch im Dezember 1929 gegründeten Vorgänger, den „Nationalsozialistischen Bauern-

⁷⁶ BA Berlin, BDC, SL 49; NS 22/1065, Schriftwechsel Koch mit Straßer, 1931/32.

⁷⁷ Ebd., BDC, OPG Koch, Litzmann an OSAF, 20.1.32; Vgl. Bericht Nitschmann, 11.1.32; Litzmann an OSAF, 20.1.32; Aussage Bobrowski, 21.1.32.

⁷⁸ Ebd., OSAF an Buch, 26.1.32.

⁷⁹ BA Berlin, NS 26/546, Schriftwechsel Koch mit Frick, Wahlvorschlag der SA, 1932; BESEL, Violence, S. 60.

und Siedlerbund“ (NSBSB).⁸⁰ Mit ihm hatte Koch für die Partei Neuland erschlossen, denn die NSDAP verfügte zu diesem Zeitpunkt weder über ein Agrarprogramm noch über eine für die Landwirtschaft zuständige Organisation.⁸¹ Die NSDAP, und allen voran Kochs Freund Otto Straßer, sammelte ihre ersten Erfahrungen mit einer radikalen Bauernbewegung 1928 in Schleswig-Holstein, und es kann davon ausgegangen werden, dass Koch in dem Moment, in dem die dortigen Ereignisse auch in Ostpreußen Wirkung zeigten, von Otto Straßer über dessen Vorgehen in Norddeutschland ins Bild gesetzt wurde. Koch jedenfalls wollte nicht nur die radikalisierten Bauern für seine Zwecke vereinnahmen, er wollten seinen Bauernbund auch als zweites, nicht direkt mit der Partei verbundenes politisches Standbein nutzen und sich so eine gewisse Unabhängigkeit von der Parteileitung verschaffen.⁸²

Koch baute den NSBSB mit großem Aufwand als rein politischen Verband auf, der sich in Rhetorik und Auftreten wenig von der NSDAP unterschied – abgesehen davon, dass sich die Propaganda, die sich stark an den Ideen Gregor Straßer orientierte, vor allem mit Agrarthemen beschäftigte, gegen die Landwirtschaftsverbände polemisierte und eine „Bauernrevolution“ forderte. Obwohl sich der Bund ausdrücklich als „Not-, Brot- und Kampfgemeinschaft“ vom „größten Grundbesitzer bis zum ärmsten Landarbeiter“⁸³ bezeichnete, wurde er sowohl von Gutsbesitzern als auch von Landarbeitern als einseitig bäuerlich orientierte Interessenorganisation kritisiert.⁸⁴ Die taktische Beweglichkeit, die Hitler von seinen Funktionären

⁸⁰ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 31, Blatt 26, Oberpräsident an Regierungspräsident, 21.1.30; Blatt 32, Regierungspräsident an Oberpräsident, 6.3.30.

⁸¹ Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 384-394; KÜHNLE, Linke, S. 79-82; STACHURA, Strasser, S. 67f; ORLOW, History I, S. 129-131; SCHIEDER, NSDAP, S. 150f; UWE SCHRÖDER, Auf dem Weg zur Massenpartei – Zur Entwicklung der Hitlerbewegung in Pommern 1922-1929, in: Pommern. Geschichte. Kultur. Wissenschaft, Greifswald 1991, S. 212-220, hier S. 217.

⁸² KOCH, Interview, S. 36; Vgl. IPN Warschau, SWWW 746, Lebenslauf Koch, Blatt 47; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 31, Blatt 26, Rundschreiben Oberpräsident, 21.1.30; Ostdeutscher Beobachter, 22.12.28, 19.1.30; MOREAU, S. 117-140; SCHÜDDEKOPF, S. 306; BANKIER, S. 7; HORST GIES, R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Frankfurt 1966, S. 27f; HANS BEYER, Die Landvolkbewegung Schleswig-Holsteins und Niedersachsens 1929-1932, in: Jahrbuch der Heimatgemeinschaft des Kreises Eckernförde 15/1957, S. 173-202; HERTZ-EICHENRODE, Politik, S. 75; DERS., Wende, S. 95f; GROEBEN, Land, S. 229f; BERGMANN/MEGERLE, S. 210-267; PYTA, S. 324; SCHÜDDEKOPF, S. 247, 306, 308; TILITZKI, Alltag, S. 23.

⁸³ Ostdeutscher Beobachter, 5.1.30; Vgl. Ebd., 22.12.29, 19.1.30; GSTA Berlin, XX. HA, Tit. 36, Nr. 31, Nr. 32, Dokumentensammlung NSBSB; HERTZ-EICHENRODE, Politik, S. 79-81; BERGMANN/MEGERLE, S. 229.

⁸⁴ PYTA, S. 337.

und Organisationen immer einforderte, war hier offensichtlich nicht gewährleistet.

Dieser taktischen Beweglichkeit wurde von der Parteiführung aber gerade in der jetzt entstehenden Agrarpolitik eine große Bedeutung zugewiesen. Die erste offizielle Äußerung der NSDAP auf diesem Feld, die „Parteiämtliche Kundgebung über die Stellung der NSDAP zum Landvolk und zur Landwirtschaft“⁸⁵ vom 6. März 1930, war deutlich in diesem Geist formuliert. In ihr wurde, ganz im Gegensatz zum „Straßer-Programm“ des Jahres 1925, das Recht der Landwirte auf Eigentum an ihrem Land und sogar, wenn auch in einer wenig überzeugend klingenden Formulierung, die Existenzberechtigung des Großgrundbesitzes anerkannt. Letzteres widersprach der Mystifizierung des schollenverbunden, mit eigener Hand die Erde beackernden Bauern durch die NSDAP, Hitler hatte aber die Bedeutung dieser Bevölkerungsgruppe, die der Republik in weiten Teilen ablehnend gegenüberstand und gerade im östlichen Deutschland einen wichtigen Multiplikator darstellte, erkannt, und wollte sie nutzen.⁸⁶ Da nun ausgerechnet in „Ostelbien“ mit Erich Koch, Friedrich Hildebrandt, Wilhelm Karpenstein und Helmuth Brückner vier „sozialistische“ Gauleiter, die stark gegen die Junker agitierten, die Partei führten, versuchte Hitler 1930/31 in privaten Gesprächsrunden selbst, diese Honoratioren von der NSDAP zu überzeugen – was ihm in vielen Fällen gelang, da auch in diesen Kreisen der Glaube weit verbreitet war, die NSDAP könne im Falle einer Machtübernahme auf die Hilfe erfahrener konservativer Kräfte nicht verzichten und könne dann sogar im Sinne der Konservativen gelenkt werden. Viele Adlige waren daher bereit, den Ausführungen Hitlers zu glauben und die Polemiken seiner „sozialistischen“ Paladine als rhetorischen Wahlkampfgetöse abzutun.⁸⁷

In Ostpreußen war es Graf Hermann zu Dohna-Finckenstein, der ab November 1931 Hitlers Anlaufstelle bildete. Er beherbergte und begleitete Hitler auf dessen Wahlkampftouren durch Ostpreußen und knüpfte für den „Führer“ gesellschaftliche Kontakte. Von Seiten der ostpreußischen Gauleitung wurden seine Bemühungen von Fritz-Dietlof von der Schulenburg, einem wichtigen Verbindungsmann Kochs zum konservativen Milieu,

⁸⁵ Abgedruckt in: FEDER, S. 10-15; Vgl. GIES, Darré, S. 32-34; BRUSTEIN, S. 93.

⁸⁶ FEDER, S. 12f; Vgl. KÜHNEL, Programmatik, S. 333; PYTA, S. 330, 338, 342, 350, 363; KERSHAW, Hitler I, S. 385.

⁸⁷ Vgl. STEPHAN MALINOWSKI, Vom König zum Führer, Berlin 2003, S. 516-520, 569-585; PYTA, S. 339f; HERTZ-EICHENRODE, Politik, S. 68; KURT GOßWEILER/ ALFRED SCHLICHT, Junker und NSDAP 1931/32, in: ZfG 15/1967, S. 644-672.

weitergeführt.⁸⁸ Koch selbst verhielt sich gegenüber dem Adel ambivalent. Großgrundbesitzer, die sich nicht seinen politischen Vorstellungen entsprechend gerierten, überzog er mit Hasstiraden – einen der Herren bezeichnete er als „reaktionäres Vieh, den man sich nicht genug vom Leibe halten“ könne und dem es recht geschehe, wenn ihm beim „nächsten Krawall der rote Hahn aufs Dach gesetzt“⁸⁹ werde. Außerdem hielt er die Enteignung und Umsiedelung des Großgrundbesitzes für ein probates Mittel, die Not in Ostpreußen zu bekämpfen und zeigte sich sogar willens, derartige Maßnahmen der Reichsregierung zu unterstützen und damit die Obstruktionshaltung der NSDAP zu durchbrechen.⁹⁰ Gleichzeitig kannte er gegenüber Großagrariern, die mit seiner politischen Richtung sympathisierten, keine Berührungsängste und umgab sich mit einem Beraterstab, dem viele Adlige angehörten und der Enteignungen ablehnte.

Zwischen diesen Positionen agierte er sehr pragmatisch, was ihm in der Agrarpolitik sehr zugute kam. 1930 stieß nämlich Richard Walter Darré zur NSDAP und avancierte dort schnell zum wichtigsten Agrarexperten. Am 1. August 1930 wurde er schließlich zum Leiter der eigens für ihn geschaffenen „Agrarpolitischen Abteilung“ der Reichsleitung ernannt. Da außer der inhaltlich sehr vage formulierten „Kundgebung“ keine programmatischen oder organisatorischen Vorgaben existierten, konnte er seine Flächenorganisation, den „agrarpolitischen Apparat“ (aA), nach eigenen Vorstellungen aufbauen.⁹¹

Der „agrarpolitische Apparat“ sollte eine streng hierarchisch gegliederte Kaderorganisation bilden, die die Landbevölkerung nicht durch Großveranstaltungen, sondern durch alltägliche, beiläufige Indoktrination unter Honoratioren, Nachbarn und Bekannten und durch die Unterwanderung der landwirtschaftlichen Organisationen für die NSDAP gewinnen sollte.⁹² Kochs NSBSB operierte dagegen fast ausschließlich mit der von Darré abgelehnten Massenagitation und war damit auch nur mäßig erfolgreich. Der Gauleiter war Ende 1930 daher bereit, seinen „Bund“ in Darrés Organisation zu überführen.⁹³ Diese bestand aus einem parallel zu den Organisa-

⁸⁸ ALEXANDER FÜRST ZU DOHNA-SCHLOBITTEN, *Erinnerungen eines alten Ostpreußen*, Berlin 1989, S. 173; HEINEMANN, *Rebell*, S. 23; MALINOWSKI, S. 579; GÖRLITZ, S. 374.

⁸⁹ BA Berlin, NS 22/1065, Koch an Gregor Straßer, 22.7.31; PYTA, S. 352f; DOHNA-SCHLOBITTEN, S. 172-177.

⁹⁰ Vgl. GIES, Darré, S. 103.

⁹¹ GIES, Darré, S. 37-50; CORNI/ GIES, *Brot*, S. 20-37.

⁹² PYTA, S. 325, 329, 379; Vgl. GIES, Darré, S. 107-109.

⁹³ Vgl. GSTA Berlin, XX. HA, Tit. 36, Nr. 31, Blatt 32, Regierungspräsident an Oberpräsident, 6.3.30; Nr. 32, Blatt 13-27, Berichte der Landräte, 1930/31; Rep. 240, Nr. 7, Rundschreiben LGF v. Buttlar, 27.12.30; PYTA, S. 357; GIES, Darré, S. 49.

tionsebenen der PO aufgebauten Funktionärskorps, an dessen Spitze der vom Gauleiter vorgeschlagene und von Darré ernannte „Landwirtschaftliche Gaufachberater“ (LGF) stand.⁹⁴ Darrés Funktionäre unterstanden, ähnlich wie die SA-Führer, allgemein den Gauleitern beziehungsweise den zuständigen politischen Leitern, fachlich aber ihm. Damit waren ähnliche Probleme wie zwischen SA und PO vorprogrammiert.

Koch zeigte sich aber zunächst sehr kooperativ. Als LGF schlug er, auch auf Drängen Darrés, einen adligen Großgrundbesitzer vor, den Freiherrn Burkhard von Buttlar-Venedien, der wohl aufgrund der Ähnlichkeiten seiner eigenen Sozialvorstellungen mit der antikapitalistischen, sozialen und nationalen Ausrichtung der ostpreußischen NSDAP 1929 der Partei beigetreten war. Er sollte aber offensichtlich nur als Aushängeschild dienen, denn in Sachfragen war ein Vertrauter Kochs, Hans-Bernhard von Grünberg⁹⁵, federführend.⁹⁶

Diese Doppelspitze war zunächst sehr erfolgreich. Es gelang sogar, den in der agrarisch geprägten Provinz wichtigsten Berufsverband, die Landwirtschaftskammer, zu übernehmen. Die Nationalsozialisten, die die politische Unzufriedenheit der Landwirte geschickt ausnutzten, beteiligten sich bei den Wahlen im Oktober 1931, bei der die Hälfte der Sitze der Kammer neu besetzt wurde, nicht an der üblichen Einheitsliste, sondern traten mit eigenen Kandidaten an, um ihren Anspruch auf die politische Führerschaft zu manifestieren. Nach einem sehr hart geführten Wahlkampf errangen sie 16 der 38 zu vergebenden Sitze.⁹⁷

⁹⁴ Vgl. PYTA, S. 356; GIES, Darré, S. 46-48.

⁹⁵ Hans-Bernhard von Grünberg, 1903-1975, Sohn eines pommerschen Rittergutbesitzers, Studium und praktische Ausbildung als Landwirt, 1929 volkswirtschaftliche Promotion in Königsberg, 1.2.31 Pg. Nr. 415970, ab 1931 Chefredakteur für Politik der „Preußischen Zeitung“, ab 1933 Leiter Landesplanungsstelle beim Oberpräsidenten, Gauheimstättenleiter der DAF, Lehrtätigkeit an der Königsberger Universität, Gaudozentenbundführer, Leitung des „Instituts für Ostdeutsche Wirtschaft“, 1937-1945 Rektor der Albertina, 1941-43 Reichskommissariat Ukraine, nach 1950 in rechtsextremen Parteien der Bundesrepublik tätig (BA Berlin, BDC, PK Grünberg; HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, Hermann Bethke, in: Der Student der Ostmark, 15.2.1940, S. 73-75, hier S. 74; HELMUT HEIBER, Universität unterm Hakenkreuz. Teil II, Band 2, München u.a. 1994, S. 334-336; BRÄUNINGER, S. 330).

⁹⁶ Vgl. PYTA, S. 342-344; BURKHARD FREIHERR VON BUTTLAR-VENEDIEN, Rede zur Eröffnung der Landwirtschaftskammer, in: Nationalsozialistische Landpost Nr. 21, 22.5.32; DERS., Vorwort, in: HERMANN BETHKE/ HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, Entschuldung und Neubau der deutschen Wirtschaft, Berlin 1932; ERWIN TOPF, Die Grüne Front, Berlin 1933, S. 144; GIES, Darré, S. 49f.

⁹⁷ GIES, Darré, S. 73-75; PYTA, S. 368; HERTZ-EICHENRODE, Politik, S. 88; DERS., Wende, S. 97f; GROEBEN, Land, S. 180-182, 222-224.

Der eigentliche Coup folgte in der konstituierenden Sitzung am 14. Dezember, in der die Nationalsozialisten durch eine scharf formulierte Resolution, in der Reichspräsident Paul von Hindenburg offen des Verrats an Ostpreußen beschuldigt wurde, die Auflösung der Kammer durch die preußische Regierung provozierten. Bei der Neuwahl aller Kammersitze am 3. April 1932 errangen die Nationalsozialisten 50 der 76 Mandate und hatten das Gremium damit fest in der Hand. Zum Vorsitzenden wurde Kochs LGF Buttlar gewählt, zu seinen Stellvertretern Hermann Bethke⁹⁸ – ebenfalls ein Vertrauter Kochs – und der masurische Bauer Paul Lewandowski, dessen Nominierung das besondere Interesse der Nationalsozialisten an den „kleinen“ Bauern, denen solche Ämter bisher verschlossen geblieben waren, ausdrücken sollte.⁹⁹

Die Landwirtschaftskammer wurde sofort zu einem Propagandainstrument der NSDAP umgestaltet. Mehrere auf die Zustimmung der Kleinbauern ausgerichtete Maßnahmen sollten zeigen, „daß es ein Ende habe mit der großagrarisches Claquewirtschaft und dem Bonzentum der Kammer-Bürokratie.“¹⁰⁰ In der Verbandszeitschrift, der „Georgine“, wurde ein ausführliches, von Kochs Stab ausgearbeitetes Wirtschaftsprogramm veröffentlicht¹⁰¹, die Zeitschrift selbst wurde auf antisemitischen Kurs gebracht: Warenhäuser und Juden oder deren Firmen durften in ihr nicht mehr inserieren, jüdische Händler wurden verunglimpft.¹⁰²

Die Nationalsozialisten gebärdeten sich jetzt als Sachwalter der Bauern und forderten aufgrund ihrer beherrschenden Stellung in der Landwirtschaftskammer auch die Führung in der berufsständischen Interessenvertretung, dem „Landwirtschaftsverband Ostpreußen“ (LVO) – ganz im Sinne Darrés, der über die „Eroberung“ der regionalen Landbünde den

⁹⁸ Dr. Hermann Bethke, 1900-1940, Kriegsteilnehmer, Freikorpskämpfer in Oberschlesien, Jurist, Verwaltungslaufbahn, ab 1927 beim Regierungspräsidium in Königsberg, Pg. Nr. 607236, 1932 Vizepräsident, dann Präsident der Landwirtschaftskammer, 1933 stellvertretender Oberpräsident, 1939 Regierungspräsident in Zichenau (GROEBEN, Land, S. 310; BA Berlin, BDC, PK Bethke).

⁹⁹ Vgl. HERTZ-EICHENRODE, Politik, S. 88f, 93-95; DERS., Wende, S. 94, 98f; GIES, Darré, S. 82, 121f; GROEBEN, Land, S. 181; TRABA, Kriegssyndrom, S. 401, 405-407; BA Berlin, R 43 I/1859, Dokumentensammlung.

¹⁰⁰ HERTZ-EICHENRODE, Wende, S. 100.

¹⁰¹ Es handelte sich hierbei um einen Vorabdruck des weiter unten beschriebenen Buches „Entschuldung und Neubau der deutschen Wirtschaft“ von Hermann Bethke und Hans-Bernhard von Grünberg (Berlin 1932).

¹⁰² GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 29, Blatt 90, Erklärung der Landwirtschaftskammer, 15.7.32.

einflussreichen Reichslandbund „übernehmen“ wollte.¹⁰³ Dies gelang nicht überall, auch in Ostpreußen nicht. Die den LVO beherrschenden Großagrarier sahen durch das forschere Auftreten von Kochs „nationalen Sozialisten“ offenbar ihre Machtposition bedroht und weigerten sich, die Führung des Verbandes abzugeben. Koch reagierte darauf mit einem Aufruf an alle nationalsozialistisch gesinnten Landwirte, den LVO bis zum 29. Juni 1932 zu verlassen, da ihre Interessen in dem reaktionären Verband nicht vertreten werden könnten. Quasi als bäuerliche Gegenorganisation zum LVO gründete er am 26. September einen eigenen Bauernverband, das „Nationalsozialistische Landvolk“ (NSL).¹⁰⁴

Dieser Bund sollte nicht nur eine neue, unbürokratische landwirtschaftliche Interessen- und Selbsthilfeorganisation bilden, sondern auch den Nukleus für einen an den Vorstellungen des „Straßer-Flügels“ orientierten „berufsständischen Neubau“ der Gesellschaft. Die Gründung des NSL erfolgte allerdings so übereilt, dass der Verband zunächst nicht tätig werden konnte, sondern ausschließlich damit beschäftigt war, eine Organisationsstruktur aufzubauen.¹⁰⁵

Koch stellte seinen Agrarverband damit auf eine völlig andere ideologische Grundlage als der Rassentheoretiker Darré, und brach zugleich mit dessen Unterwanderungsstrategie. Letzteres war allerdings keineswegs ungewöhnlich, da es den Nationalsozialisten in mehreren Gauen nicht gelungen war, die Landbünde zu unterwandern, woraufhin einige der betreffenden Gauleiter eigene Organisationen gegründet hatten. Darré lehnte dies zwar grundsätzlich ab, da in diesen Gauen aber ein Bedarf an nationalsozialistischen Beratungs- und Selbsthilfeorganisationen bestand und auch Reichsorganisationsleiter Straßer – formal der Vorgesetzte Darrés – derartige Verbände unterstützte, musste er die geschaffenen Fakten widerwillig akzeptieren. Darré und Straßer verständigten sich darauf, dass diese Bauernverbände dem aA und dessen Amtsträgern zu unterstellen seien, was in Ostpreußen durch die Ernennung Buttlars zum Vorsitzenden des NSL realisiert wurde.¹⁰⁶

¹⁰³ Vgl. PYTA, S. 324f, 336, 338f, 371f, 375, 378; KERSHAW, Hitler I, S. 488, 515, 525.

¹⁰⁴ Preußische Zeitung, 20.6.32, 29.9.32; BA Berlin, NS 22/450, Willikens an LVO, 24.10.32; Willikens an Darré, 24.10.32; PYTA, S. 375.

¹⁰⁵ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 40, Blatt 1, Polizeibericht, 17.1.33; Blatt 10-24, Berichte der Landräte, Ende 1932; Vgl. HEINEMANN, Rebell, S. 18, 23; Preußische Zeitung, 29.9.32.

¹⁰⁶ PYTA, S. 327, 341, 364f, 380-382, GIES, Darré, S. 113-119; Vgl. BA Berlin, NS 22/450, Rundschreiben Reichsorganisationsleiter Nr. 5, 12.10.32; Preußische Zeitung, 29.9.32.

Mit dieser Regelung wurde jedoch ein neuer Streitpunkt geschaffen, denn der Status des „Aufsichtsorgans“ aA war nicht geklärt worden. Darré betonte dessen Eigenständigkeit, Straßer bezeichnete ihn dagegen als Hilfsorgan der politischen Leiter. Dies führte nicht nur in Ostpreußen zu einer nicht geringen Verwirrung unter den Funktionären des aA, die nicht wussten, ob sie den Weisungen der Gauleiter oder denen Darrés Priorität einräumen sollten. Das Verhältnis des aA zur PO ähnelte damit immer mehr dem der SA zur PO, und quasi spiegelbildlich führte auch Darré im Vorfeld der Juliwahl 1932 Kämpfe um Listenplätze für seine Funktionäre. Ein Abkommen mit Straßer bereinigte die Situation jedoch noch rechtzeitig und der aA unterstützte den Wahlkampf der PO.¹⁰⁷

In Ostpreußen sollte Buttlar auf Vorschlag Darrés den zweiten Listenplatz belegen. Zwischen Koch und seinem LGF hatten sich aber bald nach dessen Amtsantritt in der Landwirtschaftskammer Spannungen aufgebaut, da die Gauleitung von ihm forderte, Pfründenwirtschaft zu betreiben, er dies aber ablehnte. Ähnlich wie im Falle Usadels hintertrieb der Gauleiter nun Buttlars Reichstagskandidatur, und schaffte es tatsächlich, ihn zum Verzicht zu bewegen. An seiner Stelle kandidierte der stellvertretende LGF, der junge und politisch unerfahrene Landwirt Egbert Otto. Koch installierte mit ihm einen „Kronprinzen“, den er wohl als einen von ihm „erzogenen“ Funktionär betrachtete.¹⁰⁸ Als Buttlar sich schließlich weigerte, Gelder der Landwirtschaftskammer für Parteizwecke zur Verfügung zu stellen, entschied sich Koch endgültig, sich des Freiherrn zu entledigen. Buttlar, der sich auch mit Darré überworfen hatte, bot ihm selbst die Handhabe für seine Entlassung, da er ein von ihm verfasstes vertrauliches Rundschreiben, das schwere Vorwürfe an die Adresse der Gauleitung enthielt, veröffentlichte. Der Landwirtschaftsfunktionär hatte wohl mit seinem Engagement für die „Hitlerbewegung“ innerlich bereits abgeschlossen, denn er kam einem Parteiausschlussverfahren durch seinen Austritt zuvor. Als er Mitte November 1932 auch noch den Vorsitz der Landwirtschaftskammer niederlegte, erregte dies in der Provinz großes Aufsehen.¹⁰⁹

¹⁰⁷ GIES, Darré, S. 116-118; Vgl. ORLOW, History I, S. 266f.

¹⁰⁸ BA Berlin, NS 26/553, Wahlvorschläge für die Reichstagswahl, Juli 1932; NS 26/546, Koch an Frick, 4.7.32; Buttlar an Frick, 4.7.32; R 16 I/2140, Eidesstattliche Versicherung, 21.7.34; BDC Buttlar, passim; Preußische Zeitung, Nr. 256, 23.11.32; Nr. 260, 28.11.32; GAUSE, Königsberg, S. 116; CORNI/ GIES, Brot, S. 139.

¹⁰⁹ BA Berlin, NS 22/450, Darré an Straßer, 26.10.32, 7.11.32; Darré an Koch, 26.10.32; BDC Buttlar, Gau-USchla an Reichs-USchla, 22.11.32; PK Buttlar, Reichs-USchla an Gau-USchla, 28.11.32; Preußische Zeitung, 13.11.32; HERTZ-EICHENRODE, Wende, S. 99; HEINEMANN, Rebell, S. 310; GIES, Darré, S. 75, 107; TOPF, S. 144; PYTA, S. 344.

Koch beließ Buttlars Ämter nicht in einer Hand. Die Landwirtschaftskammer übernahm Buttlars bisheriger Stellvertreter, Kochs Intimus Bethke, LGF und Führer des NSL wurde Kochs „Kronprinz“ Egbert Otto. Letzterer sollte sich jedoch als Fehlgriff erweisen, da er sich in den Auseinandersetzungen, die Koch nach der Machtergreifung mit Darré führte, auf die Seite des „Reichsbauernführers“ schlug, was wohl auch daraus resultierte, dass Kochs Konstruktion einer zum aA parallelen Agrarorganisation auf Dauer zu konfliktreich war. Der offene Bruch zwischen Koch und Darré war wohl nur eine Frage der Zeit und wurde maßgeblich durch den Rücktritt Gregor Straßers im Dezember 1932 begünstigt. Das Ausscheiden des Organisationsleiters wurde von Hitler mit einer Reorganisation der Partei beantwortet, im Zuge derer Darré Hitler direkt unterstellt und so mit Koch auf eine Rangstufe gehoben wurde. Diese „Beförderung“ benutzte er sofort dazu, schärfere Töne anzuschlagen. Vor allem gegen die NS-Bauernschaften, unter die er auch Kochs „Landvolk“ einreichte, gab er seine „schärfste Gegnerschaft“¹¹⁰ bekannt.

Darrés Ausbruch machte deutlich, dass die bisherigen Kompromisse in der Agrarpolitik nur durch die Machtstrukturen der Parteispitze zustande gekommen waren und keine echten Lösungen darstellten. Auch die Geplänkel in Ostpreußen – sie waren nicht die einzigen dieser Art¹¹¹ – waren Symptome dafür. Dort zeigte sich, dass trotz des Führerprinzips ein Modus Vivendi zwischen zwei konkurrierenden NS-Führern mit divergierenden Konzepten selbst dann äußerst fragil war, wenn er von einer starken Autorität – in diesem Falle Gregor Straßer – oktroyiert wurde. Darré, vor Straßers Demission der schwächere Part, musste sich damit zufrieden geben, dass die von Koch geschaffenen Strukturen bestehen blieben und nur über eine personelle Schnittstelle mit seinem Konzept verbunden wurden. Den Kompromisskandidaten, der diese Schnittstelle besetzt hielt, griff Koch aber an, um Darrés Einfluss vollends aus seinem Machtbereich zurückzudrängen. Darré seinerseits wollte den Einfluss Kochs, den dieser als eine wichtige Säule seiner Macht ansah¹¹², völlig beseitigen. Damit wurde dieses Nebeneinander der Konzepte mit einem Konfliktpotential aufgeladen, das sich in der veränderten Situation nach der „Machtergreifung“, als die „Klammer“ Gregor Straßer weggefallen war und es galt, reiche Pfründe zu verteilen, spektakulär entladen sollte.

¹¹⁰ GIES, Darré, S. 87, 119.

¹¹¹ Vgl. PYTA, S. 374, 379-381; NOAKES, Nazi Party, S. 168; KÜHNEL, S. 178.

¹¹² Vgl. KOCH, Interview, S. 36.

4.3. „Sozialistisches Preußentum“ – „Königsberger Kreis“ und Straßer-Brüder

Für Gauleiter Koch und seine Bemühungen, sowohl die Partei aufzubauen und zu beherrschen, als auch Wählerstimmen zu erringen, stellten die ostpreußische NSDAP und ihre Nebenorganisationen sowohl eine Machtbasis als auch ein Konfliktpotential dar. Es gelang Koch trotz aller Zwistigkeiten sehr erfolgreich, innerparteilich seine Macht einzusetzen, Widersacher niederzuhalten und dabei nach außen Erfolge zu erzielen. Für ersteres war die Unterstützung seines wichtigsten Verbündeten in der Parteispitze, Gregor Straßer, von kaum zu unterschätzender Bedeutung, bei letzterem konnte Koch von den Aktivitäten eines Intellektuellenzirkels, des „Königsberger Kreises“¹¹³, profitieren.

Dieser Kreis, eher eine unverbindliche Gesprächsrunde denn eine Organisation, bestand aus jungen, um das Schicksal Deutschlands und Ostpreußens besorgten Männern wie den Verwaltungsbeamten Fritz-Dietlof von der Schulenburg¹¹⁴, Hermann Bethke¹¹⁵ und Kurt Angermann¹¹⁶, den Vettern Klaus¹¹⁷ und Karl von der Groeben¹¹⁸ sowie Helmut von Wedel-

¹¹³ Vgl. HEINEMANN, *Rebell*, S. 24, 183; TILITZKI, *Alltag*, S. 16; DETLEF GRAF VON SCHWERIN, „Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt“, München 1991, S. 95f; GROEBEN, *Dienst*, S. 40-42, 62-64, 236f.

¹¹⁴ Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, 1902-1944, Jurist, Verwaltungslaufbahn, 1.2.32 Pg., 1933 politische Abteilung Gauleitung NSDAP Ostpreußen, Generalreferent für politische Angelegenheiten und Polizeisachen im Oberpräsidium Königsberg, persönlicher Referent Kochs, 20.11.34 Landrat Fischhausen, 30.7.37 Polizeivizepräsident Berlin, 1.9.39 Vizepräsident Oberpräsidium Breslau, ab 1940 Wehrmacht, 1944 Teilnahme an der Verschwörung des 20. Juli, hingerichtet (HEINEMANN, *Rebell*, passim; SCHWERIN, *Köpfe*, S. 457f; NORBERT LIEBCHEN, *Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und sein Weg zum 20. Juli 1944*, Rostock 1993, S. 52; BA Berlin, BDC, PK Schulenburg).

¹¹⁵ Vgl. Kapitel 4.2.

¹¹⁶ Nach 1940 Regierungspräsident in Königsberg (GROEBEN, *Provinz*, S. 251).

¹¹⁷ Klaus von der Groeben, 1902-2002, Jurist, Verwaltungslaufbahn, 1933 Preußisches Innenministerium, 1936 Landrat Königsberg Land/ Fischhausen, 1939 Landrat Praschnitz (Przasnysz), 1942 Reichskommissariat Ukraine, 1956 Landrat Stormarn (Schleswig-Holstein), ab 1957 Staatskanzlei Kiel (GROEBEN, *Dienst*, passim; DERS., *Streiflichter. Persönliche Erinnerungen*, Ralsdorf 1997, passim; DERS., *Landräte*, S. 118; BITTER, S. 91; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/615, Bericht Groeben).

¹¹⁸ Dr. Karl Moritz Friedrich Wilhelm Graf von der Groeben, 1902-1989, Jurist, Verwaltungslaufbahn, 1.4.32 Pg. Nr. 1118812, ab 1935 Landrat in Insterburg, Amtskommissar in Łomża, nach 1949 Ministerialrat in Rheinland-Pfalz (HUGO RASMUS, *von der Groeben, Karl Moritz Friedrich Wilhelm Graf*, in: *Altpreußische Biographie V*, S. 1361f; GROEBEN, *Streiflichter*, S. 127; BA Berlin, BDC, PK Groeben, Dr. Karl von der; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/793, Bericht Groeben).

städt¹¹⁹. Hinzu kamen einige Parteiaktivisten wie der politische Redakteur der „Preußischen Zeitung“ Hans-Bernhard von Grünberg¹²⁰, der stellvertretende Gauleiter Ferdinand Großherr¹²¹ und der Gaupropagandaleiter Paul Dargel¹²². Abgesehen von Großherr und Dargel waren in diesem Kreis ausschließlich Konservative adliger oder bildungsbürgerlicher Herkunft versammelt, die, wie viele ihrer Standesgenossen auch, bemüht waren, sich von der vulgären Massenagitation der NSDAP abzuheben. Am Nationalsozialismus fanden sie weniger die rassenideologischen Ausführungen Hitlers als vielmehr die Ideenwelt Gregor Straßers attraktiv, da sie in ihr zahlreiche Anknüpfungspunkte an ihre eigenen Vorstellungen ausmachten. Kochs Verehrung für Straßer, sein „nationaler Sozialismus“ und seine Beschwörung des alten Preußen ließen sie daher hoffen, den Gauleiter und damit die ostpreußische NSDAP für sich gewinnen und dazu nutzen zu können, ihre eigenen Ideen politisch umzusetzen.¹²³

Die Person Kochs spielte für diese Männer eine geringere Rolle. Er gehörte für sie zu den Prototypen einer Führerschicht neuen Typs, die ihre Legitimation weniger aus ihren Ideen oder ihrem politischen Sachverstand denn „aus einer bedingungslosen Kampf- und Opferbereitschaft“¹²⁴ bezog. Messianische Gestalten sollten diese Führer nicht sein, sondern Verwaltungsführer in preußischer Tradition, an die hohe moralische Ansprüche gestellt wurden. Die Beamten in dem Kreis, die der Gesetzeslage nach nicht Mitglieder der NSDAP hätten sein dürfen, sahen ihre Aufgabe darin, auf eine derartige Führerschaft hinzuarbeiten. Im Falle einer Koalition der NSDAP mit der DNVP wollten sie eine „Auffangstellung“¹²⁵ in der Ver-

¹¹⁹ Helmut von Wedelstädt, 1902-1986, 6.12.29 Pg. Nr. 539 040, Verwaltungslaufbahn, 1.12.32-31.7.36 im Reichs- und pr. Innenministerium, dann Landeshauptmann in Ostpreußen, 1941-43 Reichskommissariat Ukraine, nach 1945 Rechtsanwalt (BA Berlin, BDC, PK Wedelstädt; GSTA Berlin, I. HA, Rep. 77, Nr. 4947, Personalakte Wedelstädt; GROEBEN, Land, S. 264f).

¹²⁰ Vgl. Kapitel 4.2.

¹²¹ Vgl. Kapitel 4.1.

¹²² Paul Dargel, * 28.12.03 in Elbing, 1.10.30 Pg. Nr. 533 762, Gauschulungsleiter, 30.1.38 Gauorganisationsleiter, 1940 Regierungspräsident Zichenau, 1941 Reichskommissariat Ukraine, zeitweise Reichsleitung der NSDAP, 1944/45 stellv. Reichsverteidigungskommissar (BA Berlin, BDC, PK Dargel; GROEBEN, Land, S. 312f).

¹²³ HANS MOMMSEN, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und die preußische Tradition, in: VfZ 32/1984, S. 213-239, hier S. 215; Vgl. DERS., Preußentum und Nationalsozialismus, in: Der Nationalsozialismus, S. 29-41, hier S. 37; WOLFGANG WIPPERMANN, Der Ordensstaat als Ideologie, Berlin 1979, S. 271; GROEBEN, Streiflichter, S. 40f; SONTHEIMER, S. 281-283, 287.

¹²⁴ HEINEMANN, Rebell, S. 30.

¹²⁵ Ebd., S. 24-26; SCHWERIN, Köpfe, S. 95; LIEBCHEN, S. 48.

waltung bilden und ihren Sachverstand zugunsten der NSDAP gegen die regierungserfahrene und in der Beamtenschaft einflussreiche DNVP einbringen. Sie wollten damit eine Situation wie 1918/19 vermeiden, als, wie sie meinten, die neue, junge Kraft von den alten Eliten beiseite geschoben worden sei.

Zu einem Zeitpunkt, als andere Gauleiter noch mit Personalsorgen zu kämpfen hatten¹²⁶, verfügte Koch mit dem „Königsberger Kreis“ über ein Potential an jungen, ambitionierten Fachleuten, auf das er im Falle einer Machtübernahme zurückgreifen konnte. Die Beamten bildeten ein Netzwerk innerhalb der Verwaltung, das Koch mit Informationen versorgte und ihm nach der „Machtergreifung“ auch die Möglichkeit eröffnete, in Berlin Einfluss zu nehmen. Außerdem erarbeiteten diese Verwaltungsfachleute Infrastrukturpläne für die Provinz Ostpreußen, die es dem Gauleiter 1933 ermöglichten, schnell gegen die Arbeitslosigkeit vorzugehen. Den Männern des „Königsberger Kreises“ kam daher, obwohl nur wenige von ihnen ein Parteiamt bekleideten, im Gau erhebliche Bedeutung zu.¹²⁷

Koch profitierte auch persönlich vom „Königsberger Kreis“, indem er viele dort entwickelte Vorstellungen in seine Weltanschauung übernahm. Ähnlich wie beim „Straßer-Programm“ 1925 versuchten er und seine Theoretiker sogar, von Ostpreußen aus auf die programmatische Entwicklung der NSDAP Einfluss zu nehmen. Anders als 1925 wagten dies in Ostpreußen jedoch nicht führende Mitglieder der Partei, sondern Männer, die eher am Rande der „Bewegung“ angesiedelt waren und in einer wohl einmaligen Art und Weise das konservative Projekt verfolgten, durch die Übernahme der geistigen Führerschaft in der Partei Einfluss auf die Massenbewegung zu gewinnen. Mit Koch schienen sie auch einen Parteiführer gefunden zu haben, bei dem eine solche Taktik erfolgreich sein konnte.

Federführend waren dabei Hermann Bethke und Hans-Bernhard von Grünberg, die 1932 eine dem Gauleiter gewidmete Schrift unter dem Titel „Entschuldung und Neubau der deutschen Wirtschaft“¹²⁸ vorlegten. In diesem Buch war nichts über die NSDAP zu lesen, was dem Umstand geschuldet war, dass die ostpreußischen Nationalsozialisten sich als potentielle Regierungspartei präsentieren wollten, die im Falle einer Machtübernahme nicht Parteipolitik betreiben, sondern ein überparteiliches, dem gesamten Volk verpflichtetes Wirtschaftsprogramm durchführen werde. Aus dem Text wurde aber deutlich, dass hier politische Ziele und Wege geschildert wurden mit der Absicht, die gesamte Partei auf diese konkreten

¹²⁶ Vgl. SAUER, Murr, S. 36; BEHRENS, S. 142f.

¹²⁷ Vgl. Kapitel 5.4; HEINEMANN, Rebell, S. 35.

¹²⁸ HERMANN BETHKE/ HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, *Entschuldung und Neubau der deutschen Wirtschaft*, Berlin 1932.

Vorstellungen festzulegen.¹²⁹ Vor allem eine „ganze Reihe kleiner Bonzen in München“¹³⁰, die „im Gegensatz“ zum vom „Königsberger Kreis“ verehrten Gregor Straßer stünden, sollten in ihre Schranken verwiesen werden.

Tatsächlich konnten die Königsberger bei der Parteiführung gewisse Erfolge verbuchen, denn Gregor Straßer akzeptierte die Schrift und verwendete sogar Teile daraus für eine seiner Reden während einer landwirtschaftlichen Tagung der NSDAP Anfang Oktober 1932. Dort konnten die ostpreußischen Nationalsozialisten ihre Ideen einem größeren Publikum vorstellen, was Schulenburg als einen „Riesenerfolg gegen die Bonzen“¹³¹ wertete.

Straßer akzeptierte die Thesen der Königsberger, weil sie inhaltlich stark seinem Programm von 1925 glichen. Sie enthielten keinen an der Praxis orientierten Maßnahmenkatalog gegen die drängendsten wirtschaftlichen Probleme, sondern gingen in ihrer Grundsätzlichkeit und Radikalität weit über derartige von der NSDAP – und auch von Straßer selbst – in diesem Jahr vorgestellten Programme hinaus.¹³² Vom „ruhmlösen Ende des Kapitalismus“¹³³ war hier die Rede und von der Notwendigkeit völlig neuer Wirtschaftsstrukturen. Wie bei Straßer sollte auch hier „privates Gewinnstreben“ die Grundlage der Wirtschaft bilden, diese sollte aber sehr stark staatlich gelenkt werden. Aktiengesellschaften, Großbetriebe und Banken sowie der Außenhandel sollten verstaatlicht, das gesamte Finanzwesen vom Staat übernommen werden. Beim Mittelstand und vor allem bei den Bauern sollten die Besitzverhältnisse hingegen unangetastet bleiben, wie überhaupt diese Erwerbsgruppen aus ideologischen Überlegungen heraus als Rückgrat der deutschen Wirtschaft besonderen Schutz und Förderung genießen sollten. Der Staat als zentrales Lenkungsorgan sollte nach Berufsständen und zentralistisch aufgebaut werden, wobei der Dualismus zwischen Preußen und dem Reich aufgehoben und die Oberpräsidenten als starke Mittelinstanz aufgebaut werden sollten¹³⁴ – eine Vorstellung, der die Verwaltungsrealität im Dritten Reich nahe kommen sollte.

Darüber hinaus enthielten die Ausführungen Bethkes und Grünbergs Forderungen, die das Werk deutlich als für Ostpreußen bestimmtes Propagandakonvolut auswiesen. So wurden die beiden in der Provinz wichtigsten

¹²⁹ Ebd., S. 5f.

¹³⁰ Schulenburg an seine Braut, 17.10.32, zitiert nach: HEINEMANN, Rebelle, S. 180.

¹³¹ Ebd.; Vgl. BA Berlin, NS 22/450, Darré an Koch, 7.11.32.

¹³² Vgl. BRUSTEIN, S. 51–54, 144–146

¹³³ BETHKE/ GRÜNBERG, S. 3.

¹³⁴ Ebd., S. 5, 23, 29, 37, 43, 47–49, 67, 74f, 77f.

Berufsgruppen, das Bauerntum und der gewerbliche Mittelstand, hofiert, eine ausführliche Passage beschäftigte sich mit der Landflucht und die Siedlungspolitik wurde in ihrer bisherigen Form verworfen. Denn letztere sollte – auch zur Arbeitsbeschaffung – auf dem Land bankrotter Großagrarier stattfinden, was die mit diesem Milieu vielfach verbundenen ostpreußischen Theoretiker strikt ablehnten. Sie sprachen sich sogar für die schwer kritisierte Praxis aus, alteingesessenen Familien trotz Überschuldung ihr Grundeigentum zu belassen – eine Reminiszenz an die lokalen Verhältnisse, die im krassen Gegensatz zum „Straßer-Programm“ stand.¹³⁵

Ostpreußen wurde von Bethke und Grünberg generell zum Vorbild für das Reich stilisiert¹³⁶, eine Figur, die Koch bis 1945 immer wieder aufnehmen sollte. Auch einige andere Punkte aus dem Programm lassen sich in seinem politischen Handeln nach der „Machtergreifung“ wiederfinden. Er setzte zum Beispiel die Forderung nach großräumigen Infrastrukturplanungen ebenso um wie die nach einem in Wegebau und Meliorationen eingesetzten Arbeitsdienst.¹³⁷ Der „Königsberger Kreis“ leistete mit seinem Programm offensichtlich nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Propaganda der ostpreußischen Nationalsozialisten, sondern bereitete bereits die praktische Arbeit nach einer Machtübernahme vor, was dem Gauleiter 1933 eine außergewöhnlich gute Ausgangsposition sichern sollte.

Dagegen wurde der Kontakt zu Gregor Straßer, der Koch in vielen innerparteilichen Machtkämpfen geholfen hatte, nach der „Machtergreifung“ zu einer Belastung. Straßer war Mitte 1932 der neben Hitler mächtigste und wichtigste Kopf der NSDAP und zugleich eine notwendige Ergänzung zum „Führer“, da der zur mythisch-entrückten Heilsbringerfigur stilisierte Hitler zwar Wähler anlockte und in der Partei als Integrationsfigur wirkte, sich aber nicht um den Organisationsaufbau kümmerte. Diese Aufgabe erledigte Straßer, der 1932 auch versuchte, die Partei auf die Anforderungen, die nach einer Machtübernahme auf sie zukommen würden, vorzubereiten. Er war nach den großen Wahlerfolgen im Sommer 1932 bereit, auch als „Juniorpartner“ eine Koalition auf Reichsebene einzugehen, Hitler bestand jedoch unnachgiebig darauf, selbst Kanzler werden zu wollen. Er wollte die Macht ohne wenn und aber, Koalitionen wollte er nur unter seiner Führung dulden. Der Parteiführer und sein Organisationsleiter entfremdeten sich über diesen Punkt schließlich so sehr, dass Straßer, der angesichts der Wahlschlappe vom November 1932 und

¹³⁵ Ebd., S. 16, 29, 41f.

¹³⁶ Ebd., S. 3.

¹³⁷ Ebd., S. 30, 41.

des schlechten inneren Zustands der Partei die Zerstörung seines Lebenswerkes befürchtete, am 8. Dezember 1932 alle seine Ämter niederlegte.¹³⁸

Das politische Deutschland spekulierte ob dieses spektakulären Schrittes über eine Spaltung der NSDAP, und Koch wurde dabei immer zur Fraktion Gregor Straßers gezählt. Straßer selbst verhinderte jedoch die Abspaltung, da er einer Revolte gegen Hitler nur geringe Chancen einräumte, selbst einem „Paladin-Komplex“¹³⁹ gegenüber seinem „Führer“ unterlag und darüber hinaus in der Partei einen Wert an sich erblickte, den er nicht zerstören wollte. Seinen Gefolgsleuten gegenüber übte er zwar herbe Kritik an Hitler, wies sie aber zugleich an, weiter in der Partei zu bleiben. Dann nahm er allen Kampfgeleuten seiner Anhänger dadurch die Spitze, dass er nach Tirol in Urlaub fuhr und für niemanden zu erreichen war.¹⁴⁰

Gregor Straßer hatte anscheinend vollständig resigniert, weshalb sein Rücktritt in der NSDAP nur eine sehr kurze Krise auslöste. Hitler konnte die hochrangigen potentiellen Gefolgsleute Straßers schon am 9. Dezember wieder auf sich einschwören. Die Rolle Straßers als Organisator der Partei geriet daraufhin erstaunlich schnell in Vergessenheit. Statt dessen wurde er zum Abtrünnigen stilisiert – angebliche Sympathien für oder Kontakte zu ihm gerieten ab dem 8. Dezember 1932 zu einem beliebten Vorwand für Denunziationen.¹⁴¹

Für Straßers Anhänger war sein Rücktritt ein schwerer Schlag. Mit „hochrotem Kopf“, kolportierte die Presse hämisch, hätten Karl Kaufmann und Erich Koch die Nachricht im Reichstag aufgenommen.¹⁴² Zwar leisteten sie den von allen führenden Parteigenossen verlangten Treueid auf Hitler, von einer Abkehr von ihrem Mentor oder gar einer Verdammung war bei ihnen aber wenig zu spüren. Eher schienen sie geschockt zu sein. Unter denen, die offen den Freund verteidigten, stand Koch in der ersten

¹³⁸ KERSHAW, Hitler I, S. 337, 345, 359f, 371, 376-380, 421, 433-436, 467f, 481-496, 501, 511; KISSENKOETTER, S. 48-52, 66-77, 83-120, 133f, 141-148, 159f, 164-172; STACHURA, Strasser, S. 98, 103-107; TYRELL, Führer, S. 221; ORLOW, History I, S. 283-287; AVRAHAM BARKAI, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, erweiterte Neuauflage, Frankfurt/ Main 1988, S. 42-50; BRUSTEIN, S. 51-55, 144f.

¹³⁹ KISSENKOETTER, S. 164.

¹⁴⁰ Ebd., S. 164, 172-177; KERSHAW, Hitler I, S. 491-500; STACHURA, Strasser, S. 106-116; ORLOW, History I, S. 291-293; MEYER ZU ÜPTRUP, S. 176-178; KÜHNEL, Linke, S. 215.

¹⁴¹ KISSENKOETTER, S. 77, 118, 173-181; KERSHAW, Hitler I, S. 499; STACHURA, Strasser, S. 86, 111f, 117f; ORLOW, History I, S. 293f; Vgl. JORDAN, S. 79; CARL-WILHELM REIBEL, Das Fundament der Diktatur: Die NSDAP-Ortsgruppen 1932-1945, Paderborn 2002, S. 38.

¹⁴² BA Koblenz, N 1205, Nachlass Zarnow, Nr. 44, Zeitungsausschnitt ohne bibliographische Angabe.

Reihe.¹⁴³ Seine „Preußische Zeitung“, die an Straßers Demission nicht glauben wollte, brach öffentlich eine Lanze für ihn:

„Wie die Dinge in Wirklichkeit aber auch liegen mögen, das eine ist sicher, dass Gregor Straßer niemals einen Schritt tun wird, welcher der Bewegung schädlich sein kann, der er seit über einem Jahrzehnt seine besten Kräfte gewidmet hat. Gregor Straßer gehört zu den Führern der NSDAP., die über das Persönliche in jedem Augenblick das Sachliche stellen. Wenn er daher zu einem tiefgreifenden Entschluss gekommen sein sollte, so dürfen wir sicher sein, dass er sachlich aufs stärkste begründet ist. Gregor Straßer ist auch nicht der Mann, der sich ohne weiteres von heute auf morgen aus der Bewegung ausschalten kann, denn er hat sie mitbauen geholfen und ein großer Teil der Vorgänge innerhalb der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterbewegung und außerhalb ihr ist für immer mit seinem Namen verknüpft.“¹⁴⁴

Kochs enges Verhältnis zu Straßer wurde auch in der Folgezeit, als der ehemalige Organisationsleiter immer weiter stigmatisiert wurde, keineswegs verschwiegen. Koch selbst soll Straßer immer wieder in Schutz genommen haben. Im Dezember 1932 soll er verboten haben, in seinem Gau etwas Nachteiliges über Straßer zu sagen, im Januar 1933 äußerte er angeblich, er sei stolz darauf, ein Freund Gregor Straßers zu sein¹⁴⁵.

Erich Koch verteidigte Gregor Straßer nicht nur, weil dieser einer seiner wenigen engen Freunde war, mit dem er sogar seine Eheprobleme besprach, Straßer war auch sein wichtigster politischer Mentor. Er war derjenige, mit dem Koch sein politisches Handeln besprach und an dessen Ideen er sich ausrichtete, während Hitler, den auch Koch nur selten traf, für ihn eine dem Alltag entrückte Figur darstellte, die eine besondere, beinahe metaphysische Aura umgab. Koch verehrte den „Führer“, aber Gregor Straßer prägte zusammen mit seinem Bruder Otto Kochs ideologische Vorstellungen weitaus mehr, als dies Hitler vermocht hatte.¹⁴⁶

Auf diesem Gebiet emanzipierte sich Koch jedoch früh von Gregor Straßer und orientierte sich an dessen jüngerem und radikalerem Bruder. Otto Straßer hatte kein Parteiamt inne, formulierte Mitte der zwanziger

¹⁴³ STACHURA, Strasser, S. 117; KISSENKOETTER, S. 189.

¹⁴⁴ Preußische Zeitung Nr. 270, 9.12.32.

¹⁴⁵ Vgl. Preußische Zeitung Nr. 148, 19.6.33; BA Koblenz, Nachlass Darré, Band II, Nr. 24, Darré an Hitler, 25. Heumond (Juli) 1934; BA Berlin, R 16 I/2140, Antwort auf die 4 Denkschriften des Herrn Oberpräsidenten, S. 2; KISSENKOETTER, S. 189.

¹⁴⁶ Vgl. KOCH, Interview, S. 44; BA Berlin, NS 22/1065, Schriftwechsel Koch mit Straßer, 1930-32; BDC, SL 49, Blatt 214, Koch an Straßer, 19.7.30; BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 254, Aussage Tiso, 15.12. 49; Blatt 275, Aussage Elbrechter, 22.12.49; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 128c, Blatt 26-28, Brief ohne Absender und Adressaten, 28.6.31; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 49, Lebenslauf Koch; STACHURA, Strasser, S. 45f.

Jahre aber viele der Reden und Aufsätze seines prominenteren Bruders und übte so großen Einfluss auf die „Bewegung“ aus. Auch das „Straßer-Programm“ von 1925, dessen Ideen Koch immer wieder aufnahm, stammte zu weiten Teilen aus seiner Feder.¹⁴⁷ Das Scheitern dieses Programms machte die Unterschiede zwischen den beiden Brüdern deutlich: Gregor arrangierte sich mit Hitler, indem er diesem die ideologische Führung der Partei überließ und sich selbst auf die Organisation konzentrierte, während Otto weiter an der Idee des von Hitler unabhängigen „nationalen Sozialismus“ festhielt. Otto brach schließlich im Sommer 1930 mit Hitler, da er „die Idee“ durch dessen Annäherungskurs an die DNVP endgültig verraten glaubte. Gregor, der sich an der Macht und den Möglichkeiten orientierte, die ihm die Partei als Organisation bieten konnte, distanzierte sich daraufhin eiligst von ihm. Beinahe alle prominenten „linken“ Nationalsozialisten, darunter auch Koch, folgten in diesem Moment der Führerfigur Gregor Straßer und nicht dem Theoretiker Otto, weshalb dessen pathetisch inszenierter Parteiaustritt der NSDAP kaum schadete.¹⁴⁸

Dennoch wurden Otto Straßer und seine wenigen Anhänger überall dort, wo sie aktiv wurden, von den Nationalsozialisten als Verräter wütend bekämpft. Kochs Gau gehörte zu denjenigen, in denen Otto Straßer nicht aktiv wurde, was wohl darauf zurückzuführen war, dass hier ausgerechnet der Gauleiter – anders als selbst Gregor Straßer – weiter in Kontakt zu seinem ehemaligen Weggefährten blieb und dieser deshalb keinen Grund sah, in Ostpreußen gegen die NSDAP zu agitieren. Angeblich sorgte Koch sogar für das wirtschaftliche Überleben Otto Straßers, indem er dessen Broterwerb und wichtigstes Kampfinstrument, einen in Nachfolge des „Kampf-Verlages“ gegründeten, ständig vom Bankrott bedrohten Verlag, aus Mitteln der „Preußischen Zeitung“ finanzierte.¹⁴⁹

Mit Hilfe seiner Publikationen und seiner Kaderorganisation beabsichtigte Otto Straßer nicht nur, eine Front aus verschiedenen Gruppierungen gegen die NSDAP zu bilden, er versuchte auch, innerhalb seiner ehemaligen Partei zu agitieren und Anhänger zu gewinnen – auch mit dem Ziel, die

¹⁴⁷ KÜHNEL, Linke, S. 216; KERSHAW, Hitler I, S. 417; KISSENKOETTER, S. 42-44; STACHURA, Strasser, S. 43, 47; MOREAU, S. 20.

¹⁴⁸ KISSENKOETTER, S. 42-46; MOREAU, S. 20, 28-45; KERSHAW, Hitler I, S. 395, 412-417; STACHURA, Strasser, S. 73-80; KÜHNEL, Linke, S. 216, 241; SCHÜDDEKOPF, S. 318-322; MEYER ZU UPTRUP, S. 168-170; ORLOW, History I, S. 210; LOUIS DUPEUX, „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1919-1933, München 1985, S. 298.

¹⁴⁹ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 47, Lebenslauf Koch; BA Berlin, Sammlung Schumacher, Ordner 278, passim; NS 22/429, Gregor Straßer an Bayer, 17.9.30; R 43 II/1196, Gregor Straßer an Otto Straßer, 31.12.32; BDC, OPG Gregor Straßer, Gregor Straßer an Heß, 18.6.34; MOREAU, S. 42-49, 61, 89f, 149, 160, 228; STACHURA, Strasser, S. 80, 123; KÜHNEL, Linke, S. 147.

„Hitler-Bewegung“ wieder zum wahren „nationalen Sozialismus“ zurückzuführen.¹⁵⁰ Einer der Strohmannen, die er für dafür benutzte, war der ostpreußische Gauleiter Erich Koch. Unter dessen Namen erschien in der ersten Nummer der Zeitschrift „Arbeitertum“, einem Organ der „Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation“ und damit eigentlich das Sprachrohr Gregor Straßers, am 1. Juli 1931 ein Artikel mit dem Titel „Sind wir Faschisten? – Ein paar notwendige Bemerkungen“. Der Artikel gab vor, auf die in der deutschen Öffentlichkeit „immer wieder“ zu hörende Gleichung „Nationalsozialismus gleich Faschismus“ zu reagieren, war aber eine Polemik gegen die Veröffentlichungen des Schriftstellers Hans Reupke, in denen eine antikapitalistische Auslegung des „25-Punkte-Programms“ abgelehnt und eine drastische Beschneidung der Sozialpolitik gefordert wurde.¹⁵¹

Der Autor des Artikels konstatierte Übereinstimmungen zwischen den beiden Bewegungen – Nationalismus, starke Disziplin und Autorität des Führers – aber auch „wesenhafte“ Unterschiede. Im Gegensatz zum imperialistischen Faschismus lehne der Nationalsozialismus „jede Unterdrückung und Ausbeutung fremder Völker, strikte a b !“, ebenso unterschieden sich Disziplin und Autorität in beiden Bewegungen so, „wie sich deutscher Protestantismus vom römischen Katholizismus unterscheidet.“ Der „grundlegende Unterschied“ liege aber in der Wirtschaftspolitik. Faschisten seien Kapitalisten, Nationalsozialisten aber Sozialisten und verlangten den Sturz des Kapitalismus. Er wisse sehr wohl, so der Autor, dass

„die falschen Freunde des bürgerlichen Lagers (von den Marxisten ganz zu schweigen) an unserem sozialistischen Bekenntnis solange drehen und deuteln und interpretieren möchten, dass eine Art Beschneidung des Kapitalismus daraus entsteht. Dem steht aber - unverrückbar für alle Mitglieder und alle Führer - das bindende Programm der 25 Punkte gegenüber, dessen wortgetreue Innehaltung und Erfüllung Adolf Hitler und alle Unterführer der N.S.D.A.P. unter Einsatz ihres Lebens gelobt haben! Dem steht nicht minder gegenüber, dass der Führer der N.S.D.A.P. immer und immer wieder den schroff sozialistischen Charakter des Nationalsozialismus im Gegensatz zum Faschismus betont hat.“

Der Autor empfahl gerade „den nach der September-Wahl eingetretenen Parteigenossen“ die Schriften Gregor Straßers und Joseph Goebbels', die

¹⁵⁰ Vgl. Ebd., S. 10f, 107; SCHÜDDEKOPF, S. 321-331; KOEHL, Black Corps, S. 52.

¹⁵¹ ERICH KOCH, Sind wir Faschisten? Ein paar notwendige Bemerkungen, in: Arbeitertum I, 1. Juli 1931, S. 7; Vgl. KLEPSCH, S. 164, 201; BREUER, S. 230; HANS REUPKE, Das Wirtschaftssystem des Faschismus, Berlin 1930; DERS., Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft, Berlin 1931.

diesen Unterschied deutlich zeigen würden, wohingegen Reupkes Pamphlete nur verwirrten.

„Anteil am Besitz, Anteil am Gewinn und Anteil an der Leitung!!

Das sind die klaren programmatischen Forderungen des Nationalsozialismus, und diese Forderungen zeigen den abgründigen Unterschied zwischen Nationalsozialismus und Faschismus auf:

Dieser ist kapitalistisch, jener sozialistisch!

Damit ist eigentlich alles gesagt!“

Wer jetzt noch die Kühnheit besitze, „Nationalsozialisten als ‚Faschisten‘ zu bezeichnen, begeht eine freche Fälschung“, einerlei, ob aus

„falscher Freundschaft oder verbohrtter Gegnerschaft [...].

Wir sind keine Faschisten!!

Wir sind Sozialisten.

Nationale Sozialisten!!“

Die Absicht des Artikels wurde durch die Betonung, auch Hitler und alle anderen Führer der NSDAP seien an das „25-Punkte-Programm“ und damit an den Sozialismus gebunden, überaus deutlich. Er zielte einerseits gegen die Annäherung der Parteileitung an das vermeintlich verwandte Regime in Italien, andererseits, und das war wohl die Hauptintention, sollte er die Parteiführung und auch die neugewonnenen Mitglieder, denen der Autor wohl das Wissen um die „sozialistischen“ Ziele der Partei nicht zutraute, an eben diese Ziele erinnern, die zu erkämpfen sie alle sich ja verpflichtet hätten.

Das waren nicht nur die Themen Otto Straßers, das war auch die Sprache Otto Straßers. Die Forderung nach Anteil an Besitz, Gewinn und Leitung gehörte zu dessen Standardargumentation, die er noch in seiner Autobiographie aus dem Jahr 1969 wörtlich wiederholte „– das war unser Programm“¹⁵². Ebenso verhielt es sich mit der Ablehnung des Imperialismus¹⁵³, der strikten Abgrenzung vom Faschismus¹⁵⁴ oder der Betonung des Primats der Idee über den Führer¹⁵⁵. Wie vier Jahre zuvor mit den „Folgen der Rassenvermischung“ hatte sich Erich Koch offensichtlich auch hier bereit erklärt, dem Freund seinen Namen zur Verfügung zu stellen. Damit

¹⁵² OTTO STRAßER, *Mein Kampf*, Frankfurt/ Main 1969, S. 26; Vgl. DERS., *Aufbau des deutschen Sozialismus*, Berlin 1932, S. 46; KÜHNEL, Linke, S. 288-290, Dokument 3, S. 292-297, Dokument 5, S. 304-306, Dokument 11, S. 344f, Dokument 34.

¹⁵³ STRAßER, *Aufbau*, S. 75; KÜHNEL, Linke, S. 288-290, Dokument 3, S. 292-297, Dokument 5.

¹⁵⁴ STRAßER, *Mein Kampf*, S. 66; Vgl. KÜHNEL, Linke, S. 203f, 292-297, Dokument 5.

¹⁵⁵ STRAßER, *Mein Kampf*, S. 53; KÜHNEL, Linke, S. 292-297, Dokument 5; Vgl. KERSHAW, *Hitler I*, S. 412.

hatte es Otto Straßer erneut verstanden, seine Ansichten taktisch geschickt zu lancieren. Er selbst bekam in der NS-Presse keine Plattform mehr, ein Artikel von ihm konnte, gleich welchen Inhalts er auch war, nur negative Resonanz finden. Statt dessen benutzte er die Stimme eines erfolgreichen Gauleiters, um an die wahren Werte des Kampfes zu erinnern. Erfolg hatte er damit allerdings nicht – die wenigen „Sozialisten“, die die Partei nicht mit ihm zusammen verlassen hatten, verfügten über zu wenig Einfluss, um in der auf Hitler zentrierten Organisation Akzente zu setzen. Der Rücktritt Gregor Straßers raubte ihnen schließlich nicht nur ihre Symbolfigur, sondern auch ihren Zugang zur Reichsleitung.

Otto Straßer sah in diesem Schritt seines Bruders jedoch eine Chance, die NSDAP zu schwächen, wenn nicht gar zu zerschlagen, und wieder sollte Koch ihm dabei helfen. Nach Kochs eigener Darstellung trafen sich die beiden „Sozialisten“ unmittelbar nach dem 8. Dezember und seien dabei übereingekommen, die Gelegenheit zu nutzen, um eine Spaltung der Partei herbeizuführen. Er, Koch, sei deshalb nach Meran gefahren, um Gregor Straßer zur Mithilfe zu bewegen. Dieser habe aber mit der Begründung, er könne und wolle gegen Hitler keine neue Partei aufbauen, abgewunken und Koch das Ehrenwort abgenommen, nie aus der Partei auszutreten, auch dann nicht, wenn er „Scheiße fressen“¹⁵⁶ müsse. Er solle an seinen Gau denken, der die Begierde Anderer wecke. Letztlich habe er, so Koch, von seinem Mentor nur die Erlaubnis erreichen können, bei Hitler eine Aussprache zu vermitteln. Diese Unterredung sei seine erste persönliche Besprechung mit dem „Führer“ gewesen, und sie sei denkbar ungünstig verlaufen: Hitler habe ihn mit der Begründung, die Sache gehe ihn nichts an, kaum zu Wort kommen lassen. Den Bruch mit Gregor Straßer habe Hitler auf dessen Treuebruch zurückgeführt und sei deswegen nicht zu einem Entgegenkommen bereit gewesen.

Koch gab an, von Hitlers unnachgiebiger Haltung erschüttert gewesen zu sein und sich erneut mit Otto Straßer besprochen zu haben. Beide seien sich einig gewesen, dass ohne Gregor Straßer eine Abspaltung des „sozialistischen“ Flügels aussichtslos sei, zu groß sei Hitlers Ansehen und das Vertrauen, das die Parteimitglieder in ihn setzten. Sie hätten daher beschlossen, nicht aktiv zu werden, hätten aber auch einen Parteiaustritt Kochs wegen des Einflusses, den er als Gauleiter besaß, und wegen der Finanzierung von Otto Straßers Verlag verworfen.

¹⁵⁶ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 48f, Lebenslauf Koch; Vgl. BA Berlin, BDC, OPG Quitzrau, Quitzrau an OSAF, 3.8.35; Abschrift Tagebuch Trupp „Italien“, 5.8.35; MOREAU, S. 160; STACHURA, Strasser, S. 117; JOSEPH GOEBBELS, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, 35. Auflage, München 1942, S. 230.

Koch war sich der Hintergründe des Bruchs zwischen Hitler und Gregor Straßer offenbar bewusst. Er wusste über Straßers Koalitionsverhandlungen mit Schleicher Bescheid, ordnete diese aber als Versuch Straßers ein, Hitler zum Einlenken in eine Koalition und damit zur „Vernunft“ zu bringen, wie er sich später ausdrückte. Auch glaubte er weiter an Hitlers „sozialistische Sendung“, für ihn war die Weigerung des „Führers“, sich mit Straßer auszusöhnen, ein tragischer Irrtum.¹⁵⁷ Darum klammerte er sich weiterhin an die Hoffnung, die das Verhältnis des „sozialistischen“ Flügels der NSDAP zu Hitler seit 1925 bestimmte: Er hoffte, Hitler doch noch zum „wahren Sozialismus“ bekehren zu können. Der ostpreußische Parteiführer positionierte sich damit am Vorabend der „Machtergreifung“ als ungebrochener Anhänger der bedeutendsten Oppositionsbewegung innerhalb der NSDAP, ohne dadurch Hitler selbst angreifen zu wollen. Koch glaubte vielmehr, zugleich ein Gefolgsmann des charismatischen „Führers“ und ein Anhänger jenes „nationalen Sozialismus“ sein zu können, den er den Ostpreußen bisher immer nahegebracht hatte.

4.4. „Der in kurzer Zeit recht übel bekannt gewordene Gauleiter Koch“¹⁵⁸ – Politische Gewalt, Propaganda und Prozesse

Koch importierte bei seinem Amtsantritt nicht nur seine Ideologie, er brachte aus seinem bisherigen Wirkungsbereich auch Formen des politischen „Kampfes“ mit, die in der beschaulichen Provinz bisher allenfalls als Randphänomene bekannt waren, allen voran die politisch motivierte Gewalt. Zwar agierten auch die Kommunisten sehr aggressiv, die politische Gewalt erreichte aber erst durch die von Koch eingeführten Taktiken einen strukturellen Charakter und avancierte beinahe zu einem Alltagsphänomen. Der Gauleiter rüstete seine Parteigenossen mit Gummiknüppeln aus und organisierte einige von ihnen in Radfahrertrupps als Schocktruppe, die auftauchte, zuschlug und wieder verschwand. Parolen wie „Juda verrecke“ oder mit Glasschneidern in Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte eingeritzte Hakenkreuze zogen durch sie in den ostpreußischen Alltag ein. Politische Gegner, die Veranstaltungen der NSDAP aufsuchten, mussten auch dann, wenn sie nur versuchten, den Redner zu widerlegen, mit Handgreiflichkeiten rechnen, die von den Veranstaltern offensichtlich von vornherein eingeplant waren. Nach derartigen „Saalschlachten“ konnte die

¹⁵⁷ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 49, Lebenslauf Koch.

¹⁵⁸ Königsberger Volkszeitung, 15.1.29.

Polizei fast immer Waffen konfiszieren, meist Knüppel, Dolche und „Scheintotpistolen“. Bezeichnenderweise verbot der Gauleiter aus Angst vor Razzien das Mitbringen von Waffen oder irgendwie belastendem Material in Parteiräumlichkeiten.¹⁵⁹

Die aggressive Grundhaltung blieb die bestimmende Komponente in Kochs Strategie zur Eroberung der Provinz. Die unzähligen Propagandaveranstaltungen, mit denen er die Provinz überzog, waren nichts weiter als übelste Hetzveranstaltungen auf niedrigstem intellektuellem Niveau, begleitet von physischer Gewalt.¹⁶⁰ Mit dem Erstarken der NSDAP und der Zuspitzung der Krise der Weimarer Republik ab 1930 verlagerten sich die Gewalttätigkeiten schließlich auf die Straße, wo auch unabhängig von politischen Veranstaltungen immer wieder einzelne Anhänger der Linksparteien überfallen wurden. Zu den Opfern gehörten auch Juden, von denen kaum Gegenwehr zu erwarten war, während die Staatsorgane, wohl aus Angst vor entschlossenen Gegenmaßnahmen, nie direkt angegriffen wurden. Ostpreußen avancierte so neben Schlesien zum Zentrum des nationalsozialistischen Straßenterrors, der im Jahr 1932 schließlich seinen Höhepunkt erreichte. Schwere Verletzungen, auch Stich- und Schusswunden, waren beinahe an der Tagesordnung, allein die Nationalsozialisten hatten in den Jahren 1931 und 1932 sechs Tote zu beklagen.¹⁶¹

Der Höhepunkt der Gewalttätigkeiten fand im Anschluss an die Reichstagswahl im Juli 1932 statt. In der Nacht auf den 1. August führten die Königsberger Nationalsozialisten eine generalstabsmäßig geplante Aktion gegen ihre politischen Gegner durch, bei der ein kommunistischer Stadtverordneter in seinem Bett ermordet und mehrere andere Politiker verletzt wurden, darunter der beim „Preußenschlag“ abgesetzte Regierungsprä-

¹⁵⁹ Vgl. GSTA Berlin, I. HA, Rep. 84a, Band 13, 14, 15; XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28; Nr. 30; Rep. 37, Nr. 21n; Nr. 58; Rep. 240, Nr. 21b, c; Nr. 53; IPN Warschau, SWWW 747, SWWW 760, diverse Berichte, 1929-32; TILITZKI, Alltag, S. 13f, 23; HERTZEICHENRODE, Politik, S. 65-72; EVE ROSENHAFT, Die KPD der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der „Dritten Periode“, in: Sozialprotest, S. 394-420; DIES., Links gleich rechts?, in: Physische Gewalt, hg. v. THOMAS LINDENBERGER/ ALF LÜDTKE, Frankfurt/ Main 1995, S. 238-275, hier S. 248f; BESSEL, Militarismus, S. 212-214.

¹⁶⁰ Vgl. Hartungsche Zeitung, 27.4.29; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28; Rep. 240, Nr. 33-84, Versammlungsberichte, 1928-32; DIRK SCHUMANN, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933, Essen 2001, S. 312-316.

¹⁶¹ IPN Warschau, SWWW 760, Blatt 1468-1471, Aussage Spiehr, 20.6.52; Blatt 1504-1512, Aussage Funk, 1.7.52; GSTA Berlin, I. HA, Rep. 84a; XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Rep. 37, diverse Berichte, 1929-32; SCHUMANN, S. 317, 328, 336; BESSEL, Violence, S. 80f; DERS., Militarismus, S. 215; MERKL, S. 431; Für die Fahne in den Tod, passim.

sident Max von Bahrfeldt.¹⁶² In den folgenden Tagen ging dann eine Welle der nationalsozialistischen Gewalt über die ganze Provinz hinweg, die mehrere Tote forderte und bei der Maschinengewehre und Sprengstoff zum Einsatz gekommen sein sollen.¹⁶³

Koch konnte eine Verwicklung in diese Vorgänge nie nachgewiesen werden, allerdings wurden die Ermittlungen nach der „Machtergreifung“ nicht zu Ende geführt. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass Aktionen dieser Tragweite ohne Wissen des Gauleiters durchgeführt wurden, zumal es sich bei den Opfern ausnahmslos um persönliche Gegner Kochs handelte und die Königsberger Attentäter von seinem Chauffeur Philipp mit dem Auto der Gauleitung zu ihren Anschlägen gefahren wurden. Ein verletzter Täter wurde zunächst in Kochs Wohnung und dann zum Arzt gebracht, der Gauleiter besuchte und versorgte dessen Komplizen an ihrem Zufluchtsort in Italien und organisierte zusammen mit einem Rechtsanwalt 1933 ihre Rückkehr nach Königsberg.¹⁶⁴ Ob er allerdings für die Attentate verantwortlich war, bleibt fraglich, er selbst stritt es ab, und auch die polizeilichen Ermittlungen ergaben, dass wohl ein höherer SS-Führer, wahrscheinlich der Danziger Oberführer Lorenz, die Attentäter instruiert hatte – was Kochs Beteiligung allerdings nicht ausschließt. Unklar muss auch bleiben, ob die Aktion ein Racheakt für die Ermordung eines jungen SA-Mannes war, oder Teil eines Putschversuches, wie Koch im Nachhinein behauptete.¹⁶⁵ Intern gab die ostpreußische NSDAP zwar zu, dass „die Ter-

¹⁶² Vgl. BESSEL, Violence, S. 87-89; SABINE THIEM, Kurt Sabatzky, in: Leo Baeck Institute Yearbook 44/1999, S. 191-204, hier S. 202; GAUSE, Königsberg, S. 114f; TILITZKI, Alltag, S. 23f; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 31, Blatt 111-116, 191-201, Polizeiprotokolle, 1932; BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 70f, 98-100, 107f, 214, 269, 292; 1909b, Blatt 273f; 1909d, Blatt 36f, 156, 303; 1909e, Blatt 204f, 208, 323f, 326-334, 339f, 361-364; 1909g, Blatt 62, 94f, 180-188, Aussagen, 1949; IPN Warschau, SWWW 747, Blatt 72i, 72k; SWWW 760, Blatt 1459-1463, 1468-1471, 1476-1480, Aussagen, 1959.

¹⁶³ BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 54f, Aussage Matull, 7.9.49; WILHELM MATULL/MAX SOMMERFELD, Der Anteil der ostpreußischen Arbeiterbewegung am Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/ Pr. 17/1967, S. 164-178, hier S. 168; DIRK WALTER, Antisemitische Kriminalität und Gewalt, Bonn 1999, S. 236-238; THIEM, Sabatzky, S. 202; TILITZKI, Alltag, S. 24; BESSEL, Violence, S. 88f.

¹⁶⁴ BA Berlin, BDC, OPG Quitzrau, Quitzrau an OSAF, 3.8.35; Abschrift Tagebuch Trupp „Italien“, 5.8.35; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 31c, Blatt 198, 201, SA-Bericht: „Wie kam es zum 1. August 1932?“, undatiert; Nr. 53, Blatt 210, Beitrag zur Gauchronik, undatiert.

¹⁶⁵ BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 204f, 208, Aussagen Koch, 19., 20.9.49; Blatt 323f, Barwinski an Ankläger Bielefeld, 4.10.49; BESSEL, Violence, S. 92.

rorakte systematisch in der ganzen Provinz vollzogen“¹⁶⁶ worden waren, gegenüber der Öffentlichkeit nutzten sie sie aber als Teil einer Viktimisierungsstrategie – eine spontane Volkserhebung habe „Vergeltung gegen Rotmord“¹⁶⁷ geübt.

Bezeichnend für das Selbstbewusstsein des Gauleiters war, dass er eine derartig aggressive Rechtfertigungsstrategie bereits kurz nach seiner Ankunft anwandte, als die NSDAP noch eine marginale Bewegung war. Als sich der Königsberger Polizeipräsident anderthalb Monate nach Kochs Amtsantritt bei ihm beschwerte, seine Partei falle „seit einiger Zeit“ wegen tätlicher Angriffe auf Demonstrationen und ähnlicher Übergriffe auf, reagierte er mit der Behauptung, Provokationen der Polizei seien für die Eskalation der Gewalt verantwortlich und drohte damit, das Exekutivorgan zu verklagen.¹⁶⁸ Später sprach er sogar von den „beliebten Terrorakten“¹⁶⁹ der Polizei. Eine Entsprechung in der Realität fanden seine Polemiken nicht, obwohl sich die Nationalsozialisten bisweilen genötigt sahen, sich aus Rücksicht auf die Behörden zu mäßigen. Die sozialdemokratisch geführte Königsberger Polizei bemühte sich zwar ebenso wie der liberale Regierungspräsident von Bahrfeldt, die NSDAP in ihre Schranken zu weisen, beide konnten aus Mangel an verwertbaren Beweisen aber nur selten zu harten Maßnahmen greifen. Außerdem profitierten die Nationalsozialisten von Amnestien und milden Gerichtsurteilen.¹⁷⁰

Die Attentatsserie vom 1. August 1932 blieb für die Nationalsozialisten allerdings nur juristisch folgenlos, politisch schädigte sie die Partei, da sie mit zu den deutlichen Stimmenverlusten in der Reichstagswahl am 6. November 1932 beitrug. Bis dahin hatte die Partei davon profitieren können, dass durch den Ersten Weltkrieg und die bürgerkriegsähnlichen An-

¹⁶⁶ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 7, Blatt 111-116, Stimmungsbericht der Gau-Propagandaleitung, undatiert.

¹⁶⁷ Ebd., Nr. 31, Blatt 188, Chronik der SA; Vgl. Völkischer Beobachter, 3.8.32; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 31, Blatt 191-201, SA-Bericht: „Wie kam es zum 1. August 1932?“, undatiert.

¹⁶⁸ Ebd., Nr. 10, Blatt 189, Polizeipräsident an Koch, 31.10.28; Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28; Rep. 240, Nr. 10, Blatt 59f, 190-200, 213, 241-253; Nr. 21d; BA Berlin, NS 26/598; BSTU, ZC 10850, Bd. II, Blatt 5-11, Schriftwechsel und Polizeiberichte 1928-32; BESSEL, Violence, S. 76-83.

¹⁶⁹ Königsberger Volkszeitung, 6.6.30.

¹⁷⁰ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 316, Polizeipräsident an Regierungspräsident, 24.5.29; Blatt 322, Polizeibericht Gautagung, 26.5.29; Rep. 37, Nr. 21q, Urteil Oberlandesgericht Königsberg, undatiert; Vgl. CARSTEN DAMS, Staatsschutz in der Weimarer Republik, Marburg 2002, S. 69-81, 135-147; SCHÜLER-SPRINGORUM, Minderheit, S. 217f; DIES., Die Jüdische Gemeinde Königsberg 1871-1945, in: Geschichte und Kultur, S. 165-186, hier S. 176; ZIBELL, S. 192, 206f.

fangsjahre der Weimarer Republik eine „Brutalisierung der Politik“¹⁷¹ stattgefunden hatte, die politisch motivierte Gewaltakte in weiten Teilen der Bevölkerung akzeptabel erscheinen ließen. Durch die Selbststilisierung der NSDAP als Ordnungsmacht konnte deren Gewalt gegen die angebliche linke Gefahr in bürgerlichen Kreisen sogar als Positivum gedeutet werden. Erst die Exzesse des Sommers 1932 erschienen nicht mehr akzeptabel.¹⁷²

Der Gauleiter selbst hatte ein ambivalentes Verhältnis zur Gewalt. Er, mit dessen Duldung, wenn nicht gar auf dessen Befehl sie ausgeübt wurde, erging sich in Notwehrrhetorik, schreckte aber auch vor offenen Drohungen nicht zurück. Gleichzeitig legte er ganz im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen, die sich gerne als Haudegen stilisierten, noch im Nachhinein Wert darauf, nie wegen Körperverletzung angeklagt worden zu sein, auch wenn er wohl ab und an selbst bei „Saalschlachten“ mitmischte. Im allgemeinen überließ Koch die Handgreiflichkeiten aber wohl seinen „Truppen“, seine bevorzugte Waffe war das Wort. Er fungierte als Chefpropagandist des Nationalsozialismus, weswegen alle größeren Veranstaltungen ganz auf seine Person zugeschnitten waren. Lediglich bei Reden prominenter, nur schwer in die abgelegene Provinz zu lockender Funktionäre wie Hitler, Straßer, Himmler oder Feder, stand nicht er im Mittelpunkt, dann trat er jedoch meist als Moderator auf.¹⁷³

Koch verfügte über eine breite Themenpalette und griff wie alle seine Kollegen gern auf die von der Reichspropagandaleitung zur Verfügung gestellten Materialien zurück, weswegen vieles in seinen Äußerungen nationalsozialistische Dutzendware war. Dennoch waren es letztlich seine persönlichen Überzeugungen, die seine Reden prägten. Wie schon im Ruhrgebiet griff er meist auf antisemitische Topoi zurück, ohne dass sein Judenhass eine ähnlich zentrale Rolle einnahm wie bei anderen NS-Funktionären. Er benutzte die Juden weiterhin als Popanz, dessen dunklen Ma-

¹⁷¹ MOSSE, Weltkrieg, passim.

¹⁷² BA Berlin, NS 22/426, Landesinspekteur Ost an Reichsorganisationsleiter, 9.11.32; KISSENKOETTER, S. 80; BESSEL, Violence, S. 96, 75; DERS., Militarismus, passim; MOSSE, Gefallen, S. 195-222; MERKL, S. 425; BERND WEISBROD, Gewalt in der Politik, in: GWU 43/1992, S. 391-404, hier S. 400; SCHUMANN, S. 11, 14, 271; SCHULZ, Ästhetisierung, S. 10-16; KERSHAW, Hitler I, S. 218, 403f, 428, 462, 508; EVE ROSENHAFT, Gewalt in der Politik, in: Militär, S. 237-259; DIES., Links, passim; BEHRENBECK, S. 170; DAMS, S. 82; SOUTHERN, S. 382; BENJAMIN LAPP, Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Sachsen, in: Dresden unterm Hakenkreuz, hg. v. REINER POMMERIN, Köln 1998, S. 1-24, hier S. 16; TYRELL, Führer, S. 273.

¹⁷³ BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 203f, Aussage Koch, 19.9.49; BA Berlin, BDC, SL 49, Blatt 214, Koch an Gregor Straßer, 19.7.30; BSTU, ZC 10850, Bd. II; GSTA Berlin, I. HA, Rep. 77, Nr. 4959, Blatt 239; XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28; Rep. 37, Nr. 21n; Nr. 44a; Rep. 240, Nr. 21, Berichte und Prozessakten, 1928-32; Königsberger Volkszeitung, 8.2.29; BESSEL, Violence, S. 49.

chenschaften er die Verantwortung für alle negativen Entwicklungen in Deutschland zuwies. Anders als Julius Streicher oder Heinrich Himmler pflegte der ostpreußische Gauleiter aber einen „konventionellen“ Antisemitismus, mit dem er in der Provinz, in der es durchaus „etablierte“ antisemitische Strömungen gab, kaum aneckte.¹⁷⁴

Die größte Aufmerksamkeit widmete Koch dem kapitalistisch-demokratischen Weimarer „System“ und dessen Exponenten. In erster Linie waren das die Sozialdemokraten, die Koch für gewöhnlich als von Juden gelenkte korrupte Landesverräter und die Nation ruinierende „Erfüllungspolitiker“ beschrieb.¹⁷⁵ Aber auch die anderen Parteien mussten seiner Ansicht nach zerschlagen werden. Eine Beteiligung am „korrupte[n] parlamentarischen System“¹⁷⁶ kam für ihn nicht in Frage, sondern nur eine vollständige Machtübernahme. Den Reichstag als Zentrum des korrupten und „lächerliche[n] Parlamentarismus“¹⁷⁷ qualifizierte er als „Saustall“ und „Quasselbude“¹⁷⁸ ab, die internationalen Abkommen, vom Versailler Vertrag bis hin zum Dawes- und Young-Plan, als Instrumente zur Versklavung Deutschlands. Die Verantwortlichen für diese Politik wollte er vor einen „Staatsgerichtshof zum Schutze der deutschen Ehre“ gestellt und nach „deutschem Recht“¹⁷⁹ zum Tode verurteilt sehen. Auch die Presse, die Richter und die „Severingskosaken“ – die berittene Schutzpolizei – wollte er dafür bestraft sehen, dass sie die NSDAP so unerbittlich verfolgten. Das sollte in nächs-

¹⁷⁴ Vgl. GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28; Rep. 37, Nr. 21n, Polizeiberichte, 1928-32; KÜHNEL, S. 110-135; KRIER, S. 260-263; SCHMIDT, Jahre, passim; ORLOW, History I, S. 153; KERSHAW, Hitler I, S. 418, 421, 508; MEYER ZU UPTROP, S. 185-192, 236-240; SCHÜLER-SPRINGORUM, Minderheit, S. 220-228, 283; ANDREAS KOSERT, Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde zu Johannesburg/ Ostpreußen, in: Geschichte und Kultur, S. 67-87, hier S. 76; DERS., Die jüdische Gemeinde Ortelsburg, in: Ebd., S. 87-124, hier S. 110; THIEM, Kontroverse, S. 390-392; DIES., Sabatzky, S. 202; GROEBEN, Verwaltung, S. 148.

¹⁷⁵ Vgl. Ostdeutscher Beobachter Nr. 7, 13.10.29, Nr. 4, 26.1.30, Nr. 8, 23.2.30; Königsberger Volkszeitung, 18.3.31; Preußische Zeitung, 13./14.6.31; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Nr. 34, Prozessakten und Polizeiprotokolle, 1928-32.

¹⁷⁶ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 366, Polizeibericht, 29.6.29; Vgl. Blatt 288; Rep. 240, Nr. 7, Berichte, 1929-32; Ostdeutscher Beobachter Nr. 8, 23.2.30.

¹⁷⁷ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 284, Polizeibericht, 22.3.29.

¹⁷⁸ BA Berlin, BSTU, ZC 10850, Bd. II, Blatt 5, Polizeibericht, 12.2.31; Bd. III, Polizeibericht, 26.11.30.

¹⁷⁹ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 247f, Polizeibericht, 12.2.29; Blatt 287, Polizeibericht, 22.3.29; Königsberger Volkszeitung, 17.3.30; Vgl. LOTHAR GRUCHMANN, Justiz im Dritten Reich 1933-1940, 3., verbesserte Auflage, München 2001, S. 956.

ter Zukunft geschehen, denn gemäß seiner Rhetorik stand der Endkampf, in dem es um „Sein oder Nichtsein der Nation“ gehe, kurz bevor. Das „System“ liege im Sterben, „und was stirbt muß getreten werden, damit es schneller stirbt“¹⁸⁰.

Koch gab in seinen Reden deutlich zu verstehen, dass er nur aus Rücksicht auf eventuelle behördliche Reaktionen einen legalen Machtwechsel fordere, insgeheim aber einen Putsch nicht ausschließe. Gewalt und Terror bezeichnete er als legitime Mittel der Politik und bezichtigte die Regierung, selbst die Legalität verlassen zu haben, weshalb auch die Nationalsozialisten nicht mehr an Recht und Gesetz gebunden seien. Er war sich sicher, dass eine nationalsozialistische Machtübernahme gelingen werde, denn „[w]o ein Wille ist, war auch immer noch ein Weg, und wir Nationalsozialisten wollen.“¹⁸¹

Für die dann anbrechende neue Zeit warb er weniger durch detaillierte Zukunftsplanungen, als mit dem Verweis auf eine nebulöse Volksgemeinschaft. Die Demokratie habe zu einer Entfremdung der Arbeiter der Faust von denen der Stirn geführt, was durch die Implementierung „besserer“ Ideale behoben werden sollte. Dem wirtschaftlich orientierten Denken sollten „drei große Werte: Ehre, Freiheit, Vaterland“¹⁸² entgegengestellt werden, dem „Klassengeist“ der „Brudergeist des deutschen Sozialismus“¹⁸³. „National und sozial“ werde die deutsche Revolution sein, „grundlegende Änderungen“¹⁸⁴ werde man vornehmen und an die preußischen Traditionen und die Reformen des Freiherrn vom Stein anknüpfen. Eine konkrete Vision, wie dieser Staat aussehen sollte, beschrieb Koch aber nicht. Ob er dabei bewusst die taktische Linie Hitlers fuhr und mit möglichst vagen Aussagen für möglichst viele Bevölkerungsgruppen anschlussfähig bleiben wollte, oder ob er schlichtweg damit überfordert war, eine Zukunftsvision zu entwerfen, kann nicht mehr endgültig entschieden werden.¹⁸⁵

¹⁸⁰ BA Berlin, BSTU, ZC 10850, Bd. II, Blatt 8-11, Polizeibericht, 12.2.31; Vgl. Ebd., Blatt 5f; Bd. III; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Nr. 32, Polizeiberichte, 1928-31; Ostdeutscher Beobachter Nr. 8, 23.2.30.

¹⁸¹ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 289, Polizeibericht, 22.3.29; Vgl. Nr. 28, Nr. 34; BA Berlin, BSTU, ZC 10850, Bd. II, Polizeiberichte, 1928-32; TILITZKI, Alltag, S. 24.

¹⁸² GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 288, Polizeibericht, 22.3.29.

¹⁸³ Ostdeutscher Beobachter Nr. 8, 23.2.30; Vgl. GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 32, Blatt 8, Bericht Landrat Gerdauen, 28.1.30.

¹⁸⁴ Ebd., Nr. 28, Blatt 249, Polizeibericht, 12.2.29; Vgl. Ostdeutscher Beobachter Nr. 8, 23.2.30.

¹⁸⁵ Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 330; SONTHEIMER, S. 134.

In wirtschaftspolitischen Fragen argumentierte Koch ähnlich unkonkret. Er führte die Wirtschaftskrise auf böswillige Machenschaften der internationalen Hochfinanz zurück und bot als Alternative den „kleinbürgerlichen Sozialismus“ des „Straßer-Programms“ von 1925 an. Dabei sprach er der Politik die Verfügungsgewalt über die Wirtschaft zu und postulierte, auf diesem Wege den Besitzstand der selbständigen Bauern und Gewerbetreibenden wahren zu können, was gerade im mittelständisch strukturierten Ostpreußen viel Anklang fand. Die Wandlung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat ignorierte er dagegen und erteilte der industriellen Exportwirtschaft eine klare Absage. Statt dessen sollte eine starke Außenpolitik die deutschen Wirtschaftsinteressen schützen, weswegen er auch zur Überwindung der aktuellen Schwierigkeiten nicht zuerst materielle Hilfsmaßnahmen forderte, sondern politische und wiederum ideelle Aktivitäten. In erster Linie sollte die Jugend zu Kampfgeist und Heldentum erzogen werden, denn dann könne sie auch dem stärksten Gegner trotzen und ein machtvolleres Deutschland aufbauen.¹⁸⁶

Diese Erziehung sollten seiner Ansicht nach die Frauen übernehmen, denen er keine andere Aufgabe in der Gesellschaft zugestehen wollte. Sie sollten damit auch den Verfall der deutschen Kultur – den Koch vor allem an der Ausbreitung der „Großstadtkultur“ festmachte – verhindern. Der Gauleiter warf den „Menschen von heute“ Stillosigkeit vor und hielt alle modernen Kulturformen für Schund. Er forderte die Rückkehr zur preußischen Einfachheit, anstelle eleganter Feste solle man wieder bei „einem Glas Tee und vielleicht noch einem Stück geröstetem Fleisch“ zusammensitzen und anstatt des „jüdisch-kulturellen Geist[es]“ „gute Hausmusik“, deutsche Theaterstücke und die Klassiker genießen.¹⁸⁷

Kultur hatte für Koch offensichtlich vor allem als geistige Wiederwehraftmachung Bedeutung, und die war in seinen Augen nicht nur zur Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands notwendig. Das Reich stand seiner Ansicht nach zwischen den Fronten der kapitalistischen Staaten und Polens einerseits sowie Russlands andererseits und werde daher unweigerlich in einen großen Krieg hineingezogen werden. Darauf müsse es sich

¹⁸⁶ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Nr. 32; Rep. 36, Nr. 5; BA Berlin, BSTU, ZC 10850, Bd. II, Polizeiberichte und Prozessakten, 1928-32; Ostdeutscher Beobachter, 26.1.30, 23.2.30; Vgl. DAVID SCHOENBAUM, Die braune Revolution, veränderte Auflage, München 1980, S. 71; PYTA, S. 326; HERTZ-EICHENRODE, Wende, S. 83-86, 99-103; STACHURA, Strasser, S. 59; BARKAI, S. 7, 11, 23-38.

¹⁸⁷ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 234f, 239, 243, 245f, Polizeibericht, 12.2.29; Vgl. Rep. 240, Nr. 31a, Tätigkeitsberichte der NS-Frauenschaft Ostpreußen, 1930-32.

vorbereiten, denn „wir wollen nicht Pazifismus, sondern kämpfen um den Platz an der Sonne.“¹⁸⁸

Gerade in Ostpreußen, wo die Angst vor einer polnischen Annexion weit verbreitet war, waren derartige Forderungen nach einer machtvollen Außenpolitik bis hin zur Revision des Versailler Vertrages populär und wurden von fast allen Parteien vorgebracht.¹⁸⁹ Bei Koch war es allenfalls der überzogene Charakter seiner Behauptungen, der ihn aus den Reihen der anderen Redner hervorhob. Seinen Reden zufolge hatten die Polen mit Hilfe des Völkerbundes und der SPD bereits die Kontrolle über die ostpreußische Wirtschaft erlangt und machten für eine militärische Besetzung in unmittelbarer Zukunft mobil. Er glaubte, Berlin werde Ostpreußen im Ernstfall aufgeben und forderte, es müsse dann wie einst in Oberschlesien um den deutschen Boden gerungen werden. Er als Veteran glorreicher Selbstschutztage sah sich wohl schon als der rettende Führer, zumindest war er der Ansicht, die polnische Invasion habe nur deshalb noch nicht stattgefunden, weil es in Ostpreußen zu viele „Hakenkreuzler“ gebe.¹⁹⁰

Koch stilisierte Ostpreußens Zukunft gezielt zur „Schicksalsfrage der Nation“¹⁹¹ hoch und folgerte, der in Deutschland notwendige Widerstand, der sich gegen das Weimarer System und das Ausland zugleich richten müsse, müsse daher von Ostpreußen ausgehen. Er rekurrierte hier nicht nur auf die Befreiungskriege von 1813, während derer die Erlösung Preußens ebenfalls vom Osten her erfolgt war, er spielte auch mit dem Gefühl vieler Ostpreußen, vom Reich im Stich gelassen zu sein. Während die Republik lieber die polnische Minderheit hofiere, als Ostpreußen zu unterstützen, werde der „neue Staat der sozialen Gerechtigkeit und der nationalen Würde [...] den Osten wieder fest ans Reich schmieden“¹⁹². Die Nationalsozialisten wollten, „dass dann ein Morgenrot im Osten des deutschen Volkes leuchten werde“¹⁹³.

¹⁸⁸ Ebd., Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 244f, 250, Polizeibericht, 12.2.29; Vgl. Blatt 302, Bericht Landrat Labiau, 18.3.29; JOST DÜLFER, Der Pazifismus als Feind, in: Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit, hg. v. ERNST WILLI HANSEN u.a., München 1995, S. 211-223.

¹⁸⁹ Vgl. TRABA, Kriegssyndrom, passim; KOSSERT, Preußen, S. 190-192, 203f, 218; Jockheck, passim; HARTMANN, Ereignisse, S. 12-14; HERTZ-EICHENRODE, Politik, S. 71; JAWORSKI, S. 50, 63.

¹⁹⁰ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 202, 250, 276-289, 302, Polizeiberichte, 15.12.28, 22.3.29, 18.3.29; Königsberger Volkszeitung, 8.2.29.

¹⁹¹ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 281, 284f, Polizeibericht, 22.3.29.

¹⁹² Ostdeutscher Beobachter Nr. 8, 23.2.30.

¹⁹³ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 32, Blatt 7, Bericht Landjäger Nautzen, 26.1.30.

So schwülstig und wenig realistisch diese Aussagen heute erscheinen, in der existentiellen Krise der Weimarer Republik verhießen sie das, was der schwer getroffenen Bevölkerung am wichtigsten erschien: Die Überwindung des offensichtlich unfähigen und untätigen Staates zugunsten einer dynamischen Politik der Stärke und der Tat, die für die Krise einfache und daher Hoffnung machende Erklärungen und Lösungen anbot. Koch selbst war von diesen Theorien überzeugt und vertrat sie daher mit einer „fanatischen Wut“¹⁹⁴, die ihn gerade in der Dynamik und Tatkraft, die die Nationalsozialisten ja bewusst präsentieren wollten, als Anwalt der Sache Ostpreußens glaubwürdig erscheinen ließ.

Gleichzeitig war Koch bemüht, seine politischen Gegner zu diffamieren. Er rief in seinen Reden daher immer wieder dazu auf, ihn mit Material über politische Gegner und zu allen Skandalen zu versorgen.¹⁹⁵ Da er die so gewonnenen Kenntnisse nicht in aufklärerischer, sondern allein in diffamierender Weise nutzte, wurde er häufig wegen Beleidigung verklagt. Typisch für diese Prozesse war seine Auseinandersetzung mit dem Syndikus des „Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, Kurt Sabatzky. Dieser war ein scharfer Beobachter antisemitischer Vorfälle in der Provinz, über die er in einer ausführlichen Kolumne im „Königsberger Jüdischen Gemeindeblatt“ detailliert informierte. Mit dem Gauleiter geriet er in Konflikt, als er kritisch über eine am 9. November 1928 von Koch zelebrierte antisemitische „Heldengedenkfeier“ berichtete.¹⁹⁶ Koch echauffierte sich über diesen Artikel bei seinem nächsten öffentlichen Auftritt in der Königsberger Stadthalle. Der „jüdische Dreckspatz“ habe das Andenken von zwei Millionen Soldaten besudelt, er, Koch, werde ihn, wenn er ihn auf der Straße treffe, dafür mit der Reitpeitsche züchtigen.¹⁹⁷ Dass Sabatzky ihn daraufhin verklagte, kommentierte der Gauleiter am 15. Dezember ebenfalls in der Stadthalle: Das „Duell“ mit Sabatzky werde trotz der Klage stattfinden. Juristische Konsequenzen fürchtete er offenbar nicht, denn obwohl ihm aufgrund einer antisemitischen Demonstration untersagt worden war, in „hetzerischer Weise“ zum Boykott jüdischer Geschäfte aufzurufen oder Juden zu diffamieren, polemisierte er auch bei

¹⁹⁴ Ebd.

¹⁹⁵ Ebd., Nr. 28, Blatt 248, 261-291, 319-324, Polizeiberichte, 12.2.29, 22.3.29, 26.5.29.

¹⁹⁶ Königsberger Jüdisches Gemeindeblatt, 16.11.28, Abschrift in: GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 37, Nr. 21n; Vgl. Echo des Ostens, 8.4.29; THIEM, Sabatzky; SCHÜLER-SPRINGORUM, Minderheit, S. 216, 243, 283-287; Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933-1945, hg. v. OTTO DOV KULKA/ EBERHARD JÄCKEL, Düsseldorf 2004, S. 7.

¹⁹⁷ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 36, Nr. 23, Blatt 3, Anklageschrift Landgericht Königsberg, 20.12.28; Rep. 37, Nr. 97a, Urteil Oberlandesgericht Königsberg, 5.7.29; Vgl. SCHÜLER-SPRINGORUM, Minderheit, S. 287; DIES., Gemeinde, S. 176f.

dieser Veranstaltung gegen Juden und rühmte sich damit, bereits 36 Mal vor dem Richter gestanden zu haben.¹⁹⁸

Der Gauleiter machte sich zu recht wenig Sorgen, denn er fand einen milden Richter, der ihn nicht davon abhielt, im Gerichtssaal antisemitisch zu agitieren und die Nationalsozialisten zu Opfern bössartiger Hetze zu stilisieren. Der Richter befand schließlich, die Behauptungen Kochs seien nicht ehrenrührig und stellten keine ernstliche Bedrohung dar. Sie seien lediglich eine förmliche Beleidigung, die im politischen Tageskampf gefallen sei, was „jeder vernünftig denkende Mensch“ richtig einzuordnen wisse. Auch eine Wiederholungsgefahr wollte der Richter nicht erkennen, eine weitere einstweilige Verfügung lehnte er daher ab. Letztlich blieb er deutlich unter dem vom Staatsanwalt geforderten Strafmaß von drei Monaten Haft. Als strafmindernd betrachtete er, dass Koch nicht vorbestraft sei und in Erregung gesprochen habe. Sabatzky habe die Feier tatsächlich verunglimpft, Koch sei daher eine gewisse Berechtigung für sein Verhalten zuzusprechen. Er verurteilte den Gauleiter zu einer Strafe von 150 Reichsmark, mit der sich aber keine der Parteien zufrieden gab.¹⁹⁹

Der Prozess zog sich durch alle Instanzen, was die Nationalsozialisten als „Kesseltreiben“²⁰⁰ bezeichneten, und endete mit einem für Koch folgenlosen Urteil: Zwar wurde er im Juli 1929 letztinstanzlich zu 100 Mark Geldstrafe oder ersatzweise 10 Tagen Haft verurteilt, die versuchte Vollstreckung im Februar 1930 brachte aber nichts ein. Koch konnte oder wollte nicht zahlen und ein pfändbares Vermögen konnte nicht festgestellt werden, da selbst die Wohnungseinrichtung, die für einen vorgeblich Mittellosen recht üppig war – auch ein Klavier zählte dazu –, angeblich den Eltern Kläre Kochs gehörte. Die ersatzweise angedrohte Haftstrafe zögerte Koch durch juristische Tricks so lange hinaus, bis auf ihre Vollstreckung wegen seines neuerworbenen Status als Reichstagsabgeordneter verzichtet wurde.²⁰¹ Sabatzky aber stand von nun an auf der „Abschussliste“ der NSDAP und avancierte zu einem Hauptziel der nationalsozialistischen

¹⁹⁸ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 5, Blatt 114-116, Urteil Landgericht Königsberg, undatiert; Blatt 48-50, Klageschrift Landgericht Königsberg, undatiert; Nr. 13, Prozessakten Landgericht Königsberg, Dezember 1928 bis März 1929; Nr. 28, Blatt 163-179, 181-203, Zeitungsausschnitte, Polizeiberichte, 22.11.28, 15.12.28.

¹⁹⁹ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 36, Nr. 23, Blatt 3, 7, 12, Prozessakten, 1928/29; Echo des Ostens, 8.4.29; Königsberger Volkszeitung, 8.4.29.

²⁰⁰ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 36, Nr. 23, Blatt 17, Flugblatt, undatiert.

²⁰¹ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 37, Nr. 21g, Prozessakten Landgericht Königsberg, März 1932; Nr. 97a, 97b, Urteil Oberlandesgericht Königsberg, 5.7.29; Vgl. KISSENKOETTER, S. 42-44.

Attacken. Sabatzky sei der erste, den er aufhängen lasse, ließ Koch seinem SA-Führer Litzmann gegenüber verlauten.²⁰²

Der Gauleiter führte bis zur „Machtergreifung“ immer wieder Prozesse, die meist nach dem beschriebenen Muster abliefen. Auf eine Beleidigung durch Koch folgte ein Prozess, den der Angeklagte mit Hilfe seiner Anwälte zu einer politischen Bühne umfunktionierte und sich dabei zum Märtyrer der Bewegung stilisierte – eine Pose, in der er sich mehr und mehr gefiel. Die Richter ließen ihn stets gewähren, allerdings wurde er nur in einem einzigen der 28 Prozesse, die sich heute noch rekonstruieren lassen, nicht verurteilt. Die Richter ließen jedoch im allgemeinen Milde walten und hielten ihm in allen Prozessen zugute, dass er als politischer Überzeugungstäter handle. Außerdem wurde er als nicht vorbestraft angesehen, was er der Verschleppung der Verfahren durch alle Instanzen bis hin zum Reichsgericht in Leipzig zu verdanken hatte – die Urteile erlangten bis zu einer Amnestie für politische Straftaten im Dezember 1932 meist noch keine Rechtskraft.²⁰³

4.5. „Kampfblatt für Freiheit und Brot“ – Gauzeitung

Derartige Prozesse machten in der regionalen Presse Schlagzeilen und multiplizierten damit die Reichweite der Propaganda Kochs. Der Gauleiter, der sich ja bereits in Elberfeld stark im Pressewesen engagiert hatte, schätzte den Einfluss der Printmedien hoch ein. In Ostpreußen wurde jedoch nur eine nationalsozialistische Zeitung verkauft, der „Nationale Sozialist für die Ostmark“ aus dem Verlag der Straßer-Brüder. Dieses Blatt war auf den durch den „Korridor“ weit entfernten Nachbargau Ostmark

²⁰² BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 303, Sabatzky an Staatsanwaltschaft Bielefeld, 10.9.49; Vgl. Preußische Zeitung, 13./14., 26.6.31; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 34, Blatt 98, Urteil Reichsgericht Leipzig, undatiert; SCHÜLER-SPRINGORUM, Minderheit, S. 285f; DIES., Gemeinde, S. 177; THIEM, Sabatzky, S. 196, 201; JACOBY, S. 90, 100f; ARNOLD PAUCKER, Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik, 2. verbesserte Auflage, Hamburg 1969, S. 136.

²⁰³ Der Reichstag hob Kochs Immunität auf Antrag der Königsberger Justiz mehrfach auf, um Vorführbefehle oder Strafvollstreckungen zu ermöglichen (Vgl. BA Berlin, BSTU, ZC 10850, Bd. II, Bd. III, Bd. IV, Bd. V, Anträge der Staatsanwaltschaft Königsberg, 1930-32; GSTA Berlin, I. HA, Rep. 84a, Bd. 15, Nr. 54567, Beschluss des Reichstags, 23.2.31; Nr. 54574, Aktennotizen Preußisches Justizministerium, 1931; XX. HA, Rep. 37, Nr. 21a, 26.10.29; Nr. 21f, 1.9.30; Rep. 10, Tit. 36, Nr. 34, Nr. 105f, Strafregister Koch, Juni 1931, Februar 1932; MERGEL, S. 152; PAUCKER, S. 80f; Echo des Ostens, 8.4.29; VARGA, S. 125-129).

(Brandenburg) zugeschnitten, weshalb Koch im Mai 1929 den Entschluss fasste, eine eigene Gauzeitung zu gründen.²⁰⁴

Der Gauleiter hatte ehrgeizige Pläne: Auf Vorwürfe, seine Reden seien „zu radikal und [er] schreie zu sehr“ hatte er gekontert, im „bürgerlich gedämpften Ton“²⁰⁵ erreiche man nichts. Seine Zeitung sollte ebenso lautstark vorgehen. Er wollte „den Bonzen in Ostpreußen die Larve vom Gesicht [...] reißen, und zwar werden wir diese Skandälchen in entsprechend großer Aufmachung auf der ersten Seite bringen, so dass die ganzen sensationslüsternen Spießer sich auf die Zeitung stürzen. Lesen sie erst die erste Seite, werden sie wahrscheinlich auch weiter lesen und wir werden auf diese Art und Weise noch viele zu der Idee des Nationalsozialismus bekehren können.“²⁰⁶ Kochs Zeitung sollte also nicht wie die Presse des „Kampf-Verlags“ ein Forum zur Diskussion ideologischer Glaubenssätze sein, sondern ein nationalsozialistisches „Kampfblatt“ mit Skandalen als Blickfang und Agitation als Ziel.

Allerdings finanzierte sich der Gau zu dieser Zeit ausschließlich über – oft nur schleppend eingehende – Mitgliedsbeiträge und Spenden. Er erwirtschaftete deshalb bei einem Gesamtetat von 900 Reichsmark jeden Monat 300 Mark Verlust, der nur über den schon hervorragend funktionierenden Opferring der Ortsgruppe Insterburg ausgeglichen werden konnte.²⁰⁷ Der teure Aufbau einer eigenen Zeitung konnte so nicht finanziert werden. Während der Gautagung am 26. Mai 1929 gab Koch deshalb seine Absicht bekannt, Anfang August eine eigene Zeitung gründen zu wollen, und teilte mit, dass er diese über unverzinsliche Anteilscheine, die die Ortsgruppen verkaufen sollten, finanzieren wolle. Auf der gleichen Tagung trug er den Ortsgruppen aber zusätzlich auf, die Reisekosten für eine Fahrt zum Reichsparteitag in Nürnberg zu beschaffen. Diese Fahrt sei überaus wichtig, „weil es nicht ein Kriegervereins-Aufmarsch ist, sondern vom 1.-4. August demonstriert in Nürnberg das kommende neue Deutschland.“²⁰⁸ Niemand solle wegen der 60 Mark Fahrtkosten zu Hause bleiben müssen.

Mit dieser doppelten finanziellen Belastung waren die Ortsgruppen aber überfordert, für beide Ziele reichten die gesammelten Beträge nicht aus. Ende Juli gab Koch vor seinen höheren Funktionären bekannt, dass die Sammlung für die Reise 3 500 Reichsmark eingebracht habe, was zu wenig sei. Er habe nun nach Rücksprache mit „bewährten Pg.“ beschlossen, das

²⁰⁴ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 322f, Polizeibericht, 26.5.29; Rep. 240, Nr. 53, Blatt 42, Beitrag zur Gauchronik, undatiert.

²⁰⁵ Ebd., Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 365, Polizeibericht, 29.6.29.

²⁰⁶ Ebd., Blatt 324, Polizeibericht, 26.5.29.

²⁰⁷ Ebd., Blatt 322, Polizeibericht, 26.5.29.

²⁰⁸ Ebd., Blatt 320f, Polizeibericht, 26.5.29.

Geld „nicht damit zu verschwenden, 30 bis 40 Pg. mehr nach Nürnberg zu schicken“, vielmehr werde er es zur Begleichung der Schulden des Gaus und zur Gründung einer Zeitung verwenden. Diese werde ab dem 1. September erscheinen und „Ostdeutscher Beobachter“ heißen. Eine eigene Presse sei, gerade vor dem Wahlkampf, wichtiger, „als das Geld nutzlos für eine dann doch noch wirkungslose Aktion, wie die Nürnbergfahrt, zu verpuffen. Im Übrigen erkläre ich allen Nörglern und Stänkern, dass ich es gar nicht nötig habe, ihnen Rechenschaft über mein Handeln zu geben. Wir sind hier kein demokratischer Wahlverein, in dem Abstimmungen das Tun der Führer bestimmen, sondern stehen nun einmal zum Führerprinzip.“²⁰⁹

Gegenüber den einfachen Mitgliedern äußerte Koch sich weniger freimütig, sondern stellte den Verzicht auf die Fahrt nach Nürnberg als großes und stolzes Opfer für die Bewegung dar. Als Entschädigung versprach er weitere Besuche Hitlers. Einige Parteigenossen wollten dieses selbstherrliche Verhalten allerdings nicht dulden und strengten ein Ehrgerichtsverfahren an, in dem der Gauleiter aber mit der Begründung, er ziehe keinen persönlichen Gewinn aus der Zeitung, entlastet wurde.²¹⁰ Damit war die Umleitung der Gelder sanktioniert. Aber auch diese Mittel reichten nicht, um den Finanzbedarf des „Ostdeutschen Beobachters“ zu decken. Der Gauleiter war für sein Lieblingsprojekt weiterhin dringend auf das finanzielle Engagement der Mitglieder angewiesen.²¹¹

Kochs Verhalten zeigte deutlich sein Verständnis von der inneren Struktur der Partei:

„Wir sind kein zusammengelaufener Interessentenhaufen, der von einer Clique beherrscht wird, wie gewisse andere Parteien, sondern wir sind ein politischer Körper nach dem Führergedanken zusammengeschmolzen. Meine Redakteure sind nur die Vollzieher meines Willens [...]“²¹²

Nicht nur seine Redakteure, alle einfachen Mitglieder von Partei und SA bildeten in den Augen des Gauleiters lediglich ein Vehikel der Parteiführung. Sie sollten bei Aufmärschen eine starke, disziplinierte und dynamische „Bewegung“ darstellen²¹³, sollten Koch mit „Schmutz“ für seine Reden versorgen, die Säle füllen, für die Partei werben, und, wenn nötig, auch mit physischer Gewalt gegen den politischen Gegner vorgehen. Mit Hilfe ihres Engagements wurde die Partei aufgebaut, Koch gewährte ihnen

²⁰⁹ Ebd., Blatt 373, Polizeibericht, 24.7.29.

²¹⁰ Schulenburg an Koch, 31.12.35, zitiert nach: HEINEMANN, *Rebell*, S. 189.

²¹¹ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 28, Blatt 374-376, Rundschreiben der Gauleitung, undatiert (vor 20.8.29); STEIN, S. 95, 98.

²¹² Preußische Zeitung Nr. 248, 27.11.31.

²¹³ Vgl. BESSEL, *Violence*, S. 48.

aber keinerlei Einfluss auf die Gestaltung der Partei, die Formulierung ihrer Ziele oder gar der Ideologie. Hier galt ausschließlich das Führerprinzip, und das kannte nur den Willen Hitlers und Kochs.

Der Einsatz der Parteigenossen ermöglichte es, dass der „Ostdeutsche Beobachter“, ein „Ostpreußisches Kampfblatt für Freiheit und Gerechtigkeit“, wie der Untertitel versprach, tatsächlich ab dem 1. September 1929 als Wochenblatt in einer Auflage von 1 900 Stück zum Einzelpreis von 20 Pfennigen erscheinen konnte. Finanziert wurde die Gründung mit 5 000 Reichsmark, die die Partei aus Spendengeldern und dem Verkauf von Anteilen aufgebracht hatte, und angeblich auch mit 10 000 Mark aus einer Erbschaft Kläre Kochs. Das Blatt erschien in einem Verlag, der Georg Heidrich gehörte und wahrscheinlich nur zu diesem Zweck gegründet worden war.²¹⁴ Der „Beobachter“ war damit vollständig in ostpreußischer Hand, der „Kampf-“ oder der parteieigene „Eher-Verlag“ hatten auf ihn keinen Einfluss.

Da der Gau nicht in der Lage war, Redakteure zu bezahlen, wurde das Parteiorgan von ehrenamtlichen Mitarbeitern gestaltet. Beinahe jede Ausgabe enthielt, wie in der NS-Presse üblich, Artikel, die anderen Parteiblättern entnommen worden waren. Ideologische und theoretische Themen wurden in diesen Beiträgen selten behandelt, ihre Zusammenstellung ließ jedoch Kochs weltanschauliche Vorlieben erkennen, was ihm eine Rüge der Parteileitung eintrug.²¹⁵ Die Masse der Beiträge bestand jedoch aus ostpreußischen Eigenproduktionen, und viele Artikel verfasste Koch, der als Herausgeber presserechtlich für den Inhalt der Zeitung verantwortlich war, selbst. Nicht nur Kochs Beiträge folgten seiner Richtlinie und griffen alle Skandale auf, die Aufmerksamkeit versprachen – ganz unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt. Der antisemitischen Hetze wurde dabei ebenso wie den Angriffen auf politische Gegner großer Raum eingeräumt. Die Betroffenen gingen häufig juristisch gegen die Zeitung und ihren Herausgeber vor. Einzelne Ausgaben des „Ostdeutschen Beobachters“ wurden daraufhin verboten, Koch musste sich wegen „Beleidigung durch die Presse“ vor Gericht verantworten.²¹⁶

²¹⁴ Vgl. GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 36, Nr. 5, Blatt 48, Klage gegen Erich Koch und Verlag Ostdeutscher Beobachter Georg Heidrich, undatiert (Oktober 1929); IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 47, Lebenslauf Koch; TILITZKI, Alltag, S. 13.

²¹⁵ HALE, S. 52; Vgl. BA Berlin, BSTU, ZC 10850, Bd. I, Erklärung Koch, Oktober 1929; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 37, Nr. 21b, Blatt 19, 43, Erklärungen Kochs 1929/30; Blatt 145, Oberstaatsanwalt Landgericht III Berlin an Pr. Justizminister, 29.1.30.

²¹⁶ Ostdeutscher Beobachter, passim; Königsberger Volkszeitung, 18.3.31; Preußische Zeitung, 13./14.6.31; GSTA Berlin, I. HA, Rep. 84a, Bd. 15, Nr. 5472, 5474, 54569, 54573, 54575; XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 34; Rep. 36, Nr. 5, 22; Rep. 37, Nr. 18b, 21g, 21p, 86, 99a, 99b, Prozessakten 1929-32; Rep. 240, Nr. 53, Blatt 114, Beitrag zur

Trotz dieses Charakters war der „Ostdeutsche Beobachter“ so erfolgreich, dass er am 1. Januar 1931 in eine Tageszeitung, die „Preußische Zeitung“ umgewandelt werden konnte. Deren Gründung war ein ambitioniertes Projekt. Ihre Startauflage war mit 15 000 Exemplaren mehr als doppelt so hoch wie die ihres Vorgängers, was die Kosten für die Umstellung zusätzlich in die Höhe trieb. In das Grundkapital des dafür gegründeten „Sturm-Verlags“ brachte der angeblich mittellose Gauleiter als persönlichen Anteil 19 000 Reichsmark ein, 10 000 davon in Form des „Ostdeutschen Beobachters“, 9 000 in bar aus unbekannten Quellen. Die restlichen 1 000 Mark steuerte Georg Heidrich bei.²¹⁷ Damit war Koch der Haupteigentümer des „unbestechlichen Kampfblatts für Freiheit und Brot“. Die Partei und deren Mitglieder, die das Gründungskapital letztlich wohl aufgebracht hatten, besaßen keinen Besitztitel und hatten auch keinen Einfluss auf die Zeitung. Die Reichsleitung monierte das, sie wollte einen „Dr.-Strasser-Fall in zweiter Auflage“²¹⁸, also ein zweites unabhängiges Zeitungskonglomerat wie den „Kampf-Verlag“, vermeiden, konnte sich aber nicht durchsetzen.

Die „Preußische Zeitung“ war das einzige nationalsozialistische Blatt der Provinz und nicht zuletzt deshalb sehr erfolgreich. Bereits im August 1931 konnten Rednerhonorare aus ihrer Kasse bezahlt werden²¹⁹, ab Mitte 1932 verfügte sie über mehrere Nebenausgaben. Ende 1932 gehörte sie mit einer Auflage von 31 500 Stück zu den größeren NS-Zeitungen und war ein professionelles, von hauptamtlichen Redakteuren gestaltetes Blatt, in dem sein Herausgeber nur noch selten als Autor auftrat. Die „Preußische Zeitung“ gab sich einen seriösen Anstrich und bediente mit eigenen Beilagen Landwirte und Sportfans ebenso wie Frauen und Rätselfreunde, selbst ein Fortsetzungsroman fehlte nicht – schließlich galt es, mit den alteingesessenen Tageszeitungen zu konkurrieren. Andererseits wurden auch weiterhin Diffamierungskampagnen gegen politische Gegner, hohe Beamte und republikanisch gesinnte Reichswehroffiziere lanciert, was zu einigen Gerichtsverfahren und Verboten führte – allerdings wurde jetzt nicht mehr

Gauchronik, undatiert; BA Berlin, R 43 I/1233, Schriftverkehr Reichs- und preußischen Ministerien, Mai bis Dezember 1929; Ebd., BSTU, ZC 10850, Bd. II, Beschluss Staatsanwaltschaft Königsberg, 12.2.31; Vgl. SCHÜLER-SPRINGORUM, Minderheit, S. 286f; WILCOX, S. 249; DAMS, S. 92-106.

²¹⁷ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 36, Nr. 15, Blatt 79, Feststellungen des Landgerichts Königsberg über die Besitzverhältnisse der „Preußischen Zeitung“, 3.2.31; TILITZKI, Alltag, S. 13; STEIN, S. 59, 95, 133, 271-274; KOZIELLO-POKLEWSKI, Forschungen, S. 277; HALE, S. 61; ZIBELL, S. 158-170.

²¹⁸ BA Berlin, NS 51/209, Randbemerkung Bouhlers auf Heidrich an Reichsleitung, 27.1.31.

²¹⁹ Ebd., NS 22/1065, Koch an Straßer, 4.8.31.

Gauleiter Koch, sondern der Chefredakteur belangt, weshalb die Zahl der Beleidigungsklagen gegen Koch deutlich zurückging.²²⁰

4.6. „... gegen alle modernen Irrlehren“ – Kirchenpolitik

Das moderate Erscheinungsbild der „Preußischen Zeitung“ und ihr weites thematisches Spektrum gehörten zu den Bemühungen der NSDAP, breitere Wählerschichten für sich zu gewinnen. In diesen Kontext gehörte auch ihre Kirchenpolitik, die in erster Linie von den Gauleitern getragen wurde. In Ostpreußen kam ihr eine besondere Bedeutung zu, da die Konfession in der protestantisch geprägten und angeblich vom katholischen Polen bedrohten Provinz einen wichtigen Faktor der nationalen Identität bildete. Nationalität und Konfession wurden hier – vor allem im von polnischstämmigen, aber evangelischen Menschen bewohnten Masuren – quasi gleich gesetzt, was durch die deutschnationale und republikkritische Haltung der evangelischen Kirche Ostpreußens unterstützt wurde.²²¹

Diese Situation konnte ein religiös geprägter NS-Führer wie Koch ausnutzen, zumal auch in Ostpreußen beobachtet werden konnte, dass das ländliche protestantische Milieu dem Nationalsozialismus aufgeschlossen gegenüberstand, wohingegen kaum ins Gewicht fiel, dass das katholische Milieu des Ermlandes Kochs Partei weitgehend verschlossen blieb.²²² Allerdings verfügte die NSDAP nicht über ein kirchenpolitisches Konzept, vielmehr galt auch in diesem Sektor die offizielle Linie Hitlers, sich nicht festzulegen und es so zu vermeiden, die konfessionelle Spaltung Deutschlands in die Partei zu tragen und damit potentielle Wähler abzuschrecken.

²²⁰ GSTA Berlin, I. HA, Rep. 77, Nr. 3; Rep. 84a, Bd. 15, Nr. 54348, Nr. 54570, Nr. 54572; XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 34, Blatt 25-36, 74-77; Rep. 36, Nr. 6, 15, 16, 21f, 21k, 21l, 21m, 104, 105; Rep. 37, Nr. 21a, 21d, 21g, 21t, 101a, 106; BA Berlin, BSTU, ZC 10850, Bd. VII; ZC 11296, Prozessakten 1931/32; Vgl. STEIN, S. 25-27, 80, 99, 113, 170, 208, 271-274; WILCOX, S. 293, 298; HERTZ-EICHENRODE, Politik, S. 92-94; DAMS, S. 232; Deutschland. Weimar-Index, bearb. v. MARTIN SCHUMACHER, Düsseldorf 1988.

²²¹ Vgl. KOSSERT, Preußen, S. 220f; GERHARD BESIER, Kirche, Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert, München 2000, S. 1-6; SABINE REHM, Religion und Kirchen in Preußen, in: Vertriebenen, S. 84-102, hier S. 87f, 96-98; CHRISTIAN PLETZING, Vom Völkerfrühling zum nationalen Konflikt, Wiesbaden 2003, passim; JAWORSKI, S. 53; MANFRED KITTEL, Konfessioneller Konflikt und politische Kultur in der Weimarer Republik, in: Konfessionen im Konflikt, hg. v. OLAF BLASCHKE, Göttingen 2002, S. 243-297.

²²² FALTER, S. 169-193, 219, 255-266, 278-282, 350-362; ROHE, S. 158; DETLEF MÜHLBERGER, The Social Bases of Nazism, 1919-1933, Cambridge 2003, S. 74-76; GERHARD REIFFERSCHIED, Katholische Kirche, in: Handbuch Ost- und Westpreußen, S. 141-147, hier S. 143; DERS., NSDAP, S. 70.

Hitler überließ es den einzelnen regionalen Parteiführern, die Religiosität der Bevölkerung nach Gutdünken auszunutzen, und griff nur ein, wenn er die Interessen der Partei in hohem Maße verletzt sah.²²³

In Preußen zeigte der Brandenburger Gauleiter Wilhelm Kube dabei den größten Elan. Er initiierte Ende 1931 den Aufbau einer Organisation, die mittels der Synodalwahlen im November des folgenden Jahres in die Kirchengremien eindringen und diese dann als politische Kampfinstrumente gegen Marxismus und politischen Katholizismus nutzen sollte. Mit seinen Forderungen nach „artgemäßem Christusglauben“ und „heldischer Frömmigkeit“ sowie der Unterordnung des Bekenntnisses unter die Rassenideologie propagierte er diese Absicht jedoch zu offensichtlich, so dass nicht nur religiöse Kreise gegen diese Vereinnahmung der Kirche für die Politik mobil machten.²²⁴ Kubes „Glaubensgemeinschaft Deutsche Christen“ – formell keine zur NSDAP gehörende Organisation – erzielte am 13. November 1932 mit circa 30 Prozent aller Sitze in den Synoden zwar einen Erfolg, blieb damit aber deutlich hinter den Erwartungen zurück. Ihr Auftreten soll „der Hitlerpartei aufs Ganze gesehen vermutlich mehr geschadet als genutzt“²²⁵ haben.

Lediglich in der Kirchenprovinz Ostpreußen soll dieser negative Effekt nicht aufgetreten sein. Dort hätten die „Deutschen Christen“ „von vornherein von einer plumpen Politisierung der Gemeindewahlen Abstand genommen“ und die Gelegenheit genutzt, „sich mit einem betont rechtgläubigen Profil als politischer Bundesgenosse der Kirche anzuempfehlen und die Sympathiewerte für den Nationalsozialismus im konservativ-ländlichen Kirchenvolk zu erhöhen.“²²⁶ Dies war das Verdienst Kochs, der seine Elberfelder Erfahrungen in Ostpreußen umsetzte. Seine eigene politische Sozialisation war maßgeblich durch die Werte geprägt worden, die ihm vordergründig unpolitische kirchliche Organisationen wie der CVJM vermittelt hatten. Auf diese Weise waren ganze Generationen zu einer „monarchisch-patriotischen Grundhaltung“²²⁷ erzogen worden, und Koch

²²³ KLEPSCH, S. 128; FEDER, S. 8, Punkt 24; KÜHNEL, S. 185-244, 321-339; KERSHAW, Hitler I, S. 381; RICHARD STEIGMANN-GALL, *The Holy Reich*, Cambridge 2003, S. 60; BRÄUNINGER, S. 61-77; PYTA, S. 384.

²²⁴ Ebd., S. 406, 410; KLAUS SCHOLDER, *Die Kirchen und das Dritte Reich*. Band 1, Frankfurt/ Main, Berlin 1986, S. 250f, 255-267; STEIGMANN-GALL, S. 70; BRÄUNINGER, S. 197; BERND MARTIN, *Professoren und Bekenkende Kirche*, in: *Wirtschaft, Politik und Freiheit*, hg. v. NILS GOLDSCHMIDT, Tübingen 2005, S. 27-55, hier S. 34; HELMUT BAIER, *Die Deutschen Christen Bayerns im Rahmen des bayerischen Kirchenkampfes*, Nürnberg 1968, S. 360f.

²²⁵ PYTA, S. 416; Vgl. SCHOLDER, S. 273.

²²⁶ PYTA, S. 415.

²²⁷ BEYER, *Arbeit*, S. 345, 356, 393f.

beabsichtigte, den Nationalsozialismus nun in einer ähnlichen Weise zu fördern. Er hatte deshalb bereits vor Kube damit begonnen, parteinahe Strukturen aufzubauen, die ihm in kirchlichen Belangen Unterstützung gewähren und Einfluss auf die Kirchengemeinden ermöglichen sollten. Anlässlich der Kirchenwahlen gründete er einen ostpreußischen Zweig von Kubes „Glaubensgemeinschaft“, als deren „Provinzial-Obmann“ er sich sah. Er übernahm aber nicht das rassentheoretisch geprägte Programm der Brandenburger Mutterorganisation, sondern ließ von seinem „Gaufachberater für Kirchenfragen“, dem ostpreußischen Wehrkreispfarrer Ludwig Müller, der bereits seit 1927 mit Hitler in Kontakt stand, eigene Richtlinien erarbeiten.²²⁸

In ihnen wurde zwar verlangt, „undeutsche, vergiftende Einflüsse, wie Materialismus, Bolschewismus, würdeloser Pazifismus, vom deutschen Volkskörper fernzuhalten“, von einer „völkischen Sendung“ der zu schaffenden Reichskirche war im Gegensatz zum Pamphlet Kubes allerdings keine Rede. Vielmehr wurde festgestellt, „unser Vaterland“ brauche „eine starke evangelische Kirche, welche mehr als bisher imstande ist, eine Durchdringung des gesamten Volkswesens mit den sittlich erneuernden Aufbaukräften des Evangeliums zu gewährleisten“²²⁹. Das „deutsche evangelische Bekenntnis“ sollte „im Sinne scharfer Abwehrmaßnahmen gegen alle modernen Irrlehren“ weitergebildet werden – damit waren sicherlich Liberalismus und Marxismus gemeint, aber wer wollte, konnte darunter auch die Rassenideologie verstehen oder Rosenbergs „Mythus“, den auch Koch, der von der quasireligiösen Spielart des Nationalsozialismus nichts hielt, als „Mykosch des 20. Jahrhunderts“²³⁰ verspottete. Die Begriffe „Rasse“ und „Volkstum“ wurden nur an einer Stelle erwähnt und dort so, dass sie als Synonyme für „deutsche Eigenart“ erschienen. Diese wiederum wurde als dezidiert christlich apostrophiert – Positionen, die vielen Protestanten aus dem Herzen sprachen.²³¹

Kube gab in seinen Richtlinien zu verstehen, dass er den Protestantismus als Vehikel des Nationalsozialismus betrachtete, Koch hingegen stellte das Bekenntnis, die Kirchen und deren Eigeninteresse in den Mittelpunkt des Programms seiner „Kirchenpartei“ und erweckte damit den Eindruck, dass nicht die Politik über die Kirche bestimmen sollte, sondern dass er die

²²⁸ BA Berlin, NS 22/415, Hossenfelder an Ley, 30.1.33; Landesleitung Deutsche Christen an Ley, 31.1.33; JONATHAN R. C. WRIGHT, „Über den Parteien“, Göttingen 1977, S. 151; PYTA, S. 407-409; SCHNEIDER, Reichsbischof, S. 80-83, 101.

²²⁹ Zitiert nach: HANS BUCHHEIM, Glaubenskrisen im Dritten Reich, Stuttgart 1953, S. 93f; Vgl. BAIER, S. 360f; SCHOLDER, S. 35.

²³⁰ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 45, Lebenslauf Koch.

²³¹ Vgl. BUCHHEIM, Glaubenskrisen, S. 93; PYTA, S. 387; SCHOLDER, S. 172f.

Partei als politischen Interessenswahrer der Kirche verstand. Es gab nicht wenige Geistliche, die solche Angebote gerne annahmen, weil sie wie viele konservative Honoratioren glaubten, im Nationalsozialismus einen zählbaren Bundesgenossen gefunden zu haben, der partiell die gleichen Ziele wie sie selbst verfolgte – unter anderem den Kampf gegen den Marxismus und den politischen Katholizismus. Sie wirkten als wichtige Multiplikatoren, „indem sie die Hitler-Partei mit dem Zertifikat theologischer Unbedenklichkeit versah[en]“. ²³²

Ob und in welchem Maße Kochs Kirchenpolitik auf das Image des Nationalsozialismus oder das Wahlverhalten der Gläubigen wirkte, lässt sich zwar nicht mehr im Detail eruieren, in den evangelischen Teilen Ostpreußens erzielte die NSDAP aber hervorragende Wahlergebnisse. In einigen Landkreisen des protestantischen Masuren erreichte sie 1932 sogar bis zu 70 Prozent der Stimmen, während im katholischen Ermland die Zentrums Partei noch 1933 die Mehrheit der Wählerstimmen erhielt. ²³³ Es steht zu vermuten, dass Kochs kirchenfreundliches Auftreten dazu beitrug, den „wild gewordenen Sozialisten“ ²³⁴ aus dem Ruhrgebiet in der konservativen Provinz „salonfähig“ zu machen, gerade auch nach der „Macht-ergreifung“, als die konservativen Honoratioren sich gezwungenermaßen mit dem neuen Oberpräsidenten auseinandersetzen mussten.

4.7. „Quasselbude“ ²³⁵ – Parlamente

Die exorbitanten Wahlerfolge in Masuren waren nur das Ende eines fulminanten Aufstiegs der bisherigen 0,8-Prozent-Partei, der unmittelbar nach Kochs Amtsantritt begann. Bereits im November 1929 konnten die Nationalsozialisten mit vier Abgeordneten, darunter der Gauleiter, in den Provinziallandtag einziehen, in die zeitgleich gewählte Königsberger Stadtverordnetenversammlung wurden neben ihm noch Magunia und Gauschatzmeister Penner gewählt. In beiden Gremien fiel Koch, wie es für nationalsozialistische Abgeordnete in dieser Zeit typisch war, vor allem durch

²³² PYTA, S. 404; Vgl. Ebd., S. 388-390, 394-396, 415; SCHOLDER, S. 137-139, 150, 180, 182, 240; KÜHNEL, S. 241.

²³³ HERTZ-EICHENRODE, Wende, S. 72f; KOSSERT, Preußen, S. 189; REIFFERSCHIED, Bistum, S. 20; STEIGMANN-GALL, S. 76.

²³⁴ Nach Koch ein Zitat Hindenburgs (KOCH, Interview, S. 30).

²³⁵ BA Berlin, BSTU, ZC 10850, Bd. II, Blatt 5, Polizeibericht, 12.2.31; Bd. III, Polizeibericht, 26.11.30.

polemische und antisemitische Anträge auf.²³⁶ Er konnte aber auch, wenn er im Provinziallandtag für einen Antrag Unterstützung aus anderen Fraktionen brauchte, sehr höflich und bescheiden sein, legte diese Eigenschaften aber mit zunehmender Stärke seiner Partei immer mehr ab. Erfolg hatte er mit Kooperationsbitten vor allem bei einzelnen DNVP-Abgeordneten, mit denen zusammen die kleine Fraktion zahlreiche, meist populistische und nicht realisierbare Anträge einbrachte.²³⁷

Bei der Reichstagswahl im September 1930 konnte die ostpreußische NSDAP zum ersten Mal glänzen: Ihr Wahlkreis war der einzige im Reich, in dem ihre Partei die relative Mehrheit eroberte. Dazu reichten 236 513 Stimmen, was deutlich machte, dass der Erfolg der „Hitler-Bewegung“ vor allem der Schwäche der anderen Parteien geschuldet war – selbst für die DNVP war die Provinz keine Hochburg mehr.²³⁸ Koch war nun einer der 107 Reichstagsabgeordneten der NSDAP. Für ihn bedeutete dies vor allem die Erlösung aus den schlimmsten privaten Sorgen. Denn obwohl er oft forderte, die Diäten der Erwerbslosenfürsorge zugute kommen zu lassen, lebte er doch von eben diesen Einkünften.²³⁹ Ähnlich wichtig war für ihn die parlamentarische Immunität, die er nun genoss, und der Freifahrtsschein, der ihm Bewegungsfreiheit gab. Die parlamentarische Arbeit interessierte ihn nicht. Er war zwar Mitglied im Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung und im Roggenstützungsausschuss, ergriff aber im Plenum nie das Wort.²⁴⁰

Koch brauchte sich trotz seiner parlamentarischen Passivität um sein Mandat keine Sorgen zu machen, die NSDAP legte bei den folgenden Wahlen stetig zu. In den beiden Wahlgängen zum Reichspräsidentenamt im März und April 1932 erzielte Hitler 402 289 beziehungsweise 493 176

²³⁶ Verhandlungen des 57. Provinziallandtages der Provinz Ostpreußen vom 17., 18. Januar und 19. bis 25. März 1930, Königsberg 1930, S. XXIII; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 29a, Blatt 86, Bericht Sabatzky, undatiert (vor 1933); Königsberger Allgemeine Zeitung, 3.4.30; Vgl. ZIBELL, S. 177.

²³⁷ Verhandlungen 57. Landtag, S. 22, 24, 26, 48, 63, 75f, Drucksache 9a, 22, 23, 25, 27, 38b, 48b, 83-85, 89, 89b; Verhandlungen des 58. Provinziallandtages der Provinz Ostpreußen vom 23.-28. März 1931, Königsberg 1931, S. 31f, 80-83, Drucksache 46a, 101-103, 116, 120, 120a, 122, 130; Verhandlungen des 59. Provinziallandtages der Provinz Ostpreußen vom 15. bis 19. März 1932, Königsberg 1932, S. 38, 48f, Drucksache 48, 58, 59; BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 262, Aussage v. Restorf, 17.12.49.

²³⁸ HERTZ-EICHENRODE, Politik, S. 68.

²³⁹ BA Berlin, BSTU, ZC 10850, Bd. II, Blatt 6, Polizeibericht, 12.2.31; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 47, Lebenslauf Koch.

²⁴⁰ BA Berlin, BSTU, ZC 10850, Bd. V, Verfügung Staatsanwaltschaft Königsberg, 22.6.31; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 27, Aussage Koch, 15.6.49; Verhandlungen des Reichstags. V.-VIII. Wahlperiode 1930-1933. Band 444-457, Berlin 1932-34, passim.

Stimmen. Bei der Landtagswahl nach Hitlers „Masurischer Offenbarung“ entfielen auf die NSDAP 515 455 Stimmen, bei der Reichstagswahl am 31. Juli 536 278. Damit hatten sich 47,1 Prozent aller ostpreußischen Wähler für die NSDAP entschieden, im Reichsdurchschnitt hatten dies nur 37,3 Prozent getan. In Masuren lag das Ergebnis noch höher: zwischen 57,6 und 70,6 Prozent der Wähler gaben ihre Stimme Adolf Hitler.²⁴¹

Damit war aber auch der Höhepunkt erreicht. Im November wählten beinahe 120 000 Ostpreußen weniger die NSDAP als noch drei Monate zuvor. Wie im gesamten Reich waren die Wähler von der Verweigerungshaltung der Partei enttäuscht, die sich auch weiterhin nicht an der Regierung beteiligte. Aber auch der Straßenterror der SA und in Ostpreußen speziell die Ereignisse vom 1. August schreckten viele Deutsche ab.²⁴² Die „nationale“ Presse, die sich gerade in Königsberg den Nationalsozialisten sehr gewogen gezeigt hatte, wandte sich von der Partei ab, die Spenden flossen spärlicher und viele Mitglieder traten aus. Kochs Partei befand sich, wie überall im Reich, in einer schweren Krise.²⁴³ Der Gauleiter reagierte darauf mit einer großangelegten Propagandaaktion, die sich über den Dezember 1932 und den Januar 1933 hinzog²⁴⁴, deren Wirkung aber nicht eingeschätzt werden kann.

Innerhalb der Partei wurde Koch mit für den Zustand der Partei verantwortlich gemacht. Der „Landesinspekteur Ost“, Gauleiter Brückner, verlangte sogar,

„daß auch hier innerhalb der PO. an maßgebender Stelle örtlich das bereinigt wird, was an berechtigten Klagen aus dem Gau Ostpreußen der Reichsleitung seit Jahresfrist vorliegt. Hier spielt die Person des Gauleiters eine entscheidende Rolle, der für die Zukunft wahrscheinlich besser wo anders in der Bewegung eingesetzt wird, um einem eingeborenen Ostpreußen Platz zu machen, der die psychologische Bearbeitung in der politischen Verantwortung besser beherrscht. Gerade die landwirtschaftlichen und in der Stadt intellektuellen Kreise, die am

²⁴¹ Diese Zahlen sind zwar außergewöhnlich hoch, sie dürfen aber nicht zu dem Schluss verleiten, die Provinz sei eine singuläre NS-Hochburg gewesen. Das Wahlverhalten war vielmehr typisch für protestantische, ländlich geprägte Regionen. Da Ostpreußen fast nur aus solchen Gebieten bestand, erzielte die NSDAP hier im Vergleich zu anderen Wahlkreisen höhere Ergebnisse. Auf Mikroebene relativiert sich das Bild: Erst bei der März-Wahl 1933 waren zwei ostpreußische Kreise (Neidenburg 70,8%, Lyck 69,9%) unter den zehn Kreisen mit den höchsten NS-Ergebnissen zu finden (FALTER, S. 67-80, 158-161; Vgl. HARTMANN, Ostpreußen, S. 35; HERTZ-EICHENRODE, Wende, S. 70-73; KOSSERT, Preußen, S. 189).

²⁴² GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 7, Blatt 111-116, Stimmungsbericht der Gau-Propagandaleitung Ostpreußen, 10.11.33.

²⁴³ Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 481-486; STEIN, S. 143; BESSEL, Violence, S. 26, 93.

²⁴⁴ Vgl. Preußische Zeitung, Dezember 1932, Januar 1933, passim.

31.7.32 und vorher nationalsozialistisch wählten, haben dieses Mal öffentlich erklärt, daß es für sie unmöglich ist, in dieser Gauorganisation mitzuarbeiten, die einem solchen Gauleiter so unumschränkte Vollmachten gestattete.“²⁴⁵

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob Koch sein Amt verloren hätte, wäre Hitler nicht zum Reichskanzler ernannt worden und wäre die Krise der NSDAP nicht dadurch beendet worden. Der ostpreußische Gauleiter hatte sich durch sein bis Mitte 1932 überaus erfolgreiches Wirken als territorialer Vertreter des „Führers“ in Teilen der Reichsleitung und nicht zuletzt bei Hitler selbst einen überdurchschnittlich guten Ruf erworben²⁴⁶, der seine Stellung festigte und es ihm im Dritten Reich sogar erlauben sollte, zeitweise eine sehr eigenständige, an einer spezifisch ostpreußischen Variante des „nationalen Sozialismus“ orientierte Politik zu betreiben. Mit dem „Königsberger Kreis“ stand ihm ein Expertenzirkel zur Verfügung, der ihn bereits auf die Herrschaft über die Provinz vorbereitete, und die von ihm gestaltete Parteiorganisation stellte einen Machtapparat dar, der es ihm ermöglichen sollte, diese Herrschaft auch auszuüben und sich in Auseinandersetzungen selbst mit den stärksten Konkurrenten zu behaupten, zumal er mittlerweile als einer der erfahrensten und geschicktesten Akteure in diesen Kämpfen gelten konnte. Erich Koch gehörte zweifellos zu den Nationalsozialisten, die am besten vorbereitet ins „tausendjährige Reich“ gingen und daher auf großen Erfolg hoffen konnten – auch wenn die teilweise unversöhnlich geführten Fehden seiner bisherigen Karriere turbulente Zeiten erwarten ließen.

²⁴⁵ BA Berlin, NS 22/426, Landesinspekteur Ost an Reichsorganisationsleiter, 9.11.32.

²⁴⁶ „Wenn er [Hitler] sich seine Gedanken über Fragen der Führer-Auslese mache, müsse er oft an die Entwicklung in Ostpreußen denken. Solange die Parteiführung in ostpreußen [sic!] in Händen irgendeines Würstchens gelegen habe, seien die Ostpreußischen Gutsbesitzer ‚nachdrücklich‘ für die NSDAP eingetreten. Da sie die Männer der Bewegung lediglich für Trommler gehalten hätten, hätten sie in ihnen die Wegbereiter für eigene zukünftige Führer-Stellen gesehen. Als er ihnen dann mit Koch einen Gauleiter vor die Nase gesetzt habe, den auch sie sehr bald als Kopf erkannt hätten, hätten sie sich sofort in die Front der Gegner der NSDAP eingegliedert.“ Die Erfahrungen, die er bei der Organisation der Partei gemacht habe, so Hitler weiter, hätten dazu geführt, dass er die Gauleiter zu „Gau-Königen“ gemacht habe (PICKER, S. 547, Nr. 154, 24.6.42; Vgl. Lagebesprechungen im Führerhauptquartier, hg. v. HELMUT HEIBER, München 1964, S. 479, 27.12.43).



Abb. 3: Der Gauleiter, wie ihn die Propaganda sah: stets energisch zu neuen Taten schreitend

5. „GAU-KÖNIG“¹ – GAULEITER UND OBERPRÄSIDENT

Das Dritte Reich begann, wie nach den Ereignissen von 1932 nicht anders zu erwarten war, mit Gewalt und Terror. Bereits im Februar fanden einzelne Übergriffe auf politische Gegner und Juden sowie einige Propagandamärsche statt, mit denen die SA „rote Hochburgen erobern“ wollte. Die „Arbeiterpresse“ wurde verboten. Die Wahlen vom 5. März 1933 brachten der ostpreußischen NSDAP ein neues Rekordergebnis: 56,5 Prozent der Ostpreußen wählten die Partei Hitlers und Kochs – das reichsweit beste Resultat, mit dem der Wahlkreis I um 12,6 Prozent über dem Reichsdurchschnitt lag.² In den folgenden Wochen wurde ganz Ostpreußen mit einer Terrorwelle überzogen, der mehrere Menschen zum Opfer fielen. Einige hundert Personen wurden in „Schutzhäft“ genommen, ein Teil von ihnen wurde in einem „wilden“ Konzentrationslager im Fort Quednau bei Königsberg inhaftiert.³

Es lässt sich nicht mehr feststellen, welchen Anteil der Gauleiter an diesen Vorgängen hatte, oder ob die Exzesse hauptsächlich in die Verantwortung der SA fielen. Das Lager Quednau, das bis zum Herbst 1933 bestand, soll der SA unterstanden haben, und Koch nahm für sich in Anspruch, die Einrichtung eines regulären Konzentrationslagers in der Provinz verhindert zu haben.⁴ Allem Anschein nach nutzte er statt dessen

¹ PICKER, S. 547, Nr. 154, 24.6.42.

² FALTER, S. 75.

³ TILITZKI, Alltag, S. 25-27; PrZ, 6.2.33; WILHELM MATULL, Ostdeutschlands Arbeiterbewegung, Würzburg 1973, S. 357, 359; DERS., Damals in Königsberg, München, ohne Jahr, S. 122; Königsberger Allgemeine Zeitung, Januar/ Februar 1933; SCHÜLER-SPRINGORUM, Minderheit, S. 297f; DIES., Das Konzentrationslager in Ostpreußen, in: Terror ohne System, Band 1, hg. v. WOLFGANG BENZ/ BARBARA DISTEL, Berlin 2001, S. 187f; GUDRUN SCHWARZ, Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt/ Main, New York 1990, S. 139f; SCHUMANN, S. 331-333.

⁴ BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 206, Aussage Koch, 19.9.49; Vgl. GROEBEN, Provinz, S. 253; Koch kannte die Konzentrationslager aus eigener Anschauung, er besichtigte das Lager Dachau im Herbst 1935 zusammen mit den anderen Gauleitern im Anschluss an eine Konferenz (BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 43f, Aussage Koch, 14.7.49; Blatt 55, Aussage Koch, 20.7.49; Vgl. KOCH, Interview, S. 42; JORDAN, S. 152f; IPN War-

Arbeitsdienstlager als Internierungsstätten für politische Gegner und Juden. Es bedurfte zudem schon nach kurzer Zeit keines eigenen ostpreußischen Lagers mehr, da sich die Mehrheit der Bevölkerung mit dem Regime arrangierte und die Opposition schnell und wirkungsvoll zerschlagen wurde, weshalb in Ostpreußen keine nennenswerte Widerstandsbewegung entstand.⁵

Über Kochs Einfluss auf die Verfolgung der Juden ist wenig bekannt. Anders als seine Kollegen Goebbels, Bürckel oder Robert Wagner profilierte Koch sich hier nicht als Vorreiter, die Judenpolitik unterschied sich in Ostpreußen nicht signifikant von den Maßnahmen im Reich. Die Juden wurden diskriminiert und aus dem öffentlichen Leben gedrängt, ihre Habe wurde „arisiert“ und bisweilen mussten sie auch Ausschreitungen über sich ergehen lassen. Bereits im Sommer 1933 wurden wohlhabendere Juden systematisch um größere Geldbeträge erpresst, wobei die Täter in einigen Fällen angaben, sie handelten im Auftrag des Gauleiters, was aber nicht mehr verifiziert werden kann.⁶ Der Pogrom vom 9. November 1938 wurde offenbar von der Gauleitung organisiert, es gibt aber keine Hinweise auf eine direkte Beteiligung Kochs, der sich in München aufhielt.⁷ Dennoch ist wenig wahrscheinlich, dass der vehement auf seine Führungsrolle drängende Gauleiter in derartige Vorgänge nicht involviert war. Ebenso dürfte er mit für die Umquartierung der Königsberger Juden in „Judenhäuser“ in der

schau, SWWW 746, Blatt 60, Lebenslauf Koch; BA Berlin, R 58/1027, Rundschreiben Chef Sicherheitspolizei, 28.9.38; CASPER, S. 243, 248).

⁵ Vgl. TILITZKI, Alltag, S. 27-30; MATULL/ SOMMERFELD, S. 170-175; MATULL, Damals, S. 122, 133; DAN P. SILVERMAN, Hitler's Economy, 1933-1936, Cambridge/ Massachusetts, London 1998, S. 79.

⁶ BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 98-100, 249, 307f; 1909b, Blatt 260; 1909c, Blatt 309; 1909e, Blatt 219, 221, Aussagen 1949; BA Berlin, BDC, SSO Bach, Stapoleitstelle Königsberg an Geheimes Staatspolizeiamt Berlin, 8.6.35; NS 10/198, Stab StdF (Brockhausen) an Adjutant Wiedemann, 12.7.36, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, München u.a. 1983-1992, Nr. 11556; Vgl. BAJOHR, Parvenüs, S. 103; SCHÜLER-SPRINGORUM, Minderheit, S. 287, 295-354; DIES., Gemeinde, S. 180-182; ALOYS SOMMERFELD, Juden im Ermland, in: Geschichte und Kultur, S. 41-65, hier S. 55f; KULKA/ JÄCKEL, S. 70, 131-133, 144, 170, 180, 194, 198, 222, 231; JACOBY, S. 107-110; Jüdisches Leben in Deutschland, hg. v. MONIKA RICHARZ, Stuttgart 1982, S. 293; PAUL RONGE, Im Namen der Gerechtigkeit, München 1963, S. 141-156; ERNST VOGELSANG, Jüdische Bevölkerung in einer ostpreußischen Kleinstadt, in: „Der Fremde im Dorf“, hg. v. HANS-JÜRGEN BÖMELBURG/ BEATE ESCHMENT, Lüneburg 1998, S. 147-167, hier S. 164-166; WALTER, S. 242; MICHAEL WIECK, Zeugnis vom Untergang Königsbergs, Heidelberg 1988, passim.

⁷ CASPER, S. 287; SCHÜLER-SPRINGORUM, Minderheit, S. 347-350; DIES., Gemeinde, S. 183; JACOBY, S. 132f; SOMMERFELD in Geschichte und Kultur, S. 56f; KOSSERT, Gemeinde, S. 119; KLAUS-EBERHARD MURAWSKI, Judentum im Spiegel von ostpreußischem Heimatschrifttum aus der Zeit nach 1945, in: Geschichte und Kultur, S. 579-596, hier S. 590-593; ORLOW, History II, S. 246-248.

Selke-Straße verantwortlich gewesen sein. Über die Deportationen 1942/43, die faktisch das Ende der jüdischen Gemeinde Ostpreußens bedeuteten, war er sicherlich informiert, wenn er nicht sogar die treibende Kraft war – nachgewiesen werden kann ihm dies nicht mehr.⁸

5.1. „... jedem ehrlich die Hand reichen, der bereit ist, mitzuarbeiten“⁹ – Oberpräsident

Gemessen an seinem Selbstverständnis war allein Koch für alle diese Vorfälle verantwortlich, denn er sah sich als unumschränkter Führer der Provinz. Um diesem Anspruch in der Realität gerecht werden zu können, strebte er wie fast alle Gauleiter nach einer Schlüsselpositionen in der Staatsverwaltung.¹⁰ Außerhalb Preußens besetzten die Gauleiter im allgemeinen das Amt des Reichsstatthalters, das mit dem „Zweiten Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ vom 7. April 1933 geschaffen worden war.¹¹ Die Reichsstatthalter waren politische Beamte, die im Auftrag der Reichsregierung die Landesregierungen kontrollieren sollten, de facto aber schnell deren Kompetenzen usurpierten. Die Länder wurden so von selbständigen politischen Körpern zu bloßen Verwaltungseinheiten degradiert. Die Reichsministerien gewannen über die Reichsstatthalter Zugriff auf die Landesverwaltungen, die letztlich in die Instanzenzüge des Reiches eingegliedert wurden. Die Aufsichtsbeamten wurden so zu Mittelinstanzen der Reichsverwaltung. In Preußen übte der Reichskanzler nominell die Funktion des Reichsstatthalters aus. Hitler delegierte diese Aufgabe an Göring, der das Amt jedoch de facto nicht ausübte, denn in Preußen gab es bereits Beamte, die die Aufgaben einer Mittelinstanz wahrnehmen konnten: die Oberpräsidenten.

Das Amt des Oberpräsidenten war im Zuge der Steinschen Reformen 1807 als Aufsichts- und Repräsentationsorgan der Preußischen Regierung in den Provinzen entstanden. Der Oberpräsident war formell keine echte

⁸ SCHÜLER-SPRINGORUM, *Minderheit*, S. 351-360; JACOBY, S. 133.

⁹ Verhandlungen des 60. Provinziallandtags der Provinz Ostpreußen am 10. April 1933, Königsberg 1933, S. 10.

¹⁰ Vgl. HÜTTENBERGER, *Gauleiter*, S. 75-91; HANS FENSKE, Josef Bürckel und die Verwaltung der Pfalz (1933-1940), in: *Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers*, hg. v. DIETER REBENTISCH/ KARL TEPPE, Göttingen 1986, S. 153-172; DIETER WOLFANGER, *Populist und Machtpolitiker. Josef Bürckel*, in: *Die Pfalz unterm Hakenkreuz*, hg. v. GERHARD NESTLER/ HANNES ZIEGLER, 2. durchgesehene Auflage, Landau 1997, S. 63-86, hier S. 67.

¹¹ Vgl. REBENTISCH, *Führerstaat*, S. 231-262; KERSHAW, *Hitler I*, S. 594f.

Mittelinstantz, sondern nur ein Aufsichtsorgan. Damit war er nicht der Vorgesetzte der Provinzialbehörden und konnte ihnen nur im Notfall Weisungen erteilen. Das Amt entsprach also in etwa dem der Reichsstatthalter, und ebenso wie diese in den Ländern die Regierungsgewalt usurpierten, so taten dies, unterstützt durch mehrere Gesetze zur Erweiterung ihrer Kompetenzen, auch die Oberpräsidenten in den Provinzen. Reichsstatthalter und Oberpräsidenten können daher als im Prinzip gleichartige Mittelinstanzen angesehen werden sowie als Vorgriff auf eine – nie erfolgte – Verwaltungsreform, die das Reich zentralisieren sollte. Als starke Mittelinstanz entsprach der Oberpräsident in etwa auch den Vorstellungen, die Kochs Ratgeberkreis in seinem Programmentwurf 1932 formuliert hatte.¹²

Beide Ämter wurden gemäß ihrer Bedeutung besetzt: Zu Reichsstatthaltern wurden, außer in Bayern, ausschließlich Gauleiter ernannt. In Preußen tauschte Ministerpräsident Göring im Verlauf des Jahres 1933 alle zehn Oberpräsidenten aus, fünf der Ämter gingen an Gauleiter, die anderen an verdiente Parteigenossen oder Honoratioren, von deren „Inthronisation“ sich die nationalsozialistische Führung Vorteile versprach. Letztere konnten, da ihnen der Rückhalt durch die Partei fehlte, keine starke Position aufbauen. Während die Gauleiter in den folgenden Jahren fest im Sattel saßen, wurden die meisten Honoratioren ausgewechselt.¹³

Für den ehrgeizigen Erich Koch war es ganz selbstverständlich, dass auch er Oberpräsident werden würde, zumal es in seinem Gau keinen anderen Parteiführer oder NS-Sympathisanten gab, der sich für dieses Amt anbot. Zusammen mit dem „Königsberger Kreis“ arbeitete er ab Februar 1933 zielstrebig auf seine Ernennung hin. Bereits vor der Märzwahl gelang es ihm mit Hilfe einer Intrige, einen seiner wichtigsten Berater, Fritz-Dietlof von der Schulenburg, als Leiter des politischen Dezernats im Oberpräsidium zu platzieren. Schulenburg seinerseits denunzierte am 1. April den mit den Großagrariern eng verbundenen Oberpräsidenten Wilhelm Kutscher bei Göring. Er kolportierte, Kutscher stehe „in grundsätzlichen

¹² Vgl. Kapitel 4.3; REBENTISCH, *Führerstaat*, S. 263-267; GEORG CHRISTOPH VON UNRUH, *Der preußische Oberpräsident*, in: *Die preußischen Oberpräsidenten 1815-1945*, hg. v. KLAUS SCHWABE, Boppard am Rhein 1981, S. 17-31; HORST MÖLLER, *Die preußischen Oberpräsidenten 1918/19-1933*, in: Ebd., S. 183-217; KARL TEPPE, *Die preußischen Oberpräsidenten 1933-1945*, in: Ebd., S. 219-248; REHM, *Verhältnisse*, S. 68; HÜTTENBERGER, *Gauleiter*, S. 74-80.

¹³ Ebd., S. 78f; WALTER ZIEGLER, *Die nationalsozialistischen Gauleiter in Bayern*, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 58/1995, S. 427-460, hier S. 450f; BERNHARD GRAU, *Der Reichsstatthalter in Bayern*, in: *Staat und Gaue*, S. 129-169; ZIBELL, S. 218.

Fragen oft in direktem Gegensatz zu nationalsozialistischer Politik“¹⁴ und behindere die „Gleichschaltung“. Außerdem wünsche die Bevölkerung eine nationalsozialistische Führung. Diese Behauptung untermauerte Koch, indem er eine ganze Flut von Telegrammen organisierte, die sich über die Reichs- und die preußische Regierung ergoss. Ihr Tenor war das angebliche Entsetzen der Bevölkerung, wie in der Stunde der nationalen Erhebung ausgerechnet im nationalen Vorposten Ostpreußen ein „reaktionärer Pommer“ ein so wichtiges Amt innehaben könne, während der Gauleiter als verdienstvoller Vorkämpfer der „Bewegung“ zur Untätigkeit verdammt sei.¹⁵

Diese Bemühungen riefen jedoch Reichspräsident Hindenburg auf den Plan. Dieser, selbst ein ostelbischer Junker und von Koch des öfteren harsch kritisiert, wollte seine Standesgenossen vor diesem „wild gewordenen Sozialisten“¹⁶ bewahren und wandte sich deshalb an Hitler mit der Bitte, Kutscher im Amt zu belassen. Der „Führer“ informierte seinen ostpreußischen Stellvertreter selbst über diese Zusammenhänge, sicherte ihm aber gleichzeitig zu, ihn bei geeigneter Gelegenheit dennoch zum Oberpräsidenten zu ernennen.¹⁷

Da Koch auch von Ministerpräsident Göring zunächst keine Unterstützung erfuhr, inszenierte er eine Diffamierungskampagne, in der Kutscher der Veruntreuung von Osthilfsgeldern beschuldigt wurde. Außerdem intensivierte der „Königsberger Kreis“ seine Bemühungen. Schulenburg und Karl von der Groeben überredeten den angesehenen Hermann Graf zu Dohna-Finckenstein, der sich bei Hindenburg schon erfolgreich für Hitler eingesetzt hatte, dazu, nun auch den regionalen Parteiführer zu protegierten. In Berlin dürfte sich der im Innenministerium platzierte Helmut von Wedelstädt zusammen mit dem zuständigen Staatssekretär Ludwig Grauert für die Ernennung seines Gauleiters stark gemacht haben.¹⁸

Gleichzeitig bemühte sich Koch, sein radikales Image abzulegen und sich als verantwortungsbewusster Staatsmann darzustellen. Er ließ sich am 10. April 1933 zum Vorsitzenden des neu gewählten und daher nationalsozialistisch beherrschten Provinziallandtags wählen. In seiner Eröffnungs-

¹⁴ BA Berlin, BDC Schulenburg, Schulenburg an Göring 1.4.33; Vgl. HEINEMANN, Rebell, S. 35f, 187, 269, 312f; SCHWERIN, Köpfe, S. 96-100; GROEBEN, Verwaltung, S. 341.

¹⁵ KOCH, Interview, S. 29; BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 74, Aussage Lilienthal, 18.7.49.

¹⁶ So zitierte Koch den Reichspräsidenten (KOCH, Interview, S. 30; Vgl. BA Berlin, R 43 I/1859, Blatt 174, Hindenburg an Hitler, 12.4.33).

¹⁷ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 50, Lebenslauf Koch; KOCH, Interview, S. 29-31; HEINEMANN, Rebell, S. 36f.

¹⁸ Ebd., S. 36, 312; GROEBEN, Dienst, S. 45, 50; DERS., Land, S. 310; CASPER, S. 240f, 257.

rede lobte er ausdrücklich zwei seiner konservativen Gegner, die bisherigen Vorsitzenden des Provinziallandtages und des Provinzialausschusses, und bot allen, die bereit seien, „sich auf den Standpunkt der deutschen Revolution zu stellen“, ¹⁹ die Hand zur Mitarbeit, wobei er ausdrücklich die Gewerkschaften einschloss. In derselben Sitzung entmachtete er das Gremium, indem er seine Befugnisse auf den – ebenfalls nationalsozialistisch dominierten – Provinzialausschuss übertragen ließ. Ansonsten beschloss der Provinziallandtag nur zwei Ersuchen, in denen die preußische Staatsregierung verklausuliert aufgefordert wurde, die Diffamierungskampagnen der Nationalsozialisten gegen ihre Gegner als offizielle Untersuchungen weiterzuführen – was wohl auch auf die Kampagne gegen Kutscher gemünzt war. ²⁰

Die geballten Angriffe gegen den Oberpräsidenten hatten schließlich Erfolg. Kutscher wurde mit einem Sitz im Preußischen Staatsrat abgefunden, und Koch konnte am 1. Juni 1933 das höchste politische Amt der Provinz antreten. Er war damit nicht der einzige Gauleiter-Oberpräsident, der aufwendig antichambrieren musste, um in sein Amt zu gelangen ²¹, er dürfte dann aber, bedingt durch die besondere politische und geographische Lage seines Gaues, der mächtigste Mann in dieser Doppelstellung gewesen sein. Koch nutzte zum einen die isolierte Lage der Provinz, durch die sich die Aktivitäten einzelner Personen leichter kontrollieren ließen als in anderen Reichsteilen, und bestand beispielsweise bei Behörden darauf, dass jeglicher Schriftverkehr mit Berlin über das Oberpräsidium zu laufen habe. Er bezeichnete die „allzukleinliche[...] und buchstabenmäßige[...]“ Auslegung von Gesetzesbestimmungen [...] unter Außerachtlassung des wirklichen Willens des Gesetzgebers“ als „Schikane und Sabotage am Aufbauwerk des Führers“ und forderte seine Beamten auf, derartiges Verhalten von „Reichs-, Staats- oder Selbstverwaltungsbehörde[n]“ ²² zu denunzieren. Über diese Zensur übte er eine verstärkte Kontrolle auf die einzelnen Verwaltungszweige aus.

¹⁹ Verhandlungen 60. Provinziallandtag, S. 10; Vgl. GROEBEN, Land, S. 247, 283f; KURT JÜRGENSEN, Die Gleichschaltung der Provinzialverwaltung, in: Wir bauen das Reich, S. 393-422, hier S. 405.

²⁰ Verhandlungen 60. Provinziallandtag, S. 14, Drucksache 30, 31; Vgl. GROEBEN, Selbstverwaltung, S. 246.

²¹ Vgl. HEINEMANN, Rebell, S. 37; GROEBEN, Verwaltung, S. 341f, 577; Schlesischer Beobachter, 18.3.33, zitiert nach PAUL-WILLI JAKUBASCHK, Helmuth Brückner, Hirschberg/ Riesengebirge 1933, S. 136; NEUBACH, Brückner, S. 788f; JÜRGENSEN, S. 401-407.

²² zitiert nach: ROHRER, Macht, S. 328f; Vgl. BA Berlin, R 16 I/2140, Eidesstattliche Versicherung, 21.7.34; GERHARD SCHULZ, Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates, Köln, Opladen 1974, S. 92.

Zum anderen war es für Koch sehr vorteilhaft, dass in Ostpreußen sämtliche Verwaltungseinheiten mit den Grenzen des Parteigaus zusammenfielen²³, was nicht überall der Fall war. So musste zum Beispiel der hessische Gauleiter Sprenger, dessen Gau sich aus dem „Volksstaat Hessen“ und Teilen der preußischen Provinz Hessen-Nassau zusammensetzte, lange darum kämpfen, eine ähnlich unumschränkte Führungsstellung zu erlangen, wie sie Koch bereits im Spätsommer 1933 erreichte.²⁴ In Düsseldorf hatte Gauleiter-Oberpräsident Terboven ähnliche Schwierigkeiten, da er sich mit drei weiteren Gauleitern arrangieren musste.²⁵ Koch brauchte dagegen keinen Konkurrenten zu fürchten, dessen Zuständigkeitsbereich sich mit seinem überschchnitt oder der Anspruch auf Teile von Kochs Gau erheben konnte. Bezeichnend für seine Position war ein Hilferuf von Landwirtschaftsminister Darré, der im März 1934 klagte, dass er trotz seiner Autorität als Minister keinerlei „Aussicht habe, ernstgenommen zu werden durch den Herrn Oberpräsidenten“²⁶, und auch Göring ihm versichert habe, er als Ministerpräsident könne sich in Ostpreußen nicht durchsetzen.

Ganz so unabhängig und machtvoll war Koch zwar nicht, aber er verstand es doch sehr geschickt, seine Machtposition durch den personellen Umbau der Verwaltung zu stärken. Allerdings ging er bei weitem nicht so radikal vor, wie es ihm im nachhinein immer zugeschrieben wurde. Beamte, die bereit waren, sich anzupassen und unterzuordnen, beließ er im Amt, diejenigen aber, die ihm unzuverlässig erschienen, drängte er mit allen Mitteln hinaus. In Fällen, in denen ihm selbst das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 nicht weiterhalf, griff er auch zu unlauteren und illegalen Mitteln, bevorzugt zu Gerichtsverfahren, die zum Teil auf völlig haltlosen Anschuldigungen beruhten.²⁷

Der Gauleiter entledigte sich beispielsweise bereits vor seinem Amtsantritt als Oberpräsident des Oberbürgermeisters von Königsberg, Hans Lohmeyer, der einer der herausragendsten Kommunalpolitiker der Weima-

²³ Eine Ausnahme bildete der Oberlandesgerichtsbezirk Marienwerder, zu dem Gerichtsbezirke beiderseits des „Korridors“ gehörten. Er wurde beibehalten, um den Revisionsanspruch zu dokumentieren. Koch trat erfolglos für die Auflösung des Bezirks ein (TILITZKI, Alltag, S. 22; GRUCHMANN, S. 275; HARTMANN, Ostpreußen, S. 32; BA Berlin, R 43 II/1511a, Schriftverkehr 1937-39, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 13244).

²⁴ ZIBELL, S. 218f, 240-252, 271, 288-300, 304f, 318-320, 327-333, 349-368; WAGNER, S. 139.

²⁵ Vgl. HEINEMANN, Rebell, S. 318; PETER DIEHL-THIELE, Partei und Staat im Dritten Reich, München 1969, S. 117f; KRIER, S. 270; FÖRST, Gauleiter, S. 131-133.

²⁶ BA Berlin, R 43 I/1860, Blatt 26, Darré an Lammers, 24. Lenzing (März) 1934; Vgl. REBENTISCH, Führerstaat, S. 263.

²⁷ Vgl. ROHRER, Macht, S. 250-262; GROEBEN, Provinz, S. 251; TEPPE, S. 245; MOMMSEN, Beamtentum, S. 39-59; HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 76.

rer Republik, aber kein Freund der Nationalsozialisten war, durch eine Diffamierungskampagne.²⁸ Lohmeyers Amt war eines der prestigeträchtigsten der Provinz, Koch verzichtete nach seiner Ernennung zum Oberpräsidenten aber dennoch darauf, es einem seiner verdienten Paladine zu übertragen, sondern bewies Pragmatismus, indem er den von Oberpräsident Kutscher kommissarisch eingesetzten Verwaltungsfachmann Dr. Helmut Will²⁹, der erst am 1. Mai 1933 der NSDAP beitrug, als Oberbürgermeister bestätigte. Will sah durch seine Ernennung einen Karriere Traum verwirklicht und dankte das seinem Gönner durch Loyalität. Koch profitierte daher im Gegensatz zu einigen anderen Gauleitern, die mit den Oberbürgermeistern ihrer Gauhauptstädte in Konflikt gerieten, von Wills kompetenter Amtsführung und seinen Kontakten ins preußische Innenministerium. Anscheinend traten zwischen den beiden Politikern keinerlei Differenzen auf, Will war vielmehr einer der wenigen Oberbürgermeister, die von 1933 bis 1945 im Amt blieben.³⁰

Weniger erfolgreich war der Gauleiter zunächst mit der Wahl des Polizeipräsidenten von Königsberg, der als höchstrangiger ostpreußischer Polizeibeamter im Überwachungsstaat eine besonders wichtige Position bekleidete. Erst der dritte Amtsinhaber, SA-Obergruppenführer Heinrich Schoene, seit Anfang 1934 in Ostpreußen, genügte seinen Ansprüchen. Ganz reibungslos war das Verhältnis nicht, denn Schoene beschwerte sich schon bald bei Reichsinnenminister Wilhelm Frick, dass alle Personalentscheidungen ohne seine Kenntnis, meist sogar gegen seinen Willen getrof-

²⁸ Vgl. KURT G. A. JESERICH, Hans Lohmeyer (1881-1968), in: *Persönlichkeiten der Verwaltung*, hg. v. DEMS./ HELMUT NEUHAUS, Stuttgart u.a. 1991, S. 380-384; WOLFGANG HOFMANN, *Zwischen Rathaus und Reichskanzlei*, Stuttgart u.a. 1974, S. 97f, 201-205; HANS LOHMEYER, *Rückblick auf meine Amtszeit*, in: *Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr.* 7/1957, S. 250-265, hier S. 264; FRITZ GAUSE, Lohmeyer, Hans Albert, in: *Altpreußische Biographie*. Band III, hg. v. KURT FORSTREUTER, FRITZ GAUSE, Marburg/ Lahn 1975, S. 1008f.

²⁹ Dr. Hellmut Will, 1900-1982, kriegsversehrt, Jurist, Verwaltungslaufbahn, 1930-33 im Reichsinnenministerium, 1.5.33 Pg. Nr. 2645315, 1945-1954 Kriegsgefangenschaft, dann in Westdeutschland (GROEBEN, Land, S. 314f; GERD BRAUSCH, Will, Hellmuth, in: *Altpreußische Biographie IV*, S. 1302f; BA Berlin, BDC, PK Will).

³⁰ JEREMY NOAKES, Oberbürgermeister und Gauleiter, in: *Der „Führerstaat“*, hg. v. GERHARD HIRSCHFELD/ LOTHAR KETTENACKER, Stuttgart 1981, S. 194-227, hier S. 205-208; Vgl. FÖRST, Gauleiter, S. 128f; HORST MATZERATH, Oberbürgermeister im Dritten Reich, in: *Führerstaat*, S. 228-254, hier S. 247, 249; GROEBEN, Land, S. 314f; GAUSE, Königsberg, S. 119; UTHO GRIESER, *Himmlers Mann in Nürnberg*, Würzburg 1974; KULLER/ DRECOLL, S. 99-101; BRÄUNINGER, S. 277-295; JOACHIM SCHOLTYSECK, „Der Mann aus dem Volk“, in: *Führer der Provinz*, S. 477-502, hier S. 491; SAUER, Murr, S. 124f; DIETER REBENTISCH, *Die politische Stellung der Oberbürgermeister im Dritten Reich*, in: *Oberbürgermeister*, hg. v. KLAUS SCHWABE, Boppard am Rhein 1979, S. 125-155, passim.

fen würden.³¹ Trotz dieser Zurücksetzung war er – ein Nachfolger von Kochs Konkurrent Litzmann, der den Gau im September 1933 verließ – zu den Vertrauensmännern des Gauleiters zu zählen. Er führte nicht nur die SA nahezu unbehelligt über den „Röhm-Putsch“ hinaus, er blieb auch bis 1942 Polizeipräsident und gab das Amt nur auf, weil er im September 1941 von Koch in das „Reichskommissariat Ukraine“ geholt wurde.³²

Diese beiden Beispiele dürfen allerdings nicht den Eindruck erwecken, der ostpreußische Oberpräsident habe nach Gutdünken Beamte ein- und wieder absetzen können. Lediglich die Besetzung kommunaler Stellen oblag aufgrund der preußischen und der deutschen Gemeindeordnung aus den Jahren 1934 und 1935 ihm, die Personalhoheit über die allgemeine Verwaltung lag aber weiterhin bei den Ministerien. Auf deren Entscheidungen konnte Koch lediglich informell – durch persönliche Intervention beim Ministerium oder durch die dort platzierten Beamten aus dem „Königsberger Kreis“ – Einfluss nehmen. Dies gelang ihm einige Jahre lang relativ gut, da er im Einklang mit Reichsinnenminister Frick die Verwaltung von „unzuverlässigen Elementen“ säubern wollte, dabei aber ganz pragmatisch und den Vorstellungen Fricks entsprechend auf Laufbahnbeamte zurückgriff – schließlich standen ihm durch den „Königsberger Kreis“ genügend qualifizierte Parteigänger zur Verfügung. Diese Einstellung sicherte ihm ein gewisses Entgegenkommen des Innenministers.³³

Konkret hieß das, dass zwei der vier ostpreußischen Regierungspräsidenten – in Königsberg Werner Friedrich³⁴ und in Marienwerder (Westpreußen) Carl Budding³⁵ – ihre Ämter zunächst behalten konnten, während ihre Kollegen in Allenstein und Gumbinnen durch Verwaltungsbeamte –

³¹ Schoene an Frick, 10.8.34, zitiert nach SCHULZ, Anfänge, S. 92.

³² TILITZKI, Alltag, S. 51; CAMPBELL, S. 44-46; GROEBEN, Verwaltung, S. 389f; IPN Warschau, Sygnatura 884, Blatt 97, Tagesbefehl Obergruppe I, 14.9.33; BA Berlin, BDC Litzmann.

³³ REBENTISCH, Führerstaat, S. 265; HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 101-103, 145; TILITZKI, Alltag, S. 27; MOMMSEN, Beamtentum, S. 31-34, 45, 62f, 66, 68f, 74; STELBRIK, S. 10; SCHULZ, Anfänge, S. 92; GROEBEN, Provinz, S. 251f; DERS., Land, S. 271f.

³⁴ GROEBEN, Provinz, S. 248; DERS., Verwaltung, S. 351-357, 501.

³⁵ INGO HAAR, Historiker im Nationalsozialismus, Göttingen 2000, S. 139-144, 204, 278; MARTIN BURKERT, Die Ostwissenschaften im Dritten Reich. Teil I, Wiesbaden 2000, S. 134f, 158-161; HEINEMANN, Rebell, S. 39f, 270; NIENDORF, S. 160; GROEBEN, Provinz, S. 249f; DERS., Verwaltung, S. 67, 379-385, 502, 583-592; DERS., Land, S. 312; DERS., Streiflichter, S. 186; BÖHMEKE, S. 74-76; HUGO RASMUS, Budding, Karl Johann Ferdinand, Regierungspräsident, in: Altpreußische Biographie V, S. 1559f.

zwei Mitglieder des „Königsberger Kreises“ – ersetzt wurden³⁶. Aus diesem Zirkel kam auch der neue stellvertretende Oberpräsident, Kochs Intimus Hermann Bethke. Er war ebenfalls Laufbahnbeamter und erfuhr damit einen – in der Machtergreifungsphase nicht unüblichen – Karrieresprung. Bethke behielt die Führung der Landwirtschaftskammer zunächst bei, außerdem war er Vorsitzender des Provinzialausschusses, an den das oberste Selbstverwaltungsgremium Ostpreußens, der Provinziallandtag, seine Befugnisse übergeben hatte. Da Koch zudem die praktische Arbeit des Oberpräsidenten an ihn delegierte, bildete er die eigentliche Verwaltungsspitze der Provinz, während Koch in erster Linie als Lobbyist und Repräsentant der Provinz auftrat.³⁷

Die nächste Verwaltungsebene, die der Landräte, baute der Gauleiter sukzessive zu einer Hausmacht aus. 1933 ließ er – meist aus politischen Gründen – 25 der 38 Amtsinhaber auswechseln, durch zwei weitere Reviements 1934 und 1937/38 erreichte er, dass beinahe alle Landratsämter durch von ihm vorgeschlagene Parteigenossen besetzt waren – wobei noch immer einige ihm genehme Landräte der Weimarer Zeit im Amt waren. Koch versuchte, in möglichst vielen Kreisen seine Kreisleiter als Landräte zu platzieren, was zur Folge hatte, dass das Innenministerium 1936/37 beschloss, in Ostpreußen keine weiteren irregulären Besetzungen mehr hinzunehmen. Als Koch im Herbst 1938 weitere acht Neubesetzungen anregte und fünf der Stellen mit Kreisleitern besetzen wollte – wobei er die machtpolitischen Hintergründe kaum verschleierte –, protestierte das Ministerium vehement. Es gelang der Behörde, einige Personalwünsche abzuschmettern, dennoch waren 1939 unter den ostpreußischen Landräten nur noch 15 traditionell qualifizierte Beamte.³⁸

³⁶ In Gumbinnen wurde Otto Rosencrantz durch Herbert Rohde, einen 1920 wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch abgesetzten Landrat, und in Allenstein Max v. Ruperti durch Karl Schmidt ersetzt (GROEBEN, Provinz, S. 248-251; DERS., Verwaltung, S. 361-373; DERS., Land, S. 310-312; DERS., Dienst, S. 63; NOBIS, S. 91, 96, 103-107, 437; HANS-KARL BEHREND, Zur Personalpolitik des Preussischen Ministeriums des Innern, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 6/1957, S. 173-213, hier S. 209).

³⁷ GROEBEN, Provinz, S. 251; DERS., Dienst, S. 64; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 206, Aussage Koch, 19.9.49; Bethke starb 1940, ihn ersetzte Paul Hoffmann (Dr. Paul Hoffmann, 1900-1973, Jurist, Verwaltungslaufbahn, 1932 Pg. Nr. 1061364, 1936 Regierungspräsident Königsberg, 1940 stellv. Oberpräsident, 1950 IHK Berlin [BA Berlin, BDC, PK Hoffmann; GSTA Berlin, I. HA, Rep. 77, Nr. 4947, Personalakte Hoffmann; GROEBEN, Provinz, S. 254; DERS., Land, S. 311; DERS., Landräte, S. 115; FOX, Verwaltung, S. 159]).

³⁸ ROHRER, Macht, S. 251-254; GROEBEN, Dienst, S. 66f; DERS., Land, S. 291f; DERS., Verwaltung, S. 503-525; DERS., Landräte, S. 37-41; DERS., Provinz, S. 252; STELBRINK, S. 19-50, 72-74; TILITZKI, Alltag, S. 27; GSTA Berlin, I. HA, Rep. 77, Nr. 4398, 4746, 4935, 4947, 4950, 4954, 4957, 4959, 4963, Schriftverkehr Oberpräsidium

Den geringsten Einfluss konnte Koch auf die Stellenbesetzung bei den ostpreußischen Zweigen der Berliner Ministerien, wie zum Beispiel der Finanzverwaltung, nehmen, da diese ihm formell nicht unterstellt waren und ihre Beamten darüber hinaus über Fachkompetenzen verfügen mussten, die weder Kochs Parteifunktionäre noch die meist der allgemeinen Verwaltung angehörenden Mitglieder des „Königsberger Kreises“ vorweisen konnten. Andererseits waren auch die Fachbeamten von Kochs Wohlwollen abhängig, da bei allen Versetzungen oder Beförderungen ein politisches Zeugnis des Gauleiters eingeholt werden musste. Hinzu kam, dass Koch sich auch Einfluss auf die berufliche Fortbildung der Beamten gesichert hatte – formell war er Leiter der Ostpreußischen Verwaltungsakademie.³⁹

Von Koch ging auch ein starker psychologischer Druck aus, denn er soll nicht nur häufig massive Drohungen ausgesprochen haben, er stand auch im Ruf, seine Widersacher kurzerhand ins Gefängnis, ins Konzentrationslager oder gar in die Irrenanstalt einweisen zu lassen. In einigen Fällen soll er sogar selbst handgreiflich geworden sein.⁴⁰ Er trat auch gegenüber hohen Beamten sehr grob auf, wenn es galt, seinen Machtbereich zu verteidigen. So versuchte er 1938, die Ernennung eines neuen Oberfinanzpräsidenten zu verhindern und einen seiner „Alten Kämpfer“, der zudem ein ausgewiesener Fachmann war, auf diesen Posten zu hieven. Er müsse, so argumentierte er gegenüber dem Ministerium, bei der Besetzung leitender Positionen auf jeden Fall gehört werden, denn die Partei sei wichtiger als der Staat. Dem aus Altersgründen scheidenden Oberfinanzpräsidenten verbot er, die Geschäfte an den neuen Behördenleiter zu übergeben, diesem wiederum drohte er an, er werde ihn ins Konzentrationslager einweisen lassen, sollte er ostpreußischen Boden betreten.⁴¹ Schließlich wandte er sich an den „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Heß, um seine angeblich bestehenden Rechte durchzusetzen. Heß wies ihn jedoch zusammen mit dem Reichsinnen- und dem Reichsfinanzminister in seine Schranken – der Oberpräsident hatte seine Befugnisse zu deutlich überschritten und musste

Ostpreußen mit Pr. Ministerium des Inneren, 1934-38; FOX, Verwaltung, S. 158; NOBIS, S. 112-155; BÖHMEKE, S. 83-91; BITTER, S. 50, 89-96; BEHREND, passim.

³⁹ MOMMSEN, Beamtentum, S. 39-41, 47-59, 74-80, 91-93; SIGRUN MÜHL-BENNINGHAUS, Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, Düsseldorf 1996, S. 126.

⁴⁰ Vgl. BA Berlin, R 16 I/2140, Abschrift eidesstattliche Versicherung, 21.7.34; Witt an Buch, 29.7.33; Litzmann an OSAF, 10.8.33; Witt an Oppermann, 12.8.33; BDC, PK Wolff, Urteil Oberstes Parteigericht, S. 28f; BA Koblenz, Z 42 IV 1909c, Blatt 300, Aussage Witte, 24.8.49; 1909e, Blatt 207, Aussage Koch, 19.9.49.

⁴¹ BA Berlin, R 43 II/1365, Blatt 44-48, Reichsfinanzminister an Reichs- und Pr. Minister des Inneren, 6.10.38.

die Tatsachen akzeptieren.⁴² Koch gab allerdings nicht auf, sondern nahm viereinhalb Jahre später, im April 1943, einen erneuten, diesmal erfolgreichen Anlauf, seinen Wunschkandidaten in dieses Amt zu holen.⁴³

Diese Auseinandersetzung zeigte deutlich, dass auch die Möglichkeiten eines „alten“ und erfolgreichen Gauleiters wie Koch deutlich begrenzt waren, wenn ihm andere Spitzenfunktionäre gegenüberstanden, und es ihm nicht gelang, zum „Führer“ selbst vorzudringen. Andererseits konnte er durch ebenso harsches wie beharrliches Auftreten auch auf Behörden, deren Personal als festgefügt und kaum zu beeindruckendes Korps galt, großen Einfluss ausüben. Dies traf auch auf die Justiz zu, die Koch keineswegs als unabhängige Gewalt, sondern als Instrument der politischen Führung betrachtete. Dennoch zeigte auch er einen gewissen Respekt vor ihr und achtete darauf, dass alle Maßnahmen, mit denen er in die Jurisdiktion eingriff, mit einem pseudolegalen Anstrich versehen wurden. So ließ er sich, als er im März 1933 an der Spitze einer angeblich spontan agierenden Menschenmenge das Königsberger Gerichtsgebäude stürmte, um seinen dort wegen der Attentate vom 1. August 1932 inhaftierten Chauffeur zu befreien, einen formalen Entlassungsbeschluss ausstellen.⁴⁴

In diesem Fall musste Koch seine Forderungen noch gegenüber den während der Weimarer Republik bestellten Justizbeamten durchsetzen, in der Folgezeit drängte er jedoch darauf, dass das Justizpersonal zum Teil ausgetauscht wurde. Das Justizministerium zeigte sich dabei sehr entgegenkommend, nach diversen Wechseln in den Spitzenämtern der ostpreußischen Justizverwaltung wurde 1937 sogar Kochs Gaurechtsamtsleiter Vollmer Generalstaatsanwalt in Königsberg.⁴⁵ Der Gauleiter war der Ansicht, dass Männer wie Vollmer oder der Vorsitzende des Königsberger Sondergerichts, Alfred Funk, ihre Karriere nur ihm verdankten und ihm daher Gehorsam schuldeten.⁴⁶ Darüber hinaus betrachtete er die Partei als über dem Gesetz stehende Organisation und forderte 1936 einen förmlichen

⁴² Vgl. Ebd., Blatt 49, Reichsminister des Inneren an Chef der Reichskanzlei, 14.11.38.

⁴³ BA Berlin, BDC, PK Zerahn; R 43 II/807a, Personalakte Zerahn, zitiert nach Akten der Parteikanzlei, Nr. 12566; Vgl. REBENTISCH, Führerstaat, S. 263.

⁴⁴ Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 225f, Aussage Koch, 29.9.49; Blatt 324, Aussage Barwinski, 4.10.49; 1909g, Blatt 62, Aussage Jagomast, 3.11.49; GRUCHMANN, S. 324f.

⁴⁵ TILITZKI, Alltag, S. 34-42; GRUCHMANN, S. 228, 255f, 281-284, 1213; BA Berlin, BDC, PK Vollmer; BA Koblenz, Z 42 IV 1909c, Blatt 192f; 1909d, Blatt 38; 1909e, Blatt 198, 226, 229; 1909f, Blatt 99, 279f; 1909g, Blatt 170, Aussagen, 1949.

⁴⁶ BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 338, Aussage Schiemann, 24.9.49; Blatt 39, Steckel an Ankläger Bielefeld, 2.9.49; 1909g, Blatt 325f, Aussage Barwinski, 4.10.49; TILITZKI, Alltag, S. 37f.

Erlass, der die Staatsanwaltschaft zwingen sollte, bei Ermittlungen gegen Politische Leiter die Gauleitung zu informieren.⁴⁷ Beim Innenministerium regte er an, die Tätigkeit von Amtsleitern der Partei der Jurisdiktion von Zivilgerichten zu entziehen, hatte damit aber keinen Erfolg.⁴⁸ Einer im Dritten Reich gängigen Praxis entsprechend versuchte Koch außerdem, die Parteigerichte gegen die reguläre Justiz auszuspielen. Damit gelang es ihm des öfteren, unliebsame Zeugen regulärer Prozesse durch das Parteigremium unter Druck zu setzen.⁴⁹

Koch schreckte schließlich nicht davor zurück, Richter, die sich nicht willfährig genug zeigten, massiv unter Druck zu setzen. Er selbst tat dies nur verbal – auch in öffentlichen Reden und durch Denunziationen beim Justizministerium oder der Parteiführung⁵⁰ –, es kam aber vor, dass seine Parteiformationen einzelne Beamte terrorisierten.⁵¹ Richter, die sich dennoch nicht gefügig zeigten, wurden versetzt. Die Folge war, dass Straftaten ostpreußischer Parteifunktionäre in vielen Fällen auf Druck der Gauleitung nicht oder nicht ernsthaft verfolgt wurden, so zum Beispiel mehrere alkoholbedingte Verkehrsunfälle mit Todesopfern.⁵² Dabei ging es Koch nicht um den Schutz seiner eigenen Person – er scheint keine Straftaten dieser Art begangen zu haben –, sondern darum, das Ansehen seines Machtapparates zu schützen und ein Klima zu schaffen, in dem auch gravierende Rechtsbrüche und strukturelle Rechtsbeugungen, wie er sie im Rahmen seiner Wirtschaftspolitik oder beim Aufbau seiner Stiftung immer wieder beging, nicht mehr geahndet wurden.⁵³

Darüber hinaus beabsichtigte Koch, die Justiz zu einem effektiven Instrument zur Verfolgung politischer Gegner umzugestalten, jedoch mit

⁴⁷ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 9, Blatt 156, Koch an Heß, 24.7.36

⁴⁸ BA Berlin, R 22/706, Diensttagebuch Reichsjustizministerium, 29.1.37, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 31234.

⁴⁹ Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909b, Blatt 261, Hardt an Ankläger Bielefeld, 20.8.49; 1909e, Blatt 198, Aussage Koch, 17.9.49; 1909g, Blatt 252, Aussage Prinz, 14.12.49; BA Berlin, BDC, OPG Knuth, Brockhausen an Stabsleitung Stellv. Führer, 13.7.36; BAJOHR, Parvenüs, S. 158-160; NOLZEN, Parteigerichtsbarkeit, S. 988.

⁵⁰ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 199; 1909b, Blatt 261-263; 1909e, Blatt 198; 1909f, Blatt 99, 279f; 1909g, Blatt 76f, 192f, Aussagen, 1949.

⁵¹ Vgl. BA Berlin, BDC, OPG Knispel; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 278; 1909a, Blatt 297f; 1909b, Blatt 1, 261-263; 1909d, Blatt 7f; 1909e, Blatt 106, 198, 333; 1909f, Blatt 279f; 1909g, Blatt 61, 76f, Aussagen, 1949.

⁵² Vgl. WOLFF, passim; BA Koblenz, Z 42 IV 1909b, Blatt 261, Hardt an Ankläger Bielefeld, 20.8.49; 1909e, Blatt 226, Aussage Koch, 29.9.49; BAJOHR, Parvenüs, S. 152f.

⁵³ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 278; 1909a, Blatt 86, 88; 1909b, Blatt 64-67, 304; 1909c, Blatt 321, 366; 1909d, Blatt 13-15, 32; 1909e, Blatt 79; 1909f, Blatt 279, 350; 1909g, Blatt 19, Aussagen 1949.

wenig Erfolg. Er musste stets Druck ausüben, wollte er diesen Verwaltungszweig in seinem Sinne nutzen. Gerade die Prozesse, mit denen er 1933 versuchte, konservative Konkurrenten wie Oberbürgermeister Lohmeyer oder Generallandschaftsdirektor Walter von Hippel aus ihren Ämtern zu verdrängen, wurden noch nach rechtsstaatlichen Prinzipien geführt und endeten, wie im Falle Lohmeyers, oft mit einer Rehabilitierung der Angeklagten, die nur deshalb ihre Ämter nicht wieder antreten konnten, weil diese zwischenzeitlich neu besetzt worden waren. Es gelang dem Gauleiter zwar bei zahlreichen Gelegenheiten, die Justiz in seinem Sinne zu beeinflussen, zu einem reinen Erfüllungsgehilfen seines Machtstrebens konnte er sie jedoch nicht formen.⁵⁴

Bei all diesen Versuchen Kochs, die diversen Verwaltungszweige seinen Ansprüchen dienstbar zu machen, fällt auf, dass er gerade bei höheren Ämtern nur dann auf „Alte Kämpfer“ zurückgriff, wenn diese ausgewiesene Spezialisten waren. Die Mitglieder seines Gaustabes, die meist nur gering qualifiziert waren, mussten sich dagegen mit weniger einflussreichen Posten zufrieden geben, die meist eng mit ihrem parteiinternen Aufgabengebiet verknüpft waren.⁵⁵

Die politisch eher randständigen Staatsämter der meisten Parteifunktionäre entsprachen der Bedeutung, die der Partei im Dritten Reich insgesamt zukam. Ihre Hauptaufgabe war die Eroberung der Macht, nach der „Machtergreifung“ war sie daher praktisch beschäftigungslos. Die oft propagierte Verschmelzung von Partei und Staat wurde weitgehend zugunsten von Hitlers Konzept aufgegeben, mit den alten Eliten zu kooperieren, anstatt den Staat umzugestalten. Lediglich die Personalunion von Gauleiter und Oberpräsident und von Kreisleiter und Landrat erinnerte an den Anspruch der NSDAP, dem Staat zu befehlen. Auf der Landratsebene erwies sich aber auch dieses Modell als unpraktikabel – wobei der ostpreußische

⁵⁴ Ebd., 1909a, Blatt 294; 1909c, Blatt 364; 1909e, Blatt 218, 325; 1909d, Blatt 39; 1909e, Blatt 196, 325; 1909f, Blatt 19, 107, 339, 352; 1909g, Blatt 39, 85-87, 234-236, Aussagen 1949; GSTA Berlin, I. HA, Rep. 77, Nr. 3, Blatt 226-230; XX. HA, Rep. 2 II/2640; Rep. 36, Nr. 6, Dokumentensammlungen, 1933-39; Königsberger Allgemeine Zeitung Nr. 423/24, 9.9.33; TILITZKI, Alltag, S. 35; GROEBEN, Verwaltung, S. 303f, DERS., Land, S. 77, 238-245; DERS., Dienst, S. 42; BAJOHR, Parvenüs, S. 137-139; GÖRLITZ, S. 394-397; REIFFERSCHIED, Bistum, S. 167-171.

⁵⁵ Vgl. BA Berlin, BDC, PK Großherr; BDC Lau; BDC Magunia; BDC, PK Paltzo; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 9, Blatt 145, Dargel an Rosenberg, 19.7.34; GAUSE, Königsberg, S. 113, 126f; JOSEPH WULF, Kultur im Dritten Reich, Frankfurt/Main, Berlin 1989, S. 304f.

Gauleiter derjenige war, der es am umfassendsten und am längsten praktizierte.⁵⁶

Die NSDAP war damit als eigenständiger politischer Faktor marginalisiert. Hitler trug dem Rechnung, indem er ihr in einer Rede am 2. Februar 1934 die – alle „Alten Kämpfer“ enttäuschende – Aufgabe zuwies, die Bevölkerung zu überwachen, zu erziehen und im Sinne des Regimes zu beeinflussen. Damit kam der Partei zwar eine wichtige, letztlich aber die Politik nur unterstützende Funktion zu. An der Art und Weise, wie der ostpreußische Gauleiter mit ihrer Hilfe Massen mobilisierte, um seine politischen Ziele zu unterstützen – zum Beispiel durch die Telegramme, die seine Ernennung zum Oberpräsidenten forderten –, lässt sich die Bedeutung dieser Aufgabe eindrucksvoll ablesen. Dennoch konnte die NSDAP als Organisation keinen Einfluss auf die Politik nehmen, dies geschah lediglich durch die Person ihres Gauleiters, der als Führer beider Parallelorganisationen die Schnittstelle zwischen Partei und Staatsapparat bildete.⁵⁷ Diese Position entsprach auch dem patriarchalischen Selbstbild Kochs, der sich als einzige verantwortliche Instanz der Provinz verstand und alle Aktivitäten mit seinem Namen verbunden wissen wollte.

Koch konnte die Vielzahl der Aufgaben, die allein mit den Ämtern des Verwaltungs- und des Parteichefs verbunden waren, nicht allein ausfüllen und musste deshalb delegieren. Die alltägliche Arbeit in der Verwaltung erledigte für ihn Vizepräsident Bethke, die in der Partei der stellvertretende Gauleiter Großherr. Koch selbst befasste sich in erster Linie mit dem Wirtschaftsaufbau der Provinz. Zur Arrondierung seiner Stellung akkumulierte er eine Vielzahl weiterer Ämter und drängte in alle ihm interessant dünkenden Gremien, ohne sich dort an der praktischen Arbeit zu beteiligen. Beispielhaft dafür war seine Rolle als Vorsitzender des Provinziallandtags – dessen Entmachtung er im Moment seines Amtsantritts betrieb. Das Provinzparlament versank in der vollständigen Bedeutungslosigkeit, ähnlich wie der Reichs- und der preußische Landtag oder der preußische Staatsrat. Allen diesen Gremien gehörte der ostpreußische Parteiführer an, ohne sich in ihnen zu engagieren.⁵⁸

Andererseits wurde der Gauleiter auch auf Feldern aktiv, die ihn wenig interessierten und wo er kein Amt bekleidete, wenn es ihm für seinen Anspruch, alle Lebensbereiche in der Provinz zu kontrollieren, wichtig

⁵⁶ STELBRINK, S. 34, 65; Vgl. MOMMSEN, *Beamtentum*, S. 35f, 108, 115f; ORLOW, *History II*, S. 43f, 51f, 81, 169f, 216, 228.

⁵⁷ HÜTTENBERGER, *Gauleiter*, S. 83, 118f; DERS., *Polykratie*, S. 429; ORLOW, *History II*, S. 44-46, 51f; HEINEMANN, *Rebell*, S. 28; LIEBCHEN, S. 78-104; STELBRINK, S. 34f.

⁵⁸ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 28; 1909a, Blatt 53; 1909e, Blatt 89, 95, 206, 215, Aussagen 1949; HEIBER, *Universität II*, Bd. 2, S. 95-99.

erschien. Dies traf beispielsweise auf die Hochschulpolitik zu. Koch besaß kein bildungspolitisches Konzept, sondern verachtete wie viele Nationalsozialisten den intellektuellen Wissenserwerb: „Die liberale Bildung ist grauenvoll überschätzt worden, wichtiger als alles Fachwissen ist der gesunde Menschenverstand und stärker als aller Geist der heiße Wille.“⁵⁹ Er verzichtete sogar darauf, das Amt des Kurators der Albertina mit dem des Oberpräsidenten zu vereinigen, wie es vor 1919 Usus gewesen war. Die Hochschulpolitik überließ er Hans-Bernhard von Grünberg, der den Gaustudenten- und ab 1934 als Ordinarius für Wirtschaftliche Staatswissenschaft den Gaudozentenbund führte. Grünberg seinerseits benutzte den Gauleiter als Sprachrohr, um seine Projekte bei den Ministerien voranzutreiben.⁶⁰

Bei vielen Vorgängen an der Albertina, in die auch der Gauleiter involviert war, lässt sich aufgrund der Quellenlage heute kaum noch feststellen, welche Rolle den einzelnen Protagonisten dabei zukam. So wurde der im Januar 1933 gewählte deutschnationale Rektor Dietrich Preyer, ein Volkswirt, der den wirtschaftspolitischen „Sozialismus“ der NSDAP kritisierte, durch eine Kampagne des nationalsozialistischen Studentenbundes und Kochs „Preußischer Zeitung“ gestürzt, ohne dass sich der Einfluss Kochs oder Grünbergs nachweisen lässt. Preyers Nachfolger, der Philosoph Hans Heyse, lobte hingegen die „geistige Energie des Gauleiters“, den er als Bürgen für den „Preußischen Sozialismus“⁶¹ bezeichnete, musste aber auf Geheiß des Reichserziehungsministeriums und gegen den Widerstand Kochs 1935 sein Amt niederlegen, wohl weil er seine Personalpolitik zu sehr an ostpreußischen und zu wenig an Berliner Vorstellungen ausgerichtet hatte. Das Rektorat ging nun an den Professor für Baltische Philologie Georg Gerullis, der die Albertina wegen Streitigkeiten mit Koch 1937

⁵⁹ Zitiert nach GÖTZ VON SELLE, *Geschichte der Albertus-Universität zu Königsberg in Preußen*, 2., durchgesehene und verm. Auflage, Würzburg 1956, S. 356; Vgl. PrZ, Nr. 148, 31.5.37, 2. Beiblatt; HEIBER, *Universität II*, Bd. 2, S. 315.

⁶⁰ Vgl. Kapitel 5.4; GERD BRAUSCH, *Die Albertus-Universität vom Ersten Weltkrieg bis zum 400jährigen Jubiläum*, in: *Die Albertus-Universität zu Königsberg*, hg. v. HANS ROTHE/ SILKE SPIELER, Bonn 1996, S. 123-140, hier S. 124, 131; HELMUT HEIBER, *Universität unterm Hakenkreuz. Teil II, Band 1*, München u.a. 1992, S. 415; HEIBER, *Universität II*, Bd. 2, S. 318f, 336; BRÄUNINGER, S. 200; FRIEDRICH RICHTER, *450 Jahre Albertus-Universität zu Königsberg/ Pr.*, Stuttgart 1994, S. 109f; GAUSE, *Königsberg*, S. 142; KASIMIR LAWRYNOWICZ, *Albertina*, Berlin 1999, S. 416f, 420; HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, *Universität, Nachwuchs und Langemarckstudium*, in: *Der Altherrenbund 3/1940/41*, S. 137f.

⁶¹ CHRISTIAN TILITZKI, *Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Teil 2*, Berlin 2002, S. 928f.

verließ. Daraufhin übernahm Hans-Bernhard von Grünberg die Führung der traditionsreichen Universität und leitete sie bis zu ihrem Ende 1945.⁶²

Inwieweit Grünberg selbst auf dieses Amt hingearbeitet hat, lässt sich kaum noch rekonstruieren, ebenso wie seine und Kochs Einflussnahme auf die Säuberung des Lehrkörpers ab 1933. In einigen Fällen war der Gauleiter wohl persönlich involviert, der prominenteste war die Entlassung des bekannten Historikers Hans Rothfels'.⁶³ Unter den Professoren, für deren Berufung Koch sich stark machte, war ein ähnlich illustrierter Name – Theodor Schieder, dessen Arbeiten mit dazu beitrugen, den „deutschen Charakter“ der annektierten polnischen Gebiete zu belegen, erhielt 1942 den Lehrstuhl Kurt von Raumers.⁶⁴ Ansonsten förderte Koch die Universität im Rahmen dessen, was von einem Oberpräsidenten erwartet werden konnte. Insbesondere zum vierhundertjährigen Gründungsjubiläum 1944 wurde von ihm die Bereitstellung großer Summen angekündigt.⁶⁵ Er rief zudem eine Forschungsgemeinschaft ins Leben, die die außeruniversitäre Forschung an die Albertina anbinden sollte, und deren Wissenschaftler mit von Koch gestifteten Preisen ausgezeichnet wurden.⁶⁶ Einen inneren Zugang zur akademischen Welt scheint Koch aber nicht gefunden zu haben, vielmehr spricht alles dafür, dass der Gauleiter hier lediglich als Organ diente, das die Projekte, die einer seiner Mitarbeiter, Hans-Bernhard von Grünberg, an ihn herantrug, auf politischer Ebene durchsetzte.

⁶² Ebd., S. 927-929; LAWRYNOWICZ, S. 424-426; WOLFGANG HARMS, Die studentische Gegenwehr gegen Angriffe auf Paul Hankamer an der Universität Königsberg 1935/36, in: *Nach der Sozialgeschichte*, hg. v. MARTIN HUBER/ GERHARD LAUER, Tübingen 2000, S. 281-301, hier S. 299f; HELMUT HEIBER, Universität unterm Hakenkreuz. Teil 1. Der Professor im Dritten Reich, München u.a. 1991, S. 267; DERS., Universität II, Bd. 1, S. 33, 278, 294, 318, 322, 335, 391, 398, 436, 439, 516; Ebd., Bd. 2, S. 12f, 323-339; FRIEDRICH RICHTER, Hans-Bernhard von Grünberg, in: *Preußenland* 32/1994, S. 57-64; BURKERT, S. 258; BRAUSCH, Albertus-Universität, S. 129.

⁶³ Vgl. HEIBER, Universität II, Bd. 2, S. 320; CHRISTIAN TILITZKI, Die Beurlaubung des Staatsrechtslehrers Albert Hensel im Jahre 1933, in: *Mendelssohn-Studien* 12/2001, S. 243-261, hier S. 250; DERS., Professoren und Politik, in: *450 Jahre Universität Königsberg*, hg. v. BERNHART JÄHNIG, Marburg 2001, S. 131-177, hier S. 151, 157; LAWRYNOWICZ, S. 419; HANS-ULRICH WEHLER, Nationalsozialismus und Historiker, in: *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, hg. v. WINFRIED SCHULZE/ OTTO GERHARD OEXLE, Frankfurt/ Main 1999, S. 306-339, hier S. 322; HAAR, S. 200-202; HEIBER, Universität I, S. 67; DERS., Universität II, Bd. 2, S. 316.

⁶⁴ HAAR, S. 355f, 365.

⁶⁵ GSTA Berlin, I. HA, Rep. 76, Nr. 882, Blatt 58-60, Rust an Lammers, 22.6.41; Vgl. W. FALKENHAIN, Brückenkopf des Samlands, in: *PrZ* Nr. 181, 3.7.1938; Der Samlandplan, in: *Raumforschung und Raumordnung* 2/1938, S. 308-311; LAWRYNOWICZ, S. 22, 416, 421f; RICHTER, 450 Jahre, passim.

⁶⁶ BRAUSCH, Albertus-Universität, S. 131f; RICHTER, 450 Jahre, S. 60-62; HEIBER, Universität II, Bd. 2, S. 336; *PrZ* Nr. 143, 25.5.42; Nr. 44, 13.2.43; Nr. 142, 22.5.43.

An der Hochschulpolitik wird besonders deutlich, dass Koch zwar ein Machtpolitiker war, der es verstand, seine Forderungen durchzusetzen, dass er aber auch leicht beeinflussbar war. Dies gereichte ihm zum Vorteil, denn seinen Aufstieg zum Oberpräsidenten hatte er neben seinen eigenen Leistungen beim Aufbau der Partei zu einem sehr großen Teil den Männern des „Königsberger Kreises“ zu verdanken. Sie lieferten die Ideen und Strategien sowie die Kontakte zum etablierten Beamtenapparat, während Koch seine Verbindungen in die Spitze des neuen Regimes, seine Durchsetzungsfähigkeit und seine Skrupellosigkeit einbrachte. Zusammen gelang es ihnen auf diese Weise, sich die Provinz Ostpreußen völlig zu unterwerfen. Von dieser Zusammenarbeit profitierten beide Seiten, und gerade Hans-Bernhard von Grünbergs Karriere an der Albertina zeigt exemplarisch, wie der Versuch der Mitglieder des „Königsberger Kreises“, mit Hilfe Kochs ihre Vorstellungen umzusetzen, gelang. Intellektuellen wie Grünberg oder Fachbeamten wie Schulenburg oder Bethke hätte wohl auch in einem anderen politischen System eine Karriere offengestanden, Koch jedoch wäre es selbst im Dritten Reich ohne die Hilfe der „Königsberger“ schwer gefallen, sich eine so starke Machtposition zu erarbeiten. Er war kein genialer politischer Denker, aber er war ein talentierter Praktiker, der es verstand, die Experten an sich zu binden, die er brauchte, um zu reüssieren, und der in der Lage war, deren Konzepte umzusetzen. Durch diese Eigenschaften gelang es ihm, in die Reihen der mächtigsten Unterführer des Dritten Reiches vorzustoßen.

5.2. „Eine einheitliche Volkskirche“ – Kirchenpolitik

Eines der Felder, auf dem Koch aus eigener Initiative tätig wurde, war die Kirchenpolitik. Sie war aufgrund der großen Bedeutung, die der Konfession in Ostpreußen zukam, besonders gut dazu geeignet, die Popularität des Regimes bei der Bevölkerung zu beeinflussen. Dem Gauleiter oblag es, dafür zu sorgen, dass der weltanschauliche Totalitätsanspruch der NSDAP gewahrt blieb, und den Gläubigen dennoch die Verbindung von Christentum und Nationalsozialismus möglich erschien. Gerade im katholisch geprägten Ermland fiel ihm das sehr schwer, was nicht zuletzt am dortigen Bischof Maximilian Kaller lag, der sich vor der „Machtergreifung“ vehement gegen den Nationalsozialismus aussprach und noch am 5. März 1933 eine Wahlempfehlung für die Zentrumsparterie abgab.⁶⁷

⁶⁷ Vgl. REIFFERSCHIED, Bistum, S. 16-18, 20, 32; DERS., Kirche, S. 143; BRIGITTE POSCHMANN, Maximilian Kaller (1880-1947), in: Zeitgeschichte in Lebensbildern, Band 7, hg. v. JÜRGEN ARETZ u.a., Mainz 1994, S. 49-62, hier S. 58.

Die katholische Partei wurde hier tatsächlich noch einmal stärkste Kraft, woraufhin Koch in der Region verstärkt für sich und seine Partei warb. Dabei agierte er allerdings ungeschickt, denn als Kaller ihm seine Begeisterung über das am 20. Juli 1933 geschlossene Konkordat in einem enthusiastischen Telegramm übermittelte, publizierte Koch dieses sofort. Koch wollte die Verbundenheit der katholischen Kirche mit dem Regime demonstrieren, löste damit aber nur einen Eklat im katholischen Klerus aus.⁶⁸ In den folgenden Jahren betrieb Koch eine Schaukelpolitik gegenüber der katholischen Kirche, deren Richtung nicht nur von der Haltung der Kirche, sondern auch von seinem Verhältnis zu SS und Gestapo bestimmt wurde, die der Gauleiter als Konkurrenten ansah.⁶⁹ Koch zeigte sich zeitweise entgegenkommend und konzessionsbereit, meist aber unterstützte er die rigide Verfolgung der katholischen Kirche. Sie sollte aus dem Schul- und Vereinswesen sowie der Jugendarbeit verdrängt werden und ihre karitativen Einrichtungen dem Staat übertragen. Veranstaltungen aller Art wurden verboten und zahlreiche Priester inhaftiert. Koch griff in Prozesse gegen Geistliche ein und ordnete an, katholische Beamte nicht mehr in katholischen oder „national gefährdeten“ Gebieten einzusetzen, selbst wenn sie ansonsten als politisch zuverlässig galten. Letztlich ließ er keinen Zweifel an seiner grundsätzlichen, nicht nur politisch bedingten Ablehnung des Katholizismus. Während der Reformationsfeier Ende Oktober 1933 erklärte er in aller Öffentlichkeit: „Ostpreußen wird protestantisch sein, oder es wird nichts sein!“⁷⁰

Derartige Bemerkungen waren sicherlich nicht dazu geeignet, gläubige Katholiken für den Gauleiter zu gewinnen. Da ihr Bevölkerungsanteil aber bei nur 15 Prozent lag, war ihre Reaktion vernachlässigbar und wurde, gerade im Schatten der angeblichen Bedrohung durch das katholische Polen, durch den Werbeeffekt bei der großen protestantischen Mehrheit mehr als kompensiert. Koch kokettierte jedoch nicht nur aus „nationalpolitischen“ Gründen mit dem Protestantismus, er engagierte sich in den

⁶⁸ REIFFERSCHIED, Bistum, S. 23f, 28-30, 99, 262f, 267, 278; DERS., Kirche, S. 144; POSCHMANN, S. 58-60; BESIER, Kirche, S. 23; KERSHAW, Hitler I, S. 605; BA Berlin, R 43 II/177, Chef Sipo an Lammers, 15.4.41.

⁶⁹ Ebd., BDC, SSO Bach, Bach an Reichsführer SS, 4.11.35; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 218f, Aussage Koch, 23.9.49.

⁷⁰ Zitiert nach MANFRED KOSCHORKE, 1934 – Jahr der Entscheidung, in: Geschichte der Bekennenden Kirche, S. 91-196, hier S. 125; Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909b, Blatt 327; 1909c, Blatt 352; 1909d, Blatt 46; 1909e, Blatt 63, 218; 1909f, Blatt 275; 1909g, Blatt 242, Aussagen, 1949; GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 9, Blatt 166, Koch an Heß, 12.12.38; REIFFERSCHIED, Bistum, S. 99-104, 141-151, 167-171, 193, 220, 266, 272f; DERS., Kirche, S. 144-146; DERS., NSDAP, S. 80f; GROEBEN, Verwaltung, S. 586; HEINEMANN, Rebell, S. 39.

ersten Jahren des Dritten Reichs wohl aus echtem Interesse sehr stark in den kirchlichen Gremien. Die Situation innerhalb der Kirchenprovinz, die konservativ-lutherisch geprägt war, kam ihm dabei sehr zugute. Luthers Lehre von der gottgewollten Obrigkeit hatte zusammen mit der Tradition als Staatskirche stark identitätsbildend gewirkt, weshalb die Mehrzahl der ostpreußischen Geistlichen dem neuen Regime zunächst aufgeschlossen und erwartungsvoll gegenüberstand.⁷¹ Die parteinahen „Deutschen Christen“ traten zudem moderat auf und irritierten die Gläubigen nicht mit einer dezidiert völkischen Theologie, was anfangs auch eine Eskalation theologischer Meinungsverschiedenheiten zwischen „Deutschen Christen“ und anderen Pfarrern verhinderte.⁷²

Tiefergreifende Spannungen traten erst auf, als Kochs kirchenpolitischer Vertrauensmann, Wehrkreispfarrer Müller, mit Unterstützung der „Deutschen Christen“ nach dem neugeschaffenen Amt eines Reichsbischofs strebte, die Mehrheit der ostpreußischen Pfarrer sich aber während einer Tagung des Pfarrervereins am 8. Juni 1933 für seinen Konkurrenten Friedrich von Bodelschwingh aussprach.⁷³ Der drohende Bruch innerhalb der Geistlichkeit konnte mit Hilfe Kochs abgewendet werden. Der Gauleiter, der weder die treibende Kraft hinter Müllers Ambitionen war, noch für diesen Partei ergriff, besuchte im Rahmen seiner in der „Kampfzeit“ bewährten Strategie, sich als Vertreter der kirchlichen Interessen zu präsentieren, die Konferenz, um für eine Zusammenarbeit der Pfarrer mit den staatlichen Stellen zu werben. Er erkannte die angespannte Situation und stellte sich für ein klärendes Gespräch mit den anwesenden Theologen zur Verfügung. Dabei gelang es ihm, die Wogen zu glätten und die Kirchenmänner von seiner Person zu überzeugen. Die Geistlichen sahen das „Vorschußvertrauen“⁷⁴, das sie aufgrund seiner „Herkunft“ aus dem CVJM in ihn gesetzt hatten, bestätigt, und stellten Koch das Zeugnis aus, er sei „ein eifriger Nationalsozialist, aber auch ein bewußter Christ“ und „ein Staatsmann, der das Beste des ihm anvertrauten Gebietes wollte und dem es am Herzen lag, daß die Kirche ihren Dienst in Vollmacht ausübte“⁷⁵. Besonders wurde ihm zugute gehalten, dass er anders als die radikalen

⁷¹ Vgl. WILHELM LENKITSCH, Die Vorgeschichte des Kirchenkampfes in Ostpreußen, in: Geschichte der Bekennenden Kirche, S. 22-56, hier S. 27; KOSCHORKE, 1934, S. 93.

⁷² LENKITSCH, S. 37-41.

⁷³ Vgl. Ebd., S. 42; KOSCHORKE, 1934, S. 100.

⁷⁴ Ebd.; Vgl. LENKITSCH, S. 42f.

⁷⁵ Ebd., S. 34; Vgl. HANS JOACHIM IWAND, Nachgelassene Werke, Band 6: Briefe an Rudolf Hermann, München 1964, S. 251, Brief vom 9.9.33; MANFRED KOSCHORKE, Aufbruch aus dem Wort – die theologische Vorgeschichte, in: Geschichte der Bekennenden Kirche, S. 56-90, hier S. 58-79.

Führer der „Deutschen Christen“ nicht beabsichtigte, den „Glaubensstandpunkt“⁷⁶ der Kirche zu verändern, sondern die grundlegende Bedeutung des Bekenntnisses betonte. Der Gauleiter hatte sich damit auch für Gegner der „Deutschen Christen“ als Ansprechpartner und politische Führungsfigur etabliert.

Das war Koch nicht genug. Er wollte die für den 25. Juli 1933 angesetzten Neuwahlen offensiver als im Vorjahr nutzen, um die Kirchengremien unter Kontrolle zu bekommen, und nahm daher mit Hilfe des Parteiapparats großen Einfluss auf sie. Die „Deutschen Christen“ erlangten in allen Gremien die Mehrheit der Sitze, was darin gipfelte, dass Gauleiter Koch am 23. August zum neuen Präses der Provinzialsynode gewählt und in den Provinzialkirchenrat berufen wurde.⁷⁷ In dieser Position versuchte er, der gute persönliche Kontakte zu nicht-deutsch-christlichen Kreisen unterhielt, beide Gruppierungen in seine Kirchenpolitik einzubinden. Da er dabei weiterhin stark die Interessen der Kirche betonte und wenig von deren Politisierung sprach, erschien er in der Öffentlichkeit sogar im Vergleich zum höchsten lokalen Repräsentanten der „Deutschen Christen“, dem neuen, ihm ablehnend gegenüberstehenden Königsberger Bischof Fritz Keßel, als dezidiert christlich orientierter Politiker.⁷⁸

Diese Haltung des Parteiführers trug neben der generell sehr konservativen Einstellung selbst kritischer Mitglieder des ostpreußischen Klerus dazu bei, dass vielen Kirchenvertretern ein „positives Verhältnis zum Staat“⁷⁹ möglich erschien. Die Gründung des Pfarrernotbundes durch Martin Niemöller, die sich explizit gegen die theologischen Positionen der „Deutschen Christen“, vor allem die Negierung des Alten Testaments und die Umdefinition Jesu‘ zum „arischen Helden“ wandte, zeitigte in der östlichsten Provinz deshalb zunächst nur moderate Folgen. Ein am 28. November 1933 von dem Lötzener Pfarrer Theodor Kuessner gegründetes ostpreußisches Pendant zu Niemöllers Bund distanzierte sich nicht nur in einigen weltanschaulich-theologischen Fragen von ihrem Vorbild, sondern sah sich neben dem Bekenntnis auch dem „Dienst“ verpflichtet, den die Gemeinden,

⁷⁶ LENKITSCH, S. 33.

⁷⁷ Ebd., S. 50f; KOSCHORKE, 1934, S. 100f; GAUSE, Königsberg, S. 51; LINCK, *Kirchenkampf*, S. 46; SHELLEY BARANOWSKI, *The 1933 German Protestant Church Elections*, in: *Church History* 49/1980, S. 298-315, hier S. 310-312; *PrZ*, Juni/ Juli 1933; KOSCHORKE, 1934, S. 101; Vgl. PAUL DARGEL, *Die formgebenden Kräfte im Deutschen Osten*, in: *Der Ostpreußische Erzieher* 5/1937, S. 173-178, hier S. 175.

⁷⁸ LENKITSCH, S. 47-53; Vgl. KOSCHORKE, 1934, S. 111, 117, 126; IWAND, S. 251; LINCK, *Kirchenkampf*, S. 48f; GAUSE, Königsberg, S. 152; STEIGMANN-GALL, S. 136-140.

⁷⁹ KOSCHORKE, 1934, S. 100; Vgl. TILITZKI, *Professoren*, S. 155f, 163.

der Gauleiter und der „Führer“ „hier von uns im Osten erwarten“⁸⁰, und wollte auch weiterhin mit dem Staat zusammen am Aufbau Ostpreußens arbeiten. In diesem Sinne forderte die Organisation die ostpreußischen „Deutschen Christen“ auf, sich ähnlich wie sie selbst von der Berliner Zentrale zu distanzieren und wieder zur gemeinsamen Arbeit für die Provinz zurückzukehren. Hier kam ein typisches Element der ostpreußischen Mentalität zum Tragen, nämlich der Glaube, aufgrund der „bedrohten Insellage“ über den Parteien zusammenstehen und die kleinlichen Querelen des Reiches angesichts der großen Aufgabe in der Provinz beiseite lassen zu müssen.⁸¹

Im September 1934 sagte sich Kuessners Bund aufgrund von innerkirchlich-theologischen Differenzen, aber „in treuer Gefolgschaft zum Führer“⁸² von der Amtskirche los, wobei explizit die Aufbauarbeit Hitlers, Görings und Kochs gelobt wurde. Beim Gauleiter beschwerten sich die „oppositionellen“ Geistlichen auch über Bischof Keßel, wurden im Oktober 1934 von ihm aber enttäuscht, als Koch auf Bitten Keßels alle kirchenpolitischen Veranstaltungen und öffentlichen Äußerungen zum Kirchenstreit verbot. Daraufhin distanzierten sie sich mit der Erklärung, eine umfassende Erneuerung des Volkes könne nicht durch den Nationalsozialismus erfolgen und eine religiöse Wiedergeburt nur aus dem Wort Gottes, erstmals vom Regime und konstituierten sich am 29. Oktober 1934 als „Bekennende Kirche“ Ostpreußens. Koch versuchte, die „abtrünnigen“ Pfarrer wieder zur offiziellen Kirche zurückzuholen, indem er sie persönlich anscrieb, hatte damit aber keinen Erfolg.⁸³

Der Gauleiter zeigte sich der „Bekennenden Kirche“ gegenüber zunächst sehr kulant. Er unterstützte im März 1935 sogar einen Versuch der neutralen Mitglieder des Konsistoriums, die „Bekennende Kirche“ als zu den „Deutschen Christen“ gleichberechtigte Gruppe innerhalb der Amtskirche anzuerkennen. Anscheinend übersah Koch in seinem Bemühen, die Spaltung der Kirche zu überwinden, dass das beabsichtigte Abkommen Bischof Keßel desavouierte und die staatlichen Versuche unterlief, die innerkirchliche Opposition durch die Beschneidung der Finanzen zu kontrollieren. Auf Druck Keßels zog er seine Zustimmung zu der Verein-

⁸⁰ Zitiert nach: KOSCHORKE, 1934, S. 105f.

⁸¹ Ebd., S. 100, 105-108, 123; LENKITSCH, S. 52-54; BESIER, Kirche, S. 24; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 216, Aussage Koch, 22.9.49.

⁸² Zitiert nach: KOSCHORKE, 1934, S. 131; Vgl. Ebd., S. 102, 107, 114, 122, 129-131; DERS., Aufbruch, S. 85f; LENKITSCH, S. 54f; WALTHER HUBATSCH, Geschichte der evangelischen Kirche Ostpreußens. Band III, Göttingen 1968, S. 396f, Rundschreiben Kuessner, 2.4.35.

⁸³ KOSCHORKE, 1934, S. 119, 125, 127, 134f, 138-140.

barung wieder zurück. Da die Konsistoriumsmitglieder das Abkommen von der Haltung Kochs abhängig gemacht hatten, war dieses nun hinfällig. In letzter Konsequenz bedeutete das die endgültige Abspaltung der „Bekennenden Kirche“ Ostpreußens von der Amtskirche.⁸⁴

Der Gauleiter ging in den folgenden Jahren, auch aufgrund innerparteilichen Drucks, auf Distanz zur Kirche. Die „Bekennende Kirche“ wurde nun auch in Ostpreußen von den Nationalsozialisten verfolgt, wenn auch in nicht so starkem Maße wie die Katholiken.⁸⁵ Koch soll sich noch in einigen wenigen Fällen für Angehörige der oppositionellen Kirche eingesetzt haben, scheint die Kirche generell aber nur noch als Instrument betrachtet zu haben, mit dem die Bevölkerung erbaut und motiviert werden konnte.⁸⁶

Kochs Abkehr von der Kirche war zum Teil auch darauf zurückzuführen, dass er mit seinem ambitioniertesten kirchenpolitischen Projekt die Aufmerksamkeit hochrangiger kirchenfeindlicher NS-Funktionäre erregt hatte. Für ihn und seinen „Chefideologen“ Otto Weber-Krohse stellte die einheitliche, zentral organisierte und ideologisch intransigente katholische Kirche als „weltpolitischer Faktor“ das Feindbild dar, dem sie eine ebenso starke und einheitliche protestantische Kirche entgegensetzen wollten.⁸⁷ Ihnen schwebte in einem vereinten Protestantismus eine Art deutsche Nationalreligion mit geistiger Affinität zum Nationalsozialismus vor, deren Kirchenorganisation sowohl das Regime stützen und den fremden, ultramontanen Katholizismus und den Bolschewismus vom deutschen Volk fernhalten, als auch ein konstitutives Element der Ostraumpolitik bilden sollte. Den Glauben dieser Kirche stellte er als integralen Bestandteil des Nationalsozialismus dar, weshalb Hitler nach Kochs Ansicht, „wie in der geschichtlichen Vergangenheit Deutschlands, summus episcopus werden“⁸⁸

⁸⁴ BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 216, Aussage Koch, 22.9.49; KOSCHORKE, 1934, S. 117, 148f, 155-160; HUBATSCH, Geschichte III, S. 394f; KURT MEIER, Der evangelische Kirchenkampf. Zweiter Band, Halle/ Saale 1976, S. 190f.

⁸⁵ MANFRED KOSCHORKE, 1939-1945 – Für und gegen die Staatskirche, in: Geschichte der Bekennenden Kirche, S. 322-388, hier S. 382f; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 216, Aussage Koch, 22.9.49.

⁸⁶ Vgl. MEIER, Kirchenkampf II, S. 191-195; KOSCHORKE, 1934, S. 123-126; DERS., 1937-1938 – Auf dem Weg zur Staatskirche, in: Geschichte der Bekennenden Kirche, S. 273-321, hier S. 311-319. BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 216, Aussage Koch, 22.9.49; 1909g, Blatt 164, Aussage Lawin, 29.11.49.

⁸⁷ Vgl. IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 32f, Lebenslauf Koch.

⁸⁸ BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 50, Aussage Koch, 18.7.49; Vgl. Ebd., 1909d, Blatt 147, Aussage Schmittat, 15.9.49; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 55, Lebenslauf Koch; ERICH KOCH, Rede auf der öffentlichen Kundgebung im Schloßhofe zu Königsberg von Oberpräsident Gauleiter Erich Koch-Königsberg, in: Die evangelische Diaspora 16/ 1934, S. 419-424; STEIGMANN-GALL, S. 1; KOSCHORKE, 1934, S. 123f; LENKITSCH, S. 33.

sollte. Koch versuchte, diese Vorstellungen aus der Kirche heraus über seine kirchlichen Ämter Realität werden zu lassen.

Nachdem er zum Vizepräsidenten des Kirchensenats der „Altpreussischen Union“ gewählt worden war, beabsichtigte Koch zunächst, die verschiedenen Landeskirchen zu vereinen. Für dieses „tollkühne kirchendiplomatische Unternehmen“⁸⁹ verhandelte er sowohl mit dem Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates, Friedrich Werner, und dem Reichsleiter der „Deutschen Christen“, Christian Kinder, als auch mit verschiedenen, dieser „Glaubensbewegung“ ablehnend gegenüberstehenden Kirchenführern, darunter die Landesbischöfe August Marahrens, Theophil Wurm und Hans Meiser. Sie alle waren ebenfalls an der Schaffung einer einheitlichen Reichskirche interessiert, brauchten zur Umsetzung ihrer Ideen aber einen Politiker, der Zugang zur Spitze des Reiches hatte. Koch erfüllte diese Anforderungen, außerdem wollte er die Vereinigung der Landeskirchen nicht durch einen hoheitlichen Akt des Staates und eine oktroyierte Kirchenverfassung, sondern durch eigene Beschlüsse der kirchlichen Gremien herbeiführen, was die von den Kirchenführern befürchtete Auslieferung der Kirchen an den Staat vermeiden würde. Sie waren deshalb bereit, den Außenseiter, der in ihrer Wahrnehmung „plötzlich“ Interesse an der Kirche zeigte, und der wegen seines bisherigen Auftretens im Kirchensenat kritisch beurteilt wurde, zu akzeptieren.⁹⁰

Die Theologen arbeiteten eine Erklärung aus, die Koch, der sich seit der „Machtergreifung“ des öfteren mit Hitler über Kirchenpolitik ausgetauscht hatte, zu Weihnachten 1934 beim Diktator vortrug. Sein Vorstoß blieb jedoch erfolglos, was wohl in erster Linie auf die weitgehenden Forderungen des Memorandums zurückzuführen war.⁹¹ Koch selbst erklärte sein Scheitern mit dem Einfluss von Goebbels und Himmler. Das war nicht aus der Luft gegriffen, denn die Kirchenpolitik wurde in der Führungsspitze des Dritten Reiches immer unpopulärer, und gerade die genannten Funktio-

⁸⁹ BESIER, Kirchen, S. 50; Vgl. Landesbischof D. Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940-1945, hg. v. GERHARD SCHÄFER/ RICHARD FISCHER, Stuttgart 1968, S. 332f.

⁹⁰ KOSCHORKE, 1934, S. 123, 125; GERHARD BESIER, Die Kirchen und das Dritte Reich, München 2001, S. 50f; Protokoll der Besprechung nicht-deutschchristlicher Kirchenführer, 4.1.35, in: Verantwortung für die Kirche, Band 1, hg. v. HANNELORE BRAUN/ CARSTEN NICOLAISEN, Göttingen 1985, S. 373f; Protokoll der Besprechung der Vorläufigen Kirchenleitung mit nicht-deutschchristlichen Kirchenführern, 29.11.34, in: Ebd., S. 361, 373f; Memorandum Niebel, 21.12.34, in: GERHARD SCHÄFER, Die Evangelische Landeskirche in Württemberg und der Nationalsozialismus. Band 4, Stuttgart 1977, S. 168f; Riethmüller an Wurm, 28.12.34, in: Ebd., S. 171; Gerber an Wurm, 31.12.34, in: Ebd., S. 173-175; Wurm an Neurath, 8.1.35, in: Ebd., S. 176f.

⁹¹ BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 50, Aussage Koch, 18.7.49; SCHÄFER, S. 169; Memorandum Niebel, 21.12.34, in: Ebd., S. 168f; Riethmüller an Wurm, 28.12.34, in: Ebd., S. 171; BESIER, Kirchen, S. 50f.

näre agierten gegen Parteigenossen, die sich im Sinne der Kirchen engagierten. Dies sei, so Koch, für ihn so gefährlich geworden, dass er sich noch 1935 aus der Kirchenpolitik zurückgezogen habe.⁹²

Neben einigen Veränderungen in der juristischen Position der Kirchen, die Kochs Einflussmöglichkeiten stark beschnitten, und seiner Enttäuschung darüber, dass er die Spaltung der Kirche nicht hatte überwinden können, dürfte tatsächlich massiver innerparteilicher Druck für das Ende von Kochs kirchlichem Engagement verantwortlich sein, denn 1935 führte er eine heftige Auseinandersetzung mit der SS, die beinahe seine Karriere beendete.⁹³ Er distanzierte sich deshalb zu diesem Zeitpunkt von einigen umstrittenen Positionen und schwenkte ganz auf die Linie des „Führers“ ein. Gerade die Ideen seines wichtigen Mittelsmannes zu den Kirchen, Otto Weber-Krohse, galten als abweichlerisch und wurden von Koch nicht mehr offen propagiert.⁹⁴ Damit gingen dem Gauleiter wahrscheinlich auch der geistige Zugang zur Kirchenpolitik und die gestalterischen Ideen verloren. Kirchenpolitische Konzepte brachte er nicht mehr auf den Weg, er versuchte in der Folgezeit nur noch, die Kirchen, ähnlich wie die Verwaltung, durch die Besetzung von Schlüsselpositionen mit seinen Vertrauensleuten zu kontrollieren, was wegen der nun auch organisatorischen Abspaltung der „Bekennenden Kirche“ aber nicht gelang.⁹⁵ Seinen Ruf als kirchlich engagierter Politiker behielt er allerdings, und als Reichskirchenminister Hanns Kerrl im Februar 1939 in Zusammenarbeit mit verschiedenen Kirchenführern einen neuen Versuch startete, die evangelische Kirche über eine „verfassungsgebende Generalsynode vom Kirchenvolk her“⁹⁶ neu zu kon-

⁹² BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 28; 1909a, Blatt 48-51, Aussagen Koch 17.6., 15.7., 18.7.49; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 32-34, Lebenslauf Koch; Protokoll der Besprechung nicht-deutschchristlicher Kirchenführer mit Gerber, 4.1.35, in: Verantwortung für die Kirche, S. 369; Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches. Bd. II, hg. von GEORG KRETSCHMAR, München 1975, S. 19; Ebd., Band III, bearb. v. GERTRAUD GRÜNZINGER/ CARSTEN NICOLAISEN, Gütersloh 1994, S. 46f, Dokument 15, Protokoll einer Besprechung des Reichskirchenministers mit den Oberpräsidenten und Vertretern der Länder, 8.8.35; NOLZEN, Parteigerichtsbarkeit, S. 977; STEIGMANN-GALL, S. 101f, 179, 220f; SCHNEIDER, Reichsbischof, S. 213; GERHARD BESIER, Die Lenkung der APU durch die Kirchenausschüsse (1935-1937), in: Die Geschichte der Evangelischen Kirche der Union, Band 3, hg. v. GERHARD BESIER/ ECKHARD LESSING, Leipzig 1999, S. 305-368, hier S. 356; MEIER, Kirchenkampf II, S. 155f, 227.

⁹³ Vgl. Kapitel 5.7; LENKITSCH, S. 34; BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 147, Aussage Schmittat, 15.9.49.

⁹⁴ THEODOR KUESSNER, Erinnerungen an den Kirchenkampf, in: Geschichte der Bekennenden Kirche, S. 407-450, hier S. 410; Vgl. Kapitel 5.3, 5.8.

⁹⁵ BESIER, Kirche, S. 26-28; MEIER, Kirchenkampf II, S. 191, 194, 264-266.

⁹⁶ DERS., Der evangelische Kirchenkampf. Dritter Band, Halle/ Saale 1976, S. 69, 625.

stituieren, sollte Koch Mitglied einer – nie einberufenen – sechzigköpfigen vorbereitenden Synode werden. 1943 trat Koch schließlich aus der Kirche aus, was eventuell damit zusammenhing, dass ihm Alfred Rosenberg während einer zu dieser Zeit auf dem Höhepunkt befindlichen Auseinandersetzung seine weltanschaulichen Positionen aus der Frühzeit des Dritten Reiches zum Vorwurf machte.⁹⁷

Kochs kirchenpolitisches Engagement war am Rande seiner politischen Karriere angesiedelt, es entstammte mehr persönlichem Interesse denn machtpolitischem Kalkül. Obwohl er damit scheiterte, dürfte es zu seiner Akzeptanz in der Bevölkerung beigetragen haben. Beinahe alle nach 1945 entstandenen Berichte zu seiner Person wurden stark von dem Leid der letzten Kriegsmonate, für das er verantwortlich gemacht wurde, geprägt⁹⁸, weshalb es für die Bedeutung seines kirchlichen Engagements sehr aussagekräftig ist, dass sich gerade Theologen der „Bekennenden Kirche“ noch in den siebziger Jahren positiv über den einstigen Präses der Provinzialsynode äußerten und den „Zwang des einmal akzeptierten Systems“⁹⁹ für seinen Wandel zum Kriegsverbrecher verantwortlich machten. Dass Kochs politische Karriere von Anfang an mit menschenverachtender Gewalt verbunden gewesen war – in Oberschlesien oder im „Ruhrkampf“ genauso wie bei den Saalschlachten in Ostpreußen während der „Kampfzeit“ oder den Juden- und Kommunistenverfolgungen ab 1933 – blendeten sie dabei aus. Der christliche Habitus des Parteiführers ließ offensichtlich selbst die kritischeren Pfarrer über vieles hinwegsehen – eine ähnliche Wirkung dürfte er, nicht zuletzt durch solche Pfarrer multipliziert, auch auf viele andere Ostpreußen gehabt haben.

5.3. „Vater der Provinz“ – Propaganda und Ideologie

Bedeutend wichtiger für die Wahrnehmung des Gauleiters als die Kirchenpolitik war dessen mediale Selbstinszenierung. Koch wurde, und hier unterschied er sich nicht von den anderen Gauleitern, ganz im Sinne seines patriarchalischen Selbstverständnisses als der „Ostpreußenführer“, als „Vater der Provinz“ dargestellt, eine Selbststilisierung, die sich an den

⁹⁷ Vgl. Kapitel 9.2; STEIGMANN-GALL, S. 179, 220f.

⁹⁸ Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909-1909g; BA Bayreuth, Ost-Dok 4/43, Ost-Dok 8, Ost-Dok 10; SCHIEDER, Dokumentation I/1; Mangels authentischer Quellen lässt sich kaum noch nachvollziehen, wie der „Provinzfürst“ zeitgenössisch wahrgenommen wurde (Vgl. IAN KERSHAW, Alltägliches und Außertägliches, in: Reihen fast geschlossen, S. 273-292, hier S. 273-278).

⁹⁹ KOSCHORKE, 1934, S. 127; Vgl. LENKITSCH, S. 34; KUESSNER, S. 410.

Führerkult um Hitler anlehnte. So selbstverständlich in jeder deutschen Stadt Straßen nach dem „Führer“ umbenannt wurden, so wurden in Ostpreußen – wie in anderen Gauen auch – Straßen und Plätze, ja ganze Siedlungen nach dem Gauleiter benannt, und das nicht erst in Folge seiner Verdienste, sondern bereits 1933. Auffälligstes Beispiel war die Umbenennung des nach seinem Stifter, einem jüdischen Bankier, benannten Königsberger „Walter-Simon-Platzes“ in „Erich-Koch-Platz“. Diese Anlage gehörte zu den wichtigsten Veranstaltungsorten für Großereignisse und wurde im Dritten Reich vor allem für Aufmärsche und Kundgebungen der Partei genutzt. Die bei solchen Gelegenheiten selbstverständlichen Huldigungen an den Gauleiter Erich Koch fanden daher auf dem „Erich-Koch-Platz“ statt, eine Koinzidenz, die an die Selbstdarstellungspraxis antiker Herrscher erinnert.¹⁰⁰

Die Partei erfüllte bei diesen Gelegenheiten eine der wenigen Aufgaben, die ihr noch geblieben waren, sie bildete die Choreographie zur öffentlichen Inszenierung, in deren Mittelpunkt oft der Gauleiter stand. Dabei wurden seine Funktionen als Staatsbeamter und Parteiführer stets verquickt. Er wurde, auch in der Presse, überwiegend als „Oberpräsident und Gauleiter“ vorgestellt, auch wenn es sich bei der betreffenden Gelegenheit um eine rein staatliche oder rein parteigebundene Veranstaltung handelte. Damit wurde seine Position als alleinige Führungsspitze der Provinz betont, was dadurch verstärkt wurde, dass alle positiv gewerteten Ereignisse in der Provinz, vom Autobahnbau bis hin zum Winterhilfswerk, mit seiner Person in Verbindung gebracht wurden. Seinem Beitrag – meist übernahm er nur die Schirmherrschaft – wurde in der Berichterstattung weit mehr Platz eingeräumt, als es seiner eigentlichen Bedeutung entsprach, bisweilen wurde der Stellenwert gesellschaftlicher oder sportlicher Ereignisse auch ausdrücklich mit der Anwesenheit des Gauleiters aufgewertet.¹⁰¹

Koch wurde zum volksnahen Gauführer stilisiert, der trotz anderweitiger offizieller Verpflichtungen überraschend den Kameradschaftsabend seiner „Gefolgschaft“ im Oberpräsidium oder das Zeltlager der ostpreußischen Teilnehmer am Nürnberger Reichsparteitag besuchte, beim Gausportfest die einzelnen Teilnehmer mit Handschlag begrüßte, „in seiner

¹⁰⁰ GAUSE, Königsberg, S. 121; PrZ Nr. 121, 3.5.37; KLAUS D. PATZWALL, Das Gauehrenzeichen der NSDAP Ostpreußen, in: *Militaria* 13/1990, S. 15-18, hier S. 15f; BA Berlin, R 16 I/2140, Antwort auf die Denkschrift des Herrn Oberpräsidenten unter dem Titel „Hetze gegen den Oberpräsidenten“, 23. Brachet (Juni) 1934; BDC, OPG Koch, Aussage Vortanz, 15.8.33; BDC, OPG Bethge, Dziewas an Buch, 21.12.34; BA Berlin, R 2/11917, Anordnung Stellv. Führer, März 1934, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 20440.

¹⁰¹ Vgl. PrZ 1933-1944, passim; Das neue Ostpreußen, Königsberg 1938, passim; HEIBER, Universität II, Bd. 2, S. 336; BRAUSCH, Albertus-Universität, S. 131f.

humorvollen Art“ mit einfachen Teilnehmern scherzte, von der Jugend um Autogramme „bestürmt“ wurde und sich sogar um Details der Sicherheitsvorkehrungen am Hindernisparcours kümmerte. Besonders angetan hatte es dem selbst kinderlosen „Onkel Gauleiter“ offensichtlich die Jugend des Gaus, die er zu Weihnachten ausgiebig bescherte, und denen er bei jeder Gelegenheit gerne publikumswirksam den „Wuschelkopf“ streichelte.¹⁰²

Derartige Berichte wurden in der Parteizeitung durchschnittlich etwa einmal pro Woche lanciert, was den Gauleiter beinahe omnipräsent erscheinen ließ. Die Artikel wurden jedoch fast ausschließlich im Regionalteil platziert, außer wenn über Reden zu reichsweit zelebrierten Feiern oder zu aktuellen politischen Themen mit überregionaler Bedeutung berichtet wurde. In solchen Fällen wurde aus der flankierenden Berichterstattung deutlich, dass Koch nur als Sprachrohr der Berliner Propaganda agierte.¹⁰³ Dies illustrierte den Charakter von Kochs Herrschaft: In die Politik des Reichs war er wenig oder gar nicht involviert, sein Terrain war die Provinz Ostpreußen, hier war er *der* Führer.

Das Bild des fürsorglichen Provinzvaters kontrastierte scharf mit der Rhetorik Kochs, die direkt an seine Kampfreden aus den Jahren vor der „Machtergreifung“ anknüpfte. Er agierte dabei – ob bewusst oder unbewusst mag dahingestellt bleiben – ganz im Rahmen der von Hitler ausgegebenen Taktik, die Agitation der Partei den lokalen und regionalen Gegebenheiten anzupassen, wodurch die Propaganda der Gauleiter in einzelnen Zügen sehr individuell geriet.¹⁰⁴ In Ostpreußen wurde immer wieder auf Ernst Wiechert, Agnes Miegel oder auch Immanuel Kant als regionale Identifikationsfiguren zurückgegriffen, besonders oft spielte der Gauleiter aber mit dem Klischee der vernachlässigten, missverstandenen und belächelten Provinz:

„Diese [bedächtige und abwägende] Art [des Ostpreußen] habe man einst in manchen Kreisen als ‚dammlich‘ abtun und damit den Ostpreußen als rückständig kennzeichnen wollen. [...] der Ostpreuße könne durchaus darauf stolz sein, daß er ‚zu dammlich‘ gewesen sei, um so viele falsche Lehren der letzten Jahrzehnte zu begreifen. Dafür aber habe er den Nationalsozialismus und Adolf Hitlers Sendung nicht nur verstandesmäßig erfaßt, sondern in einem tiefen und unbeirraren Glaubensgefühl. So sei in Ostpreußen wieder die Voraussetzung

¹⁰² PrZ Nr. 173, 25.6.37; Nr. 175, 27.6.37; Nr. 248-253, 8.-10.9.38; Nr. 301, 31.10.38; Nr. 335, 4.12.38; Nr. 343, 12.12.38; Nr. 355/356, Weihnachten 1938.

¹⁰³ PrZ, passim; Vgl. HEINZ-JÜRGEN PRIAMUS, Adolf Meyer – Selbstinszenierung eines Gauleiters, in: DERS./STEPHAN GOCH, Macht der Propaganda oder Propaganda der Macht?, Essen 1992, S. 48-67, hier S. 53.

¹⁰⁴ Vgl. Das Buch der deutschen Gaue, Bayreuth 1938, passim; PRIAMUS, regionale Aspekte, passim.

für den Stolz auf die Heimat geschaffen worden. Ostpreußen sei nicht mehr ‚irgendeine Provinz‘, sondern erfülle im Rahmen der deutschen Volksgemeinschaft auf vorgeschobenem Posten wesentliche Aufgaben für die Gestaltung der Zukunft.“¹⁰⁵

Diese „besonderen Aufgaben“ der Provinz und ihren einzigartigen, vorbildlichen Charakter betonte ihr oberster Beamter immer wieder, womit er nicht nur das Selbstvertrauen der Ostpreußen aufrichten wollte. Koch nutzte vielmehr geschickt aus, dass sich die Provinz wie keine zweite Region dafür anbot, einige der zentralen Topoi der nationalsozialistischen Weltanschauung in eine situationsspezifische Propaganda umzusetzen. Ostpreußen war ein Bauernland, das durch die Ostsiedlung gewonnen und in dem in der Geschichte immer wieder um das „Deutschtum“ gerungen worden war. 1813 hatte hier die Befreiung Deutschlands von Napoleon begonnen, 1914 waren hier in der Schlacht von Tannenberg die „Horden aus dem Osten“ zum Stehen gebracht und der Heros Hindenburg geboren worden. Die Deutschen hatten zwar unter dem „Russeneinfall“ gelitten, danach aber sofort ihren Willen zum Wiederaufbau demonstriert. Die trotz des Sieges erfolgte „Abtrennung“ der Provinz symbolisierte den „Novemberverrat“ ebenso wie die existentielle Bedrohung des Reiches, zugleich stand das Ergebnis der Abstimmung 1920 für den „Wehrwillen“ der „Volksgemeinschaft“, der nötig sein würde, Deutschland wieder zu der ihm gebührenden Größe zu führen.¹⁰⁶

Diese Symbolkraft der Provinz wurde vom Regime Hitlers ausgenutzt. In bewusster Anlehnung an diese Bilder hielt der „Führer“ seine letzte Rundfunkansprache vor der entscheidenden Reichstagswahl am 5. März 1933 in Königsberg, wo er am folgenden Tag auch zur Wahlurne schritt.¹⁰⁷ In diesem Geist folgte dann auf den „Tag von Potsdam“ der „Ehrentag von Tannenberg“, ein sicherlich weit weniger historisches Ereignis als die Zeremonie in der Potsdamer Garnisonskirche, aber von ähnlicher Symbolik. Wieder war es der greise Feldherr Hindenburg, der zusammen mit dem „einfachen Musketier“ Hitler die Vereinigung Preußens, hier vor allem der ruhmreichen preußischen Armee, mit dem Nationalsozialismus zelebrier-

¹⁰⁵ PrZ Nr. 148, 31.5.37; Vgl. H. HEYSE, Kant und wir, in: Nationalsozialistische Monatshefte 5/1934, S. 894-899; PHILIPP WITKOP, „Mutter Ostpreußen“. Zum 60. Geburtstag Agnes Miegels, in: Pommersche Blätter 63/64/1938/39, S. 103-105.

¹⁰⁶ Vgl. WIPPERMANN, Ordensstaat, S. 209, 223-225, 254-256, 271f; TRABA, Kriegssyndrom, passim; MANFRED SCHLENKE, Das „preußische Beispiel“ in Propaganda und Politik des Nationalsozialismus, in: APuZ 18/1968, B 27, S. 15-23, hier S. 15f; MARTIN, Masuren, S. 62-88; Buch der deutschen Gaue, passim.

¹⁰⁷ Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 584; DERS., Hitler II, S. 131.

te – mit dem Gauleiter als Zeremonienmeister.¹⁰⁸ Die Beisetzung Hindenburgs im Tannenbergdenkmal im folgenden Jahr geriet zu einer ähnlich pompösen Veranstaltung¹⁰⁹, während wiederum ein Jahr später die Überführung des Sarges Hindenburgs in die erst 1935 fertiggestellte Gruft schon wesentlich bescheidener inszeniert wurde. An diesem Tag wurde das Denkmal zum „Reichsehrenmal“ erklärt, was eine Auszeichnung für die Provinz war, denn um die Errichtung und vor allem den Standort eines zentralen Gedenkortes für die Gefallenen des Weltkrieges war lange Zeit gestritten worden.¹¹⁰

Bei derartigen Veranstaltungen wurde immer wieder betont, dass alle Gaue in Treue zum „deutschen Vorpostenlande“¹¹¹ Ostpreußen stünden. Die lange vernachlässigte Provinz, so lautete die Botschaft, die hier auch verstanden wurde, war wieder fest an das Reich gebunden. Diese Rhetorik griff der Gauleiter auf. Selbst bei freudigen oder banalen Anlässen, immer bemühte er den Vorposten- und Bollwerkcharakter der Provinz und die mühe- und leidvolle Geschichte des Landes. Dass der Boden der Provinz mit Blut durchtränkt sei¹¹², gehörte zu seinem Standardrepertoire, ebenso die Wendung, Ostpreußen sei das „Erste Bataillon Garde“ des Führers. Damit griff er aber nicht nur Propagandabilder auf, mit denen das Regime den Mythos Ostpreußen im ganzen Reich instrumentalisieren wollte, er vertrat vielmehr eine an den „Vorpostenmythos“ anknüpfende, weit darüber hinausgehende eigene, in Vielem mit den Vorstellungen bedeutender NS-Führer unvereinbare Ideologie. Ähnliches ist trotz der großen Eigenständigkeit, die die Gauleiter genossen, von keinem seiner Kollegen bekannt.¹¹³

¹⁰⁸ Vgl. DERS., Hitler I, S. 588; SCHLENKE, S. 17-19; WIPPERMANN, Ordensstaat, S. 223, 271; DERS., Nationalsozialismus und Preußentum, in: APuZ 31/1981, B 52-53, S. 13-22, hier S. 14; MOMMSEN, Preußentum, S. 29; Völkischer Beobachter, 29.8.33; WTB Nr. 2052, 26.8.33; ERICH MASCHKE, Die Geschichte des Reichsehrenmals Tannenberg, in: Tannenberg, hg. v. Kuratorium für das Reichsehrenmal Tannenberg, Oldenburg i. O., Berlin, ohne Jahr, S. 197-224, hier S. 218.

¹⁰⁹ Vgl. Ebd., S. 221; JÜRGEN TIETZ, Das Tannenberg-Nationaldenkmal, Berlin 1999, S. 85.

¹¹⁰ Ebd., S. 31.

¹¹¹ Zitiert nach MASCHKE, S. 224; Vgl. NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, hg. v. HANS BOHRMANN/ GABRIELE TOEPSER-ZIEGERT, Bd. 5: 1937, München 1998, S. 503, Nr. 1322, 4.6.37.

¹¹² Vgl. PrZ Nr. 157, 8.6.37; Nr. 159-169, 11.-21.6.37.

¹¹³ Vgl. PrZ 1933-1944, passim; HEINRICH FORSTER, Der Gau Saarpfalz, das Bollwerk im Westen, in: Buch der deutschen Gaue, S. 237-250; DIETER WOLFANGER, Josef Bürckel und Gustav Simon, in: Zwischen Saar und Mosel, hg. v. WOLFGANG HAUBRICHS u.a., Saarbrücken 1995, S. 397-409.

Diese „Ostideologie“ war kein geistiges Erzeugnis Kochs, sondern stammte hauptsächlich aus der Feder des Schriftstellers Otto Weber-Krohse, der auch die programmatischen Reden des Gauleiters schrieb. Diese wurden, durch einige Aufsätze zu einer systematischen Gesamtdarstellung ergänzt, unter dem Titel „Aufbau im Osten“ 1934 veröffentlicht.¹¹⁴ Obwohl die Urheberschaft Weber-Krohses durch den Sprachduktus sowie durch flankierende Veröffentlichungen leicht zu erkennen war, wurde Koch als Autor genannt, um dem Text durch den prominenten Namen größeres Gewicht zu verleihen – wobei davon ausgegangen werden kann, dass Koch sich die hier referierten Thesen tatsächlich in einem gewissen Grad zu eigen machte.¹¹⁵

Der 1903 geborene Weber-Krohse hatte, bevor er im Mai 1933 als politischer Schriftleiter zur „Preußischen Zeitung“ geholt wurde, bereits Erfahrungen als völkischer Publizist im Umfeld der „Nordischen Gesellschaft“ und von Hans Schwarz, dem „geistigen Nachlaßverwalter“¹¹⁶ Arthur Moeller van den Brucks, gesammelt. Er vertrat einen kruden, stark an Moeller van den Bruck orientierten nordisch-mystisch-protestantisch-preußischen Sozialismus, in dem er den preußisch-protestantischen Ostseeraum als Gegensatz zum römisch-katholischen Mittelmeer definierte. Die „nordische Revolution“ sah er aber auch als Gegenstück zum „Faschistischen“¹¹⁷, das kein nordisches Prinzip sei. Seine Gedanken schöpfte er, so gab er zumindest an, aus einem nicht näher beschriebenen vorchristlichen „Mythos“ und der „historischen Betrachtung, deren Aufgabe es ist, fortwährend Schlußfolgerungen in die unmittelbare Gegenwart zu ziehen“¹¹⁸. Am Anfang der Geschichte stand seiner Ansicht nach das „von dunklen Gesängen und Mythen umwobene dänische Reich“, aber schon im „christ-

¹¹⁴ ERICH KOCH, *Aufbau im Osten*, Breslau 1934

¹¹⁵ Vgl. BA Berlin, PK Weber-Krohse, Staudinger an Deetjen, 11. Ostermond (April) 1935; OTTO WEBER-KROHSE, Ostpreußen als Vorposten des Reiches im nahen Osten, in: *Nationalsozialistische Monatshefte* 5/1934, S. 907-912; DERS., Die Nationalwirtschaft Friedrich Wilhelms des Ersten, der Sozialist auf dem Königsthron, in: *Odal* 3,2/1935, S. 506-522.

¹¹⁶ TILITZKI, *Universitätsphilosophie*, S. 928; Vgl. OTTO WEBER-KROHSE, Hans Lothar von Schweinitz der Botschafter Wilhelms des Ersten als Charakter und Staatsmann, *Königsberg* 1937, S. 143; HERMANN KOWNATZKI, Weber-Krohse, Otto, in: *Altpreußische Biographie*. Band II, hg. v. CHRISTIAN KROLLMANN/ KURT FORSTREUTER/ FRITZ GAUSE, Marburg/ Lahn 1967, S. 778; OSWALT VON NOSTIZ, Ein Preuße im Umbruch der Zeit, Hamburg 1980, S. 319; BA Berlin, NS 43/196, Blatt 28, Bestätigung Koch, 15.12.33; SONTHEIMER, S. 143, 155, 237-241; MOSSE, *Volk*, S. 296-298; WIPPERMANN, *Ordensstaat*, S. 219f, 230-232, 234, 238, 273f, 328.

¹¹⁷ OTTO WEBER-KROHSE, *Der Ostseekreis. Die Revolutionen des nordischen Meeres*, Lübeck 1934, S. 156, 169.

¹¹⁸ DERS., *Ritterorden, Preußen und Reich*, Berlin 1935, S. 100.

lichen Sozialismus“ der Ordensritter sah er eine Vorform des Protestantismus¹¹⁹, und zog von dort aus eine Kontinuitätslinie über Heinrich I., Johannes Hus und Martin Luther zu den besonders verehrten „Königen des preußischen Sozialismus“¹²⁰, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II., und weiter bis zu Adolf Hitler. Diesen sah er als Exponenten einer neuen Epoche: „Es ist die Epoche der deutschen Revolution, aus der auch wieder eine nordische Revolution werden wird, eine nordische Revolution, bei der zugleich die Beziehungen zu den jungen Völkern und zum Osten zu erneuter Geltung kommt.“¹²¹

Weber-Krohse nahm damit einige der zentralen Topoi von Kochs Weltanschauung – Protestantismus, Preußen, Sozialismus und Adolf Hitler – auf, erweiterte sie um den „Ostpreußen-Mythos“ und formulierte auf dieser Basis eine Ideologie, die der Gauleiter sowohl zur Handlungslegitimation als auch als Programm benutzte. Der Anspruch dieses Ideenkonglomerats war umfassend, es wurde als Leitideologie für das gesamte Reich vorgestellt, auch wenn es deutlich an den Interessen Ostpreußen orientiert war. So forderte Koch einen außenpolitischen Kurs, der Hitlers Annäherung an Polen¹²² mit der Sicherung des „Bollwerks Ostpreußen“, der Revision des Versailler Vertrags und einer Ausweitung des deutschen Einflusses im Osten vereinen sollte. Ein stringentes Konzept ergab sich daraus jedoch nicht, denn zum einen sollte der deutsche Anspruch auf den „Korridor“ aufrechterhalten und Polen auf Expansionsmöglichkeiten im Südosten, in der Ukraine, verwiesen werden, zum anderen wurde eine Kooperation aller osteuropäischen Völker inklusive der Sowjetunion in „friedlicher Gleichberechtigung“¹²³ postuliert. Ostpreußen sollte dabei als Brücke des Reiches zum Osten dienen, sprich als Handels- und Verarbeitungszentrum für ein

¹¹⁹ KOCH, Aufbau, S. 26; WEBER-KROHSE, Ostseekreis (1934), S. 166; Vgl. WIPPERMANN, Ordensstaat, passim.

¹²⁰ KOCH, Aufbau, S. 31; Vgl. ERICH KOCH, Traditionen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik, Abschrift, in: BA Berlin, BDC, PK Weber-Krohse; WEBER-KROHSE, Nationalwirtschaft.

¹²¹ DERS., Ostseekreis (1934), S. 6; Vgl. DERS., Ritterorden, S. 51; DERS., Ostpreußen als Vorposten.

¹²² Koch vollzog diesen Kurswechsel der deutschen Außenpolitik mit, obwohl er noch 1933 durch antipolnische Tiraden aufgefallen war. Als Garanten für ein friedliches Nebeneinander nannte er den „einzigartigen mystischen Mann“ Józef Piłsudski, der wie Hitler und Koch eine „Außenpolitik der Frontkämpfer“ betreibe (KOCH, Aufbau, S. 129; WEBER-KROHSE, Ostseekreis (1934), S. 149; Vgl. MARIAN WOJCIECHOWSKI, Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933-1938, Leiden 1971, S. 41; JOCKHECK, S. 82, 97-99).

¹²³ KOCH, Aufbau, S. 93; HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, Die Hauptgrundsätze des Ostpreußenplans, in: Das nationalsozialistische Ostpreußen, Königsberg 1934, S. 7-42, hier S. 23.

Gebiet, das von Skandinavien bis zum Schwarzen Meer reichte. Dieser Raum sollte dabei nicht durch Eroberung oder Siedlung in Besitz genommen werden, sondern durch kulturelle Einflussnahme.¹²⁴

Dieser Teil der „Ostideologie“ erwies sich für Koch und Weber-Krohse als Belastung, denn er wurde in Polen als Versuch, eine beabsichtigte Expansion durch Siedlung zu tarnen, und in Deutschland als abweichender Akt gewertet, was die beiden Funktionäre mit dem Hinweis, sie verfolgten die Linie des Führers, zurückwiesen.¹²⁵ Weitaus weniger Aufsehen erregten dagegen die Versuche Kochs, sein Vorgehen in Ostpreußen ideologisch zu untermauern. Dabei bezog er sich vor allem auf die „großen Könige“ Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II., die er als beispielhafte Führer darstellte. Die beiden Monarchen wurden als Visionäre dargestellt, die – ganz im Stile des nationalsozialistischen Voluntarismus – scheinbar unmögliches einfach befohlen und dadurch erreicht hätten. Ihre Aufbaupläne seien zwar von den Zeitgenossen ob ihrer Kosten kritisiert worden, die Geschichte habe aber deren Wert bewiesen. Diese Aufbau- und Wirtschaftspolitik wurde ebenso wie der entschlossene, nicht auf überkommene Privilegien achtende Umgang der Könige mit Staatsdienern und Untertanen explizit als Vorläufer und Vorbild des nationalsozialistischen Neuaufbaus der Provinz und des Kampfs des Gauleiters gegen die „reaktionäre Strömung“ im Adel gepriesen.¹²⁶

Koch und sein Cheftheoretiker gaben damit eindeutig zu verstehen, dass sie beabsichtigten, in Ostpreußen ganz nach ihren eigenen Vorstellungen zu verfahren, Traditionen und Regelungen nicht zu beachten und jeden auszuschalten, der nicht bereit war, sich ihnen vollständig unterzuordnen. Eine derart unbeschränkte Verfügungsgewalt über die Provinz hielt die ost-

¹²⁴ KOCH, Aufbau, S. 38, 59f, 91, 114, 159, 166, 187; DERS., Ostpreußens politische Brückenlage, in: Volk und Reich 10/1934, S. 754-756; GRÜNBERG, Hauptgrundsätze, in: Das nationalsozialistische Ostpreußen, S. 23; WEBER-KROHSE, Ritterorden, S. 20, 48, 85; DERS., Politik, S. 20, 29, 153; BA Berlin, NS 43/196, Blatt 1-6, Grundriss zu einer geschichtlich aufgebauten ostpolitischen Schulungsarbeit, 18.3.35; Blatt 59-73, Ostpolitik und Korridorfrage, undatiert; KERSHAW, Hitler I, S. 622; JAWORSKI, S. 67; PHILIPP-CHRISTIAN WACHS, Der Fall Theodor Oberländer, Frankfurt/ Main 2000, S. 149; UWE MAI, „Rasse und Raum“, Paderborn u.a. 2002, S. 29.

¹²⁵ KOCH, Aufbau, S. 91-93, 113, 123-129; Vgl. NOSTIZ, S. 319f; ROHRER, Macht, S. 343f; WEBER-KROHSE, Ritterorden, S. 104f; BA Berlin, BDC, PK Weber-Krohse; NS 43/196, Blatt 30-34, Bemerkungen zur aussenpolitischen Lage, 16.7.34; Blatt 54-57, Aussenpolitik und Volkstumsarbeit!, undatiert; WOLDEMAR FINK, Ostideologie und Ostpolitik, Berlin 1936; K. SALLER, Die Rassenlehre des Nationalsozialismus, Darmstadt 1961, S. 88.

¹²⁶ KOCH, Traditionen; DERS., Aufbau, S. 48-51; WEBER-KROHSE, Nationalwirtschaft, passim; DERS., Ritterorden, passim; DERS., Adel und Nationalsozialismus, in: Deutsches Adelsblatt 51/1933, S. 445f.

preußische NS-Führung auch aufgrund ihrer ehrgeizigen Ziele für unabdingbar. Sie schrieb dem mythenumwobenen „Vorposten“ im Osten schon allein wegen seiner politisch-geographischen, wirtschaftlichen und auch historischen Lage eine Vorreiterrolle innerhalb der „deutschen Revolution“ zu. Sie sei die „Schule der Revolution“¹²⁷, in der die neuen Führer lernen könnten, wie die künftigen „Lebensformen des Volkes“¹²⁸ zu gestalten seien. Koch forderte in diesem Sinne, dass sich in Zukunft alle Politik statt am kapitalistischen Westen am „sozialistischen Osten“, von dem die Erneuerung Deutschlands ausgehen werde, zu orientieren habe.¹²⁹ Damit begründete er auch besondere Zuwendungen des Reiches für sein vordringlichstes Projekt, die Infrastrukturreform der Provinz, die Ostpreußen in einen nationalsozialistischen „Mustergau“ verwandeln sollte.

Derartige Pläne wurden von mehreren Gauleitern angeregt, die damit nicht nur wirtschaftliche und soziale Probleme beseitigen, sondern auch ihre eigene Position in der Hierarchie des Dritten Reiches verbessern wollten. Die Gauleiter bildeten, da trotz einiger Ansätze vor Kriegsausbruch kein reichsweites Raumordnungsprogramm entstand, sogar die treibende Kraft hinter diesen Vorhaben, und in den meisten Fällen argumentierten sie ähnlich wie Koch mit ideologische Begründungen. Allerdings orientierten sie sich meist weitaus stärker an der rassenideologischen Strömung des Nationalsozialismus, wie zum Beispiel der mainfränkische Gauleiter Dr. Otto Hellmuth, der für seinen „Rhönaufbau-“ oder „Dr. Hellmuth-Plan“ rassenbiologische Untersuchungen an der Bevölkerung durchführen ließ.¹³⁰ Diese Komponente fehlte in Ostpreußen völlig, Koch lobte sogar, ganz im Geiste der Zusammenarbeit der „jungen Völker des Ostens“, die „Rassenvermischung“ der Preußen mit den Slawen als eine

¹²⁷ HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, Revolutionäre Erziehung in Ostpreußen, in: Hochschulführer der Ostmark 1934/35, S. 9-12, hier S. 10.

¹²⁸ DERS., Hauptgrundsätze, in: Das nationalsozialistische Ostpreußen, S. 19, 41.

¹²⁹ KOCH, Aufbau, S. 73, 159, 175f; Vgl. Verhandlungen 60. Provinziallandtag, S. 7-10.

¹³⁰ Vgl. MAI, S. 72, 93-101, 155-240; KÜHNEL, S. 370-376; WOLFGANG BRICKS/PAUL GANS, Raumordnung, Industriensiedlung, Bevölkerungsbewegung, in: Nationalsozialismus in Thüringen, hg. v. DETLEV HEIDEN/ GUNTER MAI, Weimar u.a. 1995, S. 189-212, hier S. 190-192; JOACHIM S. HOHMANN, Landvolk unterm Hakenkreuz, Teil I, Frankfurt/Main 1992; DERS., Thüringens „Rhön-Plan“ als Beispiel nationalsozialistischer Agrar- und Rassenpolitik, in: Nationalsozialismus in Thüringen, S. 293-312, hier S. 293, 302-308; SILVERMAN, S. 97-120; KONRAD BILDSTEIN, Der Dr. Helmuth-Plan, in: Raumforschung und Raumordnung 2/1938, S. 46-53; LUDWIG SCHMIDT-KEHL, Der Mensch in der Rhön, in: Raumforschung und Raumordnung 2/1938, S. 73f; OTTO FEUERBORN, Der Rhönaufbau, in: Odal 3/1935, S. 864-876; KLAUS GROTH, Der Aufbau des Adolf-Hitler-Koogs, in: „Wir bauen das Reich“, hg. v. ERICH HOFFMANN/ PETER WULF, Neumünster 1983, S. 309-331.

Art Jungbrunnen für das Reich.¹³¹ Damit entfernte er sich deutlich von den Vorstellungen hochrangiger Funktionäre wie Himmler, Rosenberg oder auch Darré und demonstrierte damit das außerordentlich starke Selbstbewusstsein der ostpreußischen Führung.

Kochs Aufbauwerk blieb aber nicht nur wegen dieser ideologischen Grundlage einzigartig, sondern auch, weil es das erste und eines der umfang- und erfolgreichsten Projekte dieser Art blieb. Die meisten Aufbauprogramme, die in den Jahren 1933/34 gestartet wurden, waren trotz vollmundiger Propaganda nur kleinere oder mittlere Arbeitsbeschaffungsprogramme, die vor allem aus Meliorationsarbeiten in ländlichen Krisenregionen wie dem hessischen Ried bestanden, während in Ostpreußen ein tiefgreifendes Umstrukturierungsprogramm gestartet und die Arbeitsbeschaffung nur als erste Stufe eines grundlegenden Neuaufbaus der Provinz gesehen wurde.¹³² Dieser sollte, und auch damit gehörte Ostpreußen zu den Vorreitern moderner Raumplanung im Reich, unter der Beteiligung wissenschaftlicher Institute und der Wirtschaftsverbände durch eigene Planungsinstanzen durchgeführt werden.¹³³

Dieses Projekt wurde zwar unter dem Signet „Erich-Koch-Plan“ propagiert, es war aber nicht vom Gauleiter selbst, sondern von einigen Mitgliedern des „Königsberger Kreises“, allen voran Hans-Bernhard von Grünberg, entwickelt worden. Grünberg wiederum bezog sich auf Konzepte, die im 1916 gegründeten „Institut für Ostdeutsche Wirtschaft“ entstanden waren. Er war vor seinem politischen Engagement für dieses

¹³¹ KOCH, Aufbau, S. 81f; Vgl., Ebd., S. 64, 168f; BA Berlin, NS 43/196, Blatt 59-73, Ostpolitik und Korridorfrage, undatiert; WEBER-KROHSE, Ritterorden, S. 57, 15, 93; DERS., Politik, S. 29, 69, 150.

¹³² GROTH, S. 309f, 326-330; ELKE SUHR, Die Emslandlager, Bremen 1985, S. 210-222; ERICH KOSTHORST/ BERND WALTER, Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich, Band 1, Düsseldorf 1983, S. 527-552; CHRISTOF HAVERKAMP, Die Erschließung des Emslandes im 20. Jahrhundert als Beispiel staatlicher regionaler Wirtschaftsförderung, Sögel 1991, S. 11-81; HANS SPECKTER, Siedlung im Emsland, in: Reichsplanung 1/1935, S. 201-205; Raumforschung und Raumordnung 1/1937, Heft 6/7; HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, Die Hauptgrundsätze des Ostpreußenplans, in: Die Deutsche Volkswirtschaft, 3/1934, S. 464-468, hier S. 467; WOLFGANG SCHIVELBUSCH, Entfernte Verwandtschaft, München, Wien 2005, S. 143, 212f; BERND HEYL, „Das Deutsche Reich wird ein Bauernreich sein, oder es wird untergehen.“, Wiesbaden 1988; ZIBELL, S. 316-318; FRITZ WÄCHTLER, Bayerische Ostmark, Bayreuth 1937; KLAUS FEHN, Innere Kolonisation im Deutschen Reich zwischen 1933 und 1945, in: Genetische Ansätze in der Kulturlandschaftsforschung, hg. v. W. PINKWART, Würzburg 1983, S. 219-230.

¹³³ ALBERT SALEWSKI, Landesplanung, Münster 1979, S. 3-48; GRÜNBERG, Hauptgrundsätze, in: Deutsche Volkswirtschaft, S. 467; RICHTER, Industriepolitik, S. 58, 67f, 193; DERS., Der Versuch der Industrialisierung Ostpreußens, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/ Pr. 16/17/1986, S. 133-152, hier S. 148.

Institut tätig gewesen und hatte in dessen Umfeld promoviert.¹³⁴ Dort hatte er die – letztlich weitgehend erfolglosen – Industrialisierungspläne des Danziger Oberpräsidenten Gustav Heinrich von Goßler am Ende des 19. Jahrhunderts und die Überlegungen des ostpreußischen Oberpräsidenten Adolf von Batocki am Ende des Ersten Weltkrieges kennen gelernt¹³⁵ sowie die Infrastrukturpolitik des Königreichs Württemberg im 19. Jahrhundert. Letztere hielt er für vorbildlich, da unter ähnlichen Voraussetzungen wie in Ostpreußen in einem strukturschwachen, rohstoffarmen Agrargebiet der Aufbau einer kleinräumigen, bodenständigen Industrie gelungen war, die sich durch ihre Orientierung am lokalen Konsum als sehr krisenfest erwiesen hatte – was unter dem Schock der Weltwirtschaftskrise als besonders wichtig empfunden wurde.¹³⁶

Eine ähnliche Politik sollte nun auch in Ostpreußen betrieben werden: Mittelständische, über das ganze Land verteilte Industriebetriebe sollten die landwirtschaftlichen Rohstoffe weiterverarbeiten und so die Bauern von den Frachtkosten entlasten und neue Arbeitsplätze und damit Konsumenten schaffen. Außerdem sollten sie für den lokalen Konsum – von Lebensmitteln bis hin zu Landmaschinen – produzieren. Ein Teil der benötigten Industriebetriebe sollte mit den dazugehörenden Arbeitern vom Westen

¹³⁴ Vgl. RICHTER, Grünberg, S. 57f; DERS., Aspekte der Industrieentwicklung in Ostpreußen zwischen den Weltkriegen, in: Zwischen den Weltkriegen, Teil 1, hg. v. UDO ARNOLD, Lüneburg 1986, S. 139-164, hier S. 154f; DERS., 450 Jahre, S. 141; DERS., Die Wirtschaftswissenschaften an der Albertus-Universität zu Königsberg 1900-1945, in: Albertus-Universität, S. 95-122; HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, Zur Theorie der Landarbeitskrise, staatswissenschaftliche Dissertation, Königsberg 1929.

¹³⁵ Vgl. RICHTER, Industriepolitik, S. 37, 47, 54f, 87; DERS., Wirtschaftsprobleme, S. 49, 60f; DERS., Aspekte, S. 147-153; DERS., Die historischen Wurzeln des Ostpreußenplanes, in: Raumforschung und Raumordnung 3/1939, S. 98-103, hier S. 99-101; DERS., Wirtschaftswissenschaft, S. 114; GROEBEN, Land, S. 212f; DERS., Provinz, S. 254; DERS., Verwaltung, S. 319-323; DERS., Dienst, S. 259f; PETER OLIVER LOEW, Danzig und seine Vergangenheit 1793-1997, Osnabrück 2003, S. 46; ADOLF VON BATOCKI-FRIEBE/ GERHARD SCHACK, Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen, Jena 1929.

¹³⁶ Vgl. HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, Hauptgrundsätze des Ostpreußenplans, in: Reich und Länder 9/1935, S. 247-250, hier S. 248; DERS., Die Hauptgrundsätze der Aufbauarbeit in Ostpreußen, in: Europas Schicksal im Osten, Breslau 1938, S. 197-208, hier S. 203; DERS., Ziele und Notwendigkeiten der ostpreußischen Kolonisation, in: Bauen Siedeln Wohnen 18/1938, S. 666-669, hier S. 666; ERICH KOCH, Die Aufgabe Ostpreußens bei der Neuordnung des deutschen Ostens, in: Nationalsozialistische Monatshefte 12/1941, S. 22-25, hier S. 23; FRIEDRICH RICHTER, Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsstruktur des krisenfesten Landes Württemberg, in: Reichsplanung 1/1935, S. 236-241; DERS., Industriepolitik, S. 193; AICHELE, Ostpreußen und Württemberg, in: Siedlung und Wirtschaft 17/1933, S. 378-380; ADOLF MÜNZINGER, Die württembergische Wirtschaft – Vorbild für den Osten?, in: Raumforschung und Raumordnung 17/1943, S. 152-160; KLAUS FEHN, Württemberg und der sogenannte Neue Deutsche Osten, in: Räumliche Strukturen im Wandel, hg. v. BERNHARD MOHR u.a., Bühl 1990, S. 35-53.

nach Ostpreußen verlegt werden. Eine bis anderthalb Millionen Menschen sollten auf diese Weise angesiedelt werden, um so die „Marktferne“ zu beseitigen und gleichzeitig die durch die geringe Bevölkerungszahl „nationalpolitisch“ gefährdete Provinz zu sichern.¹³⁷ Die angebliche Gefahr einer schleichenden Polonisierung Ostpreußens wurde auch dazu benutzt, um den Aufbau unterstützende Sonderkonditionen wie niedrigere Steuersätze, günstigere Kredite oder die bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge an ostpreußische Unternehmen zu begründen. Abgesehen von derartigen Fördermaßnahmen und einer grundlegenden Standortplanung sollte der Staat aber nur wenig in die Wirtschaft eingreifen, sie sollte weiterhin privatwirtschaftlich organisiert bleiben.¹³⁸

Koch proklamierte diese Pläne zum Vorbild, nach dem die Wirtschaft des gesamten Reiches reorganisiert werden sollte¹³⁹, und bemühte die „Ostideologie“, um sie in der NS-Spitze durchzusetzen. Dazu erschien er bereits am 31. Januar 1933 in Berlin, um dem neuen Reichskanzler über die Lage der Landwirtschaft zu berichten. Dabei brachte er auch die in Ostpreußen entwickelten Pläne zur Sprache. Hitler versprach, sich der Situation anzunehmen, und anscheinend reifte in der Folgezeit in Berlin und Königsberg die Absicht, die in der propagandistisch so gut zu instrumentalisierenden Provinz bereits bestehenden Konzepte zur Bekämpfung des dringendsten Problems des jungen Regimes, der wirtschaftlichen Not, propagandistisch zu nutzen und Ostpreußen zum zentralen Schauplatz der Propaganda zur Arbeitsbeschaffung zu machen.¹⁴⁰ Dies trug dazu bei, dass dem dortigen Parteiführer auch die politische Leitung der Provinz übertragen wurde. Kochs Ernennung zum Oberpräsidenten wurde mit einer Pressekampagne zum Wirtschaftsaufbau der Provinz begleitet, und nachdem mit Wirtschaftsminister Alfred Hugenberg ein zweiter deutschnationaler Spitzenpolitiker, der von den ostpreußischen Planern als „Hemmschuh“ und negativer „Gegenpol“¹⁴¹ zu Gauleiter Koch bezeichnet worden war,

¹³⁷ HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, Der Ostpreußenplan, in: Reichsplanung 1/1935, S. 10-13, hier S. 12; DERS., Der Aufbau des Deutschen Ostens, in: Raumforschung und Raumordnung 1/1936/37, S. 298-301, hier S. 300.

¹³⁸ Ebd., S. 299; DERS., Hauptgrundsätze, in: Das nationalsozialistische Ostpreußen, S. 29, 31; DERS., Die weltanschaulichen Grundlagen des Ostpreußenplanes, in: Nationalsozialistische Monatshefte 5/1934, S. 903-906; DERS., Hauptgrundsätze, in: Deutsche Volkswirtschaft, S. 466; HERMANN BETHKE, Nationalsozialistische Aufbauarbeit in Ostpreußen, in: Nationalsozialistische Monatshefte 5/1934, S. 891-893; RICHTER, Wurzeln, passim; DERS., Industriepolitik, S. 58.

¹³⁹ GRÜNBERG, Hauptgrundsätze, in: Das nationalsozialistische Ostpreußen, S. 32.

¹⁴⁰ PrZ Nr. 27, 1.2.33; RICHTER, Industriepolitik, S. 57; SILVERMAN, S. VII, 69f, 96, 117.

¹⁴¹ PrZ Nr. 148, 19.6.33; Vgl. BARKAI, S. 120.

sein Amt hatte räumen müssen, fand am 5. Juli 1933 in Berlin eine Kabinettsitzung statt, in der die Richtlinien der Ostpreußenpolitik festgelegt wurden.¹⁴²

Hitler äußerte sich hier ganz im Sinne Kochs, indem er Ostpreußen einen Sonderstatus zubilligte, sich praktisch alle Forderungen des Gauleiters zu eigen machte und erklärte, dass kein – nicht nur finanzielles – Opfer, das das Reich für diese Provinz erbringe, zu hoch sei. Allerdings argumentierte der „Führer“ weitaus stärker als sein Königsberger Paladin damit, dass die militärische Verteidigungsfähigkeit Ostpreußens gestärkt werden müsse, wozu auch die Verbesserung der Lebensverhältnisse beitrage.¹⁴³ Letztere stellte für ihn offenkundig kein Ziel an sich dar, sondern diene allein „nationalpolitischen“ Zwecken, was bei den ostpreußischen Planern nicht in diesem Maße der Fall war. Koch selbst referierte während der Konferenz die Thesen seiner „Denkfabrik“, woraufhin ihm die Ausarbeitung weiterer Vorschläge, von denen konkrete Hilfszusagen abhängig gemacht wurden, übertragen wurde.¹⁴⁴

Damit war der ostpreußischen NS-Führung quasi die Planungshoheit für die Provinz übertragen worden, einem der wichtigsten Felder der gestaltenden Politik. Koch erlangte so eine außerordentlich starke Position, die er dadurch ausbaute, dass er die Ausführungen Hitlers vom 5. Juli 1933 als Führererlass interpretierte und sie in Zukunft immer wieder zur Rechtfertigung weitreichender Forderungen heranzog. Da sein nomineller Vorgesetzter, der preußische Ministerpräsident Göring, in diese Kompetenzkette nicht eingebunden wurde, ging der Gauleiter damit einen wichtigen Schritt hin zum Status einer echten Mittelinstanz.

¹⁴² BA Berlin, R 43 I/1859, Blatt 228-234, Protokoll Chefbesprechung 5.7.33; abgedruckt in: Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-1938. Die Regierung Hitler. Teil I: 1933/34. Band I: 30. Januar bis 31. August 1933. Dokumente Nr. 1 bis 206, Boppard am Rhein 1983, S. 618-626, Dokument Nr. 178; Vgl. SILVERMAN, S. 72f; RICHTER, Industriepolitik, S. 56f, 167-180.

¹⁴³ Akten der Reichskanzlei, Teil I, Band 1, S. 621f, Dokument 178; Teil I, Band 2: 12. September 1933 bis 27. August 1934, Boppard am Rhein 1983, S. 178, Dokument 207; Band III: 1936, München 2002, S. 108f; S. 205-208, Dokument 53; S. 794f, Dokument 210; FRIEDRICH RICHTER, Die Korridorsperre 1936, in: Beiträge zur Geschichte Westpreußens 12/1991, S. 183-248; DERS., Industriepolitik, S. 60-62, 72f, 75f, 201-203, 205-207, 213, 227; DERS., 1939. Halbzeit des „Ostpreußenplans“ von 1933?, in: Das Preußenland als Forschungsaufgabe, hg. v. BERNHART JÄHNIG/ GEORG MICHELS, Lüneburg 2000, S. 357-367, hier S. 360f; GRÜNBERG, Hauptgrundsätze, in: Reich und Länder, S. 247; DERS., Aufbau, S. 298; FOX, Wirtschaft, S. 173.

¹⁴⁴ Die von Koch daraufhin erstellte Denkschrift beschränkte sich auf die bekannten Forderungen der Ostpreußen nach Siedlung, Steuersenkungen und wirtschaftlicher Bevorzugung. Es fand keine weitere Kabinettsitzung statt (Akten der Reichskanzlei, Teil I, Band 1, S. 623f, Dokument 178).

5.4. „Sozialismus der Tat“ – Arbeitsbeschaffung und „Erich-Koch-Stiftung“

Koch nutzte die große Handlungsfreiheit, die ihm seine Position bot, dazu aus, um sich als rigider Kämpfer gegen die Arbeitslosigkeit zu präsentieren. Dies war ein geschickter Schachzug, denn dieses Problem galt als Prüfstein für den Erfolg des jungen Regimes, das im Juli 1933 noch nicht über ein einheitliches Konzept zur Arbeitsbeschaffung verfügte. Verschiedene Unterführer, die dies erkannt hatten, versuchten deshalb, durch eigene Programme nicht nur praktische Politik zu betreiben, sondern auch um die Gunst ihres „Führers“ zu wetteifern.¹⁴⁵ Koch besaß dabei durch die Konzepte des „Königsberger Kreises“ und die Strukturen seiner Provinz einen Vorteil. Aufgrund des mittelständischen Charakters der ostpreußischen Wirtschaft zeitigte die Massenarbeitslosigkeit hier geringere Folgen als in den Industrieregionen des Reiches, außerdem ermöglichten es die infrastrukturellen Defizite der Provinz, schnell sehr viele Menschen zu ebenso arbeitsintensiven wie produktiven Tätigkeiten wie dem Straßenbau oder Meliorationsarbeiten heranzuziehen, wobei in vielen Fällen an Planungen der Weimarer Zeit angeknüpft werden konnte. Kochs Maßnahmen wurden zudem durch die oft noch sehr autoritätsfixierte Mentalität der Bevölkerung begünstigt, da sie ihm ein rücksichtsloseres Vorgehen erlaubte, als es in den Hochburgen der Arbeiterbewegung möglich gewesen wäre. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war schließlich, dass es dem Gauleiter durch die Absicht der Reichsspitze, Ostpreußen ins Zentrum der Propaganda zu stellen, und durch seine persönlichen Kontakte zu Hitler und Göring gelang, außergewöhnlich hohe Geldmittel für seine Projekte zu beschaffen.¹⁴⁶

Diese Investition lohnte sich, denn Koch inszenierte eine äußerst wirkungsvolle Propagandakampagne. Unter dem Motto „Jedem *eine*, dann jedem *seine* Arbeitsstelle“¹⁴⁷ rief er im Juli 1933 die ostpreußische „Arbeitschlacht“ aus – ein Begriff, dessen Erfindung er für sich reklamierte.¹⁴⁸ Jeder einzelne Arbeitslose sollte zunächst ungeachtet seiner Interessen und speziellen Fähigkeiten in Lohn und Brot gebracht werden, erst in einem zweiten Schritt sollte jedem die zu ihm passende Arbeit vermittelt werden.

¹⁴⁵ Vgl. NOAKES, Viceroy, S. 140; SILVERMAN, S. VII, 69f.

¹⁴⁶ RICHTER, Beiträge, S. 112; SILVERMAN, S. 71, 74-77, 117f; KIRAN KLAUS PATEL, „Soldaten der Arbeit“, Göttingen 2003, S. 92.

¹⁴⁷ ERICH KOCH, Ostpreußens Stellung im osteuropäischen Raum, in: Nationalsozialistische Monatshefte 5/1934, S. 882-886, hier S. 886.

¹⁴⁸ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 51, Lebenslauf Koch; Vgl. GAUSE, Königsberg, S. 134; RICHTER, Industriepolitik, S. 66.

Dies schien vortrefflich zu funktionieren, denn in kurzen Abständen erhielten der Reichspräsident, der Reichskanzler und der preußische Ministerpräsident triumphal formulierte – und umgehend veröffentlichte – Telegramme, in denen Koch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in immer neuen Landkreisen meldete und weitere Erfolge ankündigte. Am 15. August berichtete er schließlich, auch Königsberg – und damit die ganze Provinz – sei frei von Arbeitslosen, es gebe sogar noch offene Stellen, die mit Arbeitssuchenden aus dem Reich besetzt werden sollten.¹⁴⁹

Im Juli und August 1933 standen Ostpreußen und sein Gauleiter aufgrund dieser Kampagne im Mittelpunkt des Medieninteresses. Kein anderer Gau wurde im „Völkischen Beobachter“ so oft mit Aufmachern und Schlagzeilen bedacht wie Ostpreußen, aus keinem anderen Gau wurden ähnlich viele Erfolgsmeldungen lanciert. Arbeitsbeschaffung, Ostpreußen und Gauleiter Koch wurden beinahe als Synonyme verwendet, weshalb auch über den ostpreußischen Parteiführer reichsweit wesentlich öfter berichtet wurde als über jeden anderen seiner Kollegen.¹⁵⁰ Er sollte von diesem Imagegewinn noch sehr profitieren.

Bei näherer Betrachtung entpuppte sich die Beseitigung der Arbeitslosigkeit jedoch als Scheinerfolg, der in erster Linie der Rücksichtslosigkeit des Gauleiters zu verdanken war. Koch zwang Privatunternehmen wider alle ökonomische Vernunft zu Neueinstellung, konnte damit aber nur wenige Arbeitslose vermitteln.¹⁵¹ Etwa 57 000 Erwerbslose wurden zu unzureichend vorbereiteten und schlecht bezahlten Notstandsmaßnahmen abkommandiert, weitere 30 000, darunter 20 000 aus anderen Regionen des Reiches, wurden in der „Landhilfe“, einem Hilfsdienst für die Landwirtschaft, eingesetzt – auf diese Weise sollten wohl auch „nationalpolitisch“ unerwünschte polnische Saisonarbeiter vom ostpreußischen Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Ein Teil der Arbeitslosen wurde nach Proporz und ohne Zustimmung der betroffenen Landwirte auf Bauernhöfe verteilt, deren

¹⁴⁹ BA Berlin, R 43 I/1859, Telegramme, Juli/ August 1933; PrZ, 11.7.-18.8.33; Völkischer Beobachter, 13.7.-16.8.33; SILVERMAN, S. 70-76, 124.

¹⁵⁰ Völkischer Beobachter, 13., 20., 26., 27.7., 1., 3., 12., 15., 16.8.33; NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 1, hg. v. HANS BOHRMANN, München u.a. 1984, passim; Vgl. GROEBEN, Verwaltung, S. 478; KOCH, Interview, S. 35; Königsberger Allgemeine Zeitung, 30., 31.10.33; Oberpräsident Koch über Siedlung und Industrialisierung im deutschen Osten, in: Archiv für innere Kolonisation 25/1933, S. 451-453; GERD RÜHLE, Das Dritte Reich. Das erste Jahr 1933, 2. Auflage, Berlin 1934, S. 235f; DERS., Das Dritte Reich. Das vierte Jahr 1936, Berlin 1937, S. 279f.

¹⁵¹ NS-Presseanweisungen, Bd. 1, S. 79, 29.7.33; Vgl. SILVERMAN, S. 80.

Eigentümer sie dann versorgen mussten.¹⁵² 10-15 000 Personen, weit mehr als in allen anderen Gauen, wurden in Lagern untergebracht, ohne dass dies zwingend notwendig gewesen wäre. Der Betrieb der Lager warf so große Probleme auf, dass sie meist noch 1933 geschlossen wurden und andere Gaue, die dem Beispiel zunächst nacheifern wollten, davon Abstand nahmen.¹⁵³ Der Öffentlichkeit wurden diese Schwierigkeiten verschwiegen, die Presse wurde vielmehr angewiesen, weiter vom „Wunder von Ostpreußen“ und dem „Beispiel Ostpreußen“ zu schreiben.¹⁵⁴

Es zeigte sich schließlich, dass Kochs Maßnahmen die reale Arbeitslosigkeit nur kurzfristig verschleiern konnten, sie verschwand selbst in Zeiten der Vollbeschäftigung nie ganz.¹⁵⁵ Dennoch wurden im Rahmen der Notstandsarbeiten erste Beiträge zum langfristigen Ausbau der ostpreußischen Infrastruktur geleistet, vor allem im Straßenbau und bei Meliorationsarbeiten. Prominentestes Projekt war der Bau der Autobahn von Königsberg nach Elbing, eines der ersten derartigen Projekte der Nationalsozialisten. Den ersten Spatenstich nahm der Gauleiter hier am 19. Dezember 1933 vor.¹⁵⁶

Gleichzeitig wurde unter Leitung des Oberpräsidiums damit begonnen, langfristige und tiefergreifende Maßnahmen vorzubereiten. Dazu wurde eine „Landesplanungsstelle“ unter Leitung Grünbergs am Oberpräsidium eingerichtet, außerdem wurde eine „Arbeitsgemeinschaft Ostpreußen-Württemberg“ gegründet, die wissenschaftlich erforschen sollte, wie das südwestdeutsche Vorbild im äußersten Osten zur Anwendung kommen könne. Das „Institut für Ostdeutsche Wirtschaft“ und die Königsberger Universität, an der eigens ein „Institut für Planungswissenschaft und Planungstechnik“ eingerichtet wurde, wurden ebenfalls einbezogen, nicht zuletzt über Grünberg, der diverse Gremien und Institute leitete und auch einen Lehrstuhl an der Albertina übernahm. Außerdem beteiligten sich die

¹⁵² GROEBEN, Verwaltung, S. 478; SILVERMAN, S. 70-72, 77f, 124f; JOHN E. FARQUHARSON, *The Plough and the Swastika*, London, Beverly Hills 1976, S. 184f; Vgl. POSER/MEYHÖFER, passim.

¹⁵³ Ebd., S. 179; SILVERMAN, S. 70, 77-79; PATEL, S. 92; Akten der Reichskanzlei, Teil I, Band 2, S. 1161f, Dokument 308; BA Berlin, R 58/1561, Bericht Stapo Allenstein, 6.9.33; BA Koblenz, Z 42 IV 1909b, Blatt 312, Aussage Skrodzki, undatiert; Blatt 375, Aussage Bittner, 5.8.49; Blatt 377, Aussage Brenke, 11.8.49.

¹⁵⁴ NS-Presseanweisungen, Bd. 1, S. 79, 29.7.33.

¹⁵⁵ RICHTER, Beiträge, S. 112.

¹⁵⁶ Vgl. SILVERMAN, S. 71, 77; HOPPE/ RICHTER, S. 84; NS-Presseanweisungen, Bd. 1, S. 263, 19.12.33; S. 203, 2.11.33; Akten der Reichskanzlei, Teil I, Bd. 2, S. 740; CHRISTOPHER KOPPER, *Handel und Verkehr im 20. Jahrhundert*, München 2002, S. 33.

Vertreter der Wirtschaftsverbände, der Banken und der verschiedenen Verwaltungen sowie der Wehrmacht.¹⁵⁷

Auf Reichsebene wurde 1935 auf Anregung des Gauleiters und der Wehrmacht ein koordinierendes Gremium geschaffen, das den oft als Blockade empfundenen Dienstweg zwischen den beteiligten Institutionen, vor allem den verschiedenen Ministerien, vereinfachen sollte, der sogenannte „Ostpreußenausschuss“. Vorsitzender war der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Hans Posse, als sein Stellvertreter fungierte Erich Koch. Arbeitsgrundlage war die „Führererklärung“ vom 5. Juli 1933 über die „berufungslose Sonderlage“ Ostpreußens. Der Ausschuss sah auf dieser Basis in sich „eine starke staatliche Autorität verankert“ und leitete daraus das Recht ab, nach vorherigen „Ausgleichsbemühungen“ zwischen den Ressorts bindende Beschlüsse treffen zu können.¹⁵⁸ Die Ausführung dieser Beschlüsse wurde in die Hände des Oberpräsidenten Ostpreußens gelegt, dem damit auch formal die Federführung beim Wirtschaftsaufbau übertragen wurde.

Koch sah die Beschlussfähigkeit des Ausschusses als Berechtigung an, den Ministerien Weisungen erteilen zu dürfen, was von diesen jedoch nicht akzeptiert wurde. Die Ministerien verweigerten sogar immer häufiger Zahlungen an die Provinz, da deren Wirtschaft ihrer Meinung nach florierete. Der „Ostpreußenausschuss“ versuchte daher im Herbst 1936, einen eigenen Etat zu erlangen, hatte damit aber keinen Erfolg.¹⁵⁹

Solche Verselbständigungsversuche waren nicht nur dem Willen zu größerer Unabhängigkeit geschuldet, sondern auch eine Reaktion auf sich verschlechternde Rahmenbedingungen, denn mit der Errichtung der Vierjahresplanbehörde unter Göring 1936 wurden die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte auf die Rüstung gelegt. Die Strukturreform Ostpreußens genoss keine Priorität mehr, die Behörden der Provinz mussten wegen des großen Arbeitskräftebedarfs in der Rüstungsindustrie sogar hinnehmen, dass entgegen ihrem großen „nationalpolitischen“ Ziel wieder Menschen in die Industrieregionen abwanderten, da Ostpreußen im Vierjahresplan nur als Nahrungsmittellieferant vorgesehen war und im Reich nach Arbeits-

¹⁵⁷ BA Berlin, R 3901/21060, Dokumentensammlung, 1933-39; R 3101/33302, Arbeitsbericht des Landesgewerbeamtes Ostpreußen, 1939; RICHTER, Industriepolitik, S. 34, 58-60, 66-69, 190-193, 199, 203; DERS., Versuch, S. 141; DERS., 450 Jahre, S. 119-171; DERS., Wirtschaftswissenschaft, S. 111-113; FEHN, Württemberg, S. 35f; C. G. H., Tagung der „Planungswissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft“ am 26. Juni in Potsdam, in: Reichsplanung 1/1935, S. 242f.

¹⁵⁸ Zitiert nach RICHTER, Industriepolitik, S. 213; Vgl. Ebd., S. 24, 34, 61-65, 203; DERS., Wirtschaftswissenschaft, S. 111.

¹⁵⁹ RICHTER, Industriepolitik, S. 63f, 213-216.

kräften für die Rüstungsindustrie gesucht wurde.¹⁶⁰ Offiziell lief die Industrialisierung Ostpreußens aber weiter. Die Planungshoheit und die Durchführung blieben bei ostpreußischen Stellen, die sich mehr den lokalen Prämissen als denen der Reichsregierung verpflichtet fühlten, weshalb sie auch nach Kriegsausbruch noch an langfristigen Konzepten für die Provinz arbeiteten. Sie konnten jedoch nicht verhindern, dass der Transformationsprozess praktisch zum Stillstand kam.¹⁶¹

Kochs Wirtschaftspolitik kann in Anbetracht von nur sechs effektiv nutzbaren Aufbaujahren durchaus als Erfolg bewertet werden. Zwar wurden viele der hochgesteckten Ziele nicht erreicht, dennoch nahm die ostpreußische Wirtschaft einen deutlichen Aufschwung, und auch der beabsichtigte Strukturwandel hin zu einer kleinindustriellen Wirtschaftsform begann sich deutlich abzuzeichnen.¹⁶² Es kann nur darüber spekuliert werden, ob diese Entwicklung ohne die Unterbrechung durch den Krieg zu nachhaltigen Erfolgen geführt hätte, der Gauleiter jedenfalls profitierte bereits von dem bis 1939 Erreichten. Er festigte seine Stellung als Führer der Provinz und steigerte sein im Zuge der Arbeitsbeschaffung erworbenes Prestige, da auch die Strukturreform von einer Werbekampagne begleitet wurde.

Neben auf die breite Öffentlichkeit zielenden Aktionen¹⁶³ wurde hier besonders mit wissenschaftlichen Publikationen gearbeitet. In Ihnen wurde nicht nur die „Ostideologie“ referiert, sondern auch der Gauleiter zur zentralen Figur der Werbung für die Provinz aufgebaut. Der „Ostpreußenplan“, der häufig auch als „Erich-Koch-Plan“ bezeichnet wurde, wurde ihm zugeordnet, alle Erfolge wurden seiner Tatkraft zugeschrieben, während die eigentlichen Planer kaum gewürdigt wurden. Koch war nicht nur nach innen, sondern auch nach außen *der* Vertreter, wenn nicht sogar die Inkarnation des nationalsozialistischen Ostpreußen.¹⁶⁴

¹⁶⁰ Vgl. KERSHAW, Hitler II, S. 52-58; SILVERMAN, S. 76f, 117f; BARKAI, S. 207-212; E. BELSER, Ostpreußen und der Vierjahresplan, in: Geographischer Anzeiger 38/1937, S. 565f; KURT WOHLFAHRT, Ostpreußen und der Vierjahresplan, in: Der Deutsche Verwaltungsbeamte 4/1937, S. 281-283; CORNI/ GIES, Brot, S. 288-296.

¹⁶¹ RICHTER, Industriepolitik, S. 77.

¹⁶² DERS., Beiträge, S. 32, 110, 112, 115, 377, 413; DERS., Wirtschaftsprobleme, S. 66-68; DERS., Industriepolitik, S. 212, 227, 258; DERS., Ostpreußen, S. 59; DERS., 1939, S. 363, 367; SILVERMAN, S. 76f; CORNI/ GIES, Brot, S. 267, 296, 306-363, 589-597; TILITZKI, Alltag, S. 17; Das neue Ostpreußen, passim; BA R 43 I/1859, Dokumentensammlung, 1933-39.

¹⁶³ Vgl. Das nationalsozialistische Ostpreußen, Königsberg 1934; RICHTER, Industriepolitik, S. 56f; NS-Presseanweisungen, Bd. 1, S. 259, 14.12.33.

¹⁶⁴ Vgl. Nationalsozialistische Monatshefte 5/1934, Heft 55; Bauen Siedeln Wohnen 18/1938, Heft 21; Das neue Ostpreußen, Königsberg 1938; GRÜNBERG, Ziele, S. 666; DERS., Ostpreußenplan, S. 10; HJALMAR SCHACHT, Königsberger Rede, Berlin, ohne Jahr

Der ehemalige Schalterbeamte erwarb sich dadurch den Ruf, ein kompetenter Wirtschaftsexperte zu sein, was ihm zu Vortragsreisen nach Schweden und einer Einladung durch Mussolini verhalf. Einige Gauleiter versuchten, seinen Aufbauplan zu kopieren, und 1937 war er sogar als Wirtschaftsminister im Gespräch.¹⁶⁵ Es spielte dabei keine Rolle, dass er diesen Ruf nicht seiner eigenen Kreativität verdankte, sondern seinem politischen Gespür, das ihn dazu bewog, sich die Ideen Dritter anzueignen und durchzusetzen. Indem er als Gauleiter diese Gedanken aufgriff, machte er sie zu einem Teil des ostpreußischen Ideenkanons und bildete damit eine neue Facette im Mosaik des Nationalsozialismus. Die Differenzen, die zu den Vorstellungen anderer NS-Führer bestanden, wurden durch die Erfolge überdeckt, die Koch mit seiner Politik erzielte und die dazu beitrugen, das Regime zu stabilisieren. Der „nationale Sozialist“ Koch agierte dadurch ganz im Sinne des „Führers“, auch wenn er sich dessen Gedankenwelt noch immer nicht völlig unterordnete und bis zum Juni 1934 häufig die „zweite Revolution“ und die Einführung des „Sozialismus“ forderte.¹⁶⁶

Dieser Verbalradikalismus war für die NS-Spitze tragbar, solange er die Stabilität des Regimes nicht gefährdete. Bei Koch bestanden in diesem Punkt kaum Zweifel, denn der „Erich-Koch-Plan“ trug eher konservative denn sozialrevolutionäre Züge. Die einzige „sozialistische“ Komponente seiner Politik bildete der starke, für das Dritte Reich aber nicht unübliche Rückgriff auf Gemeinschaftsarbeit, mit der das Fehlen von Arbeitskräften oder finanzieller Mittel kompensiert werden sollte. Die Bevölkerung wurde, zum Teil mit polizeilicher Gewalt, zum Bau von Kleinsiedlungen und Straßen, aber auch zu Meliorationsarbeiten oder zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion herangezogen. In einigen Fällen verpflichtete Koch die gewerbliche Wirtschaft zu Umlagen, die wirtschaftliche Nachteile

(1935); NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 2, hg. v. HANS BOHRMANN, München u.a. 1985, S. 77f, 12.2.34; NOSTIZ, S. 319f.

¹⁶⁵ BA Berlin, NS 8/148, Schriftwechsel Koch/ Rosenberg, Januar 1935, zitiert nach Akten der Parteikanzlei, Nr. 20916; Politisches Archiv Auswärtiges Amt, Unterstaatssekretär, Nr. 127/1-3, Mitteilung Leitgen, 8.3.39, zitiert nach: Ebd., Nr. 23700; PETER SCHMIDT, Zwanzig Jahre Soldat Adolf Hitlers, 3. ergänzte Auflage, Köln 1943, S. 172; SILVERMAN, S. 69f; Tagebücher Goebbels, I/3, S. 318, 29.10.37.

¹⁶⁶ Dieses „Entgegenarbeiten“ unterschied sich damit erheblich von dem Mechanismus, den Kershaw beschreibt (Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 634, 666f ; PrZ Nr. 307, 25.11.33; RICHTER, Industriepolitik, S. 66; SILVERMAN, S. 76; ORLOW, History II, S. 79; SUSANNE ZUR NIEDEN/ SVEN REICHARDT, Skandale als Instrument des Machtkampfes in der NS-Führung, in: Skandal, S. 33-58, hier S. 48; BA Berlin, R 43 II/1263, Rundschreiben Frick, 10.7.33).

bestimmter Regionen ausgleichen sollten, er ging damit aber nicht über die im Dritten Reich generell betriebene Wirtschaftslenkung hinaus.¹⁶⁷

Koch beharrte weiter auf seinem Anspruch, in Ostpreußen den „Sozialismus“ aufbauen zu wollen. Sein Instrument dazu, so gab er an, sei die „Erich-Koch-Stiftung“, die aus der „Preußischen Zeitung“ hervorgegangen war.¹⁶⁸ Die Stiftung war aber nicht gezielt zu diesem Zweck gegründet worden, sondern als Vehikel zur Finanzierung von Projekten aller Art. Der finanzielle Bedarf der Gauleitung stieg nach der „Machtergreifung“ stetig an, was durch die 3 000, später sogar nur 1 000 Reichsmark, die Koch aus dem „Gauleiterdispositionsfonds“ zugestanden wurden, nicht gedeckt werden konnte. Anderen Gauleitern erging es ähnlich, und es war daher nicht ungewöhnlich, dass sich diese Spitzenfunktionäre über Unternehmen finanzierten, die sich im Besitz der öffentlichen Hand befanden und auf die sie dank ihrer politischen Ämter Zugriff nehmen konnten. Diese Praxis führte zur Bildung ständig neuer Sonder- und Verfügungsfonds, schwarzer Kassen und „obskurer Stiftungen“, bei deren Handhabung sich gerade Koch als „besonders talentiert und skrupellos“¹⁶⁹ erwies.

Dass er dabei auch weiterhin die Gewinne der „Preußischen Zeitung“ nutzen konnte, war ein Sonderfall, denn Max Amann, der Geschäftsführer des parteieigenen „Eher-Verlages“, regte Ende 1933 bei Hitler an, alle Gauzeitungen in seinen Verlag zu überführen, wodurch die meisten Gauleiter die Verfügungsgewalt über ihre Blätter verloren. Koch erfuhr von diesen Plänen frühzeitig genug, um bei Hitler eine Ausnahmegenehmigung zu erwirken. Er musste seine Zeitung nicht in den „Eher-Verlag“ überführen, sondern durfte sie zum 1. Januar 1934 in eine Stiftung umwandeln. Damit war er nicht der einzige Stifter unter den Gauleitern, aber keine andere Stiftung erreichte die Größe und Bedeutung der „Erich-Koch-Stiftung“. Ihr war es zu verdanken, dass die ostpreußische NSDAP finanziell

¹⁶⁷ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 240, Nr. 9, Blatt 196-209, Anordnung Oberpräsident und Gauleiter Koch, S. 5.37; Blatt 187-195, Oberpräsident an Landräte, 13.11.36; Blatt 224-230, Anordnung Oberpräsident Ostpreußen, gez. Bethke, 2.6.37; BA Berlin, R 2/18019, Denkschrift über Ostpreußens Maßnahmen im Rahmen der Erzeugungsschlacht des Vierjahresplans, undatiert; BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 204, Aussage Koch, 21.9.49; Das neue Ostpreußen, S. 168f; JACOBI, Die Vorbereitung des ostpreußischen Kleinwohnungsbauprogramms 1939, in: Bauen Siedeln Wohnen 18/1938, S. 672-675; RADEK, Der Kreiskommunalverband Osterode (Ostpr.) baut ein Dorf im Selbsthilfefverfahren, in: Ebd., S. 686-689; Vgl. KARL CHRISTIAN FÜHRER, Das NS-Regime und die „Idealform des deutschen Wohnungsbaues“, in: VSWG 89/2002, S. 141-166; BARKAI, S. 9-13, 65, 124-130.

¹⁶⁸ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 49f, Lebenslauf Koch.

¹⁶⁹ BAJOHR, Parvenüs, S. 40f; Vgl. Ebd., S. 27f, 34f; NOAKES, Oberbürgermeister, S. 210-213; HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 126-131; ORLOW, History II, S. 128; BA Berlin, BDC, PK Koch, Reichsschatzmeister an Koch, 18.12.34, 27.5.35.

wesentlich besser gestellt war als die Partei in den meisten anderen Gauen.¹⁷⁰

Offizieller Stiftungszweck war es, junge Nationalsozialisten zu fördern – und damit den Nachwuchs für die Hausmacht des Gauleiters auszubilden. „Erwerbszwecke“ wurden ausgeschlossen, weshalb die Stiftung als gemeinnützig anerkannt wurde.¹⁷¹ Koch behauptete später, er habe sein Privateigentum durch die Stiftung der Allgemeinheit übertragen, um „den führenden Persönlichkeiten der Partei ein sozialistisches Beispiel“ zu geben. Dieses „sozialistische Werk“ habe daher „Adolf-Hitler-Stiftung“ heißen sollen, womit er den „Führer“ und die Partei auf den Sozialismus habe festlegen wollen, doch Hitler habe abgelehnt. Er, Koch, habe die Stiftung dann zu einem Konzern ausbauen müssen, da die ostpreußischen Unternehmer zu wenig Eigeninitiative gezeigt hätten und es nur durch die Stiftung möglich gewesen sei, einen „sozialistischen“ – gemeint war staatlich gelenkten – Wirtschaftsaufbau durchzuführen, ohne in die Eigentumsverhältnisse einzugreifen oder zur Planwirtschaft überzugehen. Er habe dadurch „für Viele neue Arbeitsmöglichkeiten und damit Brot geschaffen.“¹⁷²

Die Stiftung beteiligte sich tatsächlich an der Industrialisierung der Provinz und betrieb in begrenztem Umfang auch Sozialpolitik, indem sie sich beispielsweise im sozialen Wohnungsbau engagierte.¹⁷³ Dennoch lässt sich selbst bei wohlwollender Prüfung der Eindruck eines „genialen Raubzugs“¹⁷⁴ nicht verwischen. Der Gauleiter bereicherte sich bereits durch die Gründung der Stiftung, denn sein „gesamtes Privatvermögen“, das er in die Stiftung eingebracht haben wollte, bestand aus seinen Anteilen an der „Preußischen Zeitung“, die er wiederum auf Kosten der Parteimitglieder erworben hatte. Als allein verfügungsberechtigter Vorstand der Stiftung war er de facto deren Eigentümer und nutzte ihr Vermögen für seine persönliche Lebenshaltung – ab 1938 wohnte er in dem der Stiftung gehörenden und großzügig ausgebauten Gut Groß Friedrichsberg in der Nähe

¹⁷⁰ Vgl. HALE, S. 102-106, 113; GAUSE, Königsberg, S. 137; KÜHNEL, S. 159; HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 127, 130; WEIßBECKER, S. 318f; WOLFANGER, Populist, S. 69; BAJOHR, Parvenüs, S. 40-44, 113; DERS., Gauleiter, S. 279; DERS., Der folgenlose Skandal, in: Skandal, S. 59-76, hier S. 62.

¹⁷¹ BA Koblenz, Z 42 IV 1909b, Blatt 336, Abschrift der Gründungsurkunde, undatiert; Blatt 338, Abschrift Genehmigung Preußisches Staatsministerium, undatiert; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 49f, Lebenslauf Koch; Vgl. LIEBCHEN, S. 62.

¹⁷² IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 49-52, Lebenslauf Koch; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 194, Aussage Koch, 16.9.49; Vgl. Ebd., 1909b, Blatt 156-161; 1909d, Blatt 210; 1909e, Blatt 92, 194, 199, 296; 1909f, Blatt 71, Aussagen, 1949.

¹⁷³ BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 237-260, Aussage Goerges, undatiert.

¹⁷⁴ Erich-Koch Stiftung. Geschichte eines genialen Raubzuges mit und ohne Moral, in: Ostpreußenblatt Nr. 2, 3, 5-11/1953.

Königsbergs, 1943, als er die Stiftung der Provinz schenkte, ließ er im Schenkungsvertrag „freies Wohnrecht und Unterhalt“ für sich und seine nächsten Angehörigen festschreiben.¹⁷⁵

Die Stiftung wurde auch keineswegs systematisch zur Förderung der Strukturreform aufgebaut, vielmehr wurden zunächst vor allem Verlage und Zeitungen in die Stiftung überführt. Das Pressewesen geriet damit zu weiten Teilen in die Hand des Gauleiters, der damit offenbar auch die öffentliche Meinung beherrschen wollte.¹⁷⁶ Mit der Zeit wurden auch Betriebe anderer Sparten, wie das Königsberger Park-Hotel oder einzelne Industriebetriebe, in die Stiftung eingegliedert. Dabei wurden die bisherigen Besitzer meist stark unter Druck gesetzt – einige wurden sogar verhaftet –, gesunde Unternehmen wurden in den wirtschaftlichen Ruin getrieben, um sie billig aufkaufen zu können. Auf derartige Transaktionen nahm Koch jedoch nur selten direkt Einfluss, er überließ sie seinem Stiftungsverwalter Bruno Dzubba¹⁷⁷ und dem Vizepräsidenten der Industri- und Handelskammer, Richard Goerges¹⁷⁸, die Kochs politische Stellung und seinen Ruf, besonders rücksichtslos zu sein, ausnutzten. Kochs Wirtschaftsplaner, ansonsten voll des Lobes für ihren Gauleiter, kritisierten das Geschäftsgebaren der Stiftung, von dem sie glaubten, es behindere die wirtschaftliche Entwicklung, massiv.¹⁷⁹

¹⁷⁵ BA Koblenz, Z 42 IV 1909b, Blatt 341f, Abschrift des Schenkungsvertrags, undatiert; Vgl. Ebd., Blatt 336f, Abschrift Gründungsurkunde, undatiert.

¹⁷⁶ KURT FORSTREUTER, Königsberger Hartungsche Zeitung, Königsberg (1660-1933), in: Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, hg. von HEINZ-DIETRICH FISCHER, München 1972, S. 41-56; Die Königsberger Allgemeine Zeitung, ohne Ort, ohne Jahr, S. 16-20, 49f; STEFAN HARTMANN, Medien, in: Handbuch Ost- und Westpreußen, S. 171-177, hier S. 174; HALE, S. 227.

¹⁷⁷ Bruno Dzubba, * 16.12.1894, 1.5.33 Pg. Nr. 2331 165 (BA Berlin, BDC, PK Dzubba).

¹⁷⁸ Richard Goerges, * 30.12.1885, Juli 1930 Pg. Nr. 309976, Ratsherr in Königsberg, Handels- und Arbeitsrichter, Mitglied im Finanzgericht des Landesfinanzamtes, stellv. Präsident der IHK und der Wirtschaftskammer. Er war u.a. am Aufbau einer Papierfabrik in Wehlau beteiligt. Da er bereits vor 1933 eine Papierfabrik besaß und auch Anteilseigner am „Sturm-Verlag“, dem „Königsberger Tageblatt“ und der „Hartungschen Zeitung“ war, können kaum Zweifel darüber bestehen, dass er die Geschäfte der Stiftung noch offensichtlicher als Koch zum eigenen Profit betrieb (Ebd., BDC Goerges; BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 234f, Spruchgerichtsurteil Goerges, 20.7.49; 1909e, Blatt 195, Aussage Koch, 16.9.49).

¹⁷⁹ RICHTER, Industriepolitik, S. 71, 274-278; DERS., Wirtschaftsprobleme, S. 63f; DERS., Versuch, S. 149; GROEBEN, Provinz, S. 255; DERS., Land, S. 278; Vgl. BAJOHR, Parvenüs, S. 116; ROHRER, Macht, S. 277-280, 401-450; Erich-Koch Stiftung, passim; BA Koblenz, Z 42 IV 1909b, Blatt 156-161; 1909e, Blatt 51-53, 108, 278; 1909g, Blatt 21f, 36, 192f, 217, 262, 315f, Aussagen, 1949.

Die Stiftung entwickelte sich auf diese Weise zum größten Konzern Ostpreußens und stellte ein wichtiges Machtinstrument des Gauleiters dar, der aufgrund seiner finanziellen Unabhängigkeit eine weitaus eigenständigere Politik betreiben konnte als die meisten seiner Kollegen, die nicht über derartige Ressourcen verfügten. Für Kochs Verständnis von „Sozialismus“ wie auch für sein Menschenbild war es aber entlarvend, dass er das Verhalten der Stiftung als notwendige und fortschrittliche Politik zum Wohle der Volksgemeinschaft umdeutete. Der „Vater der Provinz“ hegte offenbar keinerlei väterliche Gefühle für die ihm Anvertrauten, er setzte vielmehr sein eigenes Wohl mit dem der Provinz gleich, bereicherte sich und ließ jeden brutal abstrafen, der seine Wünsche nicht erfüllte. Allerdings scheint Koch das Kapital seiner Stiftung vornehmlich in den Ausbau seiner Machtposition und weniger in einen verschwenderischen Lebenswandel investiert zu haben¹⁸⁰, er war ein Macht- und kein Genussmensch.

5.5. „Als Gauleiter bin ich Exponent der national-sozialistischen Bewegung und Träger schlechthin der politischen Führung in der Provinz.“ – Machtkampf um den „Reichsnährstand“

Koch pflegte auch innerhalb der Partei einen äußerst rigiden Führungsstil, um seine Machtposition zu behaupten. Selbst verdiente Parteigenossen wurden, wenn sie sich seinen Unmut zuzogen, rigoros aus der Partei entfernt.¹⁸¹ Der Anspruch Kochs, alleinige Führungsinstanz in der Provinz zu sein, kollidierte mit den Versuchen der Führer von parallel zur Partei aufgebauten Spezialorganisationen, den Einfluss des Gauleiters aus ihrem Fachgebiet zurückzudrängen. Dies war ein generelles Problem, das in allen Gauen auftrat, weshalb Hitler am 12. April 1933 eine Parteiverfügung erließ, die die Amtsleiter der Reichsleitung ausdrücklich im Rahmen ihrer dienstlichen Aufgaben als Vorgesetzte der Gauleiter anerkannte und damit ihre fachlichen Weisungen über die der Gauleiter stellte.¹⁸² Damit waren die lokalen Vertreter der Spezialorganisationen fachlich ihrem Reichsleiter, disziplinarisch aber immer noch den Gauleitern unterstellt, was letztere dazu nutzten, um auch in fachlichen Dingen Gehorsam zu verlangen. Dieser doppelte Führungsanspruch wurde besonders im Agrarsektor problematisch, da dieser der einzige Wirtschaftszweig war, in dem im Zuge

¹⁸⁰ Vgl. Ebd., 1909c, Blatt 200, Aussage Bach, 2.9.49.

¹⁸¹ Vgl. BA Berlin, BDC, OPG Koch, Bericht Sanden, 15.3.33.

¹⁸² CORNI/ GIES, Brot, S. 239.

der „Gleichschaltung“ versucht wurde, den oft propagierten berufsständischen Gesellschaftsaufbau durchzuführen. Durch die zwangsweise Zusammenfassung aller im weitesten Sinne mit der Landwirtschaft befassten Organisationen und Personen im „Reichsnährstand“ wurde im September 1933 eine Körperschaft geschaffen, die sich als „bäuerliche Selbstverwaltung“ definierte und damit das von den Gauleitern beanspruchte politische Monopol in Frage stellte.¹⁸³

Diese Konstellation führte in mehreren Gauen zu Auseinandersetzungen zwischen der Agrarorganisation und deren Führer Richard Walter Darré einerseits und den jeweiligen Parteiführern andererseits. In Ostpreußen, wo der Landwirtschaft besonders große Bedeutung zukam, wurde dieser Konflikt am heftigsten ausgetragen.¹⁸⁴ Koch wollte die Landwirtschaftsorganisationen dazu nutzen, um deren Klientel zu kontrollieren, und zeigte kein Interesse an einer eigenständig agierenden Körperschaft. Gerade das reizte aber seinen Spitzenfunktionär auf dem Gebiet, den „Landwirtschaftlichen Gaufachberater“ Egbert Otto, der sich auf Darrés Zusage berief, nur diesem verantwortlich zu sein und alleinige Weisungsbefugnis gegenüber „sämtlichen Mitgliedern des agrarpolitischen Apparats der NSDAP“¹⁸⁵ zu haben. Otto löste seine Organisation mehr und mehr von der NSDAP und animierte seine Parteigänger, sich der SA anzuschließen, um sich so der Disziplinargewalt der Partei zu entziehen. Darüber hinaus rekrutierte er – auch aus praktischen Erwägungen heraus – erfahrene Funktionäre des bei Koch als reaktionär verschrieenen „Landwirtschaftsverbandes Ostpreußen“ und übertrug ihnen Schlüsselpositionen, ohne den Gauleiter um sein Einverständnis zu bitten, was dieser aufs schärfste kritisierte.¹⁸⁶ Otto argumentierte daraufhin, sie seien „freie Bauern“ und lehnten es ab, „nach Prinzipien zu arbeiten, die aus der Stadt kommen.“¹⁸⁷

¹⁸³ Ebd., S. 69-71; 77-91, 102, 202, 213, 230f, 264; CLAUDIA FRANK, *Der „Reichsnährstand“ und seine Ursprünge*, Hamburg 1988, S. 110-118; BARKAI, S. 131-147.

¹⁸⁴ Vgl. CORNI/ GIES, *Brot*, S. 89-91, 98, 216-224, 234, 238, 269; FARQUHARSON, S. 93f; HANS FENSKE, *Josef Bürckel – Porträt eines Gauleiters*, in: *Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz*, Band 1, hg. v. HANS-GEORG MEYER/ HANS BERKESSEL, Mainz 2001, S. 120-137, hier S. 124-126; BA Berlin, NS 22/268, Blatt 241-252, Stabsleiter PO: „Meine Gedanken zu dem Conflict in Ostpreußen [...]“, undatiert; MCKALE, S. 115f.

¹⁸⁵ Zitiert nach CORNI/ GIES, *Brot*, S. 235.

¹⁸⁶ BA Berlin, NS 22/268, Dargel an Ley, 13.12.33; R 16 I/2140, Antwort auf die 4 Denkschriften des Herrn Oberpräsidenten gegen die Landesbauernschaft Ostpreußen, ohne Autor (Otto), undatiert (Juni/ Juli 1934), S. 4; R 43 I/1860, Blatt 37f, Denkschrift Koch, 16.3.34; BDC, OPG Koch, Bericht Bassewitz, 31.7.33; Litzmann an OSaF, 10.8.33; Vgl. CORNI/ GIES, *Brot*, S. 135-139.

¹⁸⁷ BA Berlin, NS 22/268, Dargel an Ley, 13.12.33.

Koch fiel es in der Folgezeit immer schwerer, sich bei den Landwirtschaftsführern durchzusetzen, weshalb er während einer Funktionärstagung am 27. Juni 1933 gegen den Aufbau eines „Landstandes“ polemisierte:

„Wer es noch einmal wagt, vom freien Bauerntum zu reden, der wird erledigt, der kommt ins Moosbruch auf Nimmerwiedersehen. Wer es wagt, zu irgendeinem Kreisleiter zu sagen, er habe ihm in irgend einer Sache nichts zu sagen, der wird binnen 24 Stunden im Schnellverfahren aus der Partei ausgeschlossen. Wer mir entgegentritt, den werde ich wirtschaftlich vernichten, den werde ich physisch vernichten, und wenn ich auch dabei – wie sagt man so schön in Berlin – meine Kompetenzen überschreite.“¹⁸⁸

Koch versuchte, die Agrarfunktionäre unter Kontrolle zu bekommen, indem er eine Loyalitätserklärung forderte und ihre Ernennung davon abhängig machen wollte, dass sie Parteimitglieder waren und Lehrgänge der Gauführerschule besuchten.¹⁸⁹ Damit konnte er sich jedoch nicht durchsetzen. Die Auseinandersetzung artete in eine Schlammschlacht aus, in der sich die Parteien gegenseitig vorwarfen, „bolschewistisch“, „reaktionär“, „klassenkämpferisch“ oder korrupt zu sein und gegen die „einheitliche Linie“ oder gar gegen den „Führer“ zu arbeiten.¹⁹⁰ Otto kritisierte den Industrialisierungsplan Kochs heftig und warf dem Gauleiter vor, er betreibe die Politik Gregor Straßers und fordere die von Hitler „abgeblasene“ zweite Revolution. Die Vorwürfe gipfelten in der – substanzlosen – Behauptung, Koch wolle die Kollektivwirtschaft einführen, aus Teilen des „Korridors“ und der „Randstaaten“ ein eigenes Staatsgebilde formen und sei bereit, dies mit Waffengewalt gegen Hitler durchzusetzen. Überdies wurden Gerüchte gestreut, er solle versetzt werden.¹⁹¹

Der Gauleiter reagierte, indem er seine Hauptgegner wegen parteischädigenden Verhaltens aus der NSDAP ausschloss und einige, darunter Otto,

¹⁸⁸ Ebd., R 16 I/2140, Abschrift eidesstattliche Versicherung, 21.7.34; Vgl. Ebd., Aussage Liedtke, 18.7.33; Witt an Buch, 29.7.33; Litzmann an OSAF, 10.8.33; Witt an Oppermann, 12.8.33; BDC, OPG Koch, Witt an Hitler, 19.7.33; Anfrage Oppermann, undatiert; Bethge an Reichs-USchla, 1.8.33; Oppermann an Buch, 20.9.33; „Über die Umtriebe im nationalsozialistischen Landvolk im Gau Ostpreußen“, ohne Autor, undatiert.

¹⁸⁹ Ebd., BDC, OPG Koch, Bethge an Reichs-USchla, 1.8.33; NS 22/268, Gausonderbefehl 21.7.33; Dargel an Ley, 13.12.33.

¹⁹⁰ Ebd., BDC, OPG Koch, Schriftverkehr Gau Ostpreußen 1933; NS 22/268, „Die Landesbauernschaft Ostpreußen und ihre Politik“, ohne Autor, undatiert.

¹⁹¹ Ebd., BDC, OPG Koch, OSAF an Reichs-USchla, 10.4.33; Barz an Koch, 14.7.33; Witt an Hitler, 19.7.33; Bericht Kreisleitung Samland, 27.7.33; Aussage Bassewitz, 31.7.33; R 16 I/2140, Eidesstattliche Versicherung Otto, 20. Brachet (Juni) 1934; Antwort auf die Denkschrift des Herrn Oberpräsidenten, 23. Brachet (Juni) 1934; Eidesstattliche Versicherung Witt u.a., 21.7.34; Vgl. CORNI/ GIES, Brot, S. 234-236.

sogar kurzzeitig verhaften ließ.¹⁹² Aber obwohl der Konflikt in der ganzen Provinz publik wurde und zu erheblicher Unruhe führte, bestätigte der Reichs-USchla Kochs Maßnahmen nicht. Er beurteilte das Vorgehen der Agrarfunktionäre nicht als eigenständigen Akt, sondern als Teil der Auseinandersetzung Kochs mit Darré und sprach den Angeklagten nur eine Rüge aus, weil sie den Gauleiter beleidigt hätten. In Parteiausschlüssen mochte das Gremium kein taugliches Mittel erkennen, das Vertrauen der ländlichen Bevölkerung in die Reichsleitung und die vom „Führer“ gebilligte Agrarpolitik Darrés wieder herzustellen. „Den Interessen der Partei wird durch das vom Oberpräsidenten Koch gegen die genannten Parteigenossen eingeschlagene Verfahren in weit erheblicherem Masse geschadet, als durch deren Verhalten gegenüber dem Oberpräsidenten Koch [...]“¹⁹³

Kochs Gegner versuchten ihrerseits, den Gauleiter aus der Partei ausschließen zu lassen, hatten damit aber trotz dieses Verdikts keinen Erfolg – Koch, der zu diesem Zeitpunkt gerade die Propagandakampagne zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit anführte, stand bei Hitler, der sich die Absetzung von Gauleitern vorbehalten hatte, zu hoch im Kurs.¹⁹⁴ Die Situation eskalierte daraufhin noch mehr. Als Otto Ende September 1933 versuchte, die Landwirtschaftskammer in die neu gegründete Landesbauernschaft einzugliedern, ließ er dazu die SA aufmarschieren, da Koch seine letzte agrarpolitische Bastion mit Hilfe der Schutzpolizei verteidigte.¹⁹⁵ Im Frühjahr 1934 versuchte Darré, seine Kompetenzen in der Siedlungspolitik zu wahren, gefährdete damit aber Kochs Planungshoheit beim Wirtschaftsaufbau.¹⁹⁶

¹⁹² Ebd., BDC, OPG Koch, Aussage Bassewitz, 31.7.33; Bericht Lechelt, 14.8.33.

¹⁹³ BA Berlin, BDC, OPG Koch, Beschluss Oberstes Parteigericht, undatiert; Vgl. Ebd., NS 22/268, Die Landesbauernschaft Ostpreussen und ihre Politik, ohne Autor, undatiert; CORNI/ GIES, Brot, S. 236.

¹⁹⁴ Vgl. BA Berlin, BDC, OPG Koch, Aussage Bassewitz, 31.7.33; Aussage Liedtke, 19.7.33; Aussage Post, 19.7.33; Buch an Koch, 8.9.33, 31.10.33; Witt an Buch, 2.8.33; R 16 I/2140, Antwort auf die Denkschrift des Herrn Oberpräsidenten unter dem Titel „Hetze gegen den Oberpräsidenten“, undatiert; Vgl. HORST GIES, Die Rolle des Reichsnährstandes im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Führerstaat, S. 270-304, hier S. 290f; MARTIN MOLL, Der Sturz alter Kämpfer, in: Historische Mitteilungen 5/1992, S. 1-52; MCKALE, S. 115f, 173-175; CORNI/ GIES, Brot, S. 229, 276, 232, 235.

¹⁹⁵ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 40, Blatt 41-49; BA Berlin, R 16 I/2116, Schriftverkehr, 1933; R 43 I/1860, Blatt 24, Aussage Mikinn, 29.12.33; NS 22/268, Stadie an Hitler, 12.12.33; BDC, OPG Koch, Koch an Buch, 8.11.33; Königsberger Allgemeine Zeitung, 25.9.33; Vgl. CORNI/ GIES, Brot, S. 124, 139, 190-192; CASPER, S. 254.

¹⁹⁶ BA Berlin, R 3901/21168, Darré an Reichsarbeitsminister, 22.1.34; Vgl. R 43 II/207, Blatt 114, Koch an Darré, 16.4.34; Blatt 115f, Darré an Koch, 17.5.34; SALEWSKI, S. 25.

Koch ließ daraufhin von seinem Dezernenten für Politik, Schulenburg, am 16. März 1934 eine Denkschrift an Göring formulieren, in der er seinen Anspruch auf die alleinige Führung der Provinz zum Ausdruck brachte. Da er der „Exponent der nationalsozialistischen Bewegung und Träger schlechthin der politischen Führung in der Provinz“ sei, seien ihm auch „alle sachlichen Massnahmen [...] unterzuordnen“, was selbst die Finanzämter, die Bahn und die Post beachten würden. Die Agrarfunktionäre hingegen gefährdeten durch ihr Verhalten jedwede praktische Politik, insbesondere den Wirtschaftsaufbau und den Kampf gegen die „Reaktion“. Eine derartige „Sonderpolitik“ könne nicht geduldet werden, vielmehr sei, um den „Klassenkampf“ zu verhindern, „[g]erade da, wo ein Berufsstand sein Leben eigengesetzlich gestaltet, [...] eine straffe Aufsicht des Staates erforderlich. [...] Der Minister als Sachwalter des Staates muss m.E. auf politisch und sachlich begründete Vorschläge eines Beauftragten in erster Linie hören.“¹⁹⁷ Falls ihm nicht eine derart uneingeschränkte Führungsposition zugestanden werde, so drohte er kaum verklausuliert, werde er zurücktreten.

Kochs Klagen über das Verhalten der Landesbauernschaft klangen streckenweise wie eine Beschreibung seines eigenen Vorgehens bei der Übernahme der Behörden, ließen aber auch seine Besorgnis über die wachsende Macht der Konkurrenzorganisation erkennen. Er bemühte sich jetzt, wieder eine eigene Machtposition im Agrarbereich aufzubauen, indem er mit Hilfe derjenigen Agrarfunktionäre, die sich auf seine Seite geschlagen hatten, ein eigenes „Amt für Agrarpolitik“ gründete. Dessen Aufgabe war es, „den der Partei und damit dem Staate entfremdeten Bauern schnellstens wieder zum Staate heranzubringen“ und dafür zu sorgen, „daß der Reichsnährstand wieder voll und ganz der Partei unterstellt“¹⁹⁸ werde.

Jetzt war es Darré, der sich beschwerte, „weil das Vorgehen Kochs meine Stellung als Reichsleiter der NSDAP überflüssig macht.“¹⁹⁹ Er besaß aber weder die Persönlichkeit noch die starke Gefolgschaft in der „Bewegung“, die er gebraucht hätte, um sich gegen Hitlers ostpreußischen „Vizekönig“ durchsetzen zu können. Er lief vielmehr selbst Gefahr, ausgebootet zu werden, da er von einer ganzen Phalanx von Gauleitern angegriffen wurde. Hitlers Paladine argumentierten ähnlich wie Koch und machten Darré darüber hinaus aufgrund seiner angeblich eigenmächtigen Politik für die schlechte Versorgungslage und die daraus resultierende miserable Stimmung in der Bevölkerung verantwortlich. Darré, der sich seines Rück-

¹⁹⁷ BA Berlin, R 43 I/1860, Blatt 32f, 45, Denkschrift vom 16.3.34.

¹⁹⁸ PrZ Nr. 101, 2.5.34; Vgl. Ebd., Nr. 161, 13.6.34; BA Berlin, R 16 I/2116, 2140, Schriftverkehr 1934; CORNI/ GIES, Brot, S. 236.

¹⁹⁹ BA Berlin, R 43 I/1860, Darré an Heß, 10. Ostermond (April) 1934.

halts bei Hitler selbst nicht mehr sicher war, konnte daher kaum darauf hoffen, ausgerechnet einen der prominentesten und mächtigsten Gauleiter zu Fall bringen zu können.²⁰⁰

Eine günstige Gelegenheit zum Angriff auf Koch schien sich nach Hitlers Aktion gegen Röhm am 30. Juni 1934 zu ergeben, da der „Führer“ sich jetzt anscheinend entschlossen hatte, gegen korrupte und sozialrevolutionär eingestellte Funktionäre durchzugreifen. Gerade die Ermordung Gregor Straßers erweckte den Eindruck, es werde nun endgültig mit dem „linken“ Flügel der Partei, zu dem auch Koch gezählt wurde, abgerechnet.²⁰¹ Zur Enttäuschung seiner Gegner gehörte der ostpreußische Gauleiter aber nicht zu den Opfern des sogenannten „Röhm-Putsches“, sie glaubten ihn aber soweit geschwächt, dass ihnen ein Angriff aussichtsreich erschien. Darré wollte offenbar eine Gauleiterkonferenz am 13. und 14. Juli 1934 in Berlin nutzen, um gegen Koch vorzugehen, wurde dort aber selbst von mehreren Gauleitern, darunter Koch, mit den bekannten Argumenten angegriffen.²⁰² Auch ein wenige Tage später verfasster Brief an Hitler, in dem Darré die Verbindung Kochs zu Gregor Straßer als Ursache der „Angelegenheit Ostpreußen“ bezeichnete, zeigte keine Wirkung.²⁰³

In Ostpreußen nutzten unterdessen Landesbauernschaft und SA den Umstand, dass Koch im Anschluss an die Konferenz nicht direkt nach Königsberg zurückkehrte, sondern sich zur Erholung ins Seeband Cranz zurückzog, dazu, in der Provinz zu verbreiten, Koch sei von Hitler als Oberpräsident und Gauleiter abgesetzt worden und werde in Cranz von SS-Männern gefangengehalten. Neuer Oberpräsident sei der ehemalige ostpreußische SA-Führer Litzmann. Dies schürte immerhin so viel Unruhe, dass der Gauleiter sich am 20. und 23. Juli genötigt sah, mit Telegrammen klarzustellen, dass er weder abgesetzt, beurlaubt oder verhaftet noch in ein anderes hohes Amt versetzt worden sei, und dass er die Urheber dieser Gerüchte strafrechtlich verfolgen lassen werde.²⁰⁴

²⁰⁰ BA Koblenz, N 1094, Nachlass Darré, II 24, Darré an Hitler, 27.4.34; Abgedruckt bei GUSTAVO CORNI/ HORST GIES, „Blut und Boden“, Idstein 1994, S. 91f; Vgl. DIES., Brot, 229, 276, 232, 235, 238; MOLL, Sturz, S. 49.

²⁰¹ Vgl. KERSHAW, Hitler I, S. 629-656; CAMPBELL, S. 120f, 126f; CORNI/ GIES, Brot, S. 232f; KISSENKOETTER, S. 192; STACHURA, Strasser, S. 121-126; LUDOLF HERBST, Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, Frankfurt/ Main 1996; S. 111-118.

²⁰² BA Koblenz, N 1094, Nachlass Darré, I 28, Bericht Darré, 14.7.34; I 65a, Tagebuch Darré, Eintrag 14.7.34; CORNI/ GIES, Brot, S. 237, 269; Vgl. GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 34, Blatt 128, Aussage Baldiga, 19.7.34; GISEVISUS, S. 309.

²⁰³ BA Koblenz, N 1094, Nachlass Darré, II 24, Darré an Hitler, 25. Heumond (Juli) 1934.

²⁰⁴ GSTA Berlin, XX. HA, Rep. 10, Tit. 36, Nr. 33, Blatt 122, 124, Telegramme Kochs, 20., 23.7.34; Nr. 34, Blatt 125-140, Aussagen, 19.-28.7.34.

Schließlich war es Hitler selbst, der die Aktionen gegen Koch zum Erliegen brachte, indem er Darré über seinen Stellvertreter Heß wissen ließ, dass er an Koch festhalten wolle, und dass er wünsche, dass Darré „im Gau Ostpreußen in jedem Falle Ruhe erwirke“²⁰⁵. Der „Reichsbauernführer“ sah nur eine Möglichkeit, diesen Wunsch seines „Führer“ umzusetzen, und zwar durch die Absetzung seiner eigenen Spitzenfunktionäre. Am 1. September 1934 betraute er anstelle Egbert Ottos einen Berliner Funktionär, Wilhelm Meinberg, kommissarisch mit der Führung des ostpreußischen Apparates.²⁰⁶ Diese Regelung führte tatsächlich zu einer Beruhigung der Situation, wozu wohl auch beitrug, dass die Gräben zwischen Darrés Funktionären und der „Politischen Organisation“ keineswegs so unüberwindlich waren, wie der „Reichsbauernführer“ glaubte. Nachdem Otto den Gau verlassen hatte und Koch damit als Sieger der Auseinandersetzung fest stand, gaben die verbliebenen Agrarfunktionäre ihre oppositionelle Haltung auf, und auch der Gauleiter verzichtete darauf, die Sympathisanten Ottos weiter zu verfolgen. Mit dem neuen Landesbauernführer Erich Spickschen, einem ehemaligen Anhänger Ottos, arrangierte er sich anscheinend problemlos.²⁰⁷

Auf Reichsebene wurde der Konflikt zwischen dem „Nährstand“ und der „Politischen Organisation“ erst am 9. Januar 1935 durch eine Verfügung des Stellvertreters des Führers entschieden, durch die die strukturellen Probleme allerdings nicht beseitigt wurden. Den Parteidienststellen war fortan jeglicher Eingriff in die Aufgaben des „Reichsnährstandes“ verboten, die Funktionäre unterstanden weiterhin sachlich dem Reichsbauernführer und disziplinarisch der Partei. Alle Ernennungen von Funktionsträgern der Agrarorganisation wurden aber von der Zustimmung der Gauleiter abhängig gemacht, was einer Niederlage Darrés gleichkam, da seine Organisation, die „in ihrer ernährungswirtschaftlichen Funktion von Seiten der Partei unangreifbar“²⁰⁸ war, nicht nur über die Disziplinargewalt, sondern schon bei der Auswahl des Führungspersonal den Gauleitern in hohem Maß ausgeliefert wurde. Im Zusammenspiel mit der zunehmenden Erosion der Stellung Darrés ergab sich damit eine Konstellation, die es einem starken Gauleiter wie Koch ermöglichte, durch aktive Personalpolitik einen Modus Vivendi mit der Standesorganisation zu finden, der seine

²⁰⁵ BA Koblenz, N 1094, Nachlass Darré, II 24, Darré an Hitler, 22. Ernting (Oktober) 1934.

²⁰⁶ CORNI/ GIES, Brot, S. 237.

²⁰⁷ BA Koblenz, N 1094, Nachlass Darré, II 24, Darré an Hitler, 22. Ernting (Oktober) 1934; BA Berlin, BDC, OPG Koch, Oppermann an Oberstes Parteigericht, 27.7.36; Vgl. CORNI/ GIES, Brot, S. 139, 142, 237; GROEBEN, Dienst, S. 150f.

²⁰⁸ CORNI/ GIES, Brot, S. 237, 239.

Stellung nicht beeinträchtigte. Während der Ostpreuße diese Kämpfe jedoch bereits ausgetragen hatte und es daher in seinem Gau in den folgenden Jahren ruhig blieb, zeigten vergleichbare Konflikte in der Pfalz und in Schleswig-Holstein im Jahr 1938 die Unzulänglichkeit dieser Lösung auf.²⁰⁹

Deutlich wurde an diesem Konflikt und speziell an seiner ostpreußischen Ausprägung aber auch die Bedeutung Hitlers. Er war es, der – in Entscheidungsfindung und -begründung recht willkürlich – im Endeffekt für Koch entschied, obwohl dessen Verhalten selbst vom Schiedsgericht der Partei kritisiert wurde, und die gegen den Gauleiter vorgebrachten Anschuldigungen diesen schwer belasteten. Koch profitierte von seinen Verdiensten für die Partei und in der „Arbeitschlacht“, außerdem stand er in einer Front mit anderen Gauleitern und vor allem dem „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Heß, gegen den ziemlich isolierten Darré, der zudem auf eine Verschiebung der Machtverhältnisse – weg von den regionalen Paladinen und hin zu den Reichsleitern – drängte. An der Bildung eines weiteren, entfernt mit der SA vergleichbaren zentralen Machtfaktors konnte dem „Führer“, dessen Herrschaftstechnik auf „dynamisierenden Rivalitäten“ zwischen ebenbürtigen Unterführern basierte, kaum gelegen sein. Hinzu kam, dass die starke Gauleiter-Gruppe und wohl auch Koch persönlich mit Heß über einen wesentlich besseren und in seiner Bedeutung kaum zu unterschätzenden Zugang zum Diktator verfügte als Darré. Der „Reichsbauernführer“ verlor folgerichtig immer mehr an Ansehen und verstrickte sich in vielfältige Konflikte, die schließlich 1942 zu seiner Beurlaubung führten.²¹⁰

5.6. „Die sozialistische Revolution liegt noch vor uns“ – Innerparteiliche Opposition, „Röhm-Putsch“ und SS

Die Bedeutung der Parteinahme Hitlers für Koch wird besonders dadurch deutlich, dass es dem „Führer“ leichtgefallen wäre, den diffusen Vorwurf, Koch stehe in Verbindung mit Gregor Straßer, zu präzisieren und vor dem Hintergrund des „Röhm-Putsches“ zum Anlass zu nehmen, Koch aus der Partei auszuschließen oder gar liquidieren zu lassen. Denn vor dem 30. Juni 1934 verbarg Koch seine Nähe zu den Straßer-Brüdern keineswegs, sondern gerierte sich weiterhin als parteiinternes Sprachrohr des „nationalen Sozialismus“. Besonders deutlich wurde dies in dem neunzigseitigen

²⁰⁹ Vgl. FARQUHARSON, S. 97; GIES, Rolle, S. 298f; CORNI/ GIES, Brot, S. 186f, 240-244.

²¹⁰ Vgl. CORNI/ GIES, Brot, S. 169-178, 192-200, 203-211, 272-279; ORLOW, History II, S. 7-9.

Band „Die NSDAP. Idee, Führer und Partei“, der 1933 unter seinem Namen erschien. Diese Beschreibung der Ideologie, Geschichte und Struktur des Nationalsozialismus war bereits im Spätjahr 1932 konzipiert und dann um die „nationale Revolution“ erweitert worden. Wie in fast allen Publikationen Kochs wurden hier nicht seine eigenen Gedanken dargelegt, das Buch bestand vielmehr in erster Linie aus einer Aneinanderreihung von längeren Zitaten namhafter Nationalsozialisten, vor allem aus dem „linken“ Flügel der Partei.

Der meiste Raum wurde dabei Gregor Straßer eingeräumt, gefolgt von Joseph Goebbels, Graf Reventlow und Alfred Rosenberg, wobei dessen Rassentheorie auf die „Lehre der völkischen Arteigenheit“²¹¹ reduziert wurde. Koch referierte hier die gleichen Thesen wie in seinem Artikel „Sind wir Faschisten?“²¹² Er sprach von der „Todfeindschaft zwischen Nationalsozialismus und Kapitalismus“, zitierte die Forderung nach einem Ständestaat sowie nach „Anteil am Gewinn, Anteil am Besitz, Anteil an der Leitung!“ und sprach sich für ein Bündnis mit „Russland“ gegen den Westen und Polen aus. Außerdem schied er peinlich zwischen der „Idee“ und ihrem „Künder“ und „Former“, wobei er der Idee des Nationalsozialismus das besondere Glück attestierte, einen „Führer“ gefunden zu haben, der ihr selbstlos diene.²¹³

Diesen Führer beschrieb der Autor nicht selbst, er übernahm vielmehr vier biographische Seiten aus Gregor Straßers „Hitlerbüchlein“.²¹⁴ Von Hitler selbst zitierte er im gesamten Buch nur drei Seiten aus „Mein Kampf“, während er Gregor Straßer beinahe den vierfachen Raum einräumte. Auch wurde der „gewaltigste Künder der Idee“ nicht zu eben dieser, sondern zum formalen Charakter der Partei zitiert, vor allem zu der in ihr notwendigen Disziplin. Diese müsse nach Hitler in Bezug auf die Programmatik gewahrt werden, wobei gerade dem „25-Punkte-Programm“ gegenüber Treue gezeigt werden müsse. Ohne auf Hitlers programmatische Einstellungen einzugehen, folgerte der Autor aus diesem Zitat, es werde so

„auch erklärlich, warum Hitler gegen Männer wie Dr. Otto Straßer und Minister Franzen“²¹⁵ trotz ihrer Verdienste vorgehen mußte – ohne damit ihre persön-

²¹¹ KOCH, NSDAP, S. 28-31.

²¹² Vgl. Kapitel 4.3.

²¹³ KOCH, NSDAP, S. 13, 18, 20-22, 33-35.

²¹⁴ Ebd., S. 36, 40.

²¹⁵ Anton Franzen trat im Juli 1931 als Minister einer Koalition der NSDAP mit der „Bürgerlichen Einheitsliste“ im Braunschweiger Landtag zurück, um die „unsoziale“ Politik Heinrich Brünnings, die von der NSDAP im Reich bekämpft wurde, nicht unterstützen zu müssen. Da Hitler jenseits aller sachlichen Bedenken die Machtposition in Braunschweig behalten wollte, kam es zum Bruch zwischen den beiden Politikern (ERNST-AUGUST RO-

liche und sachliche Stellungnahme als solche anzugreifen. Und nur durch diese unerbittliche – er selbst nennt sie ‚brutale‘ – Handhabung der geistigen und organisatorischen Disziplin konnte Adolf Hitler den gewaltigen Bau der NSDAP. nicht nur errichten, sondern auch gegen die ungeheuren Anstürme der Gegner erhalten und ausbauen.“²¹⁶

In der folgenden Beschreibung der Geschichte der NSDAP stellte der Autor besonders die Rolle Gregor Straßers – den er auch hier häufiger erwähnte als Hitler – und dessen besondere „Betonung des sozialistischen und preußischen Charakters der Idee“²¹⁷ heraus. Die „Alten Kämpfer“ lobte er als „Träger der Idee“ und „Korsettstangen der Partei“, ihr Beispiel sei „allen jungen Parteigenossen Mahnung und Verpflichtung“. Die Partizipation am „System“ durch die Teilnahme an Koalitionsregierungen sei vielen dieser alten Nationalsozialisten „– und nicht den schlechtesten –“ schwer gefallen,

„die Gerechtigkeit gebietet es festzustellen, daß die revolutionäre Haltung Dr. Otto Straßers, der scharf gegen diese Koalition Stellung nahm und nicht zuletzt aus diesem Grund die Partei verließ, innerlich von vielen alten Nationalsozialisten geteilt wurde, deren Disziplin allerdings stärker war als ihre Bedenken. – Die gleiche Gerechtigkeit aber diktiert die Feststellung, daß der weitere Verlauf der Ereignisse Adolf Hitler recht gab [...]“²¹⁸.

Mit der Einigung Deutschlands durch die „Machtergreifung“ und der „Gleichschaltung“ der Verwaltungen und politischen Körperschaften könne die nationale Revolution als beendet erklärt werden. „Bewußt sage ich hier nationale Revolution, denn die Vollendung der sozialistischen Revolution liegt noch vor uns.“²¹⁹

Koch vertrat hier ganz offen eine Linie, die weder der „Ostideologie“ Weber-Krohns noch der nach der „Machtergreifung“ von der Reichsführung der NSDAP eingeschlagenen Richtung entsprach. Er gab nicht nur seiner Verehrung für „mein[en] Freund“²²⁰, den mittlerweile in Ungnade gefallenen Gregor Straßer, Ausdruck, sondern schrieb auch positiv über den gänzlich verfeimten Otto Straßer und forderte offen die „Zweite Revolution“ und die Umgestaltung der Gesellschaft. „Die NSDAP“ war wie „Sind wir Faschisten?“ ein Appell zur Rückbesinnung, zur Richtungsänderung weg vom machtorientierten, prinzipienlos taktierenden „Hit-

LOFF, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933, Hannover 1961, S. 50-64; NOAKES, Nazi Party, S. 225).

²¹⁶ KOCH, NSDAP, S. 43f.

²¹⁷ Ebd., S. 59.

²¹⁸ Ebd., S. 64f.

²¹⁹ Ebd., S. 88f.

²²⁰ Ebd., S. 6.

lerismus“ hin zum von der Idee dominierten „nationalen Sozialismus“, also zur Position Otto Straßers. Es liegt daher nahe, dass auch „Die NSDAP“ aus der Feder Otto Straßers stammte und Koch ihm hier zum dritten Mal als Strohmann diente.²²¹

Es lässt sich nicht im Detail nachweisen, in welchem Verhältnis Otto Straßer nach der „Machtergreifung“ zu Koch stand, Straßers Untergrundgruppe, die „Schwarze Front“, scheint aber zunächst auf den ostpreußischen Gauleiter gebaut zu haben. Im Spätsommer 1933 kursierte im Ruhrgebiet, dem ehemaligen Wirkungsbereich des Wahllostoppreußen, ein Flugblatt der „Schwarzen Front“, das die Hitler-Regierung als Fortsetzung des kapitalistischen „Novembersystems“ anprangerte und die „zweite Revolution“ forderte, mit der „Revolutionäre Nationalsozialisten“ ein „sozialistisches Großdeutschland“ schaffen würden. Das Blatt endete mit der „Parole: Her mit der deutschen Revolutionsregierung: Otto Straßer – Klaus Heim – Reventlow – Gregor Straßer – Erich Koch – Scheringer!“²²²

Dieses Flugblatt überdauerte das Dritte Reich im Archiv der Gestapo, die es aber offenbar nicht gegen Koch verwendete. Es ist auch nicht bekannt, ob der ostpreußische Gauleiter um diese Forderung wusste und wie er sie bewertete. Otto Straßer benutzte ihn jedenfalls noch in seinen 1934/35 erschienenen Büchern über den „Röhm-Putsch“ ganz offen als Kronzeugen gegen die übrige NS-Führung, die seiner Ansicht nach ihre eigentlichen Absichten und Ideale aus Machtgier verleugne und sich nicht an das 25-Punkte-Programm halte:

„Handelt Stabschef Röhm deshalb nicht gerade im Sinne Hitlers und des Programms, wenn er in einem Geheimbefehl an seine SA. im April 1933

²²¹ Vgl. BA Berlin, BDC, SSO Bach, Bericht Wachlin, 6.12.35.

²²² Abgedruckt in: HANS-JOSEPH STEINBERG, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933/1945, Hannover 1969, S. 274f; Claus Heim trat Ende der 20er Jahre als radikaler Bauernführer in Schleswig-Holstein in Erscheinung und stand dabei mit Otto Straßer in Verbindung. Graf Reventlow war als Exponent des „linken“ Flügels der NSDAP bis zur Machtergreifung einer der wichtigsten Redner der Partei, Richard Scheringer hatte 1930 als Reichswehroffizier für die NSDAP geworben und war deshalb in einem spektakulären Hochverratsprozess verurteilt worden, weswegen er von der nationalsozialistischen Propaganda als Märtyrer gefeiert wurde. Während der Haft wandte er sich allerdings von der NSDAP ab und trat der KPD bei (BERGMANN/MEGERLE, S. 239, 242; KLEIN, Salomon, S. 155, 162-164; RIETZLER, S. 222, 343, 365; JOSEPH BERNARD NEVILLE, Count Ernst Reventlow, Ann Arbor 1971; CHRISTIAN STRIEFLER, Kampf um die Macht, Frankfurt/Main 1993, S. 126-141; T. VOGELANG, Der sogenannte „Scheringer-Kreis“, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. Band II, Stuttgart 1966, S. 469-471; TIMOTHY S. BROWN, Richard Scheringer, the KPD and the Politics of Class and Nation in Germany, 1922-1969, in: Contemporary European History 14/2005, S. 317-346; KARL O. PAETEL, Nationalbol-schewismus und nationalrevolutionäre Bewegungen in Deutschland, Schnellbach 1999, S. 30, 109-111, 172-175; MOREAU, S. 197f).

erklärt, daß die sozialen Zustände so unerhört seien, daß die SA. nicht mehr lange untätig zuschauen könne? Hat Erich Koch, Gauleiter und Oberpräsident von Ostpreußen, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, namens der Partei am 7. Mai zu verkünden: ‚Die Revolution ist noch nicht beendet. Dem Ablauf des äußeren Geschehens folgt die innere Gestaltung, bei der es auf die Verwirklichung der nationalsozialistischen Ideen in ihrer letzten Konsequenz ankommt.‘ Führt er damit nicht nur das Motiv fort, das ‚der Führer‘ selbst bei seiner Rede in München anschlug, als er von dem ‚nationalsozialistischen Frühling (des ersten Jahres) sprach, dem nunmehr der Sommer der Erfüllung nachfolgen müßte‘. ²²³

Koch war damit der einzige noch aktive höhere NS-Funktionär, der in diesem Buch als positive Erscheinung gewürdigt wurde, auch wenn Otto Straßer ihm vorwarf, eine „lahme Opposition“ zu betreiben und nach der „viehischen[n] Tat“ an Gregor Straßer nicht zurückgetreten zu sein. Dem Gauleiter konnten diese Aktivitäten seines ehemaligen Mitstreiters nur schaden, zumal Otto Straßer zur Charakterisierung Goebbels‘ auch noch auf Kochs Artikel „Folgen der Rassenvermischung“ von 1926 verwies, was durch die nach dem „Röhm-Putsch“ gestiegene Bedeutung des Berliners doppelt gefährlich war. ²²⁴

Otto Straßer war zudem nicht der einzige Dissident aus der „Bewegung“, der noch während der Zeit, in der der Nationalsozialismus in Deutschland fest im Sattel saß, aus dem Exil heraus Koch als einen „guten“ Nationalsozialisten darstellte und ihn ausdrücklich als Gegenpol zu anderen hohen Exponenten des Regimes darstellte. Hermann Rauschning ²²⁵, der vom Juni 1933 bis zum November 1934 erster nationalsozialistischer Senatspräsident von Danzig war, dieses Amt aber wegen Differenzen mit Gauleiter Forster aufgeben musste, veröffentlichte 1942 mit seinem Buch „Men of Chaos“ eine polemische Abrechnung mit der Führungselite des Nationalsozialismus. Darin kontrastierte er Koch und Forster, die miteinander verfeindet waren, als „*Siegfried and Hagen in the party*“ ²²⁶ und

²²³ OTTO STRAßER, Die deutsche Bartolomäusnacht, Zürich 1935, S. 58f; Vgl. DERS., Kampf, S. 95; DERS., 30. Juni. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, Prag 1934, passim.

²²⁴ DERS., Bartholomäusnacht, S. 89, 142, 183f.

²²⁵ WINFRIED HALDER, Irrtum und Umkehr eines Konservativen, in: Deutsche Autoren des Ostens als Gegner und Opfer des Nationalsozialismus, hg. v. FRANK-LOTHAR KROLL, Berlin 2000, S. 477-500; MAREK ANDRZEJEWSKI, Herman Rauschning – Homme Politique et Publiciste, in: Acta Poloniae Historica 61/1990, S. 161-181; WOLFRAM ENDER, Rauschnings Kritik des Nationalsozialismus, in: Hermann Rauschning, hg. v. JÜRGEN HENSEL/ PIA NORDBLOM, Nachdruck, Osnabrück 2003, S. 113-121; JÜRGEN HENSEL, Hermann Rauschnings politisches Itinerar vom Juli 1935 bis zum Mai 1940, in: Hermann Rauschning, S. 123-150, hier S. 146; LOEW, S. 49f, 136, 267, 298, 336.

²²⁶ HERMANN RAUSCHNING, Men of Chaos, New York 1942, S. 105.

beschrieb sie als Exponenten der beiden Richtungen, die er in der NSDAP ausmachte: Forster stand für die „nationalistische“ Richtung, er sei „*the genuine Nazi*“, der jedes Wort Hitlers glaube. Dieser „Herrenmensch“, sei „bayrisch-bäurisch rüd“²²⁷ und ein Revolutionär mit unbezähmbarem Willen, der außer diesem Willen nichts habe, keine Bildung und keinen Beruf. Sein ganzes Leben sei nur Propaganda, er glaube aber, was er sage, auch wenn er es gar nicht ganz verstehe. Letztlich sei er nur „*the primitive mouthpiece of Hitler*“²²⁸, voller Hass gegen die Slawen und feindlich gegenüber allem Rationalen und Intellektuellen. Für Hitler sei der Danziger Gauleiter, so Rauschning, der Inbegriff der neuen Jugend: ein fanatischer, kämpferischer Gläubiger.

Das Gegenbild zu Forster sah er in dessen östlichem Nachbarn: Koch stehe für die „Sozialisten“. Er sei ebenso wie Forster von unbezähmbarem Willen beseelt, fordere aber radikal die totale Revolution der Verhältnisse. Rauschning beschrieb Koch als ironisch und sprachgewandt, begierig nach neuen Idealen, aber auch fähig, über sich selbst zu lachen. „*[I]t was impossible not to feel a certain respect for men of this type [...] the type of the best of the Gauleiter and old party members [...] full of ideas and suggestions and initiative.*“²²⁹ Rauschning attestierte dem Ostpreußen eine kritische Haltung gegenüber Hitler, der in Kochs Augen kein richtiger Revolutionär sei und nicht entschieden genug gegen die alte „bessere Gesellschaft“ vorgehe: „*The gentlemen mustn't imagine*“, legte Rauschning Koch in den Mund, „*that now, with our arrival in power, the revolution is over. It's only beginning. And if that whimpering instrument Hitler doesn't squeak out our tune, we shall get another fiddle to play on.*“²³⁰

Allerdings spreche Koch selten von diesen Dingen, da er viele Feinde in der Partei habe, die solche Äußerungen gegen ihn verwenden würden, und auch Hitler habe versucht, ihn auszuschalten, um die sozialistischen Tendenzen unter den Gauleitern zu beseitigen. Wie viele andere NS-Funktionäre und auch weite Teile des Volkes betreibe der Ostpreuße Mimikry, habe sich aber stets gegen Krieg und für die Zusammenarbeit mit Russland ausgesprochen – dass Koch zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Buches als Reichskommissar für die Ukraine einer der wichtigsten deutschen Besatzungspolitiker in eben diesem Land war, tat Rauschning mit der Bemerkung ab, er könne nicht sagen, ob Koch seine Ansichten mittlerweile geändert habe. Für den Danziger Dissidenten war der ostpreußische Partei-

²²⁷ Ebd., S. 94f (im Original deutsch).

²²⁸ Ebd., S. 98f.

²²⁹ Ebd., S. 88.

²³⁰ Ebd., S. 89.

führer – wie viele andere Nationalsozialisten auch – ein Idealist, aber ein „*misguided idealist*“.²³¹

Rauschning verfasste „Men of Chaos“ unverkennbar in propagandistischer Absicht, was auch seine Beschreibung Kochs und vor allem die dem Gauleiter in den Mund gelegten Zitate relativiert.²³² Dennoch verdient allein der Umstand Beachtung, dass Rauschning, ebenso wie sieben Jahre zuvor Otto Straßer, Koch eine starke Bindung an die „sozialistische“ Idee und damit korrelierend eine eindeutig distanzierte Haltung gegenüber Hitler zuschrieb. Beide „Dissidenten“ wollten der „Bewegung“, die sie so lange unterstützt hatten und von der sie sich nun so bitter enttäuscht sahen, noch eine gute Seite abgewinnen, und rekurrten dabei auf den ostpreußischen Gauleiter, der für sie bereits während ihrer aktiven Zeit in der NSDAP einen persönlichen Bezugspunkt in einem „feindlichen“ Umfeld gebildet hatte – Otto Straßer verband mit ihm die Frühzeit der Partei im „linken“, später abtrünnigen Elberfeld, für Rauschning war Koch, allein schon wegen der abgeschiedenen geographischen Lage der Gaue Danzig und Ostpreußen, der andere ausschlaggebende NS-Führer neben dem mit ihm verfeindeten Forster.²³³

Koch war zudem einer der wenigen Funktionäre, der Otto Straßers Ideen begeistert übernahm, während Hermann Rauschning bei ihm genau die „sozialistischen“ Positionen wiederfand, die auch er vertrat. Koch war damit für beide tatsächlich die innerparteiliche Alternative, die sie suchten. Der ideologisch-politische Sonderweg Kochs endete jedoch mit der Säuberung der Partei und der – auch ideologischen – Verfestigung der Positionen des Regimes nach dem „Röhm-Putsch“. Koch reihte sich in die Reihen der mediokren NS-Führer ein, wie Straßer bereits in „Die Bartholomäusnacht“ kritisierte.

Diese Anpassung war für den ostpreußischen Stellvertreter des „Führers“ jedoch der einzig gangbare Weg, wollte er Gauleiter bleiben. Denn in den zahlreichen Auseinandersetzungen, in die er immer wieder verstrickt wurde, wurden ihm seine ideologischen Positionen und seine Kirchenpolitik

²³¹ Ebd., S. 91, 93.

²³² RAUSCHNING, *Men of Chaos*, S. IX; Vgl. DERS., *Gespräche mit Hitler*, Zürich, New York 1940; THEODOR SCHIEDER, *Hermann Rauschnings „Gespräche mit Hitler“ als Geschichtsquelle*, Opladen 1972; WOLFGANG HÄNEL, *Hermann Rauschnings ‚Gespräche mit Hitler‘ – Eine Geschichtsfälschung*, Ingolstadt 1984; GERHARD SCHREIBER, *Rezension zu Wolfgang Hänel, Hermann Rauschnings ‚Gespräche mit Hitler‘ – Eine Geschichtsfälschung*, Ingolstadt 1984, in: MGM 37/1985, S. 204-206; HALDER, S. 486-489, 494-497; PIA NORDBLÖM, *Wider die These von der bewussten Fälschung*, in: Hermann Rauschning, S. 151-174; KARL-HEINZ JANßEN, *Kümmerliche Notizen*, in: *Die Zeit* Nr. 30, 19.7.1985, S. 16.

²³³ Rauschning stand 1933/34 in Kontakt zu Koch (WACHS, S. 37-39; HAAR, S. 216f).

immer wieder vorgehalten. Am 30. Juni 1934 blieb er dennoch ungeschoren, weil nicht die „Sozialisten“ innerhalb der Partei das primäre Ziel dieser Aktion bildeten. Sie war vielmehr eine disziplinierende Maßnahme, die sich gegen diejenigen Kräfte der „Bewegung“ richtete, die sich mit Hitlers Kurs der Konsolidierung des Regimes durch Zusammenarbeit mit den konservativen Eliten nicht arrangieren wollten, in erster Linie also die SA. Diese hatte ihrem Anspruch, die „zweite Revolution“ durchführen, anstelle der Reichswehr neuer „Waffenträger“ des Reiches und führende Macht im Staate werden zu wollen, zu lange durch undisziplinierten Straßenterror Ausdruck gegeben, und erschien deshalb Hitlers Partnern in Bürokratie, Wirtschaft und Reichswehr nicht länger tragbar. Auch in der Bevölkerung hatte sie ihr in der „Kampfzeit“ aufgebautes Image als Ordnungsfaktor verloren und galt jetzt als Plage. Röhm und seine „braunen Bataillone“ wurden brutal in ihre Schranken gewiesen, was zugleich ein Warnsignal an all diejenigen war, die noch „alternative Vorstellungen“²³⁴ hegten, sich in Zukunft eng an den Vorstellungen Hitlers zu orientieren.

Koch gehörte zweifellos zu denjenigen, die durch den „Röhm-Putsch“ verwundet wurden, sein Überleben hatte er aber keineswegs jener oft zitierte „Nibelungentreue“ Hitlers zu seinen Gauleitern zu verdanken, denn diese existierte nicht, wie das Schicksal zweier anderer Gauleiter, des Pommern Wilhelm Karpenstein und des Schlesiers Helmuth Brückner, zeigte. Sie mussten im Zuge der parteiinternen Säuberungen in der Folge des 30. Juni 1934 ihr Amt aufgeben.²³⁵ Beide gehörten wie Koch zum „Straßer-Flügel“ der NSDAP, was aber nur am Rande zu ihrer Absetzung beitrug. Auch die Fehde, die Karpenstein in ähnlicher Manier wie Koch mit Darré führte, war dafür nicht entscheidend. Er stürzte in erster Linie darüber, dass er es nicht verstand, einen funktionsfähigen Staats- und Parteiapparat aufzubauen – er griff in zu starkem Maße auf verdiente, aber ungeeignete „Alte Kämpfer“ zurück – und dass er, anstatt für Ruhe und Ordnung zu sorgen, die in seinem Gau außergewöhnlich brutalen Exzesse der SA gegen politische Gegner bis weit ins Jahr 1934 hinein unterstützte. Außerdem wurde Karpenstein, der kein hohes Staatsamt hatte erringen können, der Insubordina-

²³⁴ KERSHAW, Hitler I, S. 650; Vgl. Ebd., S. 629-656; HERBERT, Best, S. 138-150; ORLOW, History II, S. 106-125; JAMIN, passim; KOEHL, Black Corps, S. 96-101; WEISBROD, S. 401f; NIEDEN/ REICHARDT, S. 36-58.

²³⁵ Während der Friedensjahre des Dritten Reiches wurden nur drei Gauleiter abgesetzt, der dritte, Wilhelm Kube (Brandenburg) allerdings wegen eines persönlichen Fauxpas. Er hatte dem obersten Parteirichter Buch aus Verärgerung einen anonymen Brief geschickt, in dem er dessen Ehefrau als Jüdin und damit Buchs Tochter, die mit Martin Bormann verheiratet war, als „Nichtarierin“ denunzierte. Da die Gestapo ihn als Absender ermitteln konnte, wurde er von Hitler sofort seines Amtes enthoben (Vgl. MOLL, Sturz, S. 2f, 10, 25, 46, 51; BRÄUNINGER, S. 197-200; MCKALE, S. 144f).

tion, Korruption und „Verfälschung“ in einem die Stabilität des Regimes gefährdenden Maße beschuldigt.²³⁶

Brückner hingegen war ein beliebter und erfolgreicher Politiker, der als Oberpräsident sogar zwei preußischen Provinzen, Ober- und Niederschlesien, vorstand. Allerdings unterhielt auch er ein enges Verhältnis zu seinem SA-Führer Edmund Heines und führte gleichzeitig eine Fehde gegen den schlesischen SS-Führer Udo von Woyrsch, der 1933 versuchte, die Ernennung des Gauleiters zum Oberpräsidenten zu verhindern und sich am 30. Juni 1934 durch eine besonders exzessive Mordserie hervortat. Brückner protestierte gegen die Morde, er soll sogar versucht haben, Woyrsch zu verhaften. Damit besiegelte er sein eigenes Schicksal, denn die SS hatte reichlich Material gegen ihn gesammelt. Unter anderem beschuldigte sie ihn der Homosexualität, was gerade nach dem „Röhm-Putsch“ als besonders schwerer Makel galt. Brückner musste im Oktober 1934 von allen Ämtern zurücktreten.²³⁷

Brückner und Karpenstein profitierten von Hitlers grundlegender Wertschätzung für seine Gauleiter, denn während die hohen SA-Führer ermordet wurden, mussten sie nur ihre Karriere aufgeben und konnten in eine – bescheidene – bürgerliche Existenz zurückkehren. „Nibelungentreue“ war das nicht, Hitlers Gunst hing vielmehr von der Leistung ab, die die einzelnen Funktionäre erbrachten. Gauleiter, die die Erwartungen des „Führers“ erfüllten, wurden dann aber auch bei erwiesenen Verfehlungen meist nicht belangt, was ihnen eine sehr starke, wenn auch nicht unangreifbare Stellung verlieh. Geradezu prototypisch traf das auf den ostpreußischen Parteiführer zu, dessen Sturz viele Beobachter aufgrund seiner in einigen Facetten beinahe schon nonkonformistischen Haltung und seiner ständigen Fehden mit „Reichsnährstand“ und SA erwarteten. Hinzu kam, dass auch er ähnlich wie Brückner eine Fehde mit dem ostpreußischen SS-Führer Erich von dem Bach-Zelewski führte.

Von dem Bach gehörte zur „Gründergeneration“ der SS. In seinem Heimatkreis Landsberg an der Warthe wurde er als erstes SS-Mitglied registriert und baute die dortigen Verbände auf. Während der „Machtergreifung“ führte er den Abschnitt XII, Frankfurt/ Oder, wo er sich als besonders brutaler Funktionär erwies und mehrere politische Morde anordnete. Bei Hitler und Himmler trug ihm diese brutale Art Hochachtung

²³⁶ MOLL, Sturz, S. 6-10; PETER LONGERICH, Die braunen Bataillone, München 1989, S. 217; GRUCHMANN, S. 348-355; BRÄUNINGER, S. 186-189.

²³⁷ NIEDEN/ REICHARDT, S. 34-36, 57f ; NEUBACH, Brückner, S. 788-797; MOLL, Sturz, S. 10-13; BRÄUNINGER, S. 189f.

ein, er galt als Spezialist für besondere Fälle.²³⁸ Im Februar 1934 übernahm er die Führung des SS-Oberabschnitts Nordost und zugleich der Staatspolizeistelle in Königsberg. Einer Tagebucheintragung Bachs vom Juni 1941 zufolge war die Versetzung nach Ostpreußen „mit den klaren Anweisungen von RFSS Himmler, der politischen Korruption in Ostpreußen entgegen zu treten“²³⁹, verbunden. Sein Vorgesetzter habe ihn zudem darauf hingewiesen, dass Koch politisch unzuverlässig sei.

Es lässt sich nicht mehr zweifelsfrei klären, ob Bach tatsächlich mit einem Auftrag, der sich explizit gegen den Gauleiter richtete, nach Ostpreußen kam – die Freundschaft, die Koch und Himmler seit den frühen zwanziger Jahren verband²⁴⁰, lässt dies wenig wahrscheinlich erscheinen. Andererseits gab es genügend Dissonanzen, die geeignet waren, diese Freundschaft in den Hintergrund zu drängen. Neben der Nähe Kochs zu Gregor und Otto Straßer, seiner „Ostideologie“, seiner Kirchenpolitik und seinem Konflikt mit Darré, dem Himmler in gewisser Weise verbunden war, standen die Eigeninteressen der SS. Der Gauleiter hemmte deren Ausbreitung eher als dass er sie förderte, indem er beispielsweise dafür sorgte, dass nur sehr wenige seiner Funktionäre und der ostpreußischen Beamten zugleich Mitglied der SS waren oder einen SS-Ehrenrang bekleideten.²⁴¹ Koch selbst gab an, die SS habe bereits Anfang der dreißiger Jahre in Ostpreußen eine bäuerliche Siedlungspolitik ähnlich wie später im „Warthegau“ betreiben wollen, was sein Widerstand aber verhindert habe. Himmler habe deshalb Bach nach Ostpreußen geschickt, um ihn, Koch, ähnlich wie Karpenstein zu „erledigen“²⁴² und durch einen SS-Mann zu ersetzen.

Dieser angebliche Versuch des noch im Aufbau befindlichen „Eliteordens“, bereits 1934/35 eine eigene territoriale Herrschaft aufzubauen, erscheint nicht sehr wahrscheinlich, auch wenn Kochs Berichte über die

²³⁸ ANDREJ ANGRICK, Erich von dem Bach-Zelewski – Himmlers Mann für alle Fälle, in: Die SS, S. 28-44, hier S. 31; RUTH BETTINA BIRN, Die höheren SS- und Polizeiführer, Düsseldorf 1986, S. 331; HEIBER, Lagebesprechungen, S. 69, 1.12.42.

²³⁹ BA Berlin, R 20/45b, Blatt 1, Tagebuch Bach, Eintragung 27.6.41; Vgl. Ebd., BDC, SSO Bach, Walthausen an Koch, 20.12.35; Bach an Wolff, 2.2.36.

²⁴⁰ „Wir waren Freunde, aber Feinde bis aufs Messer in der Sache.“ (KOCH, Interview, S. 38, 41).

²⁴¹ BA Berlin, BDC, SSO Bach, Bach an Himmler, 4.11.35; BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 48f, 50, Aussagen Koch, 15., 18.7.49; GIES, Darré, S. 17; Dienstkalender, S. 25; WIPPERMANN, Ordensstaat, S. 248f; KOEHL, Black Corps, S. 81; ROHRER, Oberpräsidentenkrise, S. 56.

²⁴² BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 47, 50, Aussage Koch, 15.7.49; 1909e, Blatt 235, Aussage Koch, 2.10.49; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 57, Lebenslauf Koch; KOCH, Interview, S. 38.

Interna des Dritten Reiches meist sehr zuverlässig sind.²⁴³ Seitens der SS wurde dem Gauleiter jedenfalls ein noch unplausiblerer Vorwurf gemacht: Er beabsichtige, die „Korridorfrage“ durch die Errichtung eines „baltischen Reiches“, bestehend aus Ostpreußen, Teilen des „Korridors“ und der baltischen Staaten, zu lösen, und könne daher bei einem Putschversuch auf ausländische Hilfe rechnen. Tatsächlich konnte ihm aber nur nachgewiesen werden, dass er im Memelgebiet unerlaubter Weise Volkstumsarbeit betrieb, die sich jedoch im konventionellen Rahmen bewegte.²⁴⁴

Eine ernsthafte Konfliktlinie zwischen Koch und der SS entstand aus dem Versuch Himmlers, die deutsche Polizei zu übernehmen. Für die Gauleiter, die ein Staatsamt bekleideten, bedeutete die Herauslösung des Exekutivorgans aus ihrer Zuständigkeit einen schweren Machtverlust, der durch die Monopolisierung der Parteinachrichtendienste beim SD noch gesteigert wurde. Koch und einige andere Oberpräsidenten wehrten sich erfolglos gegen Himmlers Vorgehen, der Konflikt, der sich zum Zeitpunkt der Versetzung Bachs erst entwickelte, erreichte auf Gauleiterebene aber nicht die Intensität wie zum Beispiel derjenige mit Darré, da er eher in Berlin denn in den Provinzen ausgetragen wurde.²⁴⁵

Für Bach hätte es also genügend Gründe gegeben, gegen Koch vorzugehen, er wurde jedoch zunächst nicht aktiv, sondern trat erst mit dem „Röhm-Putsch“ als eigenständiger Machtfaktor in Erscheinung. Im Juni 1934 wurde er vom „Reichsführer SS“ in einem persönlichen Gespräch über den bevorstehenden Schlag gegen die SA instruiert. Bach kam in einer Besprechung mit dem Stabschef des Wehrkreiskommandos, Oberst Erich Hoepner, jedoch zu dem Schluss, dass von der ostpreußischen SA keine Gefahr ausgehe, da seine Spitzel keine konspirativen Treffen oder Umsturzvorbereitungen feststellen konnten. Lediglich einen Mann hielten die beiden Offiziere für verdächtig, da er bezüglich des Privateigentums „kommunistische Ansichten“ vertrete: Gauleiter Koch. Eine wirklich Gefahr erblickten sie in ihm aber nicht, da die ostpreußische NSDAP ihrer Ansicht in all ihren Gliederungen treu zu Hitler stehe.²⁴⁶

²⁴³ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 56f, Lebenslauf Koch.

²⁴⁴ BA Berlin, BDC, SSO Bach, Bericht Wachlin, 6.12.35.

²⁴⁵ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 56f, Lebenslauf Koch; HERBERT, Best, S. 133, 146-149, 160f; GÜNTER PLUM, Staatspolizei und innere Verwaltung 1934-1936, in: VfZ 13/1965, S. 191-224; Dienstkalender, S. 13, 25f; JOHANNES TUCHEL, Heinrich Himmler, in: Die SS, S. 234-253, hier S. 239-241; PETER HOFFMANN, Die Sicherheit des Diktators, München, Zürich 1975, S. 44-46; KOEHL, Black Corps, S. 64-72, 78-81, 87-95, 112, 121-130; HANS BUCHHEIM, Die SS, Olten, Freiburg/ Breisgau 1965, S. 35-67.

²⁴⁶ ANGRICK, S. 33f.

Aufgrund dieses Befundes sah von dem Bach am 30. Juni wenig Grund, massiv gegen die SA vorzugehen. Von den über hundert SA-Funktionären, die er festnehmen ließ, wurden die meisten nach einer Belehrung wieder freigelassen, lediglich Brigadeführer Helmut Quitzrau – der ein auskömmliches Verhältnis mit dem Gauleiter pflegte – und Standartenführer Knabe wurden nach Berlin überstellt, wo Koch aber ihre Freilassung erreichen konnte. In der Provinz waren nur zwei Todesopfer zu beklagen, eines davon war SS-Obersturmführer Anton von Hohberg und Buchwald, der als Verräter im Auftrag Bachs erschossen wurde.²⁴⁷

Bach bedauerte anderthalb Jahre später, den Gauleiter am 30. Juni „begnadigt“ zu haben, obwohl er die „Machtmittel“ besessen habe, ihn erschießen zu lassen.²⁴⁸ Bach machte diese Aussage allerdings auf dem Höhepunkt eines Konfliktes, der sich im Sommer 1934 erst abzuzeichnen begann. Während des „Röhm-Putsches“ bot Koch Bach noch keinen Grund zu einer derart harten Maßnahme, zumal ein subalternen SS-Führer wohl kaum berechtigt war, zu entscheiden, ob ein führerunmittelbarer Gauleiter „hinzurichten“ sei oder nicht.²⁴⁹ Die SS war eine aufstrebende Organisation, die sich erst durch ihre Rolle beim „Röhm-Putsch“ als eigenständige Kraft etablierte, während Koch, der Sieger der „Arbeitsschlacht“, ein etablierter und prominenter Gauleiter war. Er hatte die Verwaltung und den Parteiapparat seines Gaues im Griff, und seine Wirtschaftspolitik wurde als vorbildlich gepriesen. Mit der SA lag er ständig im Streit, weswegen ihr Verhalten ihm kaum zum Vorwurf gemacht oder er als Parteigänger Röhm dargestellt werden konnte. Bis zum Sommer 1934 ließ er sich keine allzu auffälligen persönlichen Verfehlungen zuschulden kommen, und in der Säuberungswelle nach dem „Röhm-Putsch“ wurde er, anders als Karpenstein oder Brückner, nicht behelligt. Es erscheint daher äußerst unwahrscheinlich, dass Bach eine Vollmacht besaß, Koch zu liquidieren.

Der Gauleiter bot ihm auch keine Möglichkeit, gegen seine Person vorzugehen, denn er verbrachte den 30. Juni 1934 auf einem niederländischen Kriegsschiff, das in Pillau vor Anker lag. Dieser Truppenbesuch Kochs gab schon der SS Anlass zu Spekulationen, es kann aber heute nicht

²⁴⁷ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 58, Lebenslauf Koch; ANGRICK, S. 34f; Vgl. JAMIN, S. 350; Der Spiegel, 7.1.1959, S. 22-25; HEINZ HÖHNE, Mordsache Röhm, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 319; HEINRICH BENNECKE, Die Reichswehr und der „Röhm-Putsch“, München 1964, S. 87.

²⁴⁸ BA Berlin, BDC, SSO Bach, Bericht Wachlin, 6.12.35.

²⁴⁹ Bach selbst bestätigte indirekt, dass es ihm nicht möglich war, selbständig gegen den Gauleiter vorzugehen, indem er im Zusammenhang mit der „Oberpräsidentenkrise“ nie von eigenen, direkt gegen Koch gerichteten Schritten sprach, sondern nur davon, dass er versucht habe, „die höchsten Staatsstellen endlich zum Handeln zu veranlassen“ (BA Koblenz, Z 42 IV 1909c, Blatt 200, Aussage Bach, 2.9.49).

mehr geklärt werden, ob Koch gewarnt worden war und sich in Sicherheit gebracht hatte, oder ob er sich zufällig auf dem Schiff aufhielt.²⁵⁰ Koch ließ die Erschießung Hohbergs untersuchen, konnte eine Tatbeteiligung Bachs jedoch nicht nachweisen. Dennoch beschwerte er sich bei Heß in einer umfangreichen Denkschrift, worin er auch die Absetzung Bachs forderte. Seine Bemühungen blieben zwar erfolglos, der Gauleiter machte sie aber zusammen mit der von ihm veranlassten Befreiung der beiden verhafteten SA-Führer für den Hass Himmlers und vor allem Bachs gegen sich verantwortlich. Himmler habe ihm, so Koch, des öfteren gesagt, „er könne mir nie vergessen, dass ich ihm in den Arm gefallen sei.“²⁵¹

Kochs Konflikt mit dem SS-Führer nahm in den folgenden Monaten immer schärfere Formen an, da Bach nun dazu überging, die undurchsichtigen Geschäfte der Parteikader zu untersuchen. Noch 1934 ließ er einen engen Vertrauten Kochs, Kreisleiter Kurt Knuth, unter der Beschuldigung, er habe Spenden erpresst und Göring beleidigt, festnehmen.²⁵² Die Situation eskalierte schließlich im Frühjahr 1935, als Bach mehrere Funktionäre wegen persönlicher Verfehlungen verhaften ließ.²⁵³ Er nutzte seine exekutive Funktion auch dafür, einzelne Parteiführer den Wünschen der SS gegenüber gefügig zu machen, wobei vor allem die Inhaftierung des Parteirichters Daniel Strube und des Vizepräsidenten der Handelskammer, Richard Goerges, geharnischte Proteste Kochs auslöste.²⁵⁴ Der Gauleiter sah die Parteigerichtbarkeit und damit sein wichtigste Disziplinierungsinstrument, beziehungsweise durch den Verlust eines seiner bedeutendsten Geschäftspartner seine wirtschaftliche Basis, in Gefahr. Im Fall Goerges warf Koch daher grundsätzliche Fragen auf: Es ginge nicht darum, ob das Verhalten Goerges‘ richtig oder falsch gewesen sei, sondern darum, ob ein

²⁵⁰ BA Berlin, BDC, SSO Bach, Bericht Wachlin, 6.12.35; GRUCHMANN, S. 462.

²⁵¹ BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 235f, Aussage Koch, 2.10.49; vgl. Blatt 196, Aussage Koch, 16.9.49; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 58, Lebenslauf Koch; CASPER, S. 260.

²⁵² BA Berlin, BDC, SSO Bach, Bach an Himmler, 1.8.35; Bach an Himmler, 18.10.35; Bericht Wachlin, 6.12.35; Schreiben Knuth, undatiert; BDC, OPG Knuth, passim.

²⁵³ Ebd., BDC, SSO Bach, Bach an Himmler, 20.8.35.

²⁵⁴ Bach ließ Strube verhaften, weil dieser die Aufnahme eines Verwandten des mit Bach befreundeten Grafen Dohna-Finckenstein in die Partei ablehnte und Dohna wegen dessen Engagement für die „Bekennende Kirche“ angehen wollte. Goerges wurde beschuldigt, einen illegalen Nachrichtendienst zu betreiben und Hitlers Zimmer im Königsberger Park-Hotel abgehört zu haben (Ebd., BDC, OPG Strube, passim; SSO Bach, Schriftwechsel Juni bis August 1935; Koch an Gestapo Berlin, 12.7.35; BDC Goerges, passim).

alter Parteigenosse überhaupt verhaftet werden dürfe, und dass der Gauleiter darüber informiert werden müsse.²⁵⁵

Koch drängte bei Himmler nun massiv auf die Ablösung Bachs, da dieser sich, so der Gauleiter, für seine Vorwürfe nicht entschuldigen wolle und sich weigere, mit ihm zusammenzuarbeiten, vor allem im Kampf gegen die „katholische Reaktion“.²⁵⁶ Mit diesen Protesten machte der Gauleiter seinen ostpreußischen Konkurrenten erst auf sich aufmerksam. Bach warf Goerges vor, sich beziehungsweise seine Dienststelle an der Erpressung verhafteter Juden bereichert zu haben, und schloss aus der heftigen Reaktion Kochs, dass dieser davon profitiert habe.²⁵⁷ Bach fand aber keine Zeit, diesem Verdacht nachzugehen, da er sich während einer Rede des Reichswirtschaftsministers Hjalmar Schacht selbst ins Abseits manövrierte. Schacht lobte während der Eröffnung der Ostmesse in Königsberg vor Regierungsvertretern und Diplomaten die Aufbauleistung in Ostpreußen, und dabei ganz besonders Koch, um dann im Anschluss die voluntaristische und von ökonomischen Gesetzmäßigkeiten gelöste Wirtschaftsauffassung vieler Nationalsozialisten zu kritisieren und mit Rücksicht auf die Wirtschaft eine Kanalisierung der antijüdischen und antikirchlichen Maßnahmen zu fordern.²⁵⁸ Koch applaudierte ihm dabei, wohingegen Bach noch während der Rede demonstrativ „klirrend“ den Saal verließ. Er gab später zu Protokoll, ihn habe vor allem das Lob für und der Beifall von Koch gestört, da dieser die von Schacht beanstandete Haltung selbst gezeigt habe.²⁵⁹

Die Rede, die im Rundfunk übertragen wurde, erregte erhebliches Aufsehen und wurde im In- und Ausland als Angriff auf die nationalsozialistische Führung gesehen. Hitler sah dennoch davon ab, Schacht zu maßregeln²⁶⁰, was wiederum Bachs Verhalten zu einem Bumerang werden ließ. Schacht und Koch, der im Fauxpas seines Gegenspielers sofort den eigenen Vorteil erkannte, beschwerten sich bei Himmler und forderten die Ablösung des SS-Führers. Koch strich dabei nicht nur den politischen Schaden heraus, den Bach durch den Eklat verursacht habe, sondern auch den

²⁵⁵ BA Berlin, BDC, SSO Bach, Koch an Gestapo Berlin, 12.7.35; Bach an Stellv. Chef und Inspekteur der Pr. Geheimen Staatspolizei, 1.8.35.

²⁵⁶ Ebd., Koch an Himmler, 12.8.35; Bach an Himmler, 20.8.35.

²⁵⁷ Ebd., Stapoleitstelle Königsberg an Geheimes Staatspolizeiamt Berlin, 8.6.35.

²⁵⁸ SCHACHT, Rede; Vgl. DERS., 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, S. 440f; ALBERT FISCHER, Hjalmar Schacht und Deutschlands Judenfrage, Köln u.a. 1995, S. 162-173.

²⁵⁹ BA Berlin, BDC, SSO Bach, Bach an Reichsführer SS, 20.8.35; FISCHER, Schacht, S. 167f.

²⁶⁰ SCHACHT, 76 Jahre, S. 443; FISCHER, Schacht, S. 166f, 173; Akten der Reichskanzlei, Band II, Teilband 2, München 1999, S. 743f; KERSHAW, Hitler I, S. 710f.

wirtschaftlichen Schaden durch die Verhaftung Goerges'.²⁶¹ Der SS-Führer wurde tatsächlich am 21. August, drei Tage nach Schachts Rede, beurteilt, aber bereits am 3. September, versehen mit einem Verweis wegen seines Verhaltens, wieder als Leiter der Staatspolizeistelle eingesetzt.²⁶² Koch protestierte heftig gegen diese Rehabilitierung – Bach untergrabe jegliche Zusammenarbeit, betreibe eine eigene Kirchenpolitik und informiere ihn nicht über seine Maßnahmen²⁶³ –, war damit aber nicht erfolgreich.

Das Klima zwischen ihm und der SS war jetzt endgültig vergiftet. Selbst der lange Jahre mit Koch befreundete Heinrich Himmler, der zu dieser Zeit anscheinend selbst mit ihm aneinander geraten war, beurteilte das Verhalten des Gauleiters mittlerweile als Affront gegen seine Organisation. Die SS werde in Ostpreußen nicht gebührend behandelt, befand er, Koch führe ein Willkürregiment und habe nach der SA, dem Reichsnährstand und der Reichswehr jetzt auch die SS gegen sich aufgebracht.²⁶⁴ Im September 1935 spitzte sich schließlich der Streit um die Unterstellung der Polizei auch in Ostpreußen derart zu, dass das Preußische Innenministerium Querelen zwischen Koch und Bach als Beweis wertete, dass es dringend einer gesetzlichen Regelung bedürfe, um die Stapo den Regierungspräsidenten zu unterstellen.²⁶⁵

Dieses Votum drängte die SS anscheinend in die Defensive, denn obwohl sich Bach weiterhin bei Himmler und Bormann über seinen Kontrahenten beschwerte, konnten weder er noch sein „Reichsführer“ bei Hitler eine klärende Entscheidung erwirken. „Nach Vortrag beim Führer am 18.10.35 soll SS-Gruppenführer von dem Bach-Zelewski in Ostpreußen bleiben und gute Nerven bewahren“²⁶⁶, ließ Himmler beinahe defätistisch verlauten. Hitler entschied erst Ende Oktober, an der Dienststellung der

²⁶¹ BA Berlin, BDC, SSO Bach, Koch an Himmler, 20.8.35.

²⁶² Ebd., Personalreferent Reichsführer SS an SS Oberabschnitt Nordost, 21.8.35, 4.9.35; Best an Bach, 3.9.35.

²⁶³ BA Berlin, NS 19/2822, Koch an Pr. Innenministerium, 7.9.35.

²⁶⁴ BA Berlin, BDC, OPG Strube, Himmler an Buch, 1.9.35; Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 50, Aussage Koch, 18.7.49; Auf Auseinandersetzungen mit der Reichswehr gibt es nur einige vage Hinweise (BA Koblenz, Z 42 IV 1909c, Blatt 199, Aussage Bach, 2.9.49; 1909e, Blatt 191, 235, Aussagen Koch, 16.9., 2.10.49; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 61, Lebenslauf Koch; LÖFFLER, S. 59f, 64, 70f, 75; HEINRICH BÜCHELER, Hoepner, Herford 1980, S. 63f, 73f.

²⁶⁵ BA Berlin, NS 19/2822, Pr. Innenministerium an Pr. Ministerpräsidenten, 3.9.35; Vgl. HEINZ HÖHNE, Der Orden unter dem Totenkopf, Gütersloh 1967, S. 179f.

²⁶⁶ BA Berlin, BDC, SSO Bach, Reichsführer SS an Chef SS-Hauptamt, 31.10.35; Vgl. Ebd., Bach an Himmler, 18.10.35, 4.11.35; Bach an Bormann, 31.10.35.

Staatspolizeistelle Königsberg nichts zu ändern²⁶⁷, was nicht zur Entspannung der Situation beitrug.



Abb. 4: Der „Reichsführer SS“, der Führer der „Deutschen Arbeitsfront“ und der „Ostpreußenführer“: Heinrich Himmler, Robert Ley und Erich Koch, ca. 1936

Himmler schien der schwächere Part zu sein, bis es ihm gelang, Ministerpräsident Göring als Verbündeten zu gewinnen, obwohl dieser ursprünglich ein „mehr als gut[es], freundschaftlich[es]“²⁶⁸ Verhältnis zu Koch gepflegt hatte. Koch hatte Göring aber bereits 1933 als reaktionär bezeichnet, weil dieser sich um gute Beziehungen zu Hindenburg bemühte und deshalb Oberpräsident Kutscher im Amt halten wollte. Außerdem hatte der Gauleiter die ostpreußische Personalpolitik und den Wirtschaftsaufbau teilweise ohne Zustimmung oder sogar entgegen den Absichten Görings betrieben, und damit dessen Unmut erregt.²⁶⁹ Zum Bruch zwischen den beiden Funktionären kam es anscheinend aber erst, als der Gauleiter, dem selbst Bach bescheinigte, dass er „bescheiden und anspruchslos lebte“²⁷⁰, im „Kamera-

²⁶⁷ BA Berlin, NS 19/2822, Himmler an Pr. Ministerpräsidenten, 1.11.35.

²⁶⁸ KOCH, Interview, S. 40.

²⁶⁹ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 51, Lebenslauf Koch.

²⁷⁰ BA Koblenz, Z 42 IV 1909c, Blatt 200, Aussage Bach, 2.9.49.

denkreis“ eine Bemerkung über den aufwendigen und „unsozialen“ Lebensstil des prachtliebenden „Renaissancemenschen“ Göring machte, die, so Koch, Himmlers Agenten dem Ministerpräsidenten „entstellt und aufgebaut“²⁷¹ hinterbracht hätten. Göring fühlte sich anscheinend beleidigt und ließ sich bereitwillig von Himmler für dessen Kampf gegen Koch vereinnahmen. Er stellte Himmler seinen Spezialisten für Korruptionsfälle, Reichskriminalrat Josef Meisinger, zur Verfügung, der zusammen mit Bach und einigen Gestapobeamtenden den „Fall Koch“ untersuchte – was zunächst nur bedeutete, dass die Beamten verdeckt und inoffiziell Belastungsmaterial sammelten. Das Sonderreferat der Zentralstaatsanwaltschaft im Justizministerium, das für Strafverfahren gegen führende Persönlichkeiten der Partei zuständig war, wurde nicht eingeschaltet. Ihm wurde auch kein entsprechendes Material zugeführt, was den politischen Charakter des Verfahrens gegen Koch deutlich machte, in dem es weniger um die Bekämpfung der Korruption ging als darum, einen unbequemen Funktionär zu stürzen.²⁷²

5.7. „... ,zu klein kariert‘ aufgezogen“²⁷³ – „Oberpräsidentenkrise“

Schließlich war es ein enttäuschter Funktionär Kochs, der den Ermittlern den Anlass und das notwendige Material bot, um offen gegen den Gauleiter vorzugehen. Paul Wolff war ein früher und engagierter Mitarbeiter Kochs, der seinen Gauleiter schon vor 1933 mit Interna aus der Königsberger Stadtverwaltung, für die er arbeitete, versorgt hatte. Er war damit, wie sein Gauleiter später urteilte, „eine der Hauptfiguren im Königsberger Kommunkampf“, „auf Grund seines Materials und seiner Kenntnisse wurde [...] ein Personalwechsel in der Stadtverwaltung Königsberg durchgeführt“²⁷⁴.

²⁷¹ Ebd., 1909a, Blatt 51, Aussage Koch, 18.7.49; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 65f, Lebenslauf Koch; Eventuell spielte auch ein Streit Kochs mit Göring um die Gewinne der „Deutschen Briefkastenreklame GmbH“, an der Koch beteiligt war, eine Rolle (HERMANN KAIENBURG, *Die Wirtschaft der SS*, Berlin 2003, S. 212-214; Vgl. VARGA, S. 266f; PÄTZOLD, Streicher, S. 267-269).

²⁷² BA Koblenz, Z 42 IV 1909c, Blatt 199f, Aussage Bach, 2.9.49; 1909f, Blatt 99, Aussage Haacke, 13.10.49; Vgl. HÖHNE, *Orden*, S. 81, 166, 172, 222; CHRISTOPH GRAF, *Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur*, Berlin 1983, S. 218.

²⁷³ BA Ost-Dok 10/3, Blatt 53, Bericht Friedrich.

²⁷⁴ BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 232, Aussage Koch, 2.10.49; Vgl. Ebd., Blatt 119, Brief Wolff, undatiert; BA Bayreuth, Ost-Dok 10/3, Blatt 25, Bericht Friedrich; WOLFF, S. 18.

Wolff wurde dazu in die entscheidende Stellung befördert: Im Juli 1933 wurde er mit dem Personaldezernat betraut.

Seine Aufgabe dort erfüllte er zunächst zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten, dann eckte er jedoch immer mehr an, da er nicht alle Personalwünsche erfüllen wollte. Vor allem mit dem Gauamtsleiter für Kommunalpolitik, Max Klimmek, geriet er immer wieder aneinander, so dass er schließlich Anfang 1935 ein Parteiausschlussverfahren gegen Klimmek beantragte. Da er sich nicht wie vom Gaugericht vorgeschlagen gütlich einigen wollte, wurde ihm im August des Jahres sein Dezernat entzogen und ein weniger wichtiges übertragen.²⁷⁵ Wolff, der diese Zurücksetzung nicht akzeptieren wollte, verfasste daraufhin eine umfangreiche, auf den 23. September 1935 datierte Denkschrift, die er dem zu dieser Zeit in Ostpreußen weilenden Göring zur Weitergabe an den „Führer“ übergab. Darin gerierte er sich in typisch nationalsozialistischer Manier als altruistischer Parteigenosse, der sich aus „[t]iefste[r] Besorgnis um die Sauberkeit und das Ansehen der Partei“²⁷⁶ an seinen Führer wende. Dann zählte er eine Reihe von Fällen auf, in denen die Parteiführung, in erster Linie der stellvertretende Gauleiter, versucht habe, ungeeignete „Alte Kämpfer“ in gut bezahlte Positionen zu hieven oder Verfehlungen von Parteigenossen – vom Spesenbetrug bis zur sexuellen Belästigung – zu decken.

Den stellvertretenden Oberpräsidenten Bethke stellte Wolff als notorischen Alkoholiker dar, der in der Öffentlichkeit negativ auffalle und bereits einen tödlichen Unfall verursacht habe, ohne dass dies für ihn Konsequenzen gehabt hätte. Außerdem deutete er homosexuelle Neigungen des Funktionärs an. Gauorganisationsleiter Dargel warf er Versicherungsbetrug, Rechtsübertretungen und unsaubere Geschäfte im Namen der Partei vor, den Gauamtsleiter für Beamte, Alfred Preuß, bezichtigte er des verbotenen, zum Teil sogar erpresserischen Spendensammelns und der Unterschlagung der Gelder. Einer ganzen Reihe von Funktionären, darunter Bethke, Großherr, Dargel, Klimmek und SA-Führer Quitzrau, warf er vor, sie hätten

²⁷⁵ BA Berlin, BDC, OPG Wolff, Blatt 135-137, Bericht über das Ergebnis der [...] Voruntersuchung in der Parteigerichtssache gegen Pg. Paul Wolff, Königsberg/ Pr., 31.5.37 (im folgenden zitiert als BA Berlin, BDC, OPG Wolff, Bericht Voruntersuchung); Blatt 19, Aussage Wolff, 18.12.36; PK Wolff, Urteil Oberstes Parteigericht, 15.10.37, S. 2, 4-7; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 233, Aussage Koch, 2.10.49.

²⁷⁶ Zitiert nach BA Berlin, BDC, PK Wolff, Urteil Oberstes Parteigericht, S. 2; Die Originale der Denkschrift sind verlorengegangen, sie kann aber aus den Akten der Untersuchungen gegen Wolff rekonstruiert werden.

versucht, sich auf Kosten einer gemeinnützigen Stiftung Eigenheime bauen zu lassen.²⁷⁷

Den Gauleiter selbst konnte er mit diesen Fällen meist nicht direkt in Verbindung bringen, er warf ihm aber vor, das Fehlverhalten seiner Paladine gedeckt zu haben. Außerdem habe Koch den Generalstaatsanwalt angewiesen, Strafverfahren gegen Parteigenossen nur mit seiner Genehmigung zu eröffnen, und eine „arisierte“ Villa bezogen. Seinen Funktionären habe er als Richtlinie mitgegeben, sie könnten „alles machen, Mord, Raub, Blutschande, Ehebruch,“ er werde sie decken. Würden sie jedoch gegen seine politische Linie „anrennen“, dann werde er sie „umlegen“²⁷⁸ lassen. In seinem Schlusswort machte Wolff schließlich „die charakterliche Grundeinstellung des Gauleiters Pg. Koch“²⁷⁹ dafür verantwortlich, dass alle von der NSDAP in Ehren gehaltenen Werte in Ostpreußen missachtet würden und verlangte kaum verhohlen die Ablösung des Parteiführers.

Es ist eher unwahrscheinlich, dass Wolffs Beschwerde den „Führer“ erreichte. Göring gab die Denkschrift offenbar an die Parteileitung weiter, die Koch – anscheinend inoffiziell – im November 1935 informierte.²⁸⁰ Der Gauleiter bestellte daraufhin Wolff ins Oberpräsidium, um ihn zur Rede zu stellen. Das heftig geführte Rencontre, bei dem auch Oberbürgermeister Will und Kochs Stellvertreter Großherr anwesend waren, endete mit Handgreiflichkeiten, die allem Anschein nach von Koch ausgingen. Wolff flüchtete mit „blutüberströmtem Gesicht“²⁸¹ zu Gestapa-Chef Bach-Zelewski und bat diesen um Schutz.

Damit hatte sich Wolff an die richtige Adresse gewandt, denn der SS-Führer, dem die Denkschrift bereits von seinen vorgesetzten Stellen zugespielt worden war, brannte geradezu darauf, jeden Anlass zum Vorgehen gegen den Gauleiter auszunutzen. Bach ließ Wolff polizeiärztlich untersuchen, in Schutzhaft nehmen und leitete eine Untersuchung ein. Unterstützung erhielt er dabei aus Berlin und München. Himmler selbst erschien zusammen mit den SS-Gruppenführern Reinhard Heydrich und Karl Wolff

²⁷⁷ Ebd., OPG Wolff, Blatt 155-166, Bericht Voruntersuchung; Vgl. Ebd. OPG Preuss, Beschluss Gaugericht Ostpreußen, 13.1.37; BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 57, Hardt an Schlegelberger, 19.3.37.

²⁷⁸ BA Berlin, BDC, OPG Wolff, Blatt 167, Bericht Voruntersuchung; Vgl. Ebd., Blatt 146-149, 164f, Bericht Voruntersuchung.

²⁷⁹ Zitiert nach: Ebd., PK Wolff, Urteil Oberstes Parteigericht, 15.10.37, S. 26.

²⁸⁰ BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 107f, Aussage Wolff, 25.7.49; 1909e, Blatt 234, Aussage Koch, 2.10.49; WOLFF, S. 77.

²⁸¹ BA Koblenz, Z 42 IV 1909c, Blatt 200, Aussage Bach, 2.9.49; Vgl. Ebd., 1909a, Blatt 299, Aussage Weber, 27.7.49; 1909e, Blatt 233, Aussage Koch, 2.10.49; BA Berlin, BDC, PK Wolff, Urteil Oberstes Parteigericht, S. 28f; OPG Wolff, Blatt 124f, Bericht Voruntersuchung; CASPER, S. 268-270.

an der Spitze einer Untersuchungskommission, die „hunderte von Zeugen“²⁸² vernahm und außer gegen Koch auch gegen Gauamtsleiter Preuß und Oberbürgermeister Will ermittelte. Nach knapp einer Woche zeigte die Arbeit der Kommission Wirkung: „Wohl am 26. November“²⁸³ wurde Koch von Göring seines Amtes als Oberpräsident enthoben, Regierungspräsident Friedrich, ein aus der „Systemzeit“ übernommener Beamter, wurde mit seiner Vertretung beauftragt.

Der Gauleiter fuhr nach Berlin, um bei Heß Unterstützung zu suchen. Die Situation war für ihn, der nach eigenen Angaben „unter strengster Beobachtung der Gestapo“ stand, so ernst, dass Heß ihn bat, aus dem Hotel „Kaiserhof“ in die Reichskanzlei zu ziehen, da er sonst nicht für seine Sicherheit garantieren könne. Koch, der fürchtete, sich dadurch der SS, die für die Bewachung der Reichskanzlei zuständig war, auszuliefern, lehnte dies ab, und zog statt dessen in die Wohnung des Reichsbischofs Müller um.²⁸⁴ Gleichzeitig machte er seine Sympathisanten mobil. In der Parteispitze war es Heß, der sich für ihn einsetzte, in Ostpreußen organisierte sein Stellvertreter Großherr eine Solidaritätskampagne. Die Kreisleiter wurden nach Berlin geschickt, um sich bei Göring, Heß und Ley für ihren Gauleiter einzusetzen, und wie vor Kochs Ernennung 1933 wurden Massen von Telegrammen, vor allem von Behördenchefs und Führern von Wirtschaftsverbänden und Parteigliederungen, an Hitler und die Reichsspitze gesandt.²⁸⁵ Reichsbischof Müller verfasste eine Denkschrift zu Gunsten Kochs, die er auch von verschiedenen Gutsbesitzern unterzeichnen ließ.²⁸⁶ Der Gauleiter selbst versuchte vergebens, über Bekannte Wolffs auf diesen einzuwirken, seine Denkschrift zurückzuziehen. Einem Freund Wolffs bot er für diese Dienste angeblich sogar ein Rittergut an.²⁸⁷

In dieser Situation spielte der „Königsberger Kreis“ erneut eine wichtige Rolle, obwohl auch bei einigen seiner Mitglieder Ernüchterung über das Dritte Reich eingetreten war. Gerade sein führender Kopf, der „ethische

²⁸² BA Koblenz, Z 42 IV 1909c, Blatt 199f, Aussage Bach, 2.9.49; Vgl. Ebd., 1909d, Blatt 57, Hardt an Schlegelberger, 19.3.37; WOLFF, S. 80f; CASPER, S. 268; BAJOHR, Parvenüs, S. 162.

²⁸³ WOLFF, S. 82.

²⁸⁴ BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 51, Aussage Koch, 18.7.49; KOCH, Interview, S. 39f.

²⁸⁵ WOLFF, S. 83.

²⁸⁶ BA Koblenz, Z 42 IV 1909c, Blatt 200, Aussage Bach, 2.9.49.

²⁸⁷ Ebd., 1909a, Blatt 101-105, Aussage Baltrusch, 25.7.49; 1909b, Blatt 318, Aussage Böhme, 22.8.49; 1909c, Blatt 368, Aussage Achilles, 23.8.49; 1909e, Blatt 224, Aussage Koch, 29.9.49.

Rigorist“²⁸⁸ Schulenburg, kritisierte den „Byzantinismus“, die Abkehr vom „Sozialismus“ und die mangelnde Volksnähe des Regimes. Wegen dieser Fehlentwicklungen entfremdete er sich immer mehr von der Gauleitung und verlor im Laufe des Jahres 1934 seine dortigen Ämter. Ende November 1934 wechselte er als Landrat nach Fischhausen.²⁸⁹ Wie viele andere Beamte auch hielt er seinem Gauleiter weiterhin dessen vorsichtige, qualifizierte Beamte bevorzugende Personalpolitik der Anfangszeit und seine vergleichsweise zurückhaltenden Eingriffe in die Verwaltung zugute und machte Kochs engeren Mitarbeiterstab sowie die Machtmechanismen und materiellen Verlockungen des Dritten Reichs für dessen Irrweg verantwortlich. Schulenburg sagte deshalb trotz aller Bedenken für Koch aus und dürfte damit den anderen Mitglieder des „Königsberger Kreises“, die sich stets auf ihn bezogen, ein Beispiel geboten haben.²⁹⁰

Gerade die Unterstützung der mittlerweile in Berlin tätigen Mitglieder des Kreises war für Koch außerordentlich hilfreich. Besonders Helmut von Wedelstädt, der als enger Vertrauter Kochs galt und als Personalreferent im Innenministerium dem einflussreichen Staatssekretär Grauert nahe stand, aktivierte seine Verbindungen zur Spitze der Verwaltung.²⁹¹ Andere „Königsberger“ unterhielten ähnliche Kontakte, es kann aber nicht nachgewiesen werden, ob sie diese zur Verteidigung Kochs nutzten. Daneben soll sich auch der Regierungspräsident von Westpreußen, Budding, in Berlin für Koch eingesetzt haben.²⁹²

Eine derartige Unterstützung erschien bitter notwendig, denn Koch galt bei vielen Beobachtern bereits als gescheitert. Selbst im Außenministerium wurden Überlegungen angestellt, ob der Danziger Gauleiter Forster wegen

²⁸⁸ HEINEMANN, Rebell, S. 44.

²⁸⁹ Ebd., S. 39-42; DERS., Fritz-Dietlof von der Schulenburg, in: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hg. v. JÜRGEN SCHMÄDEKE/ PETER STEINBACH, München, 1985, S. 417-435, hier S. 421; ALBERT KREBS, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg, Hamburg 1964, S. 111; SCHWERIN, Köpfe, S. 102f, 225; DERS., Der Weg der „jungen Generation“ in den Widerstand, in: Widerstand, S. 460-471, hier S. 470; LIEBCHEN, S. 69-107; GROEBEN, Landräte, S. 101-103; MARION GRÄFIN DÖNHOF, „Um der Ehre willen“, Berlin 1994, S. 80-100.

²⁹⁰ Schulenburg an Koch, 31.12.35, in: HEINEMANN, Rebell, S. 44, 193; Vgl. Schulenburg an Koch, 12.7.33, in: KREBS, S. 111; SCHWERIN, Köpfe, S. 100-102; GROEBEN, Provinz, S. 251-256; DERS., Streiflichter, S. 41; DERS., Dienst, S. 43, 63-66, 236, 239; DERS., Landräte, passim; DERS., Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg (1902-1944), in: Persönlichkeiten, S. 469-473; CASPER, passim; BAJOH, Parvenüs, S. 70, 192f.

²⁹¹ GROEBEN, Dienst, S. 50; DERS., Land, S. 264f.

²⁹² DERS., Dienst, S. 52; DERS., Streiflichter, S. 39, 147, 156; DERS., Verwaltung, S. 355f, 382; CASPER, S. 242, 245, 252-257; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 198, Aussage Koch, 17.9.49; NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 3, hg. v. HANS BOHRMANN, München u.a. 1987, S. 442, 20.7.35.

seiner im Vergleich zu Koch deutlich polenfeindlicheren Haltung als neuer Oberpräsident Ostpreußens tragbar sei²⁹³, und auch Koch glaubte wohl nicht mehr daran, die Affäre politisch überleben zu können.²⁹⁴

Am 22. Dezember 1935 kam es schließlich in der Reichskanzlei zu einem „Scherbengericht“ über Koch. Hitler hatte dazu Göring, Heß, Himmler und Parteirichter Buch, nicht aber die beiden Hauptkonkurrenten Koch und Bach geladen. Heß ergriff die Partei Kochs und wies alle Angriffe gegen den Gauleiter zurück.²⁹⁵ Dies dürfte ihm nicht übermäßig schwer gefallen sein, da die Vorwürfe, gemessen an der allgemeinen Praxis des Dritten Reiches, keineswegs so schwerwiegend waren, wie sie es nach Einschätzung der Gegner Kochs sein sollten. Korruption gehörte geradezu zur „sozialen Praxis“ des Regimes, sie diente als Ausgleich für die nicht vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten und wurde daher von Hitler gefördert. Besonders die Alimentierung „Alter Kämpfer“ spielte dabei eine wichtige Rolle und wurde von Bormann schließlich sogar zur Ehrenpflicht der Gauleiter erklärt.²⁹⁶

Heß' Aufgabe wurde offenbar dadurch erleichtert, dass sich Göring nicht auf die Verhandlung vorbereitet hatte. Er ließ sich von Heß überzeugen und soll sich schließlich gar von Himmler über die wahre Natur der Angriffe auf Koch betrogen gefühlt haben, womit er in der ihm zugedachten Rolle als Ankläger ausfiel. Den Vorwürfen gegen Koch dürfte damit die Spitze genommen worden sein, Hitler soll sogar zu der Ansicht gekommen sein, sie seien ungerechtfertigt.²⁹⁷ Die Lobbyarbeit, die der „Königsberger Kreis“ in Berlin betrieb, und die in Ostpreußen losgetretene Solidarisierungskampagne dürften darüber hinaus dazu beigetragen haben, den Diktator für seinen ostpreußischen Stellvertreter einzunehmen. Hitler sprach Koch schließlich frei und setzte ihn wieder in sein Amt als Oberprä-

²⁹³ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Serie C: 1933-1937. Das Dritte Reich: Die Ersten Jahre. Band IV,2: 16. September 1935 bis 4. März 1936, Göttingen 1975, S. 908f, Dokument 468 (im Folgenden zitiert als ADAP, Serie ...); SCHENK, Hitlers Mann, S. 60.

²⁹⁴ Vgl. Schulenburg an seine Frau, Dezember 1935, in: HEINEMANN, Rebell, S. 271.

²⁹⁵ BA Koblenz, N 1094 I 65a, Tagebuch Darré, 24.12.35; Z 42 IV 1909c, Blatt 201, Aussage Bach, 2.9.49; 1909e, Blatt 236, Aussage Koch, 2.10.49.

²⁹⁶ BAJOHR, Parvenüs, S. 15, 18-22, 46, 114f, 142, 161, 195; KERSHAW, Hitler I, S. 673f; RALPH ANGERMUND, Korruption im Nationalsozialismus, in: Von der Aufgabe der Freiheit, hg. v. CHRISTIAN JANSEN u.a., Berlin 1995, S. 371-383.

²⁹⁷ BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 51, Aussage Koch, 18.7.49; 1909c, Blatt 201, Aussage Bach, 2.9.49; 1909e, Blatt 236, Aussage Koch, 2.10.49; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 58f, Lebenslauf Koch; BA Bayreuth, Ost-Dok 10/3, Blatt 53, Bericht Friedrich.

sident ein. Als Gauleiter, so der „Führer“, sei er sowieso nie abgesetzt worden.²⁹⁸

Neben den rein sachbezogenen Erwägungen dürfte Hitlers Herrschaftstechnik stark zu dieser Entscheidung beigetragen haben. Er, der, wie Koch ganz richtig erkannt hatte, „immer zwei oder mehr Faktoren [im Machtkampf seiner Paladine] stark machen“²⁹⁹ wollte, entschied hier zugunsten eines Unterführers, der sich in der Vergangenheit zwar als sehr eigenwillig präsentiert, aber nie die Autorität Hitlers offen in Frage gestellt hatte. Jetzt war ihm dieser Querulant verpflichtet, da ihm deutlich vorgeführt worden war, dass seine Stellung vom Wohlwollen seines „Führers“ abhängig war. Damit hatte Hitler nicht nur seine Autorität in Ostpreußen gestärkt, sondern auch im Gesamtgefüge des Nationalsozialismus. Da sich der Gauleiter als stark genug erwiesen hatte, den rivalisierenden Machträgern ausdauernd die Stirn zu bieten, hatte der „Führer“ in seiner Rolle als Schiedsrichter auf den Plan treten müssen. Dies stärkte nicht nur seine Position, sondern band auch oppositionelle Energien innerhalb der zweiten Hierarchieebene und spielte sie gegeneinander aus, so dass sie sich nicht gegen ihn formieren konnten.

5.8. „Ideologie und Wirklichkeit“ – Nach der „Oberpräsidentenkrise“

Koch begann sofort nach dem „Scherbengericht“ damit, seine angeschlagene Position zu festigen. Seine Rückkehr nach Ostpreußen am 24. Dezember 1935 zelebrierte er mit einer demonstrativen Fahrt im offenen Wagen durch Königsberg. Am nächsten Tag wurde in den ostpreußischen Zeitungen, aber auch im „Völkischen Beobachter“, unter dem Titel „Eine Warnung an Gerüchtemacher“ das Ende seiner Beurlaubung bekannt gegeben. Der Oberpräsident wurde darin als Opfer einer Verleumdungskampagne dargestellt, deren Urheber nur auf seinen Wunsch hin nicht verfolgt würden. Für eine neuerliche Verbreitung der „Gerüchte“ wurden allerdings Strafen angekündigt, außerdem wurde, auch durch Zitation einer Presseerklärung Görings und eines Telegramms des „Stellvertreters des Führers“, eigens

²⁹⁸ BA Koblenz, Z 42 IV 1909c, Blatt 236, Aussage Koch, 2.10.49; Vgl. Ebd., 1909c, Blatt 201, Aussage Bach, 2.9.49; GROEBEN, Verwaltung, S. 355f.

²⁹⁹ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 56f, Lebenslauf Koch; Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909c, Blatt 201, Aussage Bach, 2.9.49.

betont, dass der Gauleiter nach wie vor das Vertrauen des Führers besitze.³⁰⁰

Diese Veröffentlichung war nicht nur eine deutliche Warnung an die Gegner Kochs, sie war durch ihre prominente Platzierung zugleich ein wohl eher unfreiwilliges Eingeständnis, wie ernst die „Oberpräsidentenkrise“ in der NS-Spitze tatsächlich genommen wurde. Darüber hinaus machte sie deutlich, dass sich der ostpreußische Gauleiter seiner Sache nicht so sicher fühlte, wie er angab. Nicht zuletzt deshalb setzte er sofort nach seiner Rehabilitierung eine Säuberung der ostpreußischen Verwaltung in Gang, der Regierungspräsident Friedrich und Landeshauptmann Paul Blunk, die wohl aufgrund ihres Beamtenethos mit Himmlers Untersuchungskommission zusammengearbeitet hatten, zum Opfer fielen. Sie wurden durch zwei Mitglieder des Königsberger Kreises, Paul Hoffmann und Helmut von Wedelstädt, ersetzt. Der Initiator der Affäre, Paul Wolff, wurde mit Parteigerichts- und einem Disziplinarverfahren überzogen, die sich bis ins Jahr 1943 zogen und mit Schuldsprüchen endeten.³⁰¹

Diese Disziplinierungswelle war außerordentlich wirksam. Allgemein habe, so beschrieb ein Beamter der Stadtverwaltung 1949 die Situation nach der „Affäre Wolff“, keine Abteilung mehr gewagt, Stellungnahmen oder Entscheidungen gegen die Gauleitung zu treffen.³⁰² Provinzweit wurde dieser Effekt noch dadurch verstärkt, dass im März 1936 mit Regierungspräsident Budding der letzte aus der „Systemzeit“ übernommene und geistig recht unabhängige höhere Beamte der Provinz in Ruhestand ging.³⁰³ Aber auch bei den engeren Mitarbeitern Kochs und bei ihm selbst konnten Veränderungen festgestellt werden, die ihre Ursache nicht zuletzt in der „Oberpräsidentenkrise“ hatten. Der Gauleiter betrieb zwar weiterhin eine eigenständige Politik und musste dies auch tun, um sich in den Diadochenkämpfen profilieren und behaupten zu können, aber der oppositionelle Zug dieser Eigenständigkeit, die provokante ideologische Komponente, die ihn in den Jahren bis 1935 ausgezeichnet hatte, war in den noch folgenden Auseinandersetzungen mit Bürokratie und SS nicht mehr zu finden. Auch

³⁰⁰ Als Grund für seine Beurlaubung wurde angegeben, Koch habe in ein schwebendes Disziplinarverfahren eingegriffen (Völkischer Beobachter, 25.12.35).

³⁰¹ GROEBEN, Land, S. 264f, 311; HELMUT SCHEIBERT, Aus der Geschichte der Provinzialverwaltung Ostpreußens, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr. 28/1993, S. 15-51, hier S. 36f; GERD BRAUSCH, Hoffmann, Paul, in: Altpreußische Biographie IV, S. 1111f; ERNST VOGELSANG, Friedrich, Werner, in: Altpreußische Biographie IV, S. 1212; ROHRER, Oberpräsidentenkrise, S. 13; CASPER, S. 268; BA Bayreuth, Ost-Dok 10/3, Bericht Friedrich, Blatt 49f, 55, 59; BA Berlin, BDC, PK Friedrich; OPG Wolff, Gaugericht an Oberstes Parteigericht, 4.2.43; CASPER, S. 270f.

³⁰² BA Koblenz, Z 42 IV 1909c, Blatt 308, Aussage Pentzek, 25.8.49.

³⁰³ GROEBEN, Provinz, S. 249f; DERS., Verwaltung, S. 382f.

Koch hatte jetzt erkannt, dass er sich eng an Hitler halten, dass er – in dem Sinne, in dem Kershaw dies später beschrieb – ein „Entgegenarbeiter“ werden musste, wenn er auch in Zukunft erfolgreich sein wollte. Ideologische Sonderwege waren dazu inkompatibel, weswegen er nicht nur die sozialrevolutionäre Rhetorik des „Straßer-Flügels“ zurückfuhr, sondern auch sein kirchenpolitisches Engagement beendete.

Deutlichstes Indiz für den pragmatischen Wandel war seine Abkehr von der „Ostideologie“ Otto Weber-Krohse. Der Publizist hatte noch 1934 versucht, über Rosenberg und dessen diverse Aktivitäten eine über die Grenzen der Provinz hinausreichende Aufgabe zu erhalten, war damit aber nur auf hinhaltende Reaktionen gestoßen.³⁰⁴ Rosenberg scheint sich Anfang 1935 dann negativ über ihn geäußert zu haben, außerdem geriet Weber-Krohse in die Schusslinie einiger rassentheoretischer Publizisten aus dem Umfeld des „Reichsnährstandes“, die mit ihren Angriffen offenbar auch Koch treffen wollten.³⁰⁵ Er publizierte zwar weiter, zog sich aber gezwungenermaßen immer mehr aus der Öffentlichkeit zurück und begann – gefördert durch Koch – eine Promotion. 1936 musste er dann auch seine letzten offiziellen Tätigkeiten für die Gauleitung aufgeben.³⁰⁶

Dass dies mit der politischen „Großwetterlage“ zusammenhing, wurde nicht zuletzt aus einem Artikel deutlich, in dem Hans-Bernhard von Grünberg öffentlich von Weber-Krohse abrückte. In seiner 1934 erschienenen Rezension zu Weber-Krohse „Der Ostseekreis“ hatte der spätere Rektor der Albertina dieses Buch noch überschwänglich gelobt und besonders herausgestrichen, dass es die wider den Geist der westlichen Revolution gerichtete Aufgabe Preußens, „die Vermittlung zwischen ostischem und nordischem Menschtum“³⁰⁷, belege. 1936 übte eben dieser Rezensent in einem bezeichnenderweise „Ideologie und Wirklichkeit“ überschriebenen Artikel radikale Kritik an den „Rednern und Schreibern, die soweit gehen, von einer Revolution des jungen Ostens gegen den vergreisenden Westen zu sprechen“. Er erklärte „die Ideologie von den ‚jungen Völkern‘“ für „so gut wie erledigt“. Völker unterschieden sich nicht nach alt und jung, sondern nach ihrem rassischen Wert, weshalb sich auch das deutsche Volk von

³⁰⁴ Vgl. BA Berlin, NS 43/196, Schriftwechsel, 1934.

³⁰⁵ HANS-JÜRGEN LUTZHÖFT, *Der Nordische Gedanke in Deutschland 1920-1940*, Stuttgart 1971, S. 294; Vgl. NS-Pressenanweisungen, Bd. 3, S. 856f, 12.12.35; BA Berlin, BDC, PK Weber-Krohse, Staudinger an Deetjen, 10.4.35.

³⁰⁶ BA Berlin, BDC Weber-Krohse, Lebenslauf, 25.5.39; OTTO WEBER-KROHSE, Hans Lothar von Schweinitz der Botschafter Wilhelms des Ersten als Charakter und Staatsmann, Königsberg 1937; Vgl. Kapitel 13.4.

³⁰⁷ HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, *Der Ostseekreis / Versuch einer revolutionären Geschichtsbetrachtung*, in: *Der Nahe Osten* 7/1934, S. 559-561.

seinen Nachbarn abgrenzen müsse. Einen gemeinsamen Kampf des Ostens gegen den Westen könne es nicht geben. Ostpreußen sei vielmehr „der letzte sichere Pfeiler europäischer Kultur gegen das Andrängen des Asiatentums“, hier werde der Kampf für „das Recht der Völker, ihrer Art und nicht einer entsprechenden Theorie gemäß zu leben“, geführt. Die Auslese der Besten müsse nach Ostpreußen kommen, um den Kampf gegen das „Asiatentum“ zu führen, obwohl hier keine „Wunder“ oder „neue Theorie[n]“ zu erwarten seien, und es sich um ein Land „außerordentlich beschränkter Möglichkeiten“³⁰⁸ handle – womit Grünberg im Grunde auch seine eigenen Schriften zum „Ostpreußenplan“ verwarf.

Diese Kurskorrektur war ebenso radikal wie unaufrichtig. Der Gauleiter und seine Entourage unterhielten weiterhin Kontakte zu Weber-Krohse, der auch mittels dieser Protektion an seiner Habilitation und einer überaus umfangreichen „Deutschen Geschichte“ arbeiten konnte. Als er 1941 an der Ostfront fiel, wurde er posthum zum Dozenten der Albertina ernannt – verfeimt war er sicherlich nicht.³⁰⁹ Auffällig ist auch, dass die Männer des „Königsberger Kreises“ in den Jahren 1935 bis 1937 wesentlich weniger zum ostpreußischen Aufbauplan publizierten als 1933/34. 1938 erfolgte eine erneute Publikationswelle, als die Planer eine „Halbzeitbilanz“³¹⁰ ihres Wirkens zogen. Ihr Gauleiter „schwieg“ – von zwei wenig programmatischen Aufsätzen, einigen Geleitworten und Zeitungsartikeln abgesehen – sogar bis 1941, als programmatische Schriften zum „Aufbau“ in den „neugewonnenen Ostgebieten“ unter seinem Namen erschienen. Dort war dann aber wieder vom Vorbildcharakter Ostpreußens für das Reich zu lesen³¹¹ – offensichtlich glaubten Koch und seine Ideologen aufgrund der erneuten Sonderstellung der Provinz, die nach „Röhm-Putsch“ und „Oberpräsidentenkrise“ gezeigte Zurückhaltung aufgeben und mit modifizierten Thesen wieder an die Öffentlichkeit treten zu können. Eine tiefgreifende innere Umkehr hatte wohl nicht stattgefunden, was sich nicht zuletzt darin äußerte, dass der Gauleiter trotz aller Korruptionsvorwürfe seinen Lebensstil keineswegs einschränkte, sondern zu immer aufwendigerer Repräsentation überging, zum Beispiel durch den Umzug auf das Gut Groß Friedrichsberg.³¹²

³⁰⁸ HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, *Ideologie und Wirklichkeit*, in: *Der Student der Ostmark 1936*, S. 95f; Vgl. *Die Marienburger Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft* / 19.-21. Mai 1937, in: *Raumforschung und Raumordnung* 1/1936/37, S. 372-375.

³⁰⁹ Vgl. KOWNATZKI, S. 778; Kapitel 13.4.

³¹⁰ Vgl. RICHTER, 1939.

³¹¹ Vgl. Kapitel 7.2, 13.4.

³¹² BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 200f, Aussage Koch 7.9.49; Vgl. BAJOHR, *Parvenüs*, S. 70-72; GROEBEN, *Dienst*, S. 65, 236, 239; LENKITSCH, S. 34.

Die Veränderungen in Kochs Lebenswandel scheinen nicht zuletzt durch das Vorbild Görings veranlasst worden sein. Hitler hatte direkt nach dem „Scherbengericht“ eine Aussprache zwischen dem Oberpräsidenten und dessen Landesherrn angeordnet, in der sich der Ministerpräsident angeblich höchst verärgert über das Verhalten Himmlers zeigte, weil dieser ihn über die Ausmaße von Kochs Vergehen getäuscht und gegenüber Hitler als den für die Affäre Alleinverantwortlichen bezeichnet habe.³¹³ Göring war offenbar daran gelegen, sein Verhältnis zu dem soeben vom „Führer“ gestärkten Rivalen zu verbessern, und akzeptierte daher auch die Bedingung, die Koch an eine Rückkehr in sein Amt knüpfte: Göring sollte sich öffentlich bei ihm entschuldigen.³¹⁴

Diese Entschuldigung erfolgte aber erst drei Monate später, als Koch offenbar nicht mehr daran gelegen war, seine Beurlaubung zu thematisieren. Er sorgte dafür, dass dieser „Canossagang“³¹⁵ des Ministerpräsidenten nicht zu einer Demütigung geriet, indem er die beiden Reden, die Göring am 12. März 1936 vor den Spitzen der Behörden und der Wehrmacht beziehungsweise vor dem Führerkorps der Partei hielt, als Wahlkampfauftritte ausgab und Göring die Ehrenbürgerwürde Königsbergs verlieh. Göring dankte ihm dies, indem er ihn von allen Vorwürfen freisprach und das intrigante Verhalten der „Reaktion“ für seine Beurlaubung verantwortlich machte.³¹⁶

Die beiden NS-Führer hatten offenbar die Vorteile einer Kooperation erkannt. Göring, der sich in seinem neuen Amt als „Beauftragter für den Vierjahresplan“ anschickte, die Kontrolle über die deutsche Wirtschaft zu übernehmen³¹⁷, wollte von Kochs Initiativkraft profitieren, während Koch Görings Kompetenzen nutzen wollte, um seine eigenen wirtschaftlichen Unternehmungen auszuweiten. Ende 1936 bereiste er auf eine Anregung Görings hin Ungarn und Jugoslawien, um „auf Biegen und Brechen notwendige Rohstoffe [zu] besorgen.“³¹⁸ Zu diesem Zweck wurde im Januar

³¹³ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 59, Lebenslauf Koch; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 236, Aussage Koch, 2.10.49; Vgl. auch 1909a, Blatt 51, Aussage Koch, 18.7.49.

³¹⁴ KOCH, Interview, S. 40; Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 51, Aussage Koch, 18.7.49.

³¹⁵ BA Bayreuth, Ost-Dok 10/3, Blatt 57, Bericht Friedrich.

³¹⁶ Königsberger Allgemeine Zeitung, 14.3.36; PrZ, 13.3.36; ROHER, Oberpräsidentenkrise, S. 85f; BA Ost-Dok 10/3, Blatt 57, Bericht Friedrich; GROEBEN, Verwaltung, S. 355; CASPER, S. 268; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 59f, Lebenslauf Koch.

³¹⁷ Vgl. KUBE, Pour le mérite, S. 180f; ADAP, Serie C, Band VI,1: 1. November 1936 bis 15. März 1937, Göttingen 1981, S. 535f, Dokument 249.

³¹⁸ Zitiert nach KUBE, Pour le mérite, S. 181.

1937 die „Technische Union – Aufbaugruppe in Jugoslawien A.G.“ in Zagreb gegründet, ein privates Unternehmen, das in einem Zeitraum von zehn Jahren deutsche Industrieprodukte im Wert von 385 Millionen Reichsmark in Jugoslawien gegen Rohstoffe, vor allem landwirtschaftliche Produkte und Bergbauerzeugnisse, tauschen sollte. Dieser Handel sollte „ganz außerhalb des laufenden, durch die Regierungsabmachungen geregelten Geschäfts erfolgen“³¹⁹ – weshalb Koch es wohl auch drei Monate lang nicht für nötig hielt, die deutsche Vertretung in Belgrad über seine Tätigkeit zu informieren.³²⁰

Der Gauleiter verhandelte mit dem jugoslawischen Ministerpräsidenten und dessen Kriegsminister – es ging auch um den Import von Rüstungsgütern und den Aufbau von „Kriegsindustrien“ in Jugoslawien –, letztlich jedoch ohne Erfolg. Die „Technische Union“ musste ihre Tätigkeit noch im Februar, bevor eine vollständige Organisation aufgebaut werden konnte, wieder einstellen.³²¹ Hauptgrund dafür war wahrscheinlich, dass die offiziellen deutschen Stellen, die den Außenhandel ansonsten sehr streng reglementierten, gegen Kochs Geschäfte in dieser für den Außenhandel zentralen Region opponierten, da sie neben Kompetenzschwierigkeiten auch generelle wirtschaftliche Bedenken gegen das Vorhaben vorbrachten und es als „Mißgriff“ und „Fehlgeburt“³²² klassifizierten. Kochs anmaßendes Auftreten – er verlangte nichts weniger als die Umstellung der Grundprinzipien der deutschen Außenhandelspolitik und ließ Einwände der Diplomaten mit der Bemerkung abblitzen, Göring werde seine Maßnahmen dann eben befehlen³²³ – wird diese Bedenken nicht gedämpft haben. Görings Versuch, mit Hilfe Kochs abseits der offiziellen Pfade der deutschen Außenpolitik wirtschaftlich tätig zu werden, war damit gescheitert.

Dem engen Verhältnis zu Göring tat dies keinen Abbruch, im folgenden Jahr, 1938, wagten die beiden Politiker einen Schritt in die Außenpolitik. Der ehemals strikt antipolnische Agitator Koch hatte die propolnische Wende der Hitlerschen Außenpolitik 1934 nachvollzogen und war sogar

³¹⁹ ADAP, Serie C, Band VI,1, S. 180f, Dokument 91; Vgl. Ebd., Band VI,2, S. 1162f, Dokument 574.

³²⁰ ADAP, Serie C, Band VI,1, S. 281f, Dokument 104; S. 476f, Dokument 211.

³²¹ Ebd., S. 430f, Dokument 198; S. 476f, Dokument 211; KUBE, Pour le mérite, S. 181f.

³²² ADAP, Serie C, Band VI,1, S. 476f, Dokument 211; Vgl. S. 430f, Dokument 198; S. 535f, Dokument 249; BERND-JÜRGEN WENDT, Südosteuropa in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft, in: Führerstaat, S. 414-428.

³²³ ADAP, Serie C, Band VI,1, S. 322f, Dokument 150; S. 476f, Dokument 211.

des öfteren nach Polen gereist.³²⁴ Jetzt fand er sich als Gegenpol zum Danziger Gauleiter Forster wieder, der sich für den sofortigen „Anschluss“ Danzigs ans Reich einsetzte, während Göring und Koch eine abwartendere, dafür aber weitergehende Haltung vertraten. Sie wollten eine Übereinkunft mit Polen erreichen, die es ermöglichen sollte, dass auch Posen und Thorn wieder ins Reich eingegliedert werden konnten. Polen sollte mit Gebietskompensationen in der Ukraine abgefunden werden³²⁵ – ein Konzept, das ein gewisse Ähnlichkeit mit Kochs „Ostideologie“ des Jahres 1934 aufwies. Auch dieser Vorstoß erbrachte keine greifbaren Ergebnisse. Dennoch sollten sich die wirtschafts- und ostpolitischen Allianzen mit Göring für Koch auszahlen. Es war Göring, der drei Jahre später darauf drängte, dass der Gauleiter zum „Reichskommissar für die Ukraine“ und damit zum größten Territorialherrn Hitlers ernannt wurde. Göring argumentierte dabei mit den wirtschaftlichen Erfolgen Kochs – die dieser nicht zuletzt seinem Gönner zu verdanken hatte.

Gleichzeitig dürfte das Interesse des zweiten Mannes im Staate an seinen wirtschaftspolitischen Aktivitäten den Gauleiter in seiner Politik bestätigt haben – was auch den Ausbau der „Erich-Koch Stiftung“ betraf, die Koch ihrerseits befähigte, auf einem ganz anderen Gebiet mit dem Ministerpräsidenten in Verbindung zu treten: auf dem Kunstmarkt. Unter den führenden Nationalsozialisten gehörte er zu denjenigen, die am eifrigsten mit Göring handelten und ihn mit Kunstwerken beschenkten, was dem eiteln „Reichsmarschall“, dessen Launen nicht geringen Einfluss auf seine politischen Entscheidungen hatten, schmeichelte und seine Wertschätzung für Koch steigerte.³²⁶ Koch konnte zudem Görings zweite Passion, die Jagd,

³²⁴ Im Gegenzug besuchten einige polnische Politiker Ostpreußen (Vgl. BURKERT, S. 177f, 241f, 244; JOCKHECK, S. 48, 82, 97, 106).

³²⁵ KUBE, *Pour le mérite*, S. 118; WOJCIECHOWSKI, S. 244f, 264, 329; BERND-JÜRGEN WENDT, Danzig – Ein Bauer auf dem Schachbrett nationalsozialistischer Innenpolitik, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, hg. v. MANFRED FUNKE, *Durchgesehener, um ein Register erweiterter Nachdruck*, Düsseldorf 1978, S. 774-794, hier S. 782f; GÜNTER WOLLSTEIN, Die Politik des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber Polen 1933-1939/45, in: Hitler, Deutschland, S. 795-810; CARSTEN ROSCHKE, Polen im Kalkül der nationalsozialistischen Bündnispolitik, Marburg 1997, S. 146-151; ANDREAS HILLGRUBER, Deutschland und Polen in der internationalen Politik 1933-1939, in: Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, hg. v. d. Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission, Braunschweig 1986, S. 47-62, hier S. 51.

³²⁶ Vgl. GÜNTHER HAASE, Die Kunstsammlung des Reichsmarschalls Hermann Göring, Berlin 2000, S. 63, 66, 103, 127f, 140; DERS., Kunstraub und Kunstschutz, Hamburg 1991, S. 86f, 151f; BAJOHR, Parvenüs, S. 73f; JONATHAN PETROPOULOS, Kunstraub und Sammelwahn, Berlin 1999, S. 242-249, 268f, 324-337; Aus den Mitteln der „Erich-Koch-Stiftung“ finanzierte Koch auch dem mit ihm befreundeten schleswig-holsteinischen Gaulei-

zur politischen Beziehungspflege nutzen, da eines der bevorzugten Jagdreviere des Ministerpräsidenten, die Rominter Heide, in Ostpreußen lag, und auch der Gauleiter Mitte der dreißiger Jahre begann, sich für das Waidwerk zu interessieren.³²⁷

Die „Oberpräsidentenkrise“ stellte in Kochs Beziehung zu Göring nur eine Episode dar, nach der das ursprünglich gute Verhältnis rasch wieder hergestellt werden konnte. Für Kochs Beziehung zu Heinrich Himmler, der in dieser Zeit zu einem der mächtigsten Männer des Dritten Reiches aufstieg, war sie jedoch prägend. Der Freund aus Elberfelder Tagen war der Verlierer der Auseinandersetzung, ihm wurden deutlich seine Grenzen aufgezeigt. Er und seine Unterführer wurden jedoch nicht gemäßregelt. Bach-Zelewski wurde zwar im Februar 1936 von Wilhelm Redieß abgelöst, konnte seine Karriere aber im Reich fortsetzen.³²⁸ Sein „Reichsführer“ zeigte sich in den folgenden Jahren von der Rückendeckung, die sein Widerpart beim „Führer“ erhalten hatte, sehr beeindruckt. Himmler habe, so berichtete Bach später, Koch für „gewissermaßen unangreifbar“ gehalten und sich daher gescheut, „noch einmal gegen ihn bei Hitler vorstellig zu werden“.³²⁹ Er suchte vielmehr den Ausgleich mit seinem Konkurrenten und setzte in Kochs Machtbereich nur noch SS-Führer ein, die mit dem Gauleiter gut zurecht kamen – wies sie aber zugleich an, ihn zu überwachen.³³⁰

Koch wiederum zeigte sich in Bereichen, die seine Interessen nur am Rande tangierten, gegenüber der SS entgegenkommend. Einer dieser Fälle war die Volkstumspolitik, die er weitgehend Theodor Oberländer, einem

ter Lohse den Kauf eines Gutes (UWE DANKER, Oberpräsidium und Gauleitung in Personalunion: Hinrich Lohse, in: Nationalsozialistische Herrschaftsorganisation in Schleswig-Holstein, hg. v. d. Landeszentrale für Politische Bildung, Kiel 1996, S. 23-44, hier S.37).

³²⁷ BAJOHR, Parvenüs, S. 68, 72; GROEBEN, Streiflichter, S. 130; DERS., Dienst, S. 65; VOLKER KNOPF, Hermann Görings Jagdhaus Darß, Endingen 2002, S. 60; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 190, Aussage Koch, 16.9.49.

³²⁸ BIRN, S. 343; ANGRICK, passim; BA Berlin, BDC, SSO Rediess, Lebenslauf, undatiert; SSO Bach.

³²⁹ BA Koblenz, Z 42 IV 1909c, Blatt 201, Aussage Bach, 2.9.49.

³³⁰ BIRN, S. 309f; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 59f, Lebenslauf Koch; SWWW 760, Blatt 1433-1439, Aussage Paul-Otto Geibel, undatiert; Blatt 1414-1420, Aussage Sporrenberg, 26.4.52; BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 51, Aussage Koch, 18.7.49; BA Berlin, BDC, OPG Wolff, Aussage Koch, undatiert; Redieß wurde von Koch in dessen Patronagesystem aufgenommen, indem Koch ihn mit Genehmigung Himmlers in den Aufsichtsrat einer zur „Erich-Koch-Stiftung“ gehörenden Propangasfabrik berief. Ähnlich agierte Koch bei Redieß' Nachfolger Prützmann, dessen Schwiegervater er ein Gut in den „eingegliederten Ostgebieten“ verschaffen wollte (Ebd., SSO Rediess, Personalkanzlei Reichsführer SS an Rediess, 30.11.37; R 49/129, passim; R 49/130, Provinzialverband an Oberpräsident, 20.10.43).

Multifunktionär in diesem Bereich, überlassen hatte.³³¹ Allerdings äußerte Koch bereits 1936 erste Vorbehalte gegen seinen ostpolitischen Berater, dessen Aktivitäten von Kochs engem Mitarbeiter Grünberg zunehmend als störend empfunden wurden. Dennoch unterstützte der Gauleiter bis zum Sommer 1937 Oberländers Bemühungen um einen Lehrstuhl für „Ostwissenschaft“ an der Albertina und richtete eigens für ihn die Stelle eines „Gauamtsleiters im Gaugrenzlandamt“ ein – wahrscheinlich, um Oberländer auf den umformierten traditionellen Verbänden basierende volkstumspolitische Aktivitäten enger an seinen eigenen Apparat zu binden.³³²

Zu dieser Zeit begann aber auch die SS damit, die Volkstumspolitik über ihre „Volksdeutsche Mittelstelle“ an sich zu reißen.³³³ Zum Leiter der „Mittelstelle“, SS-Obergruppenführer Werner Lorenz, pflegte Koch noch aus dessen Zeit beim „Oberabschnitt Nordost“ ein gutes Verhältnis³³⁴, außerdem hielt er den „schwarzen Orden“ wohl für die kommende Größe in der Volkstumspolitik und beschloss daher, sich den stärkeren Bataillonen anzuschließen. Wahrscheinlich auf Drängen von Lorenz verlangte er von seinem Volkstumsexperten Oberländer, sich von einem Teil seiner Ämter zu trennen – er bot ihm zum Ausgleich die Stelle eines Vertrauensmannes bei Joachim von Ribbentrop an –, Oberländer lehnte aber ab. Daraufhin

³³¹ Vgl. ANDREAS KOSSERT, „Grenzlandpolitik“ und Ostforschung an der Peripherie des Reiches, in: VfZ 51/2003, S. 117-147, hier S. 133, 143; WACHS, S. 37-40, 158; BURKERT, S. 117f, 237, 239f, 255, 266; GABRIELE CAMPHAUSEN, Die wissenschaftliche historische Rußlandforschung im Dritten Reich 1933-1945, Frankfurt/ Main u.a. 1990, S. 193-195; MECHTHILD RÖSSLER, „Wissenschaft und Lebensraum“, Berlin, Hamburg 1990, S. 116; HAAR, S. 216f; WOJCIECHOWSKI, S. 40-42; TAMMO LUTHER, Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933-1938, Stuttgart 2004, S. 43-45, 71; RUDOLF LUTHER, Blau oder braun?, Neumünster 1999; MEIR BUCHSWEILER, Volksdeutsche in der Ukraine am Vorabend und Beginn des Zweiten Weltkriegs, Gerlingen 1984, S. 47; MICHAEL FAHLBUSCH, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik?, Baden-Baden 1999, S. 106-116, 185, 200, 241; BA Berlin, NS 8/100, Bundesführer BDO an Rosenberg, 3.11.33.

³³² Ebd., SAPMO DY 30 IV 2/13, Nr. 435, 436, Dokumentensammlungen, 1937/38; BDC, PK Oberländer, passim; Politisches Archiv Auswärtiges Amt, Inland IIg, Nr. 224, Artikelsammlung, Oktober 1937, zitiert nach Akten der Parteikanzlei, Nr. 22617; HAAR, S. 217; FELIX-HEINRICH GENTZEN, Die Rolle der „Deutschen Stiftung“ bei der Vorbereitung der Annexion des Memelgebietes im März 1939, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der Volksdemokratischen Länder Europas 5/1961, S. 71-94, hier S. 75-78; WACHS, S. 38, 159; BURKERT, S. 118, 177f, 235-237, 244, 260; FISCHER, Publizistik, S. 182.

³³³ VALDIS O. LUMANS, Himmler's Auxiliaries, Chapel Hill, London 1993; LUTHER, Volkstumspolitik, S. 145-159; BURKERT, S. 269; Vgl. WACHS, S. 42; BUCHSWEILER, S. 52-54; HANS-ADOLF JACOBSEN, Zur Struktur der NS-Außenpolitik 1933-1945, in: Hitler, Deutschland, S. 137-185, hier S. 151-155, 164f; KOEHL, Black Corps, S. 146f.

³³⁴ LUMANS, Lorenz, S. 333-335, 340f; DERS., Himmler's Auxiliaries, S. 47; Vgl. ROBERT LEWIS KOEHL, RKFDV: German Resettlement and Population Policy 1939-1945, Cambridge 1957, S. 39; WACHS, S. 160; ORLOW, History II, S. 213.

wurde seitens der „Mittelstelle“ und mit Unterstützung Kochs eine Intrige gegen ihn angezettelt, in der die sachlichen Vorwürfe zwar nicht erhärtet werden konnten, das politische Gutachten des Gauleiters letztlich aber doch den Ausschlag gab, dass der Volkstumsfunktionär seine Ämter aufgeben und sich auf eine Professur nach Greifswald versetzen lassen musste.³³⁵

Die Abschiebung Oberländers kann als „Begleitmusik eines Generationenwechsels in der Volkstumspolitik“³³⁶ gesehen werden, was zugleich die Intention Kochs illustriert: Oberländer gehörte zur klassisch-revisionistischen Schule der deutschen Volkstumsexperten, und obwohl er diese deutlich radikalisierte, ging er doch nicht mit den rasseideologisch geprägten Ambitionen der SS konform.³³⁷ Für Koch war er eine Zeitlang von Nutzen, da Koch durch ihn an die bereits in der Weimarer Republik bestehenden Volkstumsaktivitäten anknüpfen und diese kanalisieren konnte. Mit dem Auftreten der SS in diesem Sektor entstand aber eine jener für das Dritte Reich charakteristischen „dynamisierenden Rivalitäten“. Die SS betrieb eine Politik, die weit eher den Ansichten Hitlers entsprach als die traditionelle Volkstumsarbeit, weswegen Koch, der dies erkannte, sich von seinen bisherigen Mitarbeitern trennte und sich der radikaleren Richtung anschloss, um damit dem „Führer“ entgegenzuarbeiten.

Der Gauleiter dürfte auch bemüht gewesen sein, einen Konflikt mit der SS in diesem für ihn eher peripheren Bereich zu vermeiden. Bei ihm wichtiger erscheinenden Themen war er nicht so zurückhaltend, wie beispielsweise im Streit um die Hoheit über die Polizei. Himmler schuf 1937/38 als kriegsvorbereitende Maßnahme das Amt des „Höheren SS- und Polizeiführers“ (HSSPF), in dessen Hand die gesamte SS- und Polizeibefehlsgewalt eines jeden Wehrkreises zusammengefasst wurde. Die HSSPF agierten als territoriale Stellvertreter Himmlers und stellten damit einen Schritt in dessen Bemühungen um die Zentralisation der Polizei und deren Verschmelzung mit der SS dar.³³⁸ Für die regionalen Verwaltungsführer war dies ein weiterer Rückschlag in ihren Bemühungen, die Übertragung der Polizeihoheit auf Himmler zu verhindern. Koch mahnte deshalb bei

³³⁵ BA Berlin, SAPMO DY 30 IV 2/13, Nr. 436, Aktenvermerk, 26.8.37; HAAR, S. 295f; BURKERT, S. 262, 259, 269, 564; LUMANS, Himmler's Auxiliaries, S. 47, 63f; LUTHER, Volkstumspolitik, S. 153; LUTHER, Blau oder braun, S. 34-39, 69-77, 97-108; WACHS, S. 41f, 44, 160-162; Hans Steinacher, hg. v. HANS-ADOLF JACOBSEN, Boppard 1970, S. XXVI-XXVIII.

³³⁶ WACHS, S. 162; Vgl. Ebd., S. 46-48; BURKERT, S. 261, 270; Hans Steinacher, S. XXVI-XXVIII, XLVII; GENTZEN, S. 92.

³³⁷ KOSSERT, Grenzlandpolitik, S. 37; WACHS, S. 160-162, 185f; BURKERT, S. 238.

³³⁸ Vgl. BRN, S. 8-13; Dienstkalender, S. 49f; KOEHL, Black Corps, S. 129, 160f; HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 178; BA Berlin, R 19/436, Daluege an Himmler, 21.7.38; Daluege an Koch, 21.7.38.

Reichsinnenminister Frick die sofortige Klärung der Frage an, „ob der höhere SS- und Polizeiführer Nordost dem Oberpräsidenten unterstellt ist“, da er angeblich das „Funktionieren des Polizeiapparates“³³⁹ in Gefahr sah.

Es ist bezeichnend, dass der „Reichsführer SS“ es für „ganz selbstverständlich“ hielt, „daß ausgerechnet Herr Koch wieder Einspruch erhebt“³⁴⁰, Himmler aber in diesem speziellen Fall bereit war, Zugeständnisse zu machen, bei anderen Verwaltungsführern jedoch nicht. Koch hatte von Himmler anscheinend am Ende der „Oberpräsidentenkrise“ eine Vereinbarung ertrotzt, dass in Ostpreußen nur noch SS-Funktionäre eingesetzt werden sollten, die ihm – wie er es von allen in seinem Gau tätigen Personen verlangte – formal untergeordnet waren.³⁴¹ Er war sich dieser Regelung so sicher, dass er den ostpreußischen SS-Führer Redieß schon zehn Tage, bevor Himmler ihm dessen Unterstellung vermeldete, darüber in Kenntnis setzte, und gleichzeitig versuchte, den HSSPF mit allen seinen Kompetenzen in seinen eigenen Apparat einzureihen und ihm den Status eines subalternen Beamten zuzuweisen.³⁴²

Dies gelang dem Parteiführer nicht völlig. Koch avancierte zwar zum einzigen Gauleiter, dem der HSSPF formal unterstellt wurde³⁴³, seitens der SS wurde aber immer auf dessen doppelte Gehorsamspflicht gegenüber dem Verwaltungsführer und dem „Reichsführer SS“ hingewiesen, wobei letzterer Priorität zugemessen wurde. Dadurch entstanden zahlreiche Konflikte zwischen Koch und den wechselnden SS-Führern, die aber vor allem in den besetzten Gebieten ausgetragen wurden, wo dem HSSPF eine weit- aus größere Bedeutung zukam als im „Altreich“. Dort zeigte sich auch in besonderer Deutlichkeit, wie stark ein solch prekäres Unterstellungsverhältnis zur Radikalisierung der Politik beitragen konnte, denn jede der beiden Seiten musste dem „Führer“ in besonderer Weise entgegenarbeiten, wollte sie die höchste Gewalt des Reiches davon überzeugen, dass sie und nicht

³³⁹ BA Berlin, R 19/436, Koch an Frick, 1.7.38.

³⁴⁰ Ebd., Himmler an Daluge, 30.7.38; Vgl. Ebd., Chef Orpo an RFSS CdDP, Juli 1938; Daluge an Himmler, 21.7.38.

³⁴¹ Vgl. BA Berlin, BDC, PK Koch, Himmler an Koch, 5.7.39; BIRN, S. 309f.

³⁴² IPN Warschau, SWWW 763, Koch an Redieß, 26.6.39; SWWW 760, Blatt 1414-1420, Aussage Sporrenberg, 16.4.52; BA Berlin, R 19/436, Chef Ordnungspolizei an Genlt. Bomhard, Ministerialdirigent Bracht, 30.6.39; BDC, SSO Rediess, Ernennungs-urkunde Redieß, 28.6.38; Vgl. BIRN, S. 10-13.

³⁴³ BIRN, S. 11; HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 178; Vgl. BA Berlin, R 19/436, Chef Ordnungspolizei an Genlt. Bomhardt, Ministerialdirigent Bracht, 30.6.39; Chef des Kommandoamtes an Daluge, 5.7.38.

ihr Opponent mit der unumschränkten Führungsgewalt ausgestattet werden sollte.³⁴⁴

Dieser Mechanismus erklärt einen der augenfälligsten Brüche in der Vita des ostpreußischen Parteiführers, den Wandel vom vordergründig slawophilen Sozialrevolutionär hin zum „Herrenmenschen“, zum blutrünstigen Tyrannen der Ukraine. Erich Koch hatte gerade durch die „Oberpräsidentenkrise“ erkennen müssen, dass ostpreußische Intellektuelle, hochfliegende Wirtschaftskonzepte und „sozialistische“ Ideale im Dritten Reich keine Machtbasis darstellten, und auch die Hausmacht in Form des heimischen Parteiapparats ihn nur ungenügend absicherte. Es war ihm bewusst geworden, dass seine politische Stellung in erster Linie durch einen Mann gesichert wurde, durch den „Führer“ Adolf Hitler. Dieser jedoch hielt ihn keineswegs für einen unbedingt treuen Gefolgsmann, sondern hatte ihm, glaubt man dem Gauleiter, attestiert: „Sie sind nie mein Freund gewesen, sie waren der Freund meines Feindes Gregor Straßer“.³⁴⁵ Dies führte dem politisch durchaus intelligenten und instinktsicheren Gauleiter vor Augen, dass er sich das Wohlwollen des Parteivorsitzenden nur durch Erfolge und diese wiederum nur dadurch sichern konnte, dass er sich eng an Hitler hielt und durch vorausschauende, eifrige Pflichterfüllung glänzte.

Kochs Hinwendung zu Hitler zeigte sich in erster Linie dadurch, dass er seine Originalität als Politiker verlor. Dies beinhaltete nicht, dass er seine Bereitschaft, eigenständig zu handeln und dabei die Konfrontation mit anderen NS-Führern zu suchen, abgelegt hätte. Koch brachte seine Selbstständigkeit und Konfliktbereitschaft vielmehr Mitte der dreißiger Jahre in eine andere Form, die es ihm gestattete, auch weiterhin erfolgreich zu agieren. Dabei trennte er sich von zahlreichen Charakteristika seiner Politik, denen er seinen Aufstieg zu verdanken hatte. Besonders gravierende Einschnitte nahm er auf ideologischem Gebiet vor, indem er sich vom preußisch-nationalen „Sozialismus“ Gregor Straßers und des „Königsberger Kreises“, aber auch vom Protestantismus weitgehend löste. Die Ideologie hatte ihm ebenso wie seine kirchliche Orientierung Mitarbeiter zugeführt und Wählerschichten geöffnet und so zum überdurchschnittlichen Erfolg der NSDAP in Ostpreußen beigetragen. Gerade der „Königsberger Kreis“, der sich erst aufgrund der „straßeristischen“ Orientierung Kochs um den Gauleiter gebildet hatte, hatte dadurch, dass er die schnelle „Nazifizierung“ der Provinzverwaltung und die in ihrer propagandistischen Wirkung kaum zu unterschätzende Arbeitsbeschaffung ermöglicht hatte,

³⁴⁴ Vgl. Kapitel 7.2, 9.2; Dienstkalender, S. 49f; KOEHL, Black Corps, S. 164f, 178-181.

³⁴⁵ KOCH, Interview, S. 30.

maßgeblich dazu beigetragen, Koch in die machtvolle Position zu bringen, die er zum Zeitpunkt der „Oberpräsidentenkrise“ innehatte.

Koch versuchte bis zum „Röhm-Putsch“ sogar, seinen „nationalen Sozialismus“ als Leitbild für die Politik im gesamten Reich zu installieren, hatte damit aber nur insofern Erfolg, als dass seine Methoden der Arbeitsbeschaffung und der „Erich-Koch-Plan“ gewissen Vorbildcharakter erreichten. Aber auch dies beruhte weniger auf der Originalität dieser Maßnahmen, sondern vielmehr darauf, dass Koch dank der Vorarbeiten der Männer um Hans-Bernhard von Grünberg früher handeln und schneller Erfolge vorweisen konnte als andere NS-Politiker. Die Wirtschaftspolitik, die Koch auf der Basis der Planungen Grünbergs betreiben konnte, wies zwar einige Widersprüche zur nationalsozialistischen Ideologie auf, trug durch ihre Erfolge aber nicht nur zur Sicherung der Position Kochs, sondern auch des gesamten Regimes bei – was letztlich auch die Position Kochs innerhalb der Hierarchie des Dritten Reiches stärkte. Ansonsten erwies sich sein ideologischer „Sonderweg“ aber als Belastung und verschärfte seine Konflikte mit anderen Machträgern des Regimes.

Ähnlich verhielt es sich mit der Kirchenpolitik, in der sein ambitioniertes Vorhaben, aus den evangelischen Landeskirchen heraus eine Reichskirche zu schaffen, nicht nur scheiterte, sondern ihm auch herbe Kritik seitens führender Parteikader eintrug. Kochs ideologisch-politischer „Sonderweg“ kann letztlich nur deshalb als Erfolg gewertet werden, weil der Gauleiter ihn verließ, bevor die negativen Auswirkungen die Erfolge überlagerten – wobei Koch es nicht zuletzt der Entscheidung Hitlers während des „Scherbengerichts“ zu verdanken hatte, dass er diese Kurskorrektur überhaupt vornehmen konnte.

Auf allen Feldern, auf denen er sich kaum von anderen Gauleiter-Oberpräsidenten unterschied, agierte Koch sehr erfolgreich. Sein Umgang mit der Bevölkerung und seine Selbstdarstellung entsprachen den im Dritten Reich vorherrschenden Mustern und erfüllten ihren Zweck – das nationalsozialistische Regime wurde in Ostpreußen nicht in Frage gestellt. In den innerparteilichen Auseinandersetzungen, den Konflikten mit den Reichsbehörden, bei der Unterwerfung der ostpreußischen Verwaltungsbehörden oder der Umbesetzung des Beamtenapparates unterschied sich Koch vor allem durch seine größere Radikalität von anderen NS-Führern, wobei sein Verhalten durch die regionalen Verhältnisse in Ostpreußen begünstigt wurde. Gerade durch Kochs ehrgeiziges und rücksichtsloses, aber machtpolitisch auch geschicktes Vorgehen gerieten seine Versuche, seine Position als Partei- und Verwaltungsführer zu einer machtvollen, von den Reichsministerien weitgehend unabhängigen regionalen Führungsinstanz auszubauen, zu einem wichtigen Mosaikstein in dem Versuch, den von der Weimarer Republik übernommenen Verfassungsstaat zu einem nationalso-

zialistischen „Maßnahmenstaat“ umzubauen. Sein Einfluss auf die Entwicklung des Dritten Reiches war dadurch größer als der vieler anderer Gauleiter, die sich nicht in dieser Weise exponierten.

Bezeichnend ist allerdings, dass Koch seine Macht erst nach der „Oberpräsidentenkrise“ voll entfalten konnte. Im „Führerstaat“ bedeutete die eindeutige Parteinahme Hitlers für den bereits als „erledigt“ geltenden Politiker eine bedeutende Stärkung seiner Machtstellung. Diesen so vorteilhaften Ruf, ein besonderer Günstling des „Führers“ zu sein, konnte Koch nur festigen, wenn er eine Politik betrieb, die ihm tatsächlich das Wohlwollen Hitlers eintrug. Koch war offensichtlich der Ansicht, dass dies nur durch eine starke Anlehnung an den „Führer“ möglich war. Er wollte durch seine praktische Politik den Eindruck erwecken, dass er es besser als die anderen NS-Führer verstand, die vagen Visionen des „Führers“ in der Realität umzusetzen. Deshalb löste er sich – offenbar bedenkenlos – von den einst von ihm vertretenen Idealen. Er nutzte seinen großen Handlungsspielraum jetzt nicht mehr dazu, eigenständige Ideen und Projekte zu verwirklichen, sondern versuchte, seine Konkurrenten durch eine möglichst weitgehende Annäherung an die radikalsten Phantasien Hitlers auszustechen. Da nicht nur Koch, sondern auch die anderen NS-Führer sich so verhielten, entfalten die Rivalitäten ihre Dynamik. Dies führte zu einer stetigen Radikalisierung der Politik – bis hin zum Massennord in den besetzten Gebieten Polens und der Sowjetunion.

6. „DAß DAS MEMELLAND DEUTSCH IST...“ – MEMELLAND

Der ostpreußische Gauleiter schuf durch seine Aktivitäten auf den verschiedensten Politikfeldern und seine Positionierung unter den Spitzenkräften des Regimes die Voraussetzungen für ein Engagement in der Expansionspolitik des Reiches, was durch die geographische Lage seines Gaues noch begünstigt wurde. Im Institutionengewirr des Dritten Reiches beschäftigten sich die verschiedensten Organisationen mit dem „Deutschtum“ jenseits der Reichsgrenzen, vom Auswärtigen Amt über die „Auslandsorganisation“ der NSDAP bis hin zur „Volksdeutschen Mittelstelle“, welche die SS als Dachorganisation zur Betreuung des „Auslandsdeutschums“ aufgebaut hatte. Auch die Gauleiter einiger Grenzgaue betätigten sich – sehr zum Verdruss der Spezialorganisationen – auf diesem Feld und zogen die Betreuung der benachbarten „volksdeutschen“ Minderheiten an sich, so Hinrich Lohse in Nordschleswig, Josef Grohé in Eupen-Malmedy, Josef Wagner in Oberschlesien, Mähren und Posen sowie Martin Mutschmann im Sudetenland.¹ Analog dazu unterstützte die NSDAP Ostpreußens die deutschen Aktivisten im Memelland.

Dieser 2500 Quadratkilometer große Streifen entlang der deutsch-litauischen Grenze gehörte von 1422 bis zum Versailler Vertrag zu Preußen, dann wurde er – um Litauen einen größeren Ostseehafen zu sichern – der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt. 1923 annektierte der kleine baltische Nachbar das Gebiet, das für ihn von außerordentlich großer wirtschaftlicher Bedeutung war, und versuchte, es zu einem integralen Bestandteil seines Staates umzuformen. Das gelang trotz einer weit gefassten, im „Memelstatut“ international garantierten Autonomieregelung aufgrund der starken protestantisch-preußischen Prägung der Bevölkerung und der repressiven Politik der litauischen Verwaltung jedoch nicht. Augenfälliges Beispiel für die Desintegration der rund 150 000 Memelländer waren die Wahlergebnisse zum Landtag, in dem die sich als deutsch definierenden Parteien stets über 80 Prozent der Stimmen erhielten. Diese Haltung wurde durch die Politik des Deutschen Reiches gefördert, die sich offiziell zwar darauf beschränkte, auf die Einhaltung des „Memelstatuts“ zu pochen,

¹ Hans Steinacher, S. 37; LUTHER, Blau oder braun, S. 55-59, 77-90.

insgeheim aber die deutsche Volksgruppe massiv unterstützte und letztlich auf die Rückkehr des Gebietes zum Reich hinarbeitete.²

Trotz dieser nationalistisch aufgeheizten Atmosphäre gelang es der NSDAP vor 1933 nicht, in der Region Fuß zu fassen. Es konnten nur einige verdeckt arbeitende Zellen mit insgesamt 300 Mitgliedern aufgebaut werden, was vor allem auf die staatliche Verfolgung und die Konkurrenz durch die etablierten „deutschen“ Parteien zurückzuführen war.³ Die örtlichen Hitler-Anhänger bildeten keine eigenständige Organisation, sondern wurden von Ostpreußen aus geführt. Gauleiter Koch ließ sich 1931 von der Parteileitung bestätigen, dass er und nicht die noch im Aufbau befindliche „Auslandsorganisation“ für die Betreuung der Memeldeutschen zuständig sei, was er mit der gefährlichen Situation vor Ort begründete.⁴

² DEUTINGER, Länder, passim; WALTHER HUBATSCH, Das Memelland und das Problem der Minderheiten, in: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik, Köln 1966, S. 42-64; MANFRED KLEIN, Die versäumte Chance zweier Kulturen, in: Nordost-Archiv 2/1993, S. 317-359; ALVYDAS NIKŽENTAITIS, Germany and Memel Germans in the 1930s, in: The Historical Journal 39/1996, S. 771-783; VYTAUTAS PLEČKAITIS, Die Memellandfrage Gestern und Heute, in: Jahrestagung 1989/1990, hg. v. Litauischen Kulturinstitut, Lampertheim 1991, S. 81-94; ERNST-ALBRECHT PLIEG, Das Memelland 1920-1939, Würzburg 1962, passim; KARL-HEINZ RUFFMANN, Deutsche und litauische Memelpolitik in der Zwischenkriegszeit, in: Nordost-Archiv 2/1993, S. 217-233; DERS., Deutsche und Litauer in der Zwischenkriegszeit, Lüneburg 1994, passim; JOACHIM TAUBER, Die Memelfrage im Rahmen der deutsch-litauischen Beziehungen 1919-1939, in: Deutschland und Litauen, hg. v. NORBERT ANGERMANN/ JOACHIM TAUBER, Lüneburg 1995, S. 107-118; DERS., Das Dritte Reich und Litauen, in: Zwischen Lübeck und Novgorod, hg. v. ORTWIN PELC, Lüneburg, 1996, S. 477-496; DERS., Der unbekannte Dritte, in: Fremde im Dorf, S. 85-104; DERS., Das Memelgebiet (1919-1945) in der deutschen und litauischen Historiografie nach 1945, in: Nordost-Archiv 10/2001, S. 11-44; VYTAUTAS ŽALYS, Das Memelproblem in der litauischen Außenpolitik (1923-1939), in: Nordost-Archiv 2/1993, S. 235-278; DERS., Kova dėl identiteto. Ringen um Identität, Lüneburg 1993, passim; GERHARD WILLOWEIT, Die Wirtschaftsgeschichte des Memelgebiets, Marburg 1968, S. 633-635; HANS VON HERWARTH, Zwischen Hitler und Stalin, Frankfurt/ Main u.a. 1982, S. 153-158; ADAP, Serie D, Band V, Baden-Baden 1953, S. 371f, Dokument 340.

³ MARTIN BROSZAT, Die memeldeutschen Organisationen und der Nationalsozialismus 1933-1939, in: VfZ 5/1957, S. 273-278, hier S. 247; TAUBER, Drittes Reich, S. 483; Rademacher, Bericht über die Lage im Memelland, 25.4.33, abgedruckt in: NIKŽENTAITIS, S. 780-783.

⁴ BA Berlin, NS 51/196, Auslandsabteilung an Reichsorganisationsleitung I, 23.6.31; Gauleiter Ausland an ROL, 25.11.32; Koch ließ sich diese Zuständigkeit 1932 erneut bestätigen, im Frühsommer 1933 scheiterte er aber mit dem Versuch, auch die „Volksdeutschen“ der „Randstaaten“, also des gesamten Baltikums, in seinen Kompetenzbereich einzuverleiben (Vgl. Ebd., Sammlung Schumacher, Ordner 334, Schriftverkehr Gauleitung Ostpreußen, November/ Dezember 1932; NS 51/196, Dargel an Gauleitung Ausland, 26.4.33; Gauleitung Ausland an Reichsinspekteur Schmeer, 3.5.33; Oberste Leitung der PO an Gauleitung Ostpreußen, 13.5.33; Vgl. LUTHER, Blau oder braun, S. 55-59, 77-90).

Im Sog der „Machtergreifung“ gelang es dann durch die Kooperation verschiedener Parteistellen wie dem „Außenpolitischen Amt“ Rosenbergs und der Königsberger Gauleitung sowie der Volkstumsorganisation „Bund Deutscher Osten“, dem Generalkonsulat und einigen etablierten memelländischen Politikern, zwei nationalsozialistische Parteien im Memelland zu gründen. Diese waren – wohl wegen der Ereignisse in Deutschland, worunter auch die „Arbeitsschlacht“ in Ostpreußen zu zählen ist, und der Parteinahme namhafter memelländischer Politiker – bereits im Herbst 1933 sehr erfolgreich und avancierten sogar zur stärksten politischen Kraft des Gebietes. Sie befehdeten sich aber gegenseitig und wurden schließlich, weil sie sich zu stark antilitauisch gebärdeten – sogar von Putschplänen war die Rede –, im Juli 1934 von der litauischen Regierung verboten. Ihre führenden Aktivisten wurden verhaftet und in einem aufsehenerregenden Prozess im März 1935 zu harten Strafen verurteilt.⁵

Deutscherseits wurde der „Schandprozeß von Kowno“ als schreiendes Unrecht und als Ausdruck der Lithuanisierungsbestrebungen im Memelland gewertet. Goebbels schwor die Presse auf diese Sichtweise ein, und im Reich fanden während und nach dem Prozess zahlreiche Protestkundgebungen statt.⁶ In Ostpreußen stellte sich der Gauleiter, dem bisweilen selbst paramilitärische Interventionsgelüste in Memel unterstellt wurden⁷, in das Zentrum der Proteste. Er tat dies gewissermaßen in offiziellem Auftrag, denn der „Stellvertreter des Führers“ erklärte ihn zeitgleich zum Prozeßbeginn zur einzigen „staatlichen und parteiamtlichen“ Stelle, die zur „Erörterung politischer und wirtschaftspolitischer Fragen mit Memelländern“⁸ ermächtigt sei. Koch konnte sich damit als Generalbeauftragter für das Memelland betrachten.

⁵ BROZAT, Organisationen, S. 274-277; NIKŽENTAITIS, S. 777, 779-783; RUFFMANN, Deutsche, S. 24-26; DERS., Memelpolitik, S. 230; TAUBER, Memelgebiet, S. 22-26; DERS., Drittes Reich, S. 483f; PLIEG, S. 9, 89-92, 97, 104-138, 149, 197f, 212, 219, 222, 246-248; HELLMUTH HECKER, Deutschland, Litauen und das Memelland, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/ Pr. 6/1955, S. 228-256, hier S. 241; ŽALYS, Ringen, S. 63, 65, 67f, 79; GENTZEN, S. 76-78; Politisches Archiv Auswärtiges Amt, Inland II A/B, Nr. 308/3, Vermerk, 15./16.11.33, zitiert nach Akten der Parteikanzlei, Nr. 20290; KLEIN, Chance, S. 357; DIONIZAS MONSTAVIČIUS, Der Memelländische Prozeß, Heidelberg 1948, passim; HANS HOPF, Auswirkungen des Verhältnisses Litauens zu seinen Nachbarn auf das Memelgebiet, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/ Pr. 12/1962, S. 235-270, hier S. 253.

⁶ NS-Presseanweisungen, Bd. 2, S. 572, 12.12.34; Bd. 3, S. 171, 26.3.35; S. 190-192, 3.4.35; S. 300, 18.5.35; PLIEG, S. 135f; Vgl. ŽALYS, Ringen, S. 65; NIKŽENTAITIS, passim.

⁷ Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40, hg. v. HANS-GÜNTHER SERAPHIM, Göttingen u.a. 1956, S. 22.

⁸ ADAP, Serie C, Band IV,2, S. 707; Vgl. S. 1091f, Dokument 549.

Er verfasste eine für das gesamte Reich bestimmte Presseerklärung, in der er von „ungeheuerlichen Schandurteilen“, der systematischen „völligen inneren Entrechtung und Vergewaltigung des Memellandes“, „mittelalterlichen Foltermethoden“ „politischen Rachegehlüsten“ und der „ungeheure[n] Gefahr [...] einer Völkerkatastrophe“⁹ sprach. Diese wüste Rhetorik verband er aber nur mit einer einzigen Forderung: Die Signatarmächte sollten die Einhaltung des Memelstatuts durchsetzen. Dies entsprach der allgemeinen Propagandastrategie des Dritten Reiches zur Memelfrage, die Deutschen als den passiven, litauischer Gewalt ausgesetzten Part zu präsentieren, vorläufig aber aus Rücksicht auf die außenpolitische Konstellation noch auf weitergehende Forderungen zu verzichten – obwohl Hitler seine Präferenz für eine militärische Lösung regimeintern bereits signalisiert hatte.¹⁰

Kochs Kompetenzen bezüglich des Memelgebietes betrafen aber nicht nur die Propaganda, sondern – anstelle der „Auslandsorganisation“ – vor allem die Betreuung der „Memeldeutschen“, wie der „Stellvertreter des Führers“ 1936 erneut betonte.¹¹ Der Gauleiter war damit zum alleinigen politischen Ansprechpartner der memeldeutschen Nationalsozialisten avanciert, eine Aufgabe, die vor Ort in der Regel der Tilsiter Kreisleiter für ihn wahrnahm.¹² Koch selbst engagierte sich vor allem in Berlin für die benachbarten Landsleute. 1933 setzte er sich im Rahmen der Vorbereitungen eines Handelsabkommens mit Litauen für die Fortführung der in der Weimarer Republik gezahlten Subventionen auf Importe von Schweinen aus dem Memelland ein, obwohl dafür keine Gelder vorhanden waren. Für ihn rechtfertigte die „nationalpolitisch“ wichtige und propagandistisch wertvolle Hilfsaktion – das Reich war der Hauptabsatzmarkt der betreffenden Züchter – auch finanzielle Unregelmäßigkeiten.¹³

Besonders deutlich zeigte sich dies im Jahr 1936, als der durch den Prozess gegen die Deutschtumsaktivisten forcierte Wirtschaftskrieg mit Litauen den memeldeutschen Bauern ihren Exportmarkt nahm. Koch hielt deren Lage für so katastrophal, dass er auf Wirtschaftshilfe jenseits der offiziellen Kanäle drang und in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt auch tatsächlich erreichte, dass über englische und niederländische Firmen

⁹ BA Berlin, NS 10/178, Blatt 108-110, Presseerklärung Koch.

¹⁰ TAUBER, Memelfrage, S. 115.

¹¹ BA Berlin, NS 10/291, Stellungnahme Auslandsorganisation, 17.10.36, zitiert nach Akten der Parteikanzlei, Nr. 11708.

¹² TAUBER, Drittes Reich, S. 483.

¹³ PLIEG, S. 164; TAUBER, Drittes Reich, S. 481; DERS., Dritter, S. 99f; EWALD HIBELN, Rivalen im Baltikum, Frankfurt/ Main 1997, S. 260-286; ADAP, Serie C, Band I,2: 16. Mai bis 14. Oktober 1933, Göttingen 1971, S. 631-633, Dokument 354.

Agrarprodukte im Wert von 750 000 Reichsmark gekauft wurden – angesichts der Devisenknappheit des Reiches und der notorischen Schwierigkeiten des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Darré, für Importe landwirtschaftlicher Produkte Valuta zugewiesen zu bekommen, war die Bereitstellung eines solchen Betrages ein Erfolg für Koch.¹⁴

Das memelländische Engagement des Gauleiters wurde im Laufe des Jahres 1937 durch grundlegende Veränderungen in der „Volkstumspolitik“ in Frage gestellt. Im Januar wurde die Betreuung der „Reichsdeutschen“ im Ausland bei der „Auslandsorganisation“ der NSDAP monopolisiert, was das Auswärtige Amt im folgenden Monat auch für das Memelland durchzusetzen versuchte.¹⁵ Im Juli bekam die „Volksdeutsche Mittelstelle“ die alleinige Zuständigkeit für „volksdeutsche Fragen“ zugesprochen¹⁶, womit Kochs Kompetenzen im Memelland vollends ihren Wert verloren. Der Gauleiter versuchte jetzt, über sein Amt als Oberpräsident einen gewissen Einfluss auf die Finanzierung der deutschen Aktivitäten zu gewinnen, wurde aber vom Auswärtigen Amt ebenso wie von der „Mittelstelle“ auf die veränderten Zuständigkeiten verwiesen.¹⁷ Koch beharrte in der Folgezeit zwar weiterhin darauf, dass die Partei in der „Volkstumsarbeit“ die führende Rolle spielen müsse, opferte aber zugleich seinen „Volkstums-experten“ Oberländer, um sich besser mit der „Mittelstelle“ arrangieren zu können.¹⁸

1938 spitzte sich die Lage in der umstrittenen Region weiter zu. Anlässlich eines litauisch-polnischen Konfliktes wurde deutscherseits bereits im März eine Invasion erwogen. Im Oktober wies Hitler die Wehrmacht an,

¹⁴ ADAP, Serie C, Band IV,2, S. 1091f, Dokument 549; S. 1098f; BA Berlin, R 43 II/1403, Schriftwechsel Mai-Juli 1935; R 43 II/1403a, Reichsminister für Finanzen an Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, undatiert; TAUBER, Memelgebiet, S. 33; DERS., Drittes Reich, S. 485; DERS., Memelfrage, S. 114f; WILLOWEIT, S. 599, 610, 613; RUFFMANN, Deutsche, S. 17f; DERS. Memelpolitik, S. 221; DEUTINGER, Länder, S. 982f; PLIEG, S. 168f; CORNI/ GIES, Brot, S. 184, 257-274.

¹⁵ Politisches Archiv Auswärtiges Amt, Chef AO, Nr. 17, Vermerk, 12.2.37, zitiert nach Akten der Parteikanzlei, Nr. 22134; MACALISTER BROWN, The Third Reich's Mobilization of the German Fifth Column in Eastern Europe, in: Journal of Central European Affairs 19/1959/60, S. 128-148, hier S. 131f; Vgl. HERWARTH, S. 153-155; BUCHSWEILER, S. 46; PLIEG, S. 12, 15, 26, 34, 59; KLEIN, Chance, S. 346f.

¹⁶ Vgl. KOEHL, RKFDV, S. 37; HAAR, S. 295; WACHS, S. 160; ADAP, Serie C, Band VI,2, Göttingen 1981, S. 1079f, Dokument 520.

¹⁷ Ebd., S. 1079f, Dokument 520; S. 1088, Dokument 524; S. 1132, Dokument 552; Vgl. LUMANS, Himmler's Auxiliaries, S. 91; BERNHARD ROSENKÖTTER, Treuhandpolitik, Essen 2003, S. 37-42; NORBERT KREKELER, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik, Stuttgart 1973, S. 15-20; GENTZEN, passim.

¹⁸ Politisches Archiv Auswärtiges Amt, Inland IIg, Nr. 224, Artikelsammlung, Oktober 1937, zitiert nach Akten der Parteikanzlei, Nr. 22617; Vgl. Kapitel 5.8.

nicht nur die „Erledigung der Rest-Tschechei“, sondern auch die Inbesitznahme des Memellandes vorzubereiten.¹⁹ Im November hob die litauische Regierung unter dem Eindruck der Eingliederung des Sudetenlandes den seit 1926 geltenden Ausnahmezustand auf, sie wollte ihrem Staat ein ähnliches Schicksal wie der Tschechoslowakei ersparen.²⁰ Damit fielen aber auch die Restriktionen, die ein offenes und organisiertes Vorgehen der Nationalsozialisten bisher verhindert hatten. Bereits im Oktober 1938 gründete der Führer der „Memeldeutschen“ Ernst Neumann nach Fühlungnahme mit NS-Größen und nach dem Vorbild der NSDAP den „Memeldeutschen Kulturverband“, durch den die gesamte „deutsche“ Bevölkerung organisiert werden sollte – mit 60 000 Mitgliedern erreichte der Verband dieses Ziel weitgehend. Daneben gab es weitere, als Äquivalente zu den Gliederungen der NSDAP aufgebaute Formationen, so die „Sicherheitsabteilungen“, die sich als memelländische SA verstanden und ab Januar 1939 sogar im Braunhemd auftraten.²¹

Diese Organisationen heizten die Stimmung auf, und die folgenden Monate wurden von Unruhen und antilitauischen Maßnahmen des Direktoriums bestimmt. Die führenden Deutschtumsaktivisten ließen dabei keine Zweifel, dass sie auf den „Anschluss“ ans Reich hinarbeiteten und durchaus bereit waren, diesen durch einen Aufstand herbeizuführen.²² Auf diese Weise wurde eine Drohkulisse gegenüber Litauen aufgebaut, wobei Königsberg die Koordinationsstelle bildete. Hier fanden die Besprechungen zwischen Neumann und reichsdeutschen Politikern statt, die memelländische SA-Führer wurden hier ausgebildet und von hier aus wurden Instrukteure ins Memelgebiet geschickt.²³

Der Gauleiter war nicht in allen Fällen mit diesen Vorgängen befasst, scheint aber vor allem mit der SA eng zusammengearbeitet zu haben, während sich sein Verhältnis zum Auswärtigen Amt und zur SS aufgrund unterschiedlicher Konzeptionen verschlechterte.²⁴ Dazu trug bei, dass er

¹⁹ RUFFMANN, Memelpolitik, S. 226.

²⁰ Ebd.; DERS., Deutsche, S. 29; TAUBER, Drittes Reich, S. 486-488; DERS., Memelfrage, S. 115f; ŽALYS, Ringen, S. 85.

²¹ PLIEG, S. 197, 204; KLEIN, Chance, S. 352f; Vgl. BA Berlin, Sammlung Schumacher, Ordner 344, passim; Deutsche Allgemeine Zeitung, 7.2.39.

²² TAUBER, Drittes Reich, S. 489f; KLEIN, Chance, S. 351; HECKER, Deutschland, S. 248; PLIEG, S. 200, 203-206; ADAP, Serie D, Band V, S. 410f, Dokument 369, Dokument 370; TAUBER, Drittes Reich, S. 489-491.

²³ Vgl. TAUBER, Drittes Reich, S. 490f; PLIEG, S. 197; ADAP, Serie D, Band V, S. 411, Dokument 370; S. 426, Dokument 386; S. 431, Dokument 393.

²⁴ Politisches Archiv Auswärtiges Amt, Büro RAM, Nr. 19, Vermerk 25.5.37, zitiert nach Akten der Parteikanzlei, Nr. 22342; HERWARTH, S. 156.

eine Neujahrsansprache hielt, in der er von der „Selbstverständlichkeit“ sprach, „[d]aß das Memelland deutsch ist“ und die litauische Regierung auf das „warnende und lehrreiche Beispiel“ der Tschechoslowakei hinwies, wo Staatspräsident Eduard Benesch „es nicht verstand[en habe], rechtzeitig und freiwillig auf das Kleinere zu verzichten, [...] um das Größere zu retten.“²⁵

Koch hatte diese Rede nicht mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt und wesentlich schärfer formuliert, als es zu diesem Zeitpunkt im Interesse der Diplomatie lag.²⁶ Ähnlich störend wirkten seine zusammen mit der SA angestellten Überlegungen, beim Zusammentritt des neugewählten memeländischen Landtages Unruhen und Demonstrationen größeren Ausmaßes zu inszenieren. Die SA sollte dann als Ordnungsmacht auftreten und vollendete Tatsachen schaffen, sprich einen angeblich durch einen Volksaufstand erzwungenen Beitritt zum Reich. Damit hatte der Gauleiter den Bogen jedoch überspannt, so dass ihm der „Stellvertreter des Führers“ aufgrund einer Intervention des Auswärtigen Amtes zu verstehen gab, dass „künftig jedes Hineinarbeiten deutscher Parteistellen nach dem Memelgebiet zu unterbleiben habe“²⁷ und jeder Konflikt mit der litauischen Regierung zu vermeiden sei.

Kochs Reaktion warf ein bezeichnendes Licht auf die Art, in der er Politik betrieb. Er machte die „Volksdeutsche Mittelstelle“ für die von ihm veranlasste „Entwicklung innerhalb der SA“ verantwortlich und wies den Führer der Memeldeutschen, Neumann, an, „die politische Entwicklung im Memelgebiet“²⁸ zu stoppen, andernfalls werde er erschossen. Mit diesem entschlossenen Auftritt gelang es ihm tatsächlich, die lokalen Aktivisten derart einzuschüchtern, dass sie nicht wagten, ihm zu widersprechen, obwohl sie wussten, dass er keine Verfügungsgewalt über sie hatte²⁹ – Koch war offenbar auf dem besten Wege, verlorengegangene Kompetenzen allein durch entschlossenes Auftreten zurückzuerobern.

Nach diesem Muster agierte er auch weiterhin. Er bezeichnete die bisherige Memelpolitik als „dumme Jungenspolitik“, und obwohl die Reichsführung die SA-Instrukteure am 14. März aus dem Memelgebiet abzog, da sie die diplomatischen Bemühungen störten, bereitete Koch sich erneut darauf vor, den „Anschluss“ des Memelgebietes mit Hilfe der SA

²⁵ PrZ Nr. 1, 1.1.39, 1. Beiblatt.

²⁶ Vgl. ADAP, Serie D, Band V, S. 423f, Dokument 382.

²⁷ Ebd., S. 429, Dokument 390; Vgl. Ebd., S. 425, Dokument 384; S. 435, Dokument 398.

²⁸ Ebd., S. 427, Dokument 388; Vgl. TAUBER, Drittes Reich, S. 493.

²⁹ ADAP, Serie D, Band V, S. 429, Dokument 390; Vgl. BROWN, Fifth Column, S. 140.

auf eigene Faust durchzusetzen.³⁰ Es blieb ihm allerdings verwehrt, diese Pläne umzusetzen, da die „große Politik“ schneller agierte als der Gauleiter. Litauen wurde unter massivem Druck gezwungen, das Memelland am 22./23. März 1939 an Deutschland abzutreten.³¹ Koch war an den vorbereitenden Verhandlungen nicht beteiligt, und auch in der öffentlichen Inszenierung der „Rückkehr des Memellandes“ spielte er nur eine marginale Rolle. Die Propaganda wurde ganz auf Adolf Hitler zugeschnitten, der medienwirksam an Bord des Panzerschiffes „Deutschland“ in den Memeler Hafen einlief.³²

Die „Befreiung des Memellandes“ wurde in eine Reihe mit der Rückkehr des Saargebietes, dem „Anschluss“ Österreichs und der „Heimkehr“ des Sudetenlandes gestellt und als Erfüllung der Forderung des Parteiprogramms, alle Deutschen in einem Reich zusammenzufassen, ausgegeben.³³ Dennoch bestand ein fundamentaler Unterschied zwischen den bis 1938 vollzogenen Angliederungen und der des Memellandes. Dieser lag vor allem darin begründet, dass das Gebiet wegen seiner geringen Größe keine eigenständige politische Einheit bilden und daher auch keine Impulse für eine Veränderung des Staatsgefüges geben konnte, wie das bei den drei anderen Erweiterungen des Reichsgebietes der Fall gewesen war. Dort war eine Entwicklung hin zu einer Personalunion von Gauleiter und Verwaltungsführer und damit zum „Einheitsführer“ als spezifisch nationalsozialistischer Mittelinstanz zu beobachten.³⁴ Im Memelland wurde statt dessen der Status quo von vor 1918 wieder hergestellt und das Gebiet in die traditionellen Verwaltungsstrukturen der Provinz Ostpreußen integriert.³⁵ An der Position des ostpreußischen Gauleiters änderte sich dadurch nichts wesentliches. Selbst die zur Durchführung des Wiedervereinigungsgesetzes

³⁰ ADAP, Serie D, Band V, S. 431, Dokument 393, S. 435, Dokument 398.

³¹ TAUBER, Memelfrage, S. 116f; PLIEG, S. 205-212; ADAP, Serie D, Band V, S. 437, Dokument 400.

³² NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit, Bd. 7, hg. v. HANS BOHRMANN/ GABRIELE TOEPSER-ZIEGERT, München 2001, S. 296f, Meldung Nr. 890, 21.3.39; Hamburger Monatshefte für Auswärtige Politik 6,1/1939, S. 366-371; HANS VOLZ, Das Werden des Reiches 1939, Teil 1, Berlin 1940, S. 531-561.

³³ FEDER, S. 6, Punkt 1.

³⁴ Vgl. Kapitel 7.1; MAI, S. 233-235; GERHARD PAUL, Die NSDAP des Saargebietes 1920-1935, Saarbrücken 1987, passim; WOLFANGER, Bürckel, passim; FAHLBUSCH, S. 429f; REBENTISCH, Führerstaat, S. 231-282; KERSHAW, Hitler II, S. 346; STEPHAN DEUTINGER, Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland (1939-1945), in: Vertriebenen, S. 259-270, hier S. 261; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 37.

³⁵ PLIEG, S. 211f; BROZAT, Organisationen, S. 278; WALTER SCHÄTZEL, Das Reich und das Memelland, Berlin 1943, S. 257; TAUBER, Memelgebiet, S. 41; RUTH KIBELKA, Memellandbuch, Berlin 2002, S. 28.

nötigen Rechts- und Verwaltungsvorschriften wurden nicht von ihm, sondern vom Reichsinnenministerium erlassen. Koch setzte sie in seiner Funktion als „Überleitungskommissar“ lediglich um und „schaltete“ das Gebiet „gleich“. Institutionen wie der Landtag oder das Generalkonsulat wurden aufgelöst oder in die äquivalenten reichsdeutschen Organisationen überführt, außerdem verloren Spezialorganisationen wie die „Volksdeutsche Mittelstelle“ ihre Kompetenzen.³⁶

Der Gauleiter ging beim Aufbau der „Politischen Organisation“ vorsichtig vor und weigerte sich, den „Kulturverband“ als Pendant zur Partei anzuerkennen und seine Mitglieder in die NSDAP aufzunehmen. Das entsprach zum einen der seit der „Machtergreifung“ geübten restriktiven Aufnahmepraxis, die ein Ausufern der Parteiorganisation verhindern sollte, zum anderen wollte er seine Hausmacht stärken, indem er nur einige „bewährte Mitglieder“ in die Partei übernahm und ansonsten die bisherigen memeldeutschen Führer mit der Begründung kaltstellte, sie müssten das „ABC des Nationalsozialismus“³⁷ erst noch lernen. Die beiden Memeler Landratsämter wurden ebenso wie die Kreisleitungen übergangsweise mit bewährten ostpreußischen Parteigenossen besetzt.³⁸

Koch wurde, wie schon in Ostpreußen, als der „Macher“ glorifiziert, der das zurückgebliebene Memelland zum Wohlstand führen könne³⁹, hatte dabei aber seinen Vorteil fest im Blick. Er führte in Memel nicht nur die deutsche Wirtschaftsgesetzgebung, den Reichsnährstand und die Grenzlandhilfe ein und glich das Lohn- und Preisniveau an das Reich an, er ließ auch den „Erich-Koch-Plan“ ausweiten. Dabei sollte an die traditionellen, bodenständigen Erwerbszweige angeknüpft werden, also an die Landwirtschaft, die dazugehörigen Veredelungsbetriebe und den Umschlag und die Verarbeitung russischer Agrarprodukte und Hölzer⁴⁰.

³⁶ BA Berlin, Sammlung Schumacher, Ordner 344, Dokumentensammlung, 1939; BROZAT, Organisationen, S. 278; LUMANS, Himmler's Auxiliaries, S. 93; HERWARTH, S. 158; PrZ Nr. 83, 24.3.39; KIBELKA, S. 28f.

³⁷ PLIEG, S. 115.

³⁸ Ebd., S. 212f; KLEIN, Chance, S. 352f; BROZAT, Organisationen, S. 278; GROEBEN, Dienst, S. 131f; SCHÄTZEL, Reich, S. 257; GROEBEN, Dienst, S. 131f; SCHÄTZEL, Reich, S. 257; STELBRINK, S. 105; ROHRER, Macht, 515-522; TAUBER, Memelgebiet, S. 39; PAUL, NSDAP, S. 76-78, 86f; BA Berlin, NS 22/726, Stabsleiter Stellv. Führer an Gauleitung Ostpreußen, 9.6.39; BA Bayreuth, Ost-Dok 10/263, Blatt 3, Bericht Brindlinger.

³⁹ PrZ Nr. 95, 5.4.39; Nr. 96, 6.4.39; ROHRER, Macht, S. 522-524.

⁴⁰ FAHLBUSCH, S. 221; WILLOWEIT, S. 615, 639; OTTOMAR SCHREIBER, Die Wirtschaft des Memellandes, in: Deutsche Wirtschaftszeitung 38/1941, S. 892-894, hier S. 893f; PrZ Nr. 94, 4.4.39; BA Berlin, R 16/56, Bericht über die Bereisung des Memelgebietes in der Zeit vom 12.-14.7.1939; R 3101/33302, Bericht Landesgewerbeamt Ostpreußen, 1939;

Kleinere Industriebetriebe wurden geschlossen, zusammengelegt oder umstrukturiert.⁴¹ Davon profitierte auch die „Erich-Koch-Stiftung“, die sich einen Teil der Betriebe einverleibte. Sie sollte auch hier „sozialistisch“ auf den Wirtschaftsaufbau einwirken, indem sie mit der Textilindustrie in einem Sektor tätig wurde, der nicht nur zu den wichtigsten Industriezweigen des Memellandes gehörte, sondern auch eine Versorgungslücke in der gesamten Provinz schließen sollte. Bestanden in dieser Branche 1937 noch elf Betriebe, so waren es 1941 nur noch drei, von denen einer, die „Memeleler Textilfabriken GmbH“ mit insgesamt fünf Werken, der Stiftung gehörte.⁴² Die Stiftung besaß in Memel weiterhin zwei Margarine- und Fettwerke, ein Mühlenwerk und eine Fischkonservenfabrik, zudem übernahm sie die Zeitung „Memelwacht“. Wie all diese Betriebe in den Besitz der Stiftung gelangten, lässt sich nicht mehr detailliert nachvollziehen, es steht aber zu vermuten, dass der Gauleiter und seine Mitarbeiter im Memelland ähnlich skrupellos wie in der „Altprovinz“ vorgingen und Kochs politische Stellung ausnutzten.⁴³

Der Gauleiter wollte das neugewonnene Gebiet aber nicht nur wirtschaftlich ausnutzen, er sah in seiner Neugestaltung auch ein Prestigeprojekt, das er durch den Ausbau Memels zur zweitgrößten Stadt Ostpreußens krönen wollte. Als nördlichste und – wie in den zeitgenössischen Quellen häufig, aber falsch bezeichnet – „östlichste“ Stadt des Reiches wurde Memel auch tatsächlich zur „Neugestaltungsstadt“ erklärt, und Koch erhielt im August 1940 den Auftrag, den entsprechenden Führererlass über städtebauliche Maßnahmen umzusetzen.⁴⁴ Allerdings weckte diese Maßnahme in der Provinz Ängste, der neue Landesteil könne sich zu einem Konkurrenten um Fördergelder entwickeln, weswegen sich der Provinzfürher bemühte, derartige Bedenken zu zerstreuen und Memel in der Öffentlichkeit als Gewinn für Ostpreußen darzustellen.⁴⁵ In diesem Sinne wurde eine antilithauische – und antisemitische – Kampagne entfacht, die die kulturelle

Ebd., R 2/19357, Erlass RM Arbeit, 12.10.39, zitiert nach Akten der Parteikanzlei, Nr. 24215.

⁴¹ Vgl. WILLOWEIT, S. 636; SCHREIBER, Wirtschaft, S. 892.

⁴² WILLOWEIT, S. 651f, 798-800; BA Berlin, R 3101/33302, Bericht Landesgewerbeamt Ostpreußen, 1939; BA Bayreuth, Ost-Dok 10/353, Blatt 11, Vermögensaufstellung Erich-Koch-Stiftung, 31.12.43; BA Koblenz, Z 42 IV 1909 d, Blatt 187, Backhaus an Wolff, 22.8.49; 1909e, Blatt 221, Aussage Koch, 24.9.49.

⁴³ BA Bayreuth, Ost-Dok 10/353, Blatt 11, Vermögensaufstellung Erich-Koch-Stiftung, 31.12.43; BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 187, Backhaus an Wolff, 22.8.49.

⁴⁴ PrZ Nr. 94, 4.4.39; BA Berlin, R 43 II/1018, Speer an Lammers, 5.11.40; Lammers an Koch, 20.12.40.

⁴⁵ PrZ Nr. 94, 4.4.39.

Gleichartigkeit der Memelländer mit den Ostpreußen betonte und die Litauer als kulturloses und schmutziges, unter jüdischem Einfluss stehendes Volk diffamierte. Damit sollte die Vertreibung der Litauer aus dem Memelland legitimiert werden, in der Rückschau klingen diese Phrasen aber bereits wie der Auftakt zur Deklassierung der Polen, die nur wenig später begann.⁴⁶

Gerade im Hinblick auf die bedeutende Rolle Kochs in der Besatzungspolitik kann die Angliederung des Memellandes nur als sekundärer Prestigeerfolg des Gauleiters gewertet werden. Das Gebiet stellte machtpolitisch keinen großen Zugewinn dar, da Koch keine gesonderten Verwaltungskompetenzen aufbauen konnte. Seine Stiftung vollzog jedoch einen wichtigen Schritt in ihrer Entwicklung hin zum Großkonzern und zum bestimmenden Wirtschaftskonsortium der Provinz, auch wenn sie hier noch keine Latifundien für den ungekrönten König der Provinz erwerben konnte.⁴⁷ Sie bewährte sich aber auch als Instrument „sozialistischer“ Wirtschaftsplanung und -lenkung im Sinne ihres Gründers, der sie in der Folgezeit zu *dem* Instrument der Umgestaltung und Ausbeutung seiner „Lehen“ machen sollte. Im Vorfeld der Angliederung des Memellandes bewies er zudem, dass er bereit war, mit großer Hartnäckigkeit um jede Kompetenz zu kämpfen, auch aus der Position des Schwächeren heraus. Das sollte zu einem wichtigen Zug seiner Besatzungsherrschaft werden.

⁴⁶ THEODOR HURTIG, Zur Heimkehr des deutschen Memellandes, in: Geographischer Anzeiger 40/1939, S. 249-255; THEODOR OBERLÄNDER, Memelgebiet frei!, in: Pommersche Blätter 63/64/1938/39, S. 146-148; ERWIN FRIZ, Die Landwirtschaft des Memelgebietes, in: Pommersche Blätter 64/1939, S. 52-56; SCHREIBER, Wirtschaft; MAX SZAMELTAT, Bibliographie des Memellandes, Würzburg 1957.

⁴⁷ BA Bayreuth, Ost-Dok 10/305, Blatt 83, Bericht Ostpr. Landgesellschaft, undatiert (nach 1942).

7. „VORWERK DER PROVINZ“ – ZICHENAU

Ostpreußen wurde in der Zwischenkriegszeit oft als möglicher Auslöser für einen bewaffneten Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und Polen genannt, 1939 spielte die Provinz bei der Entscheidung zum Krieg jedoch keine Rolle. Koch soll sogar noch bis in den Sommer hinein an dem Konzept, zusammen mit Polen gegen die Sowjetunion vorzugehen, festgehalten haben.¹ Er selbst gab im Nachhinein an, er habe einen Krieg abgelehnt, da er durch ihn eine Störung des Wirtschaftsaufbaus befürchtet habe und sich sicher gewesen sei, Ostpreußen könne „auch bei einem gewonnenen Krieg“² nur verlieren. Dennoch trug er die Vorbereitungen des Feldzuges mit. Ihm und seinem Danziger Kollegen Forster fiel die Aufgabe zu, die angeblich im Zentrum des deutsch-polnischen Konfliktes stehende „Danzig-Frage“ virulent zu halten und gleichzeitig eine vorzeitige Eskalation zu verhindern. Die Instruktionen dafür erhielt er in mehreren Gesprächen mit Hitler und Ribbentrop.³ Koch begleitete den Außenminister sogar zur Unterzeichnung des Grenz- und Freundschaftsvertrags im September 1939 nach Moskau.⁴ Damit blieb er in gewisser Weise seinen schon in der „Ostideologie“ formulierten Vorstellungen von einer Zusammenarbeit der Völker des Ostens treu, vollzog aber zugleich und zum wiederholten Male eine politische Wende seines „Führers“ nach.

Obwohl die Vorstellung, die Grenzziehung von Versailles im Osten mittels Waffengewalt rückgängig zu machen, in der deutschen Führung

¹ CARL JACOB BURCKHARDT, *Meine Danziger Mission 1937-1939*, 2. durchgesehene Auflage, Bern 1971, S. 203, 312f; Vgl. PAUL STAUFFER, *Zwischen Hoffmannsthal und Hitler*, Zürich 1991, S. 13, 17f, 202-205; KERHAW, *Hitler II*, S. 1144; MARTIN BROZAT, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945*, Stuttgart 1961, S. 21f; WOJCIECHOWSKI, S. 128, 234, 547; WOLLSTEIN, S. 806.

² IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 60f, Lebenslauf Koch.

³ BROZAT, *Polenpolitik*, S. 21f; KERSHAW, *Hitler II*, S. 284; SCHENK, *Hitlers Mann*, S. 109-129, 133-135, 138f; WENDT, *Danzig*, S. 793; WOJCIECHOWSKI, S. 540f, 549; BURCKHARDT, S. 203, 312f, 332; WINFRIED HÖHN, *Die Lunte am Pulverfaß*, in: *Der Krieg vor dem Krieg*, hg. v. WERNER RÖHR u.a., Hamburg 2001, S. 209-250, hier S. 231, 246.

⁴ INGBORG FLEISCHHAUER, *Diplomatischer Widerstand gegen „Unternehmen Barbarossa“*, Frankfurt/ Main 1991, S. 50.

weit verbreitet war, stand Hitler 1939 als treibende Kraft hinter dem Entschluss zum Krieg. Detaillierte Planungen, was mit dem Land und seinen Bewohnern geschehen solle, wurden im Vorfeld des Krieges nicht erarbeitet. Der „Führer“ machte aber unmissverständlich klar, dass er das zu erobernde Territorium als den von ihm immer wieder eingeforderten Lebensraum betrachtete. Es gelte nicht, so führte er am 22. August 1939 vor höheren Offizieren aus, eine bestimmte Linie zu erreichen, sondern die „lebendigen Kräfte“ Polens zu vernichten. Der Kampf gehe um Leben und Tod, daher müsse brutal und mit größter Härte vorgegangen werden, Mitleid könne es keines geben.⁵

Es kann davon ausgegangen werden, dass auch während Kochs Besprechungen mit Hitler derartige Äußerungen fielen und der Gauleiter daher in der Lage war, seine Politik am dergestalt kundgetanen Willen des „Führers“ zu orientieren. Zu Beginn des Krieges wurden ihm aber zunächst nur Aufgaben in seiner Provinz übertragen. Am 27. August übernahm der Kommandeur der in Ostpreußen stehenden 3. Armee, General Georg von Küchler, die vollziehende Gewalt. Seine Kompetenzen wurden durch die Ernennung des Oberpräsidenten zum „Chef der Zivilverwaltung“ (CdZ) eingeschränkt. In dieser Funktion agierte Koch als ziviles Pendant Küchlers. Anordnungen, die nicht genuin militärische Belange betrafen, wie zum Beispiel die Sperrung des Zivilverkehrs in die Grenzregionen, wurden demgemäß von ihm und dem Militärbefehlshaber gemeinsam erlassen.⁶ Für die eroberten Gebiete war Koch nicht zuständig, zum „CdZ Feindesland“ bei der 3. Armee wurde SS-Brigadeführer Heinz Jost ernannt. Als dessen Stellvertreter fungierte allerdings der ostpreußische Landeshauptmann von Wedelstädt, womit Koch auch hier seinen Einfluss gewahrt haben dürfte.⁷

Der Gauleiter wurde bald auch direkt mit der Verwaltung polnischer Gebiete betraut. Gemäß der am 8. September 1939 von Hitler erlassenen

⁵ IMT, Bd. 26, S. 523f, Dokument 1014 PS; Vgl. Kershaw, Hitler II, S. 224, 240-244, 273-320, 330f; GERD R. UEBERSCHÄR, Der militärische Widerstand, die antijüdischen Maßnahmen, „Polenmorde“ und NS-Kriegsverbrechen in den ersten Kriegsjahren (1939-1941), in: NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, hg. v. DEMS., Darmstadt 2000, S. 31-43, hier S. 34f.

⁶ HANS UMBREIT, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39, Stuttgart 1977, S. 70; ROBERT HERZOG, Grundzüge der deutschen Besatzungsverwaltung in den ost- und südost-europäischen Ländern während des zweiten Weltkrieges, Tübingen 1955, S. 82f; PrZ Nr. 236, 27.8.39; Nr. 241, 1.9.39; Nr. 244, 4.9.39.

⁷ UMBREIT, Militärverwaltungen, S. 70, 97f; HELMUT KRAUSNICK/ HANS-HEINRICH WILHELM, Die Truppe des Weltanschauungskrieges, Stuttgart 1981, S. 22, 64, 281; RAUL HILBERG, Die Vernichtung der europäischen Juden. 3 Bände, Durchgesehene und erweiterte Ausgabe, Frankfurt/ Main 1990, S. 1172.

Richtlinien für die Errichtung einer Militärverwaltung wurden die besetzten Gebiete in mehrere Verwaltungsbezirke eingeteilt, die jeweils einem Militärbefehlshaber und einem CdZ unterstanden. Bei der Auswahl der zivilen Verwaltungschefs griff Hitler nicht auf Verwaltungsfachleute aus den Reichsbehörden zurück, sondern ernannte ausschließlich zuverlässige Nationalsozialisten, um die in seinem Sinne „richtige“ Behandlung des Territoriums zu gewährleisten.⁸

Das polnische Gebiet unterstand in seiner Gesamtheit Hans Frank, dem mehrere regionale CdZ unterstellt waren. Er selbst residierte in Lodz (Łódź), wo er auch als regionaler CdZ fungierte. Zu seinem direkten Verwaltungsbereich gehörten auch Lublin und Warschau. Eigene regionale CdZ residierten in Krakau (Arthur Seyß-Inquart) und Posen (Arthur Greiser). Pommerellen – das ehemalige „Korridorgebiet“ – wurde von Albert Forster von Danzig aus mitverwaltet. Zwei kleinere Territorien, Ostoberschlesien und der nördliche Teil Masowiens, bekamen einen Sonderstatus, sie wurden von den Gauleitern der benachbarten Gaue, Josef Wagner und Erich Koch, verwaltet. Im Falle Kochs war dieses Gebiet weitgehend mit dem Territorium identisch, das Jost und Wedelstädt als „CdZ Feindesland“ verwaltet hatten. Deren Stab, der hier bereits Landräte eingesetzt hatte, wurde deshalb dem Gauleiter unterstellt. Damit wurden wichtige Prädispositionen für die endgültige Form der zivilen Verwaltung getroffen.⁹

Die Behandlung der eroberten polnischen Gebiete unterschied sich stark von der später im Norden und Westen vollzogenen Praxis, wo vor allem Besatzungsbehörden gebildet wurden, die die landeseigene Verwaltung beaufsichtigten. In Polen ging die deutsche Führung von Anfang an davon aus, dass weite Teile des Landes deutsches Reichsgebiet werden würden und dass deshalb eine deutsche Verwaltung errichtet werden müsse. Hitler selbst musste zur Umsetzung dieser Konzeption nicht allzu viel beitragen. Mit seinen vagen Aussagen zur Zukunft der Regionen und seinen Verwaltungsrichtlinien gab er den Rahmen vor, in dem sich bereits im Oktober 1939 die dem Nationalsozialismus inhärente Dynamik entfaltete – mit den Gauleitern als wichtigsten Protagonisten.

Diese Entwicklung wurde vom Danziger Parteiführer Albert Forster angestoßen, der zu den am engsten an Hitler orientierten Gauleitern gehörte. Er intervenierte am 5. Oktober beim Diktator, weil der Militärver-

⁸ BROSZAT, Polenpolitik, S. 26; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 22f; KETTENACKER, S. 410.

⁹ UMBREIT, Militärverwaltungen, S. 97f; HANS-JÜRGEN BÖMELBURG, Die deutsche Besatzungsverwaltung in Polen 1939 bis 1945, in: Die polnische Heimatarmee, hg. v. BERNHARD CHIARI, München 2003, S. 51-86, hier S. 61; Nacht über Europa, Köln 1989, S. 34, 123f; BROSZAT, Polenpolitik, S. 26f; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 22-24.

waltung seiner Meinung nach das richtige Verständnis für notwendige „bevölkerungspolitische Maßnahmen“¹⁰ fehle. Forster, der sich zu dieser Zeit sehr oft mit Hitler traf und dessen Ansichten daher gut kannte, verstand darunter eine extrem radikale Fortsetzung der seit dem 19. Jahrhundert als Mittel des „Volkstumskampfes“ geführten Siedlungs- und Bevölkerungspolitik. Das Vorgehen der Einsatzgruppen von SS und „volksdeutschen Selbstschutzeinheiten“, die damit begonnen hatten, die polnische „Intelligenz“ – darunter fielen Lehrer und Geistliche ebenso wie Beamte, Offiziere oder Funktionäre des polnischen „Westbundes“ – zu liquidieren, stellte in seinen Augen eine wesentliche Voraussetzung für die radikale „Germanisierung“ des Landes dar. Hitler gab ihm recht und löste Forsters Gebiet aus der gerade erst gebildeten Militärverwaltung.¹¹

Der Danziger Gauleiter erntete damit geradezu prototypisch den Erfolg des „dem Führer Entgegenarbeitens“. Mit dem Verweis auf Ziele, die Hitler zwar ihrem Inhalt nach oftmals in informellen Treffen gefordert, aber nicht näher präzisiert oder formell angeordnet hatte, konnte ein Gauleiter beim „Führer“ selbstinitiierte Maßnahmen verteidigen und gleichzeitig die Position der gerade siegreichen Wehrmacht aushebeln. Damit entwickelte sich auch hier das bei allen bisherigen Eingliederungen vom Saargebiet bis zum Sudetenland erkennbare Konzept fort, die Partei mit den volkstumspolitisch wichtigen Aufgaben zu betrauen – was gerade bei der beabsichtigten, besonders eng an die nationalsozialistische Weltanschauung und den „Führerwillen“ gebundenen völkisch-rassischen Neuordnung in Polen naheliegend war.¹²

Forsters Initiative war tatsächlich der Startschuss zu einer Entwicklung, die den Gauleitern im Osten die Mittel zu einer eigenständigen Politik in die Hand gab. Bereits am folgenden Tag berieten sie zusammen mit dem Staatssekretär im Innenministerium Wilhelm Stuckart die zukünftige Verwaltungsgliederung der eroberten Ostgebiete und bereiteten damit einen

¹⁰ Ebd., S. 24; BROZAT, Polenpolitik, S. 15, 29; Nacht über Europa, S. 26, 123; Vgl. KERSHAW, Hitler II, S. 342; FRIEDRICH FUCHS, Die Beziehungen zwischen der Freien Stadt Danzig und dem Deutschen Reich in der Zeit von 1920 bis 1939 unter besonderer Berücksichtigung der Judenfrage in den beiden Staaten, Freiburg 1999, S. 70, 143; SCHENK, Hitlers Mann, S. 20, 131f, 138; KRAUSNICK/ WILHELM, S. 57f; HÖHN, S. 244-246.

¹¹ SCHENK, Hitlers Mann, S. 109-129, 133-139, 161-167; BURCKHARDT, S. 312-320, 332; WOJCIECHOWSKI, S. 540f, 549; BROZAT, Polenpolitik, S. 41, 51, 75, 85; HEINRICH SCHWENDEMANN/ WOLFGANG DIETSCHKE, Hitlers Schloß, Berlin 2003, S. 9-60; HÖHN, S. 235, 250; KRAUSNICK/ WILHELM, S. 32-106; BIRN, S. 186; Nacht über Europa, S. 354f; BÖMELBURG, S. 58-60; KERSHAW, Hitler II, S. 334-338, 425.

¹² Vgl. BROZAT, Polenpolitik, S. 118; KERSHAW, Hitler II, S. 345.

Führererlass vor, der am 8. Oktober 1939 erging.¹³ In diesem wurden nicht nur Hitlers Wünsche nach einer Einverleibung wirtschaftlich und verkehrstechnisch wertvoller, aber vor 1914 nicht zum Reich gehörender Regionen und einer militärisch günstigeren Grenzlinie berücksichtigt, sondern auch die Forderungen der Gauleiter. Unter ihnen tat sich besonders Koch hervor, der nach Kompensation für den Regierungsbezirk Westpreußen verlangte – dieser wurde im Zuge der Neuordnung dem „Reichsgau Danzig-Westpreußen“ zugeordnet –, ohne dabei aber einen stichhaltigen historisch, ethnisch oder wirtschaftlich begründbaren Anspruch Ostpreußens auf irgendwelche polnische Territorien vorweisen zu können. Darüber hinaus verlangte er nach Land, auf dem ostpreußische Bauernsöhne angesiedelt werden konnten – und das war nur auf bisher nicht von Deutschen besiedelten Flächen möglich. Unterstützt wurde er dabei von Göring, der wirtschaftliche Gründe für Angliederungen an Ostpreußen vorbrachte.¹⁴

Hitler akzeptierte diese Argumentation. Im Führererlass vom 8. Oktober wurden der Provinz Ostpreußen der südlich angrenzende Norden Masowiens, der Kreis Soldau (Działdowo) im Südwesten sowie die Kreise Suwałki und Augustów im Osten zugeteilt, zusammen über 16 000 Quadratkilometer – was einem Drittel der bisherigen Fläche der Provinz entsprach – mit etwa einer Million Einwohnern. Den größten Teil dieser Gebiete verband, abgesehen davon, dass Koch sie bereits als CdZ verwaltet hatte, nur sehr wenig mit dem bisherigen Herrschaftsbereich des Gauleiters. Außer in dem kleinen Kreis Soldau, der historisch zu Ostpreußen gehört hatte, 1919/20 aber als Verkehrsknotenpunkt Polen zugeteilt worden war und jetzt wieder zum Regierungsbezirk Allenstein kam, lebten in diesen Gebieten fast keine Deutschen.¹⁵ Suwałki und Augustów wurden zum Kreis „Suwalken“ – später in „Sudauen“ umbenannt – zusammengefasst und in den Regierungsbezirk Gumbinnen eingegliedert. In dem Kreis teilten sich etwa 125 000 Menschen 2 840 Quadratkilometer, darunter jeweils etwa zehn Prozent „Volksdeutsche“ und Litauer.¹⁶

Ähnlich wie im Memelland hatte die ostpreußische NSDAP, in diesem Fall die Kreisleitungen Goldap und Treuburg, in Suwałki bereits vor dem Krieg eine nationalsozialistische Tarnorganisation, die „Jungdeutsche

¹³ Reichsgesetzblatt I, 1939, S. 2042f; Nacht über Europa, S. 127-129; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 30.

¹⁴ Ebd., S. 30, 518; BROZAT, Polenpolitik, S. 32-35; GÓRCZYŃSKA, Agrarpolitik, S. 257; Vgl. Kapitel 10.1.

¹⁵ BROZAT, Polenpolitik, S. 35; REHM, Bevölkerung, S. 53; KOSSERT, Preußen, S. 203-220, 294; BA Bayreuth, Ost-Dok 13/52, Blatt 3, Bericht Ulleweit.

¹⁶ BROZAT, Polenpolitik, S. 26, 31; HERZOG, S. 7; BA Bayreuth, Ost-Dok 13/54, Blatt 3, Bericht Kramer/ Schmidtsdorf.

Partei“, aufgebaut, aus deren Reihen im Herbst 1939 ähnlich wie in Pommern ein „Selbstschutz“ gebildet wurde, der die polnischen und litauischen Bewohner des Gebietes terrorisierte. Bis 1944 soll es zu mindestens zehn Massenhinrichtungen und zwei größeren Deportationen gekommen sein.¹⁷ Den örtlichen Aktivisten wurden alle Führungsaufgaben bald entzogen, vor allem durch die Besetzung der Verwaltung mit Beamten aus dem Kreis Treuburg. Diese führten Germanisierungsmaßnahmen durch, indem sie litauischstämmige Landwirte enteigneten und ihren Besitz an „Baltendeutsche“ verteilten, die auf Grund des deutsch-sowjetischen Umsiedlungsabkommens ins Reich kamen.¹⁸

Der bedeutsamste Teil der „Neuerwerbungen“ war der Nordteil Masowiens, der als neuer vierter Regierungsbezirk an die Provinz Ostpreußen angegliedert wurde. In dem nach der zentral gelegenen Stadt Ciechanów nunmehr Zichenau benannten Regierungsbezirk lebten auf 12 913 Quadratkilometern 843 000 Menschen, darunter nur 15 000 Deutsche, denen mit 80 000 Personen eine der größten jüdischen Gemeinden der „eingegliederten Ostgebiete“ gegenüberstand.¹⁹ Von der Bevölkerungsstruktur her war das Gebiet daher kein Gewinn für die Provinz, und auch wirtschaftlich bot es eher Anlass zur Sorge, da es noch einseitiger agrarisch geprägt war als der „Muttergau“. Es gab weder größere Städte noch nennenswerte Industriebetriebe, auch das Handwerk war schwach entwickelt. Die Landwirtschaft wurde außer durch eine Reihe größerer Güter vor allem durch einen „ungünstig hohen Anteil an Klein- und Kleinstbetrieben unter 5 ha“²⁰ geprägt, die oft nur für den Eigenbedarf und nach völlig veralteten Methoden wirtschafteten. Die allgemeinen Lebensverhältnisse waren dementsprechend schlecht, was den Königsberger Oberlandesgerichtspräsidenten Max Draeger zu dem Urteil veranlasste, Koch habe den „elendsten“²¹ polnischen Bezirk übertragen bekommen.

Gleichzeitig mit dem „Regierungsbezirk Zichenau“ wurden die „Reichsgaue“ „Wartheland“ und „Danzig-Westpreußen“ gebildet, in denen die Gauleiter Greiser und Forster zugleich als Reichsstatthalter fungierten.

¹⁷ IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1637, 1647f, Urteil, 9.3.59; CHRISTIAN JANSEN/ ARNO WECKBECKER, *Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40*, München 1992, S. 79, 206; *Nacht über Europa*, S. 372; BROZAT, *Polenpolitik*, S. 141.

¹⁸ BA Bayreuth, Ost-Dok 13/54, Blatt 3, Bericht Kramer/ Schmidtsdorf; TIMOTHY PATRICK MULLIGAN, *The Politics of Illusion and Empire*, New York u.a. 1988, S. 79.

¹⁹ BROZAT, *Polenpolitik*, S. 35; MADAJCZYK, *Okkupationspolitik*, S. 34; FRANK GOLCZEWSKI, *Polen*, in: *Dimension des Völkermords*, hg. v. WOLFGANG BENZ, München 1991, S. 411-497, hier S. 418.

²⁰ TILITZKI, *Alltag*, S. 45; Vgl. E. SCHEU/ H. KOPITKE, *Der Regierungsbezirk Zichenau*, in: *Zeitschrift für Erdkunde* 9/1941, S. 224-237, hier S. 231f.

²¹ Zitiert nach TILITZKI, *Alltag*, S. 44.

Damit wurde die Umformung der Verwaltungsstruktur des Dritten Reiches ein weiteres Stück hin zu einer personenzentrierteren Form vorangetrieben. Außerdem wurde Oberschlesien um einige Landkreise erweitert und die restlichen polnischen Gebiete zum „Generalgouvernement“ zusammengefasst, das von Hans Frank, dem einzigen Nicht-Gauleiter unter den Verwaltungsführern im eroberten Polen, verwaltet wurde. Sein Gebiet wurde in dem nie näher definierten Status eines „Nebenlandes“ des Reiches belassen, während die Territorien der Gauleiter am 26. Oktober 1939 ins Reich eingegliedert wurden.²²

Im „Regierungsbezirk Zichenau“ wurde nicht zuletzt an der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung deutlich, dass nicht nur mit der Schaffung der neuen „Reichsgaue“, sondern auch mit den Angliederungen an bestehende Provinzen in der Expansionspolitik Neuland betreten wurde. Die neue Grenze des „Großdeutschen Reiches“ wurde im Vergleich zur Reichsgrenze von 1914 um bis zu 200 Kilometer nach Osten verschoben. Die neuen Reichsteile waren ungefähr doppelt so groß wie die nach dem Ersten Weltkrieg abgetretenen und umfassten circa die Hälfte des unter deutscher Besatzungshoheit verbliebenen polnischen Territoriums. Damit verleibten die Nationalsozialisten dem Deutschen Reich Gebiete ein, in denen nur eine sehr kleine deutsche Minderheit lebte. Anders als im Sudetenland oder dem Memelgebiet konnte das bisher stets propagierte Prinzip der Selbstbestimmung der Völker hier nicht zur Rechtfertigung angeführt werden, vielmehr wurde auf völkerrechtlicher Ebene argumentiert, der polnische Staat habe aufgehört zu existieren.²³

Für die NS-Führung war damit eine „Tabula rasa“ gegeben, die sie zum völligen Neuaufbau ohne jegliche juristische oder verwaltungstechnische Restriktionen oder Rücksichtnahmen auf die Bevölkerung nutzen wollte. Die Übertragung der Verwaltung auf die Gauleiter sollte sicherstellen, dass diese Neugestaltung völlig im Sinne des „Führers“ verlief. Hitler erweiterte hier im Vertrauen auf diese Männer sein Prinzip, die Zentralstellen darauf zu beschränken, grundsätzliche Weisungen zu erteilen, und ansonsten seinen lokalen Vertretern freie Hand zu lassen.²⁴ Gleichzeitig wurde die Ministerialbürokratie aus den entscheidenden Positionen zurückgedrängt, indem in den „Reichsgauen“ das Prinzip des „Einheitsführers“, dem die gesamte Verwaltung unterstand, weitgehend verwirklicht wurde. Proteste

²² BROSZAT, Polenpolitik, S. 30f; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 32-34, 36.

²³ Vgl. Ebd., S. 209; BROSZAT, Polenpolitik, S. 32f; BÖMELBURG, S. 62; HERZOG, S. 62-64, 70f, 73; GERHARD OTTO GRASSMANN, Die deutsche Besatzungsgesetzgebung während des Zweiten Weltkrieges, Tübingen 1958, S. 100-107.

²⁴ BROSZAT, Polenpolitik, S. 118; REBENTISCH, Führerstaat, S. 251; SCHENK, Hitlers Mann, S. 151; KERSHAW, Hitler II, S. 340f, 347, 423-428.

aus diversen Ministerien blieben auch deshalb erfolglos, weil Innenminister Frick und sein Staatssekretär Stuckart sie nicht unterstützten. Für sie stellten die „Reichsgaue“ ein Modell für eine neue Mittelinstanz und damit einen Schritt zur Verwirklichung einer – seit langem erfolglos angestrebten – Reichsreform dar. Entgegen den Absichten des Innenministeriums entwickelten sich die „Reichsgaue“ und die mit ihnen vergleichbaren Gebiete im Osten aufgrund der starken Personalisierung der Herrschaftsform aber zu einer Art von Satrapien, die zur Selbständigkeit tendierten und von den Zentralinstanzen kaum noch kontrolliert werden konnten.²⁵

7.1. „Im Volkstums- und Grenzlandkampf bewährt“ – Personal und Verwaltung

Diese Verselbständigung war auch beim Regierungsbezirk Zichenau zu beobachten, wo ebenso wie in den neuen „Reichsgauen“ der Führererlass vom 8. Oktober 1939 die Grundlage der Verwaltung bildete. Koch unterstand damit entsprechend den Regelungen für die „Reichsgaue“ die gesamte Verwaltung. Selbst die Justiz- und die Finanzverwaltung sowie die Reichsbahn und die Post wurden ihm für eine Übergangszeit untergeordnet.²⁶ Dieses Gliederungsprinzip setzte sich auch auf den unteren Verwaltungsebenen fort. Dem Regierungspräsidenten und den Landräten kam damit eine ähnlich umfassende Position in ihrem Bereich zu wie dem Oberpräsidenten für das gesamte Gebiet. Die Zollgrenze des Reiches wurde an die Grenze zum Generalgouvernement verlegt und die Reichsmark als alleiniges Zahlungsmittel eingeführt. Passrechtlich blieb das Gebiet jedoch Ausland, das ohne Genehmigung nicht betreten oder verlassen werden konnte.²⁷

Unter diesen Voraussetzungen besaßen die regionalen und lokalen Politiker und Beamten viel größere Handlungsfreiheiten als je zuvor im Reich, Willkür jeder Art schien Tür und Tor geöffnet. Der Führer einer solchen Verwaltung musste seine Untergebenen mit besonderer Sorgfalt auswählen, wollte er sie erfolgreich leiten. „Weltanschauliche Zuverlässig-

²⁵ REBENTISCH, Führerstaat, S. 21, 231-282; Nacht über Europa, S. 38; UMBREIT, Militärverwaltungen, S. 129; BROZAT, Polenpolitik, S. 27-29, 33, 49-51; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 27f, 37-39; KERSHAW, Hitler II, S. 346; GÜNTHER MORITZ, Gerichtsbarkeit in den von Deutschland besetzten Gebieten 1939-1945, Tübingen 1955, S. 76.

²⁶ Vgl. REBENTISCH, Führerstaat, S. 21, 231-282; BROZAT, Polenpolitik, S. 33, 51, 139; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 37; MORITZ, S. 76; KERSHAW, Hitler II, S. 346.

²⁷ BROZAT, Polenpolitik, S. 37; TILITZKI, Alltag, S. 44; MICHAEL A. HARTENSTEIN, Neue Dorflandschaften, Berlin 1998, S. 15.

keit“ und absolute Treue waren die wichtigsten, wenn nicht sogar die einzigen Auswahlkriterien, denn Koch war entschlossen, seine Machtposition in Zichenau noch stärker durch eine rigide Personalpolitik zu festigen als in „Altostpreußen“.

Regierungspräsident und damit funktionell Nachfolger des CdZ wurde Ende November 1939 einer seiner engsten Vertrauten, der bisherige ostpreußische Vizepräsident Hermann Bethke. Als dieser im Januar 1940 starb, wurde er durch Gauorganisationsleiter Paul Dargel ersetzt, der über keinerlei Verwaltungserfahrung verfügte und sein Amt ausschließlich seinem ausgezeichneten Verhältnis zu Koch verdankte.²⁸

Um die Besetzung der Landratsämter kümmerte sich der Gauleiter sehr intensiv. Sein Bemühen, hier seine Machtposition auszubauen, war nicht zu verkennen. Die Militärverwaltung respektive der „CdZ Feindesland“ hatte die polnische Kreiseinteilung beibehalten und die Starosten durch Landräte ersetzt. Die direkt an Ostpreußen grenzenden Kreise wurden von den Verwaltungschefs der ostpreußischen Grenzkreise mitverwaltet, für die übrigen Einheiten hatte das Reichsinnenministerium Personal abgeordnet. Koch ließ jedoch Mitte Oktober 1939 alle Landräte durch politisch besonders aktive ostpreußische Landräte ablösen, die meist auch in Personalunion ihren alten Landkreis weiterverwalteten.²⁹

Aber selbst dieses Revirement genügte dem Parteiführer nicht, anscheinend glaubte er nicht, dass Laufbahnbeamte in der Lage sein würden, die vom „Führer“ gewünschte „ethnische Flurbereinigung“ durchzuführen. Außerdem, und das dürfte zumindest ebenso wichtig wie die weltanschauliche Zuverlässigkeit der Beamten gewesen sein, wollte er eine Verwaltung aufbauen, die ausschließlich ihm und nicht dem Ministerium verpflichtet war. Er versuchte daher, seine 1938 gescheiterten Bemühungen fortzuführen, die traditionell ausgebildeten Landräte durch seine Kreisleiter zu ersetzen, und die Personalhoheit des Innenministeriums auszuhebeln. Den Reichsinnenminister ließ er deshalb am 23. Januar 1940 wissen, dass aufgrund des „kaum nennenswerten Bestandteil[s] deutscher Bevölkerung“ und der daraus erwachsenden „volkspolitischen Aufgaben“ nicht Ver-

²⁸ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/630, Blatt 2, Bericht Wedelstädt; Ost-Dok 10/47, Blatt 33, Bericht Schaeffer; IPN Warschau, SWWW 759, Blatt 1366, Aussage Koch, 29.11.50-4.1.51.

²⁹ BROZAT, Polenpolitik, S. 52f; REBENTISCH, Führerstaat, S. 159; STELBRINK, S. 106-109; POSER/ MEYHÖFER, S. 152, 159, 350f; GROEBEN, Verwaltung, S. 437, 520f; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/524, Blatt 6, Bericht Gerber; Ost-Dok 8/615, Blatt 2, Bericht Groeben; Ost-Dok 8/627, Blatt 2, Bericht v. Poser; Ost-Dok 8/630, Blatt 2, Bericht Wedelstädt.

waltungsbeamte, sondern „im Volkstums- und Grenzlandkampf bewährte[e]“³⁰ Kreisleiter mit den Landratsämtern betraut werden müssten.

Die Referenten des Ministeriums protestierten sofort gegen Kochs Ansinnen, da sie die Absichten des Gauleiters durchschauten und darüber hinaus fürchteten, das Beispiel werde auch im Reich Schule machen und so nicht nur die Tätigkeit des Ministeriums entwerten, sondern auch den Beamtennachwuchs seiner Karrierechancen berauben. Sie versuchten, Kochs Forderungen den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie ihm anboten, ein Drittel der Stellen mit den von ihm gewünschten „Außenseibern“ zu besetzen – das entsprach der im Reich üblichen Quote –, und für die übrigen Ämter Laufbahnbeamte vorschlugen, die nicht nur über mehr Verwaltungserfahrung als die Kandidaten Kochs verfügten, sondern zum Teil auch „ältere“ Parteimitglieder als diese waren. Einige ihrer Prätendenten waren dem Gauleiter zudem bekannt, er hatte sie in anderen Zusammenhängen bereits positiv beurteilt und zwei davon sogar selbst für andere Landratsämter vorgeschlagen.³¹

Diese Männer waren nach Meinung der Ministerialbeamten durchaus in der Lage, „im Sinne des Führers“ zu agieren, doch zu ihrem Entsetzen versagte ihnen nicht nur der preußische Ministerpräsident Göring, mit dem sich Koch bereits abgesprochen hatte, die Unterstützung, sondern auch ihr eigener Minister, der bereits bei der Eingliederung Österreichs und des Sudetenlandes den Wünschen nach Personalunion zwischen Partei- und Staatsführung zum Zwecke der „politischen Verwaltungsführung“ nachgegeben hatte.³² Obwohl die Referenten und jetzt auch die Staatssekretäre Wilhelm Stuckart und Hans Pfundtner in einer ungewöhnlich deutlichen Sprache versuchten, Innenminister Frick umzustimmen, konnten sie letztlich nur erreichen, dass ihr Vorgesetzter seine Entscheidung von einer Inspektionsreise durch Zichenau und Suwalki abhängig machte.³³

Dort hatte der Gauleiter aber bereits vollendete Tatsachen geschaffen. Offiziell hatte er seine Getreuen lediglich in ihrer Eigenschaft als Kreisleiter der NSDAP in die „neugewonnenen“ Gebiete geschickt, doch sie mischten sich schnell in den Arbeitsbereich der Landräte ein. Koch ernann-

³⁰ BA Berlin, R 1501/8234, Koch an Reichsminister des Inneren, 23.1.40; Vgl. STELBRINK, S. 104, 109f; GROEBEN, Dienst, S. 97.

³¹ BA Berlin, R 1501/8234, Vermerk für Minister, Februar 1940; R 1501/8235-8243, Personalakten; STELBRINK, S. 106; KETTENACKER, S. 412; BIRN, S. 34; Vgl. BROZAT, Polenpolitik, S. 52.

³² BA Berlin, R 1501/8234, Pr. Ministerpräsident an Reichsminister des Inneren, 15.4.40; Vermerk für Minister, 6.5.40; BROZAT, Polenpolitik, S 51f.

³³ BA Berlin, R 1501/8234, Vermerk für Minister, 6.5.40; Reichsminister des Inneren an Pr. Ministerpräsidenten, 8.7.40.

te sie zu Kreisdeputierten, um eine Handhabe zu schaffen, mit der er sie bei Abwesenheit des Landrates mit dessen Vertretung beauftragen konnte. Da alle Landräte weiterhin ihre heimatlichen Funktionen bekleideten, konnte der Oberpräsident sie leicht dorthin zurückbeordern, was er im April 1940 gleichzeitig zu seinem personalpolitischen Vorstoß auch tat, und zwar ohne das Innenministerium zu benachrichtigen.³⁴ Damit waren de facto neue Verwaltungschefs im Amt, ohne dass sich an der eigentlichen Stellenbesetzung etwas geändert hatte. Als nun Innenminister Frick im Spätherbst 1940 seine Inspektionsreise antrat, gewann er den Eindruck, dass Kochs Männer überall „wertvolle Aufbauarbeit“ geleistet hätten, weswegen er ihre beschleunigte Ernennung zum Landrat veranlasste.³⁵ Dem Gauleiter war es damit gelungen, alle Landratsämter des Regierungsbezirks mit Kreisleitern und damit vollständig nach seinen Wünschen zu besetzen.

Die nächste und zugleich niedrigste Ebene der deutschen Verwaltung, die der „Amtskommissare“, war vergleichsweise unbedeutend. Hier wurden, soweit möglich, Beamte aus Ostpreußen verwendet, und auch hier wurden Staats- und Parteiamt durch Personalunion verbunden. Der Amtskommissar amtierte zugleich als Ortsgruppenleiter. Allerdings lebten in Zichenau nur so wenige Deutsche, dass die meisten untergeordneten Positionen in den kommunalen Verwaltungen mit Polen besetzt werden mussten.³⁶ Daneben wurden die Gliederungen der Partei und die Kreisbauernschaften aufgebaut. Letztere wurden von Kreisbauernführern aus Ostpreußen geführt und bildeten einen Teil der Besatzungsverwaltung. Auch sie mussten sich der Einmischung durch Kochs Landräte erwehren.³⁷

Der ostpreußische Gauleiter konnte in dem „neugewonnenen Gebiet“ eine der wichtigsten Bestrebungen der „Bewegung“ seit 1933, die Schaffung der „Einheit von Partei und Staat“, durchsetzen. Dazu musste er noch nicht einmal einen Führerentscheid erwirken, vielmehr genügte eine Koali-

³⁴ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/615, Blatt 6, Bericht Groeben; Vgl. BA Berlin, R 1501/8234-8243, Schriftverkehr, 1940, Personalakten; STELBINK, S. 108.

³⁵ BA Berlin, R 1501/8234, Vermerk, 7.11.40; Reichsminister des Inneren an Pr. Ministerpräsidenten, 15.11.40; R 1501/8235-8243, Personalakten; STELBINK, S. 108f; KRAUSNICK/ WILHELM, S. 329.

³⁶ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/615, Blatt 3, Bericht Groeben; Ost-Dok 8/621, Blatt 2f, Bericht Blaschke; Ost-Dok 8/627, Blatt 2, Bericht Poser; Vgl. Nacht über Europa, S. 37; GROEBEN, Dienst, S. 96f; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 147.

³⁷ GROEBEN, Dienst, S. 96; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/616, Blatt 3, Bericht Carstensen; Ost-Dok 8/621, Blatt 2f, Bericht Blaschke; Ost-Dok 10/282, Bericht ohne Autor; BA Berlin, BDC, PK Post, passim; IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1659, Urteil, 9.3.59; Vgl. ULRICH KIMPEL, Agrarreform und Bevölkerungspolitik, in: Modelle für ein deutsches Europa, Berlin 1992, S. 124-145, hier S. 138.

tion mit Göring, um Frick gegen den geharnischten Protest seiner Untergebenen zur Zustimmung zu veranlassen. Das war ein singulärer Erfolg, denn wie Fricks Mitarbeiter nicht müde wurden zu betonen, wurde selbst in der „Ostmark“, im Sudetenland und im „Warthegau“ eine Quotierung für Nichtfachbeamte eingehalten.³⁸

Diese Tatsache spiegelte die Machtverhältnisse. Gauleiter wie Koch oder Forster, die über eine gefestigte Hausmacht verfügten, befanden sich 1940, als das Innenministerium seine Bedenken gegen Kochs Personalpolitik formulierte, gegenüber der Behörde offensichtlich im Vorteil, sie konnten ihre Kandidaten durchsetzen. Der weniger etablierte Greiser verfügte nicht über vergleichbare personelle Ressourcen und musste ebenso wie die österreichischen Parteiführer und Konrad Henlein mit dem Ministerium kooperieren. In den folgenden Jahren pendelte sich dann allerdings wieder ein Machtgleichgewicht zwischen den Gauleitern und der zentralen Behörde ein, und das Ministerium konnte immer öfter die Einsetzung von fachlich qualifizierten Beamten durchsetzen. Koch war der Einzige, der seine Personalvorstellungen ohne Abstriche beibehalten konnte. Vor allem das Modell der Personalunion ließ sich außerhalb Ostpreußens nicht durchsetzen. 1944 amtierten in Preußen nur 24 Landräte in dieser Doppelstellung, die Hälfte davon in der östlichsten Provinz.³⁹

Die Folgen von Kochs Vorgehen waren daher weniger gravierend als vom Innenministerium befürchtet. Koch ging in seinen Bereich einen wichtigen Schritt hin zu einem nach nationalsozialistischen Vorstellungen aufgebauten Staat, den Einfluss der Ministerien konnte er aber nur teilweise zurückdrängen.⁴⁰ Rückwirkungen auf das „Altreich“ waren nicht erkennbar, der „Regierungsbezirk Zichenau“ besaß keinen Modellcharakter. Ein Versuch Kochs während des folgenden Jahres, dem Erreichten durch die formale Umwandlung Ostpreußens in einen „Reichsgau“ Ausdruck zu verleihen, scheiterte schließlich trotz der Unterstützung Görings und des anfänglichen Wohlwollens Hitlers.⁴¹ Der „Reichsgau“ wurde noch nicht als Standard der deutschen Verwaltungsgliederung akzeptiert.

³⁸ BA Berlin, R 1501/8234, Vermerk für Minister, 6.5.40.

³⁹ STELBRINK, S. 109-120; Vgl. DIEMUT MAJER, Der Kampf um die Einführung des Preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes in den „eingegliederten Ostgebieten“, in: Der Staat 1/1978, S. 49-72, hier S. 55f; LARS BOSSE, Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland, in: Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich, Band 1, hg. v. MICHAEL GARLEFF, Köln u.a. 2001, S. 297-387, hier S. 343; MICHAEL ALBERTI, Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939-1945, Wiesbaden 2006, S. 57.

⁴⁰ STELBRINK, S. 111f, 117-120, 122.

⁴¹ Vgl. BA Berlin, R 43 II/132, Vermerk Bormann, 22.2.41; R 43 II/1365, Bormann an Lammers, 24.2.41; KERSHAW, Hitler II, S. 425.

Den Parteiführern fiel es vielmehr schwer, ihren Führungsanspruch gegen die Spezialverwaltungen, vor allem die Ressorts Justiz und Finanzen, durchzusetzen. Dies war aber nicht nur aus machtpolitischen, sondern auch aus weltanschaulichen Gründen von zentraler Bedeutung, da die Gauleiter die „Neuordnung“ des Lebensraumes ohne Einschränkungen irgendwelcher Art durchführen wollten. Im Falle Kochs wurde das besonders bei der Rechtspflege deutlich. Der Gauleiter versuchte systematisch, jeglichen Rechtsschutz für Polen und Juden zu verhindern, um die Besatzungsorgane von allen rechtlichen Bindungen im Umgang mit den beiden Bevölkerungsgruppen zu befreien.

Sein Ansatzpunkt dabei war, dass mit der Eingliederung der polnischen Gebiete in das Deutsche Reich nicht sofort das Reichsrecht eingeführt wurde, sondern das bisher geltende Recht nach Paragraph 7 des Führererlasses vom 8. Oktober 1939 „bis auf weiteres in Kraft [blieb], soweit es nicht der Eingliederung in das Deutsche Reich widerspricht.“⁴² Damit konnte also *jedes* bisher gültige Recht, auch das von der Militärverwaltung genutzte deutsche Recht, außer Kraft gesetzt werden, ohne dass es adäquat ersetzt werden musste, denn der Erlass sah in Paragraph 8 lediglich eine Kann-Bestimmung vor, die den Reichsinnenminister im Einvernehmen mit den zuständigen Ministerien ermächtigte, Reichs- oder Preußisches Landrecht per Verordnung einzuführen.⁴³

Zwar wurden im Laufe der Zeit tatsächlich weite Teile des Reichsrechts eingeführt⁴⁴, die schwammige Formulierung forderte aber geradezu dazu heraus, zur Durchführung besatzungspolitischer Vorhaben rechtsfreie Räume zu schaffen, die Entscheidungen nach Gutdünken ermöglichten. Ein Kommentar des nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes befand sogar, die Richter seien nicht mehr an polnisches oder deutsches Recht gebunden, sondern stünden in der Pflicht, nach nationalsozialistischem Rechtsempfinden zu urteilen, und seien damit letztlich an die Weisungen des Gauleiters gebunden. Diese wiederum müssten formalrechtlich begründete Ansprüche von Polen, die staatlichen oder völkischen Belangen widersprächen, abweisen.⁴⁵ An wirksamem Rechtsschutz für die polnische Bevölkerung bestand offensichtlich auch von Seiten der NS-Juristen kein Interesse. Er

⁴² Reichsgesetzblatt I, 1939, S. 2042f, Führererlass 8.10.39, § 7.

⁴³ GERD WECKBECKER, *Zwischen Freispruch und Todesstrafe*, Baden-Baden 1998, S. 422-424; BROZAT, *Polenpolitik*, S. 49, 137-157.

⁴⁴ TILITZKI, *Alltag*, S. 43f; Vgl. BA Bayreuth, Ost-Dok 8/616, Blatt 3, Bericht Carstensen.

⁴⁵ PAUL ENKE, *Die Rechtspflege im Volkstumskampf*, in: *Deutsches Recht. Zentralorgan des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes* 11/1941, S. 2489-2491; Vgl. WECKBECKER, S. 424.

wurde den Polen dann auch in der Praxis meist verweigert, denn die Gerichte sollten nicht als unabhängige Gewalt, sondern als Werkzeug der Unterdrückungspolitik agieren.⁴⁶

Koch teilte, wie Hitler und viele andere NS-Führer auch⁴⁷, diese Sicht der Dinge, und versuchte, den Aufbau eines regulären Justizwesens zu verhindern. In „Südostpreußen“ bestand bis in den Sommer 1940 hinein ein von der Militärverwaltung errichtetes und in Praschnitz (Przasnysz) ansässiges Sondergericht. Erst im März 1940 wurde ein nichtmilitärisches Sondergericht, das zum Oberlandesgerichtsbezirk Königsberg gehörte, eingerichtet. Daneben existierten Polizeistandgerichte, die auf Anforderung des Königsberger HSSPF Wilhelm Redieß gebildet worden waren und mit wenig Bindung an deutsche Rechtsnormen agierten. Sie blieben trotz einer im Sommer 1940 ergangenen Auflösungsorder Himmlers aktiv.⁴⁸

Der Gauleiter fühlte sich bereits durch die Existenz der Sondergerichte in seiner Handlungsfreiheit eingeengt und behinderte ihre Arbeit mit allen Mitteln. Dabei arbeitete er sogar mit der SS zusammen, die an einer ungestörten Umgestaltung des Regierungsbezirks ebenso interessiert war wie er. Gegenüber seinen Justizbeamten verteidigte er eine Anordnung der Königsberger SS- und Polizeiführung, Ermittlungsverfahren nicht an die Zichenauer Staatsanwaltschaft weiterzugeben, sondern ausschließlich an die Polizeistandgerichte. Koch argumentierte, er müsse jederzeit „in der Lage sein, Polen und Juden, die sich seinem Aufbau irgend hinderlich in den Weg stellen sollten, ohne Mitwirkung der für dieses Gebiet ganz unbrauchbaren Justiz aufhängen zu lassen.“⁴⁹ Von der Existenz eines Sondergerichts in Zichenau zeigte er sich überrascht, schließlich habe er, da eine deutsche Strafgerichtsbarkeit für den Aufbau im Bezirk „hinderlich“ sei, diese Gerichtshöfe im Spätherbst 1939 aufheben lassen. „[S]eit diesem Zeitpunkt“, so wurde er zitiert, „gelte im Zichenauer Bezirk das deutsche Recht nicht mehr“, er werde daher jede weitere Tätigkeit der ordentlichen Gerichte unterbinden. „Zivilprozesse“, so soll er abschließend bestimmt

⁴⁶ MORITZ, S. 82; LUDWIG NESTLER, Zum Aufbau und zur Tätigkeit der faschistischen Sondergerichte in den zeitweilig okkupierten Gebieten Polens, in: Jahrbuch für Geschichte 10/1974, S. 579-631, hier S. 587.

⁴⁷ Vgl. IMT, Bd. 36, S. 377-379, Dokument 864-PS, Bericht Besprechung Führer mit Chef OKW, 17.10.39; Nacht über Europa, S. 133; PICKER, S. 285, 12.5.42; KRAUSNICK/WILHELM, S. 85-87; KERSHAW, Hitler II, S. 340-342, 425; KETTENACKER, S. 410; REBENTISCH, Führerstaat, S. 419; BROZAT, Polenpolitik, S. 49; WECKBECKER, S. 427f; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 40.

⁴⁸ NESTLER, S. 580, 582, 597; PRONOBIS, S. 71; Nacht über Europa, S. 334; MORITZ, S. 39; TILITZKI, Alltag, S. 45-47; BA Berlin, BDC, SSO Rediess, Redieß an RFSS, 31.10.39.

⁴⁹ BROZAT, Polenpolitik, S. 139; Vgl. NESTLER, S. 599.

haben, „seien auch noch nicht durchzuführen, da man gar nicht wissen könne, ob nicht eine der Parteien in kurzer Zeit ausgewiesen, seines Eigentums für verlustig erklärt oder vielleicht sogar zum Tode verurteilt würde.“⁵⁰

Diese Rechtsauffassung fand sicherlich nicht die Zustimmung aller Justizbeamten, Koch taktierte aber recht geschickt, indem er einerseits seine Autorität als vorgesetzte Behörde in die Waagschale warf und darauf beharrte, dass ihm für die Erfüllung eines übergeordneten Führerauftrages die Freiheit von jeglicher gesetzlicher Bindung zustehe. Andererseits rückte er von dieser Position wieder ab, indem er sich selbst als nachgeordnete Instanz auf eine Stufe mit den Justizbeamten stellte, wenn er argumentierte:

„Die Besonderheit des Aufbaues und der Säuberung des Zichenauer Bezirks erforderten, dass Aussiedlungen, Enteignungen und sogar Erschießungen erfolgen müssten. Hiervon dürften aber die ordentlichen Behörden, also weder die Gerichte, noch er, der Gauleiter, amtlich Kenntnis erhalten. Nach der Anordnung des Führers sei die Bereinigung lediglich Sache Himmlers und der von ihm beauftragten SS-Polizeidienststellen. Deshalb sei es unmöglich, dass die Staatsanwaltschaft Zichenau, wie es geschehen ist, von Polizeistellen Akten über Erschießungen zur Einsicht erforderte[sic!].“⁵¹

Wieder führte Koch den übergeordneten Führerauftrag an, doch diesmal – und das war auch sachlich unrichtig – nicht einen eigenen, sondern den Himmlers. Damit gab er den Justizbeamten implizit zu verstehen, dass er genau wie sie wisse, dass die Existenz ordentlicher Gerichte keineswegs unsinnig sei und die Justiz nur deshalb nicht aktiv werden dürfe, weil die Aktionen der eigenen Seite mit deutschem Recht nicht vereinbar seien. Wenn er behauptete, sie und er dürften von der Art und Weise der Umsetzung des Führerauftrags nichts wissen, bot er ihnen an, sich mit ihm, ihrem höchsten regionalen Vorgesetzten, gemeinsam auf eine Position des Nicht-Wissens und des Befehlsnotstandes zurückzuziehen und sich so durch seine Autorität quasi amtlich von jeder moralischen Verantwortung zu befreien.⁵²

Zu seiner eigenen Entlastung sollte dieses Konstrukt wohl weniger dienen, denn sobald der Gauleiter Widerspruch erntete, berief er sich wieder auf seinen „Führerauftrag“ und sein politisches Amt mitsamt der damit verbundenen Befugnisse und Verantwortlichkeiten. Den Leiter der Staatsanwaltschaft Zichenau, der Kochs Argumentation nicht mittragen wollte und eigenmächtig die Abgabe von Ermittlungsverfahren an Polizeistandgerichte verbot, beschied er, „im Bezirk Zichenau gelte kein Recht,

⁵⁰ Zitiert nach Ebd., S. 610-612.

⁵¹ Zitiert nach Ebd., S. 611.

⁵² Vgl. HILBERG, Vernichtung, S. 1094.

da es nicht ausdrücklich eingeführt sei, und nur sein [Kochs] Wille als Reichsstatthalter bestimme in diesem Gebiet, was Rechtens wäre. Im übrigen störe eine solche Anordnung wie überhaupt die gesamte Tätigkeit der Justiz den Aufbau im Bezirk.⁵³ Von dem Staatsanwalt verlangte er die Rücknahme seiner Anordnung, der Justiz untersagte er jede Tätigkeit im Regierungsbezirk.

Kochs rigide Personalpolitik der Vorkriegsjahre zahlte sich jetzt aus. Die höheren ostpreußischen Justizbeamten, zu deren Zuständigkeit auch Zichenau gehörte, bemühten sich weitgehend, seinen Anordnungen zumindest nicht zu widersprechen. Anfragen und Beschwerden ihrer Untergebenen wichen sie meist aus. Der Königsberger Oberstaatsanwalt Curt Capeller, der Dienstvorgesetzte des genannten Zichenauer Staatsanwaltes, stütze in einer Besprechung mit dem Oberpräsidenten zwar die Position seines Untergebenen, verhielt sich nach Kochs Justizverbot aber passiv. Oberlandesgerichtspräsident Draeger hingegen ließ die Anordnung des Oberpräsidenten umsetzen. Er ließ alle Hauptverhandlungstermine aufheben und verbot, neue Haftbefehle auszustellen. Die meisten Justizbediensteten gingen daraufhin in Urlaub. Erst Justizminister Franz Gürtner und Wilhelm Stuckart, Staatssekretär im Innenministerium und Hauptstellenleiter des Reichsrechtsamts der NSDAP, die sich im Mai 1940 einschalteten, konnten geordnetere Zustände herbeiführen, indem sie argumentierten, nach dem Sudetengesetz, das die Grundlage für Hitlers Eingliederungserlasse bilde, hätte der Fachminister das Recht, ein solches Verbot eines Reichsstatthalters aufzuheben.⁵⁴

Am 6. Juni 1940 erließ der Reichsjustizminister eine Verordnung zur Einführung des deutschen Strafrechts in den eingegliederten Ostgebieten. Durch sie wurden Polen und Juden zwar in Form einer Generalklausel als „Schutzangehörige“ unter den Rechtsschutz deutscher Gerichte gestellt, für sie galt aber ein verschärfter Strafkatalog, der ihre Rechtsmittel einschränkte und die justiziablen Tatbestände wesentlich ausweitete.⁵⁵ Koch musste und konnte diese rigiden Regelungen in seinem Hoheitsbereich akzeptieren. Ganz in ihrem Sinn erließ er Verordnungen, die für vergleichsweise harmlose Vergehen wie Schwarzschlachtungen, Schwarzhandel oder deutschfeindliche Bemerkungen die Todesstrafe anordneten, gleiches galt für Waffenbesitz. Außerdem verpflichtete er die gesamte Bevölkerung zur

⁵³ BROSZAT, Polenpolitik, S. 139.

⁵⁴ Ebd., S. 138-140; TILITZKI, Alltag, S. 46.

⁵⁵ MORITZ, S. 78-80; WECKBECKER, S. 425f; NESTLER, S. 588.

Denunziation von Juden, entflohenen Kriegsgefangenen und „Ortsfremden“, bei Unterlassung drohte ebenfalls die Todesstrafe.⁵⁶

Am 25. September 1941 trat beinahe das gesamte bürgerliche Recht des Reiches mit nur wenigen Ausnahmen in Kraft, wobei allerdings Polen nur Anspruch auf Verfahren, die nicht deutschen staatlichen oder „völkischen“ Belangen widersprachen, zugestanden wurde. Den Rechtsstatus von Polen und Juden definierte erst die „Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten“ vom 4. Dezember 1941 genauer. Sie unterlag weiterhin der Jurisdiktion der Sondergerichte, außerdem wurde die Einrichtung von Standgerichten erlaubt.⁵⁷ Koch ließ letztere am 15. August 1942 per Verordnung auch formell wieder einführen, wobei er sich die Entscheidung vorbehielt, welche Straftaten von ihnen abgeurteilt werden sollten. Dies tat er aber mit einer so allgemein formulierten Klausel, dass er sich genötigt sah, darauf hinzuweisen, dass Straftaten „nach wie vor von den allgemeinen Gerichten abgeurteilt“⁵⁸ würden.

Die Standgerichte konnten nur auf Todesstrafe, Überweisung an die Gestapo oder ein anderes Gericht oder auf Freispruch erkennen. Der Oberpräsident griff auf sie zurück, weil ihm offensichtlich selbst der durch die Verfahrensordnung ermöglichte große Spielraum der Sondergerichte, der die Todesstrafe in fast allen Fällen ermöglichte, und die dementsprechende drakonische Härte der Urteile gegenüber Polen und Juden nicht genügte. Die Urteile der Standgerichte hingegen, die sofort rechtskräftig waren und nicht angefochten werden konnten, unterlagen seiner Willkür, da er und in seinem Auftrag der HSSPF die einzigen Institutionen waren, die diese Urteile bestätigen oder aufheben konnten.⁵⁹ Die erneute Einführung der Standgerichte war damit ein Beleg dafür, dass es dem Gauleiter nicht

⁵⁶ IPN Warschau, SWWW 749, Blatt 218, Anordnung Oberpräsident Ostpreußen, 10./14.2.42; Blatt 244, Bekanntmachung Oberpräsident Ostpreußen für Zichenau, undatiert; SWWW 753, Blatt 1641, Urteil, 9.3.59; GÓRCZYŃSKA, *Życie gospodarczo-społeczne*, S. 179-185; Vgl. BROZAT, *Polenpolitik*, S. 145; WECKBECKER, S. 425f, 433; MARTIN GILBERT, *The Holocaust*, London 1986, S. 402.

⁵⁷ MORITZ, S. 78-83; WECKBECKER, S. 428-440; Nacht über Europa, S. 75; NESTLER, S. 588-591; MADAJCZYK, *Okkupationspolitik*, S. 198-200; UWE DIETRICH ADAM, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 282-284; DIEMUT MAJER, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich, Boppard am Rhein 1981, S. 809-812.

⁵⁸ IPN Warschau, SWWW 749, Blatt 207, Standgerichtsverordnung, 15.8.42; Vgl. Ebd., SWWW 746, Blatt 65, Lebenslauf Koch; SWWW 759, Blatt 1377, Aussage Koch, 29.11.50-4.1.51; GÓRCZYŃSKA, *Życie gospodarczo-społeczne*, S. 191; Nacht über Europa, S. 222f; BROZAT, *Polenpolitik*, S. 150; MAJER, *Fremdvölkische*, S. 811.

⁵⁹ IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1686f, Urteil, 9.3.59; Vgl. Nacht über Europa, S. 169; TILITZKI, *Alltag*, S. 46f; MADAJCZYK, *Okkupationspolitik*, S. 198-200.

gelungen war, die Justiz so unter seine Kontrolle zu nehmen, wie ihm das notwendig erschien. Auch auf diesem Sektor hatte er die gewünschte Stellung des unumschränkten „Einheitsführers“ noch nicht erreicht.

7.2. „Ostpreußische Bauernsöhne“ – Siedlungs- und Wirtschaftspolitik

Kochs Stellung als alleiniger Führer wurde in Zichenau auch dadurch eingeschränkt, dass beim wichtigsten Exekutivorgan, der Polizei, in Gestalt der „Höheren SS- und Polizeiführer“ die bereits beschriebene doppelte Unterstellung unter den Verwaltungsführer und den „Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei“, Heinrich Himmler, bestand. Die Polizei bildete in ihrem Verbund mit der SS ein „System sui generis“, das nur eingeschränkt unter der Kontrolle des jeweiligen Verwaltungschefs stand, da dieser ihr zwar Anweisungen erteilen konnte, diese aber nur befolgt werden mussten, wenn sie mit denen des Chefs der Sicherheitspolizei zu vereinbaren waren. Die Auseinandersetzung um die Unterstellung der Polizei unter die Verwaltungsinstanzen setzte sich so aus dem „Altreich“ in die eingegliederten und besetzten Gebiete fort.⁶⁰

Diese Problematik wurde dadurch verschärft, dass die Aufgaben der Sicherheitspolizei auf immer weitere Bereiche ausgedehnt wurden. Arbeitsrecht, Staatsangehörigkeitsfragen, Gesundheitspolitik und Strafverfahren fielen nun auch in ihre Zuständigkeit.⁶¹ Der „Chef der deutschen Polizei“, Himmler, wurde von Hitler am 7. Oktober 1939 zusätzlich mit der „Festigung des deutschen Volkstums“ beauftragt, was nicht nur die Rückholung „Volksdeutscher“ aus dem Ausland und die Ausschaltung des „schädlichen Einflusses volksfremder Bevölkerungsteile“ beinhaltete, sondern auch die Gestaltung der neuen Siedlungsgebiete. Diese drei Aufgaben waren für die Politik in den „eingegliederten Ostgebieten“ zentral, und Himmler delegierte sie zunächst an seine HSSPF. Im Frühjahr 1940 ernannte er die im Osten amtierenden Verwaltungschefs zu seinen Beauftragten auf diesem Gebiet. Damit wurde auch hier eine doppelte Unterstellung geschaffen, lag doch die praktische Durchführung weiterhin bei den HSSPF, die nun auch

⁶⁰ Vgl. Kapitel 5.8; BIRN, S. 9-13, 17, 81; BROZAT, Polenpolitik, S. 58f; SCHENK, Hitlers Mann, S. 233; Nacht über Europa, S. 37; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 44f.

⁶¹ BIRN, S. 316f.

als Organ des „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums“ (RKF) sowohl Himmler als auch den Verwaltungsführern unterstanden.⁶²

Gerade die Umsiedlungspolitik ermöglichte den HSSPF großen politischen Einfluss, da hier fast ausschließlich von der SS geführte Institutionen wie die „Volksdeutsche Mittelstelle“ zum Zuge kamen. Außerdem erforderte der Zwangscharakter der Maßnahmen, vor allem die Beschlagnahme polnischen und jüdischen Besitzes und die Entfernung seiner bisherigen Eigentümer, die Beteiligung der Polizei. Die Verwaltung geriet durch alle diese Faktoren in eine gewisse Abhängigkeit von der Polizei, es hing aber von der Gesamtkonstellation ab, welche der beiden Seiten, Verwaltungs- oder SS-Führer, sich letztlich durchsetzen konnte.⁶³ In Zichenau lagen die Vorteile auf Seiten des Gauleiters, der über eine veritable Hausmacht verfügte. „Neuostpreußen“ wurde zudem als relativ kleines und peripheres Gebiet an eine festgefügte politische Einheit angeschlossen, was die Möglichkeiten für den HSSPF, sich Freiräume zu verschaffen, verringerte. Der häufige Wechsel in diesem Amt verhinderte den Aufbau einer gefestigten Machtposition, was allerdings dadurch abgemildert wurde, dass der „Reichsführer SS“ seit der „Oberpräsidentenkrise“ darauf achtete, nur noch SS-Führer nach Ostpreußen zu versetzen, die mit dem Gauleiter gut zurecht kamen.⁶⁴

Die Folge dieser relativ schwachen Position des Königsberger HSSPF war eine für Kochs Machtbereich eher untypische Ruhe zwischen den divergierenden nationalsozialistischen Machträgern. Bezüglich der Siedlungspolitik kann sogar von einer gewissen Passivität gesprochen werden.⁶⁵ Die Ansiedlungsspezialisten der SS scheinen die „neugewonnenen“ Gebiete Ostpreußens bis zum Ende des Jahres 1940 nicht in ihre konkreten Umsiedlungsprojekte einbezogen zu haben, was unter Berücksichtigung der späteren Ereignisse vermuten lässt, dass auch in den zu dieser Zeit in Königsberg entwickelten Konzepten für die Zukunft „Südostpreußens“ Aktivitäten von ihrer Seite nicht eingeplant wurden. Die diversen Gruppen „Volksdeutscher“, die aufgrund der Umsiedlungsabkommen mit der Sowjetunion

⁶² Vgl. KOEHL, RKFDV, S. 51f, 62, 73; GERT GRÖNING/ JOACHIM WOLSCHKE-BULMAHN, *Die Liebe zur Landschaft*, Teil III, München 1987, S. 28-44; HARTENSTEIN, S. 43f; HARTMANN, *Agrarsiedlungspolitik*, S. 81; BIRN, S. 17, 158-160, 188-196; MAI, S. 306.

⁶³ BIRN, S. 17, 191, 308-310; KOEHL, RKFDV, S. 58, 68, 114, 227; ROSENKÖTTER, S. 84f.

⁶⁴ Vgl. Kapitel 5.8; BIRN, S. 61f, 309, 333, 342f, 346f; MADAJCZYK, *Okkupationspolitik*, S. 44; KRAUSNICK/ WILHELM, S. 90; PRONOBIS, S. 65; BA Berlin, BDC, SSO Redieß, Redieß an RFSS, 31.10.39; SSO Sporrenberg, passim; IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1678, Urteil, 9.3.59; SWWW 759, Blatt 1374f, Aussage Koch, 29.11.50-4.1.51.

⁶⁵ KOEHL, RKFDV, S. 73.

ins „Großdeutsche Reich“ gebracht wurden, wurden jedenfalls nicht zur „Germanisierung“ von Kochs Machtbereich eingesetzt. Erst als im Zuge des letzten dieser Abkommen – es datierte vom 10. Januar 1941 – etwa 50 000 Litauendeutsche unterzubringen waren, wurde erwogen, diese je zur Hälfte im „Reichsgau Danzig-Westpreußen“ und in Zichenau anzusiedeln. Im Gegenzug wurden die im „Großdeutschen Reich“, also vor allem in jetzt ostpreußischen Gebieten wie Suwałki, lebenden Litauer nach Litauen umgesiedelt.⁶⁶

Der ostpreußische Gauleiter fungierte bei der Umsetzung dieser Planungen als Himmlers „Hauptvertreter bei der Umsiedlung der Litauer aus den Umsiedlungsgebieten Ostpreußens“ und trug mit seiner reibungslosen Mitarbeit dazu bei, dass bis zum 24. März 1941 aus dem Memelgebiet 6 167 und aus Suwałki 14 528 Personen abtransportiert werden konnten.⁶⁷ Allem Anschein nach unterstützte er diese „ethnische Säuberung“ aber nur, um damit die Voraussetzungen für eigene Pläne zu schaffen, denn die anschließende Ansiedlung der Litauendeutschen verlief nicht so, wie der Reichsführer SS sich das vorstellte.

Koch bemühte sich zunächst sehr um die Umsiedler, die zwischen dem 3. Februar und dem 25. März 1941 in den eigens errichteten ostpreußischen Lagern ankamen – auch, weil sich sein Engagement propagandistisch ausschlagen ließ.⁶⁸ Über ihr weiteres Schicksal entschied er dann ganz nach utilitaristischen Gesichtspunkten. Die Siedler sollten möglichst in ihren erlernten Berufen und einem ähnlichen Umfeld wie bisher eingesetzt werden, um ihnen den Neuanfang im Osten zu erleichtern und um sie schnell zu produktiven Mitgliedern der Volksgemeinschaft zu machen. Stadtbewohner sollten daher in Städten, Landbewohner, vor allem Bauern,

⁶⁶ HARRY STOSSUN, Die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges, Marburg 1993, S. 106, 149f; DERS. Die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen 1941, in: Jahrestagung, S. 49-62; DERS., Litauen vom Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Deutsche Geschichte im Osten Europas. Land der großen Ströme, hg. v. JOACHIM ROGALL, Berlin 1996, S. 462-492; ARTHUR HERMANN, Litauendeutsche zwischen Litauen und Deutschland (1939-1960), in: Jahrestagung, S. 65-80, hier S. 70f; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 415; PETER LONGERICH, Politik der Vernichtung, München 1998, S. 262, 284; BROZAT, Polenpolitik, S. 98; GÖTZ ALY, „Endlösung“, 2. Auflage, Frankfurt/ Main 1995, S. 214f; HARTMANN, Agrarsiedlungspolitik, S. 235-241; DEUTINGER, Länder, S. 951; HELLMUTH HECKER, Die Umsiedlungsverträge des Deutschen Reiches während des Zweiten Weltkrieges, Hamburg 1971, S. 154-171.

⁶⁷ BA Berlin, NS 19/3888, RFSS an Greifelt, Lorenz, 2.7.40; Anordnung RFSS, 2.7.40; IPN Warschau, SWWW 747, Blatt 116l; Ernennung Kochs; Vgl. STOSSUN, Umsiedlung 1993, S. 69-73.

⁶⁸ Vgl. PrZ, Januar-April 1941; STOSSUN, Umsiedlung 1993, S. 118; DEUTINGER, Länder, S. 995.

auf dem Land angesiedelt werden.⁶⁹ Wegen des beabsichtigten völligen Umbaus der Städte in Zichenau waren Koch erfahrene Gewerbetreibende, Arbeiter, Freiberufler und andere typische Stadtbewohner willkommen, zumal es an diesen Berufsgruppen bereits in „Altostpreußen“ mangelte und die wenigen „Volksdeutschen“ Zichenaus vor allem auf dem Land lebten. Koch ließ daher in Zusammenarbeit mit Himmler durch Deportationen in den Städten Zichenaus Raum schaffen und dann dort etwa 3 500 städtische Siedler unterbringen. Weitere 6-7 000 „Litauendeutsche“ wollte er aufnehmen, um die Aussiedlung der Litauer im Memelgebiet auszugleichen, und um sie in Königsberg als Industriearbeiter einzusetzen, hatte damit aber wenig Erfolg.⁷⁰

Den ländlichen Siedlern versprach Koch zwar zunächst jeweils 50 Hektar Ackerland, weigerte sich dann aber, sie aufzunehmen, und verwies auf den Bedarf der ostpreußischen Bauernsöhne und Veteranen, für die er die polnischen Bauernhöfe reservieren wollte.⁷¹ Himmler akzeptierte diesen Wunsch, was auch damit zusammenhing, dass der Krieg gegen die Sowjetunion die Möglichkeit eröffnete, die Litauendeutschen wieder in ihrer Heimat anzusiedeln und so den Wirkungsbereich des RKF dorthin auszuweiten.⁷² Im September 1941 wurde aus Rücksicht auf Koch auch ein Plan des RKF-Stabshauptamtsleiters Ulrich Greifelt, 30 000 „Volksdeutsche“ aus Bessarabien, der Dobrukscha und der Bukowina in Zichenau und Kochs zweitem polnischen Machtbereich, dem Bezirk Białystok, anzusiedeln, nicht durchgeführt.⁷³

Als sich im Sommer 1943 aber Himmlers Pläne zerschlugen, die zum Teil schon seit Jahren in Umsiedlerlagern lebenden „Volksdeutschen“ in der Gegend von Lublin anzusiedeln, erinnerten sich die Beamten des Stabshauptamtes des RKF an Kochs Zusage aus dem Frühjahr 1941 und rechne-

⁶⁹ HARTENSTEIN, S. 42, 212-222; GÖTZ ALY/ SUSANNE HEIM, Vordenker der Vernichtung, Hamburg 1991, S. 132.

⁷⁰ IPN Warschau, SWWW 766, Blatt 77, RKF Stabshauptamt an pers. Stab RFSS, 7.7.43; BA Berlin, R 1501/1537, Rundschreiben Innenministerium, 6.8.41; PRONOBIS, S. 64, 74; SCHEU/ KOPITKE, S. 229; STOSSUN, Umsiedlung 1993, S. 13, 146, 152f; HARTMANN, Agrarsiedlungspolitik, S. 235, 240, Anhang, Tabelle 1b; CZESŁAW ŁUCZAK, Die Ansiedlung der deutschen Bevölkerung im besetzten Polen (1939-1945), in: *Studia Historiae Oeconomicae* 13/1978, S. 193-205, hier S. 201.

⁷¹ STOSSUN, Umsiedlung 1993, S. 153; BA Bayreuth, Ost-Dok 10/305, Blatt 79f, Jahresbericht Zweigstelle Plock 1940/41; PrZ Nr. 36, 5.2.41; Nr. 183, 4.7.41; KOEHL, RKFDV, S. 94f, 187f; Vgl. DIETER WOLFANGER, Die nationalsozialistische Politik in Lothringen (1940-1945), Saarbrücken 1977, S. 187f.

⁷² KOEHL, RKFDV, S. 138; Vgl. STOSSUN, Umsiedlung 1993, S. 153; HERMANN, Litauendeutsche, S. 70f; BA Berlin, NS 19/3607, RFSS an Koch, 7.7.43.

⁷³ ALY, Endlösung, S. 349.

ten aus, dass in Zichenau noch 745 500 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche zur Besiedelung bereit stünden. Himmler ließ dem Gauleiter mitteilen, er beanspruche höchstens die Hälfte der Siedlungsfläche, für die ostpreußischen Bauernsöhne bleibe genügend Land übrig. Da sich der Gauleiter dennoch sperrte, bot er ihm schließlich sogar an, die Siedler könnten als Treuhänder fungieren, die Höfe für später zuwandernde Ostpreußen instandhalten und die Region für ihre zukünftige Bestimmung vorbereiten. Damit könnten auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten genutzt werden, die brach lägen, weil zu viele Ostpreußen an der Front stünden.⁷⁴ Koch ging darauf jedoch nicht ein, das Projekt scheiterte ebenso wie im März 1944 der Versuch, kriegsversehrte Waffen-SS-Männer anzusiedeln.⁷⁵

Nur ein halbes Jahr später beendete der Vormarsch der Roten Armee alle weiteren Siedlungsvorhaben. Bis dahin konnten die Dienststellen des RKF 7 460 „Volksdeutsche“ – weit über die Hälfte davon in den Städten – und damit 1,2 Prozent aller „volksdeutschen Umsiedler“ im erweiterten Ostpreußen ansiedeln.⁷⁶ Ihre Politik war damit gescheitert, und das nicht nur an der Entwicklung der Kriegslage, sondern in erster Linie am Widerstand des Gauleiters, dem es gelungen war, sein „Lehen“ für sein Klientel freizuhalten.

Kochs Ansiedlungskonzept wirkte sich auch auf den Modus aus, in dem in seinem Herrschaftsbereich das „Volkslistenverfahren“ zur Klassifizierung der „Volksdeutschen“ angewandt wurde. Die bereits in den „eingegliederten Ostgebieten“ ansässige deutschstämmige Bevölkerung sollte zur „Germanisierung“ dieser Territorien benutzt werden, wozu sie zunächst erfasst, in vielen Fällen sogar erst entdeckt werden musste – die Nationalsozialisten gingen davon aus, dass viele Nachkommen deutscher Siedler mittlerweile „polonisiert“ worden, aber noch für das deutsche „Volkstum“ zu retten seien. Daher musste der Grad des „Deutschtums“ eines jeden Kandidaten und die sich daraus ableitende Behandlung festgelegt werden. Die Gauleiter der „eingegliederten Ostgebiete“ entwickelten dafür verschiedene Klassifizierungsverfahren, die „Festigungskommissar“ Himmler am 4. März 1941 in der „Deutschen Volksliste“ standardisierte. In ihr

⁷⁴ BA Berlin, NS 19/3607, RKF Stabshauptamt an persönlicher Stab RFSS, 7.7.43; RFSS an Koch, 7.7.43; KOEHL, RKFDV, S. 187; Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, hg. v. CZESLAW MADAJCZYK, München u.a. 1994, S. 522-524, Dokument 33; Vgl. MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 518.

⁷⁵ HARTMANN, Agrarsiedlungspolitik, S. 245-247; Vgl. BA Berlin, NS 19/967, Anordnungen RFSS zur Ansiedlung Kriegsversehrter, 1942/43.

⁷⁶ Unter diese Zahl fielen nicht die 20-26 000 aus beruflichen Gründen anwesenden Reichsdeutschen (LUCZAK, Ansiedlung, S. 201; HARTMANN, Agrarsiedlungspolitik, Anhang, Tabelle 1b; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 243, 444; PRONOBIS, S. 75; KOEHL, RKFDV, S. 187f).

wurden deutschstämmige Landesbewohner erfasst und nach „nationaler Zuverlässigkeit“ in vier Kategorien klassifiziert. Wer in die „Volksliste“ aufgenommen wurde, kam in den Genuss zahlreicher Sonderrechte, während diejenigen, die keine deutsche Abstammung nachweisen konnten – also die Masse der Bevölkerung –, als „Schutzangehörige“ unter deklassierendes Sonderrecht gestellt wurden.⁷⁷

Die „Volksliste“ blieb trotz der Bemühungen Himmlers ein sehr unterschiedlich gehandhabtes Instrument, das die Absichten der einzelnen Verwaltungsführer der Ostgaue und deren Position im nationalsozialistischen Beziehungsgeflecht deutlich werden ließ. Ihnen allen lag daran, ihren Gau möglichst schnell zu „germanisieren“, was sie aber mit den unterschiedlichsten Methoden zu erreichen suchten. Gauleiter Forster wandte in Danzig-Westpreußen sehr laxe Kriterien an, da er den besten Weg, Pommern „polenfrei“ zu machen, darin sah, möglichst viele seiner Bewohner zu Deutschen zu erklären. Zugleich war er aus machtpolitischen Überlegungen darauf aus, den eigentlich zuständigen RKF, mit dem er ständig im Konflikt lag, aus seinem Territorium zu verdrängen.⁷⁸ Sein Nachbar Greiser drängte dagegen auf eine Zusammenarbeit mit Himmler und dessen HSSPF, da ihm die Hausmacht innerhalb der Partei fehlte. Die „Volksliste“ interpretierte dieser fanatische Anhänger der Rassenideologie ganz im Sinne des „Reichsführers SS“ nach strengen rassentheoretischen Gesichtspunkten, seine an der „Deutschblütigkeit“ orientierte „Germanisierung“ führte zu einer hohen Zahl von Umsiedlungen.⁷⁹ In Ostoberschlesien hingegen sperrte sich der Gauleiter gegen das Verfahren, da die Polen als Arbeitskräfte in der Industrie gebraucht wurden und er befürchte, die unterschiedliche Klassifizierung von Arbeitskollegen könne das Wirtschaftsleben stören.⁸⁰

Koch steuerte eine eigene Linie zwischen diesen Positionen. Er wahrte zwar einerseits eine gewisse Distanz zu Himmler, indem er zum Beispiel die Ansiedlung der Litauendeutschen verhinderte und möglichst versuchte, die Dienststellen des RKF aus seinem Machtbereich herauszuhalten, aber

⁷⁷ Vgl. Ebd., S. 87, 119-123, 140f, 195; Nacht über Europa, S. 186-188; BROSZAT, Polenpolitik, S. 118-137; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 454-478; BIRN, S. 193; BÖMELBURG, S. 78-80; ROSENKÖTTER, S. 179-186; RICHARD BREYER u.a., Die Deutschen in Polen im Zweiten Weltkrieg, in: Deutsche Geschichte, S. 424-447, hier S. 431; WECK-BECKER, S. 426-428; IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1646, Urteil, 9.3.59; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/616, Blatt 5, Bericht Carstensen.

⁷⁸ KOEHL, RKFDV, S. 62, 73, 140; SCHENK, Hitlers Mann, S. 141, 166f, 205-229, 233; BIRN, S. 190, 194-196; KERSHAW, Hitler II, S. 347f, 426.

⁷⁹ Ebd.; BROSZAT, Polenpolitik, S. 121-123, 129-131; BIRN, S. 194-196; KOEHL, RKFDV, S. 73.

⁸⁰ Ebd., S. 121, 140, 195; Vgl. ALY/HEIM, S. 171.

andererseits legte auch er die Kriterien der Volksliste restriktiv aus. Damit trug er dem Umstand Rechnung, dass er die ortsansässigen Polen nach der Rückkehr der Frontsoldaten abschieben lassen wollte, um seine Siedlungspläne durchführen zu können – was nur möglich war, wenn er nur wenige Einheimische in die Volksliste aufnahm. Die sofortige Abschiebung, die Greiser praktizierte, kam in Zichenau nicht in Frage, da die Polen noch als Arbeitskräfte gebraucht wurden und Koch – anders als sein Nachbar – Himmlers „Volksdeutsche“ nicht als Ersatz akzeptieren wollte.⁸¹

Mit dieser Taktik hatte Koch durchaus Erfolg, denn trotz der restriktiven Praxis trugen sich in Zichenau zwar mit 46 500 Personen etwa dreimal mehr Menschen in die „Volksliste“ ein, als vor 1939 zur deutschen Minderheit gerechnet worden waren.⁸² Ihnen standen aber 920 000 „Schutzangehörige“ gegenüber, die jederzeit abgeschoben werden konnten – der Raumbedarf der zweitgeborenen Bauernsöhne hätte dann sicherlich gedeckt werden können. Vor allem aber hatte Koch gezeigt, dass es im polykratischen Gefüge des NS-Staates einem Gauleiter möglich war, selbst in einem weltanschaulich so zentralen Bereich wie der Siedlungspolitik im „Lebensraum im Osten“, in dem prinzipiell sogar eine klare Kompetenzverteilung herrschte, die Planungen des „Reichsführers SS“ zu unterlaufen und die Situation so offen zu gestalten, dass die Durchführung seiner eigenen Vorhaben noch möglich blieb.⁸³

Die Pläne, die der Gauleiter in den „neugewonnenen Gebieten“ verwirklichen wollte, wurden gegenüber der Öffentlichkeit als Ausweitung des „Erich-Koch-Plans“ bezeichnet, was wohl auch suggerieren sollte, dass die Angliederung der Territorien weniger ein gewaltsamer Akt sei als die konsequente Fortentwicklung des ostpreußischen Wegs zum Wohlstand. Diese Zuordnung war allerdings nur zum Teil richtig. Der „Erich-Koch-Plan“ war eine genuin ostpreußische Planungsarbeit, die durch ostpreußische Instanzen entwickelt und durchgeführt worden war. Die zentralen Raumplanungsbehörden wie die „Reichsstelle“ und die „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumordnung“ entstanden erst, als der ostpreußische Plan sich bereits im ersten Umsetzungsstadium befand, sie hatten auf ihn wenig Einfluss.⁸⁴

⁸¹ KOEHL, RKFDV, S. 121, 140; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 455; PRONOBIS, S. 75f; BÖMELBURG, S. 67.

⁸² Nacht über Europa, S. 385; BROZAT, Polenpolitik, S. 134; Vgl. PRONOBIS, S. 76; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 243, 464, 519.

⁸³ Vgl. dagegen ALY/HEIM, S. 143-145.

⁸⁴ WALTHER KIESER, Der Aufbau im Gebiet um Zichenau, Berlin 1942, S. 31; GÓRCZYŃSKA, Agrarpolitik, S. 256; Vgl. Kapitel 5.4.

In den „eingegliederten Ostgebieten“ war das anders. Hier war Himmeler als „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ für die Gestaltung der Siedlungsräume zuständig, dazu konnte er sich aller in Frage kommender Behörden bedienen. Er erließ die generellen Richtlinien, während die örtlichen Behörden mit deren konkreter Ausgestaltung betraut wurden. Wie so oft in der nationalsozialistischen Polykratie wurden diese Behörden aber bereits aus eigener Initiative aktiv, und so entstanden verschiedene Konzepte zur Neugestaltung des eroberten Raumes, oft auch in Konkurrenz zueinander. Auch Kochs Planungsbehörden – als Vorsitzender der „Landesplanungsgemeinschaft“ und als Beauftragter des RKF hatte er selbst die zentralen politischen Ämter auf diesem Gebiet inne – hielten sich nicht zurück.⁸⁵

Ähnlich wie beim „Erich-Koch-Plan“ wurde versucht, den Aufbauplänen durch wissenschaftliche Untersuchungen eine Basis zu geben. Dafür wurden selbst Königsberger Historiker, die sich schon vor 1939 mit der Geschichte der Volksgruppen dieses Raumes beschäftigt hatten, herangezogen. Zu nennen wären hier neben anderen Theodor Schieder, Werner Conze und Kurt Forstreuter. Organisiert in der „Landesstelle für Nachkriegsgeschichte“ sollten sie, zum Teil im direkten Auftrag des Gauleiters, der sich an ihren Ergebnissen sehr interessiert zeigte, die geschichtliche Legitimation der deutschen Annexion liefern, indem sie den Einfluss der deutschen Kultur durch die Germanen, den deutschen Orden oder nach der dritten Teilung Polens belegten. Zu ihren Aufgaben gehörte es auch, das für die Verwaltung notwendige Basiswissen zur ethnographischen, politischen und sozialen Struktur des Gebietes zu liefern, sowie Analysen zu Annexionsplänen aus dem Ersten Weltkrieg oder Vorschläge für neue Ortsnamen. Ein weiteres Ziel war es, verlorengegangene „Deutschtumsinseln“ wiederzuentdecken und für die Neugestaltung des Gebietes, für die die Historiker engagiert eintraten, nutzbar zu machen. Für diese Tätigkeit wurde ihnen in Zichenau und Suwałki beschlagnahmtes historisches wie auch aktuelles Aktenmaterial zur Verfügung gestellt, zum Beispiel die auf Weisung Kochs zu „Konservierungs- und Forschungszwecken“ nach Königsberg verbrachte Diözesan-Bibliothek von Plock. Die aktuellen Akten wurden ganz pragmatisch zur Ermittlung „deutschfeindlicher Elemente“ in der Bevölkerung ausgewertet.⁸⁶

⁸⁵ Vgl. HARTENSTEIN, S. 42-77, 241, 253-257, 274-285, 300-305; JÖRG GUTBERGER, *Volk, Raum und Sozialstruktur*, Göttingen 1996, S. 364; GRÖNING/ WOLSCHKE-BULMAHN, S. 26-76, 193-197, 213; MAI, S. 305-308; KOEHL, RKFDV, S. 56; KIMPEL, S. 132-137.

⁸⁶ HAAR, S. 339-346; ALY/ HEIM, S. 95; FAHLBUSCH, S. 20, 473, 505, 551, 577, 580; HARTENSTEIN, S. 74; GÖTZ ALY, „Daß uns Blut zu Gold werde“, in: *Menora* 9/1998, S. 13-27; ANGELIKA EBBINGHAUS/ KARL HEINZ ROTH, Vorläufer des „Generalplans Ost“, in:

Diese Erforschung der historischen und soziokulturellen Gegebenheiten stand im Schatten der Untersuchung der naturräumlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die die Grundlage für konkrete Umgestaltungsmaßnahmen bilden sollte. Klima, Böden, Infra- und Wirtschaftsstruktur Zichenau und die daraus resultierenden Maßnahmen zum Neuaufbau wurden analysiert und, ähnlich wie beim „Erich-Koch-Plan“ 1933/34, in zahlreichen Publikationen sowohl dem Fachpublikum als auch der breiteren Öffentlichkeit vorgestellt.⁸⁷

Obwohl der Gauleiter an den eigentlichen Planungsarbeiten nicht beteiligt war – sie wurden von seinen bewährten Experten unter der Leitung Hans-Bernhard von Grünbergs geleistet – bildete er ähnlich wie bei der Medienkampagne, mit der zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Ostpreußen der „Erich-Koch-Plan“ eingeleitet wurde, auch jetzt wieder den Mittelpunkt der Propaganda. Er war es, der die notwendigen Architekturwettbewerbe öffentlich ausschrieb und auf politischer Ebene die Belange der Provinz vertrat, indem er zum Beispiel anmahnte, nicht zu vergessen, dass die Not der einstmaligen „Insel“ allein durch den Wegfall des „Korridors“ noch nicht behoben sei und es weiterer Förderung „Altostpreußens“ bedürfe. Darüber hinaus wurden ihm aber auch bereits nach kurzer Zeit die Aufbauleistungen in den „neugewonnenen Gebieten“ zugeschrieben.⁸⁸ Dabei wurden diese in einer unverhohlenen kolonialistischen Sprache mit den angeblich unsäglichen Zuständen unter der polnischen Herrschaft kontrastiert, um die Berechtigung der Annexion, aber auch die Möglichkeiten, die hier bestünden, deutlich zu machen.⁸⁹

1999 7/1992, Heft 1, S. 62-94; KOSSERT, Grenzlandpolitik, S. 139; IPN Warschau, SWWW 766, Blatt 86-100, Schriftverkehr Gestapo, 1940/41; PrZ Nr. 232, 22.8.41.

⁸⁷ Vgl. HARTENSTEIN, S. 202-205; DIETER MÜNK, Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus, Bonn 1993, S. 439; KIESER; SCHEU/ KOPITTKE; Vorschläge für die ländliche Besiedlung des neuen deutschen Ostraumes, hg. v. ERWIN SCHEU, Königsberg 1940; HARTMANN, Agrarsiedlungspolitik, S. 109-111, Anhang 2; Der soziale Wohnungsbau in Deutschland 1/1941, Heft 14.

⁸⁸ Vgl. ERNST KEIT, Bibliographie zur Landeskunde der zum Regierungsbezirk Zichenau, Kreis Sudauen, Kreis Leipe und Rippin gehörenden ost- und westpreußischen Gebiete für die Jahre 1939-41 nebst Nachträgen, in: Altpreußische Forschungen 18/1941, S. 325-363; KIESER, S. 28, 31f; PrZ Nr. 224, 14.8.41; Nr. 320, 18.11.41; Nr. 332, 30.11.41; Nr. 72, 14.3.42; ERICH KOCH, Ostpreussen ohne Korridor. Ausbau der Flankenstellung, in: Das Reich, 23.3.41; DERS., Aufbau im neuen Ostpreußen, in: Der Schulungsbrief 8/1941, S. 39-41; HARTENSTEIN, S. 30-36, 62, 69, 76, 304; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 449, 564; BÖMELBURG, S. 58; ALY/ HEIM, S. 92; HARTENSTEIN, S. 21.

⁸⁹ KOSSERT, Grenzlandpolitik, S. 139; ERICH KOCH, Ostpreußen, in: Wiedergewonnenes Deutsches Land, München, Berlin 1941, S. 49-51; KIESER, S. 41; PrZ Nr. 91, 1.4.41; Vgl. HARTENSTEIN, S. 30-36.

Koch wurde als derjenige dargestellt, der durch seine Verbindung zum Führer, seine „rastlose Tatkraft“, seinen Willen, seine Detailkenntnis und sein überlegenes Wissen von übergeordneten Zusammenhängen im Gegensatz zu allen historischen Vorbildern in der Lage sei, den Aufbau und die Eindeutschung des Gebietes durchzuführen. Über seine Reisen in die neuen Gebiete wurde ausführlich berichtet und den sonst eher als phlegmatisch geltenden Ostpreußen dank ihm sogar besondere Schnelligkeit beim Aufbau bescheinigt – „das schon im Reich bekannte ostpreußische Tempo des Gauleiters Koch“. Koch sei durch die „restlose Beseitigung des polnisch-jüdischen Schandflecks“ ein „deutsches Wunder“ gelungen, mit dem er „[d]as alte Wort, daß Nationalsozialisten kein ‚Unmöglich‘ kennen,“⁹⁰ bewiesen habe. Die Maßnahmen in Zichenau wurden dabei immer in den Zusammenhang mit den Reformmaßnahmen in „Altostpreußen“ gestellt und behauptet, Koch selbst habe die Pläne mit Genehmigung des „Führers“ ausgearbeitet.⁹¹

Neben der angeblichen Vernachlässigung und ihrer Beseitigung durch die Deutschen wurde die Geschichte der Region als weiterer Legitimationspunkt für die deutsche Annexion herangezogen. Jegliche in Zichenau erbrachte kulturelle Leistung wurde auf die kurze Zugehörigkeit zu Preußen am Anfang des 19. Jahrhunderts und insbesondere auf das Wirken des damaligen Oberpräsidenten Friedrich Leopold von Schrötter, in dessen Nachfolge Koch gestellt wurde, zurückgeführt.⁹² Diese Thesen wurden, wie schon bei der Propagierung der „Ostideologie“ 1934, in Aufsätzen unter Kochs Namen veröffentlicht, die diesmal offensichtlich sein Chefideologe und –raumplaner, der Rektor der Albertina Hans-Bernhard von Grünberg, verfasst hatte.⁹³

Diese Veröffentlichungen zeigten das gleiche Selbst- und Sendungsbewusstsein, mit dem Grünberg seinerzeit zusammen mit Weber-Krohse die „Ostideologie“ vertreten hatte. Für sich selbst und die von ihm geleiteten Institutionen forderte er die Federführung in der deutschen Zukunftsplanung ein und postulierte, das deutsche Volk müsse „auf Jahrzehnte

⁹⁰ ALFRED KARRASCH, Im neuen Osten, in: Der Schulungsbrief 3.4./1941, S. 35-37, hier S. 35f; PrZ Nr. 66, 7.3.41; Vgl. Ebd., Nr. 309, 8.11.39; Nr. 318, 17.11.39; Nr. 265, 25.9.40; Nr. 302, 1.10.40; Nr. 345, 14.12.40; Nr. 329, 29.11.42.

⁹¹ Ebd., Nr. 318, 17.11.39; Nr. 265, 25.9.40; Nr. 302, 1.10.40.

⁹² Vgl. Ebd., Nr. 309, 8.11.39; Nr. 87, 29.3.42; KIESER, S. 11-15; SCHEU/KOPITKE, S. 229.

⁹³ Vgl. HANS-BERNARD VON GRÜNBERG, Ostpreußens Weg in den neuen Ostgebieten, in: PrZ Nr. 30, 30.1.41; ERICH KOCH, Die Zukunftsaufgaben des Gaues Ostpreußen, in: Ebd., Nr. 29, 29.1.41.

hinaus“⁹⁴ auf die Erfordernisse des Aufbaus im Osten ausgerichtet werden. Der Gauleiter bildete dabei die politische Galionsfigur, die den Königsberger Forderungen und Planungen Gehör verschaffen sollte. In den ihm zugeschriebenen Veröffentlichungen wurden großartige Pläne entworfen, die, an die veränderten politischen Gegebenheiten angepasst, an die Szenarien von Ostpreußen als dem „Eckpfeiler“ und der Brücke des Reiches aus den ersten Jahren der NS-Herrschaft anschlossen. Ostpreußens Geschichte habe gezeigt, so hieß es in einem dieser Aufsätze, „mit welcher Standhaftigkeit und Zähigkeit die Provinz ihr Deutschtum nicht nur durchgesetzt und behauptet hat, sondern wie sie selbst mehrfach zum Ausgangspunkt von Bewegungskräften geworden ist, die dem Reich wieder neues Leben gegeben haben.“⁹⁵

Eine solche Situation sahen die Planer jetzt wieder gegeben, denn der „Führer“ habe mit dem Sieg über Polen eine Zeitenwende herbeigeführt, die es auszunutzen gelte. Die Zerrissenheit des deutschen Lebensraumes sei überwunden, Ostpreußen habe wieder Anschluss an die „Kraftlinien“, die den Raum durchzögen, gefunden – eine pathetische Umschreibung des Umstandes, dass die Provinz verkehrstechnisch nicht mehr isoliert war. Angeblich bestanden jetzt Verbindungen zwischen den ostpreußischen Ostseehäfen und dem Mittelmeer, vor allem aber sei durch den Grenz- und Freundschaftsvertrag sowie das Wirtschaftsabkommen mit der Sowjetunion für Ostpreußen ein „gewaltiges Hinterland“ erschlossen worden. Gemeint war damit der gesamte osteuropäische Raum, „von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer“⁹⁶, in erster Linie aber die rohstoffreiche und fruchtbare Ukraine. Deren Güter sollten in Zukunft nicht mehr nur über das Schwarze Meer und die Donau, sondern, auch mittels eines neu anzulegenden Kanalsystems, entlang einer ost-westlichen Achse über die Ostseehäfen Königsberg, Memel und Danzig in den industriellen Westen verschifft werden. Zichenau, so waren sich Koch und Grünberg sicher, komme in diesen Verkehrsströmen die Rolle eines „Vorwerks“ Ostpreußens zu, hier würden sich die nord-südliche und die ost-westliche Achse kreuzen. Von einer weiteren Expansion war in diesen Konzepten nicht die Rede, die Sowjet-

⁹⁴ Ebd., Nr. 91, 1.4.41; Vgl. HARTENSTEIN, S. 43.

⁹⁵ KOCH, Aufbau im neuen Osten, S. 41.

⁹⁶ KOCH, Zukunftsaufgaben; Vgl. DERS., Ostpreussen ohne Korridor; GUIDO GÖRRES, Gestaltungsaufgaben im neuen Ostpreußen, in: Neues Bauerntum 32/1940, S. 245-247; HEINRICH RIES, Ostpreußens wirtschaftliche Brückenstellung in Vergangenheit und Gegenwart, in: Deutsche Wirtschaftszeitung 38/1941, S. 888f; PrZ Nr. 284, 13.10.41; NOBIS, S. 316.

union galt bis zum Frühjahr 1941 als Handelspartner.⁹⁷ Mit Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ wurden die entsprechenden Passagen nur moderat verändert – das Bild vom erschlossenen Hinterland blieb, jetzt wurde aber der Eindruck erweckt, es gelte, einen herrenlosen Raum seiner eigentlichen Bestimmung zuzuführen.⁹⁸

Der Gauleiter und seine Planer knüpften damit an viele Vorstellungen an, die auch in der „Ostideologie“ zu finden waren, in erster Linie an die „Brückenfunktion“ Ostpreußens. Andererseits mussten sie den politischen Wendungen der Reichsführung folgen. Es ist dabei auffällig, dass ihre zu Beginn des Krieges präsentierten Ideologeme weitaus stärker auf den „Führer“ rekurrierten als dies noch 1934/35 der Fall gewesen war, als mit der nicht an eine Person gebundenen Idee des „nationalen Sozialismus“ und einer „Sendung“ Ostpreußens argumentiert wurde. Jetzt beriefen sie sich auf einen Auftrag des „Führers“ – was nicht zuletzt auf den Erfahrungen Kochs während der „Oberpräsidentenkrise“ beruhte. Er hatte am eigenen Leib erfahren müssen, dass mit zunehmender Konsolidierung des Regimes die Führerschaft Hitlers eindeutiger und der ideologische Spielraum der Unterführer kleiner geworden war – was sich selbst in der Ausgestaltung solch regionaler Planspiele niederschlug.⁹⁹

Derartige Nuancenverschiebungen trugen, selbst wenn sie nicht von einem tiefgreifenden Überzeugungswechsel getragen wurden, zu einer Festigung der Position des „Führers“ bei, denn nun gaben auch Angehörige der innerparteilichen „Opposition“ in der Öffentlichkeit nur noch ihn als Legitimationsquell allen Geschehens an und nicht, wie das Koch lange Zeit getan hatte, eine überpersönliche „Idee“. Außerdem zeigten sie durch derartige Modifikationen ihres öffentlichen Auftretens, dass sie in größerem Maße als noch zu Beginn des Dritten Reiches bereit waren, das eigene Handeln am Willen Hitlers zu orientieren und dafür auch eigene Überzeugungen zu verändern oder sogar aufzugeben.

Diese Beweglichkeit war im konkreten Zusammenhang auch deshalb notwendig, weil die Planungshoheit der regionalen Behörden verteidigt werden musste. Die ostpreußischen Raumplaner konnten in den „eingegliederten Ostgebieten“ keineswegs so ungebunden agieren wie in der „Altprovinz“, da sie ihre Überlegungen in die übergeordneten Rahmenpläne des

⁹⁷ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/793, Blatt 42, Bericht Groeben; Ost-Dok 10/77, Blatt 15, Bericht Tiemann; PrZ Nr. 115, 26.4.41; Aufbau in Ostpreußen. Die Aufgabe Ostpreußens in: Der Schulungsbrief, 8/1941, S. 39-41; ERICH KOCH, Weltverkehrsstraßen, in: PrZ Nr. 108, 19.4.41; DERS., Ostpreussen ohne Korridor; DERS., Geleitwort, in: KIESER, S. 7; Vgl. ALY, Endlösung, S. 347; HARTENSTEIN, S. 250.

⁹⁸ Vgl. PrZ Nr. 29, 29.1.41; Nr. 115, 26.4.41.

⁹⁹ Vgl. Kapitel 5.3; Koch, Geleitwort, in: KIESER, S. 7.

„Festigungskommissars“ einpassen mussten. Dieser ordnete Zichenau und Suwałki in die „Siedlungszone I“ ein und damit unter diejenigen Regionen, die als „völkischer Grenzwall“ gegen die „slawische Flut“ zuerst „germanisiert“ werden sollten. Innerhalb dieser Hierarchieebene gehörten beide Territorien zur sogenannten „Neubauzone“, in der wegen der angeblich für deutsche Menschen nicht zumutbaren Verhältnisse fast alle Gebäude und Verkehrsverbindungen, ja sogar ganze Siedlungen und Vegetationsformen verschwinden und grundlegend neu wieder angelegt werden sollten.¹⁰⁰

Die konkreten Pläne für diesen totalen Neuaufbau wurden von den ostpreußischen Institutionen ausgearbeitet. Deutlichstes Symbol für den Bruch mit der bisherigen Struktur war, dass Ciechanów, das mit 14 000 Einwohnern wesentlich kleiner war als das bisherige Verwaltungszentrum Plock (33 000 Einwohner), aber ungefähr in der Mitte des Regierungsbezirkes lag und zudem, worauf Koch besonderen Wert legte, von Ostpreußen aus leichter zu erreichen war, zum neuen Verwaltungssitz erklärt wurde. Es wurde nach der Phonetik des Stadtnamens in Zichenau umbenannt, womit nach preußischer Tradition auch der Name des Regierungsbezirkes festlag. Da die Stadt an sich aber nicht den Vorstellungen ihrer neuen Herren entsprach, sollte außer dem Siedlungsstandort nur die Ordenskirche und die Burgruine erhalten bleiben. Die bisherige Bebauung sollte durch eine völlig neue, nach nationalsozialistischen Prinzipien entworfene Verwaltungsstadt für 50 000 Einwohner ersetzt werden.¹⁰¹

Ganz in diesem Sinne wurde auch eine neue Agrarstruktur geplant: Anstelle der polnischen Kleinbauern sollten ostpreußische Bauernsöhne auf „Erbhöfen“ angesiedelt werden.¹⁰² Grünberg, der bereits seit 1936 mit den namhaftesten deutschen Raumplanern zusammenarbeitete, passte Walter Christallers „Zentrale-Orte-Theorie“, nach der vom kleinen Weiler bis zur Kreisstadt der Aufbau des ländlichen Raumes in allen Facetten bis hin zum Standort der einzelnen Höfe und Gewerbebetriebe genau durchgeplant werden sollte, dem Selbstverständnis der NSDAP als wichtigstem strukturbildenden Element der deutschen „Volksgemeinschaft“ an: Der „Hoheitssitz der

¹⁰⁰ KOEHL, RKFDV, S. 73; HARTENSTEIN, S. 81, 242-247; GRÖNING/ WOLSCHKE-BULMAHN, S. 53f, 99; ALY/ HEIM, S. 276-299; KOCH, Ostpreussen ohne Korridor; KIESER, S. 29f.

¹⁰¹ BA Bayreuth, Ost-Dok 10/47, Blatt 29, Bericht Schaeffer; HARTENSTEIN, S. 435-439; GRÖNING/ WOLSCHKE-BULMAHN, S. 107; ARTHUR RECK, Städtebau im Deutschen Osten, in: Die Baukunst 4/1941, S. 220-230.

¹⁰² Rede Dargel, in: Neues Bauerntum 33/1941, S. 40; SCHEU/ KOPITKE, S. 225-227; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 518; GÖRRES, S. 245-247; HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, Die regionale Frage, in: Neues Bauerntum 36/1944, S. 76-86; KIESER, S. 29; HARTENSTEIN, S. 42f, 202-204, 212f, 219-225, 252f, 426, 434; MAI, S. 87, 156, 302; MÜNK, S. 79-81, 400, 441f; GRÖNING/ WOLSCHKE-BULMAHN, S. 157.

Ortsgruppe der NSDAP“ sollte der Ausgangspunkt für die vernetzten Planungen bilden.¹⁰³

Die grundlegende Umgestaltung des Gebietes schloss auch den Bau neuer Eisenbahnlinien und Straßen – sogar einer Autobahn – und den Ausbau der Wasserwege ein. Den ostpreußischen Planern kam entgegen, dass in den Richtlinien des RKF ebenso wie in ihren eigenen Überlegungen eine Mischung aus Bauernhöfen und deren Produkte verarbeitenden kleinen und mittleren Industriebetrieben vorgesehen war. Insgesamt sollte Zichenau ebenso wie „Altostpreußen“ ein landwirtschaftlicher Bezirk bleiben, mit klimatisch bedingten Schwerpunkten: Im „Muttergau“ sollte Vieh gezüchtet, in Zichenau Getreide angebaut werden.¹⁰⁴

Die Menschen stellten in diesen Planungen allenfalls „Störgrößen“¹⁰⁵ dar. Die bisherigen Bewohner sollten, von den wenigen „Volksdeutschen“ abgesehen, bestenfalls als Saisonarbeiter geduldet werden. Mit ihnen sollte jegliche Erinnerung an die polnische Vergangenheit der Region verschwinden, weswegen auch die Ortschaften umbenannt wurden. Lebende Personen durften durch die neuen Bezeichnungen aber nicht geehrt werden, weswegen Hitler, Göring und Koch nur in Straßennamen vertreten waren. Nach einer historischen Person wurde nur Plock in Schröttersburg umbenannt, die meisten Ortsnamen orientierten sich an der Phonetik der polnischen Namen, andere waren Übersetzungen oder Phantasieprodukte.¹⁰⁶

Die geplante Neuansiedlung stellten die ostpreußischen Planer unter einen Vorbehalt, der seitens der SS auf Kritik stieß: Von der rassistischen Auslese der Bewerber war in ihren Konzepten keine Rede, statt dessen sollten sie nach den „Gesetze[n] unseres Sozialismus“ politische und cha-

¹⁰³ Ebd., S. 13, 88-90; RÖSSLER, Wissenschaft, S. 146-151, 172-174, 196f, 268; MÜNK, S. 426-428, 438-447; ALY/HEIM, S. 161, 186; HARTENSTEIN, S. 206-213; GUTBERGER, S. 51, 204-207, 215, 219, 496f; FAHLBUSCH, S. 574, 712; KIESER, S. 29-32, 38; WALTER CHRISTALLER, Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933; DERS., Grundgedanken zum Siedlungs- und Verwaltungsaufbau im Osten, in: Neues Bauerntum 32/1940, S. 305-312; DERS., Kultur- und Marktbereiche der zentralen Orte im deutschen Ostraum und die Gliederung der Verwaltung, in: Raumforschung und Raumordnung 4/1940, S. 498-503; HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, Landflucht und Landgefährdung, in: Neues Bauerntum 34/1942, S. 52-61; DERS., regionale Frage, S. 84.

¹⁰⁴ HARTENSTEIN, S. 212-214, 249-252; GRÖNING/ WOLSCHKE-BULMAHN, S. 53f; HARTMANN, Agrarsiedlungspolitik, Anhang 10; KIESER, S. 26, 32f.

¹⁰⁵ GRÖNING/ WOLSCHKE-BULMAHN, S. 61.

¹⁰⁶ Vgl. HARTENSTEIN, S. 228-233; GEORG HANSEN, „Damit wurde der Warthegau zum Exerzierfeld des praktischen Nationalsozialismus“, in: September 1939, hg. v. Christoph Kleßmann, Göttingen 1989, S. 55-72, hier S. 56-61; KOSSERT, Grenzlandpolitik, S. 137-139; PrZ Nr. 36, 5.2.41; Fahrt durch Südostpreußen, in: Der heimattraeue Ost- und Westpreuße 20/1940; BA Berlin, R 43 II/1365, Blatt 97, Liste Kreisnamenänderungen, undatiert (nach 21.5.41).

rakterliche Festigkeit, Leistung und Können zeigen. Vor allem aber betonte der Gauleiter, in erster Linie ostpreußische Bauernsöhne ansiedeln zu wollen, womit er sich den Vorwurf einhandelte, er betrachte den „Raumzuwachs“ als eine „innere ostpreußische Angelegenheit“ und beabsichtige „die Züchtung eines besonderen ‚ostpreußischen Menschentypus‘“¹⁰⁷. Diese Kritik war ein deutlicher Beleg dafür, dass die in Ostpreußen vertretenen Neuordnungskonzepte keineswegs in allen Punkten mit den Vorstellungen der zuständigen zentralen Stellen konform gingen – was nicht zuletzt im Willen und dem Geschick des Gauleiters, die bestehenden Spielräume auszunutzen, begründet lag.

Letztlich blieben aber alle Überlegungen zur Umgestaltung der annektierten Gebiete aufgrund des Krieges gegen die Sowjetunion in verschiedenen Vorbereitungsstadien stecken. Mit dem Umbau der Städte wurde tatsächlich begonnen, vor allem in Ciechanów soll relativ viel gebaut worden sein, über Anfänge kamen diese Bemühungen jedoch nicht hinaus. Neue Industrien wurden nicht errichtet, die wenigen vorhandenen Betriebe wurden aber modernisiert. Die im Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Verkehrsverbindungen, die ganz auf Warschau ausgerichtet waren, wurden zwar ausgebessert und durch einige neue Verbindungslinien nach Ostpreußen ergänzt, neue Bahnlinien oder gar Autobahnen wurden jedoch nicht begonnen. Die Umgestaltung der Dörfer brachte vor allem einen von Koch ausgeschriebenen Wettbewerb für eine Versuchsplanung, den „Hauptdorfbereich Minden“, hervor, aber selbst dieser diente weniger dazu, ein konkretes Projekt auszuarbeiten, als überhaupt Ideen zur Neugestaltung zu sammeln.¹⁰⁸

Der Neuaufbau des Gebietes musste generell hinter seiner Nutzbarmachung für den Krieg zurückstehen. Aufgrund der agrarischen Wirtschaftsstruktur konnte der Regierungsbezirk fast nur durch die Bereitstellung von landwirtschaftlichen Produkten und Menschen zu den deutschen Kriegsanstrengungen beitragen. Die (Zwangs-) Rekrutierung von Arbeitskräften wurde dabei mit der „Germanisierung“ des Gebietes verbunden, indem Teile der Bevölkerung zur Arbeit ins Reich deportiert wurden. Ihr Land konnte dann an deutsche Siedler verteilt werden. Auf diese Weise wurde beispielsweise aus dem Kreis Schröttersburg (Plock) die Hälfte der pol-

¹⁰⁷ KIESER, S. 20, 32; Vgl. PrZ Nr. 36, 5.2.41; Nr. 183, 4.7.41; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 518; BROSZAT, Polenpolitik, S. 35; GÓRCZYŃSKA, Agrarpolitik, S. 257.

¹⁰⁸ GRÖNING/WOLSCHE-BULMAHN, S. 58, 168, 171, 174, 178; HARTENSTEIN, S. 76, 234, 236f, 304, 439; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 566; SCHEU/KOPITKE, S. 236; KIESER, S. 35f; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/616, Blatt 9, 12f, Bericht Carstensen; Ost-Dok 8/621, Blatt 4, Bericht Blaschke; Ost-Dok 10/47, Blatt 39, Bericht Schaeffer; Ost-Dok 13/67, Blatt 2f, Bericht Meyer-Osterkamp/ Carstensen.

nischen Bevölkerung nach Deutschland deportiert, die andere Hälfte musste vor Ort für die Deutschen arbeiten. Insgesamt sollen aus Zichenau 76 000 Menschen als Arbeitskräfte ins Reich gebracht worden sein, vor allem in die Landwirtschaft, denn Industriearbeiter, die im Reich dringend gebraucht wurden, gab es hier nur äußerst wenige.¹⁰⁹

Die landwirtschaftliche Produktion sollte durch Modernisierung und Intensivierung der Anbaumethoden gesteigert werden, was trotz einiger Investitionen nicht gelang – Zichenau blieb Zuschussgebiet.¹¹⁰ Bei der Ausbeutung der Landwirtschaft kam Koch seine Funktion als Beauftragter des RKF sehr zustatten, denn letzterer war zusammen mit dem Landwirtschaftsministerium für die Bewirtschaftung des polnischen Grund und Bodens, der vollständig enteignet wurde, zuständig.¹¹¹ Als Stellvertreter des Reichskommissars übertrug Koch – noch bevor ihn genauere Direktiven Himmlers erreichten – die Bewirtschaftung größerer Güter auf die „Ostpreußische Landesgesellschaft“, einer seit 1906 bestehenden Siedlungsgesellschaft, deren Aufsichtsrat er seit 1934 vorstand und die ihm seitdem als Vehikel zur Kontrolle der Wirtschaft und zu seiner persönlichen Bereicherung diente – am prominentesten durch den 1937 erfolgten Kauf des Gutes Groß Friedrichsberg, das dann als persönlicher Wohnsitz Kochs an die „Erich-Koch-Stiftung“ weitergegeben wurde.¹¹²

Koch schuf mit dieser Beauftragung rechtzeitig vollendete Tatsachen, denn als Landwirtschaftsminister Darré wenig später die „Ostdeutsche Landbewirtschaftungs-GmbH“, kurz „Ostland“ genannt, mit der Verwaltung der beschlagnahmten landwirtschaftlichen Betriebe im Osten beauftragte, konnte Koch auf die bereits angelaufene Tätigkeit seiner Gesellschaft verweisen und am 20. April 1940 einen äußerst vorteilhaften Vertrag zwischen der „Ostland“ und der ostpreußischen Institution ertröten. Die „Ostpreußische Landesgesellschaft“ war demgemäß für die Bewirtschaftung aller landwirtschaftlicher Flächen zuständig – 1940 allein in Zichenau 1 141 030 Hektar.¹¹³ Da sie dazu personell nicht in der Lage

¹⁰⁹ GÓRCZYŃSKA, Agrarpolitik, passim; PRONOBIS, S. 74; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/621, Blatt 3, Bericht Blaschke.

¹¹⁰ GÓRCZYŃSKA, Agrarpolitik, S. 256, 259f, 264; TILITZKI, Alltag, S. 44f; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/616, Blatt 12f, Bericht Carstensen.

¹¹¹ HARTENSTEIN, S. 43f; KOEHL, RKFDV, S. 116; ROSENKÖTTER, S. 81-84; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 446f; BA Bayreuth, Ost-Dok 10/305 Blatt 85f, Vertrag Ostland mit OLG, undatiert.

¹¹² BA Bayreuth, Ost-Dok 10/305, Blatt 3, 9, 47, Bericht Kurandt; GROEBEN, Land, S. 225-228; FOX, Wirtschaft, S. 171; NOBIS, S. 170.

¹¹³ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/633, Blatt 3, Bericht Hilmers; Ost-Dok 10/305, Blatt 79f, Jahresbericht Zweigstelle Plock, 1940/41; Blatt 85-87, Vertrag Ostland mit OLG, undatiert;

war und auch keine deutschen Siedler zur Verfügung standen, wurden viele der kleinen Höfe zusammengelegt und einer der ehemaligen Besitzer mit deren Bewirtschaftung beauftragt. Die dadurch freigewordenen Arbeitskräfte wurden zur Zwangsarbeit ins Reich, vor allem in die ostpreußische Landwirtschaft, verschickt. Die verbliebenen Bauern mussten horrenden Abgaben an die deutsche Verwaltung leisten, die ihnen kaum das nötigste zum Leben ließen, zudem wurden sie gezwungen, „Hand- und Spanndienste“ auf den Gütern und im Straßenbau zu leisten.¹¹⁴

Größere Güter wurden von deutschen Stellen verwaltet, sie sollten nicht nur für Wehrmacht und Reich produzieren, sondern auch die kleineren Betriebe mit Saatgut, Zuchtvieh und ähnlichem versorgen und mit ihrer Wirtschaftsweise beispielhaft wirken. Zudem wurden verschiedene Verwaltungsinstanzen mit Gütern „belehnt“, um die Versorgung ihrer Beamten sicherzustellen.¹¹⁵ Der Gauleiter nutzte sie aber auch, um nach Art feudaler Lehnsherrn seine Getreuen zu belohnen oder sich das Wohlwollen Dritter zu erkaufen. So setzte er sich für die Übertragung eines Gutes in Zichenau an den Schwiegervater des Königsberger HSSPF Prützmann ein, was seinem Verhältnis zu Prützmann sicherlich nicht abträglich war.¹¹⁶ Dem „Reichsführer SS“, also demjenigen, dessen Amt als RKF Koch die Verfügung über die Güter überhaupt erst ermöglichte, schenkte er das Gut Smoszewo (Heimstätt) bei Płońsk.¹¹⁷

Koch setzte sich mit seiner eigenmächtigen Verfügung über die Güter über eine Weisung hinweg, im Osten aus Rücksicht auf die Frontsoldaten, die dort Siedlungsland erhalten sollten, auf jegliche Eigentumsübertragung zu verzichten.¹¹⁸ Anscheinend deckte er zudem kriminelle Machenschaften seiner Funktionäre und persönlicher Freunde, die in Zichenau durch

Vgl. MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 446; HARTENSTEIN, S. 79; KIMPEL, S. 138f; GÓRCZYŃSKA, Agrarpolitik, S. 262.

¹¹⁴ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/616, Blatt 5, Bericht Carstensen; Ost-Dok 8/621, Blatt 3, Bericht Blaschke; Ost-Dok 8/633, Blatt 3, Bericht Hilmers; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 518; GÓRCZYŃSKA, Agrarpolitik, S. 257f; PRONOBIS, S. 73; BÖMELBURG, S. 70, 74; KOEHL, RKFDV, S. 138; HEINRICH MUNDT, Eine Grundstückskartei für die eingegliederten Ostgebiete, in: Neues Bauerntum 34/1942, S. 104-109, hier S. 108.

¹¹⁵ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/616, Blatt 8, Bericht Carstensen; Ost-Dok 10/305, Blatt 61, Bericht Kurandt; BA Berlin, R 49/130, Bericht des Reichsrechnungshofes, 15.4.42; MUNDT, S. 108.

¹¹⁶ BA Berlin, R 49/129, Schriftverkehr, 1940-43; R 49/130, Provinzialverband an Oberpräsident, 20.10.43.

¹¹⁷ KAIENBURG, S. 807.

¹¹⁸ GERLACH, Morde, S. 350.

„Schiebergeschäfte“ Profit machen wollten¹¹⁹, und bereicherte sich in großem Stile selbst. Als Tarnung benutzte er dabei wie schon in „Altostpreußen“ seine Stiftung, die, zusammengefasst in den Gütern Krasne und Nacpolsk, große Ländereien erwarb. Die Latifundien umfassten zusammen über 30 000 Hektar, zu ihrer Arrondierung wurden 38 Dörfer ganz und 25 teilweise evakuiert, wobei 1 000 Familien vertrieben wurden.¹²⁰ Obwohl sich im Falle Nacpolsks die Dienststellen des RKF und des „Reichsforstmeisters“ sowie das Landwirtschaftsministerium mit Hinweis auf die bestehende Rechtslage und die geplante Besiedlung gegen Kochs Besitzwünsche aussprachen, behauptete dieser gegenüber seinen Behörden, das Gut gehöre ihm und sei dementsprechend zu behandeln. Da Himmler – dank Kochs Großzügigkeit ebenfalls in der Nachbarschaft Gutsherr – selbst offenbar nicht abgeneigt war, Koch den Betrieb zu überlassen, wurde bis zum Einmarsch der Roten Armee keine endgültige Entscheidung getroffen, die Stiftung blieb de facto Eigentümer.¹²¹

Das Gut Krasne ließ Koch in seiner Eigenschaft als Beauftragter des RKF bereits bei der Einrichtung der Grundbücher als Eigentum der Erich-Koch-Stiftung eintragen, ohne die übrigen zuständigen Behörden zu beteiligen. Er konnte aber die nachträgliche Anerkennung des Besitztitels durch das Stabshauptamt des RKF erreichen.¹²² Das Anwesen wurde in „Buchenhof“ umgetauft und sollte dem Gauleiter als repräsentativer Landsitz mit ebensolchen Jagden zur Bewirtung hochgestellter Gäste dienen. Das nicht sehr eindrucksvolle Gutshaus ließ er deshalb abreißen und an seiner Stelle ein wesentlich größeres Schloss errichten. Bei dessen Außengestaltung bewies er anscheinend nicht sehr viel Geschmack, denn nach Aussage eines Gastes glich das im Oktober 1940 fertiggestellte Gebäude eher einem Krankenhaus denn einer Residenz. Im Innern, so der Gast weiter, sei es „barock prächtig“ ausgestattet und allzu aufwendig und unpersönlich, aber nicht wirklich protzig gestaltet gewesen. Der gute Geschmack sei „nirgends wirklich verletzt“ worden, das Gebäude habe sogar „einer gewissen Schlichtheit und Würde nicht entbehrt.“ Seinen Zweck, einen Eindruck von Kochs Machtfülle zu vermitteln und Widersa-

¹¹⁹ Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 141f; 1909e, Blatt 190, 195, 311-317, 358; 1909f, Blatt 107-109, 136-144, 161; 1909g, Blatt 76f, Aussagen, 1949.

¹²⁰ BA Berlin, R 49/130, Bericht Reichsrechnungshof, 15.4.42; Landeskulturamt an Oberpräsident, 5.8.42; Vgl. PRONOBIS, S. 74; IPN Warschau, SWWW 759, Blatt 1388, Aussage Koch, 29.11.50-4.1.51.

¹²¹ BA Berlin, R 49/130; NS 19/1321; BDC, SSHO 5217, Schriftverkehr, 1940-44; Dienstkalender, S. 511.

¹²² BA Berlin, R 49/130, Vermerk für Vortrag bei RFSS, 30.7.42; Kulturamt Ostpreußen an Oberpräsident, 5.8.42; Aktenvermerk Schweiklberg, 20.5.44; R 2301/2073/2, Bericht Reichsrechnungshof, undatiert.

cher zu beeindrucken, habe es erfüllt. Des öfteren seien dort Gäste, auch Himmler und Göring, empfangen und große Jagden veranstaltet worden. Im Keller des Gebäudes habe eine Kegelbahn und ein Kleinkaliberschießstand zur Verfügung gestanden. Trinkgelage oder andere Ausschweifungen habe es allerdings nie gegeben, Koch sei „bei jedem Verstoß gegen den guten Benimm sehr ungemütlich“¹²³ geworden und habe sogar verstimmt reagiert, wenn die knappen Alkoholvorräte von seinen Gästen über Gebühr beansprucht worden seien.

Das Gut galt trotz der „unproduktiv“ für das Schloss aufgewendeten „1-2 Millionen Reichsmark“¹²⁴ als gewinnbringende Investition. Hier wurden nicht nur auf guten Böden hohe Erträge erwirtschaftet, auf dem Gelände wurde auch eine der „Erich-Koch-Stiftung“ gehörende landwirtschaftliche Versuchsanstalt angesiedelt.¹²⁵ In der Bilanz der Stiftung wurde Krasne mit einem Wert von 20 Millionen Reichsmark geführt, die beiden anderen großen Güter, Groß Friedrichsberg und „Hohendorf“ (Nacpolsk), mit vergleichsweise geringen zwei beziehungsweise drei Millionen. Der Konzern des Gauleiters war damit der größte Grundbesitzer im Regierungsbezirk Zichenau, noch vor der Provinz selbst.¹²⁶

Die Stiftung war auch in anderen Sektoren aktiv und avancierte zum bedeutendsten wirtschaftlichen Akteur des strukturschwachen Gebietes. Bezeichnend dafür war eine im August 1941 erstellte Statistik der für die Verwaltung gewerblicher Betriebe im gesamten Osten zuständigen „Haupt-treuhandstelle Ost“, in der für den Bezirk Zichenau lediglich fünf der Stiftung gehörenden Zuckerfabriken aufgeführt wurden.¹²⁷ Diese waren neben mehreren Forsten, einer Molkerei und einem Gestüt Bestandteile des Gutes Krasne, ebenso wie eine „Rübenkleinbahn“, die die Zuckerfabriken versorgte. Die Stiftung betrieb außerdem eine Geflügelmästerei in Sichelberg (Sierpc) und die „Ostdeutsche Holzindustrie GmbH Zichenau“, die

¹²³ GROEBEN, Dienst, S. 99, 239; DERS., Streiflichter, S. 130f; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/614, Bericht Groeben; Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 223, Aussage Malms, 29.7.49; 1909b, Blatt 315, Aussage Zech, 19.8.49; IPN Warschau, SWWW 759, Blatt 1386, Aussage Koch, 29.11.50-4.1.51.

¹²⁴ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/614, Bericht Groeben.

¹²⁵ Vgl. BA Berlin, R 2301/2073/2, Bericht Reichsrechnungshof, undatiert; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 65, Lebenslauf Koch.

¹²⁶ BA Bayreuth, Ost-Dok 10/353, Vermögensaufstellung Erich-Koch-Stiftung, 31.12.43; BA Berlin, R 49, Vermögensaufstellung, undatiert.

¹²⁷ Nacht über Europa, S. 205; BA Berlin, R 2301/2073/2, Bericht Reichsrechnungshof, undatiert; Vgl. KOEHL, RKFDV, S. 58, 60, 117; HARTENSTEIN, S. 79; ROSENKÖTTER, S. 97, 144; TILITZKI, Alltag, S. 49; BA Bayreuth, Ost-Dok 10/87a, Blatt 7, Arbeitsbericht Industrie- und Gewerbeaufbaustelle, 1942; IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1684, Urteil, 9.3.59.

über fünf Sägewerke, zwei Holzhandlungen, eine Tischlerei und eine Kistenfabrik verfügte. Diese Firmen waren alle aus polnischem Besitz übernommen worden, ebenso wie eine Brauerei in Zichenau und der einzige Industriebetrieb des Regierungsbezirks, die „Weichselwerft Schröttersburg GmbH“, zu der auch eine Gießerei und ein Reparaturwerk gehörten.¹²⁸

Wie schon im Memelland wurden auch in Zichenau in einigen Fällen kleinere Betriebe zusammengelegt und modernisiert, außerdem wurden Industrie und Handwerk „arisiert“. Im allgemeinen trat die Stiftung dabei nicht selbst als Käufer auf, sondern gründete die genannten Gesellschaften, die dann wiederum an die von den Besatzungsbehörden mit der Verwaltung der Betriebe betretenen Treuhandgesellschaften herantraten, um die polnischen Firmen von ihnen zu kaufen – was wohl auch die eigentlichen Besitzverhältnisse verschleiern sollte. Neu gegründet wurde nur die „Südostpreussische Tageszeitung GmbH“ in Schröttersburg, mit der die Stiftung die politische Arbeit ihres Gründers unterstützte.¹²⁹

Kochs Konzern kontrollierte nicht den gesamten gewerblichen Sektor, vielmehr nutzte sein Gründer auch die Vergabe derartiger Betriebe zur politischen Beziehungspflege. So kamen die „Hermann-Göring-Werke“ zu einem großen Sägewerk, die Baustoffindustrie, die für die Besiedlungspläne eine wichtige Rolle spielte, ging, wie auch in den anderen „eingegliederten Ostgebieten“ außer Danzig, zur treuhänderischen Verwaltung an die SS.¹³⁰

Koch wies der Stiftung wie schon beim Aufbau in „Altostpreußen“ eine strukturpolitische Rolle zu, wobei hier wie dort ein gewisser Rechtfertigungsdruck eine große Rolle spielte. Der Gauleiter sah sich bemüht, immer wieder zu betonen, dass die Güter nicht auf Dauer im Eigentum der Stiftung verbleiben, sondern in naher Zukunft aufgesiedelt werden sollten. Sie sollten angeblich das Zentrum einer Heimstätte für Kriegsinvaliden bilden.¹³¹ Damit reagierte er auf die Vorhaltungen der zuständigen Planungsbehörden einschließlich des RKF, die die Rechtmäßigkeit des Erwerbs der Güter an sich bezweifelten und die dortigen Umbaumaßnahmen

¹²⁸ BA Berlin, R 49/130, Landeskulturamt an Oberpräsident, 5.8.42; R 2301/2073/2, Bericht Reichsrechnungshof, undatiert; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/614, Bericht Groeben; Ost-Dok 8/621, Blatt 4, Bericht Blaschke.

¹²⁹ SCHEU/KOPITTKE, S. 236; BA Berlin, R 2301/2073/2, Bericht Reichsrechnungshof, undatiert; BA Bayreuth, Ost-Dok 10/353, Vermögensaufstellung Erich-Koch-Stiftung, 31.12.43.

¹³⁰ KOCH, Ostpreußen, in: Wiedergewonnenes Deutsches Land, S. 50; BA Bayreuth, Ost-Dok 13/54, Blatt 3, Bericht Kramer/Schmidtsdorf; KAIENBURG, S. 466, 596; JAN ERIK SCHULTE, Zwangsarbeit und Vernichtung: Das Wirtschaftsimperium der SS, Paderborn 2001, S. 179; FRIEDRICH ROß, Die Deckung des Baustoffbedarfs für den Wohnungsbau in Ostpreußen, in: Der soziale Wohnungsbau 1/1941, S. 514-519, hier S. 517.

¹³¹ MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 518.

kritisierten, da diese weniger auf Siedlungsabsichten denn auf eine langfristige Nutzung als großflächige Gutsbetriebe hindeuteten. Auch hier konnte Koch auf die Konstruktion der Stiftung verweisen, durch die ja kein persönliches Eigentum für seine Person geschaffen wurde. Es spricht wenig dafür, dass er mit der Stiftung in Zichenau auch soziale Ziele verfolgte, als macht- und wirtschaftspolitisches Instrument leistete sie ihm jedenfalls gute Dienste, sie war eine wichtige Säule seiner persönlichen Machtposition.¹³²

7.3. „Außerordentliche Befriedung“ – Polen- und Judenpolitik

Die Ausbeutungspolitik der „Erich-Koch-Stiftung“ war nur eine Facette im Handeln des ostpreußischen Gauleiters, das trotz seiner starken Position und trotz der auf vielen Feldern bewiesenen Eigenständigkeit wenig zu seinen Äußerungen über die Kooperation der „jungen Völker des Ostens“ und seine propolnischen Aktivitäten der dreißiger Jahre passte. Die Ursache für seine Haltung war in seiner Adaption des „dem Führer Entgegenarbeitens“ zu suchen, das ihn infolge seiner häufigen weltanschaulichen Richtungswechsel schließlich dazu brachte, auch seine Vorbehalte gegenüber der Rassenpolitik abzulegen und auch auf diesem Feld ganz als Vorkämpfer des „Führers“ zu agieren.

Wie weit diese Bereitschaft, Hitlers Lebensraumkonzept mitzutragen und sogar zu forcieren, ging, zeigte sich bereits kurze Zeit nach der Übernahme der eroberten Gebiete, als der Gauleiter die anfänglich von den Einsatzgruppen der SS und dem „volksdeutschen Selbstschutz“ verübten Massaker in organisierter Form weiterführen ließ.¹³³ Im April 1940, zu einem Zeitpunkt, zu dem in den anderen besetzten Ostgebieten die Zahl größerer Mordaktionen deutlich zurückging, ordnete er in Zichenau und

¹³² BA Berlin, R 49/130, Schriftverkehr, 1940-44; R 2301/2073/2, Bericht Reichsrechnungshof, undatiert.

¹³³ IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1674, Urteil, 9.3.59; Vgl. JOCHEN BÖHLER, Auftakt zum Vernichtungskrieg, Frankfurt/ Main 2006, S. 227-230; JOHN MCCANNON, Generalfeldmarschall Georg von Küchler, in: Hitlers militärische Elite I, S. 138-145, hier S. 140; JOHANNES HÜRTER, Konservative Mentalität, militärischer Pragmatismus, ideologisierte Kriegführung, in: Karrieren im Nationalsozialismus, hg. v. GERHARD HIRSCHFELD/ TOBIAS JERSAK, Frankfurt/ Main, New York 2004, S. 239-253, hier S. 242; ALEXANDER B. ROSSINO, Hitler strikes Poland, Lawrence/ Kansas 2003, S. 106f; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 15, 18-20, 27f; BROZAT, Polenpolitik, S. 31, 38-48; BÖMELBURG, S. 58-60; KERSHAW, Hitler II, S. 334-337, 341f; GABRIELE LOTFI, SS-Sonderlager im nationalsozialistischen Terrorsystem, in: Ausbeutung, S. 209-229, hier S. 216-219; Nacht über Europa, S. 36, 80; UEBERSCHÄR, Widerstand, S. 35-38; REBENTISCH, Führerstaat, S. 431f.

Suwałki eine „außerordentliche Befriedungsaktion“ an, bei der Angehörige der „polnischen Intelligenz“ verhaftet und deportiert, zum Teil aber auch sofort liquidiert wurden.¹³⁴ Die Zahl der bei solchen Maßnahmen Getöteten stieg von 1 000 Personen im Jahr 1939 auf 3 000 im folgenden Jahr stark an. Danach soll es allerdings keine derartigen Großaktionen mehr gegeben haben. Die Zahl der Exekutionen soll selbst in den Jahren 1943 und 1944, als der polnische Widerstand stark zunahm, deutlich unter diesem Wert gelegen haben. Die Massaker dienten also offensichtlich nicht der Pazifizierung des Gebietes, sondern weiterreichenden Zielen der Besatzungsmacht – es ging um die „Vernichtung der lebenden Kräfte des polnischen Volkes“ und damit um die Vorbereitung der deutschen Kolonisierung.¹³⁵

Eine wichtige Rolle spielten dabei die in Ostpreußen eingerichteten Lager. Der Gauleiter betonte zwar später immer wieder mit Stolz, dass es auf Grund seines Widerstandes in der Provinz kein Konzentrationslager gegeben habe, tatsächlich wurden aber in Hohenbruch und in den ehemaligen Reichsautobahnlagern Rudau und Beydritten, also auf dem Boden „Altostpreußens“, Polen interniert und zum Teil auch liquidiert.¹³⁶ Im „wiedergewonnenen“ Soldau wurde in einer baufälligen Kaserne ein Lager eingerichtet, das als Zwischenstation für die Schleusung von Angehörigen der „polnischen Intelligenz“ ins Generalgouvernement dienen sollte. Die Aktion scheiterte, da im Februar 1940 alle Deportationen gestoppt wurden, woraufhin auf einen älteren Vorschlag des Königsberger Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Brigadeführer Otto Rasch, zurückgegriffen wurde, die „nationalpolnischen Aktivisten“ nicht umzusiedeln, sondern vor Ort zu erschießen. Das Lager wurde in der Folgezeit zu einer Hinrichtungsstätte umfunktioniert, in der mehrere tausend Menschen ermordet wurden, darunter auch ein Teil der Opfer von Kochs „außerordentlicher Befriedungsaktion“, zahlreiche Juden, katholische Geistliche, „Verbrecher“, „Asoziale“ sowie Behinderte aus Ostpreußen und dem Warthegau, außerdem benutzte es die ostpreußische Gestapo von Februar 1940 bis 1944 für alle ihre Exekutionen.¹³⁷

¹³⁴ MADAJCZYK, *Okkupationspolitik*, S. 187; PRONOBIS, S. 66; LONGERICH, *Politik*, S. 281.

¹³⁵ Nacht über Europa, S. 81; Vgl. PRONOBIS, S. 72.

¹³⁶ IPN Warschau, SWWW 763, Blatt 38-49, Vernehmung Schlegel, 3.6.43.

¹³⁷ Insgesamt sollen in dem Lager 12-15000 Menschen ermordet worden sein (BROSZAT, *Polenpolitik*, S. 38f, 94, 162; PRONOBIS, S. 68f, 82; LONGERICH, *Politik*, S. 237, 247, 646; LOTFI, S. 221; Nacht über Europa, S. 149f; CHRISTOPHER R. BROWNING, *Die Entfesselung der „Endlösung“*, München 2003, S. 62; KRAUSNICK/ WILHELM, S. 93f; MADAJCZYK, *Okkupationspolitik*, S. 187, 362; GOLCZEWSKI, *Polen*, S. 431; ERNST KLEE, *„Euthanasie“ im NS-Staat*, 3. Auflage, Frankfurt/ Main 1983, S. 190-193; ALY, *Endlösung*, S. 188; HANS-WALTHER SCHMUHL, *Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie*,

Sehr viele Häftlinge starben an den Folgen der selbst von einer Kommission des Reichssicherheitshauptamtes der SS als „in jeder Hinsicht unglaublich“¹³⁸ eingestuft Zustände im Lager. Die SS-internen Untersuchungen zu dem Lager gingen unter anderem auf eine Beschwerde des Gauleiters zurück, der das Lager im Sommer 1941 inspizierte und sich daraufhin nicht nur beim Königsberger HSSPF Sporrenberg beschwerte, sondern wohl auch eine Meldung an Göring oder Hitler erwog. Anscheinend sah er sich ebenso wie den preußischen Ministerpräsidenten in einer gewissen Verantwortung, da das Lager offiziell der Stapo-Leitstelle Königsberg unterstand, die er als eine ihm untergeordnete Behörde betrachtete. Allerdings sorgte er sich wohl weniger um das Wohlergehen der Häftlinge als vielmehr darum, eine Fleckfieberepidemie einzudämmen, die bereits auf das Wachpersonal übergegriffen hatte. Eine grundlegende Verbesserung der Verhältnisse trat nicht ein.¹³⁹

Nicht nur das Beispiel des Lagers Soldau zeigte, dass Koch es nicht für notwendig hielt, für die Polen erträgliche Lebensbedingungen zu schaffen. Die Verordnungen, die er zur Regelung der Lebensumstände der „Schutzangehörigen“ seines Gebietes erließ, unterschieden sich kaum von denen in den anderen „eingegliederten Ostgebieten“ und waren nicht nur bestens dazu geeignet, die Polen zu demütigen, sondern auch, das Überlegenheitsgefühl der Deutschen zu steigern. Gegenüber Deutschen bestand Grußpflicht, sie wurden in Geschäften, Restaurants und öffentlichen Verkehrsmitteln bevorzugt behandelt, während Polen Theater, Museen, Bibliotheken und Kinos nicht mehr besuchen durften. Ihre Heimattorte durften sie nur noch mit Passierscheinen verlassen, der private Umgang mit Deutschen war verboten. Das gesamte kulturelle Leben der Polen sollte zerstört werden, nicht nur durch die Verschleppung wertvoller Kulturgüter wie der Diözesan-Bibliothek von Plock, sondern auch durch die Ermordung der Exponenten des „Polentums“, worunter auch die Priester gezählt wurden.¹⁴⁰

Göttingen 1987, S. 240f; HILBERG, Vernichtung, S. 957; KERSHAW, Hitler II, S. 359; IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1635, 1643-1645, 1647, Urteil, 9.3.59; SWWW 760, Blatt 1414-1432, SWWW 763, Blatt 29-55, 63, Aussagen, 1943; Vgl. Kapitel 10.1.

¹³⁸ LOTFI, S. 223.

¹³⁹ IPN Warschau, SWWW 760, Blatt 1414-1420, Aussage Sporrenberg, 26.4.52; SWWW 753, Blatt 1710f, Urteil, 9.3.59; LOTFI, S. 223; PRONOBIS, S. 66, JANSEN/ WECK-BECKER, S. 206.

¹⁴⁰ PRONOBIS, S. 77; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/616, Blatt 4, Bericht Carstensen; Ost-Dok 8/621, Blatt 2f, Bericht Blaschke; IPN Warschau, SWWW 766, Blatt 86-100, Schriftverkehr Gestapo, 1940/41; Vgl. BÖMELBURG, S. 65, 80f; JEANNE DINGELL, Zur Tätigkeit der Haupttreuhandstelle Ost, Frankfurt/ Main 2003, S. 47-53; BROZAT, Besatzungspolitik, S. 162; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 362; HANS-JÜRGEN KARP, Germanisierung oder Seelsorge?, in: Zeitschrift für Ostforschung 30/1981, S. 40-74, hier S. 65.

Die Berufswahl wurde für Polen, ganz den Äußerungen Hitlers entsprechend, stark eingeschränkt, ihnen wurden nur untergeordnete Tätigkeiten erlaubt. Sie sollten in Zukunft nicht mehr in der Lage sein, eine eigene Führungsschicht auszubilden. Eine systematische Berufsausbildung durften sie nicht durchlaufen, sie sollten nur die für ihre Tätigkeit notwendigen Handgriffe beherrschen. Die Ausübung freier Berufe war ihnen ganz verboten. Eine Ausnahme bildete nur die Zulassung einiger weniger Ärzte, was aber nichts an einer völlig unzureichenden Gesundheitsfürsorge änderte, wegen der die Sterberate deutlich anstieg. Auch die Wohnverhältnisse waren katastrophal, da viele Polen zugunsten deutscher Siedler oder Beamter aus ihren Wohnungen gedrängt und dadurch die ihnen verbliebenen Wohnungen übermäßig stark belegt wurden.¹⁴¹ Die Polen wurden bisweilen auch als Freiwild betrachtet, so dass in Einzelfällen, gegen die schließlich auch die deutschen Behörden einschreiten mussten, Wohnungen geplündert wurden oder es bei Pelz- und Spinnstoffsammlungen vorkam, dass Polen auf offener Straße ihrer Kleidung beraubt wurden.¹⁴² Der Lebensstandard sank insgesamt stark ab, da die Löhne oft unter dem Existenzminimum lagen und ebenso wie die Lebensmittelrationen noch niedriger waren als in den anderen „eingegliederten Ostgebieten“. Eine besondere Schikane bildete das Personenstandsrecht, das Eheschließungen erschwerte, um so die Geburtenrate zu senken.¹⁴³

Die in Zichenau praktizierte Politik lief also deutlich darauf hinaus, die Polen nicht nur zu diskriminieren, sondern auch zu dezimieren. Für den Gauleiter erfüllte dieses Vorgehen mehrere Funktionen, es diente ebenso sehr zur Vorbereitung der zukünftigen Kolonisierung des Gebietes wie zur Förderung der Kriegswirtschaft und zu seiner eigenen innerparteilichen Positionierung. Der hierbei wirksame Mechanismus kam während einer Besprechung mit Hitler, Generalgouverneur Frank und dem Wiener Gauleiter Baldur von Schirach in Hitlers Berliner Wohnung am 2. Oktober 1940 besonders deutlich zum Ausdruck.¹⁴⁴

Frank betonte in dieser Unterredung seine Erfolge in der Judenpolitik im Generalgouvernement, lehnte aber Schirachs Forderung, ihm 50 000

¹⁴¹ MADAJCZYK, *Okkupationspolitik*, S. 346; PRONOBIS, S. 77f; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/616, Blatt 4, Bericht Carstensen.

¹⁴² Ebd., Ost-Dok 8/621, Blatt 3, Bericht Blaschke.

¹⁴³ MADAJCZYK, *Okkupationspolitik*, S. 252f, 264, 268; KOEHL, RKFDV, S. 145, 204; GÓRCZYŃSKA, *Życie gospodarczo-społeczne*, S. 185, 189; Vgl. PRONOBIS, S. 78; Nacht über Europa, S. 67.

¹⁴⁴ Vgl. ALY, *Endlösung*, S. 181-183; DERS./HEIM, S. 228f; CHRISTOPHER R. BROWNING, *Der Weg zur Endlösung*, Bonn 1998, S. 30; LONGERICH, *Politik*, S. 283f; HILBERG, *Vernichtung*, S. 221.

Wiener Juden „abzunehmen“, als unmöglich ab. Koch erklärte daraufhin, „dass auch er bisher weder Polen noch Juden aus dem Ziechenauer Gebiet abgeschoben habe; selbstverständlich müssten diese Juden und Polen aber vom Generalgouvernement nunmehr aufgenommen werden.“ Frank wies auch dieses Ansinnen zurück, da er über keinerlei Unterbringungsmöglichkeiten verfüge. Hitler antwortete ihm im Sinne Kochs und Schirachs, „es sei ganz gleichgültig, wie hoch die Bevölkerungsdichte im Generalgouvernement sei“. „Das Generalgouvernement sei eine polnische Reservation, ein grosses polnisches Arbeitslager“, wo es nur ein sehr niedriges Lebensniveau und keinerlei polnische Selbstverwaltung geben solle, „daher seien alle Vertreter der polnischen Intelligenz umzubringen. Dies klinge hart, aber es sei nun einmal das Lebensgesetz.“ Die Polen sollten sich „selbst exportieren“, um im Reich niedrige Tätigkeiten zu verrichten, berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, Bildung oder eine „Blutsvermischung“ mit Deutschen dürfe es nicht geben. „[W]ürden die Polen auf eine höhere Intelligenzstufe gehoben, dann seien sie nicht mehr die Arbeitskräfte, die wir brauchen.“¹⁴⁵

Franks Einwand, die zur Arbeit ins Reich gebrachten Polen verdienten dort zu wenig, um ihre im Generalgouvernement verbliebenen Familien zu ernähren, diese würden dann ihm zur Last fallen, wurde von Koch mit der Bemerkung zurückgewiesen, es sei völlig ausreichend, wenn ein Pole 60 Prozent des Lohnes eines deutschen Landarbeiters erhalte, „denn die Löhne der Polen müssten niedriger sein“¹⁴⁶, es müsse nur sichergestellt werden, dass ein Teil ins Generalgouvernement überwiesen werde. Auch in diesem Fall stützte Hitler Kochs Argumentation:

„Der letzte deutsche Arbeiter und der letzte deutsche Bauer muss wirtschaftlich immer noch 10% besser stehen als jeder Pole [...] selbst wenn der Pole 14 Stunden arbeitet, muss er trotzdem noch weniger verdienen, wie der deutsche Arbeiter.“¹⁴⁷

Mit diesen Ausführungen lieferte Hitler genau das Material, das seine Paladine brauchten, um ihre Politik nach seinen Vorstellungen ausrichten zu können.¹⁴⁸ So lässt sich auch im Falle Kochs gut beobachten, wie er die Äußerungen Hitlers in praktische Besatzungspolitik umsetzte. Bis zu diesem Gespräch hatte er sich mit der Aussiedlung von Polen tatsächlich noch zurückgehalten, er gehörte anders als Goebbels in Berlin, Greiser im

¹⁴⁵ IMT, Bd. 39, S. 425-428, Dokument 172-USSR.

¹⁴⁶ Ebd., S. 428, Dokument 172-USSR; Vgl. IPN Warschau, SWWW 759, Blatt 1381, Aussage Koch, 29.11.50-4.1.51.

¹⁴⁷ IMT, Bd. 36, S. 429, Dokument 172-USSR.

¹⁴⁸ Vgl. ALY, Endlösung, S. 394; KERSHAW, Hitler II, S. 339f, 347.

Warthegau oder in diesem Fall Schirach und Frank nicht zu denjenigen, die die Verfolgung, Vertreibung und Ermordung von Juden und Polen aus eigener Initiative stark vorantrieben.¹⁴⁹ Sein Vorstoß während der Besprechung war auch nicht primär durch antisemitische oder antislawische Überzeugungen motiviert, sondern war sowohl ein Versuch, eigene, länger gehegte Pläne zu forcieren, als auch ein Ergebnis der Eigendynamik des Nationalsozialismus. Franks Erfolgsmeldung bezüglich der Ghettoisierung der Juden zog Schirachs Forderung nach deren Entfernung aus seinem Gau nach sich, da auch er, der zu den entschlossensten Antisemiten gehörte und häufig auf Maßnahmen zur Entfernung der Juden aus Wien drängte, mit einem Erfolg in der Judenpolitik glänzen wollte.

Auch Koch wollte da nicht zurückstehen. Dabei nutzte er zu seiner eigenen Profilierung Hitlers Vorstellung aus, der Wille sei die ausschlaggebende Kraft, die jedes praktische Hindernis überwinden könne, Misserfolge würden daher in erster Linie aus mangelnder Willensstärke resultieren.¹⁵⁰ Dieses Manko unterstellte Koch seinem Krakauer Kollegen, wenn er Franks Ausführungen, er könne die Wiener Juden nicht aufnehmen, mit der Forderung nach der zusätzlichen Aufnahme der Zichenauer Juden konterte, oder Franks Ruf nach Löhnen, die den als Arbeitskräften gebrauchten Polen das Überleben ermöglichen würden, abschmetterte. Im Spiel der politischen Eitelkeiten präsentierte er sich damit als der tatkräftige Willensmensch an der Seite des „Führers“, als derjenige, der willens und in der Lage war, die Vorstellungen Hitlers umzusetzen. Damit drängte er Frank, der in der Praxis sicherlich nicht humaner agierte als Koch, implizit in die Rolle des zaudernden, willensschwachen Weichlings, der die Verwirklichung des Führerauftrags mit kleinlichen Bedenken gefährdete. Hitlers Zustimmung zu seinen Äußerungen belegte den Erfolg Kochs, brachte ihn aber auch in Zugzwang, denn er stand jetzt mit Forderungen im Wort, an deren Verwirklichung er sich messen lassen musste.¹⁵¹

Koch beabsichtigte im Oktober 1940 aber keineswegs, größere Teile der Bevölkerung „Neuostpreußens“ auszusiedeln, da er auf deren Arbeitskraft

¹⁴⁹ Ebd., S. 435-348, 426, 467f, 656; DERS. *Improvised Genocide?*, in: *Transactions of the Royal Society, Sixth Series Vol. II*, London 1992, S. 51-78; ALY, *Endlösung*, S. 163, 407f; ADAM, S. 289; LONGERICH, *Politik*, S. 280, 282f, 451; HILBERG, *Vernichtung*, S. 222f; LEON POLIAKOV/ JOSEF WULF, *Das Dritte Reich und die Juden*, Berlin 1955, S. 197f; *Nacht über Europa*, S. 91; CZESŁAW MADAJCZYK, *Quellen zur Okkupationspolitik des Dritten Reiches*, in: *Europa unterm Hakenkreuz*, Heidelberg 1996, S. 413-468, hier S. 467; BROWNING, *Entfesselung*, S. 167; MAI, S. 196.

¹⁵⁰ Vgl. REBENTISCH, *Führerstaat*, S. 560f; KERSHAW, *Hitler II*, S. 107, 736, 921; ALY, *Endlösung* S. 396.

¹⁵¹ Vgl. Ebd., S. 396-400; SCHENK, *Hitlers Mann*, S. 217.

angewiesen war.¹⁵² Andererseits waren in Zichenau einige Großprojekte geplant, darunter die Ansiedlung von Litauendeutschen und der Bau eines großen Truppenübungsplatzes bei Mława, deren Durchführung die Umsiedlung von so vielen Polen und Juden notwendig machte, dass diese nicht mehr innerhalb des Regierungsbezirkes untergebracht werden konnten.¹⁵³ In das Generalgouvernement konnten sie jedoch auch nicht abgeschoben werden, da Göring im März 1940 auf Drängen Franks die Einstellung aller Deportationen verfügt hatte.¹⁵⁴ Koch beabsichtigte daher anscheinend, vom „Führer“ eine Art Generalvollmacht zu erlangen, die es ihm ermöglichen sollte, bei Bedarf unliebsame Bevölkerungsteile, die seinen „Neubauplänen“ im Weg waren, ins Generalgouvernement abzuschieben, ohne dass Frank dies verhindern konnte.

Hitler traf im Oktober 1940 jedoch keine definitive Entscheidung, weswegen Koch zunächst versuchen musste, sich mit Forster, der ebenfalls ins Generalgouvernement abschieben wollte, und Frank, der auch weiterhin niemanden aufnehmen wollte, zu einigen. Schließlich fand am 4. November 1940 erneut eine Konferenz bei Hitler statt, während der anscheinend Deportationsquoten festgelegt wurden, denn sowohl aus Zichenau wie auch aus Danzig-Westpreußen wurden im November beziehungsweise Dezember jeweils circa 10 000 Menschen abgeschoben. Aus Zichenau wurden zudem im Dezember nochmals beinahe 10 000 Personen, sowohl Juden als auch Polen, ins Generalgouvernement umgesiedelt, um einer ersten Welle von litauendeutschen Ansiedlern Platz zu machen.¹⁵⁵ Im Januar 1941 fanden Deportationen aus Plock und Mława ins Ghetto Czystochowa statt, die den Raum für die beschriebenen Großprojekte schaffen sollten.¹⁵⁶ Das waren aber offenbar die letzten größeren Aktionen dieser Art, denn insgesamt sollen „nur“ zwischen 25 000 und 40 000 Polen vertrieben worden sein, was einem wesentlich geringeren Prozentsatz der Gesamtbevölkerung entsprach als in Pommerellen oder im „Warthegau“. ¹⁵⁷ Anscheinend fanden

¹⁵² IMT, Bd. 36, S. 302, Dokument 305-EC; Vgl. HILBERG, Vernichtung, S. 215; KERSHAW, Hitler II, S. 430.

¹⁵³ BA Berlin, R 49/117, Dokumentensammlung, 1940-43; ALY, Endlösung, S. 213-215, 256; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 415; BÖMELBURG, S. 74; PRONOBIS, S. 74.

¹⁵⁴ KERSHAW, Hitler II, S. 429; HILBERG, Vernichtung, S. 217; LONGERICH, Politik, S. 269; KOEHL, RKFDV, S. 135.

¹⁵⁵ KERSHAW, Hitler II, S. 469; Nacht über Europa, S. 356f; LONGERICH, Politik, S. 284; BROWNING, Entfesselung, S. 154; ALY, Endlösung, S. 183.

¹⁵⁶ Ebd., S. 256.

¹⁵⁷ GÓRCZYŃSKA, Życie gospodarczo-społeczne, S. 205; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 430, 446; PRONOBIS, S. 73; KOEHL, RKFDV, S. 87; HARTENSTEIN, S. 239; BÖMELBURG, S. 75.

neben den offiziellen Umsiedlungsmaßnahmen aber auch „wilde“ Deportationen kleineren Ausmaßes statt, die von örtlichen Kräften ohne Wissen der übergeordneten Behörden durchgeführt wurden und die sich daher in keiner Statistik niederschlugen. Sie erreichten ein solches Ausmaß, dass Regierungspräsident Dargel sich im März 1943 veranlasst sah, sie zu verbieten.¹⁵⁸

Dieses Verbot warf ein bezeichnendes Licht auf die Zustände im „Regierungsbezirk Zichenau“. Die polnische Bevölkerung war nicht nur wegen des beinahe völligen Fehlens einer regulären Gerichtsorganisation vollkommen schutzlos, sie war auch den Willkürakten der Besatzungsmacht ausgesetzt. Polizei und SS verübten während der gesamten Besatzungszeit ohne Verfahren Hinrichtungen und auch größere Massaker an der Zivilbevölkerung, vor allem an Angehörigen der „Intelligenz“. Hinzu kam die Verschleppung zahlreicher Polen als Zwangsarbeiter nach Ostpreußen oder ins Reich. Das polnische Gericht, das 1959 über Koch urteilte, ermittelte – ausdrücklich ohne die getöteten Juden mit einzubeziehen – die Zahl von 47 565 getöteten polnischen Bewohnern der 1939 in Ostpreußen eingegliederten Gebiete, außerdem seien 25 187 Polen in Konzentrationslager und 35 000 in Arbeitslager – allein in Zichenau gab es 50 derartige Einrichtungen – verschleppt worden. Eine spätere polnische Schätzung addierte noch beinahe 40 000 Opfer von Lagern, Gefängnissen und Zwangsarbeit sowie 8 000 im Krieg gefallene Polen hinzu und kam damit auf 102 757 polnische Opfer.¹⁵⁹

Angesichts dieser Zahlen ist es kaum fassbar, dass eine andere Bevölkerungsgruppe anteilmäßig noch höhere Verluste hinnehmen musste – die Juden. Vor 1939 lebten circa 80 000 Juden im späteren „Regierungsbezirk Zichenau“, von denen viele bereits zu Beginn des Krieges, auch durch die Wehrmacht, ermordet, verschleppt oder vertrieben wurden. Da sie überwiegend in den Städten lebten, konnten sie leicht in Ghettos zusammengefasst werden, wo sie für die Besatzer arbeiten mussten. Von hier wurden immer wieder, wenn auch zunächst in geringem Umfang, Juden deportiert, viele fielen Ausschreitungen der deutschen Wachmannschaften und den schlechten Lebensbedingungen zum Opfer.¹⁶⁰

¹⁵⁸ Rundschreiben Dargel an die Landräte des Bezirks, 28.3.43, abgedruckt bei: GÓRCZYŃSKA, *Życie gospodarczo-społeczne*, S. 194f.

¹⁵⁹ IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1632-1657, Urteil, 9.3.59; MAJER, *Fremdvölkische*, S. 811; PRONOBIS, S. 67, 69, 72; TILITZKI, *Alltag*, S. 46.

¹⁶⁰ BA Berlin, BDC, SSO Rediess, Redieß an RFSS, 31.10.39; IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1667-1669, Urteil 9.3.59; GOLCZEWSKI, *Polen*, S. 422-426, 432, 436f; GERT ROBEL, *Sowjetunion*, in: *Dimension*, S. 499-560, hier S. 501f; GILBERT, S. 93, 97, 142, 144, 321; *Nacht über Europa*, S. 348-352; KRAUSNICK/WILHELM, S. 70-72; WERNER GLEY, *Der neue Regierungsbezirk Zichenau*, in: *Zeitschrift für Erdkunde* 8/1940, S. 257f;

Die Ghettos unterstanden nicht der SS, sondern Kochs ziviler Verwaltung, die, wie auch seine Stiftung, ein großes Interesse an der Ausnutzung der jüdischen Arbeitskraft hatte. Obwohl zwischen dem Ende der ersten Deportationswelle im Februar 1940 und dem Herbst 1942 in Zichenau weniger brutal gegen die Juden vorgegangen wurde als in anderen Gebieten, reduzierte sich ihre Zahl bis zum Januar 1942 auf nur noch 38 250. Damit verlor der Bezirk in etwas mehr als zwei Jahren über 40 000 jüdische Einwohner durch Flucht, Deportation und Mord, wobei die ersten Monate bis zum Februar 1940 die meisten Opfer forderten.¹⁶¹

Die Ghettos wurden schließlich im November und Dezember 1942, also zwei Jahre nach Kochs Berliner Deportationsforderung, aufgelöst. Ihre Insassen wurden nach Auschwitz gebracht und dort vergast.¹⁶² Koch soll bei der Abfahrt einiger dieser Transporte anwesend gewesen sein, näheres ist über seinen Beitrag zur Ermordung der Zichenauer Juden jedoch nicht bekannt.¹⁶³ Im Sommer 1944 sollen in Zichenau schließlich nur noch 350 Juden gelebt haben. Polnische Schätzungen gehen von insgesamt 50-60 000 Todesopfern in „Südostpreußen“ aus, zu denen noch die gesamte jüdische Bevölkerung Suwalkis, circa 6 500 Personen, hinzugezählt werden muss.¹⁶⁴

Die Deportation der Juden fand in Zichenau zur gleichen Zeit statt wie in Kochs anderem polnischen Herrschaftsbereich, dem Bezirk Białystok. Beide Aktionen dürften in engem Zusammenhang gestanden haben. Ein direkter Befehl Kochs ist in beiden Fällen nicht bekannt, in der Literatur wird vielmehr oft auf einen Zusammenhang mit der „Aktion Reinhard“ hingewiesen. Diese Aktion, die ab dem Spätjahr 1941 vorbereitet und bis zum Jahresende 1942 durchgeführt wurde, hatte die Säuberung des Generalgouvernements zum Ziel, für sie wurden Vernichtungslager wie Treblinka angelegt. Tatsächlich wurden ihre Infrastruktur und ihr Personal auch für die Vernichtung der Juden in Zichenau und Białystok benutzt, es gab sogar einen Befehl des Gestapo-Chefs Heinrich Müller, der sich mit

PRONOBIS, S. 64, 67; REUBEN AINSZTEIN, Jüdischer Widerstand im deutschbesetzten Osteuropa während des Zweiten Weltkrieges, Oldenburg 1993, S. 31; SCHWARZ, S. 117-119; HILBERG, Vernichtung, S. 217; LONGERICH, Politik, S. 269, 654; KERSHAW, Hitler II, S. 437; Faschismus – Getto – Massenmord, Berlin 1960, S. 327; GRABOWSKI, S. 463f; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 260.

¹⁶¹ GOLCZEWSKI, Polen, S. 451; Vgl. GERLACH, Morde, S. 606.

¹⁶² Ebd., S. 469; GILBERT, S. 507; Es ist unbekannt, warum die Zichenauer Juden nicht ins näher gelegene Vernichtungslager Treblinka gebracht wurden.

¹⁶³ GOLCZEWSKI, Polen, S. 469; Vgl. GRABOWSKI, S. 474.

¹⁶⁴ IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1635, 1662, 1666-1669, Urteil, 9.3.59; PRONOBIS, S. 64, 67; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 376; GOLCZEWSKI, Polen, S. 469, 481.

der Ermordung der Juden in Białystok beschäftigte.¹⁶⁵ Über die Entscheidung zur Ermordung der Juden in Zichenau liegen keine Quellen vor, wahrscheinlich wurde über ihr Schicksal nicht gesondert beraten, sondern eine generelle Entscheidung für beide polnische Verwaltungsbezirke Kochs gefällt. Der Gauleiter war daran vermutlich intensiver beteiligt, als das die These einer Ausweitung der „Aktion Reinhard“, die die Hauptverantwortung dem Reichssicherheitshauptamt zuweisen würde, nahe legt. Koch war, wie noch zu zeigen sein wird, im Spätsommer 1942 einer der Protagonisten einer Radikalisierung der Besatzungs- und Judenpolitik in der Ukraine hin zur totalen Vernichtung, eine ähnliche Rolle dürfte er auch in Zichenau gespielt haben.¹⁶⁶

Das Gebiet um Ciechanów soll während des Zweiten Weltkrieges einen Bevölkerungsverlust von insgesamt etwa 160 000 Personen erlitten haben.¹⁶⁷ Aufgrund der nicht sehr breiten Quellenlage und der Beteiligung konkurrierender Machträger wie der SS fällt es schwer, zu evaluieren, wie groß die Verantwortung des Gauleiters und Oberpräsidenten für diese erschreckende Bilanz war. Einzelne Gewalttaten oder Erschießungsbefehle können ihm nicht nachgewiesen werden, und auch seine eigene zeitgenössische Diktion, nach der er für alles, was in seinem Hoheitsbereich geschah, verantwortlich war, kann nicht als völlig zutreffend gewertet werden – nicht zuletzt weil gerade die SS ein bedeutendes Eigenleben entwickelte. Das polnische Gericht, das 1959 über die hier beschriebenen Taten Kochs urteilte, zog aus dem Dilemma, ihm keine konkreten physischen Verbrechen nachweisen zu können, die Konsequenz, indem es ihn unter anderem dafür schuldig sprach, dass er seine Fürsorgepflicht für die ihm anvertraute Bevölkerung in exorbitanter Weise vernachlässigt habe. Das war sicherlich eine eher milde Beurteilung, denn eine Bewertung seiner Politik muss – jenseits aller Justitiabilität – dahingehend zusammengefasst werden, dass er unbestreitbar zu denjenigen gehörte, die ganz in der von Ian Kershaw beschriebenen Weise zur Radikalisierung der Besatzungsherrschaft beitrugen. Innerhalb der NS-Führung wurde ihm jedoch gerade das als Verdienst angerechnet, denn er wurde im Herbst 1941 mit weiteren Verwaltungsaufgaben im Osten betraut, bei deren Wahrnehmung er die in Zichenau praktizierte Politik weiterführte.

¹⁶⁵ ROBEL, S. 550; BIRN, S. 203; KERSHAW, Hitler II, S. 643, 784, 1213; PRONOBIS, S. 67; GERALD REITTLINGER: Die Endlösung, 4. Durchgesehene und verbesserte Auflage, Berlin 1961, S. 322.

¹⁶⁶ Vgl. Kapitel 9.3.

¹⁶⁷ PRONOBIS, S. 72; GÓRCZYŃSKA, Życie gospodarczo-społeczne, S. 205.

8. „...BALD WIEDER EIN DEUTSCHES ANTLITZ“ – BIALYSTOK

Die Eroberung des „Lebensraums im Osten“ war eines der wichtigsten ideologischen Ziele Hitlers. Gerade an ihm lässt sich das Zusammenspiel von kurzfristigem taktischem Vorgehen und langfristigen weltanschaulichen Vorstellungen deutlich aufzeigen. In den Jahren 1939 und 1940 sah die NS-Führung – sowohl in Berlin als auch in Königsberg – in den eroberten polnischen Territorien eben diesen Lebensraum.¹ Alle Planungen wurden auf diese Gebiete bezogen, und nicht selten wiesen Planer wie Politiker darauf hin, welch gewaltige Anstrengung die Germanisierung der neuen Reichsteile bedeute. Auf Jahrzehnte hinaus, so schätzten nicht zuletzt Koch und sein Chefplaner Grünberg, erfordere die vom Führer gestellte Aufgabe eine Kraftanstrengung des gesamten Volkes.² Die Sowjetunion wurde, ganz im Sinne des „Hitler-Stalin-Paktes“ und der darauf folgenden Wirtschaftsvereinbarungen, als Hinterland und Handelspartner angesehen, eine Ausweitung der deutschen Siedlungstätigkeit auf ihr Territorium war nicht vorgesehen. Ein deutliches Indiz dafür war die Umsiedlung der „Volksdeutschen“ aus dem kommunistischen Staat in die „eingegliederten Ostgebiete“, durch die das deutsche Bevölkerungselement in weiten Teilen der Sowjetunion aufgegeben wurde.³

Der Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ eröffnete dann ganz neue Möglichkeiten, die Planungen für den zukünftigen deutschen „Lebensraum“ auszuweiten, was von der NS-Führung sofort aufgegriffen wurde. Augenfälliger Ausdruck dieser Neuorientierung war die Ernennung Erich Kochs zum dauerhaften „Chef der Zivilverwaltung“ im ostpolnischen Bezirk Białystok, dem einzigen Gebiet westlich der „Curzon-Linie“, das 1939 der Sowjetunion zugesprochen worden war. Der Bezirk, eine in diesen Grenzen erst von der deutschen Besatzungsmacht geschaffene Einheit, umfasste den größten Teil der polnischen Wojewodschaft Białystok und Teile der Kreise Prużany und Brest, die bisher zur Wojewodschaft

¹ Vgl. BROZAT, Polenpolitik, S. 12; GRÖNING/ WOLSCHKE-BULMAHN, S. 26; MÜNK, S. 432f, 445f.

² Vgl. Kapitel 7.2.

³ Vgl. Ebd.; HECKER, Umsiedlungsverträge, passim.

Polesie gehört hatten. Mit 32 000 Quadratkilometern war er nur unwesentlich kleiner als die Provinz Ostpreußen 1938, mit ungefähr 1,5 Millionen Einwohnern aber deutlich dünner besiedelt.⁴

Die Wirtschaftsstruktur war ebenfalls derjenigen Ostpreußens ähnlich – außer der Stadt Białystok selbst, die neben Łódź das zweite, allerdings stagnierende Zentrum der polnischen Textilindustrie bildete, war das Gebiet ausschließlich agrarisch geprägt. Die Region wies den geringsten Urbanisierungsgrad Polens auf, Białystok hatte als größte Stadt 1938 knapp 100 000 Einwohner, Grodno als zweitgrößte 50 000, Łomża folgte mit 26 800. Białystok galt als die unterentwickeltste Region Polens, die gesamte Infrastruktur war nur schwach ausgebildet, das Bildungsniveau war sehr niedrig. Eine Agrarreform war gescheitert, neben Großgrundbesitz prägten vor allem Klein- und Kleinstbetriebe das Landschaftsbild. Kochs „Preußischer Zeitung“ gab dies Anlass zu der Behauptung, die Landwirtschaft Białystoks sei in ihrer Entwicklung 80 bis 100 Jahre hinter der Ostpreußens zurück.⁵

Die Region war zudem ein ethnisches Mischgebiet, in dem neben Polen, Weißrussen, Ukrainern und Litauern auch circa 8 000 „Volksdeutsche“ und 150-200 000 Juden lebten. Da letztere zu einem großen Teil in den Städten wohnten – in Białystok und in Grodno betrug ihr Bevölkerungsanteil jeweils 43 Prozent – und überproportional häufig in Industrie, Handwerk und Gewerbe tätig waren, kam ihnen in der Wirtschaft der Region eine wichtige Stellung zu.⁶

1939 marschierten deutsche Truppen in die Wojewodschaft Białystok ein und verübten mehrere Massaker, übergaben den Landstrich aber dann gemäß dem geheimen Zusatzprotokoll des „Hitler-Stalin-Paktes“ am 17.

⁴ KERSHAW, Hitler II, S. 330f, 437-459, 549; MAI, S. 301; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 144; Nacht über Europa, S. 26; GERLACH, Morde, S. 174; GNATOWSKI, S. 161f; „Führer-Erlasse“ 1939-1945, hg. v. MARTIN MOLL, Stuttgart 1997, S. 191f, Dokument 103; BA Berlin, R 43 II/685, RMBO an Lammers, 6.9.41; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/797, Blatt 2, Bericht Nolte.

⁵ PrZ Nr. 341, 10.12.43; Vgl. ANDRZEJ JEZIEŃSKI, Extensive Development of Towns in the Agricultural Regions of Poland, in: Studia Historiae Oeconomicae 13/1978, S. 139-152; GNATOWSKI, S. 161f; GERLACH, Morde, S. 41f, 386, 419; HEINZ KABERMANN, Der Bezirk Białystok, in: Neues Bauerntum 34/1942, S. 332-336.

⁶ Vgl. MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 233f, 576; AINSZTEIN, S. 31f, 66; REITLINGER, Endlösung, S. 59, 257; KRAUSNICK/ WILHELM, S. 620; KETTENACKER, S. 408; SARA BENDER, The „Reinhardt Action“ in the „Białystok District“, in: Białystok, S. 186-208, hier S. 186; GOLCZEWSKI, Polen, S. 418, 448f; FREIA ANDERS u.a., Der Białystok-Prozess vor dem Bielefelder Landgericht 1965-1967, in: Białystok, S. 76-133, hier S. 79f; TILITZKI, Alltag, S. 48; GERLACH, Morde, S. 628; GILBERT, S. 281; Faschismus, S. 263-268; IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1666, Urteil, 9.3.59; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/803, Blatt 2, Bericht Magunia.

September an die Sowjetunion. Diese inszenierte den Beitritt Białystoks zur Weißrussischen SSR und begann mit der Sowjetisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.⁷ Ein Großteil der 8 000 in der Region um Białystok ansässigen „Volksdeutschen“, die von den Stellen des RKF als „Narew-Deutsche“ bezeichnet wurden, wurde 1940 auf Grund der mit der Sowjetunion getroffenen Umsiedlungsvereinbarungen ausgesiedelt, fast 4 000 wurden im Regierungsbezirk Zichenau „angesetzt“. 1943 lebten im Bezirk Białystok noch 1 364 „Volksdeutsche“, die nicht nur zu wenige waren, um von den Besatzern als Nukleus einer „Germanisierung“ des Gebietes angesehen zu werden, sie galten auch als politisch unzuverlässig, da sie sich 1940 der Umsiedlung entzogen hatten.⁸

1941 war das Terrain um Białystok Schauplatz einer der ersten großen Umfangsschlachten des „Unternehmens Barbarossa“, die Stadt selbst wurde am 27. Juni eingenommen. Im ganzen Bezirk wurden von diesem Tag an zahlreiche Massaker verübt, denen allein im Juni und Juli 1941 13 400 Menschen, darunter 11 000 Juden, zum Opfer gefallen sein sollen.⁹

Das Gebiet stand zunächst unter Militärverwaltung, wurde aber am 1. August 1941 an zivile Behörden übergeben. Es war nicht selbstverständlich, dass diese unter der Führung Erich Kochs stand, denn auch Hans Frank, dessen Generalgouvernement um das ebenfalls neu eroberte, ehemals ostpolnische Galizien erweitert wurde, erhob auf den Raum um Białystok Anspruch. Der hohe jüdische Bevölkerungsanteil und die für die Okkupanten nur aus ernährungspolitischer Sicht interessante Wirtschaftsstruktur schienen eine Angliederung an das als Abschiebegebiet für unerwünschte Bevölkerungsteile konzipierte Generalgouvernement nahe zu legen. Koch jedoch wurde während einer Konferenz unter Vorsitz Hitlers

⁷ Nacht über Europa, S. 348-352; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 143; GERLACH, Morde, S. 233, 335; GÓRCZYŃSKA, Życie gospodarczo-społeczne, S. 204; ANDERS u. a., S. 80.

⁸ ŁUCZAK, Ansiedlung, S. 201; HARTMANN, Agrarsiedlungspolitik, S. 175, Anhang, Tabelle 1b; PrZ Nr. 305, 4.11.40; GERLACH, Morde, S. 124f; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 519; GNATOWSKI, S. 177; WERNER RÖHR, Forschungsprobleme zur deutschen Okkupationspolitik im Spiegel der Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“, in: Europa unterm Hakenkreuz, Analysen, S. 25-343, hier S. 335; BA Bayreuth, Ost-Dok 10/305, Blatt 79f, Jahresbericht Zweigstelle Plock.

⁹ GILBERT, S. 160, 179, 183; AINSZTEIN, S. 58, 256f; LONGERICH, Politik, S. 334, 345-350, 672, 677; BENDER, Reinhardt Action, S. 188-192; Deutscher Osten 1939-1945, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN u. a., Darmstadt 2003, S. 70-76; ANDERS u. a., S. 80-82; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 143f; GERLACH, Morde, S. 186, 542f, 545, 822, 829, 836, 842; Nacht über Europa, S. 82, 20-22; GOLCZEWSKI, Polen, S. 446; RAUL HILBERG, Täter, Opfer, Zuschauer, 3. Auflage, Frankfurt/ Main 1992, S. 202; DANIEL JONAH GOLDHAGEN, Hitlers willige Vollstrecker, Berlin 1996, S. 226-230; REITLINGER, Endlösung, S. 321; GNATOWSKI, S. 183f.

am 17. Juli 1941 als Reichskommissar für die Ukraine ausgewählt und bestand darauf, dass ihm auch das Białystoker Gebiet als Landbrücke zu seinem neuen Verwaltungsbereich übertragen werde.¹⁰

Die veränderten Dimensionen der Raumplanung begünstigten diesen Wunsch. Die jetzt weiter nach Osten gerichteten Begehrlichkeiten brachten es mit sich, dass das Generalgouvernement nicht mehr am Rande des deutschen Interessen- und Siedlungsbereichs lag, sondern eher ein Hindernis zwischen den neuen Reichsgauen und dem jetzt zu erschließenden Raum darstellte. Dagegen war Ostpreußen die einzige Provinz des Reiches, die direkt an sowjetisches, ehemals ostpolnisches Territorium grenzte. Auf die von dieser Lage ausgehende, in Politik und Propaganda ausgeschlachtete Grenzwallmetaphorik wurde bereits mehrfach hingewiesen. Białystok bildete, sofern man die westpolnischen Gebiete als deutsche Sphäre betrachtete, die südliche Fortsetzung dieses Grenzwalls und war als solcher bereits in den deutschen Annexionsplänen des Ersten Weltkriegs vorgesehen gewesen.¹¹

In den radikalen Überlegungen der Nationalsozialisten – Hitler sprach von einer deutschen Besiedelung bis zur Linie Archangelsk-Astrachan – kam dem Gebiet daher eine wichtige Rolle als verbindendes Element zwischen dem Reich und dem „Lebensraum im Osten“ zu und gehörte damit automatisch zu den bevorzugt zu „germanisierenden“ Gebieten – zumal seine agrarische Struktur seine Besiedelung durch „Wehrbauern“ begünstigte. Eine formelle Annexion Białystoks erfolgte dennoch nicht. Ähnlich wie in den westlichen, einem „Chef der Zivilverwaltung“ übertragenen Gebieten Elsass, Lothringen und Luxemburg blieb sein staatsrechtlicher Status – vor allem aus außenpolitischen Rücksichten – in der Schwebe. Analog dazu behielten die betreffenden Verwaltungsführer Funktion und Titel und wurden nicht wie ihre Pendants in den „eingegliederten Ostgebieten“ in Instanzen der Reichsverwaltung umgewandelt – sie unterstanden vielmehr unmittelbar dem „Führer“.¹²

Die Anlehnung des Vorgehens in dem nordostpolnischen Gebiet an die im Westen erfolgreich praktizierte Verwaltungsform war unübersehbar,

¹⁰ Führererlasse, S. 189f, Dokument 101; S. 191f, Dokument 103; S. 194f, Dokument 106; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/793, Blatt 4, Bericht Groeben; Ost-Dok 8/803, Blatt 3, Bericht Magunia; Vgl. Reitlinger, Haus, S. 217f; Denkschrift Stuckart, 11.9.41, in: Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933-1945, hg. v. HANS-ADOLF JACOBSEN/ WERNER JOCHMANN, Bielefeld 1961; IMT, Bd. 38, S. 87-94, Dokument 221 L.

¹¹ KETTENACKER, S. 398; Vgl. ABBA STRAZHAS, Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg, Wiesbaden 1993; VEJAS G. LIULEVICIUS, Kriegsland im Osten, Hamburg 2002.

¹² Vgl. MORITZ, S. 83f; REBENTISCH, Führerstaat, S. 305; MÜNK, S. 433; ALY, Endlösung, S. 230.

selbst der „Erlaß des Führers über die vorläufige Verwaltung des Bezirks Białystok“ vom 15. August 1941 entsprach fast wörtlich seinen Gegenstücken, mit denen Hitler die Stellung der CdZ im Westen festgelegt hatte. Es gab nur zwei relevante Abweichungen: Koch wurde zum einen ermächtigt, „durch Verordnung Recht [zu] setzen“¹³, was ihm eine stärkere Stellung zuwies als seinen Kollegen im Westen, zum anderen fehlte jeglicher Hinweis auf die beabsichtigte „Germanisierung“.

Die „Germanisierung“ des Gebietes gehörte dennoch unzweifelhaft zum Auftrag Kochs, wie verschiedene Verlautbarungen des Staatssekretärs im Innenministerium Stuckart, der sich auf Hitler bezog, deutlich machten.¹⁴ Der Gauleiter konnte sich damit auf einen umfassenden, vielfältig interpretierbaren „Führerauftrag“ berufen und handelte danach. Sein Vorgehen wies wesentlich mehr Analogien zur Politik in den offiziell und de facto eingegliederten Gebieten, vor allem zu Zichenau, auf, als zu der in den anderen 1941 besetzten Territorien. Der Bezirk fiel nicht in die Zuständigkeit des „Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete“, und anders als in den dieser Behörde unterstehenden Gebieten wurden keine eigenen Verwaltungsformen geschaffen. Die Białystoker Behörden wurden entsprechend denen des Reiches beziehungsweise der preußischen Regierungsbezirke aufgebaut, zum Teil sogar in diese integriert. So unterstand der örtliche Wehrmachtbefehlshaber wie in Zichenau dem Wehrkreis I, Ostpreußen, in gleicher Analogie zu „Neuostpreußen“ wurde die Polizeigrenze an der bisherigen Reichsgrenze aufrechterhalten, die Zollgrenze aber auf Białystok ausgedehnt und die Reichsmark als alleinige Währung eingeführt. Auch die für die Ausbeutung der besetzten Sowjetunion gegründeten Wirtschaftsorgane wurden in dem Bezirk nicht tätig, da Göring – wohl auf Drängen Kochs – Białystok schon am 30. September 1941 aus dem Geltungsbereich der „Grünen Mappe“, in der die Grundsätze für die Wirtschaftspolitik in der besetzten Sowjetunion festgelegt worden waren, entließ.¹⁵

¹³ Zitiert nach: Führererlasse, S. 131f, Dokument 44; S. 146f, Dokument 58; S. 194f, Dokument Nr. 106; Vgl. Der Bezirk Białystok, hg. v. d. Zivilverwaltung Białystok, o. O. 1942; KETTENACKER, S. 407f.

¹⁴ Vgl. Denkschrift Stuckart, 11.9.41, S. 6, in: Ausgewählte Dokumente; BA Berlin, R 43 II/132b, Stuckart an Reichskanzlei, 31.10.41; Madajczyk, Okkupationspolitik, S. 80, 144; H. KRUSE, Das Wirtschaftsgebiet Ostpreußen und der Bezirk Białystok, in: Deutsche Wirtschaftszeitung 40/1943, S. 102f; KABERMANN, passim; PrZ Nr. 297, 26.10.41; Nr. 65, 7.3.42; Nr. 246, 6.9.43.

¹⁵ Vgl. GERLACH, Morde, S. 13, 22, 174f, 236, 240; KETTENACKER, S. 401, 403, 407f; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 144f; GNATOWSKI, S. 166; HERZOG, S. 144; Führererlasse, S. 194f, Dokument 106; Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel!, Moskau 1963, S. 71-73, Dokument Nr. 12; BA Berlin, R 3107/32267, Blatt 22f, Reichs-

Białystok gehörte damit wirtschaftlich zum Reich, was auch einschloss, dass die Richtlinien des „Rüstungsstabes Ost“ für die Versorgung der sowjetischen Bevölkerung hier nicht galten.¹⁶ Das bedeutete aber keineswegs automatisch eine Verbesserung der Versorgungslage, denn die für die Kontingenzuteilung zuständigen Ministerien behandelten Białystok, wie Koch beklagte, nach den gleichen Prämissen wie das übrige besetzte sowjetische Gebiet und verweigerten Lieferungen.¹⁷ „Wirtschaftsdiktator“ Göring entschied daraufhin, der Bezirk sei „wirtschaftlich wie ein Teil des Reichsgebietes“ zu behandeln, wobei davon auszugehen sei, „daß die nichtdeutsche Bevölkerung mit Verbrauchsgütern und Waren aller Art, die dem Bezirk von außen zugeführt werden müssen, grundsätzlich nicht versorgt wird“. Ausnahmen seien nur zu machen, wenn sie „im Reichsinteresse zwingend erforderlich“¹⁸ seien. Auch das war ein deutlicher Hinweis auf die kommende „Germanisierung“ und Verdrängung der bisherigen Bevölkerung, und wie in den „eingegliederten Ostgebieten“ wurde diese Logik konsequent mit der Enteignung der nichtdeutschen Bevölkerung weitergeführt. Die für diese Gebiete zuständige „Haupttreuhandstelle Ost“ entsandte ihre Vertreter auch nach Białystok.¹⁹

Juristisch und verwaltungstechnisch behielt Białystok einen Sonderstatus. Die Reichsinnenverwaltung wurde, wie bei den anderen CdZ-Gebieten auch, im Laufe der Zeit in ihrem gesamten Organisationsgefüge sukzessive auf den Bezirk ausgedehnt, dennoch blieb er während der gesamten Besatzungszeit formell außerhalb der deutschen Verwaltungsgliederung. Białystok war mit dem Reich und der Provinz Ostpreußen nur über die Person Erich Kochs verbunden, es war ihm „gewissermaßen als persönliches Lehen übertragen“²⁰ worden.

Für den Gauleiter war das unzweifelhaft von Vorteil, denn er wurde nicht den Berliner Ministerien unterstellt, sondern blieb „führerunmittelbar“, womit die Entwicklung, gerade in den zu „germanisierenden“ Regionen die Bindungen an die traditionellen Ministerien zu lösen, fortgeführt wurde. Aus diesem Grund wurden auch in Białystok analog zu den „Reichsgauen“ und den westlichen CdZ-Gebieten alle lokalen Zweige der

marschall an Reichswirtschaftsministerium, 30.9.41; Koch an Körner, 13.9.41; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/797, Blatt 2, Bericht Nolte.

¹⁶ GERLACH, Morde, S. 276f.

¹⁷ BA Berlin, R 3101/32267, Koch an Körner, 13.9.41.

¹⁸ Ebd., Reichsmarschall an Reichswirtschaftsminister, 30.9.41.

¹⁹ GNATOWSKI, S. 167; Vgl. ROSENKÖTTER, S. 88.

²⁰ KETTENACKER, S. 398; Vgl. RÖHR, S. 122; HERZOG, S. 109; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 144; REBENTISCH, Führerstaat, S. 305; PrZ Nr. 320, 18.11.41; Nr. 148, 30.5.43.

Reichsverwaltungen in der Hand der jeweiligen „Einheitsführer“ zusammengefasst.²¹

Koch konnte in der Praxis tatsächlich noch ungehemmter vorgehen als in seinen bisherigen Machtbereichen. Konflikte mit den Obersten Reichsbehörden wie im Falle Zichenaus um die Einführung einer Gerichtsbarkeit oder der Ernennung von Beamten spielten in Białystok keine Rolle. Das war sicherlich zum einen darauf zurückzuführen, dass Koch sich schon im Gerangel um die Ausgestaltung der wesentlich enger mit der Reichsverwaltung verzahnten Verwaltung Zichenaus stark positioniert hatte, zum anderen aber auch darauf, dass die CdZ im Westen ihre führerunmittelbare Stellung in diversen Auseinandersetzungen gegen die Obersten Reichsbehörden quasi als Präzedenzfall behauptet hatten.²²

Diese Machtverhältnisse resultierten daraus, dass die Gauleiter bereit waren, radikaler als die konkurrierenden Machttäger die Vorstellungen Hitlers umzusetzen. Der „Führer“ äußerte seine Absicht, die eroberten Gebiete nach rassistischen Gesichtspunkten zu „germanisieren“, in den entsprechenden Kreisen mehr oder minder offen, woraufhin sich die Gauleiter – zunächst verbal – als radikale Volkstumskämpfer positionierten und im Vertrauen auf ihre Zuverlässigkeit von Hitler entsprechend weitreichende Vollmachten erhielten. Forster, Greiser und Koch im Osten waren die ersten, die sich durch ihre Politik in diesem Sinne bewährten, Josef Bürckel und Robert Wagner im Westen folgten ihrem Beispiel. Hitler ließ letztere wissen, er erwarte, dass die ihnen übertragenen Territorien in zehn Jahren „rein deutsche Gebiete werden“²³, dabei sei jedes Mittel recht. Rechtsstaatliche Institutionen und Handlungsweisen lehnte er als hinderlich ab und verpflichtete die Verwaltungsführer ausschließlich seinen Weisungen – was die Gauleiter wiederum dazu benutzten, ihre Politik gegenüber den Reichsinstanzen mit dem Hinweis auf den „Führer“ durchzusetzen.

Die Bildung eines CdZ-Gebietes in Białystok war der nächste Schritt in dieser Kette. Hier besaß der Verwaltungschef schon allein deshalb einen Vorteil, weil es ihm bereits in dem formal in die Reichsinstanzen eingegliederten „Regierungsbezirk Zichenau“ gelungen war, seine Vorstellungen mit Hinweis auf den Willen des „Führers“ durchzusetzen und sich damit

²¹ Vgl. Führererlasse, S. 131f, Dokument 44; REBENTISCH, Führerstaat, S. 305, 308; WOLFANGER, Politik, S. 223; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 69, Lebenslauf Koch.

²² Führererlasse, S. 148f, Dokument 60; BA Berlin, R 43 II/685, Lammers an CdZ Białystok, 7.10.41; Lammers an Körner, 9.9.41; KETTENACKER, S. 404-409, 413; Vgl. REBENTISCH, Führerstaat, S. 252f, 259; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 145; HERZOG, S. 147; GERD R. UEBERSCHÄR, Die Deutsche Reichspost, Band II, Berlin o. J. (2001), S. 104; PrZ Nr. 338, 8.12.42.

²³ Zitiert nach: KETTENACKER, S. 407; Vgl. MARTIN MOLL, Steuerungsinstrument im „Ämterchaos“?, in: VfZ 49/2001, S. 215-273, hier S. 219, 272.

eine starke Position gegenüber den Obersten Reichsbehörden aufzubauen.²⁴ Hinzu kam, dass es sich bei der Region im Gegensatz zu dem in nationalsozialistischer Sicht alten deutschen Kulturraum im Westen um ein als minderwertig beurteiltes Gebiet handelte. Überdies war der Einfluss der Reichsinstanzen bereits auf polnischem Territorium stark beschnitten worden und kam in den 1941 neu besetzten Gebieten von Anfang an kaum zum Tragen.²⁵ Den Obersten Reichsbehörden dürfte daher zum Teil das Interesse, vor allem aber die Handhabe gefehlt haben, um zu versuchen, Koch in Białystok einzuschränken. Dem Gauleiter gelang es deshalb, hier eine noch umfassendere Machtposition aufzubauen als seine Kollegen im Westen. Die Verwaltung Białystoks stellte daher den Höhepunkt einer Entwicklungslinie der Gauleitermacht – der durch Angliederungen an das Reich – dar.

Zugleich bildete Białystok aber auch den Endpunkt dieser Entwicklung, und zwar nicht nur, weil rein geographisch kaum noch Gebiete direkt ans Reich angeschlossen werden konnten, sondern auch, weil sich diese Annektionspraxis durch die alle bisherigen Dimensionen sprengende Expansion in der Sowjetunion konzeptionell überlebt hatte. Dieser Umstand erklärt, warum Koch diesem Amt trotz dessen Machtfülle sehr wenig Interesse entgegenbrachte²⁶ – er wurde zeitgleich zum „Reichskommissar für die Ukraine“ ernannt, was seine Möglichkeiten in dem vergleichsweise kleinen Białystok in den Schatten stellte.

Für Koch bestand darüber hinaus wenig Grund, sich intensiv um die kaum ergiebige „Landbrücke“ zu kümmern, da er deren Verwaltung ohne die Einflussnahme durch Reichsstellen an seine persönlichen Vertrauenspersonen delegieren konnte. Als sein Stellvertreter fungierte ab dem 1. August 1941 einer der ältesten Parteigenossen Ostpreußens, Waldemar Magunia. Koch nahm ihn aber schon im Januar 1942 mit in die Ukraine, wo er das Amt des Generalkommissars in Kiew ausübte.²⁷ Seine Nachfolge in Białystok trat der Tilsiter Landrat Friedrich Brix an, der schon zum Stab Magunias gehört hatte. Brix konnte die Amtsgeschäfte sehr selbstständig führen, da sein Vorgesetzter den Bezirk nur sehr selten aufsuchte.²⁸

²⁴ ALY, Endlösung, S. 394.

²⁵ Vgl. REBENTISCH, Führerstaat, S. 309.

²⁶ Vgl. MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 145f.

²⁷ Vgl. Ebd.; GERLACH, Morde, S. 175; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/793, Blatt 24, Bericht Groeben; Ost-Dok 8/803, Blatt 2, 4, Bericht Magunia.

²⁸ GERLACH, Morde, S. 175; TILITZKI, Alltag, S. 48f, 55; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 145f; ANDERS u.a., S. 78; ROHRER, Macht, S. 466f, 555, 565, 588; Vgl. PrZ Nr. 301, 31.10.43; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 65, Lebenslauf Koch; SWWW 753, Blatt 1656, 1659-1661, 1670, Urteil, 9.3.59; SWWW 759, Blatt 1383, Aussage Koch,

Die nächste Verwaltungsebene – acht, später sieben Kreiskommissariate als Äquivalente zu den Landkreisen und das Stadtkommissariat Białystok – wurden wie in Zichenau mit Landräten aus Ostpreußen besetzt. Ihnen machte ihr Gauleiter anlässlich ihrer Amtseinführung deutlich, dass sie ihre Aufgabe ebenso mit Blick auf machtpolitische wie auf ideologische Ziele auszuführen hätten: Alle im Kreis zu regelnden Fragen, so führte er aus, unterlägen ihrer Verantwortung und alle Behörden seien unter ihre politische Führung einzuordnen. Außerdem sollten sie das Gebiet für deutsche Ansiedler vorbereiten und die Juden „ausschalten“.²⁹

Die Verwaltungsgliederung umfasste, anders als in den anderen besetzten sowjetischen Gebieten, unterhalb der Kreiskommissare noch eine mit Deutschen besetzte Ebene, die der Amtskommissare, die jeweils mehrere Gemeinden verwalteten. Bürgermeister, Gemeindevorsteher und Schulzen rekrutierten sich aufgrund des Personalmangels fast ausschließlich aus Slawen, wobei des öfteren der Gegensatz zwischen den weißrussischen und polnischen Teilen der Bevölkerung ausgenutzt wurde, indem die Ämter einem Mitglied der jeweiligen Minderheit übertragen wurden. Größerer politischer Einfluss wurde den Vertretern der autochthonen Bevölkerung allerdings nicht eingeräumt.³⁰

In den Spezialverwaltungen gelang es Koch weitgehend, eigene Kräfte zu installieren. Die Wirtschaftsexperten der Militärverwaltung wurden durch Ostpreußen ersetzt, und auch für Himmlers Domäne, die Polizei, konnte er vertrautes ostpreußisches Personal heranziehen. Diese Personalauswahl bedeutete nicht die bedingungslose Unterordnung der Polizei unter Koch – sie bekam auch weiterhin viele Weisungen direkt aus dem Reichssicherheitshauptamt –, das Verhältnis zwischen Verwaltung und Polizei blieb aber vergleichsweise konfliktarm.³¹

29.11.50-4.1.51; SWWW 765, Blatt 35, Aussage Koch, 9.11.49; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/793, Blatt 4, Bericht Groeben; Ost-Dok 13/71, Blatt 16, Bericht Stein; Ost-Dok 8/803, Blatt 2, Bericht Magunia; BA Berlin, BDC, PK Brix, passim.

²⁹ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/793, Bericht Groeben; IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1656, 1660, Urteil, 9.3.59; Vgl. TILITZKI, Alltag, S. 48; GNATOWSKI, S. 162f; BA Berlin, R 1501/8235, Oberpräsident Ostpreußen als CdZ Białystok an Reichsinnenministerium, 24.2.42.

³⁰ GERLACH, Morde, S. 98, 123, 175f, 200; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 145f, 153, 537; GNATOWSKI, S. 173; BA Berlin, NS 19/95, Vermerk, undatiert.

³¹ Vgl. Kapitel 7.1.; GERLACH, Morde, S. 175f; BIRN, S. 61; GNATOWSKI, S. 163-165; BENDER, Reinhardt Action, S. 187; ANDERS u.a., S. 84; TILITZKI, Alltag, S. 49; ROHRER, Macht, 472, 568, 571, 601f; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 146; IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1678, Urteil, 9.3.59; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/805, Bericht Baumann.

In Białystok wurde wie in Zichenau das gesamte Netz der nationalsozialistischen Organisationen aufgebaut. Obwohl der Bezirk so groß war wie der gesamte „Muttergau“ Ostpreußen, waren so wenige Partei- und Volksgenossen – im Februar 1942 „rund 10 000“³² – zu betreuen, dass der gesamte Bezirk als „Kreis Białystok“ dem Gau Ostpreußen angegliedert wurde. Kreisleiter wurde der Tilsiter Kreisobmann der DAF Tresp. Die angeschlossenen Verbände der NSDAP wie SA, NSV und DAF sowie die Organe der Wirtschaftslenkung wie Arbeitsamt, Reichsnährstand und Kreisbauernschaft wurden als lokale Vertreter ihrer ostpreußischen Mutterorganisationen eingerichtet. Außerdem wurden zahlreiche aus dem deutschen Alltagsleben vertraute Institutionen und Regelungen, von der Kreissparkasse bis hin zur Preisanordnung für Sauerkraut, übernommen.³³

Die geringen Restriktionen, denen Kochs Herrschaft in Białystok ausgesetzt war, zeigten sich an der Einführung der deutschen Justiz. Unter der Militärverwaltung existierten keinerlei für die Bevölkerung zuständigen Gerichte, dann übernahmen Sondergerichte die Rechtsprechung.³⁴ Am 12. April 1942 erließ Koch eine Standgerichtsverordnung, die der für Zichenau entsprach.³⁵ Das Standgericht in Białystok soll fast nur Todesurteile verhängt haben – 500 an der Zahl –, außerdem sollen während der Besatzungszeit allein im Gefängnis der Bezirkshauptstadt 8 000 Erschießungen ohne vorheriges Urteil durchgeführt worden sein.³⁶

Eine Verordnung über die Einführung deutschen Rechts erließ der „Chef der Zivilverwaltung“ erst am 30. September 1942. Sie wurde auf Veranlassung der Königsberger Justizverwaltung, der das Gebiet unterstellt wurde, nicht im Reichsgesetzblatt veröffentlicht, da Białystok noch nicht zum Reich gehörte.³⁷ Größere Konflikte scheint es um diesen Akt nicht gegeben zu haben, was wohl damit zusammenhing, dass zum einen die grundsätzlichen Differenzen bereits in der Auseinandersetzung um die Justiz in Zichenau geklärt worden waren, und zum anderen der entschei-

³² BA Berlin, BDC, PK Großherr, Ley an Schwarz, 11.2.42.

³³ GERLACH, Morde, S. 176; BA Berlin, BDC, PK Großherr, Schriftverkehr, 1942; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/792, Blatt 2, Bericht Büнау; Ost-Dok 8/793, Blatt 26, Bericht Groeben; Ost-Dok 8/803, Blatt 3, Bericht Magunia; Ost-Dok 10/72, Blatt 9, Bericht Kerschesteiner; Ost-Dok 10/282, Bericht ohne Autor; IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1659, Urteil, 9.3.59.

³⁴ MORITZ, S. 84; GÓRCZYŃSKA, Życie gospodarczo-społeczne, S. 206.

³⁵ MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 200; IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1687, Urteil, 9.3.59.

³⁶ GNATOWSKI, S. 177.

³⁷ TILITZKI, Alltag, S. 49; KETTENACKER, S. 408; BA Bayreuth, Ost-Dok 13/7, Blatt 22, Bericht Stein.

dende strittige Punkt in Białystok bereits im Vorfeld im Sinne Kochs geregelt wurde: Die deutsche Justiz übernahm nicht den Rechtsschutz für Nichtdeutsche.³⁸

Die Rechtsprechung sollte offensichtlich auch hier als Unterdrückungsinstrument dienen, dementsprechend fielen auch die rechtlichen Regelungen und die Urteile aus. Wie in „Südostpreußen“ wurden Tatbestände wie Schwarzschlachten oder die Begünstigung entfloherer Kriegsgefangener, Partisanen oder Juden mit schweren Strafen bis hin zur Todesstrafe geahndet, gegen Angehörige von „Banditen“ wurden Kollektivstrafen verhängt.³⁹ Die schwere Kriminalität nichtdeutscher Täter wurde durch die Sondergerichte abgeurteilt, alle anderen Delikte unterlagen der Jurisdiktion der Verwaltung, die auf Straflager und Geldstrafen in begrenzter Höhe entscheiden konnte, wobei „andere Maßnahmen“⁴⁰ – verfahrenslose Exekutionen – ausdrücklich den Polizeibehörden vorbehalten blieben. Der Amtskommissar wurde so, wie es ein Besatzungsbeamter ausdrückte, „praktisch zum Herrn über Leben und Tod“⁴¹.

Neben der ständigen Todesdrohung war es vor allem das über die nicht-deutschen Einwohner verhängte Sonderrecht, das die Lebensverhältnisse in zutiefst unmenschlicher Weise gestaltete. Den Einheimischen wurde die Benutzung von Telefonen und der Post weitgehend verboten. Ihre Bewegungsfreiheit wurde eingeschränkt, da Fahrräder und Kraftfahrzeuge beschlagnahmt wurden und Reisen aller Art genehmigungspflichtig waren, was vor allem den Städtern den Einkauf von Lebensmitteln bei Bauern erschwerte. Die von den Behörden ausgeteilten Lebensmittellationen reichten nicht aus, weshalb der Schwarzmarkt für die Überlebenssicherung immer wichtiger wurde – dementsprechend stiegen dort die Preise.⁴²

Die Berufswahl wurde für Nichtdeutsche erheblich eingeschränkt, hinzu kam, dass es durch den Zusammenbruch des sowjetischen Wirtschaftssystems in Białystok viele Arbeitslose gab. Diese wurden zunächst auf freiwilliger Basis, ab April 1942 durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht für die Besatzer in die Pflicht genommen. Viele dieser Arbeitskräfte

³⁸ Vgl. MORITZ, S. 85; GNATOWSKI, S. 177.

³⁹ IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1640, 1682f, Urteil, 9.3.59; Bekanntmachung KdS Białystok, 18.9.43, abgedruckt in: GÓRCZYŃSKA, *Życie gospodarczo-społeczne*, S. 186, 194, 199; Vgl. Ebd., S. 187; Nacht über Europa, S. 219f; IPN Warschau, SWWW 749, Blatt 210-215, 223-243, 245, Anordnungen 1941/42.

⁴⁰ MORITZ, S. 85f.

⁴¹ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/810, Blatt 3, Bericht Lehmann; Vgl. IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1658, Urteil, 9.3.59; MORITZ, S. 86.

⁴² GERLACH, *Morde*, S. 218, 280, 282f, 418f; Vgl. GNATOWSKI, S. 171f; JEZIEŃSKI, S. 150; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 88-95, Aussage Macholl.

– nach polnischen Schätzungen circa 40 000 – wurden zur Arbeit ins Reich gebracht. Vor dieser Deportation schützte nur ein fester, kriegswichtiger Arbeitsplatz im Bezirk, beinahe der einzige Vorteil einer solchen Stellung, denn wie in Zichenau lag auch in Białystok das Lohn- und Einkommensniveau für Einheimische unter dem Existenzminimum.⁴³

Nichtdeutschen wurde eine „kollektive Verantwortung“⁴⁴ zugewiesen, die den Besatzungsbehörden auch bei geringfügigen Anlässen einen Vorwand lieferte, gegen ganze Dörfer vorzugehen. Gleichzeitig wurden ähnlich wie in Zichenau schikanöse und demütigende Regelungen für das Alltagsleben eingeführt. Gegenüber Deutschen bestand Grußpflicht, die Schulen wurden geschlossen, Wohnungen beschlagnahmt und das kulturelle Leben der Slawen zum Erliegen gebracht. Lediglich die allgegenwärtige Korruption, der Schwarzmarkt und der Schmuggel in das und aus dem Generalgouvernement waren trotz aller Übergriffe geeignet, das Leben erträglicher zu gestalten.⁴⁵

Gute Überlebenschancen hatten Landwirte, die wie in Zichenau zur Aufrechterhaltung der Produktion gebraucht wurden. Ihr Schicksal war ein Beispiel dafür, wie sich die wirtschaftliche Ausbeutung der beiden Territorien in fast allen Sektoren bis ins Detail glich. Hier wie dort wurden die landwirtschaftlichen Betriebe enteignet und von der Landesbauernschaft, der ostpreußischen Landwirtschaftskammer und der „Ostpreußischen Landgesellschaft“ verwaltet. Wieder wurden Höfe zusammengelegt – etwa 28 000 Kleinbauern sollen zur Zwangsarbeit ins Reich gebracht worden sein – die verbliebenen Bauern mussten sie dann für die Besatzer bewirtschaften und daneben Frondienste leisten. Die wenigen von den Sowjets gegründeten Kolchosen wurden nicht aufgelöst, sondern in Mustergüter nach Vorbild der preußischen Domänen umgewandelt, ansonsten investierten die Deutschen nur wenig in die Landwirtschaft. Die Abgabenlast, die den Bauern aufgebürdet wurde, war ähnlich horrend wie in Zichenau, in Extremfällen wurde der gesamte Viehbestand konfisziert oder die Ernte noch „auf dem Halm“ zu Reichseigentum erklärt.⁴⁶

⁴³ GERLACH, Morde, S. 284, 455f; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 103-105, 246; GNATOWSKI, S. 168.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ GERLACH, Morde, S. 1077; GNATOWSKI, S. 176f; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 146, 261, 519, 576; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/797, Blatt 8, 11, Bericht Nolte; Ost-Dok 8/803, Blatt 3, Bericht Magunia; Ost-Dok 8/801, Bericht Groeben.

⁴⁶ MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 279, 431, 518, 567; GNATOWSKI, S. 168f; GERLACH, Morde, S. 236, 248, 333, 335f, 363; GÓRCZYŃSKA, Agrarpolitik, S. 256, 262; DIES., Życie gospodarczo-społeczne, S. 205; TILITZKI, Alltag, S. 49; Nacht über Europa, S. 356f; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/633, Blatt 5, Bericht Hilmers; Ost-Dok 8/792, Blatt 2,

Zur Ausbeutung gewerblicher Betriebe griff Koch in bewährter Manier auf eine Treuhandstelle – der wie in Zichenau Landrat Horst von Einsiedel vorstand – und auf diverse Gesellschaften zurück, die von Bruno Dzubba, dem Geschäftsführer seiner Stiftung, geleitet wurden.⁴⁷ Damit sicherte sich der Gauleiter Zugriff und Kontrolle über die Wirtschaft Białystoks, und wie in Zichenau spielte auch hier wieder seine Stiftung eine Schlüsselrolle, indem sie weite Teile der wichtigsten Industriezweige des Bezirkes – der Textil-, der Tabak- und der Holzindustrie – sowie einige kleinere Betriebe übernahm.⁴⁸

Die Stiftung stellte damit nicht nur endgültig den wichtigsten privaten Wirtschaftsakteur im erweiterten Ostpreußen dar, sondern war auch zu einem Mischkonzern angewachsen, dessen Bilanz zum 31. Dezember 1943 einen Ertragswert von 295,7 Millionen Reichsmark auswies.⁴⁹ Eine ähnliche Wirtschaftsmacht konnten die CdZ im Westen nicht aufbauen, die dortigen Wirtschaftszweige waren für die Kriegswirtschaft allerdings auch wesentlich bedeutender und mussten nicht nur entsprechend professionell ausgebeutet werden, sondern lockten auch ganz andere Interessenten an – so wurde zum Beispiel die lothringische Montanindustrie von reichsdeutschen Konzernen übernommen.⁵⁰

Koch betrieb durch seine Wirtschaftspolitik nach bekanntem Muster politische Beziehungspflege. Dem Wirtschaftsverwaltungshauptamt der SS übertrug seine Verwaltung noch 1941 alle Betriebe der Baustoffindustrie zur treuhänderischen Verwaltung.⁵¹ Göring hingegen wurde mit einem exklusiven Jagdrevier, dem Urwald von Białowieża mit seinen berühmten Wisent-Beständen, „belehnt“. Um diesen Forst samt Umland möglichst

Bericht Bünaus; Ost-Dok 8/793, Blatt 27, 30, Bericht Groeben; Ost-Dok 10/305, Blatt 61, 69f, Bericht Kurandt.

⁴⁷ Letztlich wurde ein „Zweckverband zur Förderung von Wirtschaft und Kultur im Bezirk Białystok“ gegründet, der die Aufgaben der Treuhandgesellschaften inklusive der „Ostpreußischen Landesgesellschaft“ übernehmen und der Vorläufer eines Provinzialverbandes werden sollte, was auch auf dieser Ebene die Eingliederung des Bezirkes in die Provinz Ostpreußen präjudizierte (BA Bayreuth, Ost-Dok 8/793, Blatt 24, Bericht Groeben; Ost-Dok 10/87a, Blatt 7, Arbeitsbericht Industrie- und Gewerbeaufbaustelle, 1942; IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1684, Urteil, 9.3.59; ROSENKÖTTER, S. 144; TILITZKI, Alltag, S. 49).

⁴⁸ GERLACH, Morde, S. 401; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 576; IPN Warschau, SWWW 759, Blatt 1389, Aussage Koch, 29.11.50-4.1.51; Vgl. BA Bayreuth, Ost-Dok 10/353, Blatt 11-16, Bilanz der Erich-Koch-Stiftung, 31.12.43.

⁴⁹ Ebd., Blatt 8, Deutsche Allgemeine Treuhand an Hoffmann, 13.4.45; Ost-Dok 10/353, Blatt 11-16, Bilanz der Erich-Koch-Stiftung, 31.12.43.

⁵⁰ WOLFANGER, Politik, S. 201-208.

⁵¹ KAIENBURG, S. 468; SCHULTE, S. 145, 289f; KABERMANN, S. 333; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/793, Blatt 44, Bericht Groeben.

komfortabel für Görings Jagdausflüge in den neuen Bezirk zu integrieren, setzte sich eine Koalition aus Göring, Koch, dem Reichssicherheitshauptamt und dem Reichsinnenministerium sogar über einen formalen Beschluss Hitlers hinweg und verschob die Grenze zum Generalkommissariat Weißruthenien einige Kilometer nach Osten, im Wald selbst wurden ganze Dörfer umgesiedelt.⁵²

Die Vorgänge um den Urwald von Białowieża zeigten deutlich, dass die Besatzer auch in Białystok beabsichtigten, radikal und ohne Rücksicht auf die vorgefundenen Verhältnisse oder die Menschen vorzugehen. Die dementsprechenden Planungen wiesen erneut viele Parallelen zum Vorgehen in Zichenau auf – wieder planten verschiedene Instanzen, wieder war der völlige Neuaufbau des Gebietes das Ziel –, allerdings erreichten diese Überlegungen bei Weitem nicht den Entwicklungsgrad wie in den „eingegliederten Ostgebieten“, da detaillierte Planungen als verfrüht galten.⁵³ Mit den wissenschaftlichen Vorarbeiten zeigte sich der Gauleiter allerdings zufrieden, denn am 18. März 1942 dankte er Theodor Schieder für dessen selbstlose und erfolgreiche Tätigkeit. Es sei den Materialien seiner „Landesstelle“ zu verdanken, dass die Neugestaltung Białystoks so schnell habe umgesetzt werden können. Nur zwei Monate später setzte sich Koch beim Reichserziehungsministerium für eine Hausberufung Schieders auf einen Lehrstuhl an der Universität Königsberg ein.⁵⁴

Den eher zurückhaltenden Germanisierungsbemühungen entsprechend gestaltete sich die propagandistische Präsentation des neuen Landesteils. In Grundzügen glich sie derjenigen Zichenaus – die Beseitigung „bolschewistischer Mißwirtschaft“, der historische deutsche Kultureinfluss und die enormen wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritte seit der Besetzung wurden gepriesen –, nahm aber, gerade im Vergleich zu den oben ausführlich referierten Besiedelungsplänen Zichenaus, einen wesentlich geringeren Umfang an. Der „Neuaufbau“ wurde meist nur unspezifisch als Erweiterung des „Erich-Koch-Plans“, der jetzt erst seine wahrhaft visionären Dimensionen zeige, beschrieben. Über den Gauleiter selbst wurde weitaus

⁵² BA Berlin, R 43 II/685, RMBO an Lammers, 6.9.41; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/792, Blatt 2, Bericht Büнау; Ost-Dok 8/793, Blatt 5, Bericht Groeben; Ost-Dok 8/797, Blatt 2, Bericht Nolte; Ost-Dok 8/803, Blatt 2, Bericht Magunia; Ost-Dok 8/810, Blatt 5, Bericht Lehmann; IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 65, Lebenslauf Koch; SWWW 753, Blatt 1652f, Urteil, 9.3.59; GERLACH, Morde, S. 179, 457, 522, 535f, 568, 933f, 964; TILITZKI, Alltag, S. 49; AINSZTEIN, S. 202-205; KRAUSNICK/ WILHELM, S. 241; LONGERICH, Politik, S. 350.

⁵³ GRÖNING/ WOLSCHE-BULMAHN, S. 26, 112; GERLACH, Morde, S. 118, 355; Vgl. ALY/ HEIM, S. 401; MÜNK, S. 436; RÖSSLER, Wissenschaft, S. 171; Nacht über Europa, S. 335; Bezirk Białystok; KABERMANN, passim.

⁵⁴ HAAR, S. 355.

mehr im Zusammenhang mit seinen Tätigkeiten in „Altostpreußen“ und in der Ukraine berichtet.⁵⁵

Koch widmete sich bevorzugt größeren Aufgaben, wenn er die durch die Neuordnung Europas möglich gewordene Verwirklichung des angeblich alten Traums eines einheitlichen Wirtschaftsraumes von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer beschwor. Zichenau hatte er seinerzeit in verschiedenen Aufsätzen und Reden und auch in seinen programmatischen Neujahrsansprachen euphorisch als die neue, alles dominierende Aufgabe Ostpreußens vorgestellt, dem als Brücke zum Reichskommissariat Ukraine klein wirkenden Bezirk Białystok – immerhin dreimal größer als der Regierungsbezirk Zichenau – versagte er eine solch prominente Würdigung. Koch erwähnte ihn in seinen Reden nicht explizit, Aufsätze unter seinem Namen erschienen zu Białystok nicht.⁵⁶

Im Gegensatz zu Zichenau bot Białystok auch kaum Anlass zur Berichterstattung. Zichenau galt bis zum Angriff auf die Sowjetunion tatsächlich als der neue Lebensraum, die vollmundig verkündeten Besiedlungs- und Aufbauprogramme wurden als Krönung der nationalsozialistischen Politik angesehen und sollten umgehend verwirklicht werden. Im Bezirk Białystok stand jedoch die Aufbauplanung von Anfang an unter dem Vorbehalt der Kriegswirtschaft. Das äußerte sich in einer rigiden Ausbeutungspolitik, die ohne Rücksicht auf zukünftige Erträge durchgeführt wurde. Investitionen erfolgten nur zugunsten der Kriegführung – etwa durch die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur oder der Umstellung von Teilen der Landwirtschaft auf Industriepflanzen. Der Neuaufbau von Städten oder Industriebetrieben wurde nicht begonnen, es gelang noch nicht einmal, in den bestehenden Fabriken das Produktionsniveau von 1938 zu erreichen.⁵⁷ Selbst ein Besatzungsbeamter urteilte im nachhinein, die Zentralstellen hätten das Gebiet als „Melkkuh“ betrachtet, in die sie nichts hätten hineinstecken wollen. Koch habe die Bevölkerung nicht versorgen wollen und in diesem Zusammenhang die Meinung vertreten, es sei „unwesentlich“ und „ohne

⁵⁵ Vgl. PrZ 1941-44, passim; ERNST KEIT, Bibliographie zur Landeskunde des Bezirkes Białystok, in: Altpreußische Forschungen 19/1942, S. 299-352; 20/1943, S. 203-256; KRUSE, passim.

⁵⁶ Vgl. PrZ 1939-44, passim.

⁵⁷ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/633, Blatt 5, Bericht Hilmers; Ost-Dok 8/792, Blatt 2, Bericht Büna; Ost-Dok 8/793, Blatt 4, 12, 29, 39, Bericht Groeben; Ost-Dok 8/803, Blatt 2, Bericht Magunia; GERLACH, Morde, S. 108-110, 412, 440, 1023f; GÓRCZYŃSKA, Życie gospodarczo-społeczne, S. 206; DIES., Agrarpolitik, S. 256, 259-262; GNATOWSKI, S. 168f; BIRN, S. 50-53; KRUSE, passim; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 579; KOEHL, RKFDV, S. 93.

Belang“, ob „einige Millionen Angehörige eines fremden Volkes“⁵⁸ verhungerten.

Der Oberpräsident führte – unabhängig davon, ob er sich tatsächlich in dieser Form geäußert hatte – seine Politik nach der Prämisse, Menschen nach Gutdünken behandeln und ausnutzen zu können. Es erschien ihm konsequent, die im wirtschaftlich schwachen Białystok nicht benötigten Arbeitskräfte für den „kriegswichtigen“ Einsatz im Reich zu rekrutieren. Damit trug er dazu bei, den Einsatz von Zwangsarbeitern auszuweiten. Obwohl im Vorfeld des Krieges beschlossen worden war, prinzipiell keinerlei sowjetische Arbeitskräfte ins Reich zu holen, genehmigte der „Wirtschaftsführungsstab Ost“ auf Kochs Bitten hin bereits am 3. Juli 1941, litauische Arbeitskräfte für die ostpreußische Landwirtschaft zu werben. Koch dehnte diese Genehmigung auf Białystok aus, was zur Folge hatte, dass zur Jahreswende 1941/42 bereits 20 000 Arbeitskräfte aus diesem Bezirk in Ostpreußen tätig waren.⁵⁹

Da der Bedarf an Arbeitskräften im Reich im Laufe der Zeit weiter stieg und sich mit bekannt werden der menschenunwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen der „Ostarbeiter“ immer weniger Freiwillige meldeten, wurde im April 1942 die Arbeitsdienstpflicht eingeführt. Ein Jahr später ordnete Kochs Stellvertreter Brix die Zwangsverpflichtung ganzer Jahrgänge an.⁶⁰ Sein „Chef“ hatte gegen solche Maßnahmen keine Bedenken, er rechtfertigte die beginnende Menschenjagd bereits im Februar 1942 in einem Aufruf an seine Mitarbeiter mit den Worten „Menschen wachsen nach!“⁶¹. Zu dieser Zeit ordnete er auch an, in jedem Kreis mindestens ein Arbeitslager zu errichten, um immer genügend Arbeitskräfte abrufbereit zur Verfügung zu haben. Bisweilen besaß sogar jedes Amtskommissariat ein eigenes Lager. Diese waren aufgrund der Rechtssprechungspraxis, in der selbst für geringfügige Vergehen Haft im Arbeitslager verhängt wurde, stets gut gefüllt.⁶²

Durch die nicht unwichtige Rolle, die die Juden im gewerblichen Leben Białystoks spielten, war ihr Schicksal eng mit der Arbeitskräfteproblematik verbunden. Sie wurden bereits durch die Militärverwaltung unter das in Westpolen gültige Sonderrecht gestellt und in den größeren Städten in

⁵⁸ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/793, Blatt 45, 49f, Bericht Groeben; Vgl. TILITZKI, S. 50.

⁵⁹ GERLACH, Morde, S. 457, 535f; Vgl. ULRICH HERBERT, Fremdarbeiter, Neuauflage, Bonn 1999, S. 156.

⁶⁰ Erlass CdZ Białytok, i.V. Brix, abgedruckt bei: GÓRCZYŃSKA, Życie gospodarczo-społeczne, S. 195f; Vgl. Ebd., S. 205; GERLACH, Morde, S. 455f, 467, 470; HERBERT, Fremdarbeiter, S. 299; Führererlasse, S. 410f, Dokument 320.

⁶¹ GERLACH, Morde, S. 471; Vgl. GNATOWSKI, S. 172.

⁶² GERLACH, Morde, S. 493; GNATOWSKI, S. 173-175.

Ghettos gezwungen. Kochs Zivilverwaltung übernahm die von den Militärs eingeführten Regelungen und richtete bis zum Herbst 1941 in den übrigen Städten Białystoks Ghettos ein, in die auch die Juden des Umlandes gebracht wurden.⁶³

Dieses schnelle Vorgehen war sicherlich nicht nur dem Judenhass Kochs geschuldet, es stellte vielmehr auch die konsequente Fortschreibung der bisherigen Judenpolitik in den „eingegliederten Ostgebieten“ einschließlich Zichenaus dar. Der „Chef der Zivilverwaltung“ forcierte diese Entwicklung, indem er seine Beamten mit der Drohung anstachelte, ihre Aufgaben der SS zu übertragen, sollten sie mit der „Judenfrage“ nicht „alleine fertig werden“⁶⁴, und ihnen damit einen Freibrief für eine möglichst harte Behandlung der Juden ausstellte. Allerdings soll er bei der Übergabe des Gebietes an seine Verwaltung auch gesagt haben, er wünsche „hinsichtlich der jüdischen Bevölkerung [...] keine Durchführung sinnloser und erfolgloser Maßnahmen, die den Aufbau und die Arbeit beeinträchtigen könnten.“⁶⁵

Deportationen galten ihm jedoch keineswegs als sinnlos, wie er bereits in den ersten Monaten seiner Herrschaft bewies, als er die Beseitigung des Ghettos der Stadt Białystok plante. Der jüdische Bezirk lag inmitten des Stadtgebietes und galt daher nicht nur als Gesundheits- und Versorgungsproblem, er blockierte auch Wohnungen und Betriebe für „arische“ oder slawische Nutzer. Daher wurde im August oder September 1941 – anscheinend auf Anregung Kochs – der Plan gefasst, alle 40 000 Juden aus diesem Ghetto in die Kleinstadt Prużany im Südosten des Bezirkes umzusiedeln.⁶⁶ Tatsächlich wurden 7-9 000 Juden aus dem gesamten Bezirk, 4 000 davon aus dem Ghetto der Hauptstadt, nach Prużany gebracht, die Aktion musste wegen technischer Schwierigkeiten aber bereits im Oktober oder November 1941 abgebrochen werden. Zudem hatten die Besatzer erkannt, dass sie die jüdische Arbeitskraft ausnutzen konnten, vor allem in der Textilindustrie – die zumindest zum Teil der „Erich-Koch-Stiftung“ gehörte. Offenbar galten die Juden jetzt als nützliche Handwerker, was aber keineswegs gleichbedeutend mit einer Verbesserung der Lebensbedingungen war. So lehnte es Kochs Agrarverwaltung, die für die Versorgung

⁶³ ANDERS u.a., S. 82; GERLACH, Morde, S. 517, 529, 532; Vgl. JENNY WAJSENBERG, *Toward an Interpretation of Ghetto*, in: *Why Germany?*, hg. v. JOHN MILFULL, Providence, Oxford 1993, S. 193-207; REITLINGER, *Endlösung*, S. 321; GOLCZEWSKI, *Polen*, S. 446; SCHWARZ, S. 113-120.

⁶⁴ IPN Warschau, SWWW 759, Blatt 1384, Aussage Koch, 29.11.50-4.1.51; Vgl. SWWW 746, Blatt 94, Aussage Macholl, 27.7.49; SWWW 753, Blatt 1673, Urteil, 9.3.59; GOLCZEWSKI, *Polen*, S. 446.

⁶⁵ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/793, Blatt 4, Bericht Groeben.

⁶⁶ GERLACH, Morde, S. 535f; Vgl. BA Bayreuth, Ost-Dok 8/803, Blatt 3, Bericht Magunia.

der Ghettos zuständig war, zunächst ab, diese mit Lebensmitteln zu versorgen, da in ihren Augen die Lieferungen an die Wehrmacht Priorität besaßen. Dann wurden die Rationen so niedrig angesetzt, dass die Juden nur mit Hilfe des Schwarzmarktes überleben konnten. Selbst diejenigen, die für die Besatzer arbeiteten, waren in Białystok schlechter gestellt als in anderen deutschen Herrschaftsbereichen. Die Lebensbedingungen waren derartig beengt und menschenunwürdig, dass die Sterblichkeitsrate drastisch anstieg. Hinzu kam die ständige Angst, den Gräueltaten und Massakern, die während der gesamten Besatzungszeit überall im Bezirk verübt wurden, zum Opfer zu fallen.⁶⁷

Ob derartige Massaker auf Veranlassung der Zivilverwaltung geschahen oder von der SS eigenmächtig durchgeführt wurden, lässt sich nicht mehr feststellen, sicher ist allerdings, dass die Ghettos der Zivilverwaltung unterstanden, und damit war in letzter Konsequenz Koch, der zumindest das Ghetto Białystok besichtigt haben soll⁶⁸, für die dortigen Zustände verantwortlich. Er war aber offenbar nur an der Arbeitskraft der Juden interessiert, und diese war nicht sonderlich wertvoll, da nur ein geringer Prozentsatz der Ghettobewohner arbeitete und es in Białystok keine wichtigen Rüstungsbetriebe gab. Die Verwaltungsführung glaubte daher, dass eine „Judenaktion“ nur geringe Auswirkungen auf die Produktion haben werde.⁶⁹

Eine derartige Maßnahme zeichnete sich im Verlauf des Jahres 1942, als sich die deutsche Judenpolitik immer mehr radikalisierte, zusehends ab. Aufgrund der angespannten Ernährungslage im Reich sollten alle „unnützen Esser“, also vor allem die „unproduktiven“ Juden, vernichtet werden, auf ihre Arbeitskraft sollte generell weniger Rücksicht genommen werden. Himmler als eine der treibenden Kräfte dieser Entwicklung konnte seine Absicht, alle Juden zu vernichten, zwar noch nicht durchsetzen, er startete aber die „Aktion Reinhard“, deren Ziel es war, zumindest die „unproduktiven“ Juden des Generalgouvernements zu töten und die restlichen jüdischen Arbeitskräfte in einigen wenigen Ghettos zusammenzufassen.⁷⁰ Aus den gleichen Gründen wurden im Spätsommer und Herbst desselben Jahres

⁶⁷ GERLACH, Morde, S. 661, 669-672, 676, 724; REITLINGER, Endlösung, S. 322; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 371; Vgl. BA Bayreuth, Ost-Dok 8/792, Blatt 2, Bericht Bünauf.

⁶⁸ IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1677, Urteil, 9.3.59.

⁶⁹ GERLACH, Morde, S. 385, 401, 657, 663f, 728; ANDERS u.a., S. 83, 99; HILBERG, Täter, S. 137; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 576; Nacht über Europa, S. 49; IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1678, Urteil, 9.3.59.

⁷⁰ Vgl. GERLACH, Morde, S. 711-715, 729, 1140; KERSHAW, Hitler II, S. 427f, 467, 652; REITLINGER, Endlösung, S. 274-305; ALY/HEIM, S. 391f; ALY, Endlösung, S. 364; Nacht über Europa, S. 227; HILBERG, Vernichtung, S. 556f.

auch die Juden des Reichskommissariats Ukraine getötet, wobei Koch eine tragende Rolle spielte.⁷¹

Die Judenvernichtung begann im Bezirk Białystok sofort nach der Auflösung des Ghettos Pinsk im Reichskommissariat Ukraine, weswegen vermutet wird, dass in diesen beiden Machtbereichen Kochs koordiniert vorgegangen wurde.⁷² Dafür spricht auch, dass die Aktion in Białystok zwar durch einen Befehl des Reichssicherheitshauptamtes an den Kommandeur der Sicherheitspolizei, dessen Judenreferat zu diesem Zeitpunkt auch die Verwaltung der Ghettos übertragen wurde, ausgelöst wurde, diese dann aber durch Besprechungen zwischen Kochs Zivilverwaltung und der Polizei vorbereitet und geleitet wurde. Zur Durchführung wurde dann unter Einschaltung des SS- und Polizeiführers die enger mit der Verwaltung verbundene Ordnungspolizei herangezogen, während die Sicherheitspolizei, die normalerweise für „Judenaktionen“ zuständig war, nur mit einzelnen Beamten präsent war. Insgesamt besaßen die Zivilverwaltung und ihr Chef einen so großen Einfluss auf die Vorbereitung der Judenvernichtung, dass sie im Oktober 1942 durchsetzen konnten, dass das Ghetto der Stadt Białystok, das eigentlich vollständig liquidiert werden sollte, aus wirtschaftlichen Erwägungen nur verkleinert wurde. Unterstützt wurden sie dabei – wie zur Bestätigung von Kochs Personalpolitik – von Sipo-Kommandeur Wilhelm Altenloh.⁷³

Am 2. November 1942 wurden alle Ghettos im Bezirk Białystok abgeriegelt und die Juden, auch die bisher noch nicht ghettotoisierten, in fünf Sammellagern und vier der größeren Ghettos zusammengefasst. Die Deportationen wurden bis zum 14. Dezember unter Leitung der Zivilverwaltung, die äußerst brutal vorging, durchgeführt, dann übernahmen auf Weisung des Reichssicherheitshauptamtes Sicherheitspolizei und SD die Federführung.⁷⁴ Die Berliner Stellen unternahmen dabei erneut den Versuch, das Ghetto der Bezirkshauptstadt räumen zu lassen – auch, weil sie 40 000 aufgrund der Partisanengefahr evakuierte Weißrussen aus dem Osten des Bezirkes im ehemaligen Ghetto ansiedeln wollten. In dieses Vorhaben war auch die Zivilverwaltung involviert. Sie wollte die Umsiedler als Arbeits-

⁷¹ Vgl. Kapitel 10.3.

⁷² GERLACH, Morde, S. 723; IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1671, Urteil, 9.3.59.

⁷³ ANDERS u.a., S. 84; GERLACH, Morde, S. 657, 724-726; BENDER, Reinhardt Action, S. 192-194; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 161; BIRN, S. 81f, 85, 168; HILBERG, Vernichtung, S. 387.

⁷⁴ GERLACH, Morde, S. 724-730; ANDERS u.a., S. 84f, 120; Vgl. GILBERT, S. 489f, 517, 520; AINSZTEIN, S. 67, 515; BENDER, Reinhardt Action, S. 194-200, 202, 207; REITLINGER, Endlösung, S. 188, 322; HILBERG, Vernichtung, S. 510-512, 515; LONGERICH, Politik, S. 538f; GOLCZEWSKI, Polen, S. 472f; ROBEL, S. 550.

kräfte nutzen und deshalb mit der Deportation der Juden warten, bis die slawischen Arbeiter eingearbeitet waren.⁷⁵

Das Ghetto blieb daher bestehen, während die Deportationen aus den anderen Wohnbezirken und den Lagern bis Ende Januar 1943 soweit fortschritten, dass nur noch in den Ghettos Białystok und Grodno eine größere Anzahl von Juden lebte.⁷⁶ Die SS drängte in der Folgezeit massiv auf eine Säuberung der verbliebenen Ghettos. Anfang Februar führte schließlich Adolf Eichmanns Stellvertreter, SS-Sturmbannführer Rolf Günther, mit eigenem Personal vom 5. bis zum 12. Februar eine „Judenaktion“ im Ghetto Białystok durch, der insgesamt etwa 8-12 000 Menschen zum Opfer fielen.⁷⁷

Bis zum 12. März wurde auch das Ghetto Grodno vollständig geräumt, während sich die örtlichen Stellen aus ökonomischen Überlegungen heraus weiterhin für eine Beibehaltung des Ghettos der Bezirkshauptstadt aussprachen, die Entscheidung darüber aber dem Reichssicherheitshauptamt überließen. Dort schätzte man die Produktivitätsausfälle aber als nicht so gravierend ein, als dass sie einen Erhalt des Ghettos gerechtfertigt hätten. Das Ghetto wurde daraufhin Mitte August 1943 auf direkte Order Himmlers und des Leiters der „Aktion Reinhard“, SS-Obergruppenführer Odilo Globocnik, geräumt. Damit waren bis auf wenige Ausnahmen alle Juden getötet worden, insgesamt zwischen 164 000 und 250 000 Menschen.⁷⁸

Die zentrale SS-Führung setzte sich hier aus ideologisch-politischen Gründen gegen die wirtschaftlichen Interessen der regionalen Stellen durch,

⁷⁵ Schwendowius an Koch, 21.1.43, in: *Faschismus*, S. 448f, Dokument Nr. 358; Vgl. GERLACH, *Morde*, S. 158, 729f; ANDERS u.a., S. 85f; HILBERG, *Vernichtung*, S. 515; ROBEL, S. 550; BENDER, *Reinhardt Action*, S. 207; REITLINGER, *Endlösung*, S. 322.

⁷⁶ Es wurden wahrscheinlich 120-130 000 Personen in die Vernichtungslager Auschwitz und Treblinka gebracht (Nacht über Europa, S. 93).

⁷⁷ ANDERS u.a., S. 86; BENDER, *Reinhardt Action*, S. 203f; AINSZTEIN, S. 263-265; HILBERG, *Täter*, S. 134, 203; DERS., *Vernichtung*, S. 540f; GERLACH, *Morde*, S. 730; GILBERT, S. 535, 538, 544; REITLINGER, *Endlösung*, S. 322.

⁷⁸ GERLACH, *Morde*, S. 188, 664, 667, 731-733; BENDER, *Reinhardt Action*, S. 204-207; DIES., *From Underground to Armed Struggle*, in: *Yad Vashem Studies* 23/1993, S. 145-171; SHMUEL KRAKOWSKI, *The War of the Doomed*, New York, London 1984, S. 239; LONGERICH, *Politik*, S. 539; ANDERS u.a., S. 87f; KATRIN STOLL, „... aus Mangel an Beweisen“, in: *Białystok*, S. 54-75, hier S. 56, 62; AINSZTEIN, S. 67, 256-275; GILBERT, S. 599-602; HILBERG, *Täter*, S. 204; DERS., *Vernichtung*, S. 510f, 540, 561f, 1289; REITLINGER, *Endlösung*, S. 322f; MADAJCZYK, *Okkupationspolitik*, S. 231, 376; GNATOWSKI, S. 176; GOLCZEWSKI, *Polen*, S. 481; GÓRCZYŃSKA, *Życie gospodarczo-społeczne*, S. 206; CHAIKA GROSSMAN, *Die uns verließen und die sich erhoben*, in: *Dachauer Hefte* 7/1991, S. 102-118; DIES., *Die Untergrundarmee*, Frankfurt/ Main 1993; JOSEPH TENENBAUM, *Underground*, New York 1952, S. 229-247; *Faschismus*, S. 449, Dokument Nr. 359; S. 490f, Dokument Nr. 394; S. 498-502, Dokumente Nr. 405-410; S. 504, Dokument Nr. 413; S. 558-565, Dokumente Nr. 470-477; IPN Warschau, SWWW 749, Akte Hellwig.

was in Białystok dadurch begünstigt wurde, dass die im Ghetto produzierten Güter nur eingeschränkt kriegswichtig waren.⁷⁹ Die Ermordung der Juden Białystoks wurde von drei verschiedenen Gruppierungen vorangetrieben: Zunächst von Wehrmachtseinheiten und SS-Einsatzgruppen, dann von der Zivilverwaltung Kochs und schließlich vom Reichssicherheitshauptamt. Die Morde der Einsatzgruppen geschahen, bevor der Bezirk an Koch übertragen wurde, auf sie hatte er keinen Einfluss. Nach Übergabe des Bezirkes an ihn fanden zwar über ein Jahr lang keine vergleichbar umfangreichen Mordaktionen statt, die Zivilverwaltung behandelte die Juden aber keinesfalls menschlicher – auf Dauer hätten allein die katastrophalen Lebensverhältnisse und die unzureichende Versorgung im Ghetto zu einer starken Dezimierung der jüdischen Bevölkerung geführt. Koch muss hier also zumindest die billigende Inkaufnahme, wenn nicht sogar die beabsichtigte Herbeiführung eines Massensterbens angelastet werden.

Die Politik Kochs gegenüber den Juden der Bezirke Zichenau und Białystok kann in diesem Punkt als einheitlich angesehen werden: In beiden Fällen gehörte seine Verwaltung nicht zu den Vorreitern des Holocausts. In Białystok wie in Zichenau konnten keine Initiativen seinerseits beobachtet werden, die zu einer deutlichen Beschleunigung der Judenvernichtung geführt hätten.⁸⁰ Sobald diese aber im Generalgouvernement oder in den besetzten sowjetischen Gebieten eine neue Eskalationsstufe erreichte, zogen Kochs Instanzen sofort und ohne Zögern nach. Allerdings gab es für sie noch eine Grenze, die aber keineswegs aus humanitären, sondern ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen gezogen worden war: Die in ihren Augen „nützlichen“ Juden, die in den Fabriken der „Erich-Koch-Stiftung“ und in anderen Betrieben arbeiteten, sollten am Leben bleiben – zumindest bis adäquater Ersatz gefunden war. Damit war Kochs Beamten letztlich nicht einmal der Erhalt der für sie tätigen Arbeitskräfte, sondern lediglich der Fortgang der Produktion wichtig. Solange Arbeiter ersetzt werden konnten, war deren persönliches Schicksal nicht von Belang. Es wäre also verfehlt, aus den Differenzen zum Reichssicherheitshauptamt, die aus dem Aufeinandertreffen dieser Haltung mit dem totalen Vernichtungswillen der SS entstanden, auf eine Art Widerstand gegen den Holocaust zu schließen. In diesen Auseinandersetzungen war einzig und allein das eigene – ökonomische – Interesse handlungsleitend.

Kochs direkte Beteiligung an diesen Vorgängen ist auf Grund der Quellenlage schwer abzuschätzen. Gegenüber seinen Mitarbeitern betonte er immer sehr stark seine Stellung als Führer der Verwaltung, und seine langjährige Amtsführung atmete ungeachtet der Tatsache, dass er einen

⁷⁹ GERLACH, Morde, S. 732f; BENDER, Reinhardt Action, S. 202f.

⁸⁰ Vgl. Kapitel 7.3; GNATOWSKI, S. 184.

Großteil seiner Aufgabe an seine Stellvertreter delegierte, diesen Geist. Es ist daher kaum anzunehmen, dass so schwerwiegende Entscheidungen wie die Ermordung mehrerer Zehntausend Menschen ohne Beteiligung oder gar ohne das Wissen Kochs zustande kamen. Die Zivilverwaltung ermordete die Białystoker Juden quasi auf dem Dienstweg – die Kreiskommissare konferierten mit ihren lokalen Behörden, nachdem sie ihrerseits die zu treffenden Maßnahmen mit Kochs Stellvertreter Brix besprochen hatten.⁸¹ Es ist unwahrscheinlich, dass diese Kette gerade unterhalb des mächtigsten, immer seine Entscheidungskompetenz betonenden Mannes abbrach. Dessen Politik in den verschiedenen ihm übertragenen besetzten Gebieten wies gerade in den Kernbereichen – der Behandlung der Juden und Slawen – kaum Unterschiede auf, Analogieschlüsse erscheinen zur Klärung offener Fragen daher zuverlässig. Bezüglich der Judenvernichtung in Białystok ist dies um so mehr der Fall, da diese im Anschluss an entsprechende Mordaktionen im Reichskommissariat Ukraine begann. Dort verlief, wie im nächsten Kapitel dargestellt werden wird, die Vorbereitung des Massenmordes ähnlich wie in Białystok, die Beteiligung Kochs ist in diesem Fall aber dokumentiert. Es ist also naheliegend, dass Koch in Białystok in ähnlicher Weise Einfluss auf die Ermordung der Juden nahm wie im Reichskommissariat Ukraine.

Koch war auch an einem zweiten Massenverbrechen beteiligt, der „Pazifizierung“ seines Herrschaftsbereiches. In Białystok, vor allem in Görings Urwald von Białowieża, bildete sich, anders als im ruhigen Zichenau, aufgrund der brutalen Besatzungspolitik Kochs 1942 eine Partisanenbewegung, der auch jüdische Gruppen und Einheiten der nationalpolnischen Untergrundarmee „Armia Krajowa“ angehörten.⁸² Deren Aktivitäten erreichten nie die Intensität wie in der Ukraine, sie stellten keine ernsthafte Bedrohung für die deutsche Herrschaft dar. Dennoch ordnete Himmler, dem Hitler die Partisanenbekämpfung übertragen hatte, im August 1942 die Großaktion „Wisent“ unter Leitung von Kochs HSSPF Prützmann an.⁸³ Am 21. Juni 1943 erklärte er Białystok sogar zum „Bandenkampfgebiet“. Dadurch wurden dem „Chef der Bandenkampfverbände“, Kochs Erzfeind

⁸¹ Vgl. Ebd., S. 178.

⁸² AINSZTEIN, S. 202-205; GERLACH, Morde, S. 933-936; Vgl. BA Bayreuth, Ost-Dok 8/793, Blatt 5, Bericht Groeben; Ost-Dok 8/797, Blatt 2, Bericht Nolte; Ost-Dok 8/805, Blatt 4, Bericht Baumann; Ost-Dok 8/810, Blatt 5, Bericht Lehmann.

⁸³ GERLACH, Morde, S. 933-935; Vgl. Dienstkalender, S. 64; ANGRICK, S. 41; MULLIGAN, S. 26.

von dem Bach-Zelewski, besondere Kompetenzen übertragen, was Koch allerdings sabotieren ließ.⁸⁴

Großaktionen wie „Wisent“ blieben in Białystok daher die Ausnahme, vielmehr setzten SS und Verwaltung generell auf kleinere Befriedungs-, Vergeltungs- und Abschreckungsaktionen. Diese durften von der SS nicht eigenmächtig angeordnet werden, sondern mussten unter Einholung einer Stellungnahme des zuständigen Amtskommissars schriftlich beantragt und vom SSPF genehmigt werden. Es soll 147 solcher Aktionen gegeben haben, bei ihnen wurden Hunderte Menschen erschossen und ganze Dörfer abgebrannt.⁸⁵ Wie in Zichenau wurden auch in Białystok Behinderte, Kranke und Alte ermordet und – angeblich auf direkte Veranlassung Kochs – die „polnische Intelligenz“ verfolgt. Eine den „außerordentlichen Befriedungsmaßnahmen“ in den „eingegliederten Ostgebieten“ vergleichbare Großaktion fand allerdings erst relativ spät, im Juli 1943, statt. Wie viele Menschen in Białystok durch solche Aktionen ums Leben kamen, ist nicht bekannt, die Schätzungen, die die getöteten Juden nicht mit einbeziehen, schwanken zwischen 25 000 und 100 000.⁸⁶ Koch soll über diese Vergeltungsmaßnahmen zumindest informiert gewesen sein. Er habe sie, so der ehemalige Białystoker Gestapo-Chef Waldemar Macholl, nie abgelehnt, sondern sich immer für größte Härte ausgesprochen.⁸⁷ Anscheinend baute auch er auf die abschreckende Wirkung der Massaker – sie wurden deshalb auch öffentlich bekannt gemacht –, letztlich bewirkte der terroristische Charakter der Okkupationsverwaltung jedoch nur, dass immer mehr Menschen in die Wälder flüchteten und sich oftmals der Widerstandsbewegung anschlossen.⁸⁸

Vor diesem Hintergrund entstand in Kochs Zivilverwaltung Ende 1942 der Plan, die Bekämpfung der Partisanen und die Beschaffung von Arbeitskräften miteinander zu verbinden. In Zusammenarbeit mit der SS sollte die Bevölkerung der Regionen Białowieża und Prużany – konkret wurden etwa 40 000 weißrussische Bauern genannt – evakuiert werden, um so den Parti-

⁸⁴ Kochs Behörden leiteten ihre Lagemeldung nicht an Bach weiter, weshalb dieser nicht tätig werden konnte (BIRN, S. 44-46, 86, 167; GERLACH, Morde, S. 951f, 980; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 118).

⁸⁵ GÓRCZYŃSKA, *Życie gospodarczo-społeczne*, S. 196-199, 206; Vgl. GERLACH, Morde, S. 935; GNATOWSKI, S. 169-171; Nacht über Europa, S. 225f, 362-375; IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1637-1641, 1649-1658, Urteil, 9.3.59; SWWW 749, Blatt 220, Aufruf SSPF Fromm, 9.8.42.

⁸⁶ IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1634, Urteil, 9.3.59; GNATOWSKI, S. 179-182; MADAJCZYK, Okkupationspolitik S. 190; GÓRCZYŃSKA, *Życie gospodarczo-społeczne*, S. 205f.

⁸⁷ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 93, Aussage Macholl, 27.7.49.

⁸⁸ GNATOWSKI, S. 180f.

sanen die Basis zu entziehen. Diese Menschen sollten im Bereich des bisherigen Ghettos der Bezirkshauptstadt einquartiert werden, um die deportierten jüdischen Arbeitskräfte zu ersetzen. Das Vorhaben erwies sich letztlich als undurchführbar, weil nicht nur Wohnraum und Versorgungsmöglichkeiten für die zur Industriearbeit unqualifizierten Bauern fehlten, sondern auch die Produktionsanlagen, da diese bei der Auflösung des Ghettos zerstört oder ins Ghetto Lublin gebracht worden waren.⁸⁹

Dennoch versuchte der Gauleiter Anfang 1944 erneut, die jüdischen Arbeitskräfte zu ersetzen, und zwar durch „Volksdeutsche“. Obwohl er in Białystok wie in Zichenau als Beauftragter des „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums“ agierte, verhinderte er zunächst auch hier deren Ansiedlung zugunsten ostpreußischer Bauernsöhne.⁹⁰ Im Januar 1944 versuchte Himmler schließlich, 50 000 „Ukrainedeutsche“, die aufgrund des Vormarschs der Roten Armee ihre Siedlungsgebiete bei Shitomir verlassen mussten, in Białystok anzusiedeln. Koch funktionierte dies zu einem eigenen Ansiedlungsprojekt um, indem er kurzerhand erklärte, dass ihm als CdZ die Ansetzung „Volksdeutscher“ obliege. Himmlers Proteste übergang er, indem er dessen Abgesandtem einen Besprechungstermin verweigerte. Außerdem schuf er in bewährter Manier vollendete Tatsachen: Während die Siedler in der Obhut der SS oft jahrelang in Lagern auf ihr neues Zuhause warten mussten, gelang es ihm bis Mitte Februar 1944, 30 000 „Volksdeutsche“ in den frisch renovierten Stadtwohnungen des ehemaligen Ghettos unterzubringen. Allerdings nicht für lange, denn aus Sicherheitsgründen – die Front rückte näher – drängte er bereits am Ende des Monats auf den Abtransport der „Volksdeutschen“.⁹¹

Warum Koch zu diesem Zeitpunkt noch ein so offensichtlich ineffektives Projekt startete, muss offen bleiben. Die militärische Lage kannte er genau, schließlich hatte er bereits Ende 1943 die Räumungsbefehle für sein „Reichskommissariat Ukraine“ ausgestellt. Es erscheint daher wenig wahrscheinlich, dass er in dieser Situation noch ernsthaft ein Siedlungsprojekt durchführen wollte. Vielleicht wollte er aber auch nur die Gunst der Stunde nutzen, sich kurzfristig Arbeitskräfte sichern und dabei zugleich Siedler, die für sein Bauernland vorgesehen waren, in die Stadt umleiten. Fest-

⁸⁹ GERLACH, Morde, S. 729f, 936; Vgl. ALY, Endlösung, S. 411; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/793, Blatt 39, 47, Bericht Groeben; IPN Warschau, SWWW 760, Blatt 1428-1432, Aussage Friedl, 28.4.52; SWWW 766, Blatt 74f, Speer an Himmler, 1.2.43; Blatt 76, Himmler an Speer, 9.2.43; BA Berlin, NS 19/131, Speer an Himmler, undatiert.

⁹⁰ HERZOG, S. 128f; ALY, Endlösung, S. 349; GERLACH, Morde, S. 119.

⁹¹ GERLACH, Morde, S. 119f; MADAJCZYK, Okkupationspolitik, S. 122, 445f, 518; KOEHL, RKFDV, S. 171, 178, 185f, 188; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/793, Blatt 63, Bericht Groeben; BA Berlin, NS 19/2656, Schriftverkehr, 1944; IPN Warschau, SWWW 766, Blatt 81, Hellwig an RFSS, 12.1.44.

zuhalten bleibt, dass er erneut einen Konflikt mit einem mächtigen Rivalen nicht scheute und sich auch in einer Krisensituation wieder als ein zupackender und tatkräftiger Unterführer präsentierte. Białystok war allerdings in jeder Hinsicht nur ein zweitrangiger Schauplatz, auf dem sich einige Entwicklungslinien trafen. Der Gauleiter selbst war dafür der beste Indikator: Obwohl er mit diesem Gebiet eine Machtposition übertragen bekommen hatte, wie sie viele seiner Kollegen niemals erreichten – und auch an Verbrechen in kaum fassbaren Dimensionen beteiligt war –, spielte der Bezirk für ihn kaum eine Rolle. Wie das gesamte Regime, so stand auch er als „Reichskommissar für die Ukraine“ ganz im Banne der russischen Weite.

9. „AUFGABE VON WELTGESCHICHTLICHER TRAGWEITE“ – UKRAINE

Die Ukraine besaß in weiten Teilen der deutschen Führung und auch bei Gauleiter Koch¹ den Ruf, die Kornkammer beziehungsweise der Brotkorb Europas zu sein. Diese Vorstellung entsprach Überlegungen aus dem Ersten Weltkrieg, als deutsche Truppen die Ukraine auch aus der Hoffnung heraus besetzt hatten, der Seemacht England ihr wirksamstes Instrument zu nehmen: Die Hungerblockade. Die deutschen Wirtschaftsdienststellen, allen voran der „Beauftragte für den Vierjahresplan“, Göring, der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium, Herbert Backe, und das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt unter General Georg Thomas, entwarfen bereits vor Beginn des „Unternehmens Barbarossa“ Pläne, wie der Reichtum des Landes für Deutschland genutzt werden könne. Sie waren sich dabei einig, dass die gewünschten Millionen Tonnen an Lebensmitteln nur auf Kosten der ukrainischen Bevölkerung geliefert werden könnten und dass dabei „zweifelloso zig Millionen Menschen verhungern“² würden.

¹ ERICH KOCH, An alle Deutschen in der Ukraine, in: Zentralblatt des Reichskommissars für die Ukraine, 2. Jg., Nr. 1, 1.1.43.

² IMT, Bd. 31, S. 84, Dokument 2718 PS; Vgl. Ebd., Bd. 28, S. 3-15, Dokument 1743 PS; Bd. 36, S. 135-157, Dokument 126 EC; Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941-1944), Berlin 1991, S. 49, 135-142, 173-175, 212-214, 216-223, 272f; BA Berlin, R 55/1434, Bericht über die Propagandalage im Osten, 17.9.42; CHRISTIAN GERLACH, Die deutsche Agrarreform und die Bevölkerungspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: Besatzung und Bündnis, Berlin, Göttingen 1995, S. 9-60, hier S. 9; DERS., Morde, S. 56; DALLIN, S. 50, 117-119, 317-323, 356-358; RALF BARTOLEIT, The New Agrarian Order in Ukraine, 1941-2, in: German-Ukrainian Relations, S. 126-137, hier S. 126; DERS., Die deutsche Agrarpolitik in den besetzten Gebieten der Ukraine vom Sommer 1941 bis zum Sommer 1942, Hamburg 1987, S. 26-31, 40f, 138; ALY/ HEIM, S. 366f, 376-382; ROLAND PETER, General der Infanterie Georg Thomas, in: Hitlers militärische Elite 1, S. 248-257, hier S. 253f; REITLINGER, Haus, S. 191f, 230; CORNI/ GIES, Brot, S. 10, 401, 501f, 533f; KERSHAW, Hitler II, S. 784; HERBERT, Fremdarbeiter, S. 154; DERS., Rassismus als rationales Kalkül, in: „Vernichtungspolitik“, hg. v. WOLFGANG SCHNEIDER, Hamburg 1991, S. 25-35, hier S. 34; PENTER, S. 65f, 68; Lower, Nazi Empire-Building, S. 23f; POHL, Schlachtfeld, S. 346; KLAUS JOCHEN ARNOLD, Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, Berlin 2005, S. 321.

Hitler legte im März 1941 fest, dass die eroberten Gebiete in der Sowjetunion wie in Polen schnell an eine zivile Verwaltung übergeben werden sollten, wobei Göring die wirtschaftliche Ausbeutung und Himmler „Sonderaufgaben im Auftrage des Führers“ – womit die polizeiliche Sicherung, aber auch die Vorbereitung der späteren „Germanisierung“ gemeint war – übernehmen sollte.³ Um keinen dieser beiden Unterführer zu mächtig werden zu lassen und um gegenüber der internationalen Öffentlichkeit den Schein eines traditionellen Vorgehens aufrechtzuerhalten, beauftragte er einen Dritten mit der Führung der Besatzungspolitik in der Sowjetunion – den Parteiideologen und -außenpolitiker Alfred Rosenberg. Dieser hatte sich selbst für ein derartiges Amt ins Gespräch gebracht und konnte als besatzungspolitisch unbelastete Figur dazu beitragen, die langfristigen Absichten der NS-Führung zu verschleiern – vor allem aber war nicht zu erwarten, dass er, der machtpolitisch bisher kaum in Erscheinung getreten war, die Absichten Himmlers und Görings ernsthaft behindern konnte.⁴

Rosenberg vertrat ein Konzept, das in seinen Grundlinien mit den Vorstellungen seines „Führers“ konform ging – die ehemals sowjetischen Gebiete sollten in erster Linie Nahrungsmittel und Rohstoffe für den andauernden Krieg gegen Großbritannien liefern. Zugleich war es aber auch bestens für die Funktion eines „Deckmäntelchens“ geeignet: Rosenberg wollte die Völker der Sowjetunion als Verbündete gegen die „Großrussen“ nutzen – was als Anlehnung an das Selbstbestimmungsrecht der Völker propagandistisch ausgenutzt werden konnte. Dazu wollte er ihnen eigene, allerdings völlig vom Deutschen Reich abhängige Staaten zugestehen. Diese sollten einen Schutzwall zwischen Deutschland und „Großrußland“ bilden, wobei Russen und Juden auf die Region um Moskau zurückge-

³ Vgl. HANS UMBREIT, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: KROENER, BERNHARD R. u.a.: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Erster Halbband, Stuttgart 1988, S. 3-345, S. 90f; IMT, Bd. 26, S. 54, Dokument 447 PS; EBERHARD JÄCKEL, Hitlers doppeltes Kernstück, in: „Unternehmen Barbarossa“, hg. v. ROLAND G. FOERSTER, München 1993, S. 13-22, hier S. 20; Dienstkalender, S. 61f, 92; DIEMUT MAJER, Führerunmittelbare Sondergewalten in den besetzten Ostgebieten, in: Verwaltung contra Menschenführung, S. 374-395, hier S. 380; Reichsführer!, S. 87, Dokument Nr. 77; BA Berlin, NS 19/3874, Himmler an Bormann, 25.5.41.

⁴ Vgl. KERSHAW, Hitler II, S. 548; REBENTISCH, Führerstaat, S. 313; IMT, Bd. 38, S. 87, Dokument 221-L; MAJER, Sondergewalten, S. 375; DALLIN, S. 100; Herbst 1941, S. XII, XV; ANDREAS MOLAU, Alfred Rosenberg, Koblenz 1993, S. 11-22, 61-67, 101-120; BURKERT, S. 402-411; BENJAMIN PINKUS/ INGEBORG FLEISCHHAUER, Die Deutschen in der Sowjetunion, Baden-Baden 1987, S. 223-225; CHRISTINE PAJOUH, Die Ostpolitik Alfred Rosenbergs 1941-1944, in: Deutschbalten, S. 167-195, hier S. 168-173; REITLINGER, Haus, S. 232; ZELLHUBER, S. 62-100; ROBERT CECIL, The Myth of the Master Race, London 1972, S. 196.

drängt werden sollten. Weite Gebiete, wie zum Beispiel das Baltikum, sollten deutsch besiedelt werden.⁵

Zur Vorbereitung dieser Umgestaltung beabsichtigte Rosenberg, die eroberten Territorien in fünf „Reichskommissariate“ aufzuteilen: Das „Reichskommissariat Ostland“ sollte das Baltikum und Weißrussland – „Weißruthenien“ –, das „Reichskommissariat Ukraine“ das ukrainische Siedlungsgebiet und das „Reichskommissariat Kaukasien“ den Kaukasus umfassen. Zwischen Ukraine und Kaukasus war im „Don-Wolga-Gebiet“ ein weiteres Reichskommissariat vorgesehen. Aus dem verbliebenen russischen Siedlungsraum um Moskau sollte schließlich das „Reichskommissariat Moskowien“ gebildet werden – als Abschiebegebiet unerwünschter Bevölkerungsgruppen nach dem Vorbild des Generalgouvernements.

Der Ukraine kam in dieser Konzeption eine besondere Rolle zu, da Rosenberg in ihr nicht nur ein enormes, für Deutschland entscheidendes Nahrungs- und Rohstoffreservoir ausmachte, sondern auch den historischen wie zukünftigen Gegenpol zu Moskau. Er beabsichtigte, der Ukraine größere Freiheiten als den anderen Gebieten zu gewähren und die Ukrainer durch psychologische Mittel wie der Stärkung ihres Nationalgefühls zu „freiwilliger Mitarbeit“ bei der Ausbeutung ihres Landes zu veranlassen. Eine unabhängige Ukraine sollte das deutsche Volk schließlich von dem „jahrhundertelange[n] Alldruck“ des „russischen Imperiums“ und jeder „überseeischen Blockade“ befreien, weshalb Rosenberg der Aufgabe des Reichskommissars, diesen Staat herbeizuführen, „weltgeschichtliche[...] Tragweite“⁶ zumaß.

Rosenbergs Ansatz passte trotz ähnlicher Zielsetzung nicht zum Ausbeutungskonzept der Wirtschaftspolitiker, das von Hitler unterstützt wurde. Rosenbergs Chancen, sich gegen Männer vom Schlage Görings durchzusetzen, waren äußerst gering, da ihm innerhalb der nationalsozialistischen Hierarchie die Hausmacht fehlte. Selbst für die Spitzen seiner Verwaltung konnte er nur mediokre Funktionäre gewinnen. Auch die Gauleiter Hinrich Lohse und Alfred Meyer, die er als „Reichskommissar für das Ostland“ beziehungsweise als seinen Stellvertreter im Ministerium in Aussicht genommen hatte, gehörten nicht zu den einflussreichsten ihres Standes und hatten sich in der Besatzungspolitik bisher noch nicht profi-

⁵ IMT, Bd. 26, S. 547-554, Dokument 1017 PS; S. 555-560, Dokument 1019 PS; Vgl. DALLIN, S. 57-68; ZELHUBER, S. 39-48; JERABEK, S. 20-23, 29f.

⁶ IMT, Bd. 26, S. 573, Dokument 1028 PS; Vgl. Ebd., S. 567, 572, Dokument 1028 PS; S. 551, Dokument 1017 PS; GOLCZEWSKI, Kollaboration, S. 165; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 38f; Einsatz im „Reichskommissariat Ostland“, hg. v. WOLFGANG BENZ u.a., Berlin 1998, S. 17.

liert.⁷ Rosenberg plante lediglich einen etablierten Besatzungspolitiker in seinen Apparat ein, und das auch nur, weil er wusste, dass Hitler und Göring den Einsatz dieses Mannes fordern würden. Dieser Funktionär war Erich Koch, der für seine Eigenmächtigkeit und seine Abneigung gegenüber Rosenberg bekannt war. Der zukünftige Minister wollte Koch deshalb nach „Moskowien“ abschieben, wo er Rosenbergs Konzept am wenigsten stören könne, da dort die Verwaltung lediglich „auf Niederhaltung jeglichen russischen und bolschewistischen Widerstandes ausgerichtet sein und eine[r] durchaus rücksichtslose[n] Persönlichkeit bedürfen“⁸ werde.

9.1. „... eine durchaus rücksichtslose Persönlichkeit“ – Reichskommissar

Die von Rosenberg erarbeiteten Strukturen der Besatzungsverwaltung wurden während einer Konferenz am 16. Juli 1941, bei der die Grundsatzfragen zur Besatzungspolitik erörtert wurden, von Hitler akzeptiert, und Rosenberg wurde zum „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete“ ernannt. Dennoch zeigte gerade diese Konferenz, dass ihm keineswegs die zentrale Kompetenz in der Besatzungspolitik übertragen, sondern nur eine verschleierte Funktion zugedacht worden war. Die Machttträger, die auch schon die wichtigsten Sektoren der Besatzungspolitik in Polen beherrschten, sollten die dort erprobte Politik weiterführen und übernahmen die entsprechenden Aufgaben in der Sowjetunion: Göring sicherte sich und seiner Vierjahresplanbehörde die Kontrolle der Wirtschaft, Himmler, der gar nicht anwesend war, wurde mit der polizeilichen Sicherung der Gebiete betraut, und auch die Wehrmacht blieb außerhalb des ministeriellen Zuständigkeitsbereichs.⁹

⁷ Vgl. BERKHOFF, Harvest, S. 45; DALLIN, S. 36-38, 46f; Das Kriegstagebuch des Diplomaten Otto Bräutigam, in: Biedermann und Schreibtischtäter, Berlin 1987, S. 123-187, hier S. 173; BURKERT, 402; PINKUS/ FLEISCHHAUER, S. 227; REITLINGER, Haus, S. 155; IMT, Bd. 26, S. 555-557, Dokument 1019 PS; S. 575, Dokument 1029 PS; JOACHIM LEHMANN, Herbert Backe, in: Braune Elite 2, S. 1-12; CORNI/ GIES, Brot, S. 416-420; ERNST PIPER, Alfred Rosenberg, München 2005, S. 275-284, 566f; JERABEK, S. 21, 31; MOLAU, S. 112f.

⁸ IMT, Bd. 26, S. 557, Dokument 1019 PS; Vgl. Ebd., Bd. 11, S. 604; Vgl. Portrait eines Menschheitsverbrechers, hg. v. SERGE LANG/ ERNST VON SCHENCK, St. Gallen 1947, S. 307-315.

⁹ IMT, Bd. 38, S. 87, Dokument 221-L; KERSHAW, Hitler II, S. 548f; DALLIN, S. 95f, 133; BIRN, S. 20f; BREITMANN, Architekt, S. 242; Führer-Erlasse, S. 186-189, Dokumente 99, 100; BA Berlin, R 6/21, Himmler an Rosenberg, 10.6.41; Rosenberg an Lammers, 14.6.41.

Geradezu vernichtend für Rosenbergs Gesamtkonzept und damit auch für seine Aussichten, sich in den zu erwartenden Machtkämpfen um die Federführung in der Besatzungspolitik durchzusetzen, wirkte bereits die einleitende Ansprache Hitlers. Der Diktator machte in ihr unmissverständlich klar, dass allein die Deutschen Nutznießer des Krieges sein dürften. Er forderte weitreichende „Germanisierungen“, die nicht durch Interimsmaßnahmen behindert werden dürften. Von selbständigen Staaten der slawischen Völker sprach der „Führer“ nicht, vielmehr davon, dass der „riesenhafte Kuchen handgerecht zu zerlegen“ und alles „auszurotten“ sei, „was sich gegen uns stellt.“¹⁰ Er zog das britische Kolonialregiment in Indien, das mit nur wenigen englischen Verwaltungsbeamten auskam, als Vorbild für die deutsche Politik heran, sprach sich zugleich aber gegen bewaffnete einheimische Hilfstruppen aus.

Göring pflichtete seinem „Führer“ bei, indem er Rosenbergs Versuche, sein Konzept der kulturellen Einflussnahme zu retten, sofort mit einem Hinweis auf die Ernährungslage abschmetterte. Der „Wirtschaftsdiktator“ war es auch, der die Personalvorschläge des Ministers scharf kritisierte. Als Vertreter der Interessen des nicht anwesenden ostpreußischen Gauleiters wandte er sich zunächst gegen die Ernennung Hinrich Lohses zum „Reichskommissar für das Ostland“, da sein Protegé Koch im Vorfeld der Besprechung Absichten geltend gemacht hatte, Teile des Baltikums an Ostpreußen anzugliedern, und sich selbst als Reichskommissar für das Baltikum empfohlen hatte.¹¹ Die Verwaltung „Moskowiens“ wollte Koch hingegen nicht übernehmen, da er sie für eine „gänzlich negative Aufgabe“¹² hielt.

Göring argumentierte, Koch könne entweder das Baltikum, das er „genau kenne“, oder die Ukraine verwalten, weil er „eben die Persönlichkeit mit der stärksten Initiative und der besten Vorbildung sei.“ Rosenberg gelang es nicht, überzeugende Argumente gegen Koch vorzubringen, selbst sein Einwurf, Koch habe bereits angekündigt, seinen, Rosenbergs, Direkti-

¹⁰ IMT, Bd. 38, S. 87, Dokument 221-L; Vgl. BA Berlin, R 43 II/688, Vermerk Lammers, 1.10.41; KERSHAW, Hitler II, S. 527; BERKHOFF, Harvest, S. 35; PICKER, S. 93, 8./9.9.41; S. 163f, 3.3.42; S. 248, 1.4.42; S. 304, 11.4.42; S. 317, 18.4.42; S. 333, 23.4.42; ADOLF HITLER, Mein Kampf, 538.-542. Auflage, München 1940, S. 154; CORNI/GIES, Brot, S. 531; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 9, 24, 73; DALLIN, S. 174.

¹¹ IMT, Bd. 38, S. 89f, Dokument 221-L; Vgl. IPN Warschau, SWWW 759, Blatt 1370, Aussage Koch, 29.11.50-4.1.51; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 28, Aussage Koch, 17.6.49; KOCH, Interview, S. 42f, 51; UMBREIT, Weg, S. 89; WENDT, Danzig, S. 782; REITLINGER, Haus, S. 167-169, 207, 213; Denkschrift Stuckart, 11.9.41, S. 6, in: Ausgewählte Dokumente; BRÄUTIGAM, So, S. 340; MULLIGAN, S. 23; Tagebücher Goebbels, I/4, S. 618, 1.5.41; S. 655, 23.5.41.

¹² BA Berlin, R 6/21, Rosenberg an Lammers, 5.7.41.

ven keine Folge leisten zu wollen, wurde von Göring mit der Bemerkung zurückgewiesen, Rosenbergs „Leute“ müssten sehr selbstständig arbeiten und sollten nicht gegängelt werden. Rosenberg schlug daraufhin den Thüringer Gauleiter Fritz Sauckel als Alternative zu Koch vor, doch Hitler entschied: „[D]as wichtigste Gebiet für die nächsten drei Jahre sei zweifellos die Ukraine. Daher werde Koch am besten dort eingesetzt.“¹³

Diese Entscheidung belegt, wie sehr Hitler Koch zu diesem Zeitpunkt ob seiner bisherigen Verdienste schätze – er soll ihn sogar als seinen besten Gauleiter bezeichnet haben.¹⁴ Für den Ruf, den sich Koch während seiner bisherigen Karriere erworben hatte, waren aber auch die Versuche Rosenbergs bezeichnend, seine Ernennung zu verhindern – Koch galt jenseits aller ideologischen Differenzen als nicht beherrschbarer Untergebener. Tatsächlich hatte der Gauleiter während seiner gesamten Laufbahn als Verwaltungsführer mit steigender Intensität versucht, sich aus der Hoheit übergeordneter Behörden zu lösen, was ihm in Białystok, das er gleichzeitig zur Ukraine zugesprochen bekam, auch gelungen war. In der Ukraine galt er zwar ebenso wie sein Kollege im „Ostland“ – die anderen von Rosenberg geplanten Reichskommissariate konnten aufgrund des Kriegsverlaufes nicht eingerichtet werden – als Hoheitsvertreter des Reiches, dem die gesamte zivile Verwaltung unterstand, war aber in den Instanzenzug des „Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete“ eingebunden. Die eigentlichen Hoheitsfunktionen lagen beim Ministerium, das unter anderem als Gesetzgeber und oberster Gerichtsherr fungierte. Beide Reichskommissare empfanden das als Zurücksetzung, da ihre Pendants in Norwegen und den Niederlanden ebenso wie die CdZ direkt Hitler unterstanden. Sie sahen sich als „Reichskommissare zweiter Klasse“ und verlangten für sich ebenfalls eine Immediatstellung, das Ministerium hielten sie dagegen für überflüssig.¹⁵

Zunächst aber galt es, die Verwaltungseinheit überhaupt erst aufzubauen. Da die besetzten sowjetischen Gebiete wie seinerzeit die polnischen

¹³ IMT, Bd. 38, S. 90f, Dokument 221-L; Vgl. BA Berlin, R 6/21, Rosenberg an Lammers, 21.5.41; WEIßBECKER, S. 322; BRÄUTIGAM, So, S. 340; JERABEK, S. 31.

¹⁴ OTTO DIETRICH, 12 Jahre mit Hitler, München 1955, S. 259; Vgl. PICKER, S. 374, 5.5.42; S. 547, 24.6.42; WALTER WARLIMONT, Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939-1945, Frankfurt/ Main 1962, S. 402, 27.12.43; WACŁAW DŁUGOBORSKI/ CZESŁAW MADAJCZYK, Ausbeutungssysteme in den besetzten Gebieten Polens und der UdSSR, in: Kriegswirtschaft und Rüstung 1939-1945, hg. v. FRIEDRICH FORSTMEIER/ HANS-ERICH VOLKMAN, Düsseldorf 1977, S. 375-416, hier S. 408f.

¹⁵ Vgl. BA Berlin, BDC, O 370, Bericht Hoffmann, 5.6.42; REITLINGER, Haus, S. 232; UEBERSCHÄR, Reichspost, S. 126-137; REBENTISCH, Führerstaat, S. 314; DALLIN, S. 103-105; HANS MOMMSEN, Rechtsstellung des Reichskommissariats Ukraine, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Band II, Stuttgart 1966, S. 328-332; JERABEK, S. 32.

zwecks rücksichtsloser Ausbeutung möglichst schnell an die Zivilverwaltung übergeben werden sollten, wurden die Reichskommissariate nicht erst dann eingerichtet, wenn die für sie vorgesehenen Territorien vollständig von deutschen Truppen besetzt worden waren, sondern es wurden immer wieder kleinere Gebiete im Hinterland der kämpfenden Truppe den zivilen Behörden übergeben. Unter Militärverwaltung blieb nur ein etwa 200 Kilometer breiter Streifen direkt hinter der Front. Als erste ukrainischen Gebiete wurden bereits am 1. August 1941 das ehemals polnische Galizien und Transnistrien – der Raum zwischen Dnjestr und südlichem Bug – an zivile Behörden übergeben. Galizien wurde dem Generalgouvernement angegliedert, Transnistrien inklusive Odessa an Rumänien. Auch dies war ein Schlag für die Konzeption Rosenbergs, denn die nationalistischen Gruppierungen, auf die er baute, sahen wie er selbst in diesen Gebieten integrale Bestandteile eines zukünftigen ukrainischen Staates. Noch schwerer wog allerdings, dass ein von diesen Aktivisten sofort nach dem Einmarsch in Lemberg ausgerufenen unabhängiger ukrainischer Staat von den Deutschen aufgelöst und dessen Regierung verhaftet wurde.¹⁶

Die ersten Teile des „Reichskommissariats Ukraine“ (RKU) – vom Bug im Westen bis zu einer Linie Sarny-Proskurov im Osten – wurden am 1. September 1941 in Winniza vom Militär an die Zivilverwaltung übergeben. Der Reichskommissar machte sich allerdings nicht die Mühe, diesem Akt selbst beizuwohnen, er schickte seinen designierten Stellvertreter, den Zichenauer Regierungspräsidenten Dargel, der auch schon die vorbereiteten Verhandlungen mit der Wehrmacht geführt hatte.¹⁷ Am 20. Oktober wurden die Territorien westlich des Dnjepr bis zur Linie Čerkassy-Pervo-

¹⁶ Vgl. REITLINGER, Haus, S. 200, 202f; *Faschistische Okkupationspolitik*, S. 39; *Dienstkalender*, S. 61; Herbst 1941, S. XVI; GOLCZEWSKI, Reaktionen, S. 200, 204f, 207-210; DERS., *Kollaboration*, passim; BARTOLEIT, *Agrarpolitik*, S. 51f; DALLIN, S. 125-131, 137; JERABEK, S. 31f; POHL, *Schlachtfeld*, S. 355; IRINA PAVLENKO, *Die Ukrainische Aufständischenarmee (UPA)*, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 61/2002, S. 73-90; JOHN A. ARMSTRONG, *Ukrainian Nationalism*, 2. Auflage, New York, London 1963; FRANZISKA BRUDER, *Kollaboration oder Widerstand?*, in: *ZfG* 54/2006, S. 20-44; TARAS HUNCZAK, *OUN-German Relations, 1941-5*, in: *German-Ukrainian Relations*, S. 178-186; RYSZARD TORZECKI, *Die Rolle der Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht in der Ukraine für deren Okkupationspolitik 1941 bis 1944*, in: *Europa unterm Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration (1938-1945)*, Berlin, Heidelberg 1994, S. 239-272, hier S. 246-250, 267-269; HANS MOMMSEN, *Ukrainische Untergrundbewegung OUN*, in: *Gutachten*, S. 335f; *Alliance for Murder*, hg. v. B. F. SABRIN, New York 1991, passim; HEER, S. 249-256; WOŁODYMYR KOSYK, *The Third Reich and Ukraine*, New York u.a. 1993.

¹⁷ *Führer-Erlasse*, S. 196f, Dokument 108; TSDAVOV Kiew, 3206/4/6, *Tagesbefehl Wehrmachtsbefehlshaber Ukraine*, 1.9.41; BA Berlin, R 94/9, *Reisebericht Dargel*, 1.-8.10.41; *Faschistische Okkupationspolitik*, S. 38; REITLINGER, Haus, S. 216; OTTO BRÄUTIGAM, *Überblick über die besetzten Ostgebiete*, Tübingen 1954, S. 19; HILBERG, *Verichtung*, S. 876.

majsk, am 15. November 1941 die restlichen Gebiete auf diesem Flussufer der Zivilverwaltung übergeben. Erst im folgenden Jahr, am 1. September 1942, wurde auch ein circa 100 Kilometer breiter Streifen östlich des Dnjepr zum RKU geschlagen. Damit war die beabsichtigte Größe des Reichskommissariats zwar noch nicht erreicht, der Kriegsverlauf verhinderte aber eine weitere Ausdehnung.¹⁸

Das RKU umfasste zum Zeitpunkt seiner größten Ausdehnung ungefähr 340 000 Quadratkilometer mit fast 17 Millionen Einwohnern und war in sechs Generalkommissariate eingeteilt¹⁹, von denen die Hälfte von „Alten Kämpfern“ aus Ostpreußen geleitet wurden. In Kiew residierte Waldemar Magunia, der dafür die Verwaltung Bialystoks abgab, Nikolajew wurde vom ostpreußischen Parteirichter Ewald Oppermann verwaltet und Wolhynien-Podolien vom Königsberger Polizeipräsidenten Heinrich Schoene. Einen weiteren ehemaligen Mitarbeiter, Fritz-Dietlof von der Schulenburg, wollte Koch zunächst in Kiew, dann in Shitomir einsetzen, Schulenburg lehnte beide Ämter aber ab. In Shitomir residierte deshalb der Münsteraner Regierungspräsidenten Kurt Klemm, der im August 1942 auf Veranlassung Kochs und Görings durch den stellvertretenden pfälzischen Gauleiter Ernst Ludwig Leyser abgelöst wurde. Hinzu kamen der DAF-Funktionär und SS-Brigadeführer Claus Selzner im industriell geprägten Dnjepropetrowsk und der ehemalige Wiener Gauleiter Alfred Frauenfeld für die Krim, wobei ihm nur der der Halbinsel vorgelagerte Bezirk Taurien unterstellt wurde, die Halbinsel selbst blieb unter Militärverwaltung. Alle darüber hinaus geplanten Bezirke – das RKU sollte sich bis östlich der Wolga erstrecken – kamen nicht zustande, weil die entsprechenden Gebiete unter Militärverwaltung blieben oder gar nicht erst erobert wurden. Fast alle bedeutenden ukrainischen Industriegebiete – sie lieferten etwa die

¹⁸ Führer-Erlasse, S. 202, 204f, 273f, Dokumente 113, 115, 184; BA Berlin, R 43 II/690b, Führerbefehl, 12.8.42; R 6/302, RMBO an OKH, 2.9.42; Vortragsnotiz, 27.8.42; BERKHOFF, Harvest, S. 36f; GOLCZEWSKI, Kollaboration, S. 164; UMBREIT, Weg, S. 88; Faschistische Okkupationspolitik, S. 38; CHRISTIAN GERLACH, Krieg, Ernährung, Völkermord, Hamburg 1998, S. 75; DERS., Morde, S. 179.

¹⁹ Stand 1. Januar 1943, das Gebiet hatte vor dem deutschen Einmarsch 20-25 Mio. Einwohner (BA Berlin, R 6/70, Blatt 108, Übersicht über die Verwaltungseinteilung des Reichskommissariats Ukraine, 1.1.43; Vgl. HANS UMBREIT, Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942-1945, in: BERNHARD R. KROENER u.a., Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, Zweiter Halbband, Stuttgart 1999, S. 3-272, hier S. 45; DERS., Weg, S. 88; JERABEK, S. 38; BERKHOFF, Harvest, S. 36, 39-41; DALLIN, S. 103-105).

Hälfte der sowjetischen Produktion – lagen in diesen Territorien und gerieten daher nicht unter die Kontrolle Kochs.²⁰

Die nächste Stufe der deutschen Verwaltung bildeten die 144 Gebiets- und Stadtkommissare – auch hier amtierten viele Ostpreußen –, die wiederum die einzigen den Ukrainern zugestandenen Verwaltungskörperschaften, diejenigen auf Rayon- und Kommunalebene, beaufsichtigten. Die zahlenmäßig größte Gruppe deutscher Verwaltungsführer waren die „Landwirtschaftsführer“, denen es oblag, jeweils mehrere Kolchosen zu verwalten. Insgesamt waren im Januar 1943 25 000 Reichsdeutsche für fast 17 Millionen Einwohner in 433 Rayons zuständig.²¹ Koch besaß nicht die personellen Ressourcen, um ein derart großes Beamtenkorps nach seinen Vorstellungen aufzubauen, er scheute sich jedoch nicht, den ungeliebten Rosenberg durch die Schaffung vollendeter Tatsachen zu überrumpeln, indem er kurzerhand selbst Beamte berief oder die vom Ministerium abgeordneten einfach zurückschickte.²² Sein Beamtenkorps musste jedenfalls sehr loyal sein, da es angesichts der Größe der Ukraine und der fehlenden Infrastruktur nicht möglich war, die Verwaltung straff zu führen.²³

Koch musste seinen Amtssitz auf Anweisung Hitlers in Rowno nehmen, obwohl er selbst Kiew bevorzugt hätte. Dort hatten der Wehrmachtsbe-

²⁰ BA Berlin, BDC Oppermann; BDC, O 342, Vermerk Dargel, 25.9.42; BA Berlin, R 6/69, Blatt 40f, Besetzungslisten RKU, RKO; R 6/491, Blatt 175, Rosenberg an Lammers, 7.4.43; R 55/1463, Bericht Kausch, 26.6.43; TSDAVOV 3206/2/217, Blatt 32f, Anordnung Wehrmachtsbefehlshaber Ukraine, 6.2.42; Dienstkalender, S. 59, 52f; LOWER, Obedience, S. 9, 45; DIES., Nazi Empire-Building, S. 106f, 127; PrZ Nr. 54, 24.2.42; HEINEMANN, Rebell, S. 81, 220, 281; MOMMSEN, Schulenburg, S. 220; DIETER WOLFF-ANGER, Ernst Ludwig Leyser, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 14/1988, S. 209-217, hier S. 215f; ROHRER, Macht, S. 466f, 555, 588; ORLOW, History II, S. 387; BRÄUTIGAM, So, S. 579; DALLIN, S. 105f; NORBERT KUNZ, Die Krim unter deutscher Herrschaft (1941-1944), Darmstadt 2005, S. 48, 95, 97, 313f; JERABEK, S. 36-38; BIRN, S. 347; TORZECKI, S. 260f; PENTER, S. 64f.

²¹ BA Berlin, R 6/70, Blatt 108, Übersicht über die Verwaltungseinteilung des Reichskommissariats Ukraine, 1.1.43; R 6/491, Blatt 175, Rosenberg an Lammers, 7.4.43; REITLINGER, Haus, S. 222; HANS MOMMSEN, Stellung, Aufgaben und Befugnisse der in den Ostgebieten eingesetzten Gebietskommissare im Zweiten Weltkrieg, in: Gutachten, S. 310f; BERKHOFF, Harvest, S. 39; HERZOG, S. 160; TILITZKI, Alltag, S. 51; Kriegstagebuch Bräutigam, S. 172; KLAUS BÄSTLEIN, Völkermord und koloniale Träumerei, in: NS-Gewaltherrschaft, S. 217-246; GERLACH, Agrarpolitik, S. 10f; CORNI/ GIES, Brot, S. 537; MARTIN DEAN, Collaboration in the Holocaust, Basingstoke 2000, S. 106f; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 55; MULLIGAN, S. 28f.

²² TSDAVOV Kiew, 3206/1/13, Blatt N 8, Vermerk RMBO, 7.1.42; BA Berlin, R 6/69, RMBO an RKU, 15.1.43; R 6/251, RMBO an Koch, 6.3.43; R 6/491, Blatt 171-178, Rosenberg an Lammers, 7.4.43; BDC, O 342, Vermerk Dargel, 25.9.42.

²³ Vgl. BA Berlin, BDC, O 370, Bericht Hoffmann, 5.6.42; TSDAVOV Kiew, 3206/1/28, Blatt 1-5, Rundschreiben RKU, 19.5.43; BERKHOFF, Harvest, S. 39.

fehlshaber und der HSSPF ihren Sitz und es stand wesentlich mehr Wohn- und Büroraum zur Verfügung. Hitler, der Kiew ursprünglich ähnlich wie Moskau und Leningrad ganz von der Landkarte tilgen wollte, wollte jedoch jeglichen Hinweis auf einen selbständigen Staat vermeiden und daher der alten Hauptstadt keine Bedeutung mehr zugestehen – auch das war ein Zeichen für die Aussichtslosigkeit von Rosenbergs Konzeption. Koch konnte die „Verbannung“ ins weniger repräsentative Rowno verschmerzen, denn er hielt sich nur selten in der Ukraine auf.²⁴

Wie auch im erweiterten Ostpreußen und in Białystok delegierte Koch den Großteil der Arbeit an seinen Führungsstab, der ebenfalls in Rowno untergebracht war. Im Verhältnis zur Größe des zu verwaltenden Landes war dieses Gremium relativ klein, es bestand ursprünglich aus 800 Personen, wurde dann aber sukzessive auf 250 verringert – zum einen, weil Koch sich nicht gegen die „Auskämmung“ seiner Verwaltung zur Wehr setzte, vor allem aber, weil er das Personal den General- und Gebietskommissaren zuwies. Auch hier waren viele Ostpreußen tätig, darunter nicht wenige, die ihre alten Ämter im weit entfernten Heimatgau weiterhin parallel ausübten. Auch eine Reihe von ostpreußischen Organisationen wie das Winterhilfswerk, das unter anderem Verwundete betreute, war in der Ukraine tätig.²⁵

Wichtigster Fachressortleiter war der sächsische Landesbauernführer Hellmut Körner, der die Landwirtschaftsabteilung leitete und damit für die Lebensmittellieferungen an Truppe und Reich zuständig war. Diese Position hatte er bis 1941 im Generalgouvernement ausgefüllt, mit ihm war also ein Fachmann in die Ukraine abkommandiert worden.²⁶ Als „Höherer SS-

²⁴ BA Berlin, R 6/244, Aktennotiz Rosenberg, 9.3.42; R 43 II/609b, Vermerk, 21.10.41; Lammers an Rosenberg und Koch, 22.10.41; BA Bayreuth, Ost-Dok 13/240, Bericht Wedelstädt; BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 221, Aussage Kitzinger, 5.12.49; Faschistische Okkupationspolitik, S. 257, Dokument Nr. 79; Führer-Erlasse, S. 195, Dokument Nr. 107; ROLF-DIETER MÜLLER, Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik, Frankfurt/Main 1991, S. 163; BERKHOFF, Harvest, S. 164f; REITLINGER, Haus, S. 35, 177, 208; Herbst 1941, S. 33.

²⁵ REITLINGER, Haus, S. 243; GERLACH, Morde, S. 160, 225; LAWRYNOWICZ, S. 425; Kriegstagebuch Bräutigam, S. 174; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 58; BERKHOFF, Harvest, S. 39, 198; IMT, Bd. 27, S. 11, Dokument 1130 PS; BA Berlin, BDC, O 370, Bericht Hoffmann, 5.6.42; R 6/491, Blatt 174f, Rosenberg an Lammers, 7.4.43; R 55/1463, Bericht Kausch, 26.6.43; R 94/24, Telefonverzeichnis Dienststelle Rowno, undatiert; BDC, PK Wedelstädt; BA Bayreuth, Ost-Dok 13/240, Bericht Wedelstädt; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 352, Aussage Groeben, 3.10.49; TSDAVOV Kiew, 3206/1/20, Blatt 1a, Fernschreiben Koch, 4.10.41; 3206/2/182, Blatt 1-13, Rundschreiben Landesleitung NSDAP, 15.3.43; 3206/6/258, Blatt 21, Vermerk, undatiert; 3676/4/230, Blatt 51, Gaubefehl Landesleitung der NSDAP Ukraine, 1.4.43.

²⁶ CORNI/ GIES, Brot, S. 510.

und Polizeiführer Rußland-Süd“ amtierte ursprünglich SS-Obergruppenführer Friedrich Jeckeln, der für zahlreiche Massaker in der Ukraine verantwortlich war. Er wurde im November 1941 gegen den Königsberger HSSPF Hans Adolf Prützmann ausgetauscht, der bis dato im Baltikum tätig war. Koch hatte auf diesen Wechsel gedrängt, aber nicht, wie er später immer wieder behauptete, weil Jeckeln ihm zu brutal war, sondern weil sein Verhältnis zu Jeckeln bereits seit 1937 angespannt war. Die beiden NS-Führer zerstritten sich zudem schon nach wenigen Tagen wegen der Beschlagnahme eines Gutes, das sowohl SS als auch Zivilverwaltung für sich beanspruchten. Mit Prützmann hatte sich Koch dagegen bisher immer bestens arrangiert, und auch zum „Befehlshaber der Sicherheitspolizei“, SS-Gruppenführer Max Thomas, pflegte er ein gutes Verhältnis.²⁷

Koch trat sein Amt als „Reichskommissar für die Ukraine“ an, ohne sich jemals mit dem Land und seiner Bevölkerung befasst zu haben. Anders als andere deutsche Stellen hatte er vor 1941 kein Interesse an den ukrainischen Nationalisten gezeigt, sondern im Gegenteil zwei gegensätzliche, aber jeweils antiukrainische Positionen vertreten, indem er zeitweise Görings Konzeption der Saturierung Polens durch ukrainische Gebiete unterstützt, dann aber auch als Freund der Sowjetunion aufgetreten war. Auf die ihm von Rosenberg zugedachte Aufgabe, die Ukrainer für Deutschland zu gewinnen, war er nur schlecht vorbereitet, beabsichtigte aber auch nicht, sein Reichskommissariat mit größerer Rücksicht auf regionale Gegebenheiten zu führen und zeigte keinerlei Interesse daran, sich von Experten beraten zu lassen. Vielmehr ließ er sich jetzt, wie schon während seiner gesamten politischen Karriere, von anderen NS-Größen beeinflussen, und zwar von Männern aus dem Zentrum der Macht, nämlich Hitler, Göring und Bormann, die radikales, antiukrainisches Gedankengut äußerten, das ihm Orientierung bot und ihn zu einer ähnlichen eigenen Haltung inspirierte.²⁸

Koch kam dabei zustatten, dass er vergleichsweise häufig mit Hitler zusammentraf, was auch machttechnisch bedeutsam war. Der Diktator hielt

²⁷ RICHARD BREITMANN, Friedrich Jeckeln, in: Die SS, S. 267-275, hier S. 269-271; POHL, Schauplatz, S. 140; LOWER, Obedience, S. 3-6, 17; DIES., Nazi Empire-Building, S. 75f; BIRN, S. 26, 171f, 175, 231; HILBERG, Vernichtung, S. 311; LONGERICH, Politik, S. 377-379; GILBERT, S. 186; Dienstkalender, S. 219, 222, 228, 232; MAJER, Sondergewalten, S. 393; KRAUSNICK/ WILHELM, S. 327; DALLIN, S. 295; MULLIGAN, S. 65; GERLACH, Morde, S. 183; KOCH, Interview, S. 51; TSDAVOV Kiew, 3206/1/20, Schriftverkehr September/ Oktober 1941; BA Berlin, R 6/244, Besprechungsprotokoll, 20.4.44; RFSS an RMBO, 2.6.44; NS 19/2846, Ernennung Prützmann, 22.10.43; BDC, SSO 395A, Prützmann.

²⁸ Vgl. IMT, Bd. 11, S. 602; BA Berlin, R 6/305, Reisebericht Rosenberg, 18.6.-26.6.42.

sich während des Krieges gegen die Sowjetunion bevorzugt in seinen Führerhauptquartieren „Wolfschanze“ bei Rastenburg in Ostpreußen und „Werwolf“ in Winniza in der Ukraine oder, quasi zur Erholung, im „Berghof“ bei Berchtesgaden auf. In Berlin weilte er nur selten, Kabinettsitzungen und ähnliche Regierungstätigkeiten hatte er durch Umlaufverfahren ersetzt, immer öfter regierte er direkt über Führererlasse, an denen die Ministerien nicht beteiligt wurden. Der Zugang zum „Führer“ war damit endgültig zu einem Privileg geworden, das für den Aufbau und den Erhalt einer starken Machtposition unabdingbar war.²⁹

Koch besaß gegenüber anderen NS-Führern den Vorteil, dass die beiden im „Russlandfeldzug“ genutzten Führerhauptquartiere in seinem Machtbereich lagen und Martin Bormann – der einzige Funktionär, der zuverlässig Kontakte zu Hitler herstellen konnte – sein Duzfreund war.³⁰ Heute lässt sich kaum noch rekonstruieren, wie oft er während des Kriegs – außer zu den „Parteifeiertagen“ und den Reichs- und Gauleitertagungen – mit Hitler zusammentraf. In den ersten Wochen des „Unternehmens Barbarossa“ scheint er häufiger und gern gesehener Gast im Führerhauptquartier gewesen zu sein. Während dieser Zeit notierte Rosenbergs Verbindungsmann in der „Wolfschanze“, Werner Koeppen, die Stimmung sei dort „für Koch sehr günstig, alle halten ihn für den geeigneten Mann und ‚zweiten Stalin‘, der seine Aufgabe auf das beste lösen wird.“³¹ Allgemein werde bewundert, „daß das Gebiet des Gauleiters Koch, seinen Gau mit inbegriffen, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reiche.“³²

Der Gauleiter selbst scheint trotz dieser Prominenz eher zu den Außenseitern gehört zu haben, bei Tisch beteiligte er sich nicht sehr intensiv an der Konversation³³ – die im Vergleich zu den persönlichen Besprechungen,

²⁹ Vgl. KERSHAW, Hitler II, S. 692f, 738, 1226; ZELLHUBER, S. 334-346; ORLOW, History II, S. 8f.

³⁰ REITLINGER, Haus, S. 209; DALLIN, S. 136; WULF, Bormann, S. 98; JERABEK, S. 158; REBENTISCH, Führerstaat, S. 397f, 441-462; KERSHAW, Hitler II, S. 501, 568; MOLL, Steuerungsinstrument, S. 235f; ORLOW, History II, S. 327-339, 422-424; BA Berlin, R 43 II/690b, Blatt 79, Koch an Rosenberg, 2.6.42.

³¹ Herbst 1941, S. 25, Dokument VI.2, 18.9.41; Stalin wurde in Teilen der NS-Führung, auch von Hitler, wegen seines harten Regimes bewundert (Vgl. Ebd., S. 43f, Dokument XI.2, 24.9.41; PICKER, S. 404f, 12.5.42; S. 649, 22.7.42; KERSHAW, Hitler II, S. 550).

³² Herbst 1941, S. 93, Dokument XXII.5, 21.10.41; Vgl. Ebd., S. VII, XVII; KERSHAW, Hitler II, S. 1214; MOLL, Steuerungsinstrument, S. 249, 255; IPN Warschau, SWWW 759, Blatt 1370, Aussage Koch, 29.11.50-4.1.51.

³³ Vgl. Herbst 1941, S. 100, Dokument XXIV, 23.10.41; NICOLAUS VON BELOW, Als Hitlers Adjutant 1937-45, Mainz 1980; MARIANNE FEUERSENGER, Im Vorzimmer der Macht, 2. durchgesehene und um einen Bildteil ergänzte Neuauflage, München 1999; TRAUDEL JUNGE, Bis zur letzten Stunde, München 2002; Heeresadjutant bei Hitler 1938-

die er während dieser Zeit häufig mit Hitler führte, aber auch nebensächlich war. In den folgenden Jahren scheinen diese Gespräche, wie einige Äußerungen Kochs schließen lassen, seltener geworden zu sein.³⁴ Dazu dürfte neben der großen Arbeitsbelastung Kochs und der zunehmenden Abschottung Hitlers auch beigetragen haben, dass Koch zu der im Führerhauptquartier am zahlreichsten vertretenen Gruppe, den Wehrmachts-offizieren, ein schlechtes Verhältnis pflegte. Bereits Ende September 1941 geriet er mit OKW-Chef Wilhelm Keitel in einer „sehr lauten Auseinandersetzung“ aneinander, als er während einer Besprechung mit Hitler das Militär beschuldigte, die Ukrainer nicht im Sinne des „Führers“ zu behandeln, sondern sie ungerechtfertigter Weise zu bevorzugen.³⁵

Von ausschlaggebender Bedeutung für Kochs Machtposition wie für seine Politik war jedoch, dass Rosenberg, der immerhin ein kriegswichtiges Amt bekleidete, nur selten von Hitler empfangen wurde. Er soll zwischen 1941 und 1944 nur fünfmal im Führerhauptquartier bei Hitler gewesen sein, was weitaus seltener war als die im einzelnen nicht belegbaren Besuche Kochs.³⁶ Wie sehr der Minister dadurch gegenüber seinem Konkurrenten ins Hintertreffen geriet, verrät eine Bemerkung seines Verbindungsmannes im Führerhauptquartier, der am 23. September 1941 forderte, es müsse „nun auf alle Fälle auf das schnellste festgestellt werden, welche Ansicht der Führer in der Frage der Behandlung der Ukraine hat“³⁷ – derartige Unsicherheiten kannte der „alte Gauleiter“ Koch nicht.

Rosenberg glaubte, die Besatzungspolitik nach seinen Vorstellungen führen zu können, während Koch sich im Führerhauptquartier oder durch Bormann instruieren ließ. Hitlers Ansichten, die er auf diese Weise erfuhr, passten wenig zu den Vorstellungen Rosenbergs von einer unabhängigen Ukraine. Hitler verglich die Slawen während eines Abendessens mit Koch am 18. September 1941 mit einer „Kaninchenfamilie, die von sich aus niemals über den Verband der Familie hinausgehen werden, wenn sie nicht von einer Herrschicht dazu gezwungen werden. Allgemeine Desorganisa-

1943, bearb. v. HILDEGARD VON KOTZE, Stuttgart 1974; HEINZ LINGE, *Bis zum Untergang*, 2. durchgesehene Auflage, München, Berlin 1980; FRANZ VON SONNLEITHNER, *Als Diplomat im „Führerhauptquartier“*, München, Wien 1989.

³⁴ Vgl. IMT, Bd. 25, S. 286, Dokument 192 PS; PrZ Nr. 109, 20.4.41.

³⁵ Herbst 1941, S. 40f, Dokument X.2, 23.9.41; IPN Warschau, SWWW 759, Blatt 1370, Aussage Koch, 29.11.50-4.1.51; Generaloberst Halder, *Kriegstagebuch*, Band III, bearb. v. HANS-ADOLF JACOBSEN, Stuttgart 1964, S. 242, 20.9.41; ORLOW, *History II*, S. 412.

³⁶ Herbst 1941, S. XIII; ZELHUBER, S. 342-344; HARVEY FIRESIDE, *Icon and Swastika*, Cambridge/ Massachusetts 1971, S. 82; REITLINGER, *Haus*, S. 169; IMT, Bd. 11, S. 556; *Portrait*, S. 309; PIPER, S. 533, 565.

³⁷ Herbst 1941, S. 40f, Dokument X.2, 23.9.41; Vgl. Ebd., S. XVII, XIX.

tion sei der ihnen naturgemäße und erstrebenswerte Zustand.“³⁸ Wenige Tage später führte er aus, die Ukrainer würden nur auf die Peitsche reagieren. „Stalin sei einer der größten lebenden Menschen, da es ihm, allerdings auch nur durch härtesten Zwang, gelungen sei, aus dieser slawischen Kaninchenfamilie einen Staat zu machen.“³⁹ Am 29. September erfuhr schließlich auch Rosenberg, was Hitler in der Ukraine plante: Der Diktator sprach sich nochmals gegen eine unabhängige Ukraine aus.⁴⁰ Im Mai 1942 betonte Hitler erneut die Priorität der Versorgung des Reiches. Er werde, so führte er bei Tisch aus, „aus der Ukraine die letzte Kuh wegholen, bevor die Heimat hungern müsse.“⁴¹

Der „Führer“ zeigte sich von den blonden Ukrainerinnen zwar sehr beeindruckt, ließ sich von Bormann im Juli 1942 jedoch überzeugen, dass gerade deren Vitalität und Kinderreichtum eine Gefahr für die deutschen Siedlungsabsichten darstelle. Hitler ordnete daher an, die medizinische Versorgung zu reduzieren – Abtreibungen sollten jedoch erleichtert werden, außerdem wünschte er einen „schwungvollen Handel mit Verhütungsmitteln“ – und die Reduzierung der Schulbildung auf ein Minimum. Es solle, so der „Führer“, kein „Herrenbewußtsein“ entstehen, es reiche, wenn die Ukrainer Verkehrszeichen und „etwas Deutsch“ lesen könnten als „Voraussetzung für unsere Führung“, „Rechnen und dergleichen sei überflüssig“⁴².

Der Reichskommissar richtete seine Verwaltungspraxis an derartigen Äußerungen Hitlers aus. Er kündigte an, die Großstädte und die Industrie zerstören zu wollen. Die Bevölkerung wollte er mittels Alkohol und Tabak kontrollieren und

„betonte, daß man von Anfang an hart und brutal sein müsse, und nicht in den Fehler von 1917/18 verfallen dürfe, mal nachgiebig und mal hart zu sein. General Eichhorn sei bezeichnenderweise nicht von Bolschewiken, sondern von ukrainischen Nationalisten ermordet worden.“⁴³

³⁸ Ebd., S. 22; Vgl. Berkhoff, Harvest, S. 35f.

³⁹ Herbst 1941, S. 43f, Dokument XI.2, 24.9.41.

⁴⁰ Faschistische Okkupationspolitik, S. 200f, Dokument Nr. 45.

⁴¹ PICKER, S. 395, 10.5.42.

⁴² Ebd., S. 649-652, 22.7.42; Vgl. Ebd., S. 492f, 2.6.42; BA Berlin, NS 19/544, Vermerk RuSHA, 16.7.43; ROMAN ILNYTZKYI, Deutschland und die Ukraine 1934 – 1945. Erster Band, 2. Auflage, München 1958, S. 293-307; DALLIN, S. 151; REITLINGER, Haus, S. 235-237; Herbst 1941, S. XXXVII.

⁴³ Herbst 1941, S. 24; Vgl. Ebd., S. 59, Dokument XV.2, 5.10.41; BERKHOFF, Harvest, S. 50, 165; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 72; CORNI/ GIES, Brot, S. 538; ARNOLD, Wehrmacht, S. 153; IMT, Bd. 25, S. 264, Dokument 192 PS.

Gerade die letzte beiläufige Bemerkung war entlarvend: Der damalige deutsche Oberbefehlshaber in der Ukraine Hermann von Eichhorn hatte die Nationalisten gefördert und war von linken Sozialrevolutionären ermordet worden, wurde jetzt aber – auch von Hitler – zur Diskreditierung der aktuellen, durchaus deutschfreundlichen Generation ukrainischer Nationalisten benutzt, da die Ablehnung jeglicher Kooperation mit diesen Kräften begründet werden musste.⁴⁴ Es war nämlich keineswegs so, dass die Aktivisten, die ihre Wünsche enttäuscht sahen, von Anfang an die Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar ablehnten oder ihn als Feind der Ukrainer ansahen. Im Gegenteil, Ende 1941 versuchte ein „Ukrainischer Nationalrat“, sich Koch anzudienen, worauf dieser allerdings nicht einging.⁴⁵

Koch hegte, wie auch schon in Zichenau und ganz im Sinne Hitlers, der jede Selbstverwaltung als Vorstufe zur Unabhängigkeit und damit als Gefahr für die Besatzungsmacht ablehnte, keinerlei Absichten, über das kleinstmögliche Maß hinaus Einheimische zu verwenden oder ihnen gar Mitbestimmungsrechte einzuräumen. Er verbot daher den „Nationalrat“ ebenso wie die Dependence des „Ukrainischen Zentralrates“ der im Generalgouvernement mit Billigung der deutschen Besatzungsbehörden aktiv war.⁴⁶ Kommunale Verwaltungsgremien, die die mit den Deutschen zusammen einrückenden Nationalisten oft auf eigene Faust gegründet hatten – wie zum Beispiel die Stadtverwaltung in Kiew –, ließ der Reichskommissar säubern oder auflösen. Er vertraute der ukrainischen Hilfsverwaltung so wenig, dass er seinen Generalkommissaren sogar verbot, ihr seine Erlasse zugänglich zu machen.⁴⁷

Auf einheimische Hilfspolizeieinheiten – auch diese „Schutzmannschaften“ waren in vielen Fällen ursprünglich durch ukrainische Eigeninitiative entstanden – konnte allerdings auch in der Ukraine nicht verzichtet werden, sie fielen jedoch in den Zuständigkeitsbereich von Kochs HSSPF. Bewaffneten Ukrainern scheint Koch generell skeptisch gegenübergestanden zu haben, er hielt kleine deutsche Gendarmeriekontingente für effektiver und sprach sich gegen eine „Wlassow-Armee für die Ukrai-

⁴⁴ Vgl. Herbst 1941, S. 24; BERKHOFF, Harvest, S. 53; REITLINGER, Haus, S. 191-193; BA Berlin, R 58/1005, Blatt 12, Protokoll, 19.5.43.

⁴⁵ TSDAVOV Kiew 3206/1/77, Blatt 14, Ukrainischer Nationalrat an Koch, undatiert; Vgl. BERKHOFF, Harvest, S. 51; KOSYK, S. 160; BA Berlin, R 55/1438, Taubert an Staatssekretär, 22.9.44; R 94/23, Artikel Hubtschak, 1.11.41.

⁴⁶ BERKHOFF, Harvest, S. 51; ARMSTRONG, S. 117; BRÄUTIGAM, So, S. 504; KRAUSNICK/ WILHELM, S. 357; PICKER, S. 163, 3.3.42; 301-303, 11.4.42; Faschistische Okkupationspolitik, S. 200f, Dokument Nr. 45.

⁴⁷ BA Berlin, R 94/2, RKU an Generalkommissare, 19.3.42; Vgl. ARMSTRONG, S. 102, 114f; GOLCZEWSKI, Kollaboration, S. 168-170; DEAN, S. 106f.

ne“⁴⁸ aus, da sie keinen militärischen Nutzen haben könne und nur das Nationalgefühl wecke. Ebenso soll er sich über die galizische Waffen-SS-Division abfällig geäußert haben.⁴⁹

Die Ukrainer wurden nur durch Handlangerdienste an der Gestaltung der Verhältnisse in ihrer Heimat beteiligt, der Verwaltungschef hielt es für vollkommen ausreichend, die Bevölkerung mit nichtssagenden Parolen zur Mitarbeit aufzufordern. In seiner „Regierungserklärung“, einem Aufruf an die Ukrainer in der ersten Nummer seines Verordnungsblattes, lieferte er die diesbezügliche Standardargumentation: Die Deutschen hätten den Ukrainern die Freiheit vom Bolschewismus und damit zukünftigen Wohlstand erkämpft. Dafür müssten die Ukrainer sich jetzt dankbar zeigen und für die Deutschen arbeiten. „Jeden Faulenzer und Störenfried werden wir bestrafen.“⁵⁰ Von einer eventuellen Mitbestimmung der Ukrainer sprach er bei solchen Gelegenheiten nicht, sie kam für ihn noch nicht einmal als Propagandatopos in Frage. Vor seinen Verwaltungsbeamten argumentierte er vielmehr, es könne keine freie Ukraine geben und es gehe auch nicht darum, das Volk zu „beglücken“, vielmehr laute die Aufgabe, die benötigten Nahrungsmittel „ohne Rücksicht auf Verluste“ zu besorgen.

„Wenn dieses Volk 10 Stunden am Tag arbeitet, dann muß es 8 Stunden für uns arbeiten. Alle sentimentalen Hinwendungen müssen unterbleiben. Mit eiserner Gewalt muß dieses Volk regiert werden, damit es uns jetzt hilft, den Krieg zu gewinnen. Wir haben es nicht befreit, um die Ukraine zu beglücken, sondern um für Deutschland den notwendigen Lebensraum und seine Ernährungsgrundlage sicherzustellen.“⁵¹

Das Leben und das Wohlergehen der Ukrainer besaßen für ihn keinen Wert, seiner Meinung nach konnten diese den Interessen des Deutschen Reiches ohne weiteres untergeordnet werden. In der hier zitierten Rede äußerte sich Koch sogar noch relativ moderat, in vielen Fällen trug er seine verächtliche Meinung von den Ukrainern noch wesentlich deutlicher in die

⁴⁸ BA Berlin, R 55/1463, Bericht Kausch, 26.6.43; Vgl. GOLCZEWSKI, Organe; DERS., Kollaboration, S. 171-175; DERS., Reaktionen, S. 207f; POHL, Hilfskräfte, passim; DERS., Schauplatz, S. 166-168; DEAN, passim; BIRN, S. 225; BERKHOFF, Harvest, S. 42, 289f; PETER J. POTICHNYJ, The Ukrainian Insurgent Army (UPA) and the German Authorities, in: German-Ukrainian Relations, S. 163-177; PAVLENKO, S. 78; TADEUSZ PIOTROWSKI, Poland's Holocaust, Jefferson, London 1998, S. 206, 213.

⁴⁹ BA Berlin, NS 19/2191, Berger an Himmler, 10.12.43; Vgl. WOLFDIETER BIHL, Ukrainians in the Armed Forces of the Reich, in: German-Ukrainian Relations, S. 138-162.

⁵⁰ ERICH KOCH, An die Bevölkerung der Ukraine, in: Verordnungsblatt des Reichskommissars für die Ukraine, 1. Jg., Nr. 1, 24.4.42, S. 2; Vgl. KOCH, Deutschen.

⁵¹ BA Berlin, R 6/70, Blatt 17f; Faschistische Okkupationspolitik, S. 321f, Dokument Nr. 120; IMT, Bd. 25, S. 318, Dokument 264 PS.

Öffentlichkeit und gab beispielsweise offen zu, dass ein höheres Bildungsniveau oder „ein Ansteigen der Volkszahl durchaus jenseits unserer Interessen läge.“⁵² Die an die Ukrainer gestellten Anforderungen bezeichnete er ebenso wie Hitler als gering im Vergleich zu den von den deutschen Soldaten zur Befreiung der Ukraine erbrachten Opfern und machte militärische Sachzwänge dafür verantwortlich. Letztlich seien die Deutschen jedoch „das Herrenvolk“ und müssten „hart aber gerecht regieren.“ Dabei wollte Koch „das Letzte aus dem Land herausholen.“ Die Bevölkerung müsse „arbeiten, arbeiten und nochmals arbeiten“, könne dabei aber keine ausreichende Lebensmittelversorgung verlangen.

„Wir sind wahrlich nicht hierher gekommen, um Manna zu streuen, wir sind hierher gekommen, um die Voraussetzungen des Sieges zu schaffen. [...] Wir sind ein Herrenvolk, das bedenken muß, daß der geringste deutsche Arbeiter rassisch und biologisch tausendmal wertvoller ist als die hiesige Bevölkerung.“⁵³

Koch scheint seine Beamten bereits in Königsberg in diesem Duktus auf ihre Ämter vorbereitet zu haben, die Mehrzahl von ihnen dürfte jedoch schon zuvor antislawisch eingestellt gewesen sein. Im engsten Führungskreis um den Reichskommissar wurden daher Reden geschwungen, die sich sehr stark an seinem Vorbild orientierten.⁵⁴ Auf das politische Klima in der Ukraine wirkte sich dies fatal aus. Rosenberg machte Koch dafür verantwortlich, dass „die Redensart, daß die Ukrainer ein Kolonialvolk seien, das als solches mit der Peitsche wie die Neger behandelt werden solle, durchgesickert [sei] bis in die untersten Verwaltungsdienststellen und weitesten Kreisen von Ukrainern [...] bekannt geworden [sei].“⁵⁵ Im RKU, so hieß es in weiteren Beschwerden, sei es mittlerweile gang und gäbe, die Ukrainer als dreckiges und faules „Kolonial-“ oder „Negervolk“ zu bezeichnen, das man dumm halten müsse und nur mit der Peitsche regieren könne.⁵⁶

Derartige Aussagen waren nicht nur „Wortradikalismus“, sie entsprachen vielmehr der im Reichskommissariat betriebenen Politik. Da der

⁵² BA Berlin, R 6/35, Blatt 111, Notiz von Ukrainereise, ohne Autor, undatiert.

⁵³ IMT, Bd. 27, S. 10, Dokument 1130 PS; Vgl. KOCH, Deutschen; BERKHOFF, Harvest, S. 44; PICKER, S. 164, 3.3.42; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 154.

⁵⁴ Vgl. LOWER, Obedience, S. 7, 18; DIES., Nazi Empire-Building, S.107; JERABEK, S. 40f; IMT, Bd. 11, S. 596; BA Berlin, R 6/35, Blatt 111, Notiz von Ukrainereise, ohne Autor, undatiert.

⁵⁵ Ebd., R 43 II/690b, Blatt 72, Rosenberg an Koch, 13.5.42, abgedruckt in: ADAP, Serie E: 1941-1945. Band II, Göttingen 1972, S. 351-353, Dokument 205.

⁵⁶ IMT, Bd. 11, S. 595; Bd. 25, S. 97, Dokument 045 PS; BA Berlin, R 6/206, Rosenberg an Koch, Januar 1942; ILNYTZKYJ, S. 296, Denkschrift Markull, 18.9.42; LOWER, Nazi Empire-Building, S. 109f; DALLIN, S. 159; REITLINGER, Haus, S. 233f.

Verwaltungschef in der Bevölkerung seines Territoriums bloße Ausbeutungsobjekte sah, führte er hier die restriktive Politik, die er schon gegenüber den Polen in Zichenau betrieben hatte, fort. Auch in der Ukraine errichtete er, einem Gedankengang Hitlers entsprechend, eine Art Apartheidsystem, in dem Ukrainern privater Umgang mit Deutschen verboten und ihre Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt wurde. Die Arbeits- und Wohnverhältnisse wurden streng reglementiert. Ukrainer unterlagen einer Arbeitspflicht und wurden zu Hunderttausenden zur Zwangsarbeit herangezogen. Lebensnotwendige Versorgungsgüter wie Wasser, Strom und Heizmaterial wurden in viel zu geringem Umfang zur Verfügung gestellt, bisweilen wurden auch ganze Stadtviertel geräumt oder Möbel beschlagnahmt, um sie für deutsche Bedürfnisse nutzen zu können. Wenig kaufkräftige Löhne, eingeschränkte Verkehrsmöglichkeiten, abendliche Sperrstunden und ähnlich drakonische Sondergesetze wie in Bialystok gehörten bald zum Alltag der Bevölkerung.⁵⁷

Den Ukrainern wurde jegliche politische Betätigung verboten, Organisationen aller Art wurden aufgelöst und das kulturelle Leben stark eingeschränkt. Neue Verbände, auch Wohlfahrtsorganisationen, durften allenfalls auf der Rayonsebene gebildet werden.⁵⁸ Die stark zensierte ukrainischsprachige Presse berichtete ausschließlich im Sinne der Besatzer und durfte „völkischen oder kulturellen Zwecken“⁵⁹ einzelner Gruppen oder Konfessionen keinen Platz einräumen. Viele Theater, Kinos und Museen durften – genau wie die Krankenhäuser – nur von Deutschen besucht werden, nur wenige Häuser mit einem sehr eingeschränkten Programm standen auch Ukrainern offen.⁶⁰ Viele Kunstschatze, Kulturgüter und Bibliotheken wurden von deutschen Kommandos und auch von Koch geplündert, was die Absicht des Ostministeriums, die Ukrainer durch kulturelle Betätigung von politischen Ambitionen abzuhalten und ihre Arbeitslust zu steigern, konterkarierte.⁶¹

⁵⁷ BERKHOFF, Harvest, S. 37, 54, 118, 142-146; PICKER, S. 623, 9.7.42; S. 652, 22.7.42; PENTER, passim; EIKEL, S. 408; Verbrecherische Ziele, passim; „Nur wir haben überlebt“, hg. v. BORIS ZABARKO, Wittenberg 2004, passim.

⁵⁸ DALLIN, S. 138; Faschistische Okkupationspolitik, S. 71; BA Berlin, R 6/102, Besprechungsprotokoll, 10.2.42.

⁵⁹ TSDA VOV Kiew, 3206/2/60, Blatt 8f, Rundschreiben Wedelstädt, 18.2.42; BA Berlin, R 6/206, Rundschreiben v. Wedelstädt; Richtlinie RMBO; Vgl. R 94/4b, Richtlinien für den Umgang mit Agenturmateriale; BERKHOFF, Harvest, S. 151, 191-193; PrZ Nr. 170, 22.6.43.

⁶⁰ REITLINGER, Haus, S. 238; BERKHOFF, Harvest, S. 187-204.

⁶¹ Vgl. HAASE, Kunstraub, S. 66-85; LYNN H. NICHOLAS, Der Raub der Europa, München 1995, S. 258-268; PETROPOULOS, S. 166, 187-193; ANJA HEUSS, Kunst- und Kulturgutraub, Heidelberg 2000, S. 196; DALLIN, S. 482; POHL, Schlachtfeld, S. 348; ULRICH

Ersatz für Kultur und Politik sollten, und in diesem Punkt waren sich Koch und Rosenberg einig, die Kirchen bieten. Allerdings galt es zu verhindern, dass sich durch eine einheitliche Kirche ein Zusammengehörigkeitsgefühl oder gar der Vorläufer einer Nationalbewegung bildete, daher sollten die Kirchen möglichst auf kleinere, regionale Einheiten beschränkt bleiben. Jedes Dorf sollte, wie Hitler es formulierte, „seine eigene Sekte“⁶² haben. Zwecks minutiöser Kontrolle mussten alle kirchlichen Organisationen, auch die bereits seit längerem bestehenden, durch die Besatzungsverwaltung genehmigt werden. Kochs Verordnung vom 1. Juni 1942, die den Ukrainern die Religionsausübung gestattete, wurde im Jargon der Besatzungsverwaltung euphemistisch „Toleranzedikt“ genannt, was deutlich zeigte, welche propagandistische Wirkung von dieser Regelung erwartet wurde. Die deutsche Taktik scheint erfolgreich gewesen zu sein, denn eine Untergrundgesellschaft wie in Polen, die mit konspirativen Strukturen versuchte, ein nationales Eigenleben aufrechtzuerhalten, entstand in der Ukraine nicht, die Kirchen konnten hingegen einen gewissen Aufschwung verzeichnen.⁶³

Die Kehrseite war, dass die Ukrainer wie die Polen jeglichen Rechtsschutzes verlustig gingen, da das sowjetische Recht durch Hitlers Kriegsgerichtsbarkeitserlass vom 13. Mai 1941 außer Kraft gesetzt wurde.⁶⁴ Im November desselben Jahres erließ Koch eine Verordnung, nach der Straftaten „Fremdvölkischer“ bis zur Einführung von Sondergerichten von Standgerichten, die in die Zuständigkeit des HSSPF fielen, abgeurteilt werden

HARTUNG, Raubzüge in der Sowjetunion, Bremen 1997, S. 39; Faschistische Okkupationspolitik, S. 90f; BERKHOFF, Harvest, S. 247; Dienstkalender, S. 230; Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941-1943, hg. v. ROLF-DIETER MÜLLER, Boppard am Rhein 1991, S. 613f; FRIEDRICH HEYER, Die orthodoxe Kirche in der Ukraine von 1917 bis 1945, Köln, Braunsfeld 1953, S. 202f; Herbst 1941, S. 59f; HANS-HEINRICH WILHELM, Der SD und die Kirchen in den besetzten Ostgebieten 1941/42, in: MGM 29/1981, S. 55-99, hier S. 87f; BA Berlin, R 6/206, Verordnung, 10.4.42; IPN Warschau, SWWW 765, Blatt 52, Verhandlungsprotokoll Extradition-Tribunal, 8.11.49.

⁶² PICKER, S. 303, 11.4.42; Vgl. BERKHOFF, Harvest, S. 232-252; DALLIN, S. 486-506; ARMSTRONG, S. 188-210; GOLCZEWSKI, Geschichte, S. 254; FIRESIDE, passim; WASSILIJ ALEXEEV, The Russian Orthodox Church under German Occupation, 1941-1945, Ann Arbor 1967, passim; DERS./ THEOFANIS G. STAVROU, The Great Revival. The Russian Church under German Occupation, Minneapolis 1976, passim; FRIEDRICH HEYER, Kirchengeschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert, Göttingen 2003, passim.

⁶³ BERKHOFF, Harvest, S. 141f, 239; JERABEK, S. 164f; Kriegstagebuch Bräutigam, S. 182; DALLIN, S. 494f; LOWER, Nazi Empire-Building, S. 118-122; BRÄUTIGAM, Überblick, S. 68f; DERS., So, S. 469; BA Berlin, R 6/22, Entwurf Verordnung Religionsfreiheit; Entwurf Durchführungsverordnung, März 1942; R 6/69, RMBO an RKU, undatiert.

⁶⁴ Faschistische Okkupationspolitik, S. 132-134, Dokument Nr. 5; DEAN, S. 19; MORITZ, S. 235-241; NIKOLAS LASKOVSKY, Practicing Law in the occupied Ukraine, in: American Slavic and East European Review 2/1952, S. 123-137.

sollten. Die Gebietskommissare bildeten die Anklagebehörde und Koch behielt es sich vor, einzelne Verfahren an sich zu ziehen. Als Urteile waren nur Todesstrafe und Freispruch vorgesehen, außerdem berührte die Verordnung „diejenigen Massnahmen, welche der Sicherheit und Befriedung des eroberten Raumes dienen und von den Einsatzkommandos und der Sicherheitspolizei sowie den Kraefen der Ordnungspolizei vorzunehmen sind“⁶⁵, nicht.

Koch stellte mit dieser Bestimmung SS und Polizei eine Art Freibrief für Maßnahmen jeglicher Art aus, sofern sie nur als der Sicherheit dienlich dargestellt wurden. Auch das schließlich eingeführte differenziertere Rechtssystem, das den Generalkommissaren Strafbefugnisse übertrug und schwere Strafen für alles vorsah, was den deutschen Zugriff auf landwirtschaftliche Güter und Arbeitskräfte erschwerte oder verhinderte, wie zum Beispiel Schwarzschlachten, konnte nicht verhindern, dass sich die Herrenmenschenmentalität der deutschen Besatzer auch durch ständige willkürliche Strafmaßnahmen, vor allem durch ad hoc verhängte Prügelstrafen, äußerte. Willkürliche Exekutionen wurden sogar eindeutig gestattet.⁶⁶ Für minderschwere Vergehen und bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Ukrainern wurde ein System von Schöffen und Schlichtern eingeführt.⁶⁷

Die deutsche Besatzungspolitik in der Ukraine war insgesamt wesentlich brutaler als diejenige im Baltikum, was nicht nur an den Reichskommissaren Koch und Lohse lag, sondern auch an den unterschiedlichen Konzeptionen. Die Ukrainer galten für Entscheidungsträger wie Koch und Göring als „slawische Untermenschen“, während die Balten in der Rassenhierarchie einen höheren Platz einnahmen. Hinzu kam, dass von der Ukraine wesentlich höhere ökonomische Leistungen erwartet wurden, die Koch mit Gewalt zu erfüllen suchte.⁶⁸

Der wirtschaftlichen Ausbeutung ordnete Koch ganz gemäß den Direktiven, die er aus Berlin erhalten hatte, auch die Versorgung der Bevölkerung unter. Die Planungen für einen „Blitzsieg“ sahen vor, möglichst schnell und umstandslos Nahrungsmittel und Rohstoffe zu gewinnen. An der ukrainischen Industrie und damit an den Ballungszentren und ihrer Bevöl-

⁶⁵ TSDAVOV Kiew, 3206/2/225, RKU an Generalkommissare, 26.11.41; 3206/2/226-229, Gerichtsurteile, 1942/43; Faschistische Okkupationspolitik, S. 241, Dokument Nr. 71.

⁶⁶ BA Berlin, R 43 II/690, Verordnung RKU, 20.2.43; RMBO an Reichskanzlei, 19.4.43; Vgl. BERKHOFF, Harvest, S. 127, 131-136; LASKOVSKY, S. 131; LOWER, Obedience, S. 19.

⁶⁷ BA Berlin, R 94/2, Verordnung RKU, 15.3.42; R 6/206, Verordnung RKU, 29.4.42; BERKHOFF, Harvest, S. 43; MORITZ, S. 238-240.

⁶⁸ Vgl. TSDAVOV Kiew, 3206/6/257, Organisations- und Arbeitsplan Abt. Fürsorge und Volkswohlfahrt, undatiert; HANS-DIETER HANDRACK, Das Reichskommissariat Ostland, Hannoversch Münden 1981, passim.

kerung bestand kein Interesse, die Großstädte sollten mittelfristig sogar ganz von der Landkarte verschwinden.⁶⁹ In den Städten wurden daher nur die Einwohner versorgt, die für die Deutschen arbeiteten. Dies verursachte eine Hungersnot, der in Städten wie Kiew, das zeitweise von seinem Umland abgeriegelt wurde, Zehntausende zum Opfer fielen.⁷⁰ Erst als sich abzeichnete, dass der Krieg länger als erwartet dauern würde, wurden in Berlin die Konzeptionen geändert. Auch die Industrie der Ukraine sollte nun zum deutschen Sieg beitragen, was eine geringfügige Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung nach sich zog.⁷¹

Kochs Einfluss auf die Wirtschaftspolitik im RKU war insgesamt relativ gering, da diese vom „Wirtschaftsstab Ost“ in Görings Vierjahresplanbehörde gestaltet wurde. Die Behörde übertrug den Wiederaufbau der kriegszerstörten oder demontierten Industriebetriebe nicht dem Reichskommissar, der dazu weder über das Personal noch über das Know-how verfügte, sondern Spezialisten wie Fritz Todt, Albert Speer und Hermann Göring.⁷² Die einzelnen Betriebe wurden im allgemeinen an Treuhänder aus dem Reich, meist Konzerne aus der betreffenden Branche, übertragen, viele konnten jedoch erst kurz vor der Rückeroberung durch die Rote Armee wieder in Betrieb genommen werden.⁷³ Auf die Auswahl der Treuhänder scheint der Reichskommissar einen gewissen Einfluss besessen zu haben, denn er war es, der der SS ähnlich wie in Zichenau und Białystok die Bauwirtschaft übertrug. Die SS übernahm in der Ukraine auch zahlreiche Landgüter als erste Teile eines geplanten SS-Stützpunktsystems.⁷⁴

Auf dem landwirtschaftlichen Sektor war auch Koch wesentlich aktiver. Hier gründete er, als sich die „Ostpreußische Landgesellschaft“ als überlas-

⁶⁹ DALLIN, S. 389-393; Herbst 1941, S. 23f, Dokument VI.1, 18.9.41; Faschistische Okkupationspolitik, S. 280f, Dokument Nr. 94.

⁷⁰ BA Berlin, BDC, O 370, Bericht Hoffmann, 10.6.42; R 6/102, Besprechungsprotokoll, 10.2.42; BERKHOFF, Harvest, S. 164-186, 317; POHL, Schlachtfeld, S. 346; NICHOLAS G. BOHATIUK, The Economy of Kiev under Foreign Conquerors, 1941-1944, in: The Ukrainian Quarterly 42/1986, S. 35-58.

⁷¹ Vgl. BERKHOFF, Harvest, S. 138; REITLINGER, Haus, S. 230.

⁷² Vgl. MÜLLER, Ostkrieg, S. 41, 56; JOSEF WERPUP, Ziele und Praxis der deutschen Kriegswirtschaft in der Sowjetunion, 1941 bis 1944, Bremen 1992, S. 34-43; IMT, Bd. 28, S. 3-15, Dokument 1743 PS.

⁷³ MÜLLER, Ostkrieg, S. 53-58, 189-191; DALLIN, S. 392f; Faschistische Okkupationspolitik, S. 49, 55; TORZECKI, S. 264; BA Berlin, R 55/1463, Bericht Kausch, 26.6.43.

⁷⁴ Der geschäftsführende SS-Führer wurde in die Verwaltung Kochs eingebaut, womit Kochs Einfluss auf den Bereich gewahrt blieb (MULLIGAN, S. 27, 69; KAIENBURG, S. 596f; SCHULTE, S. 324-327; Dienstkalender, S. 75, 527; Vgl. WALTER NAASNER, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942-1945, Boppard am Rhein 1994, S. 432f; Reichsführer!, S. 141, Dokument Nr. 138; INGEBORG FLEISCHHAUER, Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion, Stuttgart 1983, S. 153f).

tet erwies, eigene Gesellschaften zur Verwaltung und Ausnutzung von Grund und Boden. Zusammen mit dem Monopolisten für den Handel mit Agrarprodukten, der „Zentralhandelsorganisation Ost“, betrieb er elf ernährungswirtschaftliche sowie eine Altstoffverwertungsgesellschaft, die ihm großen wirtschaftlichen Einfluss gewährten. Darüber hinaus übernahmen einige Unternehmen der „Erich-Koch-Stiftung“ die Treuhandschaft über ukrainische Betriebe, obwohl den Organen des Staates und der Partei – die Reichskommissare wurden dabei ausdrücklich genannt – sowie Stiftungen die Übernahme von Betrieben verboten worden war.⁷⁵ Einen ähnlich direkten Zugriff wie auf die Wirtschaft Zichenaus und Białystoks konnte Koch damit nicht erreichen, dazu war die Wirtschaftskraft der Ukraine aber auch zu bedeutend, als dass die Wirtschaftsorganisationen sie ihm ohne weiteres überlassen hätten. Durch seine Gesellschaften und seine Stellung als Protegé Görings sah er seine Handlungsfreiheit aber offenbar soweit gewährleistet, dass er in diesem Sektor keine größeren Konflikte mit anderen Machträgern ausfocht.

Von einer konstruktiven Wirtschaftspolitik konnte in der Ukraine keine Rede sein. Koch versuchte mittels rücksichtslosen Raubbaus, die von ihm geforderten Kontingente an Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Arbeitskräften zu liefern. Dabei gelang es ihm und seiner Verwaltung tatsächlich, gewaltige Mengen an Nahrungsmitteln ins Reich zu liefern, und dennoch entsprachen diese bei weitem nicht den Erwartungen, die durch Berechnungen von Experten im Vorfeld des Krieges geweckt worden waren. So war für 1941/42 mit einem Überschuss von 4 Millionen Tonnen Getreide gerechnet worden, es konnten aber „nur“ 1,5-2 Millionen Tonnen ins Reich geliefert werden. Zusammen mit der von den ukrainischen Arbeitskräften im Reich ermöglichten Ernte hatten Ukrainer und Ukraine damit dennoch 15 Prozent des deutschen Getreidebedarfs produziert. Die im Osten stehenden Truppen konnten sogar zum größten Teil aus den besetzten Gebieten versorgt werden. Insgesamt stammten 68,3 Prozent der in den sowjetischen

⁷⁵ Faschistische Okkupationspolitik, S. 59, 173-175, Dokument Nr. 27; S. 216-223, Dokument 55; S. 585-588, Dokument Nr. 267; TSDAVOV Kiew, 3206/2/155, Blatt 14, Vermerk, undatiert; Blatt 33, Vermerk, 14.7.43; BA Bayreuth, Ost-Dok 10/305, Blatt 83, Bericht Kurandt; Ost-Dok 10/353, Blatt 18, Material über die Erich Koch-Stiftung; BA Berlin, R 33 I/20, Arbeitsbericht ZHO, 18.12.42; R 94/9, Besprechungsprotokoll, 19.10.41; R 94/27, Bericht Jaks, undatiert; R 6/42, Vermerk RMBO, Abt. II 1, 23.3.43; Vermerk Abt. II 1,5,6, undatiert; R 6/491, Rosenberg an Lammers, 7.4.43; BDC, O 342, Vermerk Dargel, 25.9.42; Landbewirtschaftungs-Gesellschaft Ukraine, in: Neues Bauerntum 34/1942, S. 197; Einweisung der Landbewirtschaftungs-Gesellschaft Ukraine m.b.H., in: Neues Bauerntum 34/1942, S. 236; GERLACH, Agrarreform, S. 11, 32; DERS., Morde, S. 234; CORNI/ GIES, Brot, S. 537, 540f; BARTELEIT, Agrarpolitik, S. 143; DALLIN, S. 396-408; WERPUP, S. 43-56; BERTHOLD GERBER, Staatliche Wirtschaftslenkung in den besetzten und annektierten Ostgebieten, Tübingen 1959, passim.

Gebieten requirierten Güter aus der Ukraine, darunter 7 Millionen Tonnen Getreide, 1,7 Millionen Tonnen Kartoffeln und 980 000 Tonnen Ölsaaten.⁷⁶ In der NS-Führung wurde dies mit Erleichterung wahrgenommen, wie Staatssekretär Backe im Juli 1942 deutlich machte: „Das ist so entscheidend, daß wenn wir diese Menge nicht gehabt hätten, ich weiß nicht, wie wir das dritte Kriegsjahr hätten überstehen sollen.“⁷⁷

Dennoch fiel die „Ausbeutungsbilanz“ des Reichskommissariats nicht gut aus, da 1942 im Getreideanbau nur 63 Prozent der Vorkriegsfläche bebaut wurden, während es in den anderen besetzten Gebieten über 80 Prozent waren. Bei der Ernte war der Rückgang noch größer, es wurden nur 39 Prozent der Vorkriegsernte eingefahren.⁷⁸ Diese Mengen mussten außerdem noch mit den umfangreichen Investitionen verrechnet werden, die die Deutschen notgedrungen in der kriegszerstörten ukrainischen Landwirtschaft tätigen mussten, ohne dass es ihnen dadurch gelang, die Produktivität signifikant zu erhöhen.⁷⁹ Die Lieferungen Kochs trugen dennoch auf Kosten der ukrainischen Bevölkerung einen wichtigen Teil zur deutschen Versorgung und damit auch zur Kriegführung bei, ihm selbst kam dabei das „Verdienst“ zu, daß er die Lebensmittel mit der Rücksichtslosigkeit requirierte, die von ihm erwartet wurde, und dabei bedenkenlos über das Schicksal der Bevölkerung hinwegging.

In der Propaganda wurde diese Ausbeutung stark beschönigt. Die „harten Maßnahmen“ gegenüber der Bevölkerung wurden von Koch ebenso wie die Besetzung des Landes generell mit den Opfern gerechtfertigt, die das deutsche Volk erbracht habe, um die ehemalige Sowjetrepublik vom „bolschewistischen Joch“, das er in den düstersten Farben schilderte, zu befreien. Er beschwor die „Blockadefestigkeit“ Europas und beschrieb die angebliche Verbesserung der Lebensverhältnisse, wobei er stets die ungeheure Größe und Schwierigkeit der von ihm und seiner Verwaltung zu bewältigenden Aufgabe betonte. Einige Male sprach er sogar von deutschen Todesopfern.⁸⁰

⁷⁶ BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 26-31, 108-110, Anlage 9a, 9b, 10a, 10b, 13a, 13b, 14; Faschistische Okkupationspolitik, S. 61, 401f, Dokument 166; BA Berlin, R 94/4b, Presseinformation Koch, 21.6.43; R 55/1463, Bericht Kausch, 26.6.43; R 33 I/20, Bilanz ZHO, 31.10.42; DALLIN, S. 381; PENTER, S. 92; CORNI/ GIES, Brot, S. 539, 551.

⁷⁷ Zitiert nach: BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 123.

⁷⁸ Ebd., S. 108f.

⁷⁹ DALLIN, S. 378; GERLACH, Agrarreform, S. 10; Faschistische Okkupationspolitik, S. 58f; CORNI/ GIES, Brot, S. 541, 551; IMT, Bd. 41, S. 201-205, Dokument Rosenberg 35.

⁸⁰ Vgl. Deutsche Ukraine-Zeitung, 9.3.43; PrZ Nr. 282, 11.10.41; Nr. 361, 30.12.41; Nr. 58, 28.2.42; Nr. 327, 27.11.42; Nr. 2, 3.1.44; KOCH, Deutschen; ERICH KOCH, Ein Jahr deutsche Ukraine, in: Südostdeutsche Landpost, 2/1942, Folge 36, 6.9.42, S. 1.

Die in Religionsfragen geübte Toleranz hob er ebenso hervor wie die angeblich hervorragende Ausbildung der Ukrainer durch neugegründete Schulen und Hochschulen. Immer wieder betonte er, dass die nationalsozialistische Ukrainepolitik anders geartet und darum erfolgreicher sei als die kaiserliche 1918. Die Bevölkerung habe aufgrund dieser Politik mittlerweile eingesehen, dass gewisse härtere Maßnahmen kriegsbedingt notwendig seien, sei aber über die Befreiung vom Bolschewismus so dankbar und vom deutschen Führungsstil so angetan, dass sie gern für die Deutschen arbeite. Er schilderte die Ukrainer als von den Besatzern geschätzte, geschickte und willige Arbeitskräfte, die wesentlich besser als zu Sowjetzeiten behandelt würden. Ihnen würde nicht mehr zugemutet als den Deutschen in der Heimat. Dem deutschen Publikum sollte offensichtlich vorgeführt werden, dass der verlustreiche Krieg auch zum Besten der Bevölkerung des Ostens geführt werde.⁸¹

Die Außendarstellung des „Reichskommissariats Ukraine“ entsprach damit nicht nur nicht der Realität, sondern stand auch im Gegensatz zu den Absichten und Äußerungen des Reichskommissars. Kochs Reden, ansonsten in der ostpreußischen Presse häufig im Wortlaut wiedergegeben, wurden daher kaum zitiert, wie seine Person in der Berichterstattung zur Ukraine generell ein weniger prominenter Platz zukam als in der zu Zichenau. Der Gauleiter konnte im Propagandabild von der befreiten Ukraine nicht als der große Visionär, der den germanischen Neuaufbau eines jetzt deutschen Gebietes vorantreibe, dargestellt werden. Von Siedlungs- und Germanisierungsplänen war, ganz im Gegensatz zu Zichenau, nicht die Rede, auch wenn weiterhin die Rolle Ostpreußens als zentraler Umschlagplatz an der Ostsee innerhalb einer Neuordnung Europas beschrieben wurde. Diese Figur wurde allerdings nicht weiter ausgeführt, als es bereits in den Artikeln und Aufsätzen zu dem polnischen Gebiet geschehen war, von konkreten Plänen wurde nicht berichtet. In zahlreichen Artikeln, Reiseberichten sowie geographischen, landeskundlichen und historischen Beiträgen wurde jedoch weiterhin am Mythos der „Kornkammer Europas“ gewoben. Die deutsche Besatzungspolitik wurde dabei in einem sehr konventionellen Rahmen dargestellt, der weniger den Vorstellungen vom

⁸¹ Vgl. PrZ Nr. 5, 5.1.43; Nr. 174, 26.6.43; ERICH KOCH, Ein Jahr deutsche Ukraine, in: BA Berlin, R 6/70; DERS., „Deutscher Aufbau in der Ukraine sichert Europas Unabhängigkeit“, in: Ebd.; Deutsche Ukraine-Zeitung, 9.3.43; KOCH, Deutschen; Vgl. ERICH KOCH, Ukraine in der Bewährung, in: NSK 55, 6.3.43.

„germanischen Lebensraum“ entsprach als dem „Dekompositionskonzept“ Rosenbergs.⁸²

Ganz in diesem Sinne, aber entgegen der Realität, wurde die angebliche Übereinstimmung Kochs mit Rosenberg gelobt. Während Rosenberg vor allem als Ideologe und Kenner des Bolschewismus beschrieben wurde, wurde sein Untergebener ob seiner „Pioniernatur“, seiner „gewaltigen Tatkraft“, seiner Führungs- und Erziehungsfähigkeiten und seiner praktischen Erfahrung – im Wirtschaftsaufbau in Ostpreußen und als „hervorragender Mitgestalter“ und „Kolonisator großen Stils“ in Zichenau – gelobt. Der Führer habe diese „neue gewaltige Aufgabe“, die den „Beginn einer neuen Epoche für die Geschichte des europäischen Kontinents“ bedeute, „nur einem alten bewährten Mitkämpfer übertragen können,“ der sich bereits bewährt habe. Die Ernennung sei daher „ein Vertrauensbeweis, wie er ehrenvoller nicht gedacht werden kann.“⁸³ Kochs „Generallinie“, so der im totalitären Staat nicht anders zu erwartende Tenor der Presseberichte, habe sich bewährt.⁸⁴

Sehr überzeugend waren diese Propagandabilder nicht, zu viele Menschen kannten die wahren Zustände in der Ukraine. Koch ließ sich durch die zunehmende Kritik an seiner Amtsführung im März 1943 zu einem Artikel hinreißen, in dem er vehement betonte, dass in der Ukraine keinesfalls „Aufruhr und Plünderung, Chaos und Terror“ herrschten und dass er selbst auch nicht zum „Polizeiterrror“ greifen müsse.⁸⁵ Seine Ausführungen wurden jedoch geradezu als Bestätigung derartiger Zustände gedeutet und daher von Rosenberg heftig kritisiert.⁸⁶

Koch nutzte andererseits die materiellen Möglichkeiten seines Amtes sehr geschickt, um für seine Person zu werben. Neben Erfolgsmeldungen an den „Führer“ organisierte er auch die Versorgung des „Führerhauptquartiers“ sowie „Ukrainezüge“ mit Lebensmitteln für deutsche Großstädte, über die in den Medien ausführlich berichtet wurde. Gegenüber der Presse ließ Koch „privat“ verlauten, dass es sein Ziel sei, auf diese Weise

⁸² PrZ 1941-43, passim; HELLMUT KÖRNER, Planmäßiger Aufbau der ukrainischen Landwirtschaft, in: Mitteilungen für die Landwirtschaft 58/1943, S. 712-714; HEINZ EBERLE, Der Aufbau in der Ukraine, in: Südostdeutsche Rundschau I/1942, S. 678-682; HEINZ KUß, Wirtschaftsaufbau in der Ukraine, in: Deutsche Post aus dem Osten XIV/1942, Nr. 12, S. 8-11.

⁸³ PrZ Nr. 320, 18.11.41; Vgl. Nr. 361, 30.12.41; Nr. 2, 3.1.44.

⁸⁴ Ebd., Nr. 174, 26.6.43.

⁸⁵ ERICH KOCH, Ukraine in der Bewährung, in: PrZ Nr. 66, 7.3.43.

⁸⁶ BA Berlin, R 6/491, Blatt 145f, Rosenberg an Koch, 6.3.43, 10.3.43.

die Brotkarten im Reich überflüssig zu machen.⁸⁷ In der Vorweihnachtszeit der Jahre 1942 und 1943 ließ der „Reichskommissar für die Ukraine“ – und zwar ausdrücklich nur er persönlich und keineswegs die Partei oder die Wehrmacht – in einer groß angelegten und propagandistisch entsprechend ausgeschlachteten Aktion an die heimkehrenden Fronturlauber „Führerpakete“ mit Nahrungsmitteln – geplant waren vier Millionen Stück zu 15 Pfund – verteilen.⁸⁸ Eine ähnliche Aktion zugunsten der Volksdeutschen der Ukraine organisierte Koch anlässlich Hitlers 54. Geburtstag.⁸⁹ Den im Feld stehenden ostpreußischen Soldaten ließ er zu Weihnachten 1942 besondere Weihnachtspakete an ihre Standorte schicken und versicherte ihnen bei der Gelegenheit: „Ihr könnt mir schon glauben, dass ich aus der Ukraine das Letzte heraushole, um Euch und Eure Angehörigen zu versorgen.“⁹⁰

Der Reichskommissar präsentierte sich als Wohltäter, zugleich wurde so aber auch der ausbeuterische Charakter seiner Herrschaft deutlich. Ob und in welcher Weise sich diejenigen, die davon profitierten, darüber Gedanken machten, kann an dieser Stelle nicht untersucht werden, es bleibt aber festzuhalten, dass die Führung des Reiches mit diesem Ergebnis der Arbeit Kochs zufrieden war.⁹¹

9.2. „Die Politik kann sich nur nach den harten Forderungen richten“ – Rosenberg, Himmler und Hitler

Der direkte Vorgesetzte Kochs, „Ostminister“ Alfred Rosenberg, war mit der Art und Weise, mit der der Reichskommissar seine Erfolge erzielte, nicht zufrieden. Ihn störte vor allem, dass der Gauleiter ganz offensichtlich versuchte, sein Reichskommissariat aus der Hoheit des Ostministeriums zu lösen. Rosenberg sah sich bereits am 22. September 1941 genötigt, in einem Schreiben an alle Reichsbehörden auf sein Weisungsrecht gegenüber

⁸⁷ BA Berlin, R 55/1463, Bericht Kausch, 26.6.43; Vgl. Ebd., BDC, SShO 2179, Koch an Hitler, 6.7.43; Das Buch Hitler, hg. v. HENRIK EBERLE/ MATTHIAS UHL, Bergisch Gladbach 2005, S. 162, 167f; PrZ Nr. 270, 1.10.42; Nr. 281, 12.10.42; Tagebücher Goebbels, II/6, S. 440, 13.12.42.

⁸⁸ BA Berlin, NS 6/338, Rundschreiben Bormann, 2.10.41, 10.11.42; R 55/1434, Bericht über die Propagandalage im Osten, 17.9.42; PrZ Nr. 355, 28.11.42; Nr. 14, 14.1.43; Nr. 83, 24.3.43; Nr. 357, 27.12.43; PICKER, S. 628, 17.7.42; REITLINGER, Haus, S. 242f.

⁸⁹ PrZ Nr. 90, 31.3.43; Nr. 112, 22.4.43.

⁹⁰ ERICH KOCH, Meine lieben Kameraden!, Dezember 1942, in: BA Berlin, NY 4065/24, Blatt 69f; Den Hinweis verdanke ich Julia Warth.

⁹¹ Tagebücher Goebbels, II/2, 5, 8, 9, 11, 14, passim.

Koch hinzuweisen.⁹² Am 14. Dezember 1941, also kaum drei Monate nach der Amtsübernahme Kochs, beschwerte er sich erstmals bei Hitler über seinen Untergebenen, der beim Oberkommando der Wehrmacht den Eindruck erwecke, er sei führerunmittelbar und gedenke, „ohne Berlin zu regieren“⁹³. Rosenberg bat Hitler daher, Koch nur noch in seiner Gegenwart zu empfangen, was der „Führer“ ihm auch zusagte.

Rosenberg war in der Folgezeit offenbar um ein gutes Verhältnis zu Koch bemüht, denn er übertrug ihm Anfang 1942 umfangreiche Rechtssetzungskompetenzen. Koch weigerte sich jedoch, die einzige damit verknüpfte Bedingung – er sollte die Zustimmung des Ostministeriums zu seinen Verordnungen einholen – zu akzeptieren.⁹⁴ Er erstellte statt dessen am 5. Februar 1942 eine Denkschrift mit dem Titel „Meine Auffassung über die Stellung des Reichskommissars“, in der er klar zu verstehen gab, dass er den Reichskommissar als einzigen Vertreter des „Führers“ im betreffenden Gebiet betrachtete, dem „alle Hoheitsrechte – summum imperium“⁹⁵ zustünden. Ihm hätten daher alle Dienststellen zu unterstehen, und auch das Ministerium dürfe nur ihm Anordnungen erteilen. Die Durchführung obliege allein dem Reichskommissar, eine direkte Kommunikation des Ministerium mit nachgeordneten Behörden des Kommissars dürfe es nicht geben.

Koch beabsichtigte damit, seinem Minister jeglichen direkten Zugriff auf sein Reichskommissariat zu entziehen und sich selbst als dort einzig entscheidungsberechtigte Kraft zu etablieren. Er überschätzte damit aber seine Möglichkeiten. Hitler wies Kochs Auffassung zurück und reklamierte alle Hoheitsrechte für sich, bestätigte aber gleichzeitig, dass Rosenberg nicht nur dem Reichskommissar, sondern auch dessen Dienststellen Weisungen erteilen dürfe.⁹⁶ Rosenberg verbot nun seinerseits Koch den direkten Kontakt zu den Obersten Reichsbehörden, was dieser jedoch ignorierte.⁹⁷

⁹² BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 49.

⁹³ BA Berlin, BDC, SL 47 F, Blatt 51-54, Vermerk Rosenberg über Unterredung beim Führer am 14.12.41; Vgl. DALLIN, S. 140f; REITLINGER, Haus, S. 232.

⁹⁴ BA Berlin, R 6/491, Rosenberg an Lammers, 17.3.43; R 6/22, Verordnungsentwurf, Januar 1942; Vgl. GRASSMANN, S. 21-24; JERABEK, S. 32.

⁹⁵ IMT, Bd. 41, S. 184, Dokument Rosenberg 10; Vgl. BA Berlin, R 6/491, Rosenberg an Lammers, 19.3.43.

⁹⁶ Ebd., R 6/22, Lammers an Koch, 28.2.42; R 94/9, Rosenberg an Koch, 31.3.42.

⁹⁷ Ebd., R 6/491, Rosenberg an Koch, 13.3.43; Vgl. R 94/9, Rosenberg an Koch, 25.9.42; RMBO an Reichshandwerksmeister, 7.12.42; R 6/491, Rosenberg an Koch, 24.6.44; TSDAVOV Kiev, 3206/1/20, Blatt 11, Meyer an Koch, 26.5.42; Blatt 12, Koch an Meyer, 17.6.42; ORLOW, History II, S. 394; MÜLLER, Ostkrieg, S. 74; FLEISCHHAUER, Drittes Reich, S. 167; DIETRICH EICHHOLTZ, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Band II, Berlin (Ost) 1985, S. 322, 332-334.

Der Gauleiter versuchte weiterhin, die von ihm angestrebte zentrale Stellung zu erreichen, indem er verklausuliert mit Rücktritt drohte oder in der Praxis wie ein unabhängiger Verwaltungsführer agierte und das Ostministerium über seine Maßnahmen nicht informierte – die dortigen Beamten zählten allein für den Zeitraum vom 30. April bis zum 25. August 1942 13 Verordnungen, an denen Koch das Ministerium nicht beteiligt beziehungsweise eine negative Stellungnahme übergangen hatte. Darunter waren auch Regelungen, die den Direktiven Rosenbergs diametral entgegenstanden und ihn daher veranlassten, direkt in das Geschehen im Reichskommissariat einzugreifen.⁹⁸

Rosenberg kritisierte im März 1942 erstmals die Inhalte von Kochs Ukraine-Politik, da er Auswirkungen auf die Arbeitswilligkeit der Ukrainer und die „Bandentätigkeit“ befürchtete. Da er aber wusste, dass Hitler ähnliche Ansichten wie Koch vertrat⁹⁹, wagte Rosenberg nicht, den Delinquenten beim Namen zu nennen – er sprach nur von „bestimmten Persönlichkeiten“¹⁰⁰. Auch während seiner letzten „wirklich erfolgreiche[n]“¹⁰¹ Besprechung mit dem Diktator am 8. Mai 1942 griff er den Reichskommissar nicht direkt an, und selbst in einem Brief, den er Koch kurze Zeit später sandte, ermahnte er ihn sehr zurückhaltend.¹⁰²

Koch fühlte sich durch die halbherzigen Proteste seines vorgesetzten Ministers keineswegs zum Nachgeben gezwungen, sondern protestierte energisch gegen Rosenbergs Kritik. Aus der Masse der Differenzen schälte sich schließlich die Schulpolitik als erster heftig umkämpfter Punkt heraus. Die beiden NS-Führer waren sich einig, ein Schulsystem zu schaffen, das nur die für deutsche Zwecke benötigten Fachkräfte ausbildete, und schlossen deshalb zunächst alle höheren Schulen mit einigen Ausnahmen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Koch beschloss dann jedoch, den Betrieb aller Schulen, auch derer, die Rosenberg bereits genehmigt hatte, von seiner persönlichen Genehmigung abhängig zu machen, und ließ am 24. Oktober 1942 alle Schulen außer den vierklassigen Volksschulen schließen.¹⁰³

Diese Maßnahme löste massive Proteste aus, da sowohl Beamte des Ministeriums als auch aus Kochs Verwaltung eine Verschlechterung der

⁹⁸ BA Berlin, R 94/9, Koch an Rosenberg, 2.9.42; R 6/42, Vermerk, undatiert.

⁹⁹ Vgl. BERKHOFF, Harvest, S. 35; Herbst 1941, S. XXVII-XXX.

¹⁰⁰ IMT, Bd. 25, S. 97, Dokument 045 PS; Bd. 11, S. 600f.

¹⁰¹ REITLINGER, Haus, S. 234f, 315.

¹⁰² BA Berlin, R 43 II/690b, Blatt 74, Rosenberg an Koch, 13.5.42.

¹⁰³ Ebd., Blatt 76-81, Koch an Rosenberg, 2.6.42; Lammers an Rosenberg, 25.9.41; R 6/206, Koch an Generalkommissare, 31.8.42; JERABEK, S. 50-55, 64f, 71, 94, 110f, 114, 121-125, 132, 195; Herbst 1941, S. XXIXf.

Stimmung der Bevölkerung sowie eine Verschärfung des Fachkräftemangels befürchteten. Wegen fehlenden medizinischen Personals wurde sogar eine Ausbreitung von Seuchen befürchtet, weshalb sich selbst Hitler für die Öffnung medizinischer Institute ausgesprochen haben soll.¹⁰⁴ Rosenberg verlangte von Koch ultimativ die Rücknahme von dessen Maßnahmen und den Aufbau eines berufsbildenden Schulwesens, was der Reichskommissar mit dem Argument, die Ukrainer würden den Schulbesuch nutzen, um die Rekrutierung als Arbeitskraft ins Reich zu umgehen, ablehnte. Die für den Arbeitseinsatz im Reich – für den er das quantitative „Soll“ erfüllen müsse – notwendige Ausbildung sei auch ohne die Schulen gewährleistet.¹⁰⁵

Rosenberg versuchte, Hitler mit Hilfe einiger hochrangiger Wehrmachtsoffiziere dazu zu bewegen, gegen Koch vorzugehen, woraufhin ihn das Führerhauptquartier beschied, Militärs und Verwaltung hätten sich nicht in den jeweils anderen Bereich einzumischen.¹⁰⁶ Ein erster Vorstoß in der Staatsspitze war damit gescheitert. Koch verhielt sich weiterhin so provokant, dass bei den Ministerialbeamten der Eindruck entstand, er beabsichtige nicht, irgendwelche Anordnungen ihrerseits durchzuführen.¹⁰⁷ Im Februar 1943 erließ das Ostministerium mit Hinweis auf den eklatanten Fachkräftemangel und die wichtigen wirtschaftlichen Aufgaben der Ukraine neue Richtlinien für das Schulwesen im Reichskommissariat, die mehrere Schultypen gestatteten. Koch ließ daraufhin mitteilen, dass er die Verordnung während des Krieges nicht umsetzen werde, sie sei nicht kriegswichtig – das sei nur, was er selbst dazu erkläre.¹⁰⁸

Diese Anordnung Kochs war nicht nur ein Affront gegen Rosenberg, sondern in erster Linie ein Beleg dafür, dass Koch völlig andere politische Prioritäten setzte als sein Minister. Kochs vordringlichstes Ziel war es, die ihm vom „Generalbeauftragten für den Arbeitseinsatz“ Fritz Sauckel gestellte neue Quote von 450 000 anzuwerbenden Arbeitskräften zu erfüllen. Solche Zahlen, die wesentlich höher waren als in den anderen besetzten Ostgebieten, waren schwer zu erreichen, da schon kurze Zeit nach Beginn des Anwerbeprogramms die menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland bekannt wurden und sich daher kaum noch

¹⁰⁴ JERABEK, S. 95, 97, 115.

¹⁰⁵ Ebd., S. 125-134; Vgl. BA Berlin, R 6/70, Rosenberg an Koch, 14.12.42; R 6/491, Blatt 137, Rosenberg an Lammers, 17.3.43.

¹⁰⁶ Ebd., NS 19/2605, Besprechungsprotokoll, 4.1.43; Faschistische Okkupationspolitik, S. 372-378, Dokument Nr. 150; DALLIN, S. 163f.

¹⁰⁷ JERABEK, S. 129, 136; REITLINGER, Haus, S. 240-243; IMT, Bd. 27, S. 11, Dokument 1130 PS.

¹⁰⁸ BA Berlin, BDC, O 307, Blatt 34f, RKU an Generalkommissare, 7.3.43; JERABEK, S. 130, 137.

Freiwillige meldeten.¹⁰⁹ Kochs Behörden griffen daher zu rabiatischen Methoden – vom sozialen Druck bis hin zur regelrechten Menschenjagd –, um Arbeitskräfte zu rekrutieren. Koch entschied sich vor diesem Hintergrund, junge Ukrainer nicht mehr für qualifizierte Tätigkeiten ausbilden zu lassen, sondern die Schulen zu schließen und Schüler und Studenten als Arbeitskräfte ins Reich bringen zu lassen.¹¹⁰

In der Ukraine selbst fehlte es auch ohne Sauckels Rekrutierungen an qualifizierten Arbeitskräften, da viele bereits durch die abziehenden Sowjets evakuiert oder in die Rote Armee eingezogen worden waren. Besonders kritisch war die Situation in Berufszweigen, die überwiegend von Juden ausgeübt worden waren, denn diese waren bereits zu einem großen Teil ermordet worden. Zudem waren auf dem Land als Folge der sowjetischen „Verbrannte-Erde-Taktik“ außer Treibstoffen und Saatgut auch viele Maschinen zerstört oder weggebracht worden, ihre Arbeitsleistung musste durch Handarbeit ersetzt werden. Die Erfüllung der hochgesteckten Erwartungen, was die Region liefern könne, war damit ernsthaft gefährdet.¹¹¹ Der Reichskommissar, der seine Hauptaufgabe in der wirtschaftlichen Ausbeutung sah, musste dem begegnen, wollte er Reich und Wehrmacht auch weiterhin beliefern.

Koch orientierte sich auch in dieser Situation an den machtpolitischen Gegebenheiten und nicht an der wirtschaftlichen Situation der Ukraine. Dies wurde besonders während einer Konferenz bei Göring am 6. August 1942 deutlich. Reichskommissar Lohse beklagte hier die Schwierigkeiten in seinem Reichskommissariat, für die er auch die übertriebene Rekrutierung von Arbeitskräften verantwortlich machte. Koch hingegen präsentierte nur positive Nachrichten. Er behauptete, Lebensmittellieferungen aus der

¹⁰⁹ IMT, Bd. 25, S. 72f, Dokument 017 PS; Faschistische Okkupationspolitik, S. 65-67, 337f, Dokument Nr. 129; Vgl. HERBERT, Fremdarbeiter, S. 195-209; EIKEL, S. 415; ZELLMAYER, S. 292-300; BERKHOFF, Harvest, S. 253-259; KRAUSNICK/WILHELM, S. 406.

¹¹⁰ BA Berlin, R 6/491, Blatt 137, Rosenberg an Lammers, 17.3.43; R 55/1463, Bericht Kausch, 26.6.43; TSDAVOV Kiev, 3206/6/277, Blatt 17-22, Bericht Staub, 9.4.43; Faschistische Okkupationspolitik, S. 65-67, 304, Dokument Nr. 111; S. 358-361, Dokument Nr. 142; S. 366, Dokument Nr. 146; S. 608; JERABEK, S. 133f; LOWER, Nazi Empire-Building, S. 120; BERKHOFF, Harvest, S. 259-271; HERBERT, Fremdarbeiter, S. 184-192, 298f; EIKEL, S. 408-418, 427-432; PENTER, S. 72-76.

¹¹¹ Vgl. TSDAVOV Kiev, 3206/2/124, Blatt 22-30, RKU, HA III an Generalkommissare, Abteilung Ernährung und Landwirtschaft, 7.12.41; Blatt 37-56, Bericht Frühjahrsbestellung, 17.12.41; BA Berlin, BDC, O 307, Anlage 1; R 6/310, Lagebericht Generalkommissar Shitomir, 3.6.42; ADAP, Serie E, Band V, Göttingen 1978, S. 423, Dokument 220; IMT, Bd. 25, S. 283f, Dokument 192 PS; POHL, Schlachtfeld, S. 344; DERS., Hilfskräfte, S. 206f; BERKHOFF, Harvest, S. 17, 122; DEAN, S. 24, 100; REITLINGER, Haus, S. 225; GERLACH, Agrarreform, S. 10, 42; DALLIN, S. 367f, 441-462; LOWER, Obedience, S. 12; EIKEL, S. 407f, 422f; JERABEK, S. 111f.

Ukraine seien „nur ein Transportproblem. Wir liefern jede Menge ab, die gewünscht wird.“¹¹² Göring glaubte diese Behauptung sicherlich gerne, zumal er Koch und dessen Mitarbeiter zuvor noch euphorisch gelobt hatte.

In der gleichen Besprechung präsentierte Göring aber auch Sauckel und seine Erfolge als Vorbild für die gesamte Besatzungspolitik. Koch reagierte darauf mit einem geradezu kindisch anmutenden Versuch, sich als mindestens ebenso eifrig wie der soeben Gelobte und als mit-, wenn nicht gar hauptverantwortlich für dessen Erfolg darzustellen: „Ich habe über eine halbe Million geschickt. Er hat ja die Leute von mir gekriegt, ich habe sie ihm ja gegeben.“¹¹³

Kochs Prahlereien stellten im Vergleich zu Lohses Versuch, die praktischen Probleme anzusprechen, mit der eine Umsetzung der von Göring aufgestellten Forderungen verbunden war, das machttaktisch geschicktere Verhalten dar. Lohse musste sich ob seiner Berichte als „großer Dichter“ verspotten lassen, dem Göring einen „Buzephalus“ schenken wollte, damit er seinen Aufgaben besser nachkommen könne. Das Vorbringen von Bedenken, die Diskussion sachlicher Schwierigkeiten stand offensichtlich auch beim „Reichsmarschall“ nicht hoch im Kurs. Wer Probleme zugab, brauchte nicht mit Verständnis oder gar Hilfe rechnen, sondern setzte sich der Gefahr aus, lächerlich gemacht zu werden. In eine solche Situation wollte sich Koch offenbar nicht bringen.¹¹⁴

Durch seine Großsprechereien setzte er sich jedoch in Zugzwang. Nachdem er seine angeblichen Fähigkeiten derartig ins Rampenlicht gestellt hatte, war es ihm kaum möglich, Sauckels Forderungen nach noch mehr Arbeitskräften ohne Gesichtsverlust zurückzuweisen, zumal der Generalbeauftragte, der sich durch eine Reise selbst mit den Verhältnissen in der Ukraine vertraut gemacht hatte, anordnete, die Werbung sofort, mit allem Nachdruck und unter Einsatz aller Kräfte durchzuführen, Eigenbedarf jedoch nur bei schärfster Prüfung zu berücksichtigen.¹¹⁵ Kochs Vorgesetzter Rosenberg machte derartige Praktiken dagegen dafür verantwortlich, dass in der Ukraine, in der die Deutschen oft als Befreier begrüßt worden waren, eine Widerstandsbewegung entstand. Er ermächtigte Koch daher, den Interessen der deutschen Kriegführung zuwiderlaufende Rekrutierungs-

¹¹² IMT, Bd. 39, S. 406, Dokument 170 USSR; Vgl. CORNI/ GIES, Brot, S. 504.

¹¹³ IMT, Bd. 39, S. 400f, Dokument 170 USSR.

¹¹⁴ Vgl. Ebd., S. 400, 402, Dokument 170 USSR; Bd. 25, S. 318, Dokument 264 PS; LOWER, Nazi Empire-Building, S. 127; PICKER, S. 395, 10.5.42; KERSHAW, Hitler II, S. 667.

¹¹⁵ IMT, Bd. 25, S. 72f, Dokument 017 PS; Faschistische Okkupationspolitik, S. 398, Dokument Nr. 163; S. 460-463, Dokument Nr. 197; BA Berlin, R 3901/20029, Reisebericht Sauckel, 26.-31.5.42; Vgl. WEIßBECKER, S. 323-327; EIKEL, S. 424.

methoden zu verbieten.¹¹⁶ Damit gab er dem Reichskommissar ein starkes Instrument gegen Sauckel in die Hand, das dieser aber nicht nutzte. Anstatt gegenüber Sauckel den im RKU herrschenden Mangel an Fachkräften – in den Generalkommissariaten waren bereits zwischen sechs und zwölf Prozent der Bevölkerung nach Deutschland gebracht worden – geltend zu machen, entschloss sich Koch, in seinem Territorium nach dem Motto „Menschen wachsen nach!“¹¹⁷ noch mehr Raubbau zu betreiben, obwohl seine eigene Verwaltung dagegen protestierte und längst zu verzweifelten Maßnahmen griff, um die Ernte in den landwirtschaftlichen Überschussgebieten zu sichern.¹¹⁸

Erneuten Vorwürfen wegen der Folgen ihrer Rekrutierungsmethoden begegneten Koch und Sauckel mit gegenseitigen Schuldvorwürfen. Sie behaupteten, nur der jeweils Andere verübe derartige „Exzesse“, sie selbst würden nur Freiwillige werben.¹¹⁹ Beide Seiten agierten hier mit haltlosen Schutzbehauptungen. Sowohl Sauckel als auch Koch waren bereit, alle Mittel zu dulden, die zum Zweck führten – wobei sie ihre Zielvorgabe einseitig nur an willkürlich gesetzten Quoten orientierten und jeden darüber hinausgehenden Maßstab ignorierten. Rosenberg bewies hier einen etwas weiteren Blickwinkel, wenn er auf die Notwendigkeit der Ausbildung oder auf die psychologischen Folgen brutalen Vorgehens verwies – aber auch sein primäres Ziel war die Ausbeutung der Ukraine, weshalb die von ihm angemahnte moderatere Politik letztlich wohl auch zu Widerstand geführt hätte.

Rosenberg mochte Kochs Prioritätensetzung nicht folgen. Für ihn war der Schulerlass Kochs ein Akt der Insubordination, den er exemplarisch bestraft sehen wollte, um „einen derartigen Separatismus im Osten zu

¹¹⁶ Faschistische Okkupationspolitik, S. 368-370, Dokument Nr. 147; IMT, Bd. 11, S. 587f; Vgl. EIKEL, S. 406, 414; REITLINGER, Haus, S. 315; BERKHOFF, Harvest, S. 3-9, 14-16, 21, 34, 114, 205; HEER, S. 249-256; GOLCZEWSKI, Kollaboration, S. 167; POHL, Schlachtfeld, S. 342; DEAN, S. 31; M. I. KOVAL, The Nazi Genocide of the Jews and the Ukrainian Population, 1941-1944, in: Bitter Legacy, hg. v. ZVI GITELMAN, ohne Ort 1997, S. 51-60, hier S. 53f; ARNOLD, Wehrmacht, S. 151f.

¹¹⁷ ADAP, Serie E, Band V, S. 423, Dokument 220; BA Berlin, BDC, O 307, Anlage 1; IMT, Bd. 25, S. 283f, Dokument 192 PS.

¹¹⁸ GERLACH, Agrarreform, S. 34f; Vgl. EIKEL, S. 420, 424-427; PENTER, S. 69f; KUß, passim; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 106; MULLIGAN, S. 113; POHL, Schlachtfeld, S. 347; Faschistische Okkupationspolitik, S. 263-265, Dokument Nr. 82; S. 313-316, Dokument Nr. 116.

¹¹⁹ Vgl. BA Berlin, BDC, O 342, Vermerk Dargel, 25.9.42; NS 6/795, Bericht Hoffmann, 5.6.42; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 238, Aussage Koch, 3.10.49; REITLINGER, Haus, S. 326; JERABEK, S. 44; WEIßBECKER, S. 326; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 105; ORLOW, History II, S. 389; IMT, Bd. 15, S. 21, 194.

verhindern.“¹²⁰ Eine weitere Zusammenarbeit mit Koch hielt er, so ließ er den Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers am 17. März 1943 wissen, für unmöglich.

Koch versandte am selben Tag eine 52-seitige Denkschrift an den Ostminister, in der er den bisherigen Stand der Auseinandersetzung zusammenfasste, Rosenberg seine Sicht der Dinge darlegte und ihn dabei nicht minder scharf angriff, ohne dabei zu vergessen, des öfteren auf die grundsätzliche Übereinstimmung ihrer beider Ansichten hinzuweisen. Er beschwerte sich dabei sowohl über einzelne Beamte und Vorgänge als auch über die generelle Personalpolitik des Ministeriums, das ihm meist zweitklassige Beamte schicke, und über die ständigen „Einmischungen“ der Berliner Stellen in seine Politik. Besonders deutlich wurde er, wenn er auf die seiner Meinung nach gänzlich untauglichen Richtlinien des Ostministerium zum Umgang mit den Slawen zu sprechen kam – schließlich erlebten seine Beamten „ja jeden Tag am eigenen Leibe, wie unendlich viel minderwertiger das ukrainische Volk ist als das deutsche“¹²¹. In diesem Zusammenhang kritisierte Koch auch die Zusammenarbeit des Ministeriums mit ukrainischen Emigranten, die nur ihre Interessen im Sinn hätten und dabei das Reich schädigten, ja sogar konspirierten und Attentate vorbereiteten.¹²²

Koch plädierte statt dessen für eine Politik der Härte, da nur dann die Forderungen des Krieges – Nahrungsmittel und Arbeitskräfte – erfüllt werden könnten und „die Slawen“ sowieso nur eine harte Politik verstehen würden. Seine von Rosenberg kritisierten verbalen Ausfälle gegenüber den Ukrainern rechtfertigte er damit, dass seine Beamten durch anderweitige Konzepte verwirrt würden und sich kaum noch „trauen“ würden, ihre Aufgaben „mit dem gewohnten Nachdruck“ zu erfüllen. Diese Motivation sei wichtiger als eine eventuelle Beleidigung „panslawistischer Gefühle“, schließlich habe Hitler selbst den Slawen in „Mein Kampf“ „das Prädikat einer minderwertigen Rasse“ „verliehen“¹²³. Er, Koch, sehe daher keinen Grund, seine Haltung zu ändern.

Übergriffe jeglicher Art stritt Koch kategorisch ab, gab aber zu, bei „Widersetzlichkeiten“ gegen die Werbekommissionen das Abbrennen

¹²⁰ BA Berlin, R 6/491, Blatt 138f, Rosenberg an Lammers, 17.3.43; Vgl. JERABEK, S. 138f.

¹²¹ IMT, Bd. 25, S. 255-287, Dokument 192 PS, hier S. 264f; Vgl. BUCHSWEILER, S. 250f, 325; FLEISCHHAUER, Drittes Reich, S. 97-100; PINKUS/ FLEISCHHAUER, S. 225f.

¹²² Ebd., S. 264f, 272, 274f, 280-282, Dokument 192 PS; Vgl. BA Berlin, R 6/206, RKU an Generalkommissare, 4.12.41; BERKHOFF, Harvest, S. 51; ARMSTRONG, S. 114-116; KOSYK, S. 210f.

¹²³ IMT, Bd. 25, S. 283-286, Dokument 192 PS; Vgl. Ebd., S. 267; ADAP, Serie E, Band V, S. 423, Dokument 220; BA Berlin, BDC, O 307, Anlage 1.

ganzer Dörfer genehmigt zu haben, da gelegentlich „harte exemplarische Bestrafungen“ notwendig seien. Seine Lebensmittellieferungen seien jedoch der beste Beweis dafür, dass „die Ukraine im wesentlichen steht und nicht niedergebrannt ist“¹²⁴, wie von Rosenberg behauptet werde. Auch die von Rosenberg beanstandete Prügelstrafe habe er längst verboten, da die Peitsche für ihn kein „Attribut des deutschen Herrentums“ sei – wobei Koch zugleich durchblicken ließ, dass er für noch drastischere Mittel votierte.¹²⁵ Der Reichskommissar beschwerte sich auch darüber, dass er nicht am gesamten Schriftverkehr des Ministeriums mit den ukrainischen Behörden beteiligt werde und dass das Ministerium in einigen Fällen eine schriftliche Bestätigung über die Erfüllung seiner Weisungen verlangt habe. Er fühle sich durch derartige Gängeleien „desavouiert“ und in seine Schulzeit zurückversetzt.¹²⁶

Gleichzeitig forderte er stärkeren Schutz seiner Person durch das Ministeriums vor den – meist berechtigten – Vorwürfen Dritter, und versuchte erneut, von Rosenberg eine Anerkennung seiner Immediatstellung bei Hitler zu erreichen. Dabei betonte er besonders, dass der „Führer“ ihm als „altem Gauleiter“ seinen politischen Willen wiederholt mitgeteilt habe, und es daher mitnichten die alleinige Aufgabe Rosenbergs sei, ihm diesen Willen zu übermitteln. Rosenberg, so Koch, zerstöre seine Stellung als Reichskommissar und nehme ihm seine Freude an der Arbeit, er solle es ihm mitteilen, wenn er seine Ablösung wünsche.¹²⁷

Zum Abschluss seines Schreibens demütigte Koch seinen Vorgesetzten. Rosenberg hatte ihn angewiesen, eines seiner, Kochs, Rundschreiben zu vernichten, da er, Rosenberg, es als Beleidigung der Slawen betrachtete. Koch teilte ihm nun mit, das Rundschreiben sei weiter in Kraft, da es für die Motivation seiner Mitarbeiter wichtig sei. Er habe nur den inkriminierten Absatz ausschneiden und einziehen lassen. Er habe aus Pflichterfüllung gegenüber dem „Führer“ und aus Kameradschaft gegenüber Rosenberg so

¹²⁴ IMT, Bd. 25, S. 283-286, Dokument 192 PS.

¹²⁵ „Tatsächlich sind einmal in Kiew von der Polizei im November 1941 ca. 20 Ukrainer verprügelt worden, wie sie den wichtigen Brückenbau über den Dnjepr sabotierten. Ich habe von dieser Massnahme nichts gewusst. Hätte ich's gewusst, so hätte ich sie wahrscheinlich gebilligt, hätte ich aber gewusst, welchen Rattenschwanz von Prügelvorwürfen dieser Akt bewirken würde, so hätte ich die Ukrainer wahrscheinlich wegen Sabotage erschiessen lassen.“ (Ebd., S. 268f, Dokument 192 PS; Vgl. BA Berlin, R 43 II/690b, Blatt 79, Koch an Rosenberg, 2.6.42; Blatt 82, Erlass Koch, 18.4.42; R 6/206, Richtlinie RMBO, 9.4.42; R 55/1463, Bericht Kausch, 26.6.43; LOWER, Nazi Empire-Building, S. 110).

¹²⁶ IMT, Bd. 25, S. 276-279, Dokument 192 PS.

¹²⁷ Rosenberg hatte Koch bezeichnenderweise verboten, sich auf den Willen Hitlers zu berufen (Ebd., S. 282f, Dokument 192 PS).

gehandelt, da jedes andere Verhalten letztlich den Sieg gefährdet habe, was dann auf Rosenberg zurückfallen wäre. „Ich bitte, aus meinem letzten Schritt und aus dieser ganzen Denkschrift zu entnehmen, dass ich als Reichskommissar Ihnen gegenüber Takt und Disziplin bis zur Aufopferung bewahrt habe.“¹²⁸

Die Art und Weise, in der sich Koch hier äußerte, zeigte deutlich, dass er den ihm vorgesetzten Minister in keinsten Weise ernst nahm. Den sachlich begründeten Bedenken und Beschwerden Rosenbergs begegnete er mit Unwahrheiten, Verdrehungen oder mit zum Teil völlig aus der Luft gegriffenen, der realen Situation nicht entsprechenden Behauptungen – ganz zu schweigen vom Ton seines Schreibens. Auch wenn er wahrscheinlich selbst daran glaubte, dass die Ukrainer nur mit Härte zu regieren seien, so muss ihm doch klar gewesen sein, dass seine Behauptungen in vielem nicht der Wahrheit entsprachen. Allerdings lag ihm auch nichts an einer sachlichen Auseinandersetzung, ihm ging es allein um die Verteidigung und den Ausbau seiner Machtposition, und dazu gehörte es auch, sich eine möglichst weitgehende Unabhängigkeit von anderen Machträgern, in diesem Fall Rosenberg, zu erkämpfen. Die Selbstverständlichkeit, mit der er die Anordnungen seines Vorgesetzten ignorierte oder gar aufhob, machte deutlich, dass er sich im März 1943 schon für den Sieger dieser Auseinandersetzung hielt.

Rosenberg gelang es tatsächlich nicht, sich durchzusetzen, obwohl Kochs Politik bei vielen Beobachtern und auch bei Kochs Untergebenen sehr oft auf Kritik stieß. Diese äußerte sich in einer Unzahl von Denkschriften¹²⁹ und gipfelte in dem Bonmot, Stalin habe Koch als seinen besten Mann bezeichnet und wolle ihn mit dem höchsten Orden auszeichnen, da der Reichskommissar der sowjetischen Bevölkerung jeden Tag zeige,

¹²⁸ Ebd., S. 286f, Dokument 192 PS.

¹²⁹ In diesen Denkschriften wird meist nicht nur Koch, sondern die gesamte Konzeption und/ oder Umsetzung der Besatzungspolitik kritisiert, auch von hohen Beamten aus Kochs Besatzungsverwaltung (Vgl. BA Berlin, NS 6/795; NS 19/1478, 1704; R 6/69, 70, 77, 242, 251, 259, 267, 302, 426, 491; R 55/1463; BDC, SSO 193A; SSO 2280, Denkschriften, 1942-44; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 70f, Erklärung Homeyer, undatiert; IMT, Bd. 41, S. 194-201, Dokument Rosenberg 19; Faschistische Okkupationspolitik, S. 549-555, Dokument Nr. 252; S. 580-583, Dokument Nr. 265; DALLIN, S. 158-161; ALFRED E. FRAUENFELD, Denkschrift über die Probleme der Verwaltung der besetzten Ostgebiete, 10. Februar 1944, in: Deutsche Studien 4/1966, S. 493-517; DERS., Und trage keine Reu', Leoni am Starnberger See 1978, S. 295; ROBERT GIBBONS, Allgemeine Richtlinien für die politische und wirtschaftliche Verwaltung der besetzten Ostgebiete, in: VfZ 25/1977, S. 252-261; ILNYTZKYI, S. 293-307; JERABEK, S. 44; Kriegstagebuch Bräutigam, passim; MÜLLER, Ostkrieg, S. 47; MULLIGAN, S. 47, 52-55, 64f, 69; THEODOR OBERLÄNDER, Der Osten und die Deutsche Wehrmacht, Asendorf 1987; REITLINGER, Haus, S. 239; UMBREIT, Weg, S. 90; ZELHUBER, S. 191-196, 206).

warum sie gegen Deutschland kämpfe.¹³⁰ Rosenberg verstand es nicht, dieses Potential für sich zu nutzen. Er besaß nicht genügend Autorität, um seine Weisungen in Kochs Dienststellen durchzusetzen, geschweige denn, die Beamten gegen den Reichskommissar und für ihren Minister zu mobilisieren. Die Beamten besaßen einen relativ großen Handlungsspielraum und waren durch die Umstände gezwungen, zu improvisieren und sich bisweilen auch über Erlasse hinwegzusetzen – was sie oft auch für brutale Maßnahmen nutzten¹³¹, nicht aber zur Unterstützung ihres Ministers.

Rosenberg versuchte daher weiter, bei der Reichsspitze gegen Koch vorzugehen. Über den Chef der Reichskanzlei, Lammers, wollte er den „Führer“ erreichen. Am 26. März 1943 schilderte er diesem eine Unterredung mit Koch in seinem Ministerium, bei der der Reichskommissar „mit Geschrei, das durch alle Nachbarräume zu hören gewesen ist, nur Vorwürfe erhoben“ und ihn – nicht zum ersten Mal – beleidigt habe, er sei ein Emigrant und „könne die deutsche Reichspolitik nicht in dem Sinne vertreten wie ein Reichsdeutscher“¹³². Abschließend forderte Rosenberg die sofortige Beurlaubung Kochs, in einem Brief vom 9. April 1943 bat er sogar um die Amtsenthebung seines Reichskommissars, jedoch ohne Erfolg.¹³³

Rosenberg gab nun gegenüber Lammers an, es sei für ihn unmöglich, „dem RKU noch persönlich eine Antwort zukommen zu lassen“, und behauptete, Kochs Gehorsamsverweigerung sei zugleich eine Brückierung Lammers’ und des „Führers“ – womit er die Spitze des Reiches gegen Koch mobilisieren wollte. Zusammengefasst warf er dem Reichskommissar vor, dieser kritisiere nur, um „mich und das Ostministerium zu diskreditieren“, die grundlegenden Regelungen taste er hingegen nicht an. Damit verharmloste Rosenberg allerdings das Vorgehen Kochs, der die entsprechenden Erlasse in einer extrem radikalen Weise umdeutete. Kochs Verhalten, so Rosenberg, habe die Arbeitswilligkeit der Ukrainer negativ beeinflusst, und die Bildung von „Banden“ verursacht. Kochs Name sei zu einem „Symbol bewusster ostentativer Volksverachtung geworden“, er

¹³⁰ REITLINGER, Haus, S. 207; Vgl. HANS DE WEERD, Erich Koch and Ukraine, in: *The Ukrainian Quarterly* 11/1955, S. 29-34, hier S. 33; KLEIST, Hitler, S. 137, 143, 149f, 180-192, 196, 206; DERS., *Die europäische Tragödie*, Göttingen 1961, S. 175; PIPER, S. 573.

¹³¹ Vgl. JERABEK, S. 40f.

¹³² BA Berlin, R 6/18, Blatt 181-183, Meldung an den Führer, 26.3.43; Vgl. R 6/18, Blatt 176f, Rosenberg an Hitler, 19.3.43; R 6/491, Bericht Eschtruth, undatiert; BDC, SSHO 1496, Rosenberg an Lammers, 31.3.43, S. 17.

¹³³ DALLIN, S. 170.

trage die Verantwortung dafür, dass eine große politische Chance „nahezu verspielt“¹³⁴ worden sei.

Rosenbergs Vorwürfe waren sicherlich weitestgehend berechtigt, aber er verstand nicht, dass er von einer politischen Chance sprach, die für die entscheidende Gruppe innerhalb der NS-Führer – Hitler, Himmler, Göring und Bormann – keine ernsthafte Option darstellte. Ähnlich untauglich war Rosenbergs Versuch, zu beweisen, dass der ostpreußische Gauleiter dem „Führer“ ideologisch keineswegs so nahe stand, wie er behauptete. Er zitierte dazu Kochs 1934 erschienenes Buch „Aufbau im Osten“, in dem der jetzige Reichskommissar die Slawen und sogar die Rassenvermischung gefeiert sowie den Gedanken der Siedlung im Osten verspottet habe. Seine Analyse – Kochs Gesinnungswandel sei lediglich ein „Anzeichen geistiger Haltlosigkeit“ – war in gewisser Weise zutreffend und doch völlig belanglos, da Rosenberg nicht umhin kam, Koch eine gewisse „wirtschaftliche Initiative“¹³⁵ zuzugestehen, und diese war das ausschlaggebende Kriterium, nach dem der Reichskommissar in der NS-Spitze beurteilt wurde, und nicht ein zehn Jahre altes Buch.

In ähnlich hoffnungsloser Manier versuchte Rosenberg Anfang April in einer 41-seitigen, an Lammers adressierten Denkschrift Koch durch die minutiöse Auflistung sachlicher Argumente zu Fall zu bringen¹³⁶ – allein dadurch, dass er durch sein Bemühen, die Vorgänge im Osten zu objektivieren, gezwungen war, seine eigenen Positionen zu relativieren, während Koch in ähnlichen Situationen mit unbewiesenen Behauptungen polemisierte, brachte er sich im „Maßnahmenstaat“, in dem differenzierte Argumentationsweisen kaum zur Kenntnis genommen wurden, in eine schlechtere Position.

Ein Erfolg blieb Rosenberg allerdings schon deswegen versagt, weil sein Ansprechpartner Lammers keinen Termin bei Hitler erhielt, während Koch sich zu einer mehrstündigen Unterhaltung mit Bormann traf, der seinerseits ständig mit Hitler sprach und Koch zusicherte, ihn voll zu decken.¹³⁷ Der Minister scheiterte schließlich auch mit zwei weiteren Versuchen, bei Bormann und Hitler gegen seinen Reichskommissar vorzugehen.¹³⁸

Anfang April 1943 versuchte Rosenberg, Himmler als Verbündeten gegen Koch zu gewinnen, und das, obwohl er seit 1941 über die Beschnei-

¹³⁴ BA Berlin, BDC, SSHO 1496, Rosenberg an Lammers, 31.3.43, S. 1-5, 7f, 16.

¹³⁵ Ebd., S. 8, 15f; Vgl. Kapitel 5.3.

¹³⁶ BA Berlin, R 6/491, Blatt 168-208, Denkschrift Rosenberg, 7.4.43.

¹³⁷ Ebd., NS 19/1704, Blatt 89, Berger an Himmler, 16.4.43.

¹³⁸ Ebd., R 6/491, Blatt 209, Rosenberg an Lammers, 16.4.43; Blatt 210, Rosenberg an Bormann, 16.4.43; NS 19/1704, Blatt 91-96, Rosenberg an Hitler, 15.4.43.

dung seiner Kompetenzen durch die pauschale Vergabe der polizeilichen Sicherung an den „Reichsführers SS“ verärgert war und die „Höheren SS- und Polizeiführer“ seinen Behörden unterstellt sehen wollte. Rosenberg hatte sich am 19. November 1941 mit Himmler auf einen gemeinsamen Erlass geeinigt, der eine ähnliche Regelung vorsah, wie sie bereits in Ostpreußen bestand: Die Höheren SS- und Polizeiführer wurden dem jeweiligen Reichskommissar, die SS- und Polizeiführer den Generalkommissaren „persönlich und unmittelbar“ unterstellt.¹³⁹ Eine detailliertere Kompetenzabgrenzung erarbeiteten die beiden NS-Führer erst im September 1942. Die Führung aller Einheiten der deutschen Polizei sowie der einheimischen Schutzmannschaften wurde dabei ebenso wie das materielle Polizeirecht den Polizeiführern zugesprochen, nur hinsichtlich der „Bearbeitung der Judenangelegenheiten“ sollte noch „eine nähere Bestimmung“ ergehen. Die Verwaltungsführer mussten Polizeiverordnungen gegenzeichnen und durften nur den Polizeiführern und nicht direkt einzelnen Polizisten Weisungen erteilen.¹⁴⁰

Koch versuchte gleichzeitig, eine eigene Unterstellungsregelung mit seinem HSSPF zu erreichen. Im November 1941 lehnte er einen Vorschlag Prützmanns, der im Kern bereits der generellen Regelung vom September 1942 entsprach, ab, da mit ihr „die Polizei in ihrer gesamten Exekutive und Legislative zu hundert Prozent dem Höheren SS- und Polizeiführer uebertragen“¹⁴¹ würde, was im Falle der polizeibezogenen Legislative verhindert werden sollte.

Im März 1942 versuchte Koch schließlich über einen eigenen Erlass die Kompetenzen seiner Polizeiführung auf politisch-polizeiliche und kriminal-polizeiliche Belange zu beschränken und so die von Prützmann getroffenen Regelungen zu ersetzen. Er übertrug seinem HSSPF die Zuständigkeit in „Judenfragen“ und gestand ihm zu, „soweit erforderlich“ Zwangsmaßnahmen wie Einweisung ins Konzentrationslager, Erhebung von Kontributionen oder „Sonderbehandlung“ anzuwenden¹⁴². In der Folgezeit kam

¹³⁹ Vgl. BIRN, S. 19-21, 220-222, 228; UMBREIT, Weg, S. 91; REITLINGER, Haus, S. 244, 254; DEAN, S. 73; MAJER, Sondergewalten, passim; BA Berlin, BDC, O 307, Rosenberg an Koch, 6.5.42.

¹⁴⁰ Diese Weisungen mussten die Polizeiführer nur befolgen, wenn sie nicht durch die „Sicherung des Landes“ anderweitig beansprucht wurden (BA Berlin, NS 19/1704, Blatt 49f, Zuständigkeitsregelung, September 1942; R 6/10, Schriftverkehr, 1942; Vgl. BIRN, S. 221f, 228).

¹⁴¹ TSDAVOV Kiew, 3206/2/225, Blatt 16, Stellungnahme RKU, Abt. IIc, 1.12.41; Vgl. BIRN, S. 56, 224, 228.

¹⁴² TSDAVOV Kiew, 3206/1/13, Blatt N 20-N 22, Erlass RKU, 1.3.42; Vgl. POHL, Schauplatz, S. 157; DERS., Die Einsatzgruppe C, in: Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42, hg. v. PETER KLEIN, Berlin 1997, S. 71-87, hier S. 81.

es dennoch zu Auseinandersetzungen darüber, ob der HSSPF eigenmächtig Strafen, auch Kollektivstrafen, verhängen dürfe, oder ob er einzelne Delinquenten der Staatsanwaltschaft überstellen müsse.¹⁴³

Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass die Regelung zwischen Rosenberg und Himmler vom September 1942 in Kochs Verwaltung als „Preisgabe wichtiger Hoheitsrechte“¹⁴⁴ gesehen wurde. Der Reichskommissar machte die Übertragung des materiellen Polizeirechts von kleinlichen Bedingungen abhängig und scheute sich nicht, missliebige Anordnungen seines HSSPF außer Kraft zu setzen.¹⁴⁵ Andererseits witterten er und seine Entourage in der Neuordnung aber auch eine Chance, die Autorität des Ostministeriums weiter auszuhebeln, indem sie eigenmächtig und in Absprache mit der SS eine grundlegende Neuordnung einzelner Kompetenzen, vor allem in der Volkstumspolitik, einleiteten.¹⁴⁶

Die Volkstumspolitik war eindeutig eine Angelegenheit der SS, die auch auf diesem Feld tätig wurde. Rosenberg war allerdings der Ansicht, dass die SS-Dienststellen, wie auch alle anderen Zweige der Verwaltung, seinem Ministerium unterstellt sein müssten.¹⁴⁷ Himmler trug dem Rechnung, indem er die Reichskommissare Koch und Lohse von Anfang an die Planungen einbezog und sie sogar als Beauftragte des RKF einsetzte. Das ausführende Personal der „Volksdeutschen Mittelstelle“ ließ er in die Dienststellen der Generalkommissare eingliedern, womit die Verwaltungshoheit der Zivilverwaltung zumindest formal gewahrt blieb.¹⁴⁸

Koch honorierte dieses Entgegenkommen nicht, er ergriff vielmehr selbst die Initiative in der Volkstumspolitik, und das in einer Art und Weise, die vielfältige Proteste von SS-Stellen, die sich ausgebootet fühlten, hervorrief. Selbst Himmler klagte, dass im Gegensatz zur Ukraine im rumänisch besetzten Transnistrien eine erfolgreiche Deutschstumspolitik möglich gewesen sei, weil ihn dort keine „kompetenzhungrige“ Dienststelle

¹⁴³ BA Berlin, BDC, O 342, Blatt 19-29, Schriftverkehr, 1942; Vgl. GERLACH, Morde, S. 989.

¹⁴⁴ BA Berlin, BDC, O 342, Blatt 3, Bericht Dargel, 25.9.42.

¹⁴⁵ Ebd., Blatt 29, Koch an Himmler, 10.9.42; O 217 II, Blatt 165, Himmler an Prützmann, undatiert; BIRN, S. 223.

¹⁴⁶ BA Berlin, BDC, O 342, Blatt 3, Bericht Dargel, 25.9.42.

¹⁴⁷ Ebd., R 6/21, Stellungnahme Rosenberg, undatiert (1941); Vgl. ZELLHUBER, S. 246-254.

¹⁴⁸ Dienstkalender, S. 346; BA Berlin, NS 19/1704, Himmler an Meyer, 17.3.42; FLEISCHHAUER, Drittes Reich, S. 170.

des Ostministeriums oder des RKU in „törichtem Machthunger“¹⁴⁹ behindert und ihm zum Beispiel neu gegründete deutsche Schulen weggenommen habe, um sie zu schließen.

In dieser Situation betrat ein neuer Protagonist die Bühne, der Chef des SS-Hauptamtes, SS-Gruppenführer Gottlob Berger, der als Verbindungsmann in Rosenbergs Ministerium tätig war. Er wollte, ohne auf die Führung des SS-Hauptamtes zu verzichten, als Staatssekretär ins Ostministerium übernommen werden und versuchte nun, den bisherigen Stellvertreter Rosenbergs, Gauleiter Meyer, zu verdrängen, indem er dessen „mehr als weichen Haltung“ die Schuld an dem „ganzen Unglück“¹⁵⁰ im Osten zuwies. Um sich zu profilieren, wollte Berger im August 1942 die Umsiedlung der „Volksdeutschen“ in der Ukraine durch die Einrichtung eines Siedlungsausschusses an sich ziehen.¹⁵¹ Darin sah nun wieder Koch eine Einmischung in seinen Hoheitsbereich und entschloss sich, die Siedlungspolitik wie in Zichenau selbst zu übernehmen, obwohl er von den Ukraine-deutschen keine besonders hohe Meinung hatte.¹⁵²

Die Neuregelung des Polizeirechts hatte damit nichts zu tun, Koch behauptete aber, sie habe ihn zu schnellem und eigenmächtigem Handeln gezwungen, da die Zivilverwaltung sonst jeglichen Einfluss auf die Siedlungspolitik verloren hätte.¹⁵³ Tatsächlich war es wohl eher so, dass der „Reichsführer SS“ glaubte, einen Modus Vivendi mit Koch finden zu können, wenn er ihn noch stärker in die Volkstumspolitik einband. Er beauftragte Koch daher am 8. und 9. September 1942 damit, die Ukraine-deutschen gemäß der „Deutschen Volksliste“ zu erfassen, sie zur Sicherung der Orte Korosten, „Eichenhain“ und „Hegewald“ um diese herum geschlossen anzusiedeln und eine „Natural-Restitution“ nach dem Stand vom 1. Januar 1914 vorzunehmen. Dazu stellte er ihm den volkstumpolitischen

¹⁴⁹ BA Berlin, NS 19/2369, Himmler an Berger, 8.8.42; Vgl. Ebd., NS 19/1704, Schriftverkehr, 1942; BDC, SSHO 908, Berger an Himmler, 24.7.42; Dienstkalender, S. 54, 81; BUCHSWEILER, S. 322, 325; FLEISCHHAUER, Drittes Reich, S. 103, 162-170; LOWER, New Ordering, S. 231, 246, 248f.

¹⁵⁰ BA Berlin, BDC, SSHO 1497, Berger an Himmler, 27.3.43; Vgl. Ebd., SSHO 870, Berger an Himmler, 21.11.42; NS 19/3863, Schriftwechsel Berger mit Himmler, 1943; BIRN, S. 231; DALLIN, S. 180-185; ZELLHUBER, S. 207, 328-330; GERHARD REMPEL, Gottlob Berger, in: Die SS, S. 45-59, hier S. 52f; REITLINGER, Haus, S. 254-257; MULIGAN, S. 66f, 71; JERABEK, S. 29; Dienstkalender, S. 39f, 479f; ORLOW, History II, S. 445; PINKUS/ FLEISCHHAUER, S. 224f; PAJOUH, S. 182.

¹⁵¹ BA Berlin, BDC, SSHO 907, Berger an Himmler, 14.8.42; Witte, Dienstkalender, S. 479f, 527.

¹⁵² Vgl. FLEISCHHAUER, Drittes Reich, S. 162-170.

¹⁵³ BA Berlin, BDC, O 342, Blatt 10f, Bericht Dargel, 25.9.42; Vgl. Ebd., SSHO 881, Himmler an Koch, 8.9.41; R 6/251, Vermerk Kinkelin, 15.3.43; UMBREIT, Weg, S. 91.

Apparat Prützmans zur Verfügung.¹⁵⁴ Koch erließ daraufhin am 15. September eine Verordnung, die ein im Vergleich zu Polen leicht modifiziertes Volkslistenverfahren mit eher moderaten Eindeutschungskriterien und dem Reichskommissar als letzter Instanz im Aufnahmeverfahren vorsah.¹⁵⁵

Dies wiederum wurde im Ostministerium als Versuch gesehen, das Ministerium auszuschalten, was dadurch, dass später zwei „Rasseexperten“ des Ministeriums des Reichskommissariats verwiesen wurden und Koch sich weigerte, seinen zuständigen Abteilungsleiter zwecks Behebung der Mängel im Volkslistenverfahren ins Ministerium zu schicken, offensichtlich bestätigt wurde.¹⁵⁶ Rosenberg sah sich aber derart vor vollendete Tatsachen gestellt, dass er sich nach einigen Protesten genötigt fühlte, dem Reichskommissar die Beschäftigung mit Siedlungsaufgaben zu gestatten, wenn auch nur in Absprache mit dem Ministerium¹⁵⁷ – was den Verwaltungschef nicht daran hinderte, auch in Zukunft eigenmächtig vorzugehen. Aber auch der „Reichsführer SS“ war mit dem Ergebnis seines Schachzuges unzufrieden. Am 27. September schickte er seinen HSSPF Prützmann zu Koch, um diesem mitteilen zu lassen, seine Verordnung „betreffend volksdeutscher Arbeit“ beruhe auf einem Missverständnis, „da der Erlaß des Reichskommissars den Apparat des Reichsführers-SS, den der Reichsführer zur Verfügung gestellt habe, vollständig ausschalte.“¹⁵⁸ Himmler ging es dabei augenscheinlich nur um die Nichtbeteiligung seiner Dienststellen, denn in der Sache folgte Koch seinen Weisungen.

Koch ließ sich mit Prützmann auf keine Diskussion ein. Obwohl er selbst dafür gesorgt hatte, dass Prützmann als ihm genehmer SS-Führer anstelle Jeckelns in die Ukraine abgeordnet worden war, beschwerte er sich jetzt in einer geradezu beleidigenden Art und Weise über dessen Amtsführung. Er verbot Prützmann jeglichen direkten Kontakt zu Himmler – der „Reichsführer“ sei nicht berechtigt, dem HSSPF Befehle zu erteilen – und beharrte darauf, dass der SS-Führer ein Untergebener sei, den er „ab-

¹⁵⁴ BA Berlin, BDC, SSHO 881, Himmler an Koch, 8.9.42; NS 19/2837, RFSS, RKF an RKU, 9.9.42; Dienstkalender, S. 36, 541; Vom Generalplan, S. 171f, Dokument Nr. 47; BUCHSWEILER, S. 332, 352; LOWER, New Ordering, S. 228, 239.

¹⁵⁵ FLEISCHHAUER, Drittes Reich, S. 185f; Vgl. BA Berlin, R 94/9, Verordnung RKU, 10.7.43; R 6/131, RKU an RMBO, 23.12.43; TSDAVOV Kiew, 3206/6/277, Blatt 14-16, Bericht Volksdeutsche Mittelstelle, 3.4.43.

¹⁵⁶ BA Berlin, R 6/131, Schriftverkehr, 1942/43; NS 19/1976, Berger an Himmler, 22.10.42; Vgl. BUCHSWEILER, S. 324; Vom Generalplan, S. 500-508, Dokument Nr. 27; FLEISCHHAUER, Drittes Reich, S. 185-188.

¹⁵⁷ BA Berlin, NS 19/1704, RMBO an RFSS, 28.9.42.

¹⁵⁸ Ebd., BDC, O 342, Aktenvermerk Prützmann, 27.9.42, S. 1; Vgl. TSDAVOV Kiew, 3676/4/230, Blatt 55, Gaubefehl Landesleitung NSDAP, 1.4.43; Dienstkalender, S. 541; Vom Generalplan, S. 277-281, Dokument Nr. 85.

schießen“ werde, zeige er sich nicht gefügiger. Das materielle Polizeirecht, und hier lag wohl der Hauptgrund für Kochs Verärgerung, wollte er dem HSSPF auf keinen Fall übertragen, sondern verlangte die Befehlsgewalt über dessen Verbände. Alle Polizeieinheiten einschließlich der Waffen-SS, die nicht seinem Befehl unterständen, müssten aus dem Reichskommissariat „raus“¹⁵⁹.

Koch ging es in dieser Unterredung, die er in „lautestem Brüllen“ führte, offensichtlich darum, seine Position als alleiniger territorialer Führer zu behaupten oder überhaupt erst herzustellen. Aus Himmlers Reaktion auf diesen Auftritt Kochs sprach deutlich das ambivalente Verhältnis, das ihn mit dem Freund aus den ersten Jahren der „Bewegung“ immer noch verband und ihn bisher dazu bewogen hatte, trotz aller Eigenmächtigkeiten Kochs mit diesem sehr konziliant umzugehen. Mit ihm besprach er sich, wohl nicht nur wegen der in der Ukraine anstehenden Siedlungsprojekte und Partisanenaktionen, wesentlich häufiger als mit Rosenberg oder Lohse. Dabei war nicht nur die grundsätzliche Ukraine-politik Thema, sondern auch Tagesfragen und Kochs Probleme mit Rosenberg.¹⁶⁰

Ganz in diesem Stil wandte er sich auch jetzt an den Gauleiter und schrieb ihm einen äußerst freundlich formulierten Brief, in dem er den „lieben Erich“ durchgehend duzte und ihn bat, die „völlig unnötigen Schwierigkeiten“ in einem Gespräch unter „alte[n] Nationalsozialisten und Freunde[n]“ auszuräumen. Er habe Koch „noch niemals etwas hereingere-det“ und bitte ihn, den Stil der SS, wo eben gerade nicht auf „absolut gefügte Untergebene“ Wert gelegt werde, zu respektieren. Daneben vergaß er aber nicht zu betonen, dass die SS-Männer Koch nur „für einen ganz bestimmten Sektor untergeben“¹⁶¹ seien.

Himmler bestand also auf seiner Befehlsgewalt über SS und Polizei, zwischen den beiden „Alten Kämpfern“ herrschte aber offensichtlich ein ganz anderer Ton als zwischen dem Gauleiter und seinem Minister oder auch seinem HSSPF, weshalb es den beiden dann auch gelang, während einer Besprechung am 23. Oktober 1942 die Differenzen bezüglich der Volkstumspolitik gütlich beizulegen. Koch scheint deshalb auch nicht dagegen protestiert zu haben, dass der Bezirk „Hegewald“ am 12. Dezem-

¹⁵⁹ BA Berlin, BDC, O 342, Aktenvermerk Prützmann, 27.9.42, S. 1, 3; Vgl. Ebd., R 6/18, Vermerk Rosenberg, undatiert.

¹⁶⁰ Vgl. Dienstkalender, S. 62, 221f, 228, 244, 251, 254f.

¹⁶¹ BA Berlin, BDC, O 342, Fernschreiben Bethge, 21.10.42; Reichsführer!, S. 161, Dokument 160.

ber 1942 aus der Hoheit des Ostministeriums genommen und der SS übergeben wurde.¹⁶²

Himmler erwähnte in seinem Schreiben an Koch einen Faktor, der den Konflikt des Reichskommissars mit der SS prolongierte: Der „Reichsführer“ legte keinen Wert auf „absolut gefügige Untertanen“, sondern ließ seinen SS-Führern ebenso wie Hitler seinen Paladinen großen Handlungsspielraum. Die SS gab es als einheitlichen, ausschließlich auf Himmler ausgerichteten Personenverband ebenso wenig wie „den Nationalsozialismus“. ¹⁶³ Daher war es möglich, dass einerseits SS-Führer – des öfteren auch Himmler selbst – gegen das Ostministerium Stellung bezogen, während andererseits Hauptamtschef Berger den umgekehrten Weg ging und versuchte, mit dem Ostministerium zusammenzuarbeiten.

Berger wurde im März 1943 von Rosenberg gebeten, zu sondieren, ob Himmler bereit sei, ihn gegen Koch zu unterstützen. Der SS-Gruppenführer sah darin eine Chance, seine Karriere im Ostministerium zu forcieren, und versuchte, Himmler gegen den ukrainischen Verwaltungsführer einzunehmen. Er behauptete, die Politik Kochs sei nicht erfolgreich und allgemein unbeliebt. Als Kronzeugen für deren verheerende Wirkung nannte Berger seinen Kameraden Prützmann, der Kochs rüdes Auftreten wohl noch nicht verwunden hatte.¹⁶⁴

Eine Woche später, am 3. April 1943, intrigierte Berger erneut gegen Koch. Neben einigen zweitrangigen sachlichen Vorwürfen kolportierte er hier vor allem, Rosenberg habe sich „unerhört viel Sympathien im Deutschen Volke“ erworben, während das Verhalten des Reichskommissars mittlerweile sogar „einige Ehrenzeichenträger der Partei“ dazu gebracht hätte, ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn einzuleiten. Außerdem versuchte Berger, einen Keil zwischen Himmler und Koch zu treiben, indem er angab, Koch rechtfertige „seine Politik mit allen ihren Auswirkungen“ dadurch, dass er sich „in jeder Beziehung auf [den] Reichsführer-SS“¹⁶⁵ berufe. Noch deutlicher wurde er am 15. Mai, als er behauptete, Koch sei völlig unzuverlässig und versuche andauernd, Himmler gegen Rosenberg auszuspielen.¹⁶⁶ Erfolg hatte er damit aber offenbar

¹⁶² Koch betrachtete den von der SS ernannten Gebietskommissar als Angehörigen seiner Kommissariatsverwaltung (LOWER, New Ordering, S. 237, 240, 249).

¹⁶³ Vgl. BIRN, S. 58, 100-106, 373-375; Dienstkalender, S. 30.

¹⁶⁴ BA Berlin, BDC, SSHO 1497, Berger an Himmler, 27.3.43; Reichsführer!, S. 204, Dokument Nr. 222.

¹⁶⁵ BA Berlin, BDC, SSHO 1497, Berger an Himmler, 3.4.43.

¹⁶⁶ Ebd., NS 19/3863, Blatt 13-15, Berger an Himmler, 18.5.43; Vgl. Ebd., NS 19/2191, Berger an Himmler, 10.12.43.

nicht, er konnte seinen höchsten Vorgesetzten nicht dazu bewegen, gegen den umstrittenen Reichskommissar vorzugehen.

Auch der Ostminister selbst erreichte nichts, als er sich am 2. April 1943 an Himmler wandte und ihn bat, einen ihm „gerüchteweise bekannten Fall, der in ganz Wolhynien und Podolien stärkste Erregung hervorgerufen hat, auch polizeilicherseits zu überprüfen“. Koch habe, so zitierte Rosenberg einen „alten Parteigenossen“, das 70 000 Hektar große ehemals polnische Jagdgut Zuman als persönliches Jagdrevier herrichten, dafür zahlreiche Dörfer evakuieren und „Hunderte von Menschen“ „abknallen“ lassen, da für sie keine Aufnahmeplätze vorhanden gewesen seien. Das Waldgebiet sei dadurch zu einem „Banden-Dorado“¹⁶⁷ geworden und könne, obwohl dort in wichtige forstwirtschaftliche Projekte investiert worden sei, kaum noch genutzt werden. Dem Minister waren die wirtschaftlichen Wirkungen offensichtlich weitaus wichtiger als das Schicksal der Menschen, aber er regte immerhin eine Untersuchung durch HSSPF Prützmann an – der selbst für zahlreiche Massaker verantwortlich war.

Was in Zuman tatsächlich geschah, lässt sich nur noch schwer feststellen, die Gesamtumstände und die Reaktion Kochs sowie die Ereignisse in Krasne und Białowieża lassen aber vermuten, dass die „Gerüchte“ nicht aus der Luft gegriffen waren.¹⁶⁸ Dennoch ist von einer Untersuchung durch SS oder Polizei nichts bekannt – Himmler schlug sich wohl auch hier auf die Seite Kochs. Die Gründe dafür dürften nicht nur in seiner eigenartigen Beziehung zu Koch liegen, die durch Fehden wie die „Oberpräsidentenkrise“ oder um die Unterstellung des HSSPF, aber auch durch einen bisweilen beinahe freundschaftlichen Umgangston und Gratifikationen wie der Übertragung von Gütern geprägt war, sondern auch in der schwachen Stellung und der angeblich zu slawophilen Politik des Reichsministers. Ein Bündnis mit ihm konnte die Machtposition des „Reichsführers“ kaum stärken, und auch ideologisch waren sich die beiden NS-Führer bezüglich der Behandlung der Ukrainer nicht nahe genug.¹⁶⁹ Der Beziehung zu Koch hingegen wohnte eine enorme Dynamik inne, da der Gauleiter zeitweise zur Zusammenarbeit bereit war, aber auch dann, wenn er den „Festigungskommissar“ ausstechen wollte, die antiukrainische Politik mit Elan vorantrieb – was Himmler mehr nützte als eine Allianz mit dem zögerlichen

¹⁶⁷ IMT, Bd. 25, S. 94f, Dokument 032 PS; Vgl. BA Berlin, R 6/35, Blatt 111, Notiz von Ukrainereise, ohne Autor, undatiert; REITLINGER, Haus, S. 244-246; AINSZTEIN, S. 162.

¹⁶⁸ REITLINGER, Haus, S. 246; IPN Warschau, SWWW 759, Blatt 1391, Aussage Koch, 29.11.50-4.1.51.

¹⁶⁹ BA Berlin, NS 19/3863, Blatt 13-15, Berger an Himmler, 18.5.43.

Rosenberg.¹⁷⁰ Dieser konnte in seiner Auseinandersetzung mit seinem Untergebenen daher zwar auf die Hilfe einzelner SS-Führer rechnen, nicht aber mit der des „Reichsführers“ und der gesamten Organisation.

Rosenbergs Vorstöße und Beschwerden führten in der Summe letztlich doch dazu, dass er und sein Reichskommissar am 19. Mai 1943 gemeinsam mit ihren Kontaktmännern Lammers und Bormann zu Hitler einbestellt wurden.¹⁷¹ Für Koch galt es jetzt zu beweisen, dass er tatsächlich immer nach dem Willen des „Führers“ gehandelt hatte. Allerdings war die Situation für ihn nicht so bedrohlich wie während des „Scherbengerichts“ 1935, da mit Bormann, Göring und wohl auch Himmler die wichtigsten NS-Führer auf seiner Seite standen.

Rosenberg war es dagegen nicht gelungen, einflussreiche NS-Führer für sich zu aktivieren. Die zahlreichen Beschwerden über Kochs Politik kamen von Personen, denen in den Augen Hitlers nur geringes politisches Gewicht zukam. Offiziere, Beamte und „Ostexperten“ standen beim „Führer“ nicht hoch im Kurs. Sie alle waren in seinen Augen keine nationalsozialistischen Tatmenschen, sondern „Bedenkenträger“, die im „Willensstaat“ nur eine schlechte Figur machen konnten. Andererseits lag Rosenberg selbst mit vielen Granden des Dritten Reiches im Streit, nicht nur mit Himmler bezüglich der Zuständigkeit für Polizei und Siedlung oder mit Göring über die Wirtschaftspolitik, sondern auch mit Speer über dessen Befugnisse im technischen Bereich, mit Goebbels über die Zuständigkeit für die Propaganda oder mit dem Auswärtigen Amt darüber, wer das Reich in den eroberten Gebieten vertreten dürfe.¹⁷² Rosenberg stand deshalb im Gegensatz zu Koch allein vor Hitler.

Hitler wies die beiden Kontrahenten an, sich kurz zu fassen und sich klarzumachen, „was es hiesse, dass sich in dieser Zeit zwei alte Parteigenossen über derartige Dinge, die angesichts der grossen Ereignisse nur als

¹⁷⁰ Vgl. Ebd., NS 19/4009, Redenotiz Himmler, 16.9.42.

¹⁷¹ Vgl. IPN Warschau, SWWW 759, Blatt 1391, Aussage Koch, 29.11.50-4.1.51; DALLIN, S. 170-173; REITLINGER, Haus, S. 246f.

¹⁷² Vgl. KOEHL, RKFDV, S. 147; BIRN, S. 19-21; ZELHUBER, S. 278-292, 300-314; Herbst 1941, S. XIVf; MÜLLER, Ostkrieg, S. 76f, 97; FLEISCHHAUER, Drittes Reich, passim; PINKUS/ FLEISCHHAUER, S. 225f, 237-242, 273f; JERABEK, S. 28; CORNI/ GIES, Brot, S. 536; REBENTISCH, Führerstaat, S. 320; REITLINGER, Haus, S. 234; MULLIGAN, S. 51; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 132, 136; DALLIN, S. 143-147, 187-192; Reichsführer!, S. 185, Dokument Nr. 198; Faschistische Okkupationspolitik, S. 73, 261-263, Dokument Nr. 81; S. 349f, Dokument 262; BA Berlin, R 6/21, R 6/22, R 6/291, R 94/9, Schriftverkehr 1942; R 43 II/685, Blatt 56-58, Besprechungsnotiz, 13.2.42; R 55/1434, Bericht über die Propagandalage im Osten, 17.9.42.

Lappalien erscheinen könnten, stritten.“¹⁷³ Mit persönlichen Angelegenheiten werde er sich jedenfalls nicht befassen. Dieses Statement bedeutete einen ersten Rückschlag für Rosenberg, denn für ihn war es keine Lappalie, wenn Koch seine Autorität untergrub, oder die Ukrainer als Untermenschen behandelte und nicht als potentielle Verbündete. Die passenden Worte fand er aber nicht, vielmehr referierte er knapp die bereits bekannten Punkte: Koch akzeptiere seine Autorität nicht und mache das Ministerium verächtlich, er beschuldige ihn, Rosenberg, mit Emigranten zu konspirieren, und gebe Erlasse heraus, ohne ihn zu benachrichtigen, wälze deren Folgen aber auf ihn ab. Koch sei für das Anwachsen der Partisanenbewegung und die dadurch entstandene Gefährdung des Nachschubs verantwortlich, sein Verhalten sei aber auch schon „der Reichsautorität wegen“¹⁷⁴ untragbar.

Koch antwortete mit der von ihm bekannten Mischung aus Unwahrheiten, Verdrehungen und Verharmlosungen. Er habe weder die Absicht gehabt, Rosenberg zu beleidigen, noch habe er das getan. Der Vorwurf „Emigrant“ habe er nicht Rosenberg, sondern dessen Mitarbeitern gemacht. Es gebe nur wenige Partisanen, und die seien aus dem Generalgouvernement eingesickert. „Starke Zumutungen“ habe er der Bevölkerung „nicht aus Vergnügen“ gestellt, sondern um die Auflagen Sauckels zu erfüllen, die Bevölkerung sei davon „selbstverständlich nicht erbaut.“ Den Vorwürfen Rosenbergs müsse er „seine Erfolge gegenüberstellen; dass die Ukrainer diese Erfolge nicht als angenehm empfinden, liege auf der Hand.“¹⁷⁵ Seine Schulpolitik rechtfertigte er mit den Argumenten seiner Denkschrift und beschuldigte das Ministerium, ihn mutwillig zu provozieren.

Im Vergleich mit der angeblichen weltpolitischen Bedeutung der Besatzungsverwaltung in der Ukraine erschienen diese Streitpunkte tatsächlich wie Lappalien: Eifersüchteleien zwischen zwei hohen Beamten und das Aufkommen von Partisanen – darauf schienen sich Rosenbergs Vorwürfe zu reduzieren. Kochs ganzer Habitus wie auch seine Argumente zielten auch darauf ab, eine derartige Bagatellisierung herbeizuführen, indem er Rosenbergs Argumente als kleinlich oder unbegründet darstellte und mit seinen angeblich überwältigenden Erfolgen kontrastierte. Bezeichnend dafür war die plakative Arroganz, mit der Koch die Kritik an einer seiner

¹⁷³ BA Berlin, R 58/1005, Blatt 10, Protokoll Bormann, 19.5.43; Vgl. Ebd., Blatt 9, Vermerk, 10.6.43; R 6/18, Blatt 191, Erklärung über die Besprechung im Führerhauptquartier am Mittwoch, den 19.5.1943, 24.5.43.

¹⁷⁴ Ebd., R 58/1005, Blatt 10, Protokoll Bormann, 19.5.43; Vgl. REITLINGER, Haus, S. 246.

¹⁷⁵ BA Berlin, R 58/1005, Blatt 10f, Protokoll Bormann, 19.5.43.

antislawischen Äußerungen bedachte: „Dieser eine Satz solle eine Beleidigung der Slawen der ganzen Welt darstellen!“¹⁷⁶

Beide versuchten offenbar nicht, ihre Thesen mit konkreten Daten zu belegen, was nicht nur dem Wunsch geschuldet war, Hitler nicht zu verärgern – der Diktator ließ sich zwar durch gute Argumente überzeugen, aber er schätzte lange, zahlenbeladene Vorträge generell nicht.¹⁷⁷ Rosenberg wäre es darüber hinaus schwer gefallen, sinkende Ablieferungsmengen, steigende Partisanenaktivitäten oder verbreitete Arbeitsunwilligkeit mit konkreten Maßnahmen Kochs in kausalen Zusammenhang zu setzen – zu heterogen waren die Verhältnisse in der Ukraine und zu viele verschiedene Dienststellen waren dort aktiv, als dass Koch nicht immer einen Gegenbeleg hätte anführen können, der anderen Dienststellen die Schuld zuwies. Der Reichskommissar musste dagegen darauf achten, dass seine „Erfolge“ nicht allzu genau geprüft wurden, da sie bei weitem nicht den Erwartungen entsprachen, auch wenn er es geschickt verstanden hatte, seine Tätigkeit durch die „Ukrainezüge“ oder die „Führerpakete“ medienwirksam zu präsentieren, während sein Vorgesetzter nichts gleichwertiges vorweisen konnte.

Hitler schlug sich eindeutig auf die Seite Kochs und übernahm dessen Argumente. „Die Verhältnisse“, so führte er aus, würden „uns“ zu einem harten Vorgehen in der Ukraine zwingen. Grundsätzlich sei die Politik richtig, die die meisten Lebensmittel garantiere. Da das Reich Lieferungen nicht entgelten könne, müssten sie erzwungen werden. Die politische Zustimmung der Ukrainer könne daher nicht gewonnen werden, vielmehr müsse mit äußerster Härte regiert werden, alles andere sei „töricht und wirklichkeitsfremd“. Die Lebensverhältnisse und Belastungen seien in der Ukraine nicht schlimmer als im Reich. Für den „Partisanenkampf“ machte er die Ereignisse an der Front sowie „hineingesickerte“ Banden und Fallschirmspringer verantwortlich. Rosenbergs Kooperationskonzept verwarf er: „Fremdvölkische“ Mitarbeiter dürften nicht verwendet werden, sie könnten nur unzuverlässig sein. Bildung müsse verhindert werden, da diese nur Revolutionäre hervorbringe. Es habe keinen Zweck, so schloss er, wenn das Ministerium Erlasse herausgebe, die nicht durchgeführt werden könnten, oder wenn der Reichskommissar gegen das Ministerium opponiere. Es seien daher „laufend“ Besprechungen zwischen dem Reichskommissar und dem Minister abzuhalten, in Streitfragen sollten sie sich an Lammers und Bormann wenden, „damit gleich von vornherein der Führer

¹⁷⁶ Ebd.; Vgl. BA Berlin, R 6/491, Blatt 209, Rosenberg an Lammers, 16.4.43; BDC, O 307, Anlage I; ADAP, Serie E, Band V, S. 423, Dokument 220; IMT, Bd. 25, S. 283f, Dokument 192 PS.

¹⁷⁷ REBENTISCH, Führerstaat, S. 413-415; Vgl. PICKER, S. 53.

befragt wird.“¹⁷⁸ Weitere Anweisungen erteilte Hitler nicht mehr, er zog sich vielmehr zurück.

Der Diktator entschied sich mit der Parteinahme für den Gauleiter für die radikalere Position. Er stellte dies allerdings nicht als ideologisch motivierte, sondern als rationale Entscheidung dar. Völlig abwegig waren die von ihm genannten Argumente nicht, denn niemand konnte erwarten, dass die Ukrainer den horrenden Forderungen der Deutschen nach Nahrungsmitteln und Arbeitskräften bereitwillig nachkommen würden. Allerdings wiesen Hitlers Einlassungen eine deutliche Blindheit gegenüber der Realität auf, denn der Diktator tat gerade so, als würde den Ukrainern nicht mehr zugemutet als der deutschen Zivilbevölkerung. Dass dem nicht so war und gerade die Politik Kochs dafür sorgte, dass der Alltag der Ukrainer von ständiger Todesfurcht, Morden, Misshandlungen, Hunger und Not geprägt war und sich deshalb der Schritt zum Widerstand geradezu aufdrängte, wollte der „Führer“ offensichtlich nicht wahrhaben.¹⁷⁹

Ob Hitler überhaupt ein den realen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vorgänge in der Ukraine besaß, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden, auf jeden Fall hatten sich aber Rosenberg und die anderen Beschwerdeführer intensiv darum bemüht, Hitler einen zumindest etwas zutreffenderen Eindruck zu vermitteln und ihn um Abhilfe gebeten. Der „Führer“ jedoch ließ sich, falls ihn die Denkschriften überhaupt erreichten, nicht auf sie ein, er vertraute weiterhin seinem ostpreußischen Stellvertreter. Das Treffen mit Rosenberg und Koch stellte für ihn offenbar eine klärende Aussprache über die Grundlagen der Besatzungspolitik dar. Dies wurde besonders deutlich, als der Diktator drei Wochen später, während einer Besprechung mit OKW-Chef Wilhelm Keitel und Generalstabschef Kurt Zeitzler auf das Rencontre zurückkam. Rosenberg, so beschrieb er die Ausgangslage, sei „einer der schärfsten Denker in allen Weltanschauungsfragen“, das habe ihn allerdings

„sehr wenig Berührung [...] mit den ordinären Tagesfragen finden lassen. Die Weltanschauungsfragen und die ordinären Tagesfragen sind dadurch nicht so leicht auf einen Nenner zu bringen. Nun waren neulich die beiden Exponenten bei mir, der eine der Weltanschauungsfragen und der großen Politik, und der andere der ordinären Tagesfragen, Koch.“¹⁸⁰

¹⁷⁸ BA Berlin, R 58/1005, Blatt 11-14, Protokoll Bormann, 19.5.43; Vgl. PICKER, S. 303, 11.4.42; DALLIN, S. 171; BA Berlin, R 6/131, Vermerk zu Reisebericht Firgau, Gallmeier, 9.3.43.

¹⁷⁹ Vgl. BERKHOFF, Harvest, S. 57, 136.

¹⁸⁰ Lagebesprechungen, S. 257-263, Besprechung vom 8.6.43, hier S. 258.

Dann referierte Hitler ausführlich aus dieser Unterredung, wobei er die Beiträge Rosenbergs übergab, diejenigen Kochs aber wie ein Schauspieler in wörtlicher Rede wiedergab. Er legte Koch eine wortreiche Beschreibung der Umstände in den Mund, die ihn zwingen würden, mit größter Härte Lebensmittel zu requirieren, und sogar gegen jede ökonomische Vernunft 500 000 Juden „wegzunehmen“. Diese Juden fehlten jetzt als Handwerker, als „Elemente des Aufruhrs“ hätten sie aber entfernt werden müssen. Der Aufbau eines ukrainischen Staates oder ukrainischer Hochschulen stelle dagegen nur „das Aufspeichern einer revolutionären Energie, die sich eines Tages gegen uns entladen muß“, dar. „Was ist wichtiger: daß ich den Ukrainer abrichte, Stiefel zu flicken, oder daß ich ihn in die Hochschule schicke, damit Sie [Rosenberg] den ukrainischen Staat aufbauen?“¹⁸¹

Hitlers – sicherlich nicht authentische – Zitation Kochs ermöglicht tiefe Einblicke in die Motive, die den „Führer“ bewegten, den Argumenten des Gauleiters und nicht denen des Ministers zu folgen. Hitler fügte Kochs Ausführungen als den praktischen Aspekt seiner eigenen grundsätzlich-historischen Argumentation in das Gespräch mit den Generälen ein, während er Rosenbergs Überlegungen als „Theoretisieren im Wolkenkuckucksheim“¹⁸² abqualifizierte. Koch hatte offensichtlich sowohl mit seiner plastischen Ausdrucksweise als auch inhaltlich genau die Vorstellungen seines „Führers“ getroffen. Hier präsentierte – so sah das zumindest Hitler – kein Feingeist langatmige theoretische Überlegungen, unsichere Zukunftsvisionen und kleinliche Bedenken, sondern ein „Tatmensch“¹⁸³, der sich nicht zu fein war, sich mit „ordinären Tagesfragen“ zu beschäftigen, berichtete, wie er im Angesicht beinahe übermächtiger Sachzwänge schmerzhaft Entscheidungen traf. Kochs markige Worte beschrieben keine Spekulationen über taktische politische Manöver, mit denen undurchsichtige Slawen auf windige Weise für fragile Allianzen geworben werden sollten, sondern geradlinige, ehrliche Maßnahmen, die ein Mann getroffen hatte, der instinktsicher entschied, was wirklich wichtig war – ein Mann, der sich nicht Gedanken über Hochschulen und nationale Gefühle machte, sondern der, wenn es ihm notwendig erschien, ohne Bedenken 500 000 „Elemente des Aufruhrs“ liquidierte, auch wenn er dadurch dringend benötigter Arbeitskräfte verlustig ging.

Der „Führer“ goutierte dieses „Tatmenschen“ offensichtlich weitaus mehr als das „Theoretisieren“ Rosenbergs, daran ließen die Art seiner Präsentation vor Keitel und Zeitzler wie auch frühere Äußerungen keinen

¹⁸¹ Ebd., S. 258f.

¹⁸² Ebd., S. 260.

¹⁸³ Vgl. KOCH, Jahr, in: R 6/70.

Zweifel.¹⁸⁴ Ob Kochs Auftritt vor Hitler bewusst auf diesen Effekt hin angelegt war, lässt sich, auch wenn einiges dafür spricht¹⁸⁵, nicht entscheiden. Das Verhalten des Gauleiters entsprach dem von ihm bekannten Auftreten, das – aus einer gemeinsamen Geisteshaltung heraus – mit den Vorstellungen Hitlers von den Eigenschaften seiner Unterführer korrelierte. Viele Äußerungen Kochs waren in diesem Duktus gehalten und brachten den vom „Führer“ so geschätzten „Tatmenschengeist“ zum Ausdruck.¹⁸⁶ Auch während der Besprechung mit Hitler im Oktober 1940 hatten Schirach und er den zunächst auftrumpfenden Frank unversehens in die Defensive gedrängt, in diesem Stil stellte Koch nun Rosenberg als kleinlichen Bedenkenträger dar.

Mit dieser Kombination aus geistiger Übereinstimmung und forschem Auftreten gelang es Koch, Hitler zu überzeugen und damit seine Position zur offiziellen Doktrin der Ostpolitik zu machen. Hitler veränderte sogar die Struktur der Besatzungspolitik zu seinen Gunsten: Das Ostministerium habe sich, so beschloss er im Folgenden, „auf Massnahmen [zu] beschränken, die unbedingt einer Zentralregelung bedürfen,“ und müsse bei Entscheidungen von größerer Tragweite die Meinung Kochs einholen. Dieser wiederum dürfe die Anordnungen Rosenbergs „nicht unbeachtet lassen“ oder aufheben. Dadurch wurde, so SS-Gruppenführer Berger, „ersichtlich, dass das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete nur ein politischer Führungsstab und keine Verwaltungsinstanz im Sinne der übrigen Reichsministerien oder gar ein Territorialministerium ist.“¹⁸⁷ Koch wurde sogar als „sein eigener Minister“¹⁸⁸ gesehen.

Ganz so unabhängig war Koch allerdings nicht. Formal war er immer noch ein Untergebener Rosenbergs und musste seine Absichten bei diesem

¹⁸⁴ Vgl. PICKER, S. 404f, 12.5.42; REBENTISCH, Führerstaat, S. 369; ALY, Endlösung, S. 396.

¹⁸⁵ „Mindestens teilweise beruhten auch die hahnebüchensten Projekte Kochs auf einer raffinierten Berechnung. Denn, wie diese wirklich originelle ‚Stimme seines Herrn‘ gelegentlich Schacht anvertraute, begingen die meisten Gauleiter oder Minister, wenn sie zum Kanzler vordrangen, den Fehler, ihn mit trockenen Zahlen oder nüchternen Vorschlägen zu langweilen. Das, meinte Koch, sei eine völlig falsche Psychologie. Man müsse dem Führer jedesmal etwas mitbringen, und zwar etwas ganz Großes, etwas Exorbitantes, etwas Niedergewesenes. Koch verglich es mit einer riesenhaften Wunderkiste. In zwanzig verschiedene bunte Kästen und in doppelt so viele kostbare Geheimfächer müsse das Anliegen verpackt sein, dann habe man bestimmt Aussicht auf Anteilnahme. Sei diese geweckt, sei das Spiel gewonnen.“ (GISEVIUS, S. 308f; Vgl. BRÄUTIGAM, So, S. 369; Portrait, S. 310; FRANK, Angesicht, S. 177).

¹⁸⁶ Vgl. KOCH, Deutschen; Dienstkalender, S. 33.

¹⁸⁷ BA Berlin, NS 19/1704, Blatt 106f, Berger an Himmler, 10.6.43; Vgl. PICKER, S. 404f, 12.5.42; S. 653, 22.7.42.

¹⁸⁸ DALLIN, S. 172.

und gegen diesen durchsetzen, denn der Minister bestand weiterhin auf seiner politischen Führerschaft.¹⁸⁹ Hitler hatte jedoch die Standardargumentation des Reichskommissars, er setze den Willen des „Führers“ um, bestätigt, und damit die Position seines Paladins ungemein gestärkt. Der Vorgang veranschaulichte zugleich die starke Stellung des Diktators, da dieser in der Lage war, eine Position, die zwar von einigen seiner engsten Mitarbeitern vertreten wurde, von einer großen Zahl auf dem entsprechenden Sektor beschäftigter Spezialisten aber scharf kritisiert wurde, zur allgemeinen Richtlinie der Politik zu machen.

Rosenberg war nun nicht bereit, diese Niederlage zu akzeptieren, vielmehr wollte er sich mit einem spektakulären Erfolg wieder eine Machtposition aufbauen. Starten wollte er sein „Comeback“ während einer Reise durch die Ukraine, zu der er während des *Rencontres* am 19. Mai verpflichtet worden war.¹⁹⁰ Dabei wollte er direkt vor Ort eine Maßnahme verkünden, von der er wusste, dass Koch sie ablehnen würde – die Übertragung des Eigentums an Grund und Boden an die ukrainischen Bauern.

Diese Maßnahme hatte eine längere Vorgeschichte, denn bereits seit Herbst 1941 wurde in den zuständigen Institutionen darüber diskutiert, die Landbevölkerung der eroberten sowjetischen Gebiete durch eine Agrarreform für die deutsche Besatzungsmacht zu gewinnen. Dazu eignete sich, wie die deutsche Führung schnell erkannte, die Reprivatisierung des Bodens, da das Kollektivsystem in der Landwirtschaft so unbeliebt war, dass die Bauern an vielen Orten nicht darauf warteten, bis die Besatzungsmacht die Kolchosen auflöste, sondern diese eigenmächtig aufteilten. Diese Möglichkeit der politischen Beeinflussung wurde jedoch zunächst technischen und ideologischen Prämissen untergeordnet.¹⁹¹

Die wichtigsten Entscheidungsträger – Hitler, Göring und der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Backe ebenso wie Rosenberg und Koch – waren zunächst unisono der Ansicht, die Kolchosen müssten beibehalten werden, da sie fürchteten, die Aufteilung der Großbetriebe in viele kleine Bauernwirtschaften könne die Effizienz der Landwirtschaft – die Bauern verfügten nicht über das benötigte Inventar und waren eigenverantwortliches Wirtschaften nicht gewohnt – und ihre Lenkung durch die Deutschen beeinträchtigen. Kurzfristige wirtschaftliche Effektivität, sprich die Beschaffung von Lebensmitteln für Wehrmacht und Reich, galt in der

¹⁸⁹ IMT, Bd. 11, S. 57; Vgl. DALLIN, S. 173.

¹⁹⁰ BA Berlin, R 6/18, Blatt 191, Erklärung über die Besprechung im Führerhauptquartier am Mittwoch, den 19.5.1943, 24.5.43.

¹⁹¹ Vgl. BARTOLEIT, Agrarpolitik, passim; DERS., *New Agrarian Order*, S. 127; GERLACH, *Agrarreform*, S. 10f, 42; CORNI/ GIES, *Brot*, S. 543-548; DALLIN, S. 317-345; REITLINGER, *Haus*, S. 225-228; BERKHOFF, *Harvest*, S. 19, 114, 117.

deutschen Führung solange als vorrangig vor politischen Zugeständnissen an die Einheimischen, wie die Blitzkriegskonzeption Erfolg zu haben schien. Ähnliche Bedeutung wurde auch der Absicht beigemessen, die zukünftige deutsche Besiedelung nicht durch eine vorzeitige Verteilung des Landes in ihren Möglichkeiten zu behindern.¹⁹²

Erst als sich ab Oktober 1941 erste Krisenerscheinungen in der Kriegsführung zeigten, sprachen sich immer mehr NS-Führer für politische Zugeständnisse aus. Unter dem Stichwort „Neue Agrarordnung“ entstand eine bis Kriegsende anhaltende Debatte darum, wie weit diese Konzessionen gehen sollten, wobei die Auflösung der Kolchosen und vor allem die Frage, ob die Bauern das Land als Eigentum erhalten sollten, im Fokus standen. Backe, Göring, Himmler und vor allem Koch waren dabei diejenigen, die sich am längsten gegen eine Agrarreform sperrten.¹⁹³

Beim „Reichskommissar für die Ukraine“ war diese Ablehnung Teil seiner grundsätzlichen Weigerung, den Ukrainern politische Zugeständnisse zu machen, selbst wenn diese nur taktischer Natur waren. In seiner „Stellungnahme zur neuen Agrarordnung“ vom 5. Februar 1942 führte er aus, die Ukrainer müssten zunächst durch Mitarbeit beweisen, dass sie eine derartige „Besserstellung“ verdienten und ihre Dankbarkeit für die Befreiung vom „bolschewistischen Joch“ zeigen, schließlich habe diese deutsches Blut gekostet, außerdem seien Slawen für ihre Undankbarkeit bekannt. Gegen eine „rein deklamatorische“ Auflösung der Kolchosen hatte er nichts einzuwenden, wohl aber gegen deren Umwandlung in Genossenschaften, da diese als selbstverwaltete Körperschaften aller Erfahrung nach „zwangsläufig [zu] Brutherde[n] der feindlichen Agitation“¹⁹⁴ würden. Bei den Ukrainern sollten keinerlei Begehrlichkeiten geweckt werden, außerdem sollte auf die deutschen Frontkämpfer und deren Anspruch auf Siedlungsland Rücksicht genommen werden. Die Ukrainer könnten auch durch andere Propagandaaktionen, zum Beispiel Wahlen in Gemeinden und Rayons, abgelenkt werden.

Koch wollte seinen „Untertanen“ also lediglich Propaganda gönnen, hatte mit dieser Argumentation aber keinen Erfolg – Hitler lehnte sie

¹⁹² GERLACH, Agrarreform, S. 12, 16; DALLIN, S. 320, 334-336; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 43-46, 61; Faschistische Okkupationspolitik, S. 200f, Dokument Nr. 45.

¹⁹³ GERLACH, Agrarreform, S. 12f, 16; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 7, 83, 94f, 115, 142, 151; DALLIN, S. 340; Dienstkalender, S. 330, 341, 345, 350; CORNI/ GIES, Brot, S. 543; BA Berlin, R 43 II/685, Blatt 57f, Aktenvermerk, 13.2.42; TSDAVOV Kiew, 3206/2/155, Blatt 33, Vermerk, 14.7.43.

¹⁹⁴ TSDAVOV Kiew, 3206/2/120, Blatt 1-3, Stellungnahme zur neuen Agrarordnung, 5.2.42.

ausdrücklich ab.¹⁹⁵ Gleichzeitig wurde das Reformkonzept von seinen Initiatoren so umformuliert, dass es in erster Linie die Interessen der Besatzer – sowohl bezüglich der Kriegswirtschaft als auch in Siedlungsdingen – bediente und die Unterworfenen mit Propaganda abspeiste. Die Reform sollte einerseits die Struktur der Großbetriebe wegen deren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und den besseren Kontrollmöglichkeiten erhalten, andererseits den Bauern aber suggerieren, die Agrarstruktur werde zu ihren Gunsten geändert.¹⁹⁶

Es gelang den Anhängern der Bodenreform, die wichtigsten Politiker, darunter auch Hitler, Göring und Rosenberg, von ihrem Konzept zu überzeugen, woraufhin die „Neue Agrarordnung“ am 28. Februar 1942 verkündet wurde.¹⁹⁷ Sie bestand vor allem aus Kann-Bestimmungen und verpflichtete die Besatzer nicht wirklich zu Veränderungen. Die bisherigen Staatsgüter, die Sowchosen, sollten ebenso erhalten bleiben wie das technische Rückgrat der Kollektivwirtschaft, die Maschinen-Traktoren-Stationen, von denen die Kollektivbetriebe, die Kolchosen, ihre Landmaschinen bezogen. Beide sollten als deutsche Stützpunkte dienen und von deutschen Landwirtschaftsführern geleitet werden, die Sowchosen sollten außerdem in naher Zukunft das Land für deutsche Siedler zur Verfügung stellen.

Die Kolchosen sollten in einer ersten Stufe in Gemeinwirtschaften umbenannt werden, die sich kaum von den Kolchosen unterschieden. Eine zweite Stufe sah die Umwandlung in Landbaugenossenschaften vor, in denen zwar jeder Familie „eigene“ Felder zugewiesen, insgesamt aber weiterhin kollektiv gewirtschaftet werden sollte. Endpunkt war eine dritte Stufe, während der besonders bewährten Bauern Land als Eigentum übertragen werden konnte. Der propagandistische Wert dieser Neuordnung war jedoch gering, da sie – was durchaus beabsichtigt war – nicht in allen Stufen konsequent umgesetzt wurde und den Bauern schnell bewusst wurde, dass die Besatzer in erster Linie an der Ausbeutung des Landes interessiert waren. Wirkliche Vorteile konnten sie in dem deutschen Modell

¹⁹⁵ BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 152; DALLIN, S. 345f; REITLINGER, Haus, S. 226; Vgl. BA Berlin, NS 22/912, Vortrag Schiller, 16.2.42.

¹⁹⁶ GERLACH, Agrarreform, S. 13; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 1, 62f, 92, 97f.

¹⁹⁷ Ebd., S. 61-98, 148; DERS., New Agrarian Order, passim; REITLINGER, Haus, S. 225f; GERLACH, Agrarreform, S. 13-15, 47; DERS., Morde, S. 350; DALLIN, S. 317-388; CORNI/ GIES, Brot, S. 543f; BERKHOFF, Harvest, S. 117; OTTO SCHILLER, Ziele und Ergebnisse der Agrarordnung in den besetzten Ostgebieten, Berlin 1943; DERS., Die praktische Durchführung der Agrarordnung in der Ukraine, in: Neues Bauerntum 34/1942, S. 329-332; Faschistische Okkupationspolitik, S. 245-248, Dokument Nr. 75; TSDAVOV Kiew, 3206/2/120, Blatt 4-25, Text der Agrarordnung, Begründung zu dem Entwurf einer neuen Agrarordnung, undatiert; BA Berlin, R 6/23, Göring an RMBO, 30.1.42; R 6/206, Rosenberg an Koch, Januar 1942; R 43 II/690b, Rosenberg an Koch, 13.5.42.

kaum erkennen, zumal sie zum Teil härter arbeiten und mehr abliefern mussten als zu Sowjetzeiten.¹⁹⁸

Die „Neue Agrarordnung“ galt in den gesamten besetzten sowjetischen Gebieten, aber während die Planvorgaben in einigen Territorien relativ zügig verwirklicht wurden, verhinderte der „Reichskommissar für die Ukraine“ dort die Erfüllung der aufgrund der Siedlungsplanungen ohnehin niedrigen Umwandlungsquoten.¹⁹⁹ Dabei fand er Unterstützung bei seinen „Landwirtschaftsführern“, die nicht nur fast alle davon überzeugt waren, dass die großen Kollektivwirtschaften produktiver als private Einzelhöfe seien, sondern auch auf das Versprechen ihres Verwaltungschefs bauten, dass sie später selbst Eigentümer der Betriebe im Osten werden würden. Viele von ihnen bangten nun um diesen Lohn und sabotierten daher die Durchführung der „Neuen Agrarordnung“. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft bemühte sich zudem, möglichst viele Betriebe als Sowchosen zu definieren, da diese auf jeden Fall in der Hand der deutschen Verwaltung bleiben sollten.²⁰⁰

Koch selbst äußerte sich auch nachdem die Agrarordnung erlassen worden war ähnlich wie zuvor, er argumentierte mit der Siedlungspolitik und der Erfüllung von Ablieferungsquoten. Am 15. April 1942, quasi als Richtlinie zur Durchführung der „Neuen Agrarordnung“, wies er den genannten deutschen Interessen oberste Priorität zu. Damit befand er sich im Einklang mit Göring, der zwei Tage zuvor angeordnet hatte, alle Reformvorhaben zurückzustellen und der Arbeit für den Sieg Priorität einzuräumen.²⁰¹ Auch Hitler gab bereits kurz nach der von ihm sanktionierten Einführung der Agrarordnung die Anweisung aus, zurückhaltend zu agieren und generell darauf zu achten, keine „Zukunftsmöglichkeiten“²⁰² zu verbauen. Ebenso wie der Reichskommissar hegte der „Führer“ noch Vorbehalte gegen das Projekt, anders als dieser hatte er aber den Charakter der Agrarordnung als reines Propagandainstrument erkannt und seine Bedenken insoweit zurückgestellt, dass er zwar für die Zukunft alle Optionen offen wissen wollte, die Agrarreform aber nicht mehr prinzipiell ab-

¹⁹⁸ Vgl. GERLACH, Agrarreform, S. 19f; 22f; ALY/ HEIM, S. 95-114; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 81-83, 92f, 100, 114f; BERKHOFF, Harvest, S. 120-124, 140; BA Berlin, R 6/207, RMBO an RKO, RKU, 16.2.42; R 6/302, Auszug aus Bericht zur „Neuen Agrarordnung“, undatiert.

¹⁹⁹ BERKHOFF, Harvest, S. 124; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 121, Anlage 17a, 17b; GERLACH, Agrarreform, S. 11, 25-32, 54; CORNI/ GIES, Brot, S. 545f; DALLIN, S. 360.

²⁰⁰ BERKHOFF, Harvest, S. 40f, 125f; CORNI/ GIES, Brot, S. 545; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 72, 115; MÜLLER, Ostkrieg, S. 107; REITLINGER, Haus, S. 227; GERLACH, Agrarreform, S. 30.

²⁰¹ CORNI/ GIES, Brot, S. 545f.

²⁰² BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 112.

lehnte. Der Verwaltungschef der Ukraine begriff offenbar als einziger NS-Führer nicht, dass die aktuelle Fassung der „Neuen Agrarordnung“ den deutschen Interessen, so wie er sie verstand, nicht abträglich war. Noch Ende Oktober 1942 betonte er in einer Rede, dass unter allen Umständen an den Kolchosen als „Instrument der Ausbeutung“²⁰³ festgehalten werden müsse.

Kochs Opposition wurde dafür verantwortlich gemacht, dass das Reformvorhaben nicht den beabsichtigten Effekt erzielte und die Begeisterungsbezeugungen der Ukrainer ebenso wie die erhofften Nahrungsmittelmengen ausblieben.²⁰⁴ Dafür war allerdings nicht nur Kochs Widerstand gegen das Projekt, sondern auch dessen Inhaltslosigkeit sowie die generelle Behandlung der Ukrainer verantwortlich. Innerhalb und zwischen den Institutionen der Besatzungspolitik und der Wehrmacht hielt die Diskussion um die Handhabung der „Neuen Agrarordnung“ jedenfalls an, wobei die Wirtschaftsdienststellen der restriktiven Linie Hitlers folgten, während vor allem die Wehrmacht und Rosenberg für eine vollständige Umsetzung der Agrarreform eintraten. In dieser Situation wollte der Ostminister durch eine propagandistisch effektvolle Proklamation der Verleihung des Grundeigentums während seiner Ukrainereise einen Propagandacoup landen und die Stimmung in der Ukraine heben.²⁰⁵

Rosenberg beabsichtigte darüber hinaus, seine eigene Position gegenüber seinem Reichskommissar stärken. Allerdings musste er während seiner Reise vom 3. bis zum 23. Juni 1943 feststellen, dass die Parteinahme des „Führers“ für Koch alle Gebietskommissare auf die Seite des Reichskommissars getrieben hatte.²⁰⁶ Zudem kam Rosenbergs Eigentumsdeklaration, die offiziell am Tag seines Reiseantritts in Kraft trat, während der Reise nicht so zum Tragen, wie er sich das wünschte. Koch gab ihm schon bei seiner Ankunft in der Ukraine deutlich zu verstehen, dass er sich sofort an den „Führer“ wenden werde, sollte Rosenberg „seine Theorien“ in die Verwaltung tragen oder vor Ort irgendwelche Verordnungen erlassen. Während der gesamten Reise wich er seinem Minister bis zu dessen Abste-

²⁰³ BA Berlin R 6/35, Vermerk, 30./31.10.42; Vgl. BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 116; BRÄUTIGAM, So, S. 443.

²⁰⁴ DALLIN, S. 370.

²⁰⁵ Vgl. GERLACH, Agrarreform, S. 18; DALLIN, S. 173f; REITLINGER, Haus, S. 248; BARTOLEIT, Agrarpolitik, S. 117-121; CORNI/ GIES, Brot, S. 547; BA Berlin, NS 19/196, Schriftverkehr, 1942/43; R 6/305, Bericht Rosenberg über Ukraine-Reise, 3.-23.6.43; TSDAVOV Kiew, 3676/1/27, Blatt 89, Vermerk, 1.7.43.

²⁰⁶ BA Berlin, R 6/305, Bericht Rosenberg über Ukraine-Reise, 3.-23.6.43; Vgl. REITLINGER, Haus, S. 251; FRIEDRICH-CHRISTIAN STAHL, Generalfeldmarschall Ewald von Kleist, in: Hitlers militärische Elite, Bd. 2, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Darmstadt 1998, S. 100-106.

cher auf die Krim, die nicht zum RKU gehörte, nicht von der Seite und versuchte, jegliche Kontaktaufnahme Rosenbergs mit Einheimischen zu vermeiden. Kochs Verhalten – er zeigte seine Verachtung für die ukrainischen Gebräuche deutlich und sorgte mehrfach für einen Eklat – machten einen propagandistisch nutzbaren Reiseverlauf kaum möglich. Während Rosenbergs Visite in Kiew soll der Gauleiter sogar geäußert haben, er müssen jeden Ukrainer erschießen, fände er ihn würdig, mit ihm an einem Tisch zu sitzen.²⁰⁷ Nach dieser Reise war das Verhältnis zwischen dem Minister und seinem Untergebenen so zerrüttet, dass es trotz der Anweisung Hitlers zur Kooperation bis Kriegsende nur noch zu einem einzigen persönlichen Treffen kam.²⁰⁸

Die Fehde an sich dauerte allerdings an, denn Koch weigerte sich auch in der Folgezeit, die Eigentumserklärung zu veröffentlichen oder Durchführungsbestimmungen zu erlassen, obwohl er mittlerweile der letzte war, der sich vehement gegen die Eigentumsdeklaration stemmte. Er argumentierte weiterhin damit, dass die zukünftige Besiedelung ebenso wenig behindert werden dürfe wie das Vorgehen seiner Behörden gegen nachlässige Bauern.²⁰⁹

Offenbar verfolgte der Reichskommissar aber auch machtpolitische Interessen, denn er präsentierte eigene Durchführungsbestimmungen, die nach Rosenbergs Einschätzung zwar die „Großsiedlung“ begünstigt, ansonsten aber die Deklaration aufgehoben hätten.²¹⁰ Vor allem aber sahen Kochs Entwürfe vor, dass die Verteilung des Landes nicht wie vom Ostminister vorgesehen durch eine eigene, neu zu gründende Behörde, sondern durch den Reichskommissar und die Generalkommissare zu erfolgen habe, womit Koch ein weiteres Mal seinen Machtbereich gegen den Einfluss Rosenbergs abschotten wollte.²¹¹ Zur Durchsetzung seiner Forderung bestand er in bewährter Manier auf einem Führerentscheid, doch diesmal war er es, der an der Umgebung des „Führers“ scheiterte. Bormann, Lammers, Rosenberg, Himmler und Berger waren Ende September 1943 offenbar der Ansicht, dass die Vorschläge Kochs allenfalls dazu geeignet

²⁰⁷ REITLINGER, Haus, S. 250; Vgl. Ebd., S. 193; BERKHOFF, Harvest, S. 138; DALLIN, S. 173f; PIPER, S. 529; FRAUENFELD, keine Reu', S. 229; PrZ Nr. 160, 11.6.43; Nr. 170, 22.6.43; Nr. 174, 26.6.43; BA Berlin, R 6/492, Rosenberg an Lammers, 22.10.43; R 94/4b, vertrauliche Pressemitteilung Koch, 21.6.43; R 55/1463, Bericht Kausch, 26.6.43.

²⁰⁸ REITLINGER, Haus, S. 247f; IMT, Bd. 11, S. 57.

²⁰⁹ BA Berlin, R 6/492, Koch an Rosenberg, 30.6.43; Vgl. NS 19/195, Schriftverkehr, 1943; R 6/492, Himmler an Reichsminister, 13.7.43; CORNI/ GIES, Brot, S. 547f; DALLIN, S. 373-376; REITLINGER, Haus, S. 248f.

²¹⁰ BA Berlin, R 6/492, Rosenberg an Lammers, 14.7.43.

²¹¹ Vgl. Ebd., NS 19/195, Blatt 2-9, Entwürfe des Ostministeriums und Kochs, 1943.

seien, die bereits angespannte Lage noch weiter zu verschärfen und verhindern, dass der „Führer“ von ihnen erfuhr.²¹²

Der Gauleiter wurde also über die Kontrolle des Zugangs zum „Führer“ ausmanövriert – was aber auch ein Zeichen dafür war, dass sich seine Gegner nicht sicher waren, ob sie ihre Sicht der Dinge bei Hitler, der Eigentumsübertragungen skeptisch gegenüberstand, durchsetzen konnten.²¹³ Koch hingegen konnte seine Vorschläge zwar nicht durchsetzen, weigerte sich aber auch, die nicht von Hitler autorisierte Position seiner Kontrahenten anzuerkennen und zeigte nur geringe Kompromissbereitschaft.²¹⁴ Dabei wies er darauf hin, dass der Zeitpunkt für eine Eigentumsdeklaration schlecht gewählt sei, womit er zweifellos recht hatte: Die Rote Armee rückte im Herbst 1943 so weit vor, dass Koch sich am 6. September genötigt sah, die Evakuierung der Gebiete östlich des Dnjepr anzuordnen. Der Versuch, den Ukrainern in dieser Situation die Privatisierung des von der Sowjetunion enteigneten Landes zu versprechen, lief daher Gefahr, von den Betroffenen als verzweifelte Geste eines auf die Verliererstraße geratenen Unterdrückers aufgefasst zu werden.²¹⁵ Diese Erkenntnis war auch in der Reichskanzlei angekommen, und Lammers riet Rosenberg am 4. November 1943, bezüglich der Durchführungsbestimmungen zur Eigentumsdeklaration zwar gegenüber Koch auf seinem Standpunkt zu beharren, ansonsten aber die Angelegenheit wegen der „veränderten Lage im Osten“²¹⁶ auf sich beruhen zu lassen, auf keinen Fall aber den Führer zu behelligen.

Gerade die letzte Bemerkung Lammers' warf ein interessantes Licht auf die Stellung Hitlers im Machtapparat des Nationalsozialismus. Er war die unumstrittene Spitze des Regimes, seinem Willen wurde entgegengearbeitet, seine Entscheidungen galten unhinterfragt – aber es konnte auch geschehen, dass auf der zweiten Hierarchieebene Entscheidungen getroffen wurden, von denen die Beteiligten annahmen, dass sie zwar den aktuellen Gegebenheiten, nicht aber den Vorstellungen des „Führers“ entsprachen. Derartige Beschlüsse konnten durchgesetzt werden, wenn sich die beteiligten Spitzenfunktionäre, die ungehindert Zugang zu Hitler besaßen – in diesem Fall Bormann, Himmler und mit Einschränkungen Lammers – einig waren und ihre Konkurrenten abblockten, auch wenn diese eventuell die besseren „Entgegenarbeiter“ waren. Gegen die Phalanx der engsten Umgebung Hitlers konnte auch ein erfolgreicher Unterführer aus der zweiten

²¹² Ebd., R 6/492, Rosenberg an Lammers, 14.7.43; NS 19/195, Schriftverkehr, 1943.

²¹³ Vgl. DALLIN, S. 373.

²¹⁴ Vgl. BA Berlin, NS 19/195; R 6/492, Schriftverkehr, 1943.

²¹⁵ Faschistische Okkupationspolitik, S. 474f, Dokument Nr. 204; BA Berlin, R 6/305, Lagebericht RKU, 13.11.43; Vgl. BERKHOFF, Harvest, S. 138.

²¹⁶ BA Berlin, R 6/492, Lammers an Rosenberg, 4.11.43.

Reihe wie Koch nichts ausrichten. Andererseits war seine Position stark genug, um damit das gesamte Projekt „Eigentumsdeklaration“ lahm zu legen. Höchstwahrscheinlich hätte es eines Führerentscheids bedurft, um diese Blockade aufzulösen, durch die Kriegseignisse kam es dazu jedoch nicht mehr.

9.3. „... nachdrücklicher Wunsch des Reichskommissars persönlich“ – Judenpolitik

Dieser Befund legt nahe, dass der Nationalsozialismus seine volle Dynamik nur dann entwickeln konnte, wenn die um die Gunst des „Führers“ konkurrierenden Machttäger jeweils über eine Verbindung in die Spitze des Regimes verfügten oder wenn sie zumindest teilweise miteinander kooperierten. In der Ukraine zeigte sich an der Umsetzung eines der zentralen Ziele des Regimes, der Vernichtung der Juden, wie diese Zusammenarbeit funktionieren konnte.

In der Ukrainischen Sowjetrepublik waren circa 5 Prozent der Bevölkerung Juden, insgesamt etwas über 1,5 Millionen Menschen. Diese gerieten bei weitem nicht alle in den Machtbereich Kochs, da sein Reichskommissariat nicht die gesamte Sowjetrepublik umfasste und zudem viele Juden als spezialisierte Arbeitskräfte evakuiert wurden oder vor den Deutschen flohen. Andererseits waren bereits 1939 viele Juden aus Polen in den sowjetischen Machtbereich geflohen, eine Fluchtbewegung, die sich 1941 von West nach Ost fortsetzte, so dass nicht genau festgestellt werden kann, wie viele Juden im Reichskommissariat Ukraine lebten.²¹⁷

Der Holocaust begann auch hier durch größere Mordaktionen der Einsatzgruppen der SS kurz nach der Ankunft der deutschen Truppen, die diese oft mit Unterstützung der Wehrmacht oder von Ukrainern durchführten und denen Hunderttausende zu Opfer fielen. Die jüdische Bevölkerungsgruppe war bei Kochs Amtsantritt als Reichskommissar bereits stark dezimiert worden, die östlich des Dnjepr gelegenen Teile des Reichskommissariats wurden der Zivilverwaltung im Sommer 1942 sogar mit der

²¹⁷ AINSZTEIN, S. 58; SERGEJ MAKSDOV, The Jewish Population Losses of the USSR from the Holocaust, in: The Holocaust in the Soviet Union, hg. v. LUCJAN DOBROSZYCKI/ JEFFREY S. GUROK, Armonk (NY), London 1993, S. 207-213, hier S. 207; DEAN, S. 22; REITLINGER, Endlösung, S. 229, 256; POHL, Schauplatz, S. 169; HILBERG, Täter, S. 275; BERKHOFF, Harvest, S. 60f; SHMUEL SPECTOR, The Holocaust of Ukrainian Jews, in: Bitter Legacy, S. 43-50, hier S. 49; ROBEL, S. 508f.

Bemerkung „Judenfrage bereinigt“²¹⁸ übergeben. Die Juden fielen in die Zuständigkeit der Zivilverwaltung, die zum Teil an die Mordaktionen der Einsatzgruppen angeknüpft haben soll.²¹⁹

Wie in den polnischen Gebieten Kochs waren auch hier die meisten Angehörigen der verfolgten Minderheit in den Städten ansässig und in Handwerk und Handel tätig, ihre Erfassung fiel daher nicht schwer. Koch ordnete bereits am 5. September 1941 für Städte, in denen noch mehr als 200 Juden lebten, die Einrichtung von Ghettos an, was vor allem das Generalkommissariat Wolhynien-Podolien im Nordwesten des Reichskommissariats betraf, dem einzigen Territorium, in dem größere jüdische Gemeinden längere Zeit der deutschen Besatzung überlebten. Die Lebensbedingungen in den Ghettos waren ähnlich unerträglich wie im Bezirk Bialystok – die Lebensmittelrationen waren minimal, im Ghetto Pinsk stand jeder Person nur ein Quadratmeter Wohnraum zur Verfügung, die Bevölkerungsdichte betrug 80 000 Personen pro Quadratkilometer. Im Grunde unterschied sich die Situation der ukrainischen Juden von der in Kochs polnischen Territorien nur dadurch, dass im Reichskommissariat bereits beim deutschen Einmarsch Zehntausende ermordet wurden.²²⁰

²¹⁸ BA Berlin, R 6/302, Vortragsnotiz, 27.8.42; Vgl. SPECTOR, S. 45-47; AINSZTEIN, S. 58-64, 133f; BROWNING, Entfesselung, S. 423, 427; POHL, Hilfskräfte, passim; DERS., Schauplatz, 150, 169f; HILBERG, Vernichtung, S. 304-306, 331, 337f, 1292; DERS., Täter, S. 112; GERLACH, Krieg, S. 238; DEAN, S. 20f, 34-36, 42-52; LOWER, Obedience, S. 3; LONGERICH, Politik, S. 338-341, 377-389, 416, 686; GILBERT, S. 173-175, 196-199, 201-206, 209, 295; BERKHOFF, Harvest, S. 29-34, 65-69; REITLINGER, Endlösung, S. 227-274; DERS., Haus, S. 129f; Bericht Thomas, 2.12.41, in: Bitter Legacy, S. 273; HARTMUT RÜß, Wer war verantwortlich für das Massaker von Babij Jar?, in: MGM 57/1998, S. 483-508; DERS., Kiev/ Babij Jar 1941, in: Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Darmstadt 2003, S. 102-113; KLAUS JOCHEN ARNOLD, Die Eroberung und Behandlung der Stadt Kiew durch die Wehrmacht im September 1941, in: MGM 58/1999, S. 23-63; JÖRG FRIEDRICH, SS-Einsatzgruppen in der Sowjetunion, in: Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert, hg. v. FRANZ W. SEIDLER/ ALFRED M. DE ZAYAS, Hamburg 2002, S. 82-86; DERS., Judenmord in Babij Jar, in: Kriegsverbrechen, S. 169-173; Faschistische Okkupationspolitik, S. 40f, 193-196, 210-214, Dokumente Nr. 52, 53; ROBEL, S. 521, 529, 531, 534f; ZABARKO, nur wir, passim.

²¹⁹ BROWNING, Entfesselung, S. 427; LOWER, Obedience, S. 6-8; GILBERT, S. 851; GERLACH, Morde, S. 656; DERS., Krieg, S. 242; HILBERG, Vernichtung, S. 331, 383; BA Berlin, R 6/42, Stellungnahme Lange, undatiert; R 6/491, Rosenberg an Lammers, 7.4.43.

²²⁰ SPECTOR, S. 46f; GILBERT, S. 20f; ROBEL, S. 501, 557; DEAN, S. 36, 101, 211; IHOR KAMENETSKY, Hitler's Occupation of Ukraine (1941-1944), Milwaukee 1956, S. 39; POHL, Schauplatz, S. 142, 152f, 158; DERS., Schlachtfeld, S. 349; LOWER, Obedience, S. 19; DIES., Nazi Empire-Building, S. 88, 139; REITLINGER, Endlösung, S. 261; SCHWARZ, S. 132f; BERKHOFF, Harvest, S. 61, 69-71; GERLACH, Krieg, S. 244; DERS., Morde, S. 531f, 676, 709, 716-718; AINSZTEIN, S. 59; Dienstkalender, S. 75; HILBERG, Täter, S. 124, 222; Faschistische Okkupationspolitik, S. 81; BROWNING, Entfesselung, S. 427.

Ab dem Herbst 1941 und das ganze Jahr 1942 hindurch setzte sich der Judenmord in den verschiedenen Gebieten mit unterschiedlicher Intensität fort. Ausschlaggebend war, ob die Zivilverwaltung wie in Wolhynien-Podolien die jüdischen Arbeitskräfte noch brauchte, oder ob sie, wie in Nikolajew, auf deren Vernichtung drängte.²²¹ Im Mai 1942 wurde überall mit der Ermordung der nicht arbeitsfähigen Juden begonnen, wobei zahlreiche Ghettos aufgelöst und in Wolhynien und Podolien 60 000 Personen getötet worden sein sollen.²²² Im Sommer fanden in verschiedenen Ghettos Massaker statt, unter anderem in Rowno, wo am 13. und 14. Juli 1942 alle Juden getötet wurden. Koch selbst soll während der Massaker in Rowno seinen Dienstsitz verlassen haben, um bei der „Judenaktion“ nicht zugegen sein zu müssen.²²³

Im Sommer 1942 liefen mehrere Entwicklungen zusammen, die zu der eingangs erwähnten Kooperation verschiedener Machträger führten und letztlich mit der Ermordung aller restlichen Juden im Reichskommissariat Ukraine endeten. Die Ereignisse in der Ukraine bildeten dabei einen Teil einer Mordwelle, die alle Teile des deutsch besetzten europäischen Ostens erfasste, auch Zichenau und Bialystok. Einer der Hauptinitiatoren dieser Maßnahmen war Himmler, der im Juli 1942 mit seinen Führungskadern, darunter Kochs HSSPF Prützmann, nicht nur Maßnahmen gegen Partisanen besprach, sondern auch die bereits erwähnte „Aktion Reinhard“. Deren Ziel war es, bis Ende 1942 alle Juden des Generalgouvernements außer einer Anzahl von Arbeitern zu töten, was Himmler wohl auf alle Ostgebiete ausdehnen wollte. Die ukrainischen SS-Dienststellen begannen mit der akribischen Vorbereitung des Judenmordes, während sich Himmler anstelle der Wehrmacht die Ernteerfassung in der Ukraine übertragen ließ, was zu einer Verknüpfung zwischen Ernährungswirtschaft, Partisanenbekämpfung und Judenmord führte.²²⁴

Koch selbst soll Ende Juli 1942 von Hitler persönlich den Befehl zur Tötung aller im Raum Rowno verbliebenen Juden erhalten haben, was aber eher unwahrscheinlich ist, da er weder im Juli noch im August besondere antijüdische Aktivitäten entwickelte. Die einige Zeit später einsetzenden

²²¹ POHL, Schauplatz, S. 153-162, 172; DEAN, S. 78-84, 93-98, 165; GERLACH, Krieg, S. 242; DERS., Morde, S. 709f; LOWER, Obedience, S. 8, 10-13, 20f; SPECTOR, S. 46f; HILBERG, Vernichtung, S. 376; LONGERICH, Politik, S. 512.

²²² GERLACH, Krieg, S. 239; Vgl. POHL, Schauplatz, S. 159; DERS., Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944, München 1996, S. 205; LONGERICH, Politik, S. 512.

²²³ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 111, Aussage Poppa, 1.7.49; Vgl. GILBERT, S. 379f, 409, 436; POHL, Schauplatz, S. 160.

²²⁴ GERLACH, Morde, S. 710-713; DERS., Krieg, S. 204, 276; BIRN, S. 127, 227.

finalen antijüdischen Aktionen entsprachen einer konsequenten Weiterführung der bisherigen Entwicklung, die keines weiteren Anstoßes seitens Hitlers bedurfte.²²⁵

Koch nahm an der bereits beschriebenen Konferenz Görings am 6. August zur Ernährungslage teil, die mit dem Entschluss, alle Juden als „unnütze Esser“ zu töten, in Verbindung gebracht wird. Die Zivilverwaltung der Ukraine habe aufgrund dieser Beschlüsse Ende August 1942 die führende Rolle in der Judenvernichtung übernommen.²²⁶

Eine derartige Verbindung lässt sich nur indirekt herstellen. Koch hielt sich zwischen dem 25. und dem 28. August 1942 bei Hitler auf, den wiederum Backe am 24. August von der schlechten Ernährungslage im Reich informiert hatte. Anscheinend sprach Koch bei seinem Besuch über die ihm von Göring auferlegten Nahrungsmittellieferungen, die Hitler wohl in vollem Umfang bestätigte, denn der Reichskommissar hielt direkt nach seiner Rückkehr aus dem Führerhauptquartier in Rowno eine Rede, in der er ausführte, dass die Ukraine „ohne Rücksicht auf Verluste“ das zu liefern habe, was Deutschland fehle, während die Ernährung der Zivilbevölkerung demgegenüber „gänzlich gleichgültig“²²⁷ sei. Er erwähnte die Juden nicht, stellte aber radikalste Forderungen im Sinne der zitierten These.

Unmittelbar nach dieser Rede Kochs fuhr sein Stellvertreter Dargel nach Luzk, wo der Generalkommissar von Wolhynien-Podolien mit seinen Gebietskommissaren und Polizeiführern tagte. Thema war neben der schwierigen Ernährungslage auch die „generelle Umsiedlung“ der Juden. Es wurde beschlossen, die „Aktionen“ gegen die Juden so zu beschleunigen, dass sie in fünf Wochen beendet werden könnten. Dabei seien „grundsätzlich hundertprozentige Lösungen durchzuführen“, selbst bei Auswirkungen auf die Kriegswirtschaft sei nur eine Übergangszeit von zwei Monaten zu bewilligen. Die „hundertprozentigen Bereinigungen“ seien „auch nachdrücklicher Wunsch des Reichskommissars persönlich“²²⁸.

Koch gab seinen Dienststellen also direkt nach einer Besprechung mit Hitler die Weisung, die vollständige Ermordung der Juden durchzuführen,

²²⁵ GERALD FLEMING, *Hitler und die Endlösung*, Frankfurt/ Main u.a. 1987, S. 141f; Vgl. GERLACH, *Morde*, S. 711, 715; DERS., *Krieg*, S. 161; DERS., *Die Wannsee-Konferenz*, in: *Werkstatt Geschichte* 18/1997, S. 7-44, hier S. 29, 44; *Kriegstagebuch Bräutigam*, passim; *Faschismus*, S. 262, Dokument Nr. 198; LONGERICH, *Politik*, S. 462, 711; REITLINGER, *Endlösung*, S. 246-248; LOWER, *Obedience*, passim; POHL, *Judenverfolgung*, S. 205.

²²⁶ GERLACH, *Morde*, S. 711f; Vgl. IMT, Bd. 39, S. 402, Dokument 170 USSR.

²²⁷ BA Berlin, R 6/70, Blatt 17f; Vgl. IMT, Bd. 25, S. 318, Dokument 264 PS; GERLACH, *Krieg*, S. 240; Adolf Hitler. *Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944*, hg. v. WERNER JOCHMANN, Hamburg 1980, S. 394, 473.

²²⁸ Zitiert nach: GERLACH, *Morde*, S. 714; Vgl. DEAN, S. 93

offenbar, um Lieferquoten für Lebensmittel besser erfüllen zu können. Es lässt sich nicht mehr klären, ob Hitler Koch einen regelrechten Befehl erteilt hatte, alle Juden so schnell wie möglich ermorden zu lassen, für Koch stand – trotz aller negativer Folgen für die gewerbliche Wirtschaft – jedenfalls der Entschluss fest, die Juden des Reichskommissariats Ukraine zu beseitigen. Anfang September 1942 ordnete er die Liquidierung des Ghettos Pinsk an, das mit 27 000 Bewohnern eines der bedeutendsten Ghettos des Reichskommissariats war. Diese Weisung wurde auf Protest der Wehrmacht, für die im Ghetto produzierte wurde, jedoch zunächst nicht umgesetzt.²²⁹

Die ukrainischen Juden wurden nicht in Vernichtungslager gebracht, sie wurden vielmehr in der Nähe ihrer Heimatorte oder an regionalen Sammelplätzen von den örtlichen Polizeikräften und Schutzmannschaften unter Leitung des Kommandeurs der Sicherheitspolizei erschossen. Kochs lokale Zivilverwaltung stand dem nicht nur zustimmend gegenüber – auch sie erhoffte eine Besserung der Ernährungslage –, sondern ordnete einzelne Mordaktionen selbst an. Sie sorgte für eine generelle Beschleunigung der „Endlösung“ und unterstützte deren Durchführung tatkräftig, vor allem durch organisatorische und administrative Maßnahmen, die Massaker in dieser Größenordnung erst möglich machten. Nach dem Ende des systematischen Judenmordes ließ sie nach verborgenen Juden fahnden und lieferte sie an die Mordkommandos aus, einzelne Beamte schossen bei verschiedenen Gelegenheiten sogar selbst.²³⁰

Der Reichskommissar war unzweifelhaft an der Entscheidung zum Judenmord in der Ukraine beteiligt, ein Zusammenhang zwischen den Aktionen in der Ukraine und in Białystok erscheint daher naheliegend. Allerdings lag die Ausführung bei SS und Polizei, weswegen Kochs Anweisungen nicht immer eine direkte Wirkung zukam. Die von ihm angeordnete Liquidierung des Ghettos in Pinsk fand erst sieben Wochen nach seinem Befehl statt, als Himmler sie erneut anordnete.²³¹ Bis zum Frühjahr 1943 wurden schließlich alle Ghettos in der Ukraine aufgelöst und ihre Bewohner getötet. Die Ermordung der ukrainischen Juden war damit größtenteils abgeschlossen, ausgespart wurden zunächst nur wenige Hun-

²²⁹ GERLACH, Morde, S. 243f, 714f; Vgl. HILBERG, Vernichtung, S. 400.

²³⁰ LOWER, Obedience, S. 7, 14, 18f; Ebd., S. 7, 18f; Gerlach, Morde, S. 716-722; POHL, Schauplatz, S. 162; DEAN, S. 93; BA Berlin, R 6/244, Bericht Koch, 23.11.43.

²³¹ Ebd., BDC O 217 II, Blatt 134, Himmler an Prützmann, 27.10.42; Faschistische Okkupationspolitik, S. 343, Dokument Nr. 135; Reichsführer!, S. 165, Dokument Nr. 167; Vgl. GERLACH, Morde, S. 719-722; BIRN, S. 175; HILBERG, Vernichtung, S. 400; FLEMING, S. 145-147.

dert jüdische Arbeitskräfte, die erst einige Zeit später – in Pinsk noch im Dezember 1942, in Kiew erst im Oktober 1943 – getötet wurden.²³²

Die Entscheidungsketten, die zu diesen Massenmorden führten, können nur noch bruchstückhaft nachvollzogen werden, dennoch wird klar, dass einige der höchsten NS-Funktionäre – Hitler, Himmler, Göring und Koch – in diesem Prozess involviert waren und ihn, trotz teilweise differierender Interessenlagen, zum politisch wie ideologisch gewünschten Ende führten. Ob Hitler dabei Weisungen erteilte, oder ob er sich „entgegenarbeiten“ ließ und die Ergebnisse dieser Entwicklung dann in Gesprächen wie dem mit Koch nur sanktionierte, kann nicht geklärt werden. Reine Befehlsempfänger waren die beteiligten Funktionäre jedenfalls nicht, dafür zeigten sie auf der regionalen Ebene zu viel Eigeninitiative.

9.4. „Völlige Evakuierung“ – Selbstschutz, Pazifizierungen und Rückzug

Eine ähnliche Zusammenarbeit zwischen Zivilverwaltung und SS fand auch bei der Partisanenbekämpfung statt. Auf diesem Feld war Koch auf Kooperation angewiesen, denn gemäß den Richtlinien Hitlers vom 18. August 1942 war Himmler in den zivil verwalteten Gebieten für die „Bandenbekämpfung“ zuständig, was er am 24. Oktober 1942 an SS-Gruppenführer von dem Bach delegierte.²³³ Dennoch wurde auch Koch für die „Bandenlage“ verantwortlich gemacht, was seinem Selbstverständnis als allein verantwortlichem Territorialführer entsprach. Zugriff auf Polizeikräfte kam dem Reichskommissar nur über die Unterstellung des HSSPF zu, diese war aber, wie bereits geschildert, durchaus problematisch. Koch bat daher bereits im Herbst 1941, obwohl es dafür zu diesem Zeitpunkt noch keine dringende sicherheitspolitische Notwendigkeit gab, bei Hitler um die Aufstellung einer eigenen, 20 000 Mann starken Polizeitruppe für sein Kommissariat, hatte damit aber keinen Erfolg.²³⁴

Einzelne General- und Gebietskommissare versuchten auf eigene Faust, in ihren Gebieten lokale Sicherungseinheiten aufzubauen. Der „Reichsführer SS“ bestand aber auf seiner ausschließlichen Zuständigkeit beim Aufbau bewaffneter Kräfte, weswegen solche Selbstschutz- oder Hilfspolizeinheiten ebenso wie von Ukrainern eigenverantwortlich gegründete

²³² GERLACH, Morde, S. 715-722; ROBEL, S. 549; POHL, Schauplatz, S. 161-163.

²³³ Dienstkalender, S. 64; ANGRICK, S. 41; MULLIGAN, S. 26.

²³⁴ Herbst 1941, S. XXIX, 40f, Dokument X.2, 23.9.41.

Formationen in die der SS unterstehenden „Schutzmannschaften“, die letztlich beinahe 100 000 Mann umfassten, überführt werden mussten.²³⁵

Koch versuchte, seine Verfügungseinheiten als zivile Organisationen, beispielsweise als „ukrainische Landbund-Jugend“, zu tarnen.²³⁶ Eine dieser Einheiten war die „Sonderformation Fiedler“, benannt nach ihrem Kommandanten, dem ostpreußischen Oberst der Feuerschutzpolizei, SS-Standartenführer Richard Fiedler. Die Formation galt offiziell als „Feuerwehrregiment“ und war ursprünglich in Absprache mit dem Chef der Ordnungspolizei, Kurt Daluge, als bewaffnete Einheit aus jungen, noch nicht wehrpflichtigen Reichsdeutschen gebildet worden und sollte die einheimische Feuerwehr überwachen. Fiedler besaß in dieser Materie Erfahrung, er hatte schon in Ostpreußen bewaffnete Feuerwehreinheiten aufgestellt und diese während des Feldzuges gegen Polen im Grenzgebiet für auf eigene Faust durchgeführte kleinere paramilitärische Operationen und logistische Aufgaben eingesetzt.²³⁷

Im Februar 1942 wollte er auf Veranlassung Kochs aus seinem „Feuerwehrregiment“ „eine grossartige Polizeitruppe für die Ukraine aufbauen“²³⁸. Dies traf auf den Widerstand Daluges und führte zu einem handfesten Streit zwischen diesem und dem Reichskommissar. Schließlich sah sich sogar Himmler bemüßigt, eine Weisung herauszugeben, nach der alle wehrfähigen Männer im Osten zum Einsatz unter dem jeweiligen HSSPF erfasst werden sollten, was aber lediglich die HSSPF Bach und Curt von Gottberg zu „90%“ durchsetzen konnten, während Prützmann in seinem Gebiet von Koch „ganz besondere Schwierigkeiten“²³⁹ bereitet wurden.

Ein weiterer von Fiedler aufgestellter Verband erweckte ebenfalls das Interesse der SS, der „Ukrainische Werkdienst“. Bei diesem Dienst handelte es sich nicht um eine bewaffnete Formation, sondern um Einheiten nach Vorbild des Reichsarbeitsdienstes, die allerdings „für polizeiliche Zwecke die erforderlichen Kräfte frei stelle[n]“²⁴⁰ sollten. In diesem „Heer der Arbeit“ wurden arbeitsfähige junge Ukrainer, die nicht ins Reich deportiert worden waren, zu Trupps zusammengefasst und kaserniert, um immer dann, wenn irgendwo im Reichskommissariat schnell eine größere Zahl an

²³⁵ Vgl. BA Berlin, BDC, O 370, Bericht Hoffmann, 5.6.42; DEAN, S. 73; BIRN, S. 225; POHL, Schauplatz, S. 166-168; BERKHOFF, Harvest, S. 42, 289f; GOLCZEWSKI, Reaktionen, S. 207f; AINSZTEIN, S. 77f.

²³⁶ BA Berlin, BDC, O 370, Bericht Hoffmann, 5.6.42; Vgl. BIRN, S. 224.

²³⁷ BA Berlin, BDC, O 370, Bericht Hoffmann, 5.6.42; PrZ Nr. 41, 11.2.42.

²³⁸ TSDAVOV Kiew, 3206/2/225, Blatt 9-15, Fiedler an Daluge, 27.2.42.

²³⁹ BA Berlin, NS 19/3890, Blatt 47f, Berger an Himmler, 11.9.43; Vgl. Dienstkalender, S. 254f.

²⁴⁰ BA Berlin, R 43 II/690c, Blatt 32-38, Ancker an Bormann, 22.10.42.

Arbeitskräften gebraucht wurde – zum Beispiel bei der „Führerpaketaktion“ –, auf Abruf einsetzbar zu sein.

Der „Werkdienst“ war nach militärischen Prinzipien organisiert und umfasste noch im Oktober 1944, als das „Reichskommissariat Ukraine“ schon nicht mehr existierte, etwa 30 000 Personen, die allerdings wie Sklaven behandelt wurden.²⁴¹ Der Dienst war ohne Wissen des „Reichsarbeitsführers“ Konstantin Hierl und des „Generalbeauftragten für den Arbeitseinsatz“ Fritz Sauckel gegründet worden, die deshalb ihre Kompetenzen verletzt sahen.²⁴² Die SS hingegen versuchte mehrfach erfolglos, sich dieser Organisation zu bemächtigen und sie in eine ukrainische SS-Division umzuwandeln.²⁴³

Auch Koch selbst baute ohne Wissen Himmlers und unter Hinweis auf die steigende Partisanengefahr eigene bewaffnete Einheiten, angeblich reine Selbstschutzkräfte, auf. Als Basis diente ihm dabei die Parteioorganisation – wohl weil der „Reichsführer SS“ dort über keinerlei Befehlsgewalt verfügte. Die NSDAP bildete in der besetzten Sowjetunion nicht wie in Zichenau oder Białystok neue Ortsgruppen und Kreisorganisationen, die Betreuung der Parteigenossen und Reichsdeutschen übernahm vielmehr ein „Arbeitsbereich Osten“, dessen Leiter Rosenberg war. Koch, der später abstritt, in Polen oder der Ukraine als Gauleiter oder überhaupt als Parteiführer tätig gewesen zu sein, firmierte als Landesleiter für die Ukraine, die anderen Führungspositionen übernahmen seine bewährten ostpreußischen Funktionäre, die, so Koch, die Parteiarbeit „so nebenbei“²⁴⁴ erledigten. Als Landesleiter ordnete er – ausdrücklich unabhängig von allen anderen Selbstschutzeinheiten, die ja der SS unterstanden – am 15. März 1943 die sofortige Aufstellung von „Einsatzbereitschaften der NSDAP“ an.²⁴⁵ Bezeichnenderweise versuchte er erst im Nachhinein und bei Bormann, nicht bei

²⁴¹ Ebd., R 6/267, Aktenvermerk Chef Führungsstab Politik, 18.10.44; NS 19/2659, Auszug Dienstvorschrift; Hierl an Koch, 13.7.43; Berger an Himmler, 26.9.43.

²⁴² Ebd., R 43 II/690c, Ancker an Bormann, 22.10.42; Aktenvermerk Bormann, 22.10.42; Runte an Stutterheim, 4.1.43; Ebd., NS 19/2659, Hierl an Koch, 13.7.43; Faschistische Okkupationspolitik, S. 238, Dokument Nr. 68.

²⁴³ BA Berlin, R 6/267, Aktenvermerk RMBO, 30.10.44.

²⁴⁴ Vgl. ARMIN NOLZEN, Die Arbeitsbereiche der NSDAP im Generalgouvernement, in: *Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940-1945*, hg. v. ROBERT BOHN, Stuttgart 1997, S. 247-275, hier S. 253, 268-274; ORLOW, *History II*, S. 382, 390f, 447f; PrZ Nr. 327, 27.11.42; IPN Warschau, SWWW 765, Blatt 41, Aussage Koch, 10.11.49; BA Berlin, R 43 II/690c, Blatt 114-119, Bormann an Rosenberg, 29.10.43; BDC, O 307, Blatt 110, Bericht Reichsrevisor Ohr; TSDAVOV Kiew, 3676/4/230, Blatt 51, Gaubefehl Landesleitung Ukraine, 1.4.43.

²⁴⁵ Ebd., 3206/2/182, Blatt 1-13, Anordnung Landesleitung Ukraine, 15.3.43; Vgl. PrZ Nr. 342, 12.12.43.

Himmler, eine Genehmigung dafür zu erlangen. Der „Reichsführer“ forderte dann auch wie erwartet die Unterstellung der relativ kleinen, aber prominent besetzten Truppe unter seine Einheiten, was der Gauleiter aber geflissentlich ignorierte.²⁴⁶

Die von Koch eingeleiteten Selbstschutzmaßnahmen waren auch alles andere als unbegründet, denn es fanden sowohl in Rowno als auch in Kiew mehrere Attentate auf führende Vertreter der Besatzungsverwaltung statt. Auf den Sonderwaggon des Reichskommissars wurden bereits bis Mitte September 1941 zwei Sprengstoffanschläge verübt, die einen Toten und mehrere Verletzte forderten. Im Laufe der Besatzungszeit fielen mehrere hohe Beamte, darunter Propagandaleiter Joachim Paltzo und der Hauptabteilungsleiter Justiz, Alfred Funk, Anschlägen zum Opfer. Auf Koch wurden anscheinend auch Attentate verübt, einige geplante Anschläge scheiterten allerdings, weil sich den Attentätern keine günstige Gelegenheit bot, was wohl auch damit zusammenhing, dass Koch sich so selten in der Ukraine aufhielt.²⁴⁷

Die Einsatzbereitschaften konnten bestenfalls dazu dienen, einzelne Funktionäre oder Objekte zu schützen, zur Bekämpfung des Partisanenwesens, das sich ab dem Spätjahr 1942 im Reichskommissariat Ukraine immer mehr ausbreitete, waren sie nutzlos. Die Partisanenverbände waren in einzelnen Gebieten so stark, dass der Machtbereich der deutschen Verwaltung kaum aus den Städten hinaus reichte und die örtliche Polizei nicht mehr in der Lage war, das Gebiet zu „befrieden“. Koch selbst musste zugeben, dass in einigen Regionen seines Kommissariates die Erfassung der Ernte wegen der Partisanengefahr nicht möglich sei, er rechnete im Herbst 1943 mit Ertragsausfällen von – je nach Produkt – 20 bis 64 Prozent.²⁴⁸

In solchen Gebieten mussten größere Verbände von SS, Polizei und Wehrmacht eingesetzt werden, um deren Abstellung Koch Himmler per-

²⁴⁶ Vgl. BA Berlin, NS 19/3890; NS 19/1704, Schriftverkehr, 1943; TSDAVOV Kiew, 3206/2/182, Blatt 1-13, Anordnung Landesleitung Ukraine, 15.3.43; 3676/4/230, Blatt 55, Gaubefehl Landesleitung Ukraine, 1.4.43.

²⁴⁷ Vgl. BA Berlin, BDC, SL 49, passim; R 43 II/684, Bormann an Lammers, 21.11.43; R 55/1483, Notiz Taubert, 23.10.43; Vermerk, undatiert; TSDAVOV Kiew, 3206/1/101, Vermerk 12.12.41; PrZ Nr. 267, 27.9.43; Nr. 319, 18.11.43; Nr. 320, 19.11.43; Nr. 21, 22.1.44; KOSYK, S. 375; AINSZTEIN, S. 159f; FLEMING, S. 143-146; HEYER, Kirche, S. 213.

²⁴⁸ BERKHOFF, Harvest, S. 275-300; KLAUS-MICHAEL MALLMANN, „Aufgeräumt und abgebrannt“, in: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg, hg. v. GERHARD PAUL/ KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Darmstadt 2000, S. 503-520; ARNOLD, Wehrmacht, S. 333; Faschistische Okkupationspolitik, S. 61, 431-433, 564-566, 608; DEAN, S. 119-142; POHL, Schauplatz, S. 164; REITLINGER, Haus, S. 252, 287-293; BA Berlin, R 6/314, Lagebericht Generalkommissar Shitomir, März/ April 1943; BDC, O 217 II, Bericht zur Bandenlage, undatiert; R 55/1290, Bericht RKU, 30.7.43.

sönlich bat.²⁴⁹ Der „Reichsführer SS“ zeigte sich sehr entgegenkommend und stellte seinem alten Freund bereits am 9. September 1942 seine Truppen zur Verfügung.²⁵⁰ Diese führten nicht nur kleinere Straf- und „Vergeltungs“-Aktionen gegen einzelne Dörfer durch, sondern auch Großunternehmen, die ganze Landstriche betrafen. Solche Maßnahmen, die in der Ukraine seltener stattfanden als in anderen besetzten sowjetischen Gebieten, wurden nicht nur, aber oft auf Initiative der Zivilverwaltung durchgeführt und dann von ihr und der SS gemeinsam vorbereitet. Einzelne Aktionen wie das Abbrennen von ganzen Dörfern als Präventivmaßnahme waren von einer Genehmigung des betroffenen Gebietskommissars abhängig. Außerdem waren die Ortskenntnisse der Beamten und „Landwirtschaftsführer“ unabdingbar, bisweilen selektierten sie sogar die Bevölkerung nach „nützlichen“ und unzuverlässigen – und damit dem Tode geweihten – Personen.²⁵¹ Dem Reichskommissar selbst kann nur in wenigen Fällen eine unmittelbare Beteiligung nachgewiesen werden. Er soll einige Aktionen angefordert haben und an der Vorbereitung von Großaktionen beteiligt gewesen sein.²⁵²

Ab Herbst 1942 eskalierten die deutschen „Vergeltungs-“ und „Befriedungsaktionen“ immer mehr. Wieder wurden Ernährungspolitik, Beschaffung von Arbeitskräften und Partisanenbekämpfung verquickt. Göring gab am 26. Oktober 1942 den Befehl aus, beim Durchkämmen „bandenverseuchter Räume“ alles Vieh und alle Lebensmittelvorräte wegzuschaffen und die arbeitsfähigen Personen dem Arbeitseinsatz im Reich zuzuführen.²⁵³ Schließlich wurde sogar, auch mit Zustimmung des Reichskommissars und seiner Verwaltung, der Beschluss gefasst, Zonen, die als nicht mehr befriedbar galten, vollständig zu entvölkern und zu zerstören, um den Partisanen so die Operationsbasis zu nehmen.²⁵⁴

Es waren nicht selten Beamte der Zivilverwaltung, die bei solchen Aktionen auf härteste Maßnahmen drängten, zum Teil, weil sie sie für angebracht und notwendig hielten, zum Teil, um nicht in den Verdacht zu geraten, durch zu „lasches“ Verhalten die Partisanen zu begünstigen. In

²⁴⁹ Ebd., NS 19/195, Blatt 76, Koch an Himmler, 2.9.43.

²⁵⁰ Ebd., BDC, O 217 II, Blatt 137, Himmler an Koch, 9.9.42.

²⁵¹ Ebd., Blatt 162, Rundschreiben Hellwig, 27.1.43; POHL, Schlachtfeld, S. 351; GERLACH, Morde, S. 940.

²⁵² BA Berlin, BDC, O 217, Bericht zur Bandenlage, undatiert; GERLACH, Morde, S. 937; POHL, Schlachtfeld, S. 351.

²⁵³ Faschistische Okkupationspolitik, S. 340, Dokument Nr. 133.

²⁵⁴ BA Berlin, BDC, O 217 II, Blatt 157, Leyser an RMBO, 12.2.43; Faschistische Okkupationspolitik, S. 387-390, 447, 449f, Dokumente Nr. 156, 157, 188, 190; GERLACH, Morde, S. 940, 985-992, 1023-1025; BERKHOFF, Harvest, S. 282; BIRN, S. 229.

diesem Sinne versuchte auch Koch, durch „Wortradikalismus“²⁵⁵ von solchen Vorwürfen gegen ihn abzulenken. Am 25. Februar 1943 teilte er Himmler mit, er sei keineswegs der Meinung, dass die Polizei zu viele Dörfer abbrenne, die Polizei tue seiner Meinung nach eher zu wenig. Er selbst sei „für die Vollevakuierung eines 50 bis 100 km breiten Streifens beiderseits der Bahn Brest-Litowsk-Gomel, weil dieses Gebiet außer forstwirtschaftlichen Interessen für mich keinerlei Bedeutung hat“²⁵⁶. Er bedauerte lediglich die technischen Schwierigkeiten des Projekts, das Schicksal der Menschen berührte ihn nicht.

Nicht nur in diesem Fall schien das Kompetenz- und Profilierungsgerangel den Beteiligten wichtiger gewesen zu sein als der eigentliche Zweck der Aktion. Bezeichnend dafür war, dass Himmler die Ukraine zwar am 21. Juni 1943 zum „Bandenkampfgebiet“ erklärte, aber weder Koch noch Prützmann den eigentlich zuständigen und mit weit in den Zuständigkeitsbereich des HSSPF hineinreichenden Kompetenzen ausgestatteten „Chef der Bandenkampfverbände“, Kochs Erzfeind von dem Bach, beteiligen wollten, sondern die Pazifizierungsaktionen allein durchführten.²⁵⁷ Auch in diesem Bereich standen also Rivalität und Kooperation eng nebeneinander, wobei – wohl auch aufgrund der äußeren Verhältnisse – die lokalen Amtsträger trotz aller Auseinandersetzungen um Befehlsgewalt und Unterstellungsverhältnisse zusammen eine Spirale der Gewalt entfesselten.

Im Sommer 1943 nahm der Handlungsspielraum, den die deutsche Besatzungspolitik noch besaß, immer mehr ab. Bereits am 6. September 1943, drei Tage, bevor die Rote Armee die ersten Teile des Reichskommissariats eroberte, befahl Koch die Evakuierung der Gebiete östlich des Dnjepr. Hier sollten vor der Ankunft der Roten Armee alle Maschinen, Vorräte und arbeitsfähigen Menschen sowie alles Vieh weggebracht und nur „verbrannte Erde“ hinterlassen werden. Alles, was nicht mitgenommen werden konnte, sollte restlos vernichtet werden, auch „sämtliche Häuser in Dörfern und Städten“, wie es in Kochs Befehl hieß:

„Eine Ausgabe von Lebensmitteln oder Bedarfsgütern an die Bevölkerung hat unbedingt zu unterbleiben. [...] Der Bevölkerung ist auch die letzte Kuh, alle vorhandenen Pferde und Panjewagen bei der Räumung zu nehmen. [...] Nicht-

²⁵⁵ GERLACH, Morde, S. 1018; Vgl. Ebd., S. 942; BA Berlin, BDC, O 217 II, Blatt 157, Leyser an RMBO, 12.2.43.

²⁵⁶ BA Berlin, BDC, O 217 II, Blatt 127-129, Koch an Himmler, 25.2.43; Vgl. GERLACH, Morde, S. 1018f; Faschistische Okkupationspolitik, S. 339, Dokument Nr. 131.

²⁵⁷ GERLACH, Morde, S. 943; BIRN, S. 44-46, 167; ANGRICK, S. 41; BA Berlin, BDC, O 217 II, Blatt 130, Anordnung RFSS, 21.6.43; Blatt 131, Koch an Himmler, 27.1.44; BDC Bach, Prützmann an Himmler, 23.1.44.

arbeitsfähige Kräfte bleiben in der Räumungszone zurück. Die Saaten sind durch Umackern zu vernichten. [...] Grundsatz ist, daß in einem geräumten Gebiet der Gegner nichts mehr vorfindet, was seiner Kriegführung nutzbar gemacht werden kann, weder an Verpflegung noch an Unterkünften, noch an Hilfswilligen, noch an Betrieben, die in wenigen Wochen in Gang gesetzt werden können. Auch die Dörfer und Städte, in denen Teile der Bevölkerung zurückbleiben müssen, sind zu verbrennen.“²⁵⁸

Diese Weisung entsprach ungefähr den am folgenden Tag ausgegebenen Räumungsbefehlen Himmlers und Görings.²⁵⁹ Beim Abzug der Deutschen kam es dann tatsächlich zu zahlreichen Erschießungen, Sprengungen und sonstigen Versuchen, „verbrannte Erde“ herzustellen – es sollen 2,5 Millionen Gebäude zerstört worden sein –, die angeordnete gänzliche Entvölkerung und Zerstörung konnte aber nicht durchgeführt werden, da die Rote Armee bereits am 22. September 1943 den Dnjepr überschritt.²⁶⁰

Da es nicht gelang, den Fluss als Hauptkampflinie für den Winter zu halten, eroberte die Rote Armee um den Jahreswechsel 1943/44 schnell weite Teile des Reichskommissariats. Am 6. November fiel Kiew, am 2. Februar 1944 Kochs Hauptstadt Rowno und am 28. März mit Nikolajew die letzte Hauptstadt eines Generalkommissariats.²⁶¹ Einige kleinere Gebiete wurden deshalb dem benachbarten „Generalkommissariat Weißruthenien“ unterstellt. Koch, der nicht wahrhaben wollte, dass sein „Imperium“ verloren war, betonte, dass dies nur eine vorläufige Maßnahme sei, und dass seine Wirtschaftskompetenzen gewahrt werden müssten. Seine Versuche, die Unterstellung wieder aufheben zu lassen, scheiterten aber.²⁶² Im Juni 1944 gehörten schließlich nur noch kleine Reste der Ukraine zum

²⁵⁸ BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 291, RKU an General- und Gebietskommissare, 6.9.43; Faschistische Okkupationspolitik, S. 84f, 474f, Dokument Nr. 204; Vgl. BA Berlin, R 6/305, Lagebericht RKU, 13.11.43.

²⁵⁹ Faschistische Okkupationspolitik, S. 475f, Dokument Nr. 205; BA Berlin, BDC, SSO Prützmann, Himmler an Prützmann, 7.9.43; BERKHOFF, Harvest, S. 300f; Vgl. BIRN, S. 129; REITLINGER, Haus, S. 259; HEINZ MAGENHEIMER, Verbrannte Erde, in: Kriegsverbrechen, S. 114–117.

²⁶⁰ BERKHOFF, Harvest, S. 303; Vgl. BA Bayreuth, Ost-Dok 13/421, Bericht Barth; Faschistische Okkupationspolitik, S. 85, 478f, Dokument Nr. 208; S. 497f, Dokument Nr. 222; S. 499f, Dokument Nr. 224; S. 610.

²⁶¹ BA Berlin, R 6/305, Lagebericht RKU, 13.11.43; R 6/302, Vermerk Chef Führungstab Politik, 11.1.44.

²⁶² Ebd., BDC, O 342, Blatt 49–51, Koch an Rosenberg, 10.5.44; NS 19/544, Schriftverkehr, 1944; BERKHOFF, Harvest, S. 303f.

gleichnamigen Reichskommissariat, und dies auch nur, weil Rosenberg es aus politischen Gründen für zweckmäßig hielt.²⁶³

Koch verlor sukzessive sein Reich im Osten, aber auch in der militärisch prekären Lage hielt er es nicht für notwendig, anderen Machträgern, in diesem Falle der Wehrmacht, irgendwelche Zugeständnisse zu machen – auch nicht, wenn dies aus pragmatischen Gründen angebracht erschien. Beim Vormarsch 1941/42 war den Militärs ein 200 Kilometer breiter Streifen hinter der Front als „rückwärtiges Heeresgebiet“ überlassen worden. Zu seiner Ausnutzung hatten sie eigene Wirtschaftsdienststellen eingerichtet, was eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen kämpfender Truppe und rückwärtigen Einrichtungen, zum Beispiel bei der Versorgung, gewährleisten sollte. Auch beim Rückzug wollten die Militärs ihr Hinterland wieder selbst verwalten und dazu die entsprechenden Gebiete aus der Hoheit der Zivilverwaltung übernehmen. Dagegen stemmten sich die zivilen Dienststellen, wobei Göring, Rosenberg und Koch – meist vertreten durch Paul Dargel – an einem Strang zogen.²⁶⁴

Eine erste Entscheidung Hitlers fiel in ihrem Sinne aus, denn am 21. Januar 1943 ordnete der Diktator an, dass die Generalbezirke Dnjepropetrowsk, Nikolajew, Taurien und Kiew wieder als Operationsgebiet zu gelten hätten, die Zivilverwaltung aber bestehen bleiben solle.²⁶⁵ Am 27. September 1943 beschloss das Oberkommando der Wehrmacht in diesem Sinne, dass beim Übergreifen der Kampfhandlungen auf die Reichskommissariate nur eine 20 Kilometer tiefe Gefechtszone einzurichten sei, aus der die zivilen Dienststellen einvernehmlich zurückzuziehen seien. Außerhalb dieser Zone stünden den militärischen Dienststellen, anders als in den bisherigen rückwärtigen Gebieten, keine verwaltungsmäßigen Befugnisse zu, allerdings seien Anweisungen der Heeresgruppen vordringlich zu behandeln, wenn ihnen nicht übergeordnete Anweisungen des „Führers“ an die Reichskommissare entgegenstünden.²⁶⁶

Die Wehrmacht versuchte im Herbst 1943, gegenüber den Generalkommissaren, in deren Gebiet sie operierte, Weisungsgewalt aufzubauen, was wiederum das Ostministerium zu verhindern suchte. Über die Frage,

²⁶³ BA Berlin, R 6/492, Rosenberg an Lammers, 27.6.42; Vgl. BDC, O 342, v. Gottberg an RMBO, undatiert; R 6/311, RKU an RMBO, 10.6.44.

²⁶⁴ Vgl. Ebd., NS 19/67, RMBO an Lammers, 8.9.43; NS 19/195, Rosenberg an Bormann, 24.9.43; R 6/252, Vermerk, 8.11.43; RMBO an OKH, 13.4.44; R 6/426, Rosenberg an Backe, 3.6.44; R 6/257, Schriftverkehr, 1944; Faschistische Okkupationspolitik, S. 495-497, Dokument 221; S. 508-510, Dokument Nr. 230; S. 538-540, Dokument Nr. 242; Deutsche Wirtschaftspolitik, S. 60; REITLINGER, Haus, S. 259; HERZOG, S. 106.

²⁶⁵ BA Berlin, R 6/209, Führeranordnung, 21.1.43.

²⁶⁶ Ebd., R 6/257, Geheime Kommandosache OKW, 24.9.43, 27.9.43; R 6/17, Protokoll Chefbesprechung im RMBO, 11.12.43.

wann die Wehrmacht den General- und Gebietskommissaren Weisung erteilen dürfe und wann die Zivilverwaltung sich aus den umkämpften Regionen zurückziehen habe, entstand schließlich ein lebhafter Streit zwischen den Kommandostellen der Wehrmacht einerseits und dem Ostministerium und Dargel andererseits. Kochs Stellvertreter vertrat dabei in der Tradition seines Reichskommissars die extremste Position – seiner Ansicht nach musste die Zivilverwaltung ihre Aufgaben bis direkt an die Hauptkampflinie ausüben und erst mit der Truppe zurückweichen. So sei bisher mit großem Erfolg verfahren worden, einzelne Gebietskommissare seien deshalb schon von der Roten Armee eingeschlossen worden. Sie hätten sich aber immer ihren Aufgaben voll gewachsen gezeigt, weshalb er sie angewiesen habe, weiterhin so zu vorgehen.²⁶⁷

Die Zivilverwaltung blieb tatsächlich auch im Operationsgebiet bestehen, was ein weiteres Anzeichen war für die Verschiebung in der Machtstruktur des Dritten Reiches weg von den alten Instanzen wie Ministerien und Militär und hin zur Partei und den „Alten Kämpfern“. Trotz aller Kritik an seiner Politik war es offensichtlich Gauleiter Koch, auf den Hitler in dieser Situation vertraute. Dies war jedoch nicht nur seinem Status als „Alter Kämpfer“ geschuldet, denn ein solcher konnte die Gunst des Führers leicht verlieren, wenn er dessen Erwartungen nicht mehr erfüllte.

Kochs Kollege im „Ostland“, Gauleiter Lohse, war ein Beispiel dafür. Lohse handelte lange Zeit ähnlich wie Koch als radikaler „Entgegenarbeiter“ des „Führers“, beispielsweise bei der Implementierung des Holocausts.²⁶⁸ Auch er zog durch seine Amtsführung Kritik auf sich, allerdings weniger wegen übertriebener Brutalität, sondern weil er als mit der Situation überfordert galt. Er geriet immer häufiger in Konflikte mit Rosenberg, der regionalen Wehrmachtsführung und seinem HSSPF Jeckeln, mit dem er einen ähnlichen Streit um das gegenseitige Unterstellungsverhältnis führte wie Koch mit Prützmann. Im Frühsommer 1944 soll er dann, so argwöhnte zumindest das Ostministerium, zusammen mit Koch und Bormann versucht haben, Rosenberg zu stürzen und das Ostministerium durch einen „Führungsstab Ost“ in der Parteikanzlei zu ersetzen. Zu diesem Zweck sei Kochs Stellvertreter Dargel unter dem Vorwand, er solle sich in die Tätig-

²⁶⁷ Ebd., R 6/257, Dargel am RMBO, 1.6.44; Vgl. Ebd., R 6/254, Schriftverkehr 1944.

²⁶⁸ Vgl. BÄSTLEIN, S. 227-244; LONGERICH, Politik, S. 462; GERLACH, Krieg, S. 156; KERSHAW, Hitler II, S. 646; PIPER, S. 580f, 587, 590; DANKER, NSDAP-Gauleiter, S. 104-113; REITLINGER, Haus, S. 181.

keit eines stellvertretenden Gauleiters einarbeiten, in die Parteikanzlei versetzt worden.²⁶⁹

Rosenberg forderte bei Hitler schließlich die Entlassung Lohses, den er für nicht entschlossen genug hielt, und kritisierte dessen Bereitschaft, seine Verwaltung der Wehrmacht zu unterstellen – wobei er Koch als positives Gegenbeispiel nannte.²⁷⁰ Lohse spielte Rosenberg Ende Juli 1944 in die Hände, als er entgegen einer Führeranordnung seinem Generalkommissar in Riga befahl, sich nach Libau abzusetzen, was nach Meinung Rosenbergs genau die Auswirkungen auf die Stimmung der Bevölkerung hatte, die gemäß dem Führerbefehl zu vermeiden gewesen seien.²⁷¹ Den Rest seines politischen Kredits verlor Lohse dadurch, dass er sich am 12. August auf eigene Faust in seinen heimatlichen Gau absetzte.²⁷² Anfang September wurde er – offiziell aufgrund einer Krankheit – von Hitler beurlaubt mit der strikten Weisung, sich aller seiner Tätigkeiten als Reichskommissar und Gauleiter zu enthalten. Zu seinem Stellvertreter wurde der bisherige Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft, der westfälische Landesbauernführer Martin Matthiessen, ernannt.²⁷³

Lohses Reichskommissariat wurde zu diesem Zeitpunkt gerade ebenso von der Roten Armee überrannt wie Kochs Ukraine nur wenige Monate zuvor – ab dem 24. Juli 1944 galt es als Operationsgebiet. Es lag also nahe, im „Ostland“, dessen politische Führung an eine blasse Figur gefallen war, dem Wunsch der Wehrmacht nach größeren Vollmachten zu entsprechen. Dennoch wurde am 22. August und am 8. September Gauleiter Koch aufgrund seiner „bewährten Tatkraft“ der Aufbau von Befestigungen und – auf eigenen Wunsch zur Abrundung dieser Aufgabe – die „wirtschaftliche Ausnutzung“, sprich die restlose Ausplünderung des Baltikums, übertragen.²⁷⁴ Erst am 10. September 1944 wurde auch der Oberbefehlshaber

²⁶⁹ BA Berlin, NS 19/1704, Vermerk Führungsstab Politik, 7.7.44; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/584, Blatt 2, 7, Bericht Wenzel; Vgl. BA Berlin, R 6/492, Schriftverkehr, 1944; R 6/257, OKW an RMBO, 27.6.44; R 6/10, Jeckeln an Berger, 22.4.44; Faschistische Okkupationspolitik, S. 555f, Dokument Nr. 253; SEPPO MYLLYNIEMI, Die Neuordnung der baltischen Länder 1941-1944, Helsinki 1973, S. 281f; DALLIN, S. 209; REITLINGER, Haus, S. 189; HERZOG, S. 102f; BIRN, S. 232, 235-237; ZELLHUBER, S. 266-268, 354-356.

²⁷⁰ MYLLYNIEMI, S. 283; Faschistische Okkupationspolitik, S. 568-570, Dokument Nr. 259; DALLIN, S. 209; Vgl. BA Berlin, NS 19/1704, Lohse an Rosenberg, 25.7.44; R 6/492, Rosenberg an Lammers, 1.8.44.

²⁷¹ Faschistische Okkupationspolitik, S. 566f, Dokument Nr. 258.

²⁷² BA Berlin, R 6/492, Meldung an den Führer, 13.9.44.

²⁷³ Portrait, S. 311; BA Berlin, R 6/492, Lammers an Rosenberg, 10.9.44; Rosenberg an Reichskommissar Riga, undatiert.

²⁷⁴ BA Berlin, R 43 II/690a, Schriftverkehr, 1944; NS 6/792, Rundschreiben Bormann, 27.7.44; IMT, Bd. 26, S. 281f, Dokument 743 PS; Vgl. REITLINGER, Haus, S. 264.

der Heeresgruppe Nord ermächtigt, den Generalkommissaren direkt Weisung zu erteilen.²⁷⁵

Die Berufung Kochs erfolgte gegen den Willen des Ostministers, machte zugleich aber deutlich, dass die oberste politische Führung mit den Leistungen des Multifunktionärs während der Evakuierung der Ukraine zufrieden war. Koch fungierte im „Ostland“ zunächst formal nicht als Reichskommissar, vielmehr war er neben Wehrmacht und Zivilverwaltung die dritte Instanz, die dort offiziell tätig war, und sollte sich Eingriffen in die Verwaltung des „Ostlands“ enthalten. Allerdings waren laut Führerbefehl „alle deutschen und landeseigenen Verwaltungsbehörden“ an seine Weisungen gebunden, und auch die Wehrmachtsdienststellen sollten ihn „weitestmöglich“ unterstützen. Selbst seine „Anforderungen im nichtmilitärischen Bereich“ musste er nur dann an den „Reichskommissar für das Ostland“ stellen, wenn Zeit und Umstände es gestatteten – ihm standen damit umfangreichere Kompetenzen zu als dem Reichskommissar.²⁷⁶

Der Gauleiter regte darüber hinaus an, ihn zum alleinigen Ansprechpartner der Heeresgruppe Mitte im zivilen Sektor zu machen und seine Weisungsbefugnis bezüglich der Landesausnutzung nicht nur auf das „Ostland“, sondern auch auf das Generalgouvernement auszudehnen.²⁷⁷ Dies wurde ihm zwar nicht gewährt, aber auch ohnedies waren ihm so weitreichende Vollmachten verliehen worden, dass im Ostministerium überlegt wurde, seine Person durch einen eigenen Abgesandten zu ersetzen und so wieder die Kontrolle der Verwaltung zu übernehmen. Zugleich mokierten sich die Beamten über den Widerspruch, dass Koch in Litauen und Kurland quasi der Wehrmacht befehlen könne, während die Zivilverwaltung nördlich der Düna unter dem Kommando des Militärs stehe.²⁷⁸

Koch hatte es trotz des Verlustes seines Reichskommissariats erneut verstanden, sich eine zentrale Machtposition aufzubauen, wobei neben der geographischen Lage des Gebietes offenbar sein hohes Prestige bei Hitler und dessen Misstrauen gegen die Wehrmacht ausschlaggebend war. Der Diktator betraute ihn schließlich am 21. September 1944 ganz entgegen der Vorstellungen des Ostministeriums mit der Wahrnehmung von Lohses

²⁷⁵ BA Berlin, R 6/492, Lammers an Rosenberg, 10.9.44.

²⁷⁶ Ebd., BDC, O 370, Blatt 116, Taubert an Staatssekretär, 8.9.44; R 55/1438, Taubert an Staatssekretär, 22.9.44; R 43 II/690a, Lammers an Koch, 22.8.44; Centre de Documentation Juive Contemporaine, Nr. CXLVa-72, Schriftverkehr, 6.-20.9.44, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei Nr. 28295; IMT, Bd. 26, S. 281f, Dokument 743 PS; ZELLHUBER, S. 355f

²⁷⁷ BA Berlin, R 6/690a, Lammers an Bormann, 24.8.44.

²⁷⁸ Ebd., R 6/257, interner Vermerk RMBO, 12.9.42.

Amt.²⁷⁹ Koch versuchte nun, über eine Umstrukturierung der Verwaltung auch die Reste des „Ostlandes“ unter seine Kontrolle zu bekommen, wobei er mit dem Ministerium in Streit geriet – nicht zuletzt, weil er gegen die bisherige Verwaltungspraxis, in der die einheimische Bevölkerung stark einbezogen worden war, in der von ihm bekannten Manier polemisierte und diese Verwaltungsformen abschaffte.²⁸⁰ Viel bewirken konnte er in der kurzen Zeit bis zum Einmarsch der Roten Armee allerdings nicht mehr – noch im September erhielt er die Weisung, die Dienststellen des „Reichskommissariates Ostland“ stillzulegen.²⁸¹

Die Behörden seines ursprünglichen Reichskommissariats hatte Koch zu diesem Zeitpunkt bereits weitgehend aufgelöst. Entgegen dem ab Dezember 1943 einsetzenden Drängen des Ostministeriums, einzelne Verwaltungseinheiten abzuwickeln und das Personal der Wehrmacht zu überstellen, versuchte er, Rumpfverwaltungen für bereits aufgegebene Bezirke zu erhalten. Er gab an, damit eine Wiederbesetzung der Gebiete vorbereiten zu wollen, wollte aber offensichtlich möglichst viel Personal an sich binden und so Machtpositionen erhalten, die er längst verloren hatte.²⁸² Dazu gehörte auch, dass er das staatliche Reichskommissariat von Parteidienststellen auflösen ließ und die Ausweichquartiere seiner ukrainischen Dienststellen nach Krasne und ins ostpreußische Hohenstein verlegte, wo sie abgewickelt wurden.²⁸³ Die „weltpolitisch bedeutende“ Aufgabe des „Reichskommissars für die Ukraine“ verlor sich schließlich in einem erst durch die Januaroffensive der Roten Armee beendeten kleinlichen Gezänk mit dem Ministerium, ob und wann die Dienststellen aufzulösen seien und ob deren Perso-

²⁷⁹ Ebd., R 6/222, Lammers an Rosenberg, 21.9.44; Centre de Documentation Juive Contemporaine, Nr. CXLVa-73, Schriftverkehr, 17.-20.9.44; Nr. CXLIII-341, Protokoll, 22.9.44, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 28321, 28338.

²⁸⁰ Faschistische Okkupationspolitik, S. 590f, Dokument Nr. 269; BA Berlin, R 6/35, Rosenberg an Lammers, Januar 1945; MYLLYNIEMI, S. 284.

²⁸¹ BA Berlin, R 6/222, RMBO an Koch, September 1944; R 6/267, Schriftverkehr, 1944; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/584, Blatt 7, Bericht Wenzel; Faschistische Okkupationspolitik, S. 93; REITLINGER, Haus, S. 264f; MYLLYNIEMI, S. 284.

²⁸² BA Berlin, R 6/232, Aktenvermerk RMBO, 29.12.43; RMBO an RKU, 5.1.44; Rosenberg an Lammers, 8.1.44; R 43 II/690c, RMBO an RKU, 5.1.44; R 6/267, RMBO an Koch, 25.1.44; R 6/244, Besprechungsprotokoll, 19.4.44; R 6/491, Koch an Rosenberg, 12.5.44; TSDAVOV Kiew, 3206/2/156, Vermerk, undatiert.

²⁸³ Ebd., 3206/2/60, Blatt 16, RKU an Hauptarbeitsgebietsleiter Landesleitung NSDAP, 7.10.43; Blatt 17, Kotzulla an Hauptarbeitsgebietsleiter Landesleitung NSDAP, 19.10.43; 3206/2/182, Blatt 17a-19, Dienstanweisung, undatiert; BA Berlin, R 6/267, Vermerke RMBO, 21.8.44, 16.9.44; Dargel an Allwörden, undatiert.

nal beim Reichskommissar zu verbleiben habe – er wollte es im Baltikum einsetzen –, oder ob es an das Ministerium abgegeben werden müsse.²⁸⁴

Die Ernennung zum „Reichskommissar für die Ukraine“ war zweifellos der Höhepunkt der Karriere Kochs. In dieser Funktion war er nicht nur der größte Territorialherr Hitlers, sondern auch an maßgeblicher Stelle in die Umsetzung der beiden zentralen ideologischen Ziele des Regimes involviert, die Eroberung des „Lebensraums im Osten“ und die Vernichtung der Juden. Er war damit endgültig in die Gruppe der wichtigsten NS-Funktionäre aufgestiegen, in der Hierarchie standen nur noch Himmler, Göring, Goebbels, Bormann und Speer näher zum „Führer“ als er. Männer wie Rosenberg oder Sauckel, aber auch die Minister und Generäle standen mit ihm auf einer Stufe.

Dieser Aufstieg war kein zwangsläufiges, aber doch ein folgerichtiges Resultat seiner Karriere. Neben seinen unbestreitbaren politischen Talenten – er verstand es ausgezeichnet, die Gegebenheiten für sich auszunutzen – hatte vor allem das Zusammenspiel mehrerer, zum Teil zufälliger Faktoren zu seinem Erfolg beigetragen: Die geographische Lage seines Gaus, die ihn zum Besatzungspolitiker im Osten prädestinierte, seine Verbindung zu Göring, sein hohes Prestige bei Hitler und die Schwäche Rosenbergs. Eine Fortsetzung seiner bisherigen Karriere war auch die Politik, die er in der Ukraine betrieb – neue Phänomene traten nicht auf, vielmehr setzten sich Entwicklungen fort, die schon in Zichenau zu beobachten gewesen waren. Lediglich die Dimensionen seines Handelns waren ausgedehnt worden, und mit ihnen war auch die Radikalität und die Brutalität Kochs gewachsen. Hier wurde der Punkt erreicht, an dem die Antizipation des Führerwillens zum Massenmord führte – eine Entwicklung, die von der Ukraine aus nach Westen wirkte mit verheerenden Folgen in Kochs polnischen Gebieten. In der Ukraine verfielen die deutsche Besatzungspolitik und ihr Repräsentant Erich Koch endgültig einer Hybris, von der schließlich der Niedergang ausging, der Tod und Zerstörung auch in Kochs ostpreußische Wahlheimat bringen sollte.

²⁸⁴ Vgl. Ebd., R 6/267, Schriftverkehr, 1944/45; R 6/491, Rosenberg an Lammers, 5.1.45.

10. „SOLDATENLAND“¹ – OSTPREUßEN IM ZWEITEN WELTKRIEG

Ostpreußen blieb bis zu den verheerenden Bombenangriffen auf Königsberg im August 1944 von den direkten Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges weitgehend verschont. Die Ostpreußen erlebten diese Zeit „ruhig, beinahe idyllisch“². Königsberg lag zu weit im Osten, als dass es zu der Zeit, in der viele Großstädte im Westen bereits in Schutt und Asche versanken, von den angloamerikanischen Bombern hätte erreicht werden können, während die Aktivitäten der sowjetischen Luftwaffe erst ab 1943 durch einige kleinere Angriffe spürbar wurden.³ Die Provinz bildete zwar 1939 ebenso wie 1941 das Aufmarschfeld für die deutschen Offensiven, diese wurden aber so schnell vorgetragen, dass weder durch polnische noch durch sowjetische Operationen größerer Schaden entstand. Anders als an der Grenze zu Frankreich verzichtete die deutsche Führung zudem darauf, die Grenzgebiete vorsorglich zu evakuieren, da mit einem Gegenangriff nicht gerechnet wurde. 1941 wurde sogar davon abgesehen, Ostpreußen wie 1939 zum Operationsgebiet des Heeres zu erklären.⁴

Der östlichste deutsche Gau war aber keineswegs eine singuläre Insel der Ruhe im Deutschen Reich, vielmehr entsprach die dortige Situation der in den meisten abgelegeneren ländlichen Regionen. Die Bevölkerung verhielt sich ruhig, von Kriegsmüdigkeit oder gar Widerstand war zunächst

¹ PrZ Nr. 311, 10.11.40; Nr. 336, 5.12.40.

² GERHARD VON GLINSKI/ PETER WÖRSTER, Königsberg, Berlin, Bonn 1990, S. 113; Vgl. HARTMANN, Ereignisse, S. 16; DIECKERT/ GROßMANN, S. 25, 29, 34f; TILITZKI, Alltag, S. 59.

³ Ebd.; OLAF GROEHLER, Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin 1990, S. 164-166, 170, 243, 339; BITTER, S. 84; Vgl. Tagebücher Goebbels, II/2, S. 288, 15.11.41; S. 295, 16.11.41; II/11, S. 569, 28.3.44; II/12, S. 121, 17.4.44; RUDOLF KABATH/ FRIEDRICH FORSTMEIER, Die Rolle der Seebrückenköpfe beim Kampf um Ostpreußen 1944-1945, in: Abwehrkämpfe, S. 215-451, hier S. 219f, 235, 392; Handbuch zur Geschichte der Festungen des historischen deutschen Ostens, Osnabrück 1995, S. 42-48; DIECKERT/ GROßMANN, S. 25; LASCH, S. 25; PrZ Nr. 195, 17.7.43; Nr. 206, 28.7.43; BA Bayreuth, Ost-Dok 10/6, Blatt 5, Bericht Witte.

⁴ Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939-1945, hg. v. WALTHER HUBATSCH, Frankfurt/ Main 1962, S. 89, Dokument 21a.

nichts zu spüren.⁵ Die durch die Einberufungen fehlenden Arbeitskräfte wurden durch „Fremdarbeiter“ ersetzt, von denen bereits im April 1941 fast 64 000, vor allem Polen, in Ostpreußen arbeiteten.⁶ Sicherlich trug auch die im Vergleich zu den Industrieregionen bessere Versorgungslage – die Provinz profitierte jetzt von ihrer agrarischen Struktur – zur relativen Zufriedenheit der Bevölkerung bei. Aber auch die Partei und deren regionaler Führer taten viel, um in Ostpreußen eine positive Stimmung zu erhalten.

Der Gauleiter konnte sich, wie er selbst auch immer wieder betonte, wegen seiner Aufgaben in der Besatzungspolitik der Alltagsarbeit in seinem Gau, zu der auch propagandistische Aktionen gehörten, nur sehr eingeschränkt widmen. Eine große Umstellung bedeutete dies für seine engeren Mitarbeiter nicht, denn der „Führer der Provinz“ hatte die Routinevorgänge bereits während der Friedensjahre an seine Stellvertreter delegiert, um sich den von ihm favorisierten Projekten widmen zu können. Im Frieden war dies der Wirtschaftsaufbau, der kriegsbedingt eingestellt werden musste, jetzt war es die Besatzungspolitik.

Ein detailliertes Itinerar des Gauleiters, Oberpräsidenten, Chefs der Zivilverwaltung und Reichskommissars kann nicht mehr erstellt werden, Koch pendelte aber anscheinend ständig zwischen Königsberg, Rowno, den verschiedenen Hauptquartieren – auch Göring und Himmler hatten in der Umgebung der „Wolfschanze“ eigene Domizile bezogen – und Berlin, was nicht nur zu Klagen seiner Verwaltungen über seine seltene Anwesenheit führte, sondern auch dazu, dass er bei repräsentativen Terminen häufig nicht anwesend war. Dennoch wurden, den Usancen der Friedensjahre entsprechend, alle bedeutenderen Vorkommnisse in der Provinz mit seiner Person in Verbindung gebracht, von den zahlreichen Aufrufen zu kriegsunterstützenden Spenden über die Einrichtung kleinerer gemeinnütziger Läden und Werkstätten, die der Bevölkerung die Mangelwirtschaft erträglicher machen sollten, bis hin zu den Umgestaltungsplänen für Königsberg und Memel und zur Abtretung der sechs westpreußischen Landkreise an den „Reichsgau Danzig-Westpreußen“, die in der Presse wie die Übergabe eines persönlichen Lehens von einem Gauleiter an den anderen dargestellt wurde.⁷

⁵ TILITZKI, Alltag, S. 59-63; Vgl. BEHRENBECK, S. 474f, 491.

⁶ Das waren mehr als zehn Prozent aller Arbeitnehmer (BA Berlin, R 43 II/652, Statistik, 25.4.41).

⁷ Vgl. PrZ, 1939-1944, passim; BA Berlin, R 3/1733, Bericht Speer, 20.2.41, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 14822; BA Berlin, R 43 II/1017a, Städtebauliche Maßnahmen in der Stadt Königsberg Pr., 1939/40; R 43 II/1018, Dokumentensammlung, 1939-44; HANS VOLZ, Das Werden des Reiches 1939, Teil 2, Berlin 1940, S. 576; MAU-

Der Gauleiter engagierte sich bei besonders wichtigen Themen auch persönlich, er warb beispielsweise intensiv für die gastliche Aufnahme der fast 200 000 „Luftkriegsevakuierten“, die wegen der Bombenangriffe auf ihre Heimatstädte ins sichere Ostpreußen gebracht wurden.⁸ Koch leitete die wichtigsten Parteiveranstaltungen, nahm die Ehrung der Gefallenen vor, empfing bewährte Frontkämpfer und zeichnete Zivilisten mit Kriegsverdienstkreuzen aus, wobei er besonders „kleine Leute“ wie Bäuerinnen oder Handwerker für ihren Einsatz ehrte.⁹ Koch selbst erhielt im September 1940 das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse, was die Parteizeitung als Auszeichnung für die gesamte Provinz feierte.¹⁰

10.1. „Anders als 1918“ – Soziale Projekte, Propaganda und Widerstand

Eine seiner wichtigsten Aufgaben sah Koch in der Führung und Betreuung der „Heimatfront“, da er in der Vernachlässigung dieses Sektors eine der Hauptursachen für die Niederlage im Ersten Weltkrieg ausgemacht hatte. Die Soldaten, so argumentierte er, hätten sich von Volk und Führung im Stich gelassen gefühlt und seien deswegen demoralisiert gewesen, nur deshalb habe es zur Revolution kommen können.¹¹ Das ostpreußische Parteiblatt formulierte dies in einer Schlagzeile griffig: „Die Lehre von 1918: Alles anders machen als damals“¹².

RICE PHILIP REMY, *Mythos Bernsteinzimmer*, München 2003, S. 108f; HAASE, *Kunstraub*, S. 157, 171; GAUSE, *Königsberg*, S. 128-134; LAWRYNOWICZ, S. 421.

⁸ BA Bayreuth, Ost-Dok 10/263, Bericht Brindlinger; Ost-Dok 8/590, Blatt 2, Bericht Schmidt; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 2E, 5E; GAUSE, *Königsberg*, S. 156f; ALFRED M. DE ZAYAS, *Die Flucht*, in: *Flucht und Vertreibung*, hg. v. FRANK GRUBE/GERHARD RICHTER, Hamburg 1980, S. 129-144, hier S. 131; NOBIS, S. 318; CORNI/ GIES, *Brot*, S. 445; PrZ Nr. 215, 6.8.43; Nr. 246, 6.9.43; Nr. 264, 24.9.43; Nr. 354, 23.12.43; Nr. 361, 31.12.43.

⁹ PrZ 1939-1941, *passim*.

¹⁰ Ebd., Nr. 265, 25.9.40; Koch wurde zusammen mit dem Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Backe auch für das Ritterkreuz vorgeschlagen. Hitler entschied jedoch, dass zuerst diejenigen, die „in unmittelbarer praktischer Arbeit“ stünden, ausgezeichnet werden sollten, nicht die Männer der Verwaltung, außerdem sollte „Unfrieden“ in „Partei- und Staatsführerschaft“ vermieden werden. Koch musste daher auf das Ritterkreuz verzichten (Tagebücher Goebbels, II/9, S. 630, 30.9.43; BA Berlin, R 43 II/649b, Rundschreiben Lammers, 26./27.9.49, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 17265).

¹¹ Vgl. PrZ Nr. 47, 16.2.41; Nr. 273, 3.10.43; BEHRENBECK, S. 545.

¹² PrZ Nr. 24, 24.1.43.

Koch nahm dafür die Partei in die Pflicht, deren Wirken nach innen er als Pendant des Kampfes der Wehrmacht an der Front bezeichnete.¹³ Der Gauleiter suchte mit Beginn des Krieges den Kontakt zur Bevölkerung. Er rief Brief- und Paketaktionen ins Leben, für die er großzügig auf die Erzeugnisse seiner Besatzungsgebiete zurückgriff. Der Leiter der Parteikanzlei, Martin Bormann, erklärte derartige Paketaktionen im Januar 1943 zur Pflicht der Gauleiter, und obwohl nicht bekannt ist, ob er sich dabei an Koch orientierte, kann der ostpreußische Parteiführer hier doch als Vorbild gelten. Die Verteilung dieser Pakete war einer der ersten repräsentativen Anlässe, bei denen auch Kochs Frau, die der Gauleiter bisher von politischen Aktivitäten weitgehend ferngehalten hatte, mit herangezogen wurde.¹⁴

Koch trat aber auch direkt an seine „Untertanen“ heran, indem er jährlich eine „soziale Betreuungsfahrt“ durch seinen Gau unternahm, die erste bereits am 3. September 1939. Er nahm diese Aufgabe sehr ernst, denn er widmete jedem Landkreis mindestens einen Besuchstag, weswegen er 1940 45 Tage für diese Reise benötigte. Dabei sprach er jeweils in der Kreisstadt und einem oder zwei Dörfern, außerdem hielt er – auch damit ein Vorbild für eine spätere reichsweite Regelung – Sprechstunden ab, während derer ihm die Menschen ihre Sorgen mitteilen konnten. Diese Reisen wurden in der Presse ausführlichst beschrieben und als Beweis für die Volksnähe des Regimes überschwänglich gelobt, zugleich wurde aber auch deutlich gemacht, dass sie der Kontrolle der Bevölkerung dienten. Auch die Absicht, die Opferbereitschaft zu steigern und den Unmut der Frauen abzufangen – sie sollten ihren an der Front befindlichen Männern nicht von ihren Alltagssorgen berichten, damit diese unbelastet kämpfen konnten –, wurde keineswegs verschwiegen.¹⁵ Die mitfühlende Person des Gauleiters stand dabei im Mittelpunkt der Berichterstattung, die bisweilen in einen märchenhaften Ton abglitt: „Als die Sprechstunde zu Ende ist und als die vielen Hilfesuchenden befriedigt nach Hause gegangen sind, da ist der Gauleiter glücklich [...]“¹⁶.

¹³ Ebd., Nr. 154, 6.6.40.

¹⁴ PrZ, 1939-1943, passim; IPN Warschau, SWWW 747, Blatt 116i-l, Schreiben Koch, Weihnachten 1941; KOCH, Kameraden; BA Berlin, NS 18alt/745, Schriftverkehr, 2.10.-12.12.41, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 41820; NS 18/343, Rundschreiben Reichspropagandaleitung, 25.1.-1.4.43, zitiert nach: Ebd., Nr. 43779; Führer-Erlasse, S. 336, Dokument 247.

¹⁵ PrZ Nr. 244, 4.9.39; Nr. 319, 18.11.39; Nr. 149, 1.6.40; Nr. 154, 6.6.40; Nr. 156, 8.6.40; Nr. 161, 13.6.40; Nr. 167, 19.6.40; Nr. 350, 19.12.40; Nr. 13, 13.1.41; Nr. 47, 16.2.41; Nr. 314, 14.11.42; Nr. 3, 3.1.43; Nr. 37, 6.2.43; KOCH, Kameraden; Vgl. BA Berlin, NS 6/338, Rundschreiben Bormann, 2.7.42; NOAKES, Viceroy, S. 139.

¹⁶ PrZ Nr. 154, 6.6.40; Vgl. Ebd., Nr. 161, 13.6.40.

Zahlreiche Anekdoten sollten das zupackende und hilfreiche Engagement des Parteiführers bezeugen, über konkrete Hilfsmaßnahmen wurde jedoch nicht berichtet.¹⁷ Letztlich wurde vor allem ein Punkt herausgestrichen, der angeblich den Unterschied zu 1918 ausmachte: Damals sei das deutsche Volk in die unterschiedlichsten Interessengruppen zersplittert gewesen, nun bestehe jedoch die Volksgemeinschaft, die den Einzelnen nicht allein lasse.¹⁸ Die Erfahrung des Ersten Weltkrieges¹⁹ inspirierte die ostpreußischen Nationalsozialisten auch zu einem großangelegten sozialen Projekt, der Betreuung der Hinterbliebenen. Koch bezeichnete diese Aktion als „Herzessache“ und gab an, bei den Kindern der „gefallenen ostpreußischen Helden“ die „Vaterstelle“ einnehmen zu wollen. Sie seien „in Zukunft seine Kinder“²⁰. Obwohl er als Inspirationsquelle seine Erziehung zur Solidarität durch den „Führer“ angab, legte er doch großen Wert darauf, dass es sich um ein von ihm persönlich initiiertes Projekt handelte, und war auch damit in gewisser Weise Vorreiter: Goebbels schlug Hitler nach dem 20. Juli 1944 zur Imagepflege die Gründung einer „Nationalstiftung für Kriegswaisen“ vor.²¹

Koch ließ für die Kriegswaisen der Provinz Ferienreisen und äußerst aufwendig gestaltete Weihnachtsfeiern organisieren, wobei vor allem letztere, die ihm offenbar sehr am Herzen lagen, propagandistisch ausgeschlachtet wurden – sogar die Wochenschau berichtete darüber, wie der Gauleiter mit den Kindern spielte und den Weihnachtsmann kommandierte.²² Der traurige Anlass der Feiern, der Tod der Väter und Ehemänner, wurde völlig in den Hintergrund gedrängt und die Veranstaltung zu einem

¹⁷ Vgl. Ebd., Nr. 311, 10.11.40; Vgl. Nr. 139, 22.5.40; Nr. 154, 6.6.40; Nr. 156, 8.6.40; Nr. 355/356, Weihnachten 1940; Nr. 17, 18.1.42; Nr. 314, 14.11.42; Nr. 350, 20.12.42; Nr. 16, 17.1.43.

¹⁸ Vgl. Ebd., Nr. 47, 16.2.41; Nr. 350, 20.12.42; Nr. 136, 18.5.43.

¹⁹ Ebd., Nr. 33, 2.2.41; Nr. 47, 16.2.41; Vgl. KARIN HAUSEN, Die Sorge der Nation um ihre „Kriegsopfer“, in: Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, hg. v. JÜRGEN KOCKA u.a., München 1994, S. 719-739; RICHARD BESSEL, Kriegserfahrungen und Kriegserinnerungen, in: Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung, hg. v. MARCEL VAN DER LINDEN/ GOTTFRIED MERGNER, Berlin 1991, S. 125-140.

²⁰ PrZ Nr. 350, 19.12.40; Nr. 33, 2.2.41; Vgl. Ebd., Nr. 351, 20.12.40; Nr. 350, 20.12.42; Nr. 10, 10.1.43.

²¹ Tagebücher Goebbels, II/13, S. 216, 3.8.44; Vgl. PrZ Nr. 355/356, Weihnachten 1940; Nr. 53, 23.2.42.

²² Ebd., Nr. 347, 16.12.40; Nr. 351, 20.12.40; Nr. 6, 6.1.41; Nr. 246, 5.9.41; Nr. 350, 20.12.42; Nr. 329, 28.11.43; Nr. 338, 7.12.43; Nr. 346, 15.12.43; Nr. 351, 20.12.43; Nr. 25, 26.1.44; BA Berlin, NS 18/84, NS 18/337, NS 18/832, Schriftverkehr, 1941-43, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 42000, 42032, 43546.

rein positiven Ereignis umgedeutet. Von der Parteipresse wurden sie als Krönung von Kochs „Sozialismus der Tat“²³ gefeiert.

Der Gauleiter kümmerte sich aber auch langfristig um die Lebensplanung seiner Patenkinder. Dazu ließ er für jedes der Kinder bei der Lebensversicherungsgesellschaft der ostpreußischen Landschaft, der Ladol, einen Versicherungsvertrag über 2 000 Reichsmark abschließen. Dieses Geld sollten die Jungen nach Beendigung ihrer Wehrpflicht, spätestens aber nach Vollendung des 23. Lebensjahres bekommen. Ihnen sollte dadurch die „Schaffung einer Existenzgrundlage“ ermöglicht werden, bevorzugt eine selbständige Tätigkeit. Die Mädchen sollten anlässlich ihrer Hochzeit eine „ordentliche Aussteuer“ erhalten. Koch wollte sich jedoch nicht nur „von der Schule bis zur Ehe“, sondern „soweit es nötig ist“ auch danach um das „Wohl und Wehe“²⁴ der Waisen kümmern.

Den Kindern wurde die beste Ausbildung versprochen, selbst Hochschulen sollten ihnen kostenfrei zur Verfügung stehen, außerdem erhielten die Mütter Ausweiskarten, die ihnen bei den Behörden eine bevorzugte Behandlung zusicherten. Die „Waisen“ wurden angeblich mit „den Kindern der begütertesten Volksgenossen“ gleichgestellt, was, so die Propaganda, ein fundamentaler Unterschied zur „alten Zeit“ sei und eine ungemein tröstende Wirkung habe, wie mit begeisterten Briefen von Soldatenwitwen belegt wurde.²⁵ Zugleich waren die Leistungen für die Kinder aber mit strengen Kontrollen durch die Partei verbunden, und die Patenschaftsverträge enthielten die Option, dass die Kinder ihren Status verlieren konnten, sollten sie sich nicht als eifrige Nationalsozialisten erweisen.²⁶

Die Mittel für dieses Projekt stammten zum kleineren Teil aus Spenden, vor allem der Wehrmacht. Dies wurde in der Berichterstattung aber nur beiläufig erwähnt, denn den anderen Teil stellte die „Erich-Koch-Stiftung“ zur Verfügung, deren gemeinnütziger Charakter mit diesen Leistungen belegt wurde.²⁷ Der ostpreußische Gauleiter profitierte hier ein weiteres Mal von den Vorzügen seiner Stiftung, denn 1941 verbot Hitler der Partei,

²³ PrZ Nr. 350, 19.12.40; Nr. 351, 20.12.40.

²⁴ Ebd., Nr. 16, 16.1.41; BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 51f, Versicherungsvertrag, 1.7.40.

²⁵ PrZ Nr. 350, 19.12.40; Nr. 351, 20.12.40; Nr. 16, 16.1.41; Nr. 33, 2.2.41; Nr. 10, 10.1.43.

²⁶ Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 192, Ladol an Ankläger Bielefeld, 30.7.49; PrZ Nr. 351, 20.12.40; Nr. 16, 16.1.41; Nr. 323, 22.11.43; Nr. 351, 20.12.43.

²⁷ Ebd., Nr. 350, 19.12.40; BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 36, Polkowski an Ankläger Bielefeld, 23.7.49; 1909e, Blatt 195, Aussage Koch, 16.9.49.

Patenschaften für Kriegswaisen zu übernehmen.²⁸ Kochs Projekt war dank der Stiftung nicht von der NSDAP abhängig und auch nicht deren Jurisdiktion unterworfen, er konnte es weiterbetreiben. Damit offenbarte sich jedoch auch der ambivalente Charakter der Patenschaften, denn jenseits der sicherlich hilfreichen Unterstützung der Hinterbliebenen – auch hier wurden nur wenige konkrete Hilfsmaßnahmen öffentlich gemacht²⁹ – nutzte der Gauleiter sie vor allem dazu, um für sich zu werben.

Koch handele, so sein Parteiblatt in einem ersten Resümee, „[w]ie ein guter Vater, der alles ihm Mögliche für seine Kinder tut“, und könne stolz sein auf diese „einmalige und erstmalige Leistung“³⁰, mit der er die Herzen der Volksgenossen erobere. Noch nie, so wurde ein dankbarer Soldat zitiert, sei „der Dank des Vaterlandes an seine Kriegshinterbliebenen in so großzügiger und umfassender Form abgestattet worden.“³¹ In diese Lobeshymnen stimmte sogar die SS-Zeitschrift „Das Schwarze Korps“ ein, die das Vorgehen des Gauleiters als Vorbild für das Reich pries.³² Koch selbst gab sich bescheiden – er erwarte keinen Dank, sondern tue nur Selbstverständliches in der Hoffnung, dem „Führer“ damit eine Freude zu bereiten –, forderte aber auch noch mehr Engagement. Der Gau habe sich den „Ehrentiteln“ als „Erstes Bataillon Garde des Führers“ durch besondere Leistungen erworben und müsse ihn sich nun „unausgesetzt [...] immer und immer wieder [...] verdienen.“³³

Für Koch gehörte diese Betreuungsaktion zu den Mitteln, mit denen er seine Position als vorbildlicher Gauleiter im reichsweiten Gefüge des Nationalsozialismus festigen wollte. Zugleich stellte er sich vor seinen „Volksgenossen“ als eine bescheidene, treu und aufopfernd sein Volk umsorgende väterliche Autorität dar, um damit seine Herrschaft zu legitimieren und die Bevölkerung trotz der von ihr erwarteten Anstrengungen und Opfer an sich zu binden.³⁴

Obwohl die betreuten Kinder sich sicherlich über die Hilfe ihres „Patensonkels“ freuten, so machte doch die gesamte Inszenierung der Maßnahmen, zumal in Verbindung mit dem Verschweigen der konkreten Hilfs-

²⁸ BA Berlin, NS 18alt/672, Parteikanzlei an RMVP, 25.3.42, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 42484.

²⁹ PrZ Nr. 351, 20.12.43; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 29, Aussage Koch, 17.6.49.

³⁰ PrZ Nr. 16, 16.1.41; Nr. 350, 19.12.40; Vgl. Ebd., Nr. 314, 14.11.42.

³¹ Ebd., Nr. 16, 16.1.41; Vgl. Nr. 47, 16.2.41; Nr. 136, 18.5.43.

³² Das Schwarze Korps, Folge 2, 8.1.41; PrZ Nr. 147, 30.5.40; Nr. 13, 13.1.41; WILLIAM L. COMBS, *The Voice of the SS*, New York 1986, S. 281.

³³ PrZ Nr. 351, 20.12.40; Vgl. Nr. 350, 19.12.40; Nr. 279, 9.10.43.

³⁴ Vgl. Ebd., Nr. 314, 14.11.42.

leistungen, den vorwiegend propagandistischen Charakter dieser Aktion deutlich. Es würde sicherlich zu weit gehen, Koch zu unterstellen, dass er ausschließlich aus machtpolitischen Gründen handelte und ihm das Schicksal der Hinterbliebenen im Grunde gleichgültig war – dafür gibt es auch keinerlei Belege –, die Art und Weise aber, in der er hier die Gefühle der Menschen für seine Zwecke ausnutzte, entwertete die zweifellos vorhandenen positiven Seiten seines Engagements.

Ähnlich verhielt es sich mit einem zweiten großen sozialpolitischen Projekt, das Koch im Januar 1942 initiierte. Auch die „Gauleiteraktion zur Verbesserung der Lebensbilanz“ wurde in den Medien gefeiert und als Vorbild für das gesamte Reich annonciert. Ziel des Programms war es, die in Ostpreußen überdurchschnittlich hohe Säuglings- und Kindersterblichkeit zu senken und die Tuberkulose zu bekämpfen. Über statistische Erhebungen, Reihenuntersuchungen, verschärfte Meldevorschriften für Ärzte, „Umgebungsuntersuchungen“ und sogar obligatorische Obduktionen sollten die Ursachen für die beiden Phänomene festgestellt werden. Zu diesem Zweck gründete der Gauleiter am Muttertag 1942 eine „Forschungsgemeinschaft zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit“, deren Vorsitz er übernahm und die einen von ihm gestifteten Preis vergab.³⁵

Als Ursache für beide Probleme wurden Defizite in der medizinischen und hygienischen Infrastruktur ausgemacht. In einem großangelegten Bauprogramm – in der Presse war von 200 Millionen Reichsmark und starker Ausnutzung der „Gemeinschaftsarbeit“ die Rede – wurden neue Kinderkliniken und Kindergärten gebaut beziehungsweise Säuglings- und Tuberkulosestationen in bereits bestehenden Krankenhäusern eingerichtet. Die vorhandenen 320 Krankenhausbetten für Kinder sollten auf 1 240 aufgestockt und „Absonderungsheime“ für Tuberkulosekranke eingerichtet werden. Darüber hinaus wurde das medizinische Personal in Kinderheilkunde weitergebildet. Mütter wurden beraten und auch materiell unterstützt, die Betreuung von Schwangeren und Wöchnerinnen wurde als kriegswichtige Arbeit anerkannt. Kindern wurde eine gesunde Lebensweise nahegebracht. „Heilversickungen“ und Medikamente wurden von der NSV bezahlt. „Kostenfragen“, befand der Gauleiter generös, „dürfen hierbei überhaupt keine Rolle spielen.“³⁶

³⁵ Vgl. Ebd., Nr. 15, 16.1.42; Nr. 38, 8.2.42; Nr. 144, 28.5.43; Nr. 148, 30.5.43; Nr. 149, 31.5.43; Tagebücher Goebbels, II/4, S. 341, 23.5.42.

³⁶ PrZ Nr. 15, 16.1.42; Vgl. Ebd., Nr. 16, 17.1.42; Nr. 17, 18.1.42; Nr. 28, 29.1.42; Nr. 38, 8.2.42; Nr. 42, 12.2.42; Nr. 53, 23.2.42; Nr. 274, 5.10.42; Nr. 314, 14.11.42; Nr. 43, 12.2.43; Nr. 144, 28.5.43; Nr. 149, 31.5.43; Nr. 68, 9.3.44; Nr. 71, 12.3.44; Vgl. PAUL GUSOVIUS, *Der Landkreis Samland*, Würzburg 1966, S. 527, 529.

Diesem Projekt wurde in der Propaganda ähnlich viel Aufmerksamkeit gewidmet wie der Betreuung der Soldatenfrauen und Hinterbliebenen. Die Partei und die Staatsverwaltung wurden öffentlich zu höchstem Engagement und „wesentlicher Mehrarbeit“ verpflichtet. Kochs Frau wurde dabei als „praktische Hausfrau und tatkräftige Nationalsozialistin“³⁷ ins Rampenlicht gestellt. Die Gesamtleitung lag wie bei der Betreuung der Kriegsoffer beim Gauamtsleiter für Volkswohlfahrt, dem Oberbereichsleiter der NSV Erich Post. Die Aktion sollte allerdings nicht nur einem Imagegewinn der Gauführung dienen, sondern auch konkret der zukünftigen Kriegführung, was ihr Initiator keineswegs verschwie. „Die in diesem Krieg gefallenen ostpreußischen Soldaten“, so der Gauleiter, „können also, blutsmäßig gesehen, in kürzester Frist durch die dem Tode entrissenen Kinder in der Heimat ersetzt werden.“ Jedes Jahr könne so „ein Regiment neuer Soldaten für die weiten Räume des Ostens“³⁸ gewonnen werden.

Zusätzlich zur Verminderung der Sterblichkeit sollte auch die „Geburtenfreudigkeit“ gehoben werden, was der selbst kinderlose Gauleiter als reine Erziehungsaufgabe ansah. In der Tuberkulose sah er hingegen ein soziales Problem, weswegen er an Abhilfe durch die „soziale Hilfskraft“ der Gemeinschaft glaubte. Hier schlug Kochs utilitaristisches Weltbild voll durch. „Aufzucht“ und „Wartung“ der Kinder sollten perfektioniert werden, um die Verluste an der Front auf lange Sicht auszugleichen. Bei den zu rettenden Säuglingen handele es sich um Menschen, „deren Leistung für die Gemeinschaft noch offen steht und deren Kinder und Enkel man für das Volksganze ebenfalls als gerettet betrachten darf.“ Auch die Tuberkulose hielt er nicht deshalb für so schlimm, weil „der Tuberkulosekranke durch Schwächung seiner Gesundheit oder Tod für den Dienst am Volksganzen ausfällt, sondern weil er durch seine Krankheit so und so viele Gesunde, vor allem die Kinder seiner eigenen Familie, infiziert.“³⁹ Den „Vater der Provinz“ interessierte offenbar nicht das Wohl des Einzelnen, sondern nur dessen Leistung für die „Volksgemeinschaft“.

Kochs allein auf die Nützlichkeit des Einzelnen bezogenes Menschenbild kam aber nicht nur in seinen Bemühungen um die Kinder zum Ausdruck. Es äußerte sich auch darin, dass er zusammen mit dem Pommerschen und dem Posener Gauleiter zu denjenigen gehörte, die im ersten Kriegsjahr die „Euthanasie“ an behinderten Menschen vorantrieben. Koch versprach dem „Sonderkommando Lange“, einem SS-Kommando, das dem SS-Ober-

³⁷ PrZ Nr. 149, 31.5.43; Nr. 59, 29.2.44; Vgl. Ebd., Nr. 15, 16.1.42; Nr. 28, 29.1.42; Nr. 53, 23.2.42; Nr. 42, 12.2.42; Nr. 47, 17.2.44.

³⁸ Ebd., Nr. 15, 16.1.42; Nr. 16, 17.1.42.

³⁹ Ebd., Nr. 15, 16.1.42; Vgl. Ebd., Nr. 15, 16.1.42; Nr. 17, 18.1.42; Nr. 144, 28.5.43; Nr. 148, 30.5.43; Nr. 149, 31.5.43.

abschnitt Warthe unterstand, für jeden getöteten ostpreußischen Behinderten zehn Reichsmark „Kopfgeld“ und erklärte sich bereit, alle Unkosten zu übernehmen. Zwischen dem 21. Mai und dem 8. Juni 1940 wurden 1 558 Patienten der Heil- und Pflegeanstalten in Ostpreußen, namentlich Allenberg bei Wehlau, Carlshof bei Rastenburg und Tapiau, ins „Durchgangslager Soldau“ gebracht und dort vom „Sonderkommando Lange“ ermordet. Die dadurch freigewordenen, bisher nicht „produktiv“ genutzten Gebäude wurden umgehend neuen Verwendungen zugeführt: In Teilen des Tapiauer Komplexes wurde ein Lazarett eingerichtet, die Liegenschaften bei Wehlau und Rastenburg gingen an die SS als Gegenleistung für die Tötung der bisherigen Insassen. Koch ließ den beteiligten SS-Männern außerdem ein Bernsteinkästchen mit Widmung als Anerkennung für die von ihnen geleistete „Arbeit“ überreichen.⁴⁰

In einem anderen Fall bat Koch Himmler darum, einen kleinen Jungen in seinen „Kliniken“ „von seinen Leiden befreien“ zu lassen. Das Kind war – nach Kochs Ansicht unheilbar – an Hirnhautentzündung erkrankt, und der Gauleiter hielt es für humaner, den Jungen sofort töten zu lassen. Er gab an, er habe mit der Mutter „ganz offen über den Fall gesprochen“ und legte seinem Schreiben einen Bittbrief der Frau bei, der sein Anliegen unterstützen sollte. In diesem Brief gab die Mutter jedoch ihrer Hoffnung Ausdruck, dass ihrem „schwer kranken Kinde eines Tages eine bedeutende Erleichterung“ verschafft werden könne, an den Tod ihres Sohnes dachte sie offensichtlich nicht. Der „Reichsführer SS“ war jedoch mit Koch einer Meinung und bat Hitlers „Euthanasiebevollmächtigten“, SS-Gruppenführer Karl Brandt, darum, das Kind in einer „entsprechende[n] ‚Klinik‘“ – die Anführungszeichen setzte Himmler in seinem Schreiben selbst – von seinem Leiden „zu befreien“.⁴¹

Koch war anscheinend davon überzeugt, dass sein utilitaristisches, ja menschenverachtendes Menschenbild von der Mehrheit der ostpreußischen Bevölkerung geteilt wurde, so dass er es nicht für notwendig hielt, dieses Menschenbild oder die Konsequenzen, die sich daraus für den Einzelnen ergaben, zu verschleiern. Selbst in der Presse gaben er und seine Funktionäre sich frappierend wenig Mühe, zu verbergen, dass die großen sozialpolitischen Aktionen weniger dem persönlichen Wohl als vielmehr den Zielen des Regimes dienen sollten. Es ist jedoch nicht bekannt, ob diese Offenheit Einfluss auf die Popularität des Gauleiters hatte.

⁴⁰ KLEE, Euthanasie, S. 190-193; SCHMUHL, S. 240f, 446; LONGERICH, Politik, S. 237, 646; HILBERG, Vernichtung, S. 957; KERSHAW, Hitler II, S. 359; BA Berlin, BDC, O 426 II, Blatt 158-162, Schriftverkehr Koppe, Redieß, Oktober 1940 – Februar 1941; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 238, Aussage Koch, 3.10.49.

⁴¹ BA Berlin, NS 19/862, Schriftverkehr, Mai 1944; Reichsführer!, S. 267f.

Der Gauleiter war nicht nur bezüglich seines Menschenbildes, sondern auch generell derjenige, an dessen Reden sich die ostpreußischen Funktionäre orientierten.⁴² Zugleich waren die Reden Kochs in Ton und Thematik ein Indikator für die aktuelle Kriegslage. Ende 1940 apostrophierte Koch den Krieg zwar bereits als endgültigen Kampf zwischen einer neuen und einer alten Welt, sprach aber entsprechend der politischen Konstellation nur vom Kampf gegen die englischen „Plutokraten“, die den Herd des neuen Gedankengutes und des revolutionären Umbruchs, Deutschland, vernichten wollten. Deutschland hingegen verteidige nur das Recht, seinen inneren Aufbau durchführen zu dürfen, und der Führer sei bereits damit beschäftigt, den Frieden vorzubereiten. Eine aggressive Komponente bekamen seine Reden vor allem dann, wenn er von der Auslöschung der „Schande von Versailles“ sprach. Ansonsten versuchte er vordringlich, die Ostpreußen dazu zu motivieren, Leistung zu erbringen, ihre Pflicht zu erfüllen und ihre ganze Kraft für den Sieg einzusetzen. Dabei sparte er nicht an Lob. Ostpreußen habe sich weder bei Sammlungen noch bei der Aufnahme luftkriegsbedrohter Kinder von einem anderen Gau übertreffen lassen. Koch hob insbesondere den „Bienenfleiß“ der Partei hervor und betonte den Dank an die Gefallenen und deren Hinterbliebene.⁴³

Mit dem Angriff auf die Sowjetunion musste er seine Deutung des Krieges verändern. Jetzt waren es „internationale Plutokraten und Juden“, die Deutschland durch ein Bündnis mit dem Bolschewismus auslöschen wollten – der „Russeneinfall“ von 1914 diene ihm dabei als Beleg für das Elend, das drohe, falls die „asiatischen Horden“ angreifen und alles zerstören würden. Ein solcher Angriff sei 1941 durch den Präventivschlag des „Führers“ verhindert worden. Gerade deshalb müsse Ostpreußen, das „Erste Bataillon Garde des Führers“, seine Pflicht tun und den ererbten „Grenzergeist“ beweisen. Gleichzeitig wies Koch auf den Wohlstand hin, den die Eroberungen im Osten in Zukunft bringen würden und versprach jedem einen nach seinen Fähigkeiten und Leistungen bemessenen Anteil daran, vor allem den Soldaten, als deren Statthalter er sich bezeichnete. „Nun sind wir“, resümierte er, „nicht mehr Habenichtse auf der Welt und wollen es auch nie wieder werden.“⁴⁴

Mit zunehmender Dauer des Krieges griff er immer mehr auf die Geschichte der NSDAP zurück und setzte diese mit der aktuellen Entwicklung gleich. So wie die Partei eine harte Phase schwerer Prüfungen durchlitten,

⁴² Vgl. PrZ Nr. 302, 1.11.43.

⁴³ Ebd., Nr. 322, 21.11.40; Nr. 361, 31.12.40.

⁴⁴ KOCH, Kameraden; Vgl. PrZ Nr. 161, 13.6.40; Nr. 265, 25.9.40; Nr. 188, 9.7.41; Nr. 283, 12.10.41; Nr. 320, 18.11.41; Nr. 362, 31.12.41; Nr. 18, 19.1.42; Nr. 274, 5.10.42; Nr. 221, 12.8.43; Nr. 279, 9.10.43.

dann aber doch glanzvoll gesiegt habe, weil der Nationalsozialismus die vom Schicksal für die heutige Zeit ausersehene Kraft sei, so müsse – quasi naturgesetzlich – jetzt auch der Krieg verlaufen. Der Sieg sei damit sicher, der Garant dafür sei der „Führer“. Kochs ständigen Philippiken gegen „Kleingläubige, Ewig-Gestrige und alberne Schwätzer“, die der „Feind-Propaganda“ Vorschub leisteten, ließen aber deutlich erkennen, dass er sich der Geschlossenheit seines Volkes nicht sicher war.⁴⁵

Für das Jahr 1942 zog Koch noch eine positive Bilanz und sagte den „endgültigen Zusammenbruch“ des Bolschewismus für die nächste Zukunft voraus.⁴⁶ Nur einen Monat später fiel ihm jedoch die Aufgabe zu, den Ostpreußen die Niederlage von Stalingrad zu erklären und ihren Kampfeswillen wieder aufzurichten. Dabei wurde besonders darauf hingewiesen, dass gerade Koch als „altem Frontkämpfer“ und revolutionärem Kämpfer für die „nationale Ehre“ und das Wohl der „Volksgenossen“ das Wissen und die Berechtigung zukomme, Urteile und Entscheidungen zu treffen sowie neue Opfer zu fordern, allen Anderen jedoch nicht. Die Analogie des Kriegsverlaufs zur Parteigeschichte wurde noch stärker als bisher betont.⁴⁷

Der Gauleiter selbst griff diese Figuren auf und forderte von seinen „Untertanen“ – auch und besonders von den Frauen – im Rahmen des „totalen Krieges“ noch größere Opfer. Es sei notwendig, alle Brücken abubrechen und jede Bequemlichkeit hinter sich zu lassen. Zur Unterstützung seiner Argumentation bemühte er die Geschichte und insbesondere die preußische Tradition – der „große König“ Friedrich II. habe im Siebenjährigen Krieg in ungünstigerer Lage seinem Volk schwere Opfer auferlegt und dann glänzend gesiegt. Obwohl die „Preußische Zeitung“ ihren Bericht über die Stalingrad-Rede mit der Bemerkung schloss, Koch habe sein Rednerpult verlassen „in dem Bewußtsein, daß hinter ihm ein Ostpreußen steht, von dem der Führer alles verlangen kann“, klang gerade sein abschließendes „Gelöbnis“ nicht danach, als sei er sich der Zuverlässigkeit seiner Provinz sicher: „Der Führer hat uns aufgerufen, und ein Hundsfoth, wer seinen Führer im Stich läßt.“⁴⁸

Wie den meisten Nationalsozialisten sah auch er noch in der Katastrophe von Stalingrad Hitler als Garanten für einen glücklichen Ausgang des Krieges:

⁴⁵ Ebd., Nr. 339, 9.12.42.

⁴⁶ Ebd., Nr. 3, 3.1.43.

⁴⁷ Ebd., Nr. 30, 30.1.43; Vgl. Nr. 348, 7.12.39.

⁴⁸ Ebd., Nr. 30, 30.1.43; Vgl. Nr. 35, 4.2.43; MOMMSEN, *Preußentum*, S. 38f; BEHRENBECK, S. 546, 576.

„Sie erwarten von mir sicher einige Worte über die allgemeine Lage. Es sind noch keine zehn Tage her, da war ich beim Führer. Und ich kann ihnen die Versicherung geben: Ich sah den Führer noch nie optimistischer, zuversichtlicher und konsequenter als in diesen Tagen: Das ist die Lage!“⁴⁹

Im Verlauf des Jahres 1943 wurde Kochs Propagandastrategie immer defensiver. Er ging schließlich dazu über, die Ostpreußen auf den Kampf um ihre Heimat vorzubereiten und ihnen ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln, indem er das bereits oft bemühte Lob der ostpreußischen Wehrmachtseinheiten konkretisierte: „Es sind ja Eure Väter und Söhne, sind Eure Männer, von denen an den Fronten das Wort umgeht: Wo Ostpreußen stehen, kommen die Bolschewisten nicht durch.“⁵⁰ Zugleich schürte er den Kampfeswillen, indem er ausführlich über die Absichten der Alliierten, Ostpreußen an Polen abzutreten, berichten ließ und dabei erneut das bereits bewährte Bild des „Bollwerks im Osten“ instrumentalisierte. Die Feinde, so hieß es, fürchteten die preußischen Tugenden, deren „guter Genius“ die Provinz spätestens seit 1813 sei, und wollten daher beide vernichten. Dies sei aber nur ein Ansporn zu noch größeren Anstrengungen, denn Königsberg sei nicht Stalingrad – eine Kapitulation, so ließ die Parteizeitung damit wissen, werde es hier nicht geben.⁵¹

Koch argumentierte jetzt immer häufiger damit, es könne nur Sieg oder totale Vernichtung geben, und forderte deshalb von jedem Einzelnen „fanatischen Einsatz“. Jeden Versuch, sich „an seinen Verpflichtungen vorbeizudrücken“, brandmarkte er als Verrat. In seiner Neujahrsansprache 1944 erließ er schließlich einen Appell, noch mehr Opfer zu bringen, der sich im Nachhinein fast wie eine Prophezeiung liest:

„Ich weiß, daß auch im neuen Jahr jeder Ostpreuße freudig sein Letztes hergeben wird. Der verlogenen Propaganda unserer Feinde werden wir nur einen noch härteren Willen und einen noch fanatischeren Glauben entgegensetzen.“⁵²

Für wie gefährlich Koch die Lage wirklich hielt, gab er in seinen Reden nicht offen zu. Seine Beurteilung der Situation wurde aus seinen Verlautbarungen aber unterschwellig deutlich, etwa wenn er der ostpreußischen Jugend bei ihrer Verpflichtung auf den Führer die Parole mitgab: „[D]ie deutsche Jugend kapituliert nie!“⁵³ Auch seine Erklärungen anlässlich der

⁴⁹ PrZ Nr. 136, 18.5.43.

⁵⁰ Ebd., Nr. 361, 31.12.43.

⁵¹ Ebd., Nr. 41, 10.2.43; Vgl. Ebd., Nr. 123, 5.5.43; Nr. 130, 12.5.43; Nr. 169, 21.6.43; Nr. 187, 9.7.43; Nr. 279, 9.10.43; Nr. 11, 12.1.44; Nr. 59, 29.2.44; Nr. 248, 11.9.44.

⁵² Ebd., Nr. 361, 31.12.43; Vgl. Ebd., Nr. 351, 20.12.43.

⁵³ Ebd., Nr. 85, 28.3.44.

schweren Bombenangriffe auf Königsberg im August 1944 klangen eher hilflos-trotzig denn wirklich zuversichtlich. Bei den Terrorangriffen ginge es den Alliierten nicht um militärische Ziele, sondern darum, „uns“ mit „Mordterror mürbe zu machen“, die Kulturdenkmäler und die dazugehörigen Werte zu zerstören und die verhasste deutsche Zivilbevölkerung auszu-rotten. Man werde dem aber ebenso widerstehen wie dem Feind an den Grenzen, da es „um Untergang oder eine glückliche Zukunft“ gehe. Der Sieg werde, so gab er sich zuversichtlich, „für alles“ entschädigen, und Königsberg werde schöner denn je erstehen. Die Opfer tröstete er damit, dass sie nicht allein stünden

„in unserer großen nationalsozialistischen Familie, in unserer großen nationalsozialistischen Volksgemeinschaft. Ihr wißt, daß das gerade hier in Ostpreußen und gerade von mir, als Eurem Gauleiter, nicht eine irgendwie dahingesprochene Phrase ist.“⁵⁴

Koch benutzte also selbst die Luftangriffe, um für seine Person zu werben. Bereits „eine Stunde nach dem Angriff“ habe er befohlen, den Wiederaufbau der Stadt zu beginnen, so tönte er weiter, versprach aber außer der Bereitstellung von „behelfsmäßigen Wohnungen“ und Tankwagen zur Wasserversorgung keine konkrete Hilfe. Statt dessen bramarbasierte er, dass die Vorsehung demjenigen den Sieg an die Fahne hefte, der „unter Hintansetzung aller persönlichen Wünsche bereit [sei,] bis zum Letzten zu arbeiten, bis zum Letzten zu kämpfen und zu opfern“⁵⁵, und schließlich verpflichtete er die Überlebenden, die Arbeit und den Kampf der Getöteten fortzusetzen.

Der Gauleiter zog zwar alle Register der nationalsozialistischen Propaganda, seinen Reden war aber deutlich anzumerken, dass er nichts mehr anzubieten hatte als hohle Phrasen. Der Wille und die Entschlossenheit waren die Kampfmittel, auf die er seine Hoffnungen stützte, materielle Versprechungen wagte er dagegen kaum noch. Selbst eine überzeugende Begründung für den Krieg wusste er nicht zu geben. Von einer ideologisch gerechtfertigten Expansion sprach er äußerst selten, statt dessen gab er an, der Krieg sei den Deutschen vom „internationalen Judentum“ aufgezwungen worden – an einen im nationalsozialistischen Kampfgeist geführten, berechtigten und notwendigen Krieg glaubte er offenbar selbst nicht.

Die Rückschläge an der Front erklärte der Gauleiter mit antisemitischen Floskeln. Das „internationale Judentum“ musste erneut als eine Art Popanz

⁵⁴ Ebd., Nr. 248, 11.9.44; Vgl. Ebd., Nr. 361, 31.12.43; Königsberger Allgemeine Zeitung Nr. 240, 1.9.44; GAUSE, Königsberg, S. 159; DIECKERT/ GROßMANN, S. 34; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/588, Bericht Will.

⁵⁵ PrZ Nr. 248, 11.9.44.

zur Erklärung all der Sachverhalte herhalten, für die Koch keine andere griffige und propagandistisch erfolgversprechende Erklärung fand, so beispielsweise 1941 für den Krieg gegen den bisherigen Verbündeten Sowjetunion oder 1944 für die Luftangriffe auf Königsberg.⁵⁶ Allerdings erhielten seine antisemitischen Ausfälle ein anderes Gewicht, denn er sprach mehr oder minder offen über die Ausrottung der Juden, während er diese selbst durchführte. Die Vernichtung der Juden erklärte er noch im Mai 1943, als die meisten ostpreußischen Juden bereits deportiert und ermordet worden waren, geradezu zur Vorbedingung für einen deutschen Sieg:

„Entweder siegt der internationale Jude, dann stirbt Deutschland. Wir glauben aber, daß Adolf Hitler siegt und der internationale Jude sterben wird, weil er sterben muß! [...] Wenn wir in Treue und Gehorsam unsere Pflicht tun, dann steht am Ende der Sieg des Guten über das Böse, der Sieg Adolf Hitlers über den internationalen Juden.“⁵⁷

Es ist nicht bekannt, ob und in welcher Weise der ostpreußische Gauleiter und Oberpräsident an der Tötung der Juden seiner Provinz beteiligt war. Sein Verhalten in den besetzten Gebieten lässt aber vermuten, dass er im Sommer 1942, als die meisten ostpreußischen Juden deportiert wurden, darum bemüht war, auch seinen Gau „judenfrei“ zu machen, allein nachgewiesen werden kann ihm dies nicht mehr. Festzuhalten bleibt jedoch, dass die nationalsozialistische Judenpolitik in seinem Gau mit allen ihren Implikationen umgesetzt wurde, ohne dass eine besondere Vorreiter- oder Nachzüglerrolle erkennbar wäre.⁵⁸

⁵⁶ Ebd., Nr. 188, 9.7.41; Nr. 362, 31.12.41; Nr. 18, 19.1.42; Nr. 136, 18.5.43; Nr. 221, 12.8.43; Nr. 248, 11.9.44.

⁵⁷ PrZ Nr. 136, 18.5.43; Vgl. Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, hg. v. MAX DOMARUS, Würzburg 1963, S. 1058; KERSHAW, Hitler II, S. 214, 651.

⁵⁸ SCHÜLER-SPRINGORUM, Minderheit, S. 351-360; DIES., Gemeinde, passim; GOTTWALDT, passim; DERS./ DIANA SCHULLE, Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945, Wiesbaden 2005, passim; JACOBY, S. 133-138, 149; KOSSERT, Gemeinde, passim; DERS., Geschichte, passim; MURAWSKI, Judentum, passim; SOMMERFELD, Juden – ihr Schicksal, passim; DERS., Juden, in: Geschichte und Kultur, passim; KABUS, S. 159-193; LONGERICH, Politik, S. 488; DANIEL BLATMAN, The Death Marches, January-May 1945: Who was Responsible for What?, in: Yad Vashem Studies 28/2000, S. 155-201, hier S. 177-179; GABRIELE HAMMERMAN, Die Todesmärsche aus den Konzentrationslagern 1944/45, in: Terror nach Innen, hg. v. CORD ARENDS u.a., Göttingen 2006, S. 122-148, hier S. 132; MARTIN BERGAU, Der Junge von der Bernsteinküste, Heidelberg 1994, S. 108-115, 244-275; SHMUEL KRAKOWSKI, Massacre of Jewish Prisoners on the Samland Peninsula – Documents, in: Yad Vashem Studies 24/1994, S. 349-387; REINHARD HENKYS, Endlösung am Bernsteinstrand, in: Die Zeit Nr. 45, 2.11.2000, S. 44; DERS., Ein Todesmarsch in Ostpreußen, in: Dachauer Hefte 20/2004, S. 3-21; GILBERT, S. 779-782; SCHWARZ, S. 143, 178, 186, 193-196; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 172-174, 182,

Ein ähnlich unauffälliger Platz kam Ostpreußen auch in der Geschichte des deutschen Widerstandes gegen Hitler zu, obwohl hier das spektakulärste Attentat auf den Diktator stattfand. Am 20. Juli 1944 wurde im Führerhauptquartier „Wolfschanze“ der Bombenanschlag verübt, mit dem die Widerstandskreise um Claus Graf Schenk von Stauffenberg und Kochs ehemaligen Mitarbeiter Fritz-Dietlof von der Schulenburg Hitler töten und den totalen Untergang des Deutschen Reiches verhindern wollten.⁵⁹

Koch behauptete nach dem Krieg, er habe über Schulenburg und den preußischen Finanzminister Johannes Popitz Kontakt zu den Verschwörern gehabt, habe aber immer auf Distanz bestanden. Schulenburg habe mehrfach versucht, ihn nach Kreisau, eine der Zentralen der Verschwörer, mitzunehmen, und ihn sogar zum preußischen Innenminister machen wollen. Er habe dies aber abgelehnt und auf seinen Eid verwiesen. Den Verschwörern habe er zugesichert, sie nicht zu verraten, zugleich habe er aber Hitler vor einer Oppositionsbewegung in den höheren Rängen der Wehrmacht gewarnt. Der „Führer“ habe dies jedoch nicht ernst genommen und für den Ausfluss von Kochs Aversionen gegen die Wehrmacht gehalten.⁶⁰ Unabhängig davon, ob diese Aussagen Kochs zutreffend sind – was sich nicht mehr überprüfen lässt –, war er am 20. Juli jedoch auf keinen Fall in die Pläne Stauffenbergs und seiner Mitsstreiter eingeweiht und auch nicht für einen Posten in der neu zu schaffenden Regierung vorgesehen. Der Stadtkommandant von Königsberg, Albert Wodrig, erhielt vielmehr den Befehl, Koch zu verhaften.⁶¹ Dazu kam es allerdings nicht, wie überhaupt die Pläne der Verschwörer in Ostpreußen scheiterten, bevor sie umgesetzt werden konnten.

Wie in fast allen Wehrkreisen trafen auch in Ostpreußen die Befehle aus Berlin zu spät ein. Die Nachricht, Hitler habe das Attentat überlebt, erreichte Königsberg gleichzeitig oder sogar früher als die Meldung aus Berlin, dass er tot sei. Zudem fragte die ostpreußische Wehrmachtsführung nicht in Berlin, sondern in der nahegelegenen „Wolfschanze“ nach, was zu tun sei. Der Gauleiter fuhr sogar ins Führerhauptquartier, um sich zu informieren, und erhielt dort eine Generalvollmacht von Hitler, die Lage in der Provinz zu bereinigen. Er alarmierte daraufhin nicht nur die SA, sondern auch eine ihm unterstellte Sondertruppe, die mit Panzern ausgestattet

296; 1909a, Blatt 55, 72; 1909b, Blatt 221f; 1909e, Blatt 30, 210, 221-223; 1909f, Blatt 338, 340, 344, Aussagen, 1949.

⁵⁹ Vgl. KERSHAW, Hitler II, S. 861-922.

⁶⁰ KOCH, Interview, S. 45f; Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 213, Aussage Koch, 21.9.49; 1909g, Blatt 218, Aussage Angermann, 12.12.49.

⁶¹ LOUIS FERDINAND PRINZ VON PREUßEN, Als Kaiserenkel durch die Welt, Berlin 1952, S. 357.

war – wohl Reste seiner Selbstschutzverbände aus der Ukraine –, und schickte sich mit diesen Kräften an, Königsberg zu besetzen. Die Stadt war nur schwach mit Wehrmachtseinheiten besetzt, da die meisten Einsatzkräfte zur Partisanenbekämpfung nach Zichenau und Białystok abkommandiert worden waren. Eine Umsetzung der Berliner Befehle hätte daher wohl eine bürgerkriegsähnliche Situation hervorgerufen. Die Vertrauensmänner der Verschwörer versuchten daher, des Gauleiters habhaft zu werden, indem sie ihn zu einer Besprechung ins Wehrkreiskommando einluden, was er aber misstrauisch ablehnte. Eine offene Konfrontation wurde schließlich dadurch vermieden, dass General Wodrig, der selbst wohl nicht in die Verschwörung eingeweiht war, Koch aufsuchte und mit diesem übereinkam, die Befehle aus Berlin nicht zu beachten.⁶²

Es steht zu vermuten, dass Koch auch in den Wochen nach dem 20. Juli in die Verfolgung der Verschwörer involviert war, denn Bormann nahm die Gauleiter dabei ganz besonders in die Pflicht.⁶³ Allerdings gibt es keinerlei Zeugnisse, die von Aktivitäten Kochs in Folge des 20. Juli berichten. Er ließ aber, wie auch nicht anders zu erwarten, in Parteiveranstaltungen in der Folgezeit kein gutes Haar an den Verschwörern. Er machte sie für den raschen Vormarsch der Roten Armee verantwortlich und warf ihnen vor, sie hätten geplant, Ostpreußen aufzugeben. Er habe, so resümierte er, mit seiner adelsfeindlichen Haltung Recht gehabt.⁶⁴

10.2. „*Levée en masse*“ – Stellungsbau, Volkssturm und Räumungspläne

Im Sommer 1944 gewann für Koch ein weiteres seiner Ämter, das er bereits seit September 1939 bekleidete, aber noch nicht wirklich hatte ausüben müssen, an Gewicht: das des „Reichsverteidigungskommissars“ (RVK). Dieses Amt war zu Beginn des Polenfeldzuges als Instanz geschaffen worden, die in den Wehrkreisen die Kontakte zwischen ziviler Verwaltung und Wirtschaft einerseits und den militärischen Dienststellen andererseits koordinieren sollte. Dem RVK wurden dazu alle Zweige der

⁶² BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 111, Aussage Poppa, 1.7.49; BA Berlin, BDC, PK Koch, Ebrecht an Hildebrandt, 20.7.44; PETER HOFFMANN, Widerstand Staatsstreich Attentat, vierte, neu überarbeitete und ergänzte Ausgabe, München 1985, S. 542-544; Tagebücher Goebbels, II/11, S. 81, 13.1.44.

⁶³ BA Berlin, NS 6/351, Rundschreiben Bormann, 8.9.44; KERSHAW, Hitler II, S. 902, 912, 921f; ORLOW, History II, S. 462-468; MOLL, Steuerungsinstrument, S. 263-268.

⁶⁴ FRANZ W. SEIDLER, „Deutscher Volkssturm“, München 1989, S. 355f; Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 52, Aussage Koch, 20.7.49.

Reichsverwaltung mit Ausnahme von Bahn und Post unterstellt. Damit sollten Verhältnisse wie im Ersten Weltkrieg, als die Oberste Heeresleitung eine Art Militärdiktatur gebildet hatte, vermieden werden, und der Einfluss der zivilen Gewalten gewährleistet bleiben. Gleichzeitig war diese Regelung, die den Oberpräsidenten beziehungsweise den Landesregierungen einen Teil ihrer Kompetenzen nahm, ein weiterer Schritt in der Machtverlagerung weg von den traditionellen Instanzen und hin zu den Gauleitern, da ausschließlich diese Funktionäre mit dem Amt betraut wurden. Die regionalen Parteiführer gelangten mit ihm de facto in die Position des „Einheitsführers“, eines für die gesamte Verwaltung ihres Bereiches allein verantwortlichen Beamten.⁶⁵

Bedeutung erlangte dieses Amt erst, als die Kriegshandlungen Reichsgebiet berührten, und das schien im Spätsommer 1944 unmittelbar bevorzustehen. Die Rote Armee startete am 22. Juni 1944 eine Großoffensive, unter deren Druck die Heeresgruppe Mitte völlig zusammenbrach. Den sowjetischen Truppen gelang es, binnen weniger Wochen bis an die Weichsel und wenige Kilometer vor die ostpreußische Grenze vorzudringen.⁶⁶ Die Provinz lief damit Gefahr, als erster Teil des Reiches von feindlichen Truppen erreicht zu werden. Damit wurde der ostpreußische Reichsverteidigungskommissar aktiv, und er machte sofort deutlich, dass er auch auf „Heimaterde“ nicht gewillt sein werde, eine gedeihlichere Zusammenarbeit mit der Wehrmacht zu pflegen, als das in der Ukraine der Fall gewesen war.

Koch empörte sich zunächst über den Zustand der Truppen, die in Auflösung durch seine Provinz zurückfluten, plündern und durch übertriebene Berichte über die Frontlage in der Zivilbevölkerung Unruhe auslösen würden⁶⁷, dann griff er zu drastischen Maßnahmen: Er drohte, jeden „Defaitisten“ an die Wand zu stellen, und ließ die Grenzübergänge zu den besetzten Gebieten im Osten sperren, um so die Bewegung rückwärtiger Einheiten und ziviler Beamter der Okkupationsverwaltungen unter Kontrolle zu bekommen. Wer ohne konkreten Auftrag angetroffen wurde, wurde von seinen Behörden für „nutzbringende Arbeiten“ im Gau zwangs-

⁶⁵ HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 153-158; REBENTISCH, Führerstaat, S. 132-141, 279-281; RGBI. I, 1939, S. 1570; RÖHR, S. 53; NOAKES, Viceroy, S. 143.

⁶⁶ Vgl. SCHWENDEMANN, Endkampf, S. 12; MANFRED MESSERSCHMIDT, Die Wehrmacht in der Endphase, in: Die Zukunft des Reiches, hg. v. DEMS./ EKKEHART GUTH, Herford, Bonn 1990, S. 195-222, hier S. 205; KERSHAW, Hitler II, S. 853-855; ANDREAS HILLGRUBER, Zweierlei Untergang, Berlin 1986, S. 29f.

⁶⁷ MESSERSCHMIDT, S. 211; BA Berlin, NS 19neu/2606, Rundschreiben Bormann, 18.-23.7.44, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 17800; ANDREAS KUNZ, Wehrmacht und Niederlage, München 2005, S. 262; Tagebücher Goebbels, II/13, S. 84f, 11.7.44; S. 103, 13.7.44; SEIDLER, Volkssturm, S. 355f; KOCH, Interview, S. 48.

verpflichtet. Lettische Luftwaffenhelfer, ganze Einheiten der „Organisation Todt“ und sogar russische „SS-Zöglinge“ soll er sich auf diese Weise unterstellt haben.⁶⁸ In Ostpreußen verhängte er eine Reisesperre, die die unkontrollierte Abwanderung der Bevölkerung verhindern sollte, und ließ Rückführungspläne für die „Luftkriegsevakuierten“ ausarbeiten. Noch wurden diese Pläne allerdings zurückgehalten, denn Koch vertrat den Standpunkt, dass die „Bombenflüchtlinge“ nur dann zurück in ihre Heimat gebracht werden könnten, wenn zugleich auch die ostpreußischen Frauen und Kinder evakuiert werden würden.⁶⁹

Die militärische Entwicklung führte dazu, dass Hitler Koch bereits am 13. Juli 1944 dazu ermächtigte, mit einer partiellen Räumung Ostpreußens zu beginnen. Auf Befehl des Reichsverteidigungskommissars wurde mit der Evakuierung von Frauen und Kindern aus acht ostpreußischen Grenzkreisen begonnen. In diesem Zuge wurden auch die ersten 55 000 Berliner „Luftkriegsevakuierten“ in die Hauptstadt zurückgebracht. Koch sprach sich jedoch zugleich „schärfstens“ gegen die völlige Räumung der Gebiete aus.⁷⁰ Auch Propagandaminister Goebbels, dem die Signalwirkung dieser Maßnahme nicht verborgen bleiben konnte, betonte in seinem Tagebuch, dass diese Evakuierung keinesfalls darauf hindeuten solle, dass Ostpreußen aufgegeben werde, „im Gegenteil, wir wollen hier einen Widerstand leisten, der für alle anderen ein Beispiel sein soll.“⁷¹

Goebbels, der nur wenige Tage später zum „Reichsbeauftragten für den totalen Kriegseinsatz“ ernannt wurde, wies hier auf ein Propagandaprojekt hin, mit dem sich in gewisser Weise ein Kreis schloss: Zu Beginn des Dritten Reiches hatte Ostpreußen und mit ihm sein Gauleiter im Fokus der öffentlichen Darstellung der neuen Regierung gestanden, weil hier eines der zentralen Projekte des Regimes, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, in besonders exponierter Weise angegangen worden war. Jetzt, als das Dritte Reich ums Überleben kämpfte, war es, wenn auch vornehmlich auf Grund seiner geographischen Lage, wiederum Ostpreußen, in dem ein zentrales Projekt unter großem Medienaufwand in Angriff genommen wurde. Hier sollten neue, nationalsozialistische Formen der Verteidigung der „Volks-

⁶⁸ FRANZ W. SEIDLER, *Die Organisation Todt*, Bonn 1987, S. 107, 126; BA Berlin, BDC, SShO 2373a, Nickel an Berger, 15.11.44; Fernschreiben Gauleitung Ostpreußen, 7.12.44; NS 19/3553, OKW an General für ausländisches Personal Luftwaffe, Juli 1944.

⁶⁹ Tagebücher Goebbels, II/13, S. 84f, 11.7.44; S. 108, 13.7.44; BA Berlin, R 55/616, RM Verkehr an RMVP, 10.7.44, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 28139; BA Bayreuth, Ost-Dok 4/43, Blatt 67, Kriegstagebuch Pillau, 30.7.44.

⁷⁰ Tagebücher Goebbels, II/13, S. 113-115, 14.7.44; BA Berlin, R 43 II/684, Kritzingen an Lammers, 13.7.44.

⁷¹ Tagebücher Goebbels, II/13, S. 113, 14.7.44.

gemeinschaft“ erstmals und beispielgebend zum Tragen kommen. Die totale Mobilisierung der Gesellschaft, die gerade in der Endphase des Krieges den immer gravierenderen Mangel an Material und ausgebildeten Soldaten ausgleichen musste, sollte hier in der Stunde der höchsten Not in eine neue Dimension gehoben werden.⁷²

In der medialen Inszenierung wurde nicht nur auf die Propagandabilder, die Koch ständig verwendete, zurückgegriffen, dem ostpreußischen Gauleiter kam in der Kampagne selbst ein prominenter Platz zu. In einem historisch gesehen völlig misslungenen Vergleich wurde die in den Befreiungskriegen 1813 von Ostpreußen ausgehende Volkserhebung gegen Napoleon als Vorbild für eine Widerstandsbewegung gegen die Rote Armee präsentiert. Im „Völkischen Beobachter“ wurde Koch dabei die Rolle zugeschrieben, die damals der General Yorck von Wartenburg als Initiator der preußischen Wendung gegen die Franzosen gespielt hatte.⁷³

Koch ließ jedoch zunächst nur kampfunterstützende Maßnahmen durchführen. Hitler beauftragte ihn am 22. Juni 1944 damit, an der ostpreußischen Grenze Befestigungsanlagen aufzubauen, und ermächtigte ihn, die gesamte männliche Bevölkerung des Gaues zu derartigen Arbeiten heranzuziehen.⁷⁴ Koch wurde zudem durch einen von Generalstabschef Heinz Guderian am 27. Juli unterzeichneten Befehl über den „Ausbau des deutschen Ostraumes“ mit dem Stellungsbau „hinter“ der Heeresgruppe Mitte betraut. Er konnte sich also als Generalbeauftragter für den Stellungsbau im Osten betrachten – was durch die ihm Ende August im „Reichskommissariat Ostland“ übertragenen Aufgaben noch ausgeweitet wurde.⁷⁵

Der Gauleiter ging diese Aufgabe mit der ihm eigenen Rigorosität und den bekannten Methoden an, hier in erster Linie die von ihm so oft in Anspruch genommene „Gemeinschaftsarbeit“. Am 13. Juli 1944 rief er die gesamte arbeitsfähige männliche Bevölkerung der Regierungsbezirke Al-

⁷² Vgl. ARMIN NOLZEN, Die NSDAP, der Krieg und die deutsche Gesellschaft, in: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Erster Halbband, hg. v. JÖRG ECHTERNKAMP, München 2004, S. 99-194, hier S. 178f; SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 130.

⁷³ Vgl. Völkischer Beobachter, 8.8.44; SEIDLER, Volkssturm, S. 31; BA Berlin, R 55/602, Meldung 3002, „material ueber den volkswkrieg in ostpreussen“, 7.11.44; NOLZEN, NSDAP, S. 179.

⁷⁴ BA Berlin, NS 6/351, Blatt 7, Ao Bormann 190/44, 23.8.44; NOLZEN, NSDAP, S. 178; Vgl. BA Bayreuth, Ost-Dok 8/584, Blatt 2, Bericht Wenzel; Ost-Dok 8/593, Blatt 3, Bericht Magunia.

⁷⁵ BA Berlin, NS 6/792, Rundschreiben Bormann, 27.7.44; R 43 II/690a, Bormann an Lammers, 22.8.44; Lammers an Koch, 22.8.44, 24.8.44; NOLZEN, NSDAP, S. 180; KABATH/ FORSTMAYER, S. 220f; Vgl. HANS-HEINRICH WILHELM: Heinz Guderian, in: Militärelite, S. 187-208, hier S. 200; KENNETH MACKSEY, Generaloberst Heinz Guderian, in: Hitlers militärische Elite 2, S. 80-87, hier S. 85.

lenstein und Gumbinnen im Alter von 15 bis 65 Jahren an den Spaten, um an und jenseits der ostpreußischen Grenzen, vor allem im Südwesten Litauens und im Bezirk Bialystok, Befestigungen auszuheben. Die Parteipresse stellte dieses „Volksaufgebot“ als spontane Willensbekundung der Ostpreußen dar, alles für die Verteidigung ihrer Heimat zu tun. Koch griff allerdings zunächst überwiegend auf Angehörige der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände, sowie auf Kriegsgefangene, „Fremdarbeiter“ und das zwangsverpflichtete Etappenpersonal zurück.⁷⁶

Der Baubeginn war anscheinend kaum vorbereitet worden, insbesondere was die medizinischen und hygienischen Bedürfnisse der Schanzenden anbetraf. Viele Arbeitskräfte wurden zwar „eingezogen“, konnten aber nicht eingesetzt werden, weil es an Fahrzeugen und Werkzeugen mangelte. Zudem weigerten sich einzelne Betriebe, ihre Mitarbeiter abzustellen, da sie die Produktion aufrechterhalten wollten.⁷⁷

Trotz dieser Schwierigkeiten machte Kochs Beispiel Schule. Gestützt auf die Erfahrungen, die in Ostpreußen gesammelt worden waren, beauftragte Hitler am 20. August die Gauleiter im Westen und am 1. September ihre Kollegen im Osten mit dem Aufbau eines ganzen Befestigungssystems. Beim Bau des sogenannten „Ostwalls“ kam Koch eine herausragende Position zu, da ihm die Sicherung einer Linie von Memel bis nach Warschau oblag.⁷⁸ Koch war für den Stellungsbau jedoch nicht allein verantwortlich. Die Linienführung wurde vom Wehrkreisbefehlshaber bestimmt, der Gauleiter organisierte den Bau an sich, vor allem die Gestellung von Arbeitskräften, Material und Logistik. Koch delegierte diese Aufgaben an Gauamtsleiter Knuth.⁷⁹ Die Durchführung vor Ort lag bei den Kreisleitern, denen wiederum ein Pionieroffizier für die militärischen Details zur Seite stand.

⁷⁶ NOLZEN, NSDAP, S. 179; KLAUS MAMMACH, *Der Volkssturm*, Köln 1981, S. 70f; YELTON, S. 14f; *Tagebücher Goebbels*, II/13, S. 103, 13.7.44; S. 115, 14.7.44; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/593, Blatt 6, Bericht Magunia; Ost-Dok 8/596, Bericht Schroeder; Ost-Dok 8/793, Blatt 69, Bericht Groeben.

⁷⁷ Ebd., Ost-Dok 8/596, Bericht Schroeder; NOLZEN, NSDAP, S. 179.

⁷⁸ *Führer-Erlasse*, S. 442, Dokument 349; NOLZEN, NSDAP, S. 180; *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945*, hg. v. WERNER PRÄG/ WOLFGANG JACOBMEYER, Stuttgart 1975, S. 893, 26.7.44; BA Berlin, R 2/5084, HA Finanzen Generalgouvernement an Koch, 18.8.44, zitiert nach: *Akten der Parteikanzlei*, Nr. 28234; Vgl. *Dokumentation der Vertreibung I/1*, S. 10E; SEIDLER, *Volkssturm* S. 30, 32-34, 297f; HANS KISSEL, *Der Deutsche Volkssturm 1944/45*, Frankfurt/ Main 1962, S. 17; MAMMACH, S. 26-30; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/561, Bericht Lindner.

⁷⁹ BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 90, Aussage Koehler, 28.9.49; Blatt 299-301, Aussage Hoffmann, 29.9.49.

Die Wehrmacht war jedoch nicht mehr in der Lage, wirklich sachkundige und erfahrene Offiziere zur Verfügung zu stellen, so dass die Stellungen oftmals ungünstig angelegt wurden.⁸⁰ Von militärischer Seite wurde ungeachtet der Tatsache, dass es im Innern Ostpreußens bereits zahlreiche Verteidigungsstellungen gab, oft kritisiert, dass die Befestigungen entlang der Grenze verliefen, anstatt ein tiefgestaffeltes System zu bilden. Diese Linienführung war in erster Linie der Weisung Hitlers geschuldet, keinen Fußbreit deutschen Bodens in die Hände des Feindes fallen zu lassen.⁸¹ Koch machte sich Hitlers Ansicht zu eigen und verteidigte sie auch gegenüber hohen Offizieren wie Generalfeldmarschall Walter Model lautstark.⁸²

Die Ostpreußen leisteten einen ungeheuren Kraftakt, um die Stellungen entlang der Grenze aufzubauen – ihrem Gauleiter zufolge wurden dabei in nur vier Wochen „Kampfgräben“ in einer Gesamtlänge von 22 875 Kilometer gebaut und 41 421 511 Kubikmeter Erde bewegt.⁸³ Dennoch konnte

⁸⁰ SEIDLER, Volkssturm, S. 32; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/561, Bericht Lindner; Ost-Dok 8/569, Blatt 2f, Bericht Salecker; Ost-Dok 8/584, Blatt 3, Bericht Wenzel; Vgl. LASCH, S. 28f; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 11E; THORWALD, Flucht, S. 25-27; NOBIS, S. 83; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/524, Blatt 5, Bericht Gerber; Ost-Dok 8/529, Blatt 5, Bericht Dethleffsen; Ost-Dok 8/557, Blatt 4, 7, Bericht Müller-Hillebrand; Ost-Dok 8/596, Blatt 3, Bericht Schroeder.

⁸¹ HEINRICH SCHWENDEMANN, Strategie der Selbstvernichtung, in: Die Wehrmacht. Mythos und Realität, hg. v. ROLF-DIETER MÜLLER/ ERICH VOLKMANN, München 1999, S. 224-244, hier S. 227f, 232; DERS., Zusammenbruch, S. 125, 127-130; DERS., Tod, S. 74; DERS., Endkampf, S. 9f; KABATH/ FORSTMEIER, S. 276, 278, 313, 415-417, 424, Skizze 11; NOLZEN, NSDAP, S. 182; HOßBACH, Schlacht, S. 49, 52; HEINZ GUDERIAN, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951, S. 341; WILHELM, Guderian, S. 201f; KERSHAW, Hitler II, S. 995; Lagebesprechungen, S. 776; LASCH, S. 26; GROEBEN, Provinz, S. 257; Tagebücher Goebbels, II/15, S. 160, 20.1.45; KURT BURK, Die deutschen Landesbefestigungen im Osten 1919-45, Osnabrück 1993, S. 6f, 19-81, 194-222, 277-283, 292f, 429-439; Handbuch zur Geschichte, S. 11, 13-24, 31-48; OTTO-WILHELM FÖRSTER, Das Befestigungswesen, Neckargemünd 1960, S. 35-38; TRAUGOTT EHRHARDT, Die Geschichte der Festung Königsberg/ Pr. 1257-1945, Würzburg 1960, S. 68-74, 79f; BERNHARD FISCH, Zum aktuellen Zustand der Panzergräben aus dem Zweiten Weltkrieg in Ostpreußen, in: Preußenland als Forschungsaufgabe, S. 715-726; MANFRED ZEIDLER, Kriegsende im Osten, München 1996, S. 81; MAMMACH, S. 26; DIECKERT/ GROßMANN, S. 83; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/557, Blatt 7, Bericht Müller-Hillebrand; Ost-Dok 8/593, Blatt 4f, Bericht Magunia; Blatt 8-10, Stellungnahme Grosse; BA Berlin, NS 1/544, SD an Reichsschatzmeister, 18.11.44.

⁸² Vgl. Tagebücher Goebbels, II/13, S. 123, 15.7.44; S. 159, 24.7.44; HANS FRIESSNER, Verratene Schlachten, Hamburg 1956, S. 27f; GUDERIAN, S. 325f; FISCH, Zustand, S. 718; Buch Hitler, S. 287f.

⁸³ IPN Warschau, SWWW 761, Blatt 100, „Ganz Ostpreußen erhob sich wie ein Mann! Der Aufruf des Gauleiters Erich Koch zum Jahreswechsel 1944/45“; SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 127.

kein Bunkersystem von der Art des „West-“ oder „Atlantikwalles“, die ja selbst zu weiten Teilen nur ein Bluff waren, entstehen, da es an Zeit, Arbeitskräften und Materialien mangelte. Anstelle stark armerter Bunker wurden in Ostpreußen sogenannte „Koch-Töpfe“ in die Stellungen eingebaut – vorgefertigte Ein- beziehungsweise Zwei-Mann-Betonröhren, aus denen heraus MG- oder Panzerfaustschützen angreifende Panzer bekämpfen sollten.⁸⁴ Den Verantwortlichen, auch Koch, muss klar gewesen sein, dass derart improvisierte Stellungen die gut ausgerüstete Rote Armee nicht lange aufhalten konnten. Die Schlussfolgerung, dass es sich bei dem auch propagandistisch so aufwendig verfolgten Unternehmen „um einen Selbstbetrug handelte, der unter Vorspiegelung trügerischer Sicherheit der Beruhigung von Soldaten und Bevölkerung dienen sollte“⁸⁵, erscheint daher naheliegend.

Koch nutzte den Stellungsbau zum Ausbau seiner eigenen Machtposition. Wie Bormann legte er besonderen Wert auf die Tatsache, dass hier die Partei und nicht der Staat aktiv geworden sei⁸⁶ – eine neuerliche Abgrenzung zu den traditionellen Institutionen. Zudem stärkte er auch sein innerparteiliches Prestige – Hitler erklärte Kochs Methoden zum Standard und ihn selbst zum Vorbild, das Zentralorgan der Partei, der „Völkische Beobachter“, sprach mit höchstem Lob von den in Ostpreußen erbrachten Leistungen.⁸⁷ Selbst Goebbels, ansonsten kein Freund Kochs, feierte ihn in seinen Tagebucheinträgen geradezu euphorisch als den Mann der Stunde und kontrastierte seine Energie und Tatkraft mit dem angeblichen völligen Versagen vieler Führungskräfte, insbesondere Generalgouverneur

⁸⁴ Ebd., S. 127f; DERS., *Strategie*, S. 227; DERS., *Tod*, S. 74; HOBBACH, *Schlacht*, S. 49; LASCH, S. 26; GROEBEN, *Provinz*, S. 257; BURK, *Landesbefestigungen*, S. 278f, 491-496; KABATH/ FORSTMEIER, S. 221f; *Dokumentation der Vertreibung I/1*, S. 13; FISCH, *Zustand*, S. 718; *Tagebücher Goebbels*, II/15, S. 160, 20.1.45; CHRISTOPHER DUFFY, *Der Sturm auf das Reich*, Frankfurt/ Main 1994, S. 405; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/557, Blatt 7, Bericht Müller-Hillebrand; Ost-Dok 8/559, Bericht Lindner; Ost-Dok 8/584, Blatt 3, Bericht Wenzel; Ost-Dok 8/593, Blatt 3-7, Bericht Magunia; Blatt 8-10, Stellungnahme Grosse.

⁸⁵ SCHWENDEMANN, *Strategie*, S. 227; Vgl. LASCH, S. 28f; *Dokumentation der Vertreibung I/1*, S. 11E; THORWALD, *Flucht*; S. 25-27; NOBIS, S. 83; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/524, Blatt 5, Bericht Gerber; Ost-Dok 8/529, Blatt 5, Bericht Dethleffsen; Ost-Dok 8/557, Blatt 4, 7, Bericht Müller-Hillebrand, Ost-Dok 8/596, Blatt 3, Bericht Schroeder.

⁸⁶ Vgl. BA Berlin, R 55/603, RMVP an Parteikanzlei, 8.9.44, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 28299; BA Berlin, NS 6/351, Rundschreiben Bormann, 23.8.44; NOLZEN, NSDAP, S. 180.

⁸⁷ *Völkischer Beobachter*, 5.11.44; Vgl. SEIDLER, *Volkssturm*, S. 299; BA Berlin, NS 1/544, SD an Reichsschatzmeister, 29.8.44; R 3/1615, Speer an Parteikanzlei, 16.10.44, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 18089.

Franks und Reichskommissar Lohses.⁸⁸ Auch gegenüber Speer, Göring und Himmler, von denen jeder versuchte, das Bauwesen unter seine Kontrolle zu bekommen, konnte sich der ostpreußische Parteiführer mit dem Hinweis auf seinen „Führerauftrag“ behaupten.⁸⁹

Obwohl der Stellungsbau innerhalb der Partei hoch geschätzt wurde, gab es einen gravierenden Mangel, der ihn völlig ad absurdum führte: Es gab schlichtweg keine Truppen, die die ausgedehnten Linien hätten besetzen, instandhalten und schließlich verteidigen können. Der erdrückenden Übermacht der Roten Armee hatte die Wehrmacht kaum noch etwas entgegenzusetzen. Dieses Ungleichgewicht wurde zusätzlich dadurch verschärft, dass Hitler, bestärkt durch einen Teil der militärischen Führung, an einer Offensivstrategie festhielt, die neben der „Ardennenoffensive“ im Westen vorsah, einerseits die ungarischen Ölvorkommen zu verteidigen, andererseits von Kurland und Ungarn aus einen Zangenangriff gegen die Sowjets zu starten. Für die dafür notwendigen Umgruppierungen nahm der „Führer“ eine Schwächung des nördlichen Teils der Ostfront in Kauf und weigerte sich, die im Baltikum stehende Heeresgruppe Nord zurückzuziehen und in die Verteidigung Ostpreußens einzugliedern, wie es neben einigen führenden Militärs auch der ostpreußische Gauleiter forderte.⁹⁰

In dieser Situation war Koch einer der ersten, der anregte, den Mangel an Kampftruppen durch ein Volksaufgebot zu beheben. Sein Ziel war es, eine Form der Landesverteidigung zu schaffen, in der die benötigten Arbeitskräfte vor Ort bleiben konnten. Nach dem Beispiel der „Volkserhebung“ von 1813 und erneut als Vorbild für das gesamte Reich wollte er eine mit dem fanatischen Geist des Nationalsozialismus beseelte Kampftruppe gründen, deren „Volksgeneräle“ – damit meinte er sich selbst – die „Freimaurerschule Generalstab“⁹¹ hinwegfegen sollten. Offensichtlich wollte er dem letzten nicht von der Partei kontrollierten Machttträger, der Wehrmacht, Konkurrenz machen oder sie sogar ersetzen.

⁸⁸ Tagebücher Goebbels, II/13, S. 103, 13.7.44; S. 114f, 14.7.44; S. 123, 15.7.44; S. 128, 16.7.44; S. 159, 24.7.44; S. 167, 25.7.44; S. 320, 25.8.44; S. 323, 25.8.44; S. 367, 31.8.44; S. 387, 2.9.44; II/14, S. 126, 31.10.44.

⁸⁹ ROLF DIETER MÜLLER, Albert Speer und die Rüstungspolitik im totalen Krieg, in: BERNHARD R. KROENER u.a., Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, Zweiter Halbband, Stuttgart 1999, S. 273-773, hier S. 291, 454.

⁹⁰ SCHWENDEMANN, Endkampf, S. 12f; DERS., Strategie, S. 226, 231; DERS., Zusammenbruch, S. 130, 133; LASCH, S. 28; Vgl. KABATH/ FORSTMEIER, S. 273, 276, 281; ZEIDLER, S. 81; KERSHAW, Hitler II, S.978; DIECKERT/ GROßMANN, S. 73; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 11E; GUDERIAN, S. 340f; Tagebücher Goebbels, II/15, S. 160, 20.1.45; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/532, Blatt 2, Bericht Grosse.

⁹¹ SEIDLER, Volkssturm, S. 55f, 261, 355f; Vgl. KOCH, Interview, S. 42f.

Am 21. Juli 1944 schlug er in einem Telegramm an Bormann vor, die gesamte wehrfähige Bevölkerung Ostpreußens in einer *Levée en masse* zu mobilisieren, zu bewaffnen und an die Grenze zu werfen.⁹² Ihm schwebte dabei „eine Art Landsturm“ vor, in dem die ostpreußischen Wehrpflichtigen, die wegen kriegswichtiger Tätigkeiten „unabkömmlich-gestellt“ worden waren, unter Führung der Partei zu Einheiten zusammengefasst und ausgebildet werden sollten. Diese Einheiten sollten dem verantwortlichen Armeebefehlshaber nur im Falle eines Angriffs auf die Provinz unterstellt werden, und zwar nicht als Teil der Wehrmacht, sondern als Miliz, die nur im Verteidigungsfall aktiviert werden sollte. Nach Abwehr der unmittelbaren Bedrohung sollten ihre Angehörigen wieder ihren zivilen Tätigkeiten nachgehen.

Der Gedanke eines Landsturmes war nicht neu. Während der Kriegsjahre hatten diverse Parteigrößen und nicht zuletzt Koch selbst versucht, aus der Bevölkerung ihrer Gaue oder den Deutschen ihrer Besatzungsgebiete Selbstschutzverbände oder Milizen aufzubauen, und auch die Reichsverteidigungskommissare verfügten über aus Polizei, Feuerwehr und ähnlichen Organisationen gebildete „Einsatzformationen“.⁹³ Selbst in der Führungsspitze der Wehrmacht war über derartige Einheiten als Besatzung für die Befestigungen im Osten diskutiert worden.⁹⁴ Koch stieß mit der Konzeption eines Volksheeres nun in eine ganz andere Dimension vor als alle bisherigen Versuche dieser Art. Es war aber nicht er, sondern Generalstabschef Guderian, der am 6. September 1944 Hitlers Placet für einen gemeinsam mit der SA zu gründenden „Landsturm“ erreichen konnte, an dem sich auch der „Reichsbevollmächtigte für den totalen Kriegseinsatz“, Goebbels, beteiligen wollte.⁹⁵

Nun traten auch andere Parteigrößen auf den Plan, die ein solches Potential in den Händen konkurrierender Machttträger nicht zulassen wollten und statt dessen selbst Ansprüche auf die Führung der neu zu gründenden Truppe erhoben. Es war in erster Linie Bormann, der gegen die Beteiligung der SA opponierte, aber auch Koch meldete sich zu Wort. Seiner Ansicht nach musste die Bevölkerung im Kampf um die Scholle von Ver-

⁹² NOLZEN, NSDAP, S. 182f; Vgl. DIECKERT/ GROßMANN, S. 64.

⁹³ Vgl. YELTON, S. 7-12, 15f, 195; ORLOW, History II, S. 473-475; MAMMACH, S. 26, 31f; SEIDLER, Volkssturm, S. 355f; GROEBEN, Provinz, S. 257; HÖHNE, Orden, S. 508; BA Berlin, NS 19neu/798, Schriftverkehr, 29.9.43-29.1.44, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 17273.

⁹⁴ SEIDLER, Volkssturm, S. 35f; MAMMACH, S. 32f; LASS, S. 22.

⁹⁵ KERSHAW, Hitler II, S. 923, 930-932; ORLOW, History II, S. 418-420, 468-470; MOLL, Steuerungsinstrument, S. 263f; YELTON, S. 8-12; NOLZEN, NSDAP, S. 183; GUDERIAN, S. 327.

trauenspersonen geführt werden, denen sie auch im Frieden Gehorsam entgegenbringe. Das seien nicht Wehrmacht oder SA, sondern die Parteifunktionäre.⁹⁶ Bormann griff diese Argumente auf und erreichte, dass Hitler am 14. September den Entschluss fasste, die Partei mit der Organisation des neuen Waffenträgers zu betrauen.⁹⁷ Am 26. September 1944 verschickte Bormann schließlich einen vom Vortag datierten Erlass des „Führers“, der die Bildung des „Volkssturmes“ anordnete. Aufstellung und Führung der Truppe lag bei den Gauleitern, die militärische Organisation, die Ausbildung, Ausrüstung, Bewaffnung und der Kampfeinsatz jedoch beim „Reichsführer SS“ Himmler als Befehlshaber des Ersatzheeres.⁹⁸

Die Struktur der Miliz entsprach weitgehend den Vorstellungen Kochs. Ihr sollten alle wehrfähigen Männer zwischen 16 und 60 Jahren, die nicht bei der Wehrmacht im Einsatz waren, angehören. Der Einsatz der Truppe war nur im Falle eines gegnerischen Angriffs vorgesehen, ansonsten sollten ihre Mitglieder ihren beruflichen Tätigkeiten nachgehen. Außer eigentlich anderweitig benötigten Arbeitskräften gehörten dem Volkssturm vor allem Personen an, die nicht zur Wehrmacht eingezogen worden waren, weil sie zu jung oder zu alt, behindert oder kriegsversehrt waren. Koch wies seine Musterungskommissionen sogar an, Körperbehinderte als „arbeitsverwendungsfähig – nicht tauglich für den Gefechtsdienst“⁹⁹ zum Schanzen zu schicken. Waffen – es waren in erster Linie Gewehre und Panzerfäuste, aber keine schweren Waffen vorgesehen – und Ausrüstung standen nur in sehr beschränktem Maße zur Verfügung, für viele Volkssturmmänner gab es überhaupt keine Waffen oder Uniformen. Auch für die Ausbildung fand sich kaum Zeit. Eine schlagkräftige Truppe konnte auf diese Weise nicht entstehen, und es war daher kein Zufall, dass große Teile der Bevölkerung trotz aller Propaganda dem Volkssturm skeptisch gegenüberstanden, und wohl auch Koch selbst die Männer eher für Kanonenfutter denn für vollwertige Soldaten hielt.¹⁰⁰

⁹⁶ SEIDLER, Volkssturm, S. 36; YELTON, S. 12; Vgl. GAUSE, Königsberg, S. 166; DE ZAYAS, Flucht, S. 134; BEHRENBECCK, S. 577; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 263-275, Aussage Franzke, 23.9.49.

⁹⁷ YELTON, S. 13, 30, 39-41, 50f, 56.

⁹⁸ RGBI. I, 1944, S. 253f; SEIDLER, Volkssturm, S. 47f; MAMMACH, S. 33f, 168-170.

⁹⁹ Ebd., S. 52, 95, 109; SEIDLER, Volkssturm, S. 101f, 237; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/518, Blatt 5, Bericht Brenke.

¹⁰⁰ Vgl. SEIDLER, Volkssturm, S. 141-143, 154f, 202, 247f, 277; NOLZEN, NSDAP, S. 186; KISSEL, S. 144; YELTON, S. 90, 107f, 113; BERNHARD FISCH, Nemmersdorf, Oktober 1944, Berlin 1997, S. 142; KABATH/ FORSTMEIER, S. 236f; MAMMACH, S. 62-70, 95-100; Tagebücher Goebbels, II/14, S. 192, 10.11.44; DIECKERT/ GROßMANN, S. 67; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/592, Bericht Magunia.

Wie in anderen Gauen auch stellte der ostpreußische Gauleiter bereits unmittelbar nach dem Erlass Hitlers und noch vor der offiziellen Verkündung des Volkssturms erste Einheiten auf. Am 2. Oktober 1944 ordnete Koch die Aufstellung von Sicherungsbesatzungen für die neu errichteten Stellungen an. Ein Ausbildungsprogramm konnte nicht durchgeführt werden, da die Rote Armee bereits am 5. Oktober im baltischen Raum eine Offensive startete und einige der neu aufgestellten Einheiten schnell in Kampfhandlungen verwickelt wurden.¹⁰¹

Zu diesem Zeitpunkt waren Kochs Einheiten weder vollständig ausgebildet noch ausgerüstet, obwohl der Gauleiter sich stark für sie engagierte. Mit Hilfe einer Dienststelle Speers ließ er in Italien – auch auf dem dortigen Schwarzmarkt – Waffen und Uniformstoffe kaufen, was durch einen Vorschuss von Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz in Höhe von 500 000 Reichsmark finanziert wurde. Der Gauleiter bediente sich auf nicht immer ganz legale Weise aller Quellen, die sich ihm boten. So ließ er zum Beispiel in Schlesien Maschinenkanonen beschlagnahmen und in seinen Gau schaffen, in Sachsen organisierte er Panzerfäuste. Waffen und sonstige Ausrüstungsgegenstände in Parteibesitz ließ er erfassen und befahl, alle privaten Waffen zu beschlagnahmen. Angeblich genehmigte er sogar, bei antideutschen Partisanen in Italien Waffen zu kaufen. Der ostpreußische Volkssturm konnte durch die Initiative des Gauleiters durchgehend, aber nicht einheitlich uniformiert werden, eine grundlegende Verbesserung seiner Ausrüstung wurde jedoch nicht erreicht.¹⁰²

Auch die von Koch eingesetzte Führung des Volkssturms war alles andere als optimal, da der Gauleiter, wie er ganz offen verkündete, die Personalauswahl keineswegs nach dem militärischen Werdegang oder dem Dienstgrad der Kandidaten traf, sondern danach, ob es sich bei ihnen um ideologisch gefestigte, führertreue Nationalsozialisten handelte, die fanatisch an den Sieg glaubten. Dies hatte zur Folge, dass nicht selten erfahrene Soldaten von unerfahrenen jungen Parteifunktionären kommandiert wurden. Die auftretenden Probleme brachten Koch aber dazu, von diesem Grundsatz abzugehen.¹⁰³ Der Gauleiter scheiterte auch mit dem Versuch, seine

¹⁰¹ SEIDLER, Volkssturm, S. 141-143, 154f, 203, 297-299, 307-309; YELTON, S. 49, 107, 120; KISSEL, S. 23, 62; MAMMACH, S. 72; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/524, Blatt 3, Bericht Gerber; Vgl. Schwendemann, Zusammenbruch, S. 129; HELMUTH FORWICK, Der Rückzug der Heeresgruppe Nord nach Kurland, in: Abwehrkämpfe, S. 99-214, hier S. 152.

¹⁰² YELTON, S. 57, 108; KOCH, Interview, S. 47; SEIDLER, Volkssturm, S. 21-23, 194, 212, 229; MAMMACH, S. 68f; KISSEL, S. 144.

¹⁰³ Vgl. SEIDLER, Volkssturm, S. 171f, 342, 387; YELTON, S. 97; LASCH, S. 29; DIECKERT/ GROßMANN, S. 43, 64; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 90, Aussage Koehler, 28.9.49; Blatt 263-275, Aussage Franzke, 23.9.49; Blatt 299-301, Aussage Hoffmann, 29.9.49.

zwischen 67 000 und 200 000 Mann starken Einheiten entgegen den offiziellen Richtlinien zentral zu gliedern und zu führen. Er sah sich offenbar so sehr als „Volksgeneral“ mit eigener Befehlsgewalt, dass er den Militärs keine Informationen über die Standorte der Volkssturmbataillone gab oder diese erst mit Beginn der Kampfhandlungen den örtlichen Kommandanten unterstellte, was zu nicht geringen Irritationen in beiden Verbänden führte. Während der Kämpfe soll die Kooperation dann aber sehr gut gewesen sein.¹⁰⁴

Der Schwerpunkt des Einsatzes des deutschen Volkssturms lag in Ostpreußen, ein „Volksheer“ konnte der Gauleiter jedoch nicht aufbauen. Die Miliz spielte militärisch nur eine geringe Rolle und erlitt sehr hohe Verluste.¹⁰⁵ In der Propaganda wurde dennoch den ostpreußischen Einheiten, die nicht nur den „östlichsten Vorposten des Reiches“ gegen die „bolschewistische Flut“ verteidigten, sondern auch als erste „am Feind“ waren und damit zum Vorbild für das geplante gesamtdeutsche *Levée en masse* wurden, ein besonderer Stellenwert beigemessen. Hier wurden die Propagandabilder geprägt, mit denen sowohl dem Volkssturm als auch der übrigen Bevölkerung der Sinn der Fortführung des Krieges gezeigt werden sollte. Dabei wurde Rekurs auf die Befreiungskriege von 1813 genommen, wo in einer entsprechenden Situation und ebenfalls von Ostpreußen aus ein glanzvoller Sieg errungen worden sei. Passend dazu nahmen Oberbefehlshaber Himmler und der Gauleiter des „Vorpostens im Osten“, Koch, am Jahrestag der Völkerschlacht von Leipzig im ostpreußischen Bartenstein die reichsweit im Rundfunk übertragene Verteidigung des Volkssturms vor.¹⁰⁶

Bezeichnend für diese Veranstaltung war, dass beide Redner sich in ihrer Wortwahl deutlich zurückhielten. Offenbar glaubten sie selbst nicht

¹⁰⁴ KISSEL, S. 23, 31, 35, 61f, 144f; YELTON, S. 61, 64, 66, 69f, 120f, 128, 242; HOßBACH, Schlacht, S. 49f; DIECKERT/ GROßMANN, S. 65, 83; MAMMACH, S. 35, 61; SEIDLER, Volkssturm, S. 314, 323, 327, 367; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/557, Blatt 7, Bericht Müller-Hillebrand; Ost-Dok 8/584, Blatt 3, 6, Bericht Wenzel; Ost-Dok 8/592, Blatt 2f, Bericht Magunia.

¹⁰⁵ Vgl. YELTON, S. 120-122, 132f, 140, 184; NOLZEN, NSDAP, S. 187; RÜDIGER OVERMANS, Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg, München 1998, S. 238f, 265, 279; SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 125f; KABATH/ FORSTMEIER, S. 280; SEIDLER, Volkssturm, S. 307-309, 314, 326f, 343; KISSEL, S. 145; MAMMACH, S. 115f; DIECKERT/ GROßMANN, S. 64f, 67, 92; FISCH, Nemmersdorf 1997, S. 14; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/557, Blatt 7, 10, Bericht Müller-Hillebrand.

¹⁰⁶ BA Berlin, NS 19/4016, Redemanuskripte, undatiert; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 191, Abschrift aus Mitteldeutscher Nationalzeitung Nr. 280, 19.10.44; Völkischer Beobachter Nr. 288, 19.10.44; SEIDLER, Volkssturm, S. 128, 262f, 264-266, 379-385; Vgl. MAMMACH, S. 38-41; YELTON, S. 30-32, 89, 113f; KISSEL, S. 22f, 62f; KERSHAW, Hitler II, S. 930; KABATH/ FORSTMEIER, S. 280; BEHRENBECK, S. 542, 563; PrZ Nr. 36, 16.2.45; Ursachen und Folgen, Zweiundzwanzigster Band, Berlin ohne Jahr, S. 350f.

an den Erfolg des Volkssturmes und wollten die Bewohner der weniger bedrohten Gebiete des Reiches nicht durch allzu markige Worte auf den vollen Ernst der Lage aufmerksam machen.¹⁰⁷ Diese Verschleierung der realen Verhältnisse sollte sich durch alle Maßnahmen hindurchziehen, die die NS-Führer bis zum Ende des Dritten Reiches vornahmen. Die Ostpreußen sollten zum ersten und mit am härtesten getroffenen Opfer dieses Verhaltens werden.

Es war keineswegs so, dass der Ansturm der Roten Armee die Provinz völlig unvorbereitet traf. Seit 1870 existierten Pläne, die von einem Angriff überlegener feindlicher Streitkräfte zu Beginn eines Zweifrontenkrieges ausgingen. In diesem Fall sollte der Kern der Provinz so lange gehalten werden, bis nach einem Sieg im Westen der Osten entsetzt werden konnte. Randbereiche Ostpreußens konnten daher dem Gegner überlassen und die aus den Kampfzonen zu evakuierende Bevölkerung in den zu haltenden Teilen der Provinz konzentriert werden. Ähnliche Räumungspläne arbeiteten auch die Oberpräsidenten Ernst Siehr und Wilhelm Kutscher während der Weimarer Republik aus. In ihnen war jedoch nur die Evakuierung von Wirtschaftsgütern und wehrfähigen Männern vorgesehen, da die Russen 1914 nur daran Interesse gezeigt hatten. Diese Pläne lagen noch 1939 in den Landratsämtern parat.¹⁰⁸

Dieses traditionelle Konzept wurde von der NS-Führung gemäß dem Diktum Hitlers, dass kein Fußbreit Boden dem Feind überlassen werden dürfe, abgeändert. Nicht mehr nur der Kern, sondern bereits die Grenze der Provinz, durch die schnell ausgehobenen Stellungen befestigt, sollte verteidigt werden. Dementsprechend fielen auch die Räumungspläne für die Kampfzonen aus, für die gemäß einem Erlass Bormanns vom September 1944 die Partei in enger Abstimmung mit dem örtlichen Militärbefehlshaber zuständig war.¹⁰⁹ Eine weiträumige Evakuierung war nicht vorgesehen, vielmehr sollte nur die Bevölkerung der Landkreise, die zur Operationszone der Wehrmacht erklärt wurden, weiter nach Westen gebracht werden.

Die Aufnahmeräume lagen jedoch nicht allzu weit im Westen. Die NS-Führung ging davon aus, zumindest den Nordosten der Provinz sowie Königsberg und das Samland halten zu können. Dorthin sollten Menschen und Güter gebracht werden, lediglich zehn Kreise sollten im Ernstfall in

¹⁰⁷ Vgl. BA Berlin, NS 19/4016, Redemanuskripte, undatiert; SEIDLER, Volkssturm, S. 128, 261.

¹⁰⁸ KABATH/ FORSTMEIER, S. 218f; GROEBEN, Dienst, S. 269; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/544, Bericht Koehler.

¹⁰⁹ MAMMACH, S. 30.

den „Reichsgau Danzig-Westpreußen“ evakuiert werden.¹¹⁰ Anders als in den früheren Planungen war zwar eine vollständige Evakuierung vorgesehen, die Bevölkerung sollte nach den erhofften deutschen Gegenangriffen aber auch möglichst schnell zurückkehren, um ihre Arbeit wieder aufzunehmen. Dies galt vor allem für die Landwirtschaft, da diese im Gegensatz zu den Rüstungsbetrieben ihre Produktion nicht verlagern konnte. Der Abtransport von Wirtschaftsgütern wurde deshalb wesentlich sorgfältiger geplant als der der Menschen. Keinerlei Vorkehrungen gab es „für den Fall weiträumiger operativer Durchbrüche der Roten Armee“, vielmehr wurde stets mit begrenzten Vorstößen des Gegners gerechnet, „bei denen genügend Zeit und Transportkapazitäten zur Verfügung stehen würden, um die Bevölkerung in die westlichen Gebiete der jeweiligen Gauen zu transferieren“¹¹¹.

Ein solcher Durchbruch der Roten Armee war angesichts der militärischen Entwicklung im Sommer 1944 zu erwarten. Koch als zuständiger Reichsverteidigungskommissar hätte ein derartiges Szenario in seine Planungen einbeziehen und zumindest die Evakuierung weiter Teile der Bevölkerung hinter die Sperrstellung an den Masurischen Seen oder die Heilsberg-Deime-Stellung vorbereiten müssen, wozu auch die Vorbereitung von Auffanglagern und Verpflegungsstellen gehörte. Dies tat er jedoch nicht, weshalb ihm nach dem Krieg immer wieder der Vorwurf gemacht wurde, er habe es versäumt, frühzeitig die vollständige Evakuierung der Provinz vorzubereiten oder gar durchzusetzen. Millionenfaches Leid hätte dadurch verhindert werden können.¹¹²

Dies ist nur zum Teil zutreffend. Eine totale Evakuierung hätte der Zustimmung und Unterstützung durch die Reichsführung und den Behördenapparat im Reich bedurft, da Schiffs- und Eisenbahnraum, Treibstoffe und vor allem Aufnahmeorte hätten bereitgestellt werden müssen, was im zerbombten Deutschland auch bei entsprechendem Willen nicht einfach

¹¹⁰ Vgl. Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 15E; EHRHARDT, S. 68-71; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/544, Blatt 7-10, Bericht Koehler; Die Räumung des „Reichsgaus Wartheland“ vom 16. bis 26. Januar 1945 im Spiegel amtlicher Berichte, bearb. v. JOACHIM ROGALL, Sigmaringen 1993, S. 27.

¹¹¹ SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 129; Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 78f, Aussage Zander, 2.9.49; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/544, Bericht Koehler; GROEBEN, Dienst, S. 272.

¹¹² Vgl. KABATH/ FORSTMEIER, S. 273f, 279f, 427; SCHWENDEMANN, Strategie, S. 237; DIECKERT/ GROßMANN, S. 77f; GROEBEN, Dienst, S. 270-272; SCHENK, Hitlers Mann, S. 248-255; BÖHMEKE, S. 268; Räumung, S. 27; HOßBACH, Schlacht, S. 40-43; LASCH, S. 31-33; GROEBEN, Provinz, S. 250; BA Koblenz, Z 42 IV 1909f, Blatt 268, Gehret an Ankläger Bielefeld, 24.10.49; 1909g, Blatt 151-156, Erklärung Dethleffsen, 24.11.49; BA Berlin, NS 19/2606, Hellwig an RFSS, 12.2.45.

gewesen wäre. Aber schon der Wille dazu bestand in der NS-Führung nicht. Im Juli 1944 wurden Zivilisten größere Reisen verboten – auch, um eine unkontrollierte Massenflucht aus dem Osten zu verhindern –, außerdem ließ Hitler Fluchtvorbereitungen kategorisch verbieten und behielt sich die Entscheidung über vorsorgliche Räumungen vor.¹¹³ Himmler, Goebbels und Speer äußerten sich in diesem Sinne, auch sie wollten größere Bevölkerungsbewegungen verhindern.¹¹⁴ Im Führerhauptquartier ging jenseits aller technischen Bedenken die Sorge um, welchen Eindruck die Räumung einer ganzen Provinz auf ein Volk machen könnte, dem bereits die Äußerung der leisesten Zweifel am „Endsieg“ verboten worden war, und dem die gesamte Staats- und Parteispitze, in Ostpreußen allen voran der Gauleiter, stets versichert hatte, der Feind könne niemals den heimatlichen Boden betreten. Eine solche Desavouierung der eigenen Glaubwürdigkeit und die daraus folgende Erschütterung der eigenen Position sowie des Kampfeswillens der Bevölkerung sollte vermieden werden.¹¹⁵

Auch die Führungen von Wehrmacht und Marine, die sich des Ernsts der Lage durchaus bewusst waren, hielten entgegen allen späteren Beteuerungen wenig von Evakuierungsmaßnahmen größeren Stils. Sie argumentierten, der vorhandene Transportraum und die Treibstoffe müssten für militärische Transporte genutzt werden und wiesen der Evakuierung von Flüchtlingen bis in den März 1945 hinein nur untergeordnete Priorität zu.¹¹⁶ Selbst die Generäle, die Koch nach dem Krieg wegen des Elends der Flüchtlinge schwere Vorwürfe machten, waren nur an der – allgemein üblichen – Evakuierung der Operationszonen interessiert, ansonsten wollten sie verhindern, dass zivile Transporte die militärischen Bewegungen behinderten. Sie stemmten sich deshalb gegen vorbeugende Räumungsmaßnahmen und verboten den Flüchtlingen, die größeren Straßen zu benutzen, was sie bisweilen sogar mit Gewalt durchsetzten.¹¹⁷ Erst am 9. April 1945,

¹¹³ Ebd., NS 6/351, Rundschreiben Bormann, 5.9.44; SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 127; Vgl. GUDERIAN, S. 351f.

¹¹⁴ Vgl. SCHWENDEMANN, Tod, S. 76; DERS., Zusammenbruch, S. 138; Tagebücher Goebbels, II/15, S. 216, 25.1.45; S. 274, 30.1.45; KABATH/ FORSTMEIER, S. 282, 317, 416, 420.

¹¹⁵ KERSHAW, Hitler II, S. 936-938, 959; GUDERIAN, S. 352.

¹¹⁶ SCHWENDEMANN, Tod, S. 73; DERS., Zusammenbruch, S. 129, 137-139; DERS., Endkampf, S. 20f, 24f; DERS., Strategie, S. 238-240; DERS., Tod, S. 77f; DERS., Menschen, S. 13f; Vgl. INGRID BIDLINGMAIER, Entstehung und Räumung der Ostseebrückenköpfe 1945, Neckargemünd 1962, S. 61f; DIECKERT/ GROßMANN, S. 123-125, 161; KABATH/ FORSTMEIER, S. 320.

¹¹⁷ Ebd., S. 313; Schwendemann, Selbstvernichtung, S. 237f, 240; DERS., Tod, S. 72, 75f; DERS., Zusammenbruch, S. 129, 137, 146; DERS., Endkampf, S. 18, 20; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 17E, 23E; 1945. Das Jahr der endgültigen Niederlage der

dem Tag, an dem Königsberg kapitulierte, änderte das Oberkommando des Heeres seine Prioritätenhierarchie. Jetzt sollten 40 Prozent des Schiffsraums für Flüchtlinge verwendet werden.¹¹⁸ Der Oberkommandierende der Marine, Großadmiral Karl Dönitz, erwähnte in seinem letzten Befehl über die Aufgaben seiner Waffengattung vom 13. April 1945 die immer noch bei Danzig und auf der Insel Hela ausharrenden Flüchtlinge nicht. Während des gesamten Frühjahrs 1945 wurde dadurch der Abtransport von Flüchtlingen in den Westen, der nicht zu den Zielen der Kriegführung gehörte, behindert.¹¹⁹

Koch kannte diese Ansichten, vor allem die Hitlers. Er wurde nicht nur von Bormann darüber informiert, in der Stunde der Bedrohung seines Heimatgaues nahm er auch selbst des öfteren an Lagebesprechungen teil, zumindest solange das „Führerhauptquartier“ sich noch in Ostpreußen befand. Dort wurde ihm Ende 1944 anscheinend ein Befehl erteilt, noch keine Räumungsmaßnahmen zu ergreifen.¹²⁰ Die von ihm so oft gezeigte Eigeninitiative ließ er in diesem Fall vermissen. Er selbst behauptete zwar, er habe die Räumung seit Sommer 1944 vorbereitet, diese habe dann aber wegen des Widerstandes im Reich und dem Widerwillen der meisten Ostpreußen, ihre Heimat zu verlassen, nicht frühzeitig durchgeführt werden können.¹²¹ Dies kann als Schutzbehauptung abgetan werden, denn die von ihm überlieferten zeitgenössischen Aussagen legen nahe, dass er umfangreiche präventive Maßnahmen nicht in Erwägung zog, sondern sich in bekannter Manier an den Ansichten des „Führers“ orientierte. Er soll aufgrund von „Kriegserfahrungen“ davon ausgegangen sein, dass die vorsorgliche Evakuierung einer 30 Kilometer tiefen Zone ausreichend sei. Seiner Einschätzung nach waren weitere Maßnahmen erst im Falle eines Durchbruchs der Roten Armee notwendig und könnten dann improvisiert

faschistischen Wehrmacht. Dokumente, hg. v. GERHARD FÖRSTER/ RICHARD LAKOWSKI, 2. Auflage, Berlin (Ost) 1985, S. 132f, Dokument 41; DIECKERT/ GROßMANN, S. 64, 77, 89, 123; BA Bayreuth, Ost-Dok 10/6, Blatt 2, Bericht Witte; BA Berlin, NS 6/354, Rundschreiben Bormann, 6.2.45.

¹¹⁸ 1945, S. 253, Dokument 141.

¹¹⁹ SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 139f; DERS., Menschen, S. 13, 23.

¹²⁰ BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 296, Aussage Hoffmann, 30.9.49; Blatt 299-301, Aussage Hoffmann, 29.9.49; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/584, Blatt 4, 6, Bericht Wenzel; Vgl. Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 11; The Bormann Letters, hg. v. HUGH REDWALD TREVOR-ROPER, London 1954, S. 59; SCHWENDEMANN, Endkampf, S. 14; KERSHAW, Hitler II, S. 962.

¹²¹ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 30, Aussage Koch, 17.6.49.

werden. Einwände, wegen neuer Kriegstechniken und der stärkeren Motorisierung müsse anders geplant werden, soll er nicht beachtet haben.¹²²

In diesem Sinne soll Koch selbst die Bitten ihm nachgeordneter Verwaltungs- und Parteidienststellen nach der Ausarbeitung räumlich begrenzter Evakuierungspläne schroff zurückgewiesen haben. Im Sommer 1944 soll er verboten haben, einen ihm von Beamten seines eigenen Oberpräsidiums vorgelegten Räumungsplan an die Verwaltungs- und Parteidienststellen weiterzugeben. Den stellvertretenden Oberpräsidenten entband er von jeder Verantwortung in diesem Bereich und übertrug die gesamte Evakuierung der Partei.¹²³ Evakuierungspläne größeren Stils wurden jetzt nicht mehr ausgearbeitet, die vorhandenen durften noch nicht einmal als geheime Instruktion an die im Ernstfall zuständigen Stellen verteilt werden. Schon die Ausarbeitung solcher Pläne zeuge, so Koch, von mangelndem Vertrauen in den „Führer“, sie sei Defätismus und Verrat.¹²⁴ Auch Versuche aus der Führung der benachbarten Gaue Danzig-Westpreußen und Pommern, mit Kochs Behörden Räumungsmaßnahmen abzusprechen, wurden vom ostpreußischen Gauleiter hintertrieben.¹²⁵ Der politische Wille zu präventiven Maßnahmen fehlte also nicht nur im Führerhauptquartier, sondern auch in Königsberg, wobei nicht unbeachtet bleiben soll, dass die Evakuierung von über zwei Millionen Menschen im zerbombten Deutschland ohnehin kaum durchführbar und das Ausmaß der Gräueltaten, die die Ostpreußen ab Januar 1945 durchleiden mussten, noch nicht absehbar war.¹²⁶

¹²² Vgl. Ebd., 1909e, Blatt 299-301; 1909f, Blatt 105; 1909g, Blatt 154, 206, Aussagen, 1949; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/536, Blatt 3, Bericht Hoffmann; Ost-Dok 8/557, Blatt 6, Bericht Müller-Hillebrand; GROEBEN, Provinz, S. 257.

¹²³ BA Koblenz, Z 42 IV 1909c, Blatt 300; 1909e, Blatt 19f, 296, 299-301, 352; 1909f, Blatt 105, Aussagen 1949; BA Bayreuth, Ost-Dok 10/6, Bericht Witte; Ost-Dok 8/531, Blatt 4, Bericht Groeben; Ost-Dok 8/536, Blatt 2f, 8, Bericht Hoffmann; Ost-Dok 8/560, Bericht Marquardt; Ost-Dok 8/565, Blatt 2, Bericht Schaefer; Ost-Dok 8/572, Bericht Paulusch; Ost-Dok 8/588, Blatt 7, Bericht Will; Vgl. Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 12E, 33E, 9-20, 65, 132-142; LASS, S. 11, 60, 186; FOX, Verwaltung, S. 161; FISCH, Nemmersdorf 1997, S. 65f; GROEBEN, Provinz, S. 254, 257; DERS., Dienst, S. 270-272, 275f; BA Berlin, R 3/1768, Speer an Bormann, 16.12.44-19.1.45, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 18232.

¹²⁴ Vgl. Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 9-20, 65; LASS, S. 117.

¹²⁵ Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 32-34, 46-54; SCHENK, Hitlers Mann, S. 249; Tagebücher Goebbels, II/14, S. 100, 25.10.44; BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 32, Aussage Weiß, 6.11.49; Blatt 312-314, Aussage Weiß, 10.1.50; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/524, Blatt 6, Bericht Gerber.

¹²⁶ SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 128f; KOSSERT, Preußen, S. 298f; FISCH, Nemmersdorf 1997, S. 14; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 24E-26E; Tagebücher Goebbels, II/14, S. 192f, 10.11.44; HANS-WERNER RAUTENBERG, Der Zusammenbruch der

Kochs Konzept, nur einzelne Landkreise evakuieren zu lassen, schien sich zu bewähren, als im August und Oktober 1944 erstmals Gebiete am östlichen Rand der Provinz geräumt wurden – der Angriff der Roten Armee wurde zum Stehen gebracht, gleichzeitig gelang es, einen Großteil der Bevölkerung in den Aufnahmekreisen in Sicherheit zu bringen. Die Presse feierte diesen lokalen „Abwehrerfolg“ als Durchbruch der Volkskriegsstrategie.¹²⁷ Aber bereits hier zeigten sich zahlreiche Probleme, die sich im Januar 1945 fatal auswirken sollten.

Zum einen waren dies die Kompetenzstreitigkeiten zwischen militärischen und zivilen Dienststellen, denn wie bei der Räumung der Ukraine bestand die zivile Seite mit Rückendeckung Bormanns und Hitlers darauf, dass nur ein schmaler Streifen ihres Gebietes in die Hoheit der Wehrmacht übergang. Koch berief sich dabei auf seine Befugnisse als Reichsverteidigungskommissar, da es nun um Unterstellungsverhältnisse auf Reichsgebiet ging. Er ignorierte alle Warnungen vor einem russischen Vormarsch und behinderte mit seinen Kompetenzkämpfen die Räumungsmaßnahmen.¹²⁸

Zum anderen handelte es sich um technische Schwierigkeiten, die teilweise in der Sache selbst – es fehlten die Verkehrsmittel, um so große Menschenmassen schnell abtransportieren zu können, außerdem wurden Arbeitskräfte zur Einbringung der Ernte gebraucht –, zu einem nicht unwesentlichen Teil aber auch im Verhalten der Verwaltung Kochs begründet lagen. Die Evakuierungsmaßnahmen im August erwiesen sich schnell als unnötig, was zusammen mit den Beteuerungen des Gauleiters, dem Gegner werde kein Boden mehr preisgegeben, dazu führte, dass auch zahlreiche Frauen und Kinder, die nicht zur Einbringung der Ernte zurückbeordert worden waren, in die Gebiete zurückkehrten, ohne dass die Behörden einschritten. Im Oktober glaubten viele dieser Menschen deshalb nicht daran,

deutschen Stellung im Osten und das Ende Königsbergs, in: Königsberger Gebiet, S. 107-121, hier S. 115-119; RONGE, S. 318; ALICE SCHWARZER, Marion Dönhoff, Köln 1996, S. 144; HILLGRUBER, Untergang, S. 27f; BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 347, Mollenhauer an Ankläger Bielefeld, 23.9.49; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/524, Bericht Gerber.

¹²⁷ SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 128; KABATH/ FORSTMEIER, S. 220f, 425; LASS, S. 19; DIECKERT/ GROßMANN, S. 33, 119; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 11Ef, 1-4, 118.

¹²⁸ Vgl. Führer-Erlasse, S. 426-429, 455-457, Dokumente 336, 337, 362, 363; Hitlers Weisungen, S. 256-264, Dokumente 57, 58; UMBREIT, Herrschaft, S. 100; KABATH/ FORSTMEIER, S. 278, 232f; GUDERIAN, S. 352; HOßBACH, Schlacht, S. 40; DERS., Aus den Kämpfen der 4. deutschen Armee um Ostpreußen, in: Allgemeine Schweizer Militärzeitschrift 116/1950, S. 138-148, 278-286, 351-363, hier S. 281; DIECKERT/ GROßMANN, S. 58; BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 152, Erklärung Dethleffsen, 24.11.49; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/565, Bericht Schaefer.

dass die erneute Evakuierung tatsächlich notwendig sei, und weigerten sich zunächst, zu gehen.¹²⁹

Weitaus gravierender war allerdings, dass die Räumungsbefehle in den meisten Fällen viel zu spät ausgegeben wurden. Dafür war auch das Verhalten einiger Wehrmachtsgeneräle, wie zum Beispiel des Oberkommandierenden der Heeresgruppe Nord, Generaloberst Ferdinand Schörner, verantwortlich. Dieser hielt es noch am 5. Oktober, als der Angriff der Roten Armee begann, nicht für notwendig, Koch als zuständigem Reichsverteidigungskommissar Richtlinien für die Rückführung der Bevölkerung des Memelgebietes zu erteilen, da er eine „offensive Kampfführung“ beabsichtigte. Den Rotarmisten gelang es jedoch schnell, bis an die Ostsee und die Memel vorzustoßen, bereits am 10. Oktober schlossen sie die Stadt Memel ein. In einer zweiten Offensive vom 16. bis zum 22. Oktober stießen sie bis nach Nemmersdorf an der Angerapp vor. Von dort konnten sie zwar zurückgedrängt werden, als sich die Front am 5. November 1944 stabilisierte blieb aber ein 100 Kilometer breiter und 40 Kilometer tiefer Streifen ostpreußischen Territoriums in sowjetischer Hand.¹³⁰

In beiden Fällen waren, auch auf Warnungen der vor Ort kommandierenden Generäle hin, Räumungsbefehle ergangen, die aber durch den schnellen Vormarsch der Roten Armee meist zu spät kamen.¹³¹ Weit über 30 000 Personen fielen daher den Sowjets in die Hände und erlitten zum Teil ein grausames Schicksal. Durch die Rückeroberung weiter Teile des Einbruchgebietes durch die Wehrmacht wurden diese Gräueltaten offenbar. Die nationalsozialistische Führung scheute sich nicht, diese Ereignisse, vor allem die Ermordung von 26 Zivilisten in Nemmersdorf, für ihre Propaganda auszuschlachten. Sie wollte damit den Widerstandswillen der Bevölkerung – nicht nur Ostpreußens – stärken, erzeugte durch die starke propagandistische Verbreitung der Gräueltaten aber ein Klima der Angst, das viele Ostpreußen beim erneuten Angriff der Roten Armee im Januar dann

¹²⁹ YELTON, S. 85; KABATH/ FORSTMEIER, S. 221, 425; FISCH, Nemmersdorf 1997, S. 142f; DIECKERT/ GROßMANN, S. 33, 119; LASS, S. 19; CLOUGH, *passim*; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 11Ef, 1-4, 118; BA Berlin, R 3601/3208, Dokumentensammlung.

¹³⁰ KABATH/ FORSTMEIER, S. 225-276; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 13E-16E; ZEIDLER, S. 68-75; SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 129; BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 246, Aussage Hoßbach, 12.12.49; Vgl. BA Bayreuth, Ost-Dok 8/559, Blatt 2, Bericht Mendrzyk.

¹³¹ KABATH/ FORSTMEIER, S. 231-233; DIECKERT/ GROßMANN, S. 47-49; LASS, S. 23-65; FISCH, Nemmersdorf 1997, S. 65, 102; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 13Ef; HORST-DIETER FREIHERR VON ENZBERG, Zwei Weltkriege, Zwei Nachkriegszeiten, in: Deutsche Studien 34/1997, S. 256-306, hier S. 271-279; BA Berlin, NS 19/2606, Aktenvermerk, undatiert; BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 152f, Erklärung Dethleffsen, 24.11.49; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/557, Bericht Müller-Hillebrand.

bewog, sich trotz der extremen Witterungsverhältnisse auf die Flucht zu begeben.¹³²

Auf das Ansehen von Partei- und Staatsführung wirkte sich die Gräuelpropaganda negativ aus, da sich nicht wenige Deutsche fragten, warum die Bewohner der betroffenen Gebiete nicht besser geschützt worden waren. Viele Flüchtlinge erhoben schwere Vorwürfe gegen Koch, dem sie die späte Evakuierung und die daraus resultierenden Leiden anlasteten. Der Gauleiter musste bei den Betroffenen einen großen Imageverlust hinnehmen, wohingegen ihn die Propaganda immer noch als erfolgreichen Führer der „Volkserhebung“ feierte.¹³³

Schließlich ließ sich Koch – angeblich auf Drängen der Militärs – nach der sowjetischen Oktoberoffensive doch noch zu einer vorbereitenden Maßnahme bewegen. Er ließ den größten Teil des Regierungsbezirks Gumbinnen und Teile des Kreises Lyck – circa 30 Prozent der Fläche und mit etwa 600 000 Personen ein Viertel der Einwohner Ostpreußens – evakuieren. Die ländliche Bevölkerung musste mit ihrem Vieh in Ostpreußen bleiben und wurde nach dem bekannten Schema in Aufnahmekreise verbracht, während die Personen, die in Ostpreußen nicht mehr gebraucht wurden, nach Sachsen, Thüringen und Pommern transportiert wurden. Die „Luftkriegsevakuierten“ wurden in ihre zerbombten Heimatstädte, die jetzt als sicherer als die entlegene Provinz galten, zurückgeschickt. Koch hob zudem die Reisesperre für nicht kriegswichtige und nicht volkssturmpflichtige Personen, also vor allem für Frauen und Kinder, auf. Da, auch durch die Propagierung der Ereignisse von Nemmersdorf, in der Provinz ein starkes Bedrohungsgefühl herrschte, wanderten viele Menschen zu Verwandten ins Reich ab, so dass die Bevölkerung Ostpreußens von circa 2,4

¹³² Vgl. Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 15E, 24Ef, 4-9; ZEIDLER, S. 17, 72-74; SCHWENDEMANN, Endkampf, S. 14, 19; FISCH, Nemmersdorf 1997, passim; DERS., Nemmersdorf 1944, in: Orte des Grauens, S. 155-167; KERSHAW, Hitler II, S. 959, 987, 1268; FRANZEN, S. 84; ULLA LACHAUER, Die Brücke von Tilsit, Reinbek 1994, S. 273-298; DE ZAYAS, Anmerkungen, S. 62-66; GUIDO PÖLLMANN, Rote Armee in Nemmersdorf am 22.10.1944, in: Kriegsverbrechen, S. 214f; BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 153, Erklärung Dethleffsen, 24.11.49; Tagebücher Goebbels, II/14, S. 159, 5.11.44; S. 165, 6.11.44.

¹³³ YELTON, S. 114f; SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 128; FISCH, Nemmersdorf 1997, S. 143, 148-150; Tagebücher Goebbels, II/14, S. 100, 25.10.44; S. 126, 31.10.44; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/616, Blatt 10f, Bericht Carstensen; Ost-Dok 8/621, Blatt 7-10, Bericht Blaschke; Ost-Dok 8/805, Blatt 5, Bericht Baumann; Ost-Dok 8/810, Blatt 7-9, Bericht Lehmann; Ost-Dok 13/67, Blatt 7, Bericht Meyer-Osterkamp/ Carstensen; BA Berlin, NS 19alt/288, Himmler an Koch, 10.8.44, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 17879.

Millionen im März 1944 auf etwa 1,75 Millionen am Jahresende zurückging.¹³⁴

Weitere vorbereitende Maßnahmen unterblieben jedoch. Statt dessen betrieb der Gauleiter weiterhin einen Kleinkrieg mit den verschiedenen militärischen Stellen um die höchste Führungsgewalt in der Provinz. Er konnte dadurch zwar verhindern, dass Ostpreußen zur Operationszone des Heeres erklärt wurde, die Effektivität der Landesverteidigung litt aber darunter.¹³⁵ Koch war immer noch nicht bereit, eine an den politisch-militärischen Gegebenheiten ausgerichtete Politik zu betreiben. Er orientierte sein Handeln weiterhin an seinen persönlichen Machtinteressen und verhinderte Kompromisse mit konkurrierenden Machträgern. Allerdings war er nicht der einzige, der so handelte, und viele Berichte über Kochs Obstruktionspolitik erweisen sich bei näherer Betrachtung als Exkulpationsversuche der Militärs, die den Gauleiter nach Kriegsende systematisch zum Sündenbock aufbauten. Das Wohl der Bevölkerung bildete bei keiner der beteiligten Parteien die oberste Richtschnur des Handelns.

10.3. „Die Trümmer unserer Heimat sollen uns begraben!“ – Kampf um Ostpreußen

Koch flüchtete sich immer mehr in die nationalsozialistische Gedankenwelt – eine Welt, in der der Willen alles möglich machte, in der nicht war, was nicht sein durfte, und in der der „Führer“ alles zum Besseren wendete. In diesem Geiste erließ er drei Tage nach der Vereidigung des Volkssturms, an dem Tag, an dem die sowjetische Oktoberoffensive bei Nemmersdorf ihren westlichsten Punkt erreichte, einen martialischen Aufruf, der in seiner Radikalität als Menetekel für den Untergang des deutschen Ostpreußen gelesen werden kann. Koch nahm darin viele allgemeine Propa-

¹³⁴ SCHWENDEMANN, Endkampf, S. 14; DIECKERT/ GROßMANN, S. 29, 33, 78; ENZBERG, S. 274; KABATH/ FORSTMEIER, S. 279f; MAMMACH, S. 72; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 15Ef, 33E; BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 347, Mollenhauer an Ankläger Bielefeld, 23.9.49; 1909g, Blatt 246, Aussage Hoßbach, 12.12.49; BA Bayreuth, Ost-Dok 10/6, Blatt 5, Bericht Witte; Ost-Dok 8/557, Blatt 6, Bericht Müller-Hillebrand; BA Berlin, R 22/1705, Rundschreiben RM Verkehr, 9.10.44, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 45492.

¹³⁵ LASCH, S. 31f; DIECKERT/ GROßMANN, S. 74f, 77, 95; GUDERIAN, S. 352f; KABATH/ FORSTMEIER, S. 374; SCHWENDEMANN, Endkampf, S. 14; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 33E; 1945, S. 231, Dokument 125; BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 201f, Erklärung Matzky, 29.11.49; Blatt 246, Aussage Hoßbach, 12.12.49; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/557, Blatt 8, Bericht Müller-Hillebrand; Ost-Dok 8/559, Blatt 3, Bericht Mendrzyk.

gandaphrasen und auch einige Passagen aus der Ansprache Himmlers in Bartenstein auf, insgesamt formulierte er aber einen flammenden Appell zum Hass gegen die Rotarmisten, der kaum zurückstand hinter den Tiraden Ilja Ehrenburgs – jenes sowjetischen Agitators, dessen Parolen für die Ausschreitungen der Roten Armee in Ostdeutschland verantwortlich gemacht werden, und der dafür auch die Person des ostpreußischen Gauleiters benutzt haben soll: „Wir befinden uns in der Heimat Erich Kochs, des Statthalters der Ukraine – damit ist alles gesagt.“¹³⁶

Koch unterstellte, gestützt auf die Propaganda Ehrenburgs, den Sowjets, die Deutschen ausrotten zu wollen und rief dazu auf, ihnen „unseren entschlossenen Mut, unseren ganzen Fanatismus und unseren ganzen Haß entgegen[zu]setzen“. Gerade die Ostpreußen müssten nun wie so oft in der Geschichte ihren „Grenzergeist“ beweisen, da man sich in der Heimat nicht mehr „von einer Linie auf die andere absetzen“ könne. „Deutscher Boden“ könne „zerstört und vernichtet werden, und deutsche Männer können unter den Trümmern ihrer Städte und Dörfer begraben werden. Aber räumen kann man dieses Land, unsere Heimat, nicht!“ Jedes Dorf müsse wie eine Festung verteidigt werden, durch die sich der Feind nur unter „Strömen von Blut“ „durchfressen“ könne. Selbst die Frauen rief er dazu auf, zu den Waffen zu greifen, und behauptete, aus „fanatisierten, kampfeswilligen Einheiten“ wie dem Volkssturm seien „die stolzesten Volksheere der Geschichte“ gewachsen. Es gebe keine verzweifelten Lagen, nur verzweifelte Menschen, daher müsse im Glauben an den „Führer“ immer weiter gekämpft werden, auch wenn einzelne den Kampf für aussichtslos hielten. In diesem Sinne rief er die Ostpreußen nicht nur dazu auf, die Realität völlig zu ignorieren, sondern er kriminalisierte auch jegliche Berichterstattung von der Front, die nicht hundertprozentig den Vorstellungen der Partei entsprach. Ganz offen rief er in diesem Zusammenhang zur Denunziation, ja sogar zur Selbstjustiz im Namen der Volksverteidigung auf.¹³⁷

¹³⁶ LUCAS-BUSEMANN, S. 102; DE ZAYAS, Anmerkungen, S. 60; Ähnlich auch die Übersetzung eines russischen Frontzeitungsartikels unter dem Titel „Ostpreußen – die Hochburg des deutschen Faschismus“: „Ostpreußen ist die Brutstätte der aktiven Faschisten. Es stellte die Masse dieser aktiven Okkupanten für die vorübergehend besetzten sowjetischen Gebiete. Der Gauleiter von Ostpreußen, Erich Koch, war gleichzeitig der Bevollmächtigte für die Ukraine.“ (BA Berlin, R 55/609, Blatt 97f; Vgl. ZEIDLER, S. 14, 67, 70f, 105-142, 163-165; SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 135f; DERS., Endkampf, S. 22-24; NORMAN NAIMARK, Die Russen in Deutschland, Berlin 1997, S. 91-95; CATHERINE MERRIDALE, Iwans Krieg, 2. Auflage, Frankfurt/ Main 2006, S. 207, 330f; Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948, Bonn 1989, S. 24; ALFRED M. DE ZAYAS, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, 8. Auflage, Frankfurt/ Main, Berlin 1996, S. 101-103; ORTWIN BUCHBENDER, Das tönende Erz, Stuttgart 1978, S. 305).

¹³⁷ PrZ Nr. 283, 21./22.10.44.

Alle Reden und Aufrufe, die Koch um die Jahreswende 1944/45 hielt, erschöpften sich in derartigen Propagandabildern. Er beschwor die Geschichte der Partei und sprach seinen Stolz aus, dass „der organisierte Widerstand“ nun wie so oft in der Geschichte von Ostpreußen, dem „ersten Bataillon Garde des gesamten Volkssturms“, ausgehe. Man kämpfe jetzt um die nackte Existenz, weshalb um jeden „Fußbreit deutschen Landes“ „äußerster Widerstand“ geleistet werden müsse, außerdem müssten „sinnlos hingeschlachtete Kinder“ und geschändete Frauen „ohne Rücksicht mit grenzenlosem Haß“ gerächt werden. Einen anderen Weg als den Kampf gegen die „restlose Ausrottung des deutschen Volkes“ gebe es nicht mehr, aber der Glaube und die Kraft der Herzen könnten jeden Ansturm zurückwerfen.¹³⁸

Kochs Durchhalteparolen waren durch ihre völlig Substanzlosigkeit entlarvend. Neuen „Vergeltungswaffen“ wies er lediglich eine Bedeutung in einer unbestimmten Zukunft zu, und er verzichtete sogar darauf, auf angeblich bevorstehende deutsche Offensiven oder sonstige Pläne zur Entlastung der Provinz zu verweisen. Er ließ implizit erkennen, dass seiner Meinung nach das einzige den Deutschen verbliebene Kampfmittel der fanatische Wille sei, was der generellen Linie der NS-Führung entsprach, an der Ostfront die fehlenden militärischen Mittel durch die ideologische Mobilisierung der gesamten Bevölkerung zu ersetzen.¹³⁹ Koch hielt die militärische Situation offenkundig für mehr oder weniger aussichtslos und hoffte eher auf ein Wunder denn auf die konventionelle Kriegführung.

Am 12. Januar trat der befürchtete Ernstfall ein, die Rote Armee startete ihre Offensive an der Weichsel. Am folgenden Tag griff die 3. Weißrussische Front von Osten her Ostpreußen an, am 15. Januar die 2. Weißrussische Front vom Narew aus über Zichenau Richtung Elbing und Frisches Haff. Die Heeresgruppe Mitte, die die Provinz verteidigen sollte – sie wurde am 25. Januar in Heeresgruppe Nord umbenannt –, hatte dem nur wenig entgegenzusetzen, so dass der sowjetische Angriff rasch vorankam. Die mangelhafte Vorbereitung der Evakuierung rächte sich jetzt mit schrecklichen Folgen für die Bevölkerung. In fast allen Gemeinden spielte sich in dieser Zeit die gleiche Fluchtgeschichte ab: Nur dort, wo engagierte Bürger eigenmächtig Vorbereitungen für eine Flucht anregten, wurden solche Maßnahmen auch getroffen. Die eigentlich zuständigen Stellen des Reichsverteidigungskommissars hielten derartige Vorbereitungen offenbar nicht für opportun und zeigten sich den Anforderungen ihrer Aufgaben

¹³⁸ PrZ Nr. 303, 14.11.44; IPN Warschau, SWWW 761, Blatt 100, „Ganz Ostpreußen erhob sich wie ein Mann! Der Aufruf des Gauleiters Erich Koch zum Jahreswechsel 1944/45“.

¹³⁹ SCHWENDEMANN, Endkampf, S. 14; Vgl. MAMMACH, S. 110.

meist nicht gewachsen. Fluchtvorbereitungen wurden verboten, da der Glaube an den „Endsieg“ nicht erschüttert werden sollte. In vielen Fällen wiegelten die Parteistellen noch kurz vor dem Eintreffen der Roten Armee ab und erklärten in den noch nicht im Kampfbereich liegenden Ortschaften, die Lage sei nicht so ernst, als dass eine Räumung notwendig sei, flüchteten dann aber selbst.¹⁴⁰

Regelrechte Räumungsbefehle wurden gar nicht oder viel zu spät ausgegeben, so dass selbst die für das kleinräumige Evakuierungskonzept vorbereiteten Evakuierungspläne nur selten zur Anwendung kamen. Die Menschen, die sich nicht schon frühzeitig auf eigene Faust auf den Weg gemacht hatten, verstopften zusammen mit den zurückflutenden Wehrmachts-einheiten die wenigen gut ausgebauten Straßen. Sie wurden oft schon nach kurzer Zeit von den sowjetischen Soldaten eingeholt und gerieten zwischen die Fronten von Wehrmacht und Roter Armee. Dabei gab es nicht nur Todesopfer durch Kampfhandlungen. Die Flüchtlinge wurden meist von den Rotarmisten ausgeraubt, die Frauen vergewaltigt und nicht selten wurden zahlreiche Personen willkürlich ermordet – ein Schicksal, das auch vielen Daheimgebliebenen nicht erspart blieb. Einige Zehntausend Ostpreußen wurden zudem in die Sowjetunion verschleppt.¹⁴¹

Durch den schnellen russischen Vorstoß, die mangelhafte Vorbereitung und die Priorität für militärische Transporte konnten selbst innerhalb der Provinz nur wenige Personen mit dem Zug abtransportiert werden. Die Masse der Flüchtlinge war auf eigene Transportmittel angewiesen, meist

¹⁴⁰ SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 134f; KABATH/ FORSTMEIER, S. 278f, 392, 346f; LASS, S. 66-177, 185f; DIECKERT/ GROßMANN, S. 58, 119-132; NOBIS, S. 83f; POSER/ MEYHÖFER, S. 341f, 350f; ENZBERG, S. 271-279; BITTER, S. 84-86; Räumung Reichsgau, S. 27-36; Tagebücher Goebbels, II/15, S. 219, 25.1.45; S. 228, 26.1.45; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 33E-41E, 1-154; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/544, Blatt 9, Bericht Koehler.

¹⁴¹ Vgl. LASS, Flucht, S. 131, 187; DIECKERT/ GROßMANN, S. 119; KABATH/ FORSTMEIER, S. 289; ZEIDLER, S. 143-154; SCHWENDEMANN, Endkampf, S. 19, 22; DERS., Zusammenbruch, S. 134f; NAIMARK, S. 94-99; MERRIDALE, S. 328-357; KERSHAW, Hitler II, S. 987; GERHILD LUSCHNAT, Die Lage der Deutschen in Königsberg 1945-1948, Frankfurt/ Main 1996; DE ZAYAS, Anmerkungen, S. 80-93; HEINZ NAWRATIL, Massenvergewaltigungen bei der Besetzung Ostdeutschlands durch die Rote Armee, in: Kriegsverbrechen, S. 121-123; HEINZ SCHÖN, Ostpreußische Trecks auf der Flucht vor der Roten Armee, in: Kriegsverbrechen, S. 219-221; HEINZ STENDTKE, Ermordung deutscher Verduteter nach der Übergabe der Stadt Königsberg an die Rote Armee im April 1945, in: Kriegsverbrechen, S. 229-231; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 33E, 60E-69E, 1-154; Ebd., I/2, S. 154-206; Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, S. 28-35, 131-217; BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 155, Erklärung Dethleffsen, 24.11.49; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/557, Blatt 9, Bericht Müller-Hillebrand; Ost-Dok 8/559, Bericht Mendrzyk; Ost-Dok 8/565, Bericht Schaefer.

Pferdefuhrwerke oder Handwagen.¹⁴² Am 18. Januar ordnete Koch die vollständige Evakuierung Masurens an, tags darauf verfügte er, dass die „treckende Bevölkerung“ in den Gau Danzig-Westpreußen abzuleiten sei, was allerdings nur langsam vonstatten gehen konnte, da die Reichs- und Provinzialstraßen sowie die Autobahn aus militärischen Gründen für Trecks gesperrt wurden.¹⁴³ Der 2. Weißrussischen Front gelang es bereits am 23. Januar, nur acht Tage nach Beginn ihrer Operation, die letzte Eisenbahnverbindung zwischen Ostpreußen und dem Reich zu unterbrechen, am 25. Januar erreichte sie das Ufer des Frischen Haffs. Ostpreußen war nun, von einer Straße auf der Frischen Nehrung abgesehen, auf dem Landweg vom deutschen Herrschaftsbereich abgeschnitten. Die Räumungspläne waren damit endgültig Makulatur, die Operationen der Roten Armee bestimmten nun die Fluchtrichtung. Viele Trecks mussten umkehren und stauten sich in den noch von den Deutschen gehaltenen Räumen, wo es durchaus vorkam, dass sie, wenn sie deutschen Truppen den Weg versperrten, von diesen „überrollt“ wurden. Die Flucht der ostpreußischen Bevölkerung geriet zu einem Desaster. Tausende Menschen, vor allem Kinder und Alte, starben aufgrund der äußeren Umstände – der extrem kalten Witterung, der schlechten Versorgung, der großen Strapazen, durch mordende Rotarmisten oder russische Luftangriffe.¹⁴⁴

Königsberg wurde am 26. Januar erstmals von russischer Artillerie beschossen, ab dem 31. Januar war die Hauptstadt der Provinz eingeschlossen. Die noch von deutschen Truppen gehaltenen Territorien zerfielen damit in drei Teile: Das Samland, Königsberg und den sogenannten „Heiligenbeiler Kessel“, den die 4. Armee mit dem Rücken zum Frischen Haff verteidigte. In jedem dieser Kessel waren Zehntausende Flüchtlinge zusammengedrängt, da es nur wenigen Menschen gelungen war, die Provinz in den wenigen Tagen zwischen dem Beginn der russischen Offensive und der Abschneidung vom Westen zu verlassen.¹⁴⁵

Koch zeigte in dieser Situation alles andere als das seinem Amt und seiner Selbststilisierung geschuldete Verantwortungsbewusstsein und energische Handeln, oder gar den Heldenmut, den er von der ostpreußischen Bevölkerung einforderte. Es gelang ihm weder, die Bevölkerung Ostpreu-

¹⁴² SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 140; DERS., Tod, S. 77.

¹⁴³ RICHARD BLANKE, *Polish-speaking Germans?*, Köln u.a. 2001, S. 280; Vgl. KABATH/ FORSTMEIER, S. 435; SCHWENDEMANN, Tod, S. 77.

¹⁴⁴ Vgl. Ebd., S. 72, 76; DERS., Zusammenbruch, S. 137; KABATH/ FORSTMEIER, S. 289f; DIECKERT/ GROßMANN, S. 125; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 33E-36E.

¹⁴⁵ Vgl. SCHWENDEMANN, Zusammenbruch S. 131f; KABATH/ FORSTMEIER, passim; ZEIDLER, S. 75-95; KERSHAW, Hitler II, S. 978; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 17E-19E.

bens rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, noch, eine menschenwürdige Versorgung der Flüchtlinge zu organisieren, und mitnichten brachte er sich selbst in Gefahr, „unter den Trümmern der Provinz begraben“ zu werden. Allerdings wurde letzteres erst mit dem Fortschreiten der sowjetischen Offensive deutlich.

Bis zur Einschließung Königsbergs bewährte sich der ostpreußische Gauleiter in den Augen der nationalsozialistischen Führung bestens – auch wenn das Flüchtlingsselend in diesen Tagen bereits Ausmaße annahm, die jede Dimension sprengten, ohne dass Koch mit wirkungsvollen Gegenmaßnahmen aufwarten konnte. Das gereichte ihm jedoch nicht zum Nachteil, denn in dieser Situation zeigte sich, dass sich die NS-Führer nicht für das Wohl des einzelnen „Volksgenossen“ interessierten. Männern wie Hitler und seinem Bevollmächtigten „für den totalen Kriegeinsatz“, Goebbels, ging es jetzt offensichtlich eher darum, dass auch in aussichtsloser Lage Positionen gehalten wurden, um den Exitus des Dritten Reiches – und damit den eigenen – so lange wie möglich hinauszuzögern, selbst wenn mit größten Opfern nur einige Tage oder Stunden erkaufte wurden. Hinzu kam eine morbide Lust am Untergang, eine aus ihrer Weltanschauung geborene Obsession dieser Männer, einen möglichst spektakulären und „heroischen“ Abgang von der Bühne der Weltgeschichte zu inszenieren. Hitlers Diktum, wenn das deutsche Volk den Krieg verliere, dann solle es auch untergehen, weil es nicht verdient habe, zu leben, bildete den Leitstern dieses Schwangesangs.¹⁴⁶

Wer sich diesem „heroischen“ Kampf bis in den Untergang verweigerte, galt als Versager und verlor seine Stellung in der Hierarchie, wie sich an Goebbels' Bewertung des Verhaltens der Gauleiter im Osten – Koch in Ostpreußen, Greiser im Warthegau und Karl Hanke in Niederschlesien – ablesen lässt. Der Propagandaminister, der neben Hitler sicherlich der überzeugteste Vertreter des „Untergangsfanatismus“ war, zeigte sich zunächst sehr zufrieden, wobei er allerdings das – ihm wohlbekannte – Elend der Flüchtlingstrecks weitgehend ausblendete oder sogar idealisierte.¹⁴⁷ Am 22. Januar verließ dann aber Arthur Greiser, den Goebbels auch wegen seiner rigiden Polenpolitik immer als einen der besten Gauleiter gelobt hatte, seine Gauhauptstadt, die nach Ansicht des Propagandaministers noch nicht akut bedroht war. Obwohl sich der Posener Parteiführer auf einen

¹⁴⁶ KERSHAW, Hitler II, S. 909; BEHRENBECK, S. 580-591; JONATHAN STEINBERG, The Third Reich Reflected, in: English Historical Review 110/1995, S. 620-651, hier S. 648.

¹⁴⁷ Der oberschlesischen Gauleiter Fritz Bracht spielte krankheitsbedingt keine Rolle, Forster (Danzig) wurde von Goebbels ähnlich beurteilt wie Koch (Vgl. Tagebücher Goebbels, II/15, S. 161, 20.1.45; S. 182, 22.1.45; S. 209, 24.1.45; S. 216, 25.1.45; S. 219, 25.1.45; S. 274, 30.1.45; S. 333, 8.2.45; S. 336, 8.2.45; S. 358, 11.2.45).

Führerbefehl berufen konnte, fand Goebbels sein Verhalten unverzeihlich, Greiser diene ihm in Zukunft nur noch als Negativschablone auf den Idealgauleiter. Es gelang ihm sogar, Hitler in diesem Sinne zu beeinflussen.¹⁴⁸

Zu seinem neuen Liebling erkor Goebbels Karl Hanke, denn der Schlesier äußerte im Januar 1945 noch radikaler als Koch seinen Willen, Breslau „mit allen nur möglichen Mitteln“ zu verteidigen, sogar die Oderdämme wollte er sprengen lassen. Goebbels war damit „sehr zufrieden“¹⁴⁹, zumal Hanke seinen Worten auch Taten folgen ließ und seine bis dahin von Luftangriffen verschont gebliebene Gauhauptstadt bis zur totalen Zerstörung verteidigen ließ. Breslau kapitulierte schließlich nach brutalstem Häuserkampf am 6. Mai, als der „Führer“ und sein Nachfolger als Reichskanzler schon seit fast einer Woche tot waren.¹⁵⁰

Koch bewegte sich, nicht nur in der Einschätzung Goebbels', sondern auch in der Realität, zwischen diesen beiden Polen. Er hatte durch den Stellungsbau und den Volkssturm sowie seine Präsenz als Durchhaltepropagandist so viel politisches Kapital angehäuft, dass ihn auch Goebbels trotz aller noch aus den zwanziger Jahren und der Ukraine-Politik stammenden Differenzen mit positiven Augen sah und ihn nicht für das Elend der Flüchtlinge verantwortlich machte. Goebbels erklärte Breslau und Königsberg zu Symbolen des Widerstands – die er im Westen vermisste – und erkor Kochs Behauptung, Ostpreußen mit dem Volkssturm verteidigen zu wollen, zum Vorbild für die Reichshauptstadt, die er auf keinen Fall räumen lassen wollte. Die Verteidigung Berlins wollte er sogar zu seinem „Meisterstück“ machen. In seinen Elogen auf die „kühnen und tapferen“ Gauleiter mischte sich die Bewunderung auf die aktuell bewiesene Standhaftigkeit mit der Parteimythologie von den „Alten Kämpfern“, durch deren treue Dienste der „Führer“ selbst in aussichtsloser Lage noch alles erreichen könne¹⁵¹ – Kochs großsprecherische Agitation trug also tatsächlich dazu bei, seine Position innerhalb der NS-Spitze zu festigen.

Kochs markige Worte waren jedoch wie bei den meisten Durchhaltepropagandisten nur hohle Parolen, deren Befolgung er Anderen überließ. So brachte er seine Frau und einen Teil seines Hausrates noch vor der

¹⁴⁸ Ebd., II/6, II/8, II/10-II/13, II/15, passim; Vgl. KERSHAW, Hitler II, S. 1236, 1238, 1271; ROLF-DIETER MÜLLER/ GERD R. UEBERSCHÄR, Kriegsende 1945, Frankfurt/Main 1994, S. 62; NOLZEN, Parteigerichtbarkeit, S. 984; ORLOW, History II, S. 470.

¹⁴⁹ Tagebücher Goebbels, II/15, S. 209, 24.1.45; Vgl. Ebd., passim; Lagebesprechungen, S. 890, 24.2.45.

¹⁵⁰ Tagebücher Goebbels, II/15, S. 267, 30.1.45; S. 327, 6.2.45; S. 355, 21.3.45; HILLGRUBER, Untergang, S. 37; LUCAS-BUSEMANN, S. 63-74; GREGOR THUM, Die Fremde Stadt. Breslau 1945, Berlin 2003, S. 19-30; DERS., Stalingrad an der Oder, in: Die Zeit Nr. 10, 3.3.2005, S. 90; MÜLLER/ UEBERSCHÄR, S. 62f.

¹⁵¹ Tagebücher Goebbels, II/11, II/13, II/15, passim.

Einschließung Königsbergs in Sicherheit, suggerierte der ostpreußischen Öffentlichkeit aber, die Frauen der Parteiführer befänden sich noch in der Stadt.¹⁵² Einige Tage später soll er den Versuch des Kommandeurs der 4. Armee, General Friedrich Hoßbach, mit seiner Armee aus dem Heiligenbeiler Kessel nach Westen auszubrechen, um die in seinem Bereich zusammengedrängten Flüchtlinge zu retten, vereitelt haben. Doch bereits die dem General – auch aufgrund seiner Memoiren – zugeschriebene Absicht ist Legende, denn Hoßbach beabsichtigte nicht, die Zivilbevölkerung, sondern vielmehr die Kampfkraft der 4. Armee für die Verteidigung des Reiches zu retten. Die Flüchtlinge sollten die Truppenbewegungen nicht behindern, weswegen Hoßbach mit der Bemerkung, dies sei grausam, aber nicht zu ändern, anordnete, die Bevölkerung habe zurückzubleiben, und die Straßen seien von Trecks zu räumen.¹⁵³

Unter rein militärischen Gesichtspunkten waren diese Anordnungen sicherlich vertretbar, wie überhaupt bezweifelt werden muss, ob die Flüchtlinge unter den gegebenen Umständen in der Lage gewesen wären, einer sich durch starke feindliche Kräfte kämpfenden Truppe zu folgen, und ob sie bei einem solchen Versuch nicht ein schlimmeres Schicksal erlitten hätten als bei der Flucht über das Eis des Haffs.¹⁵⁴ Zu Hoßbachs vorgeblichen humanitären Motiven passten diese Gedanken jedoch nicht – was allerdings der Haltung vieler Kommandeure entsprach.¹⁵⁵ Ihren eigenen Anteil am Schicksal der Flüchtlinge vertuschten die Offiziere deshalb nach Kriegsende, indem sie die Schuld auf denjenigen mit dem schlechtesten Leumund schoben: den Parteiführer. Gauleiter Koch wurde zum Vorwurf gemacht, er habe die Rettung der Flüchtlinge durch die 4. Armee dadurch verhindert, dass er ein Telegramm folgenden Inhalts in das Führerhauptquartier gesandt habe:

¹⁵² BA Bayreuth, Ost-Dok 8/518, Blatt 5, Bericht Brenke; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 103, 111, 280; 1909c, Blatt 245; 1909f, Blatt 6; 1909g, Blatt 123, Aussagen, 1949; LASCH, S. 122; HELMUT BLOCKSDORF, Pillau, Hamburg u.a. 2000, S. 14, 16; REMY, S. 126, 131, 191; HEUSS, S. 199f; HAASE, Kunstraub, S. 171; RALF GEORG REUTH, Auf der Spur des Bernsteinzimmers, Berlin 1998, S. 81, 119, 146-150, 160, 188f.

¹⁵³ SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 137; DERS., Tod, S. 72f; HOßBACH, Schlacht, S. 43, 60, 68f; DIECKERT/ GROSSMANN, S. 110-118; LASS, S. 219; KABATH/ FORSTMEIER, S. 311-333; HILLGRUBER, Untergang, S. 19-22; THORWALD, Flucht, S. 128.

¹⁵⁴ Vgl. KABATH/ FORSTMEIER, S. 418-423; SCHWENDEMANN, Tod, S. 77; HOßBACH, Schlacht, S. 65.

¹⁵⁵ Vgl. SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 142; DERS., Strategie, S. 235; DERS., Endkampf, S. 18.

„4. Armee feige auf der Flucht, versucht sich in die Heimat durchzuschlagen. Ich verteidige Ostpreußen mit dem Volkssturm weiter.“¹⁵⁶

Hitler habe daraufhin Generaloberst Georg Hans Reinhardt als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe durch Generaloberst Lothar Rendulic und Hoßbach als Oberbefehlshaber der 4. Armee durch General Friedrich Wilhelm Müller ablösen lassen, außerdem sei der Ausbruchversuch der 4. Armee gestoppt worden. Die Flüchtlinge hätten daher nicht auf dem Landweg gerettet werden können.¹⁵⁷

Dieser Vorwurf basierte in erster Linie auf den Darstellungen der Generalstabschefs des Heeres, Guderian, und der 4. Armee, Generalmajor Erich Dethleffsen, die allerdings nicht als einwandfreie Quellen gelten können. Guderian nannte die Ablösung Reinhardts und Hoßbachs in einem Atemzug und erweckte so den Eindruck, beide seien wegen des von Koch beanstandeten Ausbruchversuchs gleichzeitig abgelöst und die missliebige Operation dann abgebrochen worden. Dies ist allerdings nicht zutreffend, denn Reinhardt wurde am 26. Januar abgelöst, da er in einigen operativen Details anderer Meinung als Hitler war. Hoßbachs Entlassung erfolgte erst drei Tage später, wobei Hitler nicht den Durchbruchversuch nach Westen an sich beanstandete, sondern dass Hoßbach Ostpreußen auf eigene Faust aufgeben wollte. Hitler befahl der 4. Armee zwar, sich einzuigeln, den grundsätzlichen, aber undurchführbaren Befehl, eine Verbindung zu den Kräften an der Weichsel herzustellen und gleichzeitig Kontakt zu Königsberg zu halten, hielt er aber auch noch in den ersten Februartagen aufrecht – solange, bis der Fall Elbings am 9. Februar ein solches Ziel völlig utopisch machte.¹⁵⁸ Mit einer Intervention des Gauleiters können diese Vorgänge daher nicht zwingend in Verbindung gebracht werden.

Das ominöse Telegramm Kochs ist vor allem aus dem Bericht Dethleffsens bekannt. Dieser will davon aber nur vom Hörensagen erfahren haben und widerspricht sich selbst, wann und wo dies gewesen sein soll. Als stichhaltiger Beweis für die Existenz dieses Telegramms kann seine Aus-

¹⁵⁶ KABATH/ FORSTMEIER, S. 330; DIECKERT/ GROßMANN, S. 116; DUFFY, S. 196; LASS, S. 220; THORWALD, Flucht, S. 130.

¹⁵⁷ Vgl. KABATH/ FORSTMEIER, S. 333; LASS, S. 219; DIECKERT/ GROßMANN, S. 115-117; KURT VON TIPPELSKIRCH, Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bonn 1951, S. 620; OTTO-HEINRICH KÜHNER, Wahn und Untergang, Stuttgart 1956, S. 269f; BELOW, S. 440; SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 132; DERS., Endkampf, S. 15; KERSHAW, Hitler II, S. 980f; MÜLLER/ UEBERSCHÄR, S. 62; BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 155f, Erklärung Dethleffsen, 24.11.49; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/532, Blatt 2f, Bericht Grosse.

¹⁵⁸ SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 132f; DERS., Endkampf, S. 15; KERSHAW, Hitler II, S. 980; KABATH/ FORSTMEIER, S. 331-334; HOßBACH, Schlacht, S. 68; LOTHAR RENDULIC, Soldat in stürzenden Reichen, München 1965, S. 391; Tagebücher Goebbels, II/15, S. 337, 8.2.45; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/529, Blatt 11, Bericht Dethleffsen.

sage daher nicht gewertet werden.¹⁵⁹ Generalstabschef Guderian, im allgemeinen kein Freund Kochs, erwähnte dessen Intervention in seinen Erinnerungen bezeichnenderweise nicht.¹⁶⁰ Zudem lassen einige Bemerkungen in den Memoiren anderer Generäle darauf schließen, dass Koch dem Angriff nach Westen nicht unbedingt ablehnend gegenüberstand.¹⁶¹ Es ist daher wahrscheinlicher, dass es dieses Telegramm nie gegeben hat, und seine ungesicherte Existenz vor allem deshalb Eingang in die Literatur gefunden hat, weil so die Verantwortung auf Koch geschoben werden konnte.

Koch sträubte sich nun auch nicht mehr generell gegen eine Räumung der Provinz. Die Gauleitung erteilte am 27. Januar, als die Einschließung Königsbergs unmittelbar bevorstand, den Evakuierungsbefehl für Königsberg. Diese Maßnahme war einige Tage im Voraus angekündigt worden, und dennoch erarbeitete die ostpreußische Führung kein Evakuierungskonzept für die Gauhauptstadt, die mit Flüchtlingen aus der ganzen Provinz überfüllt war. Tausende begaben sich jetzt auf die Flucht nach Pillau, was den Verkehr zum Erliegen brachte.¹⁶²

Koch, der noch am Tag zuvor getönt hatte, das Königsberger Schloss werde zum „Alkazar Ostpreußens“¹⁶³ werden, begrub angesichts des drohenden Angriffs auf das nur schwach mit Truppen belegte Königsberg endgültig sein Konzept, als „Volksgeneral“ seinen Gau mit dem Volkssturm zu verteidigen. In einem Telefonat mit Hitler besprach er die Verteidigung der Stadt und versicherte seinem „Führer“ dabei, dass mit dem Wehrkreisbefehlshaber, General Otto Lasch, ein zuverlässiger Truppenführer zur Verfügung stünde, dem die Verteidigung Königsbergs übertragen werden könne. Daraufhin wurde Lasch am 28. Januar zum Befehlshaber der Festung Königsberg und der umliegenden Befestigungen ernannt.¹⁶⁴

¹⁵⁹ KABATH/ FORSTMEIER, S. 330; BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 156, Erklärung Dethleffsen, 25.11.49; Blatt 206, Aussage Chill, 30.11.49; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/529, Blatt 13, Bericht Dethleffsen.

¹⁶⁰ GUDERIAN, S. 362

¹⁶¹ LASCH, S. 34.

¹⁶² Ebd., S. 36f; Vgl. DIECKERT/ GROßMANN, S. 124, 151.

¹⁶³ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/588, Blatt 9, Bericht Will; Der Alcázar von Toledo wurde im spanischen Bürgerkrieg zum Symbol, weil sich dort frankistische Truppen mit ihren Familien und einigen Geiseln bis zu ihrer Entsetzung zwei Monate lang verschanzt hielten. Angeblich opferte der Kommandant sogar ganz im Stile der griechischen Tragödie seinen von den Republikanern gefangen genommenen Sohn, um nicht kapitulieren zu müssen (JUDITH KEENE, *Fighting for Franco*, London, New York 2001, S. 34-38).

¹⁶⁴ LASCH, S. 35-37, 56; Vgl. KABATH/ FORSTMEIER, S. 294f, 450f; LUCAS-BUSEMANN, S. 52; LUSCHNAT, S. 23; Handbuch zur Geschichte, S. 17; EHRHARDT, S. 79-87;

Dem Gauleiter war in erster Linie daran gelegen, sich selbst von der Verteidigung Königsbergs zu entlasten, um die Stadt verlassen zu können. Er setzte Kreisleiter Ernst Wagner als „bevollmächtigten Kommissar“ ein und begab sich noch am Tag der Ernennung Laschs nach Pillau. Dort richtete er sein Hauptquartier in den Bunkern des „Seefliegerhorsts“ Neutief auf der Frischen Nehrung ein.¹⁶⁵ Für den darauffolgenden Tag, den 29. Januar, beorderte er seinen Stab zu einer Dienstbesprechung ins nahegelegene Fischhausen, was innerhalb der Verwaltung als verdeckter Fluchtbefehl angesehen wurde. Dem war nur zum Teil so, denn Koch schickte einen Teil der Behördenleiter, unter anderem den stellvertretenden Oberpräsidenten Hoffmann, wieder zurück nach Königsberg, wo sie weiter ihren Pflichten nachkommen sollten.¹⁶⁶ Die Provinzführung bemühte sich darüber hinaus, die Fiktion aufrechtzuerhalten, dass der Gauleiter in der Stunde der Gefahr mitten unter den Seinen weile und mit ihnen kämpfe. Dazu diente auch der Abdruck eines Telegramms Hitlers in der Parteizeitung, in dem „ihr Adolf Hitler“ den Gauleiter wissen ließ, dass er ihm zusammen mit der „Führerschaft der Bewegung“ in „unlösbarer Verbundenheit“ „gedenke“.¹⁶⁷

Dies klang wie ein Nachruf, sollte den Ostpreußen aber wohl klarmachen, dass ihr Gauleiter nicht nur ihr Schicksal teilte, sondern dass diesen auch eine ganz besondere Beziehung mit der letzten Heilshoffnung, dem „Führer“, verband. Koch schürte diesen Glauben an Hitler in einer letzten größeren Rede vor der Parteiführerschaft Ende Februar 1945. Viel mehr als die Phrasen, die er bereits in den letzten Jahren bemüht hatte, hatte er allerdings auch jetzt nicht mehr zu bieten. Er beschwor die „preußische Idee“, erinnerte an die Krise der Partei 1932, sprach von der entscheidenden Stunde im Kampf der germanischen Rasse gegen den brutalen Vernichter der menschlichen Kultur, den Bolschewismus, vom grausamen, aber gerechten Weltgericht und von den schmerzhaften Geburtswehen einer neuen Zeit. Es gelte, das Recht zu erkämpfen, an die Gräber „unserer geschändeten und gemordeten Frauen und Kinder“ zu treten und zu mel-

BA Bayreuth, Ost-Dok 8/588, Blatt 2-4, Bericht Will; Tagebücher Goebbels, II/15, S. 257, 29.1.45; S. 277, 30.1.45.

¹⁶⁵ KABATH/ FORSTMEIER, S. 294; Vgl. BA Berlin, R 1501/134, Hoffmann an Reichsinnenministerium, 18.2.45; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/580, Blatt 3f, Bericht Zerahn; GAUSE, Königsberg, S. 162.

¹⁶⁶ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/531, Blatt 8, Bericht Groeben; Ost-Dok 8/609, Bericht Nobelmann; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 135, Bericht Groeben; LASS, S. 198.

¹⁶⁷ PrZ Nr. 45, 25.2.45; Vgl. Ebd., Nr. 23, 3.2.45; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/523, Blatt 2, Bericht ohne Autor, undatiert; Ost-Dok 8/602, Blatt 8, Bericht Makowka; GAUSE, Königsberg, S. 162; KERSHAW, Hitler II, S. 1007; MOLL, Steuerungsinstrument, S. 268f; BELOW, S. 402.

den: „Ihr habt doch gesiegt!“¹⁶⁸ Von der Situation in Ostpreußen sprach er nicht, dazu gab es wohl auch nichts mehr zu sagen – zumindest nichts, was dafür sprach, dem Gauleiter noch weiter die Treue zu halten.

Kochs Auftritte dienten aber nur noch diesem Zweck. Die Bevölkerung sollte nicht gegen ihre Führung rebellieren und das unausweichlich Kommende ruhig und diszipliniert auf sich nehmen. Der Gauleiter stand dabei nicht mehr im Mittelpunkt der Propaganda, einem Feld, auf dem längst Andere, zuvörderst die Kriegsberichterstatter, den Ton angaben. Für sie waren Hassparolen und Heldenepen das Gebot der Stunde, der Gauleiter spielte da nur eine Nebenrolle. Aber er galt weiter als der „Führer der Provinz“, auf den die Bevölkerung verpflichtet wurde: Der „treue Gefolgsmann Hitlers“ dürfe von seiner Zuversicht sprechen, niemals geschlagen aus Königsberg weichen zu müssen, da er wisse, dass die Bevölkerung der Festung fest entschlossen sei, dieses „deutsche Bollwerk im Osten bis aufs äußerste zu verteidigen und damit für den Sieg Deutschlands einen entscheidenden Beitrag zu leisten.“¹⁶⁹ Das „harte Muß“ zwinge zu harten Maßnahmen, aber „die Einsichtigen“ verstünden das. „Sie wissen, daß die Partei und an ihrer Spitze der Gauleiter alles nur denkbare tun, Not und Sorgen zu mildern und Frauen und Kinder vor einem furchtbaren Schicksal zu bewahren.“¹⁷⁰

Anfang März ließ sich Kochs Abwesenheit aus Königsberg schließlich nicht mehr verheimlichen, da sie selbst von der sowjetischen Propaganda aufgegriffen wurde. In der belagerten Stadt tauchten Flugblätter des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ mit der Schlagzeile „Wo ist Volkssturmmann Koch?“ auf. Die dort getroffene Feststellung, Koch habe als erster Volkssturmmann Königsberg verlassen, wurde in der Bevölkerung „stark diskutiert“¹⁷¹. Selbst der stellvertretende Gauleiter Großherr äußerte sich verärgert über Kochs „Türmen“, da es zu einem „Stimmungseinbruch“¹⁷² geführt habe.

Der Gauleiter hatte Königsberg jedoch nicht nur seiner persönlichen Sicherheit wegen verlassen, sondern auch – wie er die Öffentlichkeit wissen ließ –, um sich besser um die Flüchtlinge in den anderen Teilen der Provinz kümmern zu können. Obwohl Koch den Eindruck, er sei geflohen, mit dieser Erklärung kaum verwischen konnte, war sie doch keine reine Schutzbehauptung. Er handelte tatsächlich in Absprache mit dem neuen

¹⁶⁸ PrZ Nr. 46, 26.2.45.

¹⁶⁹ Ebd., Nr. 47, 27.2.45.

¹⁷⁰ Ebd., Nr. 56, 8.3.45.

¹⁷¹ BA Berlin, NS 19/2068, „Meldungen aus dem Ostraum“, 9.3.45, 13.3.45.

¹⁷² Tagebücher Goebbels, II/15, S. 285, 31.1.45; S. 290, 1.2.45; S. 304, 2.2.45.

Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord, Generaloberst Lothar Rendulic, und wohl auch dem Führerhauptquartier.¹⁷³

Pillau, wo Kochs Hauptquartier nun lag, war der Brennpunkt, über den die Evakuierung der Bevölkerung abgewickelt wurde – etwa die Hälfte der ostpreußischen Flüchtlinge verließ die Provinz über diese Hafenstadt. Das erste Flüchtlingsschiff legte am 25. Januar ab, bis Ende April 1945 wurden von hier 451 000 Personen per Schiff und 180-200 000 über die Nehrung nach Westen gebracht.¹⁷⁴ Die Tätigkeit der Parteistellen hierbei ist vielfach belegt¹⁷⁵, ohne dass befriedigend geklärt werden kann, welcher Anteil dabei dem Gauleiter zukam. Er flog mehrmals zur Koordinierung verschiedener Maßnahmen ins belagerte Königsberg, letztmalig wohl am 4. und 5. April, unmittelbar vor Beginn des russischen Angriffs auf die Gauhauptstadt.¹⁷⁶ Außerdem verlegte er sein Stabsquartier in den ersten Februarwochen in den umkämpften „Heiligenbeiler Kessel“, um dort die Evakuierung der Flüchtlinge über das Eis des Haffs zu organisieren.¹⁷⁷

Dies gelang weitgehend, wenn auch unter „schmerzlichen Opfern“, außerdem dürfte der Beitrag der Wehrmacht dabei größer gewesen sein als der der zivilen Verwaltung, wie sich überhaupt die mittleren und unteren Chargen von Wehrmacht und Marine, die sich voll und ganz und oftmals gegen höhere Befehle für die Zivilisten einsetzten, in erster Linie um die

¹⁷³ Vgl. PrZ Nr. 23, 3.2.45; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 30, Aussage Koch, 17.6.49; 1909g, Blatt 32, Aussage Weiß, 6.11.49; Blatt 312-314, Aussage Weiß, 10.1.50; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/580, Blatt 3, Bericht Zerahn; KOCH, Interview, S. 49; RENDULIC, S. 390; KABATH/ FORSTMEIER, S. 295f, 328, 330, 350, 387; Tagebücher Goebbels, II/15, passim; KERSHAW, Hitler II, S. 1271; ANTHONY BEEVOR, Berlin 1945, München 2002, S. 91; Bormann Letters, S. 178; DIECKERT/ GROßMANN, S. 45; LASS, S. 291; LASCH, S. 77; THORWALD, Flucht, S. 132.

¹⁷⁴ Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 39E-41E; Vgl. KABATH/ FORSTMEIER, S. 353-355; LASS, S. 214; BIDLINGMAIER, S. 58, 60-62; Handbuch zur Geschichte, S. 42-48.

¹⁷⁵ Vgl. BA Berlin, R 55/616, Schriftverkehr, 11.-22.2.45, zitiert nach: Akten der Parteikanzlei, Nr. 28583; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/584, Blatt 5, Bericht Wenzel; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 25E, 4-7, 9-20, 132-142; LASS, S. 57, 63, 131, 305, 308; LUCAS-BUSEMANN, S. 54f; BIDLINGMAIER, S. 60; BLOCKSDORF, S. 59, 65, 76-78, 90, 111; BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 274, Aussage Rasch, 22.12.49.

¹⁷⁶ LASS, S. 212; LASCH, S. 82, 123-125; DUFFY, S. 232; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 30, Aussage Koch, 17.6.49; 1909e, Blatt 263-275, Aussage Franzke, 23.9.49; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/580, Blatt 4f, Bericht Zerahn.

¹⁷⁷ BA Berlin, R 1501/134, Hoffmann an Reichsinnenministerium, 18.2.45; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 36E, 65; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/524, Blatt 7, Bericht Gerber; Ost-Dok 8/532, Blatt 6, 10, Bericht Grosse; Ost-Dok 8/591, Blatt 36, Bericht Heyning; BA Koblenz, Z 42 IV 1909b, Blatt 377, Aussage Brenke, 11.8.49; 1909e, Blatt 263-275, Aussage Franzke, 23.9.49; KABATH/ FORSTMEIER, S. 350-352; SCHWENDEMANN, Endkampf, S. 19; DIECKERT/ GROßMANN, S. 125, 136; BIDLINGMAIER, S. 65.

Rettung der Flüchtlinge verdient machten.¹⁷⁸ Koch unterstützte diese Bemühungen indirekt, indem er in Berlin bei den höchsten Stellen um die Lieferung von Versorgungsgütern und Kohlen sowie die Bereitstellung von Schiffen für den Abtransport der Flüchtlinge bat.¹⁷⁹

Der Gauleiter hatte sich keineswegs zum Philanthropen gewandelt, und es darf nicht vergessen werden, dass durch seine Egoismen¹⁸⁰ und Versäumnisse bereits zu diesem Zeitpunkt Tausende ums Leben gekommen waren. Aber dennoch muss ihm zugute gehalten werden, dass er sich jetzt – spät, aber für Zehntausende noch nicht zu spät – um die Rettung der Zivilbevölkerung seines Gaues bemühte. Dadurch unterschied er sich stark von Greiser, Hanke, Goebbels und auch Hitler. Er ließ seine Bevölkerung nicht so überstürzt im Stich wie Greiser, erging sich aber auch nicht in Untergangsphantasien wie Hanke oder Goebbels, der es zum Kriegsziel erklärte, Widerstand um jeden Preis zu leisten und den Russen einen möglichst hohen Blutzoll abzuverlangen.¹⁸¹ Auch Hitlers pseudodarwinistische Rassenlehre, nach der das deutsche Volk sein Lebensrecht verwirkt habe, wenn es den Krieg verliere, blieb Koch fremd. Dieser Logik folgende Weisungen wie der berüchtigte „Nero-Befehl“ Hitlers vom 19. März 1945¹⁸², der vorsah, beim Rückzug die Lebensgrundlagen des „lebensunwerten“ deutschen Volkes zu vernichten, sind von Koch nicht bekannt. Während Hitler sich darum sorgte, seinen eigenen Untergang so zu gestalten, wie es dem Platz in der Weltgeschichte entsprach, der ihm seiner Meinung nach zukam, und an seinem Volk keinerlei Interesse mehr zeigte¹⁸³, versuchte Koch immerhin, einen Teil dieses Volkes in Sicherheit zu bringen.

Generell bleibt festzuhalten, dass die Stilisierung Kochs zum Inbegriff des gewissenlosen Parteibonzen, der die ihm anvertraute Bevölkerung

¹⁷⁸ Vgl. SCHWENDEMANN, Endkampf, S. 21, 24; DERS., Tod, S. 79-81; DERS., Zusammenbruch, S. 139-141; KABATH/ FORSTMEIER, S. 289f, 316, 345f, 365f, 372f; 1945, S. 231, Dokument 125; RENDULIC, S. 391f.

¹⁷⁹ Tagebücher Goebbels, II/15, S. 333-336, 8.2.45; S. 592, 23.3.45; SCHWENDEMANN, Menschen, S. 12; BA Berlin, NS 19/2068, „Meldungen aus dem Ostraum“, 17.3.45; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/580, Blatt 4f, Bericht Zerahn; Vgl. BEEVOR, S. 91; Bormann Letters, S. 178.

¹⁸⁰ BA Berlin, NS 19/2606, Hellwig an RFSS, 12.2.45; Hellwig an Dargel, 14.2.45; BIRN, S. 110.

¹⁸¹ Vgl. Tagebücher Goebbels, II/15, S. 190, 23.1.45; S. 205, 24.1.45; S. 219, 25.1.45; S. 228, 26.1.45; S. 230, 26.1.45; S. 274, 30.1.45; S. 285, 31.1.45; S. 353, 10.2.45; S. 358, 11.2.45; S. 494, 13.3.45; S. 551, 21.3.45; S. 579, 23.3.45; S. 592, 25.3.45.

¹⁸² 1945, S. 210f, Dokument 105; Vgl. KERSHAW, Hitler II, S. 1014.

¹⁸³ Vgl. KERSHAW, Hitler II, S. 1011f, 1042f; BEHRENBECK, S. 580-591.

durch seine Ignoranz und wider bessere Ratschläge der Militärs und vieler Verwaltungsbeamter ins Verderben führte, durchaus einen wahren Kern enthält. Die Untätigkeit des Gauleiters und seiner Dienststellen im Vorfeld der russischen Offensive ist ebenso wie die viel zu spät angesetzte Räumung der bedrohten Gebiete als Hauptursache für das Leid der Flüchtlinge anzusehen. Allerdings darf darüber nicht vergessen werden, dass Koch nicht der alleinige Verantwortliche war. Der Gauleiter bot sich jedoch durch seine tatsächlich große Verantwortung und dadurch, dass er nach dem Krieg kaum Möglichkeiten hatte, sich in der Öffentlichkeit zu äußern, für die Versuche der anderen Entscheidungsträger, sich selbst als möglichst unbelastet darzustellen, geradezu als Sündenbock an. In der Nachkriegsliteratur, die sich vor allem auf die Erinnerungen der Beteiligten stützte, führte dies zu einer regelrechten Dämonisierung des ostpreußischen Gauleiters.¹⁸⁴

Der einzige, dem im Nachhinein eine ähnlich große Verantwortung wie Koch zugesprochen wurde, war Hitler. Glaubt man den Erinnerungen des Oberbefehlshabers der Heeresgruppe Nord, Rendulic, so gelang es diesem zwar, Koch in seine Schranken zu verweisen und eine fruchtbare Zusammenarbeit herbeizuführen, bei Hitler konnte er sich jedoch nicht durchsetzen. Außerdem habe der „Führer“ die Räumung des Brückenkopfes in Heiligenbeil – eine Forderung, die auch Koch vertrat – zu lange hinausgezögert.¹⁸⁵ Die letzten Reste der 4. Armee wurden erst am 28./29. März 1945 abgezogen, als ihre vollständige Vernichtung absehbar war.¹⁸⁶

Damit war das erste der drei noch von den Deutschen gehaltenen ostpreußischen Gebiete gefallen. Die beiden anderen Territorien bildeten zeitweise eine Einheit, nachdem die Wehrmacht in einer vom 19. bis zum 24. Februar 1945 dauernden Offensive eine Verbindung zwischen Königsberg und Pillau hergestellt hatte. Dabei wurden in dem Königsberger Vorort Methgethen Massaker der Roten Armee entdeckt, die von Kochs

¹⁸⁴ Bezeichnend eine Bildunterschrift in LASS, nach S. 256: „Der Mann, der die Schuld am Schicksal der ostpreußischen Zivilbevölkerung trägt: ‚Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar‘ Erich Koch.“ Vgl. DIECKERT/ GROßMANN, S. 33, 41-45, 67, 74f, 77f, 111, 115, 119; LASCH, S. 28, 31-33, 36, 76; TIPPESKIRCH, S. 631; HILLGRUBER, Untergang, S. 37; GUSOVIVUS, S. 686; BLOCKSDORF, S. 80-82, 99; DE ZAYAS, Anmerkungen, S. 105; THORWALD, Flucht, S. 25-27, 40-42, 128-133, 149-151, 169, 202; BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 151-156, Erklärung Dethleffsen, 23.11.49; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/523, diverse Berichte; Ost-Dok 8/529, Bericht Dethleffsen; KABATH/ FORSTMEIER, S. 426; SCHWENDEMANN, Strategie, v.a. S. 237, 241-244; DERS., Zusammenbruch, S. 126, 140f, 144; DERS., Menschen, passim; DERS., Tod, passim.

¹⁸⁵ RENDULIC, S. 390; Vgl. KABATH/ FORSTMEIER, S. 328, 361f; Tagebücher Goebels, II/15, S. 592, 25.3.45.

¹⁸⁶ SCHWENDEMANN, Endkampf, S. 16.

Verwaltung sofort propagandistisch ausgeschlachtet wurden. Das Geschehene wurde überall unter dem Motto „Rache für Methgethen“ plakatiert, die „Preußische Zeitung“, mittlerweile kostenlos verteilte „Kampfzeitung der Festung Königsberg“ und von Koch per Presseanweisung auf reine Durchhaltepropaganda verpflichtet, berichtete ausführlich und in allen grausigen Details. „Rache für Methgethen“ war auch der Titel einer schnell aufgelegten Broschüre, in der die Grausamkeiten aufgelistet wurden. Der Gauleiter steuerte dazu das Vorwort bei.¹⁸⁷

Koch drängte jetzt darauf, die Zivilbevölkerung aus Königsberg – noch circa 150 000 Personen – in das Samland zu evakuieren und sie von dort aus weiter in den Westen zu verschiffen. In den folgenden Wochen wurden etwa 100 000 Menschen ins Samland gebracht, was die Reste der Verwaltung allerdings völlig überforderte. Zudem wurde am 8. März der Abtransport von Flüchtlingen aus Pillau eingestellt, da die Rote Armee eine Offensive gegen Danzig führte und daher der Evakuierung der dortigen Flüchtlinge Priorität beigemessen wurde. Die Ostpreußen mussten im überfüllten Samland ausharren, wo es an Versorgungsgütern und Unterkünften fehlte und die Lebensbedingungen immer unerträglicher wurden. Viele Flüchtling kehrten daher trotz einer von Koch verfügten Sperrung der Straßen in die Provinzhauptstadt zurück, da sich dort das alltägliche Leben im Rahmen des Möglichen normalisiert hatte.¹⁸⁸

Es war der Gauleiter, der sich in dieser Situation im Führerhauptquartier für die Wiederaufnahme der Evakuierungen einsetzte. Trotz Einwänden von Marinechef Dönitz konnte er mit Unterstützung Bormanns am 27. März 1945 Hitler für sich gewinnen, indem er argumentierte, es sei militärisch notwendig, 50 000 Flüchtlinge, die bei einer „überraschenden Lageentwicklung“ zwischen Pillau und dem Feind stehen würden, ab-

¹⁸⁷ PrZ Nr. 45, 25.2.45; Nr. 46, 26.2.45; Nr. 48, 28.2.45; Nr. 54, 6.3.45; Vgl. Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 37E, 136-138; GROEBEN, Dienst, S. 280-286; KABATH/ FORSTMEIER, S. 334-344; BIDLINGMAIER, S. 62-64; LUCAS-BUSEMANN, S. 99f; Vertreibung und Vertreibungsverbrechen, S. 146-148; LASS, S. 215-218; LASCH, S. 74; DE ZAYAS, Anmerkungen, S. 67-71; DERS., Flucht, S. 134; BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 101-105, Aussage Baltrusch, 25.7.49; 1909g, Blatt 123, Aussage Wegener, 28.11.49; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/591, Blatt 48, Bericht Heysing.

¹⁸⁸ BA Berlin, R 1501/134, Hoffmann an Reichsinnenministerium, 18.2.45; NS 19/2068, „Meldungen aus dem Ostraum“, Februar/ März 1945; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/518, Blatt 5, Bericht Brenke; Ost-Dok 8/580, Blatt 4, Bericht Zerahn; Ost-Dok 8/588, Blatt 9, Bericht Will; BA Koblenz, Z 42 IV 1909b, Blatt 381, Aussage Gollnick, 2.8.49; 1909e, Blatt 263-275, Aussage Franzke, 23.9.49; 1909g, Blatt 274, Aussage Rasch, 22.12.49; Vgl. GAUSE, Königsberg, S. 166f; GROEBEN, Dienst, S. 284f; LUSCHNAT, S. 27f; KABATH/ FORSTMEIER, S. 356, 374-376, 381; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 3E, 37E, 138f; BIDLINGMAIER, S. 58.

zutransportieren. Ab dem 31. März fanden wieder Seetransporte in größerem Umfang statt.¹⁸⁹

Aufgrund der negativen Entwicklung der Lage hielt es Koch wieder für angebracht, sich stärker Gehör zu verschaffen, zumal auch sein militärisches Pendant, mit dem er anscheinend ein auskömmliches Verhältnis gepflegt hatte, ausgewechselt worden war. Am 12. März war Generaloberst Rendulic zum Oberbefehlshaber der „Kurlandarmee“ ernannt worden, sein Nachfolger wurde der bisherige Oberbefehlshaber der 2. Armee, Generaloberst Walter Weiß. Ab diesem Zeitpunkt soll sich der Reichsverteidigungskommissar „stark in den Vordergrund geschoben“¹⁹⁰ haben. Seine Maßnahmen hätten allerdings, so Oberbürgermeister Will, in erster Linie dazu beigetragen, die Widerstandskraft der „Festung Königsberg“ zu schwächen – der Gauleiter sorgte durch Personalentscheidungen für noch größere Konfusion auf der Führungsebene. Bereits Ende Februar schickte er seinen Stellvertreter Großherr und zwölf Kreisleiter in die Stadt, außerdem maßte sich sein Beauftragter für das Samland, Kreisleiter Erich Mattes, dort Rechte an, die eigentlich dem Festungskommandanten zustanden. Die „Festung“, so Will, sei deswegen zum Zeitpunkt des russischen Angriffs nicht so gut vorbereitet gewesen, wie sie es hätte sein können.¹⁹¹

Den internen Querelen innerhalb der ostpreußischen Führung fiel auch Kochs Verbindungsmann in Königsberg zum Opfer. Kreisleiter Wagner wurde von seinem Gauleiter „degradiert“ – wahrscheinlich, weil er zusammen mit Festungskommandant Lasch dem Breslauer Gauleiter Hanke ein für die Propaganda bestimmtes Solidaritätstelegramm schickte. Stein des Anstoßes war dabei nicht der Inhalt des Telegramms – Wagner erging sich in den üblichen Durchhaltefloskeln und Hasstiraden. Aus dem Telegramm wurde aber deutlich, dass zwar in Breslau, nicht aber in Königsberg der Gauleiter die Verteidigung der „Festung“ persönlich leitete. Dies nahm Koch Wagner offenbar übel, zumal das Telegramm Hitler und Goebbels vorgelegt wurde, diese also geradezu auf den für Koch peinlichen Umstand gestoßen wurden.¹⁹² Eventuell spielte auch Wagners Kooperation mit der Wehrmacht eine Rolle. Koch jedenfalls soll die gute Zusammenarbeit, die

¹⁸⁹ KABATH/ FORSTMEIER, S. 374f.

¹⁹⁰ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/588, Blatt 5, Bericht Will; Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 201f, Erklärung Matzky, 29.11.49; KABATH/ FORSTMEIER, S. 363.

¹⁹¹ Ebd., S. 377f; Vgl. GROEBEN, Dienst, S. 286; EHRHARDT, S. 79-87; LASCH, S. 77, 124; LUCAS-BUSEMANN, S. 56f.

¹⁹² BA Berlin, NS 6/135, Funkspruch Wagner, undatiert; Aktennotizen für Reichsleiter Bormann, 3.3.45; Vgl. BA Bayreuth, Ost-Dok 8/584, Blatt 5, Bericht Wenzel; Ost-Dok 8/591, Blatt 55-57, Bericht Heysing, undatiert; SEIDLER, Volkssturm, S. 289.

Wagner hergestellt hatte, durch seine „hemdsärmeligen Methoden“¹⁹³ zerschlagen haben. Der Gauleiter konnte sich offenbar selbst in der Stunde der höchsten Not machtpolitische Manöver und kleinliche Eifersüchteleien nicht verkneifen.

Am 6. April, dem Tag, an dem der sowjetische Angriff auf Königsberg begann, befanden sich noch 50-100 000 Zivilisten in der Stadt, die schnell von den im Samland stehenden deutschen Verbänden abgeschnitten wurden. Die Beschießungen und Bombardierungen der Stadt richteten im bereits schwer zerstörten Königsberg ein Inferno an.¹⁹⁴ In der eingeschlossenen Metropole soll Koch nicht nur absurde Parolen – „Der Sieg ist unser – Königsberg wird das Grab der Bolschewisten“ – verbreitet haben, auf seine Veranlassung hin sollen Standgerichte noch bis zuletzt unter Kampf-unwilligen gewütet und zahlreiche Todesurteile vollstreckt haben. Allerdings wurden die Urteile im Normalfall vom Festungskommandanten Lasch bestätigt, eine direkte Beteiligung Kochs kann nicht nachgewiesen werden.¹⁹⁵

Der Gauleiter soll sich aber auch unauffälligerer Mittel bedient haben und Funktionäre, die in seinen Augen versagt hatten, quasi als Todesurteil kurz vor dem Fall der Gauhauptstadt dorthin befohlen haben.¹⁹⁶ In einem Fall soll er sogar für Todesurteile im Westen verantwortlich gewesen sein. Oberlandesgerichtspräsident Max Draeger und Oberstaatsanwalt Fritz Szellinski fuhren am 25. Januar 1945 zusammen nach Swinemünde – ihren Angaben zufolge, um die Evakuierung der Justizbehörden vorzubereiten. Koch, der angeordnet hatte, dass die Behördenleiter in Königsberg zu bleiben hätten, interpretierte diese Abreise als Fahnenflucht, was er auch im Rundfunk verbreiten ließ. Er soll deshalb durch Telegramme an Himmler und Reichsjustizminister Otto Thierack erwirkt haben, dass die beiden wegen „Wehrkraftzersetzung“ zum Tode verurteilt wurden.¹⁹⁷

¹⁹³ Tagebücher Goebbels, II/15, S. 592, 25.3.45; S. 674, 4.4.45; Vgl. LASCH, S. 43; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 263-275, Aussage Franzke, 23.9.49.

¹⁹⁴ SCHWENDEMANN, Endkampf, S. 17; DERS., Tod, S. 79; Dokumentation der Vertreibung I/2, S. 107; LUCAS-BUSEMANN, S. 59; LUSCHNAT, S. 30; EHRHARDT, S. 86f; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/588, Blatt 5, Bericht Will.

¹⁹⁵ LUCAS-BUSEMANN, S. 52-54, 59, 169; LASCH, S. 58f, 66; FRANZEN, S. 78-80; LUSCHNAT, S. 28; BITTER, S. 84-86; HUGO LINCK, Königsberg 1945-1948, Leer 1952, S. 10; MAMMACH, S. 87, 132; TILITZKI, Alltag, S. 62; SCHWENDEMANN, Zusammenbruch, S. 141; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 281; 1909b, Blatt 167; 1909d, Blatt 48, 184, 199f; 1909e, Blatt 263-275; 1909g, Blatt 13, 274, Aussagen 1949.

¹⁹⁶ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/584, Blatt 5, Bericht Wenzel.

¹⁹⁷ Draeger wurde am 20.4.45 hingerichtet, Szellinski beging Selbstmord (BA Koblenz, Z 42 IV 1909b, Blatt 100; 1909c, Blatt 193; 1909d, Blatt 43f; 1909e, Blatt 256, 311-317; 1909f, 27-30, 102; 1909g, Blatt 83, 247-250, Aussagen 1949; GROEBEN, Provinz, S. 257).

Am Schicksal der Stadt änderten derartige Maßnahmen nichts. Selbst die militärische Führung glaubte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr, Königsberg wirkungsvoll verteidigen zu können. Festungskommandant Lasch beantragte am 7. April, Königsberg aufgeben und sich mit der Bevölkerung Richtung Pillau absetzen zu dürfen, was ihm vom Armeeoberkommando aber ebenso wie von Koch verweigert wurde. Koch führte psychologische Gründe an: In einer solchen Situation kapituliere man nicht so einfach, das sei eine Frage der Ehre, nicht der „Macht“. ¹⁹⁸ Auf Bitten seines Stellvertreters Großherr, der in Königsberg geblieben war, setzte er sich schließlich doch beim ostpreußischen Oberkommando für einen Ausbruchversuch ein, mit dem die Zivilbevölkerung evakuiert werden sollte. ¹⁹⁹

Damit hatte er jedoch nur teilweise Erfolg, denn Generaloberst Weiß gestattete am 8. April nur einen Ausbruch mit geringen Kräften, der im sowjetischen Artilleriefeuer scheiterte. Viele Zivilisten fanden den Tod, darunter auch Großherr, Kreisleiter Wagner und der ehemalige Polizeichef, SA-Obergruppenführer Schoene. ²⁰⁰ General Lasch, der nun keine Illusionen mehr über Ausbruchs- oder Entsatzmöglichkeiten hegte, bereitete daraufhin die Kapitulation vor. Am 9. April übergab er die Stadt, als die sowjetischen Soldaten bereits vor seinem Befehlsbunker am Paradeplatz standen. ²⁰¹

Laschs Entscheidung war unumgänglich, aber keineswegs unumstritten. Selbst im zu weiten Teilen völlig zerstörten Königsberg, wo nur noch realitätsblinde Fanatiker auf eine Wende des Kriegsglückes hoffen konnten und bereits Zehntausende Zivilisten und Soldaten in den Kämpfen ums Leben gekommen waren, gab es Widerstand gegen die Kapitulation. ²⁰² Aber auch das Führerhauptquartier reagierte. Der ostpreußische Oberbefehlshaber Weiß, der erst im Nachhinein von Laschs Kapitulation erfahren hatte, wurde nach Berlin bestellt, wo ihm sein Kommando entzogen und ein Verfahren angedroht wurde. Den Oberbefehl in Ostpreußen übernahm der bisherige Befehlshaber der 2. Armee, General Dietrich von Saucken. ²⁰³ Auch gegen Lasch wurde ein Verfahren eröffnet, er wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt, seine Familie in Sippenhaft genommen.

¹⁹⁸ KOCH, Interview, S. 50.

¹⁹⁹ LASCH, S. 95.

²⁰⁰ Ebd., S. 64, 94-101; KISSEL, S. 145; GAUSE, Königsberg, S. 162; DIECKERT/ GROßMANN, S. 158, 178-180.

²⁰¹ KABATH/ FORSTMEIER, S. 381-384.

²⁰² Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 37E; SCHWENDEMANN, Strategie, S. 241; LUCAS-BUSEMANN, S. 56, 59-61, 75-79, 86; LASCH, S. 78-82, 86, 95, 103-114; WIECK, S. 23; LASS, S. 288-292; GAUSE, Königsberg, S. 169; LUSCHNAT, S. 30; WILFRIED VON OVEN, *Finale Furioso*, Tübingen 1974, S. 636.

²⁰³ DIECKERT/ GROßMANN, S. 182; KABATH/ FORSTMEIER, S. 383-385.

Auslöser dieses Verfahrens soll wiederum ein Telegramm Kochs gewesen sein, diesmal mit dem Wortlaut:

„Der Befehlshaber von Königsberg, Lasch, hat einen Augenblick meiner Abwesenheit aus der Festung benutzt, um feige zu kapitulieren. Ich kämpfe im Samland und auf der Nehrung weiter.“²⁰⁴

Auch die Existenz dieses Telegramms ist nicht gesichert. Lasch war Kommandant einer der beiden „Festungen“, die Goebbels zu den Symbolen des Widerstandswillens im Osten hochstilisiert hatte, außerdem veröffentlichten die Sowjets ein Schreiben des Generals, in dem er dazu aufrief, die Waffen niederzulegen. Unabhängig davon, ob die Russen dafür einen Brief Laschs an Müller umgeschrieben hatten, wie Lasch behauptete, oder ob das Schreiben authentisch war, in der exponierten Lage, in der sich Lasch befand, war ein derartiger Brief Grund genug, ein Verfahren gegen ihn einzuleiten. Dafür bedurfte es nicht noch eines Telegramms des Gauleiters.²⁰⁵ Überdies wurde das Urteil im Wehrmachtsbericht in der Meldung vom Fall Königsbergs erwähnt, was darauf hindeutet, dass das Verfahren nicht einer Intrige des Gauleiters entsprang, sondern der Absicht Hitlers, „angesichts der an allen Fronten laufenden Endkämpfe den Kommandeuren ein Warnsignal“²⁰⁶ zu geben.

Andererseits griff der Gauleiter auch nach dem Fall Königsbergs die Wehrmacht an. Er soll sich, auf seine Verbindung zu Bormann gestützt, ständig in militärische Dinge eingemischt und sogar eine Landungsoperation in Cranz vorgeschlagen haben. Von Nutzen war er den Militärs nur dadurch, dass er in Berlin Munitionsanforderungen stellte, die wegen zu geringer Produktionsmengen aber nicht erfüllt werden konnten.²⁰⁷ Hitler selbst soll er am 14. April letztmalig aufgesucht haben. Der „Führer“ habe ihn umarmt und mit der Bemerkung „Ja, Ja, es ist wieder Kampfzeit!“²⁰⁸ empfangen.

²⁰⁴ DIECKERT/ GROßMANN, S. 182; Vgl. THORWALD, Flucht, S. 166; TIPPELSKIRCH, S. 631; LASS, S. 291, 301; BLOCKSDORF, S. 99; RAUTENBERG, S. 120; GROEBEN, Dienst, S. 243; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/591, Blatt 59, Bericht Heysing.

²⁰⁵ Vgl. Tagebücher Goebbels, II/15, S. 602, 27.3.45; Buch Hitler, S. 313; BA Bayreuth, Ost-Dok 8/523, Blatt 39, Abschrift Schreiben Lasch, undatiert; LASCH, S. 117; TIPPELSKIRCH, S. 631; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 216, Aussage Koch, 22.9.49.

²⁰⁶ SCHWENDEMANN, Endkampf, S. 17; Vgl. DERS., Strategie, S. 241; LASCH, S. 104-114; DIECKERT/ GROßMANN, S. 222.

²⁰⁷ KABATH/ FORSTMEIER, S. 270, 272; Vgl. Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940-1945, Band 4, Frankfurt/ Main 1963, S. 1628, 16.4.45; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 30, Aussage Koch, 17.6.49; 1909f, Blatt 268, Gehret an Ankläger Bielefeld, 24.10.49.

²⁰⁸ OVEN, S. 636; Vgl. SCHENK, Hitlers Mann, S. 258.

Der Diktator konnte Koch jedoch nicht mehr helfen. Nur wenige Tage nach dem Fall Königsbergs griff die Rote Armee auch im Samland an. General von Saucken zog seine Einheiten vor Fischhausen zusammen, um den Sowjets den Weg nach Pillau, das als wichtiger Seehafen gehalten werden sollte, zu verlegen. Damit gab er aber die bisher von der Wehrmacht noch gehaltenen Teile des Samlandes weitgehend auf, obwohl sich dort noch Zehntausende Flüchtlinge aufhielten. Kreisleiter Matthes rief sie zwar zur Flucht auf, aber es war nicht nur völlig unmöglich, so viele Menschen in so kurzer Zeit zu evakuieren, viele zogen es auch vor, auf die Rote Armee zu warten, als sich zusammen mit den abziehenden Truppen erneut in Gefahr zu begeben. Ein großer Teil der wohl noch 100 000 Flüchtlinge im Samland blieb daher zurück.²⁰⁹ Die Evakuierung von Zivilisten aus dem Raum Pillau wurde erst am 25. April eingestellt, was zu diesem Zeitpunkt Kochs Adlatus Bruno Dzubba organisierte. Dabei entstand nicht zum ersten Mal Streit zwischen den militärischen und den zivilen Dienststellen, ob der Abtransport von Verwundeten oder der von Flüchtlingen Priorität habe.²¹⁰

Oberpräsident Koch hatte seinen Behördenleitern bereits unmittelbar nach der Kapitulation Königsbergs freigestellt, Ostpreußen zu verlassen, zugleich jedoch hinzugefügt „aber ein Schuft ist, wer mich verlässt.“²¹¹ Er selbst kehrte der Provinz am 24. April mit dem Flugzeug den Rücken. Auf der Halbinsel Hela stieg er auf den Eisbrecher „Ostpreußen“ um, mit dem er über Dänemark nach Flensburg floh. Die letzte noch in deutscher Hand befindliche Stadt seines Gaues, Pillau, wurde am Tag nach seinem Abflug weitgehend von der Roten Armee eingenommen.²¹² Einen weiteren Tag später landeten die sowjetischen Soldaten auch auf der Frischen Nehrung. Es kann also keine Rede davon sein, dass Koch viel zu früh aus seinem Gau floh, er zog sich vielmehr gleichzeitig mit den letzten Wehrmachtsstäben aus Ostpreußen zurück. Der ehemalige Reichsverteidigungskommissar benutzte diesen Umstand später zu seiner Rechtfertigung und betonte, er habe „als letzter Leiter einer Behörde oder Leiter eines Stabes“ ostpreußischen Boden verlassen, und das erst, als „sich zwischen mir und den Russen keine geschlossene Deutsche Front mehr befand, sondern nur noch einzelne versprengte deutsche Soldaten.“ Er habe sogar einen bereits zwei

²⁰⁹ GROEBEN, Dienst, S. 120; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 138f; KABATH/ FORSTMEIER, S. 388.

²¹⁰ KABATH/ FORSTMEIER, S. 394; SCHWENDEMANN, Endkampf, S. 21; LUSCHNAT, S. 25; BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 90, Aussage Koehler, 28.9.49.

²¹¹ BA Bayreuth, Ost-Dok 8/580, Blatt 5, Bericht Zerahn.

²¹² KABATH/ FORSTMEIER, S. 403; BIDLINGMAIER, S. 69; Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 19E; DIECKERT/ GROßMANN, S. 196; Handbuch der Geschichte, S. 42-48.

Wochen vor seiner Abreise ergangenem Befehl Hitlers, sich mit seinem Stab abzusetzen und nach Berlin zu kommen, ignoriert, um „bis zum Schluss“²¹³ in Ostpreußen zu bleiben.

Kochs Verhalten unterschied sich kaum von dem der anderen Gauleiter – die meisten von ihnen, gleich, ob im Westen oder im Osten, setzten sich rechtzeitig aus der Kampfzone ab und versuchten, sich in Sicherheit zu bringen. Die, denen es aufgrund des Frontverlaufs noch möglich war, machten sich in Richtung des „Berghofes“ auf. Sie hofften, in der „Alpenfestung“ noch einige Tage in Freiheit verbringen zu können. Lediglich ein Gauleiter starb im Kampf.²¹⁴ Hitlers Stellvertreter in Ostpreußen hielt es vergleichsweise lange in seinem Gau aus und begab sich sogar in größere Gefahr als die meisten seiner Kollegen. Dennoch: Am Ende seiner politischen Laufbahn stand ein Makel, keine nationalsozialistische Heldentat. Die alte preußische Krönungsstadt Königsberg war durch die britischen Luftangriffe und die Kampfhandlungen zwar untergegangen, aber nicht so, wie es den nationalsozialistischen Vorstellungen eines solchen Fanals entsprach. Die Stadt und mit ihr der Gau hatten kapituliert, anstatt bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen. Der Gauleiter, der sich und seinem „Führer“ diesen Gau erkämpft hatte, hatte es nicht verstanden, seinen „Hoheitsbereich“ auch für Führer und Volk zu verteidigen. Seine Pflicht, bis zum letzten auszuhalten und kämpfend unterzugehen, hatte er nicht erfüllt. Allein die Tatsache, dass Koch noch lebte, während sein Gau sich vollständig in den Händen des Feindes befand, belegte gemäß den Grundsätzen des nationalsozialistischen Selbstverständnisses sein Versagen.

Hitler hielt sich konsequent an die Implikationen dieses Selbstverständnisses. In seiner letzten politischen Entscheidung, der Regelung seiner Nachfolge und der Einsetzung einer neuen Regierung, „belohnte“ er diejenigen mit Ämtern, die gleich ihm bis zuletzt dem fanatischen Kampf gehuldigt hatten. Bisherige Vertraute wie Speer, Himmler oder Göring, die es gewagt hatten, Friedensfühler in Richtung des Gegners auszustrecken oder Zerstörungsbefehle nicht auszuführen, wurden keine Ämter mehr zuerkannt. Statt dessen sollten Dönitz und Goebbels, die beide Hitler in seinem unnachgiebigen Beharren auf den Kampf bis zuletzt bestätigt hatten, Reichspräsident und Reichskanzler werden. Generalfeldmarschall Schörner,

²¹³ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 30, Aussage Koch, 17.6.49; KOCH, Interview, S. 49f; KABATH/ FORSTMEIER, S. 403; Buch Hitler, S. 313-315; LASS, S. 316.

²¹⁴ Vgl. STEPHAN LINCK, „Festung Nord“ und „Alpenfestung“, in: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg, hg. v. GERHARD PAUL/ KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Darmstadt 2000, S. 569-595, hier S. 574-579; YELTON, S. 144-148; Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, hg. v. HERMANN WEIß, Frankfurt/ Main 1998, S. 105, 231f; KARL HÖFFKES, Hitlers politische Generale, Tübingen 1986, S. 54-56, 155f.

ebenfalls ein Durchhaltefanatiker, wurde der Oberbefehl über das Heer übertragen. Gauleiter und SS-Gruppenführer Hanke, der das völlig zerstörte Breslau noch immer verteidigen ließ, ernannte Hitler zum „Reichsführer SS“. Aber auch Hanke ging nicht mit seiner Gauhauptstadt unter – als die Kapitulation auch in Breslau unausweichlich wurde, setzte er sich ab. Er soll auf der Flucht ums Leben gekommen sein.²¹⁵

Dem ostpreußischen Gauleiter blieb die Belohnung durch ein Ministeramt oder ähnliches verwehrt, obwohl auch er seinem „Führer“ bis zuletzt treu geblieben war. Zu Beginn seines politischen Wirkens war er des öfteren dadurch aufgefallen, dass er seinem „Führer“ auf eine eigenwillige Weise „entgegengearbeitet“ hatte. Mit seinen Verbindungen zu Gregor und Otto Straßer und der Propagierung einer eigenen „Ostideologie“ hatte er Positionen vertreten, die nicht zu den Ansichten Hitlers gepasst hatten, und die zu seinem Ausschluss aus der Partei hätten führen können – gleichzeitig hatte er durch seine Erfolge beim Aufbau der Partei, an den Wahlurnen und in der Wirtschaftspolitik aber auch nicht unerheblich dazu beigetragen, dass die „Bewegung“ an die Macht gelangen und diese konsolidieren konnte. Seine auch ideologische Anpassung an den obersten Parteiführer ab der Mitte der dreißiger Jahre führte ihn schließlich auf den Höhepunkt seiner Macht, als er als Besatzungspolitiker ein Reich übertragen bekam, das von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichte.

Im Schlussakt seiner Karriere blieb er zunächst in der Gedankenwelt Hitlers verhaftet und gehörte mit zu denen, die versuchten, die vorletzte Konsequenz des von Hitler propagierten Rassenkrieges Wirklichkeit werden zu lassen, noch bevor der „Führer“ dies selbst initiierte – die Mobilisierung des gesamten Volkes zum Kampf bis zum Untergang. Der „nationale Sozialist“ sah es als selbstverständlich an, dass jedes einzelne Glied des Volkskörpers bereit war, sein Letztes zu geben, um die heilige Volksgemeinschaft zu retten. Den im sozialdarwinistischen Weltbild Hitlers darauf logisch folgenden letzten Schritt wollte er aber nicht gehen.

Durch sein Vorgehen in der Ukraine hatte Koch zwar bewiesen, dass er keine Skrupel hatte, den im Krieg Unterlegenen jegliches Lebensrecht abzusprechen und auch demgemäss zu handeln, in dem Moment aber, in dem diese Ideologie die Vernichtung des eigenen Volkes vorsah, weil dieses sich als das schwächere erwiesen hatte, war er nicht mehr bereit, seinem „Führer“ zu folgen und den totalen Untergang des deutschen Volkes zu zelebrieren. Damit stellte er sich außerhalb des engsten Kreises um Hitler, denn er versäumte es, in Ostpreußen ein Fanal zu setzen und die Untergangsphantasien seines Herrn und Meisters mit einem Paukenschlag

²¹⁵ MÜLLER/UEBERSCHÄR, S. 173-177; KERSHAW, Hitler II, S. 1055-1057; Tagebücher Goebbels, II/15, S. 692, 9.4.45.

Wirklichkeit werden zu lassen. Im Testament des „Führers“ fand er folgerichtig keine Erwähnung.

11. „*LAST OF THE WAR CRIMINALS*“¹ – 1945 – 1986

Kochs Flucht mit der „Ostpreußen“ geriet zum Auftakt einer Legendenbildung um den ostpreußischen Gauleiter, deren Ergebnis sich bis heute durch die Literatur zieht. Ihren Ursprung hatten diese Legenden darin, dass die Ostpreußen sich von ihrem Parteiführer nicht nur verraten, sondern geradezu verhöhnt fühlten. Die „feige Flucht“ Kochs wurde dabei als Höhepunkt einer ganzen Reihe von „Verbrechen“ am „ostpreußischen Volk“ gesehen. Zunächst habe er die ihm anvertraute Bevölkerung über die durch die Rote Armee drohenden Gefahren getäuscht und sie durch den Stellungsbau und seine Propaganda in Sicherheit gewiegt. Die rechtzeitige Evakuierung habe er aus Dünkel und Machtgier verhindert, sich selbst aber in Sicherheit gebracht. In Pillau-Neutief habe er im Luxus gelebt, während die Bevölkerung unter ständiger Lebensgefahr habe darben müssen. Die meisten Ostpreußen brachen bereits angesichts der Umstände, unter denen sich das Kriegsende in ihrer Heimat vollzog, mit der politischen Führung, die Diskrepanz zwischen der eigenen Fluchterfahrung und dem, was über das Verhalten und den Lebensstandard des Gauleiters in dieser Zeit publik wurde, machte Koch aber endgültig zur verhasstesten Figur in der ostpreußischen Geschichte.

Auch über die Umstände von Kochs Flucht wurden zahlreiche Gerüchte in Umlauf gesetzt. Während Zehntausende auf der Flucht unter grauenhaftesten Umständen ums Leben gekommen seien, so wurde kolportiert, sei er wie auf einer Kreuzfahrt in den rettenden Westen gedampft. Diese Darstellung war in ihren Grundzügen nicht falsch, aber deutlich übertrieben. Von hübschen ukrainischen Studentinnen war die Rede und von obskuren Kisten, die in Pillau verladen worden seien. Außerdem wusste der Volksmund von Windhunden, einem Mercedes und von Unmengen an Spirituosen und Luxusgütern, die die „Ostpreußen“ transportiert habe, zu berichten. Mindestens 400 Flüchtlinge hätten auf dem Schiff noch Platz gehabt, so ein Vorwurf, Koch habe deren Mitnahme aber verboten. Selbst von den Maschinisten habe er verlangt, dass sie ihre Frauen und Kinder wieder von Bord schickten, dem Kapitän habe er mit Erschießen gedroht. Zuvor sei

¹ REITLINGER, Last, S. 31.

der Eisbrecher, ebenso wie sein Schwesterschiff, die „Pregel“, monatelang unter Dampf im Hafen gelegen, um jederzeit für die Flucht des Gauleiters bereitzustehen. Für die Evakuierung der Bevölkerung seien die beiden Schiffe damit ausgefallen.²

Tatsächlich wurden die beiden Eisbrecher bis zum 23. April 1945 zum Abtransport von Flüchtlingen eingesetzt, erst danach gingen Koch und sein Stab, etwa 25 Personen, darunter Knuth, Dargel, Oppermann, Dzubba und SS-Gruppenführer Otto Hellwig, in Hela an Bord. Die „Ostpreußen“ war mit der Entourage des Gauleiters, der Besatzung und einigen Flak-Soldaten bis an ihre Kapazitätsgrenze beladen. Am 27. April stach der Eisbrecher Richtung Rügen in See, wo er am 29. April Saßnitz anlieh. Weil dort Gefahr durch die Rote Armee drohte, ging die Fahrt am 30. April nach Kopenhagen weiter. Im dortigen Hafen blieb die „Ostpreußen“ vom 1. bis zum 5. Mai liegen. Koch quartierte sich während dieser Zeit an Land ein und nahm angeblich Kontakt zum „Reichsbevollmächtigten“ in Dänemark, SS-Obergruppenführer Werner Best, auf. Er verlangte von diesem, als Inspekteur für die ostpreußischen Flüchtlinge in Dänemark ausgestattet zu werden, wofür er mehrere Fahrzeuge anforderte.³ Offensichtlich konnte er bei Best nichts erreichen, denn als die „Ostpreußen“ nach Flensburg weiterfuhr, war der ehemalige Gauleiter wieder mit an Bord.

Entgegen allen Legenden soll sich Koch auf dem Schiff wenig diktatorisch verhalten haben.⁴ Die Parteifunktionäre waren vielmehr damit beschäftigt, die verschiedensten Verkleidungen, mit deren Hilfe sie in eine andere Identität schlüpfen wollten, zu testen. Sie schreckten dabei nicht davor zurück, die Besatzung und auch sich selbst gegenseitig zu bestehlen, vor allem Fahrräder sollen sehr begehrt gewesen sein. Koch soll dagegen versucht haben, die Regierung Dönitz für seine Zwecke einzuspannen. Von ihr verlangte er angeblich die Bereitstellung eines Unterseebootes, das ihn zusammen mit dem Schleswig-Holsteinischen Gauleiter Lohse nach Süd-

² Vgl. Wir Ostpreußen, 1.7.49, S. 3-6; 15.7.49, S. 10; Hamburger Abendblatt, 27.7.49; BA Bayreuth, Ost-Dok 4/43, Blatt 17, 198, Bericht ohne Autor; Ost-Dok 8/523, diverse Berichte; Ost-Dok 8/532, Blatt 7, Bericht Grosse; BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, 36, 77, 79; 1909b, Blatt 372-374; 1909f, Blatt 32; 1909g, Blatt 30, 206, 274, Aussagen, 1949; DE ZAYAS, Anmerkungen, S. 105; THORWALD, Flucht, S. 132, 143, 149, 169-174; OVEN, S. 635-637.

³ BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 76, Aussage Herrlitz, 19.7.49; 1909e, Blatt 25-27, Aussage Henschel, 26.9.49; 1909g, Blatt 130, Aussage Semmling, 30.11.49; Blatt 131, Aussage Semmling, 8.5.46; Blatt 133, Aussage Klement, 1.12.49; Vgl. BLOCKSDORF, S. 133; CASPER, S. 380.

⁴ BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 24, Aussage Henschel, 26.9.49; 1909g, Blatt 130, Aussage Semmling, 30.11.49; Blatt 133, Aussage Klement, 1.12.49.

amerika bringen sollte.⁵ Da er dieses nicht erhielt, und er sich auch nicht den Siegermächten ausliefern wollte, tauchte er unter. Er ließ sich falsche Papiere ausstellen und gab sich fortan als „Major Rolf Berger“ aus. Seinen Mercedes, der nicht zu seiner Tarnung passte, musste er zurücklassen, statt dessen benutzte er ein Fahrrad. Sein unzeitgemäßes Hitler-Bärtchen rasierte er ab, zur weiteren Tarnung trug er eine Brille.⁶ Dies schützte ihn tatsächlich vor der Entdeckung, denn als er noch in Schleswig-Holstein von einem englischen Kommando aufgegriffen wurde, wurde er nicht verhaftet, sondern in dem ehemaligen Arbeitsdienstlager Wolfsberg bei Hasenmoor in der Nähe Hamburgs einquartiert.

Nach Auflösung des Lagers blieb Koch in der dazugehörigen Gemeinde. Er mietete sich in einem abgelegenen Haus ein, in dem noch weitere Flüchtlinge untergebracht waren. Koch musste seine Tarnung aufrechterhalten, denn er wurde nicht nur als Kriegsverbrecher gesucht⁷, seine Person spielte auch während des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher in den Verhandlungen gegen Alfred Rosenberg eine gewichtige Rolle. Der ehemalige Ostminister, seine Verteidiger und seine Entlastungszeugen waren bemüht, Koch für die dem Minister angelasteten Grausamkeiten verantwortlich zu machen. Rosenberg, so die Argumentation, habe eine humane Besatzungspolitik gefordert, sein Reichskommissar habe sich jedoch immer wieder über seine Direktiven hinweggesetzt. Der Minister sei zwar bei jedem Übergriff eingeschritten, da der „alte Gauleiter“ aber im Gegensatz zu ihm über Rückhalt beim „Führer“ verfüge, habe Rosenberg sich nicht gegen ihn durchsetzen können. Zur Untermauerung dieser Thesen wurde sein Streit mit Koch ausführlich dokumentiert.⁸

Ähnlich argumentierte auch der ebenfalls angeklagte „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz“, Fritz Sauckel. Von Kochs Vorgehen bei der von ihm, Sauckel, auf Befehl des „Führers“ veranlassten Rekrutierung der Arbeitskräfte habe er erst durch Rosenberg erfahren. Er habe es missbilligt und zusammen mit Rosenberg versucht, auf Koch einzuwirken, habe aber nichts erreichen können, da Koch ihm nicht unterstanden habe. Selbst auf seine eigenen Werbekommissionen habe er den Einfluss verloren, da

⁵ ORLOW, History II, S. 482; ALBERT SPEER, Erinnerungen, Frankfurt/ Main 1969, S. 498; GERHARD PAUL, Landunter, Münster 2001, S. 364; Vgl. HOLGER M. MEDING, Flucht vor Nürnberg?, Köln u.a. 1992, S. 56-66.

⁶ Die Welt, 27.5.49.

⁷ IPN Warschau, SWWW 749, Blatt 263, Steckbrief Koch; Die Welt, 27.5.49; HEINER WEMBER, Umerziehung im Lager, Essen 1991, S. 27.

⁸ Vgl. IMT, Bd. 11, S. 57-59, 135, 534f, 553-558, 568-570, 587f, 600-605, 635-637, 649; Bd. 15, S. 194, 211; Bd. 18, S. 86, 90-93; PIPER, S. 624, 631f; PETER STEINBACH, Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, in: Der Nationalsozialismus vor Gericht, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Frankfurt/ Main 1999, S. 32-44.

diese während ihres Aufenthaltes in der Ukraine der Arbeitsverwaltung des Reichskommissars unterstellt gewesen seien.⁹

Sauckels ehemalige Mitarbeiter, aber auch Generalfeldmarschall Erich von Manstein und der Ministerialdirektor im Propagandaministerium, Hans Fritzsche, stützten diese Darstellung. Fritzsche machte Koch sogar für die Massenerschießungen in der Ukraine verantwortlich, er habe dafür SS-Einheiten gegen den Willen Himmlers und Heydrichs „mißbraucht“¹⁰. Der ehemalige Chef des Wehrmachtführungsstabes, Generaloberst Alfred Jodl, benannte explizit Himmler und Koch als diejenigen, die die brutalen Methoden der Besatzungspolitik geprägt hätten. Die übrige Verwaltung habe versucht, diese abzumildern.¹¹

Die Stilisierung Kochs zum Sündenbock, die bereits während der zweiten Kriegshälfte eingesetzt hatte, wurde jetzt vor den Schranken des Internationalen Militärtribunals fortgesetzt. Ähnlich wie bei den Vorwürfen, die ihm bezüglich der Evakuierung der ostpreußischen Zivilbevölkerung gemacht wurden, waren auch in diesem Fall die Anschuldigungen keinesfalls unbegründet, schließlich lag die Verantwortung für einen Großteil der Geschehnisse in der Ukraine tatsächlich beim Reichskommissar. Der Gerichtshof trug dieser Tatsache Rechnung und benutzte Kochs „drakonische, unmenschliche Maßnahmen“¹² sowie seine Reden und Anordnungen dazu, die Absichten der NS-Führung im Osten zu belegen. Besonders wichtig war dem Gericht dabei, zu zeigen, dass die Führungsspitze des Dritten Reiches diese Planungen einheitlich unterstützt und sich damit zur Begehung von Kriegsverbrechen verschworen habe. So sei das Ziel, die Beseitigung der „lebendigen Kräfte“ Polens, von Hitler ausgegeben worden, woraufhin Generalgouverneur Frank „die Melodie“ aufgegriffen und vorgeschlagen habe, aus den unnütz sich „herumtreibenden“ Polen und Ukrainern „Hackfleisch“ zu machen. Schließlich habe Koch mit seinen Ankündigungen, das Letzte aus der Ukraine herauszuholen, „den Refrain“¹³ geliefert.

Die Ankläger gingen sogar soweit, ihre These, das Korps der „Politischen Leiter“ sei eine kriminelle Vereinigung gewesen, mit der „Henkertätigkeit“ Kochs in der Ukraine zu unterfüttern – „Auch Erich Koch war ein Gauleiter.“¹⁴ Anscheinend bedauerten es einige von ihnen, dass „der

⁹ IMT, Bd. 15, S. 21, 194, 211; Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 238, Aussage Koch, 3.10.49.

¹⁰ IMT, Bd. 17, S. 191f; Vgl. Ebd., S. 177; Bd. 18, S. 538f; Bd. 20, S. 676f.

¹¹ Diese Zuschreibung war so wirkungsvoll, dass die Ankläger bei der Befragung Jodls von den „Kochschen Methoden“ sprachen (Ebd., Bd. 15, S. 482).

¹² Ebd., Bd. 20, S. 8.

¹³ Ebd., Bd. 19, S. 471; Vgl. Ebd., Bd. 8, S. 46, 107, 593-597.

¹⁴ Ebd., Bd. 22, S. 361.

jetzt berüchtigte Koch, über den wir [in diesem Prozess] schon so viel gehört haben“¹⁵, nicht mit auf der Anklagebank saß.

Den Exkulpationsversuch Rosenbergs, „die Verantwortung für die unmenschlichen Verbrechen, die [...] in dem besetzten Gebiet der Sowjetunion verübt wurden, auf einzelne Beamte und Polizisten, auf Koch und Himmler abzuwälzen“, wiesen die Ankläger jedoch entschieden zurück. Rosenberg sei für den Bruch der Haager Konvention verantwortlich, und Koch – den der Minister nur wegen seiner „völligen Rücksichtslosigkeit“ für ein Amt vorgeschlagen habe – habe in seinem Sinne gehandelt. Rosenberg habe nur aus Angst vor einem Anwachsen des Widerstandes „manchmal gegen einzelne Handlungen Kochs Einspruch“ erhoben, den Reichskommissar aber „bis zum Ende“¹⁶ im Amt belassen. Auch Göring und Sauckel wurde ihr Verhältnis zu Koch als belastend angerechnet – Göring, weil er „den Henker Koch“¹⁷ im Rahmen der Vorbereitungen des Angriffskriegs auf die Sowjetunion als „Reichskommissar für die Ukraine“ empfohlen hatte, Sauckel, weil er nach einer Ukrainereise Koch für dessen „erfolgreiche Beschaffung von Arbeitskräften“¹⁸ gedankt hatte, womit implizit der Vorwurf verbunden war, er habe Kochs Methoden gutgeheißen.

Diese Verdammung durch den Internationalen Militärgerichtshof hatte der ehemalige Reichskommissar nicht nur seinen Verbrechen zu verdanken, sondern auch den außergewöhnlich belastenden Aussagen seiner Parteigenossen. Diese erkoren ihn nicht nur deshalb zum Sündenbock, weil er ohnehin als einer der schlimmsten Kriegsverbrecher galt – die Sowjets hatten seine Ukrainepolitik bereits während des Krieges propagandistisch ausgenutzt¹⁹ – und für die Gerichte nicht greifbar war, sondern auch, weil er sich durch seine rigorose Art, Konkurrenten um die Gunst des „Führers“ auszustechen, unter seinen Parteigenossen viele Feinde geschaffen hatte. Rosenberg nahm deshalb den kaum weniger belasteten, aber nicht so stark im Fokus der Öffentlichkeit stehenden „Reichskommissar für das Ostland“, Lohse, und den bereits verstorbenen „Generalkommissar für Weißruthenien“, Kube, in Schutz, und stilisierte Koch neben Himmler zu dem bösen Geist der deutschen Besatzungspolitik.

In den Reihen der Parteifunktionäre, die ebenso wie Koch 24 Jahre lang die „Kampfgemeinschaft echter Nationalsozialisten“ und die Kameradschaft in der „Bewegung“ beschworen hatten, brauchte der ostpreußische Partei-

¹⁵ Ebd., Bd. 14, S. 560; Vgl. Bd. 11, S. 586.

¹⁶ Ebd., Bd. 19, S. 559f; S. 676; Bd. 22, S. 616; Vgl. Bd. 1, S. 334; Bd. 11, S. 603-605, 615.

¹⁷ Ebd., Bd. 18, S. 652.

¹⁸ Ebd., Bd. 20, S. 8.

¹⁹ Tagebücher Goebbels, II/9, S. 555, 22.9.43; II/12, S. 257, 9.5.44.

führer offensichtlich nicht nach Solidarität zu suchen. Die Stellung, die er im innersten Zirkel um Hitler innegehabt hatte, hatte ihren Wert verloren.

Darüber, wie die Untergetauchten und speziell Erich Koch ihr Leben organisierten, ist wenig bekannt.²⁰ Angesichts der Flucht vieler SS-Angehöriger nach Übersee, vor allem nach Südamerika, ist in Medien und Literatur immer wieder von einer „Rattenlinie“ und von geheimen Netzwerken, die diese Männer geschützt hätten, die Rede. Für die hohen Parteifunktionäre scheint es solche Netzwerke nicht gegeben zu haben.²¹ Grund dafür waren nicht nur die persönlichen Animositäten, die die Funktionäre untereinander hegten, sondern auch die Struktur der Partei im Zusammenspiel mit der Herrschaftstechnik Hitlers, die auf dem ständigen Kampf der Unterführer untereinander beruhte. Die NSDAP wurde nur von ihrem „Führer“ zusammengehalten, und die einzelnen Funktionäre waren eher Konkurrenten denn Kameraden, weshalb die Partei nach dem Verlust ihres Zentrums, nach dem Tod Hitlers, zerbrach.

Die persönlichen Seilschaften und „Gaucliquen“, die die einzelnen Parteiführer gebildet hatten, mochten denjenigen, die in ihrem bisherigen Wirkungsbereich bleiben und dort auch nach 1945 an gewachsene Strukturen anknüpfen konnten, helfen, ihr neues Leben zu organisieren²², nicht jedoch einem Flüchtling wie Koch. Bei Kriegsende wurde sein Parteiapparat zerschlagen, viele seiner Funktionäre kamen ums Leben. Der Gauleiter pflegte zwar Kontakte zu einigen seiner überlebenden Gefolgsleute, ein wie auch immer geartetes Unterstützernetz scheint jedoch nicht bestanden zu haben.²³

Selbst persönliche Freundschaften zu anderen hohen Parteifunktionären waren nur noch wenig wert, wie das Verhalten Sauckels in Nürnberg zeigte. Im Januar 1945 gab er Kochs Frau Obdach²⁴, wenige Monate später

²⁰ Vgl. NORBERT FREI, Identitätswechsel, in: Vertuschte Vergangenheit, hg. v. HELMUT KÖNIG u.a., München 1997, S. 207-222; PAUL, Landunter, S. 352.

²¹ Vgl. MEDING, S. 81-85, 123-130; MARK AARONS/ JOHN LOFTUS, Ratlines, London 1991; RENA GIEFER/ THOMAS GIEFER, Die Rattenlinie, 2., durchgesehene Auflage, Frankfurt/ Main 1992; FREI, S. 214; LINCK, Festung Nord, passim; PAUL, Landunter, S. 346-389; WEMBER, Umerziehung, S. 193-195; ERNST KLEE, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt/ Main 2003, passim; Biographisches Lexikon, passim; HERBERT, Best, S. 462-469; KURT P. TAUBER, Beyond Eagle and Swastika, 2 Bde., Middletown 1967, S. 122-146, 1055; BAJOH, Führer, S. 84.

²² Vgl. UWE DANKER, „Wir subventionieren die Mörder der Demokratie“, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 120/1995, S. 173-199; DERS., Oberpräsidium, S. 34; WEMBER, Umerziehung, S. 323.

²³ Vgl. Die Zeit Nr. 48, 21.11.1986; GROEBEN, Dienst, S. 243.

²⁴ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 111, Aussage Poppa, 1.7.49; Blatt 280, Hinz an Ankläger Bielefeld, 12.7.49; 1909g, Blatt 123, Aussage Wegener, 28.11.49.

nutzte er den ostpreußischen Gauleiter, um sich selbst zu entlasten. Spitzenfunktionäre wie Göring, Bormann und Heß waren tot oder in Haft, und auch die meisten Gauleiter konnten nicht helfen. Von 42 am Kriegsende im Amt befindlichen Gauleitern fiel einer im Kampf, zwölf begingen Selbstmord, drei kamen unter ungeklärten Umständen ums Leben, ein weiterer wurde durch ein SS-Kommando hingerichtet. Nur vier Gauleitern – allesamt mediokre Gestalten – gelang es, längerfristig unterzutauchen und sich so jeglicher Strafverfolgung zu entziehen, mindestens drei von ihnen lebten längere Zeit im Ausland.²⁵ Für diese niedrige Zahl war verantwortlich, dass die Gauleiter zu bekannt waren, als dass sie sich wie die eher abseits der Öffentlichkeit agierenden Funktionsträger der SS unauffällig hätten absetzen können. Die meisten Gauleiter wurden daher beim Eintreffen der alliierten Truppen verhaftet.

Die ehemaligen „Vizekönige“ wurden von den Siegern sehr unterschiedlich behandelt. Je länger die Spruchgerichte und Entnazifizierungsausschüsse arbeiteten, desto milder wurde deren Urteilspraxis – einige „Alte Kämpfer“ wie Karl Kaufmann und Hinrich Lohse konnten ihren Lebensabend schließlich recht unbehelligt verbringen.²⁶ Allerdings wurden sieben Gauleiter hingerichtet, sechs davon in der Zeit, in der Koch im Untergrund lebte. Darunter waren Fritz Sauckel, Arthur Greiser, Albert Forster und Robert Wagner, die sich in der Besatzungspolitik ähnlich hervorgetan hatten wie ihr ostpreußischer Kollege.²⁷

Koch konnte nicht mit einem ähnlich milden Schicksal rechnen wie Lohse. Es ist an dieser Stelle müßig, darüber zu spekulieren, ob Koch bei einer späteren Enttarnung auf Grund der laxen Strafpraxis auch mit einer geringfügigen Strafe davongekommen wäre, oder ob die Vorwürfe gegen ihn als so schwerwiegend eingestuft worden wären, dass er auch in der Bundesrepublik der fünfziger oder sechziger Jahre zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt worden wäre. Eine Auslieferung wäre zu einem solchen Zeitpunkt allerdings äußerst unwahrscheinlich gewesen. „Major Rolf Berger“ konnte jedenfalls nicht auf eine solche Zukunft spekulieren, er musste

²⁵ YELTON, S. 144-148; ULRICH HERBERT, NS-Elite in der Bundesrepublik, in: *Verwandlungspolitik*, hg. v. WILFRIED LOTH/BERND-A. RUSINEK, Frankfurt/Main, New York 1998, S. 93-115, hier S. 98f; *Biographisches Lexikon*, passim; HÖFFKES, passim; HÜTTENBERGER, Gauleiter, S. 213-220; BRÄUNINGER, S. 339f.

²⁶ WEMBER, *Umerziehung*, S. 22-25, 276-365; DERS., *Entnazifizierung nach 1945*, in: *GWU* 43/1992, S. 405-426, hier S. 418; CORNELIA RAUH-KÜHNE, *Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 35/1995, S. 35-70, hier S. 58-64.

²⁷ WEMBER, *Umerziehung*, S. 322-324; *Biographisches Lexikon*, passim; HÖFFKES, passim; HÜTTENBERGER, *Gauleiter*, S. 213-220; KLEE, *Personenlexikon*, passim; FREI, S. 221.

vielmehr darauf achten, nicht erkannt zu werden und sich eine bürgerliche Existenz aufzubauen – und das in unmittelbarer Nachbarschaft zu Menschen, die ihn für die Tragödie ihres Lebens verantwortlich machten.

Koch lebte in Hasenmoor zunächst sehr zurückgezogen und getrennt von seiner Frau – Kläre Koch zog aus ihrem Zufluchtsort in Bayern in seine Nähe nach Cleverbrück bei Bad Schwartau. Koch erhielt nur höchst selten Besuch und fast ausschließlich von seinen Nichten. Mit seinen Nachbarn pflegte der einst so herrschsüchtige und cholerische Ex-Gauleiter offenbar ein auskömmliches Verhältnis. Seinen Lebensunterhalt verdiente er sich durch Vertretungen, gelegentliche Landarbeiten und den Ertrag einer kleinen Gartenparzelle, die er bewirtschaftete. Nach der Währungsreform erhielt er Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 18 Mark.²⁸ Von dem Reichtum, den er in der „Erich-Koch-Stiftung“ angesammelt hatte, hatte er nichts in den Westen retten können. Er versuchte zwar ab 1946, die Vermögenswerte der Stiftung über einen Bevollmächtigten bei der Besatzungsverwaltung einzufordern, hatte damit jedoch keinen Erfolg. Angeblich reichte das in den Westen verbrachte „Restvermögen“ der Stiftung nur zu deren Liquidierung, es soll an die Gläubiger der Stiftung gegangen sein.²⁹ Ganz mittellos war der ehemalige Oberpräsident aber nicht – die Familie besaß in Westdeutschland zwei Grundstücke –, es war für ihn als gesuchten Kriegsverbrecher aber schwierig, diese Vermögenswerte zu nutzen. Koch besaß bei seiner Verhaftung im Mai 1949 dennoch fast 250 D-Mark, für einen angeblich vermögenslosen Flüchtling war dies knapp ein Jahr nach der Währungsreform ein erklecklicher Betrag.³⁰

Zu seiner Enttarnung trug Koch selbst maßgeblich bei. Es war ihm nicht gelungen, eine stimmige Legende für seine neue Identität aufzubauen, außerdem konnte der ehemalige Reichsredner der Versuchung nicht widerstehen, bei einer öffentlichen Flüchtlingsversammlung nicht nur das Wort zu ergreifen, sondern sich auch zum Versammlungsleiter wählen zu lassen.³¹ Dabei wurde er erkannt und angezeigt. Am Abend des 24. Mai 1949 suchten ein britischer Offizier und ein deutscher Kriminalbeamter den

²⁸ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 49, 58; 1909a, Blatt 42, 168; 1909b, Blatt 174; 1909e, Blatt 244; 1909f, Blatt 5f, Aussagen, 1949; Die Welt, 27.5.49; Hamburger Abendblatt, 30.5.49.

²⁹ BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 192, Ladol an Ankläger Bielefeld, 30.7.49; 1909b, Blatt 330-343; 1909e, Blatt 32-46, Schriftverkehr, 1949; 1909f, Blatt 73, Aussage Friedrich, 1.10.49.

³⁰ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 6; 1909a, Blatt 168; 1909b, Blatt 148; 1909c, Blatt 395; 1909e, Blatt 244, 335f, 336; 1909f, Blatt 4-6, Aussagen, 1949; IPN Warschau, SWWW 742, Blatt 278, Vollmacht Koch, undatiert (1957).

³¹ Hamburger Abendblatt, 30.5.49; Die Welt, 27.5.49; Wir Ostpreußen, 15.7.49, S. 10.

angeblichen Major auf und verhafteten ihn unter dem Verdacht, er sei der als Kriegsverbrecher gesuchte ehemalige Gauleiter von Ostpreußen.³²

Der Festgenommene befand sich im Besitz von zwei Giftampullen, von denen er allerdings keinen Gebrauch machte. Er bestand vielmehr solange darauf, Rolf Berger zu sein, wie der britische Offizier zugegen war. Sobald er aber dem deutschen Haftrichter übergeben wurde, gestand er sofort seine wahre Identität – nicht ohne darauf hinzuweisen, dass er als Deutscher nach den Bestimmungen des vor drei Tagen in Kraft getretenen Grundgesetzes nicht an das Ausland ausgeliefert werden dürfe. Weiteres Leugnen wäre für Koch auch wenig sinnvoll gewesen, denn für die Ermittlungsbeamten war es auch ohne sein Geständnis nicht übermäßig schwierig, seine Angaben zur Person zu überprüfen.³³

Koch sollte zunächst dem Usus in der britischen Besatzungszone entsprechend einem Spruchgerichtsverfahren unterzogen werden. Am 25. Mai erließ die Spruchkammer Bergedorf einen Haftbefehl mit der Begründung, der Festgenommene sei nach dem 1. September 1939 Mitglied einer verbrecherischen Organisation, dem Korps der Politischen Leiter der NSDAP, gewesen, außerdem bestünde Fluchtgefahr. Der ehemalige Gauleiter wurde in Hamburg aber nur kurz vernommen und dann am 10. Juni 1949 an das Spruchgericht Bielefeld überstellt, da alle anderen Spruchkammergerichte der britischen Besatzungszone keine neuen Fälle mehr annahmen. In Bielefeld wurde Koch in Einzelhaft genommen und strengsten Brief- und Besuchskontrollen unterworfen. Die Staatsanwaltschaft befürchtete, Koch könne fliehen oder durch „frühere Nationalsozialisten“ entführt werden, und vernahm ihn deswegen auch in der Haftanstalt.³⁴

Der ehemalige Gauleiter erwies sich als ruhiger Gefangener, auch wenn er seine anmaßende Art noch nicht ganz abgelegt hatte.³⁵ Staatsanwalt Ritzer entschied, umfangreiche Untersuchungen gegen den prominenten Delinquenten einzuleiten, und erwog, außer dem Spruchgerichtsverfahren wegen „Organisationsverbrechen“ auch einen regulären Prozess wegen persönlicher Straftaten einzuleiten. Zu diesem Zeitpunkt konnte er allerdings, gestützt auf Kochs gefälschte Ausweise, lediglich den Vorwurf der

³² BA Koblenz, Z 42 IV 1909b, Blatt 148, Kriminalpolizei Hamburg an Ankläger Bielefeld, 15.8.49; 1909f, Blatt 289, Polizei Hamburg an Kriminalpolizei Bielefeld, undatiert; LINCK, Festung Nord, S. 592.

³³ IPN Warschau, SWWW 765, Blatt 5, Verhandlungsprotokoll Extradition-Tribunal, 8.11.49; Hamburger Abendblatt, 28.5.49; Wir Ostpreußen, 1.7.49; BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 9, Ausweispapiere Kochs.

³⁴ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 4, 13, 19, 301; 1909f, Blatt 289f, Schriftverkehr, 1949; Hamburger Abendblatt, 1.6.49; WEMBER, Umerziehung, S. 294.

³⁵ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 32, Attest Anstaltsarzt, 14.6.49; Blatt 158, Attest Anstaltsarzt, undatiert; Blatt 161, Erklärung Koch, undatiert.

Urkundenfälschung belegen. Die Anklagebehörde veranlasste daher, dass in den größeren Zeitungen Norddeutschlands Anzeigen geschaltet wurden, in denen alle, die sachdienliche Hinweise zum Wirken Kochs geben konnten, aufgefordert wurden, sich bei der Bielefelder Staatsanwaltschaft zu melden. Vor allem auf Aussagen zu Verbrechen „gegen die Menschlichkeit“ wurde großer Wert gelegt.³⁶

Der Aufruf zeigte Wirkung. Zahlreiche Personen, fast ausschließlich Ostpreußen, fanden sich bereit, ihr Wissen über Koch mitzuteilen. Auf der Basis dieser Berichte ermittelte die Staatsanwaltschaft weitere Zeugen, die daraufhin vorgeladen wurden. Verständlicherweise erklärten sich vor allem diejenigen, die unter der Herrschaft Kochs gelitten hatten, aus eigenem Antrieb zu einer Aussage bereit. Fast alle ehemaligen Mitarbeiter Kochs, die Gefahr liefen, sich selbst zu belasten, sagten erst nach einer entsprechenden Aufforderung durch die Behörden aus. Anscheinend verspürten auch sie kein besonderes Bedürfnis, ihren ehemaligen „Führer“ zu entlasten. Dementsprechend fielen auch ihre Aussagen aus. Von Verbrechen wollten sie nichts erfahren haben, sie räumten lediglich den ein oder anderen minderschweren Fall von Korruption ein – größtenteils Vorwürfe, die als bewiesen gelten konnten. Abgesehen von Allgemeinplätzen wussten aber auch sie kaum etwas Positives über Koch zu berichten. Zumeist gaben sie an, ihr ehemaliger Vorgesetzter habe, bevor ihn der „Größenwahn“ übermannt oder die Aufgabe in der Ukraine „verdorben“ habe, „viel Gutes für die Provinz“ getan. Konkrete Wohltaten, die er Ostpreußen erwiesen habe, nannten sie jedoch nur selten.³⁷ Außerhalb dieses Personenkreises waren es vor allem Hebammen, die Gutes über den Gauleiter zu berichten wussten, da ihr Berufsstand durch die „Gauleiteraktion zur Hebung der Lebensbilanz“ massiv aufgewertet und ihre Arbeitsbedingungen verbessert worden waren.³⁸

Die große Mehrzahl der Aussagen über Koch fiel negativ aus. Bei vielen Zeugen war zu spüren, dass sie darauf brannten, zu sehen, wie der ihrer Meinung nach für die Leiden der letzten Kriegsmonate verantwortliche Gauleiter zur Rechenschaft gezogen wurde. Einigen ging es auch darum, dass das ihnen persönlich – zum Teil bereits während der Friedensjahre des Dritten Reichs – zugefügte Unrecht wiedergutmacht werden würde.

³⁶ Ebd., Z 42 IV 1909, Blatt 20, Aktenvermerk, undatiert; 1909a, Blatt 409, Aktenvermerk, 27.7.49; 1909d, Blatt 137, Central Committee an Ankläger Bielefeld, 9.9.49; Wir Ostpreußen, 15.7.49, 1.7.49; Hamburger Abendblatt, 1.6.49.

³⁷ BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 63, 71f, 347; 1909f, Blatt 71; 1909g, Blatt 5, 217f, 231, Aussagen, 1949.

³⁸ Ebd., 1909, Blatt 168, 198, 302; 1909a, Blatt 409; 1909d, Blatt 34f, 75, Aussagen, 1949.

Andere wollten offenkundig „alte Rechnungen“ mit Kontrahenten aus Partei und Verwaltung begleichen.³⁹

An einer Forderung an das Gericht lässt sich besonders gut ablesen, wie sehr sich Koch durch seine Art der Politik in die Isolation manövriert hatte. Einer seiner ehemals engeren Mitarbeiter, den der ostpreußische Gauleiter aber schon 1937 um der eigenen Machtposition willen aus Amt und Gau gejagt hatte, Theodor Oberländer, wollte das anstehende Verfahren gegen Koch nutzen, um das Militär, bei dem er nach dem Konflikt mit Koch sein neues Betätigungsfeld gefunden hatte, von allen Vorwürfen reinzuwaschen. Er bat deshalb das Bielefelder Gericht, im Prozess gegen den Gauleiter zu beweisen, dass nicht die Wehrmacht, sondern allein der SD und die „Koch-Methode“⁴⁰ für die Verbrechen im Osten verantwortlich seien. Koch sollte damit die „Ehre“ zuteil werden, die gesamte deutsche Wehrmacht von der Verantwortung an den Kriegsverbrechen im Osten reinzuwaschen, seine Rolle als Sündenbock sollte quasi mit einem juristischen Prüfsiegel festgeschrieben werden.

Angesichts des Bildes, das von Koch in der Öffentlichkeit gezeichnet wurde, erschien dieser Versuch keineswegs aussichtslos. Diese Negativwahrnehmung wurde durch erste Publikationen, die sich kurz nach Kriegsende mit Flucht und Vertreibung beschäftigten, verstärkt. Neben einigen Zeitungsartikeln, die oft erst anlässlich der Verhaftung des Gauleiters erschienen⁴¹, waren das vor allem drei Bücher, von denen zwei das Bild von Koch auch noch in den folgenden Jahren stark prägten. Wenig Bedeutung erlangte Edwin Erich Dwingers Roman „Wenn die Dämme brechen... Untergang Ostpreußens“, der rechtzeitig zur Verhaftung des NS-Funktionärs erschien. Koch wurde von dem Schriftsteller, der bis 1945 nationalsozialistische Belletristik verfasst hatte, allerdings so deutlich als Romanfigur dargestellt, dass dieses Buch von den meisten Lesern nicht als „Tatsachenbericht“ gesehen wurde.⁴²

Die Literaturgattung „Tatsachenbericht“ war bis weit in die fünfziger Jahre hinein sehr beliebt und spielte für die Rezeption Kochs eine große Rolle. Mit ihrem dokumentarischen Anspruch stellte sie trotz ihres romanhaften und völlig unwissenschaftlichen Charakters die erste Aufarbeitung

³⁹ Vgl. Ebd., 1909, Blatt 152; 1909a, Blatt 237; 1909g, Blatt 294, Aussagen, 1949/50.

⁴⁰ Ebd., 1909a, Blatt 267, Oberländer an Ankläger Bielefeld, undatiert.

⁴¹ Vgl. Die Welt, 28.5.49; Hamburger Abendblatt, 27.7.49; Münchner Allgemeine Zeitung, 31.7.49; Wir Ostpreußen, 1.7.49, 15.9.49; BA Koblenz, Z 42 IV 1909f, Blatt 283-285, Aussage Kerschies, 12.10.49.

⁴² Vgl. Ebd., 1909f, Blatt 299, Rezension zu DWINGER, EDWIN ERICH, Wenn die Dämme brechen... Untergang Ostpreußens, Frankfurt/ Main, Überlingen a. B., Berlin 1950.

der Zeitgeschichte nach dem Krieg dar. In einem dieser Werke spielte der ostpreußische Gauleiter eine wichtige Rolle. Es erschien kurz nach seiner Verhaftung unter dem Titel „Es begann an der Weichsel“ und beschrieb die Flucht der Ostpreußen aus ihrer Heimat. Der Autor Heinz Bongartz – ein Stuttgarter Journalist, der unter dem Pseudonym Jürgen Thorwald veröffentlichte – war Koch allerdings nie persönlich begegnet. Die von ihm geschilderten Vorgänge in Ostpreußen hatte er auch nicht selbst erlebt, sondern sein Buch aus Erlebnisberichten, die ihm Augenzeugen zur Verfügung gestellt hatten, zusammengestellt.⁴³

Bongartz/ Thorwald orientierte sich stark an diesen Quellen und räumte dem Schicksal politisch unbedeutender Personen breiten Raum ein, er übernahm sogar deren Gedankengänge in wörtlicher Rede. Daneben enthielt das Buch aber auch analytische Passagen, die, obwohl sie wissenschaftlichen Kriterien nicht standhielten, teilweise zu durchaus zutreffenden Schlussfolgerungen gelangten. „Es begann an der Weichsel“ hob sich damit in gewisser Weise von der Masse der im allgemeinen wesentlich subjektiver gehaltenen „Tatsachenberichte“ ab, wahrscheinlich wurde es deshalb lange Zeit als eine Art Standardwerk zum „Untergang Ostpreußens“ behandelt und auch in wissenschaftlichen Werken zitiert.⁴⁴

Auch Bongartz/ Thorwald spann, seinen Quellen geschuldet, die Dämonisierung Kochs weiter und nahm sowohl die Vorwürfe gegen Koch bezüglich der Besatzungspolitik in der Ukraine als auch die über sein feiges und verantwortungsloses Verhalten 1944/45 in Ostpreußen auf. Staatsanwalt Ritzer forderte nicht nur das noch im Druck befindliche „Es begann an der Weichsel“ an, er lud auch dessen Autor als Zeugen gegen Koch vor, was dieser mit Hinweis auf seine indirekten Quellen aber ablehnte.⁴⁵

Ein anderer Buchautor erwies sich als weitaus weniger zurückhaltend. Der vormalige Königsberger Stadtrat Paul Wolff, dessen Denkschrift an Hitler Ende 1935 die „Oberpräsidentenkrise“ ausgelöst hatte, drängte sich den Ermittlungsbehörden geradezu als Helfer auf. Er hatte bereits den amerikanischen Chefankläger in Nürnberg auf sein Wissen aufmerksam gemacht⁴⁶, jetzt elektrisierte ihn die Aufforderung des Bielefelder Staats-

⁴³ BA Koblenz, Z 42 IV 1909c, Blatt 229, Vermerk, undatiert; 1909g, Blatt 223, Aussage Bongartz, 8.12.49.

⁴⁴ Vgl. BERNADETTA NITSCHKE, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945-1949, München 2003, S. 67.

⁴⁵ BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 332, 332,a, 333,a; 1909e, Blatt 155; 1909f, Blatt 45, 240, 293-298; 1909g, Blatt 223, Schriftverkehr, Zeitungsausschnitte 1949,, Verlagsauszüge „Es begann an der Weichsel“; Vgl. Christ und Welt II/13, 31.3.49; II/14, 7.4.49; Wir Ostpreußen, 15.9.49; TAUBER, Beyond, S. 125.

⁴⁶ IPN Warschau, SWWW 749, Blatt 261, Wolff an US-Chefankläger Nürnberg, undatiert.

anwalts, gegen Koch auszusagen, und er versuchte, möglichst viele Belastungszeugen zu mobilisieren.⁴⁷ Seinen wichtigsten Beitrag zum Verfahren gegen den Gauleiter hatte er aber bereits 1948 mit der Veröffentlichung seines „Tatsachenberichtes“ „Ohne Maske“ geleistet.

Wolff schrieb dieses Buch im missionarischen Eifer, die Machenschaften der ostpreußischen Parteiführung zu entlarven. Deshalb versuchte er nicht nur, seine Denkschrift von 1935, die seinen Angaben nach das Herzstück des Pamphlets darstellte, zu rekonstruieren, sondern nahm auch Vorgänge auf, die erst nach der „Oberpräsidentenkrise“ stattgefunden hatten. Diese kannte er, da er zu dieser Zeit nicht mehr zur Führungsriege der ostpreußischen NSDAP gehört hatte, nur vom Hörensagen. In seinem Text ging er jedoch nicht auf diesen problematischen Umstand ein. Er machte auch nicht kenntlich, welche Vorwürfe er schon in seiner Denkschrift formuliert hatte, und welche neu hinzugekommen waren, außerdem war in vielen Fällen nicht ersichtlich, zu welchem Zeitpunkt die geschilderten Geschehnisse stattgefunden hatten.

Die unsaubere Rekonstruktion der Denkschrift war nur zum Teil den Umständen geschuldet – Wolff räumte im Vorwort ein, dass er sich nicht mehr im Besitz des Originals oder irgendwelcher Notizen befinde und das Memorandum völlig aus dem Gedächtnis rekonstruiert habe. Andererseits ging Wolff wohl mit Bedacht vor, denn sein Buch erhielt einen völlig anderen Charakter als seine Denkschrift. Zum einen räumte er seinem eigenen Verhalten in „Ohne Maske“ breiten Raum ein, indem er das Geschehen um seine Person romanhaft ausschmückte und sich zum unerschrockenen Kämpfer gegen Korruption und „Verbonzung“ stilisierte, dem der Gauleiter sogar nach dem Leben getrachtet habe. Zum anderen rückte er dadurch, dass er spätere Ereignisse heranzog – beispielsweise Kochs Umzug in die „Schlösser“ Groß Friedrichsberg und Krasne – und die Vorwürfe anders gewichtete, den Gauleiter weitaus stärker in den Mittelpunkt seiner Darstellung, als das in seiner Denkschrift der Fall gewesen war.

Wolff leistete mit seinem Buch auf diese Weise einen bedeutenden Beitrag zur Stigmatisierung Kochs als besonders krassem Fall eines korrupten Parteibonzen, was nicht ohne Einfluss auf die Zeugenaussagen im Bielefelder Verfahren blieb. Wolffs Schrift hatte unter den in den Westen geflüchteten Ostpreußen großes Aufsehen erregt und eine breite Leserschaft gefunden. Wolffs Darstellung wurde als weitgehend authentisch empfunden, viele Leser waren sogar bereit, ihre eigenen Erinnerungen den Beschreibungen Wolffs anzupassen oder Gerüchte, denen sie seinerzeit wenig Glauben geschenkt hatten, aufgrund der bei Wolff geschilderten Ungeheu-

⁴⁷ BA Koblenz, Z 42 IV 1909a, Blatt 106-112, 307f; 1909b, Blatt 171; 1909e, Blatt 118f; 1909g, Blatt 38, 320f, Schriftverkehr Wolff mit Ankläger Bielefeld, 1949/50.

erlichkeiten jetzt doch als zutreffend oder zumindest als wahrscheinlich einzuordnen – dem Koch, der von Wolff beschrieben wurde, schien alles zuzutrauen zu sein. Eine durch die Lektüre von „Ohne Maske“ ausgelöste deutliche Verschlechterung der persönlichen Meinung einer Reihe von Zeugen über Koch ist aus vielen von der Staatsanwaltschaft Bielefeld gesammelten Aussagen deutlich herauszulesen, in einigen Fällen wurde dies sogar offen ausgesprochen.⁴⁸

Kritische Stimmen zu dem Buch kamen dagegen vor allem von ehemaligen Parteigängern Kochs.⁴⁹ Der Gauleiter selbst hatte den Band offenbar bereits vor seiner Verhaftung gelesen und wies die dort angeführten Beschuldigungen entrüstet zurück.⁵⁰ Auch den Bielefelder Ermittlern genügten Wolffs Anschuldigungen nicht. Sie waren bemüht, sie durch stichhaltige Zeugenaussagen abzusichern. Auf viele der von Wolff geschilderten Vorgänge waren sie nicht erst durch „Ohne Maske“ aufmerksam geworden, sondern bereits durch die Aussagen Betroffener. Staatsanwalt Ritzer begann aufgrund dieser Zeugenaussagen damit, in fast allen „Epochen“ und in fast allen Bereichen, in denen Koch tätig gewesen war, zu ermitteln. Er untersuchte die Königsberger Attentate vom 1. August 1932 ebenso wie die Vorwürfe, Koch habe nach der „Machtergreifung“ in die Justiz eingegriffen. Dabei ging es unter anderem um die Verfahren gegen Generallandschaftsdirektor Hippel, den Prozess um die Heilsberger Fronleichnamsprozession oder um diverse Versetzungen von Richtern und Staatsanwälten.⁵¹

Ritzer kümmerte sich auch um widerrechtliche Eingriffe in die Verwaltung, vor allem durch die unrechtmäßige Versetzung oder Beurlaubung von Verwaltungsbeamten, und um die Praktiken der „Erich-Koch-Stiftung“. Er war bemüht, möglichst vielen Vorwürfen nachzugehen und so viele Zeugen als möglich zu hören, darunter zahlreiche ehemals in Ostpreußen tätige Juristen, dort aus dem Dienst gedrängte Beamte wie die ehemaligen Königsberger Regierungspräsidenten von Bahrfeldt und Friedrich, höhere Militärs, die vor allem zu den Ereignissen 1944/45 aussagen

⁴⁸ Vgl. Ebd., 1909e, Blatt 326, Aussage Barwinski, 4.10.49; 1909g, Blatt 85, Mack an Ankläger Bielefeld, 25.11.49; Blatt 63, Erklärung Lindemann, 22.11.49.

⁴⁹ Ebd., 1909g, Blatt 217, Aussage Angermann, 12.12.49; CASPER, S. 267f; ROHRER, Oberpräsidentenkrise, S. 14; GROEBEN, Dienst, S. 236; REBENTISCH, Stellung, S. 133; GAUSE, Königsberg, S. 123; BAJOHR, Parvenüs, S. 8.

⁵⁰ BA Koblenz, Z 42 IV 1909e, Blatt 190, Aussage Koch, 16.9.49.

⁵¹ Ebd., 1909g, Blatt 39, 62, 85-87, 234, Aussagen, 1949.

sollten, aber auch Kochs Stellvertreter als Oberpräsident, Hoffmann.⁵² Aus der Riege der parteiinternen Gegner Kochs lud Ritzer SS-Obergruppenführer von dem Bach, den ehemaligen Generalkommissar der Krim, Alfred Frauenfeld, dessen Denkschrift ebenfalls als Dokument herangezogen wurde, und den ehemaligen ostpreußischen Bauernführer Egbert Otto.⁵³ Zu Wort kamen auch verschiedene Geistliche und politische Gegner Kochs aus der „Kampfzeit“ sowie der ehemalige Königsberger Syndikus des „Centralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ und Gegenspieler Kochs, Kurt Sabatzky, der die antisemitischen Ausschreitungen vor 1933 schilderte.⁵⁴

Auch Koch selbst wurde ausgiebig vernommen. Er fuhr eine zweigleisige Strategie: In allen Punkten, die er für nicht belastend hielt, gab er sehr bereitwillig und ausführlich Auskunft, bei allen eventuell belastenden Fragen verneinte er, informiert oder gar verantwortlich gewesen zu sein.⁵⁵ Koch betonte dabei seine Differenzen zu Himmler in so auffallender Weise, dass die Staatsanwaltschaft schon in einem sehr frühen Stadium der Vernehmungen davon ausging, dass Koch sich dadurch von der „Entwicklung zum Verbrecherstaat“⁵⁶ distanzieren wolle.

In dem halben Jahr, in dem die Bielefelder Behörden den „Fall Koch“ untersuchten, kam ein Aktenkonvolut von weit über 3 000 Blatt zusammen, ohne dass die Ermittlungen als abgeschlossen betrachtet wurden. Auffällig ist dabei, dass auch nebensächlichen Geschehnissen in Ostpreußen große Aufmerksamkeit gewidmet wurde, während Kochs Besatzungspolitik in Polen und in der Ukraine kaum Niederschlag in den Akten fand. Das lag daran, dass diejenigen, die substantielle Aussagen zu Kochs dortigem Verhalten machen konnten – also vor allem die Beamten aus Kochs Besatzungsverwaltung –, sich damit selbst belastet hätten. In Deutschland stieß die Besatzungspolitik im Osten zudem selbst bei Historikern nur auf geringes Interesse – anders als in den betroffenen Ländern selbst. Die britischen Behörden machten ihre polnischen Kollegen deshalb am 2. Juli 1949 auf die Verhaftung Kochs aufmerksam und boten seine Auslieferung an. Polen stellte am 24. Juni einen entsprechenden Antrag, die Sowjetunion zog am

⁵² Vgl. Ebd., 1909a, Blatt 13-26, 117-162, 179f, 261, 292, 302, 324f; 1909b, Blatt 218, 261, 381; 1909e, Blatt 17-21, 296-301; 1909f, Blatt 47, 136-144, 279f; 1909g, Blatt 32, 151-156, 201f, 206, 246-250, 312-314, Vorladungen, Aussagen, 1949.

⁵³ Ebd., 1909, Blatt 62-83; 1909a, Blatt 216; 1909b, Blatt 272; 1909e, Blatt 199-202, Aussagen 1949.

⁵⁴ Ebd. 1909a, Blatt 294; 1909b, Blatt 229, 313, 327; 1909d, Blatt 303; 1909f, Blatt 334, 339, 352, 354; 1909g, Blatt 262, Aussagen 1949.

⁵⁵ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, 1909a, 1909e, passim, Vernehmungsprotokolle, 1949.

⁵⁶ Ebd., Z 42 IV 1909a, Blatt 409, Aktenvermerk, 27.7.49.

6. August nach.⁵⁷ Die britischen Besatzungsbehörden ließen sich den Bielefelder Gefangenen deshalb am 7. Oktober 1949 wieder in ihre Obhut überstellen.⁵⁸

Die Bielefelder Spruchkammer entschied dennoch, weiter gegen Koch zu ermitteln, da seine Rücküberstellung als nicht ausgeschlossen galt. Am 29. Oktober eröffnete sie das Spruchgerichtsverfahren gegen Koch, der nicht anwesend war, sondern durch seinen Anwalt vertreten wurde. Das Gericht traf an diesem Termin schließlich nur die Entscheidung, den Haftbefehl zu verlängern, und vertagte sich.⁵⁹

In der deutschen Öffentlichkeit wurden jetzt Stimmen laut, die sich gegen eine Auslieferung Kochs aussprachen – der NS-Führer müsse vor ein deutsches Tribunal.⁶⁰ Der Groll vieler Ostpreußen auf den ehemaligen Gauleiter, den sie für ihre Leidensgeschichte und letztlich auch für den Verlust ihrer Heimat verantwortlich machten, ist verständlich, aus der Reaktion auf die Auslieferungsanträge wurde aber auch eine sehr einseitige und verkürzte Bewertung der Geschehnisse der Jahre 1939 bis 1945 deutlich, die in breiten Gesellschaftsschichten bis heute wirksam ist. Bezeichnend hierfür war die Haltung Marion Gräfin Dönhoffs in der „Zeit“. Sie zählte zunächst die Standgerichtsurteile gegen Polen, die „Zwangs-evakuierungen“ von Arbeitskräften, die Massenhinrichtungen und „Judenerschießungen“ auf und befand: „Noch nie seit 1945 ist irgendein Auslieferungsantrag so berechtigt gewesen wie dieser, und niemand hat den sicheren Tod, der ihn im Osten erwartet – und den unser Strafgesetz nicht mehr vorsieht –, so tausendfältig verdient wie Erich Koch“. Dann aber forderte sie doch, „daß dieser Verbrecher, der den Tod und das Leiden von ungezählten Deutschen im Osten auf dem Gewissen hat, vor ein deutsches Gericht gehört.“

Zur Begründung führte sie das Verbot der rechtzeitigen Evakuierung und den Einsatz des Volkssturmes an. Außerdem warf sie Koch vor, dass dieser aus seinem sicheren Pillauer Bunker heraus die Bevölkerung „in

⁵⁷ IPN Warschau, SWWW 749, Blatt 112, Allied Liaison and Protocol Section an Polish Military Mission, 2.7.49; Blatt 130, Allied Liaison Branch an Polish War Crimes Mission, 11.10.49; SWWW 765, Blatt 5, Verhandlungsprotokoll Extradition Tribunal, 8.11.49; Vgl. WEMBER, Umerziehung, S. 270f; BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 202, Aktenvermerk, undatiert; Die Welt, 9.11.49; Freie Presse Bielefeld, Neujahr 1950; Vgl. SCHENK, Hitlers Mann, S. 266.

⁵⁸ BA Koblenz, Z 42 IV 1909, Blatt 1, Aktenvermerk, 7.10.49; 1909e, Blatt 304, Überführungsmeldung Haftanstalt Bielefeld, 7.10.49.

⁵⁹ Vgl. Ebd., 1909a, Blatt 407; 1909d, Blatt 202; 1909f, Blatt 290; 1909g, Blatt 243, Aktenvermerke, 1949.

⁶⁰ Wir Ostpreußen, 15.7.49; BA Koblenz, Z 42 IV 1909d, Blatt 342, Gehret an Ankläger Bielefeld, undatiert (September 1949); TAUBER, Beyond, S. 1081.

einer vollkommen hoffnungslosen Situation monatelang [aufgerufen habe,] gegen die Übermacht der Russen auszuhalten, bis diese Stadt in einem Inferno von Hunger, Typhus und Feuer zugrunde ging – während er im entscheidenden Moment das Weite suchte und heute die Stirn hat, in frechen Reden über seine Harmlosigkeit zu triumphieren.“ Kontrahenten Kochs wie Ernst von Weizsäcker würden von den Alliierten verurteilt, „Gestalten“ wie der ostpreußische SS-Führer Hellwig „und Kochs schmutzige rechte Hand Herr Dzubba“ liefen jedoch frei herum. „Wir verlangen, daß Koch vor ein deutsches Gericht gestellt wird – zunächst einmal haben wir mit ihm abzurechnen.“⁶¹

Nach Ansicht der Gräfin – und vieler anderer Deutscher auch – sollten also polnische oder sowjetische Strafgerichte, die gegen Koch Verfahren wegen Verbrechen von äußerster Schwere vorbereiteten, hinter der „Abrechnung“ seitens der Deutschen zurückstehen. Damit maß sie, auch wenn sie das wahrscheinlich nicht intendierte, der Vergeltung deutscher Leiden Priorität vor der Strafe für Verbrechen an Nichtdeutschen zu. Besonders unangebracht wirkte dies angesichts der Vorwürfe, die sie Koch machte. Sie warf ihm Feigheit, schäbiges Verhalten und Versagen im Amt zum Nachteil hunderttausender Bewohner Ostpreußens vor – Tatbestände, die trotz des tragischen Schicksals vieler Ostpreußen kaum ähnlich schwer zu gewichten sind wie die ja auch von ihr eingestandenen Massenverbrechen in Polen und in der Ukraine. Außerdem war dieses Verhalten Kochs nur in den wenigsten Facetten justiziabel, wie das Bielefelder Spruchgericht befand. Seiner Ansicht nach war Koch in Deutschland nur wegen „Organisationsverbrechen“ zu belangen. Damit hätte, so das Gericht, der ehemalige Gauleiter mit höchstens zehn Jahren Haft zu rechnen, was angesichts der ihn im Ausland erwartenden Todesstrafe nicht ins Gewicht falle. Die Spruchkammer stellte ihr Verfahren daher am 3. Februar 1950, einen Monat nach der Auslieferung Kochs an Polen, ein.⁶²

Der Überstellung Kochs ging ein am 12. Oktober und vom 8. bis zum 11. November 1949 durchgeführtes Verfahren vor dem „Extradition-Tribunal“ in Hamburg voraus. Dort wurde der ehemalige Besatzungspolitiker wegen Kriegsverbrechen gemäß Kontrollratsgesetz Nummer 10, Artikel II vernommen. In diesem Gesetz war unter anderem die Bestrafung von Mitgliedern von Organisationen, die vom Nürnberger Gerichtshof als verbrecherisch eingestuft worden waren, festgelegt worden. Darüber hinaus

⁶¹ MARION GRÄFIN DÖNHOF, Der Henker von Ostpreußen, in: Die Zeit, 11.11.49; Vgl. ECKART CONZE, Aufstand des preußischen Adels, in: VfZ 51/2003, S. 483-508.

⁶² BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 332, Zentral-Justizamt für die Britische Zone an Ankläger Bielefeld, 1.2.50; Blatt 333, Einstellungsvermerk, 3.2.50; Vgl. WEMBER, Um-
erziehung, S. 152, 176f; DERS., Entnazifizierung, S. 405-408, 412-415.

war bereits 1943 bestimmt worden, dass deutsche Kriegsverbrecher in den Ländern, in denen sie ihre Taten begangen hatten, abgeurteilt werden sollten.⁶³ Der Hauptvorwurf seitens Polens und der Sowjetunion lautete, der „Chef der Zivilverwaltung“ und Reichskommissar habe in den an Ostpreußen angegliederten polnischen Gebieten, vor allem in Białystok, und in der Ukraine Massenmorde begangen, zu diesen angestiftet oder sie auf andere Weise herbeigeführt.⁶⁴

Die Vertreter beider Staaten legten umfangreiches Beweismaterial vor, darunter auch Dokumente aus den Nürnberger Prozessen sowie zwei Aussagen des mittlerweile in Polen zum Tode verurteilten Gestapo-Chefs von Białystok, Waldemar Macholl. Das sowjetische Beweismaterial unterschied sich vom polnischen vor allem dadurch, dass die Sowjets viele Augenzeugenberichte über Massaker vorlegten, die Kochs Verantwortung am Geschilderten nicht belegen konnten. Die Polen warteten dagegen mit zahlreichen von Koch unterschriebenen Verordnungen auf, außerdem belastete ihn der Bericht Macholls schwer, da er die Befehls- und Unterstellungsverhältnisse in Białystok beschrieb.⁶⁵

Kochs Verteidigerin versuchte zunächst, Zeit zu gewinnen, indem sie einige der noch lebenden prominenten NS-Führer als Zeugen lud. Der Chef der Reichskanzlei Lammers, der Staatssekretär im Reichsinnenministerium Stuckart, und Generalfeldmarschall Manstein sollten über die „Verantwortlichkeiten“ in der Spitze des Dritten Reiches aussagen, was vom Tribunal aber abgelehnt wurde. Die Verteidigerin insistierte weiterhin darauf, dass Koch als Deutscher nach Artikel 16 des Grundgesetzes nicht ausgeliefert werden dürfe, was vom Gericht aber mit dem Hinweis, das Besatzungsstatut sei noch nicht in Kraft und die Entscheidungsgewalt läge noch beim Hochkommissar, verworfen wurde.⁶⁶

Auch mit der Widerlegung der einzelnen Anklagepunkte tat die Verteidigung sich schwer. Generell könne Koch nur für Taten verantwortlich gemacht werden, bei denen er auch anwesend gewesen sei, so die generelle Linie. Darauf aufbauend leugnete Koch bei allen ihm zum Vorwurf ge-

⁶³ Vgl. Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland Nr. 3, 31.1.46, S. 50-52; WEMBER, Umerziehung, S. 26f, 30f, 276-282; DERS., Entnazifizierung, S. 406; SCHENK, Hitlers Mann, S. 266.

⁶⁴ IPN Warschau, SWWW 765, Blatt 1f, 5, 76, Verhandlungsprotokoll Extradition Tribunal, 12.10.49, 8.11.49; Vgl. SWWW 749, Blatt 132, Allied Liaison Branch an Polish War Crimes Mission, 18.10.49.

⁶⁵ Ebd., SWWW 765, Blatt 7-25, Verhandlungsprotokoll Extradition Tribunal, 8.11.49; Vgl. SWWW 746, Blatt 88-95, Gutachten Macholl, 27.7.49; SWWW 747, Blatt 153d-e, Aussage Macholl, undatiert.

⁶⁶ IPN Warschau, SWWW 765, Blatt 2-5, 27, Verhandlungsprotokoll Extradition Tribunal, 8.11.49.

machten Geschehnissen ab, diese angeordnet zu haben oder über sie informiert gewesen zu sein. Besonderen Wert legte er darauf, dass er nur auf Druck Hitlers die Verwaltung der besetzten Gebiete übernommen und keinerlei Einfluss auf SS, Polizei – gegen Himmler habe er sich nie durchsetzen können – oder die Rekrutierung der Arbeitskräfte gehabt habe. Außerdem seien alle von ihm unterzeichneten Verordnungen vom Reichsjustizministerium initiiert und von seinen Juristen als einwandfrei beurteilt worden. Insgesamt habe er immer nur auf höhere Weisung agiert, viele Maßnahmen, zum Beispiel das Abbrennen ganzer Dörfer oder die Einrichtung von Ghettos, erklärte er mit der Eigeninitiative seiner Untergebenen. Von Fakten, die seiner Darstellung widersprachen, behauptete er, sie seien ihm unerklärlich. Sein Gewissen sei rein, so Koch zum Abschluss. Er habe sich nur unter falschen Namen versteckt, weil Moskau, das sein Wissen wolle, ihn verfolge. Das Gericht, so formulierte er selbst den Effekt, den er herbeiführen wollte, müsse nun den Eindruck haben, er sei zwar mit der allgemeinen Führung beauftragt gewesen, habe aber nichts angeordnet.⁶⁷

Kochs Anwältin führte noch einige entlastende Aussagen ehemaliger Mitarbeiter des Gauleiters an, so vom stellvertretenden Oberpräsidenten Paul Hoffmann und vom SS- und Polizeiführer von Białystok, Hellwig, und argumentierte, nicht ihr Mandant, sondern andere Stellen hätten die Verantwortung für das Geschehen getragen. Eine Auslieferung an Polen komme nicht in Frage, weil die Alliierten vereinbart hätten, Häftlinge nur an freie Länder mit freien Regierungen auszuliefern, und dies sei in Polen nicht der Fall. Auch sie forderte das Recht der Deutschen ein, ihre Landsleute selbst zu verurteilen, und erinnerte an die in Nürnberg gegebene Garantie der Besatzungsmächte, Angeklagte in Deutschland zu schützen.⁶⁸

Das Tribunal folgte ihren Ausführungen jedoch nicht, sondern sah in Kochs Verteidigung den wohlbekannten Versuch, Vorgesetzte oder Untergebene zu beschuldigen. Ostminister Rosenberg sei für ähnliche Vorwürfe in Nürnberg verurteilt worden, so wie er in Berlin habe Koch vor Ort die Verantwortung getragen. Er sei zwar nicht für alle Verbrechen direkt verantwortlich, habe aber, anstatt pflichtgemäß für das Wohl der Bevölkerung zu sorgen, die Grausamkeiten in Mitwisserschaft geduldet. Damit sei eine Auslieferung berechtigt.⁶⁹

⁶⁷ Ebd., Blatt 35-41, 45-47, 50-59, Verhandlungsprotokoll Extradition Tribunal, 8.11.49.

⁶⁸ Ebd., Blatt 70-73, Verhandlungsprotokoll Extradition Tribunal, 8.11.49.

⁶⁹ Ebd., Blatt 74-76, Verhandlungsprotokoll Extradition Tribunal, 8.11.49.

Es dauerte dann noch bis Ende Dezember, bis die britischen Behörden Polen aufforderten, Koch im Auslieferungsgefängnis in Werl abzuholen.⁷⁰ Warum die Briten den Polen den Vorzug gegenüber der Sowjetunion gaben, darüber geben die vorliegenden Akten keinen Aufschluss. Wahrscheinlich gab die Reihenfolge der Antragstellung im Verein mit dem stichhaltigeren Beweismaterial den Ausschlag.⁷¹

Koch trat am 31. Dezember 1949, dem Tag nach seiner Verlegung nach Werl, in einen Hungerstreik, um gegen seine Auslieferung zu protestieren. Das half ihm jedoch nichts, am 10. Januar 1950 wurde er über Helmstedt und Küstrin nach Polen gebracht. Der einst größte Territorialherr des Ostens wurde im Warschauer Mokotów-Gefängnis inhaftiert, wo er ganze neun Jahre auf seinen Prozess warten musste. Dies war nur zum Teil der Absicht der polnischen Behörden geschuldet, einen nach rechtsstaatlichen Kriterien einwandfreien Prozess zu führen, obwohl die dafür nötige Beweissammlung viel Zeit in Anspruch.⁷² Für die Verzögerung war in erster Linie Koch verantwortlich, der weiterhin alle Vorwürfe abstritt und sämtliche formaljuristischen Kniffe ausnutzte, um das Verfahren gegen sich zu blockieren – wozu auch gehörte, dass er seinen schlechten Gesundheitszustand instrumentalisierte, ohne dass im Nachhinein noch festgestellt werden kann, wie ernst seine Beschwerden tatsächlich waren. Obwohl die Anklageschrift am 5. Februar 1955 abgeschlossen werden konnte, gelang es dem Delinquenten, den Prozessauftakt noch bis zum 9. Januar 1957 zu verschleppen. Da er dann erneut erkrankte, wurde das Verfahren am 28. Januar unterbrochen.⁷³

Koch versuchte jetzt, Unterstützung aus der Heimat zu bekommen. Die Rechtsschutzstelle der evangelischen Kirche in Stuttgart sollte ihm einen „durchsetzungsfähigen“ Verteidiger schicken.⁷⁴ Seine Familie schien gleichzeitig davon auszugehen, dass es für den Inhaftierten kritisch wurde,

⁷⁰ IPN Warschau, SWWW 749, Blatt 146, Allied Liaison Branch an Polish War Crimes Mission, 30.12.49.

⁷¹ Vgl. WEMBER, Umerziehung, S. 268.

⁷² Vgl. BA Koblenz, Z 42 IV 1909g, Blatt 318, Aktenvermerk, undatiert; IPN Warschau, SWWW 759, Blatt 1344, Allied Liaison Branch an Polish War Crimes Mission, 14.7.50; Freie Presse Bielefeld, 11.1.50; SCHENK, Hitlers Mann, S. 270-275, 286-288; WEMBER, Umerziehung, S. 269, 272.

⁷³ IPN Warschau, SWWW 742, Blatt 2-64, Anklageschrift, 2.2.55; Blatt 81, Erklärung Koch, 31.3.55; Blatt 117, 119, 131, 135, 204, 215, Schriftverkehr Koch mit Wojewodschaftsgericht Warschau, 4.12.56 – 20.1.57; SWWW 743, Blatt 19, Gerichtsbeschluss, 8.9.58.

⁷⁴ Die Kosten dafür sollten aus den Mieteinnahmen eines Grundstückes, das Koch in Elberfeld geerbt hatte, finanziert werden (Ebd., SWWW 742, Blatt 238, Koch an Rechtsschutzstelle Stuttgart, 30.1.57; Blatt 278, Erich Koch an Kläre Koch, undatiert).

und stellte im Herbst 1957 mehrere Gnadengesuche. Der prominenteste Petent, den sie für den ehemaligen Präses der ostpreußischen Provinzialsynode gewinnen konnten, Martin Niemöller, konnte sich jedoch nicht so recht für den Angeklagten erwärmen.⁷⁵ Die Gnadengesuche blieben erfolglos.

Das Wojewodschaftsgericht beschloss am 8. September 1958, das Verfahren gegen Koch wieder aufzunehmen, da die Ärzte festgestellt hatten, dass der Angeklagte verhandlungsfähig sei.⁷⁶ Am 20. Oktober 1958 begann schließlich die Hauptverhandlung, die bis zum 9. März 1959 dauern sollte.⁷⁷ Koch war gemäß Artikel 1, Punkt 1 „des Dekrets vom 31. August 1944 / Gesetzblatt Nr. 69, Ziff. 377 /“ angeklagt, als Oberpräsident im Bezirk Ciechanów und als „Chef der Zivilverwaltung“ im Bezirk Białystok „die elementaren Rechte und moralischen Grundsätze des Zusammenlebens der Menschheit“ verletzt und die völkerrechtlich einer Besatzungsmacht zustehenden Rechte übertreten zu haben. Aus „eigener Initiative oder auch in Verwirklichung der verbrecherischen Anweisungen der Machthaber des III. Reichs“ habe er „durch Planung, Vorbereitung, Organisation, Anstiftung und Hilfeleistung Verbrechen gegen die Menschheit, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen den Frieden begangen“⁷⁸, namentlich durch Massen- und Einzeltötungen, Ausrottungsaktionen in Lagern, Misshandlungen und Verfolgungen aus politischen, nationalen und rassischen Gründen, Verschleppung in Konzentrationslager, Gefängnisse und Ghettos sowie zur Zwangsarbeit, und Massenaussiedlungen durch Verbrennen von Häusern. Eine ganze Reihe weiterer Anklagepunkte musste auf Grund eines Amnestiegesetzes vom 27. April 1956 fallengelassen werden. Das Gericht beschränkte sich zudem darauf, Verbrechen Kochs auf polnischem Territorium zu ahnden. Sein Verhalten als „Reichskommissar für die Ukraine“ sollte „nur insofern in Erwägung gezogen [werden], als das der Charakteristik seiner Person zu dienen geeignet war“⁷⁹ oder falls es Auswirkungen auf sein Verhalten auf polnischem Gebiet gehabt hatte.

Die Person Kochs und seine Taten wurden während der Verhandlung in einen umfassenderen Rahmen gestellt. Das Gericht wollte nachweisen, dass

⁷⁵ Ebd., Blatt 302, Niemöller an Kopa, 4.10.57; Blatt 304, Gnadengesuch Kläre Koch, undatiert; Blatt 305, Gnadengesuch Grete Sattler, undatiert; Blatt 306, Gnadengesuch Pfarrer Elberfeld, 21.9.57.

⁷⁶ IPN Warschau, SWWW 743, Blatt 19, Gerichtsbeschluss, 8.9.58.

⁷⁷ Ebd., SWWW 750-752, Verhandlungsprotokolle, 1958/59; ORLOWSKI/ OSTROWICZ.

⁷⁸ IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1601f, Urteilsbegründung, 9.3.59; Die polnische Justiz orientierte sich bei den Anklagevorwürfen an denjenigen der Nürnberger Prozesse (Vgl. STEINBACH, Nürnberger Prozeß, S. 35f).

⁷⁹ IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1605, Urteilsbegründung, 9.3.59.

die Nationalsozialisten Polen mit dem festen Ziel angegriffen hätten, weite Teile seines Territoriums ins Deutsche Reich einzugliedern, die Polen und alle Spuren ihrer Kultur auszurotten und das Gebiet dann mit Deutschen zu besiedeln. Dabei sollte bewiesen werden, dass Massenmord von Anfang an als elementarer Bestandteil dieser Politik vorgesehen gewesen und gerade Koch als einem der ersten und treuesten Mitarbeiter Hitlers „und zugleich einer der geschicktesten und rücksichtslosesten Ausführer seiner Pläne“⁸⁰ in diesem Konzept ein zentraler Platz zugekommen sei.

Die Staatsanwaltschaft zeigte sich deshalb akribisch bemüht, Kochs gesamte politische Laufbahn von den Anfängen im Ruhrgebiet bis in den Zweiten Weltkrieg hinein nachzuzeichnen. Sein Verhältnis zur nationalsozialistischen Ideologie, ja selbst seine Affinität zu Gregor Straßer, wurde dabei ebenso dargelegt wie die Ausschreitungen während der „Kampfzeit“ und sein korruptes Regime in Ostpreußen – auch weil es galt, nachzuweisen, dass der „nationale Sozialist“ Erich Koch niemals die Interessen der Arbeiterklasse vertreten hatte.⁸¹

Kochs Verbrechen wurden mit einer Vielzahl von Details belegt, wobei Anklage wie Verteidigung auf Beweismittel und Zeugenaussagen aller Art zurückgriffen. Zeitgenössische Publikationen wurden gleichermaßen genutzt wie deutsche Akten, Aussagen von Opfern und Tätern ebenso wie Ergebnisse historischer Forschungen – sowohl polnische als auch westliche.⁸² Es sollte vor allem geklärt werden, ob Koch tatsächlich mit derartigen Kompetenzen ausgestattet gewesen war, dass er für die Verbrechen verantwortlich gemacht werden konnte. Er bestritt dies, es gelang ihm aber anders als in der „Kampfzeit“ nicht, den Prozess zu einer Bühne für seine Selbstdarstellung zu nutzen, da er durch Krankheiten sehr geschwächt war und von einer Krankenschwester begleitet werden musste. Einen fünfzigseitigen Lebenslauf, den er zu seiner Rechtfertigung verfasst hatte, konnte er

⁸⁰ Ebd., Blatt 1616-1618, 1764, Urteilsbegründung, 9.3.59

⁸¹ Ebd., Blatt 1619, Urteilsbegründung, 9.3.59

⁸² Als Gutachter fungierten Prof. Dr. Karol Marian Pospieszalski und Prof. Dr. Alfons Klafkowski. An westlicher Literatur wurden Alexander Dallins „Deutsche Herrschaft in Rußland“, Gerald Reitlingers „Die Endlösung“, die Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen, Martin Broszats Veröffentlichungen sowie die „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ und die „Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte“ benutzt. Darüber hinaus wurde Kochs „Die NSDAP“ und Werner Bests „Die deutsche Polizei“ herangezogen, aber auch Memoiren wie Hans Franks „Im Angesicht des Galgens“ und „Tatsachenberichte“ wie Paul Wolffs „Ohne Maske“ oder Hans-Bernhard Gisevius' „Bis zum bitteren Ende“. Letzteres hatte Koch anscheinend bereits vor seiner Verhaftung gelesen (IPN Warschau, SWWW 747, SWWW 748, Blatt 165-186; SWWW 753, Blatt 1895, SWWW 756-764, SWWW 766-768, Dokumente und Protokolle, 1958/59; BROSZAT, Okkupationspolitik, S. 209).

daher nur unter großen Mühen vortragen.⁸³ Von seinem Tun distanzierte er sich darin ebenso wenig wie vom Nationalsozialismus – er machte aber explizit deutlich, dass er darunter den „nationalen Sozialismus“ Straßerscher Prägung, also eine sozialrevolutionäre, nicht eine Rassenideologie, verstand. Er unterschied quasi zwischen einem „guten“ und einem „bösen“ Nationalsozialismus und betonte seine Gegensätze zu Himmler, Goebbels und Rosenberg. Seiner kirchlichen Orientierung, seinen sozialen Beweggründen, dem Wirtschaftsaufbau und seiner Sorge für die Arbeiterschaft widmete er breiten Raum – dies entsprach nicht nur seinem Selbstverständnis, sondern er wollte damit auch bei den Justizbeamten der Volksrepublik Polen Eindruck machen.⁸⁴ Gleiches galt auch für seine Stilisierung der „Erich-Koch-Stiftung“ als „sozialistisches Beispiel“.

Die ihm vorgeworfenen Kriegsverbrechen leugnete Koch rundweg ab. Er machte Himmler dafür verantwortlich und behauptete, „niemand in Deutschland“ habe gegen den „Reichsführer SS“ „mehr gewagt und mehr getan“ als er. Außerdem beklagte er, dass diejenigen Partei- und SS-Führer, gegen deren Tun er sich gestemmt habe, jetzt wohlgeleitete Mitarbeiter der „Besatzungsverwaltung“ im Westen seien, diesen „Weg“ habe er selbst mehrfach abgelehnt. Abschließend versuchte er noch, sich den polnischen Behörden anzubiedern: Er sehe sich als Sozialist und wisse nun, dass er 30 Jahre lang „in falscher Frontstellung“⁸⁵ gestanden habe. Das Urteil, so zeigte er sich zuversichtlich, könne nur auf Freispruch lauten.

Kochs Verteidiger war weniger optimistisch. Er ging davon aus, dass ein Schuldspruch unvermeidbar war und bemühte sich, für den Angeklagten ein möglichst mildes Urteil zu erreichen. Er wies darauf hin, dass der Prozess einer der längsten und kompliziertesten in der Volksrepublik Polen und kaum mit den Verfahren gegen andere Kriegsverbrecher zu vergleichen sei, da diese bereits vor fünf bis zwölf Jahren stattgefunden hätten, als noch keinerlei wissenschaftliche Literatur zur Verfügung gestanden habe. Er räumte eine gewisse Verantwortung Kochs ein, wies aber darauf hin, dass eine direkte Beteiligung seines Mandanten an keiner einzigen Maßnahme bewiesen werden könne. Für die von ihm erlassenen Verordnungen sei Koch zwar verantwortlich, er habe aber, was auch Generalgouverneur Frank in Nürnberg zugute gehalten worden sei, auf Weisung aus Berlin gehandelt. Abschließend rief der Anwalt das Gericht aus „Gründen der

⁸³ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 40-71, Lebenslauf Koch; KOSCHORKE, Noch einmal, S. 505.

⁸⁴ Vgl. SCHENK, Hitlers Mann, S. 278.

⁸⁵ IPN Warschau, SWWW 746, Blatt 71, Lebenslauf Koch.

allgemeinen Gerechtigkeit und der Humanität“⁸⁶ zur Milde auf: Koch sehe der Todesstrafe schon seit 1950 ins Auge, diese sei aber nur bei einer schnellen Aburteilung vertretbar. Er bat daher, von der Todesstrafe für seinen Mandanten abzusehen.

Das Gericht folgte weder der Argumentation Kochs noch den Bitten seines Anwaltes. Es befand, dass sich der ehemalige Gauleiter im Sinne der Anklage schuldig gemacht habe. Sowohl der Vorwurf der „Verletzung der elementaren, rechtlichen und moralischen Grundsätze des Zusammenlebens der Menschheit“ als auch der Planung, Vorbereitung, Organisation, Anstiftung und Hilfeleistung zur Tötung von Zivilpersonen aus politischen, nationalen und rassischen Gründen aus eigener Initiative und zur Verwirklichung der Ziele der Machthaber des Dritten Reiches wurde explizit bestätigt, ebenso wie die Anschuldigung, er habe an den Vorbereitungen des „verbrecherischen Überfalls“⁸⁷ auf Polen teilgenommen. In der Urteilsbegründung wurden zahlreiche in Polen begangene Verbrechen, für die letztlich Koch verantwortlich oder zumindest mitverantwortlich gemacht wurde, aufgezählt.

Der Behauptung des Angeklagten, er habe keinen Einfluss auf SS und Polizei nehmen können, widersprach das Gericht mit einer Analyse der Machtverhältnisse im Dritten Reich, die auch durch spätere historiographische Forschungen weitgehend bestätigt wurde: Koch habe als Gauleiter und Oberpräsident sowie als Vertrauensmann Hitlers, dem er direkt unterstellt gewesen sei, eine wesentlich stärkere Stellung innegehabt als die „Höheren SS- und Polizeiführer“ in Ostpreußen, Bialystok oder der Ukraine, die deshalb seinem Willen hätten Rechnung tragen müssen. Das Gericht hielt ihn für einen persönlichen Vertrauensmann Himmlers und schloss aus der „persönlichen und unmittelbaren“ Unterstellung des Höheren SS- und Polizeiführers, dieser sei „in vollstem Wortsinn“⁸⁸ Kochs Untergebener gewesen.

Dieses Unterstellungsverhältnis hatte Koch in seinen ständigen Machtkämpfen mit den Statthaltern Himmlers immer für sich reklamiert, was jetzt auf ihn zurückfiel. Das Gericht sah seine Führungsposition als gegeben an, da es zahlreiche Dokumente besaß, in denen Koch den Anspruch vertrat, alleiniger Führer der Verwaltung zu sein, die Unterstellung der Polizei unter seine Person behauptete oder sogar angab, jederzeit Erschießungen anordnen zu können. Auch seine Kompetenz, in Bialystok Recht zu

⁸⁶ Ebd., SWWW 748, Blatt 199-210, Zusammenfassung der Verteidigungsrede, undatiert; Vgl. Ebd., SWWW 743, Blatt 71, Verteidiger an Koch, undatiert.

⁸⁷ Ebd., SWWW 753, Blatt 1603, 1630, Urteilsbegründung, 9.3.59.

⁸⁸ Ebd., Blatt 1732f, 1755-1757, Urteilsbegründung, 9.3.59.

setzen, sowie zahlreiche von ihm erlassene Anordnungen konnte das Gericht mühelos belegen.⁸⁹

Den Richtern war auch die Bedeutung des Zugangs zu Hitler im Machtgefüge des Dritten Reiches bekannt. Sie erachteten es als erwiesen, dass Koch, auch mit Hilfe Bormanns, von einem besonderen Vertrauensverhältnis zum „Führer“ profitiert habe. Der Gauleiter habe aus zahlreichen Besprechungen den Willen Hitlers – ebenso wie die Richtlinien Himmlers bezüglich der „Fremdvölkischen“ und den „Generalplan Ost“ – gekannt und sich stets bemüht, diese Ideen umzusetzen. Die Vernichtung der „polnischen Intelligenz“ habe er gebilligt und den Ostpreußen eine glänzende Zukunft im Osten versprochen. Die Beauftragung Kochs mit der wirtschaftlichen Ausplünderung des „Ostlandes“ kurz vor Kriegsende wurde als besonderer Vertrauensbeweis Hitlers gewertet, und auch Rosenbergs Äußerung, Koch wegen seiner Rücksichtslosigkeit Moskau verwalten lassen zu wollen, wurde dem Gauleiter negativ ausgelegt. Koch habe außerdem von Anfang an über das Schicksal der Juden Bescheid gewusst, die verbrecherischen Methoden der SS hätten er und seine Verwaltung aber akzeptiert. Er habe sogar auf die Gerichte eingewirkt, härtere Urteile zu fällen. Aus dem Umstand, dass der Reichskommissar und der „Reichsführer SS“ gemeinsam gegen den Ostminister vorgegangen waren, schlossen die Richter sogar, dass zwischen den Anschauungen der beiden Funktionäre kein Unterschied bestanden habe.⁹⁰

Der Gerichtshof kam zu dem Schluss, dass die von den Nationalsozialisten geplante Neuordnung Europas ohne die Massenmorde nicht möglich gewesen wäre, sie seien sogar die „Regierungsmethode“ gewesen. Koch habe die Durchführung dieser „physischen Ausrottung“ obliegen, allerdings nicht durch persönliche Teilnahme an Mordaktionen, sondern dadurch, dass er in einem präzise organisierten System Leitungs-, Koordinations- und Aufsichtsfunktionen wahrgenommen und dabei konkrete Taten begangen habe, die seine Verantwortung begründeten. Im einzelnen wurde ihm vorgeworfen, er habe durch die Wahrnehmung seiner Ämter Anteil an Morden an Juden, Greisen, Kindern und Zivilisten durch Standgerichte gehabt, er sei Teil eines Systems der Vergeltungsaktionen gewesen und habe an der Ausrottung der Juden in seinem Machtbereich partizipiert. Außerdem habe er in einer Verordnung für Widerstandshandlungen die Todesstrafe verhängt. „Deshalb kann man feststellen, daß die Rechtsetzende und Verwaltungstätigkeit des angeklagten Erich Koch die Quelle war, aus welcher die Befehle flossen, die im Ergebnis den Tod von vielen Hun-

⁸⁹ Ebd., Blatt 1736-1738, 1749, 1758, 1762, Urteilsbegründung, 9.3.59.

⁹⁰ Ebd., Blatt 1737-1745, 1757-1760, Urteilsbegründung, 9.3.59; Das Gericht berief sich hier auf Dallin.

der tausenden von Menschen, die aus politischen, Volkstums- und rassistischen Motiven umgebracht wurden, bewirkte.“⁹¹

Damit sah das Gericht einen Tatbestand nach Artikel 1, Punkt 1 des Erlasses vom 31. August 1944 erfüllt und verhängte die Todesstrafe. Eine Milderung hielt es für ausgeschlossen, da keinerlei Zweifel an der Verantwortlichkeit Kochs bestünden. Dem Delinquenten wurden außerdem obligatorisch die öffentlichen und bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt, sein Vermögen wurde eingezogen. In einem dritten Punkt wurde er dazu verurteilt, dem Zivilkläger Hersch Pianko, dessen Familie während der Besatzungszeit getötet worden war, einen Złoty als symbolische Entschädigung zu zahlen.⁹²

Der zum Tode Verurteilte nahm das Urteil nach außen hin ruhig und gelassen auf. Er gab sich noch nicht geschlagen und stilisierte sich in einem offenbar für die Öffentlichkeit bestimmten Brief an seine Frau selbst zum Bauernopfer im großen Spiel des Kalten Krieges, zerrieben zwischen hasserfüllten Kommunisten im Osten und karrierebewussten Altnazis im Westen.⁹³ Den Siegermächten und insbesondere dem jüdischen Volk warf er mit Blick auf den Korea- und den Palästinakonflikt vor, sich nicht an das Völkerrecht zu halten, nach dem er verurteilt worden sei, und sprach ihnen deshalb das Recht ab, über ihn zu urteilen.

„Denkt an Schlageter!“ rief der ehemalige Kampfgefährte dieses „Märtyrers“ des deutschen Nationalismus seinem imaginären Publikum zu. Er wollte damit offenbar auf die negativen Auswirkungen der Hinrichtung des Ruhrkämpfers auf das deutsch-französische Verhältnis nach dem Ersten Weltkrieg hinweisen und damit eine Analogie zu seinem eigenen Schicksal knüpfen. Die „zarte Pflanze der Aussöhnung“, so fuhr er lyrisch fort, dürfe nicht zerstört werden, denn ohne Aussöhnung würden beide Länder, Deutschland und Polen, und schließlich ganz Europa zugrunde gehen. Er selbst sei ursprünglich indifferent gegenüber den Polen gewesen, habe dann aber dazugelernt. Sein wahres Wollen sei vom Gericht aber nicht erkannt worden. Er sei ein „Wanderer zwischen zwei Welten“⁹⁴, dem Christentum und dem Sozialismus, wobei wahres Christentum zugleich sozialistisch sei. Er durchlebe jetzt seine Passionszeit, aber auf den Karfreitag folge Ostern.

Der ehemalige Gauleiter gefiel sich offensichtlich in einer aus der NSDAP gut bekannten Pose, der des unschuldigen, geschundenen und leidenden Opfers, das in Selbstmitleid zerfließend nur noch auf eine wun-

⁹¹ Ebd., Blatt 1764-1767, Urteilsbegründung, 9.3.59.

⁹² Ebd., Blatt 1603f, 1767f, Urteilsbegründung, 9.3.59.

⁹³ Vgl. SCHENK, Hitlers Mann, S. 275.

⁹⁴ IPN Warschau, SWWW 743, Blatt 295-298, Erich Koch an Kläre Koch, 10.3.59.

dersame Rettung hoffen konnte. Darüber hinaus erteilte er seiner Frau in einem ähnlichen Brief den unrealistischen Auftrag, die „Erich-Koch-Stiftung“ wiederaufzubauen – er sah in diesem Schreiben wohl eine Art Testament, in dem er sich noch einmal als sozial gesinnter Patriarch präsentieren wollte, der selbst im Angesicht des Todes nur daran dachte, sein soziales Werk fortzusetzen. Wohl aus ähnlich demonstrativen Zwecken schloss er mit einem zweiten Auftrag an seine Frau: Sie möge Martin Niemöller bitten, ihn zu besuchen.⁹⁵ Zu Niemöller hatte der ehemalige Präses der ostpreußischen Provinzialsynode keine nähere Verbindung unterhalten, es gab also, vor allem angesichts des sehr verhaltenen Gnadengesuchs des Theologen, für diesen keinen Grund, den verurteilten Kriegsverbrecher zu besuchen. Niemöller war aber einer der prominentesten evangelischen Theologen, und Koch war wohl der Ansicht, dass es kein geringerer Vertreter der Kirche sein dürfe, der ihm sozusagen den letzten Segen vor dem Gang zum Schafott spendete – wahrscheinlich hoffte er aber darauf, dass ein so prominenter Gast doch noch einen Gnadenakt herbeiführen könne.

Um sein Überleben kämpfte Koch auch mit juristischen Mitteln. In seinen Anträgen auf Revision benutzte er eine ähnliche Argumentation wie in seinen Briefen: Er verlangte die Expertise eines Fachmanns für Völkerrecht vom Haager Schiedsgericht, denn seine Handlungen seien zur Tatzeit noch nicht strafbar gewesen. Außerdem werde das „Nürnberger Recht“ auch bei den „neuen Kriegen“ nicht angewendet. Auch und gerade Polen verstoße gegen diesen Kodex, da es die deutsche Bevölkerung ausgewiesen, einen Aufstand niedergeschlagen und Pogrome gegen Juden zugelassen habe. Darüber hinaus warf er den polnischen Richtern Befangenheit vor, weil sie Verbrechen eines Ausländers an ihrem eigenen Volk abgeurteilt hätten.⁹⁶ Seine Freilassung konnte er damit nicht erreichen, aber immerhin gelang es ihm, dass sich die Revisionsverhandlungen bis weit in die siebziger Jahre hinein zogen.⁹⁷ Offenbar wuchsen in den polnischen Behörden mit wachsendem zeitlichen Abstand zu den Taten des NS-Führers die Zweifel, ob die Hinrichtung des „letzten Kriegsverbrechers“⁹⁸ immer noch angebracht sei. Während Willy Brandts Besuch in Warschau im Dezember 1970, bei dem der Bundeskanzler vor dem Ghetto-Denkmal niederkniete, soll der deutschen Delegation angeboten worden sein, sie könne Koch mit nach Deutschland nehmen, was von den überraschten Diplomaten aller-

⁹⁵ Ebd., SWWW 753, Blatt 1903, Erich Koch an Kläre Koch, 29./30.11.59; Vgl. STOLL, passim; WACHS, S. 12; KURT NELHIEBEL, So war das mit Herrn Oberländer, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 49/2004, S. 1135-1141.

⁹⁶ IPN Warschau, SWWW 753, Blatt 1900, Revisionsantrag Koch, undatiert.

⁹⁷ Ebd., SWWW 768A, Blatt 68, Erklärung Koch, 10.11.77.

⁹⁸ So der Titel einer Studie Gerald Reitlingers (REITLINGER, Last).

dings geflissentlich ignoriert wurde.⁹⁹ Letztlich wurde das Todesurteil gegen den letzten deutschen Verwaltungschef Ostpreußens in lebenslange Haft umgewandelt.

Kochs lange Haftzeit scheint eine einzige Krankengeschichte gewesen zu sein, und auch psychisch baute er zeitweise stark ab.¹⁰⁰ In der Öffentlichkeit, gerade in Westdeutschland, geriet er mehr und mehr in Vergessenheit. Nach seinem Prozess war er den Medien kaum eine Meldung wert. Anders als der in Spandau einsitzende Rudolf Heß wurde er nicht zu einer Ikone der Rechten stilisiert. Die Möglichkeit, den ostpreußischen Gauleiter als Symbolfigur für den Hunger Polens nach „urdeutschen“ Territorien und für polnische Rachsucht aufzubauen, wurde nicht genutzt. Es fand sich niemand bereit, das Rollenklischee des Märtyrers für den „nationalen Sozialismus“, das Koch gerne für sich aufgebaut hätte, zu übernehmen.

Das lag in erster Linie an der Person und der politischen Vita des kleinen Mannes aus Elberfeld. Er war nie in einer derartigen Weise als zentrale Gestalt des Dritten Reiches in Erscheinung getreten, als dass er sich nun als Symbolfigur geeignet hätte. Ebenso klein von Statur wie im Geiste sei er gewesen, das Urbild der Korruption, ein Choleriker und ein Prolet im Habitus, so lassen sich die verbreitetsten Bewertungen Kochs zusammenfassen. Er war niemand, der als schöpferischer Geist, als Gestalter in Erinnerung blieb, ganz im Gegenteil, es war sein destruktiver Zug, der tradiert wurde. Selbst bei denjenigen, die seine „Leistungen“ bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und dem Wirtschaftsaufbau in Ostpreußen anerkannten, standen diese Erinnerungen deutlich im Schatten von Kochs Untaten in der Ukraine – wegen derer der Krieg verloren gegangen sei – und seinem Versagen bei der Verteidigung und der Evakuierung seines Gaues – was zu millionenfachem Leid und Tod geführt habe.¹⁰¹

Während andere Gauleiter, wie zum Beispiel Karl Kaufmann, Josef Bürckel oder Hans Schemm ihren ehemaligen „Untertanen“ eher positiv in Erinnerung blieben¹⁰², so wurde Koch fast nur noch als Negativfigur gese-

⁹⁹ EGON BAHR, *Zu meiner Zeit*, München 1998, S. 342.

¹⁰⁰ Vgl. IPN Warschau, SWWW 768A, Blatt 68, Erklärung Koch, 10.11.77; KOCH, Interview, S. 54.

¹⁰¹ Vgl. Kapitel 9.2., 10.2., 10.3.; DÖNHOF, Henker; REITLINGER, Haus, S. 208; JÜRGEN THORWALD, *Wen sie verderben wollen*, Stuttgart 1952, S. 74f, 237-239; DERS., *Flucht*, S. 25-27.

¹⁰² Vgl. FRANK BAJOHR, Gauleiter in Hamburg, in: VfZ 43/1995, S. 267-295, hier S. 267f; FERDINAND SCHLICKEL, Gauleiter Josef Bürckel, in: Pilger-Kalender 73/1994, S. 100-113; LOTHAR MEINZER, Der Gauleiter – ein Volksfreund?, in: „Deutsche, laßt des Weines Strom sich ins ganze Reich ergießen!“, hg. v. GÜNTHER LIST, Heidelberg 1985, S. 80-105, passim; KÜHNEL, S. 379-388; RUDOLF ENDRES, Hans Schemm (1891-1935), in: *Fränkische Lebensbilder* 15/1993, S. 265-284, hier S. 283f.

hen. Nur partiell eine Ausnahme bildete die evangelische Kirche, in der seine überwiegend kirchenfreundliche Haltung nicht vergessen wurde. Noch in einer Studie zur Bekennenden Kirche Ostpreußens von 1976 wurde er als „praecipuum membrum“, als herausragendes Mitglied der ostpreußischen Kirche bezeichnet, dem alle Absichten, den „Glaubensstandpunkt der Kirche“ zu ändern, fremd gewesen seien. Er sei dann allerdings von der Parteileitung zur Änderung seines Kurses gezwungen worden und „radikal“¹⁰³ deren Weg gegangen. Die „erschütternde Kurve“, die sein „Weg“ genommen habe, sei „für die Verführungen dieser Zeit kennzeichnend“¹⁰⁴. 1986 besuchten zwei hochrangige Mitglieder der „Kriegsverurteiltenseelsorge“ den ehemaligen Vizepräsidenten des Kirchensenats der Altpreußischen Union anlässlich seines 90. Geburtstag im Gefängnis von Wartenburg (Barczewo).¹⁰⁵

Der ehemalige Multifunktionär wurde ansonsten selbst von den Historikern nicht beachtet. Eine wissenschaftliche oder auch nur eine literarisch-populäre Studie zu Koch erschien nicht, selbst die „Altpreußischen Biographien“ widmeten dem Gauleiter erst im Jahr 2000 eine Kurzbiographie.¹⁰⁶ Die meisten Publikationen, die sich mit Ostpreußen oder mit führenden Nationalsozialisten befassten, übernahmen den Duktus der Darstellung Bongartz'/ Thorwalds. Selbst in wissenschaftlichen Spezialstudien – in die Koch dank seiner vielfältigen Tätigkeitsfelder mannigfaltige Aufnahme fand – wurde der ostpreußische Parteiführer meist nur als der schlimmste und verrufenste aller Gauleiter beschrieben.¹⁰⁷

Fast schon parodistische Züge nahmen oftmals die spärlichen Erwähnungen Kochs in den Massenmedien an. Der späte Zeitpunkt seiner Verurteilung und die nicht erfolgte Hinrichtung waren ein idealer Nährboden für Gerüchte, die zum Teil Verschwörungstheorien ähnelten. Der Häftling werde seit 1951 vom KGB konsultiert, dieser hätte ihn vor dem Galgen gerettet, so eine dieser Legenden.¹⁰⁸ Noch verbreiteter war die These, Koch habe gegenüber den polnischen Behörden mit seinem Wissen, wo das seit Kriegsende verschwundene Bernsteinzimmer versteckt sei, geprahlt, und so

¹⁰³ LENKITSCH, S. 33-35; Vgl. WEMBER, Entnazifizierung, S. 215f.

¹⁰⁴ Manfred Koschorke, Einführung; in: Geschichte der Bekennenden Kirche, S. 15-21, hier S. 21; Vgl. DERS., Noch einmal.

¹⁰⁵ Mitteilung Reinhard Henkys an den Autor, 8.4.2001.

¹⁰⁶ MURAWSKI, Koch.

¹⁰⁷ Vgl. BRÄUTIGAM, So, passim; GISEVIUS, S. 308f; GRUNBERGER, S. 67, 102; KLEIST, Hitler, passim; REITLINGER, Last, passim; DERS., Haus, passim; THORWALD, Flucht, passim.

¹⁰⁸ Sudetendeutsche Zeitung Nr. 15, 11.4.75; Vgl. SCHENK, Hitlers Mann, S. 280, 286-288.

sein Leben gerettet. Koch selbst erwähnte das Kunstwerk jedoch nie, und selbst der Leiter der „Hauptkommission zur Untersuchung der Verbrechen am Polnischen Volk“ dementierte jeden Zusammenhang.¹⁰⁹ Abgesehen von derartigen Anekdoten war erst Kochs Tod im November 1986 wieder fast allen Zeitungen eine Meldung wert, aber auch zu diesem Anlass erschienen keine größeren Artikel.¹¹⁰

Der Gauleiter selbst bedauerte das Desinteresse an seiner Person sicherlich, denn es war ihm während seiner gesamten Haftzeit offenbar sehr wichtig, seinen Lebenslauf zu rechtfertigen. Seine für den Prozess angefertigte fünfzigseitige Verteidigungsschrift arbeitete er deshalb zu einer ungefähr 300 Seiten umfassenden Geschichte der NSDAP aus. Diese Schrift geriet bei seinem Tod allerdings in private Hände, wo sie bisher für die Forschung unzugänglich blieb.¹¹¹ Ein halbes Jahr vor seinem Tod erhielt Koch nochmals die Chance, quasi vor der Öffentlichkeit eine Bilanz seines Lebens zu ziehen. 1986 wurde er als einziger Gauleiter vor der Fernsehkamera interviewt. Die Art, wie er mit dem polnischen Journalisten Mieczyslaw Sieminski sprach, zeigte eindeutig, dass der Neunzigjährige entschlossen war, diese voraussichtlich letzte Gelegenheit, Zeugnis abzulegen, zu nutzen.¹¹²

Der körperlich deutlich gebrechlich gewordene Häftling trat dem polnischen Journalisten trotz seiner mittlerweile 36 Jahre andauernden Inhaftierung keineswegs psychisch gebrochen oder gar kraftlos gegenüber. Er war geistig anscheinend noch rege und wollte seine Sicht der Dinge darlegen, ohne sich dabei stören zu lassen. Einwände oder Fragen, die seinen Erzählfluss unterbrachen, wischte er mit schroffen Bemerkungen beiseite, in einigen Fällen wies er sein Gegenüber zurecht, er solle ihn nicht unterbrechen, zuerst müsse er seine Erzählung fortsetzen, dann könne der Reporter eine Frage stellen. Des öfteren warf er seinem Gesprächspartner vor, er verstehe die geschilderten Zusammenhänge nicht oder wolle sie nicht verstehen.

¹⁰⁹ Sudetendeutsche Zeitung Nr. 15, 11.4.75; Ostpreußenblatt Nr. 13, 28.3.81; Die Welt, 28.10.83; Süddeutsche Zeitung Nr. 10, 13.1.84; Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 226, 267, 15., 17.11.86; Neue Züricher Zeitung, 20.11.86; REUTH, Bernsteinzimmer, S. 120-122; REMY, S. 167-169, 172; Wprost, 31.12.2003, S. 116-119.

¹¹⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 266, 15.11.86; Nr. 267, 17.11.86; Der Spiegel Nr. 47, 17.11.86; Neue Züricher Zeitung Nr. 269, 20.11.86; Die Zeit Nr. 48, 21.11.86; Ostpreußenblatt, Folge 48, 29.11.86.

¹¹¹ Wprost, 31.12.2003, S. 116-119; Mitteilung Cezary Gmyz an den Autor, Dezember 2003.

¹¹² Eine Kopie der Aufnahmen befindet sich im Besitz des Autors. Dieses Interview benutzte der SDR-Journalist Wilhelm Reschl 1992 für seine Fernsehdokumentation „Der Gauleiter Erich Koch“.

Allerdings hatte der „nationale Sozialist“ nicht viel Neues zu bieten, er hatte seine Taten in all den Jahren offenbar nicht kritisch hinterfragt. Statt dessen wiederholte er im groben die bisherige Darstellung seines politischen Wirkens und bejammerte die Ungerechtigkeit seines Schicksals – schließlich habe er in der Ukraine Zehntausende von Polen gerettet, aber „[a]nstatt eines hohen polnischen Ordens sitze ich 36 Jahre, ohne Beweise.“¹¹³ Ihn einen Kriegsverbrecher zu nennen sei „die größte Beleidigung, die man mir antun kann“, er „persönlich“ brauche seine Augen nicht niederzuschlagen „gegenüber einem polnischen Menschen“. „Ich versichere Ihnen auf mein Ehrenwort,“ so beantwortete er eine entsprechende Nachfrage, „daß niemand in der Welt sagen kann, an den Händen Erich Kochs klebt Blut. Ich sage weiter auf mein Ehrenwort, daß ich alles getan habe, um die mir unterstehenden Menschen in der Ukraine gegen die Feinde dieser Menschen zu schützen.“¹¹⁴

Von einem einsichtigen oder gar geläuterten Häftling konnte keine Rede sein. Der ehemalige Gauleiter trat vielmehr weiterhin als derjenige auf, dem das größere Wissen um die Zusammenhänge zu eigen war. Aus seiner Gefängniszelle heraus wollte er seinem Besucher die aktuellen politischen Notwendigkeiten erklären. Er war der festen Überzeugung, dass wie in den zwanziger Jahren „die soziale Frage“ im Mittelpunkt aller Politik stehe und forderte die Polen deshalb auf, ihre Jugend endlich zum „nationalen Sozialismus“ zu erziehen. In diesem Zusammenhang orakelte er über den baldigen Zusammenbruch des US-amerikanischen Kapitalismus und den dann drohenden Atomkrieg – vor dem eben nur der „nationale Sozialismus“ die Welt bewahren könne.¹¹⁵ Konrad Adenauer und Helmut Kohl bezeichnete er wegen des „Wahnsinns“ der Grenzziehung der Bundesrepublik als Separatisten und Marionetten Frankreichs und verglich die Situation mit dem Herbst 1923, als Hitler habe eingreifen müssen.¹¹⁶

Das messianische Selbstbewusstsein Kochs hatte offensichtlich auch die lange Haftstrafe nicht brechen können. Völlig unbeeindruckt von der Tatsache, dass er kaum in der Lage war, sich ein Bild von der weltpolitischen Lage zu machen – es sollen ihm nur DDR-Zeitungen zur Verfügung gestanden haben – maßte er sich an, die Welt zu erklären. Auf die Frage, wie er sein eigenes Leben beurteile, antwortete er mit einem bezeichnenden historischen Vergleich:

¹¹³ KOCH, Interview, S. 52f.

¹¹⁴ Ebd., S. 54f, 59.

¹¹⁵ Ebd., S. 8f, 56-58.

¹¹⁶ Franz-Josef Strauß und Otto von Habsburg hielt er dagegen für Verfechter einer „Diktatur der klerikalen internationalen Finanzen“ (Ebd., S. 14, 56f).

„Es war ein stolzes Leben. J’amaïs, j’amaïs, sagte Napoleon. Niemals, niemals. Nichti, nichti – das war mein Grundsatz. Ich habe nie nachgegeben. Ich bin immer ich geblieben und habe für diese meine Überzeugung als Prediger oder Prophet [...] meinen Menschen ins Herz geredet. Ich habe nie an den Verstand, sondern an die Herzen der Menschen appelliert. [...] Ich bin immer derselbe Prediger in der Wüste geblieben. Ich habe gepredigt die soziale Liebe der Menschen in den Völkern.“¹¹⁷

Koch sah sich noch immer als der große Sozialrevolutionär, der seinen eigenen politischen Wurzeln treu geblieben war, ebenso wie seinem Weg und seinen Methoden. Er gehörte damit nicht zu den Nationalsozialisten, die sich – wie zum Beispiel Kochs Danziger Gauleiterkollege Forster – nach dem Ende des Dritten Reiches von jeglicher Ideologie distanzierten und angaben, nur Befehlsempfänger gewesen zu sein.¹¹⁸ Vielmehr identifizierte Koch sich, wie auch viele Andere aus der Führung der NSDAP, weiterhin mit seinem politischen Weg und gab dies auch voller Stolz auf die erbrachten „Leistungen“ offen zu. Funktionäre wie er verurteilten lediglich sogenannte „Exzesse“ als Abirrungen vom rechten Wege – den jetzt viele der ehemaligen Parteifunktionäre bei Gregor Straßer verorteten –, ihre Beteiligung an solchen „Irrtümern“ stellten dann auch sie als Befehlsnotstand dar.¹¹⁹

Koch hielt seine Analyse der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse immer noch für richtig, ebenso wie die von ihm getroffenen Maßnahmen zu ihrer Korrektur. Er bedauerte allenfalls, mit ihnen nicht zum Ziel gekommen zu sein. Nur von seinen Aktivitäten im besetzten Polen und auf sowjetischem Territorium distanzierte er sich. Allerdings war er, so lässt sich dazu anmerken, auch auf diesem Gebiet, das sicherlich am wenigsten mit seinen Beweggründen, Politiker zu werden, zu tun hatte, er selbst geblieben, indem er sich wie in seiner gesamten Karriere an einem politischen Mentor orientiert und skrupellos im eigenen Machtinteresse agiert hatte. Hitler war der letzte und der am wenigsten sozialrevolutionär eingestellte dieser Mentoren, und es war Hitlers Expansionismus, der schließlich zum Untergang des Dritten Reiches und damit auch zum Scheitern des „Sozialpolitikers“ Erich Koch führte.

Insofern konnte Koch tatsächlich dadurch, dass er sich von den „Exzessen“, von den Hitlerschen Rassenvorstellungen und Expansionsabsichten, distanzierte, an der Fiktion festhalten, seine politischen Absichten und

¹¹⁷ Ebd., S. 58f.

¹¹⁸ Vgl. SCHENK, Hitlers Mann, S. 271, 282f; WEMBER, Entnazifizierung, S. 414.

¹¹⁹ Vgl. WEMBER, Umerziehung, S. 190-193; KURT HINRICHSSEN, „Befehlsnotstand“, in: NS-Prozesse nach 25 Jahren Strafverfolgung, hg. v. ADALBERT VON RÜCKERL, Karlsruhe 1971, S. 131-161.

Maßnahmen seien gut und richtig gewesen und auch heute immer noch die einzig mögliche Lösung der alles bestimmenden „sozialen Frage“. Allerdings musste er trotz dieser tröstenden Möglichkeit, das Selbstbild des erfolgreichen oder doch zumindest des nicht in die Irre gegangenen Politikers aufrecht erhalten zu können, zugeben, dass er insgesamt mit seinem Leben

„[n]icht zufrieden [sein könne], denn ich habe es ja nicht erreicht, was ich wollte. Das Leben hat mir eine furchtbare Quittung gegeben. Im Judentum, im alten, gibt es eine besondere Sekte, die sehr heilig gesprochen wird. Das sind die, die alle Not und alle Leiden persönlich erleben müssen für das jüdische Volk. Und das, was ich erlebt habe, war nicht für mich, sondern für andere. Ich bin der Sohn eines deutschen Arbeiters, ein Arbeiter-Aristokrat, und der bin ich geblieben. Ich bin kein Bourgeois geworden. [...] ich weise auf die Taten meiner Vergangenheit, die ich getan habe, die sich nicht zu schämen brauchen. [...] Ein Menschenleben zu beantworten am Anfang, in der Mitte oder am Ende, sind drei verschiedene Dinge. Mein Menschenleben, ich Erich Koch persönlich, am Ende, kann nur sagen, daß ich jedem Menschen mit Stolz ins Auge schauen kann. Es gibt niemand, der mich anklagen kann, ich hätte ein Todesurteil oder irgend etwas unterschrieben, weder in Deutschland noch sonstwo. Sehen Sie, das ist mein Stolz, daß ich ich geblieben bin, versucht habe, die Welt zu ändern und gescheitert bin.“¹²⁰

Erich Richard Koch starb am 12. November 1986 im Krankenhaus in Allenstein (Olsztyn).

¹²⁰ KOCH, Interview, S. 59f.

12. „EIN STOLZES LEBEN“? – BILANZ EINER BIOGRAPHIE

Erich Koch gehörte aufgrund seiner zahlreichen Ämter und der großen Rolle, die er bei vielen Prozessen innerhalb der NSDAP und des Dritten Reiches spielte, zu den wichtigsten NS-Führern. Er selbst sah sich, auch wenn er sein Scheitern zugeben musste, darüber hinaus als Politiker von epochenüberschreitender Bedeutung und ließ sich gern in eine Reihe mit dem Hochmeister Winrich von Kniprode, den Königen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. sowie den Oberpräsidenten von Schrötter, von Schön und von Goßler stellen. Er nahm für sich in Anspruch, ähnlich wie diese die Anforderungen der Zeit tiefgreifend erkannt und in vorausschauender Art und Weise versucht zu haben, visionäre Zukunftskonzepte umzusetzen. Besonders stolz war er darauf, dass er dabei immer seinen Überzeugungen treu geblieben sei, womit er sich überdurchschnittliche Charakterfestigkeit zuschrieb.

Aber gerade die Persönlichkeit Kochs bleibt selbst bei einer intensiven Betrachtung seiner Vita sehr blass. Er unterschied sich kaum von den meisten Angehörigen seiner Generation. Die Sozialisation im Kaiserreich mit ihren konservativen Werten und seine Sehnsucht nach sozialem Aufstieg hob ihn ebenso wenig aus seiner Alterskohorte heraus wie das Kriegserlebnis und die von diesem verursachte Erschütterung seines Weltbildes. Auch die Freikorpsserlebnisse teilte er mit Tausenden Anderen. Es war nicht ungewöhnlich, dass sich ein junger Mann wie er in den radikalisierten Nachkriegsjahren der Politik zuwandte. Dass ihn sein Lebensweg in die oberen Ränge der NSDAP führte, hatte er auch dem Zufall zu verdanken, dass er in einem der frühen Zentren der „Hitler-Bewegung“ ansässig war und daher wesentlich leichter in die Partei und dort in die regionalen Führungszirkel fand als viele andere Aktivisten. Hinzu kam, dass er über einige Charakterzüge verfügte, die ihm den Aufstieg in der jungen Partei erleichterten. Er war ehrgeizig und durchsetzungsfähig, ein begabter Redner und ein instinktsicherer und gewandter Machtpolitiker. Er konnte entgegenkommend und schmeichelnd sein und scheint über ein gewisses Charisma verfügt zu haben. Er war intelligent, aber ohne jeden Bezug zum Intellektuellen, weshalb er nicht in der Lage war, eine eigene Weltanschauung zu formulieren, sondern sich immer an den Ideen Anderer orientierte. Dieses Manko begleitete ihn durch seine gesamte Karriere, es muss, ganz

entgegen der Selbsteinschätzung Kochs, sogar als eines seiner wichtigsten Charakteristika gelten.

Kochs politische Überzeugungen beruhten lediglich auf seinem Glauben, während seiner Jugend durch ein ungerechtes Gesellschaftssystem daran gehindert worden zu sein, den ihm eigentlich zustehenden Platz zu erreichen. Hinzu kam seine Verehrung des Nationalen und der Autorität. Darüber hinaus hatte er keinerlei Werte verinnerlicht, die geeignet gewesen wären, seinem Weltbild eine stabile Grundlage zu bieten. Sein „nationaler Sozialismus“ bestand aus Ideen, die zwar eine Verbesserung der Gesellschaftsordnung in seinem Sinne versprachen, die er aber vollständig von Anderen übernommen hatte. Er machte sich diese Ideologeme zu eigen und trat vehement für sie ein. Voller Selbstbewusstsein nahm er sogar in Kauf, als Oppositioneller innerhalb der Partei zu gelten. Diese Haltung ließ ihn als starken und unabhängigen Parteiführer erscheinen und brachte ihm besonders deshalb zahlreiche Vorteile ein, weil er es verstand, in jeder Situation eine dazu passende ideologische Option und darauf aufbauend das „richtige“ Handlungsmuster zu wählen.

So spielte der Protestantismus in Kochs ersten Jahren als Politiker keine Rolle, er propagierte vielmehr den „nationalen Sozialismus“ Straßerscher Prägung, mit dem er im industriell geprägten Ruhrgebiet reüssieren konnte. Vor allem aber erlangte er über seine Parteinahme für den mächtigen „Reichsorganisationsleiter“ Gregor Straßer das Gauleiteramt in Ostpreußen. Dort gelang es Koch, die politischen, geographischen und wirtschaftlichen Besonderheiten der „Insel“ für sich zu nutzen – unter anderem durch die „Wiederentdeckung“ seines Protestantismus, den er stark für seine politischen Ziele instrumentalisierte. Er konnte so in kürzester Zeit eine schlagkräftige Parteiorganisation und eine starke Hausmacht aufbauen sowie überdurchschnittliche Erfolge an den Wahlurnen erzielen. Seine Nähe zu Straßers „Sozialismus“ ermöglichte ihm die fruchtbare Kooperation mit dem „Königsberger Kreis“, dessen Ideen Koch nicht nur für die praktische Politik nutzte, sondern auch, um sich innerhalb der NSDAP als Vertreter des „richtigen Weges“ zu profilieren und zu versuchen, den Kurs der Partei in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Nach der „Machtergreifung“ war es wiederum das Zusammenspiel der besonderen Situation Ostpreußens mit den von Koch adaptierten Konzepten – diesmal denjenigen des „Königsberger Kreises“ –, das es dem Gauleiter ermöglichte, sich bereits im ersten Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft als besonders tatkräftiger und erfolgreicher Führer des „Mustergaus“ Ostpreußen zu präsentieren. Die dem wirtschaftlichen Aufschwung der Provinz zugrundeliegenden Pläne stammten zwar nicht von Koch, der Erfolg wurde aber dennoch ihm zugeschrieben. Dadurch erwarb er sich

nicht nur große Sympathien in der Bevölkerung, es gelang ihm auch, in den Kreis der bedeutendsten Gauleiter aufzusteigen.

Ein „Entgegenarbeiter“ des „Führers“ war er trotz seiner erfolgreichen Laufbahn in der NSDAP zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Koch verhielt sich vielmehr wie ein konventioneller Politiker, der im Rahmen der Generallinie seiner Partei mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln eine eigene Zielsetzung verfolgte und dabei auch bereit war, die Parteiführung in seinem Sinne zu beeinflussen oder gar gegen sie zu opponieren. Die Fixierung auf Hitler, die das „Entgegenarbeiten“ voraussetzt, war bei ihm noch nicht zu beobachten. Die gemeinsamen Grundüberzeugungen hatten aus Koch einen Hitleranhänger gemacht und bewirkten, dass seine Politik die NSDAP auch im Sinne ihres „Führers“ voranbrachte. Aber obwohl der Gauleiter seinen „nationalen Sozialismus“ selbst nur adaptiert hatte, war er doch eigenständig genug, um sich zunächst nicht in voreilem Gehorsam an einen einzelnen Befehlsgeber zu binden. Noch befand er sich nicht in einer Position, in der er auf Gedeih und Verderb dem Wohlwollen eines unantastbaren „Führers“ ausgeliefert war, vielmehr war dieser „Führer“ noch darauf angewiesen, dass seine Parteigänger in seinem Namen eine so erfolgreiche Politik betrieben, dass er die Macht überhaupt erst erlangen und dann festigen konnte.

Der Aufstieg Hitlers war also davon abhängig, dass eigenständig agierende Männer wie Koch den „Führer“ in die Position brachten, in der ihm entgegengearbeitet werden konnte. Erst dann entfalteten die inneren Mechanismen der Herrschaftstechnik Hitlers ihre Dynamik, die auch „Oppositionelle“ wie den ostpreussischen Gauleiter einband und ihnen große Teile ihrer Originalität nahm. Bis diese Männer sich in diese Struktur einfügten, bedurfte es jedoch oftmals eines einschneidenden Erlebnisses, das ihnen die veränderten Umstände deutlich vor Augen führte – ähnlich wie in ihrer politischen Sozialisation der Erste Weltkrieg. Im Falle Kochs waren es die zahlreichen Auseinandersetzungen mit den verschiedensten Machträgern, in die er gerade durch seine starke und eigenständige Position geriet. Sie verdeutlichten ihm die Machtmechanismen des Dritten Reiches und lehrten ihn, sie zu nutzen. Er begriff vor allem durch die „Oberpräsidentenkrise“ die zentrale Rolle Hitlers und dass es für ihn existentiell wichtig war, die Gunst des „Führers“ zu erringen.

Es lässt sich kaum mehr feststellen, inwieweit Kochs „oppositionelle“ Haltung vor der „Oberpräsidentenkrise“ echter Überzeugung oder gar Idealismus entsprang, dies ist jedoch nicht ausgeschlossen. Es ist aber offensichtlich, dass sich Koch spätestens mit dem Ende des Jahres 1935 aus machttaktischen Überlegungen von allem Idealismus trennte. Er löste sich von den Resten des „Straßerismus“, vom Protestantismus und den Ideen des „Königsberger Kreises“, da sie für ihn zur Belastung geworden waren,

und orientierte sich an Hitler, mit dem ihn zwar die meisten Grundlagen seiner Weltanschauung verbanden, von dem ihn aber auch substantielle Glaubenssätze wie die Rassenideologie oder die Vorstellung vom „Lebensraum im Osten“ trennten.

Ihren Höhepunkt erreichte diese Hinwendung zu den Ideen Hitlers, als Koch – wiederum aufgrund der Lage seines Gaus und seiner bisherigen Erfolge – mit einigen der bedeutendsten besatzungspolitischen Aufgaben betraut wurde und damit endgültig in den engeren Kreis der wichtigsten NS-Führer aufstieg. In Polen wie in der Ukraine betrieb er eine Politik, die in ihrer zerstörerischen Brutalität nur durch Kochs Bemühen, die Vorstellungen Hitlers umzusetzen, erklärbar ist. Koch gerierte sich während seiner gesamten Karriere als Antisemit, von der Vernichtung der Juden sprach er vor 1939 aber nicht. Die Slawen bewertete er während dieser Jahre sehr unterschiedlich, auch positiv. In erster Linie betrachtete er sich jedoch nicht als „Rassenkämpfer“, sondern als Sozialrevolutionär, dem das Wohlergehen der Menschen am Herzen liege. Die „rassischen“ Maßstäbe, nach denen er in Polen und der Ukraine entschied, wer Mensch und es deshalb wert war, zu leben, waren in seinen früheren Äußerungen ebenso wenig zu finden wie die Forderung, die „Untermenschen“ „auszumerzen“. Dieses Denken hatte er von Hitler übernommen, und er scheute in seinem Bemühen, diesem zu gefallen, nicht davor zurück, in Anlehnung an eher beiläufig geäußerte Führerworte bedenkenlos Hunderttausende töten zu lassen.

Koch richtete sich zu diesem Zeitpunkt nach keinem anderen Wertesystem als dem des machttaktischen Kalküls. Er beurteilte die gegebenen Handlungsoptionen nur danach, ob sie geeignet waren, um sich bei Hitler zu profilieren. Dieses Verhalten zeigte deutlich, dass Koch nicht die Charakterstärke oder gar die herausragende Persönlichkeit besaß, die er für sich beanspruchte. Er war im Verlauf seiner politischen Karriere auch nur in einer Hinsicht derselbe geblieben, nämlich darin, dass er sich immer an den Ideen anderer orientierte. Die hehren Ziele jedoch, die er zeitweise so vehement verteidigte und auch nach 1945 als Beweggründe seines Handelns angab, hatte er nicht so stark verinnerlicht, als dass er bereit gewesen wäre, zu ihrer Verteidigung Nachteile in Kauf zu nehmen. Sobald sie ihm schaden konnten, gab er sie auf. Der Erich Koch der Jahre 1936 bis 1945 war daher kein irregeleiteter Idealist, sondern ein Opportunist und ein Geschöpf des Dritten Reiches und seiner Strukturen.

Das äußerte sich auch darin, dass er weiterhin eine sehr eigenständige Politik betrieb, sich durch Kritik nicht beirren ließ und zahlreiche Auseinandersetzungen mit Opponenten wie Rosenberg ausfocht. Nach außen wirkte er deshalb weiterhin als starker und unabhängiger Akteur, weshalb ihm und seiner Politik von verschiedenen Seiten große Mitverantwortung an der Niederlage im „Ostfeldzug“ oder am Leid der ostpreußischen

Flüchtlinge zugeschrieben wurde. Tatsächlich aber hatte sich der Charakter seines Handelns stark gewandelt. Es waren nicht mehr eigene Konzepte, die er vertrat und verteidigte, sondern das, was er für den Willen des „Führers“ hielt. Er antizipierte die Absichten Hitlers, noch bevor dieser sie als Anweisung formuliert hatte, und setzte die so formulierten Führerwünsche in einer möglichst radikalen Weise um, um Konkurrenten um die Gunst des „Führers“ auszustechen. Von seiner eigenen Person brachte Koch hier nur wenig ein, nämlich seine Rücksichtslosigkeit und seine Radikalität sowie den unbedingten Willen, sich gegen alle Widersacher durchzusetzen.

Ein Fanatiker, der aus Überzeugung mordete, war Koch nicht, und dennoch trug er maßgeblich dazu bei, dass sich die Besatzungspolitik in Polen und der Sowjetunion so unmenschlich gestaltete. Kochs Verhalten unterschied sich vom „vorausseilenden Gehorsam“ dadurch, dass er nicht ohnehin in Zukunft zu erwartende konkrete Befehle seines „Führers“ vorwegnahm, sondern dass er mit seinem Handeln den antizipierten Willen Hitlers mitprägte – gerade die Auseinandersetzungen um die Behandlung der Ukrainer zeigen, dass der Diktator beeinflussbar war. So konnten die Agrarpolitiker den zunächst ablehnenden Hitler von der „Neuen Agrarordnung“ überzeugen, während es andererseits Bormann gelang, positive Beobachtungen Hitlers von den Ukrainern in ihr Gegenteil umzudeuten und so vom Diktator ein Placet für äußerst strenge antiukrainische Maßnahmen wie die Einstellung der Gesundheitsversorgung oder des Schulbetriebs zu erhalten.

Koch beeinflusste Hitler, indem er ihm suggerierte, dass seine radikals-ten Vorstellungen tatsächlich umsetzbar seien. Das Beispiel der „Neuen Agrarordnung“ zeigt zwar, dass sich Hitler auch moderateren Konzepten gegenüber aufgeschlossen zeigte, wenn diese ihm entsprechend präsentiert wurden, durch den Einfluss Bormanns, Kochs und auch Himmlers wurden derartige Vorstellungen aber in den Augen des „Führers“ entwertet. Hitler glaubte, mit Hilfe der Methoden Kochs schneller seine noch unausgegorenen Wünsche verwirklichen zu können als durch die Politik Rosenbergs, obwohl auch diese auf die Kolonisierung weiter Teile des „Ostraums“ zielte. Hitler schützte Koch deshalb gegen alle Kritik und traf damit eine für die Besatzungspolitik richtungsweisende Entscheidung zu einer noch stärkeren Brutalisierung des deutschen Vorgehens im Osten.¹

¹ Bei dieser Wertung darf nicht übersehen werden, dass hier nicht zwischen einer „humanen“ Politik Rosenbergs und dem „Holzhammer“ Kochs entschieden wurde, sondern zwischen zwei unmenschlichen Konzepten, die sich nicht grundlegend, sondern in Nuancen im Grad der Unterdrückung und dem geplanten Umfang des Massenmordes an der Bevölkerung unterschieden.

Angesichts der grauenhaften Folgen, die Kochs Handeln in den „besetzten Ostgebieten“ und auch 1944/45 in Ostpreußen zeigte, wurden ihm von den meisten Beobachtern fast ausschließlich negative Eigenschaften zugeschrieben wie zum Beispiel eine besondere Böswilligkeit. Diese Charakterisierungen sind nicht nur wenig erkenntnisfördernd², sondern lassen sich bei näherer Betrachtung auch nicht aufrechterhalten. Gerade die intensive Beschäftigung mit Koch wirkt in dieser Hinsicht ernüchternd, denn sie fördert jenseits der Erkenntnis, dass Koch die Machtmechanismen des Dritten Reiches virtuos ausnutzte, nur wenig Aufschlussreiches über die Person des Gauleiters, Oberpräsidenten und Reichskommissars zutage – es finden sich keinerlei Informationen über private Interessen, Aktivitäten oder Gedankengänge. Beinahe entsteht der Eindruck, es habe einen privaten Erich Koch überhaupt nicht gegeben, zu sehr sei er in dem Parteifunktionär und Politiker aufgegangen. Dieselbe Beobachtung wurde auch bei Hitler gemacht und als „Substanzlosigkeit der Privatperson“³ bezeichnet.

Es liegt daher nahe, eine Verbindung zwischen diesem privaten Mangel und der politischen Karriere herzustellen und zu vermuten, dass das Fehlen eines privaten Korrektivs zur politischen Überzeugung mit dafür verantwortlich war, dass Koch sich völlig den Machtmechanismen des Dritten Reiches unterwarf und dadurch aller Maßstäbe, die außerhalb der dem Nationalsozialismus immanenten Logik lagen, verlustig ging. Denn gerade seine Bereitschaft, seine Weltanschauung zu verändern, gereichte Koch zum Vorteil, da sie es ihm ermöglichte, den Willen des „Führers“ zu antizipieren und ihm entgegenzuarbeiten. Gleichzeitig glich Kochs Bereitschaft, sich die Ideen Anderer zu eigen zu machen und seine Aufgaben an seine Mitarbeiter zu delegieren, das Manko aus, dass Koch über nur wenige Fähigkeiten und keinerlei Kenntnisse verfügte, um auch als Verwaltungsführer tätig zu werden.

Kochs Vita wies hier Parallelen zu der Hitlers auf. Auch dieser hatte es den „einzigartigen Bedingungen, unter denen er prominent wurde“⁴, zu verdanken, dass er als praktisch fähigkeits- und erfahrungsloser Führer einer ehemals „verrückte[n] politische[n] Randerscheinung“ mit bekanntermaßen gefährlichen Absichten „mit der Verantwortung für die Regierung eines der führenden Staaten in Europa betraut“⁵ wurde. Trotz dieser Ausgangslage war der „Führer“ bis 1940 unzweifelhaft das populärste

² Vgl. KERSHAW, Hitler II, S. 10.

³ DERS., Hitler I, S. 22.

⁴ Ebd., S. 527.

⁵ Ebd., S. 523f; Vgl. Ebd., S. 8.

Staatsoberhaupt seiner Zeit⁶, und es wird oft kolportiert, dass er, wäre er 1938 gestorben, noch heute als einer der größten deutschen Staatsmänner gelten würde, da ihm dann die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Wiederaufstieg Deutschlands zugute gehalten werden würden, ohne dass Krieg und Holocaust diese Verdienste schmälern würden⁷. Mit Koch verhält es sich ähnlich. Auch er stieg dank der äußeren Umstände in hohe Ämter auf, ohne dafür wirklich befähigt gewesen zu sein, und auch er erreichte eine gewisse Popularität, die durch die – von ihm mitgeprägten – Umstände wieder zerstört wurde. Obwohl nicht mehr festgestellt werden kann, wie beliebt der ostpreußische Gauleiter in den einzelnen Abschnitten seiner Karriere tatsächlich war, so wurde doch der wirtschaftliche Aufschwung in Ostpreußen auch noch nach 1945 als Positivum wahrgenommen.⁸ Während des Dritten Reiches wurde diese Entwicklung als Verdienst des Gauleiters dargestellt, danach nicht mehr – das Schicksal der Ostpreußen im Frühjahr 1945 hatte den Parteiführer desavouiert. Es muss zwar Spekulation bleiben, ob Koch ohne Krieg und Vertreibung in positiver Erinnerung geblieben wäre, unwahrscheinlich ist dies jedoch nicht.

Koch selbst hielt seine Vita aufgrund seines persönlichen Aufstiegs vom Fahrkartenverkäufer zum „Provinzfürsten“ und größten Territorialherrn im besetzten Osten, seinen zahlreichen Siegen in regimeinternen Machtkämpfen und aufgrund seiner politischen Erfolge für ein „stolzes Leben“, ohne dabei zu erkennen, dass er nicht aus Überzeugung für ein Ideal, sondern aus Eigensinn um Macht gekämpft hatte. Er hatte weder zukunftsweisende Konzepte entworfen noch große Wirtschafts- und Sozialreformen angestoßen, auch wenn der „Erich-Koch-Plan“ in der Provinz einige positive Ergebnisse zeitigte. Eigenständigkeit bewies er letztlich nur in Abgrenzung zu Anderen und in der Auswahl der Handlungsoptionen, mit denen er dem „Führer“ zu gefallen trachtete.

Da die äußeren Umstände seine Karriere begünstigten und er sich immer bedenkenlos für die radikalere Variante entschied, konnte Koch sich die Rolle eines der bedeutendsten Schwungräder der nationalsozialistischen Maschinerie erkämpfen – und die Verantwortung für den Tod und das Leid Hunderttausender. Ein visionärer Politiker war dieser Mann nicht, er gehörte vielmehr zu den mediokren Geistern ohne Potential zu originärem schöpferischen Wirken. Das „stolze Leben“ des Gauleiters bestand im Grunde aus machtzentriertem Aktivismus, der die in der Jugend angeblich erlittene Zurücksetzung wettmachen sollte. Eine Privatperson Erich Koch, die aufgrund ihrer inneren Haltung oder ihrer Ideen und Ideale Anerken-

⁶ Ebd., S. 27; DERS., Hitler II, S. 7, 22-24.

⁷ Vgl. SEBASTIAN HAFFNER, Anmerkungen zu Hitler, München 1978, passim.

⁸ Vgl. MARTIN, Masuren, S. 80-82.

nung oder Respekt verdient hätte, gab es nicht.⁹ Dass solche Funktionsträger über das Schicksal von Millionen Menschen bestimmten, ist eines der erschreckenden Merkmale der „Banalität des Bösen“ im Nationalsozialismus. Dennoch wäre es zu kurz gegriffen, Koch auf seine Rolle als Funktionselement im nationalsozialistischen System zu reduzieren und seiner Person wie seiner Biographie nur periphere Bedeutung zuzuschreiben. Dass er als einer der übelst beleumundeten Massenmörder des Nationalsozialismus endete, war keineswegs unausweichlich oder systemischen Zwängen geschuldet. Erich Koch durchlief eine spezifische Entwicklung, die zwar in sich stringent erscheint, die aber doch Brüche aufwies, die bereits die Zeitgenossen erstaunten oder erschreckten, wie nicht zuletzt die Aussagen Carl Jakob Burckhardts oder einiger protestantischer Theologen zeigen.¹⁰

Dabei entwickelte sich das CVJM-Mitglied des Jahres 1913 nicht zwangsläufig zum paramilitärischen Aktivist des Jahres 1923 oder zum erfolgreichen Wirtschaftspolitiker des Jahres 1933. Selbst eine mehr als zwanzig Jahre andauernde Mitgliedschaft in der antisemitischen und rassistischen NSDAP bestimmte den Erich Koch des Jahres 1943 nicht zum Massenmörder. Zwischen diesen Stationen lag ein Lebensweg, den Koch entschlossen ging. Er selbst war es, der in den entscheidenden Situationen bewusst zwischen verschiedenen Handlungsoptionen wählte, und er sprach sich meist aus dem Willen zur Macht heraus für die radikalere Variante aus. So ließ er seine sozialprotestantischen Wurzeln hinter sich, als er sich schließlich gegen die Brüder Straßer und den „Königsberger Kreis“ entschied, und er wählte die brutalstmögliche Variante der Besatzungspolitik, als er die mäßigenden Weisungen Alfred Rosenbergs in einem harten Kampf zurückwies. Erich Koch agierte in Strukturen, und er orientierte sein Handeln an deren Gesetzmäßigkeiten, aber in diesem Rahmen besaß er eine erhebliche Handlungsfreiheit, die er nach eigenem Ermessen nutzte. In der herausgehobenen Position, die er innehatte, wirkte er durch seine Entscheidungen von Anfang an maßgeblich an der Fortentwicklung dieser Strukturen mit und trug damit Verantwortung für den Weg, den der Nationalsozialismus ging bis hinein in den Abgrund. Männer wie er verdienen daher besondere Beachtung, denn ohne ihn und seine Mitstreiter hätte die „deutsche Katastrophe“ nicht stattfinden können.

⁹ Gerald Reitlinger beschrieb den Eindruck, den Koch vor Gericht machte: „Aber das Geheimnis blieb im Vordergrund: wie hatte dieser erbärmliche, wahnwitzige Exhibitionist so hoch steigen können? Hat Hitler *dafür* gegen die halbe Welt gekämpft?“ (REITLINGER, Haus, S. 267).

¹⁰ BURCKHARDT, S. 204; THEODOR KUESSNER, Erinnerungen an den Kirchenkampf, in: Geschichte der Bekennenden Kirche, S. 407-450, hier S. 410; KOSCHORKE, Einführung, S. 21; KOSCHORKE, noch einmal; LENKITSCH, S. 33f.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA:	Auswärtiges Amt
aA:	agrarpolitischer Apparat
ADAP:	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
AO:	Auslandsorganisation
ApuZ:	Aus Politik und Zeitgeschichte
BA:	Bundesarchiv
BDC:	Berlin Document Center im Bundesarchiv Berlin
BDM:	Bund Deutscher Mädel
BSTU:	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
CdDP:	Chef der Deutschen Polizei
CdZ:	Chef der Zivilverwaltung
CVJM:	Christlicher Verein Junger Männer
DAF:	Deutsche Arbeitsfront
DDP:	Deutsche Demokratische Partei
DNVP:	Deutschnationale Volkspartei
DVFRP:	Deutsch-Völkische Freiheitspartei
DVL:	Deutsche Volksliste
FHQ:	Führerhauptquartier
Gau-USchla:	Gau-Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
GBA:	Generalbeauftragter für den Arbeitseinsatz
Gestapa:	Geheimes Staatspolizeiamt
Gestapo:	Geheime Staatspolizei
GG:	Geschichte und Gesellschaft
GSTA:	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
GWU:	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HA:	Hauptabteilung
HJ:	Hitlerjugend
HSSPF:	Höherer SS- und Polizeiführer
HSTA:	Hauptstaatsarchiv
HTO:	Haupttreuhandstelle Ost
IMT:	Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, 42 Bände, Nürnberg 1947
IOW:	Institut für Ostdeutsche Wirtschaft
IPN:	Instytut Pamięci Narodowej (Institut für Nationales Gedenken, Warschau)
KPD:	Kommunistische Partei Deutschlands
Kreis-USchla:	Kreis-Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
Kripo:	Kriminalpolizei
LGF:	Landwirtschaftlicher Gaufachberater
LVO:	Landwirtschaftsverband Ostpreußen

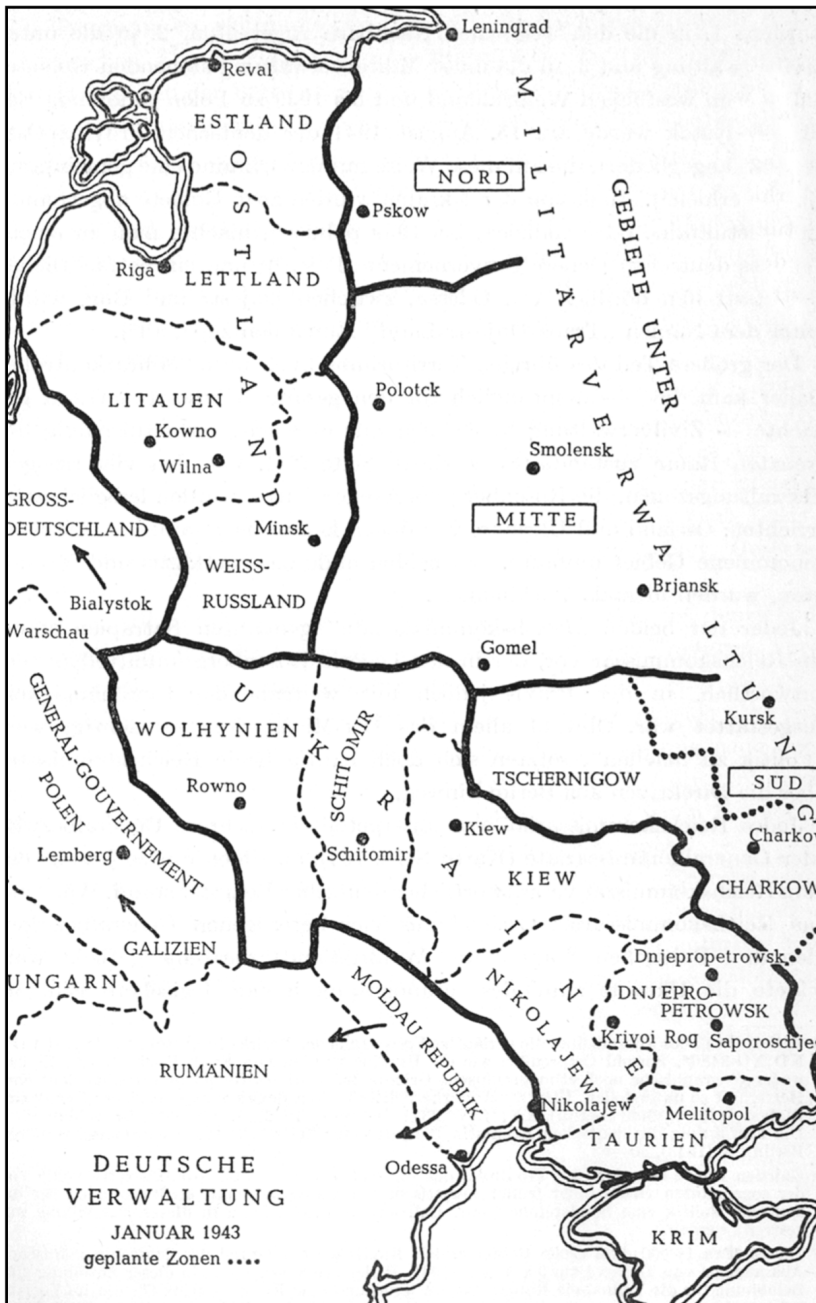
MGM:	Militärgeschichtliche Mitteilungen
NSBO:	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSBSB:	Nationalsozialistischer Bauern- und Siedlerbund
NSDAP:	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSK:	Nationalsozialistische Korrespondenz
NSL:	Nationalsozialistisches Landvolk
NSV:	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
o.J.:	ohne Jahr
OKH:	Oberkommando des Heeres
OKW:	Oberkommando der Wehrmacht
OPG:	Oberstes Parteigericht
Orpo:	Ordnungspolizei
OSAF:	Oberster SA-Führer/ Oberste SA-Führung
o.O.:	ohne Ort
PK:	Partei Korrespondenz
PO:	Politische Organisation
Pr./ pr.:	Preußen, preußisch
PrZ:	Preußische Zeitung
Reichs-USchla:	Reichs-Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
Rep.:	Repositor
RFSS:	Reichsführer SS
RGBL.:	Reichsgesetzblatt
RKF:	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
RKO:	Reichskommissariat Ostland/ Reichskommissar für das Ostland
RKU:	Reichskommissariat Ukraine/ Reichskommissar für die Ukraine
RMBO:	Reichsminister/ Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
RMELW:	Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
RMVP:	Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
ROL:	Reichsorganisationsleitung/ Reichsorganisationsleiter
RSHA:	Reichssicherheitshauptamt
SA:	Sturmabteilung
Sipo:	Sicherheitspolizei
SPD:	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS:	Schutzstaffel
SSPF:	SS- und Polizeiführer
Stapo:	Staatspolizei
StdF:	Stellvertreter des Führers
Tit.:	Titulatur
TSDAVOV:	Tsentralnyi derzhavnyi arkhiv vyshchykh orhaniv vlady i upravlinnia Ukrainy (Central State Archive of the Higher Organs of Power and Government of Ukraine)
Uschla:	Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß
VfZ:	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VSb:	Völkisch-Sozialer Block
VSWG:	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
WHW:	Winterhilfswerk
WTB:	Wolff's Telegraphisches Büro
ZfG:	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZHO:	Zentralhandelsgesellschaft Ost



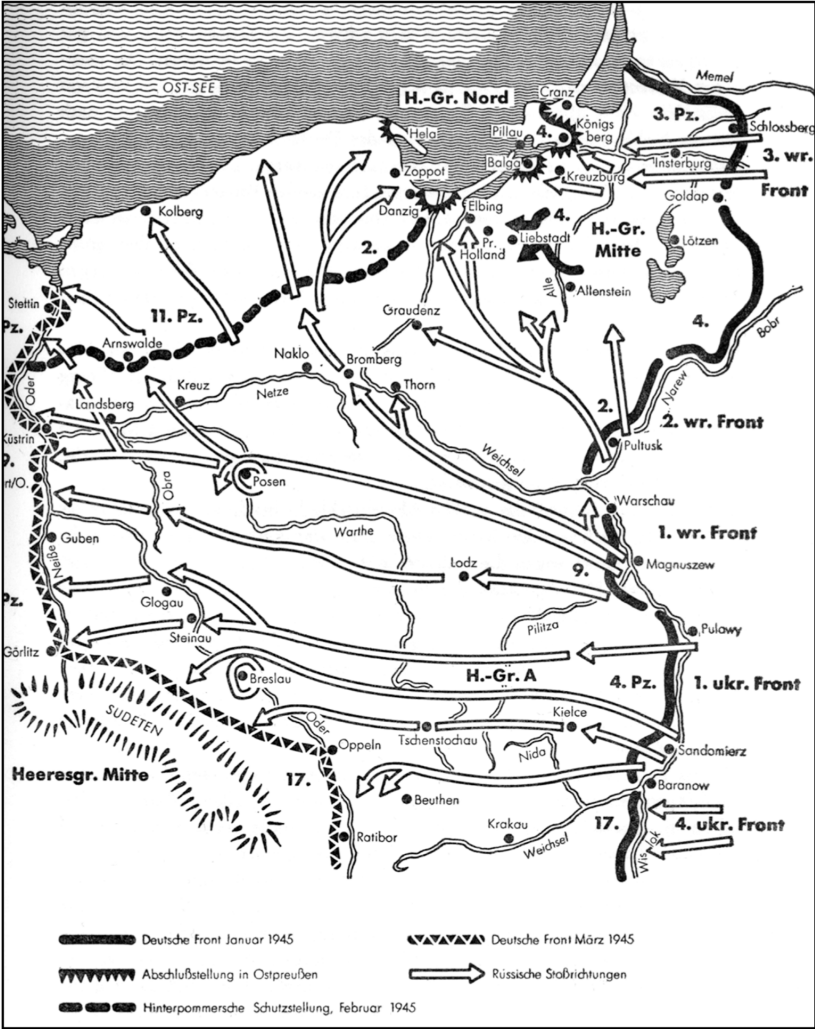
Karte 1: Verwaltungsgliederung und territoriale Veränderungen Ostpreußens 1939



Karte 2: Der „Bezirk Bialystok“ 1941



Karte 3: Das „Reichskommissariat Ukraine“ in seiner größten Ausdehnung 1942/43



Karte 4: Der sowjetische Angriff auf Ostpreußen im Januar 1945

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Archive

Bundesarchiv Bayreuth

- Ost-Dok 4
- Ost-Dok 8
- Ost-Dok 10
- Ost-Dok 13

Bundesarchiv Berlin

- NS 1: Reichsschatzmeister der NSDAP
- NS 6: Parteikanzlei der NSDAP
- NS 8: Kanzlei Rosenberg
- NS 10: Adjutantur des Führers
- NS 19: Persönlicher Stab „Reichsführer SS“
- NS 20: Kleine Erwerbungen
- NS 22: Reichsorganisationsleiter der NSDAP
- NS 26: Hauptarchiv der NSDAP
- NS 36: Oberstes Parteigericht der NSDAP
- NS 43: Dienststelle Rosenberg – Außenpolitisches Amt der NSDAP
- NS 46: Nationalsozialistische Reichstagsfraktion
- NS 51: Kanzlei des Führers
- R 2: Reichsfinanzministerium
- R 6: Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
- R 16: Reichsnährstand
- R 16 I: Landesbauernschaften
- R 19: Hauptamt Ordnungspolizei
- R 20: Chef der Bandenbekämpfungsverbände
- R 33 I: Zentrale Handelsorganisation Ost
- R 43 I: Reichskanzlei
- R 43 II: Reichskanzlei
- R 49: Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
- R 55: Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
- R 58: Reichssicherheitshauptamt
- R 94: Reichskommissariat Ukraine
- R 144: Haupttreuhandstelle Ost und Treuhandstellen
- R 1501: Reichsministerium des Inneren
- R 2301: Rechnungshof des Deutschen Reiches
- R 3101: Reichswirtschaftsministerium
- R 3601: Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- R 3901: Reichsarbeitsministerium
- R 8038: Schlagetergedächtnismuseum
- Sammlung Schumacher

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO): DY/30/IV 2/13: 435, 436, 604

Recherchen im ehemaligen „Berlin Document Center“ (BDC) und bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BSTU) im Bundesarchiv Berlin:

Bach-Zelewski, Erich von dem, * 01.03.99
 Bahrfeldt, Max von, * 20.08.80
 Benson, Kurt, * 13.10.02
 Bethke, Dr. Hermann, * 22.01.00
 Brix, Dr. Friedrich, * 05.12.98
 Budding, Dr. Carl, * 17.12.70
 Buttlar-Venedien, Burkhard Freiherr von, *
 Casper, Dr. Wilhelm, * 08.03.02
 Coler, Edit von, * 09.07.95
 Dargel, Paul, * 28.12.03
 Duschön, Ernst, * 13.05.04
 Dzubba, Bruno, * 16.12.94
 Friedrich, Dr. Werner, * 24.12.86
 Fuchs, Erich, * 23.05.94
 Funk, Dr. Alfred, * 1897
 Funk, Oskar, * 15.12.96
 Funk, Paul, * 04.07.99
 Goerges, Richard, * 30.12.85
 Goltz, Rüdiger Freiherr von der, * 10.12.83
 Gottberg, Dr. Otto von, * 11.01.03
 Gottberg, Heinrich von, * 01.12.64
 Groeben, Dr. Karl von der, * 10.09.02
 Groeben, Klaus von der, * 07.01.02
 Grossherr, Ferdinand, * 02.07.98
 Grünberg, Dr. Hans Bernhard von, * 30.03.03
 Heidrich, Georg, * 02.11.99
 Hoffmann, Dr. Friedrich, * 19.01.75
 Hoffmann, Dr. Paul, * 17.12.00
 Keudell, Otto von, * 28.02.87
 Klimmek, Max, * 08.12.03
 Knispel, Hermann, * 25.12.94
 Knuth, Kurt, * 10.08.02
 Koch, Erich, * 19.06.96
 Körner, Hellmut, * 16.02.04
 Kutscher, Dr. Wilhelm, * 26.12.76
 Lau, Dr. Alfred, * 01.10.98
 Litzmann, Karl-Siegmund, * 01.08.93
 Lohmeyer, Dr. h.c. Hans, * 23.06.81
 Magunia, Waldemar, * 08.12.02
 Meinberg, Wilhelm, * 01.03. 98
 Naudé, Horst, * 05.09.95
 Nitschmann, Carola, *
 Nitschmann, Arno, *
 Oberländer, Dr. Dr. Theodor, * 01.05.05
 Oppermann, Ewald, * 25.02.96

Otto, Egbert, * 01.10.03
 Paltzo, Hans-Joachim, * 11.01.12
 Penner, Ernst, * 16.07.83
 Post, Erich, * 23.12.00
 Preuss, Alfred, * 26.03. 87
 Prützmann, Hans-Adolf, * 31.08.01
 Quitzrau, Helmut, * 27.09.99
 Rauschning, Hermann, * 07.08.1887
 Rasch, Otto, * 07.12.91
 Redieß, Wilhelm, * 10.10.00
 Rosencrantz, Dr. Otto Hermann, * 09.12.75
 Ruperti, Max von, * 19.04.72
 Sanden, Dr., *
 Schoene, Heinrich, * 25.11.89
 Schulenburg, Fritz-Dietlof von der, * 05.09.02
 Siegel, Roland, * 10.11.02
 Siegfried, Werner, * 08.04.99
 Siehr, Ernst, * 05.10.69
 Spickschen, Ernst, * 23.08.97
 Sporrenberg, Jakob, * 16.09.02
 Strasser, Gregor, * 31.05.92
 Strasser, Dr. Otto, * 10.09.97
 Usadel, Georg, * 14.03.00
 Vollmer, Dr. Günther, * 20.04.02
 Weber-Krohse, Otto, * 08.04.02
 Wedelstädt, Helmut von, * 09.11.02
 Will, Dr. Hellmuth, * 29.10.00
 Wolff, Paul, * 28.02.91
 Zerahn, Erich * 23.05.85

Bundesarchiv Koblenz

Kleine Erwerbungen
 N 1094: Nachlass Darré
 N 1126: Nachlass Himmler
 N 1128: Nachlass Hitler
 N 1205: Nachlass Zarnow
 N 1301: Nachlass Schulenburg
 Z 42 IV 1909, 1909a-g: Ermittlungsakten Staatsanwaltschaft Bielefeld zu Erich Koch

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem

I. HA, Rep. 77: Pr. Ministerium des Inneren
 I. HA, Rep. 84a: Pr. Justizministerium
 I. HA, Rep. 90P: Gestapo
 XX. HA, Rep. 2 II: Oberpräsidium Ostpreußen
 XX. HA, Rep. 10: Regierung zu Königsberg
 XX. HA, Rep. 36: Landgericht Königsberg
 XX. HA, Rep. 37: Staatsanwaltschaft Landgericht Königsberg
 XX. HA, Rep. 240: Gauarchiv NSDAP Ostpreußen

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf

RW 4: Ausschuß zur Errichtung eines Schlageterdenkmals
 RW 6: Sammlung Rhein- und Ruhrbesetzung

RW 7: Sammlung Rhein- und Ruhrbesetzung
 RW 23: NSDAP-Gauleitung Ruhr in Elberfeld

Instytut Pamięci Narodowej (Institut für Nationales Gedenken), Warschau
 SWWW 742-768A: Prozeßakten Koch
 Sygnatura 879: Kriminalpolizei Zichenau
 Sygnatura 882: Kreisleitung Schröttersburg
 Sygnatura 884: SA-Gruppe Ostland
 Sygnatura 885: Kreisleitung Rößel

Tsentrалnyi derzhavnyi arkhiv vyshchikh orhaniv vladı i upravlinnia Ukrainy (Central State Archive of the Higher Organs of Power and Government of Ukraine), Kiew
 Fond 3206: Reichskommissariat Ukraine
 Fond 3676: Dienststelle Rosenberg/ Ostministerium

2. Literatur

Preußische Zeitung, Königsberg 1931-1945.

- 10 Jahre Gau Ostpreußen. Festschrift zum Gautag 1938 der NSDAP., Königsberg o.J. (1938).
1945. Das Jahr der endgültigen Niederlage der faschistischen Wehrmacht. Dokumente, ausgewählt und eingeleitet von GERHARD FÖRSTER und RICHARD LAKOWSKI, 2. Auflage, Berlin (Ost) 1985.
- A. K., „Schwede-Coburg“ – Ein Lebensbild des Gauleiters und Oberpräsidenten von Pommern, in: Pommersche Blätter 63/64/1938/39, S. 235.
- AARONS, MARK/ LOFTUS, JOHN, Ratlines. How the Vatican's Nazi Network betrayed Western Intelligence to the Soviets, London 1991.
- Abwehrkämpfe am Nordflügel der Ostfront 1944-1945, hg. v. HANS MEIER-WELCKER (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, hg. v. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt), Stuttgart 1963.
- ACKERMANN, JOSEF, Heinrich Himmler als Ideologe, Göttingen, Zürich, Frankfurt/ Main 1970.
- ACKERMANN, JOSEF, Heinrich Himmler – „Reichsführer-SS“, in: Die braune Elite I. 22 biographische Skizzen, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, 4. aktualisierte Auflage, Darmstadt 1999, S. 115-133.
- ADAM, UWE DIETRICH, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972.
- Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, hg. v. WERNER JOCHMANN, Hamburg 1980.
- AICHELE, Ostpreußen und Württemberg, in: Siedlung und Wirtschaft 17/1933, S. 378-380.
- AINSZTEIN, REUBEN, Jüdischer Widerstand im deutschbesetzten Osteuropa während des Zweiten Weltkrieges, Oldenburg 1993.
- Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Serie C: 1933-1937. Das Dritte Reich: Die Ersten Jahre, 6 Bände, Göttingen 1971-1981.
- Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Serie D (1937-1945). Band V: Polen Südosteuropa Lateinamerika Klein- und Mittelstaaten. Juni 1937-März 1939, Baden-Baden 1953.

- Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Serie E: 1941-1945, 8 Bände, Göttingen 1969-1979.
- Akten der Parteikanzlei. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes. Sammlung der in anderen Provenienzen überlieferten Korrespondenzen, Niederschriften von Besprechungen usw. mit dem Stellvertreter des Führers und seinem Stab bzw. der Partei-Kanzlei, ihren Ämtern, Referenten und Unterabteilungen sowie mit Heß und Bormann persönlich. Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte, 10 Bände, München, New York, London, Paris 1983-1992.
- Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-1938, 4 Bände, Boppard am Rhein, München 1983-2005.
- ALBERTI, MICHAEL, Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939-1945 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien, Bd. 17), Wiesbaden 2006.
- Die Albertus-Universität zu Königsberg. Höhepunkte und Bedeutung. Vorträge aus Anlaß der 450. Wiederkehr ihrer Gründung, hg. v. HANS ROTHE/ SILKE SPIELER, Bonn 1996.
- ALEXEEV, WASSILIJ, The Russian Orthodox Church under German Occupation, 1941-1945, Ann Arbor 1967.
- ALEXEEV, WASSILIJ/ STAVROU, THEOFANIS G., The Great Revival. The Russian Church under German Occupation, Minneapolis 1976.
- Alliance for Murder. The Nazi-Ukrainian Nationalist Partnership in Genocide, hg. v. B. F. SABRIN, New York 1991.
- Altpreußische Biographie. Herausgegeben im Auftrag der historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, 5 Bände, hg. v. CHRISTIAN KROLLMANN/ KURT FORSTREUTER/ FRITZ GAUSE/ ERNST BAHR/ Gerd Brausch/ Klaus Bürger, Königsberg, Marburg/ Lahn 1941-2000.
- ALY, GÖTZ/ HEIM, SUSANNE, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine europäische Ordnung, Hamburg 1991.
- ALY, GÖTZ, „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, 2. Auflage, Frankfurt/ Main 1995.
- ALY, GÖTZ, „Daß uns Blut zu Gold werde“. Theodor Schieder, Propagandist des Dritten Reichs, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte 9/1998, S. 13-27.
- ANDERS, FREIA/ KUTSCHER, HAUKE-HENDRIK/ STOLL, KATRIN, Der Bialystok-Prozess vor dem Bielefelder Landgericht 1965-1967, in: Bialystok in Bielefeld. Nationalsozialistische Verbrechen vor dem Landgericht Bielefeld 1958 bis 1967, hg. v. DENS., Bielefeld 2003, S. 76-133.
- ANDRZEJEWSKI, MAREK, Herman Rauschnig – Homme Politique et Publiciste, in: Acta Poloniae Historica 61/1990, S. 161-181.
- ANGERMUND, RALPH, Korruption im Nationalsozialismus. Eine Skizze, in: Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, hg. v. CHRISTIAN JANSEN/ LUTZ NIETHAMMER/ BERND WEISBROD, Berlin 1995, S. 371-383.
- ANGRICK, ANDREJ, Erich von dem Bach-Zelewski – Himmlers Mann für alle Fälle, in: Die SS: Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING, Paderborn 2000, S. 28-44.
- ARMSTRONG, JOHN A., Ukrainian Nationalism, 2. Auflage, New York, London 1963.
- ARNOLD, KLAUS JOCHEN, Die Eroberung und Behandlung der Stadt Kiew durch die Wehrmacht im September 1941: Zur Radikalisierung der Besatzungspolitik, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 58/1999, S. 23-63.
- ARNOLD, KLAUS JOCHEN, Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Kriegführung und Radikalisierung im „Unternehmen Barbarossa“, Berlin 2005.

- AUERBACH, HELLMUTH, „Nationalsozialismus vor Hitler“, in: *Der Nationalsozialismus. Studien zu Ideologie und Herrschaft*, hg. v. WOLFGANG BENZ/ HANS BUCHHEIM/ HANS MOMMSEN, Frankfurt/ Main 1993, S. 13-28.
- Aufbau in Ostpreußen. Die Aufgabe Ostpreußens, in: *Der Schulungsbrief*, 8/1941, S. 39-41.
- Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, hg. v. NORBERT FREI/ SYBILLE STEINBACHER/ BERND C. WAGNER, München 2000.
- Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933-1945, hg. v. HANS-ADOLF JACOBSEN/ WERNER JOCHMANN, Bielefeld 1961.
- BÄSTLEIN, KLAUS, Völkermord und koloniale Träumerei. Das „Reichskommissariat Ostland“ unter schleswig-holsteinischer Verwaltung, in: *NS-Gewaltherrschaft. Beiträge zur historischen Forschung und juristischen Aufarbeitung*, hg. v. ALFRED GOTTWALDT/ NORBERT KAMPE/ PETER KLEIN, Berlin 2005, S. 217-246.
- BAHR, EGON, *Zu meiner Zeit*, München 1998.
- BAIER, HELMUT, *Die Deutschen Christen Bayerns im Rahmen des bayerischen Kirchenkampfes*, Nürnberg 1968.
- BAIRD, JAY W., Julius Streicher – Der Berufsantisemit, in: *Die braune Elite 2*. 21 weitere biographische Skizzen, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, 2. aktualisierte Auflage, Darmstadt 1999, S. 231-242.
- BAJOHR, FRANK, Hamburgs „Führer“. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900-1969), in: *Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen*, hg. v. DEMS./ JOACHIM SZODRZYNSKI, Hamburg 1995, S. 59-91.
- BAJOHR, FRANK, Gauleiter in Hamburg. Zur Person und Tätigkeit Karl Kaufmanns, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43/1995, S. 267-295.
- BAJOHR, FRANK, Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt/ Main 2001.
- BAJOHR, FRANK, Der folgenlose Skandal. Korruptionsaffären im Nationalsozialismus, in: *Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR*, hg. v. MARTIN SABROW, Göttingen 2004, S. 59-76.
- BALISTIER, THOMAS, *Gewalt und Ordnung. Kalkül und Faszination der SA*, Münster 1989.
- BALISTIER, THOMAS, Die Tatpropaganda der SA. Erfolg und Mythos, in: *Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert*, hg. v. GERALD DIESENER/ RAINER GRIES, Darmstadt 1996, S. 23-34.
- BARANOWSKI, SHELLEY, The 1933 German Protestant Church Elections: Machtpolitik or Accommodation?, in: *Church History* 49/1980, S. 298-315.
- BARKAI, AVRAHAM, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945*, erweiterte Neuauflage, Frankfurt/ Main 1988.
- BARTH, CHRISTIAN T., *Goebbels und die Juden*, Paderborn, München, Wien, Zürich 2003.
- BARTH, HERMANN, *Kube (Die Reihe der Deutschen Führer, Heft 12)*, Berlin 1934.
- BARTOLEIT, RALF, Die deutsche Agrarpolitik in den besetzten Gebieten der Ukraine vom Sommer 1941 bis zum Sommer 1942 unter besonderer Berücksichtigung der Einführung der „Neuen Agrarordnung“ – Eine Studie über die strukturelle Durchsetzung nationalsozialistischer Programmatik –, Magisterarbeit, Hamburg 1987.
- BARTOLEIT, RALF, The New Agrarian Order in Ukraine, 1941-2: Sources and Considerations, in: *German-Ukrainian Relations in Historical Perspective*, hg. v. HANS-JOACHIM TORKE/ JOHN-PAUL HIMKA, Edmonton, Toronto 1994, S. 126-137.
- BARTSCH, GÜNTHER, *Zwischen drei Stühlen. Otto Strasser. Eine Biographie*, Koblenz 1990.
- BATOCKI-FRIEBE, ADOLF VON/ SCHACK, GERHARD, *Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen. Untersuchungen über die Zusammenhänge von Bevölkerungsentwicklung und Erwerbsgelegenheit*, Jena 1929.

- BECKER, PETER W., Fritz Sauckel – Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, in: Die braune Elite 2. 21 weitere biographische Skizzen, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, 2. aktualisierte Auflage, Darmstadt 1999, S. 236-245.
- BEEVOR, ANTHONY, Berlin 1945: Das Ende, München 2002.
- BEHRENBECCK, SABINE, Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923-1945, Köln 1996.
- BEHREND, HANS-KARL, Zur Personalpolitik des Preussischen Ministeriums des Innern. Die Besetzung der Landratsstellen in den östlichen Provinzen 1919-1933, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 6/1957, S. 173-213.
- BEHRENS, BEATE, Mit Hitler zur Macht. Aufstieg des Nationalsozialismus in Mecklenburg und Lübeck 1922-1933, Rostock 1998.
- BELOW, NICOLAUS VON, Als Hitlers Adjutant 1937-45, Mainz 1980.
- BELSER, E., Ostpreußen und der Vierjahresplan, in: Geographischer Anzeiger 38/1937, S. 565f.
- BENDER, SARAH, From Underground to Armed Struggle – The Resistance Movement in the Bialystok Ghetto, in: Yad Vashem Studies 23/1993, S. 145-171.
- BENDER, SARA, The „Reinhardt Action“ in the „Bialystok District“, in: Bialystok in Bielefeld. Nationalsozialistische Verbrechen vor dem Landgericht Bielefeld 1958 bis 1967, hg. v. FREIA ANDERS/ HAUKE-HENDRIK KUTSCHER/ KATRIN STOLL, Bielefeld 2003, S. 186-208.
- BENNECKE, HEINRICH, Die Reichswehr und der „Röhm-Putsch“, München 1964.
- BERGAU, MARTIN, Der Junge von der Bernsteinküste. Erlebte Zeitgeschichte 1938-1948, Heidelberg 1994.
- BERGMANN, JÜRGEN/ MEGERLE, KLAUS, Protest und Aufruhr in der Weimarer Republik (1924-1933). Formen und Typen der politischen Agrarbewegung im regionalen Vergleich, in: JÜRGEN BERGMANN/ JÜRGEN BROCKSTEDT/ RAINER FREMDLING/ RÜDIGER HOHLS/ HARTMUT KAEUBLE/ HUBERT KIESEWETTER/ KLAUS MEGERLE, Regionen im historischen Vergleich. Studien zu Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1989, S. 200-287.
- BERKHOF, KAREL C., Ukraine under Nazi Rule (1941-1944): Sources and Finding Aids. Part I, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 45/1997, S. 85-103.
- BERKHOF, KAREL C., Ukraine under Nazi Rule (1941-1944): Sources and Finding Aids. Part II. Published Materials, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 45/1997, S. 273-309.
- BERKHOF, KAREL C., Harvest of Despair. Life and Death in the Ukraine under Nazi Rule, Cambridge, London 2004.
- BESIER, GERHARD, Kirche, Politik und Gesellschaft im 20. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte Band 56), München 2000.
- BESIER, GERHARD, Die Kirchen und das Dritte Reich. Spaltungen und Abwehrkämpfe 1934-1937, München 2001.
- BESSEL, RICHARD, Militarismus im innenpolitischen Leben der Weimarer Republik: Von den Freikorps zur SA, in: Militär und Militarismus in der Weimarer Republik, hg. v. KLAUS-JÜRGEN MÜLLER/ ECKARDT OPITZ, Düsseldorf 1978, S. 193-222.
- BESSEL, RICHARD, Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven, London 1984.
- BESSEL, RICHARD, Kriegserfahrungen und Kriegserinnerungen. Nachwirkungen des Ersten Weltkrieges auf das politische und soziale Leben der Weimarer Republik, in: Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung. Interdisziplinäre Studien, hg. v. MARCEL VAN DER LINDEN/ GOTTFRIED MERGNER, Berlin 1991, S. 125-140.
- BESSEL, RICHARD, The „front generation“ and the politics of Weimar Germany, in: Generations in Conflict. Youth revolt and generation formation in Germany 1770-1968, hg. v. MARK ROSEMAN, Cambridge 1995, S. 121-146.

- BEST, WERNER, Die deutsche Polizei, Darmstadt 1941.
- BETHKE, HERMANN/ GRÜNBURG, HANS-BERNHARD VON, Entschuldung und Neubau der deutschen Wirtschaft, Berlin 1932.
- BETHKE, HERMANN, Nationalsozialistische Aufbauarbeit in Ostpreußen, in: Nationalsozialistische Monatshefte 5/1934, S. 891-893.
- BEWLEY, CHARLES, Hermann Göring and the Third Reich. A Biography Based on Family and Official Records, New York 1962.
- BEYER, HANS, Die Landvolkbewegung Schleswig-Holsteins und Niedersachsens 1929-1932, in: Jahrbuch der Heimatgemeinschaft des Kreises Eckernförde 15/1957, S. 173-202.
- BEYER, HEINZ, Arbeit steht auf uns'rer Fahne und das Evangelium. Sozialer Protestantismus und bürgerlicher Antisozialismus in Wuppertal 1880-1914, Reinbek 1985.
- Der Bezirk Bialystok, hg. v. d. Zivilverwaltung Bialystok, o. O. 1942.
- Bialystok in Bielefeld. Nationalsozialistische Verbrechen vor dem Landgericht Bielefeld 1958 bis 1967, hg. v. FREIA ANDERS/ HAUKE-HENDRIK KUTSCHER/ KATRIN STOLL, Bielefeld 2003.
- BIDLINGMAIER, INGRID, Entstehung und Räumung der Ostseebrückenköpfe 1945, Neckargemünd 1962.
- BIHL, WOLFDIETER, Ukrainians in the Armed Forces of the Reich: The 14th *Waffen* Grenadier Division of the SS, in: German-Ukrainian Relations in Historical Perspective, hg. v. HANS-JOACHIM TORKE/ JOHN-PAUL HIMKA, Edmonton, Toronto 1994, S. 138-162.
- BILDSTEIN, KONRAD, Der Dr. Helmuth-Plan. Seine Grundlagen und seine Entwicklung, in: Raumforschung und Raumordnung 2/1938, S. 46-53.
- Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, hg. v. HERMANN WEIß, Frankfurt/ Main 1998.
- BIRN, RUTH BETTINA, Die höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986.
- BISCHOF, ERWIN, Rheinischer Separatismus 1918-24. Hans Adam Dortens Rheinstaatbestrebungen, Bern 1969.
- BITTER, GEORG, Die preußische Regierung zu Königsberg 1918-1945, Leer 1988.
- Bitter Legacy. Confronting the Holocaust in the USSR, hg. v. ZVI GITELMAN, o.O. 1997.
- BLANKE, RICHARD, Polish-speaking Germans? Language and National Identity among the Masurians since 1871, Köln, Weimar, Wien 2001.
- BLATMAN, DANIEL, The Death Marches, January-May 1945: Who was Responsible for What?, in: Yad Vashem Studies 28/2000, S. 155-201.
- BLOCKSDORF, HELMUT, Pillau. Chronik eines Untergangs. Die Flucht aus Ostpreußen, Hamburg, Berlin, Bonn 2000.
- BLOECH, HANS/ HEIDE, MARTIN, Ostpreußen und Regierungsbezirk Westpreußen, in: Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens im Auftrag der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung hg. v. ERNST OPGENOORTH. Teil IV: Vom Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918-1945, Lüneburg 1997, S. 101-116.
- BÖDEKER, HANS ERICH, Biographie. Annäherungen an den gegenwärtigen Forschungs- und Diskussionsstand, in: Biographie schreiben, hg. v. DEMS., Göttingen 2003.
- BÖHLER, JOCHEN, Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939 (Die Zeit des Nationalsozialismus), Frankfurt/ Main 2006.
- BÖHNKE, WILFRIED, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920-1933, Bonn-Bad Godesberg 1974.
- BÖHNKE, WILFRIED, Nationalsozialismus und Ruhrgebiet. Zur Geschichte der NSDAP in der Weimarer Republik, in: Das Münster am Hellweg. Mitteilungsblatt des Vereins für die Erhaltung des Essener Münsters (Münsterbauverein e.V.) 28/1975, S. 97-121.
- BÖHMEKE, HEINRICH-BERNHARD, Die Verwaltung des Regierungsbezirks Marienwerder 1920-1945, Bonn 1982.

- BÖMELBURG, HANS-JÜRGEN, Die deutsche Besatzungsverwaltung in Polen 1939 bis 1945, in: Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg, hg. v. BERNHARD CHIARI, München 2003, S. 51-86.
- BOHATYUK, NICHOLAS G., The Economy of Kiev under Foreign Conquerors, 1941-1944, in: The Ukrainian Quarterly 42/1986, S. 35-58.
- BOHN, ROBERT, Reichskommissariat Norwegen. „Nationalsozialistische Neuordnung“ und Kriegswirtschaft, München 2000.
- BOLL, BERND, Generalfeldmarschall Walter von Reichenau, in: Hitlers militärische Elite. Bd. 1. Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Darmstadt 1998, S. 195-202.
- BOOCKMANN, HARTMUT, Ostpreußen und Westpreußen (Deutsche Geschichte im Osten Europas. Begründet von Werner Conze, Bd. 1), Berlin 1992.
- The Bormann Letters. The Private Correspondence between Martin Bormann and his Wife from January 1943 to April 1945, hg. v. HUGH REDWALD TREVOR-ROPER, London 1954.
- BOSSE, LARS, Vom Baltikum in den Reichsgau Wartheland, in: Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich. Band 1, hg. v. MICHAEL GARLEFF, Köln, Weimar, Wien 2001, S. 297-387.
- BOURDIEU, PIERRE, L'illusion biographique, in: Actes de la recherches en sciences sociales 62/63/1986, S. 69-72.
- BOURDIEU, PIERRE, Die biographische Illusion, in: Bios 6/1993, S. 75-81.
- BRÄUNINGER, WERNER, Hitlers Kontrahenten in der NSDAP 1921-1945, München 2004.
- BRÄUTIGAM, OTTO, Überblick über die besetzten Ostgebiete (Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg Nr. 3), Tübingen 1954.
- BRÄUTIGAM, OTTO, So hat es sich zugetragen... Ein Leben als Soldat und Diplomat, Würzburg 1968.
- BRAMWELL, ANNA, Blood and Soil. Richard Walther Darré and Hitler's 'Green Party', Abbotsbrook 1985.
- BRANDT, ROLF, Albert Leo Schlageter. Leben und Sterben eines deutschen Helden, Hamburg 1926/1941.
- BRATHER, HANS-STEPHAN, Der „Frosch-Mäuse-Krieg“ um die Exklave Ostheim vor der Rhön (1939-1945). Rivalisierende Gaufürsten im Gestrüpp ihrer Zuständigkeitsüberlagerungen, in: Thüringische Forschungen. Festschrift für Hans Eberhardt zum 85. Geburtstag am 25. September 1993, hg. v. MICHAEL GOCKEL/ VOLKER WAHL, Weimar, Köln, Wien 1993, S. 533-562.
- Die braune Elite, 2 Bände, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, 2. aktualisierte Auflage, Darmstadt 1999.
- BRAUSCH, GERD, Hoffmann, Paul, in: Altpreußische Biographie. Herausgegeben im Auftrag der historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung von ERNST BAHR, Marburg/ Lahn, GERD BRAUSCH, Freiburg i. Br., Band IV, Marburg/ Lahn 1995, S. 1111f.
- BRAUSCH, GERD, Will, Hellmuth, in: Altpreußische Biographie. Herausgegeben im Auftrag der historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung von ERNST BAHR, Marburg/ Lahn, GERD BRAUSCH, Freiburg i. Br., Band IV, Marburg/ Lahn 1995, S. 1302f.
- BRAUSCH, GERD, Die Albertus-Universität vom Ersten Weltkrieg bis zum 400jährigen Jubiläum, in: Die Albertus-Universität zu Königsberg. Höhepunkte und Bedeutung. Vorträge aus Anlaß der 450. Wiederkehr ihrer Gründung, hg. v. HANS ROTHE/ SILKE SPIELER, Bonn 1996, S. 123-140.
- BREITMANN, RICHARD, Der Architekt der „Endlösung“: Himmler und die Vernichtung der europäischen Juden, Paderborn, München, Wien, Zürich 1996.

- BREITMANN, RICHARD, Friedrich Jeckeln – Spezialist für die „Endlösung“ im Osten, in: Die SS: Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING, Paderborn 2000, S. 267-275.
- BREUER, STEFAN, Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945, Darmstadt 2001.
- BREYER, RICHARD/ GERKE, WILFRIED/ ROGALL, JOACHIM, Die Deutschen in Polen im Zweiten Weltkrieg, in: Deutsche Geschichte im Osten Europas. Land der großen Ströme. Von Polen nach Litauen, hg. v. JOACHIM ROGALL, Berlin 1996, S. 424-447.
- BRICKS, WOLFGANG/ GANS, PAUL, Raumordnung, Industriensiedlung, Bevölkerungsbewegung, in: Nationalsozialismus in Thüringen, hg. v. DETLEV HEIDEN/ GUNTER MAI, Weimar, Köln, Wien 1995, S. 189-212.
- BROSZAT, MARTIN, Die memeldeutschen Organisationen und der Nationalsozialismus 1933-1939, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5/1957, S. 273-278.
- BROSZAT, MARTIN, Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus, in: Deutsche Rundschau 84/1958, S. 53-68.
- BROSZAT, MARTIN, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, Stuttgart 1961.
- BROWN, MACALISTER, The Third Reich's Mobilization of the German Fifth Column in Eastern Europe, in: Journal of Central European Affairs 19/1959/60, S. 128-148.
- BROWN, TIMOTHY S., Richard Scheringer, the KPD and the Politics of Class and Nation in Germany, 1922-1969, in: Contemporary European History 14/2005, S. 317-346.
- BROWNING, CHRISTOPHER R., Der Weg zur Endlösung. Entscheidungen und Täter, Bonn 1998.
- BROWNING, CHRISTOPHER R., Die Entfesselung der „Endlösung“. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942. Mit einem Beitrag von Jürgen Matthäus, München 2003.
- BRUDER, FRANZISKA, Kollaboration oder Widerstand? Die ukrainischen Nationalisten während des Zweiten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 54/2006, S. 20-44.
- BRUSTEIN, WILLIAM, The Logic of Evil. The Social Origins of the Nazi Party, 1925-1933, New Haven, London 1996.
- Das Buch der deutschen Gae. Fünf Jahre nationalsozialistische Aufbauleistung. Mit einem Geleitwort von Dr. Otto Dietrich, Reichspressechef der NSDAP. Mit 33 Bildern auf Kunstdrucktafeln und einer Karte, Bayreuth 1938.
- Das Buch vom Freikorpskämpfer. Herausgegeben im Auftrage der Freikorpszeitschrift „Der Reiter gen Osten“ von ERNST VON SALOMON, Berlin 1938.
- Das Buch Hitler. Geheimdossier des NKWD für Josef W. Stalin, zusammengestellt aufgrund der Verhörprotokolle des persönlichen Adjutanten Hitlers, Otto Günsche, und des Kammerdieners Heinz Linge, Moskau 1948/49, hg. v. HENRIK EBERLE/ MATTHIAS UHL, Bergisch Gladbach 2005.
- BUCHBENDER, ORTWIN, Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978.
- BUCHHEIM, HANS, Glaubenskrise im Dritten Reich. Drei Kapitel nationalsozialistischer Religionspolitik, Stuttgart 1953.
- BUCHHEIM, HANS, Die SS – Das Herrschaftsinstrument. Befehl und Gehorsam (Anatomie des SS-Staates, hg. v. HANS BUCHHEIM/ MARTIN BROSZAT/ HANS-ADOLF JACOBSEN, Band I), Olten, Freiburg/ Breisgau 1965.
- BUCHSWEILER, MEIR, Volksdeutsche in der Ukraine am Vorabend und Beginn des Zweiten Weltkriegs – ein Fall doppelter Loyalität?, Gerlingen 1984.
- BÜCHELER, HEINRICH, Hoepner. Ein deutsches Soldatenschicksal des zwanzigsten Jahrhunderts, Herford 1980.
- BULLOCK, ALAN, Hitler. Eine Studie über Tyrannei. Vollständige überarbeitete Neuauflage, Düsseldorf 1969.

- BURCKHARDT, CARL JACOB, *Meine Danziger Mission 1937-1939*, 2. durchgesehene Auflage, Bern 1971.
- BURK, KURT, Planungen und Maßnahmen der Reichswehr zur Sicherung der deutschen Ostgrenzen, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 2/1990, S. 41-64.
- BURK, KURT, *Die deutschen Landesbefestigungen im Osten 1919-45*, Osnabrück 1993.
- BURKERT, MARTIN, *Die Ostwissenschaften im Dritten Reich. Teil I: Zwischen Verbot und Duldung. Die schwierige Gratwanderung der Ostwissenschaften zwischen 1933 und 1939*, Wiesbaden 2000.
- BUTTLAR-VENEDIEN, BURKHARD FREIHERR VON, Rede zur Eröffnung der Landwirtschaftskammer, in: *Nationalsozialistische Landpost* Nr. 21, 22.5.32.
- BYTWERK, RANDALL L., Die nationalsozialistische Versammlungspraxis. Die Anfänge vor 1933, in: *Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert*, hg. v. GERALD DIESENER/ RAINER GRIES, Darmstadt 1996, S. 35-50.
- C. G. H., Tagung der „Planungswissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft“ am 26. Juni in Potsdam, in: *Reichsplanung* 1/1935, S. 242f.
- CAMPBELL, BRUCE, *The SA-Generals and the Rise of Nazism*, Lexington 1998.
- CAMPHAUSEN, GABRIELE, *Die wissenschaftliche historische Rußlandforschung im Dritten Reich 1933-1945*, Frankfurt/ Main, Bern, New York, Paris 1990.
- CARSTEN, FRANCIS L., *Reichswehr und Politik 1918-1933*, 3. Auflage Köln, Berlin 1966.
- CASPER, WILHELM, *Wir Menschen sind eine Familie. Erinnerungen und Gedanken*, Husum 1994.
- CECIL, ROBERT, *The Myth of the Master Race: Alfred Rosenberg and Nazi Ideology*, London 1972.
- CHRISTALLER, WALTER, *Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen*, Jena 1933.
- CHRISTALLER, WALTER, Grundgedanken zum Siedlungs- und Verwaltungsaufbau im Osten, in: *Neues Bauerntum* 32/1940, S. 305-312.
- CHRISTALLER, WALTER, Kultur- und Marktbereiche der zentralen Orte im deutschen Ostraum und die Gliederung der Verwaltung, in: *Raumforschung und Raumordnung* 4/1940, S. 498-503.
- CLOUGH, PATRICIA, *In langer Reihe über das Haff. Die Flucht der Trakehner aus Ostpreußen*, 4. Auflage, München 2005.
- COMBS, WILLIAM L., *The Voice of the SS. A History of the SS Journal „Das Schwarze Korps“*, New York 1986.
- CONZE, ECKART, *Aufstand des preußischen Adels. Marion Gräfin Dönhoff und das Bild des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 51/2003, S. 483-508.
- CORNELIßEN, CHRISTOPH, Vom „Ruhrkampf“ zur Ruhrkrise: Die Historiografie der Ruhrbesetzung, in: *Der Schatten des Weltkrieges: Die Ruhrbesetzung 1923*, hg. v. GERD KRUMEICH/ JOACHIM SCHRÖDER, Essen 2004, S. 25-45.
- CORNI, GUSTAVO/ GIES, HORST, „Blut und Boden“. Rassenideologie und Agrarpolitik im Staat Hitlers, Idstein 1994.
- CORNI, GUSTAVO/ GIES, HORST, *Brot. Butter. Kanonen. Die Ernährungswirtschaft in Deutschland unter der Diktatur Hitlers*, Berlin 1997.
- DALLIN, ALEXANDER, *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941-1945. Eine Studie über Besatzungspolitik*, Düsseldorf 1958.
- DAMS, CARSTEN, *Staatsschutz in der Weimarer Republik. Die Überwachung und Bekämpfung der NSDAP durch die preußische politische Polizei von 1928 bis 1932*, Marburg 2002.

- DANKER, UWE, „Wir subventionieren die Mörder der Demokratie“: Das Tausziehen um die Altersversorgung von Gauleiter und Oberpräsident Hinrich Lohse in den Jahren 1951 bis 1958, in: *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte* 120/1995, S. 173-199.
- DANKER, UWE, Oberpräsidium und Gauleitung in Personalunion: Hinrich Lohse, in: *Nationalsozialistische Herrschaftsorganisation in Schleswig-Holstein*, hg. v. d. Landeszentrale für Politische Bildung, Kiel 1996, S. 23-44.
- DANKER, UWE, Der schleswig-holsteinische NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse. Überlegungen zu seiner Biographie, in: *Regionen im Nationalsozialismus*, hg. v. MICHAEL RUCK/ KARL HEINRICH POHL, Bielefeld 2003, S. 91-120.
- DARGEL, PAUL, Die formgebenden Kräfte im Deutschen Osten, in: *Der Ostpreußische Erzieher* 5/1937, S. 173-178.
- DARGEL, PAUL, Geleitwort, in: *Der soziale Wohnungsbau in Deutschland* 1/1941, S. 489.
- DARGEL, PAUL, Rede, in: *Neues Bauerntum* 33/1941, S. 40.
- DE WEERD, HANS, Erich Koch and Ukraine, in: *The Ukrainian Quarterly*, 11/1955, S. 29-34.
- DE ZAYAS, ALFRED M., Die Flucht, in: *Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947*, hg. v. FRANK GRUBE/ GERHARD RICHTER, Hamburg 1980, S. 129-144.
- DE ZAYAS, ALFRED M., Anmerkungen zur Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Stuttgart 1986.
- DE ZAYAS, ALFRED M., Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, Vom Autor erweiterte und aktualisierte 8. Auflage, Frankfurt/ Main, Berlin 1996.
- DEAN, MARTIN, Collaboration in the Holocaust. Crimes of the Local Police in Belorussia and Ukraine, 1941-44, Basingstoke 2000.
- DEUTINGER, STEPHAN, Die Baltischen Länder: Estland, Lettland, Litauen (mit Memelgebiet), in: *Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrungen. Teil 2*, hg. v. WALTER ZIEGLER/ SABINE REHM, München 1999, S. 939-997.
- DEUTINGER, STEPHAN, Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland (1939-1945), in: *Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrungen. Teil 1*, hg. v. WALTER ZIEGLER/ SABINE REHM, München 1999, S. 259-270.
- Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich. Band 1, hg. v. MICHAEL GARLEFF, Köln, Weimar, Wien 2001.
- Deutsche Geschichte im Osten Europas. Land der großen Ströme. Von Polen nach Litauen, hg. v. JOACHIM ROGALL, Berlin 1996.
- Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. Minderheitenstatus und „Volkstumskampf“ im Grenzgebiet. Amtliche Berichterstattungen aus beiden Ländern 1920-1939. Bearbeitet von Mathias Niendorf und Przemyslaw Hauser, 1. Halbband, hg. v. RUDOLF JAWORSKI/ MARIAN WOJCIECHOWSKI, München, New Providence, London, Paris 1997.
- Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941-1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew, hg. v. ROLF-DIETER MÜLLER, Boppard am Rhein 1991.
- Deutscher Osten 1939-1945. Der Weltanschauungskrieg in Photos und Texten, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ VOLKER RIEß/ WOLFRAM PYTA, Darmstadt 2003.
- Deutschland. Weimar-Index. Deutscher Reichsanzeiger und Preussischer Staatsanzeiger. Register 1918 – 1933, bearb. v. MARTIN SCHUMACHER, Düsseldorf 1988.
- DIEBOW, HANS, Gregor Strasser und der Nationalsozialismus, Berlin 1932/33.
- DIECKERT, KURT/ GROSSMANN, NORBERT, Der Kampf um Ostpreußen. Ein authentischer Dokumentarbericht, 2. überarbeitete Auflage, München 1960.
- DIEHL, JAMES M., Paramilitary Politics in Weimar Germany, Bloomington 1977.

- DIEHL-THIELE, PETER, Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933-1945, München 1969.
- Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42. Im Auftrag der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg bearbeitet, kommentiert und eingeleitet von Peter Witte, Michael Wildt, Martina Voigt, Dieter Pohl, Peter Klein, Christian Gerlach, Christoph Dieckmann und Andrej Angrick. Mit einem Vorwort von Uwe Lohalm und Wolfgang Scheffler, Hamburg 1999.
- Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945, hg. v. WERNER PRÄG/ WOLFGANG JACOBMEYER, Stuttgart 1975.
- DIETRICH, OTTO, Mit Hitler in die Macht. Persönliche Erlebnisse mit meinem Führer, 28./29. Auflage, München 1939.
- DIETRICH, OTTO, 12 Jahre mit Hitler, München 1955.
- Dimension des Völkermords: Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, hg. v. WOLFGANG BENZ, München 1991.
- DIMIGEN, FRIEDRICH, Die wirtschaftliche Entwicklung der ostpreußischen landwirtschaftlichen Betriebe seit dem Ersten Weltkrieg, in: Berichte über Landwirtschaft 46/1968, S. 518-568.
- DINGELL, JEANNE, Zur Tätigkeit der Haupttreuhandstelle Ost, Treuhandstelle Posen 1939 bis 1945, Frankfurt/ Main 2003.
- DLUGOBORSKI, WACŁAW/ MADAJCZYK, CZESŁAW, Ausbeutungssysteme in den besetzten Gebieten Polens und der UdSSR, in: Kriegswirtschaft und Rüstung 1939-1945, hg. v. FRIEDRICH FORSTMEIER/ HANS-ERICH VOLKMANN, Düsseldorf 1977, S. 375-416.
- DÖNHOF, MARION GRÄFIN, Der Henker von Ostpreußen, in: Die Zeit, 11.11.1949.
- DÖNHOF, MARION GRÄFIN, Namen die keiner mehr nennt. Ostpreußen – Menschen und Geschichte, Köln 1962.
- DÖNHOF, MARION GRÄFIN, Kindheit in Ostpreußen, Berlin 1988.
- DÖNHOF, MARION GRÄFIN, „Um der Ehre willen“. Erinnerungen an die Freunde vom 20. Juli, Berlin 1994.
- DOHNA-SCHLOBITTEN, ALEXANDER FÜRST ZU, Erinnerungen eines alten Ostpreußen, Berlin 1989.
- Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteuropa. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse. In Verbindung mit Adolf Distekamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels bearbeitet von Theodor Schieder. Band I (2 Teilbände). Herausgegeben vom Bundesministerium für Vertriebene, Wolfenbüttel 1954.
- Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches. Bd. II 1934/35. Vom Beginn des Jahres 1934 bis zur Errichtung des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten am 16. Juli 1935. Bearbeitet von Carsten Nicolaisen, hg. v. GEORG KRETSCHMAR, München 1975.
- Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches. Band III 1935-1937. Von der Errichtung des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten bis zum Rücktritt des Reichskirchenausschusses (Juli 1935 – Februar 1937). Bearbeitet von Gertraud Grünzinger und Carsten Nicolaisen, Gütersloh 1994.
- DRESLER, ADOLF, Aus der Geschichte des „Völkischen Beobachter“ und des Zentral-Verlages der NSDAP., Franz Eher Nachf., in: Zeitungswissenschaft. Monatsschrift für internationale Zeitungsforschung 11/1936, S. 569-580.
- DÜLFFER, JOST, Der Pazifismus als Feind. Zur NS-Perzeption der Friedlichkeit, in: Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, hg. v. ERNST WILLI HANSEN/ GERHARD SCHREIBER/ BERND WEGNER, München 1995, S. 211-223.

- DÜWELL, KURT, Gauleiter und Kreisleiter als regionale Gewalten des NS-Staates, in: Nationalsozialismus in der Region, hg. v. HORST MÖLLER/ ANDREAS WIRSCHING/ WALTER ZIEGLER, Oldenburg 1996, S. 161-174.
- DUFFY, CHRISTOPHER, Der Sturm auf das Reich. Der Vormarsch der Roten Armee 1945, Frankfurt/ Main 1994.
- DUPEUX, LOUIS, „Nationalbolschewismus“ in Deutschland 1919-1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München 1985, S. 298.
- DWINGER, EDWIN ERICH, Wenn die Dämme brechen... Untergang Ostpreußens, Frankfurt/ Main, Überlingen a. B., Berlin 1950.
- EBBINGHAUS, ANGELIKA/ ROTH, KARL HEINZ, Vorläufer des „Generalplans Ost“. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenschrift vom 7. September 1939, in: 1999 7/1992, S. 62-94.
- EBERLE, HEINZ, Der Aufbau in der Ukraine, in: Südostdeutsche Rundschau (Budapest) I/1942, S. 678-682.
- EHRHARDT, TRAUGOTT, Die Geschichte der Festung Königsberg/ Pr. 1257-1945 (Ostdeutsche Beiträge. Aus dem Göttinger Arbeitskreis Band XVII), Würzburg 1960.
- EICHHOLTZ, DIETRICH, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Band II: 1941-1943, Berlin (Ost) 1985.
- EIKEL, MARKUS, „Weil die Menschen fehlen“. Die deutschen Zwangsarbeitsrekrutierungen und -deportationen in den besetzten Gebieten der Ukraine 1941-1944, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53/2005, S. 405-433.
- Einsatz im „Reichskommissariat Ostland“. Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weißrußland 1941-1944, hg. v. WOLFGANG BENZ/ KONRAD KWIET/ JÜRGEN MATTHÄUS, Berlin 1998.
- Einweisung der Landbewirtschaftungs-Gesellschaft Ukraine m.b.H., in: Neues Bauerntum 34/1942, S. 236.
- ENDER, WOLFRAM, Rauschnings Kritik des Nationalsozialismus – typisch für das deutsch Bürgertum?, in: Hermann Rauschning. Materialien und Beiträge zu einer politischen Biographie, hg. v. JÜRGEN HENSEL/ PIA NORDBLOM, Nachdruck, Osnabrück 2003 (Warschau 2002), S. 113-121.
- ENDRES, RUDOLF, Hans Schemm (1891-1935), in: Fränkische Lebensbilder 15/1993, S. 265-284.
- ENZBERG, HORST-DIETER FREIHERR VON, Zwei Weltkriege, Zwei Nachkriegszeiten. Zur Geschichte der ostpreußischen Kreise Goldap und Darkehmen im 20. Jahrhundert, in: Deutsche Studien 34/1997, S. 256-306.
- Erich-Koch Stiftung. Geschichte eines genialen Raubzuges mit und ohne Moral, in: Ostpreußenblatt Nr. 2, 3, 5-11/1953.
- ETZEMÜLLER, THOMAS, Die Form „Biographie“ als Modus der Geschichtsschreibung. Überlegungen zum Thema Biographie und Nationalsozialismus, in: Regionen im Nationalsozialismus, hg. v. MICHAEL RUCK/ KARL HEINRICH POHL, Bielefeld 2003, S. 71-90.
- Europa unterm Hakenkreuz. Analysen Quellen Register. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr (Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945) Achtbändige Dokumentenedition Band 8 (zugleich Ergänzungsband 2). Hg. v. Bundesarchiv), Heidelberg 1996.
- FAHLBUSCH, MICHAEL, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutsche Forschungsgemeinschaft“ von 1931-1945, Baden-Baden 1999.
- „Fahrt durch Südostpreußen“, in: Der heimattreue Ost- und Westpreuße 20/1940.
- FALLOIS, IMMO VON, Kalkül und Illusion. Der Machtkampf zwischen Reichswehr und SA während der Röhmkrise 1934, Berlin 1994.
- FALTER, JÜRGEN W., Hitlers Wähler, München 1991.

- FARQUHARSON, JOHN E., *The Plough and the Swastika. The NSDAP and Agriculture in Germany 1928-45*, London, Beverly Hills 1976.
- Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941-1944). Dokumentenauswahl und Einleitung von Norbert Müller. Unter Mitarbeit von Uwe Löbel und Ulrich Freye (*Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition. Hg. v. einem Kollegium unter der Leitung von WOLFGANG SCHUMANN und LUDWIG NESTLER*), Berlin 1991.
- FEDER, GOTTFRIED, *Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschaulichen Grundlagen*, 116.-125. Auflage 576.-625. Tausend, München 1933.
- FEHN, KLAUS, *Innere Kolonisation im Deutschen Reich zwischen 1933 und 1945. Zum historisch-geographischen Quellenwert zeitgenössischer Veröffentlichungen aus dem Dritten Reich*, in: *Genetische Ansätze in der Kulturlandschaftsforschung. Festschrift für Helmut Jäger*, hg. v. W. PINKWART, Würzburg 1983, S. 219-230.
- FEHN, KLAUS, *Württemberg und der sogenannte Neue Deutsche Osten. Zum Wandel der Beurteilung des Arbeiterbaurntums im Deutschen Reich nach der Besetzung Polens 1939*, in: *Räumliche Strukturen im Wandel. Festschrift für Wolf-Dieter Sick. Teil A Beiträge zur Landeskunde Mitteleuropas*, hg. v. BERNHARD MOHR/ KONRAD SONNTAG/ JÖRG STADELBAUER (*Alemannisches Jahrbuch 1989/90*), Bühl 1990, S. 35-53.
- FENSKE, HANS, Josef Bürckel und die Verwaltung der Pfalz (1933-1940), in: *Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System*, hg. v. DIETER REBENTISCH/ KARL TEPPE, Göttingen 1986, S. 153-172.
- FENSKE, HANS, Josef Bürckel – Porträt eines Gauleiters, in: *Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz. Band 1: „Eine nationalsozialistische Revolution ist eine gründliche Angelegenheit.“*, hg. v. HANS-GEORG MEYER/ HANS BERKESSEL, Mainz 2001, S. 120-137.
- FERDINAND, HORST, *Die Misere der totalen Dienstbarkeit: Robert Wagner (1895-1946), NSDAP-Gauleiter, Reichsstatthalter von Baden, Chef der Zivilverwaltung im Elsaß*, in: *Eberbacher Geschichtsblatt 91/1992*, S. 97-209.
- FERDINAND, HORST, *Nachlese zu: Die Misere der totalen Dienstbarkeit: Robert Wagner (1895-1946), NSDAP-Gauleiter, Reichsstatthalter von Baden, Chef der Zivilverwaltung im Elsaß (Eberbacher Geschichtsblatt 1992 Seite 97-209)*, in: *Eberbacher Geschichtsblatt 92/1993*, S. 208-222.
- FEST, JOACHIM C., *Hitler. Eine Biographie*, 7. Auflage, Frankfurt/ Main 1974.
- FEUERBORN, OTTO, *Der Rhön-Aufbau. Eine nationalsozialistische Aufgabe im Odalsgedanken*, in: *Odal 3/1935*, S. 864-876.
- FEUERSENGER, MARIANNE, *Im Vorzimmer der Macht. Aufzeichnungen aus dem Wehrmachtführungsstab und Führerhauptquartier 1940-1945*, 2. durchgesehene und um einen Bildteil ergänzte Neuauflage, München 1999.
- FINK, WOLDEMAR, *Ostideologie und Ostpolitik. Die Ostideologie ein Gefahrenmoment in der deutschen Außenpolitik*, Berlin 1936.
- FIRESIDE, HARVEY, *Icon and Swastika. The Russian Orthodox Church under Nazi and Soviet Control*, Cambridge/ Massachusettes 1971.
- FISCH, BERNHARD, *Nemmersdorf, Oktober 1944. Was in Ostpreußen wirklich geschah. Mit einem Nachwort von Ralph Giordano und einem Vorwort von Wolfgang Wünsche*, Berlin 1997.
- FISCH, BERNHARD, *Zum aktuellen Zustand der Panzergräben aus dem Zweiten Weltkrieg in Ostpreußen*, in: *Das Preußenland als Forschungsaufgabe. Eine europäische Region in ihren geschichtlichen Bezügen. Festschrift für Udo Arnold zum 60. Geburtstag gewidmet von den Mitgliedern der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung*, hg. v. BERNHART JÄHNIG/ GEORG MICHELS (*Einzelschriften der*

- Historischen Kommission für Ost- und Westpreußische Landesforschung 20), Lüneburg 2000, S. 715-726.
- FISCH, BERNHARD, Nemmersdorf 1944, in: *Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg*, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Darmstadt 2003, S. 155-167.
- FISCHER, ALBERT, Hjalmar Schacht und Deutschlands Judenfrage. Der „Wirtschafts-diktator“ und die Vertreibung der Juden aus der Wirtschaft, Köln, Weimar, Wien 1995.
- FISCHER, CONAN, *The Ruhr Crisis 1923-1924*, Oxford 2003.
- FISCHER, PETER, *Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919-1939*, Wiesbaden 1991.
- FLEISCHHAUER, INGEBORG, *Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion*, Stuttgart 1983.
- FLEISCHHAUER, INGEBORG, *Diplomatischer Widerstand gegen „Unternehmen Barbarossa“. Die Friedensbemühungen der Deutschen Botschaft Moskau 1939-1941*, Frankfurt/ Main 1991, S. 50.
- FLEMING, GERALD, *Hitler und die Endlösung. „Es ist des Führers Wunsch...“. Vom Autor ergänzte und mit einer neuen Einführung versehene Auflage*, Frankfurt/ Main, München, Berlin 1987.
- FÖRST, WALTER, *Die rheinischen Gauleiter*, in: *Städte nach zwei Weltkriegen*, hg. v. DEMS., Köln 1984, S. 119-139.
- FÖRSTER, OTTO-WILHELM, *Das Befestigungswesen. Rückblick und Ausschau (Die Wehrmacht im Kampf Band 25)*, Neckargemünd 1960.
- FONTANA, JOSEF, *Südtirol unter Gauleiter Franz Hofer (1943-1945). Der politische Werdegang Franz Hofers*, in: *Der Schlern. Monatszeitschrift für Südtiroler Landeskunde* 68/1994, S. 476-497.
- FORSTER, HEINRICH, *Der Gau Saarpfalz, das Bollwerk im Westen*, in: *Das Buch der deutschen Gauen. Fünf Jahre nationalsozialistische Aufbauleistung. Mit einem Geleitwort von Dr. Otto Dietrich, Reichspressechef der NSDAP. Mit 33 Bildern auf Kunstdrucktafeln und einer Karte*, Bayreuth 1938, S. 237-250.
- FORSTREUTER, KURT, *Ostpreußen*, in: *Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik. Studien zum Deutschtum im Osten*. Hg. v. der Senatskommission für das Studium des Deutschtums im Osten an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Heft 3, Köln 1966, S. 13-41.
- Forstreuter, Kurt, *Königsberger Hartungsche Zeitung, Königsberg (1660-1933)*, in: *Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts*, hg. v. HEINZ-DIETRICH FISCHER, München 1972, S. 41-56.
- FORWICK, HELMUTH, *Der Rückzug der Heeresgruppe Nord nach Kurland*, in: *Abwehrkämpfe am Nordflügel der Ostfront 1944-1945*, hg. v. HANS MEIER-WELCKER (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt), Stuttgart 1963, S. 99-214.
- FOX, ANGELIKA, *Verwaltung und Politik*, in: *Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrungen. Teil 1*, hg. v. WALTER ZIEGLER/ SABINE REHM, München 1999, S. 146-166.
- FOX, ANGELIKA, *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik*, in: *Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrungen. Teil 1*, hg. v. WALTER ZIEGLER/ SABINE REHM, München 1999, S. 166-180.
- FRAENKEL, HEINRICH/ MANVELL, ROGER, *Hermann Göring*, Hannover 1964.
- FRAENKEL, HEINRICH/ MANVELL, ROGER, *Himmler. Kleinbürger und Massenmörder*, Frankfurt/ Main, Berlin 1965.
- FRANK, CLAUDIA, *Der „Reichsnährstand“ und seine Ursprünge. Struktur, Funktion und ideologische Konzeption*, Hamburg 1988.

- FRANK, HANS, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse. Geschrieben im Nürnberger Justizgefängnis, 2. Auflage, Neuhaus bei Schliersee, 1955.
- FRANZ-WILLIG, GEORG, „Bin ich schuldig?“ Leben und Wirken des Reichsstudentenführers und Gauleiters Dr. Gustav Adolf Scheel 1907-1979. Eine Biographie, Leoni am Starnberger See 1987.
- FRANZEN, K. ERIK, Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer, Berlin, München 2001.
- FRAUENFELD, ALFRED E., Denkschrift über die Probleme der Verwaltung der besetzten Ostgebiete, 10. Februar 1944, in: Deutsche Studien 4/1966, S. 493-517.
- FRAUENFELD, ALFRED E., „Und trage keine Reu‘. Vom Wiener Gauleiter zum Generalkommissar der Krim. Erinnerungen und Aufzeichnungen, Leoni am Starnberger See 1978.
- FREI, NORBERT, Identitätswechsel. Die „Illegalen“ in der Nachkriegszeit, in: Vertuschte Vergangenheit. Der Fall Schwerte und die NS-Vergangenheit der deutschen Hochschulen, hg. v. HELMUT KÖNIG/ WOLFGANG KUHLMANN/ KLAUS SCHWABE, München 1997, S. 207-222.
- „Der Fremde im Dorf“: Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte. Rex Rexheuser zum 65. Geburtstag, hg. v. HANS-JÜRGEN BÖMELBURG/ BEATE ESCHMENT, Lüneburg 1998.
- FRIEDRICH, JÖRG, Judenmord in Babij Yar, in: Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert. Mit einem Kommentar zum Kriegsvölkerrecht von Prof. Dr. Armin Steinkamm, hg. v. FRANZ W. SEIDLER/ ALFRED M. DE ZAYAS, Hamburg 2002, S. 169-173.
- FRIEDRICH, JÖRG, SS-Einsatzgruppen in der Sowjetunion, in: Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert. Mit einem Kommentar zum Kriegsvölkerrecht von Prof. Dr. Armin Steinkamm, hg. v. FRANZ W. SEIDLER/ ALFRED M. DE ZAYAS, Hamburg 2002, S. 82-86.
- FRIEMBERGER, CLAUDIA, Rußland/ Sowjetunion, in: Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrungen. Teil 2, hg. v. WALTER ZIEGLER/ SABINE REHM, München 1999, S. 999-1028.
- FRIESSNER, HANS, Verratene Schlachten. Die Tragödie der deutschen Wehrmacht in Rumänien und Ungarn, Hamburg 1956.
- FRISCHAUER, WILLI, Ein Marschallstab zerbricht. Eine Göring-Biographie, Ulm 1951.
- FRIZ, ERWIN, Die Landwirtschaft des Memelgebietes, in: Pommersche Blätter 64/1939, S. 52-56.
- FRÖHLICH, ELKE, Joseph Goebbels – Der Propagandist, in: Die braune Elite I. 22 biographische Skizzen, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, 4. aktualisierte Auflage, Darmstadt 1999, S. 52-68.
- FRÖHLICH, ELKE, Hitler – Goebbels – Straßer: a war of deputies, as seen through the Goebbels diaries, 1926-27, in: Working towards the Führer. Essays in honour of Sir Ian Kershaw, hg. v. ANTHONY MCELLIGOTT/ TIM KIRK, Manchester/New York 2003, S. 41-67.
- FÜHRER, KARL CHRISTIAN, Das NS-Regime und die „Idealform des deutschen Wohnbaues“. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Gesellschaftspolitik, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 89/2002, S. 141-166.
- Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, hg. v. MICHAEL KIßENER/ JOACHIM SCHOLTYSEK, Konstanz 1997.
- „Führer-Erlasse“ 1939-1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, hg. v. MARTIN MOLL, Stuttgart 1997.

- Der „Führerstaat“: Mythos und Realität: Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, hg. v. GERHARD HIRSCHFELD/ LOTHAR KETTENACKER, Stuttgart 1981.
- FUHRMEISTER, CHRISTIAN, Albert Leo Schlageter als Symbol nationaler Identität in Schlesien? Schlageter-Denkmäler in Polkwitz und Oppeln sowie Entwürfe für Gleiwitz und Neisse, in: *Nacjonalizm a tożsamość narodowa w Europie Środkowo-Wschodniej w XIX i XX w.*, Nationalismus und nationale Identität in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. BERNARD LINEK/ KAI STRUVE (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 12), Marburg 2000, S. 215-228.
- Für die Fahne in den Tod. Nach einem Tatsachenbericht von HORST-HELMUT JUSCHKA, bearbeitet von MAX BIALLUCH, Königsberg 1938.
- GAEDE, HERBERT, Schwede-Coburg. Ein Lebensbild des Gauleiters und Oberpräsidenten von Pommern, Berlin 1939.
- GALLUS, ALEXANDER, Biographik und Zeitgeschichte, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Heft 1-2/2005, S. 40-46.
- GAUSE, FRITZ, Die Geschichte der Stadt Königsberg. III. Band: Vom Ersten Weltkrieg bis zum Untergang Königsbergs, Köln 1971.
- GAUSE, FRITZ, Lohmeyer, Hans Albert, in: *Altpreußische Biographie*. Herausgegeben im Auftrag der historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung von KURT FORSTREUTER, Göttingen, FRITZ GAUSE, Essen. Band III Ergänzungen zu Band I und II, Marburg/ Lahn 1975, S. 1008f.
- GAYER, KURT, Wilhelm Murr. Gauleiter und Reichsstatthalter von 1933-1945, in: *Die Villa Reitzenstein und ihre Herren. Die Geschichte des Baden-Württembergischen Regierungssitzes*, hg. v. KURT GAYER/ HEINZ KRÄMER/ GEORG F. KEMPTER, Stuttgart 1988, S. 119-130.
- GEBEL, RALF, Heim ins Reich! Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland (1938-1945), München 1999.
- GEISMAIER, MICHAEL (OTTO STRABER): Gregor Straßer (Männer und Mächte), Leipzig 1933.
- Generaloberst Halder. Kriegstagebuch. Band III: Der Rußlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad (22.6.1941-24.9.1942). Bearbeitet von HANS-ADOLF JACOBSEN, Stuttgart 1964.
- Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, hg. v. MECHTHILD RÖSSLER/ SABINE SCHLEIERMACHER, Berlin 1993.
- GENTZEN, FELIX-HEINRICH, Die Rolle der „Deutschen Stiftung“ bei der Vorbereitung der Annexion des Memelgebietes im März 1939, in: *Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der Volksdemokratischen Länder Europas* 5/1961, S. 71-94.
- GERBER, BERTHOLD, Staatliche Wirtschaftslenkung in den besetzten und annektierten Ostgebieten während des Zweiten Weltkrieges unter besonderer Berücksichtigung der treuhänderischen Verwaltung von Unternehmungen und Ostgesellschaften (Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg Nr. 17), Tübingen 1959.
- GERLACH, CHRISTIAN, Die deutsche Agrarreform und die Bevölkerungspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: *Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa* (Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 12), Berlin, Göttingen 1995, S. 9-60.
- GERLACH, CHRISTIAN, Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, in: *Werkstatt Geschichte* 18/1997, S. 7-44.
- GERLACH, CHRISTIAN, Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998.
- GERLACH, CHRISTIAN, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999.

- German-Ukrainian Relations in Historical Perspective, hg. v. HANS-JOACHIM TORKE/ JOHN-PAUL HIMKA, Edmonton, Toronto 1994.
- Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933-1945: Allein das Wort hat's getan, hg. v. MANFRED KOSCHORKE, Göttingen 1976.
- Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. 'Heimatfront' und besetztes Europa, hg. v. GERHARD PAUL/ KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Darmstadt 2000.
- GIBBONS, ROBERT, Allgemeine Richtlinien für die politische und wirtschaftliche Verwaltung der besetzten Ostgebiete, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25/1977, S. 252-261.
- GIEFER, RENA/ GIEFER, THOMAS, Die Rattenlinie. Fluchtwege der Nazis. Eine Dokumentation, 2., durchgesehene Auflage, Frankfurt/ Main 1992.
- GIES, HORST, R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Frankfurt 1966.
- GIES, HORST, Die Rolle des Reichsnährstandes im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, hg. v. GERHARD HIRSCHFELD/ LOTHAR KETTENACKER, Stuttgart 1981, S. 270-304.
- GILBERT, MARTIN, The Holocaust. The Jewish Tragedy, London 1986.
- GIORDANO, RALPH, Ostpreußen ade. Reise durch ein melancholisches Land, München 1994.
- GISEVIUS, HANS-BERND, Bis zum bitteren Ende. Erster Band. Vom Reichstagsbrand zur Fritsch-Krise, Hamburg 1947.
- GLEY, WERNER, Der neue Regierungsbezirk Zichenau, in: Zeitschrift für Erdkunde 8/1940, S. 257f.
- GLINSKI, GERHARD VON/ WÖRSTER, PETER, Königsberg. Die ostpreußische Hauptstadt in Geschichte und Gegenwart, Berlin, Bonn 1990.
- GLOMBOWSKI, FRIEDRICH, Organisation Heinz. Das Schicksal der Kameraden Schlageters nach den Akten bearbeitet von Friedrich Glombowski, Berlin 1934.
- GNATOWSKI, MICHAŁ, Nationalsozialistische Okkupationspolitik im „Bezirk Białystok“ 1941-1944, in: Białystok in Bielefeld. Nationalsozialistische Verbrechen vor dem Landgericht Bielefeld 1958 bis 1967, hg. v. FREIA ANDERS/ HAUKE HENDRIK KUTSCHER/ KATRIN STOLL, Bielefeld 2003, S. 161-185.
- GOEBBELS, JOSEPH, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern (Vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933), 35. Auflage, München 1942.
- GÖRLITZ, WALTER, Die Junker. Adel und Bauer im deutschen Osten. Geschichtliche Bilanz von 7 Jahrhunderten, Zweite ergänzte und erweiterte Auflage, im Bildteil verstärkt, Glücksburg 1957.
- GÖRRES, GUIDO, Gestaltungsaufgaben im neuen Ostpreußen, in: Neues Bauerntum 32/1940, S. 245-247.
- GOLCZEWSKI, FRANK, Polen, in: Dimension des Völkermords: Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, hg. v. WOLFGANG BENZ, München 1991, S. 411-497.
- GOLCZEWSKI, FRANK, Ukrainische Reaktionen auf die deutsche Besatzung 1939/41, in: Anpassung, Kollaboration, Widerstand. Kollektive Reaktionen auf die Okkupation, hg. v. WOLFGANG BENZ/ JOHANNES HOUWINK TEN CATE/ GERHARD OTTO, Berlin 1996, S. 199-211.
- GOLCZEWSKI, FRANK, Organe der deutschen Besatzungsmacht: die ukrainischen Schutzmannschaften, in: Die Bürokratie der Okkupation: Strukturen der Herrschaft und Verwaltung im besetzten Europa, hg. v. WOLFGANG BENZ/ JOHANNES HOUWINK TEN CATE/ GERHARD OTTO, Berlin 1998, S. 173-196.
- GOLCZEWSKI, FRANK, Die Kollaboration in der Ukraine, in: Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939-1945, Göttingen 2003, S. 151-182.

- GOLDHAGEN, DANIEL JONAH, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.
- GÓRCZYŃSKA, BOŻENA, Die Agrarpolitik in Polnischen Gebieten, die während der hitlerfaschistischen Okkupation Ostpreussen eingegliedert wurden (1939-1945), in: *Studia Historiae Oeconomicae* 17/1982, S. 255-264.
- GÓRCZYŃSKA-PRZYBYŁOWICZ, BOŻENA, *Życie gospodarczo-społeczne na ziemiach polskich włączonych do Prus Wschodnich w okresie okupacji hitlerowskiej*, Ciechanów 1989.
- GORDON, HAROLD J., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924, Frankfurt/Main 1971.
- GOßWEILER, KURT/ SCHLICHT, ALFRED, Junker und NSDAP 1931/32, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 15/1967, S. 644-672.
- GOTTWALD, ALFRED, Zur Deportation der Juden aus Ostpreußen in den Jahren 1942/1943, in: *NS-Gewaltherrschaft. Beiträge zur historischen Forschung und juristischen Aufarbeitung*, hg. v. ALFRED GOTTWALD/ NORBERT KAMPE/ PETER KLEIN, Berlin 2005, S. 152-171.
- GOTTWALDT, ALFRED/ SCHULLE, DIANA, Die „Juden deportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941-1945, Wiesbaden 2005.
- GRABOWSKI, JAN, The Holocaust in Northern Mazovia (Poland) in the Light of the Archive of the Ciechanów Gestapo, in: *Holocaust and Genocide Studies* 18/2004, S. 460-476.
- GRAF, CHRISTOPH, Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur. Die Entwicklung der preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches. Mit einem Vorwort von Walther Hofer, Berlin 1983.
- GRASSMANN, GERHARD OTTO, Die deutsche Besatzungsgesetzgebung während des Zweiten Weltkrieges (Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg Nr. 14), Tübingen 1958.
- GRAU, BERNHARD, Der Reichsstatthalter in Bayern: Schnittstelle zwischen Reich und Land, in: *Staat und Gaue in der NS-Zeit. Bayern 1933-1945*, hg. v. HERMANN RUMSCHÖTTEL/ WALTER ZIEGLER, München 2004, S. 129-169.
- GRILL, JOHNPETER HORST, Robert Wagner – Der „Herrenmensch“ im Elsaß, in: *Die braune Elite* 2. 21 weitere biographische Skizzen, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, 2. aktualisierte Auflage, Darmstadt 1999, S. 254-267.
- GRIESER, UTHO, Himmlers Mann in Nürnberg. Der Fall Benno Martin: Eine Studie zur Struktur des Dritten Reiches in der „Stadt der Reichsparteitage“, Würzburg 1974.
- GROEBEN, KLAUS VON DER, Landräte in Ostpreußen. Ein Beitrag zur Verwaltungsgeschichte des Samlandes, Köln, Berlin 1972.
- GROEBEN, KLAUS VON DER, Verwaltung und Politik 1918-33 am Beispiel Ostpreußens, 2. erweiterte Auflage, Kiel 1988.
- GROEBEN, KLAUS VON DER, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg (1902-1944), in: *Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648-1945*. Hg. im Auftrag der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft e.V. v. KURT G. A. JESERICH/ HELMUT NEUHAUS, Stuttgart, Berlin, Köln 1991, S. 469-473.
- GROEBEN, KLAUS VON DER, Provinz Ostpreußen, in: *Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815-1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung*, hg. v. GERD HEINRICH/ FRIEDRICH WILHELM HENNING/ KURT G. A. JESERICH, Stuttgart 1993, S. 147-258.
- GROEBEN, KLAUS VON DER, Das Land Ostpreußen. Selbsterhaltung, Selbstgestaltung, Selbstverwaltung 1750 bis 1945, Kiel 1993.
- GROEBEN, KAUS VON DER, Die Provinzielle Selbstverwaltung in Preussen im Umbruch des Jahres 1933, in: *Verfassung und Verwaltung. Festschrift für Kurt G. A. Jeserich zum 90. Geburtstag*, hg. v. HELMUT NEUHAUS, Köln, Weimar, Wien 1994, S. 239-254.
- GROEBEN, KLAUS VON DER, Streiflichter. Persönliche Erinnerungen, Raisdorf 1997.

- GROEBEN, KLAUS VON DER, *Im Dienst für Staat und Gemeinschaft. Erinnerungen* (Quellen zur Verwaltungsgeschichte Nr. 9, herausgegeben vom Vorstand des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel), Kiel 1995.
- GROEHLE, OLAF, *Bombenkrieg gegen Deutschland*, Berlin 1990.
- GRÖNING, GERT/ WOLSKHE-BULMAHN, JOACHIM, *Die Liebe zur Landschaft. Teil III: Der Drang nach Osten. Zur Entwicklung der Landespflege im Nationalsozialismus und während des Zweiten Weltkrieges in den „eingegliederten Ostgebieten“*, München 1987.
- GROSSMAN, CHAIKA, *Die uns verließen und die sich erhoben. Der Aufstand im Ghetto Bialystok*, in: *Dachauer Hefte* 7/1991, S. 102-118.
- GROSSMAN, CHAIKA, *Die Untergrundarmee. Der jüdische Widerstand in Bialystok. Ein autobiographischer Bericht*, Frankfurt/ Main 1993.
- GROTH, KLAUS, *Der Aufbau des Adolf-Hitler-Koogs – Ein Beispiel nationalsozialistischen ländlichen Siedlungsbaus*, in: „Wir bauen das Reich“. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, hg. v. ERICH HOFFMANN/ PETER WULF, Neumünster 1983, S. 309-331.
- GRUCHMANN, LOTHAR, *Justiz im Dritten Reich 1933-1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner*, 3., verbesserte Auflage, München 2001.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, *Zur Theorie der Landarbeitskrise. Systematische Untersuchung über die Ursachen der Landflucht, besonders aus Norddeutschland, staatswissenschaftliche Dissertation*, Königsberg 1929.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, *Die weltanschaulichen Grundlagen des Ostpreußenplanes*, in: *Nationalsozialistische Monatshefte* 5/1934, S. 903-906.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, *Die Hauptgrundsätze des Ostpreußenplans*, in: *Die Deutsche Volkswirtschaft. Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftsgestaltung* 3/1934, S. 464-468.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, *Die Hauptgrundsätze des Ostpreußenplans*, in: *Das nationalsozialistische Ostpreußen*, Königsberg 1934, S. 7-42.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, *Der Ostseekreis / Versuch einer revolutionären Geschichtsbetrachtung*, in: *Der Nahe Osten* 7/1934, S. 559-561.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, *Revolutionäre Erziehung in Ostpreußen*, in: *Hochschulführer der Ostmark* 1934/35, S. 9-12.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, *Hauptgrundsätze des Ostpreußenplans*, in: *Reich und Länder* 9/1935, S. 247-250.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, *Der Ostpreußenplan*, in: *Reichsplanung* 1/1935, S. 10-13.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, *Der Aufbau des Deutschen Ostens*, in: *Raumforschung und Raumordnung* 1/1936/37, S. 298-301.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, *Ideologie und Wirklichkeit*, in: *Der Student der Ostmark* 1936, S. 95f.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, *Die Hauptgrundsätze der Aufbauarbeit in Ostpreußen*, in: *Europas Schicksal im Osten* (Schriftenreihe der Bücherkunde 4/1938), Breslau 1938, S. 197-208.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, *Die Grundlagen des Wiederaufbaus Ostpreußens*, in: *Das Buch der deutschen Gaue. Fünf Jahre nationalsozialistische Aufbauleistung. Mit einem Geleitwort von Dr. Otto Dietrich, Reichspressechef der NSDAP. Mit 33 Bildern auf Kunstdrucktafeln und einer Karte*, Bayreuth 1938, S. 83-95.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, *Ziele und Notwendigkeiten der ostpreußischen Kolonisation*, in: *Bauen Siedeln Wohnen* 18/1938, S. 666-669.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, *Universität, Nachwuchs und Langemarckstudium*, in: *Der Altherrenbund* 3/1940/41, S. 137f.

- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, Hermann Bethke, in: *Der Student der Ostmark*, 15.2.1940, S. 73-75.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, Hauptgesichtspunkte für die Aufstellung eines Wohnungsbauprogrammes im Regierungsbezirk Zichenau, in: *Der soziale Wohnungsbau* 1/1941, Heft 14, S. 490-494.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, Ostpreußens Weg in den neuen Ostgebieten, in: *Preußische Zeitung* Nr. 30, 30.1.41.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, Landflucht und Landgefährdung. Ursachen – Wirkungen – Gegenmaßnahmen, in: *Neues Bauerntum* 34/1942, S. 52-61.
- GRÜNBERG, HANS-BERNHARD VON, Die regionale Frage, in: *Neues Bauerntum* 36/1944, S. 76-86.
- GRUNBERGER, RICHARD, *Das zwölfjährige Reich. Der Deutschen Alltag unter Hitler*, Wien 1972.
- GUDERIAN, HEINZ, *Erinnerungen eines Soldaten*, Heidelberg 1951.
- GUNDERMANN, ISELIN, Iwand, Hans Joachim, in: *Altpreußische Biographie*. Herausgegeben im Auftrag der historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung von KURT FORSTREUTER, Göttingen, FRITZ GAUSE, Essen. Band III Ergänzungen zu Band I und II, Marburg/ Lahn 1975, S. 962f.
- GUSOVIUS, PAUL, *Der Landkreis Samland*, Würzburg 1966.
- GUTBERGER, JÖRG, Volk, Raum und Sozialstruktur. Sozialstrukturraumforschung im „Dritten Reich“, Göttingen 1996.
- HAAR, INGO, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, Göttingen 2000.
- HAASE, GÜNTHER, *Kunstraub und Kunstschutz. Eine Dokumentation*, Hamburg 1991.
- HAASE, GÜNTHER, *Die Kunstsammlung des Reichsmarschalls Hermann Göring. Eine Dokumentation*, Berlin 2000.
- HACKMANN, JÖRG, *Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem* (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien, Bd. 3), Wiesbaden 1996.
- HÄNEL, WOLFGANG, Hermann Rauschnings ‚Gespräche mit Hitler‘ – Eine Geschichtsfälschung, Ingolstadt 1984.
- HAFFNER, SEBASTIAN, *Anmerkungen zu Hitler*, München 1978.
- HALDER, WINFRID, Irrtum und Umkehr eines Konservativen. Hermann Rauschning und das Regime Hitlers, in: *Deutsche Autoren des Ostens als Gegner und Opfer des Nationalsozialismus. Beiträge zur Widerstandsproblematik*, hg. v. FRANK-LOTHAR KROLL, Berlin 2000, S. 477-500.
- HALE, ORON J., *Presse in der Zwangsjacke 1933-1945*, Düsseldorf 1965.
- HAMMERMANN, GABRIELE, Die Todesmärsche aus den Konzentrationslagern 1944/45, in: *Terror nach Innen. Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges*, hg. v. CORD ARENDS/ EDGAR WOLFRUM/ JÖRG ZEDLER (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte Bd. 6), Göttingen 2006, S. 122-148.
- Handbuch zur Geschichte der Festungen des historischen deutschen Ostens*, bearb. v. Kurt Burk, Osnabrück 1995.
- Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens im Auftrag der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung* hg. v. ERNST OPGENOORTH. Teil IV: Vom Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918-1945, Lüneburg 1997.
- HANDRACK, HANS-DIETER, *Das Reichskommissariat Ostland. Die Kulturpolitik der deutschen Verwaltung zwischen Autonomie und Gleichschaltung 1941-1944*, Hannoversch Münden 1981.
- Hans Steinacher. Bundesleiter des VDA 1933-1937. *Erinnerungen und Dokumente*, hg. v. HANS-ADOLF JACOBSEN (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 19), Boppard 1970.

- HANSEN, GEORG, „Damit wurde der Warthegau zum Exerzierfeld des praktischen Nationalsozialismus“. Eine Fallstudie zur Politik der Einverleibung, in: September 1939. Krieg, Besatzung, Widerstand in Polen. Acht Beiträge, hg. v. CHRISTOPH KLEßMANN, Göttingen 1989, S. 55-72.
- HARMS, WOLFGANG, Die studentische Gegenwehr gegen Angriffe auf Paul Hankamer an der Universität Königsberg 1935/36: Ein Versuch der Verteidigung einer Geisteswissenschaft, in: Nach der Sozialgeschichte. Konzepte für eine Literaturwissenschaft zwischen Historischer Anthropologie, Kulturgeschichte und Medientheorie, hg. v. MARTIN HUBER/ GERHARD LAUER, Tübingen 2000, S. 281-301.
- HARRISON, E. D. R., Gauleiter Bürckel and the Bavarian Palatinate 1933-40, in: Proceedings of the Leeds Philosophical and Literary Society, Literary and Historical Section, Vol. XX Part 3, S. 271-291.
- HARTENSTEIN, MICHAEL A., Neue Dorflandschaften. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den „eingegliederten Ostgebieten“ 1939 bis 1944, Berlin 1998.
- HARTMANN, PETER REINHARD, Die annexionistische Agrarsiedlungspolitik des deutschen Faschismus in den sogenannten „Eingegliederten Ostgebieten“ (Reichsgau „Danzig-Westpreußen“, Reichsgau „Wartheland“, „Regierungsbezirk Zichenau“), Dissertation (Typoskript), Rostock 1969.
- HARTMANN, STEFAN, Medien, in: Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens im Auftrag der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung hg. v. ERNST OPGENOORTH. Teil IV: Vom Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918-1945, Lüneburg 1997, S. 171-177.
- HARTMANN, STEFAN, Ostpreußen und Regierungsbezirk Westpreußen, in: Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens im Auftrag der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung hg. v. ERNST OPGENOORTH. Teil IV: Vom Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918-1945, Lüneburg 1997, S. 23-39.
- HARTMANN, STEFAN, Politische und militärische Ereignisse 1918-1945/47, in: Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens im Auftrag der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung hg. v. ERNST OPGENOORTH. Teil IV: Vom Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918-1945, Lüneburg 1997, S. 7-22.
- HARTMANN, STEFAN, Pommerellen und Freie Stadt Danzig, in: Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens im Auftrag der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung hg. v. ERNST OPGENOORTH. Teil IV: Vom Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918-1945, Lüneburg 1997, S. 40-55.
- HARTUNG, ULRIKE, Raubzüge in der Sowjetunion. Das Sonderkommando Künsberg 1941-1943, Bremen 1997.
- HAUSEN, KARIN, Die Sorge der Nation um ihre „Kriegsopfer“. Ein Bereich der Geschlechterpolitik während der Weimarer Republik, in: Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, hg. v. JÜRGEN KOCKA/ WALTER PEHLE/ KLAUS TENFELDE, München 1994, S. 719-739.
- HAVERKAMP, CHRISTOF, Die Erschließung des Emslandes im 20. Jahrhundert als Beispiel staatlicher regionaler Wirtschaftsförderung, Sögel 1991.
- HECKER, HELLMUTH, Deutschland, Litauen und das Memelland, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/ Pr. 6/1955, S. 228-256.
- HECKER, HELLMUTH, Die Umsiedlungsverträge des Deutschen Reiches während des Zweiten Weltkrieges, Hamburg 1971.
- HEER, HANNES, Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei, Berlin 2004.
- Heeresadjutant bei Hitler 1938-1943. Aufzeichnungen des Majors Engel. Herausgegeben und kommentiert von HILDEGARD VON KOTZE, Stuttgart 1974.

- HEHL, ULRICH VON, Nationalsozialismus und Region. Bedeutung und Probleme einer regionalen Erforschung des Dritten Reichs, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 56/1993, S. 111-129.
- HEHL, ULRICH VON, Nationalsozialistische Herrschaft (Enzyklopädie deutscher Geschichte Band 39), München 1996.
- HEIBER, HELMUT, Universität unterm Hakenkreuz. Teil 1. Der Professor im Dritten Reich. Bilder aus der akademischen Provinz, München, London, New York, Paris 1991.
- HEIBER, HELMUT, Universität unterm Hakenkreuz. Teil II. Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen, 2 Bände, München, London, New York, Paris 1992/1994.
- HEIDEN, KONRAD, Adolf Hitler. Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit. Eine Biographie, Zürich 1936.
- HEINEMANN, ULRICH, Fritz-Dietlof von der Schulenburg – Das Problem von Kooperation und Opposition und der Entscheidung zum Widerstand gegen das Hitler-Regime, in: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, hg. v. JÜRGEN SCHMÄDEKE/ PETER STEINBACH, München, 1985, S. 417-435.
- HEINEMANN, ULRICH, Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli, Berlin 1990.
- HENKYS, REINHARD, Endlösung am Bernsteinstrand, in: Die Zeit Nr. 45, 2.11.2000, S. 44.
- HENKYS, REINHARD, Ein Todesmarsch in Ostpreußen, in: Dachauer Hefte 20/2004, S. 3-21.
- HENSEL, JÜRGEN, Hermann Rauschnings politisches Itinerar vom Juli 1935 bis zum Mai 1940. Versuch einer Rekonstruktion, in: Hermann Rauschning. Materialien und Beiträge zu einer politischen Biographie, hg. v. JÜRGEN HENSEL/ PIA NORDBLOM, Nachdruck, Osnabrück 2003 (Warschau 2002), S. 123-150.
- HERBERT, ULRICH, Rassismus als rationales Kalkül. Zum Stellenwert utilitaristisch verbrämter Legitimationsstrategien in der nationalsozialistischen Weltanschauung, in: „Vernichtungspolitik“. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland, hg. v. WOLFGANG SCHNEIDER, Hamburg 1991, S. 25-35.
- HERBERT, ULRICH, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 1996.
- HERBERT, ULRICH, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Neuauflage, Bonn 1999.
- HERBST, LUDOLF, Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg, Frankfurt/ Main 1996.
- HERBST, LUDOLF, Nationalsozialistische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, in: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick, hg. v. BERND SÖSEMANN, Stuttgart, München 2002, S. 172-187.
- Herbst 1941 im „Führerhauptquartier“. Berichte Werner Koepkens an seinen Minister Alfred Rosenberg. Herausgegeben und kommentiert von MARTIN VOGT, Koblenz 2002.
- Hermann Rauschning. Materialien und Beiträge zu einer politischen Biographie, hg. v. JÜRGEN HENSEL/ PIA NORDBLOM, Nachdruck, Osnabrück 2003 (Warschau 2002).
- HERTZ-EICHENRODE, DIETER, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919-1930. Untersuchung eines Strukturproblems in der Weimarer Republik (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft 23), Köln, Opladen 1969.
- HERTZ-EICHENRODE, DIETER, Die Wende zum Nationalsozialismus im südlichen Ostpreußen 1930-1932. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Masurentums, in: Olsztyńskie Studia Niemcoznawcze, Bd. I, Olsztyn 1986, S. 59-114.
- HERWARTH, HANS VON, Zwischen Hitler und Stalin. Erlebte Zeitgeschichte 1931 bis 1945, Frankfurt/ Main, Berlin, Wien 1982.

- HERZOG, ROBERT, Grundzüge der deutschen Besatzungsverwaltung in den ost- und südost-europäischen Ländern während des zweiten Weltkrieges (Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg, Nr. 4), Tübingen 1955.
- HEUSS, ANJA, Kunst- und Kulturgutraub. Eine vergleichende Studie zur Besatzungspolitik der Nationalsozialisten in Frankreich und der Sowjetunion, Heidelberg 2000.
- HEYER, FRIEDRICH, Die orthodoxe Kirche in der Ukraine von 1917 bis 1945, Köln, Braunschweig 1953.
- HEYER, FRIEDRICH, Kirchengeschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert. Von der Epochenwende des ersten Weltkrieges bis zu den Anfängen in einem unabhängigen ukrainischen Staat, Göttingen 2003.
- HEYL, BERND, „Das Deutsche Reich wird ein Bauernreich sein, oder es wird untergehen.“ Nationalsozialistische Agrarpolitik zwischen Ideologie und Realität, Wiesbaden 1988.
- HEYSE, H., Kant und wir, in: Nationalsozialistische Monatshefte 5/1934, S. 894-899.
- HIBBELN, EWALD, Rivalen im Baltikum. Deutsche Reaktionen auf die britische Handelsvertragspolitik 1920-1935, Frankfurt/ Main 1997.
- HILBERG, RAUL, Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bände, Durchgesehene und erweiterte Ausgabe, Frankfurt/ Main 1990.
- HILBERG, RAUL, Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945, 3. Auflage, Frankfurt/ Main 1992.
- HILLGRUBER, ANDREAS, Deutschland und Polen in der internationalen Politik 1933-1939, in: Deutschland und Polen von der nationalsozialistischen Machtergreifung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. XVIII. deutsch-polnische Schulbuchkonferenz der Historiker 28. Mai bis 2. Juni 1985 in Nowogard (Nagard), hg. v. d. Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission, Redaktion: Wolfgang Jacobmeyer, Braunschweig 1986, S. 47-62.
- HILLGRUBER, ANDREAS, Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums, Berlin 1986.
- HINRICHSSEN, KURT, „Befehlsnotstand“, in: NS-Prozesse nach 25 Jahren Strafverfolgung: Möglichkeiten, Grenzen, Ergebnisse, hg. v. ADALBERT VON RÜCKERL, Karlsruhe 1971, S. 131-161.
- Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hg. v. MANFRED FUNKE, Durchgesehener, um ein Register erweiterter Nachdruck, Düsseldorf 1978.
- Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, hg. v. MAX DOMARUS, Würzburg 1963.
- Hitler. Reden Schriften Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933. Band III. Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928 – September 1930. Teil 1: Juli 1928 – Februar 1929. Herausgegeben und kommentiert von BÄRBEL DUSIK und KLAUS A. LANKHEIT unter Mitwirkung von Christian Hartmann, München, New Providence, London, Paris 1994.
- HITLER, ADOLF, Mein Kampf. Zwei Bände in einem Band, Ungekürzte Ausgabe, 538.-542. Auflage, München 1940.
- Hitlers militärische Elite. Bd. 1. Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Darmstadt 1998.
- Hitlers militärische Elite. Bd. 2. Von Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Darmstadt 1998.
- Hitlers Weisungen für die Kriegsführung 1939-1945: Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, hg. v. Walther Hubatsch, Frankfurt/ Main 1962.
- HITZE, GUIDO, Carl Ulitzka (1873-1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen, Düsseldorf 2002.
- HÖFFKES, KARL, Hitlers politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches – Ein biographisches Nachschlagewerk –, Tübingen 1986.

- HÖHN, WINFRIED, Die Lunte am Pulverfaß. Danzigs Rolle beim Überfall auf Polen – Im Spiegel seiner Presse, in: *Der Krieg vor dem Krieg. Ökonomik und Politik der „friedlichen“ Aggressionen Deutschlands 1938/1939*, hg. v. WERNER RÖHR/ BRIGITTE BERLEKAMP/ KARL HEINZ ROTH, Hamburg 2001, S. 209-250.
- HÖHNE, HEINZ, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967.
- HÖHNE, HEINZ, Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933-1934, Reinbeck bei Hamburg 1984.
- HÖLSCHER, LUCIAN, Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich, Stuttgart 1989.
- HÖVER, ULRICH, Joseph Goebbels – ein nationaler Sozialist, Berlin 1992.
- HOFFMANN, PETER, Die Sicherheit des Diktators. Hitlers Leibwachen, Schutzmaßnahmen, Residenzen, Hauptquartiere, München, Zürich 1975.
- HOFFMANN, PETER, Widerstand Staatsstreich Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, vierte, neu überarbeitete und ergänzte Ausgabe, München 1985.
- HOFMANN, WOLFGANG, Zwischen Rathaus und Reichskanzlei. Die Oberbürgermeister in der Kommunal- und Staatspolitik des Deutschen Reiches von 1890 bis 1933, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1974.
- HOHMANN, JOACHIM S., Landvolk unterm Hakenkreuz. Agrar- und Rassenpolitik in der Rhön. Ein Beitrag zur Landesgeschichte Bayerns, Hessens und Thüringens, Teil I, Frankfurt/ Main 1992.
- HOHMANN, JOACHIM S., Thüringens „Rhön-Plan“ als Beispiel nationalsozialistischer Agrar- und Rassenpolitik, in: *Nationalsozialismus in Thüringen*, hg. v. DETLEV HEIDEN/ GUNTER MAI, Weimar, Köln, Wien 1995, S. 293-312.
- HOPF, HANS, Auswirkungen des Verhältnisses Litauens zu seinen Nachbarn auf das Memelgebiet. Zur Vorgeschichte des deutsch-litauischen Staatsvertrages vom 22. März 1939, in: *Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/ Pr.* 12/1962, S. 235-270.
- HOPPE, HANS W./ RICHTER, FRIEDRICH, Ostpreußen und Regierungsbezirk Westpreußen, in: *Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens im Auftrag der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung* hg. v. ERNST OPGENOORTH. Teil IV: Vom Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918-1945, Lüneburg 1997, S. 81-91.
- HORN, WOLFGANG, Regionale Entwicklung des Nationalsozialismus, in: *Neue Politische Literatur* 21/1976, S. 366-376.
- HORN, WOLFGANG, Strukturprobleme der NSDAP vor der Machtergreifung, in: *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, hg. v. WOLFGANG MICHALKA, Paderborn, München, Wien, Zürich 1984, S. 194-206.
- HOßBACH, FRIEDRICH, Aus den Kämpfen der 4. deutschen Armee um Ostpreußen, in: *Allgemeine Schweizer Militärzeitschrift* 116/1950, S. 138-148, 278-286, 351-363.
- HOßBACH, FRIEDRICH, Die Schlacht um Ostpreußen. Aus den Kämpfen der 4. deutschen Armee um Ostpreußen in der Zeit vom 19.7.1944 bis 30.1.1945, Überlingen 1951.
- HOUSDEN, MARTYN, Personal Rivalry in the Hitler State: A Case Study, in: *German History* 8/1990, S. 294-309.
- HUBATSCH, WALTHER, Das Memelland und das Problem der Minderheiten (mit einer Karte), in: *Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik. Studien zum Deutschtum im Osten*, hg. v. der Senatskommission für das Studium des Deutschtums im Osten an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Heft 3, Köln 1966, S. 42-64.
- HUBATSCH, WALTHER, Geschichte der Evangelischen Kirche Ostpreußens, 3 Bände, Göttingen 1968.
- HÜRTER, JOHANNES, Konservative Mentalität, militärischer Pragmatismus, ideologisierte Kriegführung: Das Beispiel des Generals Georg von Küchler, in: *Karrieren im Na-*

- tionalsozialismus. Funktionseliten zwischen Mitwirkung und Distanz, hg. v. GERHARD HIRSCHFELD/ TOBIAS JERSAK, Frankfurt/ Main, New York 2004, S. 239-253.
- HÜTTENBERGER, PETER, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.
- HÜTTENBERGER, PETER, Die Anfänge der NSDAP im Westen, in: Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau, hg. v. WALTER FÖRST, Köln, Berlin 1972, S. 51-80.
- HÜTTENBERGER, PETER, Nationalsozialistische Polykratie, in: Geschichte und Gesellschaft 2/1976, S. 417-442.
- HUNCZAK, TARAS, OUN-German Relations, 1941-5, in: German-Ukrainian Relations in Historical Perspective, hg. v. HANS-JOACHIM TORKE/ JOHN-PAUL HIMKA, Edmonton, Toronto 1994, S. 178-186.
- HURTIG, THEODOR, Zur Heimkehr des deutschen Memellandes, in: Geographischer Anzeiger 40/1939, S. 249-255.
- ILNYTZKYI, ROMAN, Deutschland und die Ukraine 1934 – 1945. Tatsachen europäischer Ostpolitik. Ein Vorbericht, 2 Bände, 2. Auflage, München 1958.
- INACHIN, KYRA T., „Märtyrer mit einem kleinen Häuflein Getreuer“. Der erste Gauleiter der NSDAP in Pommern Karl Theodor Vahlen, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49/2001, S. 31-51.
- IRVING, DAVID, Göring, München, Hamburg 1987.
- IWAND, HANS JOACHIM, Nachgelassene Werke, Band 6: Briefe an Rudolf Hermann, München 1964.
- JACOBI: Die Vorbereitung des ostpreußischen Kleinwohnungsbauprogramms 1939, in: Bauen Siedeln Wohnen 18/1938, S. 672-675.
- JACOBSEN, HANS-ADOLF, Zur Struktur der NS-Außenpolitik 1933-1945, in: Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hg. v. MANFRED FUNKE, durchgesehener, um ein Register erweiterter Nachdruck, Düsseldorf 1978, S. 137-185.
- JACOBY, YORAM K., Jüdisches Leben in Königsberg/ Pr. im 20. Jahrhundert, Würzburg 1983.
- JÄCKEL, EBERHARD, Hitlers doppeltes Kernstück, in: „Unternehmen Barbarossa“. Zum historischen Ort der deutsch-sowjetischen Beziehungen von 1933 bis Herbst 1941, hg. v. ROLAND G. FOERSTER, München 1993, S. 13-22.
- JAHNKE, KARL HEINZ, Friedrich Hildebrandt – Gauleiter der NSDAP in Mecklenburg, in: Anknüpfungen. Kulturgeschichte – Landesgeschichte – Zeitgeschichte. Gedenkschrift für Peter Hüttenberger, hg. v. VOLKER ACKERMANN/ BERND-A. RUSINEK/ FALK WIESEMANN, Essen 1995, S. 235-246.
- Jahrestagung 1989/1990 Suvažiavimo Darbai, hg. v. Litauischen Kulturinstitut, Lampertheim 1991.
- JAKUBASCHK, PAUL-WILLI (JAK VOM BERGE), Helmuth Brückner. Sein Kampf und Sieg um Schlesien. Vom Frontsoldaten und Selbstschutzkämpfer zum schlesischen Führer, Oberpräsidenten und Staatsrat, Hirschberg/ Riesengebirge 1933.
- JAMIN, MATHILDE, Zur Rolle der SA im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, hg. v. GERHARD HIRSCHFELD/ LOTHAR KETTENACKER, Stuttgart 1981, S. 329-360.
- JANSEN, CHRISTIAN/ WECKBECKER, ARNO, Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40, München 1992.
- JANßEN, KARL-HEINZ, Kümmerliche Notizen. Rauschnings „Gespräche mit Hitler“ – wie ein Schweizer Lehrer nach 45 Jahren einen Schwindel auffliegen ließ, in: Die Zeit Nr. 30, 19.7.1985, S. 16.
- JAWORSKI, RUDOLF, Die polnische Grenzminorität in Deutschland 1920-1939, in: Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. Minderheitenstatus und „Volkstumskampf“ im

- Grenzgebiet. Amtliche Berichterstattungen aus beiden Ländern 1920-1939. Bearbeitet von Mathias Niendorf und Przemysław Hauser, 1. Halbband, hg. v. RUDOLF JAWORSKI/ MARIAN WOJCIECHOWSKI, München, New Providence, London, Paris 1997, S. 49-69.
- JAWORSKI, RUDOLF/ WOJCIECHOWSKI, MARIAN, Vorwort, in: Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. Minderheitenstatus und „Volkstumskampf“ im Grenzgebiet. Amtliche Berichterstattungen aus beiden Ländern 1920-1939. Bearbeitet von Mathias Niendorf und Przemysław Hauser, 1. Halbband, hg. v. RUDOLF JAWORSKI/ MARIAN WOJCIECHOWSKI, München, New Providence, London, Paris 1997, S. IX-XIX.
- JEANNESSON, STANISLAS, Übergriffe der französischen Besatzungsmacht und deutsche Beschwerden, in: Der Schatten des Weltkrieges: Die Ruhrbesetzung 1923, hg. v. GERD KRUMEICH/ JOACHIM SCHRÖDER, Essen 2004, S. 207-231.
- JEDLICKA, LUDWIG, Gauleiter Josef Leopold (1889-1941), in: Geschichte und Gesellschaft. Festschrift Karl Richard Stadler zum 60. Geburtstag, hg. v. GERHARD BOTZ/ HANS HARTMANN/ HELMUT KONRAD, Wien 1974, S. 143-161.
- JERABEK, BLANKA, Das Schulwesen und die Schulpolitik im Reichskommissariat Ukraine 1941-1944. Im Lichte deutscher Dokumente, München 1991.
- JESERICH, KURT G. A., Hans Lohmeyer (1881-1968), in: Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648-1945, Herausgegeben im Auftrag der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft e.V. v. KURT G. A. JESERICH/ HELMUT NEUHAUS, Stuttgart, Berlin, Köln 1991, S. 380-384.
- JEZERSKI, ANDRZEJ, Extensive Development of Towns in the Agricultural Regions of Poland (With Special Reference to the Białystok Province), in: *Studia Historiae Oeconomicae* 13/1978, S. 139-152.
- JOCKHECK, LARS, Der „Völkische Beobachter“ über Polen 1932-1934. Eine Fallstudie zum Übergang vom „Kampfblatt“ zur „Regierungszeitung“, Hamburg 1999.
- JORDAN, RUDOLF, Erlebt und Erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau, Leoni am Starnberger See 1971.
- Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933-1945, hg. v. OTTO DOV KULKA/ EBERHARD JÄCKEL, Düsseldorf 2004.
- Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945, hg. v. MONIKA RICHARZ, Stuttgart 1982.
- JÜRGENSEN, KURT, Die Gleichschaltung der Provinzialverwaltung. Ein Beitrag zur Durchsetzung der nationalsozialistischen Herrschaft in Schleswig-Holstein (1932-1934), in: „Wir bauen das Reich“. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, hg. v. ERICH HOFFMANN/ PETER WULF, Neumünster 1983, S. 393-422.
- JUNGE, TRAUDEL, Bis zur letzten Stunde. Hitlers Sekretärin erzählt ihr Leben. Unter Mitarbeit von Melissa Müller, München 2002.
- KABATH, RUDOLF/ FORSTMEIER, FRIEDRICH, Die Rolle der Seebrückenköpfe beim Kampf um Ostpreußen 1944-1945, in: Abwehrkämpfe am Nordflügel der Ostfront 1944-1945, hg. v. HANS MEIER-WELCKER (Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt), Stuttgart 1963, S. 215-451.
- KABERMANN, HEINZ, Der Bezirk Białystok, in: *Neues Bauertum* 34/1942, S. 332-336.
- KABUS, RONNY, Juden in Ostpreußen, Husum 1998.
- KAEHLER, DAVID FRANZ, Die jüdische Schule in Königsberg/ Preußen. Ein Gedanke und seine Verwirklichung, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 3/4/1960/61, S. 145-166.
- KAIENBURG, HERMANN, Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003.
- KAMENETSKY, IHOR, Hitler's Occupation of Ukraine (1941-1944). A Study of Totalitarian Imperialism, Milwaukee 1956.
- KAMENETSKY, IHOR, Some Aspects of Ukrainian Politics of National Self-Determination in View of Hitler's „Drang nach Osten.“ Analysis of Prof. W. Kosyk's Documentation on

- the Third Reich and the Ukrainian Question, in: *Ukrains'kyi istoryk* 27/1990, S. 104-127.
- KAPPELER, ANDREAS, Die Ukraine in der deutschsprachigen Historiographie, in: *Österreichische Osthefte* 42/2000, S. 161-177.
- KARP, HANS-JÜRGEN, Germanisierung oder Seelsorge? Zur Tätigkeit reichsdeutscher Priester in den dem Deutschen Reich eingegliederten Gebieten Polens 1939-1945, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 30/1981, S. 40-74.
- KARRASCH, ALFRED, Im neuen Osten, in: *Der Schulungsbrief* 3.4./1941, S. 35-37.
- KARSKI, SIGMUND, Albert (Wojciech) Korfanty. Eine Biographie, Dülmen 1990.
- KASTEN, BERND, Konflikte zwischen dem Gauleiter Friedrich Hildebrandt und dem Staatsministerium in Mecklenburg 1933-1939, in: *Mecklenburgische Jahrbücher* 112/1997, S. 157-175.
- KATER, MICHAEL H., Generationskonflikt als Entwicklungsfaktor in der NS-Bewegung vor 1933, in: *Geschichte und Gesellschaft* 11/1985, S. 217-243.
- KAUFMANN, KARL, Brief an Hitler, 28.10.23, in: *Romerike Berge. Zeitschrift für das Bergische Land* 37/1987, Heft 2, S. 36.
- KEIT, ERNST, Bibliographie zur Landeskunde der zum Regierungsbezirk Zichenau, Kreis Sudauen, Kreis Leipe und Rippin gehörenden ost- und westpreußischen Gebiete für die Jahre 1939-41 nebst Nachträgen, in: *Altpreußische Forschungen* 18/1941, S. 325-363.
- KEIT, ERNST, Bibliographie zur Landeskunde des Bezirkes Bialystok, in: *Altpreußische Forschungen* 19/1942, S. 299-352.
- KEIT, ERNST, Bibliographie zur Landeskunde des Bezirkes Bialystok, in: *Altpreußische Forschungen* 20/1943, S. 203-256.
- KEENE, JUDITH, Fighting for Franco. International Volunteers in Nationalist Spain During the Spanish Civil War, 1936-1939, London, New York 2001.
- KERSHAW, IAN, Alltägliches und Außeralltägliches: ihre Bedeutung für die Volksmeinung 1933-1939, in: *Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus*, hg. v. DETLEV PEUKERT/ JÜRGEN REULECKE, Wuppertal 1981, S. 273-292.
- KERSHAW, IAN, Improvised Genocide? The Emerge of the 'Final Solution' in the 'Warthegau', in: *Transactions of the Royal Society, Sixth Series Vol. II*, London 1992, S. 51-78.
- KERSHAW, IAN, Hitler 1889-1936, Stuttgart 1998.
- KERSHAW, IAN, Arthur Greiser – Ein Motor der „Endlösung“, in: *Die braune Elite* 2. 21 weitere biographische Skizzen, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, 2. aktualisierte Auflage, Darmstadt 1999, S. 116-127.
- KERSHAW, IAN, Hitler 1936-1945, Stuttgart 2000.
- KETTENACKER, LOTHAR, Die Chefs der Zivilverwaltung im Zweiten Weltkrieg, in: *Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System*, hg. v. DIETER REBENTISCH/ KARL TEPPE, Göttingen 1986, S. 396-417.
- KIBELKA, RUTH, *Memellandbuch. Fünf Jahrzehnte Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2002.
- KIESER, WALTHER, Der Aufbau im Gebiet um Zichenau (Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches, Band 2), Berlin 1942.
- KIMPEL, ULRICH, Agrarreform und Bevölkerungspolitik. Bäuerliche Siedlungspolitik, rassische Auslese und Agrarstrukturänderung durch den Reichsnährstand und das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, in: *Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 10)*, Berlin 1992, S. 124-145.
- KISSEL, HANS, *Der Deutsche Volkssturm 1944/45. Eine territoriale Miliz im Rahmen der Landesverteidigung*, Frankfurt/ Main 1962.
- KISSENKOETTER, UDO, Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978.

- KITTEL, MANFRED, Konfessioneller Konflikt und politische Kultur in der Weimarer Republik, in: Konfessionen im Konflikt. Deutschland zwischen 1800 und 1970: ein zweites konfessionelles Zeitalter, hg. v. OLAF BLASCHKE, Göttingen 2002, S. 243-297.
- KLEE, ERNST, „Euthanasie“ im NS-Staat: die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, 3. Auflage, Frankfurt/ Main 1983.
- KLEE, ERNST, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?, Frankfurt/ Main 2003.
- KLEIN, CHRISTIAN, Einleitung: Biographik zwischen Theorie und Praxis. Versuch einer Bestandsaufnahme, in: Grundlagen der Biographik. Theorie und Praxis des biographischen Schreibens, hg. v. DEMS., Stuttgart, Weimar 2002, S. 1-22.
- KLEIN, MANFRED, Die versäumte Chance zweier Kulturen. Zum deutsch-litauischen Gegensatz im Memelgebiet, in: Nordost-Archiv 2/1993, S. 317-359.
- KLEIN, MARKUS JOSEF, Ernst von Salomon. Revolutionär ohne Utopie. Mit einem Vorwort von Armin Mohler, Überarbeitete Neuauflage, Aschau i. Ch. 2002.
- KLEIN, ULRICH, „Mekka des deutschen Sozialismus“ oder „Kloake der Bewegung“? Der Aufstieg der NSDAP in Wuppertal 1920 bis 1934, in: Über allem die Partei. Schule · Kunst · Musik in Wuppertal 1933-1945, hg. v. KLAUS GOEBEL, Oberhausen 1987, S. 105-149.
- KLEIST, PETER, Zwischen Hitler und Stalin 1939-1945, Bonn 1950.
- KLEIST, PETER, Die europäische Tragödie, Göttingen 1961.
- KLEPSCH, THOMAS HORST, Nationalsozialistische Ideologie. Eine Beschreibung ihrer Struktur von 1927-1933, Bonn 1989.
- KNOFF, VOLKER, Hermann Görings Jagdhaus Darß, Endingen 2002.
- KOCH, ERICH, Die Folgen der Rassenvermischung (1927), in: Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26. Mit weiteren Dokumenten hg. v. HELMUT HEIBER, Stuttgart 1960, S. 123.
- KOCH, ERICH, Sind wir Faschisten? Ein paar notwendige Bemerkungen, in: Arbeitertum I, 1. Juli 1931, S. 7.
- KOCH, ERICH, Die NSDAP. Idee, Führer und Partei (Männer und Mächte), Leipzig 1933.
- KOCH, ERICH, Oberpräsident Koch über Siedlung und Industrialisierung im deutschen Osten, in: Archiv für innere Kolonisation 25/1933, S. 451-453.
- KOCH, ERICH, Aufbau im Osten, Breslau 1934.
- KOCH, ERICH, Ostpreußens politische Brückenlage, in: Volk und Reich 10/1934, S. 754-756.
- KOCH, ERICH, Ostpreußens Stellung im osteuropäischen Raum, in: Nationalsozialistische Monatshefte 5/1934, S. 882-886.
- KOCH, ERICH, Rede auf der öffentlichen Kundgebung im Schloßhofe zu Königsberg von Oberpräsident Gauleiter Erich Koch-Königsberg, in: Die evangelische Diaspora 16/1934, S. 419-424.
- KOCH, ERICH, Traditionen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik. Eine ostpreußische Geschichtsbetrachtung (Abschrift ohne Quellenangabe in: BA Berlin, BDC, PK Weber-Krohse).
- KOCH, ERICH, Ansprache des Gauleiters und Oberpräsidenten Erich Koch auf dem Schlosshof, in: Der Ostpreußische Erzieher 5/1937, S. 437.
- KOCH, ERICH/ BOECKMANN/ KATRANSKI, HILDEGARD/ RAATZ, OTTO, „Werdet Erzieher!“, in: Der Ostpreußische Erzieher 5/1937, S. 625.
- KOCH, ERICH, Grußworte, in: Der Ostpreußische Erzieher 5/1937, S. 263.
- KOCH, ERICH, Der Kampf in Ostpreußen, in: Der Ostpreußische Erzieher 5/1937, S. 167-170.
- KOCH, ERICH, Geleitwort, in: Bauen Siedeln Wohnen 18/1938, S. 665.
- KOCH, ERICH, Geleitwort, in: Für die Fahne in den Tod. Nach einem Tatsachenbericht von HORST-HELLMUTH JUSCHKA bearbeitet von MAX BIALLUCH, Königsberg 1938.

- KOCH, ERICH, 10 Jahre Kampf und Arbeit für Adolf Hitler, in: 10 Jahre Gau Ostpreußen. Festschrift zum Gautag 1938 der NSDAP., Königsberg o.J. (1938), S. 6f.
- KOCH, ERICH, Ostland ruft die Jugend!, in: Wille und Macht. Führerorgan der nationalsozialistischen Jugend 7/1939, S. 1-4.
- KOCH, ERICH, Vorwort, in: EBHARDT, BODO, Der Seedienst Ostpreußen im Zeitgeschehen. Mit einem Vorwort von Gauleiter und Oberpräsident Erich Koch, Berlin 1940, S. 5.
- KOCH, ERICH, Aufbau im neuen Ostpreußen, in: Der Schulungsbrief 8/1941, S. 39-41.
- KOCH, ERICH, Die Aufgabe Ostpreußens bei der Neuordnung des deutschen Ostens, in: Nationalsozialistische Monatshefte 12/1941, S. 22-25.
- KOCH, ERICH, Der kommende Einsatz im Osten. Des Gauleiters Erich Koch Ruf an das deutsche Volk, in: Deutsche Post aus dem Osten 1941, S. 27f.
- KOCH, ERICH, Geleitwort, in: Der soziale Wohnungsbau in Deutschland 1/1941, S. 489.
- KOCH, ERICH, Ostpreußen, in: Wiedergewonnenes Deutsches Land in Danzig-Westpreußen/ Ostpreußen / Wartheland / Oberschlesien / Elsaß / Lothringen / Luxemburg / Eupen-Malmedy, hg. v. OTTO H. SPATZ, München, Berlin 1941, S.49-51.
- KOCH, ERICH, Ostpreussen ohne Korridor. Ausbau der Flankenstellung, in: Das Reich, 23.3.41.
- KOCH, ERICH, Weltverkehrsstraßen, in: Preußische Zeitung Nr. 108, 19.4.41.
- KOCH, ERICH, Die Zukunftsaufgaben des Gaues Ostpreußen, in: Preußische Zeitung Nr. 29, 29.1.41.
- KOCH, ERICH, An die Bevölkerung der Ukraine, in: Verordnungsblatt des Reichskommissars für die Ukraine, 1. Jg., Nr. 1, 24.4.42, S. 2.
- KOCH, ERICH, Ein Jahr deutsche Ukraine; in: Südostdeutsche Landpost. Das Wochenblatt der deutschen Bauernschaft in Rumänien, 2/1942, Folge 36, 6.9.42, S. 1.
- KOCH, ERICH, Ein Jahr deutsche Ukraine (undatiert), in: BA Berlin, R 6/70.
- KOCH, ERICH, „Deutscher Aufbau in der Ukraine sichert Europas Unabhängigkeit“ (undatiert), in: BA Berlin, R 6/70.
- KOCH, ERICH, Geleitwort, in: KIESER, WALTHER, Der Aufbau im Gebiet um Zichenau (Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des Deutschen Reiches, Band 2), Berlin 1942.
- KOCH, ERICH, Meine lieben Kameraden!, Dezember 1942, in: BA Berlin, NY 4065/24, Blatt 69f.
- KOCH, ERICH, An alle Deutschen in der Ukraine, in: Zentralblatt des Reichskommissars für die Ukraine, 2. Jg., Nr. 1, 1.1.1943.
- KOCH, ERICH, Ukraine in der Bewährung, in: Nationalsozialistische Korrespondenz 55, 6.3.43.
- KOCH, ERICH, Ukraine in der Bewährung, in: Preußische Zeitung Nr. 66, 7.3.43.
- KOCH, ERICH, Interview. Geführt von MIECZYSLAW SIEMINSKI (1986). Transkription von CHRISTIAN ROHRER. Manuskript im Besitz des Verfassers.
- KOCH, HANNISOACHIM W., Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918-1923, Berlin, Frankfurt/ Main, Wien 1978.
- KOEHL, ROBERT LEWIS, RKFDV: German Resettlement and Population Policy 1939-1945. A history of the Reich Commission for the Strengthening of Germanism, Cambridge 1957.
- KOEHL, ROBERT LEWIS, The Black Corps. The Structure and Power Struggles of the Nazi SS, Madison 1983.
- KÖHLER, HENNING, Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918-1924, Opladen 1986.
- KÖHLER, NILS, Otto Telschow – Hitlers Gauleiter in Ostthannover, in: Regionen im Nationalsozialismus, hg. v. MICHAEL RUCK/ KARL HEINRICH POHL, Bielefeld 2003, S. 121-146.

- Die Königsberger Allgemeine Zeitung. Festschrift zu 100. Gründungstag 1. November 1875 1975 (Arbeitsgemeinschaft ehemaliger KAZ-Mitarbeiter), o.O., o.J.
- Das Königsberger Gebiet im Schnittpunkt deutscher Geschichte und in seinen europäischen Bezügen, hg. v. BERNHART JÄHNIG/ SILKE SPIELER, Bonn 1993.
- KÖRNER, HELLMUT, Planmäßiger Aufbau der ukrainischen Landwirtschaft, in: Mitteilungen für die Landwirtschaft 58/1943, S. 712-714.
- KOPPER, CHRISTOPHER, Handel und Verkehr im 20. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte Band 63), München 2002.
- KOSCHORKE, MANFRED, Aufbruch aus dem Wort – die theologische Vorgeschichte, in: Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933-1945: Allein das Wort hat's getan, hg. v. DEMS., Göttingen 1976, S. 56-90.
- KOSCHORKE, MANFRED, Einführung, in: Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933-1945: Allein das Wort hat's getan, hg. v. DEMS., Göttingen 1976, S. 15-21.
- KOSCHORKE, MANFRED, Noch einmal: Erich Koch, Gauleiter und Oberpräsident in Ostpreußen und praecipuum membrum (herausragendes Mitglied) der evangelischen Kirche Ostpreußens, in: Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933-1945: Allein das Wort hat's getan, hg. v. DEMS., Göttingen 1976, S. 505-513.
- KOSCHORKE, MANFRED, 1934 – Jahr der Entscheidung: Aus der Herausforderung durch die völkische Religiosität zur Bekennenden Kirche in Ostpreußen, in: Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933-1945: Allein das Wort hat's getan, hg. v. DEMS. Göttingen 1976, S. 91-196.
- KOSCHORKE, MANFRED, 1937-1938 – Auf dem Weg zur Staatskirche, in: Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933-1945: Allein das Wort hat's getan, hg. v. DEMS., Göttingen 1976, S. 273-321.
- KOSCHORKE, MANFRED, 1939-1945 – Für und gegen die Staatskirche: Die letzte große Prüfung der Bekennenden Kirche in Ostpreußen. Bewährung und Versagen, in: Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933-1945: Allein das Wort hat's getan, hg. v. DEMS., Göttingen 1976, S. 322-388.
- KOSSERT, ANDREAS, Die jüdische Gemeinde Ortelsburg. Ein Beitrag zur Geschichte der Juden in Masuren, in: Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen, hg. v. MICHAEL BROCKE/ MARGRET HEITMANN/ HARALD LORDICK (Netiva 2), Hildesheim, Zürich, New York 2000, S. 87-124.
- KOSSERT, ANDREAS, Aus der Geschichte der jüdischen Gemeinde zu Johannesburg/ Ostpreußen, in: Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen, hg. v. MICHAEL BROCKE/ MARGRET HEITMANN/ HARALD LORDICK (Netiva 2), Hildesheim, Zürich, New York 2000, S. 67-87.
- KOSSERT, ANDREAS, Masuren. Ostpreußens vergessener Süden, Berlin 2001.
- KOSSERT, ANDREAS, Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870-1956 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien, Bd. 12), Wiesbaden 2001.
- KOSSERT, ANDREAS, „Grenzlandpolitik“ und Ostforschung an der Peripherie des Reiches. Das ostpreußische Masuren 1919-1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 51/2003, S. 117-147.
- KOSSERT, ANDREAS, Ostpreußen. Geschichte und Mythos, Berlin 2005.
- KOSTHORST, ERICH/ WALTER, BERND, Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich. Beispiel Emsland. Zusatzteil: Kriegsgefangenenlager. Dokumentation und Analyse zum Verhältnis von NS-Regime und Justiz. Mit historisch-kritischen Einführungstexten sowie statistisch-quantitativen Erhebungen und Auswertungen zum Strafvollzug in Arbeitslagern. Band 1, Düsseldorf 1983.
- KOSYK, WOŁODYMYR, The Third Reich and Ukraine, New York, San Francisco, Bern, Baltimore, Frankfurt/ Main, Berlin, Wien, Paris 1993.

- KOVAL, M. I., The Nazi Genocide of the Jews and the Ukrainian Population, 1941-1944, in: *Bitter Legacy. Confronting the Holocaust in the USSR*, hg. v. ZVI GITELMAN, Bloomington 1997, S. 51-60.
- KOWNATZKI, HERMANN, Weber-Krohse, Otto, in: *Altpreußische Biographie. Herausgegeben im Auftrag der historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung von CHRISTIAN KOLLMANN +, fortgesetzt von KURT FORSTREUTER und FRITZ GAUSE. Band II Malitz-Z*, Marburg/ Lahn 1967, S. 778.
- KOZIELLO-POKLEWSKI, BOHDAN, *Zagraniczni robotnicy przymusowi w Prusach Wschodnich w latach II wojny światowej*, Warszawa 1977.
- KOZIELLO-POKLEWSKI, BOHDAN, Aus den Forschungen über die territoriale Struktur der NSDAP in Ostpreußen in den Jahren 1921-1933, in: *Polnische Weststudien Bd. IV, Heft 2* 1985, S. 275-286.
- KOZIELLO-POKLEWSKI, BOHDAN, *Narodowosocjalistyczna Niemiecka Partia Robotnicza w Prusach Wschodnich 1921-1931 (Rozprawy i materiały Ośrodka Badań Naukowych im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie 55)*, Olsztyn 1995.
- KRAKOWSKI, SHMUEL, *The War of the Doomed. Jewish Armed Resistance in Poland, 1942-1944*, New York, London 1984.
- KRAKOWSKI, SHMUEL, Massacre of Jewish Prisoners on the Samland Peninsula – Documents, in: *Yad Vashem Studies* 24/1994, S. 349-387.
- KRAUSNICK, HELMUT, Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten (Mai 1940), in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 5/1957, S. 194-198.
- KRAUSNICK, HELMUT/ WILHELM, HANS-HEINRICH, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942*, Stuttgart 1981.
- KREBS, ALBERT, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg. Zwischen Staatsraison und Hochverrat, Hamburg 1964.
- KREKELER, NORBERT, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919-1933, Stuttgart 1973.
- Kriegserlebnis und Legendenbildung. Das Bild des „modernen“ Kriegs in Literatur, Theater, Photographie und Film. Band I. Vor dem Ersten Weltkrieg. Der Erste Weltkrieg, hg. v. THOMAS F. SCHNEIDER (Krieg und Literatur. Internationales Jahrbuch zur Kriegs- und Antikriegsliteraturforschung, 3/4/1997/98), Osnabrück 1999.
- Das Kriegstagebuch des Diplomaten Otto Bräutigam. Eingeleitet und kommentiert von H. D. HEILMANN, in: *Biedermann und Schreibtischtäter. Materialien zur deutschen Täter-Biographie (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 4)*, Berlin 1987, S. 123-187.
- Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940-1945. Geführt von HELMUT GREINER und PERCY ERNST SCHRAMM, 4 Bände, Frankfurt/ Main 1961-63.
- Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert. Mit einem Kommentar zum Kriegsvölkerrecht von Prof. Dr. Armin Steinkamm, hg. von FRANZ W. SEIDLER/ ALFRED M. DE ZAYAS, Hamburg 2002.
- KRIER, ÉMILE, Gustav Simon 1900-1945, in: *Rheinische Lebensbilder Band 16*, Köln 1997, S. 255-285.
- Das Krisenjahr 1923. Militär und Innenpolitik 1922-1924 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Zweite Reihe: Militär und Politik, im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien und des Militärgeschichtlichen Forschungsamts hg. v. ERICH MATTHIAS und HANS MEIER-WELCKER, Band 4), Düsseldorf 1980.
- KRÜGER, GABRIELE, *Die Brigade Ehrhardt*, Hamburg 1971.

- KRÜGER, GERD, „Wir wachen und strafen!“ – Gewalt im Ruhrkampf von 1923, in: *Der Schatten des Weltkrieges: Die Ruhrbesetzung 1923*, hg. v. GERD KRUMEICH/ JOACHIM SCHRÖDER, Essen 2004, S. 233-255.
- KRUMEICH, GERD, Der „Ruhrkampf“ als Krieg: Überlegungen zu einem verdrängten deutsch-französischen Konflikt, in: *Der Schatten des Weltkrieges: Die Ruhrbesetzung 1923*, hg. v. GERD KRUMEICH/ JOACHIM SCHRÖDER, Essen 2004, S. 9-24.
- KRUSE, H., Das Wirtschaftsgebiet Ostpreußen und der Bezirk Bialystok, in: *Deutsche Wirtschaftszeitung* 40/1943, S. 102f.
- KUBE, ALFRED, *Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich*, 2. Auflage, München 1987.
- KUBE, ALFRED, Hermann Göring – Zweiter Mann im „Dritten Reich“, in: *Die braune Elite I. 22 biographische Skizzen*, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, 4. aktualisierte Auflage, Darmstadt 1999, S. 69-83.
- KÜHNE, THOMAS, „... aus diesem Krieg werden nicht nur harte Männer heimkehren“. Kriegskameradschaft und Männlichkeit im 20. Jahrhundert, in: *Männergeschichte – Geschlechtergeschichte. Männlichkeit im Wandel der Moderne*, hg. v. DEMS., Frankfurt/ Main, New York 1996, S. 174-192.
- KÜHNE, THOMAS, *Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006.
- KÜHNEL, FRANZ, Hans Schemm. Gauleiter und Kultusminister (1891-1935), Nürnberg 1985.
- KÜHNER, OTTO-HEINRICH, *Wahn und Untergang. 1939-1945*, Stuttgart 1956.
- KÜHNL, REINHARD, *Die nationalsozialistische Linke 1925-1930*, Meisenheim am Glan 1966.
- KÜHNL, REINHARD, Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken. Das Strasser-Programm von 1925-26, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 14/1966, S. 317-333.
- KUESSNER, THEODOR, Erinnerungen an den Kirchenkampf, in: *Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933-1945: Allein das Wort hat's getan*, hg. v. MANFRED KOSCHORKE, Göttingen 1976, S. 407-450.
- KULLER, CHRISTIANE/ DRECOLL, AXEL, Inszenierter Volkszorn, ausgebliebene Empörung und der Sturz Julius Streichers. Reaktionen auf die wirtschaftliche Ausplünderung der deutschen Juden, in: *Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR*, hg. v. MARTIN SABROW, Göttingen 2004, S. 77-101.
- KUNZ, ANDREAS, *Wehrmacht und Niederlage. Die bewaffnete Macht in der Endphase der nationalsozialistischen Herrschaft 1944 bis 1945*, München 2005.
- KUNZ, NORBERT, *Die Krim unter deutscher Herrschaft (1941-1944). Germanisierungsutopie und Besatzungsrealität*, Darmstadt 2005.
- KUß, HEINZ, Wirtschaftsaufbau in der Ukraine, in: *Deutsche Post aus dem Osten* XIV/1942, Nr. 12, S. 8-11.
- LACHAUER, ULLA, *Die Brücke von Tilsit*, Reinbek 1994.
- Lagebesprechungen im Führerhauptquartier. Protokollfragmente aus Hitlers militärischen Konferenzen 1942-1945, hg. v. HELMUT HEIBER, München 1964.
- Landbewirtschaftungs-Gesellschaft Ukraine, in: *Neues Bauerntum* 34/1942, S. 197.
- Landesbischof D. Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940-1945. Eine Dokumentation, hg. v. GERHARD SCHÄFER/ RICHARD FISCHER, Stuttgart 1968.
- LANG, JOCHEN VON, Der Sekretär. Martin Bormann: Der Mann, der Hitler beherrschte. Unter Mitarbeit von Claus Sibyll, Stuttgart 1977.
- LANG, JOCHEN VON, Martin Bormann – Hitlers Sekretär, in: *Die braune Elite I. 22 biographische Skizzen*, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, 4. aktualisierte Auflage, Darmstadt 1999, S. 1-14.
- LAPP, BENJAMIN, Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Sachsen, in: *Dresden unterm Hakenkreuz*, hg. v. REINER POMMERIN, Köln 1998, S. 1-24.

- LASCH, OTTO, So fiel Königsberg. Kampf und Untergang von Ostpreußens Hauptstadt, Stuttgart 1976.
- LASKOVSKY, NIKOLAS, Practicing Law in the occupied Ukraine, in: American Slavic and East European Review 2/1952, S. 123-137.
- LASS, EDGAR GÜNTHER, Die Flucht. Ostpreußen 1944/45, Bad Nauheim 1964.
- LAWRYNOWICZ, KASIMIR, Albertina. Zur Geschichte der Albertus-Universität zu Königsberg in Preußen, hg. v. DIETRICH RAUSCHNING, Berlin 1999.
- LEBZELTER, GISELA, „Die Schwarze Schmach“. Vorurteile – Propaganda – Mythos, in: Geschichte und Gesellschaft 11/1985, S. 37-58.
- LEGOFF, JACQUES, Wie schreibt man eine Biographie?, in: BRAUDEL, FERNAND/ FEBVRE, LUCIEN/ MOMIGLIANO, ARNOLDO/ ZEMON DAVIS, NATALIE/ GINZBURG, CARLO/ LEGOFF, JACQUES/ KOSELLECK, REINHART, Der Historiker als Menschenfresser. Über den Beruf des Geschichtsschreibers, Berlin, 1990, S. 103-112.
- LEGOFF, JACQUES, Ludwig der Heilige, Stuttgart 2000.
- LEHMANN, JOACHIM, Herbert Backe – Technokrat und Agrarideologe, in: Die braune Elite 2. 21 weitere biographische Skizzen, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, 2. aktualisierte Auflage, Darmstadt 1999, S. 1-12.
- LENKITSCH, WILHELM, Die Vorgeschichte des Kirchenkampfes in Ostpreußen, in: Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933-1945: Allein das Wort hat's getan, hg. v. MANFRED KOSCHORKE, Göttingen 1976, S. 22-56.
- LEVINE, HERBERT S., Hitler's Free City. A History of the Nazi Party in Danzig, 1925-39, Chicago, London 1973.
- LINCK, HUGO, Königsberg 1945-1948, Leer 1952.
- LINCK, HUGO, Der Kirchenkampf in Ostpreußen 1933 bis 1945. Geschichte und Dokumentation, München 1968.
- LINCK, STEPHAN, „Festung Nord“ und „Alpenfestung“. Das Ende des NS-Sicherheitsapparates, in: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. ‚Heimatfront‘ und besetztes Europa, hg. v. GERHARD PAUL/ KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Darmstadt 2000, S. 569-595.
- LINGE, HEINZ, Bis zum Untergang. Als Chef des Persönlichen Dienstes bei Hitler, hg. v. WERNER MASER, 2. durchgesehene Auflage, München, Berlin 1980.
- LIULEVICIUS, VEJAS G., Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonialisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg, Hamburg 2002.
- LOCHMÜLLER, BERND, Hans Schemm. Erster Band 1891-1919, Bayreuth 1935.
- LOCHMÜLLER, BERND, Hans Schemm. Zweiter Band 1920-1935, München 1940.
- LÖBSACK, WILHELM, Albert Forster. Gauleiter und Reichsstatthalter im Reichsgau Danzig-Westpreußen, Danzig 1940.
- LÖFFLER, JÜRGEN, Walther von Brauchitsch (1881-1948). Eine politische Biographie, Frankfurt/ Main 2001.
- LOEW, PETER OLIVER, Danzig und seine Vergangenheit 1793-1997. Die Geschichtskultur einer Stadt zwischen Deutschland und Polen (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 9), Osnabrück 2003.
- LOHMEYER, HANS, Rückblick auf meine Amtszeit, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/ Pr. 7/1957, S. 250-265.
- LONGERICH, PETER, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989.
- LONGERICH, PETER, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Partei-Kanzlei Bormann, München, London, New York, Paris 1992.
- LONGERICH, PETER, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1998.
- LOTFI, GABRIELE, SS-Sonderlager im nationalsozialistischen Terrorsystem: Die Entstehung von Hinzert, Stutthof und Soldau, in: Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue

- Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik, hg. v. NORBERT FREI/ SYBILLE STEIN-ACHER/ BERND C. WAGNER, München 2000, S. 209-229.
- LOW, ALFRED D., *The Men around Hitler. The Nazi Elite and Its Collaborators*, Boulder, New York 1996.
- LOWER, WENDY, „Anticipatory Obedience“ and the Nazi Implementation of the Holocaust in the Ukraine: A Case Study of Central and Peripheral Forces in the Generalbezirk Zhytomyr, 1941-1944, in: *Holocaust and Genocide Studies* 16/2002, S. 1-22.
- LOWER, WENDY, *A New Ordering of Space and Time: Nazi Colonial Dreams in Zhytomyr, Ukraine, 1941-1944*, in: *German Studies Review* 25/2002, S. 227-254.
- LOWER, WENDY, *Nazi Empire-Building and the Holocaust in Ukraine*, Chapel Hill 2005.
- LUCAS-BUSEMANN, ERHARD, *So fielen Königsberg und Breslau. Nachdenken über eine Katastrophe ein halbes Jahrhundert danach*, Berlin 1994.
- LÜKEMANN, ULF, *Der Reichsschatzmeister der NSDAP. Ein Beitrag zur inneren Partei-struktur*, Berlin 1963.
- LUMANS, VALDIS O., Werner Lorenz – Chef der „Volksdeutschen Mittelstelle“, in: *Die SS: Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe*, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING, Paderborn 2000, S. 332-345.
- LUSCHNAT, GERHILD, *Die Lage der Deutschen in Königsberg 1945-1948*, Frankfurt/ Main 1996.
- LUTHER, RUDOLF, *Blau oder braun? Der Volksbund für das Deutschtum im Ausland – VDA – im NS-Staat 1933 – 1937*, Neumünster 1999.
- LUTHER, TAMMO, *Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933-1938. Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalismus und Nationalsozialismus*, Stuttgart 2004.
- LUTZHÖFT, HANS-JÜRGEN, *Der Nordische Gedanke in Deutschland 1920-1940*, Stuttgart 1971.
- LUCZAK, CZESLAW, *Die Ansiedlung der deutschen Bevölkerung im besetzten Polen (1939-1945)*, in: *Studia Historiae Oeconomicae* 13/1978, S. 193-205.
- LUCZAK, CZESLAW, *Arthur Greiser*, Poznań 1997.
- MACKSEY, KENNETH, Generaloberst Heinz Guderian, in: *Hitlers militärische Elite. Bd. 2. Von Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende*, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Darmstadt 1998, S. 80-87.
- MADAJCZYK, CZESLAW, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939-1945*, Köln 1988.
- MADAJCZYK, CZESLAW, *Quellen zur Okkupationspolitik des Dritten Reiches – Quellenlage und Erschließungsstand der Quellen*, in: *Europa unterm Hakenkreuz. Analysen Quellen Register. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr (Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945) Achtbändige Dokumentenedition Band 8 (zugleich Ergänzungsband 2). Herausgegeben vom Bundesarchiv)*, S. 413-468.
- MAGENHEIMER, HEINZ, *Verbrannte Erde*, in: *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert. Mit einem Kommentar zum Kriegsvölkerrecht von Prof. Dr. Armin Steinkamm*, hg. v. FRANZ W. SEIDLER/ ALFRED M. DE ZAYAS, Hamburg 2002, S. 114-117.
- MAI, UWE, *„Rasse und Raum“. Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat*, Paderborn, München, Wien, Zürich 2002.
- MAJER, DIEMUT, *Der Kampf um die Einführung des Preußischen Polizeiverwaltungs-gesetzes in den „eingegliederten Ostgebieten“. Ein Beitrag zum Prozeß der politischen Willensbildung im totalitären Staat*, in: *Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte* 1/1978, S. 49-72.
- MAJER, DIEMUT, *„Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialisti-schen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer*

- Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard am Rhein 1981.
- MAJER, DIEMUT, Führerunmittelbare Sondergewalten in den besetzten Ostgebieten. Entstehung und Wirksamkeit, in: Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System, hg. v. DIETER REBENTISCH/ KARL TEPPE, Göttingen 1986, S. 374-395.
- MAKSUDOV, SERGEJ, The Jewish Population Losses of the USSR from the Holocaust. A Demographic Approach, in: The Holocaust in the Sovjet Union. Studies and Sources on the Destruction of the Jews in the Nazi-Occupied Territories of the USSR, 1941-1945, hg. v. LUCJAN DOBROSZYCKI/ JEFFREY S. GUROK, Armonk (NY), London 1993, S. 207-213.
- MALINOWSKI, STEPHAN, Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat (Elitenwandel in der Moderne 4), Berlin 2003.
- MALLMANN, KLAUS-MICHAEL, „Aufgeräumt und abgebrannt“. Sicherheitspolizei und „Bandenkampf“ in der besetzten Sowjetunion, in: Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa, hg. v. GERHARD PAUL/ KLAUS-MICHAEL MALLMANN, Darmstadt 2000, S. 503-520.
- MAMMACH, KLAUS, Der Volkssturm. Das letzte Aufgebot 1944/45, Köln 1981.
- MANTHEY, JÜRGEN, Königsberg. Geschichte einer Weltbürgerrepublik, München, Wien 2005.
- Die Marienburger Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft / 19.-21. Mai 1937, in: Raumforschung und Raumordnung 1/1936/37, S. 372-375.
- MARTENS, STEFAN, Hermann Göring. „Erster Paladin des Führers“ und „Zweiter Mann im Reich“, Paderborn 1985.
- MARTIN, BERND, Masuren. Mythos und Geschichte (Herrenalber Forum 22), Karlsruhe 1998.
- MARTIN, BERND, Professoren und Bekennende Kirche. Zur Formierung Freiburger Widerstandskreise über den evangelischen Kirchenkampf, in: Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand, hg. v. NILS GOLDSCHMIDT, Tübingen 2005, S. 27-55.
- MASCHKE, ERICH, Die Geschichte des Reichsehrenmals Tannenberg, in: Tannenberg. Deutsches Schicksal – Deutsche Aufgabe. Herausgegeben vom Kuratorium für das Reichsehrenmal Tannenberg, Oldenburg i. O., Berlin, o.J., S. 197-224.
- MASER, WERNER, Hermann Göring. Hitlers janusköpfiger Paladin. Die politische Biographie, Berlin 2000.
- MATULL, WILHELM/ SOMMERFELD, MAX, Der Anteil der ostpreußischen Arbeiterbewegung am Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/ Pr. 17/1967, S. 164-178.
- MATULL, WILHELM, Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick, Würzburg 1970.
- MATULL, WILHELM, Ostdeutschlands Arbeiterbewegung. Abriß ihrer Geschichte, Leistung und Opfer, Würzburg 1973.
- MATULL, WILHELM, Damals in Königsberg. Ein Buch der Erinnerung an Ostpreußens Hauptstadt 1919-1939, München, o.J.
- MATZERATH, HORST, Oberbürgermeister im Dritten Reich, in: Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, hg. v. GERHARD HIRSCHFELD/ LOTHAR KETTENACKER, Stuttgart 1981, S. 228-254.
- MCCANNON, JOHN, Generalfeldmarschall Georg von Kuchler, in: Hitlers militärische Elite. Bd. 1. Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Darmstadt 1998, S. 138-145.
- MCGOVERN, JAMES, Martin Bormann, New York 1968.

- MCKALE, DONALD M., *The Nazi Party Courts. Hitler's Management of Conflict in His Movement, 1921-1945*, Lawrence, Manhattan, Wichita 1974.
- MEDING, HOLGER M., *Flucht vor Nürnberg? Deutsche und österreichische Einwanderung in Argentinien 1945-1955*, Köln, Weimar, Wien 1992.
- MEIER, KURT, *Der evangelische Kirchenkampf. Zweiter Band: Gescheiterte Neuordnungsversuche im Zeichen staatlicher „Rechtshilfe“*, Halle/ Saale 1976.
- MEIER, KURT, *Der evangelische Kirchenkampf. Dritter Band: Im Zeichen des zweiten Weltkrieges*, Halle/ Saale 1976.
- MEINCK, GERHARD, *Hitler und die deutsche Aufrüstung 1933-1937*, Wiesbaden 1959.
- MEINDL, RALF, Erich Koch. Ein nationalsozialistischer Unterführer, Magisterarbeit, Freiburg 1998.
- MEINDL, RALF, Die Politik des ostpreußischen Gauleiters Erich Koch in den annektierten polnischen Gebieten als Ausdruck nationalsozialistischer Zielvorstellungen, in: *Niemcy i Polska w trudnych latach 1933-1990. Deutschland und Polen in schweren Zeiten 1933-1990*, hg. v. BERND MARTIN/ ARKADIUSZ STEMPIN, Poznań 2004, S. 87-115.
- MEINL, SUSANNE/ KRÜGER, DIETER, Der politische Weg von Friedrich Wilhelm Heinz. Vom Freikorpskämpfer zum Leiter des Nachrichtendienstes im Bundeskanzleramt, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 42/1994, S. 39-69.
- MEINZER, LOTHAR, Der Gauleiter – ein Volksfreund? Josef Bürckel (1895-1944), in: „Deutsche, laßt des Weines Strom sich ins ganze Reich ergießen!“ Die Pfälzer und ihre Weinstraße – ein Beitrag zur alternativen Landeskunde, hg. v. GÜNTHER LIST, Heidelberg 1985, S. 80-105.
- MERGEL, THOMAS, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag*, Düsseldorf 2002.
- MERKL, PETER H., Formen nationalsozialistischer Gewaltanwendung: Die SA der Jahre 1925-1933, in: *Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert*, hg. v. WOLFGANG J. MOMMSEN/ GERHARD HIRSCHFELD, Stuttgart 1982, S. 422-440.
- MERRIDALE, CATHERINE, *Iwans Krieg. Die Rote Armee 1939 bis 1945*, 2. Auflage, Frankfurt/ Main 2006.
- MESSERSCHMIDT, MANFRED, Die Wehrmacht in der Endphase. Realität und Perzeption, in: *Die Zukunft des Reiches. Gegner, Verbündete und Neutrale (1943-1945)*, hg. v. DEMS., EKKEHART GUTH, Herford, Bonn 1990, S. 195-222.
- MEYER ZU UPTRUP, WOLFRAM, *Kampf gegen die „jüdische Weltverschwörung“. Propaganda und Antisemitismus der Nationalsozialisten 1919 bis 1945*, Berlin 2003.
- Militär und Militarismus in der Weimarer Republik. Beiträge eines internationalen Symposiums an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg am 5. und 6. Mai 1977, hg. v. KLAUS-JÜRGEN MÜLLER, ECKHARDT OPITZ, Düsseldorf 1978.
- Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING, Berlin, Frankfurt/ Main 1995.
- MÖLLER, HORST, Die preußischen Oberpräsidenten 1918/19-1933, in: *Die preußischen Oberpräsidenten 1815-1945*, hg. v. KLAUS SCHWABE, Boppard am Rhein 1981, S. 183-217.
- MOLAU, ANDREAS, Alfred Rosenberg. Der Ideologe des Nationalsozialismus. Eine politische Biographie, Koblenz 1993.
- MOLL, MARTIN, Der Sturz alter Kämpfer. Ein neuer Zugang zur Herrschaftsanalyse des NS-Regimes, in: *Historische Mitteilungen* 5/1992, S. 1-52.
- MOLL, MARTIN, Steuerungsinstrument im „Ämterchaos“? Die Tagungen der Reichs- und Gauleiter der NSDAP, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 49/2001, S. 215-273.
- MOMMSEN, HANS, *Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik*, Stuttgart 1966.

- MOMMSEN, HANS: Stellung, Aufgaben und Befugnisse der in den Ostgebieten eingesetzten Gebietskommissare im Zweiten Weltkrieg, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Band II, Stuttgart 1966, S. 310f.
- MOMMSEN, HANS, Rechtsstellung des Reichskommissariats Ukraine, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Band II, Stuttgart 1966, S. 328-332.
- MOMMSEN, HANS, Ukrainische Untergrundbewegung OUN, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Band II, Stuttgart 1966, S. 335f.
- MOMMSEN, HANS, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und die preußische Tradition, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 32/1984, S. 213-239.
- MOMMSEN, HANS, Preußentum und Nationalsozialismus, in: Der Nationalsozialismus. Studien zu Ideologie und Herrschaft, hg. v. WOLFGANG BENZ/ HANS BUCHHEIM/ HANS MOMMSEN, Frankfurt/ Main 1993, S. 29-41.
- MONSTAVIČIUS, DIONIZAS, Der Memelländische Prozeß, Heidelberg 1948.
- MOREAU, PATRICK, Nationalsozialismus von links, Stuttgart 1985.
- MORITZ, GÜNTHER, Gerichtsbarkeit in den von Deutschland besetzten Gebieten 1939-1945 (Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg, Nr. 7), Tübingen 1955.
- MOSES, JOHN A., Die Wirkung der Dolchstoßlegende im deutschen Geschichtsbewusstsein, in: Ansichten vom Krieg. Vergleichende Studien zum Ersten Weltkrieg in Literatur und Gesellschaft, hg. v. BERND HÜPPAUF, Königstein/ Taunus 1984, S. 240-256.
- MOSLEY, LEONARD, Göring. Eine Biographie. Mit einer Einführung von Wolfgang Jacobmeyer, München 1975.
- MOSSE, GEORGE L., Ein Volk, ein Reich, ein Führer. Die völkischen Ursprünge des Nationalsozialismus, Königstein/ Ts. 1979.
- MOSSE, GEORGE L., Der Erste Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik. Betrachtungen über die politische Rechte, den Rassismus und den deutschen Sonderweg, in: Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher, hg. v. MANFRED FUNKE/ HANS-ADOLF JACOBSEN/ HANS-HELMUTH KNÜTTER/ HANS-PETER SCHWARZ, Düsseldorf 1987, S. 127-139.
- MOSSE, GEORGE L., Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben, Stuttgart 1993.
- MÜHLBERGER, DETLEF, The Social Bases of Nazism, 1919-1933, Cambridge 2003.
- MÜHL-BENNINGHAUS, SIGRUN, Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Zu Entstehung, Inhalt und Durchführung der einschlägigen Beamtengesetze, Düsseldorf 1996.
- MÜLLER, BARBARA, Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen (Studien zur Gewaltfreiheit Band 1), Münster 1995.
- MÜLLER, ROLF-DIETER, Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt/ Main 1991.
- MÜLLER, ROLF-DIETER/ UEBERSCHÄR, GERD R., Kriegsende 1945. Die Zerstörung des Deutschen Reiches, Frankfurt/ Main 1994.
- MÜLLER, ROLF DIETER, Albert Speer und die Rüstungspolitik im totalen Krieg, in: KROENER, BERNHARD R./ MÜLLER, ROLF-DIETER/ UMBREIT, HANS, Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Zweiter Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942-1944/45 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Band 5. Zweiter Halbband, hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt), Stuttgart 1999, S. 273-773.
- MÜLLER, WINFRIED, Gauleiter als Minister. Die Gauleiter Hans Schemm, Adolf Wagner, Paul Giesler und das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus 1933-1945, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 60/1997, S. 973-1021.

- MÜNK, DIETER, Die Organisation des Raumes im Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung über den Zusammenhang der nationalsozialistischen Ideologie mit den vorherrschenden Leitbildern in Architektur, Städtebau und Raumplanung des Dritten Reiches, Bonn 1993.
- MÜNZINGER, ADOLF, Die württembergische Wirtschaft – Vorbild für den Osten?, in: Raumforschung und Raumordnung 17/1943, S. 152-160.
- MULLIGAN, TIMOTHY PATRICK, The Politics of Illusion and Empire. German Occupation Policy in the Sovjet Union, 1942-1943, New York, Westport/ CT, London 1988.
- MUNDT, HEINRICH, Eine Grundstückskartei für die eingegliederten Ostgebiete, in: Neues Bauerntum 34/1942, S. 104-109.
- MURAWSKI, KLAUS-EBERHARD, Die Zeit des Nationalsozialismus im Spiegel von ostpreußischen Heimatchroniken und Ortsgeschichten nach 1945, in: Preußenland. Mitteilungen der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landeskunde 31/1993, S. 51-58.
- MURAWSKI, KLAUS-EBERHARD, Judentum im Spiegel von ostpreußischem Heimatschrifttum aus der Zeit nach 1945, in: Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen, hg. v. MICHAEL BROCKE/ MARGRET HEITMANN/ HARALD LORDICK (Netiva 2), Hildesheim, Zürich, New York 2000, S. 579-596.
- MURAWSKI, KLAUS-EBERHARD, Koch, Erich Richard, Gauleiter der NSDAP und Oberpräsident, in: Altpreußische Biographie. Herausgegeben im Auftrag der historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung von KLAUS BÜRGER, Husum, Band V 1. Lieferung, Marburg/ Lahn 2000, S. 1619f.
- MUSKALLA, DIETER, NS-Politik an der Saar unter Josef Bürckel. Gleichschaltung – Neuordnung – Verwaltung, Saarbrücken 1995.
- MYLLYNIEMI, SEPO, Die Neuordnung der baltischen Länder 1941-1944. Zum nationalsozialistischen Inhalt der deutschen Besatzungspolitik, Helsinki 1973.
- NAASNER, WALTER, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942-1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition / Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard am Rhein 1994.
- Nacht über Europa. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945). Achtbändige Dokumentenedition. Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939-1945). Dokumentenauswahl und Einleitung von Werner Röhr. Unter Mitarbeit von Elke Heckert, Bernd Gottberg, Jutta Wenzel und Heide-Marie Grünthal, Köln 1989.
- Nacionalizm a tożsamość narodowa w Europie Środkowo-Wschodniej w XIX i XX w., Nationalismus und nationale Identität in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. BERNARD LINEK/ KAI STRUVE (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 12), Marburg 2000.
- NAGEL, IRMELA, Fememord und Fememordprozesse in der Weimarer Republik, Köln, Wien 1991.
- NAIMARK, NORMAN, Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1997.
- Nationalsozialismus in der Region, hg. v. HORST MÖLLER/ ANDREAS WIRSCHING/ WALTER ZIEGLER, Oldenburg 1996.
- Der Nationalsozialismus. Studien zu Ideologie und Herrschaft, hg. v. WOLFGANG BENZ/ HANS BUCHHEIM/ HANS MOMMSEN, Frankfurt/ Main 1993.
- Nationalsozialismus in Thüringen, hg. v. DETLEV HEIDEN/ GUNTER MAI, Weimar, Köln, Wien 1995.
- Das nationalsozialistische Gewissen in Danzig. Aus sechs Jahren Kampf für Hitler. Mit 64 Abbildungen. Nach Reden und Niederschriften des Gauleiters von Danzig Albert Forster. Bearbeitet und herausgegeben von WILHELM LÖBSACK, Danzig 1936.

- Das nationalsozialistische Ostpreußen, Königsberg 1934.
- NAWRATIL, HEINZ, Massenvergewaltigungen bei der Besetzung Ostdeutschlands durch die Rote Armee, in: *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert. Mit einem Kommentar zum Kriegsvölkerrecht* von Prof. Dr. Armin Steinkamm, hg. v. FRANZ W. SEIDLER/ ALFRED M. DE ZAYAS, Hamburg 2002, S. 121-123.
- NELHIEBEL, KURT, So war das mit Herrn Oberländer. Hintergründe einer denkwürdigen Affäre, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 49/2004, S. 1135-1141.
- NELIBA, GÜNTER, Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992.
- NĚMEC, PETR, Gauleiter Dr. Hugo Jury und sein Wirken im Protektorat Böhmen und Mähren, in: *Kontakte und Konflikte. Böhmen, Mähren und Österreich: Aspekte eines Jahrtausends gemeinsamer Geschichte. Referate des Symposiums „Verbindendes und Trennendes an der Grenze III“ vom 24. bis 27. Oktober 1992 in Zwettel*, hg. v. THOMAS WINKELBAUER, Waidshofen an der Thaya 1993, S. 469-478.
- NESTLER, LUDWIG, Zum Aufbau und zur Tätigkeit der faschistischen Sondergerichte in den zeitweilig okkupierten Gebieten Polens, in: *Jahrbuch für Geschichte* 10/1974, S. 579-631.
- NEUBACH, HELMUT, Usadel, Georg, in: *Altpreußische Biographie. Herausgegeben im Auftrag der historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung* von ERNST BAHR, Marburg/ Lahn, GERD BRAUSCH, Freiburg i. Br., Band IV, Marburg/ Lahn 1995, S. 1165f.
- NEUBACH, HELMUT, Helmuth Brückner. Gauleiter von Schlesien 1925-1934, in: *Jahrbuch der schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau* 38/39/1997/98, S. 783-798.
- Das neue Ostpreußen. Rechenschaft über den Aufbau der Provinz, bearb. v. Hans-Bernhard v. Grünberg, Königsberg 1938.
- Neues Handwerk in der Ukraine, in: *Neues Bauerntum* 34/1942, S. 203f.
- NEVILLE, JOSEPH BERNARD, Count Ernst Reventlow. Revolutionary Conservatism and the Weimar Republic, Ann Arbor 1971.
- NICHOLAS, LYNN H., Der Raub der Europa. Das Schicksal europäischer Kunstwerke im Dritten Reich, München 1995.
- NIEDEN, SUSANNE ZUR/ REICHARDT, SVEN, Skandale als Instrument des Machtkampfes in der NS-Führung: Zur Funktionalisierung der Homosexualität von Ernst Röhm, in: *Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR*, hg. v. MARTIN SABROW, Göttingen 2004, S. 33-58.
- NIENDORF, MATHIAS, Provinz Ostpreußen, in: *Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. Minderheitenstatus und „Volkstumskampf“ im Grenzgebiet. Amtliche Berichterstattungen aus beiden Ländern 1920-1939. Bearbeitet von Mathias Niendorf und Przemysław Hauser, 1. Halbband*, hg. v. RUDOLF JAWORSKI/ MARIAN WOJCIECHOWSKI, München, New Providence, London, Paris 1997, S. 159-163.
- NIKŽENTAITIS, ALVYDAS, Germany and Memel Germans in the 1930s (on the Basis of Trials of Lithuanian Agents before the *Volksgesichtshof*, 1934-45), in: *The Historical Journal* 39/1996, S. 771-783.
- NIPPERDEY, THOMAS, Deutsche Geschichte 1866-1918. Erster Band. Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990.
- NITSCHKE, BERNADETTA, Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945-1949 (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 20), München 2003.
- NOAKES, JEREMY, The Nazi Party in Lower Saxony 1921-1933, Oxford 1971.
- NOAKES, JEREMY, The Oldenburg Crucifix Struggle of November 1936: A Case Study of Opposition in the Third Reich, in: *The Shaping of the Nazi State*, hg. v. PETER D. STACHURA, London 1978, S. 210-233.

- NOAKES, JEREMY, Oberbürgermeister und Gauleiter. City Government between Party and State, in: Der „Führerstaat“: Mythos und Realität: Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, hg. v. GERHARD HIRSCHFELD/ LOTHAR KETTENACKER, Stuttgart 1981, S. 194-227.
- NOAKES, JEREMY, „Viceroy of the Reich“? *Gauleiters* 1925-45, in: Working towards the Führer. Essays in honour of Sir Ian Kershaw, hg. v. ANTHONY MCELLIGOTT/ TIM KIRK, Manchester/ New York 2003, S. 118-152.
- NOBIS, ADALBERT JOSEF, Die Preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Allenstein 1905-1945 (Dissertationsschriftenreihe Ost- und Westpreußenstiftung in Bayern 3), München 1987.
- NOLZEN, ARMIN, Die Arbeitsbereiche der NSDAP im Generalgouvernement, in den Niederlanden und in der besetzten Sowjetunion, in: Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940-1945, hg. v. ROBERT BOHN, Stuttgart 1997, S. 247-275.
- NOLZEN, ARMIN, Parteigerichtbarkeit und Parteiausschlüsse in der NSDAP 1921-1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48/2000, S. 965-989.
- NOLZEN, ARMIN, Die NSDAP, der Krieg und die deutsche Gesellschaft, in: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Erster Halbband: Politisierung, Vernichtung, Überleben, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamts hg. v. JÖRG ECHTERNKAMP (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Band 9, Erster Halbband), München 2004, S. 99-194.
- NORDBLOM, PIA, Wider die These von der bewussten Fälschung. Bemerkungen zu den *Gesprächen mit Hitler*, in: Hermann Rauschnig. Materialien und Beiträge zu einer politischen Biographie, hg. v. JÜRGEN HENSEL/ PIA NORDBLOM, Nachdruck, Osnabrück 2003 (Warschau 2002), S. 151-174.
- NOSTIZ, OSWALT VON, Ein Preuße im Umbruch der Zeit. Hans Schwarz 1890-1967, Hamburg 1980.
- NS-Gewaltherrschaft. Beiträge zur historischen Forschung und juristischen Aufarbeitung, hg. v. ALFRED GOTTWALD/ NORBERT KAMPE/ PETER KLEIN, Berlin 2005.
- NS-Presseanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation. Bearbeitet von Gabriele Toepser-Ziegert, Claudia Bartels, Heike Fortmann-Petersen, Doris Kohlmann-Viand und Karen Peter (hg. v. HANS BOHRMANN/ GABRIELE TOEPSER-ZIEGERT, Institut für Zeitungsforschung der Stadt Dortmund), 7 Bände, München, New York, London, Paris 1984-2001.
- „Nur wir haben überlebt“. Holocaust in der Ukraine. Zeugnisse und Dokumente, hg. v. BORIS ZABARKO, Wittenberg 2004.
- NYOMARKAY, JOSEPH, Charisma and Factionalism in the Nazi Party, Minneapolis 1967.
- OBERLÄNDER, THEODOR, Memelgebiet frei! Ein geschichtlicher Rückblick, in: Pommersche Blätter 63/64/1938/39, S. 146-148.
- OBERLÄNDER, THEODOR, Der Osten und die Deutsche Wehrmacht. Sechs Denkschriften aus den Jahren 1941-43 gegen die NS-Kolonialthese, Asendorf 1987.
- ORLOW, DIETRICH, The History of the Nazi Party 1919-1933, Pittsburgh 1969.
- ORLOW, DIETRICH, The History of the Nazi-Party 1933-1945, Pittsburgh 1973.
- ORLOWSKI, SŁAWOMIR/ OSTROWICZ, RADOSŁAW, Erich Koch przed polskim sądem, Warszawa 1959.
- Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Darmstadt 2003.
- Ost- und südostdeutsche Heimatbücher und Ortsmonographien nach 1945. Eine Bibliographie zur historischen Landeskunde der Vertreibungsgebiete, Hg. v. der Stiftung Ost-deutscher Kulturrat, Bearbeitet von WOLFGANG KESSLER, München 1979.
- OVEN, WILFRED VAN, Finale Furioso. Mit Goebbels bis zum Ende, Tübingen 1974.
- OVERMANS, RÜDIGER, Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg, München 1998.

- PABST, KLAUS, *Der Ruhrkampf*, in: *Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau*, hg. v. WALTER FÖRST, Köln, Berlin 1972, S. 9-50.
- PADFIELD, PETER, *Himmler. Reichsführer-SS*, London 1990.
- PADFIELD, PETER, Hess. *Flight for the Führer*, London 1991.
- PAETEL, KARL O., *Nationalbolschewismus und nationalrevolutionäre Bewegungen in Deutschland. Geschichte, Ideen, Personen*, Schnellbach 1999.
- PÄTZOLD, KURT, Julius Streicher. „... he was a good person“, in: *Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen. Mit Beiträgen von Peter Black, Dietrich Eichholtz, Werner Fischer, Gerhart Hass, Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker*, hg. v. KURT PÄTZOLD/ MANFRED WEIßBECKER, Leipzig 1996, S. 264-296.
- PÄTZOLD, KURT, *Im Felde unbesiegt, den Dolchstoß im Rücken*, in: *Schlagwörter und Schlachtrufe. Band 1. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte*, hg. v. KURT PÄTZOLD/ MANFRED WEIßBECKER, Leipzig 2002, S. 102-110.
- PAJOUH, CHRISTINE, *Die Ostpolitik Alfred Rosenbergs 1941-1944*, in: *Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich. Band 1*, hg. v. MICHAEL GARLEFF, Köln, Weimar, Wien 2001, S. 167-195.
- PAPEN, FRANZ VON, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952.
- PATEL, KIRAN KLAUS, „Soldaten der Arbeit“. *Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933-1945*, Göttingen 2003.
- PATZWALL, KLAUS D., *Das Gauehrenzeichen der NSDAP Ostpreußen*, in: *Militaria. Fachorgan für Auszeichnungen, Uniformierung, Militär und Zeitgeschichte* 13/1990, S. 15-18.
- PAUCKER, ARNOLD, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, 2. verbesserte Auflage, Hamburg 1969.
- PAUL, GERHARD, *Die NSDAP des Saargebietes 1920-1935. Der verspätete Aufstieg der NSDAP in der katholisch-proletarischen Provinz*, Saarbrücken 1987.
- PAUL, GERHARD, Josef Bürckel – *Der rote Gauleiter*, in: *Die braune Elite 2. 21 weitere biographische Skizzen*, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING/ RAINER ZITELMANN, 2. aktualisierte Auflage, Darmstadt 1999, S. 51-65.
- PAUL, GERHARD, *Landunter. Schleswig-Holstein und das Hakenkreuz*, Münster 2001.
- PAUL, GERHARD/ MALLMANN, KLAUS-MICHAEL, *Sozialisation, Milieu und Gewalt. Fortschritte und Probleme der neueren Täterforschung*, in: *Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien*, hg. v. KLAUS-MICHAEL MALLMANN/ GERHARD PAUL, Darmstadt 2004, S. 1-32.
- PAULEY, BRUCE F., *Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklungen in Österreich*, Wien 1988.
- PAULY, FERDINAND, *Zur Kirchenpolitik des Gauleiters J. Bürckel im Saargebiet (März-August 1935)*, in: *Rheinische Vierteljahrsblätter* 35/1971, S. 414-453.
- PAVLENKO, IRINA, *Die Ukrainische Aufständischenarmee (UPA). Ein Abriß der Geschichte ihres Widerstandes*, in: *Militärgeschichtliche Zeitschrift* 61/2002, S. 73-90.
- PEDERSEN, ULF, *Bernhard Rust: ein nationalsozialistischer Bildungspolitiker vor dem Hintergrund seiner Zeit*, Braunschweig, Gifhorn 1994.
- PENTER, TANJA, *Arbeiten für den Feind in der Heimat – der Arbeitseinsatz in der besetzten Ukraine 1941-1944*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 2004, S. 65-94.
- Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648-1945*, Herausgegeben im Auftrag der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft e.V. v. KURT G. A. JESERICH/ HELMUT NEUHAUS, Stuttgart, Berlin, Köln 1991.
- PETER, ROLAND, *General der Infanterie Georg Thomas*, in: *Hitlers militärische Elite. Bd. 1. Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn*, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Darmstadt 1998, S. 248-257.

- PETROPOULOS, JONATHAN, *Kunstraub und Sammelwahn. Kunst und Politik im Dritten Reich*, Berlin 1999.
- PICKER, HENRY, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier*, München 2003.
- PINKUS, BENJAMIN/ FLEISCHHAUER, INGEBORG, *Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert* (Bearbeitet und herausgegeben von KARL-HEINZ RUFFMANN), Baden-Baden 1987.
- PIOTROWSKI, TADEUSZ, *Poland's Holocaust. Ethnic Strife, Collaboration with Occupying Forces and Genocide in the Second Republic, 1918-1947*, Jefferson, London 1998.
- PIPER, ERNST, *Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe*, München 2005.
- PLEČKAITIS, VYTAUTAS, *Die Memellandfrage Gestern und Heute*, in: *Jahrestagung 1989/1990 Suvažiavimo Darbai*, hg. v. Litauischen Kulturinstitut, Lampertheim 1991, S. 81-94.
- PLETZING, CHRISTIAN, *Vom Völkerfrühling zum nationalen Konflikt. Deutscher und polnischer Nationalismus in Ost- und Westpreußen 1830-1871* (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien, Bd. 13), Wiesbaden 2003.
- PLIEG, ERNST-ALBRECHT, *Das Memelland 1920-1939. Deutsche Autonomiebestrebungen im litauischen Gesamtstaat*, Würzburg 1962.
- PLUM, GÜNTHER, *Dokumentation: Staatspolizei und innere Verwaltung 1934-1936*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 13/1965, S. 191-224.
- PLUM, GÜNTHER, *Bibliographie der Gauleiter. Als maschinenschriftliches Manuskript im Institut für Zeitgeschichte*, München 1970.
- PÖGGELER, FRANZ, *Der Lehrer Julius Streicher. Zur Personalgeschichte des Nationalsozialismus*, Frankfurt/ Main, Bern, New York, Paris 1991.
- PÖLLMANN, GUIDO, *Rote Armee in Nemmersdorf am 22.10.1944*, in: *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert. Mit einem Kommentar zum Kriegsvölkerrecht von Prof. Dr. Armin Steinkamm*, hg. v. FRANZ W. SEIDLER/ ALFRED M. DE ZAYAS, Hamburg 2002, S. 214f.
- POHL, DIETER, *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*, München 1996.
- POHL, DIETER, *Die Einsatzgruppe C*, in: *Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD*, hg. v. PETER KLEIN, Berlin 1997, S. 71-87.
- POHL, DIETER, *Schlachtfeld zweier totalitärer Diktaturen – die Ukraine im Zweiten Weltkrieg*, in: *Österreichische Osthefte* 42/2000, S. 339-362.
- POHL, DIETER, *Schauplatz Ukraine: Der Massenmord an den Juden im Militärverwaltungsgebiet und im Reichskommissariat 1941-1943*, in: *Ausbeutung, Vernichtung, Öffentlichkeit. Neue Studien zur nationalsozialistischen Lagerpolitik*, hg. v. NORBERT FREI/ SYBILLE STEINACHER/ BERND C. WAGNER, München 2000, S. 135-173.
- POHL, DIETER, *Ukrainische Hilfskräfte beim Mord an den Juden*, in: *Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?*, hg. v. GERHARD PAUL, Göttingen 2002, S. 205-234.
- POHL, OTTO J., *Ethnic Cleansing in the USSR, 1937-1949*, Westport, London 1999.
- POLIAKOV, LEON/ WULF, JOSEPH, *Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufsätze*, Berlin 1955.
- Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40. Nach der photographischen Wiedergabe der Handschrift aus den Nürnberger Akten herausgegeben und erläutert von Dr. HANS-GÜNTHER SERAPHIM*, Göttingen, Berlin, Frankfurt 1956.
- Portrait eines Menschheitsverbrechers nach den hinterlassenen Memoiren des ehemaligen Reichsministers Alfred Rosenberg*, hg. v. SERGE LANG/ ERNST VON SCHENCK, St. Gallen 1947.

- POSCHMANN, BRIGITTE, Maximilian Kaller (1880-1947), in: *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Band 7. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, hg. v. JÜRGEN ARETZ/ RUDOLF MORSEY/ ANTON RAUSCHER, Mainz 1994, S. 49-62.
- POSER, VICTOR VON/ MEYHÖFER, MAX, *Der Kreis Ortelsburg. Ein ostpreußisches Heimatbuch* (Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis 4, Veröffentlichung des Göttinger Arbeitskreises 172), Würzburg 1957.
- POTICHNYJ, PETER J., *The Ukrainian Insurgent Army (UPA) and the German Authorities*, in: *German-Ukrainian Relations in Historical Perspective*, hg. v. HANS-JOACHIM TORKE/ JOHN-PAUL HIMKA, Edmonton, Toronto 1994, S. 163-177.
- PREUßEN, LOUIS FERDINAND PRINZ VON, *Als Kaiserenkel durch die Welt*, Berlin 1952.
- Das Preußenland als Forschungsaufgabe. Eine europäische Region in ihren geschichtlichen Bezügen. Festschrift für Udo Arnold zum 60. Geburtstag gewidmet von den Mitgliedern der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, hg. v. BERNHART JÄHNIG/ GEORG MICHELS (Einzelschriften der Historischen Kommission für Ost- und Westpreußische Landesforschung 20), Lüneburg 2000.
- Die preußischen Oberpräsidenten 1815-1945, hg. v. KLAUS SCHWABE, Boppard am Rhein 1981.
- PRIAMUS, HEINZ-JÜRGEN, Adolf Meyer – Selbstinszenierung eines Gauleiters, in: DERS./ GOCH, STEFAN, *Macht der Propaganda oder Propaganda der Macht? Inszenierung nationalsozialistischer Politik im „Dritten Reich“ am Beispiel der Stadt Gelsenkirchen*, Essen 1992, S. 48-67.
- PRIAMUS, HEINZ-JÜRGEN, Regionale Aspekte in der Politik des nordwestfälischen Gauleiters Alfred Meyer, in: *Nationalsozialismus in der Region*, hg. v. HORST MÖLLER/ ANDREAS WIRSCHING/ WALTER ZIEGLER, Oldenburg 1996, S. 175-195.
- PRONOBIS, WITOLD, Zur Okkupationspolitik des faschistischen deutschen Imperialismus im Regierungsbezirk Zichenau (Ciechanów) 1939-1945, in: *Polen im Bannkreis des Imperialismus 1918-1944* (Studien zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, 3. Herausgeber: Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Sektion Geschichte, Redaktion: Bruno Schrage), Rostock 1980, S. 63-83.
- Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert, hg. v. GERALD DIESENER/ RAINER GRIES, Darmstadt 1996.
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, 42 Bände, Nürnberg 1947.
- PYTA, WOLFRAM, *Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933. Die Verschränkung von Milieu und Partei in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 106), Düsseldorf 1996.
- RADEK, Der Kreiskommunalverband Osterode (Ostpr.) baut ein Dorf im Selbsthilfefverfahren, in: *Bauen Siedeln Wohnen* 18/1938, S. 686-689.
- Die Räumung des „Reichsgaus Wartheland“ vom 16. bis 26. Januar 1945 im Spiegel amtlicher Berichte, bearb. v. JOACHIM ROGALL, Sigmaringen 1993.
- RASMUS, HUGO, Budding, Karl Johann Ferdinand, Regierungspräsident, in: *Altpreußische Biographie*. Herausgegeben im Auftrag der historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung von KLAUS BÜRGER, Husum, Band V 1. Lieferung, Marburg/ Lahn 2000, S. 1559f.
- RASMUS, HUGO, von der Groeben, Karl Moritz Friedrich Wilhelm Graf, in: *Altpreußische Biographie*, Herausgegeben im Auftrag der historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung von KLAUS BÜRGER, Husum, Band V 1. Lieferung, Marburg/ Lahn 2000, S. 1361f.
- RAUCHENSTEINER, MANFRIED, Gauleiter Hofers „Alpenfestung“ und die militärische Befreiung Nordtirols, in: 1945. Ende und Anfang in Vorarlberg, Nord- und Südtirol, hg. v. GERHARD WANNER, Lochau 1986, S. 35-44.

- RAUH-KÜHNE, CORNELIA, Die Entnazifizierung und die deutsche Gesellschaft, in: Archiv für Sozialgeschichte 35/1995, S. 35-70.
- RAUSCHNING, HERMANN, Gespräche mit Hitler, Zürich, New York 1940.
- RAUSCHNING, HERMANN, Men of Chaos, New York 1942.
- RAUTENBERG, HANS-WERNER, Der Zusammenbruch der deutschen Stellung im Osten und das Ende Königsbergs. Flucht und Vertreibung als europäisches Problem, in: Das Königsberger Gebiet im Schnittpunkt deutscher Geschichte und in seinen europäischen Bezügen, hg. v. BERNHART JÄHNIG/ SILKE SPIELER, Bonn 1993, S. 107-121.
- REBENTISCH, DIETER, Die politische Stellung der Oberbürgermeister im Dritten Reich, in: Oberbürgermeister, hg. v. KLAUS SCHWABE (Büdingen Forschungen zur Sozialgeschichte 1979: Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit Bd. 13), Boppard am Rhein 1979, S. 125-155.
- REBENTISCH, DIETER, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungs-entwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945, Stuttgart 1989.
- RECK, ARTUR, Städtebau im Deutschen Osten. Arbeiten der Preussischen Staatshochbauverwaltung, in: Die Baukunst. Kunst im Deutschen Reich 4/1941, S. 220-230.
- Regionen im Nationalsozialismus, hg. v. MICHAEL RUCK/ KARL HEINRICH POHL, Bielefeld 2003.
- REHM, SABINE, Die Bevölkerung in den östlichen Reichsgebieten und in Danzig, in: Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrungen. Teil 1, hg. v. WALTER ZIEGLER/ SABINE REHM, München 1999, S. 42-54.
- REHM, SABINE, Historisch-Geographische Grundlagen, in: Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrungen. Teil 1, hg. v. WALTER ZIEGLER/ SABINE REHM, München 1999, S. 135-145.
- REHM, SABINE, Politische Verhältnisse in Preußen im 19. und 20. Jahrhundert (unter besonderer Berücksichtigung der östlichen Provinzen), in: Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrungen. Teil 1, hg. v. WALTER ZIEGLER/ SABINE REHM, München 1999, S. 54-73.
- REHM, SABINE, Religion und Kirchen in Preußen, in: Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrungen. Teil 1, hg. v. WALTER ZIEGLER/ SABINE REHM, München 1999, S. 84-102.
- REIBEL, CARL-WILHELM, Das Fundament der Diktatur: Die NSDAP-Ortsgruppen 1932-1945, Paderborn 2002.
- Reichsführer!... Briefe an und von Himmler, hg. v. HELMUT HEIBER, Stuttgart 1968.
- REIFFERSCHIED, GERHARD, Das Bistum Ermland und das Dritte Reich, Köln 1975.
- REIFFERSCHIED, GERHARD, Die NSDAP in Ostpreußen. Besonderheiten ihrer Ausbreitung und Tätigkeit, in: Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands 39/1979, S. 61-85.
- REIFFERSCHIED, GERHARD, Katholische Kirche, in: Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens im Auftrag der Historischen Kommission für ost- und westpreussische Landesforschung hg. v. ERNST OPGENOORTH. Teil IV: Vom Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918-1945, Lüneburg 1997, S. 141-147.
- REISER, DIETRICH, Wohnungsbau als volkspolitische Waffe. Erläutert am Beispiel des Regierungsbezirks Zichenau, in: Der soziale Wohnungsbau 1/1941, Heft 14, S. 502-506.
- REITLINGER, GERALD, Last of the War Criminals. The Mystery of Erich Koch, in: Commentary 27/1959, S. 31-42.
- REITLINGER, GERALD, Le mystère d'Erich Koch, in: Le Monde juif 17, März 1959, S. 3-5.

- REITLINGER, GERALD, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945, 4. durchgesehene und verbesserte Auflage, Berlin 1961.
- REITLINGER, GERALD, Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941-1944, Hamburg 1962.
- REMPEL, GERHARD, Gottlob Berger. „Ein Schwabengeneral der Tat“, in: Die SS: Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING, Paderborn 2000, S. 45-59.
- REMY, MAURICE PHILIP, Mythos Bernsteinzimmer, München 2003.
- RENDULIC, LOTHAR, Soldat in stürzenden Reichen, München 1965.
- RESCHL, WILHELM, Der Gauleiter Erich Koch, Fernsehdokumentation, SDR 1992.
- REUPKE, HANS, Das Wirtschaftssystem des Faschismus, Berlin 1930.
- REUPKE, HANS, Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft, Berlin 1931.
- REUTH, RALF GEORG, Goebbels, München 1990.
- REUTH, RALF GEORG, Auf der Spur des Bernsteinzimmers. Puschkin – Königsberg – Weimar – Coburg, Berlin 1998.
- RICHTER, FRIEDRICH, Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftsstruktur des krisenfesten Landes Württemberg, in: Reichsplanung 1/1935, S. 236-241.
- RICHTER, FRIEDRICH, Die historischen Wurzeln des Ostpreußenplanes, in: Raumforschung und Raumordnung 3/1939, S. 98-103.
- RICHTER, FRIEDRICH, Industriepolitik im agrarischen Osten. Ein Beitrag zur Geschichte Ostpreußens zwischen den Weltkriegen. Bericht und Dokumentation. Mit einem Geleitwort von Hans Raupach, Wiesbaden 1984.
- RICHTER, FRIEDRICH, Aspekte der Industrieentwicklung in Ostpreußen zwischen den Weltkriegen, in: Zwischen den Weltkriegen. Teil 1: Politik im Zeichen von Parteien, Wirtschaft und Verwaltung im Preussenland der Jahre 1918-1939, hg. v. UDO ARNOLD, Lüneburg 1986, S. 139-164.
- RICHTER, FRIEDRICH, Der Versuch der Industrialisierung Ostpreußens. Ein Beitrag zum Thema: Wirtschaftsplanung und Privatinitiative, in: Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/ Pr. 16/17/1986, S. 133-152.
- RICHTER, FRIEDRICH, Beiträge zur Industrie- und Handwerksgeschichte Ostpreußens 1919-1939, Stuttgart 1988.
- RICHTER, FRIEDRICH, Die Korridorsperre 1936. Eine historische Dokumentation, in: Beiträge zur Geschichte Westpreußens. Zeitschrift der Copernicus-Vereinigung zur Pflege der Heimatkunde und Geschichte Westpreußens e.V., 12/1991, S. 183-248.
- RICHTER, FRIEDRICH, Wirtschaftsprobleme Ostpreußens 1919 bis 1945. Ausgangslage, Politik, Entwicklung, in: Das Königsberger Gebiet im Schnittpunkt deutscher Geschichte und in seinen europäischen Bezügen, hg. v. BERNHART JÄHNIG/ SILKE SPIELER, Bonn 1993, S. 45-71.
- RICHTER, FRIEDRICH, Hans-Bernhard von Grünberg, letzter Rektor der Albertus-Universität zu Königsberg/ Pr. 1937-1945. Biographische Notizen über sein Leben, in: Preußenland 32/1994, S. 57-64.
- RICHTER, FRIEDRICH, 450 Jahre Albertus-Universität zu Königsberg/ Pr. 1544 – 1944 – 1994. Bericht und Dokumentation zu ihrer jüngsten Geschichte. Die 400-Jahrfeier vom Juli 1944. Die wirtschaftlichen Staatswissenschaften 1900-1945, Stuttgart 1994.
- RICHTER, FRIEDRICH, Die Wirtschaftswissenschaften an der Albertus-Universität zu Königsberg 1900-1945. Einige Elemente ihrer Entwicklung, in: Die Albertus-Universität zu Königsberg. Höhepunkte und Bedeutung. Vorträge aus Anlaß der 450. Wiederkehr ihrer Gründung, hg. v. HANS ROTHE/ SILKE SPIELER, Bonn 1996, S. 95-122.
- RICHTER, FRIEDRICH, Ostpreußen und Regierungsbezirk Westpreußen, in: Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens im Auftrag der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung hg. v. ERNST OPGENOORTH. Teil IV: Vom

- Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918-1945, Lüneburg 1997, S. 57-70.
- RICHTER, FRIEDRICH, 1939. Halbzeit des „Ostpreußenplans“ von 1933?, in: Das Preußenland als Forschungsaufgabe. Eine europäische Region in ihren geschichtlichen Bezügen. Festschrift für Udo Arnold zum 60. Geburtstag gewidmet von den Mitgliedern der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, hg. v. BERNHART JÄHNIG/ GEORG MICHELS (Einzelschriften der Historischen Kommission für Ost- und Westpreußische Landesforschung 20), Lüneburg 2000, S. 357-367.
- RIES, HEINRICH, Ostpreußens wirtschaftliche Brückenstellung in Vergangenheit und Gegenwart, in: Deutsche Wirtschaftszeitung 38/1941, S. 888f.
- RIETZLER, RUDOLF, „Kampf in der Nordmark“. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928), Neumünster 1982.
- ROBEL, GERT, Sowjetunion, in: Dimension des Völkermords: Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, hg. v. WOLFGANG BENZ, München 1991, S. 499-560.
- RÖHR, WERNER, Forschungsprobleme zur deutschen Okkupationspolitik im Spiegel der Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“, in: Europa unterm Hakenkreuz. Analysen Quellen Register. Zusammenge stellt und eingeleitet von Werner Röhr (Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945) Achtbändige Dokumentenedition Band 8 (zugleich Ergänzungsband 2). Herausgegeben vom Bundesarchiv), Heidelberg 1996, S. 25-343.
- RÖSSLER, MECHTHILD, „Wissenschaft und Lebensraum“. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplinengeschichte der Geographie, Berlin, Hamburg 1990.
- ROGOWSKI, RONALD, The Gauleiter and the Origins of Fascism, in: Comparative Studies in Society and History 19/1977, S. 399-430.
- ROHE, KARL, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/ Main 1992.
- ROHRER, CHRISTIAN, Die „Oberpräsidentenkrise“ um Erich Koch im nationalsozialistischen Ostpreußen. Eine Fallstudie zu Macht und Ohnmacht des ostpreußischen Gauleiters und Oberpräsidenten Erich Koch 1928-1936, Magisterarbeit, Freiburg 1999.
- ROHRER, CHRISTIAN, Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen (Colloquia Baltica 7/8), München 2006.
- ROLOFF, ERNST-AUGUST, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich, Hannover 1961.
- RONGE, PAUL, Im Namen der Gerechtigkeit. Erinnerungen eines Strafverteidigers, München 1963.
- ROSCHKE, CARSTEN, Polen im Kalkül der nationalsozialistischen Bündnispolitik, Marburg 1997.
- ROSENHAFT, EVE, Gewalt in der Politik: Zum Problem des „Sozialen Militarismus“, in: Militär und Militarismus in der Weimarer Republik. Beiträge eines internationalen Symposiums an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg am 5. und 6. Mai 1977, hg. v. KLAUS-JÜRGEN MÜLLER/ ECKHARDT OPITZ, Düsseldorf 1978, S. 237-259.
- ROSENHAFT, EVE, Die KPD der Weimarer Republik und das Problem des Terrors in der „Dritten Periode“, 1929-1933, in: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. WOLFGANG J. MOMMSEN/ GERHARD HIRSCHFELD, Stuttgart 1982, S. 394-420.
- ROSENHAFT, EVE, Links gleich rechts? Militante Straßengewalt um 1930, in: Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit, hg. v. THOMAS LINDENBERGER/ ALF LÜDTKE, Frankfurt/ Main 1995, S. 238-275.
- ROSENKÖTTER, BERNHARD, Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost“ und der Raub polnischer Vermögen 1939-1945, Essen 2003.

- ROß, FRIEDRICH, Die Deckung des Baustoffbedarfs für den Wohnungsbau in Ostpreussen, in: *Der soziale Wohnungsbau 1/1941*, S. 514-519.
- ROSSINO, ALEXANDER B., Hitler strikes Poland. Blitzkrieg, Ideology and Atrocity, Lawrence/ Kansas 2003.
- Rudolf Heß. Der Mann an Hitlers Seite. Mit Beiträgen von Ted Harrison (Großbritannien), Peter A. Schupljak (Bjelorußland) und Robert G. Waite (USA), hg. v. KURT PÄTZOLD/ MANFRED WEIßBECKER, Leipzig 1999.
- RÜHLE, GERD, Das Dritte Reich. Dokumentarische Darstellung des Aufbaues der Nation. Mit Unterstützung des Reichsarchivs. Das erste Jahr 1933, 2. Auflage, Berlin 1934.
- RÜHLE, GERD, Das Dritte Reich. Dokumentarische Darstellung des Aufbaues der Nation. Mit Unterstützung des Reichsarchivs. Das vierte Jahr 1936, Berlin 1937.
- RÜß, HARTMUT, Wer war verantwortlich für das Massaker von Babij Jar?, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 57/1998, S. 483-508.
- RÜß, HARTMUT, Kiev/ Babij Jar 1941, in: *Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg*, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Darmstadt 2003, S. 102-113.
- RUFFMANN, KARL-HEINZ, Deutsche und litauische Memelpolitik in der Zwischenkriegszeit. Ein Vergleich, in: *Nordost-Archiv* 2/1993, S. 217-233.
- RUFFMANN, KARL-HEINZ, Deutsche und Litauer in der Zwischenkriegszeit. Erinnerungen eines Memelländers, Überlegungen eines Historikers, Lüneburg 1994.
- SABROW, MARTIN, Der Rathenauord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar, München 1994.
- SALEWSKI, ALBERT, Landesplanung. Geschichte der Landesplanung, ihr derzeitiger Standort und ihre Entwicklungschancen, Münster 1979.
- SALLER, K., Die Rassenlehre des Nationalsozialismus, Darmstadt 1961.
- Der Samlandplan, in: *Raumforschung und Raumordnung* 2/1938, S. 308-311.
- SAUER, BERNHARD, „Verräter waren bei uns in Menge erschossen worden.“ Die Feme-morde in Oberschlesien 1921, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 54/2006, S. 644-662.
- SAUER, BERNHARD, Schwarze Reichswehr und Fememorde. Eine Milieustudie zum Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, Berlin 2004.
- SAUER, PAUL, Wilhelm Murr. Hitlers Statthalter in Württemberg, Tübingen 1998.
- SCHACHT, HJALMAR, Königsberger Rede. Rede des Reichsbankpräsidenten und beauftragten Reichswirtschaftsministers Dr. Hjalmar Schacht auf der Deutschen Ostmesse – Königsberg, am 18. August 1935, Berlin, o.J. (1935).
- SCHACHT, HJALMAR, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörrishofen 1953.
- SCHÄFER, GERHARD, Die Evangelische Landeskirche in Württemberg und der Nationalsozialismus. Eine Dokumentation zum Kirchenkampf, Band 4: Die intakte Landeskirche 1935-1936, Stuttgart 1977.
- SCHAEFER, HANS, Bürckels Bauernsiedlung. Nationalsozialistische Siedlungspolitik in Lothringen während der „verschleierte“ Annexion 1940-1944, Saarbrücken 1997.
- SCHÄTZEL, WALTER, Das Reich und das Memelland. Das politische und völkerrechtliche Schicksal des deutschen Memellandes bis zu seiner Heimkehr, Berlin 1943.
- Der Schatten des Weltkrieges: Die Ruhrbesetzung 1923, hg. v. GERD KRUMEICH/ JOACHIM SCHRÖDER, Essen 2004.
- SCHIEBERT, HELMUT, Aus der Geschichte der Provinzialverwaltung Ostpreußens: Aufgaben und Leistungen der höheren Beamten 1920 bis 1945, in: *Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/ Pr.* 28/1993, S. 15-51.
- SCHENK, DIETER, Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000.
- SCHENK, DIETER, Hans Frank. Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur, Frankfurt/Main 2006.

- SCHAU, E./ KOPITKE, H., Der Regierungsbezirk Zichenau, in: Zeitschrift für Erdkunde 9/1941, S. 224-237.
- SCHIEDER, THEODOR, Hermann Rauschnings „Gespräche mit Hitler“ als Geschichtsquelle, Opladen 1972.
- SCHIEDER, WOLFGANG, Die NSDAP vor 1933. Profil einer faschistischen Partei, in: Geschichte und Gesellschaft 19/1993, S. 141-154.
- SCHIEFER, LOTHAR, Das Schlageter-Denkmal. Vom Soldatengrab zum Forum, in: Unglücklich das Land, das Helden nötig hat. Leiden und Sterben in den Kriegsdenkmälern des Ersten und Zweiten Weltkrieges, hg. v. MICHAEL HÜTT/ HANS-JOACHIM KUNST/ FLORIAN MATZNER/ INGEBORG PABST, Marburg 1990, S. 50-56.
- SCHILDT, GERHARD, Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West, Freiburg 1966.
- SCHILLER, OTTO, Ziele und Ergebnisse der Agrarordnung in den besetzten Ostgebieten (Herausgegeben vom Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, Chefgruppe Ernährung und Landwirtschaft), Berlin 1943.
- SCHILLER, OTTO, Die praktische Durchführung der Agrarordnung in der Ukraine, in: Neues Bauerntum 34/1942, S. 329-332.
- SCHIVELBUSCH, WOLFGANG, Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933-1939, München, Wien 2005.
- SCHLENKE, MANFRED, Das „preußische Beispiel“ in Propaganda und Politik des Nationalsozialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18/1968, B 27, S. 15-23.
- SCHLICKEL, FERDINAND, Gauleiter Josef Bürckel – ein Rad im Räderwerk Hitlers, in: Pilger-Kalender 73/1994, S. 100-113.
- SCHMIDT, CHRISTOPH, Zu den Motiven „alter Kämpfer“ in der NSDAP, in: Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, hg. v. DETLEV PEUKERT/ JÜRGEN REULECKE, Wuppertal 1981, S. 21-43.
- SCHMIDT, HERMANN, Die Landwirtschaft von Ostpreußen und Pommern. Geschichte, Leistung und Eigenart der Landwirtschaft in den ehemals ostdeutschen Landesteilen seit dem Kriege 1914/18 und bis zum Ende der dreißiger Jahre, unter Mitarbeit von Georg Blohm, Marburg 1978.
- SCHMIDT, PETER, Zwanzig Jahre Soldat Adolf Hitlers. Zehn Jahre Gauleiter. Ein Buch von Kampf und Treue, 3. ergänzte Auflage, Köln 1943.
- SCHMIDT, RAINER F., Rudolf Heß. „Botengang eines Toren“? Der Flug nach Großbritannien vom 10. Mai 1941, Düsseldorf 1997.
- SCHMIDT-KEHL, LUDWIG, Der Mensch in der Rhön, in: Raumforschung und Raumordnung 2/1938, S. 73f.
- SCHMUHL, HANS-WALTHER, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung ‚lebensunwerten Lebens‘ 1890-1945, Göttingen 1987.
- SCHNEIDER, THOMAS MARTIN, Reichsbischof Ludwig Müller. Eine Untersuchung zu Leben, Werk und Persönlichkeit, Göttingen 1993.
- SCHNEIDER, VOLKER, Gauleiter Gustav Simon, der „Moselgau“ und das ehemalige SS-Sonderlager/ KZ Hinzert, in: Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz. Band 2: „Für die Außenwelt seid ihr tot!“, hg. v. HANS-GEORG MEYER/ HANS BERKESSEL, Mainz 2001, S. 276-307.
- SCHNÖRING, KURT, Erich Koch. Einige nannten ihn Hitlers besten Gauleiter, in: Wuppertaler Biographien 17/1993, S. 113-124.
- SCHÖN, HEINZ, Ostpreußische Trecks auf der Flucht vor der Roten Armee, in: Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert. Mit einem Kommentar zum Kriegsvölkerrecht von Prof. Dr. Armin Steinkamm, hg. v. FRANZ W. SEIDLER/ ALFRED M. DE ZAYAS, Hamburg 2002, S. 219-221.
- SCHOENBAUM, DAVID, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, veränderte Auflage, München 1980.

- SCHOLDER, KLAUS, Die Kirchen und das Dritte Reich. Band 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918-1934, Geringfügig ergänzte Ausgabe 1986, Frankfurt/ Main, Berlin, 1986.
- SCHOLTYSECK, JOACHIM, „Der Mann aus dem Volk“. Wilhelm Murr, Gauleiter und Reichsstatthalter in Württemberg-Hohenzollern, in: Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, hg. v. MICHAEL KIßENER/ JOACHIM SCHOLTYSECK, Konstanz 1997, S. 477-502.
- SCHREIBER, GERHARD, Rezension zu Wolfgang Hänel, Hermann Rauschnings ‚Gespräche mit Hitler‘ – Eine Geschichtsfälschung, Ingolstadt 1984, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 37/1985, S. 204-206.
- SCHREIBER, OTTOMAR, Die Wirtschaft des Memellandes, in: Deutsche Wirtschaftszeitung 38/1941, S. 892-894.
- SCHRÖDER, UWE, Auf dem Weg zur Massenpartei – Zur Entwicklung der Hitlerbewegung in Pommern 1922-1929, in: Pommern. Geschichte. Kultur. Wissenschaft. 1. Kolloquium zur Pommerschen Geschichte 13. bis 15. November 1990, Greifswald 1991, S. 212-220.
- SCHÜDDEKOPF, OTTO-ERNST, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960.
- SCHÜLER-SPRINGORUM, STEFANIE, Die jüdische Minderheit in Königsberg/ Preußen, 1871-1945, Göttingen 1996.
- SCHÜLER-SPRINGORUM, STEFANIE, Die Jüdische Gemeinde Königsberg 1871-1945, in: Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen, hg. v. MICHAEL BROCKE/ MARGRET HEITMANN/ HARALD LORDICK, Hildesheim, Zürich, New York 2000 (Netiva 2), S. 165-186.
- SCHÜLER-SPRINGORUM, STEFANIE, Das Konzentrationslager in Ostpreußen: Quednau bei Königsberg, in: Terror ohne System. Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus. Geschichte der Konzentrationslager 1933-1945. Band 1, hg. v. WOLFGANG BENZ/ BARBARA DISTEL, Berlin 2001, S. 178f.
- SCHULTE, JAN ERIK, Zwangsarbeit und Vernichtung: Das Wirtschaftsimperium der SS. Oswald Pohl und das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt 1933-1945, Paderborn 2001.
- SCHULZ, GERHARD, Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates (BRACHER, KARL DIETRICH/ SCHULZ, GERHARD/ SAUER, WOLFGANG, Die nationalsozialistische Macht-ergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, II), Köln, Opladen 1974.
- SCHULZ, PETRA-MARIA, Ästhetisierung von Gewalt in der Weimarer Republik, Münster 2004.
- SCHULZE, HAGEN, Freikorps und Republik 1918-1920, Boppard 1969.
- SCHULZE, HAGEN, Der Oststaat-Plan 1919, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 18/1970, S. 123-163.
- SCHUMACHER, BRUNO, Geschichte Ost- und Westpreußens, Neuauflage, Würzburg 2002.
- SCHUMANN, DIRK, Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001.
- SCHUTE, ERNST, „Getrennt vom Reich“ – Die Instrumentalisierung des Sports in Ostpreußen zur Zeit der Weimarer Republik, Bochum 1987.
- SCHWARZ, GUDRUN, Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt/ Main, New York 1990.
- SCHWARZER, ALICE, Marion Dönhoff. Ein widerständiges Leben, Köln 1996.
- SCHWARZWÄLDER, HERBERT, Carl Röver (1889-1942). Ein Feind Bremens?, in: Berühmte Bremer, München 1972, S. 231-244.
- SCHWARZWÄLLER, WULF, Rudolf Heß. Der Stellvertreter, München 1987.
- SCHWENDEMANN, HEINRICH, Endkampf und Zusammenbruch im deutschen Osten, in: Freiburger Universitätsblätter 34/1995, S. 9-28.

- SCHWENDEMANN, HEINRICH, Strategie der Selbstvernichtung. Die Wehrmachtführung im „Endkampf“ um das „Dritte Reich“, in: Die Wehrmacht. Mythos und Realität, hg. v. ROLF-DIETER MÜLLER/ ERICH VOLKMANN, München 1999, S. 224-244.
- SCHWENDEMANN, HEINRICH, „Deutsche Menschen vor der Vernichtung durch den Bolschewismus zu retten“: Das Programm der Regierung Dönitz und der Beginn einer Legendenbildung, in: Kriegsende 1945 in Deutschland, hg. v. JÖRG HILLMANN/ JOHN ZIMMERMANN, München 2002, S. 9-33.
- SCHWENDEMANN, HEINRICH, Tod zwischen den Fronten – Generäle gaben dem Kampf um den „Endsieg“ Vorrang, in: Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, hg. v. STEFAN AUST/ STEPHAN BURGDORFF, Stuttgart, München 2002, S. 71-82.
- SCHWENDEMANN, HEINRICH/ DIETSCHKE, WOLFGANG, Hitlers Schloß. Die „Führerresidenz“ in Posen, Berlin 2003.
- SCHWENDEMANN, HEINRICH, Der deutsche Zusammenbruch im Osten 1944/45, in: Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen, Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive, hg. v. BERND-A. RUSINEK, Göttingen 2004, S. 125-150.
- SCHWENDEMANN, HEINRICH, Der deutsche Zusammenbruch im Osten 1944/45 (Habilitationsschrift in Vorbereitung).
- SCHWERIN, DETLEF GRAF VON, Der Weg der „jungen Generation“ in den Widerstand, in: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, hg. v. JÜRGEN SCHMÄDEKE/ PETER STEINBACH, München 1985, S. 460-471.
- SCHWERIN, DETLEF GRAF VON, „Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt“. Die junge Generation im deutschen Widerstand, München 1991.
- SEIDLER, FRANZ W., Die Organisation Todt. Bauen für Staat und Wehrmacht 1938-1945, Bonn 1987.
- SEIDLER, FRANZ W., „Deutscher Volkssturm“. Das letzte Aufgebot 1944/45, München 1989.
- SELLE, GÖTZ VON, Geschichte der Albertus-Universität zu Königsberg in Preußen. Herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis in Gemeinschaft mit dem Königsberger Universitätsbund, 2., durchgesehene und verm. Auflage, Würzburg 1956.
- SILVERMAN, DAN P., Hitler's Economy. Nazi Work Creation Programs, 1933-1936, Cambridge/ Massachusetts, London 1998.
- SIMMS, BRENDAN, Walther von Reichenau – Der politische General, in: Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING, Berlin, Frankfurt/ Main 1995, S. 423-445.
- Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, hg. v. MARTIN SABROW, Göttingen 2004.
- SMELSER, RONALD M., Robert Ley. Hitlers Mann an der „Arbeitsfront“. Eine Biographie, Paderborn 1989.
- SMITH, BRADLEY F., Heinrich Himmler 1900-1926. Sein Weg in den deutschen Faschismus, München 1979.
- SOMMERFELD, ALOYS, Juden im Ermland – Ihr Schicksal nach 1933 (Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands, Beiheft 10), Münster 1991.
- SOMMERFELD, ALOYS, Juden im Ermland, in: Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen, hg. v. MICHAEL BROCKE/ MARGRET HEITMANN/ HARALD LORDICK, Hildesheim, Zürich, New York 2000 (Netiva 2), S. 41-65.
- SONNLEITHNER, FRANZ VON, Als Diplomat im „Führerhauptquartier“. Aus dem Nachlaß, München, Wien 1989.
- SONTHEIMER, KURT, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1992.
- SOUTHERN, DAVID B., Antidemokratischer Terror in der Weimarer Republik: „Fememorde“ und „Schwarze Reichswehr“, in: Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwen-

- dung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. WOLFGANG J. MOMMSEN/ GERHARD HIRSCHFELD, Stuttgart 1982, S. 381-393.
- Sozialprotest, Gewalt, Terror. Gewaltanwendung durch politische und gesellschaftliche Randgruppen im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. WOLFGANG J. MOMMSEN/ GERHARD HIRSCHFELD, Stuttgart 1982.
- SPECKTER, HANS, Siedlung im Emsland, in: Reichsplanung 1/1935, S. 201-205.
- SPECTOR, SHMUEL, The Holocaust of Ukrainian Jews, in: Bitter Legacy. Confronting the Holocaust in the USSR, hg. v. ZVI GITELMAN, Indiana University Press 1997, S. 43-50.
- SPEER, ALBERT, Erinnerungen, Frankfurt/ Main 1969.
- Die SS: Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING, Paderborn 2000.
- Staat und Gaue in der NS-Zeit. Bayern 1933-1945, hg. v. HERMANN RUMSCHÖTTEL/ WALTER ZIEGLER, München 2004.
- STACHURA, PETER D., The German Youth Movement 1900-1945. An Interpretative and Documentary History, London 1981.
- STACHURA, PETER D., Gregor Strasser and the Rise of Nazism, London 1983.
- STAHL, FRIEDRICH-CHRISTIAN, Generalfeldmarschall Ewald von Kleist, in: Hitlers militärische Elite. Bd. 2. Von Kriegsbeginn bis zum Weltkriegsende, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Darmstadt 1998, S. 100-106.
- Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945. Ein biografisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924, bearb. v. Joachim Lilla, Düsseldorf 2004.
- STAUFFER, PAUL, Zwischen Hoffmannsthal und Hitler. Carl J. Burckhardt. Facetten einer außergewöhnlichen Existenz, Zürich 1991.
- STEIGMANN-GALL, RICHARD, The Holy Reich. Nazi Conceptions of Christianity, 1919-1945, Cambridge 2003.
- STEIN, PETER, Die NS-Gaupresse 1925-33. Forschungsbericht – Quellenkritik – neue Bestandsaufnahme, München, New York, London, Oxford, Paris 1987.
- STEINBACH, PETER, Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, in: Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943-1952, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Frankfurt/ Main 1999, S. 32-44.
- STEINBACH, PETER, Der 20. Juli 1944. Gesichter des Widerstands, Berlin 2004.
- STEINBERG, HANS-JOSEPH, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933/1945, Hannover 1969.
- STEINBERG, JONATHAN, The Third Reich Reflected: German Civil Administration in the Occupied Soviet Union, 1941-4, in: English Historical Review 110/1995, S. 620-651.
- STENDTKE, HEINZ, Ermordung deutscher Verwundeter nach der Übergabe der Stadt Königsberg an die Rote Armee im April 1945, in: Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert. Mit einem Kommentar zum Kriegsvölkerrecht von Prof. Dr. Armin Steinkamm, hg. v. FRANZ W. SEIDLER/ ALFRED M. DE ZAYAS, Hamburg 2002, S. 229-231.
- STELBRINK, WOLFGANG, Der preußische Landrat im Nationalsozialismus. Studien zur nationalsozialistischen Personal- und Verwaltungspolitik auf Landkreisebene, Münster, New York, München, Berlin 1998.
- STERN, HOWARD, The Organisation Consul, in: The Journal of Modern History 35/1963, S. 20-32.
- STOLL, KATRIN, „... aus Mangel an Beweisen“. Das Verfahren gegen Dr. Herbert Zimmermann vor dem Bielefelder Landgericht 1958/59, in: Białystok in Bielefeld. Nationalsozialistische Verbrechen vor dem Landgericht Bielefeld 1958 bis 1967, hg. v. FREIA ANDERS/ HAUKE-HENDRIK KUTSCHER/ KATRIN STOLL, Bielefeld 2003, S. 54-75.

- STOSSUN, HARRY, Die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen 1941, in: Jahrestagung 1989/1990 Suvažiavimo Darbai, hg. v. Litauischen Kulturinstitut, Lampertheim 1991, S. 49-62.
- STOSSUN, HARRY, Die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges. Untersuchungen zum Schicksal einer deutschen Volksgruppe im Osten, Marburg 1993.
- STOSSUN, HARRY, Litauen vom Ersten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, in: Deutsche Geschichte im Osten Europas. Land der großen Ströme. Von Polen nach Litauen, hg. v. JOACHIM ROGALL, Berlin 1996, S. 462-492.
- STRAßER, OTTO, Aufbau des deutschen Sozialismus, Berlin 1932.
- STRAßER, OTTO, Die deutsche Bartolomäusnacht, Zürich 1935.
- STRAßER, OTTO, 30. Juni. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, Prag 1934.
- STRAßER, OTTO, Hitler und ich, Konstanz 1948.
- STRAßER, OTTO, Mein Kampf. Eine politische Autobiographie. Mit einem Vorwort von Gerhard Zwerenz, Frankfurt/ Main 1969.
- STRAZHAS, ABBA, Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Oberost 1915-1917, Wiesbaden 1993.
- STRIEFLE, CHRISTIAN, Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt/ Main 1993.
- STRUVE, KAI, Geschichte und Gedächtnis in Oberschlesien. Die polnischen Aufstände nach dem Ersten Weltkrieg, in: Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg. Studien zu einem nationalen Konflikt und seiner Erinnerung, hg. v. DEMS. (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 12), Marburg 2003, S. 1-32.
- Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen. Mit Beiträgen von Peter Black, Dietrich Eichholtz, Werner Fischer, Gerhart Hass, Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, hg. v. KURT PÄTZOLD/ MANFRED WEIßBECKER, Leipzig 1996.
- SUHR, ELKE, Die Emslandlager. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der emsländischen Konzentrations- und Strafgefangenenlager 1933-1945, Bremen 1985.
- SYRÉ, LUDGER, Der Führer vom Oberrhein. Robert Wagner, Gauleiter, Reichsstatthalter in Baden und Chef der Zivilverwaltung im Elsaß, in: Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, hg. v. MICHAEL KIßENER/ JOACHIM SCHOLTYSECK, Konstanz 1997, S. 733-779.
- SZAMEITAT, MAX, Bibliographie des Memellandes, Würzburg 1957.
- Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26. Mit weiteren Dokumenten hg. v. HELMUT HEIBER (Schriftenreihe des Instituts für Zeitgeschichte Nummer 1), Stuttgart 1960.
- Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hg. v. ELKE FRÖHLICH im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands. 2 Teile, 19 Bände, München, New York/ New Providence, London, Paris 1987-1996.
- TAUBER, JOACHIM, Die Memelfrage im Rahmen der deutsch-litauischen Beziehungen 1919-1939, in: Deutschland und Litauen. Bestandsaufnahmen und Aufgaben der historischen Forschung, hg. v. NORBERT ANGERMANN/ JOACHIM TAUBER, Lüneburg 1995, S. 107-118.
- TAUBER, JOACHIM, Das Dritte Reich und Litauen, in: Zwischen Lübeck und Novgorod. Wirtschaft, Politik und Kultur im Ostseeraum vom frühen Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Norbert Angermann zum 60. Geburtstag, hg. v. ORTWIN PELC, Lüneburg 1996; S. 477-496.
- TAUBER, JOACHIM, Der unbekannte Dritte: Die Kleinlitauer im Memelgebiet 1918-1939, in: „Der Fremde im Dorf“: Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte. Rex Rexheuser zum 65. Geburtstag, hg. v. HANS-JÜRGEN BÖMELBURG/ BEATE ESCHMENT, Lüneburg 1998, S. 85-104.

- TAUBER, JOACHIM, Überlegungen zur Bedeutung der kleinlitauischen Bewegungen in Ostpreußen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Selbstbewusstsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem ersten Weltkrieg, hg. v. ROBERT TRABA (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau 3), Osnabrück 2000, S. 111-125.
- TAUBER, JOACHIM, Das Memelgebiet (1919-1945) in der deutschen und litauischen Historiografie nach 1945, in: Nordost-Archiv 10/2001, S. 11-44.
- TAUBER, JOACHIM, Der deutsche Widerstand gegen Hitler: Ein „weißer Fleck“ in der litauischen Perzeption, in: Der deutsche Widerstand gegen Hitler: Wahrnehmung und Wertung in Europa und den USA, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Darmstadt 2002, S. 278-285.
- TAUBER, KURT P., Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945, 2 Bände, Middletown 1967.
- TENENBAUM, JOSEPH, Underground. The Story of a People, New York 1952.
- TEPPE, KARL, Die preußischen Oberpräsidenten 1933-1945, in: Die preußischen Oberpräsidenten 1815-1945, hg. v. Klaus Schwabe, Boppard am Rhein 1981, S. 219-248.
- THAMER, HANS-ULRICH, Monokratie-Polykratie. Historiographischer Überblick über eine kontroverse Debatte, in: Das organisierte Chaos. „Ämterdarwinismus“ und „Gesinnungsethik“: Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft, hg. v. GERHARD OTTO/ JOHANNES HOUWINK TEN CATE, Berlin 1999, S. 21-34.
- THEWELEIT, KLAUS, Männerphantasien. Band 1. Frauen, Fluten, Körper, Geschichte, Frankfurt/ Main 1986.
- THIEM, SABINE, Kontroverse in Königsberg. Jüdische Nationalitäten in Ostpreußen in der Weimarer Republik, in: Nordost-Archiv 7/1998, S. 365-394.
- THIEM, SABINE, Kurt Sabatzky: The C.V. Syndikus of the Jewish Community in Königsberg during the Weimar Republic, in: Leo Baeck Institute Yearbook 44/1999, S. 191-204.
- THORWALD, JÜRGEN, Wen sie verderben wollen. Bericht des großen Verrats, Stuttgart 1952.
- THORWALD, JÜRGEN, Die große Flucht. Es begann an der Weichsel. Das Ende an der Elbe, Stuttgart 1962.
- THUM, GREGOR, Die fremde Stadt. Breslau 1945, Berlin 2003.
- THUM, GREGOR, Stalingrad an der Oder, in: Die Zeit Nr. 10, 3.3.2005, S. 90.
- TIETZ, JÜRGEN, Das Tannenberg-Nationaldenkmal. Architektur Geschichte Kontext, Berlin 1999.
- TILITZKI, CHRISTIAN, Alltag in Ostpreußen 1940-1945. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz 1940-1945, Leer 1991.
- TILITZKI, CHRISTIAN, Die Beurlaubung des Staatsrechtslehrers Albert Hensel im Jahre 1933. Ein Beitrag zur Geschichte der Königsberger Universität, in: Mendelssohn-Studien 12/2001, S. 243-261.
- TILITZKI, CHRISTIAN, Professoren und Politik. Die Hochschullehrer der Albertus-Universität zu Königsberg/ Pr. in der Weimarer Republik (1918-1933), in: 450 Jahre Universität Königsberg: Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte des Preußenlandes, hg. v. BERNHART JÄHNIG (Tagungsberichte der Historischen Kommission für Ost- und Westpreußische Landesforschung Band 14), Marburg 2001, S. 131-177.
- TILITZKI, CHRISTIAN, Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, 2 Teile, Berlin 2002.
- TIPPELSKIRCH, KURT VON, Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Bonn 1951.
- TOOLEY, T. HUNT, German Political Violence and the Border Plebiscite in Upper Silesia, 1919-1921, in: Central European History 21/1988, S. 56-98.
- TOOLEY, T. HUNT, National Identity and Weimar Germany. Upper Silesia and the Eastern Border 1918-1922, Lincoln, London 1997.

- TOPF, ERWIN, Die Grüne Front, Berlin 1933.
- TORZECKI, RYSZARD, Die Rolle der Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht in der Ukraine für deren Okkupationspolitik 1941 bis 1944, in: Europa unterm Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration (1938-1945). Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr (Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945) Achtbändige Dokumentenedition Ergänzungsband 1. Herausgegeben vom Bundesarchiv), Berlin, Heidelberg 1994, S. 239-272.
- TRABA, ROBERT, Kriegssyndrom in Ostpreußen. Ein Beitrag zum kollektiven Bewusstsein der Weimarer Zeit, in: Kriegserlebnis und Legendenbildung. Das Bild des „modernen“ Kriegs in Literatur, Theater, Photographie und Film. Band I. Vor dem Ersten Weltkrieg. Der Erste Weltkrieg, hg. v. THOMAS F. SCHNEIDER (Krieg und Literatur. Internationales Jahrbuch zur Kriegs- und Antikriegsliteraturforschung, 3/4/1997/98), Osnabrück 1999, S. 399-412.
- TRABA, ROBERT, Zur Grenzlandmentalität in Ostpreußen in der Zwischenkriegszeit. Max Worgitzki (1884-1937), in: Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands 50/2002, S. 91-99.
- TUCHEL, JOHANNES, Heinrich Himmler – Der Reichsführer SS, in: Die SS: Elite unter dem Totenkopf. 30 Lebensläufe, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING, Paderborn 2000, S. 234-253.
- TYRELL, ALBRECHT, Führergedanke und Gauleiterwechsel. Die Teilung des Gaues Rheinland der NSDAP 1931, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 23/1975, S. 341-374.
- TYRELL, ALBRECHT, Der Wegbereiter – Hermann Göring als politischer Beauftragter Hitlers in Berlin 1930-1932/33, in: Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa. Festschrift für Karl Dietrich Bracher, hg. v. MANFRED FUNKE/ HANS-ADOLF JACOBSEN/ HANS-HELMUTH KNÜTTER/ HANS-PETER SCHWARZ, Düsseldorf 1987, S. 178-197.
- TYRELL, ALBRECHT, Führer befiehl... Selbstzeugnisse aus der ‚Kampfzeit‘ der NSDAP, Bindlach 1991.
- UEBERSCHÄR, GERD R., Der militärische Widerstand, die antijüdischen Maßnahmen, „Polenmorde“ und NS-Kriegsverbrechen in den ersten Kriegsjahren (1939-1941), in: NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, hg. v. GERD R. UEBERSCHÄR, Darmstadt 2000, S. 31-43.
- UEBERSCHÄR, GERD R., Die Deutsche Reichspost. Eine politische Verwaltungsgeschichte. Band II 1939-1945, Berlin o.J. (2001).
- Ukraine during World War II. History and its Aftermath. A Symposium, hg. v. YURY BOSHUK, Edmonton 1986.
- UMBREIT, HANS, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977.
- UMBREIT, HANS, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: KROENER, BERNHARD R./ MÜLLER, ROLF-DIETER/ UMBREIT, HANS, Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939-1941 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Band 5. Erster Halbband, hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt), Stuttgart 1988, S. 3-345.
- UMBREIT, HANS, Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942-1945, in: KROENER, BERNHARD R./ MÜLLER, ROLF-DIETER/ UMBREIT, HANS, Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Zweiter Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942-1944/45 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Band 5. Zweiter Halbband, hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt), Stuttgart 1999, S. 3-272.

- UNRUH, GEORG-CHRISTOPH VON, Der preußische Oberpräsident – Entstehung, Stellung und Wandel, in: Die preußischen Oberpräsidenten 1815-1945, hg. v. KLAUS SCHWABE, Boppard am Rhein 1981, S. 17-31.
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Zweiundzwanzigster Band. Das Dritte Reich. Der Angriff auf die deutschen Grenzen. Der Abfall der Bundesgenossen – Die Ardennen-Offensive – Die Konferenz von Jalta – Der Einbruch der Gegner in das Reich. Sonderausgabe für die Staats- und Kommunalbehörden sowie für Schulen und Bibliotheken, Berlin o.J.
- VARGA, WILLIAM, The Number One Nazi Jew-Baiter (A Political Biography of Julius Streicher, Hitler's Chief Anti-Semitic Propagandist), New York 1981.
- Verantwortung für die Kirche. Stenographische Aufzeichnungen und Mitschriften von Landesbischof Hans Meiser 1933-1955. Band 1: Sommer 1933 bis Sommer 1935, hg. v. HANNELORE BRAUN/ CARSTEN NICOLAISEN, Göttingen 1985.
- Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel! Dokumente der Okkupationspolitik des faschistischen Deutschlands auf dem Territorium der UdSSR (1941-1944), Moskau 1963.
- Verhandlungen des 57. Provinziallandtages der Provinz Ostpreußen vom 17., 18. Januar und 19. bis 25. März 1930, Königsberg 1930.
- Verhandlungen des 58. Provinziallandtages der Provinz Ostpreußen vom 23.-28. März 1931, Königsberg 1931.
- Verhandlungen des 59. Provinziallandtages der Provinz Ostpreußen vom 15. bis 19. März 1932, Königsberg 1932.
- Verhandlungen des 60. Provinziallandtages der Provinz Ostpreußen am 10. April 1933, Königsberg 1933.
- Verhandlungen des Reichstags. V.-VIII. Wahlperiode 1930-1933. Band 444-457, Berlin 1932-34.
- Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte, Bonn 1989.
- Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrungen. Teil 1, hg. v. WALTER ZIEGLER/ SABINE REHM, München 1999.
- Verwaltung contra Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System, hg. v. DIETER REBENTISCH/ KARL TEPPE, Göttingen 1986.
- VOGELSANG, ERNST, Friedrich, Werner, in: Altpreußische Biographie. Herausgegeben im Auftrag der historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung von ERNST BAHR, Marburg/ Lahn, GERD BRAUSCH, Freiburg i. Br., Band IV, Marburg/ Lahn 1995, S. 1212.
- VOGELSANG, ERNST, Jüdische Bevölkerung in einer ostpreußischen Kleinstadt: Die Synagogen-Gemeinde Mohrungen (1813-1938), in: „Der Fremde im Dorf“: Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte. Rex Rexheuser zum 65. Geburtstag, hg. v. HANS-JÜRGEN BÖMELBURG/ BEATE ESCHMENT, Lüneburg 1998, S. 147-167.
- VOGELSANG, T., Der sogenannte „Scheringer-Kreis“, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Band II, Stuttgart 1966, S. 469-471.
- VOGELSANG, THILO, Hitlers Brief an Reichenau vom 4. Dezember 1932, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 7/1959, S. 429-437.
- VOGELSANG, THILO, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, Stuttgart 1962.
- VOLCKART, OLIVER, Polykratische Wirtschaftspolitik: Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsministerium, Arbeitsministerium, DAF und Reichsnährstand, 1933-1939, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 90/2003, S. 174-193.

- VOLZ, HANS, Das Werden des Reiches 1939, Teil 1 (Dokumente der deutschen Politik, hg. v. Paul Meier-Benneckenstein, Band 7,1), Berlin 1940.
- VOLZ, HANS, Das Werden des Reiches 1939, Teil 2 (Dokumente der deutschen Politik, hg. v. Paul Meier-Benneckenstein, Band 7,2), Berlin 1940.
- Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, hg. v. CZESLAW MADAJCZYK, München, New Providence, London, Paris 1994.
- VORLÄNDER, HERWART, Evangelische Kirche und soziale Frage in der werdenden Industriegroßstadt Elberfeld. Eine Untersuchung aufgrund kirchlicher Unterlagen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Düsseldorf 1963.
- Vorschläge für die ländliche Besiedlung des neuen deutschen Ostraumes. Gutachterliche Äußerungen von G. Blohm, H. Klaaßen, E. Lang, E. Scheu, G. Weippert, hg. v. ERWIN SCHEU (Wirtschaftsgeographische Arbeiten Nr. 80), Königsberg 1940.
- WACHS, PHILIPP-CHRISTIAN, Der Fall Theodor Oberländer (1905-1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte, Frankfurt/ Main 2000.
- WÄCHTLER, FRITZ, Bayerische Ostmark. Vier Jahre nationalsozialistische Aufbauarbeit in einem deutschen Grenzgau, Bayreuth 1937.
- WAGNER, ANDREAS, Mutschmann gegen von Killinger. Konfliktlinien zwischen Gauleiter und SA-Führer während des Aufstiegs der NSDAP und der „Machtergreifung“ im Freistaat Sachsen, Beucha 2001.
- WAITE, ROBERT G. L., Vanguard of Nazism: The Freikorps Movement in Postwar Germany, 1918-1923, Cambridge 1952.
- WAJSENBERG, JENNY, Toward an Interpretation of Ghetto: Bialystok, a Case Study, in: Why Germany? National Socialist Anti-Semitism and the European Context, hg. v. JOHN MILFULL, Providence, Oxford 1993, S. 193-207.
- WALTER, DIRK, Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999.
- WARLIMONT, WALTER, Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939-1945. Grundlagen – Formen – Gestalten, Frankfurt/ Main 1962.
- WASSER, BRUNO, Himmlers Raumplanung im Osten: Der Generalplan Ost in Polen 1940-1944, Basel, Berlin, Boston 1993.
- WEBER, REINHOLD, Masuren. Geschichte – Land und Leute, Leer 1983.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Adel und Nationalsozialismus, in: Deutsches Adelsblatt 51/1933, S. 445f.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Landschaftliche Politik, Breslau 1933.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Preußen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, in: Niederdeutsche Monatshefte 8/1933, S. 125.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Gedanken zur russischen Problematik in der Außenpolitik, in: Der Nahe Osten 7/1934, S. 277-280.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Graf Brockdorf-Rantzau und unsere Ostpolitik. Notizen über einen großen deutschen Botschafter, in: Der Nahe Osten 7/1934, S. 491-494.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Ideen und Ideologien im Nord- und Ostseeraum, in: Der Nahe Osten 7/1934, S. 119-128.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Niedersachsen und der Osten, in: Der Nahe Osten 7/1934, S. 169-176, 202-205.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Nördliche oder südliche Ostpolitik?, in: Der Nahe Osten 7/1934, S. 415-417.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Ostpreußen als Vorposten des Reiches im nahen Osten, in: Nationalsozialistische Monatshefte 5/1934, S. 907-912.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Die Ostsee den Ostseevölkern, in: Der Nahe Osten 7/1934, S. 274f.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Der Ostseekreis. Die Revolutionen des nordischen Meeres, Lübeck 1934.

- WEBER-KROHSE, OTTO, Eine Reisebetrachtung mit außenpolitischen Perspektiven, in: *Der Nahe Osten* 7/1934, S. 30-36.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Ernst-August von Hannover, in: *Niedersachsen* 40/1935, S. 77-85.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Ewald Freiherr von Hertzberg, in: *Deutsches Adelsblatt* 53/1935, S. 1341-1344.
- WEBER-KROHSE, OTTO, General von Schweinitz 1866/70, in: *Der Nahe Osten* 8/1935, S. 49-58.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Graf Hertzberg und die Politik Friedrichs des Großen in seinen letzten Regierungsjahren, in: *Der Nahe Osten* 8/1935, S. 12-20.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Niedersachsen, der Osten und das Reich, in: *Niederdeutsche Monatshefte* 10/1935, S. 190-192.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Imperialismus oder Staatsgedanke, Volkstum oder Nationalitätenprinzip?, in: *Völkische Kultur* 3/1935, S. 84-91.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Aus dem Leben Hans-Lothars von Schweinitz, in: *Deutsches Adelsblatt* 53/1935, S. 757, 793, 822-824.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Die Nationalwirtschaft Friedrich Wilhelms des Ersten, der Sozialist auf dem Königsthron, in: *Odal* 3/1935, S. 506-522.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Der Ostseekreis, in: *Niederdeutsche Monatshefte* 10/1935, S. 192.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Sieben Preußen als Bahnbrecher des deutschen Gedankens, Berlin 1935.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Ritterorden, Preußen und Reich. Eine einfache und doch revolutionäre Darstellung der Preußischen Geschichte, Berlin 1935.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Der bodenständige Bismarck, in: *Deutsches Adelsblatt* 54/1936, S. 428.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Ostpreußen, in: *Der deutsche Osten. Seine Geschichte, sein Wesen und seine Aufgabe*, hg. v. KARL C. THALHEIM/ A. ZIEGFELD, Berlin 1936, S. 55-80.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Hans Lothar von Schweinitz der Botschafter Wilhelms des Ersten als Charakter und Staatsmann, Königsberg 1937.
- WEBER-KROHSE, OTTO, August Doenhoff und seine Zeit (1797 bis 1874). Beiträge zur inneren Geschichte des 19. Jahrhunderts in der Zeit von den Befreiungskriegen bis zur Reichsgründung mit einer einleitenden Geschichte des Hauses Doenhoff, Manuskript, 1939.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Polen – die Geschichte einer Katastrophe, die Legende einer Größe, in: *Der Deutsche im Osten* 2/1939, S. 11-18.
- WEBER-KROHSE, OTTO, Deutsche Vergangenheit. Zwei Jahrtausende unserer Geschichte. Mit 98 Abbildungen und 31 Karten, o.O. 1943.
- WECKBECKER, GERD, Zwischen Freispruch und Todesstrafe. Die Rechtsprechung der nationalsozialistischen Sondergerichte Frankfurt/ Main und Bromberg, Baden-Baden 1998.
- WEHLER, HANS-ULRICH, Zur neueren Geschichte der Masuren, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 11/1962, S. 147-172.
- WEHLER, HANS-ULRICH, Nationalsozialismus und Historiker, in: *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, hg. v. WINFRIED SCHULZE/ OTTO GERHARD OEXLE, Frankfurt/ Main 1999, S. 306-339.
- WEISBROD, BERND, Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 43/1992, S. 391-404.
- WEIßBECKER, MANFRED, Fritz Sauckel. „Wir werden die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen...“, in: *Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen*. Mit Beiträgen von Peter Black, Dietrich Eichholtz, Werner Fischer, Gerhart Hass, Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, hg. v. KURT PÄTZOLD/ MANFRED WEIßBECKER, Leipzig 1996, S. 297-331.

- WEMBER, HEINER, Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands, Essen 1991.
- WEMBER, HEINER, Entnazifizierung nach 1945: Die deutschen Spruchgerichte in der britischen Zone, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43/1992, S. 405-426.
- WENDT, BERND-JÜRGEN, Danzig – Ein Bauer auf dem Schachbrett nationalsozialistischer Innenpolitik, in: Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hg. v. MANFRED FUNKE, Durchgesehener, um ein Register erweiterter Nachdruck, Düsseldorf 1978, S. 774-794.
- WENDT, BERND-JÜRGEN, Südosteuropa in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft. Eine Antwort auf Alan S. Milward, in: Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, hg. v. GERHARD HIRSCHFELD/LOTHAR KETTENACKER, Stuttgart 1981, S. 414-428.
- WENTZCKE, PAUL, Schlageter und der Ruhrkampf (Colemans kleine Biographien, hg. v. Dr. FRITZ ENDRES, Lübeck, Heft 47), Lübeck 1934.
- WERPUP, JOSEF, Ziele und Praxis der deutschen Kriegswirtschaft in der Sowjetunion, 1941 bis 1944, dargestellt an einzelnen Industriezweigen, Bremen 1992.
- WESSLING, WOLFGANG, Die staatlichen Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage Ostpreußens in den Jahren 1920 bis 1930, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 6/1957, S. 215-290.
- Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, hg. v. JÜRGEN SCHMÄDEKE/ PETER STEINBACH, München 1985.
- WIECK, MICHAEL, Zeugnis vom Untergang Königsbergs. Ein „Geltungsjuden“ berichtet. Mit einem Vorwort von Siegfried Lenz, Heidelberg 1988.
- WILCOX, LARRY DEAN, The National Socialist Party Press in the Kampfzeit, 1919-1933, o.O. 1970.
- WILDT, MICHAEL, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.
- WILHELM, HANS-HEINRICH, Der SD und die Kirchen in den besetzten Ostgebieten 1941/42, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 29/1981, S. 55-99.
- WILHELM, HANS-HEINRICH, Heinz Guderian – „Panzerpapst“ und Generalstabschef, in: Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, hg. v. RONALD SMELSER/ ENRICO SYRING, Berlin, Frankfurt/ Main 1995, S. 187-208.
- WILLOWEIT, GERHARD, Die Wirtschaftsgeschichte des Memelgebiets, Marburg 1968.
- WIPPERMANN, WOLFGANG, Der Ordensstaat als Ideologie. Das Bild des Deutschen Ordens in der deutschen Geschichtsschreibung und Publizistik, Berlin 1979.
- WIPPERMANN, WOLFGANG, Nationalsozialismus und Preußentum, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 31/1981, B 52-53, S. 13-22.
- „Wir bauen das Reich“. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, hg. v. ERICH HOFFMANN/ PETER WULF, Neumünster 1983.
- WITKOP, PHILIPP, „Mutter Ostpreußen“. Zum 60. Geburtstag Agnes Miegels am 9. März, in: Pommersche Blätter 63/64/1938/39, S. 103-105.
- WÖRTZ, ULRICH, Programmatik und Führerprinzip. Das Problem des Strasser-Kreises in der NSDAP. Eine historische Studie zum Verhältnis von sachlichem Programm und persönlicher Führung in einer totalitären Bewegung, o.O. (Stuttgart) 1966.
- WOHLFAHRT, KURT, Ostpreußen und der Vierjahresplan, in: Der Deutsche Verwaltungsbeamte 4/1937, S. 281-283.
- WOJCIECHOWSKI, MARIAN, Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933-1938, Leiden 1971.
- WOLFANGER, DIETER, Die nationalsozialistische Politik in Lothringen (1940-1945), Saarbrücken 1977.
- WOLFANGER, DIETER, Ernst Ludwig Leyser. Stellvertretender Gauleiter der NSDAP in der Saarpfalz. Eine biographische Skizze, in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 14/1988, S. 209-217.

- WOLFANGER, DIETER, Josef Bürckel und Gustav Simon. Zwei Gauleiter der NSDAP und ihr Streit um die „Westmark“, in: Zwischen Saar und Mosel. Festschrift für Hans-Walter Herrmann zum 65. Geburtstag, hg. v. WOLFGANG HAUBRICHS/ WOLFGANG LAUFER/ REINHARD SCHNEIDER, Saarbrücken 1995, S. 397-409.
- WOLFANGER, DIETER, Populist und Machtpolitiker. Josef Bürckel: Vom Gauleiter der Pfalz zum Chef der Zivilverwaltung in Lothringen, in: Die Pfalz unterm Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, hg. v. GERHARD NESTLER/ HANNES ZIEGLER, 2. durchgesehene Auflage, Landau 1997, S. 63-86.
- WOLFF, PAUL, Ohne Maske. Ein Tatsachenbericht, Hamburg 1948.
- WOLLSTEIN, GÜNTER, Die Politik des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber Polen 1933-1939/45, in: Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hg. v. MANFRED FUNKE, durchgesehener, um ein Register erweiterter Nachdruck, Düsseldorf 1978, S. 795-810.
- Working towards the Führer. Essays in honour of Sir Ian Kershaw, hg. v. ANTHONY McELLIGOTT/ TIM KIRK, Manchester/New York 2003.
- WRIGHT, JONATHAN R. C., „Über den Parteien“. Die politische Haltung der evangelischen Kirchenführer 1918-1933, Göttingen 1977.
- WULF, JOSEPH, Heinrich Himmler. Eine biographische Studie, Berlin 1960.
- WULF, JOSEPH, Martin Bormann – Hitlers Schatten, Gütersloh 1962.
- WULF, JOSEPH, Kultur im Dritten Reich. Presse und Funk, Frankfurt/ Main, Berlin 1989.
- WUNDERLICH, DIETER, Göring und Goebbels. Eine Doppelbiographie, Regensburg 2002.
- YELTON, DAVID K., Hitler's Volkssturm. The Nazi Militia and the Fall of Germany, 1944-1945, Lawrence/ Kansas 2002.
- ZEIDLER, MANFRED, Kriegsende im Osten. Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996.
- ZELLHUBER, ANDREAS, „Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu...“. Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion 1941-1945 (Studien zur Politik und Geschichte, Bd. 3), München 2006.
- ZIBELL, STEPHANIE, Jakob Sprenger (1884-1945): NS-Gauleiter und Reichsstatthalter in Hessen, Darmstadt, Marburg 1999.
- ZIEGLER, HERBERT F., Nazi Germany's New Aristocracy. The SS Leadership 1925-1939, Princeton 1989.
- ZIEGLER, WALTER, Die nationalsozialistischen Gauleiter in Bayern. Ein Beitrag zur Geschichte Bayerns im Dritten Reich, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 58/1995, S. 427-460.
- ZIEGLER, WALTER, Gauen und Gauleiter im Dritten Reich, in: Nationalsozialismus in der Region, hg. v. HORST MÖLLER/ ANDREAS WIRSCHING/ WALTER ZIEGLER, Oldenburg 1996, S. 139-160.
- ZIEGLER, WALTER, Das Selbstverständnis der bayerischen Gauleiter, in: Staat und Gauen in der NS-Zeit. Bayern 1933-1945, hg. v. HERMANN RUMSCHÖTTEL/ WALTER ZIEGLER, München 2004, S. 77-125.
- ZIEMANN, BENJAMIN, Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in den Milieukulturen der Weimarer Republik, in: Kriegserlebnis und Legendenbildung. Das Bild des „modernen“ Kriegs in Literatur, Theater, Photographie und Film. Band I. Vor dem Ersten Weltkrieg. Der Erste Weltkrieg, hg. v. THOMAS F. SCHNEIDER (Krieg und Literatur. Internationales Jahrbuch zur Kriegs- und Antikriegsliteraturforschung, 3/4/1997/98), Osnabrück 1999, S. 249-270.
- ZIMMERMANN, ELKE, Das Neben- und Gegeneinander von zentralen und peripheren Gewalten in der Provinz Ostpreußen und dem Reichskommissariat Ukraine. Eine Untersuchung der Kompetenzkonflikte zwischen Erich Koch und den zentralen Dienststellen des Reiches 1933-1945, Magisterarbeit, Dresden 2000.

- Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen, hg. v. MICHAEL BROCKE/ MARGRET HEITMANN/ HARALD LORDICK (Netiva 2), Hildesheim, Zürich, New York 2000.
- ZWICKER, STEFAN, Albert Leo Schlageter – eine Symbolfigur des deutschen Nationalismus zwischen den Weltkriegen, in: *Nacjonalizm a tożsamość narodowa w Europie Środkowo-Wschodniej w XIX i XX w.*, Nationalismus und nationale Identität in Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. BERNARD LINEK/ KAI STRUVE, (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 12), Marburg 2000, S. 199-214.
- ZWICKER, STEFAN, „Nationale Märtyrer“. Albert Leo Schlageter und Julius Fučík. Heldenkult, Propaganda und Erinnerungskultur, Paderborn 2006.
- Zwischen Ruhrkampf und Wiederaufbau, hg. v. WALTER FÖRST, Köln, Berlin 1972.
- ŽALYS, VYTAUTAS, Das Memelproblem in der litauischen Außenpolitik (1923-1939), in: *Nordost-Archiv* 2/1993, S. 235-278.
- ŽALYS, VYTAUTAS, Kova dėl identiteto. Kodėl lietuvi nesisekė Klaipėdoje tarp 1923-1936 m.. Ringen um Identität. Warum Litauen zwischen 1923 und 1939 im Memelgebiet keinen Erfolg hatte, Lüneburg 1993.

3. Abbildungen und Karten

- Abb. 1: 10 Jahre Gau Ostpreußen. Festschrift zum Gautag 1938 der NSDAP., Königsberg: Ostdeutsche Verlagsanstalt Königsberg, o.J. (1938), S. 14.
Foto: Archiv der Preußischen Zeitung, Fotograf unbekannt.
- Abb. 2: Ebd. S. 5.
Fotograf: Heinrich Hoffmann, Berlin.
- Abb. 3: Das neue Ostpreußen. Rechenschaft über den Aufbau der Provinz, bearb. v. HANS-BERNHARD V. GRÜNBERG, Königsberg: Pädagogische Verlagsgemeinschaft Ostpreußen G.m.b.H. Sturm Verlag Ferdinand Hirt 1938, S. 4.
Fotograf: Raschdorff, Königsberg.
- Abb. 4: 10 Jahre Gau Ostpreußen. Festschrift zum Gautag 1938 der NSDAP., Königsberg: Ostdeutsche Verlagsanstalt Königsberg o.J. (1938), S. 32.
Fotograf: Karlfriedrich Schulze, Königsberg.
- Karte 1: Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrungen. Teil 1, hg. v. WALTER ZIEGLER/ SABINE REHM, München: Iudicium 1999, S. 134.
- Karte 2: BERNHARD R. KROENER/ ROLF-DIETER MÜLLER/ HANS UMBREIT, Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939-1941 (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Band 5. Erster Halbband, hg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt), Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1988, S. 140.
- Karte 3: ALEXANDER DALLIN, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941-1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf: Droste 1958, S. 101.
- Karte 4: KURT DIECKERT/ NORBERT GROSSMANN, Der Kampf um Ostpreußen. Ein authentischer Dokumentarbericht, 2. überarbeitete Auflage, München: Gräfe & Unzer 1960, S. 85.

PERSONENREGISTER

- Achilles, Horst 220
Adenauer, Konrad 50, 489
Allwörden, Wilhelm von 396
Altenloh, Wilhelm 315
Amann, Max 191
Ancker, Edinger 386
Angermann, Kurt 112, 414
- Bach-Zelewski, Erich von dem 165,
209-217, 219, 220, 222, 223, 230,
319, 385, 390, 473
Backe, Herbert 323, 345, 373, 374,
383, 392, 401
Backhaus, Paul 246
Bahrfeldt, Max von 125, 126, 472
Baldiga 199
Baltrusch, Fritz 220, 450
Bartels, Hermann Ferdinand 90, 91
Barth, Horst 391
Barwinski, Otto 125, 158, 472
Barz, Otto 196
Bassewitz, Friedrich von 195-197
Batocki, Adolf von 182
Baumann, Artur 305, 318, 434
Bayer, Alois 118
Bebel, August 38
Benesch, Eduard 242
Berger, Rolf s. Koch, Erich
Berger, Gottlob 338, 361-363, 365,
366, 372, 378, 417
Berkhoff, Karel 27
Bessel, Richard 24
Best, Werner 14, 215, 460, 480
Bethke, Hermann 108, 111, 112, 114-
116, 156, 161, 164, 191, 218, 257,
364
Bittner, Eduard Gustav 187
Blaschke, Alfred 259, 280-282, 285,
288, 289, 434
Blunk, Paul 224
Bobrowski, Emmy 103
- Bodelschwingh, Friedrich von 166
Böhme, Walter 220
Bomhard, Adolf von 233
Bongartz, Heinz 470, 487
Bormann, Martin 15, 208, 215, 222,
260, 334, 335, 348, 359, 367-370,
379, 387, 388, 392-394, 397, 402,
415, 416, 418, 421, 423, 424,
427, 430-432, 450, 451, 454, 465,
497
Bouhler, Philipp 60, 73, 138
Bracht, Fritz 440
Bracht, Werner 233
Brandt, Karl 408
Brandt, Willy 485
Brenke, Carl Siegfried Max 187, 424,
442
Brindlinger, Helmut 245, 401
Brix, Friedrich 304, 312, 318
Brockhausen, Ralf 148, 159
Broszat, Martin 480
Brückner, Helmuth 97, 144, 208, 209,
213
Brüning, Heinrich 202
- Buch, Walter 41, 68, 73, 76-78, 94,
96- 98, 102, 103, 157, 173, 196,
197, 208, 222
Budding, Carl 155, 221, 224
Bünau, Heinrich von 306, 309, 310,
314
Bürckel, Josef 16, 148, 303, 486
Burckhardt, Carl Jakob 500
Buttlar-Venedien, Burkhard Freiherr
von 106-108, 110, 111
- Capeller, Curt 264
Carstensen, Heinrich 259, 260, 271,
280, 281, 282, 288, 289, 434
Chill, Kurt 444
Christaller, Walter 278

- Conze, Werner 273
- Dallin, Alexander 27, 480, 483
- Daluege, Kurt 232, 233, 386
- Dargel, Paul 113, 195, 218, 238, 257, 293, 329, 331, 344, 361, 362, 383, 392, 393, 396, 448, 460
- Darré, Richard Walter 106-111, 115, 118, 153, 181, 195, 197-201, 208, 210, 211, 222, 241, 281
- Dawartz, Otto 97
- Deetjen 177, 225
- Dethleffsen, Erich 420, 428, 432-434, 438, 443, 444, 449
- Dietrich, Willy 98
- Dohna-Finckenstein, Hermann Graf zu 105, 151, 213
- Dönhoff, Marion Gräfin 474, 475
- Dönitz, Karl 430, 450, 456, 460
- Dorr 73
- Dorten, Hans Adam 50
- Draeger, Max 254, 264, 452
- Dwinger, Edwin Erich 469
- Dziewas, Gotthold 173
- Dzubba, Bruno 193, 309, 455, 460, 475
- Ebrecht, George 415
- Ehrenburg, Ilja 436
- Ehrhardt, Hermann 43, 45
- Eichhorn, Hermann von 336, 337
- Eichmann, Adolf 316
- Eickenberg, Otto 70
- Einsiedel, Horst von 309
- Elbrechter, Hellmuth Karl 118
- Engels, Friedrich 38, 40
- Eschtruth 358
- Esser, Hermann 51
- Feder, Gottfried 52, 127
- Fiedler, Richard 386
- Firgau 370
- Forster, Albert 19, 95, 205-207, 221, 229, 249, 251, 252, 254, 260, 271, 292, 303, 440, 465, 490
- Forstreuter, Kurt 273
- Frank, Hans 56, 251, 255, 289-292, 299, 372, 422, 462, 480, 481
- Franzen, Anton 202
- Franzke, Paul 424, 425, 447, 450, 452
- Frauenfeld, Alfred 330, 473
- Frick, Wilhelm 73, 103, 110, 154, 155, 190, 233, 256, 259, 260
- Fricke, Bruno 94, 95, 100, 101
- Friedl, Herbert 320
- Friedrich II. 178, 179, 410, 493
- Friedrich, Karl 466, 472
- Friedrich, Werner 155, 217, 220, 224, 227, 472
- Friedrich Wilhelm I. 178, 179, 493
- Fritzsche, Hans 462
- Fromm, Werner 319
- Fuchs, Erich 95- 98
- Funk, Alfred 158, 388
- Funk, Erich 124
- Gallmeier 370
- Gehret, Gottlob 428, 454, 474
- Gerber, Hans 170, 171
- Gerber, Paul 257, 420, 421, 425, 431, 432, 447
- Gerlach, Christian 27
- Gerullis, Georg 162
- Gisevius, Hans-Bernhard 480
- Globocnik, Odilo 316
- Gmyz, Cezary 20, 488
- Goebbels, Joseph 15, 18, 64-68, 73, 75, 94, 120, 148, 170, 202, 205, 239, 290, 367, 397, 403, 421, 423, 429, 440, 441, 448, 451, 454, 456, 481
- Goerges, Richard 192, 193, 213-215
- Golczewski, Frank 27
- Gollnick, Hans 450
- Goltz, Ester Freifrau von der 41
- Göring, Hermann 15, 88, 95, 149-151, 168, 184, 185, 188, 198, 213, 216-220, 222, 223, 227-230, 253, 258, 260, 279, 284, 285, 292, 301, 302, 309, 310, 318, 323-328, 330, 333, 342-344, 352, 353, 359, 367, 373-376, 383, 385, 389, 391, 392, 397, 400, 422, 456, 463, 465
- Goßler, Gustav Heinrich von 182, 493
- Gottberg, Curt von 386, 391
- Graefe, Albrecht von 52

- Grauert, Ludwig 151, 221
 Greifelt, Ulrich 269
 Greiser, Arthur 19, 95, 251, 254, 260, 271, 272, 290, 303, 440, 441, 448, 465
 Groeben, Karl Graf von der 112, 277, 300, 304, 305, 308, 309, 311-313, 318, 320, 332, 419
 Groeben, Klaus von der 112, 257, 284, 285, 431, 445
 Grohé, Josef 237
 Grosse, Walther 420-422, 443, 447, 460
 Großherr, Ferdinand 91, 113, 161, 219, 220, 446, 451, 453
 Grünberg, Hans-Bernhard von 107, 108, 113-116, 162-164, 181, 187, 225, 226, 231, 235, 274, 275, 278, 297
 Guderian, Heinz 418, 423, 443, 444
 Günther, August 75
 Günther, Rolf 316
 Gürtner, Franz 264
- Habsburg, Otto von 489
 Hanke, Karl 440, 441, 448, 451, 457
 Hardt, Otto 159, 219, 220
 Hauenstein, Karl Guido Oskar 47- 49
 Heidrich, Georg 90, 91, 96, 100, 103, 137, 138
 Heim, Claus 204
 Heines, Edmund 209
 Heinrich I. 178
 Hellmuth, Otto 180, 320, 389, 428, 448, 460, 475, 477
 Henkys, Reinhard 487
 Henlein, Konrad 260
 Henschel, Friedrich 460
 Herbert, Ulrich 14
 Herrlitz, Georg 460
 Hertz-Eichenrode, Dieter 23
 Heß, Rudolf 77, 119, 157, 165, 198, 200, 201, 213, 220, 222, 465, 486
 Heydrich, Reinhard 220, 462
 Heyse, Hans 162
 Heysing, Günther 447, 450, 451, 454
 Hierl, Konstantin 387
 Hildebrandt, Friedrich 105
 Hildebrandt, Richard 415
- Hilmers, Curt 282, 308, 311
 Himmeler, Heinrich 15, 74, 75, 85, 88, 127, 128, 170, 181, 209-211, 213-217, 219, 222, 224, 227, 230, 232, 233, 262, 263, 266-273, 281, 283, 284, 305, 314, 316, 318, 320, 324, 326, 338, 348, 359-367, 372, 374, 378, 379, 382, 384-391, 397, 400, 408, 422, 424, 426, 429, 434, 436, 452, 456, 462, 463, 473, 477, 481-483, 497
 Hindenburg, Paul von 108, 142, 151, 175, 176
 Hinz, Franz 464
 Hippel, Walter von 160, 472
 Hitler, Adolf 14-16, 26, 43-46, 50-52, 54-57, 59-61, 63-68, 71-79, 84, 85, 88-90, 95-98, 101, 102, 104, 105, 110, 111, 113, 116-123, 127, 129, 136, 137, 139-145, 147, 149, 151, 160, 161, 168-170, 173-175, 178, 183-185, 191, 192, 194, 196-204, 206-209, 211, 213-215, 220, 222, 223, 225, 227-230, 232, 234-236, 238, 240, 241, 244, 249-253, 255, 260, 262, 264, 266, 277, 279, 286, 288-292, 297-301, 303, 310, 318, 324-328, 331-337, 339, 341, 348-351, 355, 356, 358, 359, 365, 367, 369-379, 382-385, 392-395, 397, 401, 403, 404, 408, 410, 413, 414, 417-425, 427, 429, 430, 432, 440, 441, 443-446, 448-451, 454, 456, 457, 461, 462, 464, 470, 477, 480, 482, 483, 489, 490, 493-498, 500
 Hoepner, Erich 211
 Hoffmann, Albert 85, 328, 331, 332, 343, 386
 Hoffmann, Paul 156, 224, 309, 419, 425, 430, 431, 445, 473, 477
 Hohberg und Buchwald, Anton von 213
 Homeyer, Heinz von 357
 Hoßbach, Friedrich 433, 435, 442, 443
 Hossenfelder, Joachim 141
 Hubtschak, O. 337
 Hugenberg, Alfred 183

Hus, Johannes 178
 Hutecker, Kurt 87
 Hüttenberger, Peter 17

Jaks, Arnold 344
 Jeckeln, Friedrich 333, 394
 Jodl, Alfred 462
 Jost, Heinz 250

Kaller, Maximilian 164, 165
 Kant, Immanuel 174
 Karpenstein, Wilhelm 105, 208, 209, 213
 Kaufmann, Karl 44, 45, 47, 48, 50, 51, 55, 60, 61, 64, 65, 68, 69, 73-79, 117, 465, 486
 Kausch, Hans-Joachim 331, 332, 337, 343, 345, 348, 356, 378
 Keitel, Wilhelm 335, 370, 371
 Kerl, Hanns 171
 Kerschensteiner 306
 Kerschies, Erwin Gerhard 469
 Kershaw, Ian 14, 29, 225, 295
 Keßel, Fritz 167, 168
 Kessler, Hansanton 77
 Kinder, Christian 170
 Kinkel, Wilhelm 362
 Kitzinger, Karl 332
 Klafkowski, Alfons 480
 Klement, Ernst 460
 Klemm, Kurt 330
 Klimmek, Max 218
 Knabe (Standartenführer) 213
 Kniprode, Winrich von 493
 Knuth, Kurt 213, 419, 460
 Koch, Adolf 32
 Koch, Erich *passim*
 Koch, Grete 32, 479
 Koch, Gustav Adolf 31
 Koch, Henriette Sophie Alwine 31, 32
 Koch, Kläre 41, 137, 466, 478, 479, 484, 485
 Koch, Willi 32
 Koehler, Alexander 419, 425, 427, 428, 438, 455
 Koeppe, Werner 334
 Kohl, Helmut 489
 Kopa, Stanislaw 479
 Koppe, Wilhelm 408

Körner, Hellmut 332
 Körner, Paul 302, 303
 Kossert, Andreas 23
 Kotzulla 396
 Koziello-Poklewski, Bohdan 23, 25
 Kramer 253
 Kritzinger, Friedrich 417
 Kube, Wilhelm 140, 141, 208, 463
 Küchler, Georg von 250
 Kuessner, Theodor 167, 168
 Kühnel, Franz 18
 Küppers 77
 Kurandt, Reinhard 309, 344
 Kutscher, Wilhelm 150, 152, 427

Lammers, Hans Heinrich 153, 163, 165, 246, 260, 298, 303, 310, 327, 328, 331, 332, 344, 349-352, 358, 367, 369, 378, 379, 381, 388, 391, 392, 394-397, 401, 417, 418, 476
 Lange, Herbert 407, 408
 Lasch, Otto 444, 445, 451-454
 Lassalle, Ferdinand 38
 Lau, Alfred 93
 Lawin, Gerhard 169
 Lechelt 197
 Lehmann, Fritz 307, 310, 318, 434
 Leitgen, Alfred 190
 Lewandowski, Paul 108
 Ley, Robert 141, 195, 216, 306
 Leyser, Ernst Ludwig 330, 389
 Liedtke, Richard 196, 197
 Lilienthal, Fritz 151
 Lindemann, Erich 472
 Lindner, Heinrich 419-421
 Litzmann, Karl-Siegmund 100, 101, 103, 134, 155, 157, 195, 199
 Lohmeyer, Hans 153, 154, 160
 Lohse, Hinrich 17, 230, 237, 325, 327, 342, 352, 353, 361, 364, 393-395, 422, 460, 463, 465
 Lorenz, Werner 99, 125, 231
 Lower, Wendy 28
 Ludendorff, Erich 52
 Luther, Martin 166
 Lutze, Viktor 44, 45, 48, 73, 75, 76

Łuczak, Czesław 19

- Maass, Walter 94
 Macholl, Waldemar 307, 313, 319, 476
 Mack, Werner 472
 Magunia, Waldemar 84, 93, 142, 298, 300, 304-306, 308, 310, 311, 313, 330, 418, 419, 421, 424, 426
 Makowka, G. 445
 Malms 284
 Manstein, Erich von 462, 476
 Marahrens, August 170
 Markull 339
 Marquart, Walter 431
 Marx, Karl 38, 40
 Matthes, Erich 451, 455
 Matthiessen, Martin 394
 Matull, Wilhelm 125
 Matzky, Gerhard 435
 Meinberg, Wilhelm 200
 Meiser, Hans 170
 Meisinger, Josef 217
 Meller, Paul 95
 Mendrzyk 433, 435, 438
 Meyer, Alfred 325, 349, 361, 362
 Meyer-Osterkamp 280, 434
 Miegel, Agnes 174
 Mikinn, Hermann 197
 Model, Walter 420
 Moeller van den Bruck, Arthur 177
 Mollenhauer, Luise 432, 435
 Müller, Friedrich Wilhelm 443, 454
 Müller, Heinrich 294
 Müller, Ludwig 91, 141, 166, 220
 Müller-Hillebrand, Burkhart 420, 421, 426, 431, 433, 435, 438
 Mussolini, Benito 190
 Mutschmann, Martin 237
 Napoleon I. (Napoléon Bonaparte) 175, 418, 490
 Neumann, Ernst 242, 243
 Neurath, Konstantin Freiherr von 170
 Nickel, Siegfried 417
 Niekerken, Carl 96
 Niemöller, Martin 167, 479, 485
 Nießel, Wilhelm 170
 Nitschmann, Arno 91, 103
 Nobelmann 445
 Nolte, Hans Erich 298, 302, 308, 310, 318
 Oberländer, Theodor 230-232, 241, 469
 Opgenoorth, Ernst 22
 Oppermann, Ewald 157, 196, 200, 330, 460
 Orlow, Dietrich 11, 13
 Otto, Egbert 110, 111, 195-197, 200, 473
 Paltzo, Joachim 388
 Paulusch, A. 431
 Pedersen, Ulf 18
 Penner, Ernst 92, 93, 142
 Pentzek, Ernst 224
 Pfeffer von Salomon, Franz 65
 Pfundtner, Hans 258
 Philipp (Chauffeur Erich Kochs) 125
 Pianko, Hersh 484
 Piłsudski, Józef 178
 Pohl, Dieter 28
 Polkowski, Franz 404
 Popitz, Johannes 414
 Poppa, Hans 382, 415, 464
 Poser, Victor von 257
 Pospieszalski, Karol Marian 480
 Posse, Hans 188
 Post, Erich 197, 407
 Preuß, Alfred 218, 220
 Preyer, Dietrich 162
 Prinz, Reinhold 159
 Prützmann, Hans-Adolf 99, 230, 282, 318, 333, 360, 361, 363-366, 382, 384, 390, 393
 Quitzrau, Helmut 213
 Rasch, Gerhard Paul 447, 450
 Rasch, Otto 287
 Rathenau, Walther 46
 Raumer, Kurt von 163
 Rauschning, Hermann 205-207
 Rediess, Wilhelm s. Redieß, Wilhelm
 Redieß, Wilhelm 73, 230, 233, 262, 267, 293, 408
 Reichenau, Walter von 101, 102

- Reifferscheid, Gerhard 24
 Reinhardt, Hans 443
 Reitlinger, Gerald 27, 480, 485, 500
 Rendulic, Lothar 443, 447, 449, 451
 Reschl, Wilhelm 20, 488
 Restorf, Horst Adolf Waldemar Cord von 143
 Reupke, Hans 120, 121
 Reventlow, Ernst Graf zu 88, 202, 204
 Ribbentrop, Joachim von 231, 249
 Riethmüller, Otto 170
 Ripke, Axel 64
 Ritzer (Staatsanwalt) 467, 470, 472
 Rohde, Herbert 156
 Röhm, Ernst 44, 52, 101-103, 155, 199, 201, 204, 207-209, 213, 226
 Rohrer, Christian 24
 Rosenberg, Alfred 51, 141, 172, 181, 225, 239, 324-329, 331-336, 339, 341, 344, 345, 347-373, 375, 377-379, 381, 387, 391-397, 461, 463, 477, 481, 483, 496
 Rosencrantz, Otto 156
 Rothfels, Hans 163
 Runte 387
 Ruperti, Max von 156
 Rust, Bernhard 18, 163

 Sabatzky, Kurt 132-134, 143, 473
 Sailliez, Theo 45
 Salecker, Artur 420
 Sanden, Georg 194
 Sattler, Grete s. Koch, Grete
 Sauckel, Fritz 17, 328, 352- 354, 368, 387, 397, 461-465
 Saucken, Dietrich von 453, 455
 Schacht, Hjalmar 214, 215, 372
 Schaefer 431, 432, 438
 Schaeffer, Hermann 280
 Schemm, Hans 18, 486
 Schenk, Dieter 19
 Schepmann, Wilhelm 78
 Scheringer, Richard 204
 Scherwitz, Bruno 84
 Schieder, Theodor 25, 163, 273, 310
 Schiemann, Carl 158
 Schirach, Baldur von 289-291, 372
 Schlageter, Albert Leo 48-50, 484
 Schlegel, Fritz 287
 Schlegelberger, Franz 219, 220
 Schleicher, Kurt von 102, 123
 Schmeer, Rudolf 238
 Schmidt, Karl 156
 Schmidt, Werner 401
 Schmidtsdorf, Horst 253
 Schmittat, Ernst 169, 171
 Schmitz (Gaukassierer) 75
 Schmitz, August 38, 39, 55
 Schoene, Heinrich 154, 155, 330, 453
 Schön, Theodor von 493
 Schörner, Ferdinand 433, 456
 Schroeder 419, 421
 Schrötter, Friedrich Leopold von 275, 493
 Schulenburg, Fritz-Dietlof von der 33, 105, 112, 115, 136, 150, 151, 164, 198, 221, 330, 414
 Schulz, Paul 102
 Schwarz, Hans 177
 Schwarz, Franz Xaver 306, 425
 Schweiklberg 283
 Schwendemann, Heinrich 26
 Schwendowius, Heinz 316
 Schwindowski 72, 86
 Selzner, Claus 330
 Semmling, Max 460
 Seyß-Inquart, Arthur 251
 Siehr, Ernst 427
 Sieminski, Mieczyslaw 20, 488
 Simon, Walter 173
 Skrodzki, Paul Karl Gustav 187
 Speer, Albert 246, 320, 343, 367, 397, 421, 422, 425, 429, 431, 456
 Spickschen, Erich 200
 Spiehr, Paul 124
 Sporrenberg, Jakob 233, 288
 Sprenger, Jakob 19, 153
 Stalin, Josef 297, 298, 334, 336, 357
 Staub 352
 Staudinger, Wilhelm 177, 225
 Stauffenberg, Claus Graf Schenk von 414
 Steckel, Kurt 158
 Stein, Emil 93
 Stein, Georg 305, 306
 Stennes, Walter 94, 100
 Stich, Wilhelm 84

- Straßer, Gregor 52, 53, 60- 66, 68, 70, 74, 75, 79, 84- 86, 88, 91, 93, 95, 96, 100, 101, 103, 104, 106, 109-123, 127, 130, 134, 138, 196, 199, 201-205, 210, 225, 234, 480, 481, 490, 494, 500
- Straßer, Otto 64, 66- 68, 76, 96, 103, 104, 112, 118, 119, 121, 122, 134, 201-205, 207, 210
- Strauß, Franz-Josef 489
- Streicher, Julius 51, 61, 128
- Strube, Daniel 213
- Stuckart, Wilhelm 252, 256, 258, 264, 300, 301, 476
- Stutterheim, Hermann von 387
- Szellinski, Fritz 452
- Talleyrand, Charles Maurice de 67
- Taubert, Eberhard 337, 388, 395
- Terboven, Josef 17, 65, 73- 76, 78, 153
- Thierack, Otto 452
- Thomas, Georg 323, 381
- Thomas, Max 333
- Thorwald, Jürgen s. Bongartz, Heinz
- Tiemann, Walter 277
- Tilitzki, Christian 24, 25
- Tiso, Carl 118
- Todt, Fritz 343, 417
- Traba, Robert 23
- Tresp (Kreisobmann der DAF, Tilsit) 306
- Ulleweit, Georg 253
- Usadel, Georg 95-98, 101, 110
- Vogel 96
- Vollmer, Günther 93, 158
- Wachlin, Paul 211-213
- Wagner, Josef 73, 76, 237, 251
- Wagner, Ernst 445, 451-453
- Wagner, Robert 16, 148, 303, 465
- Walthausen, Georg von 210
- Warth, Julia 348
- Weber-Krohse, Otto 169, 171, 177-179, 203, 225, 226, 275
- Wedelstädt, Helmut von 112, 113, 151, 221, 224, 250, 251, 257, 332, 340
- Wegener, Martin 450, 464
- Weiß, Walter 431, 446, 451, 453
- Weizsäcker, Ernst von 475
- Wenzel 394, 396, 418, 420, 421, 426, 447, 451, 452
- Werner, Friedrich 170
- Wiechert, Ernst 174
- Wiedemann, Fritz 148
- Will, Helmut 154, 220, 412, 431, 444, 450-452
- Witt, Hans 157, 196, 197
- Witte, Kurt 157, 399, 430, 435
- Wlassow, Andrej 337
- Wnuck, Wilhelm von 95
- Wodrig, Albert 414, 415
- Wolff, Karl 210, 220
- Wolff, Paul 217-219, 224, 246, 470-472, 480
- Woysch, Udo von 209
- Wurm, Theophil 170
- Yorck von Wartenburg, Hans David Ludwig Graf 418
- Zech, Lieselotte 284
- Zeitler, Kurt 370, 371
- Zerahn, Erich 158, 445, 447, 448, 450, 455
- Zibell, Stephanie 19